Internationale Rundschau

3. Jahrgang

1917



Druck und Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Inhaltsverzeichnis.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN:

Die Menschheitsfrage des Friedens.

Von Dr. PAUL NATHAN (Berlin).

In seiner Rede vom 12. Dezember gebraucht der deutsche Reichskanzler die folgende Wendung:

„Jetzt stellen wir die Menschheitsfrage des Friedens."

Der Ausdruck ist ausgezeichnet. Er umschreibt genau das, was zum Ausdruck kommen soll, und doch zugleich entsprechend der Feierlichkeit der Stunde mit schön gewählten Worten. Er sagt, dass der furchtbare Krieg, der innerhalb der Menschheit wütet, nicht ein Duell ist zwischen den beteiligten Mächten, sondern dass er das Schicksal Europas, der gesamten zivilisierten Welt, der Menschheit auf das allerempfindlichste berührt, und wenn das Schicksal der Menschheit auf den blutigen Schlachtfeldern an unzähligen Orten und auf den Meereswogen rund um Europa zur Entscheidung gelangt, dann hat auch die Menschheit ein Recht, da es sich um ihr Wohl und um ihr Wehe handelt, gehört zu werden.

Es lag daher in der Logik der Tatsachen, dass die Rede des deutschen Reichskanzlers die von dem Kriege unberührte zivilisierte Welt nicht nur anregte, aufzuhorchen und unverantwortliche Kritik zu üben, sondern dass neben den unmittelbar Beteiligten auch die nur mittelbar Beteiligten als handelnde Personen jetzt aufzutreten bereit sind.

Die grosse Masse des deutschen Volkes bedauert diese Wendung nicht, und man wird annehmen dürfen, dass Herr von Bethmann-Hollweg eine solche Entwicklung nicht allein für möglich, sondern für berechtigt und für wünschenswert erachtet hat. Jene Worte, die über diese Ausführungen gesetzt sind, bezeugen es: denn ist die Menschheit beteiligte Partei, so wird man von ihr nicht verlangen können, dass sie als stumme Person das Verhängnis über sich ergehen lässt.

So hat man denn bei uns in Deutschland die Entwicklung, die sich seit dem 12. Dezember, also in vierzehn Tagen mit rasender Schnelligkeit abgespielt hat, in ihrem ersten Teil bis zu den Erklärungen im Englischen Unterhaus, ohne furchtsame Erschütterung, aber mit aufrichtiger Trauer, — in ihrem zweiten Teil, der mit der Erklärung von Wilson einsetzt, ohne jauchzenden Optimismus, aber mit tiefinnerlicher Befriedigung aufgenommen, und auf die Wilson'sche Note ist jetzt bereits die erfreuliche Erklärung der Schweiz gefolgt. Dass dieses Orchester der Neutralen sich weiter verstärke, liegt im Bereiche naher Möglichkeiten, und je stärker das Orchester wird, um so besser für die Menschheit.

Was bedeuten diese Vorgänge? Zweierlei.

Dem Fühlen ungezählter Menschen auf dem Erdenrund sind zum erstenmal durch die Rede des deutschen Reichskanzlers, also von verantwortungsvoller Person und an verantwortungsvoller Stelle Worte geliehen worden. Alle Staatsmänner aller kriegführenden Länder haben zwar in allen Stadien des Konflikts stets und ständig beteuert, dass ihnen nichts mehr am Herzen liege, als der Friede auf Erden. Diese schönrednerischen Banalitäten waren bisher gänzlich bedeutungslos; sie haben nicht das Blutvergiessen eingeschränkt, oder die Menschheit dem Ende des Krieges nähergebracht. Der erste Schritt vorwärts musste darin bestehen, dass eine Mächtegruppe über sentimentale Versicherungen, die zu nichts, aber auch zu gar nichts verpflichteten, hinausging, und die Worte aussprach: wir wollen nicht nur unsere menschenfreundlichen Gesinnungen beteuern, sondern wir wollen sie betätigen; betätigen wodurch: indem wir alle, die an dem Kampf beteiligt sind, einladen, sich um einen Tisch setzen und darüber zu verhandeln, unter welchen Voraussetzungen dem Morden ein Einhalt getan werden kann.

Um Frieden bittet der Überwundene, der völlig zu Boden Geschlagene, weil er die Kraft zum Widerstand nicht mehr aufzubringen vermag. Dass in dieser Lage Deutschland und seine Verbündeten sich befinden, be-

haupten nicht einmal die Gegner. Sie behaupten nur, dass Deutschland demnächst einmal, vielleicht in kurzem, kraftlos am Boden liegen werde. Das haben sie vorausgesetzt für das Jahr 1914; das haben sie vom Jahre 1915 erwartet, und das erwarteten sie gleichfalls vergeblich vom Jahre 1916. Es ist möglich nach der Auffassung der Entente, dass zu irgendeinem späteren Zeitpunkt sich das Schicksal noch wendet, aber dass es sich wenden muss, das wird kein vorsichtiger Beobachter als zweifellos hinstellen.

Und damit darf man ein Zweites feststellen. Obgleich Deutschland und seine Verbündeten zurzeit kraftvoll und mit grossen Eroberungen in der Hand in Europa dastehen, bieten sie doch den Frieden an; einen Frieden, von dem sie vermuten, dass die Gegenseite ihn möglicherweise anzunehmen bereit wäre; einen Frieden, den Herr von Bethmann-Hollweg folgendermassen charakterisiert. Er sagte im Reichstag:

„Unbeirrt um die Reden unserer Feinde, die uns bald Welteroberungspläne, bald verzweifelte Angstrufe nach Frieden andichten, werden wir auf dem bisherigen Wege weiterschreiten, immer bereit, uns zu wehren und zu schlagen für das Dasein unseres Volkes, für seine feste und gesicherte Zukunft, aber auch bereit, um diesen Preis die Hand zum Frieden zu bieten, denn unsere Stärke macht uns nicht taub gegen unsere Verantwortung vor Gott, vor dem eigenen Volke und vor der Menschheit."

Es ehrt die deutsche Volksvertretung, dass diese Worte mit stürmischem Bravo bekräftigt worden sind.

In der Note, die der deutsche Staatsmann durch die Schweiz, durch die Vereinigten Staaten von Amerika und durch Spanien unseren Gegnern hat zustellen lassen, finden sich alsdann die folgenden Bemerkungen, die festgehalten werden müssen und die das umgrenzen, was die Mittelmächte wollen:

„Stets haben sie an der Überzeugung festgehalten, dass ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu denen der anderen Nationen stehen. Sie gehen nicht darauf aus, ihre Gegner zu zerschmettern oder zu vernichten."

Und endlich finden sich in der Note noch die nach-

stehenden Sätze über die Instruktionen, die die Vertreter der Mittelmächte bei den Friedensverhandlungen in der Mappe haben werden.

„Die Vorschläge, die ihre Vertreter zu diesen Verhandlungen mitbringen werden, und die darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu fördern, bilden nach ihrer Überzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens."

Zusammenfassend kann man den Gedankengang Bethmann-Hollwegs folgendermassen feststellen: Die Mittelmächte liegen nicht kraftlos am Boden, gleichwohl bieten sie den Frieden an, im Gefühle der Verantwortung vor Gott, vor den Menschen, vor der Zivilisation der Welt. Der Friede, dem sie zustimmen, müsste das Dasein, die feste und gesicherte Zukunft des deutschen Volkes und der Völker unserer Verbündeten gewährleisten.

Kein Kämpfer unserer Zeit, der noch aufrecht steht, wird unter anderen Bedingungen zum Frieden bereit sein.

Aber dieser Friede, der den Mittelmächten in ihren berechtigten Ansprüchen Genüge tut, soll nicht die Gegner vergewaltigen. Das Ziel kann nicht sein: die Gegner „zu zerschmettern oder zu vernichten". Der Reichskanzler ist vielmehr der Ansicht, dass jener Staaten, die er vertritt, „eigene Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu denen der anderen Nationen stehen". Nur auf dieser Grundlage kann sich ein Friede aufbauen, der nicht bei der nächsten günstigen Gelegenheit von einem neuen furchtbaren Kriege über den Haufen gerannt wird, und gerade auch die zukünftige Sicherung des Friedens ist es, die der Reichskanzler verlangt. Er fordert „eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauernden Friedens".

Es wäre Heuchelei, wenn ein Deutscher es verhüllen wollte, dass diese Rede des Kanzlers der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes aus der Seele gesprochen ist. Sie ist eine grosse politische Tat, deren Bedeutung darauf beruht, dass sie zugleich das sittliche Empfinden durchaus befriedigt und dass sie gegen die politische Klugheit nicht verstösst. Sie ist gesprochen zu

einem Zeitpunkt, da die europäischen Mittelmächte militärisch und politisch ungebrochen dastehen. Sie schlägt den Ausgleich vor, nicht Überwältigung des einen durch den anderen, einen Ausgleich, der zugleich die Grundlage für einen bleibenden Frieden in der Zukunft sein kann. Das sind menschlich billigenswerte Ziele.

Und diese Ziele, die zu billigen sind, haben gleichzeitig eine gewaltige politische Wirkung ausgelöst. Auf dieses Programm des Reichskanzlers hat sich das gesamte deutsche Volk erneut zusammengefunden, und für dieses Programm ist die Gesamtheit des deutschen Volkes mit äusserster Kraft einzutreten bereit. Diese Behauptung bleibt eine Wahrheit, wenngleich einem Kreis von Alldeutschen ein Friede, wie ihn der verantwortliche Staatsmann vorschlägt, zu dürftig erscheint, und wenngleich auch der radikalste Flügel der Sozialdemokratie kritisierend und zweifelnd abseits zu stehen vorzieht. Diese Opposition auf der einen und anderen Seite bedeutet nichts, und es ist zweifellos, dass Herr von Bethmann-Hollweg für sein Programm das Volk hinter sich hat. Nichts Grösseres aber kann ein Staatsmann erreichen, als dass sein Programm ein ganzes Volk zu stützen bereit ist.

Man kann sagen, dass heute die Stimmung des deutschen Volkes eine verwandte ist wie im Jahre 1870 — zweifellos wenigstens in bezug auf zwei Punkte: in bezug auf die Bereitschaft, jedes Opfer zu bringen, um das aufgesteckte Ziel zu erreichen und sodann im Hinblick auf die Entschlossenheit, jede innere Opposition niederzukämpfen, die durch Überbegehrlichkeit oder durch Kleinlichkeit das nationale Ziel zu verrücken sucht.

So ohnmächtig wie 1870, wo es auch eine Opposition gab, ist die Opposition heute wiederum, und es war daher begreiflich, dass der Sieger an der Front, Hindenburg, dem Sieger hinter der Front, Bethmann, seinen Glückwunsch geschickt hat.

Auch das ist nichts Geringes, einem ganzen Volke nach zweieinhalb Jahren schwersten Krieges einen neuen starken und einheitlichen Impuls zu geben, der die guten Deut-

uns nicht erschienen ist, und England bisher auch nicht. Sätze von dieser Art, wie sie Lloyd George ausgesprochen hat, sind geeignet, die Kluft zwischen dem offiziellen England und dem deutschen Volke weiter zu vertiefen, wenn das noch möglich ist. Unter der Voraussetzung, dass er diese Absicht gehegt hat, war die Formulierung, die er gewählt, im höchsten Grade erfolgreich. Bei einem Redner von seiner Erfahrung aber ist anzunehmen, dass er den Effekt, den er in Deutschland erzielt hat, erreichen wollte.

Lloyd George gibt alsdann die Gründe an, die nach seiner Auffassung die Entente veranlasst haben, in den Krieg einzutreten. Er sagt darüber:

„Die Alliierten traten in diesen Krieg ein, um Europa gegen den Angriff der preussischen Militärherrschaft zu verteidigen. Und da sie ihn begonnen haben, müssen sie darauf bestehen, dass das einzige Ende die vollständige und wirksamste Bürgschaft gegen die Möglichkeit sein muss, dass diese Kaste jemals wieder den Frieden Europas stört."

Es gibt weite Kreise in Deutschland, die mit den inneren Zuständen, wie sie bei uns herrschen, unzufrieden sind, aber man könnte eine Prämie für jenen aussetzen, der irgendeine deutsche Partei oder irgendeine gewichtigere deutsche Persönlichkeit aufzutreiben vermag, die das Unglück Deutschlands in einer „Militärherrschaft", von der Lloyd George spricht, sieht. Diese Prämie könnte nicht zur Verteilung gelangen. Die deutsche Opposition sagt: Wir haben eine Junkerherrschaft, die auf dem wirtschaftlichen und politischen Leben der Nation im Innern lastet, aber eine „Militärkaste", die Deutschland beherrscht, die ihm die Bahnen seiner Entwicklung in der inneren und äusseren Politik vorschreibt, die gibt es nicht, und weil wir sie nicht kennen, und weil der englische Staatsmann seinen Finger nicht auf eine deutsche Wunde gelegt hat, die schmerzt, darum sind seine Ausführungen auf alle deutschen Parteien, die Sozialdemokratie eingeschlossen, ohne jeden Eindruck geblieben. Die Millionen deutscher Männer und Jünglinge stünden nicht wie eine unerschütterliche Mauer um Deutschland: das Gesetz über

den Zivildienst der ganzen männlichen Nation wäre nicht angenommen worden, wenn die deutsche Nation sich als Hörige und Vergewaltigte einer „Militärkaste" fühlte.

Man geht in England völlig irre, wenn man annimmt, dass es in Deutschland Parteien gibt, die den Wunsch hegen, von einer Militärdiktatur befreit zu werden. Es gibt viele Leute in Deutschland, die den Einfluss des konservativ-agrarischen Junkertums für schädlich erachten. Es gibt niemanden, der es gestatten würde, dass sich in diesen inneren Kampf das Ausland eindränge, und da niemand eine Einmischung in die inneren deutschen Angelegenheiten gestatten würde, so gestattet natürlich auch kein Deutscher eine Einmengung zur Bekämpfung eines imaginären Feindes, der in Deutschland — überhaupt nicht vorhanden ist.

Hat der Engländer nur für Engländer gesprochen, die über die Verhältnisse Deutschlands mangelhaft unterrichtet sind, so kann man begreifen, dass seine Worte eine erhebliche Wirkung erzielt haben, aber hat er den inneren Zusammenhalt innerhalb Deutschlands lockern wollen, so war das ein Versuch mit gänzlich untauglichen Mitteln.

Von diesem Deutschland, das angeblich unter der preussischen Militärdiktatur seufzt, verlangt der Chef der englischen Militärdiktatur die Erfüllung gewisser Bedingungen, wenn die Entente den Frieden gewähren soll. Er spricht sich darüber folgendermassen aus:

„Ich will diese Bedingungen ... noch einmal wiederholen: vollständige Wiederherstellung (restitution), volle Schadloshaltung (reparation) und wirksame Garantien. Hat der deutsche Kanzler eine einzige Redewendung gebraucht, die darauf hindeutet, dass er bereit ist, einen solchen Frieden anzunehmen?"

Es ist durchaus zutreffend, dass der deutsche Reichskanzler keine Redewendung gebraucht hat, aus der zu schliessen wäre, dass er auf Grund dieser Bedingungen einen Frieden anzunehmen bereit sei, aber ich glaube, niemand in Deutschland wäre bereit, jene Friedensbedingungen des englischen Premiers anzunehmen, und ich darf mich darauf berufen, dass der „Vorwärts", das

Marokkokrisis derselbe Lloyd George gewesen ist, der eine Rede gehalten hat, wie man sie nur zu halten pflegt, wenn man die letzten Konsequenzen des Gegensatzes zwischen Staaten, wenn man den Krieg mit entschlossener Voraussicht ins Auge fasst. Auch damals stand Deutschland auf der einen und England und Frankreich auf der anderen Seite, und alle anderen Staaten im Hintergrund, der letzten Entscheidung wartend.

Einige englische Zeitungen, auf deren Urteil wir in Deutschland besonderen Wert legen, haben freilich behauptet, der Minister habe die Tür für Verhandlungen nicht völlig zugeschlagen. Natürlich ist ein Lloyd George kein Pokrofsky, aber eins muss man doch sagen: Ist die Tür nicht vollkommen zugeschlagen, so ist der Spalt, der offen geblieben ist, so winzig klein, dass man ihn mit deutschen Augen nicht zu entdecken vermag. Gleichviel ob ein Spalt noch offen oder nicht, auch eine geschlossene Tür kann man schliesslich wieder öffnen, und augenscheinlich ist der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika und augenscheinlich ist der Bundespräsident der Schweiz überzeugt, dass es noch nicht endgültig unmöglich ist, die Tür, durch die der Friede in die Welt wieder einziehen kann, aufzustossen, und zwar jetzt.

Es scheint mir, dass die Note der Schweiz durchaus zutreffend die zwei wesentlichsten Gesichtspunkte hervorhebt, unter denen die weit ausführlicheren Darlegungen des Präsidenten Wilson abgefasst sind. Wilson unterscheidet zwei Notwendigkeiten: Es müssen die Bedingungen klargestellt werden, unter denen der Krieg zum Abschluss gebracht werden könnte, und es müssen sodann Vorkehrungen getroffen werden gegen die Wiederholung eines solchen Krieges oder gegen die Entfachung irgendeines ähnlichen Konfliktes in der Zukunft. Der Präsident fügt weitherzig hinzu, es sei ihm die Wahl der zur Erreichung dieses Zieles geeigneten Mittel gleich.

Eines steht fest. Beide Ziele stehen in engster Verbindung miteinander, ohne doch identisch zu sein. Die Vorsorge gegen die Wiederkehr einer Katastrophe, wie

wir sie jetzt erleben, ist undenkbar, solange der Krieg andauert. Die Beseitigung des jetzigen Kriegszustandes ist also eine Vorbedingung für die Annäherung an das zweite Ziel.

Es ist nun in hohem Grade bedeutungsvoll und politisch klug, dass Präsident Wilson es direkt ablehnt, Vorschläge zur Beendigung des herrschenden Krieges zu machen. Seine gewichtigen Worte lauten: „Die Vereinigten Staaten müssen es sich versagen, die Bedingungen vorzuschlagen, auf Grund deren der Krieg beendet werden soll." Aber obgleich der Präsident sich in die Abfassung der Friedensbedingungen nicht einmischen will, so können ihm die Bedingungen, unter denen normale Verhältnisse in Europa zurückkehren, doch unmöglich gleichgültig sein, soll das zweite Ziel, nämlich die Vorsorge gegen die Wiederkehr der heutigen Zustände, erreicht werden. Das zweite Ziel, für das sich der Präsident unmittelbar einsetzt, bleibt nämlich gänzlich unerreichbar, wenn nach Friedensschluss und gerade wegen der Friedensbedingungen ein unbezähmbarer Hass unter den Völkern fortwuchert. Dann freilich wäre es in absehbarer Zeit unmöglich, eine brauchbare und stark fundierte Friedenspolitik zur Durchführung zu bringen. Der Frieden muss eben unter Bedingungen geschlossen sein, die die Erreichung des zweiten Zieles, das für die Vereinigten Staaten, für die Schweiz, für die Welt von ungeheuerster Bedeutung ist, nicht unmöglich machen. Nicht die Friedensbedingungen in ihren Einzelheiten will der Präsident Wilson beeinflussen, aber das Friedensresultat ist ihm nicht gleichgültig, kann ihm nicht gleichgültig sein und ist der Welt nicht gleichgültig. Mögen die Friedensbedingungen enthalten, was sie wollen, vorausgesetzt nur, dass sie einen Baugrund darbieten, der nicht unterwühlt ist vom furchtbarsten Völkerhass, und auf den daher die Fundamente für eine gesicherte, friedliche zukünftige Kultur der Menschheit zu legen eine Möglichkeit bleibt.

Dass die erdrückende Masse des deutschen Volkes

Es wäre ganz falsch, vortäuschen zu wollen, dass der Weg, der vor uns liegt, ein glatter sei. Die Prinzipien aufzustellen ist leicht; die Details zu verwirklichen, ist unendlich schwierig, und wir sind noch nicht einmal so weit, dass von allen Seiten dem Wilson'schen Grundgedanken zugestimmt wird, dem gesunden Gedanken: ein Friede, der friedliche und gesichertere Fortentwicklung nicht direkt unmöglich macht.

Eines immerhin ist erreicht. Die Frage, die für die Menschheit heute die brennendste ist, sie wurde zur Erörterung auf die Tagesordnung gesetzt. In stumpfer Wortlosigkeit, oder fatalistisch, oder blind, in wildestem Hasse ertrug der eine Teil der Menschheit das Schicksal, und der andere, weniger zahlreiche Teil, musste sich sagen, dass ihm unter den gegebenen Verhältnissen, bei der Macht der Zensur, die Kraft der Stimme fehle, um sich Gehör zu verschaffen. Kleineren Parteien und einzelnen Personen, und wäre ihr Wuchs noch so stattlich, ihnen fehlte das Katheder, von dem aus sie wirkungsvoll hätten reden können.

Jetzt ist die Zeremonie des Mundöffnens vollzogen und wichtiger als alle Einzelheiten erscheint es mir, dass für die Menschheit, die „Menschheitsfrage des Friedens" auf die Tagesordnung gesetzt ist.

Es wird nicht leicht sein, diese Diskussion nochmals zu erwürgen, und wenn es nicht möglich ist, sie zu erwürgen, dann muss in kurzer Zeit ein Gedanke siegreich zum Durchbruch kommen: Es kann das Glück keiner Gruppe europäischer Mächte ausmachen, dass eine andere Gruppe europäischer Mächte vernichtet und zertreten am Boden liegt.

Berlin, Weihnachten 1916.

Nachschrift.

Der Vollständigkeit wegen sei hinzugefügt, was sich seit dem Abschluss meines Artikels ereignet hat. Nichts Überraschendes. Die skandinavischen Reiche sind der

Schweiz gefolgt und sind bereit, gleichfalls mit Wilson zu gehen. Das ist sehr erfreulich. Spanien hält einen Anschluss für unzweckmässig, aber empfiehlt eine Liga der neutralen Mächte zum Schutze der neutralen Interessen. Ein Vorstoss auch in dieser Richtung wäre zur Begrenzung der verhängnisvollen Wirkungen des Krieges gewiss gut. Entscheidend ins Gewicht fällt alsdann die Antwort der Entente. Auch sie keine Überraschung. Nach der Rede von Lloyd George konnte es sich weniger um den Inhalt als um die Form der Replik handeln.

Von dem Inhalt sagt der „Vorwärts“ das Folgende: „Das ganze deutsche Volk lehnt es ab, sie — nämlich die Ententemächte — in ihrem angemassten Richteramt anzuerkennen,“ und das Blatt, das Millionen friedlich gesinnter deutscher Arbeiter vertritt, hat ein Recht, in vorliegendem Falle im Namen des deutschen Volkes zu sprechen. Die nächste Wirkung der Antwort, die der deutsche Reichskanzler erhalten hat, besteht also darin, dass die Gesamtheit des deutschen Volkes heute politisch fester aneinander geschlossen dasteht als jemals. Hat die Antwort der Entente dieselbe Wirkung bei jenen Völkern gehabt, in deren Namen die Entgegnung abgegeben worden ist? Mir erscheint das recht zweifelhaft oder vielmehr das Gegenteil unzweifelhaft. Wenn aber die deutsche Note bei der eigenen Nation und bei den anderen Völkerr ein Wirkung wie die bezeichnete ausgelöst hat, kann man sie dann, wie es von seiten der Entente geschieht, als „ohne Bedeutung“ bezeichnen, und sollte die „Aufrichtigkeit“ der deutschen Note von der Welt nicht anders eingeschätzt werden, als es die Entente in ihrer Antwort tut?

Die Ententenote rückt in den Vordergrund die „Anerkennung des Grundgesetzes der Nationalitäten“ und der „freien Existenz der freien Staaten“. Solche Anschauung findet in Deutschland unter bestimmten Voraussetzungen ein Echo, aber es erscheint unvorsichtig, dass eine Koalition diese Fragen aufrollt, die zu ihren Teilhabern Russland zählt mit über 60 Millionen furchtbar geknechteter Fremdvölker, und von einem England geführt

Deutschlands und für den engen Zusammenschluss mit seinen Verbündeten in hohem Grade erfreulich.

Dass die chauvinistisch gesinnten Volkselemente der Entente ihren Politikern und Diplomaten für die Erreichung dieses Zieles schliesslich Denkmäler setzen werden, ist unwahrscheinlich; die leidende Menschheit tut es gewiss nicht.

Berlin, den 4. Januar 1917.

□□□

Das Friedensangebot.

Sehr geehrter Herr Redakteur,

Sie wünschen meine Meinung über das Friedensangebot des deutschen Reichskanzlers zu wissen. Wie in meinem im zweiten Heft der „Internationalen Rundschau“ vom 5. Juli 1915 veröffentlichten Aufsatze muss ich auch diesmal mit der Erklärung beginnen, dass ich nicht berechtigt bin, in irgend einem anderen Namen als dem eigenen zu reden. Aber wie damals, glaube ich auch heute sagen zu dürfen, dass meine Antwort mit der Stimmung der grossen Mehrheit des deutschen Volkes übereinstimmt.

Schon am 5. Juli 1915 habe ich Ihnen geschrieben: „Es gibt nichts, um dessentwillen die Deutschen in den Krieg gezogen sind, ausser der Abwehr der gegen die freie Entfaltung des deutschen Volkes gerichteten Angriffe anderer Mächte. Es gibt kein Land, welches das deutsche Volk begehrt. Der einzige Wunsch, den es gehabt hat, war, seine Seemacht frei entfalten zu können, um eine Lebensbedingung, die freie Entwicklung seines Seehandels gegenüber feindlichen Angriffen, sicherzustellen.“ Ich habe von den Millionen gesprochen, die zwar dafür seien, dass Deutschland solche strategische Punkte sich aneigne, deren Besitz es als unerlässlich ansieht, um der Wiederkehr eines Krieges vorzubeugen, die aber von Annexionen als Siegespreis nichts wissen wollen. Nur eins habe ich als die erste

deutsche Friedensbedingung bezeichnet, dass England sich dazu verstehe, die Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See und damit die Freiheit der Meere anzuerkennen; und solange es an einer Exekutive fehle, die auf der Beachtung der Satzungen des Völkerrechts zu bestehen die Kraft habe, müsse sich Grossbritannien auch darein finden, wenn jede Macht zum Schutz ihres Handels eine Flotte baue und zu deren Schutz befestigte Stützpunkte in den verschiedenen Erdteilen erwerbe. Denn ohne dies könne von einer freien Bewegung auf der Haupthandelsstrasse der Welt keine Rede sein.

Es ist eine Ursache steter Angriffe gewisser Parteien gegen den deutschen Reichskanzler gewesen, dass er diesen Anschauungen, die auch die der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes sind, gleichfalls huldige. Dass diese Behauptung in der Hauptsache zutrifft, haben das Friedensangebot des deutschen Reichskanzlersund seine frühere Rede vom 9. November bewiesen. Wer das Auftreten Bethmann-Hollwegs, seit er Reichskanzler geworden ist, verfolgt hat, weiss, dass sie ehrlich gemeint sind. Ich sage das nicht, weil seine Anschauungen etwa durchweg die meinen wären; ich bin ihm früher in seiner inneren Politik und seiner Handelspolitik wiederholt entgegengetreten. Aber auch wo ich sein Gegner war, habe ich in ihm stets den ehrlichen Mann geschätzt. Und so ist es meine volle Überzeugung, dass er es auch diesmal ehrlich meint, wo ich in der äusseren Politik ihm zuzustimmen in der Lage bin. Der einzige Vorwurf, den man gegen ihn erheben könnte, wäre, dass er ebenso wie mit der Wiedererrichtung des Königreichs Polen, mit seinem Friedensangebot solange gezögert hat. Die Entschuldigung dafür ist wohl darin zu suchen, dass er, um mit seinen Anschauungen hervortreten zu können, erst das Bewusstsein haben musste, dass er imstande sein werde, den Widerstand der Annexionisten zu überwinden.

Es war ein Meisterzug, den Augenblick zu seinem Friedensangebot zu wählen, in dem die militärische Stärke Deutschlands so augenscheinlich war, dass es denen, die

da erkennen wollten, klar sein musste, dass es nicht Angst vor einer Niederlage war, welche das planmässige Zurückgehen der deutschen Truppen an der Westfront veranlasste; denn trotz alldem, was Briand und Lloyd George sagen, ist jeder Unbefangene sich bewusst, dass dieses Zurückgehen im Westen nur den Zweck hatte, im Osten erst aufzuräumen, um sich dann mit verstärkter Wucht gegen den Westen wenden zu können. So ist das Friedensangebot denn auch in den neutralen Ländern aufgenommen worden als ein grossartiges Anerbieten, um weiterem unnützen Gemetzel und weiterem Zerstören von Kulturwerten ein Ende zu machen. In allen neutralen Ländern ein freudiges Aufatmen ausser bei den Munitionslieferanten. Nur bei denen, welche bei den Gegnern Deutschlands zur Zeit das Heft in Händen haben, ist ihm mit Injurien, die von Selbstüberhebung strotzen, gedankt worden.

Dass diese Kreise so antworten würden, war vorauszusehen. Denn ihre politische Existenz ist an die Niederwerfung Deutschlands geknüpft. Wenn sie diese nicht erreichen, vermögen sie den Untergang so vieler Millionen ihrer Landsleute und die Vergeudung von noch mehr Milliarden an Werten nimmer zu verantworten; daher sie fürs Fortkämpfen sind, solange sich jemand findet, der sich für sie hinschlachten lässt. Nur war es nicht vorauszusehen, dass diese Gegner des Friedens dabei ihre, die Vernichtung der Staaten des Vierbundes nach sich ziehenden Kriegsziele so offen enthüllen würden: den Erwerb von Konstantinopel durch Russland, der das gleichzeitige Ende der Türkei, Bulgariens und Österreich-Ungarns bedeuten würde, die Vernichtung der Seemacht Deutschlands und die seiner Wehrfähigkeit zu Land. Dass diese Forderungen der Herren Trepow, Briand, Lloyd George, Curzons und Bonar-Law's einer glatten Ablehnung ernsthafter Friedensverhandlungen gleichkommen, wurde denn auch von allen unparteiischen Stimmen in den neutralen Ländern ausgesprochen.

Nun ist zu dem deutschen Friedensangebot noch die Friedensnote Wilsons hinzugekommen. Der Wortlaut

ihrer ersten Ankündigung hat alle wahren Friedensfreunde in Deutschland bestürzt. Denn er besagte, Wilson mute den Kriegführenden zu, der Welt ihre Friedensbedingungen bekannt zu geben, bevor sie zum Unterhandeln über den Frieden zusammenträten. Das wäre ja nur eine Wiederholung der Forderung, mittelst deren die leitenden Minister unserer Feinde das deutsche Friedensangebot zum Scheitern bringen wollten. Denn von dem Augenblick, da Deutschland der Welt ankündigen würde, zu welchen Bedingungen es Frieden zu machen bereit sei, würde die ganze Hetzpresse des Auslands diese Bedingungen entweder als masslose, oder, wenn sie unbestreitbar massvolle wären, als Eingeständnis einer Niederlage hinstellen, und im letzteren Falle die Stellung des friedliebenden Reichskanzlers in Deutschland unmöglich machen. In beiden Fällen wäre also jede Friedensverhandlung aussichtslos. Allein der Tags darauf bekannt gewordene, wirkliche Wortlaut der Note Wilsons zeigte, dass es sich um eine Reuterfälschung des Wilsonschen Gedankengangs handelte, und dass Wilson in keinem Worte gesagt hatte, man solle die Friedensbedingungen veröffentlichen, bevor man sich zum Verhandeln über den Frieden niedersetze. Wilson hat somit — obwohl er eine solche Absicht ausdrücklich ablehnt — das deutsche Friedensangebot tatsächlich verstärkt.

Nun wird sich zeigen, welche Macht der Friedensgedanke in der öffentlichen Meinung der Welt erlangt hat. Vermag er sich nicht soweit durchzusetzen, dass es zur Eröffnung von Friedensverhandlungen kommt, so heisst die Zukunft Finis Europae. Denn darüber möge sich niemand im Ausland täuschen: das deutsche Volk wird dann fortkämpfen, bis es den Gegner niedergerungen hat; sollte ihm aber das Geschick ungünstig sein, so wird es, wie 1806 das niedergeworfene Preussen, den Kampf um seine Existenz immer wieder aufnehmen, und wenn die Welt darüber in Trümmer ginge. Andererseits eröffnet die Erklärung des Reichskanzlers, dass Deutschland bereit

sei, auf den von seinen Vertretern solange abgelehnten Gedanken einer Schlichtung internationaler Streitigkeiten durch Schiedsspruch einzugehen, die Aussicht, dass die Gefahr des Wiederausbruchs eines Krieges wie des gegenwärtigen auf ein Mindestmass beschränkt bleibe.

München, den 23. Dezember 1916.

Lujo Brentano.

□□□

Sylvester-Stimmung.

Sylvester! Sturmwolken jagen am Himmel dahin! Kein Stern erhellt das Dunkel der Nacht! Es platscht der Regen – schwer fällt er nieder zur Erde; er saust mir im Wirbel um die Ohren - peitscht mir das Herz! Ja, schwere Gedanken bewegen dasselbe .....

„Friede!" Es war ein Wahn. Der süße Klang ist verklungen. Dumpf erschallen die Mitternachtsglocken durch das Sturmgebraus; wie langgezogene Sterbetöne im Kampfgetöse muten sie mich an.

„Friede!" Warum ist es nicht möglich, Frieden zu schließen?

Ach — Millionen Landesvertriebene, Flüchtlinge, Heimatlose, die heute außerhalb ihrer Landesgrenze, getrennt von allem, was ihnen je lieb und teuer und heilig war, Sylvester feiern, wissen es.

In wahnsinnigem Weh schreien sie Alle in dieser Mitternachtsstunde zum Himmel empor:

O, gib uns unser Land, unsere Heimat, unser heiligstes Eigentum – die Muttererde zurück — und durch das Chaos der Stimmen gellt es wie mit Donnerschlägen schwer: Wo ist mein Weib! Wo sind meine Kinder und die Kinder ihrerseits verlangen nach ihrer Mutter, von der sie seit Monaten nicht mehr wissen, ob sie noch lebt oder im Übermaße des Elendes umgekommen ist – – – – – – – – – – – – –

Sylvester! O erhöre das wilde Weh der Bittenden, bringe ihre heißen Wünsche und Tränen vor den Tron der Allbarmherzigkeit, bringe sie ins Lager der Kriegführenden und halte sie auf, die Hände, die weiter zerschmettern wollen – noch mehr: Erfülle die Herzen der Leitenden

mit dem Gefühle der Gerechtigkeit, damit auch ihnen eine gesegnete Stunde schlage, die sie zwingt, in alle Welt zu rufen: Ja, kehret zurück in euer Vaterland, ihr armen zu Tode gehetzten Unschuldigen, ihr Entflohenen und Entführten – wir geben euch alle Rechte und Freiheiten zurück – Laßt uns wieder friedlich nebeneinander leben, da es keinen weitern Sinn hat, übereinander stehen zu wollen!

Ein solcher Ruf wäre ein Friedensruf und brächte Glückseligkeit auf die sturmgepeitschte Erde zurück; ein solcher Ruf würde jedes Schlachtgetöse übertönen und auch vom Gegner angenommen werden, da niemand mehr an der Echtheit edler Absichten zweifeln könnte – ja, ein solcher Ruf müßte auch alle weiteren obschwebenden Gegensätze heilsam überbrücken und damit wäre der erste konkrete Schritt zur Verständigung und damit auch zum Frieden gemacht.

Unsinn! Das kann man nicht! höre ich entgegnen. Doch das kann man!

Nach der Niederlage der Schweizer bei St. Jakob an der Birs, da bot der sieghafte Gegner aus Hochachtung vor der heldenhaften Verteidigung den Unterlegenen auch den Frieden an und respektierte ihre Rechte.

Aber auch nach dem völligen Untergang der Eidgenossenschaft vor erst zirka 100 Jahren, da wurde uns Land und Eigentum mit allen Rechten und Freiheiten – ebenfalls ohne weiteren Schwertstreich – verbrieft zurückgegeben.

Also, was früher möglich war, das sollte heute aus Rechts- und Menschlichkeitsgründen doppelt möglich sein.

Darum – wachet auf ihr Geister – bietet in diesem Sinne „Friede" an und ein alle Welt beseligendes Resultat wird nicht ausbleiben. Niemand könnte an der Ehrlichkeit mehr zweifeln – und über Nacht – über Nacht – kehrt „Friede" wieder zurück auf die zerfahrene, zerstampfte, blutgetränkte Erde.

C. Sturzenegger.

□□□

Der englische Standpunkt.

Es erscheint auf den ersten Blick fast unverständlich, dass die leitenden Staatsmänner demokratischer Staatswesen die Verantwortung auf sich nehmen konnten, ihren Völkern die Kenntnisnahme der Bedingungen für die Beendigung dieses entsetzlichen Krieges unmöglich zu machen. Wir veröffentlichen daher die nachfolgende Übersetzung eines Artikels aus "The New Statesman" vom 16. Dezember, welcher in die wahren Motive der Ablehnung Einblick gewährt. Man darf dabei nicht ausser Acht lassen, dass das Blatt der Webbs, dem auch ein Bernard Shaw nahesteht, innerhalb der englischen Kriegsmajorität eine gemässigte Stellung einnimmt. Der Artikel ist unmittelbar unter dem Eindrucke des Anerbietens geschrieben, stimmt in den Schlussfolgerungen mit den späteren offiziellen Antworten der Entente überein, stellt aber unter den Motiven die absolute Siegeszuversicht in den Vordergrund. *D. Red.*

Das deutsche Friedensangebot stellt vor allem den Standpunkt klar, von welchem es ausgeht. Und dieser Standpunkt ist der folgende: Das deutsche Volk hat von allem Anfang an einen Verteidigungskrieg geführt, der ihm durch einen Angriff aufgezwungen wurde. Die deutschen Heere haben grosse Erfolge errungen, die Feinde haben jetzt keine Aussicht mehr, sie zu besiegen. Und um ferneres Blutvergiessen zu vermeiden, bietet das Deutsche Reich seinen Gegnern mildere Bedingungen als diese erwarten durften, in der Zuversicht, dass sein Anerbieten auch in demselben Geiste aufgenommen wird. Kurz, es handelt sich um den Frieden eines Siegers, welcher gewisse Teile seiner Eroberungen behält, andere aber opfern will, mehr aus Menschlichkeit und Scheu vor Verschwendung von Gut und Blut, als aus irgendeiner Besorgnis vor dem Wechsel des Kriegsglücks. Wer die Voraussetzungen zugibt, muss auch den Schlussfolgerungen zustimmen. Wäre wirklich gar keine Aussicht auf eine Niederlage Deutschlands vorhanden, so würde jede Verlängerung des Kampfes ein nutzloses Blutvergiessen sein. Angenommen ferner, das Deutsche Reich wäre wirklich eine gesetzes- und vertragstreue, friedliebende Macht, die sich bloss gegen einen Angriff gewehrt, bloss den ihr aufgezwungenen Krieg durchgeführt hätte, so könnte man den Deutschen unbedenklich Mittel und Stellung für einen Angriff belassen,

da man ja durch ihren Charakter gegen jeden Missbrauch geschützt sein würde.

Ganz anders aber steht die Sache, wenn wir die Niederlage Deutschlands nicht bloss für möglich halten, sondern sogar für ein Ereignis, auf dessen Eintritt man in absehbarer Zeit mit Sicherheit rechnen kann, wenn wir ferner von der Überzeugung durchdrungen sind, dass der ganze Krieg nichts anderes war als ein wohlüberlegter Angriff Deutschlands, wenn wir endlich fest überzeugt sind, dass der preussische Militarismus, solange er nicht im Kriege eine entscheidende Niederlage erlitten hat, eine Macht bleibt, mit der man überhaupt keinen wirksamen Vertrag schliessen kann, weil sie in einem nicht einmal von Napoleon übertroffenen Grade ihre grenzenlose Verachtung aller eingegangenen Verpflichtungen, aller Bedenken der Menschlichkeit, Moral und Kultur an den Tag gelegt hat, und dass überdies bis zum jetzigen Stadium des grossen Krieges das Ansehen dieser Militärtyrannei innerhalb des Deutschen Reiches und sein Druck auf die abhängigen Nationalitäten nur verstärkt worden ist. Unter diesen Voraussetzungen steht es fest, dass alle Friedensbedingungen, welche ein solcher Feind uns heute anbieten könnte, lediglich einen Versuch darstellen würde, mit unseren Gefühlen der Kriegsmüdigkeit zu spielen und uns jetzt die Zustimmung zu einem schlechten Frieden herauszulocken, an Stelle jenes guten Friedens, den wir unsern Feinden in sechs, neun oder zwölf Monaten würden diktieren können.

Aber selbst in dieser Situation wird ein verantwortlicher Staatsmann die Türe zum Frieden gewiss nicht zuschlagen, solange er sich nicht gründlich überzeugt hat, dass hinter dem mit solcher Parade erfolgten Friedensangebot keinerlei Möglichkeit steckt, einen solchen Frieden zu bekommen, wie er ihn wünscht. Denn die Abkürzung des Krieges würde zweifellos im höchsten Grade erwünscht sein, und könnte man diese Abkürzung durch friedliche Verhandlungen statt durch die Schrecken des Krieges erzielen, so würde uns dies naturgemäss sehr willkommen sein, vorausgesetzt freilich, dass die Bedingungen, unter welchen

wir dem Kriege ein Ende setzen, die richtigen sein würden. Andererseits ist es aber auch wahr, dass ein Staatsmann von unserer Seite, der seine Aufgabe versteht, die Tür zum Frieden auch nicht einen Augenblick unnützer Weise offen lassen darf.

Denn das ganze Angebot Deutschlands ist keineswegs in erster Linie aus der Hoffnung hervorgegangen, dass wir etwa seine Friedensbedingungen annehmen könnten; nein, das glauben die Deutschen selbst nicht. Ihr Wunsch ist vielmehr nur, dass wir uns in Diskussionen einlassen mögen, zunächst über die angebotenen Bedingungen, dann eventuell über andere an ihrer Stelle, und dass wir auf diese Weise solange fortdiskutieren, bis die verbündeten Staaten vor lauter Diskussionen sich auseinander disputiert haben würden. Deutschland weiss nämlich, dass wir eine Zehnverband von fünf grossen und fünf kleineren Staaten sind, und schätzt die Schwierigkeit, eine solche Koalition zusammenzuhalten viel richtiger ein, als dies die englische Presse in den meisten Fällen tut. Nicht nur gibt es immer neben dem grossen gemeinsamen Interesse des Bundes viele verschiedene, mitunter entgegengesetzte Sonderinteressen der einzelnen Staaten, sondern die ganze Festigkeit eines solchen Bundes hängt in erster Linie davon ab, dass jeder einzelne Verbündete das vollste Vertrauen zu der Aufrichtigkeit und standhaften Bundestreue jedes andern Alliierten in jedem Augenblicke unerschüttert behalte. Nehmen wir dagegen an, dass es dem Feinde gelänge, dieses gegenseitige Vertrauen zu erschüttern, dass etwa Deutschland für einen oder mehrere unserer Verbündeten besondere Rücksichten zur Schau tragen und in der Presse oder öffentlichen Meinung der betreffenden Staaten ein freundliches Echo finden würde, so dass es den Anschein hätte, als ob ein Separatfriede in Sicht wäre; gesetzt beispielsweise, dass auf das Leitmotiv unseres Mr. Philipp Snowden „warum soll denn eigentlich England dafür kämpfen, dass Russland Konstantinopel bekomme?“ in der englischen Presse ein mächtiger Chorus einfallen und darauf inRussland mit gleicher Kraft der Refrain bearbeitet

würde: „Wozu soll Russland sein Blut opfern, damit England von der Drohung der deutschen Flotte befreit werde?“, wenn also derartige Dinge sich ereignen würden, so könnten wir es erleben, dass in einem bestimmten Augenblicke die ganze grosse Allianz wie ein Kartenhaus auseinander fiele, worauf unter den Alliierten eine furchtbare Panik ausbrechen müsste, mit dem allgemeinen Empfinden: rette sich, wer kann. Da müsste jeder sich dazu drängen, früher als die andern sein Abkommen mit dem siegreichen Deutschland zu treffen, in der verzweifelten Angst, er könnte etwa gar der letzte bleiben, dem eisigen Hohn des Siegers gegenüber; den letzten beissen die Hunde. Wer immer die Geschichte der älteren Bündnisse von zahlreichen verschiedenartigen Staaten kennt, etwa den Verlauf der Koalitionen gegen Ludwig XIV. oder Napoleon, der weiss ganz genau, wie ernst diese Gefahr ist. Gerade in der modernen Welt mit ihrer geschwätzigen Presse ist diese Gefahr noch grösser als je zuvor.

Die gleiche Antwort ist zu geben, wenn gefordert wird, dass die Verbündeten, wenn sie schon die deutschen Bedingungen nicht anhören wollen, doch wenigstens ihre eigenen bekanntgeben sollten. Ist damit gemeint, dass sie ihre Kriegsziele in allgemeinen Ausdrücken formulieren sollen, so sind wir mit dieser Forderung ganz einverstanden. Wird aber verlangt, dass die verbündeten Regierungen sich schon jetzt auf Einzelheiten einlassen und genau angeben sollen, was jeder Staat zu bekommen hat, so können wir gar nicht eindringlich genug vor einem solchen Verfahren warnen. Den Grund zeigt die kürzeste Überlegung. Da haben wir zehn unabhängige Staaten. Jeder einzelne hat gewisse minimale Forderungen aufgestellt, welche er für ganz unerlässlich hält und auf deren Sicherung durch den Friedensschluss er ein gutes Recht gegen die ganze Allianz hat. Aber jeder hat auch noch andere Wünsche auf dem Herzen, seine Maximalforderungen; er selbst misst gewiss einzelnen von diesen Postulaten oder auch allen eine ganz besondere Wichtigkeit bei, aber ihre Verwirklichung hängt mehr oder weniger von dem Grade seines

militärischen Erfolges ab, der in einem Weltkriege doch unmöglich für alle Verbündeten der gleiche sein kann. Wollten wir nun die Friedensbedingungen jetzt schon im einzelnen festlegen, so könnten wir entweder für jeden Staat gleich das Maximum fordern, oder mit weniger vorlieb nehmen. Durch die Forderung des Maximums würden wir bei dem grossen Abstande zwischen der gegenwärtigen Kriegskarte und diesem Programm, auf die Neutralen den denkbar schlechtesten Eindruck machen; überdies würden die feindlichen Regierungen dadurch geradezu in ihrer Aufgabe unterstützt, die Kriegslust bei den eigenen Völkern wieder anzufachen. Wollten wir aber mit weniger zufrieden sein, so würde damit den Zerwürfnissen innerhalb der Entente Tür und Tor geöffnet werden. Jede verbündete Nation würde mit bitteren Gefühlen ihre Forderungen, die unerfüllt bleiben, mit denen vergleichen, die andern Verbündeten bewilligt werden. Es gibt nur einen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten, nämlich den, sich zu keiner verfrühten Feststellung der Friedensbedingungen drängen zu lassen.

Die Aufgabe unserer Regierung in diesem Stadium erschöpft sich darin, gewisse allgemeine Formeln aufzustellen, durch welche die wesentlichsten und unbestrittensten Forderungen aller zum Ausdruck gelangen, z. B. Räumung aller besetzten Gebiete, Verzicht auf jede Annexion, usw. usw. Erst wenn unsere Forderungen auf Grund dieser Formeln von den Zentralmächten so angenommen sind, dass unsere Regierungen an die Aufrichtigkeit der Gegner glauben müssen, dann dürfen sich jene darauf einlassen, im Einzelnen ihre Bedingungen zu stellen, aber ja nicht früher. Indem wir diese Zurückhaltung empfehlen, sprechen wir natürlich nur von den amtlichen Kundgebungen der Staaten, keineswegs aber von den Diskussionen unter Privatleuten. Solcher Diskussionen würden wir sogar viel mehr wünschen als in England stattfinden, damit doch endlich unserem Publikum seine Unwissenheit bezüglich aller Probleme, die östlich von Belgien und Frankreich zu lösen sind, aus-

getrieben werde. Beispielsweise wissen nur wenige Engländer Bescheid darüber, was es mit dem geplanten „Mitteleuropa“ von Berlin bis Bagdad für Bewandtnis hat, ein Ziel, auf dessen Erreichung sich doch gegenwärtig fast alle Anstrengungen Deutschlands konzentrieren. Von der weltbeherrschenden Stellung, welche einem so mächtigen Länderkomplex zukommen würde, sowohl vermöge seiner wachsenden Bevölkerung, seiner Mineralschätze und sich selbst genügenden Produktion, als auch vermöge seiner glücklichen strategischen Lage auf der Weltkarte, haben doch die allerwenigsten Engländer auch nur eine Ahnung und ebenso ahnungslos sind sie bezüglich der Wunde, welche dadurch für alle Zeiten der deutschen Demokratie und sogar der Demokratie in der ganzen Welt geschlagen würde, da die Demokratisierung Deutschlands mit der Bewältigung so ungeheurer Aufgaben der politischen Herrschaft und wirtschaftlichen Organisation unvereinbar wäre. Noch seltener aber sind diejenigen, welche sich ein Bild davon machen, wie nahe Deutschland schon durch den bisherigen Krieg diesem Ziele gebracht worden ist, und mit welcher toten Sicherheit ein jetzt abgeschlossener Friede, selbst wenn er bloss den früheren Status quo wiederherstellte, alle in diesen Plan einbezogenen Länder wie reife Früchte in den Schoss Germanias fallen lassen müsste.

Wir würden also nur das Spiel Deutschlands spielen, wenn wir der Vorstellung Raum lassen wollten, als ob irgendein deutsches Friedensangebot von irgendeinem Inhalte ohne weiteres einen Wendepunkt des Krieges bedeuten müsste. Man kann in jedem Kriege den Frieden in jedem Augenblick bekommen, wenn man nur bereit ist, die Bedingungen des Feindes anzunehmen. Die Tatsache eines unerbetenen Friedensangebotes aber hat gar keine Bedeutung, insofern nicht etwa ein besonders günstiger Inhalt sie ihm gibt. Kommt der Feind ernstlich den Forderungen entgegen, für welche unsere Toten ihr Blut vergossen haben, so sind wir gewiss sehr zufrieden; wenn nicht, würde es der Gipfel des Wahnsinns sein, das An-

gebot auch unsererseits so ernst zu nehmen, wie es der Gegner hinstellt. Was immer das Motiv dieses Anerbietens sein mag, aus purem Wohlwollen für uns und die Menschheit handelt Deutschland gewiss nicht. Im Gegenteil deuten alle Umstände anf den Gruud hin, wegen dessen es jetzt den Frieden anbietet: es fühlt nämlich, dass sein militärischer Erfolg zwar in den nächsten drei Monaten ganz gut noch steigen kann, dass aber die nächsten sechs Monate sicherlich ausreichen werden, um den Deutschen jede Aussicht zu benehmen, jemals wieder so viel zu fordern, wie sie es heute können. Umgekehrt ist es kaum wahrscheinlich, dass irgendeine Zeit kommen wird, in welcher die Entente so wenig durchsetzen könnte, wie im gegenwärtigen Augenblick. Wie lange schon sind die meisten von uns gewöhnt, die Idee eines verfrühten Friedensschlusses mit Spott und Hohn zu überschütten? Und jetzt wird uns dieser wirklich entgegengetragen, nicht als blosses Gedankenspiel, sondern als ein praktischer Vorschlag. Aber das Geringste, was wir darauf sagen können, ist: Wir brauchen uns wahrlich nicht erst zu entschuldigen, wenn wir in der jetzigen Lage beschliessen, uns nur auf unsere Kanonen zu verlassen.

□□□

Ein moderner Aristophanes.

Von Dr. E. DICK, Basel.

Herr von Gleichen-Rußwurm beklagt am Schluß seines schönen Aufsatzes über den griechischen Friedensfreund, daß sich „bis jetzt unter den Komödiendichtern keine Nachfolger des Aristophanes gefunden haben." Er vergißt denjenigen, der in mehr als einer Hinsicht der Aristophanes der Neuzeit genannt zu werden verdient: den Irländer George Bernard Shaw. Nicht erst seit dem Ausbruch des Krieges hat dieser grundgescheite, unerschrockene Mann seine Stimme gegen den Krieg erhoben und gegen das, was zum Kriege führt. Es gibt in der langen Reihe seiner Dramen kaum eins, das nicht eine höhnische Bemerkung auf den Kriegshelden, eine Verspottung des Eroberers, eine Kritik des bewaffneten Staates enthält; und es gibt eine Anzahl, die

ausführlich auf diese Dinge eingehen. Es verlohnt sich wohl, Bernard Shaw zu hören; hätten die Völker doch nur auf ihn gehört, als es noch Zeit war! Möchten seine Landsleute noch jetzt auf ihn hören, da Deutschland ihnen die Hand zum Frieden reichen will!

Unter seinen vier „Erfreulichen Schauspielen", die 1898 herauskamen, befinden sich zwei kriegerische: die prächtige Komödie „Arms and the Man – Waffentaten und der Mann", und „The Man of Destiny – Der Schlachtenlenker" (deutscher Titel). Welch eine ingrimmige Verhöhnung des Krieges in dem ersten Stück, mit seinem nüchternen, zynischen Helden, dem Berufsoffizier Bluntschli (Sohn eines schweizerischen Gasthofbesitzers, als Artilleriehauptmann in serbischen Diensten während des serbo-bulgarischen Krieges von 1885)! Die Entscheidungsschlacht wird durch Dummheit gewonnen und durch Nachlässigkeit verloren. Der tüchtige, kluge Schweizer bezeugt eine grenzenlose Verachtung für seinen soldatischen Beruf; er ist froh, ihm zu entsagen und Gastwirt zu werden.

Der Held des andern Stückes ist kein geringerer als Napoleon Bonaparte, der General Bonaparte nach der Schlacht bei Lodi. Welch eine Bloßstellung des Schlachtenlenkers, des Soldatenberufs! Shaw läßt Napoleon sein Heer auf folgende Weise anfeuern (in der fünfseitigen Vorbemerkung): „Ihr habt Patriotismus und Mut; aber ihr habt kein Geld, keine Kleider, und fast nichts zu essen. In Italien gibt es das alles, und Ruhm obendrein, für ein ergebenes Heer, das von einem General geführt wird, der Plünderung als das natürliche Recht des Soldaten betrachtet. Ich bin ein solcher General. En avant, mes enfants!" Und mit charakterischer Ironie fügt Shaw hinzu: „Es ist übrigens zu bedenken, daß die französische Armee nicht gegen die Italiener Krieg führt. Sie ist dort, um sie von der Tyrannie ihrer österreichischen Eroberer zu befreien und sie mit republikanischen Einrichtungen zu beglücken." Der Dichter läßt sich die Gelegenheit nicht entgehen – ja, er zieht sie an den Haaren herbei – dem Kriegsgewaltigen auf recht krasse Weise vorzuhalten, wie gering er Menschenleben schätzt. „Ihr großen Generäle habt billiges Blut in Hülle und Fülle; ihr macht euch nichts daraus, es zu vergießen." Worauf Napoleon: „Blut kostet nichts."

"The Man of Destiny" enthält auch eine berühmte Kritik der englischen Eroberungen – ein rechter Anachronismus, von Shaw gewollt und gesucht. „Der Engländer ist um eine wirksame sittliche Pose nie verlegen. Als ein großer Vorkämpfer für Freiheit und nationale Unabhängigkeit

erobert und annektiert er die halbe Welt, und nennt es Kolonisation. Braucht er einen neuen Markt für seine gefälschten Manchesterwaren, so schickt er einen Missionar, den Eingebornen das Evangelium des Friedens zu predigen. Die Eingebornen erschlagen den Missionar. Er greift flugs zu den Waffen, zur Verteidigung des Christentums; kämpft dafür, erringt ihm den Sieg und nimmt den Markt als ein Geschenk vom Himmel . . ."

Nach Napoleon, der große Eroberer des römischen Altertums, Caesar (in Caesar und Cleopatra). Schon in der ersten Bühnenanweisung stoßen wir auf eine antimilitaristische Bemerkung: „Unterhalb sind zwei wichtige Übelstände der Zivilisation: ein Palast und Soldaten . . . . die Offiziere in dem Hofraum sind zivilisierter als unserere heutigen englischen Offiziere: beispielsweise, graben sie die Leichname ihrer toten Feinde nicht aus, um sie zu verstümmeln, wie wir Cromwell und den Mahdi ausgruben."

Shaw gibt uns einen durchaus unkriegerischen Caesar; einen Führer, der seine schlimmsten Feinde laufen läßt, wenn sie in seine Gewalt fallen, der nie Gewalt anwenden möchte, der Sanftmut und Milde in allen Lagen üben möchte. Dieser Caesar ist ein Philosoph voll Verachtung für die gewohnten Methoden des Siegers und Eroberers. An Vercingetorix und die abgehackten rechten Hände seiner Gallier erinnert, ruft er „mit schauderndem Spott" aus: „Jene abgehauenen rechten Hände, und der tapfere Vercingetorix, den man auf niedrige Art in einem Gewölbe unter dem Kapitol erdrosselte, waren eine weise Strenge, eine notwendige Schutzmaßregel für den Staat, eine staatsmännische Pflicht — Torheiten und Fabeln enden oft blutiger als ehrliche Rache! Es ist unerträglich zu denken, daß das Leben von Menschen von der Gnade und Ungnade solcher Toren abhängt."

Ich kann die Anspielungen, die ironisch-spöttischen Worte gegen den Krieg und das Kriegswesen nicht alle anführen, die die Komödie Caesar und Cleopatra zu einem pazifistischen Tendenzstück machen.

Was sagt Shaw über unsern Gegenstand in seiner großen Abrechnung mit seinem Zeitalter, im dritten Akt von Man und Superman — Mensch und Übermensch? Es ist der Teufel selber, der spricht:

„Ich habe die wunderbaren Erfindungen der Menschen geprüft. Und ich sage euch: in den Künsten des Lebens erfindet der Mensch nichts; aber in den Künsten des Todes übertrifft er die Natur selber und erzeugt durch die Chemie und die Mechanik alle die Mordmittel der Pest und

der Hungersnot. Der Bauer, den ich heute besuche, ißt und trinkt, was von den Bauern vor zehntausend Jahren gegessen und getrunken wurde; und das Haus, worin er wohnt, hat sich in tausend Jahrhunderten nicht so viel geändert, wie ... Aber wenn er auszieht, um zu töten, so trägt er ein Wunderwerk des Mechanismus mit sich, das bei einem Druck seines Fingers alle verborgenen Kräfte der Moleküle losläßt und den Wurfspeer, den Pfeil und das Blasrohr seiner Väter weit hinter sich läßt. In den Künsten des Friedens ist der Mensch ein Pfuscher. Ich habe seine Baumwollfabriken und dergleichen gesehen, mit Einrichtungen, die ein gieriger Hund hätte erfinden können, wenn er Geld begehrt hätte anstatt Speise. Ich kenne seine plumpen Schreibmaschinen und stümperhaften Lokomotiven und langweiligen Fahrräder: sie sind der reinste Tand im Vergleich zu dem Maschinengewehr und dem Unterseebot. In der industriellen Maschinerie des Menschen steckt nichts als seine Habgier und seine Trägheit: sein Herz hat er an seine Waffen gehängt ... Der Mensch mißt seine Kraft an seiner Macht im Zerstören ... Ich kaufte mir eine Familienzeitschrift und fand sie voll Abbildungen junger Männer, die einander erschossen und erstachen ... In den alten Chroniken liest man von Erdbeben und Pestzeiten, und wird belehrt, daß diese die Macht und die Majestät Gottes zeigen und die Kleinheit des Menschen. Heute beschreiben die Chroniken Schlachten. In einer Schlacht schießen zwei Haufen von Männern mit Kugeln und Kartäschen aufeinander, bis der eine Haufe davon läuft; dann verfolgen die andern die Flüchtigen zu Pferde und säbeln sie im Fliehen nieder. Und dieses, schließt die Chronik, zeigt die Größe und Majestät von Weltreichen und die Kleinheit der Besiegten. Die Pest, die Hungersnot, das Erdbeben, das Ungewitter waren zu wenig methodisch in ihrer Wirkung; der Tiger, das Krokodil waren zu bald gesättigt und nicht grausam genug: es wurde ein gleichmäßiges, schonungsloses, sinnreiches, wirksames Zerstörungsmittel gefordert; und dieses Mittel war der Mensch, der Erfinder der Folter, des Scheiterhaufens, des Galgens, des Schwertes und des Schießgewehrs; vor allem der Gerechtigkeit, der Pflicht, des Patriotismus ..."

Eine beredtere Anklage gegen den Krieg und die Menschen, die ihn machen und verherrlichen, wird sich nicht so bald finden. Sie ist schon über ein Jahrzehnt alt. Ihre Echtheit wird aufs schönste bestätigt durch alles, was ihr mutiger Urheber, George Bernard Shaw, seit Kriegsausbruch geschrieben und gesprochen hat. Auch die Gegenwart hat ihren Aristophanes!

Das Friedensangebot und die Frauen.

Von HANS VON KAHLENBERG (Helene Kessler).

Als der Weltkrieg über Europa hereinbrach, eine jähe und zugleich mit sorglichster und langsamster Gründlichkeit vorbereitete Katastrophe, alle Brücken von Volk zu Volk sprengend, musste er auf zwei völkerverbindende Mächte als Gegner stossen, — auf die christliche Kirche und auf die Internationale Sozialdemokratie. Beide haben gegenüber dem Ansturm des Krieges versagt und kapituliert. Einer dritten Gruppe natürlicher Feinde musste der Krieg auf seinem blutigen Wege begegnen, der zwar unbewaffneten, uneingefügten, dennoch starken und weltüberwindenden Gewalt, die die Frau darstellt!

Wie ist nun die Frau als solche ihrer grossen Pflicht der Menschenmutter inmitten des Völkermordens nachgekommen? Was hat sie geleistet oder verhindert?

Kaum sichtbar, durch das Wirrsal der Ereignisse und Bluttaten schlängelt sich der dünne, zum Zerreissen dünne Faden ihrer Wirksamkeit. Es wurde in Genf ein Weltbund der Frauen für Internationale Verständigung begründet. Sein Programm, obgleich es sich „aus einer Empörung des Gewissens und einem Aufschrei des Herzens geboren" nennt, beschränkt sich auf wohlwollende Duldsamkeit, eine vornehm-weltbürgerliche Neutralität. Energischer war die Aktion des Frauenkongresses im Haag (28.—30. April 1915), der freilich schon wegen der Abwesenheit ganzer Nationen, wie der französischen, seine volle Wirkung nicht ausüben konnte. Immerhin wurde die Bildung eines permanenten Komitees, die Einberufung und Vorbereitung eines allgemeinen Frauenkongresses an den Sitz der künftigen Friedensverhandlungen und die Reise von Deputationen in die Hauptstädte der kriegführenden Staaten beschlossen; letztere, bestehend aus den Damen Jane Adams (Amerika) und Aletta Jacobs (Amsterdam), ferner Rosika Schwimmer (Ungarn) und Crystal Macmillan (England), wurden auch von den Ministerpräsidenten und Staatsmännern der betreffenden Länder freundlich aufgenommen. Aber was konnte dies an dem Unheil des Weltkrieges ändern? Immerhin gab es manche gute Saat für die Zukunft. So berichtet Henri Guilbeaux in der „Internationalen Rundschau" (Nr. 16 des II. Jahrgangs) über die wackeren Bemühungen der Französischen Sektion des Internationalen Frauenkomitees und die

tapfere Haltung einzelner Frauen, wie der Lehrerin Louise Saumoneau und Mme. Séverine in der Liga der Menschenrechte, welchen auf deutscher Seite etwa Rosa Luxemburg und Klara Zetkin entsprechen dürften. Während des ganzen Krieges haben ferner die Zeitschriften der Vereine für Frauenstimmrecht ihre internationale Verbindung aufrecht erhalten und bedeutsame Grüsse gewechselt, etwa wie den Gruss der deutschen Frauen an die französischen in Minna Cauers „Zeitschrift für Frauenstimmrecht", welcher mit den Worten schliesst: „Wenn diese Katastrophe einmal vorüber sein wird, dann wird man die Frauen aller Nationen handelnd finden, um die Wiederholung solcher Zustände für immer unmöglich zu machen." In gleicher Richtung bewegt sich bekanntlich die Ford-Konferenz in Stockholm, welche einer Anregung Rosika Schwimmers ihre Existenz verdankt. Wenn wir nun noch Einzeltaten literarischer Art, der Ellen Key, der Marcelle Capy, deren Buch Romain Rolland das Geleit gibt, der Theodora Wilson oder die schönen Briefe der Elsässerin Annette Kolb anfügen, zahlreiche Veröffentlichungen von Krankenpflegerinnen, auch ergreifende Privatbriefe von Müttern und Frauen an sogenannte „feindliche" Gattinnen und Mütter, — wäre hiermit das nicht unrühmliche Aktiv-Konto wohl ungefähr erschöpft, — während der schwersten Belastungsprobe, die der Kulturwelt je auferlegt wurde.

Ein schwermütiger, englischer Vers sagt, dass Frauen weinen müssen, während Männer kämpfen ... Die Frauen haben geweint, sie haben Wunden verbunden und Erfrischungen gereicht, haben gedarbt, geschenkt, geopfert und gespart, gelitten und erduldet! Dulden wohl war das Los der Allgemeinheit der Frauen in allen Nationen, — ergebenes, tapferes, stumpfes oder verzweifeltes Dulden. Immer wieder Dulden!

Nur den Allerärmsten und Schwächsten gestattet die Not eine vornehm sich abschliessende und schweigsame Geduld nicht. Der Hunger stellte sich ein, sie mussten arbeiten und fronden. Die härteste und beschwerlichste Arbeit in Berufen, von denen die Menschlichkeit die Frau bisher ausgeschlossen hatte, fiel ihnen zu. Das Verhältnis der Frauenarbeit zur Männerarbeit, das vor dem Kriege 41 : 59 war, hat sich heute umgekehrt. Wir finden Frauen als Streckenarbeiterinnen, als Schaffnerinnen und Postilloninnen, Frauen in der Munitionsfabrikation, Frauen als Maschinenschleiferinnen und Pflasterarbeiterinnen, Frauen auf jedem Gebiet der Landwirtschaft! Fast alle diese Arbeiterinnen sind unorganisiert, unbelehrt über ihre Rechte und ihre Pflichten. Zwischen ihnen wird der Zusammenschluss zuerst erfolgen, wird schon die Kriegszeit selbst oder werden die Jahre nach dem Krieg ihn mit berechenbarer

Sicherheit herbeiführen. Trotz aller Hindernisse rein technischer oder psychologischer Natur. Oft sind von seiten der eingegliederten männlichen Arbeiterschaft die ausserordentlichen Schwierigkeiten betont worden, die sich einer wirksamen Gemeinsamkeit arbeitender Frauen entgegenstellen. Vergessen wir doch nicht, dass wir es bei den Heimarbeiterinnen zum Beispiel mit den Ärmsten der Armen, mit mutlosen, ständig unterernährten, schmachvoll überbürdeten und eingeschüchterten Geschöpfen zu tun haben! Hier trifft wirklich die Wahrheit zu, dass der Mensch unter Bedingungen, die kein Tier mehr annehmen würde, noch existieren kann. Es fehlte der Frau bisher vielfach an Sachlichkeit und Konzentrationsfähigkeit, an Verantwortungsgefühl und Voraussicht, — im letzten Grunde wohl einfach an gesundem Selbstbewusstsein! Trotzdem bleiben wir überzeugt, dass diese Hemmungen von der körperlich arbeitenden Frau überwunden und wahrscheinlich nun erstaunlich rasch überwunden werden dürften. Verfügt sie nicht, gegen die gebildete Frau, über grosse Vorzüge? Bedürfnislosigkeit, Arbeitsgewöhnung, Unbefangenheit, Anschlussmöglichkeit und -fähigkeit, während die Frau des mittleren und kleinen Bürgerstandes im Herdwinkel ihres abgeschlossenen Hauswesens befangen und gefangen blieb? Die Hauptschwierigkeit wird sein und bleiben: Wie nähert man sich dieser verschlossen Abgeschlossenen, wie weckt man in ihr den Menschen, das Weib, die Mutter, die klassenbewusste Arbeiterin?

Eine unüberbrückte Kluft gähnt zwischen den Massen der sich fast maschinenmässig organisierenden Arbeiterinnen und den intellektuellen, einzeln oder in Grüppchen tätigen Frauen der Oberschicht, den sogenannten Damen, unter denen ebenfalls Organisationsversuche mannigfacher Art schon vor dem Krieg im Gange waren. Sie waren nicht einheitlich, oft nur spielerisch oder sogar schauspielernd unternommen. Hier öffneten sich Frauenklubs, die man Damentees mit ästhetischem oder nationalökonomischem Butterbrotaufstrich nennen könnte, — Fachvereine, wie die der Lehrerinnen, der Künstlerinnen, der Studierenden, sammelten dort Angehörige eines Sonderberufs. Oder man schloss drittens Frauen ohne Beruf und der verschiedensten Berufe zu Gruppen zusammen, die ein bestimmtes Ziel, meistens das Frauenstimmrecht, oder etwa Mutterschutz, Säuglingswohlfahrt anstrebten. Natürlich wird es immer ausserordentlich schwierig bleiben, ein ganzes Geschlecht, die volle Hälfte der Menschheit also, von der Kaiserin bis zur Kellnerin, zur Hemdennäherin, auf irgend eine Gemeinsamkeit hin einzureihen. Wer dächte je daran, unter Männern eine Vereinigung zu begründen, die den Monarchen und seinen

Kammerdiener in gleicherWeise umfasste, wie es der hohe Gedanke der ursprünglichen, der revolutionären, die alte Welt umwälzenden Christenkirche war? Trotzdem ist diese Gemeinsamkeit für die Weiblichkeit vorhanden, in dem jeder Partei, dem Klassen- und Vermögensgegensatz entrückten, völlig internationalen Interesse aller Frauen an Fragen ihres Geschlechts. Die grossen, noch gänzlich ungeklärten Probleme des Sexuallebens, der Mutterschutz und der noch viel wichtigereFrauenschutz, — die Aufgaben des Kinderschutzes und der Erziehung, betreffen und erregen die Gräfin wie die Kuhmagd; jede rechtliche und politische Ungleichheit der Geschlechter muss eines Tages, früher oder später, ihren Ausgleich finden. Bis zu dieser Zeit muss unaufhörlich und unermüdlich in Wort und Schrift, durch Tat und Beispiel Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit gefordert werden. Nicht erst von morgen oder übermorgen, sondern von heute ab!

Ein glückliches Vorbild für eine solche Frauenorganisation im grössten und internationalen Stil scheint mir im Freimaurerbund zu bestehen. Hier ist die Zusammenfassung zugleich lose und bindend, national und über die Nation hinausgreifend, modern, diskret, demokratisch und wandlungsfähig, über der starken Wurzel einer mystisch ehrwürdigen Tradition, die nun mittelbar oder unmittelbar abzweigend (manche Logen erkennen schon jetzt Schwesternlogen an!) bloss neue, schöne und reichere Schösslinge triebe, — ausgestattet mit einem eindrucksvollen und feierlichen Ritual, das auf die phantasiebegabte Frau anziehend wirken müsste. Man komme nicht mit dem lächerlichen Einwand, dass eine Verpflichtung zur Verschwiegenheit von weiblichen Mitgliedern unmöglich eingehalten werden könnte! Die Geschichte hat uns manchen Simson, Siegfried oder Gyges aufbewahrt, der sein tödliches Geheimnis preisgab, — — dass Frauen schweigen können, wissen und — verschweigen alle Frauen.

Wir möchten den Krieg durch das unermessliche Leid, das er über die Welt gebracht hat, einem schweren, wühlenden Dampfpflug vergleichen, der auch die widerspenstigste Scholle für den Samenwurf bereit, umgelegt hat. Und nicht für später erst in Erwartung der berühmten „besseren“ Zeit. Die Zeit gilt es zu bessern, damit sie besser wird! Schon jetzt, glauben wir, würde es möglich sein, eine wirkungsvolle, gemeinsame und einheitliche Aktion der Frauen aller Völker gegen die Fortdauer des Blutvergiessens einzuleiten. Sollten die Friedenskundgebungen des deutschen Reichskanzlers, des Präsidenten Wilson, des Schweizerischen Bundesrats und der skandinavischen Regierungen nicht geschlossen, Frau für Frau,

einen internationalen Heerbann hinter sich finden? Unter den Fürstinnen Europas ist fast jede durch Geburt und Abstammung auch der anderen Art, dem Gegner, blutsverwandt und verknüpft. Lasst sie, Kaiserinnen und Königinnen, in solchem heiligsten Kreuzzug, ehrenvollste Führung übernehmen! Und bald — heute, lasst sie ihre Gefolgschaft, die wie der Sand am Meer unabsehbar ist, aufbieten! Und was immer an Frauenorganisationen existiert, alle Frauenvereine für Pazifismus, Feminismus, Arbeiterfrage, Religion, nationale und internationale. Jetzt wäre der Moment gekommen, wo sie alle mit aller Kraft darauf zu bestehen hätten, dass wenigstens für die Zukunft das nutzlose Blutvergiessen entfalle, dass das Friedensangebot der Zentralmächte wenigstens angehört werde, bevor man es als nicht „ernstlich gemeint", als „Kriegsmanöver" abweise. Sieht es nicht viel mehr aus, als ob man es nicht kennen lernen wollte, gerade weil man fürchtet, es könnte ernstlich gemeint sein und zum Frieden führen? Auf, Ihr Frauen der Ententeländer! Erwacht! Habt Ihr denn alles Erbarmen mit den eigenen Männern, Brüdern und Söhnen verloren, die wiederum zu Millionen hinabsinken sollen in die finstere Gruft, ohne die geringste Wahrscheinlichkeit einer Entscheidung zwischen den gleich gewaltigen Kräften auf beiden Seiten Europas!

Kommt der Friede jetzt nicht zustande, wird ein neues, viel furchtbareres Morden der Jugend anheben, wird ein dritter Kriegsfrühling die verwüsteten Felder und Fluren Europas in Blutbächen ertränken. Zehntausend unserer Menschenbrüder, rechnet uns die Statistik vor, sterben täglich auf den verschiedenen Schlachtfeldern des Weltkriegs, fünfzehntausend werden dort jeden Tag verwundet und verstümmelt. Und wer zählt die Gefangenen, die Vertriebenen, die Hungernden, die Kranken? — Sie sterben.

Sie sterben! — Wird uns die Mode 1917 wieder einen noch weiteren Rock, einen noch keckeren Hutstutz bescheren, während unsere Brüder, unsere Gatten und Söhne bluten und verbluten?

□□□

Es gibt keine hoffnungsloseren Tauben als diejenigen, die nicht hören wollen.

Leo Tolstoi.

Wilson, der Pazifist.

Von Prof. Dr. S. FEILBOGEN.

Wir stehen unter dem Eindrucke der beiden Ereignisse, welche eine neue und noch erbarmungslosere Phase des Weltkrieges einzuleiten scheinen. Die deutsche Ankündigung des rücksichtslosen Unterseebootkrieges dürfte auf allen Fronten das Signal geben, um jeden Preis eine Entscheidung zu suchen; die Antwort der Vereinigten Staaten lässt befürchten, dass, infolge irgend eines zufälligen Zusammenstosses zwischen deutschen Unterseebooten und amerikanischen Schiffen, auch noch die letzte neutrale Grossmacht sich in diesen Kampf bis aufs Messer stürzen könnte. Wahrlich, ein furchtbares Ergebnis, würdig eines Krieges, der nun schon seit mehr als dreissig Monaten Tag für Tag den Erdkreis mit Jammer erfüllt und mit Greueln befleckt, der ein grosses Kulturvolk durch die Unterernährung der Kinder in den Wurzeln seiner Rassentüchtigkeit schwächt und ein anderes durch Ausmordung seines Mannesstammes geradezu mit dem Aussterben bedroht. Und was soll fortan aus den 16 Millionen Bewohnern von Belgien und Nordfrankreich werden, wenn die amerikanische Hilfe sie nicht mehr erreichen kann und die Deutschen für sich selbst nehmen müssen, was immer sie an Lebensmitteln zusammenraffen können! Wohin der Blick reicht, überall starrt er in eine trostlose Zukunft. Und nicht einmal die baldige Beendigung des Krieges ist wahrscheinlicher geworden, seitdem der Zehnverband ein Interesse hat, den Krieg noch in das Jahr 1918 hinüberzuschleppen, weil Amerika vor diesem Zeitpunkt seine Armeen nicht kriegstüchtig machen kann. Endloses Blutvergiessen, endlose Güterverschleuderung, das ist die wahrscheinliche Folge des raschen Schrittes, mit welchem der Präsident der Vereinigten Staaten die Kriegslust neu belebt hat. War er als Pazifist dazu berechtigt, war er als Staatsoberhaupt dazu verpflichtet?

Wir stellen die erste Frage voraus, Wilson selbst hat uns das Recht dazu gegeben. Seine Botschaft an den amerikanischen Senat konnte, wenn er auf seinem hohen Standpunkte verharrte, den Anfang einer Neuen Zeit bedeuten. Noblesse oblige! Wer den Ruhm eines Erlösers der Menschheit anstrebt, — der frei gewählte Führer einer freien Nation, der den Ehrgeiz hat, ein Zeitalter wahrer Menschlichkeit und internationaler Gerechtigkeit für alle Zukunft zu eröffnen, darf auf einen Zwischenfall, wie die Ankündigung des deutschen Tauchbootkrieges, nicht sofort in die Höhe fahren, wie der erste beste Säbelrassler des alten Europa. Was konnte denn ein Nicht-Pazifist in der gegebenen Lage Schlimmeres tun, da ja vorläufig keine tatsächliche Schädigung Amerikas oder selbst nur eines einzelnen Bürgers der Vereinigten Staaten vorgefallen war? Eine sofortige Kriegserklärung hätte der Präsident seinem eigenen Volke gegenüber unter diesen Umständen noch nicht verantworten können. Wohl aber hat er es jetzt durch seine napoleonische Geste in so tollen Chauvinismus versetzt, dass ein Pazifist wie Henry Ford eiligst seine Fabriken zu Kriegszwecken zur Verfügung stellte. Dieser Kriegsrausch hätte der Union, wenn irgend möglich, erspart werden sollen, wenn sie wirklich dazu berufen war, dem alten Europa ein Vorbild besserer Völkersitte zu werden.

Und wollte ihr Präsident wirklich der Verkündiger der grössten Friedensbotschaft und eines neuen Zeitalters der Menschheit werden, so musste er als überlegener Staatsmann gerade jetzt den Völkern der Erde ein ausgezeichnetes Vorbild der künftigen Mässigung und Versöhnlichkeit geben; er musste, auch gereizt, kaltes Blut bewahren, er musste den Standpunkt der Deutschen, wenn auch protestierend, doch aus ihrem Streben nach Abkürzung dieses entsetzlichen Krieges begreifen, ebensogut wie den Standpunkt der Gegner, den er sich vorläufig allein zu eigen gemacht hat; er musste seine hohe Mittlerstellung über den Parteien gerade bei dieser Gelegenheit, wo der Egoismus seines eigenen Volkes empfindlich werden konnte, mit

festem Friedenswillen wahren und bekräftigen. Er hatte weder der einen noch der andern Partei der kämpfenden Europäer recht zu geben, wohl aber die neue Lage als eine neue Handhabe zur Annäherung an den Weltfrieden auszunützen. Statt dessen hat der Präsident der Vereinigten Staaten sofort eine halb kriegerische Parteistellung eingenommen, sowie ihm nur ein populärer Anlass dazu geboten wurde.

Aber war er als Oberhaupt der Vereinigten Staaten nicht etwa verpflichtet, so zu handeln?

Gewiss nicht. Man betrachte nur seine Handlungsweise gegenüber der andern Kriegspartei. Nicht nur ist sie von Anfang des Krieges an durch einseitigen Munitionsexport gefördert worden und durfte den Aushungerungskrieg gegenüber den Zentralmächten ohne irgend eine Störung seitens der Vereinigten Staaten fortführen, unter schwerer Bedrängung aller europäischen Neutralen: noch hart vor der deutschen Ankündigung hatten bekanntlich die Engländer die Seesperre gegen Deutschland durch ein neues gewaltiges Minenfeld in einer Ausdehnung von 350 Kilometern verschärft und gerade dadurch die deutsche Kriegsleitung zum Äussersten getrieben. Jedes neutrale Schiff, das auf eine solche Mine stösst, fliegt natürlich in die Luft, ohne vorher von der Mine gewarnt zu werden. Es ist unmöglich, einen Grund herauszufinden, warum dies den Engländern gestattet und den Deutschen der bedingungslose Unterseebootkrieg innerhalb eines vorher genau angesagten Gebietes nicht erlaubt sein soll, während doch für die Neutralen der letztere Modus weniger gefährlich ist, da die Unterseeboote nicht jedes feindliche Schiff erspähen, während die Mine automatisch jedes vorüberkommende Fahrzeug vernichtet. Wollte also der Präsident die Schiffahrt der Neutralen schützen, so musste er auch die englische Minenlegung verbieten, respektive mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen beantworten. Man kann einwenden, dass die Minenlegung völlig harmlos ist, wenn die Neutralen einfach die Schiffahrt in das bedrohte Gebiet einstellen. Aber genau dasselbe gilt auch

vom Unterseebootkriege. Wenn die Neutralen die betreffende Region vermeiden, so tritt sein günstigster Erfolg ein: es wird weniger torpediert als vorher, der Schiffsraum, welcher der Welt nach dem Frieden zur Verfügung stehen soll, wird nicht vermindert, und doch die Wirkung der Abschneidung von Zufuhr behufs Abkürzung des Krieges voll ausgeübt. Nur tritt diese Wirkung auf beiden kriegführenden Seiten in gleicher Weise ein und man kann nicht behaupten, dass darin eine Ungerechtigkeit liegen würde.

Man missverstehe uns nicht. Es ist geradezu entsetzlich, so furchtbare Arten der Kriegführung, wie den Tauchbootkrieg ohne Warnung des bedrohten Schiffes, mit erleben und billigen zu müssen. Aber nach der völligen Ablehnung jeder Friedensverhandlung von der anderen Seite muss man zugeben, dass den Deutschen ein anderes Mittel zur Abkürzung des Krieges nicht mehr zur Verfügung steht. Und die Abkürzung des Krieges ist im Augenblick das oberste Interesse der europäischen Kultur, welche vom Untergange bedroht ist, wenn der Krieg bis zur vollen Erschöpfung eines Teiles, das heisst bis zur beinahe völligen Erschöpfung beider Teile fortgeführt wird. Keine Veränderung der europäischen Karte oder der europäischen Verfassungen kann dafür entschädigen.

Was aber konnte der Präsident der Vereinigten Staaten anderes tun, wenn nun einmal vorauszusehen war, dass sein eigenes Volk den Schritt der Deutschen als eine beleidigende Herausforderung auffassen würde?

Gerade dann konnte er seinem Volke eine unvergessliche Lehre geben. Präsident Wilson konnte an einem weithin sichtbaren Beispiele zeigen, wie in Zukunft eine wahrhaft humane und doch mannhafte Politik gemacht werden soll und worin der neue Geist des künftigen Friedenszeitalters zu bestehen hat. Sicherlich nicht darin, dass jede einzelne Nation ihre Eitelkeit und ihren Egoismus über alle Interessen der Menschheit und der Menschlichkeit stellt; dass jedes Volk gegenüber den andern bei jedem Anlasse sofort die empfindlichste Reizbarkeit und Rauflust

herauskehrt; das hat man im alten Europa auch getroffen. Der neue Geist, der Geist einer Neuen Welt, aber besteht darin, dass jede Nation die Not der andern begreift und versucht, dem augenblicklich bedrängten Volke, das zur Befreiung von unerträglicher Zwangslage zu den schärfsten Mitteln greifen zu müssen glaubt, einen andern Ausweg zu eröffnen, um ohne Entehrung und Vernichtung, aber auch ohne die grauenvollsten Härten der Kriegführung aus dieser Zwangslage herauszukommen. Es war dem Präsidenten wohl bekannt, dass der deutsche Kaiser, sein Kanzler und sein Feldherr einen langen und ehrenvollen Kampf gegen die rücksichtslosen Elemente im eigenen Volke führen, um den verschärften Tauchbootkrieg zu vermeiden, besonders auch in dem Wunsche, das Selbstgefühl des amerikanischen Volkes zu schonen. Es war ihm genau bekannt, dass unter dem Drucke der Entbehrungen und Leiden, denen das deutsche Volk durch den Hungerkrieg ausgesetzt ist, es, den leidenden Volksklassen gegenüber, der deutschen Politik von Tag zu Tag schwerer und schliesslich fast unmöglich werden musste, den Schein zuzulassen, als ob die deutsche Staatsleitung aus Willensschwäche, aus Feigheit den Engländern die Leiden erspare, welche diese doch kaltblütig seit Jahren den Deutschen zufügen. Von einer übermütigen Provokation der Vereinigten Staaten durch das Deutsche Reich konnte also nicht gut die Rede sein. Die Aufgabe der amerikanischen Politik wäre es darum gewesen, den Druck der Zwangslage zu beseitigen, in welcher sich die deutsche Regierung befand oder wenigstens die Aussicht auf eine solche Beseitigung zu eröffnen. Was also konnte der verantwortliche Leiter der amerikanischen Politik tun, um den Interessen des eigenen Volkes Rechnung zu tragen und doch, den beiden kriegführenden Gruppen gegenüber, seine Neuorientierung der ganzen auswärtigen Politik im Sinne des Weltfriedens festzuhalten?

Der Präsident der Vereinigten Staaten konnte an Deutschland die Aufforderung richten, den verschärften Tauchbootkrieg zu suspendieren und ihm nun doch endlich

die deutschen Friedensbedingungen mitzuteilen, um die er schon einmal vergebens angefragt hat. Er konnte in Aussicht stellen, dass er im Falle massvoller deutscher Friedensbedingungen auf die andere Seite einen energischen Druck ausüben werde, um zum allermindesten ihren Eintritt in Friedensverhandlungen zu erzwingen. Mit vollem Rechte konnte er mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohen, wenn eine von beiden Seiten diese Intervention ablehnen würde. Denn wenn Deutschland ihm dann noch die Mitteilung seiner Friedensbedingungen verweigert hätte, dann hätte es mit dieser Haltung bewiesen, dass es auch dem deutschen Reiche mit dem Friedenswillen nicht ernst sei und dass demgemäss auch der Tauchbootkrieg nicht behufs Abkürzung des Krieges, sondern behufs völliger Niederringung des Gegners unter gleichzeitiger Terrorisierung der Neutralen verschärft werden solle. Unter dieser Voraussetzung hatte allerdings auch ein konsequenter Pazifist als Präsident der Vereinigten Staaten das Recht und die Pflicht, die Verschärfung der Kriegsgreuel und die Verletzung amerikanischer Interessen mit jedem Mittel abzuwehren.

Stellte aber Deutschland wirklich massvolle, auch für die Gegner erträgliche Bedingungen des Friedens und der Versöhnung, dann hatte der Präsident der andern kriegführenden Partei gegenüber, die aus dem amerikanischen Export von Munition und noch mehr von Rohstoffen und Kapital und auch aus den moralischen Sympathien der amerikanischen Demokratie Kraft und Nutzen zieht, noch viel kräftigere Mittel zur Verfügung, um seinen Friedenswillen zur Geltung zu bringen. Bei einem solchen Vorgehen hätte sich vielleicht wirklich ein Friedensschluss bewerkstelligen lassen, der nicht ausschliesslich auf der Gewalt des Siegers beruhen würde, sondern auch auf dem billigen und willigen Entgegenkommen beider Parteien gegenüber einem als sittlich überlegen empfundenen Schiedsrichter, und der erste Friedensschluss dieser Art in der Weltgeschichte hätte sich an den Namen Woodrow Wilson geknüpft. Gross und leuchtend wäre vor den er-

lösten Völkern Europas das Bild der grossen Republik jenseits des Ozeanes erschienen. Es wäre die Freiheit, die den Frieden gebracht hätte. Und der gewaltigste aller Kriege hätte sich als unzureichend erwiesen, um das gegenseitige Verhältnis moderner Völker zu regeln. Der Imperialismus würde auf lange Zeit vernichtet daliegen, unter dem niederschmetternden Eindrucke des Missverhältnisses zwischen den ungeheuren Opfern des Krieges und seinen geringen Ergebnissen selbst für eine so musterhaft organisierte Militärmacht wie das Deutsche Reich. Nicht einmal die geldgierigen Händler von Wall Street und ihre mächtigen Schutzpatrone im amerikanischen Senate hätten murren können; denn die Milliarden, welche ihnen die Entente bisher schuldet, können nur dann regelrecht eingeheimst werden, wenn der europäische Bankerott durch baldigen Friedensschluss vermieden wird, und das zweite grosse Geschäft, das mit dem ausgehungerten Deutschland, würde nun erst die sonst ermattende Konjunktur in die Höhe treiben. Statt dessen wird jetzt in Deutschland der Hass gegen Amerika, in Amerika die Erbitterung gegen Deutschland zu hellen Flammen auflodern; der einzige Grosstaat, der sich bisher dem modernen Vampyr Militarismus zu entziehen wusste, wird nun auch noch von ihm umklammert; durch aktive Teilnahme am europäischen Krieg kann der unerhörte amerikanische Milliardengewinn aus der bisherigen Neutralität verloren gehen und Amerika in dieselbe bedrängte Finanzlage geraten wie Europa, ohne dass ihm noch ein Staat als Kreditreserve bliebe. Nach der Schwächung des letzten noch unverstümmelten Zweiges der weissen Rasse droht dann die gelbe Gefahr als Riesenwolke am Horizont der Zukunft. Soll auch dieser Wahnsinn zur Wirklichkeit werden?

Doch noch bleibt ein schwacher Hoffnungsschimmer; vielleicht wird Wilson, der Pazifist, noch immer den Sieg davontragen über Wilson, den Verkünder des frischen fröhlichen Krieges!

Zürich, 10. Februar 1917.

□□□

Die europäische Anarchie.

Von G. LOWES DICKINSON.

Das Buch, von dem wir mit Erlaubnis des Verfassers einen Auszug bieten, ist 1916 bei George Allen and Unwin veröffentlicht worden. Der Weltkrieg erscheint darin als Episode in der tragischen Geschichte der Selbstbefreiung Europas von seinen Gegensätzen und die Frage nach der Schuld der einzelnen Nationen muss hinter den Problemen der zukünftigen Vermeidung von Weltkriegen zurücktreten. So ist dieses Werk ein Ehrenzeugnis für den freien Geist des Verfassers und ein Mittel zur Selbstbefreiung des Geistes für den Leser. Wir glaubten übrigens, unsere Bedenken nicht verhehlen zu dürfen, wo die Sachkenntnis des Verfassers nicht auf der Höhe seiner Aufgabe steht. Wortgetreue Übersetzung des Textes ist vor den Zusammenfassungen durch grösseren Druck hervorgehoben. *Red.*

I. Einleitung.

In der grossen und tragischen Geschichte Europas bildet das Ende des 15. Jahrhunderts einen Wendepunkt; damals hat das Ideal einer einheitlichen Rechtsordnung für die ganze Menschheit seine entscheidende Niederlage erlitten; an seine Stelle ist die Anarchie der Nationen als dauernd geduldeter Zustand getreten. Dieser Wendepunkt bedeutet den Sieg des Einzelstaates und seiner Souveränität. Und es ist kein Zufall, sondern ein Symbol der ganzen späteren Geschichte, dass aus jenem Zeitalter die glänzende und unheimliche Gestalt Machiavellis zu uns herniederfunkelt durch das Dunkel der Jahrhunderte hin. Denn von jenem Wendepunkte an bis auf den heutigen Tag ist die ganze internationale Politik in dem Worte Machiavellismus enthalten. Zu dieser Lehre haben sich nicht selten die Meister der Zunft ausdrücklich bekannt, wie Katharina von Medici und Napoleon. Andere freilich haben Machiavell offiziell verleugnet, wie Friedrich der Grosse; aber geübt haben seine Grundsätze fast alle Staatsmänner. In der Praxis war eben eine andere Handlungsweise gar nicht möglich.

Denn es gibt ein Gesetz, unter dem die Gruppen der Staaten genau so stehen, wie die Ansammlungen von Einzelnen. Wenn kein gemeinsames Recht und keine gemeinsame Obergewalt vorhanden ist, so müssen — gleichviel welche moralischen Gefühle vorherrschen — doch in der Wirklichkeit auch die besten Absichten durch Mangel an Vertrauen und Sicher-

heit zuschanden werden. Es muss sich früher oder später ein blutiges Drama entwickeln, in welchem die Furcht aller, das Misstrauen aller, der Angriff unter der Maske der Verteidigung und die Verteidigung unter der Form des Angriffes die Hauptrollen spielen; kurz es wird, worin schon Hobbes das Wesen dieser internationalen Lage erkannt hat, ein chronischer Kriegszustand stattfinden, verhüllt oder unverhüllt. Denn der Friede selbst wird unter diesen Umständen nichts anderes sein als ein latenter Krieg; und je mehr die Staaten sich rüsten, um einen Angriff unmöglich zu machen, desto sicherer wird dieser erfolgen; denn es wird sich immer unter den Staaten einer oder der andere finden, welcher glaubt, gerade jetzt die besten Siegesaussichten zu haben, während er doch später den Krieg jedenfalls führen müsste, aber unter schlechteren Bedingungen. So mag denn in einem bestimmten Augenblicke ein bestimmter Staat wirklich der Angreifer, also der Schuldige sein, aber die tieferliegende, die dauernde, die wahre Schuld und Versündigung ist eine gemeinsame Schuld aller Staaten; denn sie alle sind verantwortlich dafür, dass der schuldvolle Zustand der Anarchie, welcher für jeden Einzelnen die beständige Versuchung zum Angriffe bildet, noch immer fortdauern kann.

Solange nun diese Anarchie herrscht, wird der Kampf zwischen den Staaten die Neigung haben, eine gewisse immer wiederkehrende Form anzunehmen. Ein Staat wird nämlich versuchen, die Oberherrschaft über die andern zu erringen, und zwar ebensogut aus Besorgnis auf die eigene Sicherheit, wie aus Verlangen nach grösserer Macht; die bedrohten Staaten werden sich zusammentun, um den Eroberungssüchtigen niederzuringen; und so bilden zwei grosse politische Gedanken, die Idee eines einheitlichen Weltreiches und das System des Gleichgewichtes zwischen vielen unabhängigen Staaten, die beiden Pole der Achse, um welche sich die Weltgeschichte dreht. So ist es von jeher in Europa geschehen und so wird es auch fortgehen, bis entweder das einheitliche Weltreich wieder hergestellt wird, wie es schon einmal durch die Römer verwirklicht wurde; oder bis durch die Übereinstimmung aller Völker ein gemeinsames Gesetz und eine gemeinsame Obergewalt die Freiheit Aller sicherstellen wird. Vergeblich haben in der Vergangenheit mächtige Staaten, wie Spanien, Österreich, Frankreich, die Weltherrschaft angestrebt; und wieder möchten jetzt die Militärs, die Politiker und die Professoren von Deutschland zugunsten ihres Vaterlandes das Ideal der Weltherrschaft erneuern. Auf der andern Seite steht Grossbritannien an der Spitze: schon seit Langem und

auch jetzt noch setzt es seine ganze Kraft für ein System des politischen Gleichgewichtes zwischen unabhängigen Staaten ein. Wohl ist auch England genau so ehrgeizig, genau so streitsüchtig und angriffslustig wie andere Staaten; doch hat seine geographische Lage seinen Ehrgeiz mehr auf überseeische Kolonien als auf die Eroberung Europas gelenkt.

Seit dem 15. Jahrhundert hat daher Grossbritannien trotz seiner wachsenden Macht niemals die Freiheiten des Kontinents bedroht. Im Gegenteil hat es sich, in seinem eigenen Interesse, jedem Staate entgegengestellt, welcher sich dort die Oberherrschaft aneignen wollte; England hat sich regelmässig mit den bedrohten Staaten verbündet, um ihre Unabhängigkeit mit aller Kraft zu verteidigen. Jedem europäischen Staate, welcher die ehrgeizige Absicht hegte, den Kontinent zu unterwerfen, musste diese Politik Englands geradezu als ein Attentat auf das erscheinen, was er für das höchste Interesse der menschlichen Kultur hielt, gerade so wie einem Macchiavelli die italienische Politik des Papstes gemeinschädlich schien; der grosse Patriot wünschte nämlich für Italien die Einigung, selbst um den Preis der Sklaverei. Ebenso wünschen heutzutage gewisse Germanen ein versklavtes Europa, wenn es nur seinen Frieden durch die Oberherrschaft Deutschlands gewinnt. Diese nun klagen England an, dass es die europäische Anarchie verewigen wolle, lediglich um seine eigenen egoistischen Absichten zu verwirklichen. Ganz anders freilich wurde die britische Politik von den Deutschen aufgefasst, als die Macht, welche Europa ihrer Friedensordnung unterwerfen wollte, sich nicht Deutschland, sondern Frankreich nannte. Es wechselt eben in diesem langen und blutigen Kampfe um die Hegemonie Europas die Parteistellung der einzelnen Völker, und damit ändern sich auch ihre Auffassungen. Nur eines überdauert alle Kämpfe, das Grundübel, die Anarchie der europäischen Nationen. Über das eine ist man einig, dass das Verhältnis zwischen den einzelnen Nationen nur durch Krieg und Gewalt geregelt werden kann. Was sich ändert, ist lediglich die Gruppierung der Nationen und die Verteilung der Gewalt an die verschiedenen Gruppen.

Aber Europa ist keineswegs der einzige Schauplatz dieses Kampfes zwischen Imperium und freiem Gleichgewicht. Seit dem 16. Jahrhundert kämpfen die Staaten nicht nur um die Herrschaft des einen über die andern, sondern auch um die Beherrschung der aussereuropäischen Welt. Grosse Kolonialreiche hat man emporwachsen und wieder zusammenstürzen gesehen. Portugal, Spanien, Holland haben nacheinander ein

grosses Reich gewonnen und wieder verloren. England und Frankreich haben gewonnen, verloren und wieder gewonnen. Erst im 20. Jahrhundert erntet Grossbritannien die Frucht seiner europäischen Kriege in Form eines Reiches, welches fälschlich als einheitliches Imperium bezeichnet wird, wenn auch tatsächlich die Sonne darin nicht untergeht. Gleich nach ihm kommt Frankreich mit seinen Kolonien in Afrika und im Orient. Deutschland dagegen blickt mit unzufriedenen Augen auf die verteilte Welt. Es hegt dieselben Ambitionen, wie alle Grossstaaten vor ihm, aber es findet mit lebhaftem Bedauern, dass unsere Zeit über die Methoden hinausgewachsen ist, durch welche andere Staaten in der Vergangenheit ihre gewaltigen Kolonialreiche aufgebaut haben. Und so beschränkt sich die Rivalität der Nationen nicht auf Europa, sondern spielt unter der Form der Weltpolitik auf dem grösseren Schauplatze des Erdenrundes. Aber auch dort wirkt dieselbe Nebenbuhlerschaft des Wettbewerbes und wächst auch aus derselben Wurzel hervor: aus dem Wechselspiel von Angriff und Verteidigung zwischen den Staaten, welche in dem rechtlosen „Naturzustande" der Anarchie leben.

Wenn man diesen geschichtlichen Hintergrund nicht in Betracht zieht, so kann das Studium der besondern Ereignisse, welche zu dem gegenwärtigen Kriege geführt haben, nur Schlussfolgerungen an den Tag bringen, die weder gerecht, noch überhaupt verständlich sind. Die Gefühle jeder Nation bezüglich ihres eigenen Wertes und bezüglich der Nachbarvölker sind in jedem Augenblick gegeben; sie werden durch die Geschichte der Vergangenheit und durch die Auffassung, die jedes Volk von dieser Geschichte hat, mit Notwendigkeit bestimmt; dasselbe Bild nimmt sich ganz verschieden aus, je nach dem Standpunkt, von dem aus man es betrachtet. Freilich, ein lückenloses Verständnis aller Ursachen, welche zu diesem grossen Kriege geführt haben, könnte nur demjenigen zuteil werden, der nicht bloss in die geheimsten Gedanken der wenigen Menschen Einblick hätte, welche den Ausbruch des Krieges unmittelbar bewirkt haben, sondern sich überdies in alle Vorurteile und Voreingenommenheiten der öffentlichen Meinung in jedem einzelnen Lande hineindenken könnte. Diese Voraussetzungen sind auch nicht bei einem einzigen unserer Zeitgenossen erfüllt und vereinigt. Aber in Ermangelung eines solchen Historikers möchte ich vorläufig die folgenden unvollkommenen Bemerkungen hinwerfen. Mögen sie ein Gegengift bieten gegen die wilden Leidenschaften, welche in Kriegszeiten dahinstürmen und für Europa eine Zukunft vorzubereiten drohen, die noch schlimmer

werden könnte als selbst die schlimmsten Zeiten der Vergangenheit.

II. Die europäische Politik vor dem Kriege.

In seiner Einleitung hat Dickinson die weitherzige Grundanschauung entwickelt, dass nicht ein einziges Volk oder eine der beiden Gruppen ausschliesslich oder vorwiegend die Schuld am Kriege trage, sondern dass die wahre Ursache des Weltkrieges in dem anarchischen Zustande liege, welchen alle Völker — und das ist ihre gemeinsame Schuld — vor dem Kriege geduldet haben. Aus ihm erwuchs eine Unsumme von Furcht und Misstrauen zwischen den bis an die Zähne gerüsteten Nationen, die dann leicht durch irgend einen lokalen Konflikt in alle Schrecken eines Weltkrieges geschleudert werden konnten.

Dickinson zeigt dies zunächst an dem Verhältnisse des Dreibundes und des Dreiverbandes, dann an der Entwicklung jedes einzelnen Grossstaates in dem Jahrzehnt unmittelbar vor dem Kriege.

1. *Dreibund und Dreiverband.*

Der Dreibund ist ausdrücklich nur zu Zwecken der gemeinsamen Verteidigung im Falle eines russischen Angriffes gegründet worden. Aber die Verteidigung erfolgt bekanntlich oft durch einen Präventivkrieg. Russland fühlt sich daher durch den Dreibund bedroht; es schliesst den Bund mit Frankreich durch einen Vertrag, dessen Wortlaut bis auf den heutigen Tag unbekannt ist, dessen Zweck aber offenbar, da im folgenden Jahrzehnt auch nicht der geringste Angriffsversuch erfolgte, nur auf Verteidigung gerichtet sein konnte. Aber die blosse Annäherung zweier so mächtiger Militärstaaten musste wieder Deutschland beunruhigen; es fürchtet einen Krieg mit zwei Fronten. Als nun im Jahre 1904 noch England zur Entente hinzutrat, da wurde nicht einmal die Verteidigung gegen Deutschland als bindende gemeinsame Verpflichtung übernommen; es wurden nur einfach die Differenzen beigelegt, welche seit vielen Jahren zwischen Grossbritannien und den beiden andern Staaten bestanden und die Ruhe der Welt oft genug gestört hatten. Aber diese scheinbar im Interesse des Weltfriedens nur zu begrüssende Ausschaltung von Streitpunkten musste bei dem heutigen Zustande internationaler Anarchie einen neuen Argwohn Deutschlands wecken; es schien, als könnte von den so plötzlich versöhnten Feinden ein gemeinsamer Angriff vereinbart worden sein. Und nun beginnt ein erhitzter Wettlauf von Rüstungen und Gegenrüstungen der beiden Staatengruppen; jeder Zwischenfall, der sich fortan irgendwo in Marokko oder in Bosnien zuträgt und unter andern Umständen ein lokaler Zusammenstoss geblieben wäre, droht, sich zum Riesenkampfe zwischen den beiden gewaltigen Staatensystemen, also zu einer Weltkatastrophe auszuwachsen. Als Zeugnis dafür zitiert Dickinson die bekannten Berichte der belgischen Gesandten, welche von der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* und in Sonderdruck bei E. S. Mittler & Sohn

unter dem Titel *Belgische Aktenstücke* 1905—14 veröffentlicht worden sind.

Nach dieser Ausführung über den Einfluss der internationalen Anarchie auf die beiden Bündnisse, welche durch sie erst einen aggressiven Charakter angenommen haben, geht Dickinson dazu über, den Zustand jeder einzelnen Grossmacht zu schildern. Wir drucken den Wortlaut seiner Darstellung von Grossbritannien als Probe seiner unbestechlichen Wahrheitsliebe, auch wo die Interessen seines Vaterlandes unmittelbar berührt werden, und seiner gelegentlichen feinen Ironie vollständig ab.

2. *Die englische Politik.*

Die britischen Inseln stehen an der Spitze eines Weltreiches, dessengleichen an Flächeninhalt und Bevölkerungszahl die Welt vorher nie gesehen hat. Dieses Gebiet ist durch Handel und friedliche Niederlassung angeeignet worden, wobei allerdings kriegerische Gewalt vorauszugehen oder nachzufolgen pflegte. Um es zu erwerben und festzuhalten, musste Grossbritannien Krieg auf Krieg wagen, nicht nur jenseits der Meere, sondern auch auf dem Festlande von Europa. Es ist und bleibt dennoch wahr und sogar eine grundlegende Wahrheit, dass der britische Ehrgeiz, wie wir schon hervorgehoben haben, sich seit dem 15. Jahrhundert keine Eroberungen auf dem Festlande von Europa zum Ziel gesetzt hat. Wir haben im Gegenteil jeden derartigen Versuch anderer Mächte mit bewaffneter Hand abgewehrt. Das ist es, was der Engländer meint, wenn er von dem Gleichgewichte der Mächte auf dem Festlande von Europa spricht. Zweifellos haben wir alles das in unserem eigenen Interesse getan, wenigstens wie wir es jeweilig verstanden haben; aber wir haben doch durch diese Politik uns zu Vorkämpfern derjenigen europäischen Nationen gemacht, welche jeweilig durch einen übermächtigen Nachbarstaat sich in ihrer Unabhängigkeit bedroht fühlten.

So hat der britische Imperialismus vier Jahrhunderte hindurch die Unabhängigkeit Europas nicht gefährdet, sondern gesichert. Jetzt ist unser Reich schon so ausgedehnt, dass wir es kaum mehr erweitern könnten ohne die Gefahr, es nicht mehr verwalten und verteidigen zu können. Wir behaupten daher mit vollem Recht, dass wir weder Bedürfnis noch Lust haben, Eroberungskriege zu wagen. Aber wir dürfen nicht überrascht sein, wenn diese Behauptung von den andern Nationen nicht ohne ein gewisses Misstrauen aufgenommen wird; denn in Wirklichkeit haben wir noch in den letzten fünfzig Jahren Krieg auf Krieg geführt und Gebiet um Gebiet annektiert, so Ägypten und den Sudan, Südafrika und Birma, von den kleineren Kriegen gar nicht zu sprechen, durch welche

wir das Zululand, Rhodesia, Nigeria und Uganda dem britischen Weltreich angegliedert haben. So erstaunt also auch die Engländer darüber zu sein pflegen, und zwar aufrichtig, wie uns scheint, so ist es doch Tatsache, dass wir auf dem Kontinent als der raublustigste Staat der Welt angesehen werden, wenn auch unsere Angriffe niemals auf den Kontinent selbst gerichtet sind. Wir dürfen also nicht erwarten, dass unser Bekenntnis zur Friedensliebe von den Ausländern besonders ernst genommen werde. Und doch halte ich dieses Bekenntnis für aufrichtig, wenigstens was die letzten fünfzehn Jahre betrifft. Unsere Staatsmänner von beiden Parteien sind ehrlich bestrebt gewesen, den Weltfrieden zu erhalten. Und bei diesem Bestreben fühlten sie sich durch die aufrichtige und wachsende Friedensliebe der ganzen Nation getragen. Besonders die liberale Regierung hat den Vorschlägen zugunsten von Schiedsgerichten und Abrüstung jede Ermutigung gewährt; und Sir Edward Grey ist wahrscheinlich der grösste Pazifist unter allen Staatsmännern, welche jemals als Minister die auswärtige Politik einer grossen Nation geleitet haben. Aber es ist ganz unvermeidlich, dass unsere kriegerische Vergangenheit den Kredit unserer künftigen Friedenspolitik schädigt. Und je lauter wir uns zum Frieden bekennen, desto mehr argwöhnen andere Nationen, dass ihnen eine Falle gestellt wird.

Auch gilt unsere Friedensliebe tatsächlich nur unter einer bestimmten Voraussetzung; die andern Staaten müssen nämlich damit einverstanden sein, dass der gegenwärtige Zustand erhalten bleibe, einschliesslich unserer Meeresherrschaft. Unsere gewaltigen Interessen in jedem Weltteile bewirken, dass Grossbritannien eine Macht ist, mit welcher überall gerechnet werden muss. Im Westen und im Osten, im Norden und im Süden kann keine Macht einen Schritt vorwärts tun, ohne auf britischen Widerstand zu stossen. Diese Staaten also, welche, ganz anders als wir, ihre Macht und ihren Einfluss jenseits der Meere auszudehnen wünschen, müssen immer mit unserem Widerstande rechnen, ganz besonders, wenn sie zu diesem Zwecke ihre Flotte verstärken wollen, so dass wir unsere Seeherrschaft dadurch bedroht glauben. Diese unsere Haltung ist nicht zu tadeln, aber sie muss immerhin die Fortdauer friedlicher Beziehungen mit ehrgeizigen Mächten stets schwieriger gestalten. Früher hatten wir es hauptsächlich mit Frankreich und Russland zu tun; Deutschland dagegen ist erst seit 1898 in jenes geschichtliche Stadium eingetreten, in welchem es sich stark genug fühlt zu dem Entschlusse, auch seinerseits eine Weltmacht zu werden. Zu diesem Zwecke,

sowie auch für den Schutz seines Seehandels hat Deutschland seine Flotte gebaut. Und eben deshalb sind wir, gewohnt, uns der stärksten festländischen Macht entgegenzustellen, von Deutschland abgerückt und Russland und Frankreich nähergetreten. Als wir uns mit diesen Mächten einigten, hatten wir gewiss nicht die Absicht, Deutschland anzugreifen; aber je mehr die deutsche Flotte erstarkte, desto mehr fühlten wir uns gedrängt, in der Entente eine feste Stütze zu suchen für den Fall, dass wir es nötig hätten, uns gegen Deutschland zu verteidigen. Alles dies folgt unausweichlich aus der Logik der Tatsachen, wenn einmal die europäische Anarchie gegeben ist. Ich konstatiere es auch nicht, um zu kritisieren, sondern um zu erklären, was geschehen ist, und ich glaube, kein Leser dürfte in der Lage sein, meiner Darlegung zu widersprechen. So ist das pazifistische England durch die notwendigen Wirkungen der europäischen Anarchie und des von ihr erzeugten Misstrauens in das Lager des Zweibundes von Frankreich und Russland getrieben worden.

3. *Frankreich und Russland.*

In ähnlichen Darlegungen behandelt Dickinson diese beiden Staaten.

Er zeigt, wie in Frankreich die pazifistische Strömung durch den Sozialismus und seinen Führer Jaurès eine grössere Macht erlangt hatte, als in irgend einem anderen Staate und auch mehr als anderswo für die Erhaltung des Friedens geleistet hat. Auf der bekannten Berner Friedensversammlung von 1913 war Frankreich durch 167 Deputierte und 48 Senatoren vertreten. In demselben Masse aber erstarkte auch die chauvinistische Strömung; genährt durch den alten Schmerz um Elsass-Lothringen und den neuen Groll wegen des Zwischenfalles von Agadir, wurde sie durch den Aufstieg Poincarés, sowie durch die Tätigkeit Millerands und Delcassés kräftig gefördert. Dickinson fasst sein Ergebnis dahin zusammen, „dass Frankreich, gestützt auf die beiden andern Grossmächte des Dreiverbandes, den Deutschen ebenso als eine beständige Drohung erscheinen musste, wie Deutschland den Franzosen; dass in Frankreich so gut wie in andern Ländern neben dem Pazifismus auch der Chauvinismus einen mächtigen Einfluss hatte, und dass die Unfähigkeit der öffentlichen Meinung, sich mit dem Verluste Elsass-Lothringens abzufinden, eine ruhelos wirkende Ursache der europäischen Unruhe gewesen ist.

Ebenso bestanden in Russland zwei Strömungen: die deutsch-freundliche hatte ihre Wurzel in den verwandten Gesinnungen der beiderseitigen Höfe und Staatsmänner, namentlich in dem gemeinsamen Interesse Russlands und Preussens, die Polen niederzuhalten; die deutsch-feindliche Strömung dagegen empfing immer neue Kraft aus dem nationalen Gegensatz der Deutschen und der Slaven und aus der Unvereinbarkeit der russi-

schen Politik, welche auf den Besitz Konstantinopels gerichtet war, und der deutschen Politik, welche teils zum Schutze Österreich-Ungarns, teils zur Verwirklichung der deutschen Herrschaft von Berlin bis Bagdad die Beherrschung der Balkanländer durch Mitteleuropa anstreben musste. So wurde Russland zum Bunde mit Frankreich und Frankreich durch Russland zu unerhörten Rüstungen, namentlich zur Einführung der dreijährigen Dienstpflicht, gedrängt, einer Belastung, die es nur kurze Zeit aushalten konnte, so dass die belgischen Gesandten darin ein Anzeichen des bald bevorstehenden Kriegsausbruches erblickten.

„Welch ein unheimlicher Ausblick! Ich habe nicht den geringsten Wunsch, den Gedanken nahezulegen, dass dieser Verdacht gerechtfertigt war, aber der Verdacht selbst ist der entscheidende Punkt. Durch ihn sehen wir wie durch einen Nebel die verhängnisvollen Gestalten an der Arbeit, welche diesen Krieg vorbereitet haben. Wir sehen auch, dass die Kräfte, deren sie sich bedienen, der Ehrgeiz und der Stolz, die Eifersucht und die Furcht der Nationen sind; dass diese überall am Werke sind; dass sie alle Nationen und Regierungen durchdringen und ihrerseits in ihrem Wachstum durch den anarchischen Zustand der Völker begünstigt werden, für welchen alle Staaten der Erde in gleicher Weise verantwortlich sind."

Es sei keineswegs sicher, dass die russischen Regierungskreise wirklich durch den Chauvinismus der öffentlichenMeinung beeinflusst wurden. Was aber sicherlich durch ihn beeinflusst wurde, war die Stimmung der Deutschen, ihre wachsende Unruhe und Besorgnis, ohne deren Kenntnis man die deutsche Politik überhaupt nicht verstehen könne.

4. *Die Zentralmächte.*

Es folgt dann die Betrachtung über Österreich-Ungarn, deren Flüchtigkeit allerdings nur durch ihre Ungerechtigkeit übertroffen wird. Alles was Dickinson über Österreich-Ungarn vorzubringen weiss, ist, dass es nicht auf das natürliche Band einer einzigen Nationalität gegründet ist. Daraus folgert er, dass es nur durch die Gewalt und List der Herrschenden zusammengehalten werde, und seine Existenz nur der sträflichen Nachsicht der Nachbarn verdanke. Er übersieht dabei zunächst die geradezu elementare Gewalt des dynastischen Gefühls in diesem uralten Staatswesen, und dann das mächtige Interesse jedes einzelnen von den österreichischen Völkern an dem Schutze durch die gemeinsame Grossmachtstellung, ein Interesse, dessen vitale Bedeutung durch das Schicksal der kleinen Staaten in diesem Kriege auch dem schlichtesten Mann aus dem Volke vor Augen gerückt wird. Der englische Schriftsteller übersieht aber auch, dass zwischen England und Indien oder selbst Irland sowie auch zwischen Russland und seinen Fremdvölkern ebensowenig von einer Verbindung

durch die natürliche Tatsache der gemeinsamen Nationalität die Rede sein kann. Übrigens genügt der Umstand, dass der Darstellung Österreich-Ungarns nur eine Seite gewidmet ist, während die Verhältnisse Deutschlands auf siebzig Seiten erörtert werden, um unsere Behauptung zu begründen, dass diese Oberflächlichkeit und vermutliche Unkenntnis der österreich-ungarischen Verhältnisse geradezu die Achillesferse des sonst ausgezeichnet informierten Verfassers bildet.

Dickinson schreitet nun zur Analyse der deutschen Politik. Als die erste und grundlegende (all-important) Tatsache bezeichnet er die Art, in welcher sich die Einigung Deutschlands vollzogen hat. Verhängnisvollerweise sei sie nicht durch die grossherzigen Idealisten von 1848, sondern durch Bismarck erfolgt, in welchem er geradezu die deutsche Verkörperung des in dem ganzen Buche konsequent beklagten und angeklagten europäischen Machiavellismus erblickt. Das Vorbild dieses Staatsmannes habe die nachfolgenden Generationen Deutschlands zur Verherrlichung von Gewalt („Blut und Eisen") und List (Emser Depesche) erzogen. Merkwürdigerweise ist aber Deutschland trotzdem bis etwa zum Jahre 1890 der Friedenspolitik treu geblieben. Erst zwischen 1890 und 1900 setzt sich der neue Geist der expansiven Weltpolitik durch, welcher den jungen Kaiser zu seiner aggressiven Flottenpolitik treibt; aber zur vollen Entwicklung gelangt der deutsche Chauvinismus erst zwischen 1904 und 1914 seit der Ergänzung des feindlichen Zweiverbandes zum Dreiverband. War auch der Chauvinismus in allen Grossstaaten vorhanden, so musste er, nach Ansicht Dickinsons, in Deutschland einen besonders gefährlichen Boden vorfinden, weil die Deutschen nur zu sehr geneigt seien, die Wirklichkeit durch das Prisma ihrer Romantik anzusehen. Mit beissendem Spott geisselt er die Übertreibungen der Alldeutschen.

„Die bekannte Gegenüberstellung von Deutschen und Engländern als Helden und Händler ist ein neuer Beleg dafür, wie die Romantik den Verstand der Deutschen trübt. Sie übersehen die Tatsache, dass sie selbst einer der grössten Handelsstaaten der Welt sind, und dass gerade die Furcht, ihre Märkte zu verlieren, sie nach ihrer eigenen Aussage in diesen Krieg getrieben hat. Sie sprechen vielmehr von Deutschland, als wäre es ein edler Ritter, welcher, allem irdischen Streben fremd, unschuldig durch die Welt wandert im reinen, selbstlosen Dienste Gottes und der Menschen. Andererseits setzen sie, da nun einmal England ein Handelsstaat ist, ohne weiteres voraus, dass kein Engländer für einen andern Zweck lebt, als für Geld und Profit. Weil sie selbst vermöge ihrer Wehrpflicht keine andere Wahl haben, als in den Krieg zu gehen oder niedergeschossen zu werden, schliessen sie, dass jeder Deutsche ein edler Krieger ist; weil aber bisher der englische Soldat freiwillig seinem Vaterlande sein Leben opferte, so nahmen sie an, er sei ein Söldner, der für Geld in

den Krieg ziehe. Deutschland ist ein Held, gehüllt in schimmernde Wehr, grossherzig, unbesiegbar, ein göttlicher Dulder. Andere Nationen dagegen sind dunkle Zwerge aus Nebelsheim, aufgebläht von Hass und Neid gegen alles Deutsche, unfähig einer grossherzigen Regung oder auch nur einer anständigen Handlungsweise. Deshalb sind sie alle durch das Urteil der Geschichte bestimmt, wenn sie überhaupt gerettet werden können, gerettet zu werden durch die grosse Seele und den beherrschenden Geist der Deutschen."

Dickinson gibt freimütig zu, dass dieser Rausch der Selbstverherrlichung ursprünglich nur bei den deutschen Imperialisten zu finden war, und dass er sich bei den Imperialisten anderer Länder in sehr ähnlicher Weise wiederfindet. Nur meint er, dass dieses Gift des Grössenwahns für die deutsche Volksseele besonders gefährlich werden könne, weil durch das Vorbild Bismarcks der Kultus der Kraft zur Grundlage der deutschen Ethik geworden sei und die Rücksichtslosigkeit gegen andere Völker durch die in Deutschland bedenklich verbreitete, dem Stolz des Germanentums schmeichelnde Rassentheorie sowie durch gewisse oberflächliche Lehren des Darwinismus noch begünstigt werde. Immerhin ist sich dieser Engländer vollkommen klar darüber, dass die grossen Massen des deutschen Volkes vor dem Kriege ebenso friedliebend waren, wie die grossen Massen anderer Völker es sind; er stellt sogar mit Sorgfalt die Zeugnisse kompetenter französischer und belgischer Beobachter aus der Zeit unmittelbar vor dem Kriege zusammen, um die Friedensliebe des deutschen Volkes zu beweisen. Auch die Sozialdemokratie mit ihrem Internationalismus wird nicht übersehen. Aber daneben wirkte unablässig eine einflussreiche Minorität, welche auf den Krieg hinarbeitete oder wenigstens mit Rücksicht auf die verdächtige Entwicklung der Entente darauf vorbereitete. Diese letztere hat ihre volle Gefährlichkeit erst durch den Beitritt Englands erhalten, welches seinerseits durch die Flottenpolitik Deutschlands dazu gedrängt worden ist, so dass die Flotte, welche gebaut wurde, um einen englischen Angriff unmöglich zu machen, diesen erst zu provozieren schien. Es ist immer dasselbe Spiel : der eine seufzt: „der Krieg mag kommen"; der andere brummt: Ja, und setzt im Stillen hinzu: „mag der Krieg nur kommen".

(Fortsetzung folgt).

□□□

Die Friedensbedingungen Oesterreich-Ungarns.

Von Universitätsprofessor Dr. CARL BROCKHAUSEN, Wien.

Soweit ein Privatmann und Bürger eines der kriegführenden Staaten in diesen für Dauerfrieden oder Vernichtungskrieg entscheidenden Tagen das Wort ergreifen darf, ohne in die verschlungenen und leider geheimen Netze der Diplomatie sich zu verstricken, wage ich es, in den folgenden Zeilen von den Friedensbedingungen Österreich-Ungarns zu sprechen, gestützt darauf, dass ich eine Reihe ähnlicher Gedanken bereits publizistisch vertreten und in allgemein zugänglichen öffentlichen Versammlungen widerspruchslos vorgetragen habe. Ich gehe davon aus, dass ein wahrer Frieden nicht ausschliesslich durch diplomatische Abmachungen erreicht werden kann; er muss ein Gesinnungsfriede sein, der aus der Tiefe der Volksseelen kommt; aber die Volksseelen sind vergiftet worden durch Verleumdungen, und unsere erste Vorbedingung des Friedens müsste die sein, dass unser Volk eine öffentliche Genugtuung erhält für verleumderische Angriffe auf seine Volksehre.

Diese Verleumdungen waren ein Kriegsmittel. Um die Kriegsstimmung zu entflammen und die Herzen der Neutralen gegen uns zu wenden, wurden wir als die Eroberer und Friedensstörer hingestellt, und unsere Kultur als Barbarei verschrieen. Wir können es verstehen, dass derlei Mittel nötig waren, um die Kriegsleidenschaft zu entfesseln; deshalb muss, um einen wirklichen Frieden zu ermöglichen, diese Täuschung beseitigt werden. Mit Barbaren schliesst man keinen wirklichen Frieden, und deshalb müssen wir, deren Ehre besudelt wurde, verlangen, dass die Menschen,

---

*) Dieser Artikel, der unter dem Eindruck des deutschen Friedensangebotes verfasst ist, kam uns durch die derzeitigen Postverhältnisse verspätet zu. Wir glauben aber, dass diese Stellungnahme eines massvollen und hochangesehenen Österreichers, wenn auch an Aktualität, so doch nicht an Interesse verloren hat und dass sie besonders in ihren Schlussfolgerungen ernste Beachtung verdient.

Die Red.

die gegen uns verhetzt wurden, durch Widerruf der Lügen zu einem besonnenen Urteil zurückgeführt werden. Speziell wir Österreicher müssen Gewicht darauf legen, dass vor allem die Serben zugestehen, dass der Mord unseres Thronfolgers nicht die vereinzelte Tat einiger Narren, sondern ein Glied in der Kette der von den Spitzen des Staates vorbereiteten Anschläge gegen unsere Existenz war. Es muss gleichfalls von unseren Gegnern offiziell zugegeben und im Friedensinstrumente authentisch festgelegt werden, wie sehr Russlands amtliche Kreise jahrelang eine geschulte Truppe bezahlter Verräter systematisch ausbildete, sie in unseren Schulen, Ämtern und Pfarreien einschmuggelte, um eine Abfallsbewegung in unserem Lande grosszuziehen; dass Italien hochverräterische Bestrebungen innerhalb unserer Grenzgebiete unterstützte — kurz, dass der Boden unseres Staates systematisch für einen kriegerischen Einfall unterwühlt war, bis wir endlich zur Verteidigung unserer staatlichen Existenz schritten.

Ebensowenig darf das Zugeständnis unterbleiben, dass Frankreichs materielle Unterstützung für Russland nicht der Kulturförderung eines kulturbedürftigen Staates, sondern den Rüstungen und Militärbahnen an unserer Grenze diente, also eine weitgreifende Kriegsvorbereitung im Frieden war, ebenso dass Englands Einkreisungspolitik sich in den Dienst von Eroberungsbestrebungen gestellt hat, die unser Vaterland gleich einer Artischocke von allen Seiten zerpflücken sollten.

Erst wenn auf diese Weise gezeigt wird, wie Zentraleuropa gleich einem Wilde, das man abschiessen will, allseitig umstellt war, — ist der Boden für eine Verständigung geschaffen; dann müssen auch die Märchen über unsere angebliche barbarische Kriegsführung im Vergleiche zu dem, was unsere Gegner sich erlaubt haben, zerfallen, und die künstlich vergifteten Völker können sich, ohne die Absicht, nächstens wieder übereinander herzufallen, einander nähern.

Welche Bedingungen dann die österreichisch-ungarische Monarchie im Einzelnen stellen muss, das lässt sich ziemlich

eindeutig ableiten aus seinem Kriegsziel, verglichen mit seinen bisherigen Kriegserfolgen. Unser Kriegsziel ist ein sehr einfaches: wir hatten überhaupt keines; es sei denn, dass man die reine Abwehrstellung als ein Kriegsziel bezeichnen will. Erst durch das Kriegsziel unserer Feinde hat der Kampf für uns überhaupt einen Inhalt bekommen, und dieses gegnerische Ziel war auch sehr einfach: von allen Seiten sollte die Monarchie zerpflückt werden; im Norden, im Osten, im Südosten und Süden sollten Teile losgerissen und gleich herrenlosem Gute aufgeteilt werden: Die neue Landkarte Europas, auf der Österreich kaum wiederzufinden, gewiss aber nicht wiederzuerkennen war, die lag bereits druckfertig vor. Nun hat sich das Drama ganz anders abgewickelt, als unsere Feinde dessen Regie vorbereitet hatten; aus dem Spaziergange nach Wien, Pest, Agram, Triest und Innsbruck wurde nichts, hingegen haben wir so viel feindliches Gebiet besetzt, dass das Verhältnis des von uns eroberten Gebietes zu dem uns in Europa von den Feinden abgenommenen sich ungefähr verhält wie 10 zu 1.

Was soll nun die österreichisch-ungarische Monarchie als Friedensbedingung verlangen? Sollen wir, nachdem wir unser Kriegsziel, die Abwehr des Einbruches erreicht haben, gestützt auf die Kriegserfolge, uns ein neues Ziel stecken und das Eroberte behalten? Nichts ist bezeichnender für die friedliche Abwehrstellung der Zentralmächte bei diesem Weltbrande, nichts ist beweiskräftiger für die Frage, auf welcher Seite die Friedensstörer und auf welcher Seite die Friedfertigen zu suchen sind, als die grosse Verlegenheit, die den Zentralmächten (dies gilt sowohl für uns wie für Deutschland) das eroberte Gebiet bereitet. Wären wir auf Eroberungen ausgegangen, wir wüssten was wir mit dem Gewinne zu tun hätten: einstecken und keinen Quadratzoll herausgeben! Wir aber haben keine Landkarte des „neuen Europas“ vorbereitet, wie der Franzose Barrès oder Graf Bobrinski oder wie sie in serbischen und italienischen Schulbüchern zu finden ist.

Erst nach erfolgreicher Besitznahme feindlichen Gebietes kommen wir überhaupt dazu, die sehr unbequeme

Frage zu erörtern, was wir damit anfangen sollen. Abwehr war unser Programm, und nur die Rücksicht auf künftige Abwehr könnte uns dazu bestimmen, eine Grenzänderung eintreten zu lassen. Wir sind ein viel zu verwickeltes Staatengebilde, als dass wir Neuerwerbungen ohne weiteres annehmen könnten; wir würden sie eher als eine Strafe des Himmels, denn als einen Siegespreis einschätzen. Dies glaube ich im Namen der meisten Österreicher sagen zu können: der geographische Status quo ante bellum wäre uns die wünschenswerteste Lösung, soferne damit eine Garantie gegen künftige Einbrüche verbunden werden kann.

Allein ebenso deutlich muss ein zweiter Satz ausgesprochen werden: Einbrecher, die man bloss verscheucht, werden bei besserer Gelegenheit wiederkommen. Wenn wir sie ungestraft ziehen lassen, dürfte unsere Grossmut nicht die gebührende Anerkennung, sondern Hohngelächter finden. Deshalb können wir nur einen solchen Frieden wollen, der die Garantien bietet, dass der Einbruch nicht wiederholt werde, und diese Garantien können nur liegen, entweder in der Grenzsicherung nach aussen, oder in einem inneren Gesinnungswechsel der Gegner.

Gewiss werden wir sichere Grenzlinien gegen Italien um so mehr verlangen müssen, als dessen gesunde Entwicklung geradezu einen Bestandteil unseres äusseren Staatsprogramms gebildet hat, und selbst die grösste Verleumdung uns nicht nachsagen kann, dass wir dort Eroberungstendenzen verfolgten; weiteres wird eine Sicherung unserer Ausfahrt durch die Adria und eine Sicherung unserer Donau unabweisbar sein. Serbien — bisher ein freiwilliger Vasall Russlands — konnte uns die Donau sperren; das wird ein Ende haben; entweder wird Serbien aufhören, russischer Knecht zu sein, oder wir werden ihm die Möglichkeit benehmen, uns den Donauweg zu sperren; vielleicht ist beides unumgänglich. Schwieriger ist unsere Lage Russland gegenüber. Unsere Bundesgenossen und wir haben das Königreich Polen zuerst erobert und dann das eroberte Land freigegeben. Zuerst haben wir die

erlösende Tat vollbracht und dann das befreiende Wort gesprochen, ganz im Gegensatze zu dem bei unseren Feinden beliebten Vorgange, die zuerst völkerbefreiende Worte in die Welt senden und freigebig versprechen, was ihnen nicht gehört. Das von russischer Willkürherrschaft befreite Volk wieder in die halbasiatische Völkerstampfe zurückfallen zu lassen, wird man von uns nicht erwarten.

Etwas anderes als die Gebietsfrage ist die Grenzfrage; das ist die Bestimmung jener Linien, die so angelegt sind, dass sie Einbruchsversuche erschweren und dem wirklich friedlich Gesinnten die Ruhe des gesicherten Daseins garantieren. Über den Verlauf dieser Grenzen der „Friedenszone“ können freilich nur die Militärs eine fachmännische Auskunft geben; aber vielleicht brauchen gerade wir aus militärischen Rücksichten nicht besonders weit zu gehen, weil grosse Gebietserweiterungen nicht notwendig zusammengehen mit grösserer Gebietssicherung. Auch hat der Schützengrabenkrieg bewiesen, dass von allen Festungen eine die sicherste ist: die alte Mutter Erde, in die man sich eingraben kann.

Wie weit wir zum Zwecke friedlicher Sicherung gehen müssen mit Gebietsanforderungen und wie weit wir hier nachsichtig sein können, hängt eigentlich von der Erfüllbarkeit der zweiten Garantie ab, die von innen heraus kommen muss; unsere Friedensbedingungen stehen in Wechselwirkung mit dem notwendigen Gesinnungswechsel unserer Feinde, künftighin auf Eroberungen auf unsere Kosten zu verzichten. Ja, man kann es geradezu aussprechen: Je tiefer der innere Gesinnungswechsel der Gegner und ihr ernsthafter Friedenswille für die Zukunft ist, desto bescheidener können unsere Gebietsforderungen werden. Wenn aber der Friede nur im Wege eines Zusammenbruches unserer Feinde erreicht werden kann, müssen unsere Forderungen ganz unnachgiebig wachsen. Es ist also eine Auseinandersetzung der Geister, welche unsere Friedensbedingungen beeinflussen wird.

Diesem Gedanken kommt ein sehr wichtiges Ergebnis der Kriegspolitik unserer Feinde zu Hilfe. Der Hauptan-

sporn, uns sozusagen die Kleider vom Leibe zu reissen, unsere Grenzgebiete zu annektieren, lag in der Idee des einheitlichen Nationalstaates, demgegenüber der aus mehreren Nationen gemischte Nationalitätenstaat keine Existenzberechtigung zu haben schien, so dass jeder Nachbarstaat es als seine „heilige Pflicht“ betrachtete, die an sein Gebiet angrenzenden Nationen zu „erlösen“. Solange diese Idee vorherrscht, ist Österreich-Ungarn freilich ein geeignetes Beutestück, ähnlich wie auch die Schweiz dieser Idee schliesslich zum Opfer fallen müsste. Merkwürdigerweise bedeutet dieser Krieg einen Sieg des gemischten Nationalitätenstaates über die Idee des einheitlichen Nationalstaates; und zwar sind es nicht bloss die Waffenerfolge Österreich-Ungarns, sondern mindestens ebenso sehr die Handlungen seiner Feinde, die dieses Ergebnis erbracht haben. Obwohl ihm eine kaum wiederkehrende Gelegenheit geboten war, verzichtete Italien, der reinste Typus des einheitlichen Nationalstaates, auf die Vereinigung mit den Konnationalen in Frankreich, Korsika und Malta; hingegen verlangte es weite Gebiete deutscher und slavischer Völker in sich aufzunehmen. Also überwogen die militärischen und Handels-Fragen sowie die Machtgelüste im Augenblicke der Tat alle so beliebten Worte von der nationalen Einheit; der einheitliche Nationalstaat Italien war bereit, sein nationales Glaubensbekenntnis für einen guten Hafen und dessen Hinterland zu opfern!

Genau so handelt Frankreich, nach Italien der Einheitlichste Nationalstaat Europas, indem es sein Kriegsziel ist, oder, so lange es Siegeshoffnungen hatte, doch war, deutsche Gebiete im Elsass und am linken Rheinufer in sich aufzunehmen, und den grossen Staaten folgt das kleine Serbien, das seine heftigsten Nationalfeinde die Kroaten, Bulgaren und die Albaner sich einverleiben wollte, — von Russland, das niemals Respekt vor fremden Nationen gehabt hat, natürlich ganz zu schweigen.

Also überwogen bei unseren Feinden die Machtgelüste über die nationale Einheitsidee und mit dieser Erkenntnis ist von selbst die beste Schutzidee für jeden Nationali-

tätenstaat in diesem Krieg erstarkt. Der übernationale Staat erschien selbst unseren Feinden als ihr erstrebenswertes Kriegsziel. Also sehen wir, dass ein national einheitlicher Staat keineswegs gesättigt ist durch die Zusammenfassung seiner Konnationalen, sondern dass er darüber hinausgreift, um unter den verschiedensten Motiven fremdsprachiges und fremdnationales Gebiet einzubeziehen, und so bestätigen unsere Feinde zwar ungewollt aber um so deutlicher die Existenzberechtigung der beiden grossen Verkörperungen des über den Nationen stehenden Staates in Europa: Österreich-Ungarn und der Schweiz, sowie auch der Vereinigten Staaten in Nordamerika.

Die grosse Phrase von der Erlösung der Unerlösten hat sich als eine Fälschung erwiesen, die eben von denjenigen ad absurdum geführt wurde, die sie bisher im Munde führten: diese Erkenntnis ist unverlierbar. Je vollständiger sie zum offenen Bekenntnis unserer Gegner wird, desto leichter wird es sein, mit ihnen einen Dauerfrieden zu schliessen, desto gemässigter werden unsere Bedingungen sein können.

Noch ein zweiter Umstand kommt diesem Gedanken zu Hilfe: es wäre ja natürlich, dass dieser Krieg als der letzte Versuch einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Germanen und Romanen anzusehen sei. Während des Mittelalters hatten die deutschen Kaiser ihre Hand in Italien und bis in die neueste Zeit wühlte Frankreichs Hand in innere deutsche Verhältnisse. Der italienische Einheitsstaat hat die Reste einstigen deutschen Kaisertums und Habsburgischer Familienhoheit aus Italien verdrängt, ebenso wie die Gründung des neuen Deutschen Reiches den französischen Einfluss aus deutschen Gebieten zurückgeschoben hat. Nur einige blutige Landfetzen sind noch als ungeklärter Rest geblieben — gegenüber ausgefochtenen Existenzkämpfen kleine Grenzstreitigkeiten.

Hier würde eine aufrichtige Willenserklärung der beiden uns gegenüberstehenden romanischen Völker, sich freundschaftlich zur Wahrung der europäischen Kultur an uns anzuschliessen, die Friedensbasis bilden.

Das Ergebnis dieser Betrachtungen ist also dieses:

Wir können zwei ganz verschiedene Friedensbedingungen aufstellen, die eine Gruppe für den Freund, die andere für den Feind der Zukunft. Die erste Gruppe kann nahezu auf alles verzichten, was den Freund der Zukunft schmerzt, die andere muss aus Vorsicht alles erstreben, was den Feind der Zukunft unschädlich macht. Ein Vernichtungskampf wurde gegen uns versucht; wir müssen unser Leben sichern. Ist die Basis des Friedens nicht eine geänderte Gesinnung unserer Gegner — ein Gesinnungsfriede, gerichtet auf wechselseitige Hilfe kulturellen und wirtschaftlichen Fortschrittes, dann müssen wir aufs Äusserste weiterkämpfen. Deshalb wurde Eingangs so viel Gewicht auf den Widerruf der völkervergiftenden Verleumdung gelegt, die unseren Gegnern so grosse Dienste geleistet hat, jetzt aber ihnen selbst zur Gefahr wird; denn der milde, versöhnende Friede kann nur dann erwogen werden, wenn die innere Überzeugung bei unseren Feinden reift, dass eine Jagd nach Phantomen sie in den Krieg gestürzt hat. Zum Teil tritt ja die Besinnung bereits ein. Dass man wirklich die Waffen nur ergriffen habe, um den Deutschen eine höhere Kultur aufzuzwingen, wie es im Anfang hiess, behauptet heute im Ernst niemand mehr; dass der Krieg dem „Militarismus" gegolten habe, davon ist England zwar nicht in Worten wohl aber durch die Tat selbst abgegangen; dass er zum Schutze „Neutraler" geführt werde, ist unglaubhaft geworden durch den auf friedliebende Neutrale ausgeübten Zwang, am Kriege teilzunehmen; dass er dem nationalen Einheitsstaat gelte, haben unsere Feinde gründlich widerlegt.

In all diesen Punkten tritt bereits langsam ein Wechsel der Anschauungen ein. Auch für uns kämpft die Zeit. Ist die Erkenntnis bei unseren Feinden gereift, dass weit wichtiger als geringfügige Landstreifen, die mit Blut und Geld vielfach überzahlt wurden, der kulturelle Zusammenhalt, die friedliche Symbiose der Staaten ist, oder muss man mit Friedensgedanken warten, bis diese Erkenntnis sich bei ihnen Bahn gebrochen hat? Weder wir noch Deutschland können die lastende Lebensgefahr, von zwei

Seiten immerfort in die Flanke gepeitscht werden, als ein erstrebenswertes Ende des Krieges betrachten. Wenn Russland dauernd ein Erobererstaat mit Expansionsgelüsten bleibt — so können wir uns dessen zur Not erwehren. Unmöglich ist dies, ohne Rückendeckung und deshalb müssen wir und Deutschland unseren romanischen Nachbarn zurufen: Bietet uns Gesinnungsfrieden oder es geht auch euch ans Leben; einen Frieden, mit Revanchegedanken lehnen wir ab. Deshalb ist unsere erste Forderung: Befreit euch definitiv von dem Kirchturmstandpunkt, einige kleine Grenzstreifen als das höchste Ideal anzusehen, betrachtet von einem höheren Standpunkte Europas, ja der Menschheit Schicksal, und statt Worte zu machen — handelt darnach.

Euer Eroberungswille allein ist es, der uns nicht Ruhe gestattet, bevor wir einen dauernden Rückhalt gegen Dolchstösse von hinten gesichert haben. Euer Gesinnungswechsel allein begründet den Dauerfrieden. Nicht bei uns liegt die Wahl, sondern bei unseren Gegnern.

Ein neues Buch.

Von Alfred Sterns gross angelegter „Geschichte Europas von 1815 bis 1871", Cotta, Stuttgart und Berlin, ist der 7. Band (1848—52; 797 S.) erschienen, in welchem der Verfasser die ungeheure Fülle von Tatsachen mit gewohnter Objektivität und fesselnder Kraft der Darstellung verarbeitet. Das nachfolgende *Vorwort* zum neuen Bande zeigt die nahe Verwandtschaft seiner Anschauungen mit den unsrigen.
Die Red.

Es drängt mich, der dritten und letzten Abteilung dieses Werkes einige Worte vorauszuschicken. Bei seinem Beginn habe ich geglaubt, in der Einleitung von „einer Ideen- und Interessengemeinschaft der europäischen Völker" sprechen zu dürfen, „die sie kraft innerer Notwendigkeit aneinander bindet und auf derselben Bahn geschichtlicher Entwicklung weiterführt." Heute möchten diese Worte vielen Lesern als ein Hohn erscheinen, und der Historiker, der es unternommen hat, die Geschichte Europas innerhalb eines nicht allzuweit zurückliegenden Abschnittes des neunzehnten Jahrhunderts als Ganzes darzustellen, könnte den Mut verlieren, sein Wagnis fortzusetzen.

Ein Krieg, dessen gleichen, was Ausdehnung des Schau-

platzes, Aufbietung der kämpfenden Massen, Vervielfältigung der Kampfmittel, Darbringung unzähliger kostbarster Opfer anlangt, die Weltgeschichte nicht kennt, hat die Ideen- und Interessengemeinschaft der europäischen Völker zerrissen. Er hat die Gegensätze nationaler Leidenschaften entfesselt und in ihren krampfhaftesten Übertreibungen ans Licht gebracht. Er hat den internationalen Warenaustausch unterbunden und ein wirtschaftliches Chaos geschaffen, das der Wahnwitz rachgieriger und eigensüchtiger Fanatiker zu verewigen wünscht. Er hat die, welche sich ehemals über die Grenzpfähle hinweg zu gemeinsamem sozialem Streben friedlich die Hand gereicht, durch eine tiefe Kluft getrennt. Er hat eine babylonische Sprachenverwirrung bewirkt, die ein sich Verstehen unmöglich macht, und den männermordenden Streit der Waffen oft noch durch Lüge und Verleumdung vergiftet. Selbst die Wissenschaft und die Kunst sind in das wilde Kampfgetümmel hineingezerrt worden. Führende Geister der europäischen Intelligenz, die ihre Geburtsländer gleichsam mit Schützengräben absperren zu wollen scheinen, haben sich Fehde angesagt, Worte der Verachtung zugeschleudert und ihres hehren Berufes vergessen, durch freundschaftliche Zusammenarbeit den Fortschritt der menschlichen Erkenntnis fördern zu sollen.

Es ist nicht abzusehen, wann in den Völkern Europas, die schwarzen und gelben Bundesgenossen das Schauspiel der Selbstzerfleischung bieten, das Gefühl einer inneren Zusammengehörigkeit wieder aufdämmern wird. Gegenwärtig klafft noch ein Abgrund von Hass, der sich zwischen so vielen von ihnen aufgetan hat. Aber es hiesse an der Zukunft Europas verzweifeln, wollte man diesen Zustand als einen für immer dauernden ansehen. Die gemeinsamen Wurzeln der gesamteuropäischen Kultur sind zu stark, als dass sie durch das Wüten des Orkans, der jetzt über den Weltteil hinbraust, zerstört werden könnten. Die Völker Europas, deren keines ein auserwähltes ist, können sich, selbst wenn sie es wollten, der innigen Verflechtung ihrer geistigen Erzeugnisse und ihrer materiellen Bedürfnisse nicht entziehen. Die Zeit muss kommen, da zerrissene Fäden wieder angeknüpft, zerbrochene Brücken wieder hergestellt werden. Heute mehr als je ist es eine heilige Pflicht des Geschichtsschreibers, sorgfältig alles zu vermeiden, was diesen Genesungsprozess hindern oder verlangsamen könnte. Ernstlicher als je hat er sich zu bemühen, nach Rankes unvergesslichem Wort, „sein Selbst gleichsam auszulöschen, um nur die Dinge reden zu lassen". Es wäre mein schönster Lohn, wenn man finden sollte, dass es mir auch in der letzten Abteilung meiner „Geschichte Europas" gelungen wäre, diesem Ziel wenigstens nahe zu kommen. *Alfred Stern.*

Zur Wiederherstellung Polens.

Von Dr. HELENA GUMPLOWICZ.

Die am 5. November 1916 durch die Zentralmächte erfolgte Proklamierung der Selbständigkeit Polens, muss als der erste gewichtige Schritt zur „Lösung“ der polnischen Frage erkannt werden. Diese Lösung war wohl seit Anfang des Weltkrieges kein eindeutiger Begriff. Das Manifest des Grossfürsten Nikolaj Nikolajewitsch vom 14. August 1914 stellte in Aussicht eine Lösung durch Vereinigung aller ehemaligen polnischen Provinzen nach der Niederwerfung Deutschlands und Österreich-Ungarns, ein geeinigtes autonomes Polen unter dem Szepter des Zaren. Dem gegenüber liess die revolutionäre Fraktion der polnisch-sozialistischen Partei den Ruf erschallen: Für Polen — gegen Russland“ und griff zum Kampfe.

Das Überschreiten der österreichisch-russischen Grenze durch ein paar hundert schlecht ausgerüsteter Studenten unter der Führung Joseph Pilsudskis war, sowohl für Österreich, wie für das offizielle Polen eine Überraschung und eine — Verlegenheit. Die überzeugende Sprache der Tat rannte jedoch schnell alle Hindernisse hinweg. Und indem im Feuerschein des Krieges manch Keimendes über Nacht reif und vollwertig wurde, entstand in Krakau am 16. September 1914 das Oberste Polnische Nationalkomitee, ein Ausschuss aller polnischen Parteien Galiziens, die den Kampf für die Sache Polens an der Seite der Mittelmächte zu führen entschlossen waren.

Ein freier und selbständiger polnischer Staat war hier das erstrebte Ziel.

Die Gegensätzlichkeit der österreichisch-russischen Interessen am Balkan erweckte lange schon in den Köpfen der polnischen Freiheitskämpfer den Gedanken einer Anlehnung an die Habsburgermonarchie. Der Gedanke an eine habsburgische Sekundogenitur in Polen beschäftigte die Aufständischen im Jahre 1831 und 1863, tauchte oftmals auf in der revolutionären Gärung, die den Krimkrieg in Polen begleitete, musste also jetzt, wo der latente Gegensatz in einem Krieg seinen unverhüllt-schrecklichen Ausdruck fand, in welcher Form immer zurückkehren und das praktische Handeln entscheidend beeinflussen.

Doch während jedesmal, als die Polen selber zur Waffe gegen den Zaren griffen, die heiss ersehnte und sicher erhoffte

Hilfe des Auslandes ausgeblieben ist und der Aufstand im Blute der Freiheitskämpfer ertrank, sahen die Polen jetzt, als nur ein kleines Häuflein der Ihrigen am Kampfe gegen Russland teilnahm, die Russen eiligst von ihrem Boden weichen. Im Sommer 1915 — hundert Jahre nach dem Wiener Kongress — der ein Königreich Polen schuf und dem Zaren wehrlos auslieferte, verliessen alle Vertreter der russischen Macht, der Generalgouverneur samt dem Polizisten und dem Gefängnisaufseher die polnische Hauptstadt und bald waren sie auch samt dem russischen Heere jenseits der polnisch-russischen Grenze. Das russische Joch schien nun gebrochen, und doch wurde das sieghafte deutsche Heer nur kühl und zögernd begrüsst. Der Jubel der „Befreiten" wollte sich nicht einstellen, und nun wurde die Tiefe des Wandels, den die polnische Gesellschaft in dem letzten halben Jahrhundert durchmachte, klar und offenkundig.

Den polnischen Glauben an die Möglichkeit einer Befreiung und den polnischen Willen zur Freiheit vermag keine Niederlage und kein Zugeständnis des Zaren zu entkräften. Im Gegenteil! Jedes Nachlassen des Druckes wurde benützt zur Organisation des Widerstandes, und die leidenschaftliche Klage des Markgrafen Wielopolski, der nach dem Massenmorde der galizischen Schlachta, an dem die österreichische Bureaukratie nicht schuldlos war, in einem offenen Brief an Metternich Abschied von dem Westen nahm, fand kein Echo im Lande. Seine Versöhnungspolitik Russland gegenüber, beschleunigte nur den Ausbruch des Aufstandes von 1863 und war nicht einmal imstande, die erneuerten Versuche einer Annäherung Polens an Österreich und an Preussen zu vereiteln.

Den Glauben an eine Hilfe von aussen nahm den Polen erst die preussische Polenpolitik. Die strenge Verfolgung der polnischen Geistlichkeit in der Aera des Kulturkampfes, ganz besonders aber der Kampf Bismarcks gegen die polnische Nationalität, der im Jahre 1886, zur Zeit also, als Bismarck alles daran setzte, das russisch-französische Bündnis hintanzuhalten, anfing und dann als „unantastbares Bismarckserbe" bei geänderter politischer Konstellation weiter geführt wurde, zeigte den Polen, dass die Diplomatie des Westens entschlossen war, sie der Gunst des Zaren hinzuopfern. Das Enteignungsgesetz überzeugte die Söhne jener Väter, die im Jahre 1831 und 1863 die Erfahrung gewannen, dass Polen aus eigener Kraft nimmer imstande sein wird, sich sieghaft zu erheben, dass nun kein europäisches Kabinett und kein führender Staatsmann an seine Zukunft glauben und um seine Kräfte werben will.

Was Wielopolski, der mit seiner Versöhnungspolitik Schiff-

bruch litt, nicht gelingen konnte, gelang 20 Jahre später dem „Eisernen Kanzler“. Sowohl der grundbesitzende Adel als auch die städtisch bürgerlichen Elemente, machten sich von der Tradition des Kampfes los und suchten durch loyale Haltung politische und wirtschaftliche Konzessionen zu erhalten.

Die polnische Versöhnungspolitik wurzelte in dem Gefühl der Wehrlosigkeit dem russischen Riesenreich gegenüber. Das zweideutige Spiel des französischen und englischen Kabinetts im Jahre 1863, vor allem aber — die preussische Polenpolitik, waren der traurige Boden, dem sie entspross. Dies muss mit desto mehr Nachdruck betont werden, als die allein seligmachende Macht des russischen Marktes für Polen mit gleicher Leichtfertigkeit von der Entente, wie von den „mitteleuropäischen Blättern“ verbreitet wird. Und sogar ein Mann vom Range eines Kautsky findet es angemessen, sein Urteil über die polnisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen 20 Jahre beinahe aus einem und demselben Büchlein der R. Luxemburg kritiklos zu schöpfen, obgleich er sich aufs Heftigste zur Wehr setzen würde, wenn man zur Beurteilung der deutschen Verhältnisse z. B. der neunziger Jahre, das Tatsachenmaterial der siebziger Jahre heranziehen würde!

Die polnische Textilindustrie, geschaffen zwischen der ersten und der zweiten Teilung Polens, mächtig gefördert durch die planmässige Industriepolitik des Fürstentums Warschau und des Königreichs Polen 1807—1830, hatte bald einen so grossen Vorsprung vor der russischen erreicht, dass auch nach der Vernichtung der Selbständigkeit Polens ihr Fortbestand und ihre Konkurrenzfähigkeit gesichert war. Doch was nicht tief befestigt vor dem Jahre 1863 dastand, das konnte nach der völligen Unterjochung Polens nicht mehr zur Entfaltung kommen. Russland, das für die zukünftige, wirtschaftliche Entwicklung des Reiches eine feste Basis in der Erweiterung seiner Rohstoffproduktion schaffen will, zeichnet sich durch hohe Schutzzölle auf Rohprodukte, verhältnismässig recht niedrige auf Fertigware aus. Polen, das keine Rohstoffe besitzt, dem es an Koks, hochprozentigen Eisenerzen, Salz, Wolle, Baumwolle, Petroleum, Kupfer mangelt und das auch nicht „erzogen“ werden kann, diese Güter zu produzieren, trägt nur die Kosten dieser Politik:

Aus den neuesten polnischen Publikationen wie z. B. Tennenbaums „Handelsbilanz Polens“, Lewys „Das ökonomische Leben Polens“, die den Einfluss des autonomen russischen Zolltarifs von 1893 und 1904 auf die polnische Volkswirtschaft untersuchen, ist zu ersehen, dass die hohe Exportziffer der polnischen Textilindustrie nicht symptomatisch für

den polnischen Aussenhandel ist, dass sie im Gegenteil ganz vereinzelt dasteht! Dank der russischen Zoll- und Tarifpolitik konnte sonst kein anderer Industriezweig zur Entwicklung kommen und das mit manchen Naturschätzen und guten Getreideböden ausgestattete Land produziert nicht nur zu wenig Nahrungsmittel für den eigenen Gebrauch, sondern weist auch — von der Textilindustrie abgesehen — ein Passivsaldo in anderen Industriezweigen auf.

Es mag richtig sein, dass Russland das wirtschaftliche Gedeihen seiner polnischen Provinzen nicht mit Vorbedacht hemmte — indem es aber die Förderung der russischen Rohstoff produzierenden Landesteile immer planmässiger und rücksichtsloser betrieb, musste bei dem Gegensatze der Interessen zwischen Polen und Innerrussland, die polnische Volkswirtschaft verkümmern. Die hohen Zölle trieben die Inlandspreise für Rohstoffe so stark in die Höhe, dass der polnische Produzent der Fertigware selten auf dem eigenen und nie auf einem westeuropäischen Markte konkurrenzfähig blieb. Für die polnische Textilindustrie wurde dadurch der russische Markt zum einzig möglichen Absatzort, und andere Industriezweige konnten gar nicht zur Entfaltung kommen.

Die starke Auswanderungsziffer — Russisch-Polen liefert nach Mitteleuropa bei einer Bevölkerung von kaum 13 Millionen alljährig zwei bis drei Hunderttausend Saisonarbeiter, 40 bis 60 Tausend Überseefahrer – ist schon an und für sich ein beredtes Zeugnis für die Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung Polens. Die unverkennbaren Sympathien der kapitalistischen Kreise Polens für Russland entspringen auch nicht einer Dankbarkeit für die Förderung ihrer materiellen Interessen. Sie wurzelt bloss in der Erkenntnis, dass die Fremdherrschaft das beste Werkzeug der sozialen und politischen Unterjochung abgeben kann — und dass jeder entscheidende Wandel in dem staatsrechtlichen Verhältnis Polens zu Russland eine Neuordnung der innerpolitischen Verhältnisse Polens im liberalen Sinne mit sich bringen müsste. Der polnische Industrielle ist nichts im Staate, aber dafür Herr in seiner Fabrik und seit den vielen bangen Wochen des Jahres 1905, die ihm mit Blitzeshelle die revolutionäre Energie des polnischen Proletariats offenbarten, fing er an, sich unter der schützenden Hand des russischen Polizisten wohl und sicher zu fühlen.

Während so der grundbesitzende Adel Polens, der die Hoffnung auf eine Hilfe von aussen verlor, nach einem modus vivendi im Rahmen des russischen Staates suchte, während die polnische Bourgeoisie aus politischen und sozialen Notwendigkeiten zu einer Versöhnungspolitik hinneigte, sah der polnische

Arbeiter eine Macht entstehen, die geneigt schien, ihr Schicksal mit dem seinen zu verflechten. Der Hass gegen den Zarismus, den das Jahr 1848 in dem westländischen Proletariat erweckte und der den stärksten Kontrast gegen die Politik der westlichen Diplomaten bildete, schuf dem polnischen Arbeiter einen Bundesgenossen gerade zur Zeit, als seine herrschenden Klassen sich von Europa verlassen wähnten.

Die erste Internationale ging aus den gemeinsamen Protesten der französischen und englischen Arbeiter gegen die zarischen Henker in Polen hervor und Marxens Gedanke, dass die Macht des Zarismus nur wirklich unschädlich gemacht werden kann durch die Wiederherstellung Polens auf demokratischer Grundlage, war in ihr stets lebendig, trotz der gelegentlichen Streitigkeiten um Resolutionen und Worte.

Der polnische Arbeiter sah die neuen Kräfte, die sich mächtig regten und ihm schlagbereit schienen; indem er sich mit denselben eins fühlte, schöpfte er Mut und Hoffnung. Sein Kampf für die politische und soziale Befreiung des Landes musste hier die Form eines Kampfes gegen die fremden Unterdrücker, die der polnischen Bourgeoisie eine ganze Macht und Organisation zur Verfügung stellten, annehmen. Und ungeachtet der staatsrechtlichen Fragen, um die sich die sozialistischen Intellektuellen in Polen herumstritten, bildete der Gedanke: weg mit der Fremdherrschaft! den innersten Kern jeder freiheitlichen Regung des polnischen Arbeiters, der seit seinem Erwachen eine fremde Knute vor seinen Augen sah.

Das sieghafte deutsche Heer fand in Polen teils Bevölkerungsschichten, die vor dem Kriege eine Versöhnungspolitik getrieben haben und das Manifest des Grossfürsten freundlich aufnahmen, teils solche, die mit der Fremdherrschaft im Lande im Kampfe lagen. Aber sobald die Vertreter des ihnen so verhassten Zarentums nach dem Osten flohen, kamen auch schon von Westen her fremde Armeen und Vertreter fremder Mächte. Es verstanden wohl einzelne Politiker, besonders diejenigen, welche die österreichische Schule durchgemacht haben, das Interesse der Mittelmächte an der Schaffung des selbständigen Polen, und es gab auch starke revolutionäre Temperamente, die zum Kampfe gegen Russland bereit waren auch ohne Verträge und ohne Garantien; doch die Volksmasse nahm den Fremden gegenüber eine ganz gleichgültige, zuwartende, ja sogar misstrauische Haltung an. Und während Südpolen von den Österreichern besetzt wurde, zogen nach Warschau, in die Hauptstadt des Landes, Vertreter der reichsdeutschen Regierung, in deren Nähe man das drohende Gespenst der preussischen Ostmarkenpolitik zu sehen glaubte.

Das schwer durch das Schicksal geprüfte Land konnte sich zu einem Gefühl des „Befreitseins“ nicht aufraffen, bis die Proklamation vom 5. November 1916 den Willen der Okkupationsmächte feierlich kundgab.

Durch ein sonderbares Spiel der Kräfte ist eine Tat, die als Verwirklichung der Ententelosung „Schutz und Freiheit den kleinen Nationen“ gelten kann, von den Mittelmächten in Szene gesetzt worden. Und dass es den Mittelmächten mit der Befreiung Polens, in gewissem Sinne wenigstens, vollkommen ernst ist, wird jeder begreifen, der die Geschichte dieses Krieges verfolgt hat.

Polen im russischen Besitze bedeutet eine militärische Bedrohung Ostpreussens, Schlesiens und Galiziens, bedeutet die Möglichkeit des Ansammelns der russischen Streitkräfte an der Weichsel-Narew-Linie, diesseits der unpassierbaren Sümpfe des Polesie, bedeutet die Verfügung über polnische Fabriken und polnische Arbeiter. Der Verlust Polens ist für Russland gleich dem Verlust seiner wichtigsten Operationsbasis für den Kampf gegen Westen, der Unmöglichkeit einer wirksamen Offensive, was die Episode von Luck nur bestätigt.

Die Lostrennung Polens macht das Reich des Zaren zu schwach für einen Angriffskrieg gegen den Westen und verrammelt ihm den Weg nach dem Süden, schafft also einen Teil der Garantien des dauerhaften Friedens, die ja von Seiten der Entente als das wichtigste Ziel des furchtbaren Ringens angegeben werden. Das Interesse des dauerhaften Friedens und das Interesse der Mittelmächte, der unmittelbaren Nachbarn Russlands, erscheint hier identisch und es ist schwer anzunehmen, dass die Entente sich, was Polen betrifft, für den status quo ante, einsetzen könnte. Die Wiederherstellung Polens verlangt keine neuen Opfer, keinen neuen Kampf, alle ihre Bedingungen sind schon geschaffen und eine Verlängerung des Krieges, zwecks Wiederherstellung der Fremdherrschaft in Polen — nein, vor diesem grotesken Bilde muss auch der enragierteste status quo ante-Schwärmer aus der Schule Spartakus zurückschrecken!

Und doch birgt das polnische Problem noch immer Momente in sich, die die Friedensverhandlungen behindern und erschweren können. Die Lostrennung Polens von Russland muss allen wirklichen Friedensfreunden in Europa willkommen sein, die Bestrebungen aber, das vom russischen Joche befreite Land in irgend ein Abhängigkeitsverhältnis zu Deutschland zu bringen, würden bei den Ententemächten Neid und Widerspruch erwecken. Jede Forderung, in der man die versteckte Absicht, Polen politisch oder wirtschaftlich an Deutschland zu binden,

vermuten könnte, würde den Krieghetzern der Entente einen Anlass geben, über deutsche Annexionsgelüste Geschrei zu erheben und zur Wehr gegen dieselbe zu rufen. Und wenn auch die russische Fremdherrschaft die ökonomischen Kräfte Polens in Fesseln hielt, würde jedes gewaltsame Hineinzerren des durch den langen Krieg wirtschaftlich zerrütteten Landes in ganz neue Verhältnisse für Polen nur von Übel sein können.

Die Freiheit soll Polen die Möglichkeit geben, alles Versäumte nachzuholen und seine Wirtschaftspolitik den eigenen Interessen anzupassen. Das Bestreben, zu den reichen und kulturell verwandten Staaten des Westens in engste wirtschaftliche Beziehungen zu treten, wird für die polnische Industrie, wie für die polnische Landwirtschaft sicher zum leitenden Grundsatze werden. Aber bis die neuen Absatzwege und Märkte gefunden werden und vor allem, bis die polnische Produktion technisch und kaufmännisch stark genug sein wird, um in Westeuropa konkurrenzfähig zu sein, darf man das durch den Krieg verarmte Land von den alten Handelsbeziehungen nicht vollständig abschneiden.

Polens Wirtschaft braucht für die erste Zeit nach dem Kriege Übergangszölle nach Russland oder wenigstens die Möglichkeit in eine russische Meistbegünstigung miteinbezogen zu werden. Russische Repressalien dagegen wären Polens Wirtschaft sehr unerwünscht und deswegen kann Polen einem „Mitteleuropa", das leicht in ein mitteleuropäisches Trutzbündnis gegen Russland ausarten kann, schwerlich angehören. Es muss sich entwickeln können — frei nach allen Seiten.

□□□

Bei allen Zerstörungen lässt sich aber immer eins behaupten: Weil uns die Ökonomie der Weltgeschichte im Grossen dunkel bleibt, wissen wir nie, was geschehen sein würde, wenn etwas, und sei es das Schrecklichste, unterblieben wäre. Statt einer weltgeschichtlichen Woge, die wir kennen, wäre wohl eine andere gekommen, die wir nicht kennen, statt eines schlimmen Unterdrückers vielleicht ein noch böserer.

Nur soll deshalb kein Mächtiger sich zu entschuldigen glauben mit dem Wort: „Tun wir's nicht, so tut's ein andrer", womit jede Art von Verbrechen gerechtfertigt werden könnte.

Jakob Burckhardt.

Finnland — das stumme Land.

Von JOHN ELIEL, Helsingfors.

Welche Tragik liegt in dem Worte: Stummes Land! Es ist geprägt, um die politische Lage Finnlands zu charakterisieren. —

Finnland ist stumm; es ist politisch sprachlos, seiner Ausdrucksmittel beraubt ...

Die russische Gewalt hat ja immer wie ein Alp auf Finnland gelastet, Leben und Geist lähmend. Unter dem Belagerungszustand ist aber dieser Druck derart gesteigert worden, dass von einer freien Meinungsäusserung nichts geblieben ist. Die Presse fristet nur noch ein Schattendasein, denn sie lebt ausschliesslich von Gnaden des Zensors. Sie ist noch tiefer als die russische Presse herabgedrückt. Selbst auf die gemeinsten Anklagen und Verdächtigungen der nationalistischen Hetzorgane Russlands vermag die finnische Presse nichts zu entgegnen: sie hat die Möglichkeit, die Anklagen der Echtrussen in Finnland wiederzugeben, jedoch ohne Kommentare, ohne Erklärungen ... Wie der Zensor die Presse, ebenso knebelt die Polizei das freie Wort. Politische Fragen dürfen nirgends diskutiert werden. Der Wahlkampf vor den Juliwahlen musste ausgefochten werden, ohne dass die brennendsten Fragen politischer Natur erörtert werden konnten. Politische Volksversammlungen sind verboten. Seit dem Frühjahr 1914 ist das Parlament nicht wieder einberufen worden, obgleich das Volk die Einberufung der Volksversammlung sehr eindeutig verlangt. Aber die Gewalt fürchtet die Kritik des Parlaments, deshalb hält sie auch dies Ventil der politischen Meinungsäusserung ängstlich verschlossen und zwingt das Land auch von dieser Seite zur Stummheit.

Man wird die Stummheit Finnlands eher verstehen, wenn man weiss, dass der Belagerungszustand daselbst einfach die Diktatur des Generalgouverneurs von Seyn bedeutet. Die Stummheit des Landes ist das Resultat dieser Diktatur.

Mit dem Ausbruch des Krieges hat die russische Gewalt in Finnland jegliche Scham abgelegt. Die Proklamierung des Belagerungszustandes bedeutet eine neue Verletzung der finnischen Verfassung, denn das geschah nicht auf Grund finnischer

Gesetze, sondern auf Grund der russischen Kriegsgesetze.*) Und dies erklärt sich dadurch, dass die Landesgesetze dem General gouverneur und den russischen Festungskommandanten keine diktatorische Gewalt in die Hand gegeben hätten. Der russischen Administration war es aber darum zu tun, auf Grund irgend eines Gesetzes die unbeschränkte Macht in die Hand zu bekommen. In erster Linie hatte es Herr von Seyn, der gelehrige Schüler und Helfershelfer des berüchtigten Diktators der neunziger Jahre — des Generals Bobrikow — auf solche Machtfülle abgesehen. Schon lange hatte er sich darnach gesehnt. Denn erst mit Hilfe der unbeschränkten Macht glaubt er die Erdrosselungspolitik mit solcher Wucht führen zu können, wie es seiner Meinung nach notwendig ist, um der Autonomie Finnlands endlich den Garaus zu machen. Das bedeutet nichts als die Fortsetzung der Erdrosselungspolitik des durch Eugen Schaumann getöteten Diktators Bobrikow, die durch die Revolution von 1905 abzudanken gezwungen wurde. Die zur Macht gekommene Reaktion nahm auch in Finnland die alte Politik wieder auf und Herr von Seyn wurde mit der Führung dieser Politik betraut. Insofern Seyn sich in seiner Mission durch die Landesgesetze noch behindert sah, sind diese Hindernisse durch den Belagerungszustand hinfällig geworden, das russische „Kriegsrecht“ (Kriegsunrecht wäre geeigneter!) hat alle Schranken niedergerissen.

Finnland ist aber nicht nur stumm daheim, verstummt sind nun auch seine ehemaligen Freunde in Frankreich und England.

Es ist bekannt, dass die demokratischen Elemente Frankreichs und Englands oft warme Fürsprecher Finnlands gewesen sind. Diese Fürsprache hat zwar das Schicksal Finnlands nicht zum Besseren zu wenden vermocht, aber der Geist des Widerstandes der Finnen wurde durch diese Sympathien doch angespornt und gestärkt. Es war für die russischen Gewalthaber keineswegs angenehm, im Auslande hören zu müssen, dass ihre Finnlandspolitik nur Rechtsbruch, Meineid und Barbarei wäre, während sie wünschen mussten, das Urteil der öffentlichen Meinung in diesen Ländern wäre der russischen Regierung gegenüber freundlicher. — Jetzt aber benötigen die Regierungen Englands und Frankreichs die Kraft des Zarismus zum Siege, und sie kümmern sich des Teufels darum, ob diese Kraft daheim noch so gewalttätig, barbarisch, roh und kulturfeindlich sei. Es ist der englisch-französische „Burgfriede“,

*) Es ist wohl zu beachten, dass die finnische Rechtsordnung auch den Kriegszustand vorsieht und diesbezügliche gesetzliche Normen enthält. Sie wurden jedoch nicht in Anwendung gebracht.

der die demokratischen Elemente verstummen macht, so dass die russische Gewalt auch diese Bedenken fahren lassen konnte, die sie vor diesem Kriege immerhin noch hatte. Jetzt lastet die russische Riesenfaust mit grenzenloser Schwere auf Finnland, während die Ententemächte vom Befreiungskampf im Interesse der kleinen Völker reden! Gerade Finnland bietet ein krasses Beispiel davon, wie die Freiheit und Kultur der kleinen Völker „geachtet, geschützt und verteidigt" wird ...

Aber — ist denn Finnland bereits wirklich regungslos stumm, hat es sich in sein trauriges Schicksal derart ergeben, dass Herr von Seyn seine Aufgabe als gelöst betrachten könnte? Hat sich Finnland derart ergeben, dass die „Finnische Frage" als nicht mehr vorhanden betrachtet werden könnte?

Das wird wohl niemand behaupten wollen. Im Gegenteil: die russisch-nationalistische Presse schleudert täglich neue Klagen und Verdächtigungen gegen Finnland: es bereite sich im Lande ein Aufruhr vor, Russland müsse zeitig geeignete Massnahmen ergreifen, um einer Revolution in Finnland vorzubeugen, bezw. um ihr erfolgreich entgegentreten zu können...

Es kommt uns nicht zu, Finnland angesichts derartiger Anklagen zu verteidigen oder zu rechtfertigen. Dies ergibt sich aus der Sache selber. Wichtiger ist, die Sache von einer anderen Seite zu beleuchten. Nämlich: Wenn es eine „Finnische Frage" gibt, und wenn dieselbe einen berechtigten Kern aufzuweisen hat, worin besteht dieser Kern? Haben die Finnen wirklich etwas zu verteidigen, was wertvoller ist, als was die russische Gewalt dem finnischen Volke gewaltsam aufzuzwingen sich Mühe gibt? Oder ist es bloss Blendwerk und Selbstbetrug, dass die Finnen sich den russischen Beglückungsmassnahmen widersetzen?

Es ist kein Trugbild, die Finnen haben tatsächlich etwas Wertvolles zu verteidigen.

Leider müssen wir uns hier die eingehendere Erörterung der finnischen Verfassung versagen. Wir müssen uns darauf beschränken, nur die Hauptmomente anzudeuten.

Finnland erfreut sich bereits seit dreihundert Jahren einer Konstitution, die es bis 1808 mit Schweden gemeinsam hatte. 1809 von Russland erobert, trat Finnland als ein selbständiger Verfassungsstaat mit dem Zarenreich in Personal union. Der Zar von Russland nennt sich seitdem auch „Grossfürst" des „Grossfürstentums Finnland". — In Gegenwart der Ständevertreter Finnlands hat der Zar Alexander I. im Dom zu Borga in feierlicher Weise gelobt, die Verfassung und die Rechte und Freiheiten des Landes und seiner Bürger

unverbrüchlich zu halten, zu schützen und zu wahren. Dieses Gelübde haben alle Nachfolger Alexanders I. bei der Thronbesteigung ebenso feierlich und heilig wiederholt — der gegenwärtige Zar-Grossfürst nicht minder.

Die finnische Verfassung ist gewiss keine moderne Schöpfung. Sie ist eine Ständeverfassung, und sie wurde zuletzt 1772 und 1779 revidiert. Immerhin fand die Willkür des Monarchen an ihr ein Gegengewicht. Gestützt auf diese Verfassung, geniesst das finnische Volk das Recht der Selbstbestimmung. Der Landtag ist die gesetzgebende Körperschaft, jedoch bedürfen die vom Landtage angenommenen Gesetze der Sanktion des Monarchen. Finnland erfreut sich also einer eigenen Rechtsordnung und Justizpflege, ohne jegliche Anlehnung an russische Rechtsinstitutionen. Das Land hat seine eigene Polizei, eigenes Zollwesen, Münzsystem (Frankwerte unter dem Namen „Marka“ zu 100 „Penni“). — Laut Verfassung ist der Zar gehalten, das Land durch Beamte verwalten zu lassen, die finnische Bürger sind, d. h. sowohl die Glieder des „kaiserlich finnischen Senats“ — die Senatoren, wie auch alle übrigen Beamten, müssen aus den Reihen der finnischen Bürger berufen werden.*) Ebenso schreibt die Verfassung dem Monarchen vor, dass die finnischen Staatsmittel „nur innerhalb der Landesgrenzen“ und „zum Wohl und Besten der Bevölkerung Finnlands“ Verwendung finden sollen.

Während und infolge der Revolution von 1905 wurde die finnische Verfassung durch sehr wertvolle Rechte bereichert. Nicht nur wurde die russische Gewalt zur Kapitulation und zur Aufgabe der damaligen Erdrosselungspolitik, d. h. zur Anerkennung der Konstitution gezwungen, sondern sie musste sich ausserdem zu sehr wichtigen, neuen Zugeständnissen bequemen. Ausser den sogenannten „bürgerlichen Freiheiten“, die der Zar durch spezielle Manifeste im November 1905 und später garantierte, kam 1906 eine neue „Landtagsordnung“ zustande, wodurch der Ständelandtag begraben und eine Volksvertretung auf demokratischer Grundlage geboren wurde. Auf Grund des neuen Gesetzes geniessen alle Finnen beiderlei Geschlechts, vom 24. Altersjahre an, das passive und aktive Wahlrecht.

Für wie wertvoll die Finnen selber ihre verfassungsmässigen Rechte, Freiheiten und andere Errungenschaften halten, und wie hoch sie sie im Vergleich zu den russischen Gesetzen ein-

*) Diesen Punkt der finnischen Verfassung hat der Zar ebenfalls über den Haufen geworfen. Seit einigen Jahren ernennt der Zar russische Offiziere und Beamte zu finnischen Senatoren!

schätzen, ersehen wir sehr deutlich aus dem Bericht, der von der finnischen Sozialdemokratie für den Internationalen Sozialisten-Kongress in Wien (1914) verfasst wurde und uns im Manuskript vorliegt. Dort heisst es:

„Ein entschiedener Widerstand gegen die gegenwärtige Politik der russischen Machthaber und ihre finnischen Helfershelfer scheint der finnischen Sozialdemokratie unumgänglich notwendig. Die finnische Verfassung kann zwar bei weitem nicht demokratisch genannt werden, und die Proletarier Finnlands wie diejenigen aller Länder leiden unter dem Druck der bürgerlichen Klassenherrschaft. Aber ungeachtet aller ihrer Mängel bedeutet die finnische Rechtsordnung doch einen mehr vorgeschrittenen Standpunkt, als der russische Absolutismus und Bureaukratismus. Das allgemeine Wahlrecht, die Presse-, Rede-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit sind uns wertvolle Errungenschaften der bisherigen politischen Entwicklung, die das russische Volk leider noch nicht besitzt. Dank diesen unseren Rechten und Freiheiten hat sich unsere Arbeiterbewegung derart kräftig entfalten und entwickeln können, wie es tatsächlich der Fall ist. Solche Errungenschaften müssen gegen die Reaktion verteidigt werden. Diesen grundsätzlichen Standpunkt hat die finnische Sozialdemokratie immer vertreten."

Dass auch die bürgerlichen Klassen Finnlands die verfassungsmässigen Rechte und Einrichtungen des Landes hoch einschätzen und sie zu verteidigen suchen, daran ist kein Zweifel. Nur werden die bürgerlichen Klassen seitens der Sozialdemokratie dessen angeschuldigt, dass sie diesen Verteidigungskampf nicht immer ernst genug und oft mit ungenügenden Mitteln führen. Dass die bürgerlichen Klassen für die Autonomie des Landes eintreten, beweist auch schon die Tatsache, dass diese Klassen gemeinsam mit der Sozialdemokratie 1905 die russische Reaktion zur Kapitulation zwangen.

Aber unbestreitbar ist, dass das Schwergewicht dieses Verteidigungskampfes immer mehr auf die Arbeiterklasse übergeht. Die letzten Landtagswahlen fanden stillschweigend unter dieserLosung statt. Da die Reaktion seit dem Ausbruch des Weltkrieges unbeschränkt wütet, gab es nur eine Möglichkeit, ihr die wahre Meinung des Volkes kundzutun —: durch den Stimmzettel. Die Sozialdemokratie gewann dreizehn neue Mandate, sie verfügt jetzt über eine kleine Majorität, denn sie besitzt von den 200 Mandaten 103. — Die Sozialdemokratie hat den Beweis geliefert, dass sie den Kampf gegen die russische Reaktion mit Energie zu führen willens ist. Und die Mehrheit des Volkes hat durch den Stimmzettel dem zugestimmt, und nicht nur in den Juliwahlen dieses Jahres, sondern bereits früher. Schon 1907, als die jetzige Volksvertretung zum ersten Mal aus den allgemeinen Wahlen hervorging, er-

langte die Sozialdemokratie 80 Mandate. Sie hat diesen Bestand von Wahl zu Wahl vergrössert, d. h. die Volksmassen sind von Jahr zu Jahr in stets grösser werdender Zahl zu ihr getreten und haben dadurch bekundet, dass sie zu der sozialdemokratischen Politik Vertrauen haben. Und das mit Recht, denn die Sozialdemokratie hat den Kampf gegen die russische Gewalt im Parlament ebenso energisch und offen geführt, wie während der Revolutionszeit. Den russischen Machthabern ist das sehr wohl bekannt. Ihre Niederlage während des Generalstreiks im Jahre 1905 ist ihnen unvergesslich.

Somit haben wir die Hauptpunkte der finnischen Verfassung kennen gelernt. Wir wissen es, was diese Verfassung den Finnen so wertvoll und den russischen Machthabern ebenso verhasst macht: Die finnische Verfassung ist die Grundlage der finnisch-nationalen Zivilisation; die Eigenkultur des finnischen Volkes ist ohne diese Verfassung beinahe unmöglich. — Diese Eigenkultur der Finnen ist aber den Echtrussen ein Dorn im Auge. Diese möchten sie vernichten. Das ist das Ziel der Erdrosselungspolitik Russlands in Finnland. Um aber diese Vernichtungspolitik erfolgreich betreiben zu können, ist es vor allen Dingen erforderlich, die finnische Verfassung aufzuheben, Finnland zu einem gewöhnlichen russischen Gouvernement zu degradieren, die Autonomie Finnlands zu zerstören. Das ist der Kern der „Finnischen Frage", um diesen Kernpunkt dreht sich der Widerstandskampf der Finnen, und der Angriff der russischen Regierungsgewalt.

Halten wir diese Tatsache fest, so erscheint es als selbstverständlich, dass die momentane Stummheit des finnischen Volkes, die ihm durch die harten Machtmittel der Kriegsgewalt aufgezwungen wird, doch nicht das bedeuten kann, als hätten sich die Finnen in ihr unerfreuliches Schicksal derart ergeben, dass sie von nun an den Widerstand gegen die russische Gewaltherrschaft aufzugeben bereit wären. Das wäre eine trügerische Annahme. Allerdings hat der Krieg eine kleine Schicht selbstzufriedener Geschäftsleute hervorgebracht, die mit der russischen Gewalt einig gehen, denn der Krieg bringt diesen Leuten grosse Gewinne ein. Das klingende Gold geht ihnen über alles. Aber die grossen Massen des Volkes aller Klassen sind weniger als je für Russland. Nicht nur der Ausgang der Juliwahlen spricht dafür, ein noch schlagenderes Zeugnis können wir darin erblicken, wie teilnahmslos Finnland den russischen Kämpfen gegenübersteht: Der russische Sieg ist den Finnen keine Lebensfrage, die Finnen stürzen sich keineswegs „auf den Feind", denn die Feinde der russischen Regierung sind nicht

die Feinde Finnlands. Die Finnen stützen sich auf ihre sogenannte „Militär-Dienstfreiheit“ und die russische Gewalt hat es bisher für das Klügste gehalten, diese Freiheit der Finnen nicht anzutasten. Anstatt dessen ist das Land förmlich in ein Kriegslager verwandelt. Dichte Truppenformationen halten es wie Feindesland besetzt. Das Land ist durch Schanzwerke, Schützengräben und Verteidigungsstellungen aller Art durchzogen — angeblich, um den Einfall der deutschen, eventuell auch schwedischen Truppen zu verhindern. Diese Furcht vor einer feindlichen Invasion wird aber durch die „Unsicherheit“ der Finnen noch stärker. Denn — sagt man sich — wären die Finnen über allen Verdacht auf eigene Ziele erhaben, käme die Möglichkeit einer feindlichen Invasion viel weniger in Betracht. Aber so wie die Sache jetzt steht, sei es nicht ausgeschlossen, dass die Finnen auf die Feinde Russlands und die Feinde Russlands auf die Hilfe der Finnen rechneten, — so kalkulieren die russischen Nationalisten und ihre Regierung.

Es wäre eine zu kühne Behauptung, wenn man sagen wollte, diese Furcht der Russen wäre völlig grundlos. Sie wissen es ja selber sehr gut, dass ihre Erdrosselungspolitik bei den Finnen keine Sympathien für die russische Gewalt hervorrufen konnte. Das Misstrauen der Finnen ist mehr als berechtigt. Und die russische Regierung hat es ganz und gar auf eigene Rechnung zu setzen, dass sie sich in Finnland wie im Feindeslande unsicher fühlt. Durch Gewalt erzielt man keine Liebe.

Wir können also sagen, dass die „Finnische Frage“ nach wie vor der Lösung harrt, und dass sie mit dem Kriege in eine noch brennendere Episode getreten ist. Gab es vor dem Kriege in Finnland noch einige Leute von kurzem Blick, denen es als möglich erschien, dass die russische Gewalt die Erdrosselungspolitik aufgeben und die finnische Konstitution achten lernen würde, so hat der Belagerungszustand diese Politik in nacktester Form gezeigt und auch die letzte Hülle hinweggeräumt. Was die russische Gewalt in Finnland beabsichtigt, darüber braucht heute niemand mehr im Zweifel zu sein: das ist die Niederringung der letzten Spur finnischer Selbständigkeit und der nationalen Eigenkultur.

Wer wollte es den Finnen verargen, wenn sie es als angebracht hielten, Umschau zu halten, ob die „Finnische Frage“ sich nicht irgendwie gegen den Willen der Zarenherrschaft lösen liesse? Der Mensch in seiner Not ist gewohnt, sich nach allen Seiten hin um Hilfe umzuschauen. So auch ein Volk.

□□□

Sozialismus und Völkerfriede.

Von LUDWIG BRAND.

In den „Annalen für vergleichende Rechtswissenschaft und Völkerrecht“ (Mai 1916) stellt Dr. E. Hurwicz die Frage: Ist der Sozialismus ein Ersatz für den Pazifismus? und kommt zu dem Ergebnis, dass die sozialistische Internationale ein zur Sicherung des Völkerfriedens untaugliches Werkzeug sei. Von der Tatsache ausgehend, dass die sozialistischen Parteien der kriegführenden Nationen mit Ausnahme der russischen sich sämtlich mehr oder weniger entschieden auf die Seite ihrer Regierungen gestellt haben, sucht der Verfasser des Aufsatzes nachzuweisen, dass diese Stellungnahme zum gegenwärtigen Kriege nicht „eine zufällige, d. h. aus vereinzelten, nur in diesem Weltkriege vorhandenen Ursachen entstandene, sondern das Werk konstanter historisch-psychologischer Notwendigkeiten ist“. Als eine solche Notwendigkeit aber erscheint ihm vor allem „der — im Gegensatz zur Marxschen Verelendungstheorie — vor sich gehende allgemeine wirtschaftliche Aufschwung der Arbeiterklasse, die allmähliche Eingliederung der Sozialdemokratie in den Staatsorganismus“, die wirtschaftliche und politische Interessengemeinschaft, die sich bei den einzelnen Völkern zwischen den herrschenden Klassen und dem Proletariat herausgebildet habe.

Damit rührt der Verfasser allerdings an eine Frage, die seit etwa 20 Jahren im Mittelpunkt der theoretischen Kämpfe zwischen Revisionisten und Altmarxisten gestanden hat. Aber er beantwortet sie falsch. Auch er rechnet offenbar die vielumstrittene „Verelendungstheorie“, wonach die Lage des Proletariats innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems sich stetig verschlechtert, mit Bernstein zu den „gewissen Resten von Utopismus, die der Marxismus noch mit sich herumschleppt“. Doch ist es übereilt, die Marxsche Verelendungstheorie zum alten Eisen zu werfen.

Es ist vielmehr zweifelhaft, ob sich bei der seit 1879 einsetzenden Schutzzollpolitik und der enormen Verteuerung der Lebensmittel im 20. Jahrhundert die wirtschaftliche Lage des Proletariats verbessern konnte. Die Entscheidung dieser Frage hängt davon ab, ob die Teuerung stärker gewirkt hat als die Lohnerhöhung. Dies ist eine Frage der Statistik, von welcher der bekannte Marx-Kritiker Franz Oppenheimer gerade aus Anlass der Kontroverse von Bernstein und Kautsky über die Verelendungstheorie schreiben konnte: „Die Statistik ist, wie die literarische Fehde Bernstein-Kautsky zeigt, eine

ausserordentlich plastische Masse. Man kann mit ein wenig dialektischer Jonglierkunst so ziemlich alles statistisch beweisen.“ Und nach dem Kriege vollends dürfte infolge der furchtbaren Steuerlast und entsprechenden Teuerung aller Lebensbedürfnisse, sowie des Rückganges der Löhne in dem verarmten Europa die Verelendungstheorie nur zu sehr zu Ehren gelangen.

Aber selbst wenn man den Tatsachen zuwider eine steigende Tendenz des Reallohns mit Sicherheit behaupten wollte, so würde damit der Marxschen Verelendungstheorie nicht ohne weiteres Abbruch geschehen. Wenn Marx von der wachsenden „Masse des Elends, des Druckes, der Knechtschaft“ spricht, so will er damit zweifellos vor allem die seelische Verfassung des modernen Arbeiters kennzeichnen; und diese wiederum ist nicht so sehr durch die absolute Höhe seines Reallohnes bedingt, als vielmehr durch die Grösse des Gegensatzes, der jeweils zwischen der Lage des Proletariers und der der besitzenden Klassen besteht. Sagt doch Marx ausdrücklich, dass „im Masse, wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muss“. Und da gilt es vor allem, ein wichtiges Entwicklungsmoment zu beachten. Wir haben zwar seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts, zumal in Deutschland, einen gewaltigen Aufschwung des Gewerkschaftswesens erlebt und gesehen, wie das Mittel der gewerkschaftlichen Organisation es den Arbeitern ermöglichte, wesentliche Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen zu erringen. Aber dem Arbeitnehmerverband erwuchs bald genug ein gefährlicher Antipode: der Arbeitgeberverband. Er wurde in neuester Zeit mehr und mehr zu der Mauer, an der sich alles Vorwärtsdrängen der Gewerkschaften früher oder später bricht. Indem er auf der einen Seite, begünstigt durch das Schutzzollsystem, die Preise der Waren im Inlande hoch hält, widersetzt er sich andererseits immer erfolgreicher den vermehrten Lohnansprüchen der Arbeiter, unterstützt durch den wachsenden Zustrom ausländischer Lohndrücker, und sieht drohenden Streiks mit immer grösserer Ruhe entgegen, im sichern Bewusstsein, eine den Gegner viel empfindlicher treffende Waffe in der Hand zu haben: die Aussperrung. Kommt dann noch hinzu, dass Gesetzgebung und Rechtsprechung — wie jetzt vor allem in England — den Arbeitgeber in seinem Kampf um das sogenannte „Recht des Herrn im eigenen Hause“ bereitwilligst unterstützen, so ergibt sich von selbst, dass auch unter diesem mehr psychologischen Gesichtspunkte von einer Tendenz zur Milderung des Elends, des Druckes, der Knechtschaft nicht die Rede sein kann, so sehr auch die

Lebenshaltung des einzelnen Arbeiters im Vergleich zu frühern Zeiten sich in einzelnen Beziehungen verbessert haben mag. Zweifellos ist die Kluft zwischen den Lebensformen des Proletariers und des Kapitalisten breiter, sind die Klassengegensätze schärfer geworden. Paul Lensch konnte daher mit Recht auf dem Chemnitzer Parteitag von 1912 erklären: „Der Klassenkampf verschärft sich zusehends, und in den modernen Riesenkämpfen der Gewerkschaften stehen die organisierten Klassen einander so nahe gegenüber, dass man das Weisse im Auge des Klassengegners sieht."

Mithin geht es unter keinen Umständen an, das Verhalten der verschiedenen sozialistischen Parteien in den kriegführenden Ländern, wie der Verfasser des oben erwähnten Aufsatzes es tut, einfach aus einer angeblich bereits in Friedenszeiten erwachsenen tatsächlichen nationalen Interessensolidarität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erklären. Selbstverständlich hat der Arbeiter ein Interesse daran, dass sein Land nicht verwüstet werde und die Industrie seines Landes nicht zugrunde gehe; ihr Rückgang bedeutet unter allen Umständen Verschlechterung seines Loses, ihr Gedeihen kann ihm gelegentliche Vorteile bringen, unbeschadet der oben festgestellten allgemeinen Entwicklungstendenz seiner Lage. Damit ist schon gesagt, dass es keineswegs im wohlverstandenen Interesse der Arbeiterschaft eines Landes liegt, mit ihrer Industrie durch dick und dünn zu gehen und beispielsweise Hand in Hand mit ihren kapitalistischen Brotgebern gefasst und zuversichtlich — wie Pamina und Tamino — in die imperialistische Phase des Kapitalismus mit allen ihren Schrecken einzutreten. Das psychologisch Merkwürdige an dem Verhalten der sozialistischen Parteien bei Kriegsausbruch ist nun, dass sie vor dem August 1914 als die wahre Ursache, aus der ein zukünftiger Krieg entspringen werde, den Ausdehnungsdrang der europäischen Grossstaaten klar erkannten und entschlossen schienen, durch einmütiges Handeln den Krieg, sobald er am Horizont auftauchen würde, als den grössten Feind des Proletariats mit allen Mitteln zu bekämpfen; dass sie dann aber, als der furchtbare Ernst der Ereignisse ihnen das „hic Rhodus hic salta" zurief, weder die zielbewusste Energie besassen, um die Kriegsgefahr rechtzeitig einzudämmen, noch nach Kriegsausbruch sich die klare, in der voraufgegangenen Friedenszeit gewonnene Erkenntnis der treibenden Kräfte des Krieges zu bewahren wussten.

Innerhalb der mächtig angeschwollenen Literatur, die diese Frage behandelt, hat bisher wohl keine Schrift die dem Versagen der Internationale zugrunde liegende Ursachenverflechtung schärfer beleuchtet als die Abhandlung des Wiener Mar-

xisten und Kantianers M a x A d l e r : „Prinzip oder Romantik!" Wer das Verhalten der sozialistischen Internationale begreifen will, sei nachdrücklich auf die tiefschürfenden Ausführungen Adlers hingewiesen. Sie rühren teilweise — um nur dies Eine hier hervorzuheben — an das Problem der Willensfreiheit und legen den Finger an die Stelle des Marxschen Systems, die in der Tat — inwieweit durch die Schuld ihres Urhebers sei hier dahingestellt — zu einem gefährlichen Krankheitsherd für die neuere sozialistische Theoretik geworden ist: an die Frage, ob und wie sich die Begriffe „notwendige Entwicklung" und „freier Wille" miteinander vereinbaren lassen. „Vor allem muss man sich hüten, immer wieder in die Vorstellung zurückzufallen, dass die Entwicklung im sozialen Leben eine Art Gesetz über unseren Häuptern ist, ein Schicksal, das unaufhaltsam sich über den Menschen abrollt, dem sie nur, beglückt oder zerschmettert, wie es die Verteilung der Lebensrollen mit sich bringt, zuzuschauen vermöchten. Die soziale Entwicklung ist nicht ein Fatum für die Menschen, sondern vielmehr ihr Werk. Es geschieht in ihr nichts, was sie sich nicht selbst bereiten, nur dass sie noch lange nicht bewusst und einheitlich am Werke sind, weswegen so vieles noch gegen und ohne ihren Willen abläuft." Mit diesen das letzte Kapitel der ausgezeichneten Schrift beherrschenden Grundgedanken wendet sich Adler gegen die zahlreichen „Sozialimperialisten", die im bequemen Fatalismus die imperialistische Phase des Kapitals als ein auf dem Wege zum Sozialismus liegendes und unvermeidliches Übel betrachten, das die Arbeiterklasse nolens volens in den Kauf zu nehmen habe. Dieser Fatalismus, der überall „naturnotwendig" entstehende, innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht zu überwindende ökonomische Tendenzen sieht, trägt zweifellos eine nicht unwesentliche Schuld an dem Versagen der Internationale. Infolgedessen mangelte es bis Kriegsausbruch an einem klaren Plan und einer festen Organisation, welche auch der Panik der Russenfurcht und den wildesten Stürmen chauvinistischer Völkerverhetzung, den zu Anfang jedes Krieges mit Sicherheit zu erwartenden Sensationslügen und im Westen der Enttäuschung über die Haltung der deutschen Sozialdemokraten standgehalten hätten. Die Kriegshetzer hatten alles, einschliesslich ihres Lügenfeldzuges und ihrer Gewalttaten, planmässig bis ins Kleinste vorbereitet, die Sozialdemokratie hatte Vieles der Entwicklung und den ausländischen Kameraden überlassen. Der Zusammenbruch der Internationale ist daher nur ein Einzelfall von dem Schaden, den der Götzendienst mit der kritiklos angewendeten Entwicklungstheorie im modernen Leben anrichtet.

Wirtschaftliche Umwälzungen.

Von Dr. M. NACHIMSON.

1.

Europa geht einer Hungersnot entgegen, ja es steckt schon mitten drin. Eine unerhörte, kaum je dagewesene Teuerung erleben wir schon jetzt. Die Weizenpreise selbst in Amerika sind um 90 bis 100% gestiegen, in London gar um 166%. Nicht nur England, sondern auch Amerika oder Russland haben bedeutend höhere Preise als Deutschland, das allerdings an absolutem Mangel an Nahrungsmitteln leidet. Der Londoner Dezemberpreis mit 73,2 Schilling für den Quarter englischen Weizens und 93 Schilling für Manitoba-Weizen steht beispiellos da.

Man kennt die Hauptursachen dieser Preissteigerung: gewaltiger Bedarf und schlechte Ernte, zwei Seiten der gleichen Erscheinung, des alles verheerenden Krieges. Aus Mangel an Arbeitskräften, landwirtschaftlichen Maschinen und Vieh wurden grosse Flächen unbebaut gelassen; infolge des Mangels an Düngmitteln ist der Bodenertrag ungünstig beeinflusst worden. Dass auch die ungünstige Witterung des letzten Sommers den Ernteertrag geschädigt hat, versteht sich von selbst. Entscheidend waren aber die allgemeinen anormalen Verhältnisse, die auch erst für die Börsenspekulation den Boden geschaffen haben.

Speziell die europäischen Länder haben noch unter der unheimlichen Verteuerung der Frachtkosten zu leiden, die auf das 8-, 10-, 15- und mehrfache der normalen Höhe gestiegen sind. Der Frachtpreis nach Frankreich und Italien übersteigt heute in Amerika den Weizenpreis vor dem Kriege!

Werden diese Verhältnisse auch nach dem Kriege andauern? Und was wird uns noch das dritte und vielleicht gar das vierte Kriegsjahr bescheren?

Jeder Krieg bringt eine mehr oder weniger anhaltende Teuerung mit sich. Auf die napoleonischen Kriege sind in Europa Hungerjahre gefolgt; selbst der deutsch-französische Krieg von 1870/71 hat auch im neutralen England eine starke Preissteigerung verursacht. Der Durchschnittspreis von „Gazette“ stieg von 34 Schilling 7 Pence im Jahre 1870 auf 36,7 (1871), 37,4 (1872), 40,5 (1873) und 44 Schilling und 11 Pence im Jahre 1874. Der Index für 45 Artikel zeigt eine Erhöhung von 136 im Jahre 1871 auf 152,7 im Jahre 1873 und 148,1 im Jahre 1874. Und doch war der damalige Krieg ein Kinderspiel im Vergleich zu dem jetzigen unheimlichen, endlosen Völkermorden!

Die „Neue Freie Presse“ schätzt die gesamten Staatsausgaben für den Krieg in allen kriegführenden Ländern auf 350 Milliarden Kronen, rund 375 Milliarden Franken. Wenn auch nicht diese ganze Summe als vernichtet anzusehen ist — ein grosser Teil ist in den Taschen der Kriegslieferanten, der Militärs und der höheren Beamten stecken geblieben — so wird doch andererseits darin nicht der indirekte Schaden des Krieges, die Zerstörung von Gütern aller Art, insbesondere in der letzten Zeit die Vernichtung von Schiffen, eingerechnet, und dieser letztere Kriegsverlust darf wohl ebenfalls auf hunderte von Milliarden geschätzt werden. Wenn man sich nun daran erinnert, dass die Gesamtemissionen der Welt vor dem Kriege die Summe von 20 Milliarden nicht überstiegen haben, so begreift man, wie schwer und wie lange Europa werde arbeiten müssen, um die Kriegsschäden wieder gut zu machen, wie lange wir Not und Entbehrungen aller Art zu ertragen haben werden, bis sich die Produktivkräfte auf die frühere Höhe erheben werden.

Vor allem scheint es uns als feststehend, dass die Frachtpreise ziemlich lange werden hoch bleiben müssen, da nicht nur die zerstörten Schiffe nicht sofort ersetzt werden können, sondern auch die neuen Schiffe infolge der Materialverteuerung bedeutend teurer zu stehen kommen werden. Infolgedessen muss sich ein neuer

Umschwung in der Entwicklung der europäischen Landwirtschaft vollziehen. Während die Verbilligung des See- und Eisenbahntransports um die Mitte der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zur Ausdehnung der amerikanischen und russischen Landwirtschaft geführt und in Westeuropa eine Agrarkrise hervorgerufen hat, muss heute die Verteuerung des Getreides selbst in diesen Agrarländern und die Erschwerung der Zufuhr umgekehrt dazu führen, dass sich die westeuropäische Landwirtschaft „neuorientieren", sich wiederum auf den Getreidebau werfen und diesen zum Teil auf Kosten anderer Kulturen ausdehnen oder durch noch höhere Intensivierung des Betriebes erweitern wird.

Es ist nicht schwer zu merken, dass dieser Prozess schon heute in den neutralen Ländern vor sich geht. Fast alle neutralen Gebiete in Europa haben ihren Weizenanbau stark ausgedehnt. So Dänemark 1916 gegenüber dem Durchschnitt von 1909/1913 um 33,2%, Norwegen um 10%, Schweden um 22,2%, die Schweiz um 18,3%. Nur in Holland ist die Weizenfläche um 1,5% hinter der des Durchschnitts von 1909/13 geblieben. Vielfach ist diese Vergrösserung der Getreidefläche auf Kosten anderer Kulturen, der Rebenkultur usw. geschehen. Auch in den kriegführenden Ländern denkt man an bessere Ausnutzung des eigenen Bodens, ist indes aus Mangel an Arbeitskräften oft ausserstande, dies auszuführen. Sobald aber die Frage der Arbeiterbeschaffung — mit Hilfe von afrikanischen Negern oder chinesischen Kulis usw. — gelöst sein wird, wird man auch hier bestrebt sein, mehr Körnerfrüchte anzubauen.

Manche werden diese Erscheinung begrüssen. Ich bedaure sie, weil sie einen Rück-, keinen Fortschritt darstellt, da sie die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft herabdrückt. Umgekehrt werden die überseeischen Länder zur intensiveren Landwirtschaft, vor allem zur Verarbeitung der Bodenprodukte an Ort und Stelle, also zur verstärkten Viehzucht und industriellen Herstellung von feineren Lebensmitteln, übergehen. Diesen

Entschluss diktiert ihnen ebenfalls die Frachtverteuerung. Und tatsächlich lassen sich schon viele Anzeichen solcher Entwicklung feststellen, so in Kanada, Südafrika usw., wo eine Reihe von Unternehmungen im Entstehen begriffen ist, die die Bodenprodukte an Ort und Stelle verfeinern werden.

Europa kehrt zum Körnerbau zurück; die überseeischen Länder vervollkommnen ihre Landwirtschaft und Viehzucht durch Schaffung von industriellen Betrieben, welche die Bodenprodukte verfeinern. Überflüssig zu sagen, dass der Getreidezoll nunmehr eine ganz unnötige Belastung darstellt: die Getreidepreise bleiben auf jeden Fall enorm hoch, denn der europäischen Landwirtschaft droht keine Konkurrenz mehr. Aber auch die übrigen Agrarzölle müssen nach dem Kriege aufgehoben werden, da der Mangel an Fett und andern Tiererzeugnissen besonders lange dauern muss, und die überseeische Landwirtschaft noch viele Jahre voll zu tun haben wird, um den Bedarf der Überseeländer und Englands zu decken. Übrigens werden sich auch hier die Transportkosten recht fühlbar machen, von der Entwertung des Geldes in den kriegführenden Ländern ganz abgesehen, und stark verteuernd auf die Viehzuchterzeugnisse wirken, so dass es völlig überflüssig sein wird, diese in Europa noch durch Zölle zu schützen.

2.

Wie in der Landwirtschaft, so vollzieht sich in der Industrie eine starke Verschiebung zugunsten der überseeischen Länder, wiederum in erster Linie der Vereinigten Staaten Amerikas, aber auch Japans, Südamerikas und der Kolonien der europäischen Staaten. Europa begeht Selbstmord; die Amerikaner steigen zur Weltherrschaft auf!

Schon vor diesem Kriege standen die Vereinigten Staaten an der Spitze aller Industrieländer. So stellte sich die Erzeugung von Eisen und Stahl und der Verbrauch der wichtigsten Metalle im Jahre 1913 in 1000 Tonnen wie folgt:

	Roheisen	Stahl	Kupfer	Blei	Zinn	Zink
Deutschland	19,3	17,3	259,3	223,5	221,3	19,3
England	10,6	7,0	144,7	191,4	194,6	24,4
Zusammen	29,9	24,3	404,0	414,9	415,9	43,7
Ver. Staaten	31,5	31,7	308,1	401,3	313,3	45,0

In der Eisenindustrie überholte Nordamerika die wichtigsten Produktionsländer; Blei und Zink verbrauchte es ebensoviel, wie diese beiden zusammen. Nur im Kupfer- und Zinnkonsum waren sie zwar jedem einzelnen weit voraus, blieben aber hinter der Gesamtsumme bedeutend zurück. Heute liegen die Verhältnisse so, dass die Vereinigten Staaten mit einer Roheisenproduktion von rund 40 Millionen Tonnen fast die Gesamtroheisenerzeugung, ohne Amerika, vor dem Kriege erreicht haben. Die amerikanische Ausfuhr hat in den ersten 11 Monaten des verflossenen Jahres die Summe von 4,96 Milliarden Dollar betragen und wird den Export Englands und Deutschlands vor dem Kriege zusammengenommen weit hinter sich lassen. In den ersten 10 Monaten 1916 haben die Vereinigten Staaten mehr Gold eingeführt, als je in einem Jahre in der ganzen Welt gewonnen wurde.

Vom 1. Juli 1914 bis zum 30. Juni 1916 haben die europäischen Länder aus den Vereinigten Staaten Waren im Betrage von rund 7000 Millionen Dollar bezogen und ihnen für 3900 Millionen geliefert, so dass sie eine Schuld von 3,1 Milliarden zu begleichen hatten, was sie durch Übersendung von Gold und Effekten, sowie durch Aufnahme von Anleihen (im Betrage von 1627 Millionen Dollar) auch getan haben. Die Vereinigten Staaten waren schon vor diesem Kriege das reichste Land der Welt. Ihr Nationalvermögen mit 187,7 Milliarden Dollar war bedeutend grösser als das Englands (90) und Deutschlands (75) zusammengenommen. Heute sind die europäischen Staaten viel ärmer geworden, während Amerika Riesensummen angesammelt hat. England hat bis zum 9. Dezember 1916 für 2,7 Milliarden Pfund neue Anleihen gemacht, Frankreich bis Ende Dezember 73 Milliarden

Franken, Deutschland etwa 80 Milliarden Franken, usw. Darf man sich darüber wundern, dass diese Länder sich immer mehr gezwungen sehen, bei Amerika Kredit zu nehmen? Ja selbst bei Japan borgt nicht nur Russland, sondern auch England (neuerdings 10 Millionen Pfund), jetzt auch in Kanada. Nach der Frankfurter Zeitung vom 7. Januar soll Kanada England 250 Millionen Dollar vorgeschossen haben. England leiht bei seinen Kolonien Geld! Die ganze Umwälzung in weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Beziehung, die sich infolge des Krieges anbahnt, kann nicht greller als gerade durch diese Tatsache beleuchtet werden, dass der „Weltbankier", der seine Kolonien in erster Linie durch die Macht seiner Börse an sich gebunden hat, heute diese um Geld angeht.

In den Vereinigten Staaten hat man die durch den Krieg geschaffene Lage rasch begriffen und sucht sie in fieberhafter Eile auszunutzen. Das zeigt der Ausbau des Banknetzes, insbesondere in Zentral- und Südamerika, aber auch in China, Russland und in den Hauptzentren Europas. Überall nistet sich auch ihr Handel fest ein, wie dies aus folgender Übersicht hervorgeht:

Es stellte sich der Export der Vereinigten Staaten in Millionen Dollar:

	Europa	Nordamerika	Südamerika	Asien	Australien	Afrika
1916	2939	733	180	278	99	44
1915	1971	477	99	114	78	29

Daraus geht deutlich hervor, dass weder England noch Deutschland Sieger auf dem Weltmarkte bleiben, dass vielmehr einzig und allein die Vereinigten Staaten diesen beherrschen werden. Aber noch mehr. Die überseeischen Länder überhaupt, die europäischen Kolonien nicht ausgenommen, befreien sich von der Vorherrschaft Europas. Nicht allein die Vereinigten Staaten kaufen ihre Effekten von Europa zurück (bis Ende Juli 1916 für 808 Millionen Dollar von einem Gesamteffektenbestand im ausländischen Besitz von etwa 2 Milliarden Dollar), sondern auch Japan und wohl auch die englischen Kolonien tragen ihre Schulden jetzt ab.

Das gewaltig angewachsene europäische Kapital hat die wirtschaftlich zurückgebliebenen Länder nicht nur ausgebeutet, sondern sie in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zurückgehalten. Die europäische Konkurrenz liess (mit Ausnahme eben der Vereinigten Staaten) keine aussereuropäische Industrie aufkommen, während des Krieges und auch noch lange nach ihm wird aber der Warenstrom aus Europa, der diese Länder sonst überschwemmt hat, ausbleiben, so dass diese die Möglichkeit erhalten, eigene Industrien zu entwickeln.

Da ferner Europa seine Stoffquellen stark reduziert, zum Teil ganz erschöpft hat, so wird es selbst gezwungen sein, in den aussereuropäischen Ländern nach neuen Rohstoffquellen zu suchen; bei den hohen Frachtpreisen wird es aber vorteilhaft erscheinen, die Rohstoffe wenigstens der ersten Bearbeitung an Ort und Stelle zu unterziehen, um die Halbfabrikate in Europa zu verfeinern. In der Verfeinerungsindustrie wird Europa den anderen Ländern, dank der hohen Qualitätsarbeit seiner geschulten Arbeiter, voraus sein. Das Zentrum der Rohstoffgewinnung und der Schwerindustrie wird aber künftighin von Europa nach den aussereuropäischen Ländern verlegt werden. In gewissem Sinne vollzieht sich ein ähnlicher Prozess wie zur Zeit der napoleonischen Kriege: Damals hat sich Westeuropa von der Herrschaft der kolonialen Produkte zu befreien begonnen, heute schlägt der wirtschaftliche Prozess eine entgegengesetzte Richtung ein, indem er die Kolonien von der Herrschaft der europäischen Produkte befreit und ihnen dazu verhilft, eine eigene Industrie zu schaffen, kurz, sie wirtschaftlich auf die Beine bringt.

Dieser Prozess setzte mit der neuen Periode der Teuerung ein. Schon die Preissteigerung der Nahrungsmittel und Rohstoffe hat die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonien gefördert; allein das europäische Kapital suchte die Rohstoffquellen an sich zu bringen, indem es gleichzeitig die Agrarländer politisch unterjochte. Auf diese Weise zog Europa einen grossen Teil des überschüssigen Produktes der jungen Länder an sich. Nach dem Kriege

wird der Druck des europäischen Kapitals nachlassen, während die enorm hohen Preise wahrscheinlich mindestens eine Zeitlang anhalten werden. Die Kolonien werden sich somit aus eigenen Kräften, vielleicht langsamer als sonst, aber auch selbständiger entwickeln und als Folge davon bald auch die politische Selbständigkeit erlangen.

Von welch ungeheurer Bedeutung es sein wird, wenn die gewaltigen Massen des asiatischen Erdteils durch den Kapitalismus in Bewegung gesetzt werden, kann man sich gar nicht recht ausmalen. Eins ist sicher, dass die auf diesen Krieg folgende wirtschaftliche Umwälzung kaum derjenigen des Anfangs des 19. Jahrhunderts nachstehen wird. Wir befinden uns in der Tat an der Schwelle einer neuen, grandiosen Epoche der alle Weltteile umfassenden Weltwirtschaft.

In Europa wird heute um die Weltherrschaft blutig gekämpft. Arme, blinde Europäer, die nicht sehen, dass neue Welten inzwischen entstanden sind, die mächtiger als Europa selbst sind, und andere, noch gewaltigere im Entstehen begriffen sind! In der auf den jetzigen Krieg folgenden Zeit werden die Vereinigten Staaten die wichtigste Macht der Welt bilden, aber schon beginnt sich die Hundertmillionenbevölkerung Asiens zu regen. Wer in Europa noch glaubt, anders gehe es nicht, als dass ein Mensch über den zweiten herrschen mnss, der muss sich mit der Idee vertraut machen, sich in die Abhängigkeit zunächst von Amerika und dann von China begeben zu müssen. Denn diesen Völkern und nicht den sich zerfleischenden, verarmten europäischen „Kultur“-nationen gehört die Zukunft. Sie werden unsere Erben sein, wie wir die des alten Rom geworden sind. ... Doch vielleicht wird es sich am Ende wieder herausstellen, dass für alle Menschenkinder Platz unter der Sonne genug vorhanden ist, nur dass die „Erde“ anders eingerichtet, die menschliche Gesellschaft anders organisiert werden muss. ...

□□□

Gegen den Weltkrieg.

Mit Erschütterung und nicht ohne Beschämung werden unsere Zeitgenossen die beiden starken Bände zur Kenntnis nehmen, zu welchen das journalistische Lebenswerk Bertha von Suttners durch sorgsame Freundeshand vereinigt worden ist.*) Sie zeigen uns die edle Frau im Kampfe mit dem heranziehenden Verhängnis Europas, eine Ruferin in der Wüste. Siebzehn Jahre hindurch hat Bertha von Suttner Monat für Monat ihre „Randglossen zur Zeitgeschichte" veröffentlicht, deren eindringlicher Refrain die Warnung vor der Gefahr des Weltkrieges ist. Und wie verständnislos wurden die Worte der Seherin aufgenommen! Der geistvollste Epigrammatiker von Österreich verspottete sie als die „Friedensfurie"; heute können wir alle nur mit heftigster Selbstanklage bedauern, dass wir nicht mit derselben Leidenschaft für Gut und Blut der Völker eingestanden sind. Damals glaubte jeder Gebildete, es ganz sicher zu wissen, dass es niemals mehr zu einer grossen europäischen Katastrophe kommen könne, weil selbst der Sieg sich nicht mehr auszahlen würde. Ganz anders hat die Verfasserin der „Randglossen" die Situation beurteilt; sie kannte die Macht der Leidenschaften und die Kopflosigkeit der europäischen Politik. Nach dem raschen Erfolg ihres Romans „Die Waffen nieder" hat die bedeutende Frau sich nicht auf ihren Lorbeeren ausgeruht, sondern erst recht eine geradezu männliche Tatkraft darangesetzt, sich in den Pazifismus, seine Literatur und seine Aufgaben einzuarbeiten und in Propaganda und Gedankenarbeit neben den beiden grössten Pazifisten Europas, Frédéric Passy und Randal Cremer als Frau ebenbürtig die Führung zu übernehmen. Eine geistsprühende Rednerin und bezaubernde Gesellschafterin, war sie auch als Schriftstellerin unermüdlich, fast bis zu ihrem letzten Tage. Sie hat Österreich auf dem ganzen Erdenrunde so viel Ehre gemacht wie kaum eine andere Frau; in diesem Werke spiegelt sich ihre Persönlichkeit wie in keinem anderen.

Als Proben des Inhaltes möchten wir einige wenige Notizen hervorheben, die wir zunächst dem ruhigen Jahre 1893, dann der stürmischen und interessanten Annexionsepoche 1908/09 entnehmen.

Aus dem Jahre 1893 vor allem zwei interessante Tatsachen: 1. Damals lebte noch der grollende Bismarck und hatte die Welt durch seine Enthüllung bezüglich der Emser Depesche verblüfft. Unsere Referentin ist nicht im mindesten überrascht. Sie

*) Der Kampf um die Vermeidung des Weltkrieges. 1892—1900 und 1907—1914. Randglossen aus zwei Jahrzehnten zu den Zeitereignissen vor der Katastrophe. Herausgegeben und mit sorgfältigem Register versehen von Dr. A. H. Fried. Art. Institut Orell Füssli, Zürich. 1258 S.

hat ja auch früher gewusst, wie Kriege gemacht werden. Aber sie stimmt auch nicht gedankenlos in die Entrüstung der Franzosen ein, dass Bismarck sie auf verbrecherische Weise zum Angriffe gezwungen habe. Auch nach der abgeänderten Emser Depesche, meint sie, brauchten sie den Krieg nicht zu führen, wenn sie ihn nicht selbst gewollt hätten. Und bald zeigt es sich, wie recht sie hatte. In einem Interview, welches jetzt selbst von den Historikern vergessen ist und alle Beachtung verdient, erklärt der französische General Trochu, der ehemalige Kommandant von Paris, die Emser Depesche sei für den Ausbruch des Krieges völlig gleichgültig gewesen, „in St. Cloud habe man den Krieg gewollt". — Die zweite Tatsache: Der französische Nationalökonom Molinari hat schon damals und nicht etwa in irgend einer wenig gelesenen Fachzeitung, sondern in der „Times" den Vorschlag gemacht, die europäischen Neutralen mögen einen Bund bilden, der im Falle eines Konfliktes zwischen dem Dreibund und dem Zweiverband sich auf die Seite des Angegriffenen stellen würde; diese Gewissheit werde genügen, um den Ausbruch des Konfliktes zu verhindern. Bekanntlich hat Lord Grey in unseren Tagen ebenfalls die Meinung ausgesprochen, ein solcher Bund hätte den Kriegsausbruch verhindert. B. v. Suttner ist nicht dieser Ansicht. Sie meint, dann würde es einfach ausser den zwei feindlichen Bündnissen noch ein drittes geben. Nicht die Vermehrung der Bündnisse, sondern die Vereinigung der beiden Gruppen mit den Neutralen zu einem einzigen europäischen Friedensbund könne das Problem lösen. Wie recht sie hatte, geht aus der Tatsache hervor, dass Molinari sich damals als den führenden Staat des neutralen Bundes England vorgestellt hat. Eine solche Organisation wäre also das beste Mittel gewesen, in unserer Zeit die Neutralen vom ersten Tage an mit in den Weltbrand hineinzureissen.

Der Grund, warum ein einheitlicher europäischer Bund nicht möglich war, zeigt sich in einer Rede des friedensfreundlichen Caprivi, welcher von den ökonomischen Verhältnissen eine immer grössere Annäherung der europäischen Staaten erhofft, aber ein allgemeines Friedensbündnis für unmöglich erklärt, solange Frankreich fest entschlossen ist, daran nicht teilzunehmen. Das wichtigste Hindernis hiefür ist selbstverständlich Elsass-Lothringen; Versicherungen, dass Deutschland in dieser Frage keine Konzessionen machen, und die Frage selbst nicht als solche anerkennen könne, werden im deutschen Reichstag immer wieder abgegeben. Auch sieht man unheimliche Kräfte an der Arbeit, diesen Gegensatz auszunützen und zu verstärken. General Skobeleff erklärt ganz unumwunden, er sei Soldat, im Frieden gehe er zugrunde, er brauche einen Krieg gegen Deutschland und werde deshalb immer zu diesem Kriege hetzen. Bekanntlich war er der Abgott der russischen Jugend. Besuche der russischen Eskadre im Kriegshafen von Toulon und des italienischen Kronprinzen bei den deutschen Manövern in Elsass-Lothringen „illustrieren glänzend den unseligen Zustand der sich bedrohenden Gegenallianzen"; dabei versichern Dreibund und Zweiverband um die Wette, dass ihr

einziger Zweck die Erhaltung des europäischen Friedens sei. Sie wollen ja nichts anderes als sich gegen einen etwaigen Angriff verteidigen. Freilich lässt schon damals auf der Dreibundseite Crispi durchblicken, dass es sich unter Umständen auch um eine „Offensive zum Zwecke der Defensive“ handeln könne. Und zur Vorbereitung der Gemüter auf eine solche Verteidigungsaktion wird vom „Figaro“ für die Festvorstellung in Toulon ein Stück vorgeschlagen, in welchem die schöne Stelle vorkommt: „Solange es Franzosen, Russen und wilde Bestien gibt, werden sich die Franzosen und Russen gegen die wilden Bestien verbinden.“ Also schon im Jahre 1893 waren die „Hunnen“ wilde Bestien!

Daneben fehlt es nicht an erfreulichen Anzeichen, welche die Friedensfreundin gewissenhaft verzeichnet. Die beiden Bände sind geradezu eine Geschichte der Friedensbewegung, ebenso wie der Kriegsbewegung. Natürlich müssen sie monoton wirken, zumal sie Monat für Monat geschrieben sind; aber Tag für Tag gelesen, sind diese Monatsberichte vielleicht die fesselndste populäre Einführung in dieses hochwichtige Gebiet.

Nun noch einiges aus dem stürmischen Annexionsjahr. Von allem Anfang an tadelt Frau v. Suttner diese gewagte Politik, während die Bevölkerung und die Presse in Österreich-Ungarn die Aktion bejubelte, weil damit die Monarchie die Fähigkeit zu kräftigem Entschlusse bekundet hatte . . . . In demselben Jahre erhob sich bekanntlich auch in der deutschen Presse ein grosser Lärm wegen eines Interviews, in welchem Wilhelm II. seinen heissen Wunsch, mit England in Frieden zu leben, ausgedrückt hatte. „Der ganze Schreck beruht darauf“, sagt die Baronin, „der alte Glaube ist, dass man mit dem Ausland und über das Ausland niemals eine gerade Sprache führen darf . . .; aber wenn es sich darum handelt, sich in Freundschaft zu verbinden, so ist die Beleuchtung der vollen Wahrheit das Erspriessliche.“ Sie zeigt am Zwischenfall von Casablanca (Schutz deutscher Deserteure aus der französischen Fremdenlegion durch den deutschen Konsul), „dass solche Lappalien noch überhaupt den Gedanken an einen Krieg aufkommen lassen“; daraus folge die Notwendigkeit, die Grundlagen des Friedens zu befestigen. Sie macht auf das Wort Asquiths aufmerksam: England sei bereit, auch von den Mächten des Dreibundes „eine Hand zu ergreifen, die uns in guter Absicht und in Treue entgegengestreckt würde“, auf Winston Churchills Leugnung jedes deutsch-englischen Interessengegensatzes und auf den Satz Roosevelts, dass die Politik der Vereinigten Staaten sich gegen andere Nationen verhalten sollte, wie ein ehrenhafter Privatmann seinem Mitmenschen gegenüber. Sie überschätzt vielleicht absichtlich die schönen Worte der Staatsmänner, um sie beim Worte nehmen zu können, fasst auch König Eduard VII. optimistisch als Peacemaker und den scheidenden Fürsten Bülow, den Träger der deutschen Flottenpolitik, einseitig als kriegsverhütenden Staatsmann auf. Sie warnt eifrig vor allem, was das Verhältnis zu England vergiften könnte. Sie denunziert die „Barbarisierung der Luft“, die Erhebung Venedigs zum Kriegshafen,

d. h. zur Bombardierbarkeit. Sie tadelt schroffe Redensarten wie die des Grafen Tisza: Österreich-Ungarn lasse sich in seine Handelspolitik gegenüber Serbien von niemand dreinreden. Während der ganzen Annexionskrise „stand den kriegsgegnerischen Stimmen keine Zeitungsspalte offen. Mit Ausnahme der Arbeiterzeitung.“ „Wäre Russland genügend gerüstet, so wär's zum Kriege gekommen“, hebt die Referentin hervor. (Die gleiche Warnung knüpft sie übrigens auch an die Annahme des österreichischen Ultimatums durch Serbien im November 1913.)

Die Zeit wird immer unruhiger. Das Jahr 1911 bringt den Eroberungskrieg Italiens um Tripolis und die Gefahr des deutsch-französischen Krieges wegen Marokkos, mit der von Lloyd George in Aussicht gestellten Teilnahme Englands. Die Jahre 1912 und 1913 die Balkankriege. Die fortlaufenden Glossen enthalten eine Fülle des Interessanten und Beherzigenswerten. B. v. S. verkennt den Ernst der Situation nicht, lässt aber auch die Hoffnung niemals sinken. „Wenn Europa es will,“ sagt sie im April 1913, „es fest und ernstlich will, so wird der Balkankrieg der letzte Krieg auf europäischem Boden gewesen sein. Dass es jedoch noch viele gibt in Europa, die den Krieg wollen, ihn fest und ernstlich wollen, das wissen wir Pazifisten nur zu gut.“ Im Dezember 1913 schreibt sie: „Stillstand und volle Ruhe hat es zwar niemals gegeben; aber ein solches Gären und Brodeln, eine solche Unsicherheit, eine solche Überstürzung von Gefahren, Drohungen und Krisen, wie die jüngste Zeit sie aufweist, das hat noch keiner von uns erlebt. Wenn das so weiter kracht und wirbelt und aufblitzt, was soll da kommen? Die Antwort wäre einfach: „Was kommen muss, ist Zusammenbruch. Weltkrieg, Anarchie....“ Aber diese Antwort ... zieht nicht die stillen Kräfte ... in Rechnung, die im Lichte ... erwachenden Gewissens an der Arbeit sind, mit rettenden Ideen und erlösenden Taten das Unheil abzuwenden. Im April 1914 hofft sie auf Einschränkung der Rüstungen auf der dritten damals für 1917 in Aussicht genommenen Haager Konferenz, „wenn bis dahin der Abgrund nicht erreicht ist“. Ihre letzten Äusserungen (Mai 1914) gelten den Hoffnungen auf Aufhebung des Kaperrechtes und der Polemik gegen einen das Milizsystem bekämpfenden Kriegsminister.

□□□

Unser Vorteil ist ein vortreffliches Werkzeug, unsere Sinne zu blenden. Auch der Allergerechteste darf nicht in eigener Sache Richter sein. *Pascal.*

□□□

Gewissensqualen eines Neutralen.

Ich bin ein Neutraler und ein leidlich gewissenhafter Mensch. Seit Anfang des Krieges hielt ich es für meine Pflicht, mir eine persönliche Meinung zu bilden. Ich wollte um keinen Preis, wie ich einmal so rührend in einem Blatt gelesen habe, den „Angreifer und das Opfer mit dem gleichen Massstabe“ messen. —

Die letzte Phase des Krieges hat mich in neue Qualen gestürzt. Da sehe ich in „Le Temps“, diesem führenden Blatt des geistreichsten Volkes, die Überschrift:

„L'inéluctable responsabilité“.

So werde ich nun doch erfahren, wem die Verantwortung zufällt. Und wirklich, meine Hoffnung wird nicht enttäuscht:

In welche Verkleidungen auch immer Deutschland sein Verbrechen hüllen mag, die Tatsache bleibt bestehen, dass es den Neutralen gegenüber nur das Gesetz seines eigenen Willens anerkennt. Die Neutralen wissen von nun ab, dass sie sich diesem Gesetz dauernd zu unterwerfen hätten, wenn Deutschland Sieger bliebe.

Gegen diese Herrschaft gibt es besonders für alle jene, welche nicht selbst zu den Waffen greifen können oder wollen, nur einen Schutz: den Sieg der Entente. Nur dieser Sieg wird .... im Herzen von Europa jene tyrannische, zügellose Macht vernichten, welche durch ein noch nie dagewesenes Verbrechen sowohl Kriegführende als Neutrale ihren Herrschaftsgelüsten unterwerfen will. Eine materielle Neutralität mag fortbestehen — aber eine moralische Neutralität ist von nun ab unmöglich. In allen Ländern sind die Geister nun endgültig klar über „Deutschlands unabwälzbare Verantwortlichkeit“, wie Spanien sie genannt hat.

(9. Febr. 1917.)

Endlich! Jetzt weiss ich doch endlich woran ich bin! — Ich kann wohl noch materiell, aber nicht mehr moralisch ein Neutraler sein. Die Formel muss ich mir merken!

Und nun fällt mein Blick auf die „Neue Freie Presse“. Da steht in fetten Lettern zu lesen:

Die Neutralen und der Unterseebootkrieg.

Das geht mich ja ganz unmittelbar an. Ich ergreife das Blatt und sehe folgendes:

Die Tatsache kann nicht verdunkelt werden, dass England der natürliche Gegner der Neutralen ist und dass nur die britische Admiralität die kleinen Völker ihrer Rechte beraubt und ihnen das Joch der Oberherrschaft von London aufzuzwingen wünscht. Überall erschüttert dieser Krieg die Stellung der Neutralen. Überall müssen sie gleichsam mitkämpfen und ohne Kanonenschüsse und ohne Maschinengewehre Schlachten liefern. Der Unterseebootkrieg soll sie nicht entwürdigen, sondern befreien,

soll ihnen nicht das Leben vergällen, sondern ihnen Erlösung bringen von dem Drucke der britischen Alleinherrschaft. Ein siegendes Grossbritannien, und sie sind Kolonien, denen ehrenhalber das Recht gelassen wird, ein Staat zu sein. Zwischen Russland und England, zwischen Frankreich und Italien eingepresst, ohne die Möglichkeit ein Gegengewicht zu finden, an das sie sich klammern können, müssten sie zugrunde gehen. Nur der baldige Friede kann ihnen helfen, und nur ein Friede, wie ihn die Mittelmächte wollen, ein Friede unter gleichen, ein Verteidigungsfriede ohne Vernichtungen. Nur wenn sie Anlehnung an zwei Mächten finden, wenn sie nicht allein einem einzigen gegenüberstehen, können sie gedeihen. Denn wenn einmal die Gewichte im Rollen sind, dann weiss niemand, wo das Ende ist und wo ein übermütiger Sieger sich selber die Grenzen zieht. Da die Neutralen nicht Kraft haben, aus eigenem die Grossmächte zu bezwingen, muss gleichsam ein Gegenpol für sie da sein, der abstösst, wo der andere anzieht und ihnen Schutz gewährt, wenn sie den Wunsch haben, sich zu decken. Deswegen ist ihr Platz an der Seite Deutschlands, deswegen ist bereits jetzt von den nordischen Staaten der Vorschlag des Präsidenten abgelehnt worden. Sie werden Unterhandlungen pflegen, aber nicht abbrechen. Der Kampf um die Seele der Neutralen ist viel schwerer für England geworden ....

(8. Febr. 1917.)

Also ist es auch diesmal wieder nichts! Verzweiflung erfasst mich. Was sind die uns drohenden Gefahren einer Hungersnot gegen die Gewissensqualen eines ehrlichen Neutralen!

□□□

Gute Vorsätze.

Ein grosser Teich war zugefroren,
Die Fröschlein, in der Tiefe verloren,
Durften nicht ferner quaken noch springen,
Versprachen sich aber im halben Traum,
Fänden sie nur da oben Raum,
Wie Nachtigallen wollten sie singen. —
Der Tauwind kam, das Eis zerschmolz,
Nun ruderten sie und landeten stolz
Und sassen am Ufer weit und breit
Und quakten wie vor alter Zeit.

Gœthe.

□□□

Zeitschriftenschau.

Das Problem des Friedens. An der Spitze ihrer letzten Nummer (Dezember) bringt die „Revolitique Internationale“ eine wahrhaft staatsmännische Betrachtung des ungarischen Ministers a. D. Julius Andrassy über das Problem des Friedens.

Als die grundlegende These des Zehnverbandes wird die zweifache Behauptung festgestellt, dass ein dauernder Friede nur durch eine entscheidende militärische Niederlage der Zentralmächte begründet werden könne. dass aber andererseits auf den niederschmetternden Sieg der Entente unfehlbar ein Zeitalter des gesicherten Weltfriedens folgen müsse, in welchem nur Recht und Freiheit herrschen, statt der bisherigen Oberherrschaft der Gewalt.

Diesen Behauptungen gegenüber weist Graf Andrassy zunächst darauf hin, dass der deutsche Reichskanzler, der jederzeit zu einem massvollen Friedensschlusse bereit sei, sich längst geneigt erklärt habe, eine gesicherte internationale Rechtsverfassung anzunehmen, falls von der andern Seite ein vernünftiger Plan dazu vorgelegt werde, dass aber durch Lord Grey und die „Times“ die Erklärung abgegeben worden sei, es würde jetzt „ein Irrtum“ sein, wenn die Kriegführenden ihre Gedanken von dem unbedingt notwendigen Siege auf einen solchen Plan ablenken liessen; das müsse man vorläufig den Neutralen überlassen. Offenbar ist also die künftige Herrschaft des Rechtes nicht die oberste Sorge Englands.

Was aber würde der tatsächliche Erfolg eines vollständigen Sieges der Verbündeten sein? Über diesen Punkt verbreitet der ungarische Staatsmann eine Klarheit, wie sie in keiner früheren Publikation über das beliebte Thema zu finden ist. Ein vollständiger Erfolg der Entente könnte nämlich, wie Andrassy im Einzelnen nachweist, zu nichts anderem führen, als zu einer unerträglichen Alleinherrschaft Russlands zu Lande und Englands zur See. Denn die Widerstandskraft der Mittelmächte wäre gebrochen, und vor jenen beiden Kolossen würde das halb verblutete Frankreich und das allenfalls im Adriatischen Meere massgebende Italien als Mittelstaaten zurücktreten, von den Kleinstaaten nicht zu sprechen, von denen Belgien einfach das englische Einfallstor in den Kontinent bilden würde und die Balkanstaaten, von Konstantinopel aus dem Drucke des russischen Riesenstaates preisgegeben, zu heerespflichtigen Vasallen dieser Grossmacht herabsinken müssten. Auf diese Weise könnte von einer Freiheit der europäischen Nationen nicht die Rede sein; aber mit dem dauernden Frieden Europas würde es noch schlimmer aussehen. Weder würde das tüchtige Volk von 80 Millionen Deutschen mit seinen ruhmreichen Erinnerungen den Zustand wehrloser Zerstückelung und wirtschaftlicher Einzwängung lange ertragen, noch ist es jemals gelungen das stolze und freiheits-

liebende Volk der Magyaren auf die Dauer in einem Zustand politischer Demütigung zu erhalten, und dasselbe gelte von anderen selbstbewussten Nationen in Österreich-Ungarn. Die Geschichte lehrt überhaupt, dass man ein ganzes Volk zwar für den Augenblick begraben, aber wenn es nur nicht innerlich entsittlicht und verfallen war, auf die Dauer nicht hindern kann, seinen Grabdeckel wieder zu sprengen. Das kleine Volk der Bulgaren hat sich nach vier Jahrhunderten des Türkenjoches in überraschend kurzer Zeit zu kräftigem Leben entwickelt; alle Teilungen und niedergeworfenen Aufstände konnten die Polen nicht an ihrem nationalen Fortleben verhindern; und Frankreich selbst, das heute gerne Deutschland zerschmettern möchte, hat es nicht an sich selbst erfahren, dass es nach den vernichtenden Niederlagen von Waterloo und Sedan in verhältnismässig kurzer Zeit den ihm gebührenden Platz im Rate der Nationen wieder einnehmen konnte? Nicht die vorübergehende militärische Situation ist für diesen Platz massgebend, sondern die innere Tüchtigkeit eines Volkes, und wer wollte diese den Deutschen bestreiten? So würden sie auch nach einer Niederlage stets bereit sein, die erste Zwistigkeit zwischen den Siegern auszunützen, wie dies Frankreich auf dem Wiener Kongress und selbst das kleine Bulgarien schon kurz nach seiner Niederlage tun konnte. Diese Zwistigkeiten aber können nicht ausbleiben.

Sobald die Furcht vor Deutschland beseitigt wäre, müsste notwendig der Gegensatz zwischen den beiden weltbeherrschenden Mächten hervortreten. Es würde ein Kampf um Konstantinopel entstehen, wie er schon einmal zwei Weltbeherrscher zum letzten entscheidenden Ringen gezwungen hat. Konstantinopel war nämlich der Zankapfel, wegen dessen der Bund zwischen Napoleon I. und dem Zaren in die Brüche gegangen ist. Alexander I. forderte schon damals Konstantinopel und die Dardanellen als „Schlüssel zu seinem Hause“. Napoleon liess ihm erwidern, dieselbe Position sei auch der Schlüssel zu Korfu, zu Toulon, zum ganzen Mittelmeer. Er wollte den Russen allenfalls noch Konstantinopel überlassen, aber durchaus nicht die Dardanellen. Und nach mehrjährigen Verhandlungen kam es zu dem Kriege, welcher durch seine unmittelbaren Folgen den Untergang Napoleons herbeiführte und den bei Jena gedemütigten Deutschen einen so raschen Triumph über ihre Besieger verschaffte.

Bei Konstantinopel hat die Erdkugel ein geographisches Problem geschaffen, über dessen Härten kein guter Wille hinweghelfen kann. Will England wirklich seinen russischen Verbündeten Konstantinopel, die Dardanellen und das gegenüberliegende Kleinasien mit der ganzen Küste des Schwarzen Meeres überlassen, so würde damit Russland eine unvergleichliche maritime Position gewinnen, die in kurzer Zeit zur Beherrschung des Mittelmeeres führen muss. Da aber England nicht darauf verzichten kann, das Mittelmeer als die Strasse nach Indien selbst zu beherrschen, so müsste es mindestens die den Dardanellen vorgelagerten griechischen Inseln für sich fordern. Wenn England diese Konzession

nicht durchsetzt, so bedeutet die russische Stellung im Mittelmeer für die britische Herrschaft in Ostindien und für das ganze Weltreich, nach Ansicht Andrassy's, eine viel ernstere Gefahr als vor dem Kriege die ganze deutsche Seemacht. Wenn aber England diese Inseln besetzt, dann kann Russland wieder nur mit Erlaubnis einer fremden Macht seine Schiffe ins Mittelmeer entsenden, und damit würde der grösste Preis für seine ungeheuren Opfer im Weltkriege den besseren Teil seines Wertes verlieren. Der Konflikt zwischen den beiden Weltmächten wäre daher unausbleiblich, die besiegten Völker würden sich einem der Sieger anschliessen, und der Weltfriede wäre nach einem Siege der Entente auf eine noch schwächere Grundlage aufgebaut als die Freiheit der Nationen.

Ganz anders stellt sich das Bild der Zukunft, falls der Friedenswille Deutschlands verwirklicht werden könnte: „Jede Macht könnte die Grundbedingungen ihrer Lebensfähigkeit behalten. England besonders würde in seiner einzigartigen Stellung zur See verbleiben, auf die es nicht verzichten kann, was ich gerne anerkenne, und mit der sich alle andern Mächte in einem Geiste der Versöhnung abfinden müssten. Bezüglich der überseeischen Kolonien könnte sich mancher Abtausch vollziehen, ohne dass irgend eine der Grossmächte dabei viel verlieren würde. Das Loos der besiegten Kleinstaaten würde von dem Ergebnis der Verhandlungen abhängen. Was Belgien betrifft, hat der deutsche Reichskanzler bereits ausdrücklich erklärt, dass eine Annexion dieses Landes nicht zu den Kriegszielen Deutschlands gehöre; man wird einfach verhindern müssen, dass es in Zukunft dem Feinde als militärische Basis diene. Serbien wird ohne Zweifel die Folgen seiner herausfordernden Politik und seines Grössenwahns zu erdulden haben. Aber eine Annexion dieses Landes ist den Absichten Österreich-Ungarn immer ferne gewesen. Allerdings würde Bulgarien einen wichtigen Teil davon behalten, und dadurch zur Vormacht auf der Balkanhalbinsel werden. Die Türkei würde alle Mittel erlangen, um sich in Kleinasien zu konsolidieren. In Europa wird man mit der Wiederaufrichtung eines lebensfähigen Polens rechnen müssen. Das etwa wäre in grossen Zügen das gegenwärtig mögliche Ergebnis von Friedensverhandlungen. Das Gleichgewicht Europas würde in seinen wesentlichen Zügen dasselbe bleiben, wie vor dem Kriege, mit dem einzigen Unterschiede dassin Zukunft den Zentralmächten die Verteidigung ihrer Position erleichtert würde. Kann man ernstlich behaupten, dass diese bessere Möglichkeit der Verteidigung des gegebenen Zustandes den Frieden der Welt mehr bedrohen würde, als der Umsturz aller europäischen Verhältnisse durch den Endsieg des Vierverbandes?“

Der Verfasser schliesst seine Auseinandersetzungen mit dem Ausdruck des festen Vertrauens in die Unüberwindlichkeit der Zentralmächte und des Wunsches, dass die zahllosen Opfer an Menschen und Gütern, welche durch die Illusion eines künftigen Sieges der Entente notwendig werden könnten, Europa erspart bleiben mögen. Die Verantwortung für das Gegenteil würde bei dem zweifellosen Friedenswillen der Zentralmächte den Gegnern

zur Last fallen. Es sei noch bemerkt, dass die ganze Abhandlung im November geschrieben ist, also vor Veröffentlichung des Friedensangebotes und des darauf folgenden Notenwechsels.

Völker Europas, einigt Euch! In der letzten Nummer des *demain* veröffentlicht Romain Rolland einen feurigen Aufruf „an die gemordeten Nationen.“ Wir entnehmen ihm die nachfolgenden Stellen:

Die beherrschende Tatsache der Gegenwart ist: Europa ist nicht frei. Die Stimmen der Völker werden erstickt. In der Weltgeschichte werden diese Jahre als eine Zeit der grössten Sklaverei fortleben. Die eine Hälfte Europas bekämpft die andere im Namen der Freiheit und beide verzichten sie auf die Freiheit. Vergeblich ruft man die Nationen an, ihren Willen kundzugeben. Die Nationen haben aufgehört, sich als wollende Persönlichkeiten zu betätigen. Ein paar Dutzend Politiker, eine Handvoll Journalisten massen sich an, im Namen der Nation zu sprechen. Sie haben kein Recht dazu. Sie vertreten niemanden als sich selbst. Sie vertreten nicht einmal sich selbst, ... diese Knechte der Plutokratie. Wer darf sich als Vertreter einer Nation aufspielen? Wer kennt denn die Geheimnisse der im Kriege aufgewühlten Volksseele, wer hat es auch nur versucht, sich diesen Wirrwarr von Leidenschaften, von Tiefsinn, von Tollheit, von allen sonst gebändigten Dämonen der Gesellschaft vors geistige Auge zu stellen? ...

Jeder einzelne fühlt sich von der Volksleidenschaft umschlungen, wie von den Armen eines Polypen, und jeder findet auch noch in der eigenen Seele dasselbe Wirrsal von Gut und Böse, von unentwirrbar gebundenen und verschlungenen Kräften. Wer kann es lösen?... Daher das Gefühl eines unentrinnbaren Fatums, das sich in solchen Krisen der Menschheit bemächtigt. Aber dieses Gefühl ist falsch. Es ist nichts anderes, als die Mutlosigkeit jedes einzelnen, angesichts der vielen und beharrlichen Anstrengungen eines grossen aber nicht unmöglichen Kraftaufwandes, der notwendig wäre, um sich von dem Übel zu befreien.

Wenn jeder einzelne nur das täte, was er tun kann (durchaus nicht mehr als das!), dann brauchten wir alle kein Verhängnis zu erdulden. Es zieht seine Kraft aus der Resignation jedes einzelnen. Und jeder, der diesem Gefühl nachgibt, hat seinen Teil an der Schuld....

Völker, vereinigt Euch! Völker aller Rassen, mehr oder weniger schuldig, aber alle blutend und leidend, Brüder im Elend, seid auch Brüder in der Vergebung und in der Auferstehung. Vergesst den gegenseitigen Groll. der Euch alle zugrunde richtet, und vereint Euch in Eurer Trauer; sie trifft die ganze grosse Familie der Menschheit. Ihr habt durch den Schmerz um den Tod von Millionen Eurer Brüder das Bewusstsein Eurer tiefsten Wesenseinheit erlebt, Ihr müsst es erlebt haben! Diese Gemeinsamkeit muss nach dem Kriege die Schranken durchbrechen, welche die schamlose Bereicherungsgier weniger Einzelner noch höher, noch unübersteiglicher zwischen Euch aufzurichten anschickt.

Tut Ihr das nicht — bringt dieser Krieg nicht als seine erste Frucht die soziale Erneuerung aller Nationen, dann lebewohl, Europa, Königin im Reiche der Gedanken! Führerin der Menschheit. Du hast den Weg verloren; wohin Dein Fuss tritt ist eine Leichenstätte. Dort ist Dein Platz — sinke in Dein Grab — und überlasse es andern, der Menschheit voranzuschreiten!

2. November, am Tage der Toten, 1916.

Der Zehnverband und die Slaven Österreich-Ungarns.

In der Januarnummer der Zeitschrift „Neue Wege" bemüht sich L. R. (Prof. Ragaz), im Interesse des Friedens aus der Note der Entente an Wilson einen Boden für fernere Verhandlungen zu gewinnen und äussert aus diesem Anlasse eine bemerkenswerte Idee. Man hat die geforderte „Befreiung" der Slaven von Österreich-Ungarn ziemlich allgemein als völlige Loslösung von der Doppelmonarchie verstanden. L. R. findet dies keineswegs unzweifelhaft, vielmehr „kommt es darauf an, auf welchem Wege diese Forderungen erfüllt werden sollten, z. B. ob die Slaven Österreichs vom österreichischen Staatsverband losgelöst werden oder (was wohl wünschenswerter wäre) innert dieses Verbandes mehr freie Bewegung erhalten sollten". Bekanntlich hat der österreichische Sozialdemokrat Karl Renner längst ein ausführliches Programm der Autonomie für alle Nationen Österreich-Ungarns ausgearbeitet. Es ist nicht unmöglich, dass bei den dereinstigen Friedensverhandlungen der grosszügige Plan dieses gedankenreichen Politikers zu unverhofften Ehren kommen könnte.

Auch in England ist übrigens dieser Programmpunkt der Entente nicht unbestritten geblieben. U. a. erhebt in "The New Statesman" vom 27. Januar und 3. Februar der bekannte Fachmann für osteuropäische Politik Noel Buxton seine Stimme gegen den Gedanken eines selbständigen tschechisch-slovakischen Staates. Er erinnert seine Landsleute daran, dass 30% der böhmischen Bevölkerung als Deutsche einer solchen Lösung feindlich und dass berühmte Führer der Nation, wie Palacky eifrige Verfechter der nationalen Existenz innerhalb der föderativ umzugestaltenden Habsburgermonarchie gewesen seien. Auch nach der Ansicht westeuropäischer Sachkenner wie Chéradame und Sir Charles Elliot habe von den drei Slaven beherrschenden Staaten, Österreich seine Aufgabe relativ am besten gelöst. Auch haben bisher weder die englischen noch die österreichischen Sozialisten im politischen Kleinbetriebe der Kleinstaaterei ihr Ideal erblickt. Die Fortführung des Krieges bis zur Erreichung dieses Zieles könne leicht ein Plus von einer halben Million Toten kosten. Aber Buxton erklärt, er würde ein unabhängiges Königreich Böhmen auch dann nicht befürworten, wenn es mit einem Federzug geschaffen werden könnte. Keine Allianz habe sich bisher auch nur ein Jahrhundert lang gehalten, und es könne die Zeit kommen, in welcher englische Staatsmänner die Weisheit des alten Spruches einsehen würden: „Wenn Österreich nicht existierte, müsste man es erfinden."

Von der englischen und italienischen Friedensbewegung. Die in Zürich lebende Sozialdemokratin Dr. Angelika Balabanoff, Mitglied des italienischen Parteivorstandes, teilt in Schweizer Blättern interessante Tatsachen über beide Bewegungen mit.

Für England ist ihre wichtigste Quelle der "Labour Leader", welcher bekanntlich auf normalen Wegen längst nicht mehr ins Ausland gelangt. Es scheint, dass im November in London allein über zwanzig Friedensversammlungen an je zwei Sonntagen stattfanden; das Zetergeschrei der Kriegsfreunde über die Unterlassung von Regierungsverboten möchte fast noch viel mehr vermuten lassen. Man weiss, dass in Cardiff eine solche Versammlung durch die Kriegsfreunde, teilweise mittelst gemieteter Raufbolde, gesprengt wurde. Für die Friedenssache waren zu dieser Versammlung erschienen: 220 Vertreter von einzelnen Gewerkvereinen (für über 83,000 Mitglieder), 37 Vertreter von Gewerkschaftskartellen (für über 80,000 Mitglieder), 100 Vertreter von sozialistischen und Friedensorganisationen, 2 von Schulen, 450 eingeladene Privatpersonen. Referentin hebt hervor, dass im Unterschiede von anderen Ländern, England keineswegs eine entschieden proletarische, grundsätzlich sozialdemokratische Friedensbewegung habe, vielmehr das bürgerliche und christlich-ethische Element darin stark vertreten sei, neben der hervorragend beteiligten Independent Labour Party. Eine grosse Rolle spielen die von uns bereits besprochenen „Gewissensbedenker", die auch schon ihr eigenes Blatt haben: *The Tribunal.* Von ihnen sassen schon im August 2000 hinter Schloss und Riegel. Ihre Bekenntnisse in öffentlicher Gerichtsverhandlung können leicht zu einer antimilitaristischen Gärung im Lande führen. So erklärte Walter Ayles, Gemeinderat von Bristol: Ich bin Christ und Sozialist. Ich töte nicht, weil jedes Töten einen Stoss in Gottes Herz bedeutet ... Würde ich glauben, dass durch Mord und Totschlag das Böse aus der Welt geschafft werden könne, so wäre ich längst für das Totschlagen derjenigen eingetreten, die in England jahrein, jahraus die Verantwortung für die Ausbeutung, die Verwahrlosung, die Entbehrungen der Massen tragen." — Diesen Friedensfreunden steht die Mehrheit mit ihrem sozial-imperialistischen Organ *The British Citizen* gegenüber, welches die Internationalisten „als bornierte Werkzeuge der deutschen Herrschsucht wie Pestbazillen ausrotten" möchte. Balabanoff hofft, dass die Aufrüttlung durch diesen Krieg die Kerntruppen der Independent Labour Party zwingen werde, sich zu einer konsequenten sozialrevolutionären Weltanschauung durchzuarbeiten.

Bezüglich Italiens ist Dr. Angelika Balabanoff im Gegenteile in der Lage, die grundsätzlich folgerichtige und beharrliche Opposition der sozialistischen Partei gegen den Krieg rühmend hervorzuheben, von den bekannten Überläufern abgesehen. Schon am 23. Mai 1915, dem Tage der allgemeinen Mobilisation, lehnte die Partei in ihrem Manifeste jede Verantwortung für den Krieg ab, und hob hervor, dass gerade Italien den glorreichen Beruf gehabt hätte, zwischen den Kriegführenden zu vermitteln und

dem Frieden einen Weg zu bahnen. Seither haben zahlreiche Parteimitglieder für ihre Überzeugung das Martyrium erlitten und die Partei als Ganzes hat, mit Verachtung aller Lockungen zu kleinlichen Zwistigkeiten, ihre Einheit und ihren Beruf gewahrt, die internationalen Bande zwischen den sozialistischen Parteien wieder anzuknüpfen. Ihr wahrer Ausdruck ist der *Avanti*, dessen Subskriptionserfolg in diesen schwierigen Zeiten (über 100,000 Lire!) am besten zeigt, wie vielen Parteigenossen er in ihren Nöten zum unentbehrlichen Freund und Berater geworden ist.

Neues Leben und *demain*, Dez. 1916.

Reichtum und Elend in Amerika. Mr. John Shelton Williams, der Controlor des Geldumlaufes der Vereinigten Staaten, hat vor kurzem den Reichtum dieses Landes auf 320 Milliarden Dollar oder 1½ Billionen Franken geschätzt, was doppelt so viel wäre als der Besitz Grossbritanniens samt allen seinen grossen und kleinen Kolonier. Seit Beginn des Krieges habe Amerika für 9 Milliarden Dollar Munition und Waren zu exorbitanten Preisen geliefert, und 2 Milliarden Dollar zu hohem Zinsfuss den Ententestaaten geliehen. In gar keinem Verhältnis hiezu stehe der Betrag der Hilfe, welche die grosse Republik für die unglücklichen Opfer des Krieges gespendet habe. Nicht einmal ½ Promille des in dieser Zeit erworbenen, konstatiert der amerikanische Sozialist George D. Herron in einem Artikel der *Semaine Littéraire* vom 3. Februar 1917. Dieser Reichtum habe wohl den ungeheuern Abstand zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen vergrössert, aber an dem Elend der grossen Masse nichts ändern können. So gebe es derzeit in New York allein 400,000 Arbeitslose, die auf Unterstützungen angewiesen sind. Die Zahl der „unter dem Niveau einer ausreichenden Existenz" Lebenden wird auf zwei Millionen Menschen geschätzt, von denen die Hälfte beständig „dem langsamen Tod durch Unterernährung" preisgegeben sei. 750,000 sei die ungeheure Zahl der jährlich von Unfällen getroffenen amerikanischen Arbeiter, und zwar infolge der Fahrlässigkeit der Gesellschaft, die durch entsprechende Vorkehrungen die meisten Unfälle vermeiden könnte.

Wir müssen es dem amerikanischen Verfasser überlassen, für die Richtigkeit dieser Daten einzustehen, die teilweise geradezu phantastisch klingen. Wie einzigartig wäre aber jetzt die Gelegenheit für das durch seine Lage so bevorzugte Amerika, wenn es nur einen Teil jener Milliarden, welche Europa für die eigene Zerstörung hingibt, benutzen wollte, um musterhafte, noch nie dagewesene, soziale Einrichtungen zu schaffen. Dann erst würde das Goethewort: „Amerika, du hast es besser" — zur Wahrheit werden.

Westliche oder östliche Kultur? Ein furchtbares, aber leider nur allzu wohlgetroffenes Bild hat der indische Dichter Rabindranath Tagore anlässlich eines Vortrags in Tokio im Juni 1916 von der europäischen Kultur entworfen. Und er warnt

den Osten vor dieser vielgepriesenen Kultur. Im Gegensatz zu Indien, das in einer geographischen Einheit die verschiedenartigsten Völker zusammendrängt, sei Europa „eine Nation, in viele geteilt ... In Amerika und in Australien haben sich die Europäer das Problem vereinfacht, indem sie die einheimische Bevölkerung fast vollständig ausrotteten. Auch jetzt herrscht dieser Geist der Vernichtung in Kalifornien, Australien, Kanada, nur in etwas abweichenden Formen, indem die Fremden aus diesen ungastlichen Gebieten verscheucht werden von jenen selbst, die einst dort Fremde waren ... Die politische Kolonisation Europas, welche wie eine üppig wuchernde Giftpflanze die Welt erobert hat, beruht auf dem Exklusivismus. Sie ist ängstlich darauf bedacht, alle Fremden in einen Winkel zusammenzudrängen oder sie auszurotten. Sie lebt von der Ausbeutung anderer Völker, aus denen sie ihre Nahrung zieht, und deren ganze Zukunft sie zu verschlingen droht. Unablässig zittert sie vor diesen Rassen, deren Existenz, selbst im Niedergang, der europäischen Politik noch als Gefahr erscheint; auch erstickt sie alle Zeichen einer Grösse, welche ihr über das selbst erlangte Niveau hinauszureichen scheint, und zwingt die schwächeren Rassen, ewig schwach zu bleiben.

Bevor diese politische Zivilisation mächtig genug geworden war, um mit weit geöffnetem Rachen und unersättlicher Gier ganze Kontinente zu verschlingen, hatte auch Indien Kriege gekannt, Plünderungen, Monarchenwechsel mit schweren Kämpfen und schwerem Unglück, — aber niemals bot sich uns ein ähnliches Schauspiel widerlicher, unbarmherziger Gier, der grosszügigen Ausbeutung ganzer Völker durch andere Völker, so ungeheure Maschinen, um ganze Teile der Erde zu Brei zu zermalmen; niemals sahen wir Neid und Eifersucht der Mächte mit solchen Krallen und Zangen bewaffnet, um einander die Eingeweide zu zerfleischen. Diese Kultur ist wissenschaftlich, aber nicht menschlich. Sie ist machtvoll, weil sie alle ihre Kräfte auf ein einziges Ziel gerichtet hält, und sie wie ein Millionär den Goldschatz vermehrt, um den Preis der Seele. Sie verleugnet Treu und Glauben, breitet schamlos ihr Lügennetz aus, betet den Profit an und nennt das Patriotismus. Wir zögern nicht, vorauszusagen, dass dieser Zustand nicht von Dauer sein kann. Denn es gibt nur ein Sittengesetz, welches ebenso sehr auf die organisierte Gesellschaft wie auf den Einzelnen angewendet werden muss. Man kann unmöglich dieses Gesetz im Namen der Nation vergewaltigen, und zugleich seine Segnungen geniessen für das Leben der Individuen. Wenn der Glaube an das sittliche Ideal durch die Politik untergraben wird, kann die Wirkung auf das Privatleben nicht ausbleiben; so erzeugt man allmählich den zynischen Zweifel, den Unglauben an das Göttliche im Menschen, diese eigentliche Dekadenzerscheinung der alternden Nationen. Man darf nicht vergessen, dass diese politische Zivilisation, gegründet auf einen fanatischen Nationalismus, noch keine ausreichende Probe auf ihre Dauerhaftigkeit bestanden hat“ ... (*demain*, Nr. 11/12, 1916.)

□□□

Rassen und Nationen.

Von Prof. FELICE MOMIGLIANO, Rom.

I.

Der Weltkrieg wird von Freunden einfacher Lösungen vielfach als Konflikt der Rassen aufgefasst. Wie die Personen der griechischen Tragödien, so bewegen sich, nach dieser Anschauung, auf der Schaubühne der Weltgeschichte die Rassen, beherrscht vom Fatum, nach den Trieben des inneren Dämons, der sie bestimmt. Dieser Dämon hat in dem eigentümlichen Blute jeder einzelnen sozialen Gruppe seinen Sitz. Jener Gobineau, der in der Zeit vor dem Kriege nach einigen Dezennien der Vergessenheit eine Modeberühmtheit geworden war, fasst die Sache so auf, dass die Rasse von allem Anfang an bereits mit allen ihren entscheidenden Eigenschaften und Fähigkeiten ausgerüstet ist, die sie nie mehr überwinden kann; daher seine fatalistische Anschauung von einer unentrinnbaren Ungleichheit der Rassen und von ihrem unausrottbaren Gegensatz. Wenn der Rassenkampf der geheimnisvolle Schlüssel ist, welcher uns durch alle labyrinthischen Irrwege der Geschichte das Leben der Menschheit erklärt, so muss er auch im Falle dieses ungeheuern Kampfes den Schlüssel bieten, um zu den ersten Ursachen des Konfliktes zu gelangen. Und alle die hochtrabenden Tiraden der Presse über Germanismus, Latinismus, Slavismus lassen sich auf eine allgemeine Zauberformel zurückführen, den „Rassenkampf". Sie ist der Frieden bedeutende Regenbogen, in den sich alle Stürme und endlosen Zänkereien über die Schuld am gegenwärtigen Kriege auflösen sollen.

In einem Kaulbach'schen Fresko sieht man die Schatten der hunnischen und der römischen Krieger, deren todesstarre Leichen auf einem von Blut und Kot starrenden, endlos sich dehnenden Schlachtfeld ausgestreckt sind, während die Helden den Kampf noch immer fortführen, aber hoch oben zwischen den Wolken, aus denen Blutströme

quellen. Das wäre ein Symbol für den Rassenkampf: Der Hass der Vergangenheit kehrt in der Gegenwart wieder und wird nach Jahrhunderten wiederkehren.

Der Sieg einer bestimmten Gruppe wird als Überlegenheit der Rasse gedeutet; jene Gruppe, welche sich der grössten Anzahl von Siegen rühmen kann, verkündigt sich als auserwähltes Volk. Der Begriff des auserwählten Volkes ist eine Illusion, welche der Weltgeist in jedem Volke erwachen lässt, damit es seine eigene Natur voll auslebe und verherrliche. In einer Periode kräftiger Entwicklung hat diese Illusion einen biologischen Wert. Die Hebräer hielten sich für die bevorzugten Söhne Jehovas und ihr unerschütterlicher Glaube daran, dass sie die Priesterkaste der Menschheit bilden, wirkte auf sie in einer solchen Weise, dass sie das neue Weltprinzip des Christentums ausreifen konnten. Ein Aristoteles zweifelt nicht daran, dass die Griechen, vermöge ihrer körperlichen und sittlichen Vorzüge, für alle Zeiten zur Beherrschung der Barbaren berufen seien. Das stolze Bewusstsein: civis romanus sum findet sich in ähnlicher Weise mehr oder weniger klar bei allen Völkern, welche zur Erkenntnis ihres Wertes erwacht oder zu erwachen im Begriff sind. Die Theorie von der reinen Rasse ist seit 1870 besonders von den deutschen Ideologen erneuert worden. Die Quintessenz dieser umfangreichen Literatur lässt sich auf folgende Formel zusammendrängen: Die germanische Rasse, die Erbin des vorgermanischen Altertums, ist berufen, die ganze Welt zu beherrschen; sie soll die passiven und weiblichen Rassen zu Deutschlands Ruhm und zur Genesung der anderen, zur Annahme der ewigen Werte der germanischen Rasse nötigenfalls zwingen; sie erlöst die Welt, allerdings indem sie die andern Rassen ihrer eigenen Kultur und ihrem wachsenden Staatswesen unterwirft. Die Verse Goethes: „Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt", bieten die genaue Formel für diese Gesinnung, welche ihrerseits ein Anzeichen stolzen Nationalgefühles ist. Dieses drängt zur Beseitigung alles dessen, was dem ursprünglichen Wesen der herrschenden Rasse fremd ist.

II.

Auf die Frage, in welchem Verhältnisse die Rasse zur Nation steht, müssen wir die Antwort geben, dass gegenwärtig nur noch diejenigen Menschengruppen, welche jeder Zivilisation widerstreben, sich einer reinen Rasse berühmen können, so die Buschmänner, die Zulukaffern und ihre Verwandten. Die höherstehenden Völker sind ausnahmslos aus mehreren Rassen gemischt. Im antiken Staate war die Rasse ein Faktor von entscheidender Wichtigkeit; in Athen und Sparta waren alle Bürger durch Bande der Verwandtschaft in einem innigen Zusammenhange, fast so wie bei den arabischen Stämmen; aber wie kann man heute noch von reinen Rassen sprechen, nachdem das Christentum die geistige Einheit Aller verkündet und die Einfälle der Barbaren eine allgemeine Blutmischung bewirkt haben. Alle modernen Nationen sind das Ergebnis einer Mischung von Völkern, welche verschiedenen Rassen angehörten.

Mit augenscheinlicher Ungenauigkeit des Ausdrucks legen sich die Italiener und Franzosen, die Spanier und Portugiesen, gewisse Schweizer und die Rumänen den Namen „Lateiner" bei. Diese Bezeichnung ist vom Rassenstandpunkte aus nicht gerechtfertigt. Wohl aber ist es wahr, dass sie durch die romanischen Sprachen mit den Römern zusammenhängen, welche auf sie einen grossen Einfluss gewonnen haben, aber durch den Geist, nicht durch das Blut. Italien besonders, welches bekanntlich, dank seiner geographischen Lage, immer eine Hochstrasse der Völkerwanderungen gewesen ist, stellt eine der buntscheckigsten ethnographischen Mischungen dar, in welcher das Blut der Kelten, Etrusker, Liguren, Griechen, Germanen, Araber dem lateinischen beigemischt ist.

Ebenso ist das lateinische Blut in den Adern der französischen Nation reichlich mit dem der Kelten, Germanen, Iberer, Griechen und Semiten versetzt. Die Kelten stehen anthropologisch den Deutschen näher als den Lateinern. Daher würde Frankreich für Deutschland eine zärtlichere Schwesterliebe empfinden müssen, als für Italien oder

Spanien, wenn der Rassenfaktor als das einzige oder auch nur als das vorherrschende Kennzeichen einer Nation betrachtet werden könnte. Auch die Latinität der Rumänen ist bloss geistiger Art. Eine lateinische Kolonie, die von Trajan nach Dazien entsendet wurde, bildete den Kern der Bevölkerung und gestaltete ihre Sprache. Aber der Rasse nach ist die rumänische Bevölkerung weder italisch noch latein, sondern slavisch.*) Die Preussen stammen bekanntlich von Slaven ab; heute strahlt Berlin als Allerheiligstes des Germanismus von echtester Reinheit. Die Elsässer stammen zumeist von germanischem Blute; aber 44 Jahre strammen deutschen Regimentes haben nicht hingereicht, ihnen die französische Seele auszutreiben.

Was man also als Rassenkämpfe ansieht, sind in Wirklichkeit Kämpfe von Völkern verschiedener Geistesart, ohne allzugrossen Respekt für die jeweilige Verwandtschaft ihres Blutes. Es wäre gar nicht schwer, gerade bei denjenigen europäischen Völkern, welche sich in unsern Tagen am bittersten bekämpfen, die nächste Blutsverwandtschaft zu entdecken. Aber nicht ohne tiefen Sinn stellt ein tragischer Mythos zweier Völker, welche auf die menschliche Kultur einen unberechenbaren Einfluss gehabt haben, der Juden und der Römer, an die Schwelle ihrer Geschichte den Brudermord. In Europa, dessen Kultur in Wahrheit überall fast dieselbe Mischung darstellt, gibt es, ausser der noch gärenden Masse der Slavenvölker, eine Gruppe von Nationen, welche die Tradition der lateinischen Kultur als ihr Wesen rühmen, und eine andere, welche die germanische Eigenart ihrer Kultur hervorkehren. Die Völker der lateinischen Kultur sind geschmeidig, schlau, rhetorisch, leidenschaftlich, von beweglichem Geist und lebhafter Einbildungskraft; mit ihrer expansiven und geräuschvollen Verbrüderungslust beleben sie die Mittelmeergebiete. Die Völker germanischer Kultur berühmen sich gerne der Vorzüge und der Fehler von Kriegshelden: Sie üben Mut, Treue, Ausdauer; aber ihre Art ist schwerfällig, es

*) Übrigens weist auch die rumänische Sprache einen slavischen Einschlag von vielleicht 1/4 auf. Die Red.

fehlt ihnen an „savoir-faire". Daher kann man im allgemeinen sagen, dass die lateinischen Nationen auf fremde Elemente eine viel grössere Kraft der Anziehung und Aufsaugung ausüben als die Deutschen und die Slaven.

Dadurch nun wird die Weltgeschichte zu etwas anderem als zu einem Kapitel der Zoologie, da die Nation eben etwas ganz anderes ist als die Rasse. Kann man sich eine anthropologische Kommission denken, welche beauftragt würde, den Hans und den Titio in die oder in jene Nation einzureihen, sei es nach Kopfmessungen oder nach der Farbe ihrer Augen und Haare? —

Die Italiener haben niemals gezögert, den Nicolò Tommaseo als einen hervorragenden Mitbürger und Schriftsteller anzuerkennen, wenn auch in seinen Adern slavisches Blut floss. Ugo Foscolo, seinem Ursprunge nach ein Grieche, glänzt als Stern erster Grösse am leuchtenden Himmel unserer Literatur; Daniel Manin, ein Volksmann jüdischer Abstammung, lebt im Gedächtnis der Italiener neben einem Mazzini, Garibaldi und Cavour, und Venedig ist stolz auf ihn als seinen geliebtesten Sohn. Kossuth, der ungarische Nationalheld, stammt aus einer slavischen Familie. Pascal sagte, dass jede Seele, die sich dem Guten weiht, von Natur aus zum Christentum gelangt, auch wenn sie davon nicht einmal die grundlegenden Lehren kennt. Ebenso lässt sich behaupten, dass jeder Mensch das Bedürfnis nach einem Ideale in sich fühlt, welches nur darauf wartet, einen Inhalt zu finden.

Für die Nationalität wiederholt sich, was bei den Religionen beobachtet werden kann: der Übergang von einem fleischlichen Bande zu einem Bande des Geistes. Die Stammesreligionen sind die Vorläufer der geistigen Religionen. Die Urzelle, der Lebenskern jeder Nation, möchte ich noch einmal hervorheben, wird durch etwas Psychisches gebildet, nämlich den klar ausgesprochenen Willen der einzelnen Personen, an der Nation teilzunehmen. Dieser Wille ist nur die letzte Offenbarung des nationalen Bewusstseins, welches seinerseits aus den verschiedensten Faktoren hervorgewachsen ist, und zwar in erster Linie aus idealen

Faktoren wie Sprache, Sitte, Traditionen, gemeinsame Geschichte usw., und erst in zweiter Linie aus materiellen Faktoren wie den geographischen und anthropologischen Bedingungen usw.

Nationalität ist „geschichtlich offenbartes Leben des Geistes", wie dies schon vor einem halben Jahrhundert Giuseppe Mazzini ausgesprochen hat. Wer sich vorstellt, dass alle Nationen eines Tages in einer gemeinsamen Einheit verschmelzen werden, anerkennt die Mannigfaltigkeit der Offenbarungen des Geistes. Die lateinische Tradition in ihren genialsten Vertretern hat immer nach Einheit auf dem Wege der Freiheit gestrebt, im Gegensatze zu den Thesen eines Nietzsche und anderer Verkünder des Imperialismus, welche die Freiheit nur auf dem Wege der Einheit erreichen wollen, einer Einheit, welche aufgezwungen wäre und darin bestände, dass alle Völker, ob sie wollen oder nicht, in die germanische Kultur regimentweise eingereiht würden. Ein freier Nationalismus schliesst den Internationalismus nicht aus, er ist vielmehr dessen unumgängliche Vorbedingung. Er steigt von der nationalen Solidarität zur menschlichen Solidarität auf, und schliesst jeden „Anti"nationalismus und jeden Imperialismus aus, weil er den Hass und die Überhebung ausschliesst.

□□□

Es geht den auserwählten Völkern von heute, wie es dem auserwählten Volke von früher ging — die anderen glauben es nicht!

* * *

Seit dem Ausbruche des Krieges zitieren Fürsten und Geistliche, Patrioten und Politiker wieder einmal eifrigst das Alte Testament — aus begreiflichen Gründen: die ausschliessliche Feindesliebe des neuen Testaments benötigt heute einer kleinen Beimischung kräftigerer Ideale. Es geht also dem alten Buche wie gewissen Generälen, die im Frieden regelmässig stecken bleiben und erst im Kriege wieder anfangen, Carrière zu machen.

Kriegsaphorismen, Oscar Levy,
Ernst Kuhn, Zürich 1917.

□□□

Zur Autonomie der Nationen.*)

Von Prof. Dr. SIEGMUND FEILBOGEN.

Eine neue Aufgabe ist Europa gestellt, eine Aufgabe, welche früher von jedem einzelnen national gemischten Staate nach seiner Willkür gelöst oder ignorirt worden ist, der Schutz der Nationalitäten. Dies wird nun anders werden, alles drängt dazu. Als beispielsweise die Entente in ihrer Antwortnote an den Präsidenten der Vereinigten Staaten unter ihren Friedensbedingungen auch die ,,Befreiung" der österreichisch-ungarischen Nationalitäten aufzählte, mochte sie darunter ihre Loslösung von der Donaumonarchie verstanden haben. Um des Friedens willen aber wird sie, wenn nichts anderes entgegensteht, gewiss bereit sein, sich mit einer gesicherten Autonomie aller Nationen innerhalb des österreichisch-ungarischen Staatswesens zufrieden zu geben.

Oesterreich - Ungarn würde sich voraussichtlich jede fremde Einmischung in seine inneren Angelegenheiten verbitten. Wenn aber einmal grundsätzlich jeder national gemischte Staat bereit ist, den Schutz aller Nationalitäten als europäische Angelegenheit anzuerkennen, so entfällt diese Einwendung. Das deutsche Reich ist eben im Begriffe, den Vlamen die Autonomie und den russischen Polen die Freiheit zu garantieren; die deutsche Regierung wird aber nicht umhin können, bei dieser Gelegenheit dafür zu sorgen, dass die halbe Million von Deutschen, welche das ehemalige Kongresspolen bewohnen, auch nach dem Friedensschlusse verfassungsmässig gegen jede nationale Unterdrückung gesichert sei. Wie könnte aber Deutschland dies

*) Einer Anregung des Berliner Sozialökonomen Dr. Franz Oppenheimer folgend, schliessen wir uns dem Gedankengang seines Artikels „Nationale Autonomie“ im Februarhefte der „Neuen Rundschau“ gerne an, weil wir mit ihm in der Überzeugung übereinstimmen, dass das von ihm empfohlene Prinzip einer europäischen Anwendung fähig ist und die Möglichkeit eines baldigen Dauerfriedens näherrückt.

gutgläubig fordern, wenn es nicht auch bereit wäre, denselben Schutz seinen eigenen nationalen Minoritäten, den Polen, Dänen, Franzosen zu garantieren? Und was Deutschland recht ist, wird Russland billig sein. Es wird wohl oder übel seinen „Fremdstämmigen" dieselbe Autonomie gewähren müsseu. Vollends in den Balkanländern wird nicht eher Ruhe und Frieden einkehren, als bis in diesem Gewirre von Nationalitäten derselbe Rechtsschutz garantiert wird, welcher durch den kommenden Frieden ein Bestandteil des europäischen Rechtes werden soll.

Nationale Autonomie ist ein Wort. Was ist darunter zu verstehen?

Von allen Staaten Europas hat merkwürdigerweise an die Lösung dieses Problems am meisten geduldige, mühselige Arbeit in Wissenschaft, Gesetzgebung und Verwaltung gerade derjenige Staat gewendet, dessen Zertrümmerung wegen angeblicher Unterdrückung seiner Nationalitäten gefordert worden ist, nämlich Österreich-Ungarn. Und das merkwürdigste dabei ist, dass auf den ersten Blick seine Gegner sogar recht zu haben scheinen. Es ist nämlich die ganze Struktur der Monarchie durch den Ausgleich von 1867 geradezu darauf eingerichtet worden, dass es zwei herrschende Stämme geben soll, nämlich in der österreichischen Reichshälfte die Deutschen und in der ungarischen Reichshälfte die Magyaren. Noch mehr: es ist den Magyaren faktisch gelungen, die übrigen Nationalitäten Ungarns in einem gewissen Grade zu beherrschen, dank den beiden Umständen, dass sie in einem günstigeren Zahlenverhältnis zu den andern Mitbürgern ihres Landes stehen und dass ihre führende Klasse unvergleichlich mehr politische Begabung besitzt als die Führer der Deutschen. Während nämlich diese Nation in ihrer Reichshälfte nur ein Drittel der Bevölkerung bildet und ihre Führer der deutsch-österreichischen Bourgeoisie entnimmt, welche selbst erst vor kurzem aus jahrhundertelanger politischer Unterdrückung und Bevormundung erwacht ist, machen die Magyaren in den Ländern der Stephanskrone fast die Hälfte der Bevölkerung aus und stehen unter der Leitung ihrer Aristokratie, welche durch jahrhunderte-

lange politische und parlamentarische Kämpfe eine bemerkenswerte Sicherheit des politischen Instinktes erlangt hat. Allein trotz aller dieser Vorteile ist auch die magyarische Vorherrschaft in Ungarn ins Wanken geraten und selbst Tisza ist heute schon zu unerhörten Konzessionen an die Rumänen bereit; vollends in Österreich ist die Hegemonie der Deutschen durch immer grössere Zugeständnisse an die Polen, Tschechen, Slovenen, Italiener längst zermürbt worden, ohne dass diese Nationen völlig zufriedengestellt wären, ja mitunter mit dem Erfolge, dass die Unzufriedenheit einzelner Nationen durch Obstruktion jede fruchtbare Tätigkeit des Reichsrates oder der Landtage durch längere Zeiträume unmöglich machte.

Unter solchen Umständen ist es nicht zu verwundern, dass die österreichischen Denker und Staatsmänner eine tiefgehende theoretische und praktische Arbeit von vielen Jahrzehnten an die Lösung des nationalen Problems gewendet haben. Es würde ausserordentlich töricht sein, wenn Europa die durch schmerzliche Kämpfe und oft nach bittern Enttäuschungen errungenen Ergebnisse der österreichischen Erfahrungen vernachlässigen wollte.

Dazu gehört vor allem die grundsätzliche Erkenntnis, dass das Problem des Nationalitätenschutzes nicht auf territorialer, sondern auf personaler Grundlage zu lösen ist. Mit andern Worten, ein wirksamer Nationalitätenschutz lässt sich nicht auf die Weise durchführen, dass in einem national gemischten Gebiete die Gesamtvertretung der Einwohnerschaft mit der Aufgabe betraut wird, die nationalen Angelegenheiten auch der Minorität zu regeln. Die Voraussetzung jeder ehrlichen Politik auf dem Gebiete der Nationalitätenfrage ist vielmehr, dass die Gesamtheit derjenigen, welche sich aus freiem Willen zu einer Nation bekannt und in deren nationales Register (Matrike, Kataster) eingetragen haben, das Recht erhält, die Angelegenheiten ihrer nationalen Kultur in Kirche, Schule etc. durch frei gewählte Vertreter zu regeln, während andererseits jeder einzelne sich der Pflicht unterwirft, die von der nationalen Vertretung ausgeschriebenen Steuern zur Erhaltung aller dieser Anstalten mit zu

tragen, seine Kinder in die nationale Schule zu schicken und in Amt und Gericht sich der nationalen Sprache zu bedienen.

Die Unmöglichkeit des territorialen Prinzips ist durch die Leidensgeschichte der österreichischen Nationalkämpfe zu vollster Evidenz bewiesen. Nicht leicht kann eine gesetzliche Bestimmung besser gemeint sein, als der § 19 der österreichischen Verfassung von 1867, welcher allen „Volksstämmen" des Reiches die „Gleichberechtigung in Schule, Amt und öffentlichem Leben" zuerkennt; in jedem Kronlande, in dem „mehrere Volksstämme wohnen", sollen alle „landesüblichen Sprachen" in der Schule ihre Pflege finden, und zwar so, dass niemand zur Erlernung einer zweiten Landessprache gezwungen werden und jeder zur Ausbildung in seiner Sprache die erforderlichen Mittel finden soll. Und was ist dank dem Territorialprinzip aus diesen wunderschönen Bestimmungen des Gesetzes geworden? Wo immer in einem Kronlande zwei Nationalitäten vereinigt sind, wird es nur zu leicht für die Minorität zu einem Kerker, zu einem Käfig, in dem die Majorität den Versuch machte, die Minorität auf gesetzlichem Weg zu vergewaltigen. Schon die Frage, ob in einem Lande „mehrere Volksstämme" wohnen, ob in einer Stadt wie Wien eine czechische Schule geduldet werden soll, führte zu endlosen Streitigkeiten. Vollends, wo, wie in Mähren, die (slavische) Mehrheit der Bevölkerung durch das Wahlgesetz im Landtag zur Minderheit verurteilt war, und bei täglichem Erstarken in Wohlstand und Kultur kein Mittel unversucht liess, dieses unnatürliche Verhältnis zu brechen, oder wo, wie in Galizien, ein Volksstamm (die Ruthenen) gerade durch die Autonomie des Kronlandes einer mächtigeren Nationalität (den Polen) völlig ausgeliefert war, deren Vertreter mitunter so weit gingen, zu behaupten, die ruthenische Nationalität sei eine Erfindung der österreichischen Bureaukratie, da konnte es an Kämpfen nicht fehlen, die den Landtag und mitunter selbst den Reichsrat durch Obstruktion lahmlegten, ja sogar nicht selten in Tätlichkeiten und selbst in Mordattentate ausarteten.

Angesichts dieser unerhörten Schwierigkeiten und aussichtslosen Kämpfe ist Karl Renner*) und mit ihm eine Anzahl angesehener Österreicher wie Bernatzik, von Herrnritt, Gumplowicz und Freiherr von Offermann zunächst dazu gelangt, begrifflich den Personalismus als Wesen der Nationalität zu bestimmen. Sie geben nämlich von der Erkenntnis aus, dass die Nationalität eines Menschen nichts objektiv gegebenes ist, dass vielmehr das subjektive Kennzeichen der Nationalität nur der freie Willensakt des Bekenntnisses sein kann, also der unbeeinflusste Wille des grossjährigen Staatsbürgers, einem bestimmten nationalen Interessenverband anzugehören. Darauf bauen dann Renner und Lukas ihre Vorschläge auf, denen zufolge alle in das nationale Register eingetragenen Mitglieder einer bestimmten Nationalität, ohne Rücksicht auf ihre Zerstreuung über verschiedene Kronländer hin, zusammen eine autonome Korporation bilden sollen, die, mit eigenem Steuerrecht ausgestattet, ihre kulturellen Angelegenheiten selbständig verwaltet, in dem Rahmen, der für alle Nationalitäten gleichmässig von der Verfassung gegeben ist. Diesen Gedanken hat Karl Renner bis in seine letzten Einzelheiten so fein ausgearbeitet, dass einer seiner Kritiker, bei aller Anerkennung der genialen Konzeption, doch von „einer Art von Zukunftsstaat" spricht.

Auch ist das Prinzip in der Praxis bereits erprobt worden und,s oweit der Erfolg noch zu wünschen übrig lässt, liegt die Ursache klar zutage. Sie liegt nur in der Halbheit der ersten schüchternen Versuche. So ist in Mähren im Jahre 1906 der nationale Ausgleich tatsächlich auf Grund des Rennerschen Gedankens erfolgt. Es wurde ein Verzeichnis (Kataster) der Deutschen und der Czechen angelegt, und das Wahlrecht zum Landtag und zum Reichsrat so geordnet, dass jeder nur mit seinen Volks-

*) Am ausführlichsten: „Der Kampf der österreichischen Nationalitäten um den Staat" (Leipzig und Wien, 1902), seither in: „Der deutsche Arbeiter und der Nationalismus", (Wien 1910) und „Oesterreichs Erneuerung" (Wien 1916), Pseudonyme desselben Autors: Springer, Synoptikus.

genossen zu wählen hatte, dass also ein Wahlkampf überhaupt nur noch innerhalb jeder Nationalität stattfinden konnte, während die Zahl der deutschen und der czechischen Mandate schon vorher festgelegt war. Zweifellos ist dadurch den nationalen Kämpfen vieles von ihrer Schärfe benommen worden; soweit Missbräuche möglich waren, indem etwa Czechen sich ins deutsche Register eintragen lassen konnten, um dadurch den Erfolg der deutschen Wahl zu fälschen, so ist dies offenbar nur die Wirkung der Halbheit, vermöge deren der nationale Kataster zunächst auf Wahlfragen beschränkt war, also nur Rechte gab; hätte er nach der Rennerschen Konzeption für jeden Eingetragenen auch die Pflicht zur Steuerzahlung für die Erhaltung der fremden Anstalten oder die Pflicht zur Benützung dieser Anstalten und zur Anwendung der fremden Sprache in Amt und Gericht nach sich gezogen, so würden wohl fast alle derartigen Chikanen unterblieben sein. Ausser diesem nationalen Kataster in Mähren ist aber in vielen Kronländern die Einrichtung getroffen worden, dass die Schulbehörden, die landwirtschaftlichen Kulturräte, die Ärztekammern, in Böhmen auch die protestantischen Superintendenzen, und die Senate des Oberlandesgerichtes nach Nationalitäten getrennt wurden. Lukas betrachtet auch die österreichische Institution der sogenannten Landsmannminister als einen Anfang der Sonderung selbst der Ministerien in nationalen Fragen.

Das alles sind Ansätze, die auch in Österreich-Ungarn erst ihrer vollen Entwicklung entgegengehen. Immerhin hat die Donaumonarchie auf diesem Gebiete viel nützliche Arbeit verrichtet und schwierige Kämpfe durchgemacht, welche ganz Europa erspart werden könnten, wenn ihre Ergebnisse für den Schutz nationaler Minderheiten in allen Staaten verwertet würden. Nur wenn es gelingt, im nächsten Friedensschlusse jeder Nationalität, sei sie klein oder gross, unabhängig oder im Rahmen eines grösseren Staatsverbandes, Mehrheit oder Minderheit, die freie Entwicklung in Sprache, Religion und Recht zu sichern, kann Europa von ähnlichen Erschütterungen, wie wir sie jetzt

durchleben müssen, auf absehbare Zeit verschont bleiben .. Hier eröffnet sich nun für alle denkenden Friedensfreunde in den neutralen Staaten und auch für ihre Regierungen eine wichtige Aufgabe. Es ist nicht zu verwundern, dass im Augenblicke nur wenige Menschen in den kriegführenden Staaten sich zu objektiven Betrachtungen über die Probleme der Zukunft aufschwingen können. Der Druck des Tages, ja oft die einfache Sorge um die Nahrung des Haushaltes absorbiert das geistige Leben der meisten Einwohner, in den vom Krieg direkt in Mitleidenschaft gezogenen Ländern. Den Neutralen bleibt vorläufig die schöne Aufgabe vorbehalten, alles auszudenken und manches anzubahnen, was dazu führen soll, dass aus dem katastrophalen Geschehen der Gegenwart ein neues Europa hervorgehe, welches die Freiheit jeder Nation und damit den Frieden aller auf wirksame Weise zu schützen weiss.

□□□

Die deutsche Zivildienstpflicht.

Von Prof. CHARLES GIDE, Paris.

Diese Betrachtung des berühmten Pariser Sozialökonomen, enthalten in seinem Blatte *L'Emancipation*, erscheint uns geradezu als ein Präludium zu dem nachfolgenden Artikel Joseph Poppers. Die Red.

Die Sozialisten können diesem Kriege gegenüber keinen einheitlichen Standpunkt finden. Er verwirrt und begeistert sie zugleich. Sie können nicht umhin, ihn zu hassen, denn er hat sie niedergeschmettert, indem er ihr edles Ideal des Internationalismus und ihr ganzes praktisches Programm gegenstandslos macht; sie müssen es mitansehen, wie die Proletarier aller Länder sich gegenseitig, jeder unter der Fahne seines Landes bekämpfen, statt sich unter der roten Fahne gegen den Kapitalismus zu vereinigen. Andererseits können sie nur frohlocken, indem sie erkennen, in welchem Grade dieser Krieg im Begriffe ist, ihre verwegensten Forderungen zu verwirklichen und sogar zu übertreffen...

Früher hat man zu sagen gepflegt: der Kollektivismus ist unmöglich; er macht die Gesellschaft zu einer Kaserne. —

Und jetzt ist sie es wirklich. Jeder Deutsche zwischen 17 und 60 Jahren ist in diese Kaserne eingegliedert, und selbst den Frauen wird angekündigt, dass, wenn sie nicht freiwillig eintreten, sie durch Zwang eingereiht werden sollen.

Man hat gesagt: Der Kollektivismus ist unmöglich; da wäre ja die Freiheit der Arbeit abgeschafft. Und auch das ist bereits geschehen. Der Artikel 5 des Gesetzes verfügt, dass jede einberufene Person sich sofort zur Verfügung des Staates zu stellen hat, und wenn sie binnen zwei Wochen sich keine Aufgabe zu wählen weiss, welche für die nationale Verteidigung wichtig ist, ihr die Arbeit einfach zugewiesen wird. Selbst auf die Landwirtschaft soll sich die Staatsaufsicht erstrecken; kein Grundbesitzer wird seinen Boden anders anbauen dürfen als in Gemässheit der staatlichen Anordnung. Und da man offiziell erklärt hat, dass keine Rücksicht auf den Rang der Personen genommen werden darf, so wird die Einberufung auch die Dienerschaft der grossen Häuser nicht verschonen. Frau von Bethmann-Hollweg wird sich die Arbeit in ihrem Hause selbst machen, und vielleicht die Kronprinzessin ebenfalls.

Man hat gesagt: der Kollektivismus ist unmöglich, da würde ja jede Freiheit des Konsums wegfallen —; jedermann würde seine Ration vom Staate zugewiesen bekommen. — Und gerade das wird jetzt durchgeführt. Jeder bekommt wöchentlich sein Kartenheft und dadurch seine Anweisung auf so viel Gramm Brot, Zucker, Butter, Fleisch, Milch, soviel Eier als der Staat für richtig hält. Selbst der Einkauf von Kleidern ist ihm zugemessen; um ein neues Kleid zu kaufen, muss man die Erlaubnis dazu bekommen und vorher beweisen, dass das Bedürfnis wirklich dringend ist.

Man hat gesagt: der Kollektivismus ist unmöglich, denn das wäre das Ende aller Regsamkeit; die Gesellschaft würde in Schläfrigkeit versinken ··· Wahrhaftig, gar so verschlafen sieht Deutschland noch immer nicht aus.

Also, was folgt daraus? Darf man schon jetzt behaupten, dass der Kollektivismus sich bewährt habe und nach dem Kriege die Welt beherrschen werde? — Nein. Augenblicklich wäre jede Schlussfolgerung verfrüht. Es kann nämlich auch sehr gut das Gegenteil stattfinden. Es könnte geschehen, dass die ganze Welt gerade durch den Anblick des verwirklichten Kollektivismus für immer einen Widerwillen dagegen behalten wird, wenigstens soweit es sich um die Form handelt, die jetzt in Deutschland durchgeführt wird. Alles was man behaupten darf, ist, dass wir dem kolossalsten sozialistischen Experiment beiwohnen, welches irgendein Mensch sich hätte vorstellen können, und dass die Ergebnisse dieses Versuchs vielleicht für die Zukunft wichtiger werden können als alle andern politischen und militärischen Wirkungen dieses Krieges.

□□□

Zur Lösung der sozialen Frage.

Von JOSEPH POPPER (Lynkeus), Wien.

Mit dankerfüllter Wärme hat die österreichische Künstlerin Rose Silberer von dem Erlebnis berichtet, zu welchem ihr die Kenntnis der Werke Josef Poppers geworden ist. Wir haben uns an den greisen Sozialphilosophen mit der Bitte gewendet, seine Gedanken für unsere Leser zusammenfassend wiederzugeben. Er verwies uns auf sein im Jahre 1878 erschienenes Werk „Das Recht zu leben und die Pflicht zu sterben", da er seinen damaligen Ausführungen nichts wesentliches hinzufügen könne. Vieles, was man damals mit einem lächelnden Achselzucken als Utopie abgelehnt hat — und Poppers kurze Selbstbiographie, welche eben in einem kleinen Bändchen erschienen ist (Verlag Unesma, Leipzig 1917), weiss von der Tragik dieser ironischen Abweisungen ein erschütterndes Lied zu singen —, ist während des Weltkrieges fast zur Wirklichkeit geworden. Besonders gilt dies von seiner Idee der „allgemeinen Nährpflicht"; die allgemeine Zivildienstpflicht ist geradezu ihre Verwirklichung, soweit die Kriegsverhältnisse dies gestatten, nämlich mit Unterdrückung des schönen Popperschen Gedankens einer freien Volkswirtschaft für freie Bedürfnisse, neben der Zwangswirtschaft für die Zwangsbedürfnisse.

Wir stellen hier die allgemeine Nährpflicht dar, wie Josef Popper sie vor vier Jahrzehnten formuliert hat, und wollen in einer unserer nächsten Nummern seine eingehenden Berechnungen folgen lassen. Auch seine Kritik des Strafrechtes und die Pläne zur Reform der allgemeinen Wehrpflicht sind ungemein interessant. Doch wollen wir unsere Propaganda zunächst auf Poppers Wirtschaftssystem konzentrieren, weil wir überzeugt sind, dass es die geistigen Mittel birgt, mittelst deren das Wertvollste aus dem improvisierten Kriegssozialismus in den Friedenszustand hinübergerettet werden könnte, eine Aufgabe, in welcher Majorität und Minorität der sozialistischen Parteien in den verschiedensten Ländern eine gemeinsame Basis wiederfinden könnten.

Wir glauben, dass eine Diskussion über diese Fragen der nächsten Zukunft befruchtend wirken kann, und sind gerne bereit, ihrer Besprechung und Kritik unsere Spalten zu öffnen. *D. Red.*

Wie friste ich mein Leben? Das ist die Frage, vor der alle anderen verschwinden, sie verlangt sofortige Antwort, sie kann nicht warten.

Es ist für die betreffenden Individuen ganz einerlei, aus welcher Ursache sie mit der Not zu kämpfen haben; unglückliche Spekulationen, neue Erfindungen, die ein Gewerbe ruinieren, ein zu skrupulöser Charakter, gewisse Maximen,

die ein praktisches Handeln erschweren und sich durch ein moralisches Gefühl der Zufriedenheit sogar noch mehr festsetzen, Schüchternheit, Ungeschicklichkeit, Mangel an Geschäftsverstand überhaupt, Beschäftigung mit Kunst oder Wissenschaft, die das ganze Streben in Anspruch nimmt — lauter Faktoren, deren man nicht Herr werden kann, alle sind sie Ursachen, die den Mangel im Gefolge haben.

Ich möchte nun wissen, warum man Unterschiede macht und den Kranken, Irrsinnigen, den Verbrecher, von seiten der Gesellschaft vollständig versorgt und denjenigen, der keine innere oder äussere Fähigkeit zum Erwerben hat, verderben lässt.

An und für sich ist für eine solche Unterscheidung kein Grund vorhanden; aber man erschrickt vor der Frage: „Wohin soll es kommen, wenn man in allen solchen Fällen Unterstützung gewähren wollte?“ und vor der weiteren Frage: „Wie soll man denn entscheiden, und wem soll man das Amt übertragen, stets zu untersuchen, ob wirklich Unfähigkeit zum Erwerbe vorhanden ist?“

Damit stünden wir denn sofort in einem Netzwerk von Schwierigkeiten! —

Sehen wir uns den Stand der Dinge doch genauer an:

Jeder, der nicht Rentier oder Staatsbeamter ist — und selbst dieser — ist heute stets dem Zufalle der mannigfaltigst variierenden Verhältnisse in der Gesellschaft preisgegeben; er weiss nicht, ob er den allernächsten Moment seine physische Existenz sorgenlos wird weiter fristen können. Man kann sagen, in Europa — Russlands Dorfgemeinden ausgenommen — fange der Mensch mit dem Rentier erst an und mit Ausnahme der vielleicht zwei Millionen Rentner sind alle anderen bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen Einrichtungen, bei deren stets unberechenbaren Veränderungen, keinen Augenblick sicher, in den Abgrund des Mangels geschleudert zu werden.

Aber andererseits ist doch der jetzige Zustand des ökonomischen Lebens, des Verkehrs, der Industrie, der grossen Administrationen ein bewunderungswürdiger! Die Fortschritte hierin sind noch immer ausserordentliche und dieses ganze den Individuen oft so furchtbare Getriebe ist für die Menschheit im grossen genommen von grösster fördernder Kraft.

Man möchte dieses alles daher auch nicht fallen lassen.

Wenn wir uns also bestreben, der wirklichen Not und der Angst vor der Not abzuhelfen, so sollen doch alle Faktoren des heutigen wirtschaftlichen Lebens aufrecht erhalten bleiben.

Diese Not selbst aber, wie auch die Zahl der Notleidenden, ist gegen frühere Zeiten — sogar trotz der Fortschritte in der Bodenkultur — nicht verringert, eher verschärft und erweitert; wir sind daher um unsere technischen und ökonomischen Fortschritte von anderen Völkern, die sie nicht besitzen, so wenig beneidet, dass, wie ein Berichterstatter aus China erzählte, der erste Gedanke eines gebildeten Chinesen, dem man die Wirkungen unserer Maschinen auseinandersetzt, der an das Unglück ist, das sich über sein Vaterland verbreiten müsste, wenn unser System daselbst eingeführt würde.

Diese Auffassung in fremden Köpfen wird vielleicht vielen helfen, die Lage unbefangen zu beurteilen und sie von dem Drucke der Gewohnheit auf ihre Beurteilungskraft heimischer Zustände in etwas entlasten. Übrigens sieht man in neuerer Zeit immer allgemeiner ein, was jener Asiate sofort herausgefühlt hat, und es hatte sich auch eine sogenannte Wissenschaft, „Nationalökonomie" genannt, gemeldet, um kraft ihres Gegenstandes hier eifrig mitzusprechen.

Ich kann ihr aber nicht zugestehen, dass sie hierin das Mindeste zu leisten imstande ist.

Wenn die Hungernden oder die Ängstlichen warten wollten, bis die Nationalökonomen auch nur über ihre fundamentalsten Fragen, sogar nur über ihre Definitionen, im Reinen oder doch wenigstens untereinander so ziemlich einig sind, so müssten sie alle elend zugrunde gehen. Diese heutige Beschäftigung mit den volkswirtschaftlichen Vorgängen kann man überhaupt noch keine Wissenschaft nennen; lauter bestrittene Definitionen, keinerlei Einsicht, die nicht jeder routinierte Kaufmann noch viel besser besitzt und überhaupt keine prophetische Kraft; es mangelt also die Haupteigenschaft der grossen europäischen Wissenschaft.

Aber: Selbst, wenn die Volkswirtschaftslehre schon eine Wissenschaft wäre, mit übersichtlichen Gesetzen der betreffenden Erscheinungen und mit prophetischer Kraft versehen, so würde sie dennoch für die Behebung der physischen Not ganz und gar wertlos sein. Denn die Volkswirtschaft hat es mit den allgemeinen Regeln, die Sozialbetrachtung, die hier allein massgebend ist, aber hat es mit den Ausnahmen zu tun.

In der Naturwissenschaft oder in der Grammatik hat es nichts zu sagen, wenn einem Gesetz noch so viele Ausnahmen entgegenstehen. Aber hier handelt es sich um menschliche Existenzen! Währenddem ein nationalökonomisches Gesetz sich ganz richtig abwickelt, und zwischen der Herausbildung des einen in ein anderes, geht das Rad der ökonomischen

Maschine über unzählige Körper hinüber und eben auf die Rettung dieser kommt es uns an!

Man sagt wohl: „Es setzt sich alles wieder ins Gleichgewicht," aber: Komme ich ins Gleichgewicht? Man sagt: „Die Gesetze der Volkswirtschaft haben ihre Heilmittel in sich selbst," aber: Werde ich geheilt? Sind es dieselben Menschen, die von einer nationalökonomischen Rute geschlagen und dann wieder geheilt wurden? Und selbst, wenn dies der Fall wäre, bedanke ich mich für eine solche Existenz; schlagt mich nicht, heilt mich nicht, sondern lasst mich in Ruhe, sorgenlos fortleben, ich kann durchaus nicht warten, bis sich die nationalökonomischen Vorgänge ins Gleichgewicht gesetzt haben.

Was nützt es mir armem Handwerker, dass spätere Zeiten — nach Wochen oder Jahren — meinen Artikel billiger haben, also mehr Menschen seiner teilhaftig werden, weil eben jemand eine neue Maschine für dessen wohlfeilere Anfertigung erfindet? Was nützt es mir Fabrikanten ohne grosses Vermögen, mir entlassenem Arbeiter, dass durch Abschaffung eines Schutzzolls von nun an mehr Menschen diesen bestimmten Kleiderstoff sich werden anschaffen können? Was soll aus uns allen werden, die nicht warten können? Ist denn unsere Existenz gar so wenig? Warum sollen andere oder später kommende Menschen mehr wert sein als wir? Warum sollen wir unser Wohlbefinden, die Ruhe, die Existenz unserer Angehörigen aufs Spiel gesetzt sehen, damit ein anderer irgendeine neue Annehmlichkeit erringt? Wir sehen hierin keine Gerechtigkeit.

Gehen wir also herzhaft vorwärts und sprechen es aus: Alle Menschen bilden eine Gesellschaft von solchen, die entweder faktisch Not leiden, oder die jeden Augenblick dieser Gefahr preisgegeben sind.

Wir wollen einen solchen Zustand nicht länger dulden und bestehen darauf, dass eigentlich von Kunst und Luxus keine Rede sein sollte, so lange nicht jeder einzelne, ohne Ausnahme in das Niveau der gesicherten Existenz gehoben wurde. Wir wollen daher einen tiefen Schnitt machen, und alles, was zur Notdurft des Lebens gehört, von allem anderen trennen; für jenes, also für das Minimum des Lebensunterhaltes, organisatorisch versorgen, das ganze übrige unendlich verwickelte Getriebe der ökonomischen Lebensäusserungen der Menschen in vollster Freiheit walten lassen. Dann haben wir das Fundament des Lebens gegründet und zugleich bleiben uns Freiheit der Individuen, und alle Antriebe des technisch-ökonomischen Fortschritts aufrecht.

Wie soll aber das Minimum herbeigeschafft werden?

Durch Einführung der allgemeinen Nährpflicht, die wir der allgemeinen Wehrpflicht an die Seite stellen wollen.

Mein Vorschlag geht dahin, uns durch Einführung der allgemeinen Nährpflicht und durch Versorgung jedes Menschen ohne Ausnahme von den Qualen des Mangels zu befreien; richten wir uns unser Zusammenleben in dieser Weise ein; es ist nicht nötig, an ein Gesetz, an eine Obrigkeit oder auch an die physische Gewalt zu apellieren; wenn wir unserer genug mit diesem Vorschlag einverstanden sind, so ist er schon von selbst realisiert.

So wenig wir also lange Untersuchungen über gewisse Rechtsbegriffe anstellen, ebenso wenig wollen wir, wie es bei den jetzigen Armengesetzen geschieht, erst untersuchen, bevor wir jemandem helfen, ob er wirklich irgend einem Paragraphen der Armengesetzgebung zufolge ein Armer ist. Denn wer ist Armer? Wir alle sind es, oder können es in jedem Augenblick werden.

Machen wir also gewissermassen uns selbst zu Armenvätern unserer selbst, machen wir die Hülfeleistung und den Hülfenempfang zur allgemeinen Sache, so wie wir schon längst die individuelle Rache durch die allgemeine Gerechtigkeit ersetzt haben; indem wir den speziellen Fall des Almosens durch die allgemeine Regel der gegenseitigen Unterstützung, ohne dass sich die Individuen näher zu kennen brauchen, ersetzen.

Fürchten wir, dass auf diese Weise Müssiggänger erzogen werden? Dass wir mit unserem Fleiss sie erhalten? Das trifft für die notwendigen Bedürfnisse nicht zu, weil ja eine ausnahmslose Nährpflicht eintritt. Was aber die Triebfedern zu den feineren, volkswirtschaftlichen Tätigkeiten betrifft, so werden sie ja ganz dieselben bleiben, wie bisher, oder doch fast dieselben; haben doch heute so viele Menschen weit mehr, als das Notdürftige, und dennoch ruhen sie nicht, sie arbeiten unaufhörlich weiter. Es sind eben Geldgeiz, Neid, Ehrgeiz, Furcht vor Langeweile, Liebe zu Angehörigen, die man gut versorgen will, oder Vergnügen an einer speziellen Beschäftigung, viel häufiger und geeignetere Triebe, als der Hunger, welche zu grosser ökonomischer Tätigkeit anspornen.

Sollten sich aber in der Tat gewisse nachteilige Folgen unserer Einrichtung für die grosse Fortentwicklung der Volkswirtschaft des Überflusses zeigen, so müssten wir dieselben dennoch, so ungerne wir dies sähen, akzeptieren, denn die Volkswirtschaft des Notwendigen geht voran. Bringen wir es ja nicht durch allzulangen Widerstand dahin, dass man uns

zwingt, dieses zu glauben und lernen wir den Wert eines Individuums schätzen. Ist es nicht seltsam, dass wir uns so angelegentlich um die Zahl der Gefallenen und Verwundeten in unseren Kriegen kümmern, und so wenig um die Zahl jener, die täglich der Not unterliegen?

Vielen wird die Idee sonderbar vorkommen, dass überhaupt die Gesamtheit für das Minimum aller Individuen, ohne Ausnahme, sorgen soll.

Man bedenke aber, dass Ähnliches heute schon in vielen Fällen vorkommt.

Wenn Festungen belagert werden, wenn eine grosse Hungersnot entsteht, wenn auf Schiffen die Lebensmittel ausgehen, bei der Armee, immer wird organisatorisch für ein Minimum gesorgt. Ich betrachte nun eben unsern normalen Zustand bezüglich der Gefahr eines Mangels am Notwendigen, wie jenen einer belagerten Festung, in der auch niemals darnach gefragt ward, ob man zu essen verdient oder nicht.

Aber wir werden zu Gefühlen der Gerechtigkeit oder des Mitleids nur in seltenen, aufgeregten Momenten gebracht, wir erhitzen uns ziemlich leicht, aber warm zu bleiben, ist uns schwer.

Auch werden wir mitunter von Maximen und Aussprüchen die irgend jemand so hingeworfen hat, so sehr beherrscht, dass wir allen Sinn und alles Verständnis für Menschen und Dinge verlieren. Man sagt gemächlich „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen". Dieser Satz stammt, glaube ich, vom Apostel Paulus, und der andere „die Lilien auf dem Felde weben und spinnen nicht und bestehen doch" von Jesus von Nazareth; man möge versuchen, die Ansichten dieser beiden Männer miteinander in Einklang zu bringen. Ich möchte aber wissen, woraus das folgt, dass niemand essen soll, der nicht arbeitet; wenn er allein auf einer fruchtbaren Insel lebte, so könnte er im Müssiggang wohl leben: sagt man aber, die Gerechtigkeit verlangt es, dass wer in menschlicher Gesellschaft lebt, auch etwas leistet, so frage ich, warum tut man dies immer nur den armen Leuten zu wissen und nicht auch den vielen Rentnern, den reichen Erben, den vielen Söhnen von Bankiers oder Fabrikanten, die müssig gehen und wohl leben, den reichen Adeligen, den Prinzen usw. Warum lässt man Leute ihre Lotteriegewinne ruhig verzehren, diese essen ja auch, ohne zu arbeiten? Macht man nicht vielleicht deswegen diesen Unterschied, weil uns der Besitz und der Erfolg einen besondern Respekt einflösst?

Auch bedenke man ferner, dass heute viele arbeiten möchten, aber nicht können, sei es aus welchen äusseren oder

inneren Gründen immer; ist das nicht unendlich schlimmer? Wenn nun bis jetzt keine bessere Einrichtung der menschlichen Gesellschaft möglich sein sollte, als die von mir vorgeschlagene, so wird es doch wohl für besser befunden werden, dass, wie es im Strafrecht heisst, die Schuldigen frei ausgehen, als dass Unschuldige bestraft werden, d. h. für besser, Müssiggänger mitzuernähren, als Arbeitslustige verhungern zu lassen?

Verlangen wir also von niemandem mehr, als dass er seine vorgeschriebene Dienstzeit in der Nähr-Armee vermöge der allgemeinen Nähr-Pflicht tätig sei; damit hat er wie jeder andere sein ganzes übriges Leben vor Mangel assekuriert, er mag dann tun, was er wolle, also auch meinetwegen müssig gehen.

Und sollten sogar einmal fast alle Menschen die Lust verlieren, etwas zu arbeiten, nachdem sie aus dem Nähr-Heer ausgetreten sind, wer wird sie dann dazu zwingen können? Es wird eben ihr Gemütszustand ein solcher sein, dass sie den Müssiggang dem heutigen uns interessanten Wechselspiel von Beschäftigungen vorziehen.

Aber, so wie wir jetzt und vermutlich noch lange Zeit, wenn nicht immer, beschaffen sind, so kann man beruhigt sein; auf die Dauer kann niemand vollkommen müssig gehen, wenn er auch sein Minimum hat, die Langeweile allein macht es schon unmöglich, dass er gar nichts arbeitet.

Stellen wir uns einmal vor, es werde an einem gewissen Tage verkündigt, jeder Mensch, ohne Ausnahme, ohne jede Bedingung, werde von der Gesellschaft selbst seinen notwendigen Lebensunterhalt zugeteilt bekommen und nehmen wir sogar an, es würde nicht einmal das Gesetz der allgemeinen Nährpflicht, die doch jene Einrichtung erst möglich machen wird, promulgiert.

Wie werden sich die Menschen nun benehmen?

Die sehr Reichen, die Reichen, die Wohlhabenden werden sich um die ganze Sache gar nicht kümmern, denn sie besitzen alle heute schon ihr Minimum und noch mehr und stellen dennoch ihre Tätigkeit nicht ein; die geistigen Arbeiter werden sich, da sie sich ohne Sorge wissen, ihren Arbeiten mit noch mehr Freudigkeit als bisher hingeben. Die grosse Zahl jener, die heute von der Hand in den Mund leben, und die Bettler werden im ersten Augenblick glauben, das Paradies auf Erden sei verwirklicht; sie werden jubeln, vielleicht eine Woche lang nur spazieren gehen, singen, essen und trinken, was ihnen das Minimum gewährt; am Ende der Woche aber halten sie diesen Zustand nicht mehr aus, schon wenn sie die Zeit tödten wollen dadurch, dass sie viel essen und trinken, müssen sie Arbeit er-

greifen, um das Plus über das Minimum zu verdienen, dann würde ihnen sogar das immerwährende Essen und Trinken zum Überdruss und sie würden zur blossen Abwechslung die Arbeit so aufsuchen, wie sie heute das Schwelgen und Spielen aufsuchen, einige werden überhaupt Lust zum arbeiten empfinden und nach Verlauf von weiteren acht Tagen wird alles wieder so gehen, wie heute, nur gesicherter, ruhiger und heiterer.

Indessen würde unsere ganze Methode, der Not durch ein ausgesetzes Minimum und allgemeine Nährpflicht abzuhelfen, in Nichts zerfallen, wenn die Behauptung wahr wäre, dass man überhaupt nicht für alle Menschen genug Nahrung jemals wird auftreiben können; dass wir also das Verhungern eines Teils der Menschheit wie ein Naturgesetz ansehen müssen; dass man demnach mehr darauf sehen müsse, dass man das Kindererzeugen beschränke, oder die überzähligen Kinder aussetze, oder sich auf Kriege verlassen müsse und dergleichen mehr.

Alle diese Behauptungen sind wertlos.

Es hat noch niemand auch nur einigermassen überzeugend dargetan, dass die Erde heute und auf noch sehr lange Zeit hinaus, zu wenig Nahrungsmittel liefern kann für den Fall, dass sich die Menschen wie bisher nach ihrem Belieben vermehren, eigentlich: nach ihrem Belieben zeugen. Im Gegenteil machen es die technischen Fortschritte wahrscheinlich, dass wir imstande sind, noch weit mehr Menschen durch das, was die Erde bietet, zu ernähren, als heute; dass mit der wachsenden Anzahl von Menschen auch eine grössere Mange von Bearbeitern der Erde und eine grössere Menge von Dünger gegeben ist; dass sich wohl z. B. die Steinkohle in nicht gar ferner Zeit erschöpfen kann, aber nicht der Bodenertrag, nicht die Möglichkeit, stets noch neue Gebiete des Erdreichs, stets neue noch unbenutze Naturobjekte für unsere Nahrung zu verwerten.

Von den vielen ökonomischen und Hungerkrisen sind wir noch nie darauf geführt worden, dass die Natur nicht reich genug für die Menschen war; bei gehöriger Vorsorge, bei anderer Verteilung, bei anderen ökonomischen Institutionen hätte kein einziger Mensch zu hungern gebraucht, wenn man sich denkt, man hätte alle augenblicklich disponiblen Nahrungsmittel unter alle Menschen verteilt. Das letztere ist eben eine Hauptforderung meines Vorschlags und es wird ebensowenig jemals ein Mangel an Nahrung eintreten dürfen, wie heute bei der Armee ein Mangel an Monturen oder Waffen; man muss nur ebenso gewissenhaft vorsorgen, wie es von unseren Kriegsministern für die Heere geschieht.

Man kann aber, von einem sogenannten wissenschaftlich

hohen Standpunkte herab, fragen: „Was soll geschehen, wenn in fernen Zeiten dennoch eine Übervölkerung eintreten sollte?“ Man wird mir dann sofort von dem Kampf der geometrischen Progression mit der arithmetischen erzählen und ich werde antworten: bis jetzt sind wir noch lange nicht so weit und wir wollen diesen Fall abwarten, wie wir das Erfrieren oder Verbrennen des Erdballs abwarten. Sollten sich aber unvorhergesehenerweise wirklich derartige Aussichten eröffnen, sollten wir zu bemerken anfangen, dass zu viel Menschen da sind und dass wir mit dem Kinderzeugen oder Kindertödten zu rechnen anfangen müssen, so wird auch hierin das Prinzip der Gleichheit durchzuführen sein; nicht bloss der Arme wird gehalten sein, z. B. sich im Kinderzeugen zu mässigen, sondern es wird eine allgemeine Pflicht hiefür wie für alles andere dieser Art eingeführt und es darf dann nicht gesagt werden, die „ärmeren Klassen“, „die Arbeiter“ mögen enthaltsamer usw. sein, sondern man wird auch das geschlechtliche Vergnügen, wie die Liebe zu den Kindern, ebensowenig nach dem Vermögen, nach Fähigkeiten, nach sozialer Stellung bemessen und zuteilen oder hemmen dürfen, wie es heute bei der allgemeinen Wehrpflicht bezüglich der Liebe zum Leben der Fall ist.

Nachdem wir nunmehr nichts gefunden haben, was der ersten Inangriffnahme unseres Vorschlages entgegensteht, machen wir uns ein Bild des Zustandes der Gesellschaft, wie wir ihn wünschen, und betrachten sowohl den Übergang aus dem jetzigen in den angestrebten, als den letzteren selbst, wie er sich nach unserer Meinung in Ruhe permanent erhalten oder stets vollkommner entwickeln soll.

Es wird zuerst erhoben, was zu veranlassen ist, um allen Bürgern des betreffenden Staates das Lebens-Minimum besorgen zu können. Man wird dann je nach den Verhältnissen des Staates alles, was hiezu nötig ist, direkt in genügendem Masse vorfinden oder, wenn ihm von Natur aus manches, z. B. Fleisch, Salz, Getreide oder dgl. mangeln sollte, so dass eine direkte Entnahme unmöglich wäre, indirekt für Versorgung der fehlenden Artikel dadurch vorsorgen, dass Kontrakte mit anderen Staaten abgeschlossen werden, denen zufolge ein Austausch zwischen beiden Gebieten betreffs notwendiger oder sehr begehrter Produkte — der Natur, der Kunst, der Industrie — geregelt wird. In einem solchen Falle ist natürlich eine sorgfältige Umsicht nötig, um den Austausch zu sichern und möglichst vorteilhaft zu Werke zu gehen.

Alles, was nun die Staatsgesellschaft für die Deckung der notwendigen Bedürfnisse ihrem eigenen Gebiete entnimmt, muss zuvor in die Hände der Staatsverwaltung übergehen.

Demnach werden z. B., da Grund und Boden Staatseigentum werden sollen, die Grundbesitzer expropriert; die Entschädigung hat durch Ablösung, wie bisher in allen ähnlichen Fällen, zu geschehen. Bei der Ausgabe der Obligationen, die natürlich auf den Steuereinnahmen der Zukunft basiert sind, ist daher die Voraussetzung involviert, dass die volkswirtschaftliche Tätigkeit wie bisher ihren ungestörten Gang, die Minimum-Artikel ausgenommen, weiter gehen werden und dass dies in der Tat stattfinden soll und stattfinden wird, wurde oben durch psychologische Deduktion dargetan; es dürfte dieselbe kaum widerlegbar sein.

Ausserdem sei betreffs dieser Ablösung hinzugefügt, dass, falls dennoch in irgendeiner Periode durch mangelnde Staatseinnahmen ein zeitweises Sistieren der Ablösungsquoten nötig wäre, das uns dennoch gar nicht rühren darf; denn wir wollen stets im Auge behalten, dass es sich um Existenzfragen handelte, als man die Besitzer expropriierte und dass ferner ein Mehr oder Weniger an Überschuss-Einkommen nicht so ernst von uns genommen wird, wie es bisher Gewohnheit war. Da jene, zeitweise leer ausgehenden Besitzer ihr Leben gesichert haben, so werden uns ihre Klagen über den momentanen Verzicht auf Überfluss nicht im mindesten bewegen.

Bezüglich der Versorgung mit Wohnungen muss speziell folgendes angedeutet werden:

Es werden in allen Ortschaften und Städten die Listen der Anmeldungen jener gesammelt, die Anspruch auf Staatswohnungen machen wollen. Man errichtet nun systematisch eine hinreichende Anzahl von gesund angelegten, einfach eingerichteten, nach einem Schema, nach Normalien erbauten Asylhäusern. Hierdurch werden die Mietzinse der gegenwärtigen Hausbesitzer gedrückt und es beginnt auf diese Weise eine sanfte Expropriation, eigentlich eine Schädigung, die uns aber nicht rühren darf. Anstatt neue Häuser zu bauen, und um nicht zu weit aus dem Weichbilde der grossen Städte hinauszurücken, wird die Staatsgesellschaft vielleicht eine Anzahl von Häusern kaufen und so belassen oder umbauen; das hängt von den Verhältnissen ab.

Die Wohnungsfrage sowohl, wie jene der Versorgung mit Nahrungsmitteln, Kleidung und allem überhaupt, was wir zum Minimum rechnen untersteht einem eigenen Ministerium für Lebenshaltung.

Es teilt sich in die Abteilung für die Beschaffenheit des Minimums und in jene für die Verteilung desselben. In der Beschaffungs-Sektion hat man sich mit der Ökonomie der Dinge zu befassen, also mit der Erhebung und Untersuchung

der Nahrungsmittel, des Viehstandes, der Einrichtungen der Staatsmühlen, des Betriebs der Staats-Bäckereien, der Tuch- und Kleiderfabriken, usw., und eine andere Unterabteilung der Beschaffungs-Sektion organisiert die Ökonomie der Personen, d. h. die allgemeine Nährpflicht.

Alle Staatsbürger ohne Ausnahme, oder nur mit den notwendig gebotenen Ausnahmen, müssen eine Dienstzeit in der allgemeinen Nähr-Armee-durchmachen. Man kann jene Erleichterung eintreten lassen, dass z. B. die Städter mehr in Staatsfabriken in oder nahe den Städten, wo sie sich sonst aufhalten würden, und die Provinz- oder Dorfbewohner mehr für Bebauung des Bodens bei ihrer Gemeinde verwendet werden, und dergl. mehr.

Aber man denke nie daran, Gemeinden und Bezirke unabhängig für sich zu organisieren; es sind dies nur Verwaltungsbezirke, und wie Kreise und Provinzen, nur Unterabteilungen eines Ganzen, dessen Haupt das Ministerium für Lebenshaltung im ganzen Staate ist.

Jeder Staatsbürger, resp. jeder Mensch im Staate, erhält einen auf Person lautenden Bezugsschein auf das Minimum; derselbe wird jedes Jahr erneuert. Will jemand auf seinen Bezugsschein verzichten, z. B. weil er sehr vermögend ist, so steht ihm dies frei, von seiner Nähr-Dienstpflicht kann ihn dieser Verzicht jedoch durchaus nicht dispensieren.

Es wird eine internationale Rechnungskammer errichtet, deren Aufgabe die ist: dass die Delegierten der Ministerien für Lebenshaltung der betreffenden Staaten ihre gegenseitigen Kontrakte bezüglich früher erwähnter auszutauschender Artikel feststellen und für das abgelaufene Jahr gegenseitig verrechnen.

Alles, was die Einrichtungen für Lebenshaltung betrifft, also die betreffenden Staatsmagazine, Staatsmühlen usw. werden unter völkerrechtlichen Schutz gestellt.

Mit der Zeit können immer mehr Bedürfnisse als die oben angenommenen, für allgemein zu befriedigende angesehen, und auf diese Weise die mittlere Lebenshaltung aller Menschen ohne Ausnahme stets verbessert werden.

Dieses ist nun meine Idee einer rationellen Lösung der sozialen Frage.

Durch deren Realisierung werden wir folgendes bewirken:

Die Freiheit der wirtschaftlichen Bewegung, die Antriebe zum Erfinden, Verbessern, Arbeiten bleiben aufrecht erhalten; die wirtschaftliche Sklaverei aber hört auf, niemand wird durch Not gezwungen sein, jemand anderem unter peinlichen Bedingungen zu dienen oder seine Arbeit zu vermieten, niemand

wird durch Rücksichten auf seine physische Existenz gzwungen sein, zu kriechen, zu heucheln, sich über unwürdige Behandlung zu kränken; die meisten Verbrechen, welche Mangel zur Veranlassung haben, werden aufhören, auch jene, die ganz speziell nur zu dem Ende begangen und offen begangen werden, um überhaupt in den Gefängnissen versorgt zu werden; das volkswirtschaftliche Spiel wird nicht mehr das Gemüht in jene tiefe Aufregung versetzen, wie jetzt, denn unter allen Umständen wird jeder festen Boden unter seinen Füssen fühlen; man wird sich den geistigen Arbeiten wie den geistigen Vergnügungen ungestörter, mutiger und freier hingeben. Reichtum, Luxus und Ergötzung jeder Art werden in voller Ruhe erworben und genossen werden können, denn man wird sich keinen Vorwurf darüber machen, dass man überflüssiges geniesst, während andere darben, oder, wenn man nichts derartiges zu fühlen angelegt ist, so wird man doch von der Furcht und Unruhe befreit sein, dass jene anderen in ihrer Verzweiflung die Genüsse stören könnten.

Kein Programm wie dieses scheint mir so geeignet, ohne merkbare Störungen aus dem gegenwärtigen Zustande der Gesellschaft heraus realisiert zu werden und so häufig, sich ohne eintretende Schwierigkeiten in sich selbst zu befestigen. Es ist beinahe ohne Modifikation oder doch nur mit untergeordneten formalen Varianten in allen Staaten durchführbar, mögen die Verfassungen derselben wie immer beschaffen sein, und ich rate daher, mit allen Kräften für dieses Programm

Allgemeine Nährpflicht behufs ausnahmsloser Verteilung eines Minimums

zu wirken, welches, wie kein anderes, einem energischen Bedürfnisse wie einer klaren und bestimmten Art, dasselbe zu befriedigen, zu entsprechen geeignet ist.

Wir werden nicht glauben, wie viele Sozialphilosophen es tun, dass mit Verwirklichung eines derartigen Programms der selige Zustand auf Erden erreicht sein wird, allein unter den Leiden des Lebens und unter den Veranlassungen zu solchen wird wenigstens eines, nämlich die physische Not wegfallen und das wäre schon nicht wenig.

□□□

Kein Unsinn, der nicht von einem Philosophen bewiesen worden wäre!

De Divinatione, Cicero.

Ein englisches Friedensangebot.

Die liberale Londoner Wochenschrift "The Nation" vom 3. März fordert, dass im Namen der Entente an alle europäischen Völker, einschliesslich der deutschen Nation, in verpflichtender Form eine Kundgebung etwa folgendes Inhaltes gerichtet werden sollte:

Alle Kriegsziele der Verbündeten lassen sich auf eine einzige Formel zurückführen: Der Zehnverband ist fest entschlossen, den Krieg mit einer Ordnung zu enden, welche die europäische Zivilisation nicht bloss vor der Gefahr der Wiederkehr einer solchen Katastrophe, sondern auch vor dem drohenden Drucke eines bewaffneten Friedens bewahren soll. Die verbündeten Staaten sind überzeugt, dass auch bei ihren Gegnern die Massen von demselben Entschlusse beseelt sind; ihr Streben wird also dahingehen, internationale Einrichtungen zu schaffen, welche diesen guten Willen Ausdruck und Ziel geben sollen. An oberste Stelle unter den Garantien einer sichern Zukunft setzen sie eine Liga der Nationen, wie Präsident Wilson sie plant.

Die Verbündeten nehmen zur Kenntnis, dass die Zentralmächte sich in allgemeinen Ausdrücken bereit erklärt haben, einen solchen Plan in Betracht zu ziehen. Soll aber ihre Zustimmung die unmittelbare Zukunft beeinflussen, so muss sie v o r dem Friedensschluss und nicht erst nachher festgelegt werden. Es gibt mehrere Proben, durch welche der ernste Charakter dieser Zustimmung bewiesen werden kann. Eine davon ist die Bereitwilligkeit Entschädigung zu leisten für begangenes Unrecht, für die Verletzung von Verträgen und Völkerrecht im Laufe dieses Krieges, besonders zum Nachteile Belgiens.[1]) Eine andere ist ihre Geneigtheit, eine allgemeine Einschränkung der europäischen Rüstungen zu genehmigen. Aber die entscheidende Probe wird sein, dass sie ihre Zustimmung geben zu einer liberalen Lösung jener europäischen Nationalitätsprobleme, welche in der Vergangenheit so viel Unruhe gestiftet haben, und wenn sie jetzt nicht gelöst werden, soviele Keime künftiger Kriege enthalten. In einigen extremen Fällen, namentlich bezüglich des französischsprechenden Lothringen und des italienisch sprechenden Trentino, soll auch die Abtretung der Gebiete als Mittel des Friedens nicht ausgeschlossen sein, wo der Wille der Bevölkerung, festgestellt durch Organe der Neutralen, diese Form der Befreiung absolut fordern sollte. In andern Fällen liegt es ganz an den Zentralmächten selbst, eine so einschneidende Massregel zu vermeiden, indem sie den Südslaven, den Czechoslaven und den Rumänen durch Gewährung von Autonomie die tatsächlichen Vorteile der Selbstregierung sichern. Die Unabhängigkeit Polens ist zur europäischen Frage geworden

[1]) Die gleichen Garantien müssten natürlich von beiden Seiten gefordert werden. D. Red.

und muss durch europäische Garantien gefestigt werden. Die genaue Abgrenzung der Balkanländer mag einer europäischens Konferenz überlassen werden, jedoch mit dem Vorbehalt der Wiederherstellung eines unabhängigen serbischen Königreiches. Die Türkenherrschaft über die Meerengen muss einer wirksamen internationalen Kontrolle weichen, die Überlebenden der armenischen Massakers müssen von türkischer Missherrschaft befreit werden, und Massregeln durchgeführt werden, durch welche auch andern türkischen Bevölkerungen Erleichterungen verschafft werden.

Sollten die Zentralmächte derartige Friedensbedingungen annehmen, so würden die Verbündeten darin eine Sicherheit sehen für die ernste Absicht des Vierbundes, der künftigen Zufriedenheit Europas ernste Opfer zu bringen. Sie anerkennen ihrerseits, dass die neue Ordnung eine solche sein muss, welche zu stören keine Nation das Bedürfnis haben wird. Den friedlichen Unternehmungen und der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer jetzigen Feinde wollen die Verbündeten in keiner Weise entgegentreten. Die Rückgabe der deutschen Kolonien oder entsprechender Landstrecken in Afrika wird naturgemäss ein Gegenstand freien Übereinkommens sein, und ebenso die Zulassung der deutschen Unternehmungen in der Türkei, unter der Voraussetzung gewisser unentbehrlicher Garantien. Auch sind die Verbündeten überzeugt, dass der Friede auf der Voraussetzung des künftigen Zusammenwirkens aufgebaut sein und dass auch in Zukunft die volkswirtschaftliche Entwicklung auf dem gegenseitigen Austausch nützlicher Leistungen beruhen muss; die Verbündeten sind daher gerne geneigt, Friedensbedingungen zu erörtern, welche den Zweck haben, Zollkriege und Handelsfeindschaft in Zukunft zu vermeiden und allen Nationen die offene Türe zu überseeischen Märkten und den Zutritt zu Rohstoffen zu sichern. Sie sind auch bereit, die künftige Regelung der Machtverhältnisse zur See in Betracht zu ziehen.

Gerne wollen die Verbündeten ihrerseits für eine Liga zur Erhaltung des Friedens Opfer bringen, aber sie sehen für einen solchen Bund keine sichere Zukunft voraus, wenn er nicht auf der Genugtuung für vergangenes Unrecht, auf der Rückstellung der eroberten Gebiete und auf Garantien für die Einhaltung von Gesetzen und Verträgen aufgebaut ist, auf dass die Gewalt gebändigt werde und der Schwache geschützt sei. Eroberung und wirtschaftliche Vergewaltigung bilden keinen Teil ihrer Kriegsziele. Sie hegen keinerlei Absichten, durch welche irgend einem ihrer jetzigen Gegner Schaden droht. Ihr Ziel ist vielmehr, den Tag zu beschleunigen, an dem alle Völker ,welche durch das gemeinsame Unglück dieses Krieges erschreckt und aufgeklärt worden sind, an der gemeinsamen Aufgabe mitarbeiten werden, eine geordnete und dauernde Gesellschaft der Nationen aufzubauen.

□□□

Die europäische Anarchie.*)

Von G. LOWES DICKINSON.

(Fortsetzung.)

Wie gewissenhaft Dickinson sich bemüht, Licht und Schatten zwischen England und Deutschland gerecht zu verteilen, geht u. a. aus folgenden Sätzen hervor:

Die Einwendung, dass kein Krieg mit Engländ hätte stattfinden müssen, wenn nicht Deutschland ihn durch seinen Flottenbau provoziert hätte, ist nicht geeignet, auf irgend eine dritte Nation Eindruck zu machen, solange die europäische Anarchie fortdauert. Denn in diesem Zustande ist es ganz natürlich, dass jede Nation beständig glaubt, von irgend einer andern mit einem Angriff bedroht zu werden. Das Bedürfnis, sich selbst zu verteidigen, ist also sicherlich ein berechtigtes Motiv für den deutschen Flottenbau. Aber es gab noch einen andern Beweggrund, der ganz offen eingestanden wurde. Deutschland wollte in der Weltpolitik auch seine Stimme abzugeben haben. Und auch dieser Grund war so gut, wie es eben die Gründe in einer Welt von rivalisierenden Staaten zu sein pflegen. Eine grosse industrielle und Handelsmacht kann nicht gleichgültig beiseite stehen, wenn die Welt unter ihre Konkurrenten verteilt wird ... Deutschland hatte mitzureden und zwar mit lauter Stimme, wenn es nicht übergangen werden wollte. Und eine laute Stimme setzt in diesem Falle eine starke Flotte voraus. So wenigstens stellte sich die Sachlage den deutschen Imperialisten dar, und die Imperialisten jedes andern Landes hätten in der gleichen Lage ebenso gedacht.

Doch hebt der Verfasser hervor, dass Deutschlands Platz an der Sonne sich ohnehin seit der Berliner Akte von 1885 über die Teilung Afrikas bis 1906 recht erheblich verbessert habe, und zwar im friedlichen Einvernehmen mit den andern Mächten. Sein Besitz sei von 377,000 auf 2½ Millionen englische Quadratmeilen angewachsen. Doch hegte Deutschland sicherlich den dringenden Wunsch, ungleich bessere Kolonien zu erhalten. Dagegen hatte es keine Eroberungspläne gegen das Festland von Europa. Dieses

*) Wir bringen in Erinnerung, dass diese teils wörtlich übertragene, teils zusammenfassende Wiedergabe eines bei Allen & Unwin, London, erschienen Buches mit Erlaubnis des Autors erfolgt, der uns ersucht, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, dass seine Arbeit eigentlich für ein englisches Publikum geschrieben ist, und vieles als bekannt voraussetzt, was für ein internationales Publikum ergänzt werden sollte.

Die Red.

für einen Engländer sehr weitgehende Zugeständnis der Verf. stützt sich auf das Zeugnis Dawsons ("Evolution of Germany," 1908), den Dickinson als den grössten englischen Fachmann in dieser Frage betrachtet.

Sollte Deutschland bei seinem Flottenbau nicht noch ein anderes Motiv gehabt haben, vielleicht gar die Invasion Englands? Fürst Bülow wenigstens glaubte sicher an eine solche Deutung seitens der Engländer und bezeichnet es als seine grösste Sorge während des Flottenbaues, dass England gegen Deutschland einen Angriffskrieg führen könnte, bloss um den Flottenbau zu verhindern. Dickinson äussert sich hierüber folgendermassen:

Fürst Bülow mutet da der englischen Regierung eine Politik zu, welche ganz und gar in der Bismarckschen Tradition gelegen wäre. Auch gab es hierzulande wirklich einige Stimmen, welche zu dieser Politik drängten; sie wurden in der üblichen Weise nach Deutschland gemeldet und dort durch das Megaphon der Presse verstärkt. Doch bin ich mit allen Engländern überzeugt, dass keine britische Regierung den Gedanken auch nur erwogen hat, einen Krieg mit Deutschland vom Zaun zu brechen, lediglich um den Aufstieg der deutschen Seemacht zu verhindern, und ich rechne dies den englischen Staatsmännern als Beweis von Rechtschaffenheit an. Auch die Vermutung halte ich für ebenso unbegründet, als ob etwa Fürst Bülow die deutsche Flotte in der vorbedachten Absicht gebaut hätte, das britische Weltreich mit Zerstörung zu bedrohen. Ich sehe keinen Grund, seine Aufrichtigkeit zu bezweifeln, wenn er behauptet, dass er immer auf eine friedliche Verständigung zwischen Deutschland und England gehofft habe, und dass, nach seiner Ansicht, der unversöhnliche Feind Deutschlands nicht England, sondern Frankreich gewesen sei. Allerdings hat das Deutsche Reich durch seinen Flottenbau zweifellos in wohlüberlegter Weise auch die Gefahr eines Krieges mit England in den Kauf genommen, weil es eine Politik verfolgen wollte, welche den Deutschen als unentbehrlich für ihre Entwicklung erschien. Aber etwas ganz anderes wäre es, zu behaupten, dass Deutschland geradezu auf einen Krieg mit England hingearbeitet habe, um dessen Weltreich zu zerstören, und eine solche Behauptung würde ganz andere Beweise erfordern, als für sie angeführt zu werden pflegen.

Zusammenfassend anerkennt der englische Schriftsteller als Motive für den deutschen Flottenbau:

1. Die Verteidigung des Handels im Kriegsfalle;
2. Die Verstärkung des deutschen Einflusses in der Weltpolitik;
3. Die aufrichtige Furcht vor einem Angriffskrieg der Entente, der von England aus Eifersucht angestiftet würde;

4. Den unbestimmten Ehrgeiz, den jede Grossmacht hegt, und so lange fördert, bis er ein Teil der öffentlichen Meinung ihres Landes wird.

Auch in diesem Falle habe sich jene merkwürdige Ironie der Geschichte bewährt, durch welche das ganze System des bewaffneten Friedens für den Frieden so gefährlich wird, dass nämlich die Vorbereitungen, den Krieg unmöglich zu machen, selbst zur Hauptursache des Krieges werden. Denn ohne die Rivalität im Flottenbau hätte es nach Ansicht Dickinsons überhaupt keine Reibung zwischen den beiden Ländern gegeben, also auch keinen Krieg; und die Hauptursache des Flottenbaues war gerade die Furcht vor diesem so unwahrscheinlichen Kriege.

„Aber", sagten wir Engländer, „warum fürchten denn die Deutschen einen Krieg mit uns? Das kann doch nur sein, weil sie selbst daran denken, ihn herbeizuführen." Doch wir sollten billig bedenken, dass auch die Deutschen ebensogut zu uns sagen konnten: „Warum fürchtet Ihr einen Krieg? Es wird keinen geben, wenn Ihr ihn nicht selbst macht; denn wir Deutschen sind ganz friedlich, wegen unser braucht Ihr gewiss keine Besorgnis zu haben." Würden solche Reden uns bewogen haben, in unsern eigenen Rüstungen auch nur einen Augenblick nachzulassen? Gewiss nicht. Unter der Herrschaft des bewaffneten Friedens kann es eben kein Vertrauen zwischen den Völkern geben.

Als Beleg hiezu schildert Dickinson die Verhandlungen behufs deutsch-englischer Verständigung (1912) in der folgenden ergötzlichen Weise.

Die Deutschen hatten uns angeboten, ihr Flottenprogramm einzuschränken, wenn ihnen England seine unbedingte Neutralität für künftige Kriegsfälle garantieren wolle; als eine solche Garantie abgelehnt wurde, verlangte die deutsche Regierung das Versprechen der Neutralität in einem Kriege, welcher Deutschland „aufgezwungen" würde. Auf das hin witterte das britische Auswärtige Amt eine Falle. Da könnte ja Deutschland seinen Bundesgenossen Österreich anstiften, einen Krieg herbeizuführen, der aussehen müsste, als ob er von Russland provoziert würde; dann würde Deutschland herankommen als Bundesgenosse Österreichs, würde Frankreich niederschlagen als den Bundesgenossen Russlands, und verlangen, dass England das alles ruhig mitansehe und die versprochene Neutralität einhalte. Also antwortet Sir Edward Grey: „Nein, danke." Aber er macht einen Gegenvorschlag. England will sich verpflichten, auf Deutschland keinen unprovozierten Angriff zu machen, noch an einem solchen teilzunehmen. Dieses Mal ist es der deutsche Reichskanzler, der argwöhnisch zurückweicht. „Unprovoziert! Hm, hm, was steckt dahinter? Nehmen wir

einmal an, Russland geht gegen Österreich los, und weiss es so einzurichten, dass Österreich ihm den Krieg erklären muss. Frankreich kommt Russland zu Hilfe. Was wird England tun? Wird es zugeben, dass der Krieg, den Österreich erklärt hat, ein unprovozierter sei, und dass es neutral bleiben müsse? Da müsste man England schlecht kennen.“ Und der Kanzler schlägt den Zusatz vor: Jedenfalls wird England neutral bleiben, wenn Deutschland zum Kriege gezwungen wird. Das ist eingeschlossen, denke ich? — Nein, ruft es von England herüber. Begründung wie zuvor. Und die Verhandlungen sind gescheitert. Wie konnte es anders sein? Wo kein Vertrauen, da gibt es keine Verständigung; und wo Furcht, da kein Vertrauen. Es musste aber gegenseitige Furcht vorhanden sein, weil doch der Dreibund und der Dreiverband sich gegenüberstanden, bis an die Zähne bewaffnet. Wer war im Unrecht? Deutschland? England? Keines. Der Schuldige ist Europa, seine Tradition, sein System des bewaffneten Friedens. Darum ist auch der Zusammenbruch dieser Verhandlungen ebensowenig ein Beweis finsterer Anschläge von seiten Deutschlands wie von seiten Englands.

Im Anschluss daran bekennt der wahrheitsliebende Engländer, dass auch die Weigerung Deutschlands, auf ein obligatorisches Schiedsgericht einzugehen, ebensowenig übel gedeutet werden darf. Jene Weigerung wurde nämlich von dem deutschen Botschafter Grafen Münster auf der ersten Haager Konferenz von 1899 damit begründet, dass Deutschland am schnellsten mobilisieren könne; durch Zulassung eines Schiedsgerichtes würde es seinen Feinden die Zeit geben, diesen Vorsprung einzuholen. Diese Erklärung werde von den Engländern oft zitiert, als Beweis, dass die Deutschen schon damals einen Krieg geplant hätten. Dabei übersehen die Engländer, dass der bekannte Seelord John Fisher genau dasselbe bezüglich der englischen Flotte gesagt hat. Ein anderer Seelord, Arthur Lee, ist bekanntlich so weit gegangen, in der *Times* zu behaupten, im Kriegsfalle müsste die englische Flotte die feindliche vernichten, bevor die feindliche Nation auch nur in ihren Zeitungen lesen könnte, dass der Krieg erklärt worden sei. Unter solchen Voraussetzungen kann natürlich von einem Schiedsgerichtsvertrag keine Rede sein.

Ebenso lehnt Dickinson es ab, aus dem deutschen Wehrbeitrag von 1913 in der beliebten Weise auf die deutsche Angriffsabsicht zu schliessen. Auch Frankreich und Russland haben im Jahre 1913 gewaltige Anstrengungen gemacht, ihre Wehrkraft zu erhöhen. Von keiner dieser Nationen könne man mit zureichenden Beweisen behaupten, dass ihre Absicht aggressiv gewesen sei; und nach dem Zeugnisse der belgischen Gesandten habe Deutschland nach den Ergebnissen der Balkankriege wirklich alle Ursache gehabt, seine Wehrkraft zu Zwecken der eigenen Verteidigung zu erhöhen, da es darauf gefasst sein musste, dass im Ernstfalle die

Kraft seines österreichischen Verbündeten durch die neuen Balkanstaaten teilweise gebunden sein werde. Geradezu tragisch liest sich unter den heutigen Umständen der Bericht über die Absichten, mit welchen Baron Marschall seinen Posten als Botschafter in London antrat. Er betrachtete sich, sagte der deutsche Diplomat, als einen Mann, der mit einer lang ersehntenMission ausgestattet sei, und diese Mission bestehe darin, endlich ein herzliches Einverständnis zwischen den beiden Nationen zustande zu bringen. Es war ein nüchterner Staatsmann, der sich so aussprach, ein Gegner der Haager Schiedsgerichtsvorschläge; er hielt eine Verständigung doch für wahrscheinlich, und englische Zeugen bestätigen die Aufrichtigkeit seiner Bemühungen. Alles umsonst.

5. *Die deutsch-englischen Beziehungen 1890—1900.*

Bis zum Rücktritt Bismarcks (1890) würde kein kompetenter Beobachter die deutsche Politik eines aggressiven Charakters angeklagt haben, der den Frieden Europas stören konnte. Eine intimere Annäherung an England war übrigens der erste Gedanke des jungen Kaisers, als er 1888 die Zügel der Herrschaft in die Hand nahm. Auch gelang es während des folgenden Jahrzehnts, die britischen Sympathien von Frankreich abzulenken und Deutschland zuzuwenden.

Die *Times* von 1899 ist voll von Angriffen auf Frankreich.

Damals schlug Mr. Harmsworth, jetzt Lord Northcliffe, vor, die Pariser Weltausstellung zu boykottieren und begründete dies u. a. mit folgenden Worten: „Den Franzosen ist es gelungen, John Bull zu überzeugen, dass sie seine Todfeinde sind. England hat lange zwischen Deutschland und Frankreich geschwankt, hat aber immer den Charakter des deutschen Volkes hochgeschätzt, während es gelernt hat, Frankreich zu verachten. Ein herzliches Einverständnis zwischen England und diesem Nachbarvolke ist unmöglich. Wir haben jetzt genug von Frankreich, welches weder Mut noch politischen Verstand hat.“ Es ist nur zu bekannt, wie die britische Nation gewohnt ist, sich ihre Gefühle gegen andere Völker von einer Handvoll frecher Journalisten vorschreiben zu lassen.

Auch Chamberlain sprach 1899 im Sinne eines Bundes mit Deutschland, und als Lord Lansdowne die Allianz mit Japan abschloss, hatte er die ernste Absicht, Deutschland zum Dritten im Bunde zu machen. Chamberlain sagte damals:

„Ich möchte darauf hinweisen, dass im Grunde der Kern und Charakter des deutschen Volkes von dem der angelsächsischen Rasse wenig verschieden ist (Beifall), und dieselben Gefühle, welche unsere Sympathien mit den Vereinigten Staaten von Amerika so intim gestalten, dürfen angerufen werden, um uns auch zu intimeren Sympathien mit dem deutschen Reiche anzuregen.“ Er geht so weit, einen neuen Dreibund zwischen den zwei angelsächsischen Grossstaaten und Deutschland zu

befürworten (*Times* vom 1. Dezember 1899). Aber zwei Jahre später, im Oktober 1901, hielt Chamberlain in Edinburg eine scharfe Rede gegen Deutschland. Dieses Datum weist deutlich darauf hin, wann die Gefühle und die Politik der Engländer sich gegen Deutschland gewendet haben ...

Es war also zweifellos der Beschluss Deutschlands, eine grosse Flotte zu bauen, welcher die Spannung zwischen Deutschland und England herbeigeführt hat, und damit in letzter Linie auch die Entstehung des Dreiverbandes als Gegengewicht gegen den Dreibund. Also nicht der Regierungsantritt Wilhelms II. 1888 und noch weniger das Kriegsjahr 1870 eröffnet die Periode, in welcher die deutsche Politik als störendes Element in Europa sich geltend machte, sondern das Jahr 1900.

Dickinson geht nun dazu über, die Sturmzentren der nächsten Periode zu betrachten, besonders die Türkei und Marokko.

In der Türkei beginnt die deutsche Aktion bezüglich einer anatolischen Eisenbahn schon 1873, aber erst 1902 wird die Konzession für die Ausdehnung dieser Bahn bis nach Bagdad und an den persischen Golf durchgesetzt.

6. *Die deutsch-englischen Beziehungen 1900—1910.*

Nichts kann die klägliche Anarchie Europas schärfer beleuchten als die Behandlung dieses grossen zivilisatorischen Unternehmens durch die europäischen Grossmächte. Die Ebene von Mesopotamien, die Wiege der Kultur und durch Jahrhunderte die Kornkammer der Welt, sollte bewässert und so der Umklammerung durch die Wüste entrissen werden, Sicherheit und Ordnung sollte dort wiederhergestellt, Arbeitsgelegenheit geschaffen und Wissenschaft und Menschenkraft im grossartigsten Massstabe ihrem eigentlichen Zwecke dienstbar gemacht werden, der Entwicklung höheren Menschenlebens auf Erden. Da gab es also einen grossen Gedanken, der Herz und Phantasie begeistern musste. Da gab es Aufgaben für jugendliche Idealisten, aber auch für den Ehrgeiz des reifsten Könnens, für Diplomaten, Ingenieure, Verwalter, Landwirte, Erzieher, eine Gelegenheit zu stolzen Lebenswerken ohne Zahl, ... einen Plan, an dessen Ausführung alle Völker teilnehmen und der den rückständigen Bevölkerungen des Orients beweisen konnte, dass die Herrschaft der abendländischen Wissenschaft über die Kräfte der Natur für das Wohl der ganzen Menschheit nutzbar gemacht, die Macht des Westens für die Neubelebung des Ostens verwendet werden sollte. Und was hat sich in Wirklichkeit zugetragen?

Kaum versuchten die Deutschen die anderen Völker um ihren politischen und finanziellen Beistand anzugehen, als diese allesamt in einen einzigen Schrei der Wut, des Misstrauens und

der Eifersucht ausbrachen. Einmütig fuhren alle die mächtigen Interessentengruppen der anderen Staaten in die Höhe. Eine Eisenbahn, hiess es, die mit der transsibirischen, den französischen Bahnen, dem Seeweg nach Indien, den Tigris-Dampfern in Konkurrenz treten will! Am Ende könnte gar die Fülle babylonischen Korns den Preis des russischen Getreides herabdrücken. Und der deutsche Handel würde sicherlich den britischen, französischen, russischen verdrängen. Ja, unter dem Deckmantel wirtschaftlicher Bestrebungen konnten sich sehr gut ehrgeizige Pläne der deutschen Weltpolitik verstecken. In letzter Linie strebte Deutschland wohl gar nach der Herrschaft über Ägypten und den Suez-Kanal, über den persischen Meerbusen, über Persien selbst, über den Weg nach Indien ... Und waren diese Besorgnisse und Verdächtigungen völlig unbegründet? Wer könnte diese Frage mit Sicherheit beantworten mitten in der europäischen Anarchie?

Trotz dieses Misstrauens und der englischen Presskampagne, durch welche die Beteiligung englischen und französischen Kapitals an der Bagdadbahn unmöglich gemacht wurde, gelang es Deutschland, mit Russland 1911, mit Frankreich 1914 (Februar) und mit England 1914 (Juni) zu Vereinbarungen zu gelangen, natürlich nur unter langen, allseitig verbitternden Schwierigkeiten. Das Haupthindernis war notorisch nicht die englische Regierung, sondern die englische Presse. Diese hatte schon über die Rede des deutschen Kaisers, in welcher er sich, unmittelbar nach den armenischen Greueln, als „Freund" der 300 Millionen Muselmanen bezeichnete (1898), ihrer Empörung lauten Ausdruck gegeben. „Aber die Entrüstung der Engländer sollte durch ihre Beschämung gemildert sein, wenn sie sich an den britischen Staatsmann erinnern, der noch heute der Abgott der halben Nation ist, obwohl er es bewirkt hat, dass nach den Türkengreueln in Bulgarien, die mazedonischen Bulgaren für eine weitere Generation der mörderischen Tyrannei ihrer Peiniger ausgeliefert wurden." Die historische Bedeutung jener Rede des deutschen Kaisers liegt in dem ersten Hervortreten des deutschen Einflusses auf die Türkei, welcher nach dem Siege der ursprünglich anglophilen Jungtürken die Gestalt militärischer Missionen (v. d. Goltz, Liman v. Sanders) zur Organisierung der türkischen Armee annimmt. „Deutschland bildete natürlich eine störende neue Kraft in einem ohnehin nur mühsam sein Gleichgewicht bewahrenden politischen System. Aber es ist kein Verbrechen, eine neue Kraft zu sein und die früheren dadurch zu stören. Auch da ist der wirkliche Schuldige nicht Deutschland noch irgend ein anderer Staat, sondern die europäische Anarchie."

Bezüglich der Balkanpolitik anerkennt Dickinson Deutschlands friedliche Absichten; namentlich während der beiden Balkankriege habe Deutschland, im Verein mit England, ehrlich an der Erhaltung des europäischen Friedens mitgearbeitet. Aber den russischen Plänen auf Konstantinopel musste es sich schon aus Rücksicht auf den österreichisch-ungarischen Bundesgenossen

entgegenstellen, aber auch wegen der eigenen Absichten auf die Berlin-Bagdad-Route. — Das Verhältnis Österreich-Ungarns zu Serbien sucht der englische Schriftsteller seinen Landsleuten durch folgenden Vergleich näher zu bringen:

„Angenommen, der Meereskanal, welcher Irland von England trennt, würde eines Tages verschwinden und ebenso der atlantische Ozean zwischen Irland und Nordamerika. Infolgedessen würde Irland durch eine unmittelbare Landgrenze auf der einen Seite England, auf der anderen Nordamerika berühren. Man kann sich leicht vorstellen, welche Reibung und selbst Kriegsgefahr zwischen Grossbritannien und den Vereinigten Staaten unter solchen Umständen durch die Verschwörungen irländischer Revolutionäre und die Demonstrationen ihrer amerikanischen Gesinnungsgenossen entstehen könnte. Etwas Derartiges ist die Lage Österreich-Ungarns in bezug auf Serbien und dessen Protektor Russland.“

In seinem Abschnitt über Marokko resumiert Dickinson die bekannten Ereignisse, zeigt das Doppelspiel der englisch-französisch-spanischen Diplomatie mit offiziellen und geheimen Verträgen und die zweimalige akute Kriegsgefahr, ihre schliessliche Vermeidung, aber unter Zurücklassung bitterer Feindesstimmung, verweist auf Morels Buch und gibt seinen persönlichen Eindruck über die ganze Marokko-Episode mit folgenden Worten wieder:

„Ich glaube nicht, dass irgend ein gründlicher und unparteiischer Forscher die anscheinend herrschende englische Auffassung annehmen wird, dass das Vorgehen Deutschlands in dieser Angelegenheit ein Stück unentschuldbarer Angriffspolitik gewesen ist, während die anderen Mächte sich durchaus gerecht, anständig und aufrichtig benommen hätten.“

Dass nachher noch und trotz der bitteren Enttäuschung des deutschen Kaisers durch die englische Marokko-Politik während der Balkankrise der Friede aufrecht erhalten werden konnte, ist nach unserem gewiss unverdächtigen Zeugen ein Beweis der damals jedenfalls noch unerschütterten Friedensliebe Wilhelms II.

Fortsetzung folgt.



X hat den Krieg vom Zaun gebrochen, folglich müssen wir X unschädlich machen. — Ein überaus einseitiges Raisonnement. Haben denn die Herren Rächer nie einen Frieden getrübt? Welche Garantien bieten sie uns, dass nicht das nächste Mal sie — vielleicht in bestgemeinter Notwehr — losschlagen werden? Woraus folgt denn, dass der Schuldige von Gestern auch in aller Zukunft der Gefährlichste sein werde?

W. Eggenschwyler.

Aus Richard Cobdens Reden.

Es ist zwecklos, über den Ursprung des Krieges zu streiten. ... Von dem Augenblick an, da der erste Schuss abgefeuert oder der erste Hieb erfolgt ist, hört alle Vernunft und Beweisführung auf. Du kannst ebenso gut versuchen, mit tollen Hunden wie mit Menschen, sobald sie begonnen haben in tötlichem Kampf ihr Blut zu vergiessen, eine vernünftige Unterhaltung zu führen. (II. 466)

Ich hege das Vertrauen, dass alle diese Deklamationen über die Unabhängigkeit Europas und die Verteidigung der Zivilisation nach und nach verschwinden werden. (II. 312)

Ich blicke auf Englands inhumanes, hartes, gewaltsames Verfahren gegenüber einem machtlosen Staat wie Griechenland mit doppelter Empörung — gerade so wie ich den Mann als einen Feigling und Despoten betrachten würde, der ein Kind peinigte und misshandelte.

(II. 537, bei Gelegenheit des Pacifico-Handels.)

Von Gewaltmitteln, um unsern Handel mit anderen Ländern zu befördern, haben wir nichts zu hoffen. (II. 518)

Statt den Fortschritt der Zivilisation dem Wohl der Menschheit dienstbar zu machen, statt die Künste der Zivilisation zur Vermehrung der Annehmlichkeiten des Lebens auszunutzen, verwendet Ihr die Fortschritte der Wissenschaft beständig für die Erfordernisse des Krieges und lasst auf diese Weise die Künste des Friedens und die Entdeckungen der Wissenschaft zur Barbarei unseres Zeitalters beisteuern. (II. 394)

Wenn wir dadurch einen Fehler begehen, dass wir mässige Friedensbedingungen annehmen, so haben wir jedenfalls den Trost, auf der Seite der Menschlichkeit zu irren. (II. 320)

Speeches on questions of public policy by Richard Cobden, M. P. Edited by John Bright and D. E. Thorold Rogers. 2 Vols. London, T. Fisher Unwin, erste Ausgabe. 1870.

Gefangene.

Ein französischer Professor fühlt sich verpflichtet, gegen die Verhetzungen seiner eigenen Landsleute aufzutreten und in einem offenen Brief für die Behandlung in deutscher Kriegsgefangenschaft Zeugnis abzulegen. Er schreibt:

Seit mehr als 22 Monaten erfreue ich mich in Rastatt in dem Grossherzogtum Baden einer herzlichen, kostenlosen Gastfreundschaft, die mit mir 3000 meiner Mitbürger in Zivil teilen. Da wir uns in einem Durchgangs- und Konzentrationslager befinden, habe ich mich mit Hunderten von Kameraden unterhalten können, die, aus allen Winkeln Deutschlands kommend, mir die ins kleinste gehenden und genauesten Berichte über die wirkliche Lage der französischen Gefangenen lieferten. Aber ich will nur aus meiner eigenen Erfahrung sprechen.

Da ich stets mit dem ganzen Personal des Lagers in Beziehung stehe und ziemlich gut Deutsch spreche — ich habe es einstmals an Ort und Stelle studiert und seit zwölf Jahren gelehrt —, habe ich hier einen ausgezeichneten Platz, um zu sehen und zu hören. Und niemals habe ich irgendeinen Deutschen die geringste Roheit oder die geringste Gewalt gegen einen Gefangenen ausüben sehen! Ich habe niemals eine Beleidigung gehört noch ein rohes Wort! Niemand von uns hat jemals eine Erniedrigung noch eine Beschimpfung erduldet. Der „Matin" lügt also, wenn er behauptet: „Schon seit langer Zeit weiss man, mit welcher grausamen Roheit die Deutschen ihre Gefangenen behandeln. — Unsere Soldaten, die von Grossbritannien und mehr noch die des Zaren, ertragen, sobald sie in der Gewalt der Boches sind, Erniedrigungen und Torturen, die auf die gemeinste Weise ausgeklügelt sind, um sie zu deprimieren, zur Verzweiflung zu treiben und sie zu demütigen." Nein! Wir sind nicht deprimiert, nicht verzweifelt, nicht gedemütigt! Und die deutsche Verwaltung tut alles, was in ihren Kräften steht, um unsere Geduld und unseren Mut zu stärken, indem sie unsere physische und moralische Gesundheit bei Kräften erhält. Spaziergänge, Unterhaltungen, Konzerte und die grössten Erleichterungen bei der Ausführung persönlicher Arbeiten machen uns die Gefangenschaft kürzer und angenehmer. Die Kranken und Verwundeten werden von den deutschen Ärzten, den Krankenwärterinnen und Schwestern mit einer Hingabe gepflegt, die jeden Lobes würdig ist. Und wenn einer der Unseren gestorben ist, so unterhält fromme Fürsorge sein Grab. Übrigens ist die Sterblichkeit fast gleich Null, weit geringer, als sie in normaler Zeit bei so grossen Menschenansammlungen sein würde.... Unter eidlicher Versicherung bekräftigen wir noch einmal, dass alle Sendungen regelmässig an uns gelangen, ohne dass irgend etwas von den Deutschen behalten wird, und wir sprechen es mit lauter Stimme aus, dass wir keine

schlechte Behandlung, keine Erniedrigung, keine Schmach zu erdulden haben.

Camille Clerc, Universitätsprofessor, Korporal im 359. Infanterieregiment, Zivilgefangenenlager Rastatt, Grossherzogtum Baden.

Neue Freie Presse vom 23. Januar 1917.

Als Ergänzung mögen die Ausführungen Lord Newtons im englischen Oberhaus interessieren, der die sehr verbesserte Lage der Internierten im deutschen Engländerlager Ruhleben hervorhebt und ganz besonders betont, dass britische Staatsangehörige in Österreich und Ungarn mit grosser Rücksicht behandelt werden.

The Times Weekly Edition, 2. März 1917.

Andrerseits gibt über die Lage der Zivilgefangenen Englands auf der Insel Man eine monatlich erscheinende Lager-Zeitung, von der uns zwei Nummern vorliegen (vom 18. November und 22. Dezember 1916) mannigfachen Aufschluss. Das kleine mit vier Seiten erscheinende Blättchen (Preis ein Penny, von der Zensur freigegeben, wie ausdrücklich hervorgehoben wird), berichtet über Theater und Konzerte, Sängerfest und Turnfest, Bibliothek und Kriegsgefangenenhilfe, Sport und Unterricht. Das Lager ist in sieben als „Compound" bezeichnete Gruppen geteilt, deren jede einzelne etwa eine Vorstellung per Woche gibt. Am häufigsten wird Kadelburg gespielt, dann Blumenthal, Schönthan, auch L'Arronge und Halbe.

Erstaunlich vielseitig ist das Schulwesen; es werden nicht nur die verschiedensten Sprachen gelehrt, auch alle Unterrichtsfächer, Zeichnen und Malen, und die Vorbereitung zum Abiturientenexamen und zur Einjährig-Freiwilligen-Prüfung. In einem „Compound" werden 500 Schüler in 22 verschiedenen Fächern unterrichtet.

Viel liebenswürdiger Humor findet sich in dem literarischen Teil der kleinen Zeitung. In einem „Warum" betitelten Gedicht fragt der unbekannte Verfasser (alle Beiträge erscheinen ohne Namen):

„Warum ward man, zum Exempel,
aus der Welt eliminiert,
die man doch noch bis vor kurzem
auf das lieblichste geziert? ...
Warum hat man keine Ahnung,
ob noch lang die Sache währt?
Schliesslich ad indefinitum
ist man ungern eingesperrt ...

Wehmütig wirkt der Stimmungsbericht eines der Gefangenen. Er erzählt von der nervösen Unruhe, welche sich der Internierten bemächtigt, wo man doch imgrunde eher das Gegenteil erwarten sollte. Eine allgemeine Unlust an jeder Art Beschäftigung, auch am Lesen, begleitet sie. „Man lungert herum, verliert sich in Nörgeleien und einem nur auf ein paar Themen beschränkten Unterhaltungsstoff. ... Ist unsere Individualität nicht beinahe

untergegangen?" ... Und der Unbekannte schliesst mit einem ergreifenden Appell, der uns anmutet wie ein Hilferuf: „Immer gebietender wird der Wunsch nach Freiheit, die Sehnsucht nach der Heimat. Eine grosse Hoffnung erfüllt uns: die Hoffnung, dass die Verhandlungen der verschiedenen Regierungen betreffs Austausches von Zivilgefangenen, über die wir in den Zeitungen lesen, zu einem befriedigenden Abschluss kommen. Wir mögen den Grossen dieser Welt belanglos erscheinen in dem gewaltigen Kampfe, der die Völker zerfleischt: aber erstreckt sich nicht auch auf die Kleinen die Liebe des Allerbarmers"?

□□□

Japans wirtschaftliche Stellung.

Von EUGEN LÖWINGER.

Über die politische Machtstellung, die sich Japan während des Weltkrieges erworben hat, besteht nur eine Ansicht. Japan ist zu einem Machtfaktor erster Klasse herangewachsen, so dass es fraglich erscheint, ob sich die Union nicht veranlasst sehen wird, die bestehenden Reibungspunkte mit Japan im Ausgleichswege zu erledigen. Bisher hat man bekanntlich die Meinung verfochten, dass es zwischen diesen beiden Staaten über kurz oder lang zu kriegerischen Verwicklungen kommen wird.*) Der Machtzuschuss, den sich Japan während des Krieges zugelegt hat und die, wie es scheint, rückhaltlose Verständigung mit Russland, verschafft der kaiserlichen Regierung in Tokio ein Ansehen, das auf die Entschlüsse in Washington nicht ohne Einfluss bleiben kann.

An dieser politischen und militärischen Machtstellung Japans hat aber dessen wirtschaftliche Entwicklung ein grosses Teil. Durch die Kriegslieferungen ist Japans Volkswirtschaft soweit gestärkt, dass die Regierung dazu übergehen kann, durch reformatorische Einwirkungen, insbesondere in der Landwirtschaft, die ungeheure Steuerlast zu mindern, die seit dem japanisch-russischen Kriege auf die Bevölkerung gelegt war.

Es scheint uns angebracht, diese Beurteilungen auf allgemeiner Basis durch einige Ziffern zu erläutern.

Für das Jahr 1916 hat die japanische Regierung selbst an die Industrie ungeheure Aufträge vergeben. Für Rechnung der Militärarsenale allein sind Bestellungen im Betrage von 80,000,000 Yen aufgegeben worden, für die Marinearsenale von

*) Dieser Artikel ist uns schon vor den neuesten Verwicklungen zugegangen. *Die Red.*

20,000,000 Yen. Private Munitionswerkstätten sind daran, Aufträge im Betrage von 20,000,000 Yen im laufenden Jahre zu erledigen.

Die russische Regierung hat die japanische Lederindustrie und die Wollwebereien mit Bestellungen im Betrage von 40,000,000 bis 50,000,000 Yen versehen, welche Lieferungen bis Ende 1916 ausgeführt sein müssen. Im laufenden Jahre 1916 hat die japanische Industrie für 170,000,000 Yen Kriegsaufträge erhalten, während im Jahre 1914 diese lediglich 50,000,000 Yen betragen haben. Schlägt man diesen Kriegsaufträgen noch die Bestellungen für private Rechnungen hinzu, so kann man den Auftragsetat der japanischen Industrie auf das Doppelte des angegebenen Betrages, also auf beiläufig 400,000,000 Yen veranschlagen.

Um von dem gegenwärtigen Stand der japanischen Industrie eine Idee zu geben, wird es vielleicht genügen, wenn man darauf hinweist, dass die Zahl der Baumwollspindeln auf über 2,000,000 angewachsen ist. In Amerika und in England liegen Aufträge für die Lieferung von Maschinen für Zwecke der japanischen Baumwollindustrie vor, die erst im Frühjahr 1917 zur Ablieferung gelangen können. Diese Maschinenaufträge beziffern sich auf 3,000,000 Yen. Es ist also jetzt möglich, sich einen Begriff davon zu machen, wie allein die Baumwollindustrie in Japan gegenwärtig bestellt ist und welche berechtigten Erwartungen sie an die Zukunft knüpfen kann. Wie wir bereits gesagt haben, lehnt sich an dieses wirtschaftliche Aufblühen Japans auch die Reform des Steuerwesens, die Entlastung des kleinbäuerlichen Grundbesitzes, die Unterstützung der Arbeiterbevölkerung, die bisher an chronischer Unterernährung zu leiden hatte, die Beendigung der finanziellen Schuldenwirtschaft und schliesslich die Reform einer Reihe der wichtigsten Verbrauchsteuern wie zum Beispiel auf Petroleum, Zucker, Salz, Baumwollgewebe und Fahrkarten. Als Gegengewicht für diese Erleichterungen wird eine strengere Besteuerung der grossen Vermögen beabsichtigt. Die japanische Regierung hat sich also die Besserstellung der Arbeiterschaft, des Bauernstandes und des Mittelstandes als Ziel gesteckt; die finanziellen Mittel, die ihr jetzt zufliessen, setzen sie in den Stand, diese Reformpläne auch tatsächlich durchzuführen. Hand in Hand damit geht die Ausgestaltung eines Arbeiterschutzgesetzes, wovon bisher nur rudimentäre Anfänge vorhanden waren.

Wenn keine Rückschläge eintreffen, so ist die Voraussage zulässig, dass sich Japan zu einer Grossmacht ersten Ranges entwickelt.

□□□

Aus Büchern und Flugschriften.

Ludo M. Hartmann. *Hundert Jahre italienischer Geschichte* (1815 bis 1915). (Die Grundlagen des modernen Italien.) Georg Müller, München 1916.

Der deutsch-österreichische Verfasser, der unseren Lesern auch als Mitarbeiter dieser Zeitschrift bekannt ist, gehörte sein ganzes Leben hindurch zu jenen Wenigen, welche ihren eigenen Pfad suchen, statt als Mitläufer dem breiten, bequemen Weg der Menge zu folgen. So hat auch dieser Krieg sein Auge nicht getrübt. Der Anstoss zu dem Buch ist offenbar der Wunsch, die Gründe blosszulegen, welche Italien veranlassen konnten, als Mitkämpfer in den Weltkrieg einzutreten, obwohl ihm die Rolle des blossen Zuschauers einen grossen Teil seiner berechtigten Wünsche erfüllt hätte. Hartmann ist durchdrungen von dem Recht jeder Nation auf „ihren eigenen und vollständigen Staat, der nach ihrem Ebenbilde geformt" ist. Was über dieses Streben hinausgeht, ist seiner festen Überzeugung nach schlecht für einen Staat, sei dies nun Deutschland oder Italien. Daher auch seine ausgesprochene Gegnerschaft gegen jede deutsche Annexionspolitik. Denselben Grundsatz wendet er ohne Schwanken auf Italien an: „Die Einheitsbewegung Italiens, das die ihm in seiner Zersplitterung auferlegten Fesseln zerbrach, ist in den Jahren 1859—60, 1866 und 1870 noch nicht zu ihrem letzten Ziele gelangt. Corsica im Westen, das Trentino im Osten gehören kulturell und national zu Italien ... Die nationalen Grenzen Italiens im Norden haben sich seit anderthalb Jahrtausenden nicht geändert ... Die Million Slaven, die seit einem Jahrtausend jene Gegenden (Istrien und Dalmatien) besetzt haben, können nicht verheimlicht, nicht von der Erde vertilgt werden ..... Ihre Angliederung an Italien wäre „ein Danaergeschenk. Die Adria würde trotz des etwaigen Besitzes von Triest infolge des Vordrängens der Slaven an die dalmatische Küste niemals auf die Dauer ein rein italienisches Meer werden."

Hier beginnt die falsche Politik des italienischen Imperialismus, nach Hartmann eine Folge der Tatsache, dass die Einheit Italiens das Werk einer herrschenden Minorität war, welche mit Hilfe des Auslandes ihr Ziel erreichte. Wäre es nach dem Wunsche Mazzinis gegangen, dann wäre das ganze Volk zum Verständnis seiner hohen Aufgabe erzogen worden und hätte sich selbst erobert, was es so als Gnadengeschenk einer Minorität empfangen musste; es hätte aber auch nicht nach den Gebieten anderer Völker gestrebt.

Die mühsame, äusserlich wenig blendende Aufgabe der Volkserziehung haben die herrschenden Kreise zurückgestellt, um sich der „glorreicheren" Eroberungspolitik zuzuwenden. Das wahrhaft nationale Interesse ist dem imperialistischen Expansionstriebe ge-

opfert worden. Mazzinis Gedanken erfahren durch unsere Erlebnisse neue Bekräftigung. Der grosse Demokrat wünschte „keine Vorherrschaft eines Volkes; keine Eroberung, durch welche einer Nation neue Elemente angegliedert würden, die ihre Einheitlichkeit stören, ihre Festigkeit erschüttern könnten; Unverletzlichkeit der Grenzen." Wie Seherworte mutet es uns an, wenn Mazzini sagt: „Wenn das Elend Europas ein Ende haben soll, muss der Russe in sein Eis zurückgeschleudert werden, und zwischen ihm und Österreich und Preussen erstehe ein demokratisches Polen. Deutschland allein kann dieses wieder erheben und ist verpflichtet, es zu tun, denn auf dieses fällt die Schmach und der Schaden seines Falls zurück." —

Mit liebevoller Anteilnahme lehrt uns Hartmann die geschichtlichen Ereignisse, die zur Einheit führten, aus ihren wirtschaftlichen und historischen Ursachen begreifen. Man würde es begrüssen, wenn überall die Männer der Wissenschaft den Standpunkt des „Feindes" mit so ehrlicher Objektivität erfassen und darstellen wollten. Und hier handelt es sich nicht um eine weltferne Gelehrtenarbeit; der grössere Teil des Buches ist in der Wiener *Arbeiter-Zeitung* zuerst abgedruckt worden, was den Verfasser ebenso ehrt, wie dieses sozialdemokratische, seinen Ideen treu gebliebene Blatt, das sich dem *Labour Leader* und dem *Avanti* an die Seite stellen darf. — Wir glauben, dass auch der Italiener diese Darstellung mit Interesse und Gewinn lesen kann. *S. F.*

Erich Everth. *Das innere Deutschland nach dem Kriege.* Diederichs, Jena, 1916.

Wolfgang Heine. *Zu Deutschlands Erneuerung.* Diederichs, Jena, 1916.

Die beiden Schriften bilden gute Proben für den Wert der zeitgemässen Sammlung: Politisches Leben, Schriften zum Ausbau des Volksstaates. Sie bieten die Grundzüge einer Neuorientierung von den Standpunkten des bürgerlichen Freisinns und der sozialdemokratischen Mehrheit. Zusammengehalten, eröffnen sie einen lehrreichen Einblick in den geistigen Kristallisationsprozess, durch welchen diese beiden Gruppen dem Zusammenschlusse in eine machtvolle demokratische Partei entgegenreifen. Allerdings entspricht dieser Annäherung die reinliche Scheidung von der sozial-revolutionären Gruppe, die als Gegengewicht für die feudalen Gelüste einer „Neuorientierung" im Sinne neuer Fideikommisse und agrarischer Junkerwirtschaft nicht überflüssig sein wird.

Im besondern zeigt Heine, wie die Treue zum Vaterlande mit der Treue zum Sozialismus zu vereinigen ist, dessen Vertreter übrigens, da sie auch bei gerechter Wahlordnung kaum mehr als ein Drittel der Reichstagssitze erlangen können, ohne die Allianz mit der bürgerlichen Demokratie die freiheitliche Zukunft des deutschen Volkes der Übermacht der Gegenparteien ausliefern würden.

Der bürgerliche Demokrat Everth betont mit gleichem Nachdruck die Neuorientierung nach links, im Sinne gerechter

Wahlordnung und nach rechts im Sinne des Festhaltens an der bewährten Disziplin in Armee und Beamtenschaft, bei vollster Einsicht in die Notwendigkeit der monarchischen Spitze für das bedrohte Deutschland. Die Vereinigung der Ideale von Weimar und Potsdam erscheint ihm als das Ziel der deutschen Zukunft.

S. F.

Dr. Max Müller. *Frankreich im Kriege.* Orell Füssli, Zürich, 1916.
G. W. Eberlein. *Deutschland im Kriege.* Orell Füssli, Zürich, 1916.
Karl Larsen. *Arbeit — Dienst.* Aus dem Dänischen übersetzt. Verlag Erich Reiss. Berlin, 1916.
Fredrik Böök. *Im französischen Kampfgebiet.* Aus dem Schwedischen übersetzt von *Fr. Stieve.* Mittler & Sohn, Berlin, 1916.

Wenn irgend etwas geeignet ist, dem Neutralen eine höhere geistige Einstellung zu den bewegten Ereignissen des Tages zu geben, so ist es die Vergleichung solcher Kriegsberichte, wie sie in diesen Büchern geboten werden. Wohl handelt es sich hier um die Darstellung des erbitterten Kampfes zweier edler Nationen, doch was den Autoren die Feder führt, ist nicht der Hass, der wohl das Auge schärfen kann, aber das Bild des Gesehenen trübt, sondern die Liebe, die wie Saladins Wunderlampe verschlossene Tore öffnet.

Dr. Max Müller ist Korrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung* in Frankreich. Er nennt sich im Vorwort einen Zeugen, der wiedergibt, was er mit offenen Sinnen und erklärter Sympathie für Land und Leute gesehen und miterlebt hat. Man bekommt aus seinen Berichten ein vielseitiges, wenn auch naturgemäss journalistisch gehaltenes Bild von dem Leben an und hinter der Front, von den ersten Kriegswochen in Paris und der Provinz, von dem künstlerischen und wirtschaftlichen Leben Frankreichs während der Kriegszeit. Schöne Illustrationen nach Steinlen, L. C. Breslau, Sandoz beleben den Text.

Derselbe Geist der Sympathie für das dargestellte Volk waltet in Eberleins schönem Buche. „Deutschland im Kriege“ ist ein reich illustrierter Band von fast 400 Seiten. Der Grundton ist Bewunderung; die Kritik hat in diesen Schilderungen einen geringen Spielraum. Aber man erfährt unendlich viele Tatsachen, interessante Einzelbilder der deutschen Organisation an allen Fronten, aus allen Teilen des Hinterlandes und dazu Gespräche mit allen Klassen der Bevölkerung. Man kennt wirklich Deutschland im Kriege, wenn man dieses Buch gelesen hat.

Eine kürzere Orientierung gewährt das glänzend geschriebene Buch des dänischen Professors Karl Larsen (ursprünglich im *Politiken* erschienen). Auch Larsen steht unter dem tiefen Eindrucke deutscher Tüchtigkeit und der Überwindung von „Unmöglichkeiten“ durch peinlich gewissenhafte Pflichterfüllung. Mit schmerzlicher Bewegung sieht er die Verheerungen in den besetzten Gebieten Frankreichs und Galiziens, mit offenem Auge die Wesensverschiedenheit zwischen Deutschen und Österreichern; diesen fühlt er die Neigung zu humoristischer Selbstkritik mit feinem Humor nach.

Ähnliches bietet der dänische Schriftsteller Böök für Frankreich: einen mit Geist und Anmut geschriebenen Bericht über eine Studienreise an die französische Front (ursprünglich im *Svenska Dagbladet* erschienen). Auch schmerzliche Eindrücke werden nicht verschleiert. Daneben gibt es hübsche, kleine Erlebnisse. Ein Kind, mit dem der Bruder seinen Apfel teilen soll, ruft voll Appetit und Aufregung: „Aber gerecht teilen, so dass ich am meisten bekomme!" ... Einer von den schwedischen Mitreisenden markiert frankophile Begeisterung durch eine Bemerkung über die „widerlichen Banditenphysiognomien" der deutschen Gefangenen. Am nächsten Tage hört der Erzähler, wie eine junge Französin, auf jenen Schweden und seine Gesellschaft hinweisend, ihrer Freundin vertraulich bemerkt: „A vrai dire, ils ont tous l'air un peu boche."

F. R.

Organisation centrale pour une Paix durable Recueil des Rapports sur les différents points du programme-minimum. M. Nijhoff, Haag, 1916.

Dr. Jakob ter Meulen. *Der Gedanke der internationalen Organisation in seiner Entwicklung* (1300—1800). M. Nijhoff, Haag, 1917.

Dr. Joseph Müller. *Die Haager Konvention vom* 18. *Oktober* 1907 *über das Vermittlungsrecht neutraler Staaten und die Frage der päpstlichen Vermittlung.* Freiburg, 1916.

Der grosse Krieg hat in der ganzen Welt die Sehnsucht nach einem grossen Frieden verbreitet, gegründet auf organische Einrichtungen zur Schlichtung der Völkerstreitigkeiten auf friedlichem Wege. Schon haben sich verantwortliche Staatslenker von England, Deutschland und Amerika mit einer solchen Organisation einverstanden erklärt. Gleichzeitig hat sich die Intensität der pazifistischen Gedankenarbeit erhöht. Die vorliegenden Arbeiten gehören zu den neuesten Beiträgen auf diesem Gebiete.

Die erstgenannte Publikation vereinigt in zwei Bänden von je 360 Seiten die Gutachten hervorragender Pazifisten über die neun Punkte des Haager Minimalprogramms für einen dauerhaften Frieden. Kurz zusammengefasst, lauten sie: Annexion nur mit Willen der Bevölkerung; Schutz der Nationalitäten; allgemeiner Freihandel resp. Meistbegünstigung; periodische Haager Friedenskonferenzen; ständiges Haager Schiedsgericht und Einigungsamt; gemeinsamer Schutz aller Staaten gegen Friedensstörer; Abrüstung; Meeresfreiheit; parlamentarische Kontrolle. Unter den Bearbeitern möchten wir hervorheben Bernstein, Roden Buxton, Chadwick, Fried, Forel, Giesswein, Hobson, Lambert, Lange, Lammasch, Otlet, Rignano, Walter Schücking, Wicksell.

Ter Meulen bietet auf vierhundert Seiten eine quellenmässige Vorgeschichte des modernen Pazifismus. In drei Abschnitten werden seine elementaren Triebkräfte, 29 allmählich hervorgetretene Friedensprojekte und die systematische Zusammenfassung der Ergebnisse bis zur Wende des 18. Jahrhunderts dargestellt. Das Werk ist eine wahre Fundgrube von interessanten Aussprüchen der Friedensfreunde aus vergangenen Jahrhunderten. Beispielsweise aus Philo zur Zeit Christi: Das ganze Meer wird

mit völliger Sicherheit von Handelsschiffen durchkreuzt, weil alle Völker sich nach gegenseitiger Ergänzung sehnen und mit dem Überfluss des einen dem Mangel des andern zu Hilfe kommen. Denn der Neid hat noch nie den ganzen Erdkreis oder grosse Teile desselbe ergriffen ...

Dr. Joseph Müller erörtert in einem knappen Vortrage den Begriff der völkerrechtlichen Vermittlung, die einschlägigen Bestimmungen der Haager Konvention und den Beruf des Papsttums zu permanenter Vermittlung zwischen den Völkern. Nach seinem Vorschlage soll in der Schweiz zur Förderung dieses völkerrechtlichen und sozialpolitischen Berufes ein Zentralbureau gegründet werden. Die Schrift enthält interessante, allerdings nicht immer ermutigende Mitteilungen über die bisherigen Versuche päpstlicher Vermittlung. *S. F.*

Dr. Alfred Vierkandt. *Machtverhältnisse und Machtmoral* (Veröffentlichungen der Kantgesellschaft). Reuther & Reichard, Berlin.

Wir erkennen in diesen Erwägungen die Machtlust der einen und den Gehorsam der Vielen als gemeinsamen Widerstand gegen neue Einstellung. Wir sehen aber auch, wie der Weg vom Staat als Höchstzweck zurückweist zur Persönlichkeit mit ihren Eigenwerten. Und Vierkandt verkündet die Möglichkeit einer Gemeinsamkeit zwischen den bisher nur auf Selbsterhaltung und Machterweiterung gestellten Staaten. Eine Gemeinsamkeit, herbeigeführt durch die gleichzeitige Unterordnung, durch die Mitarbeit an einem gemeinsamen idealen Zweck.

Es gilt, die Macht zu „weihen", statt sich von ihr abzukehren, sie idealen Aufgaben dienstbar zu machen und an Stelle der naturalistischen, selbsterhaltenden eine idealistische Machtmoral zu schaffen. Es sind das Wegweiser, die dem geistigen Glaubensbedürfnis unserer Tage bedeutsam entgegenkommen. *F. B-n.*

Gustave Dupin. *La guerre infernale.* Verlag des *demain*, Genf.

Der Verfasser hat den Manen seines gefallenen Sohnes dieses Denkmal gesetzt, dessen Inhalt dem Hass gegen den Krieg reichen und leidenschaftlichen Ausdruck gibt. Sein erstes, zweites, drittes Kapitel sind Warnungen vor Einseitigkeit, das ganze Buch ist „allen Brüdern in ganz Europa" gewidmet. Kein Volk hat den Krieg gewollt, er ist ein Werk des Satans ,und Verfasser hat sich die Aufgabe gestellt, den teuflischen Mechanismus blosszulegen, durch welchen Wissenschaft und Presse, Diplomatie und Demagogie auf die arme Menschenseele einwirken, trotz aller Mühen des Papstes, der nicht einmal seine eigenen Priester und Journalisten von der Kriegshetze zurückhalten kann. Dupin hat Geschehnisse und Aussprüche aus allen Zeiten mit eigenen Reflexionen zu einem wahren Arsenal von Waffen für Kriegshasser verbunden und schliesst mit einem warmen Nachruf für Jaurès, den ersten Märtyrer des Kampfes gegen den Krieg. *F. B-n.*

Willibald Krain. *Krieg.* 7 Blätter allen Völkern gewidmet. Art. Inst. Orell Füssli, Zürich.

Wir zählen diese Mappe zu den beachtenswertesten künstlerischen Äusserungen der Zeit. Es wird da das ganze Grausen des kriegerischen Geschehens mit den mutigen Augen eines Dichters gesehen und mit könnendem Stift die erstaunlichste Satire gezeichnet, die je dem Krieg gegolten hat.

Wenn das letzte Blatt „Sieg" mit dem in ein Meer von Blut getauchten Schwert noch an gebrauchte Wortbilder erinnert, so tritt uns aus dem ersten Blatt, „Die Kabinette" ein Orchester von schauerlich allegorischer Wirkung entgegen. Finstere Türme ragen da die Kabinette über eine beschattete, der Arbeit zudrängende Menge. Wirre Funkenlinien entstürmen unheimlich glühenden Fensterhöhlen, sie mengen und überkreuzen sich und werfen ihr unheilvolles Netz. Das Titelbild zeigt den Krieg selbst als vorzeitliches blutrünstiges Halbtier, eine Art teuflischer Zentaur mit plumpen umzotteten Hufen. „Die Gerüchte" flattern als dunkle Fledermäuse um die schlafenden Häuser. „Das Gebet um Sieg" zeigt uns die Menge zu Füssen des Erlösers, dessen Oberkörper und Antlitz eine Wolke überdeckt. An ihrer Stelle grüsst ein grinsender Dämon und reckt die übermächtigen Arme.

Das vierte Blatt bildet koloristisch den Höhepunkt. Es nennt sich „Blutrausch" und zeigt, in dampfendes Rot getaucht, das Bild eines Panthers. Das fünfte Bild, „Die Tränen", versinnlicht die Qual des Weibes im Kriege durch einen Wald von Kreuzen mit gekreuzigten Märtyrerinnen. „Die Fahnen", sind beflaggte Strassen, an deren Fahnenstangen Menschenleiber bammeln.

Eine überaus eindrucksvolle Symbolik zeichnet diese Blätter aus. Ihre Wucht wird bei Krain durch ein zeichnerisches Können und seinen Sinn für Farbe ins Ungemessene gesteigert. Und die Blätter sprechen für sich allein, das Begleitwort kann nur stören. Und es wäre zu wünschen, dass diese Blätter billige Verbreitung finden. Sie sollten von jeder Wand zu uns sprechen und uns gemahnen. Der internationalen Absicht des Künstlers käme eine mehrsprachige Betitelung der Blätter entgegen.

F. B-n.

Eleonore Katkowska. *Der Rauch des Opfers.* Diederichs. Jena 1916.

In diesem Krieg, in dem jeder jeden anklagt, klagt auch die Frau den Mann an. Als gäbe es eine Schuld, deren wir nicht alle teilhaftig wären. In solcher Überwälzung von Schuld bekundet sich ein sittliches Versagen. Das Bejahende darin ist aber die Erkenntnis einer Schuld überhaupt, sowie die entschiedene Abkehr vom Kriege.

Auch in Katkowska's Poesien hat sich ein solcher Anklageton verirrt, doch es überwiegen weitaus die Motive von Schmerz und Mitgefühl. Die Dichtungen, gross an Zahl, sind nicht gleichwertig und vielfach finden sich formale Mängel, die leicht vermeidbar waren, denn die meisten Gedichte sind von wirklichem Erleben

und Reichtum des Ausdrucks übervoll. Die Dichterin hat den Schmerz belauscht und liebevoll in Worte gefangen:

„Ihre Augen sind aufgerissene Strassen
Grundlos und in ewiges Dunkel getaucht,
Als ob Sonne und Mond ihrer ewig vergassen
Und nur Schnee und Nebel in ihnen geraucht."

Sie fühlt und schildert die Trennung:

„Seine liebe Wärme
Füllt das Haus nicht mehr,
Es sind alle Stuben
Kalt und leer."

Und das bange Warten, das schreckhafte Hineinhorchen in des fürchterlichen Schicksals Werkstatt findet Ausdruck. Teils auch mit dürstender Wendung.

Und sie schweigt. Denn sie kann von den Dingen nicht reden
Wie früher. Zeitlos die Zeit verrinnt
Das Gestern — ein Haus mit geschlossenen Läden.
Das Morgen — ein Wort. Und doch leise spinnt
Sie das Graugarn des Grams. Es sind neue Fäden
Zu ihrem Kind.

Und auch das bischen Glück, das auf diesem Beet der Schmerzen wachsen kann, erblüht uns in den Versen:

„Ach, dass du wieder da bist!"

F. B-n.

Siegfried Walter Fischer. *Pierrots Kriegsmasken und Gesichte.* Wien-Leipzig 1917. Anzengruberverlag.

Der bekannte Umstand, dass die an der Front Kämpfenden der verschiedenen Völker weder die Hassgefühle noch die Hassgesänge derer hinter der Front aufbringen, bewahrheitet sich bei dem Wiener Dichter-Soldaten Fischer, der jetzt in Russland kriegsgefangen lebt, aufs neue. Schon seine Novellen „Die den Fluch Liliths tragen" (1913) zeigten seine dichterische Begabung in hellem Licht und in der vorliegenden Kriegsdichtungsreihe hält sie ihr Versprechen. Visionär, symbolisch, schemenhaft einerseits, gewaltig, glühend, machtvoll, packend, hinreissend andererseits sind diese Meisterschöpfungen. Hier mischt sich Zartes mit Starkem, Kraftvolles mit Duftigem, entsetzliches Kriegsbrausen mit menschlicher Hoffnungsfreudigkeit zu einem ergreifenden, erschütternden Ganzen, das mit seinen poetischen Gesprächen (zwischen dem Pierrot lunaire und dem Pierrot errant), Betrachtungen und Einzelgedichten turmhoch über dem Durchschnitt der sogen. Kriegsliteratur steht. Ich beschränke mich auf diese wenigen Zeilen und hoffe, dass recht viele Leser nach dem Büchlein greifen werden, das sich auch noch durch Kürze (50 S.) auszeichnet.

L. K.

□□□

1792—1917.

Von LUDO M. HARTMANN (Wien).

Es sind hundertfünfundzwanzig Jahre her. Die französische Revolution hatte ihre ersten Erfolge im Innern errungen. Die neue Verfassung war in Kraft gesetzt, der absolute König — äusserlich wenigstens — in den konstitutionellen Monarchen umgewandelt. Das alte Europa fühlte sich durch die grosse Bewegung bedroht und es wurden zwischen ihm und den besiegten reaktionären Gewalten in Frankreich, ja zwischen ihm und dem Königspaar selbst Fäden hin und her gesponnen. Die Erbitterung gegen die reaktionären Machenschaften im Inneren und im Ausland wuchs in Frankreich von Tag zu Tag und die mehr oder weniger offen republikanische Fortschrittspartei, die am Ruder war, die „Patrioten" — die später sogenannten Girondisten — verlangten die Kriegserklärung und setzten sie durch. „Ein scharfsinniger Mann", so schreibt Aulard, der von der gestrigen radikalen Republik eingesetzte Professor der Geschichte der französischen Revolution, „nämlich Robespierre, sah schon damals voraus, dass der Krieg, ob glücklich, ob unglücklich, den Verlust der Freiheit bedeute." Und derselbe Aulard schliesst sich der Ansicht des grossen Revolutionärs an, indem er ausführt, dass die Kriegserklärung vom 20. April 1792 „ein entscheidendes Datum in der Geschichte des neuen Frankreich und insbesondere in der Geschichte der republikanischen Partei war; denn 1. ist es der Krieg, der die republikanische Partei zur Macht führt; 2. musste die Republik zugrunde gehen, weil sie im Gegensatz zu ihrem Prinzip, in den Kriegszustand versetzt worden war; 3. musste der Krieg mit einer militärischen Diktatur enden, deren Folgen wir noch heute verspüren". Die Analogie mit der russischen Revolution liegt auf der Hand. Der Zar und Ludwig XVI., die Oktobristen und Kadetten und die Girondisten, Tscheidse und

Robespierre haben in ihrer Lage unzweifelhaft Ähnlichkeit miteinander. Wird die Entwicklung die gleiche sein? Wird den Russen ein Napoleon erstehen, der sie bei Austerlitz und Jena zum Siege führt? Werden die schliesslich siegreichen Zentralmächte nach einem Leipzig und Waterloo in Petersburg einziehen, um den Zaren und die Reaktion wieder auf den Thron zu erheben?

Die Ententediplomaten träumen offenbar davon, dass sich die folgenden Akte des Dramas jetzt wieder genau so abspielen sollen wie einst, natürlich mit Ausnahme von Leipzig und Waterloo und dem Einzug der Zentralmächte. Austerlitz und Jena sind die Zielpunkte ihrer Sehnsucht. Und vielleicht möchte gerade England sogar schon früher abbrechen und es nicht gern sehen, dass Mitteleuropa „kosakisch" werde, auch wenn es aus den Anfangsstadien der Revolution Vorteil zu ziehen meinte.

Wie steht es aber in Wirklichkeit? Die Erfolge der französischen Kriegspartei beruhen darauf, dass die modernen Errungenschaften wirklich von den legitimen Mächten bedroht waren, so dass im Anfang der Revolutionskriege wirklich alles, was in der einheitlichen Nation freiheitlich dachte, mitgerissen wurde; erst später trat durch die grossen Erfolge der imperialistische Kampf um die Gloire an die Stelle des Propagandakampfes für die Menschenrechte. Und wer in Frankreich am Alten hing und deshalb mit den Feinden des Vaterlandes sympathisierte, war machtlos und desorganisiert — wer die Folgen des Krieges voraussah, wie der „doktrinäre" Robespierre, war doch nicht imstande, sich auf die Dauer dem Kriege entgegenzustemmen, der scheinbar für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geführt wurde, die er selbst im Innern verfocht.

Die Dumarevolution hat dieselben beiden Feinde wie die Girondisten, nur dass, wie es scheint, beide Feinde stärker sind als vor hundertfünfundzwanzig Jahren. Eine Hemmung sind offenbar die reaktionären Faktoren, die bisherigen Machthaber, die Geistlichkeit, ein Teil der Beamtenschaft und höchstwahrscheinlich der Grossteil der

Bauernschaft, der, im Glauben an das Väterchen Zar aufgewachsen, die Absetzung des Zaren ebensowenig verstehen wird wie ein Teil der Armee. Der andere Gegner, der sich mit der Duma zur Beseitigung des Vergangenen verbündet hat, hat doch andere Zwecke für die Zukunft. Die Revolution hat mit Streiks und Hungerkrawallen begonnen, die keine günstige Vorbedeutung für die Fortführung des Krieges sind, sondern sich gegen den Krieg richten; diese wenigstens sind kein Zeichen für den „Volksimperialismus" der Schichten, die jetzt doch Verbündete der kapitalistischen Duma sind und ihr vorläufig die Kastanien aus dem Feuer geholt haben. Der Krieg dauert schon zweieinhalb Jahre und die Übelstände, welche der Krieg hervorgerufen, haben die Verzweiflung erzeugt. Werden diese Schichten glauben, was man ihnen einreden will, dass die bösen Deutschen an allem Übel schuld sind? Und werden sich die Sozialisten nach diesen Erfahrungen, gegen ihre Prinzipien, für den Kriegszustand einsetzen?

Wie die Dinge nun liegen, können beide natürliche Gegner der Duma, die von rechts und die von links, zu Bundesgenossen der Friedensbestrebungen der Zentralmächte werden. Für diese liegt aber in der Wahl des Bundesgenossen, soweit die Wahl freisteht, eine grosse Entscheidung. Die eine mögliche Kombination, die Verbindung mit der Kontrerevolution, mit der zarischen Reaktion, führt zur antirevolutionären Koalition, zur Heiligen Allianz. Wenn wir bisher auf das Gerede der Westmächte von ihrem Kampfe für Fortschritt und Recht antworten konnten, dass die Entente diesen in Verbindung mit der rückständigsten, barbarischesten Regierung Europas führe — so könnten sie uns jetzt den Vorwurf mit gutem Rechte zurückgeben. Wieder einmal würde Deutschland die schwere moralische Einbusse erleiden, die es immer durch seine enge Verbindung mit Russlands Regierung beim fortgeschrittenen Ausland und bei den modernen Russen erlitten hat, die in ihm eine Stütze der Reaktion sahen. Wir dürfen den Krieg, den uns das zarische Regiment in seiner angeblichen Friedensliebe aufgedrängt hat, nicht

im Bunde mit ihm gegen die russischen Völker weiterführen. Als unsere natürlichen Bundesgenossen müssen wir alle linksstehenden Parteien Russlands betrachten, indem wir ihnen zeigen, dass wir ihren Imperialismus wohl bekämpfen müssen, wenn er uns bedroht, nicht aber ihre revolutionären Forderungen, die Russland in den Kreis der zivilisierten Nationen Europas einführen werden — und die unterdrückten Nationen in Russland, die Polen, aber auch die Ruthenen und die anderen. Wir dürfen die weltgeschichtliche Grösse der Vorgänge in Russland nicht übersehen, sondern müssen sie anerkennen und nicht ankämpfen gegen das, was welthistorisch notwendig ist, um nicht selbst ins Hintertreffen zu geraten. Die letzte Rede des Reichskanzlers hat immerhin gezeigt, dass Preussen nicht mehr das ist, was es vor Jena war, und wenn Scheidemann verlangt, dass die Reste des veralteten Preussen jetzt gleich beseitigt werden, so fordert er nur das Selbstverständliche. Der Zarismus ist tot; er möge begraben bleiben. Die Völker aber wollen auferstehen und ihren Frieden haben.

□□□

Zum Volksstaat!

Als am 4. August 1914 die deutsche Sozialdemokratie sich zur Verteidigung des Vaterlandes in Reih' und Glied einstellte, wäre es richtig gewesen, sofort einen grossen Tag der Freiheiten anzusetzen, an dem überflüssig gewordene Zwangsrechte und Ausnahmsgesetze auf dem Altar der Gemeinsamkeit niedergelegt würden. Das ist aber nicht geschehen und diese Versäumnis bleibt ein dauernder Schade ...

Jetzt erleben wir den grössten Freiheitskrieg der Menschengeschichte, wir erleben ihn, unser Geschlecht. Ob wir dieses Freiheitskrieges wert sind? Der Kanzler hat gesagt, dass das neue Volk vorhanden ist. Möge es zeigen, dass es da ist!

Friedrich Naumann, Die Hilfe, 15. März 1917.

Am Grabe Franz Brentanos.

Von FR. W. FOERSTER.

In ſeinem 80. Lebensjahre ist der berühmte Philoſoph von uns geſchieden. der noch vor einem Jahre unſerer Zeitſchrift durch eine ſeiner ſeltenen Veröffentlichungen einen Beweis ſeiner Sympathie gegeben hat. Seit mehr als einem Jahrzehnt von Finſternis umgeben, iſt Franz Brentano allen, die ihm nahen durften, eine Quelle des Lichts geworden. Angeſichts der tief erſchütterten Zeugen dieſes langjährigen Überwindens aller Erdenſchwere durch die innere Heiterkeit eines freien Geiſtes, trat Friedrich W. Foerster an das offene Grab und ſprach die ehrfurchtsvollen Worte des Scheidens.

Lebe nun wohl. ehrwürdiger und teurer Freund – heute, wo wir Dein Irdiſches der Erde übergeben, da wollen wir uns noch einmal von ganzer Seele vergegenwärtigen, wie ſehr Du dein Leben lang stets weit über dieſe Erde hinausgedacht haſt: Du haſt in einer Zeit, in der auf allen Gaſſen nur das Greifbare und Sichtbare angebetet wird, mit begeiſterter Stimme den Glauben an eine höhere Welt verkündet, Du haſt in einer Zeit, in der ſich ſogar die Philoſophie in Kleinkram verliert, die Überzeugung von der Wirklichkeit Gottes mit der Autorität der Philoſophie gedeckt, haſt die Beſchäftigung mit dem Überirdiſchen als die eigentliche Aufgabe der Philoſophie bezeichnet und dein ganzes Leben zu einem Prieſtertum dieſer Aufgabe gemacht; wer das nicht aus Deinen Schriften geleſen hat, der konnte es aus dem nach oben gerichteten Ausdruck Deines Antlitzes erkennen – Dein Auge, obwohl erloſchen, schien immer wahrhaft ergreifend nach dem zu ſchauen, was über dem Staube ist; Deine Geſpräche, auch wo ſie das Alltägliche berührten, trugen ſtets das verworrene und ratloſe Menſchenleben zu Gott empor, wo Du allein den Sinn für das Sinnloſe fandeſt; Du warſt wahrlich ein Vertreter jenes alten Deutſchtums, an dem die Welt hätte geneſen können, Du ließeſt uns hoffen, daß dieſes Feuer einſt wieder entflammen wird ... Nun ſtehen wir an Deinem offenen Grabe, nun geben wir dem Staube, was irdiſch an Dir war – aber gerade, wenn jetzt die harte kalte Erde auf Deinen Sarg fällt, ſo wollen wir deſto lauter den Glauben bekennen, daß wir Dich nicht an die Erde verlieren; wir wollen unſere Gedanken dorthin erheben, wohin Dein ganzes edles Leben und Denken gerichtet war, zu jener geiſtigen Welt, der Dein tiefſtes Weſen angehörte, zu dem himmliſchen Vater, an den Du mit der ganzen Kraft Deiner Seele geglaubt haſt ...

Wofür kämpfen die Völker?

Von Dr. SIGMUND FEIST (Berlin).

In allen kriegführenden Ländern bestehen intransigente Parteien, deren Kriegsziele für jeden ruhig Denkenden (selbst im eigenen Lande) weit über das Mass des Erreichbaren hinausschiessen. So, wenn in Deutschland die Alldeutschen eine Besitzergreifung von Belgien, der Nordküste Frankreichs, der russischen Ostseeprovinzen und eines Teiles der englischen Kolonien fordern. In Frankreich reden Schriftsteller, die ernst genommen werden wollen, von einer mehr oder minder verhüllten Annexion des ganzen linken Rheinufers, wobei Belgien eventuell einen Teil abbekäme; Russlands panslavistische Kreise verlangen zum mindesten Ostpreussen, Posen, Galizien und Konstantinopel mit den Meerengen für ihr Vaterland. Englands Kriegsschürer wollen die eroberten deutschen Kolonien behalten und im übrigen den preussischen oder deutschen Militarismus „zerschmettern".

Es fragt sich, wie weit diese ultra-nationalistischen Kreise beim Friedensschluss von Einfluss auf die Staatsmänner der kriegführenden Länder sein werden. Eine weitere Frage ist, ob diese extremen Einflüsse bei beiden Mächtegruppen gleich stark sind. Hier stossen wir meines Erachtens auf einen bemerkenswerten Unterschied zwischen den Kriegsparteien. Während bei dem Zehnverbande jede Macht ihre, auch offiziell nicht verhüllten, Eroberungsgelüste verkündet, hat man auf Seiten der Mittelmächte von keinem regierungsseitig verbürgten Anspruch auf Gebietszuwachs gehört. Das schliesst natürlich nicht aus, dass solche Wünsche auch bei dieser Gruppe bestehen mögen. Aber sie können aus naheliegenden Gründen nicht den Umfang erreichen wie beim Zehnverband. Zunächst scheiden bei einem derartigen Verdacht Österreich-Ungarn und die Türkei ganz aus; ihr Ziel ist in der Hauptsache

Erhaltung ihres gegenwärtigen Besitzstandes, und es kann kein Zweifel bestehen, dass sie von einem solchen Ausgang des Krieges höchst befriedigt wären. Anders Bulgarien, das seit dem Balkankrieg von 1912/13 eine Rechnung mit Serbien und Rumänien zu begleichen hat. Aber ob Mazedonien und die Dobrudscha ihren bisherigen Besitzern genommen und den Bulgaren verbleiben oder an die Serben bzw. Rumänen zurückfallen werden, ist nur eine der Nebenfragen bei den Friedensverhandlungen, die ihrer Anknüpfung nicht im Wege stehen würden. Es bleibt also von der Partei der Mittelmächte nur Deutschland übrig, dessen Ansprüche bei einer etwaigen Anbahnung des Friedens von entscheidendem Gewicht wären. Liegen hierüber auch noch keine offiziellen Äusserungen vor, so haben wir genügend Andeutungen von Parlamentariern, denen man Fühlung mit Regierungskreisen nachsagt, ebenso wie viele Presseerörterungen, so dass man mit einiger Wahrscheinlichkeit sagen kann: Deutschland wird — immer vorausgesetzt, dass es zum mindesten seine gegenwärtige militärische Stellung behält — keinen Anspruch auf wesentliche Gebietsvermehrung im Westen machen. Möglich, dass man auf Grenzberichtigungen besteht, um die militärische oder wirtschaftliche Lage zu verbessern; aber an eine Annexion Belgiens oder von Teilen von Nordfrankreich wird kein einsichtiger deutscher Politiker denken wollen. Hat man in Deutschland doch an dem kleinen Elsass-Lothringen geradezu noch genug zu verdauen! Man wird wohl Garantien wünschen, dass Belgien nicht eine englisch-französische Plattform gegen die Sicherheit des Deutschen Reiches bleibt; darüber hinaus aber geht Deutschlands Ehrgeiz nicht.*) Anders ist die Lage im Osten. Das Königreich Polen ist aufgerichtet, und man mag über die Berechtigung der Mittelmächte zu

---

*) Die Note betreffs des unbeschränkten U-Boot-Krieges, die dem amerikanischen Botschafter in Berlin am 31. Januar d. J. vom Staatssekretär Zimmermann überreicht wurde, gibt nunmehr den der oben ausgesprochenen Ansicht entsprechenden Standpunkt der deutschen Regierung kund.

diesem Schritt denken, wie man will; ungeschehen ist er nicht mehr zu machen, selbst in dem Falle eines siegreichen Ausgangs des Krieges für Russland. Es hätte denn für Jahrzehnte wieder den Brandherd in seinem Innern, an dem es die ersten zwei Drittel des 19. Jahrhunderts krankte. Polen wird also beim Friedensschluss anerkannt werden müssen; sein Umfang und sein Anschluss an die eine oder andere Gruppe hängt vom Ausgang des Krieges ab. Somit ergibt sich bei einem für Russland nicht siegreichen Ausgang des Krieges für seine Ostseeprovinz Kurland dieselbe geographische und militärische Lage, wie sie bei Kriegsbeginn für Ostpreussen bestand: ein schmaler Zipfel, der an zwei Stellen der feindlichen Invasion ausgesetzt ist. Einen stellenweisen natürlichen Schutz, wie ihn Ostpreussen durch die masurische Seenkette besitzt, hat Kurland nicht aufzuweisen. Es ist fraglich, ob Russland beim Friedensschluss auf dem Besitz eines so exponierten Teiles seines Reiches bestehen oder ihn nicht lieber gegen Zugeständnisse an andern Grenzen aufgeben würde. Deutschlands einzig mögliche Gebietsansprüche im Osten wären also, eventuell durch Entschädigung Russlands an anderer Stelle, ohne allzugrosse Schwierigkeiten zu erreichen, da sie mit Russlands Interessen nicht mehr zusammenstossen. Der Ausgang zur Ostsee würde diesem ja mit dem Besitz von Riga und seiner Bucht genügend gesichert sein.

Die Deutschland von der Ententepresse zugeschriebenen Eroberungsgelüste bestehen in Wirklichkeit nicht. Wenn die Morning Post z. B. bei der Besprechung der Wilsonschen Note meint, Deutschland kämpfe für die Eroberung der Welt und habe sich vorgenommen, Europa zu besiegen, so ist das eine wohlberechnete Verdrehung der wirklichen Sachlage. Weiter sagt das Blatt: Nach Besiegung Europas, einschliesslich Englands, blieben die Vereinigten Staaten übrig, und weder die Monroe-Doktrin noch die amerikanische Flotte würde genügen, um das reiche, grosse und fast unbeschützte Gebiet Nord- und Südamerikas zu verteidigen! Das schreibt ein führendes

Organ eine Landes, das Kanada und grosse Inseln des westindischen Archipels besitzt und auch in Südamerika festen Fuss gefasst hat, wo überall Deutschland nicht einmal eine Kohlenstation sein eigen nennt! Und auf welche Gründe gestützt werden Deutschland diese Weltherrschaftsgelüste zugeschrieben? Hat es in den 44 Jahren seines Bestehens etwa Angriffs- und Eroberungskriege geführt? Ach nein, es hat seinen Handel ausgedehnt, hat sich in kommerzieller Hinsicht in einigen südamerikanischen Staaten eine geachtete Stellung errungen. Die gönnt man ihm nicht. Für Deutschland gelten in viel höherem Masse die Ziele, die dasselbe Blatt als die englischen hinstellt: Wir kämpfen erstens für unser Leben, zweitens für alles, was wir besitzen, drittens für unsere Freiheit, den Besitz und die Freiheiten unserer Verbündeten und schliesslich für das Leben, den Besitz und die Freiheiten der übrigen Welt einschliesslich der beiden Amerika.

Wenn also in Wahrheit dies die Kriegsziele der Verbündeten wären, so hätte Präsident Wilson ja vollkommen Recht, wenn er von ihrer wesentlichen Gleichartigkeit bei allen kämpfenden Völkern spricht. Weshalb haben sich also die Staatsmänner und die Presse der Entente gerade über diesen Passus der amerikanischen Note so sehr aufgeregt? Die Antwort ist leicht zu geben: weil diese angeblichen Ziele nicht mit den wirklichen Absichten der Verbündeten übereinstimmen, wie auch deutlich aus ihrer Antwort an Wilson hervorgeht, die in der nun schon oft erörterten Weise die Zertrümmerung der Türkei und Österreich-Ungarns, sowie die Wehrlosmachung Deutschlands als Kriegsziele hinstellt. Und wie steht es mit dem Kampfe für die Freiheit der kleinen Staaten? Die Behandlung Griechenlands durch den Vierbund ist eine Probe dieser Freundschaft für die Schwachen! Soll man bei solcher Unaufrichtigkeit wirklich noch an die Herrschaft der Logik in der Welt glauben?

Man verzweifelt an ihr auch, wenn man daran denkt, wie gross bei allen Völkern ohne Ausnahme die Friedenssehnsucht ist, und dass demungeachtet Staatsmänner und

Zeitungsschreiber bei den Verbandsmächten immer wieder die Kriegsleidenschaft aufstacheln. Wie erklärt sich ein so seltsames Phänomen? Der schwedische Historiker Kjellén hat jüngst darauf hingewiesen, dass die Parlamente in allen Staaten längst nicht mehr den Volkswillen darstellen. Sie haben sich seit Kriegsbeginn mit ihrer überwältigenden Majorität in das Schlepptau der Regierungen begeben und dieser Zustand dauert nach dem Gesetz der Beharrung (man kann es auch das Gesetz der „Trägheit“ nennen) noch immer an. Um den wahren Volkswillen, auch den der Frontsoldaten, kennen zu lernen, müssten in allen Ländern Neuwahlen ausgeschrieben werden. Die Regierungen kämen dabei freilich zumeist schlecht weg. In Australien z. B. ist bei einer Volksabstimmung die allgemeine Wehrpflicht mit grosser Mehrheit abgelehnt worden. Die Zahlen der Abstimmung der australischen Soldaten an der Front sind hierbei sehr lehrreich: gegen 40,000 Ja stehen 106,000 Nein. Da die absolute Mehrheit der Gegner der Wehrpflicht 61,000 betrug, so ergibt sich die überraschende Tatsache, dass sie mit Hilfe der Frontsoldaten zu Fall gekommen ist, während sie von den Daheimgebliebenen mit einer allerdings geringen Mehrheit angenommen worden war. Nicht anders wie bei den englischen Kolonialsoldaten liegen die Verhältnisse bei den Fronttruppen der europäischen Völker; überall, bei Engländern, Franzosen, Deutschen usw. besteht nach einwandfreien Mitteilungen ein ausgesprochenes Friedensbedürfnis. Den Wunsch nach einer Fortsetzung des Krieges hegen nur die am Ruder befindlichen Diplomaten der Verbandsmächte und die Leitartikler ihrer Hetzpresse.

Unter diesen Umständen würde eine Verständigung zwischen den Kriegführenden nicht auf unüberwindliche Schwierigkeiten stossen, wenn der unverfälschte Volkswille überall zum Ausdruck gelangen könnte. Aber unter all dem Lärm kriegswütiger Noten und massloser Drohungen an die Adresse der Mittelmächte dringt doch hie und da an versteckter Stelle ein Lichtstrahl ehrlicher Selbsterkenntnis beim Vierverband durch. So, wenn

Emile Godefroy in einem Aufsatz des „*Almanach des Lettres et des Arts*“ für 1917 sich gegen die in Frankreich jetzt weitverbreitete Unsitte wendet, die Deutschen als „Barbaren“ und „Räuber“ zu bezeichnen. Er macht darauf aufmerksam, dass „die deutschen Soldaten in ihrem Privatleben Bauern, Kaufleute, Gelehrte, Geistliche sind, ganz wie die französischen Soldaten. Wie könne der Krieg Räuber aus ihnen gemacht haben? Er hat sie zu Soldaten gemacht, die ihren rechtmässigen Führern gehorchen und für das Heil oder die Vergrösserung ihres Vaterlandes sterben. Man solle doch endlich aufhören, in wüsten Ausdrücken von den Feinden und ihrer Kriegführung zu sprechen. Damit entehre sich Frankreich nur selbst. Die Deutschen seien durchaus nicht in allem der Achtung unwürdig.“.

Solche Stimmen hört man gern. Sie lassen die Hoffnung nicht zuschanden werden, dass der Paroxysmus des Hasses, der gegenwärtig die Völker Europas vergiftet, endlich an seinem Übermass zugrunde gehen und vernünftiger Überlegung Platz machen werde. Dann wird die Erkenntnis sich Bahn brechen, dass keiner der europäischen Nationen mit der Zerschmetterung einer andern gedient ist, sondern dass nur gegenseitige Zugeständnisse und wohlwollende Berücksichtigung der Interessen des Nachbarvolkes einen dauernden Frieden verbürgen können. Gewiss mag eine Liga der Völker, wie sie sich Wilson denkt und wie die deutsche Regierung sie nach dem Friedensschluss für möglich hält, dem Wohl der gesamten Menschheit von Nutzen sein, ganz wie die heilige Allianz nach dem mehr als zwanzigjährigen Morden der Revolutionskriege und der napoleonischen Ära von Europa aufatmend begrüsst wurde. Aber sie kann doch nur entstehen und bestehen, wenn die Völker ohne ein Gefühl der Demütigung in sie eintreten, wenn sie die Sicherheit haben, dass innerhalb des Völkerbundes jedes einzelne Glied, ob gross oder klein, seine selbständige Stellung einnehmen kann und von dem Nachbarvolke mit Achtung und Rücksichtnahme behandelt wird.

Die europäische Anarchie.

Von G. LOWES DICKINSON.

(Schluss.)

Die beiden letzten Jahre.

So hätten wir denn das Jahr 1913 und das Ende der Balkankriege erreicht, ohne dass wir an der deutschen Politik, wie sie bis dahin geleitet wurde, irgendwelche unzweideutige Anzeichen des Entschlusses, Europa in einen Krieg zu stürzen, entdecken konnten. Wir haben alle Staaten, Deutschland eingeschlossen, in einem Wettbewerb um Kolonien und Export angetroffen, der nicht selten den Frieden Europas in Gefahr setzte. Wir haben gesehen, wie Deutschland seine Interessen in der Türkei erfolgreich förderte, wie England Südafrika, Frankreich Marokko, Italien Tripolis eroberte, wie sie alle in China raubten; bei allen diesen Unternehmungen fanden wir sie jeden Augenblick hart davor, einander an die Kehle zu fahren. Doch scheint eine Art von Selbsterhaltungstrieb sie noch beizeiten zum Rückzug getrieben zu haben. Alle diese Krisen sind ohne Krieg überwunden worden. Aber ganz ohne Wirkung sind sie natürlich nicht geblieben. Wahrscheinlich wurde bei einzelnen Staatsmännern, wie Sir Edward Grey, die Leidenschaft für den Frieden durch die Erinnerung an die überstandenen Gefahren noch verstärkt. Bei anderen ist zweifellos die Endwirkung die entgegengesetzte gewesen, und sehr wahrscheinlich haben um 1913 herum einige einflüssreiche Staatsmänner in Europa bereits die Überzeugung gehegt, dass der Krieg kommen müsse; sie wirkten nur noch darauf hin, dass der Ausbruch zu einer solchen Zeit und aus einem solchen Anlasse erfolgen möge, wie es für ihr Land am günstigsten wäre.

Als Beispiel zitiert D. die Äusserung, welche angeblich der deutsche Kaiser zum König von Belgien im November 1913 gemacht habe, dass der Krieg mit Frankreich unvermeidlich sei. Er selbst zweifelt an der Authentizität dieses von Deutschland aus dementierten Berichtes, nimmt ihn aber als Beweis an, dass jedenfalls nach Ansicht der Berichtenden erst um diese Zeit eine Sinnesänderung erfolgt sein soll, wie denn auch die belgischen Gesandten einmütig hervorheben, dass Wilhelm II. vorher bei vielen kritischen Gelegenheiten seinen Einfluss zugunsten des Friedens geltend gemacht habe. Und noch für 1914 beweisen die oben erwähnten Verträge, dass auch eine Teilung Afrikas auf friedlichem Wege zustande gekommen wäre.

Da kam die Schreckenstat von Serajewo und brachte den Kriegsausbruch.

Dickinson lehnt die Auffassung ab, dass England für den Krieg verantwortlich sei, weil es Russland vom Kriege hätte abhalten können. Wer weiss das so sicher? Nach seiner Ansicht hat Sir Edward Grey in den kritischen Tagen bei allen seinen Verhandlungen nur einen Zweck vor Augen gehabt, nämlich, den Krieg zu verhindern. Dagegen sei Österreich entschlossen gewesen, seinen Streit mit Serbien auszufechten auf die Gefahr eines europäischen Krieges. Warum ist es trotzdem von Deutschland gedeckt worden? *)

Was den Kaiser selbst betrifft, so kann wohl nur geringer Zweifel herrschen, dass eine Hauptursache seine Entrüstung über die Ermordung des Erzherzogs gewesen ist. Das System der Autokratie gibt den Gemütsbewegungen eines einzelnen Menschen ein verhängnisvolles Gewicht bei Entscheidungen über Weltpolitik; und das besonders starke Empfinden des deutschen Kaisers für die Heiligkeit gekrönter Häupter war zweifellos eine Hauptursache, dass Deutschland die österreichische Politik bei Absendung des Ultimatums an Serbien stützte. Nach dem Zeugnis des belgischen Gesandten, Baron Beyens, soll der Kaiser bei der Nachricht von der Ermordung des Erzherzogs die Farbe gewechselt und ausgerufen haben: „Mein ganzes Lebenswerk während der letzten 25 Jahre muss wieder von vorne anfangen." Auch dieser tragische Aufschrei bestätigt meine persönliche Auffassung, dass der Kaiser sich bis dahin unausgesetzt bemüht hatte, den Frieden in Europa zu behaupten und dass er nun die Unmöglichkeit einsah, sich noch länger dem Kriege zu widersetzen.

Doch dürfte der Kaiser ursprünglich nur die Absicht gehabt haben, einem Krieg zwischen Österreich und Serbien zuzustimmen. Noch mochte er hoffen, den europäischen Krieg zu vermeiden. Und in der Tat ist guter Grund vorhanden, anzunehmen, dass er sowohl wie das deutsche Auswärtige Amt wirklich diese Hoffnung oder Illusion nährten. Im Jahre 1908 hatten sie Russland eingeschüchtert; sie hatten die gefährliche Vorstellung, dass sie Russland abermals durch einen blossen Bluff vom Kriege abschrecken könnten.

Diesbezüglich berichtet Baron Beyens ein Gespräch mit Bollati, dem italienischen Botschafter in Berlin, in welchem der letztere die Ansicht aussprach, man wäre in Wien und Berlin überzeugt, dass Russland trotz aller kurz vorher ausgetauschten offiziellen Versicherungen des Zaren und Poincarés bezüglich der vollkommenen Kriegsbereitschaft ihrer Armeen nicht in der Lage

*) Von hier bis zum Schluss bringen wir die Ausführungen des Verf. auf seinen Wunsch unverkürzt in wörtlicher Übersetzung. Die Red.

sei, einen europäischen Krieg auszuhalten und es nicht wagen würde, sich in ein so gefahrvolles Abenteuer zu stürzen.

Baron Beyens fährt fort: „In Berlin herrschte die Ansicht, Russland sei für einen europäischen Krieg nicht gerüstet, nicht bloss in der amtlichen Welt und in der Gesellschaft, sondern auch in den Munitions- und Waffenfabriken. Krupp selbst, dessen Meinung in dieser Sache die massgebendste ist, liess sich noch am 28. Juli an einem Nachbartische im Hotel Bristol in dem Sinne vernehmen, dass die russische Artillerie weder an Quantität noch an Qualität ausreichend sei, während die deutsche noch niemals von so überlegener Qualität gewesen sei. Bei dieser Sachlage einen Krieg gegen Deutschland und Österreich zu wagen, würde eine Torheit seitens Russlands sein, und das wissen auch seine grossen Munitionsfabrikanten."

Aber während die Absichten des deutschen Auswärtigen Amtes und, wie ich zu vermuten geneigt bin, des Kaisers selbst nur auf einen Bluff hinausliefen, mussten noch andere wichtige Faktoren berücksichtigt werden. Es scheint fast gewiss, dass an einem bestimmten Punkte der Krisis die Herrschaft über die Situation den Zivilbeamten von den Militärs entrissen wurde. Ihre Stellungnahme zu verstehen ist nicht schwer. Sie glaubten, wie dies Berufssoldaten gewöhnlich tun, an die Unvermeidlichkeit des Krieges und naturgemäss hatten sie auch ein berufsmässiges Interesse, einen Krieg zu führen. Hierüber lässt Bourdon den deutschen Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, schon im Jahre 1912 sagen (L'Enseigne Allemande, p. 96):

„Die Soldaten denken an Krieg. Dies ist ihr Beruf und ihre Pflicht. Sie sagen uns, dass die deutsche Armee in guter Ordnung ist, dass die russische ihre Reorganisation noch nicht vollendet hat, dass jetzt der Augenblick günstig wäre . . ., aber seit 20 Jahren schon sagen sie beständig dasselbe."

Die Gefahr in einem Militärstaate ist immer die, dass im Augenblicke einer Krise die Soldaten die Entscheidung an sich reissen, wie sie dies bei dieser Gelegenheit durchgesetzt zu haben scheinen. Von ihrem Standpunkt aus hatten sie guten Grund dazu. Sie wussten, dass Frankreich und Russland, auf Grund einer beiderseitigen Verabredung, enorme militärische Vorbereitungen machten; sie wussten, dass diese Vorbereitungen um Anfang 1917 herum ausgereift sein würden; sie wussten, dass damals Deutschland unter ungünstigeren Umständen werde zu kämpfen haben; und sie sagten: Besser, den Krieg jetzt gleich durchführen! Die folgende Depesche des belgischen Gesandten Baron Beyens vom 26. Juli darf vermutlich als angemessene Darlegung der damaligen Anschauungen in militärischen Kreisen hingenommen werden:

Um diese Schlussfolgerungen zu rechtfertigen, muss ich

Ihnen die im deutschen Generalstab vorherrschende Meinung ins Gedächtnis rufen, nämlich, dass ein Krieg mit Frankreich und Russland nahe und unvermeidlich bevorsteht, eine Meinung, welche zu teilen auch der Kaiser bewogen worden ist. Ein derartiger Krieg wird von der Militärpartei und den Alldeutschen heiss ersehnt und könnte, wie diese Parteien glauben, heute unter Bedingungen geführt werden, welche für Deutschland äusserst günstig wären und in absehbarer Zeit sich nicht wieder so günstig einstellen werden. Deutschland hat auf Grund des Wehrgesetzes von 1912 die Verstärkung seiner Armee durchgeführt und hat andererseits das Gefühl, dass es nicht ohne seinen Ruin das Wettrüsten mit Frankreich und Russland endlos fortsetzen kann. Der Wehrbeitrag ist für die deutsche Reichsregierung eine Enttäuschung gewesen, da er ihr die Grenzen des deutschen Nationalreichtums blossgelegt hat. Russland hat den Fehler begangen, mit seiner militärischen Kraft Parade zu machen, bevor es seine Armeeorganisation vollendet hat. Diese Macht wird erst in ein paar Jahren wirklich furchtbar sein; jetzt verfügt sie noch nicht über die zu ihrer vollen Entfaltung notwendigen Eisenbahnlinien. Was Frankreich betrifft, hat Charles Humbert seine Rückständigkeit an schwerem Geschütz enthüllt, und doch ist es allem Anschein nach gerade diese Waffe, welche über das Schicksal der Schlachten entscheiden wird. Der letzte Partner des Dreiverbandes, England, dessen Bund mit Frankreich und Russland zu lockern übrigens die deutsche Staatskunst nicht ganz ohne Erfolg in den letzten zwei Jahren versucht hat, wird durch innere Zwistigkeiten und die irische Streitfrage lahmgelegt. (II. Belg. Graubuch Nr. 8.)

Man beachte, dass Baron Beyens annimmt, der deutsche Kaiser sei schon am 26. Juli unter dem Einflusse der Militärpartei gewesen. Andererseits glaubt er noch am 5. August, dass das deutsche Auswärtige Amt unentwegt für den Frieden gearbeitet habe. Er berichtet über eine Zusammenkunft mit Herrn Zimmermann, welche an jenem Tage stattgefunden habe:

„Aus dieser Unterredung habe ich den Eindruck mitgenommen, dass Herr Zimmermann zu mir mit gewohnter Aufrichtigkeit sprach, dass ferner das Auswärtige Amt Deutschlands seit dem Ausbruch des austro-serbischen Streites sich für eine friedliche Lösung eingesetzt habe, und dass es nicht seine Schuld gewesen ist, wenn seine Anschauungen und Ratschläge nicht massgebend gewesen sind. ... Eine höhere Macht trat dazwischen und überstürzte den Lauf der Ereignisse. Was den Krieg tatsächlich eröffnet hat, war jenes deutsche Ultimatum an Russland, das gerade in einem Augenblicke nach St. Petersburg abgesendet wurde, in welchem das Wiener Kabinett sich zu einer versöhnlichen Haltung geneigter zeigte." (II. Belg. Graubuch Nr. 52.)

Warum ist das deutsch-russische Ultimatum abgesendet worden? Nach den Verteidigern des deutschen Standpunktes deshalb, weil Russland im kritischen Momente an der deutschen

Grenze mobilisierte und dadurch den Krieg unvermeidlich machte. Es kann auch wirklich nicht bezweifelt werden, dass die Spannung in jenen kritischen Tagen durch Mobilisation und Mobilisationsgerüchte enorm gesteigert wurde. Auf diese Gefahr hat der österreichische Botschafter in Petersburg schon in einer Depesche vom 26. Juli klar hingewiesen:

„Auf Grund von Gerüchten über Massnahmen zur Mobilisierung russischer Truppen hat der deutsche Botschafter Graf Pourtalès die Aufmerksamkeit des russischen Ministers auf den Umstand gelenkt, dass unter den gegenwärtigen Umständen Mobilisationsmassregeln eine äusserst gefährliche Form der diplomatischen Pression sein würden. Denn in diesem Falle würde die rein militärische Erwägung der Frage durch die Generalstäbe massgebend werden, und wenn einmal in Deutschland auf diesen Knopf gedrückt würde, so würde die Situation unbeherrschbar werden.“ (Öst. Rotbuch Nr. 28?)

Andererseits muss allerdings daran erinnert werden, dass im Jahre 1909 Österreich-Ungarn gegen Serbien und Montenegro und 1912—1913 sogar Russland und Österreich gegeneinander mobilisiert hatten, ohne dass es deshalb zum Krieg gekommen wäre. Auch ist es bei der Langsamkeit der russischen Mobilisation schwer zu glauben, dass ein Tag oder zwei für Deutschland den Unterschied zwischen Sicherheit und Ruin bedeutet haben würden. Doch mochte der Kaiser von seinen Militärs im letzteren Sinne informiert worden sein und ehrlich glauben, sein Land sei in höchster Gefahr.*) Darüber wissen wir nichts Bestimmtes; was wir aber bestimmt wissen, ist, dass es das deutsche Ultimatum an Russland war, welches den allgemeinen Ausbruch des Krieges rasch nach sich zog. Doch berichtet Baron Beyens, dass das Auswärtige Amt noch im letzten Augenblick eine Anstrengung zur Rettung des Weltfriedens machte:

Als am Mittag des folgenden Tages noch keine Antwort von St. Petersburg gekommen war, eilten, wie mir Zimmermann erzählt, dieser und Jagow zum Reichskanzler und zum Kaiser, um die Hinausgabe des Allgemeinen Mobilisationsbefehls hintanzuhalten und Se. Majestät zu überreden, damit bis zum folgenden Tag zu warten. Es war die letzte Anstrengung ihres sterbenden Pazifismus oder das erste Erwachen ihres Gewissens. Ihre Anstrengungen mussten sich an der Mauer brechen, welche ihnen die unüberwindliche Hartnäckigkeit des Kriegsministers und der Armeekommandanten entgegenstellte, indem sie dem Kaiser die verhängnisvollen Folgen einer Verzögerung um weitere 24 Stunden vor Augen stellten. *(L'Allemagne avant la guerre*, p. 301.)

*) Nach den Erfahrungen bezüglich der Überschwemmung Ostpreussens durch die plündernden Russen am 5. Tage nach der Kriegserklärung war diese Besorgnis in der Tat nicht unbegründet. D. Red.

Die Verantwortung. Die Lehre der Geschichte.

Aus dieser kurzen Darstellung dürfte man ersehen, dass ich auf Grund der veröffentlichten und mir zugänglichen Beweismaterialien zu derselben Überzeugung gelangt bin, wie sie, glaube ich, ausserhalb Deutschlands gang und gäbe ist, dass die Verantwortung im letzten Moment des Kriegsausbruches den Zentralmächten zur Last liegt.*) Das österreichische Ultimatum an Serbien, das der deutschen Regierung bekannt gewesen und von ihr gebilligt worden sein muss, was man vernünftigerweise doch nicht gut bezweifeln kann, war das erste Verbrechen. Dabei kann man die Hoffnung, Russland könnte vom Kriege ferngehalten und der Krieg auf Österreich und Serbien beschränkt werden, kaum als mildernden Umstand gelten lassen, da sich gut informierte Leute eben dieser Hoffnung nicht hätten hingeben dürfen. Das zweite Verbrechen war das Ultimatum Deutschlands an Russland und Frankreich.

Ich will diese klaren Tatsachen in keiner Weise hinwegklügeln oder beschönigen. Andererseits aber bezwecke ich mit dieser meiner Schrift keineswegs bloss eine Wiederholung dieser bei meinen (englischen) Lesern landläufigen Urteile. Ich will vielmehr nur dem tragischen Verlauf der diplomatischen Verhandlungen in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch in dem ganzen verwickelten Geschichtszusammenhang der internationalen Politik seinen gebührenden Platz einräumen.

Dagegen bestreite ich aus vollster Überzeugung die anscheinend in England fast allgemein herrschende Ansicht, dass Deutschland in den vorausgegangenen Jahren eine Politik des Krieges verfolgt habe, während alle anderen Mächte eine Friedenspolitik getrieben hätten. Ich bin davon überzeugt, dass der von Deutschland schliesslich provozierte Krieg als „Präventivkrieg“ gedacht war, d. h. dem Glauben entsprungen, dass, wenn Deutschland nicht damals losschlug, es später gezwungen sein würde, sich unter weit ungünstigeren Bedingungen zu schlagen. Was ich geschrieben, wäre vergeblich geschrieben, wenn ich den Leser nicht davon überzeugt hätte, dass die europäische Anarchie unvermeidlich diese Geistesverfassung bei den Mächten hervorruft und dass sie alle fortwährend unter der Herrschaft der Kriegsbedrohung leben. Um die Handlungsweise jener zu verstehen, die in Deutschland

*) Wir wollen hier dem Leser kurz in Erinnerung bringen, dass Dickinson als Engländer für Engländer schreibt. Übrigens ist die Frage der Verantwortlichkeiten, die erst in der Zukunft lösbar ist, gerade für Dickinsons Standpunkt unwesentlich und tritt zurück hinter den Ausführungen, welche das europäische System unter Anklage stellen, nicht einzelne Menschen oder Völker. D. Red.

in jenen kritischen Tagen am Ruder standen, muss man sich all das vergegenwärtigen, was ich im Vorstehenden hervorgehoben habe: die allgemeine Lage, wegen deren die Mächte der Entente sich gegen die des Dreibundes gruppierten; die Rüstungen und Gegenrüstungen; die kolonialen und wirtschaftlichen Rivalitäten; die Rassen- und Nationalitätsprobleme in Südosteuropa; und die lange Reihe früherer Krisen, die in jedem einzelnen Falle wohl glücklich überwunden waren, jedoch immer Misstrauen und Furcht hinterliessen, so dass jede neue Krise ärger wurde als die frühere. Ich will die Verantwortung Deutschlands am Kriegsausbruch nicht abschwächen. Aber diese seine Verantwortung war in eine tiefere und allgemeinere verstrickt und durch sie bedingt, nämlich durch die Verantwortung aller Mächte an der europäischen Anarchie. Habe ich den Leser davon überzeugt, dann wird er, so glaube ich, leicht zu einer weiteren Folgerung mit mir gehen. Da die Ursachen dieses Krieges und aller Kriege so tief im ganzen internationalen System liegen, können sie nicht dauernd durch „Bestrafung“ oder „Vernichtung“ oder irgendeine andere drastische Behandlung irgendeiner Macht getilgt werden, und wäre diese Macht auch noch so schuldig. Wie dieser Krieg auch ausgehen mag, eines ist sicher: er wird Europa keinen dauernden Frieden bringen, wenn er im Geiste und in der Organisation der internationalen Politik keine grundlegende Veränderung herbeiführt.

Welcher Art diese Veränderung sein muss, kann aus der voranstehenden Erörterung der Kriegsursachen abgeleitet werden. Der Krieg entstand aus dem Wettbewerb der Staaten im Streben nach Macht und Wohlstand. Das ist allgemein anerkannt. So sehr auch die Meinungen in den verschiedenen betroffenen Staaten auseinandergehen, so behauptet doch niemand, dass der Krieg irgendwelchem Kulturbedürfnis, irgendeinem Antriebe von Grossmut oder edlem Ehrgeiz seine Entstehung verdankt. In England denkt man allgemein, der Krieg sei einzig und allein durch das Streben Deutschlands verschuldet, Länder und Macht an sich zu reissen. Und in Deutschland denkt man allgemein, dass er durch das Streben Englands entstanden sei, Deutschlands Wachstum an Macht und Wohlstand zu stören und zu vernichten. So erscheint jeder kriegführenden Partei der Krieg als ein durch blosse Bösartigkeit gegen sie entfesselter, und er hat von keinem Standpunkt aus eine sittliche Rechtfertigung. Allerdings sind diese beiden Auffassungen angesichts der Tatsachen zu einfach. Aber der im Vorstehenden gegebene, wenn auch unvollkommene Bericht zeigt klar — was weitere Mitteilungen noch

deutlicher machen werden — dass der Krieg aus der Rivalität aller Grossmächte der Welt um die Herrschaft entstand. Der Zwist zwischen Frankreich und Deutschland wegen Marokko, derjenige zwischen Russland und Österreich wegen des Einflusses auf der Balkanhalbinsel, und derjenige zwischen Deutschland und den andern Mächten wegen der Türkei — das waren die Ursachen des Krieges.

Und diesem Zwist um die Vorherrschaft liegen zugleich Machtgier und Sucht nach Wohlstand zugrunde. In der Praxis findet man die beiden Motive miteinander verschmolzen. Sie wirken jedoch auf verschiedene Köpfe in verschiedener Weise. Oft als blosse Sucht nach Macht um ihrer selbst willen. Wir kennen sie bei den Individuen ebenso wie bei den Staaten, und sie ist die verhängnisvollste, ja vielleicht die bösartigste aller menschlichen Leidenschaften. Die moderne deutsche Staatsphilosophie dreht sich fast ausschliesslich um diesen Punkt, und die Deutschen haben hier wie in anderen Dingen dadurch, dass sie einer Leidenschaft eine intellektuelle Form verliehen, ihre Kraft verherrlicht und ihre Ungeheuerlichkeit erhöht. Aber die Leidenschaft an sich ist nicht nur den Deutschen zu eigen, und nicht nur ihnen gilt und galt sie als ein Staatsmotiv. Seit dem Beginne der politischen Geschichte ist die Macht der Fetisch von Königen und Kaisern gewesen, und es bleibt abzuwarten, ob sie nicht in Zukunft auch die demokratischen Staatswesen beherrschen wird. Die Sucht nach Vergrösserung des Reiches richtete in Athen die Demokratie zugrunde, aber auch in Sparta und Venedig die Oligarchie, unter Philipp II in Spanien. und in Frankreich das Königtum und das Kaiserreich. Aber noch immer wirkt sie auf die romantische Einbildungskraft. Ihre vergiftende Wirkung liegt diesem Kriege zugrunde und sie wird viele andere zeugen, wenn sie nach diesem Kriege noch weiter in den besiegten oder siegreichen Nationen fortlebt. Nicht allein den Chauvinismus Deutschlands hat Europa zu fürchten, sondern jeden Chauvinismus, wo immer er durch den Erfolg des Landes, dem ein Sieg beschieden sein mag, zur Herrschaft gelangt. Während jedoch die Macht auch um ihrer selbst willen begehrt werden kann, wird sie in den modernen Staaten gewöhnlich als Mittel zum Reichtum erstrebt. Die Jagd nach Märkten, Konzessionen und Absatzwegen für das Kapital liegt der Kolonialpolitik zugrunde, die zu Kriegen führt. Die Staaten wetteifern um das Recht, den Schwachen auszubeuten und die Regierungen werden bei diesem Wettbewerb von den Interessen der Grosskapitalisten geleitet und kontrolliert. Die Engländer gingen wegen der Obligationsinhaber nach Ägypten,

die Franzosen wegen der Erze und Reichtümer nach Marokko. Im nahen wie im fernen Osten haben Handel, Konzessionen, Anleihen zur Rivalität der Mächte, zu Kriegen, zu „Strafexpeditionen" geführt und — o Ironie der Ironien! — zur Forderung von „Entschädigungen". Diese werden nämlich als eine neue Form des Raubes speziell von solchen Völkern erpresst, die sich erhoben hatten, um sich gegen die Räuber zu verteidigen. Eine Zeitlang gehen die Mächte miteinander, um das gemeinschaftliche Opfer zu erdrücken, doch gleich darauf fahren sie sich gegenseitig an die Kehle im Kampfe um die Beute. So steht es in Wahrheit mit den Streitigkeiten der Staaten um Kolonien und Handelsverträge. Was die Nationen mit Hinterlist und Diebstahl begonnen haben, werden sie mit Krieg beenden. Solange die Ausbeutung unentwickelter Länder von Gesellschaften geleitet wird, die nichts als ihre Dividenden im Auge haben, — solange Finanzleute die Politik der Regierungen beherrschen und militärische Eroberungszüge hinter dem Rücken des Publikums aus Gründen unternommen werden, die nicht eingestanden werden können, — solange werden Tausende und Millionen unschuldiger, edler Menschenleben — die besten Europas — zwecklos dahingeopfert werden, weil im Dunkeln unheilvolle Faktoren um ihres Geldsackes willen den Frieden der Welt aufs Spiel gesetzt haben.

Ja, diese fürchterlichen Tatsachen und unterirdischen Strömungen ergeben die wahre Moral dieses Krieges; hier muss Wandel geschaffen werden, wenn wir zukünftige Kriege so grossen Massstabes vermeiden wollen.

Die Friedensbedingungen.

Wenden wir uns nun, eingedenk all dieser Tatsachen, der vielumstrittenen Frage der Friedensbedingungen zu. Die abendländische Welt steht da vor einer entscheidenden Wahl: der Wahl zwischen Vernichtung und Rettung. Doch hängt diese Entscheidung nicht bloss vom Ausgang des Krieges ab, sondern von allem, was bei Kriegsende durch die Zusammenarbeit aller Faktoren getan oder unterlassen wird. Es gibt bei allen Nationen zwei einander widerstrebende Auffassungen. Die eine ist die frühere schlechte, die bis jetzt bei jedem Friedensschluss waltete und jeden neuen Krieg vorbereitete. Ihr Tenor ist, dass es der einzige Zweck des Krieges ist, den Sieg zu erlangen und der einzige Zweck des Sieges, mehr Macht und Länder zu erobern. Nach dieser Auffassung müssten die Deutschen, wenn sie gewinnen, die Gebiete im Osten und Westen annektieren: Belgien und halb Frankreich, sagen die wildesten All-

deutschen; die baltischen Provinzen Russlands und vorteilhafte strategische Punkte, fordern die Gemässigteren. Wenn andererseits die Alliierten siegen, so müssten sie die deutschen Kolonien aufteilen, die Franzosen müssten Elsass-Lothringen wiederbekommen und, wie die Chauvinisten hinzufügen, sich alle deutschen Provinzen am linken Rheinufer und sogar noch Gebiete darüber hinaus aneignen. Die Italiener müssten nicht nur die irredentistischen Gebiete italienischer Zunge bekommen, sondern noch Hunderte und Tausende aufrührerischer Slaven in Dalmatien sich unterwerfen; die Russen Konstantinopel gewinnen und vielleicht Posen und Galizien dazu. Ferner würden so grosse Kriegsentschädigungen verlangt werden, wie man sie nur von einem schon zugrunde gerichteten Feind erpressen kann; Industrie und Handel mit dem Feind müssten erschwert oder verboten werden; und über all dem muss auf ewige Zeiten ein bitterer, unversöhnlicher Hass zwischen dem Sieger und dem Besiegten herrschen. So sieht die Auffassung von der Endabrechnung Europas aus, die sich fortwährend in den Artikeln und Berichterstattungen der Presse aller Länder offenbart. Und die Minister der verschiedenen Staaten lehnen sie nicht auf so entschiedene Weise ab, wie sie es sollten. Die nationalistischen und imperialistischen Cliquen aber schreiben sie auf ihre Fahne. Und so kann man sich der Besorgnis nicht erwehren, dass die Völker um solcher Dinge willen im Kriegszustand erhalten werden und um ihretwillen die wahre Zivilisation leichtsinnig aufs Spiel gesetzt wird. — Ich will hier nicht erörtern, ob etwas derartiges durch den Krieg wirklich erreicht werden kann oder auch nur die geringste Wahrscheinlichkeit besteht, dass eine der beiden Mächtegruppen einen niederschmetternden Sieg erringen werde, der es ihr ermöglichen würde, ihr Programm zu verwirklichen. Darüber wird sich der Leser schon seine Ansicht gebildet haben. Mir kommt es nur auf die Wirkung an, die eine solche Lösung auf Europas Zukunft haben müsste. Jene, die ein solches Ende herbeiwünschen, können in zwei Klassen geteilt werden.

Die eine glaubt freimütig an Krieg, Herrschaft und Macht. Sie glaubt nicht an einen dauerhaften Frieden und wünscht ihn nicht. Sie ist der Meinung, dass der Friede nur ein missliches und bedauerliches Zwischenstadium zwischen zwei Kriegen ist. Über diese Auffassung diskutiere ich nicht. Ihre Anhänger sind Argumenten unzugänglich und können nur durch die Taten überzeugt werden.

Doch gibt es andere, die den Krieg wohl für ein Übel halten, einen dauernden Frieden wirklich wünschen, aber ganz naiv glauben, dass der angedeutete Weg der beste zur Erreichung

dieses Friedens ist. Mit ihnen lässt sich diskutieren, und zwar, wie ich glaube, auf beiden Seiten ohne Bitterkeit und Gereiztheit. Denn über das Ziel sind wir einig; die Meinungsverschiedenheit betrifft nur die Mittel. Die gegebene Lage ist in ihren Augen folgende: der Feind entfesselte, mit Vorbedacht und ohne provoziert worden zu sein, diesen Angriffskrieg gegen uns, um uns zu vernichten. Wäre diese Niederträchtigkeit nicht vorgekommen, dann hätte es keinen Krieg gegeben. Daher muss der Feind bestraft werden; und die Strafe muss so sein, dass sie ihn für die Dauer unfähig macht, den Anschlag zu wiederholen. Ist das einmal geschehen, dann wird Europa einen dauernden Frieden haben, denn es wird niemanden mehr geben, der ihn brechen oder ihn auch nur zu brechen wünschen könnte. Nun glaube ich, dass das nachweisbar eine falsche Rechnung ist. Alle unsere Kenntnisse von der Art und Weise, wie die menschliche Natur arbeitet, ebenso wie die historischen Tatsachen, widerlegen diese Rechnung.

Vor allem entstehen Kriege nicht, weil nur eine Nation oder eine Nationengruppe schlecht ist und die andere gut. Für den letzten Ausbruch dieses Krieges glaube ich, wie ich bereits sagte, einige machthabende Persönlichkeiten in Österreich und Deutschland verantwortlich machen zu können. Aber die wahren Ursachen des Krieges liegen weit tiefer. In sie sind alle Staaten verstrickt. Und trotz Bestrafung oder gar Vernichtung irgend einer Nation würden diese Ursachen weiter bestehen. Streichet Deutschland von der Landkarte, und die anderen Nationen werden sich, wenn Ihr nichts anderes tut, wie früher und aus denselben Ursachen die Köpfe blutig schlagen. Wenn schon über nichts anderes, dann würden sie über die Teilung der Beute in Streit geraten. Solange Nationen um die Macht streiten und sich weigern, Recht an Stelle von Gewalt zu setzen, wird es weiter Kriege geben. Und solange sie ihre besten Fähigkeiten und den grössten Teil ihrer Mittel für Rüstungen und militärische, sowie maritime Organisationen verausgaben, wird jeder neue Krieg schrecklicher, verheerender und grausamer werden als der frühere. Das ist die unwiderlegliche Wahrheit, und ich glaube nicht, dass irgend jemand auf der Welt den zu verstehen imstande sein wird, der sie bestreitet. — Ein zweites aber ist, dass tatsächlich die feindliche Nation nicht vernichtet oder der Rest von ihr auch nur so geschwächt werden kann, dass sie unfähig würde, sich zu erholen und einen neuen Kampf zu liefern. Der Gedanke, Deutschland zwischen den Alliierten aufzuteilen oder Frankreich und England Deutschland einzuverleiben, ist eine blosse Phantasterei. Wenn alles vorbei ist, werden die besiegten Nationen bleiben, — wenn anders es

überhaupt eine besiegte Nation geben wird. Ihre Landstriche können nicht auf die Dauer von den feindlichen Truppen besetzt bleiben, und sie selbst können nicht dauernd durch Gewalt davon abgehalten werden, neue Armeen aufzustellen. Solange sie sich rächen wollen, werden sie es früher oder später tun können. Wenn es nötig wäre, dies zu beweisen, dann würde das so oft zitierte Beispiel Preussens nach Jena genügen.

Ein drittes aber ist, dass sich die so behandelte besiegte Nation wirklich wird rächen wollen. Bei den Engländern und ihren Verbündeten scheint die sonderbare Illusion verbreitet zu sein, dass Deutschland nicht nur die Schuld an dem Kriege trägt, sondern auch, dass sich alle Deutschen dessen bewusst sind, und dass sie im Bewusstsein ihrer Schuld die Strafe ruhig hinnehmen, sich geduldig unters Joch beugen und in Zukunft gute und harmonische Glieder der europäischen Familie werden würden. Diese Illusion hat etwas Groteskes. Es gibt kaum einen Deutschen, der nicht überzeugt ist, dass der Krieg von Russland und England gemacht wurde, dass Deutschland das unschuldige Opfer und alles Recht auf seiner Seite, alles Unrecht auf jener der Alliierten ist. Wenn Deutschland wirklich besiegt und so behandelt würde, wie es seine „Bestrafer" wünschen, dann würde dieser Glauben noch gestärkt, und nicht abgeschwächt werden. In jedes Deutschen Herz würde sich tief und stark die Vorstellung einnisten von einem ruchlosen Triumph dessen, was sie für Unrecht halten, über das Recht, und der Gedanke an die Pflicht, diese Unbill wieder gut zu machen. Der verletzte nationale Stolz würde durch das Bewusstsein erlittenen Unrechts verstärkt werden, und der nächste Krieg, der Revanchekrieg, würde nicht bloss auf Grund von Interessen und Leidenschaften, sondern auf Grund der zwingenden Kraft des Gerechtigkeitsgedankens vorbereitet werden. Die Tatsache, dass die Deutschen sich in ihrer Auffassung über den Ursprung des Krieges täuschen, hat mit dieser Sache wirklich nichts zu tun. Nicht die Wahrheit, sondern das, was die Menschen für die Wahrheit halten, beeinflusst ihre Handlungen. Und ich glaube nicht, dass das Studium der Dokumente die deutsche Ansicht über die Tatsachen irgendwie ändern wird. — Es wird aber manchmal eingewendet, dass der Krieg von den deutschen Militaristen gemacht wurde, dass er bei der grossen Masse unpopulär sei, und dass, wenn Deutschland einmal gänzlich besiegt ist, das Volk sich erheben, seine Herrscher absetzen, eine echte Demokratie gründen und sich mit den andern Nationen Europas verbrüdern werde.

Wenn Deutschland ein echt demokratischer Staat würde, so wäre das allerdings eine ebenso grosse Friedensgarantie,

als wenn die anderen, die „demokratischen“ Nationen in ihrer auswärtigen Politik ebenso demokratisch würden, wie sie es in ihren inneren Angelegenheiten sind. Aber welche stolze Nation wird die Demokratie als Geschenk aus den Händen eines frechen Eroberers hinnehmen? Eines gibt es, was der Krieg bewirkt hat, und es gehört zu den bedauerlichsten Tatsachen, d. i. dass er den „Kaiser“ für jeden Deutschen zum Symbol der nationalen Einheit und Stärke gemacht hat. Gerade weil wir den Militarismus der Deutschen schmähen, bejahen und bejubeln sie ihn; gerade weil wir ihre herrschende Klasse angreifen, scharen sie sich um sie. Konnte irgend etwas besser darauf berechnet sein, die Herrschaft des Militarismus in Deutschland zu stärken, als dieser Krieg! Nur eines ist noch wirksamer, nämlich der Versuch der Feinde, den deutschen Militarismus durch Gewalt zu vernichten!

Man bedenke. – Nach der von uns erörterten Auffassung wird vorgeschlagen: erstens, den grössten Teil der Kämpfer Deutschlands zu töten; dann seine Landstriche zu verheeren, seine Städte und Dörfer zu zerstören und (es gibt auch Leute, die dies verlangen) Strafgelder aufzuerlegen für alles, was Deutschland in Belgien angerichtet hat, und zwar alles in Barem berechnet. Überdies wird vorgeschlagen, im Triumph in die Hauptstadt einzuziehen, und grosse Landstriche Deutschlands auszurauben. Und dann, wenn all das erledigt ist, werden die Sieger zum deutschen Volke sagen: „Nun, das haben wir alles für Euer Wohl getan! Setzet Eure bösen Herrscher ab! Werdet demokratisch! Gebt uns die Hand und seid wieder gut!“ Klingt das nicht grotesk? Aber man schlägt das tatsächlich vor.

Ich sprach hier über englische und französische Vorschläge betreffs einer Behandlung Deutschlands. Aber alles Gesagte ist natürlich in gleicher Weise auf die deutschen Vorschläge dieser Art betreffs der Behandlung der besiegten Verbündeten anzuwenden. Das ist nicht der Weg zu einem Dauerfrieden. Wenn man mir erwidert, dass ein dauernder Friede weder beabsichtigt, noch erwünscht ist, dann habe ich nichts mehr zu sagen. Wenn man mir erwidert, dass die Bestrafung um ihrer selbst willen wichtiger ist als die Zivilisation und um jeden Preis durchgeführt werden muss — fiat justitia, ruat coelum —, dann habe ich auch nichts zu sagen. Ich spreche einzig und allein zu jenen, die einen dauernden Frieden herbeiwünschen, die Mut und Phantasie genug haben, ihn für möglich zu halten, und den Vorsatz, für ihn zu wirken. Und ihnen gebe ich zu bedenken, dass die von mir erörterte Methode sie nicht zum Ziele führen kann. Was aber kann zum Ziele führen?

Die notwendige Umwandlung.

Erstens eine Umwandlung der Gesinnung. In allen Nationen müssen wir uns der Gewohnheit entledigen, bei der einzig dastehenden, ganz besonderen Schlechtigkeit des Feindes zu verweilen. Wir müssen einsehen, dass den Taten, die zum unmittelbaren Ausbruch des Krieges führten, den Verbrechen und Gausamkeiten, die der Krieg mit sich gebracht hat — wie es bei Kriegen immer der Fall war und sein wird —, ein grosser Komplex von Gefühlen, Vorurteilen, Traditionen und falschen Theorien zugrunde liegt, in die alle Nationen und alle Individuen aller Nationen verstrickt sind. Die meisten Menschen glauben, fühlen — oder nehmen es passiv hin —, dass Macht und Wohlstand die Ziele sind, die die Staaten zu verfolgen haben; dass sie in Verfolgung dieser Ziele betreffs ihrer Beziehungen untereinander an keinerlei Sittenkodex gebunden sind; dass das zwischen ihnen statuierte Gesetz nicht widerstandsfähiger ist und sein kann, als ein vor einen Kanonenlauf gespanntes Spinnwebennetz, dass die Gewalt das einzige Gesetz und der einzige entscheidende Faktor zur Lösung ihrer Zwistigkeiten ist, und dass es sich bloss darum handelt, zu entscheiden, wann und wie es am vorteilhaftesten sein dürfte, zur Gewaltanwendung zu schreiten. Dieser Philosophie ist von den Deutschen mit besonderer Offenheit und Brutalität Ausdruck verliehen worden, aber die meisten ehrlichen und unparteiischen Leute werden mir, glaube ich, zugeben, dass auch sie über internationale Angelegenheiten gerade so zu denken pflegen. Und wenn es eines Beweises dafür bedürfte, dann möge nur an die Art triumphierender Befriedigung erinnert werden, mit welcher es überall begrüsst wurde, dass die Haager Konferenzen keine grundlegenden Reformen zu erzielen vermochten, und das verächtliche, beinahe von Abscheu erfüllte Mitleid, das den als „Pazifisten" bezeichneten Leuten gegenüber an den Tag gelegt wurde. Nun, dann kam der Krieg! Wir sehen es jetzt — und ahnen es nicht nur bloss —, was er bedeutet. Wenn diese Erfahrung keinen tiefen Eindruck auf alle Menschen gemacht hat, wenn jetzt nicht eine Umkehr allgemein vor sich geht, dann kann wirklich nichts auf der Welt die Menschheit vor der Hölle ihrer eigenen Leidenschaften und Dummheiten retten.

Ist dem aber anders, und ist diese Umwandlung im Zuge, dann ist der Weg zur Befreiung weder schwer noch dunkel. Nicht auf irgend jemandes Vernichtung ist er gerichtet, sondern er führt dazu, dass gewisse Beschlüsse gefasst und in gewissen Institutionen verkörpert werden.

Zuerst müssen sich die Völker behufs Beilegung ihrer Zwistigkeiten dem Recht und Gesetz unterwerfen. Dann

müssen sie die Gewalt zur Anwendung gegen den Vertragsbrüchigen in Bereitschaft halten, und daraus erhellt, dass sie Regeln aufstellen müssen, die entscheiden, wer vertragsbrüchig ist. Wir wollen ihn als denjenigen bezeichnen, der sich an die Gewalt hält, anstatt Recht und Gesetz walten zu lassen, denen durch zweckmässige Einrichtung Geltung verliehen ist; dann wird der Angreifer sofort von der zivilisierten Welt in Acht und Bann erklärt und stösst auf eine überwältigende Macht, die ihn zur Ordnung zwingt. Derartige Einrichtungen herzustellen, erfordert keine grösseren geistigen Anstrengungen als es immer der Fall war, wenn man Ordnung an Stelle der Gewalt zu setzen versuchte. Die Schwierigkeit liegt auf sittlichem Gebiete, und zwar in den Gewohnheiten, Leidenschaften und dem Willen der Menschen. Daraus darf aber nicht geschlossen werden, dass man diesen Mechanismus nicht mehr brauchen würde, wenn eine derartige sittliche Umwandlung vollzogen wäre. Mit demselben Rechte könnte man behaupten, Regierungen, Gerichtshöfe und Polizei wären überflüssig, weil die Menschen sie nicht brauchen würden, wenn sie gut wären, und sie nicht anerkennen würden, wenn sie schlecht wären. Jedes neue Bedürfnis, jede neue Sehnsucht, jede neue Überzeugung, die in der Menschheit erstehen, braucht eine Verkörperung in Formen, ehe sie wirksam werden kann. So wie die einzelnen Kolonien Amerikas zu keiner Vereinigung gelangen konnten, ehe sie eine Konstitution geschaffen hatten, so werden die Staaten Europas und die Welt unfähig sein, den Frieden aufrecht zu erhalten — selbst wenn sie alle es wollten — ehe sie zur Beilegung ihrer Streitigkeiten und Organisierung ihrer gemeinsamen Ziele einen Mechanismus geschaffen und diesem die Rückendeckung der Gewalt gegeben haben werden. Wenn sie das tun werden, dann können sie für die Zukunft ein wirkliches und wirksames Gegengewicht gegen den Angriff seitens irgend einer Macht schaffen. Werden sie es nicht tun, dann werden ihre Vorsichtsmassregeln gegen die eine Macht müssig sein, denn es wird ihnen eben von einer anderen Macht die Gefahr erstehen. Am Schlusse dieser Studie, die ich mit aller mir zu Gebote stehenden Unparteilichkeit und Ehrlichkeit verfasst habe, frage ich den Leser, ob er mit mir die Meinung teilt, dass die europäische Anarchie die wahre Ursache der europäischen Kriege ist? Wenn er dieser Meinung ist, dann möge er mit Einsatz seiner ganzen Kraft zur Beendigung dieses Zustandes beitragen.

□□□

Lloyd George, ein Portrait.

Von SIL-VARA.

Freund und Feind haben das gleiche Interesse, den gewaltigsten Demokraten Europas genauer zu kennen, dessen Energie den Verlauf des Krieges und dessen Zähigkeit den Inhalt des Friedensvertrages mitbestimmen wird. Wir entnehmen daher, mit bestem Danke für die Erlaubnis des Verlages, die nachfolgende Charakterstudie dem ebenso unterhaltenden wie lehrreichen Bändchen der Sammlung „Männer und Völker" (Ullstein & Co., 1 Mk., 249 S.), in welchem Sil-Vara, der langjährige Londoner Korrespondent der „Neuen Freien Presse", sechzehn politische Persönlichkeiten, darunter Bonar Law, Winston Churchill, Lord Northcliffe anschaulich und fesselnd darstellt und zugleich den Leser ohne Hass und Vorurteil in die Triebkräfte der englischen Politik einweiht. „Derjenige Deutsche, der alles einsieht und anerkennt, was auf dem englischen Wege erreicht wurde, steht weiser und stärker da als derjenige, der wüst und verständnislos schimpft und herunterreisst" (H. St. Chamberlain!) *Die Red.*

Es war an dem Budgettag des Jahres 1890. In der hohen, gotischen Marmorhalle, „lobby" genannt, von der aus man den Saal der Abgeordneten betritt, drängten die Mitglieder des Hauses und das neugierige Publikum, das sich das tägliche Schauspiel der Sitzungseröffnung nicht entgehen lassen will. Plötzlich ertönte der Ruf: „Platz gemacht für den Speaker!" Die Polizisten schieben die Menge beiseite und bilden ein Spalier, durch das, würdevoll und ernst, der Präsident des Hauses in seiner schwarzen Robe in den Saal schreitet. Hinter ihm, in ihren grauen Perücken, die Funktionäre, die Clerks des Parlaments, gefolgt vom Sergeant-at-arms, der das grosse, schwere, goldene Zepter trägt. Dieses Zepter wird auf den Tisch des Hauses niedergelegt, an dessen Kopfende die Clerks sitzen und arbeiten. Der Tisch ist voll bedeckt mit umfangreichen Nachschlagebüchern, Schriften, Heften und Schreibmaterial; am unteren Ende aber stehen unmittelbar vor dem langen Zepter zwei grosse Metallkassetten, von denen niemand weiss, was sie enthalten. Sie haben anscheinend bloss die Aufgabe, den Abgeordneten, die während ihrer Reden an den Tisch des Hauses treten, als Resonanzboden für die aufschlagenden Handflächen zu dienen. (So wie der Tisch selbst hauptsächlich deshalb hier zu stehen scheint, damit die in der ersten Reihe sitzenden Minister und Führer der Opposition ihre Füsse da-

gegen stemmen können.) Der Speaker, der am Eingang des Saales, einsam wie ein Monument, unter einem Baldachin thront, gibt nun dem Geistlichen, der das tägliche Gebet zu sprechen hat, ein Zeichen. Die Abgeordneten, die dieser Zeremonie ansonsten gerne fernbleiben, sind an diesem Tage bereits alle in den Saal geströmt. Sie hören das Gebet stehend und mit dem Rücken gegen den Speaker an, welch sonderbares Betragen das Knien symbolisieren soll.

Dann wird die Sitzung eröffnet. Selbst in den letzten Bänken, an der schweren, dunklen Eichentäfelung der Wände, sitzen und stehen die Herren im Gehrock und Zylinder, Spannung, Neugierde und Aufregung in den Gesichtern, wie immer an diesem Tage, da der Schatzkanzler das Haus in sein Vertrauen zieht, das finanzielle Resultat des vergangenen Jahres und die Erfordernisse des kommenden Jahres bekanntgibt. Goschen war damals Minister der Finanzen. Er hatte einen Berg von Schriften auf den Tisch des Hauses vor seinem Sitz niedergelegt und blätterte eifrig in seinen Manuskripten; und er wusste, dass tausend Augen auf ihn gerichtet waren, dass heute er allein die Aufmerksamkeit des Hauses erregte, dass seine Papiere den Brennpunkt bildeten, in dem das Interesse aller zusammenlief. An jenem Tage und zu jener Stunde wurde dem Speaker ein neues Mitglied des Hauses vorgestellt; ein blutjunger Advokat aus Wales, der den Marktflecken Carnarvon vertreten sollte. Diese Vorstellung besorgen, der parlamentarischen Sitte gemäss, zwei ältere Abgeordnete. Der Speaker schüttelt dem Ankömmling die Hand und nimmt ihm den Eid ab, dann erst darf das neue Mitglied sich zu seinem Sitz begeben. Die kurze Zeremonie erregt ansonsten begreiflicherweise immer einige Beachtung, an diesem Tage aber kümmerte sich kein Mensch um den unbekannten, unscheinbaren jungen Mann, der noch dazu aus einer so entlegenen und parlamentarisch uninteressanten Gegend wie Nordwales kam. War es doch Budgettag, und man hatte wahrlich auf Wichtigeres aufzupassen. Dieser junge Abgeordnete aber hiess David Lloyd-George.

Ob er wohl daran gedacht hat — als er still und unbemerkt seinen Sitz einnahm und im ungewohnten Raume sich die politischen Grössen besah — dass neunzehn Jahre später er selber, nachdem er Minister und Schatzkanzler geworden war, an jenem Platze stehen werde, an dem er Goschen stehen sah; dass dann tausend Augen im Hause und Millionen im ganzen Lande auf ihn gerichtet sein würden, dass sein Name ein Programm bedeuten werde, um das die Parteien der Nation im Kampfe liegen werden, und dass ein Wort von ihm genügen

könnte, eine Welle von Respekt und Unwillen ins nahe Haus der hohen Lords zu tragen? Er hat — bei allem Ehrgeiz — kaum daran gedacht. Und hat der arme Bauernbursche, der neunzehn Jahre vorher noch in den Strassen des Waliser Dörfchens Llanystumdwy barhaupt und barfuss mit seinen Kameraden spielte, auch nur geahnt, dass er jemals nach London kommen, dass er in die geheiligten Hallen von Westminster Einzug halten könnte? ...

Auch in den englischen Romanen wird es selten unternommen, eine so hochgebäumte Lebenskurve zu erfinden und zu zeichnen, wie sie der Waliser Schullehrerssohn ohne alle Abenteuerlichkeit durchgemacht hat. Und selbst in einem Lande, das politische Karrieren wie jene des Emporkömmlings Disraeli erlebt hat, ist ein Aufstieg, der rein der eigenen Arbeitskraft, der eigenen Intelligenz, der eigenen Ellbogentaktik zu danken ist, staunenswert und rar. Disraeli konnte sich auf den Reichtum seines Vaters stützen, er besass eine weitfassende Bildung, eine bestechende Persönlichkeit und hatte literarischen Ruhm erworben, bevor er in die politische Arena trat; Lloyd-George dagegen war so arm, dass er noch als junger Advokat seine Praxis in London nicht ausüben konnte, weil ihm die drei Pfund Sterling fehlten, um sich eine schwarze Robe zu kaufen, ohne die er im Gerichtssaal nicht erscheinen durfte. Seine Bildung war ohne Methode zusammengestoppelt, seine Kenntnisse erwarb er sich in einer weltvergessenen Dorfschule, dann durch Privatunterricht bei einem Onkel, der Schuster war, und später durch praktische Betätigung in einer provinzialen Advokaturskanzlei. Er wurde durch keinerlei gesellschaftlichen Einfluss gehoben, er besass keine Protektion, keine hochstehende, vielvermögende Familie, die seine Wege ebnete; er war kein Träger eines berühmten Namens, wie Herbert Gladstone oder Austin Chamberlain, und kein Sohn einer ehrgeizigen Mutter, wie Winston Churchill. Wenn es jemals einen Selfmademan gegeben hat, so ist er es.

Sein Vater war ein Schullehrer, aber alle seine Vorfahren waren Farmer, Landbebauer, Yeomen gewesen. Als sein Vater starb, nahm sich ein Onkel, Richard George, der Witwe und der unversorgten Kinder an. Er nahm sie in sein Dörfchen, das an der Küste von Carnarvon und in der Nähe von Snowdon, dem höchsten Berge von England, gelegen ist. Und von dort, von dieser schneebedeckten Kuppe aus, die in der Sprache der Waliser Creigian Eryri (der Adlerfelsen) heisst, hat Lloyd-George seinen Hochflug unternommen.

Die aufrührerischen Reden, die demokratischen Taten und die Beweggründe des erwachsenen Menschen kann man nun

schon aus der Umwelt ableiten, in welcher der kleine David aufgewachsen war. Der, wie sein Namensvetter aus der Bibel, später den Kampf mit Riesenmächten, mitMillionärbrauern und Herzogen, mit Tories und Junkern furchtlos aufnahm. Vor allem: Er hat die Armut am eigenen Leibe kennen gelernt; frisches Fleisch hat Lloyd-George in seiner Kindheit selten zu essen bekommen, und selbst ein Ei war ein Leckerbissen, der für den Sonntag aufbewahrt wurde. Sein Onkel Richard lebte ein Puritanerdasein, wie alle seine Vorfahren, und gehörte der strengsten und unnachgiebigsten Nonkonformistensekte, den Campbell-Baptisten, an. Diese Sekte befolgt apostolische Grundsätze; sie hält keinen bezahlten Priester, sondern ihre Führer,Lehrer und Prediger müssen einen bürgerlichen Beruf, ein Handwerk, betreiben, das ihnen das tägliche Brot verschafft. Richard George, der ein Schuhmacher war, predigte nun fünfzig Jahre lang jeden Sonntag in der kleinen Kirche am Flusse Dwyfawr; aber auch an Wochentagen war er der gute Berater seiner Gemeinde, die in allen weltlichen und religiösen Streitfragen ihn um Lösung anging. Diesen Diskussionen wohnte der junge George immer bei; er erfuhr die Sorgen der Bauern, er las ihnen, die nicht Englisch lesen konnten, aus den Liverpooler Zeitungen vor und lernte bald erkennen, dass die Gesetze, die im fernen London gemacht wurden, sich wohl des Schicksals, des Wohlbefindens, ja des Sport des reichen Mannes, des Squires, des grossen Grundbesitzers annahmen, dass aber die Armen, die Gedrückten und Bedürftigen, die Alten und Arbeitsschwachen, keine genügende Unterstützung fanden. Damals wurzelten sich ihm die demokratischen Ideen ein, die er später in Taten umsetzen sollte.

Der aufgeweckte, schlagfertige und ehrgeizige Knabe sollte natürlich Geistlicher werden; da aber seine Religionsgemeinde ihre Geistlichen nicht entlohnte, musste er wohl oder übel einen anderen Beruf ergreifen. Er trat mit sechzehn Jahren in eine Kanzlei in der Hafenstadt Portmadoc ein. Fünf Jahre später hatte er alle seine Prüfungen bestanden und war Solicitor. Der Zufall brachte ihm Arbeit, und bald erregte er durch die Schlagfertigkeit und Kühnheit, ja Unverfrorenheit, mit der er den Richtern und Gegnern im Gerichtssaal entgegentrat, Aufsehen. Damals begannen in Wales die Anti-Tithe-Kämpfe. Der „Tithe" ist der Zehent, den in England jedermann an die Geistlichkeit abzugeben hat; aber die Waliser als Dissenters sträubten sich, der Staatskirche eine Abgabe zu leisten, und gründeten eine Kampfliga, deren Sekretär Lloyd-George wurde. Er zog in ganz Wales herum und predigte mit der Redefreudigkeit des Kelten, dem Eifer des Zeloten und der Kasuistik des Advokaten

zugunsten seiner Sache; gleichzeitig betätigte sich der als Puritaner auferzogene junge Mann — seine gesetzgeberischen Handlungen werfen schon ihre Schatten voraus—an einer Temperenzreform, für die er ebenfalls Abend für Abend, nach beendigter Arbeit, sich mit starker Glut einsetzte.

Im Jahre 1890 entstand durch den Tod eines Parlaments mitgliedes eine Vakanz in Wales, und seine Freunde stellten ihn, der sich als scharfer und ausdauernder Redner schon einen Namen im Distrikt gemacht hatte, als Kandidaten auf. Sein Gegner war der Squire, der Grundbesitzer des Kirchensprengels, in dem Lloyd-George als Knabe aufgewachsen war. Wie oft hatte er als Knabe achtungsvoll die Hand zur Kappe geführt, wenn der hohe Herr durch die Strassen des Dorfes fuhr, jetzt stand er ihm als Ebenbürtiger gegenüber und schlug ihn mit einer Majorität von achtzehn Stimmen. Er war siebenundzwanzig Jahre alt, als er in das Haus der Gemeinen einzog. Zwei Monate verhielt er sich still und sprach kein Wort. Er studierte das Haus, seine Gebräuche, er lernte seine Gesetze gründlich, dann, nach zwei Monaten, hielt er seine erste Rede und griff — für einen Anfänger eine unerhörte Tat — Lord Randolph Churchill und Joseph Chamberlain an. Chamberlain, zu dessen Taktik es gehörte, alle Angriffe, Vorwürfe und Beleidigungen mit unbeweglicher, gleichgültiger Miene entgegenzunehmen, soll damals bleich vor Erregung aufgesprungen sein, um den Unverschämten zurechtzuweisen. Aber hier war er an einen harten und selber unbeugsamen Boxer geraten, der einen Faustschlag ebensogut auszuhalten wie zu geben verstand. Die Parlaments-Berichterstatter spitzten die Ohren, und zwei Londoner Blätter sagten sofort eine grosse Karriere voraus. Auch der Schauspieler Henry Irving, der Lloyd-George bald darauf in Manchester öffentlich reden hörte, gab, jedenfalls von der pathetischen Note und Geste des Parlamentariers kongenial berührt, sein fachmännisches Urteil ab, dass hier eine beachtenswerte oratorische Begabung vorliege.

Lloyd-George hatte es sich zum Grundsatz gemacht, nur auf Hochwild zu jagen, nur die grössten Tiere anzugreifen (man lenkt dadurch naturgemäss am raschesten die Aufmerksamkeit auf sich selbst); er ging also, wo er konnte, auf Chamberlain und sogar auf Gladstone los, und weder der persönliche Zauber des einen noch die kaltschnäuzige Grausamkeit des anderen erreichten es, das ehrenwerte, aber rücksichtslose, ungebärdige und bissige Mitglied von Carnarvon einzuschüchtern. Sein Steckenpferd war es vorerst, Woche um Woche, Tag für Tag das Evangelium des Waliser Nationalismus zu predigen und die Entstaatlichung der Kirche in Wales zu verlangen, und sein

Ehrgeiz war es damals, ein Parnell seiner engeren Heimat zu werden. Er sprach und sprach und forderte und drohte und brachte tatsächlich eine Rebellion zustande. Wiederholt, insbesondere während des Südafrikanischen Krieges, da er als Demokrat das hingemordete Menschenmaterial und das hinausgeworfene Geld beklagte, war sein Sitz in Gefahr. Während der ganzen Zeit des Burenkrieges, den er als ungerechten Krieg aufs äusserste verdammte, war er der furchtloseste und hartnäckigste Gegner der Jingos im Parlament. Es ist bekannt, dass er sein Leben einsetzte, dass er einmal von dem Knüttel eines Fanatikers zu Boden geschlagen wurde, und dass er ein anderes Mal, als er eine Rede gegen den Krieg halten wollte, vor der Wut des Mobs nur dadurch gerettet werden konnte, dass ihn ein höherer Polizeioffizier in eine Polizistenuniform steckte und durch eine Hintertür des Versammlungslokales zum Bahnhof brachte. — Er galt in weiten Kreisen als Prototyp des „little Englander“, als vaterlandsloser Geselle, als Verräter und Feind seiner Nation; er galt aber gleichzeitig als unbeugsamer Charakter, als ein furchtloser Verfechter seiner Überzeugungen, als ein wahrer Sohn seiner engeren Heimat. Meinungen werden in England geachtet, auch wenn sie missliebig sind, und Lloyd-Georges Mut, gegen den reissenden Strom zu schwimmen, sein Draufgängertum, seine Unerschrockenheit schufen ihm neue Freunde.

Und nicht lange dauerte es, da gab ihm Sir William Harcourt den ersten Wink, sich für grössere Verantwortlichkeiten vorzubereiten. Als Waliser Vertreter mit seinen nationalen und Homerule-Forderungen war nämlich Lloyd-George ein lästiger und unbequemer Abgeordneter, als Minister, als Mitglied der Regierung ging er automatisch dem Waliser Nationalismus verloren, und seine unzweifelhaften Fähigkeiten und Energien konnten in erwünschteren Bahnen zur Betätigung gelangen. Als die liberale Partei ans Ruder kam, wurde ihm das Portefeuille des Handelsministers übergeben. Seine Gegner, die wohl seine demagogischen Eigenschaften anerkannten, hielten ihn für unfähig, die nüchterne Arbeit des Handelsfaches und die langweiligen, durch keinerlei Rhetorik oder suggestive Tiraden zu umschmückenden Details dieses verantwortungsreichen Postens durchzuführen. Aber seine Freunde wussten, dass Lloyd-George niemals und unter keinen Umständen versage, auf welchen Posten immer man ihn stellen mag, dass er zäh und ausdauernd sei und keine Schwierigkeit auslasse, bis er sie überwunden hat. Er führte das neue Patentgesetz ein, das dem Lande grossen Nutzen zuwarf; es gelang ihm, die Eisenbahnkrise gütlich beizulegen, und er brachte das Gesetz zur Regelung

des Hafens von London ein, eine Arbeit, die so verworren und schwierig war, dass ein Ministerium nach dem anderen sich darum herumgedrückt hatte. Bevor er diese Regelung in Angriff nahm, fuhr er nach Antwerpen, nach Hamburg, nach Spanien und lernte alles über Schiffe und Häfen. Er arbeitet nämlich anders als die anderen Minister. Ihn beschwert keine klassische Bildung, keine Theorie, kein System einer berühmten Schule, was er lernte und gelernt hatte, waren Erfahrungen des tätigen Lebens, waren im eigenen Kopf neu verarbeitete Realitäten.

Als nach Campbell-Bannerman der Schatzkanzler Asquith Premier wurde, fiel die freie Stelle des Chancellors of the Exchequer, des Reichskanzlers, an Lloyd-George. Damals nannte man ihn den aufbauenden, neben John Burns den praktischesten Staatsmann des Kabinetts, ein gesetzgeberisches Genie, und die „Times“ schrieben: „Kein besserer Mann konnte für diese Stellung gefunden werden.“

Allerdings änderte sich der Ton der Leitartikel sämtlicher unionistischen Blätter gründlichst, als Lloyd-George sein aufsehenerregendes Budget ins Land schleuderte. Selten ist ein Mann einer Handlung wegen derart beschimpft worden wie er. Er wurde als Unglück seines Landes bezeichnet, als politischer Strassenräuber, der es auf Konfiskation aller Güter abgesehen habe, er wurde als frecher Dieb hingestellt, der den armen Lords die Taschen ausräumt. Lloyd-George liess die Sturzwellen der Verachtung, der Gegnerschaft, ruhig über sich ergehen. Ja, wie immer im Kampf, im Sturm, wuchs seine Persönlichkeit über sich selbst hinaus. Er hatte, bevor er sein grosses Werk dem Parlamente vorlegte, Kommissionen nach Amerika, Deutschland und Frankreich geschickt, die das Steuerwesen jener Länder studieren und ihm darüber berichten sollten; er hat wiederholt anerkannt, was und wieviel er von sozialen und gesetzgeberischen Ideen und Institutionen Deutschlands gelernt und für seine besonderen Zwecke übernommen, und er selbst besuchte vier grosse deutsche Städte und vertiefte sich in deren Systeme der Finanzverwaltung und Besteuerung.

Sein Budget war ein voller Erfolg. Ebenso konnte er bald mit Genugtuung auf das Ergebnis seiner nationalen Gesundheitsversicherung zurückblicken und gleicherweise auf die ersten Wirkungen der Alterspensionen: der Loafer verschwand von den Strassenecken, die Trunkenheit nahm ab, Verbrechen wurden geringer. Das sind Tatsachen. Allerdings, er hatte Glück. Der Handel war damals gut und Arbeit gab es in Hülle und Fülle. So hoffnungsreich lasen sich die Ausweise, dass der Schatzkanzler in einer seiner letzten Budgetreden für ein

Defizit von 1,394,000 Pfund Sterling keine neuen Steuern einzuholen versprach. Er wollte bloss auf Einkünfte aus der allgemeinen Prosperität bauen — ein unerhörter Optimismus eines Staatsmannes und ein Beispiel der phantasievollen Art eines keltischen Politikers. (Vor der dem Stockengländer schaudert.) Lloyd-Georges Kalkulation schlug denn auch fehl. Die Geschäfte schwächten sich ab und das Defizit drohte offen zu bleiben. Da geschah etwas sehr Romanhaftes. Es starben im Jahre 1913 einige enorm reiche Brauer, Fabrikanten und Bankiers, Vertreter jener Klassen, die die sozialistischen Tendenzen des Schatzkanzlers stets aufs grimmigste, unnachsichtigste bekämpft hatten und bekämpfen. Lloyd-George triumphierte diesmal noch nach ihrem Tode über sie. Er war es, der die Todessteuern so hoch hinaufgeschraubt hatte, und aus den hinterlassenen Vermögen seiner politischen Gegner erwuchs ihm noch übers Grab die benötigte Hilfe aus feindlicher Hand. Er hatte recht behalten; und sein Defizit war gedeckt ...

Er hatte dem magischen Wort „Tarifreform", dem Universalmittel, das alle Schmerzen der Nation heilen sollte, ein anderes Schlagwort entgegengesetzt, das den Zauber des ersten, auf eine Zeit zumindest, zu paralysieren vermochte. Es hiess: Lloyd-Georges Budget. Sein „Strafbudget", wie es die Gegner nennen, das die schwersten Lasten auf die Schultern der englischen Junker, der missliebigen Land- und Hausherren legt, das den Luxus erheblich besteuert und das die lautesten Schreier nach Dreadnoughts nun beim Wort nahm, war in den Massen ganz plötzlich ungeheuer populär geworden. Der aufmerksame Beobachter, der damals das Schicksal der liberalen Regierung für besiegelt hielt, konnte bald einen merkwürdigen Wechsel in der Stimmung des Volkes ersehen; auf der Strasse, in der Music Hall, auf der Galerie des Abgeordnetenhauses, an der Rednerecke im Hyde Park, überall dort, wo Volk, das heisst Wähler sich zusammenfinden. Die Invasionsfurcht war abgetan, die Dreadnoughts in den Hintergrund gedrängt, Tarifreform wurde niedergezischt und als grösstes Wunder: der Name eines liberalen Ministers wurde mit Cheers begrüsst.

Zwar büsste er in einem späteren Zeitpunkte durch eine Unvorsichtigkeit, die leicht an Ungehörigkeit grenzte, an Sympathien auch bei seinen Freunden ein (von dem Wutansturm seiner Feinde nicht zu reden!); das war, als er auf Anraten des Direktors der Marconi-Unternehmungen Aktien gekauft hatte, deren steigende und fallende Kurse damals angeblich von politischen Ereignissen und Entschliessungen beeinflusst werden konnten. Die Affäre — politische Gegner machten natürlich eine grosse Affäre daraus —, die allerdings

dem Ansehen eines Staatsmannes nicht gerade gut anstand, fiel schliesslich in sich zusammen, wurde übergangen und vergessen. Und Lloyd-George, dessen Redlichkeit nicht weiter angezweifelt werden konnte, hielt die Strasse auch weiterhin erobert, die seit jeher mit solchen Romantikern des tätigen Lebens mitgeht. Er war urplötzlich der Staatsmann der Mittelklasse geworden. Die Tories, die Grossgrundbesitzer, die Kapitalisten, die Brauer und Jagdherren allerdings gaben ihm das ärgste Schimpfwort, das sie erdenken konnten; sie nannten ihn einen Sozialisten. Aber auch das war er nicht, denn er ist in keinerlei Theorien versponnen. Ihm gilt nur das Reale der Praxis. Aus ihr schöpft er und für sie schöpft er aus dem schier unversiegbaren Brunnen seiner Fähigkeiten und Energien.

Im Abgeordnetenhaus selbst führt der schmächtige Mann mit dem grossen, sympathischen Intelligenzkopf, Tag für Tag, Nacht für Nacht, manchmal bis zur Frühstücksstunde einen hartnäckigen Kampf mit seinen Opponenten. In abnorm heissen Augusttagen und -nächten war er oft zehn Stunden lang ohne Unterbrechung auf seinem Platz, zehn Stunden in der Debatte und hielt ungebrochen das Kreuzfeuer seiner vereinigten Kritiker aus. Wenn Bonar Laws Argumentation erschöpft war, wenn Mr. Balfour schon keine seiner so überaus höflichen, aber verfänglichen Fragen mehr zu stellen wusste, wenn dem jugendkräftigen Chamberlain aus Ermattung das Monokel aus dem Auge glitt, dann war Lloyd-George noch immer munter, aktiv, kampfbereit und konnte noch eine Rede von Stapel lassen ... „Wenn am Ende einer Durchschnittsperiode unseres Amtes die Nation finden wird, dass die gegenwärtige Regierung sich nicht ernstlich mit den sozialen Bedingungen des Volkes beschäftigt hat, nicht versucht hat, die nationale Erniedrigung der Slums, der weitverbreiteten Armut und Verwahrlosung in einem Lande, zu entfernen, das von Reichtum funkelt, wenn das Parlament zurückschreckt, die Hauptursachen dieses Elends, nämlich die Trunksucht und das System des Grund und Bodens, unerschrocken anzugreifen, wenn es die Verschwendung nationaler Güter in Rüstungen nicht aufhält und nicht spart, damit eine ehrenhafte Unterstützung für verdienstvolles Alter vorgesorgt werden könne, dann soll ein lebendiger Schrei in diesem Lande nach einer neuen Partei erstehen und viele von uns würden diesem Schrei folgen ... Ich möchte die Parlamente zu so vielen Leuchtturmfeuern machen, um in all die dunklen Stellen hinabzuleuchten, um jede Unterdrückung, jedes Elend und jedes Unrecht aus seinen Positionen zu drängen. Denn der gegenwärtige Stand der Dinge kann nicht lange mehr ertragen werden! Der Gegen-

satz zwischen Reichtum und Luxus der einen Klasse, Verwahrlosung und Degradation der anderen ist zu gross. Der eine arbeitet zu viel und muss dennoch hungern, der andere bummelt durchs Leben und feiert dennoch Feste. Das kann nicht so weiter gehen! So sicher Gerechtigkeit und Barmherzigkeit die ewigen Elemente in der Regierung der Welt sind, so sicher ist ein System, das die Strasse des Luxus für die wenigen mit den Herzen der Massen pflastert, dem Untergang geweiht!" ...

Und am nächsten Morgen ist er wieder frisch und sprühend und kampfbereit, und sein keltisches Blut hüpft und schäumt und fliesst über im Überschwang latenter Leidenschaft. Welshmen sind Kämpfer und Raufer gewesen seit den Tagen, da die Römer ins Land gedrungen; sie haben gegen irische Piraten gefochten und gegen normannische Eroberer. So ficht Lloyd-George Tag für Tag, am liebsten gegen zehnfache Übermacht. Er fürchtet keinen Gegner, denn sein rascher Intellekt, sein natürlicher Witz, seine fliessende Dialektik sind jedem Angriff gewachsen. Er sitzt auf der Ministerbank und hält die Hand hinters Ohr, um besser hören zu können. Er zieht gern die Augen zusammen, deren Sterne tanzen und glänzen und streicht sich seinen buschigen Schnauzbart, der über die Lippen hängt, und lächelt ein wenig gemütlich-verschmitzt — dann springt er plötzlich auf und lässt seiner Beredsamkeit die Zügel locker. Er macht fast niemals Notizen und lernt keine Manuskripte auswendig, er überlässt sich dem Augenblick, entzündet sich am Augenblick. Die Worte quellen ihm wie der Strahl eines Springbrunnens und steigen zu beträchtlichen Höhen und funkeln im Glanz seines keltischen Humors; sie schlagen aber auch schwere Wunden, verletzen wie Rapiere und durchbohren, wie nur feinste, spitzigste, stählerne Klingen es zuwege bringen können.

Mit solchen Mitteln, in unermüdlichen Bemühungen, hat er seinen Education Act durchgebracht, seine Alterspensionen, diese Magna Charta der Armen, die jedem bedürftigen Siebzigjährigen, ob Mann oder Frau, fünf Schillinge die Woche bis zum Tode gewährt; seine komplizierte nationale Versicherungsbill, seine staatlichen Arbeitsvermittlungsämter und noch manch andere soziale Reformen, die immer in möglichst gerechter Verteilung und Proportion den Armen, Kranken, Hilflosen Begünstigungen und eine Möglichkeit der Steigerung menschlichen Glücks bringen sollen, und die unter anderem Mutterschaftsbeiträge, Tuberkulosenheime, Armensanatorien und Wohnungsgesetze gegen die Slums umfassen. — Die enormen Summen, die er aus seinem Budget zog, stapelte er in Jahresreservoirs auf und bewässerte damit die neuen Anlagen eines

revolutionierten, besseren Englands, und sein grosser aufrichtiger Schmerz war es, dass von jedem Penny, den er an sich riss, ein halber Penny für Kriegsrüstungen ausgegeben werden musste. Lloyd-George hat ehrlich gegen das allgemeine Wettrüsten angekämpft, er hat sich immer gegen die Forderungen der Imperialisten mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften gestemmt. Er hat von den drei Graden des Ruins gesprochen: Schutzzoll — Rüstungen — Krieg. Und wenn der kleine populäre Earl Roberts noch in den letzten Jahren vor dem grossen Kriege im Lande umherzog und die Nation aufzurütteln trachtete und sie zu allgemeiner Wehrpflicht aufstacheln wollte, da war es immer wieder Lloyd-George, der Öl auf die bewegten Wellen goss, der den Eindruck der Reden des alten Generals verwischte, der dem Volke zusprach, sich von dem Invasionsfieber freizuhalten, und der alle Konflikte zwischen den Staaten durch Schiedsgerichte geschlichtet sehen wollte.

Während des grossen Krieges wurde Lloyd George Munitionsminister. Soviel wir wissen, hat er Tausende von Fabriken im ganzen Land errichtet, einen grossen Teil der Gesamtindustrie dem Kriegsdienste untergeordnet und das ganze Land mobilisiert, um genügend Arbeiter einstellen zu können. Der Tätigkeitsweg dieser aussergewöhnlichen Persönlichkeit, die eigentlich für die grösste unblutige soziale Revolution im modernen England verantwortlich ist, kann noch lange nicht zu Ende sein. Unter den Männern, die nach dem Kriege an der Spitze der Nation die zerrissenen Fäden der Welt wiederaufzunehmen trachten werden, wird sicherlich Lloyd-George zu finden sein.

□□□

„Wissen“? — „Weisheit“? — Eine Welt von Unwissenheit liegt zwischen diesen beiden Begriffen.

Zum Mut des Bekennens sollten die Mütter ihre Söhne erziehen, dann gäbe es vielleicht einmal tapfere Heere, die Menschheitswerte verteidigen können.

Margarete Driesch.

Zeitschriftenschau.

Die Erklärung der Völkerrechte. Als ein Seitenstück zu der Erklärung der Menschenrechte begrüsst Professor Paul Seippel die Botschaft Wilsons vom 22. Jänner. Der in beiden Lagern hochangesehene Schweizer verhehlt in keiner Weise seine Begeisterung für Frankreich. Aber gerade sie gibt ihm den heissen Wunsch nach einer baldigen Beendigung des Krieges ein; doch müsste der Frieden auf dem Grundsatze der Gerechtigkeit aufgebaut sein, welcher nicht allen Forderungen der Entente gleichmässig zugrunde liege, so z. B. nicht den italienischen Ansprüchen auf Dalmatien oder den russischen auf Konstantinopel. Trotz seiner französischen Sympathien wendet sich Seippel energisch gegen den Schrei nach Bestrafung der Zentralmächte. Diese seien hinlänglich durch die bisherigen Opfer des Krieges bestraft. Deutschland noch im Frieden eine Zwangsjacke anlegen zu wollen, wäre ebenso unchristlich wie töricht; denn ein ähnlicher Versuch Napoleons nach Jena habe noch jetzt nach einem Jahrhundert die Wirkung, dass in Deutschland ein Napoleonismus ohne Napoleon herrsche. Wenn einmal die von Wilson geforderte Friedensordnung europäisches Recht geworden sei, so werden dem rückblickenden Betrachter alle die europäischen Kriege der letzten Jahrhunderte als ein einziger Block von Gewalttaten erscheinen, eingegeben von der Begierde, die Hegemonie eines oder des andern Volkes über Europa zu begründen. Das wahre Ziel Europas sollte die freie Gesellschaft freier Nationen sein, deren Rechtsordnung durch diese Erklärung der Völkerrechte ihre erste Grundlage erhalten könnte. *Journal de Genève*, 28. Jänner 1917.

Eine französische Stimme zur Friedensfrage. Nach den weitherzigen Ausführungen Seippels macht die Äusserung des Pariser Germanisten Henri Lichtenberger im letzten Hefte der *Revue Politique Internationale* einen für den Friedensfreund geradezu entmutigenden Eindruck. Sie ist eine Antwort auf die Ausführungen Andrassys (vgl. Nr. 2 der Int. R.). Selbst wenn die Zentralmächte bei baldigem Friedensschlusse auf jede Annexion verzichten wollten, so würde dies nach Lichtenberger für die Alliierten folgende Nachteile bedeuten:

1. Nach Andrassys eigenem Zugeständnis eine verstärkte Verteidigungsstellung der Zentralmächte, also auch eine verminderte Sicherheit der Gegner gegen einen deutschen Angriff.

2. Das definitiv konstituierte Mitteleuropa, welches mit verstärkter Kraft „das Werk ökonomischer Durchdringung wieder aufnehmen würde, welches schon im Frieden die Nachbarn Deutschlands zu beunruhigen begonnen hatte."

3. Die Aufrechterhaltung der alten Eroberungen, besonders von 1871, wobei der Verfasser hervorhebt, dass die Trennung der elsässischen und der lothringischen Frage nicht zulässig sei. Auch die alten Annexionen können gegen den Willen der Bevölkerungen nicht anerkannt werden.

4. Verzicht auf Entschädigung für die Verwüstung Frankreichs und dadurch die beständig drohende Gefahr einer Erneuerung der straflosen Verwüstung.

5. Die politische Abhängigkeit des geschwächten Frankreich von einem Deutschland, dessen Macht sich von Hamburg bis zum persischen Meere erstrecken würde.

Lichtenberger würde es unter solchen Umständen ausserordentlich bedauern, wenn jemals durch die Erschöpfung beider Teile ein solcher „weisser Friede" unvermeidlich werden sollte. Jedenfalls könne er nicht so nahe sein, wie Andrassy sich ihn vorstelle. „Die Wahrscheinlichkeit geht also dahin, so schmerzlich diese Erkenntnis sein mag, dass das Blut noch in Strömen fliessen muss, und dass das grosse Zerstörungswerk noch während eines Zeitraumes fortgesetzt werden wird, der sich unserer Schätzung entzieht." Leider müssen diese Ausführungen als getreue Wiedergabe der an der Sorbonne und in den intellektuellen Kreisen Frankreichs herrschenden Stimmung anerkannt werden. Bezeichnend ist, dass der grösste Teil von Andrassys Artikel — nämlich die Voraussage der Gefahren, welche die uneingeschränkte Herrschaft Russlands zu Lande und Englands zur See, die Rivalität beider Mächte und die lauernde Unzufriedenheit der Besiegten im Falle eines Sieges der Entente über Europa bringen müssten — von Lichtenberger überhaupt nicht beantwortet wird.

Englische Seepolitik. In der vielgelesenen amerikanischen Monatsschrift *The Atlantic Monthly* antwortet der englische Professor Gilbert Murray auf einen Artikel des Amerikaners Arthur Bullard (August 1915), welcher die englische Handhabung des Seerechts in diesem Kriege heftig angegriffen hatte. Gegenüber der Anklage, England behandle die von ihm selbst für den Kriegsfall veranlasste Londoner Deklaration von 1909 als „Fetzen Papier" betont der Engländer, dass kein Staat die Deklaration ratifiziert habe, die übrigens sofort nach ihrer Veröffentlichung von dem angesehenen Völkerrechtslehrer Holland als ein in drei Monaten übereilt geschaffenes Werk hastiger Gesetzgebung abgelehnt worden sei und vom englischen Standpunkte ihren Zweck verfehlt habe, Deutschland durch englische Konzessionen friedlicher zu stimmen und so diesen ganzen Krieg zu vermeiden. Murray verteidigt das Verhalten Englands gegenüber den Neutralen, deren „Weltpatriotismus" die Entente auch Opfer zumuten dürfe, macht aber bezüglich der Hungerblockade gegen Deutschland das bedeutsame Zugeständnis: „Ich fühle mich durchaus nicht sicher, dass unsere Politik überhaupt eine weise gewesen ist"; doch sei sie erst im März 1915 begonnen worden, nachdem Deutschland im Feber den U-Boot-Krieg angekündigt hatte. Das Schlimmste seien die Leiden der besetzten Gebiete, wegen deren er persönlich noch jetzt für den Verzicht auf die Hungerblockade wäre, falls diese Leiden wirklich die notwendige Folge der Blockade seien. Der Artikel ist im Dezemberheft 1916, also vor dem verschärften U-Boot-Kriege, geschrieben.

Wissenschaft und Politik. Benedetto Croce, der hervorragendste italienische Philosoph der Gegenwart und einer der seltenen Gelehrten, die während des Krieges dem Ideale echter Internationalität treu geblieben sind, benutzt die Gelegenheit der Gründung des „italienischen Instituts in Paris“, um in seiner Zeitschrift „La Critica“ gegen die Verquickung von Politik und Wissenschaft und damit zugleich gegen den engherzigen Nationalismus in energischer Weise zu protestieren. Ebensowenig wie es die von den Franzosen in Italien eingepflanzten Institute sind, die die Philosophie eines Maur. Blondel oder Bergson und die Kunst eines Baudelaire oder eines Maupassant bekannt gemacht haben, ebensowenig würde jenes Institut, meint Croce, zur Verbreitung italienischer Kultur in Frankreich beitragen. Der beste Weg, der dazu führen könnte, ist, einzig und allein an die Kunst und an die Wissenschaft selbst, und nicht an deren Verbreitung zu denken, denn die lebendigen und starken Schöpfungen öffnen sich früher oder später selber ihre Bahn in der Welt. Noch schärfer verdient nach Croce jene Gründung verurteilt zu werden, wenn sie, wie es der Fall zu sein scheint, den Zweck verfolgt, zwischen dem italienischen und dem französischen Geiste im Namen einer angeblichen Gemeinsamkeit der Rasse, der Abstammung oder der Geschichte einen Bund herzustellen und ihn der Geistesart anderer Völker entgegenzusetzen. Das wäre verhängnisvoll für die Wissenschaft. Bekanntlich sind die Ehen zwischen Verwandten gefährlich, so anziehend und süss vorbereitet sie auch sein mögen. Dagegen erzeugen die Ehen zwischen Nichtverwandten kräftige und mutige Kinder. Das gilt auch für die Wissenschaft. So empfing Deutschland mächtige Anregungen zuerst vom italienischen und dann vom französischen Geistesleben, und die Italiener sind ihrerseits in hohem Grade durch die englische und deutsche Dichtung, Philosophie und Literatur bereichert worden. Indem man aber die Wissenschaft der ethnischen und kulturellen Verwandtschaft unterwirft, wird nicht nur der Kreis der geistigen Ehen in gefährlicher Weise eingeschränkt, sondern die Wahrheit wird dadurch zu etwas Blosspraktischem, zum physiologischen, kulturellen und politischen Produkt herabgesetzt, und das heisst sie in ihrer göttlichen Freiheit, in ihrem innersten Wesen verneinen. Als Pfleger der Wissenschaft, meint Croce, sind wir, bevor wir Italiener sind, eben Pfleger der Wissenschaft, und kein Nationalismus, kein politisches Interesse wird uns überzeugen können, eine minderwertige Philosophie anzunehmen, weil sie italienischen oder französischen Ursprungs, oder eine höhere abzulehnen, weil sie deutschen Ursprungs ist. „Aus diesem Grunde,“ schreibt Croce zum Schlusse, „werden wir nach dem Kriege und während desselben, trotz der Anklagen der Politikanten und Intriganten ... fortfahren, die Wahrheiten aufzunehmen und zu empfangen, woher sie auch kommen mögen, ohne uns darum zu kümmern, ob in den Adern ihrer Schöpfer lateinisches oder germanisches, keltisches oder jüdisches Blut fliesst, weil das für die Wahrheit ohne Bedeutung ist. Also liebe Freunde, um es auf französisch zu sagen, *fichez-nous la paix* mit der lateinischen, anglo-lateinischen oder slavo-anglo-lateinischen Wissenschaft.“

Amerika im Weltkriege.

Von Prof. Dr. S. FEILBOGEN.

Das Unheil nimmt seinen Lauf. Ein neuer Staat tritt auf den Plan. Und welch' ein Staat! Die grosse Republik, die sich immer als Avantgarde der Menschheit betrachtet hat. Im Gegensatze zu dem „dynastischen Schlachthause", als welches ihr nationaler Dichter Walt Whitman das alte Europa bezeichnet, wollte die Führerin einer Neuen Welt dem friedlichen Fortschritt des Menschengeschlechtes dienen. Und nun? Hals über Kopf stürzt sie sich in den Krieg, der schon seinem Verlöschen zuneigte. Die Zentralmächte hatten in wiederholten Erklärungen ihre Friedensbereitschaft ausgesprochen und auch auf der Gegenseite schien die steigende Not den Kriegswillen zu zermürben, während die russische Revolution dem Menschengeschlechte neue Perspektiven eröffnete. Da fühlt sich denn gerade das grosse pazifistische Gemeinwesen jenseits des Ozeans berufen, den Kriegswillen von neuem zu entflammen und für den Sieg der Demokratie, der ohnehin durch die russische Revolution entschieden ist und bereits auf deutschem Boden die Hochburg der Junkerherrschaft unterwühlt, den Gott der Schlachten aufzurufen. Welche Folgen wird wohl die amerikanische Kriegserklärung nach sich ziehen?

Zunächst für die Menschheit. Der letzte grosse Zweig der weissen Rasse will also seine Jungmannschaft ins Feuer senden und seine wirtschaftliche Zukunft mit den ungeheuren Kosten eines grossen Krieges belasten. Damit würde zugleich ein starkes Motiv für den Zehnverband gegeben, falls ihm der Sieg auch in diesem Jahre nicht zufällt, den Krieg noch bis 1918 und 19 hinauszuschleppen, da sowohl nach den Erfahrungen der Union in ihrem Bürgerkriege, als auch nach denen Englands im Weltkriege mindestens zwei Jahre notwendig sein werden, bis die Union ihre volle Macht in die blutige Wagschale

werfen kann. Indessen würde der deutsche Tauchbootkrieg voraussichtlich den Schiffsraum der Welt in einer Weise reduzieren, welche für das zu unproduktive Europa, das seiner landwirtschaftlichen Arbeiter in steigendem Masse beraubt wird, die sichere Hungersnot bedeutet, Hungersnot im buchstäblichsten Sinne, wie man sie seit der Erfindung der Dampfschiffe und Eisenbahnen wenigstens ausserhalb Russlands und Indiens nicht mehr gekannt hat.

Wie steht es mit den Vereinigten Staaten? Bisher konnte man beim Anblicke des Selbstmordes der europäischen Menschheit einen letzten Trost darin finden, dass das an Menschen und Gütern reichste Volk der weissen Rasse bereitstehe, die den Händen Europas entsinkende Kulturarbeit aufzunehmen. An Bevölkerung so zahlreich wie Deutschland und Grossbritannien zusammengenommen, besitzen die Vereinigten Staaten ein Volksvermögen, das nach dem Berichte des angesehenen Nationalökonomen E. R. A. Seligman, (Märznummer der „Scientia“) auf 200 Milliarden Dollars geschätzt wird, also in Franken auf eine Million Millionen. Es ist das erste Volk der Welt, welches die Million auf die zweite Potenz getrieben hat, während sowohl Deutschland als auch Grossbritannien erst einen Dritteil dieses Weges zurückgelegt haben. In dem Kriege, welcher den Wohlstand aller andern grossen Nationen so empfindlich geschädigt hat, konnte die Union als Überschuss ihres Exportes über den Import einen Wert von 20 Milliarden Franken einheimsen. Früher an Europa verschuldet, konnten die Amerikaner mit diesem Überschuss nicht nur ihre Staatspapiere, Obligationen, Aktien etc. von Europa zum grossen Teile zurückkaufen, sondern ganze Berge von europäischen Schuldverschreibungen aller Art an Zahlungsstatt übernehmen. Mit einem Worte, die Vereinigten Staaten sind aus einem Schuldnerstaat ein Gläubigerstaat geworden. Überdies aber hat sich die Natur ihres Exportes verändert; der Anteil der Industrie an der Ausfuhr ist stark gewachsen; ihre Industrie hat in den 2½ Kriegsjahren Fortschritte gemacht, für welche sonst Jahrzehnte notwendig waren. Nach dem Frieden

sieht Seligman die Zeit kommen, in welcher die amerikanische Industrie mit den heimischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln nicht mehr ihr Auslangen finden werde. Statt Europa mit Nahrung und Rohstoffen zu versorgen, wird die Republik jenseits des Ozeans, gleich allen andern grossen Industriestaaten durch Mehreinfuhr an Rohstoffen und Nahrungsmitteln, eine passive Handelsbilanz aufweisen, deren Defizit sie auf andern Wegen als durch Ausfuhr von Waren wird decken müssen. Zunächst wird der Kapitalexport an die Stelle des Warenexportes treten und mit den Zinsen ein Teil der notwendigen Mehreinfuhr an Waren gezahlt werden. Dieser Kapitalexport dürfte zunächst auf die Finanzierung Chinas und Südamerikas gerichtet sein. Es scheint, dass bezüglich dieser beiden Länder die Union bisher infolge ihrer einseitigen Richtung auf Munitionsexport die günstige Gelegenheit zum Exporte an die unversorgten Kundschaften Englands und Deutschlands nur in geringem Masse ausnützen konnte. Aber auch durch Dienste als Frachtführer und als Bankier wird Amerika einen Teil der benötigten Waren bezahlen können. Vor dem Kriege war die Handelsschiffahrt der Vereinigten Staaten aus demselben Grunde zusammengeschrumpft, wie die Frankreichs: Das Hochschutzzollsystem verteuert den Schiffbau und lenkt die Kapitalien von der Schiffahrt ab. Jetzt soll mit Staatshilfe eine riesenhafte Anstrengung gemacht werden, um die Handelsmarine auf die gewünschte Höhe zu bringen. Ebenso hat der Krieg bewirkt, dass die Devise New-York wegen ihrer grösseren Stabilität die Devise London teilweise verdrängen konnte; schon schmeichelten sich die amerikanischen Bankiers mit der Aussicht, dass New-York als Wechselplatz neben oder statt London die Rolle des Weltbankiers übernehmen könne. In allen diesen hoffnungsvollen Fortschritten wird der Stillstand oder selbst die Rückbildung eintreten, wenn nun auch Amerika anfangen wird, die Ersparnisse der Väter als Munition zu verpulvern, seine Arbeitskräfte in Krieger zu verwandeln, seinen Schiffsraum den Angriffen der Unterseeboote preiszugeben und die Devise New-York

denselben Schwankungen auszusetzen, denen die Devise London seit Kriegsbeginn unterliegt. Die amerikanische Volkswirtschaft wird zunächst die unverhoffte Bereicherung der letzten Jahre einbüssen, ihre Hochkonjunktur wird in einer furchtbaren Krise scheitern und die Vereinigten Staaten werden derselben Verarmung entgegengehen, wie alle Teilnehmer dieses unseligen Krieges.

Selbstverständlich werden auch die Zentralmächte auf die Dauer den verhängnisvollen Folgen der amerikanischen Kriegserklärung nicht entgehen. In der ersten Zeit freilich wird vielleicht geradezu eine Erleichterung ihrer Situation eintreten, indem Amerika seine Munition, seine Mannschaften, sein Kapital für sich reservieren muss. Es kann sogar sein, dass der deutsche Tauchbootkrieg und die russische Revolution das Ende des grossen Ringens erzwingen werden, bevor Amerika auch nur eine Armee auf den Kriegsfuss bringen kann. Aber dann! Dann erscheint am europäischen Horizont die Drohung des Wirtschaftskrieges im Frieden. Bisher haben alle Gegner dieser dauernden Verfeindung der beiden Hälften von Europa auf die Vereinigten Staaten von Amerika hinweisen können, deren Hilfe zur Heilung der Kriegswunden unerlässlich sei, und die sich die Einführung ausschliesslicher gegenseitiger Begünstigungen der Alliierten und ihrer Kolonien besonders mit Einschluss eines schutzzöllnerischen englischen Weltreiches, einfach nicht gefallen lassen würden. Bei der jetzigen Sachlage aber werden die Vereinigten Staaten selbst dem Wirtschaftsbunde zur Ausschliessung der deutschen Konkurrenz mit angehören. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, dass der Krieg in seiner weiteren Entwicklung das Programm realisieren kann, welches viele Amerikaner, auch viele dortige Blätter, namentlich „The New Republic“ verteidigen, das Programm eines organischen Zusammenschlusses der beiden angelsächsischen Grossstaaten zu einem dauernden Staatenbunde. Selbstverständlich würde eine solche Entwicklung auf der andern Seite den Zusammenschluss Mitteleuropas beschleunigen und befestigen. Aber es würde kein Europa mehr geben.

Der wirtschaftliche Vierverband.

Von Prof CHARLES GIDE, Paris.

Mit Genehmigung des Verfassers veröffentlichen wir eine vollständige und wortgetreue Übersetzung seiner Polemik gegen den Wirtschaftskrieg nach dem Waffenkriege. Sie bildet den zweiten Teil einer im Januarheft der „Scientia" enthaltenen Abhandlung, deren erster Teil die Illusionen bezüglich der Möglichkeit eines Zollvereins zwischen allen oder den benachbarten Staaten der Entente zerstört.

Das Programm eines Wirtschaftsverbandes zwischen den Staaten der Entente hat ausser der positiven Seite, der offenen Türe für die Verbündeten, auch eine negative Seite, die geschlossene Türe für die Feinde. Wir haben bisher nur die erste Seite erörtert; wir wollen nun die zweite prüfen.

Man könnte glauben, dass die Wirtschaftspolitik des Vierverbandes sich unter der Form des Boykotts leichter verwirklichen lasse als unter der des Zollbundes; zunächst weil es überhaupt leichter ist, sich zurückzuhalten als sich hinzugeben, dann aber und ganz besonders deshalb, weil dieser Punkt des Programms einem überaus mächtigen Volksgefühle entspricht, welches sich auch in Frankreich bereits dadurch geäussert hat, dass mehrere Verbände gegründet wurden, deren Mitglieder sich verpflichten, auch nach dem Kriege weder deutsche Waren zu kaufen noch Beziehungen mit Deutschen anzuknüpfen. In England ist dasselbe Gefühl nicht bloss durch die Stimme des Volkes, sondern auch durch einflussreiche Parlamentsmitglieder zum Ausdruck gebracht worden; hat doch Carson den Ausschluss aller deutschen Waren und Personen auf 21 Jahre hinaus beantragt. Hughes, der Premier von Australien, ist sogar noch weiter gegangen. Er hat erklärt, Australien werde den Deutschen nicht nur nichts abkaufen, sondern auch nichts verkaufen.

Doch scheint auch auf diesem Gebiete eine Einigung

des Vierverbandes unausführbar, selbst wenn sie wünschenswert wäre. Der Boykott ist ein Leichtes für einen Staatenbund wie Australien, dessen traditionelle Politik dahin geht, sich mit Schranken gegen Einfuhr und Einwanderung zu umgeben, für ein Land, das überdies die Deutschen weder als Verkäufer noch als Kundschaften noch als Ansiedler nötig hat. Aber die anderen Länder des Verbandes sind ganz und gar nicht alle in derselben Lage.

In den industriellen und kaufmännischen Kreisen und selbst seitens der Regierungen der Entente werden wenigstens drei sehr wichtige Einwendungen gegen das Verbot der deutschen Waren geltend gemacht.

Vor allem das Argument aus dem dringenden Bedarf des eigenen Landes. Zugegeben selbst, dass man Konsumartikel allenfalls, wenn auch teurer, anderweitig beziehen könnte, wie steht es denn mit den Rohstoffen und Halbfabrikaten, welche für den ungestörten Fortgang der heimischen Industrie unentbehrlich sind? Offenbar wäre es unsinnig und selbst, sagen wir es gerade heraus, unpatriotisch, die Fortdauer oder die Wiederaufnahme unserer Industrien zu gefährden oder ihre Konkurrenzfähigkeit zu schwächen, lediglich um die Industrie unserer Feinde ebenfalls zu schädigen. Frankreich hat von Deutschland alle Jahre Kohlen im Durchschnittswerte von 160 Millionen Franken, Maschinen für 134 Millionen, chemische Produkte für 7 Millionen bezogen; Italien Kohle für 33 Millionen von Deutschland, Holz für 90 Millionen von Österreich kommen lassen; das ist doch wahrscheinlich nicht bloss geschehen, um den Austro-Deutschen recht viel Vergnügen zu machen, sondern weil Frankreich und Italien diese Waren dringend nötig hatten. Vollends Russland musste sich von Deutschland mehr als die Hälfte seiner Einfuhr schicken lassen, Frankreich konnte ihm nicht ein Zwanzigstel davon liefern! Man sagt freilich, die Länder des Vierverbandes müssten fortan lernen, die deutschen Waren selbst zu erzeugen, oder von den Verbündeten zu beziehen, was sie bisher den Deutschen abgenommen haben. Ausgezeichnet, nur leider nicht immer möglich. Es ist zum Beispiel nicht

gut einzusehen, von wo Italien sich das Holz verschaffen soll, das es nun einmal für seine Handelsmarine oder Fischereiflotte notwendig braucht. England, Belgien und selbst Frankreich sind gewiss nicht imstande, so viel Holz abzugeben. Vielleicht Canada oder Russland? Möglich, aber ein bischen weit hergeholt. Und könnte man es selbst dahin bringen, sich die deutschen Waren ganz abzugewöhnen, so braucht man dazu Zeit, viel Zeit. Beispielsweise für die chemische Industrie Deutschlands Ersatz zu schaffen, ist wahrhaftig nicht das Werk eines Tages; und um altgewohnte Strömungen des Welthandels umzuschalten, dazu genügt nicht der Druck auf irgend einen Taster. Nun aber wird es nach dem Kriege heissen: Sofort ans Werk gehen, nicht eine Minute verlieren. Nur um die erschöpften Vorräte wieder herzustellen, welcher ungeheure Bedarf an allen möglichen Waren! Wo immer man etwas finden wird, da wird man gerne mit beiden Händen zugreifen.

Gewiss, es wird peinlich sein, denen, die uns unser Land verwüstet haben, noch das Material abkaufen zu müssen, womit den Verwüstungen abgeholfen werden soll. Aber was tun! Sollen wir den Feinden vielleicht das noch grössere Vergnügen bereiten, uns gar nicht mehr zu erholen?

Ein zweiter Grund für die Regierungen, den Boykott deutscher Waren nicht zu begünstigen, wird die Rücksicht auf die für alle Budgets so dringend notwendigen Zolleinnahmen sein. Ohne Einfuhr keine Zolleinnahmen, und gerade auf diese Einkommensquelle hat der Staat bisher nach einem Kriege immer am sichersten gerechnet. Wenn nun die Waren der Feinde keinen Zoll bezahlen, weil sie nicht eingeführt werden dürfen, und die Waren der Freunde aus Freundschaft zollfrei hereinkommen, was bleibt dann der Zollverwaltung? Eine leere Kasse. Man wird also lieber so hohe Zölle einheben, als nur irgend möglich sind, ohne die Goldquelle selbst, die Einfuhr, versiegen zu machen.

Aber am stärksten ist der dritte Grund: Kaufen wir von den Austro-Deutschen nichts, so können wir ihnen auch nichts verkaufen. Nicht so sehr wegen ihrer Vergeltungs-

zölle — vielleicht wären sie gescheit genug, gar keine anzuwenden! — sondern wegen des allen Nationalökonomen wohlbekannten Grundgesetzes des internationalen Handels: Ohne Import kein Export! Nun hatten aber vor dem Kriege alle Länder der Entente eine gewaltige Ausfuhr nach Deutschland entwickelt, die bei den Engländern 2 Milliarden Franken, bei den Franzosen 1 Milliarde, bei den Belgiern 700 Millionen, bei den Italienern 600 Millionen jährlich überstieg. Weniger aufnahmsfähig ist das österreichisch-ungarische Absatzgebiet, immerhin handelt es sich dabei auch, für alle Länder der Entente zusammengenommen, um jährlich 500 Millionen Franken. Alles in allem würden also die Exporteure der Ententeländer alle Jahre den Gewinn eines Geschäftes von fünf Milliarden zu verlieren haben; es würde nicht so leicht sein, ihnen die Überzeugung beizubringen, dass ihr Patriotismus ihnen auch verbiete, an dem Feinde so viel Geld zu verdienen, wenn sie es sonst könnten. Überdies handelt es sich dabei nicht bloss um ihre Privatinteressen, sondern auch um ein wichtiges Interesse der Nation. Alle kriegführenden Länder werden nach Friedensschluss ein brennendes Interesse daran haben, zu exportieren, viel zu exportieren, um jeden Preis zu exportieren; nur so kann das Gold zu ihnen zurückströmen, kann die Valuta gehoben, können die Mittel gefunden werden, die enormen Kredite des Auslandes anlässlich der Einkäufe der Vergangenheit zu decken und alle die neuen Einkäufe zu bezahlen, die unmittelbar in Aussicht stehen.

Gerade für diejenigen, welche durch einen Krieg nach dem Kriege die deutsche Hegemonie brechen wollen, möchte ich noch hinzufügen, dass das wirksamste Mittel zur Erreichung dieses Zieles der forcierte Export in die feindlichen und neutralen Länder sein müsste. Das wäre die Offensive, der Einfall ins Land des Feindes, der Eroberungskrieg, während der Boykott doch nur die Abwehr, die Defensive, den Stellungskrieg in wirtschaftlichen Schützengräben bedeutet. Nicht indem wir uns hinter den Drahtverhauen hoher Abwehrzölle verstecken, können wir

Deutschland die Herrschaft auf dem Weltmarkt streitig machen.

Das alles sind ebenso viele Gründe dafür, dass am Tage der Friedensverhandlungen die Mächte des Verbandes keineswegs in der Stimmung sein werden, die Handelsbeziehungen mit den Zentralmächten einverständlich abzubrechen.

Man hat freilich die amtliche Erklärung abgegeben, dass man sich verständigen wolle, um jedem unlauteren Wettbewerb der Deutschen durch Strafzölle oder selbst durch Einfuhrverbote entgegenzutreten. Dazu hat der Präsident der Konferenz Handelsminister Clémentel, im *Temps* den Kommentar gegeben. „Die Verbündeten haben sich verpflichtet, die Waren der feindlichen Länder für einen von den Verbündeten festzusetzenden Zeitraum dem Verbot oder einer differentiellen Behandlung zu unterziehen, die ausreichen wird, um jeden Versuch des *dumping* wirksam zu bekämpfen."

Man weiss, was man unter dieser seit kurzem so bekannten Bezeichnung zu verstehen hat. Es ist das System eines billigeren Auslandspreises bei Verteuerung der Ware für die eigenen Mitbürger. Nun sollte man ja glauben — und die liberale Schule der Nationalökonomie ist auch davon überzeugt —, dass das Ausland sich über diesen merkwürdigen Vorzug nur zu freuen und zum Himmel zu beten hätte, dass Gott den Feinden ihre Blindheit möglichst lange erhalten möge. Aber die öffentliche Meinung sieht in diesem Verfahren ein teuflisches Manöver, um die ausländischen Konkurrenten in ihrem eigenen Lande zu unterbieten und zu ruinieren. Und sicherlich ist das Dumping nicht zu dem Zwecke erfunden worden, dem Ausland eine Gunst zu erweisen. Immerhin glauben wir, dass die Klagen über seine verderblichen Folgen übertrieben sind und dass man jedenfalls kein praktisches Mittel finden wird, es zu verhindern. Die Methode des Verkaufes unter dem Kostenpreis behufs Unterbietung der Konkurrenz ist ja nichts spezifisch deutsches und beschränkt sich auch nicht auf den auswärtigen Handel: dieselbe Methode

können wir jeden Tag im Innenhandel beobachten. Was ist es anderes als ein Dumping, wenn unsere grossen Warenhäuser mit Riesenlettern ankündigen: Heute grosser Ausverkauf mit Verlust!

In Wirklichkeit werden sich, nach Beendigung dieses Krieges, alle Länder um die Wette auf das Dumping verlegen, weil sie alle wie gesagt das Bedürfnis haben werden, möglichst viel zu verkaufen, selbst mit Verlust, um nur Geld zu bekommen. So werden auch diese Drohungen mit Einfuhrverboten oder Strafzöllen meistenteils unerfüllt bleiben; ihr Vollzug wird jedenfalls nicht leicht sein. Aus allen diesen Gründen, welche den Deutschen sehr geläufig sind, werden sie zweifellos den Schluss ziehen, dass sie, mag nun der Krieg wie immer ausfallen, für ihren künftigen Handel nicht viel zu fürchten haben. Aber darin könnten sie sich doch gewaltig irren. Vor allem gibt es einen Entschluss, über welchen nach der Erklärung des Präsidenten Clémentel die Konferenz „die Einigung aller Verbündeten, einschliesslich selbst Italiens und Russlands", bereits erzielt hat. Es ist dies die Aufhebung der Meistbegünstigung, allerdings nach Asquith nur „für eine gewisse Anzahl von Jahren nach Kriegsschluss". Selbst mit dieser Einschränkung bedeutet die Massregel einen harten Schlag für Deutschland.

Was aber Deutschland noch mehr zu befürchten hat als diesen oder jenen Artikel eines Handelsvertrags oder eines Gesetzes, das ist der faktische Verlust seiner bisherigen Kundschaft. Indem Deutschland sich einbildet, sie einfach behalten zu können, zeigt es dieselbe Verkennung der menschlichen Gefühle wie bei vielen anderen Gelegenheiten. Es versteht nicht, dass das Blut einer Miss Cavell, eines Kapitäns Fryatt und so vieler Unschuldigen die deutschen Erzeugnisse in Frankreich und Belgien mit einem unauslöschlichen „Made in Germany" befleckt hat. Möglich, dass dieser Fleck allmählich verblassen würde, wenn es der Entente gelingen sollte, siegreich über die Schuldigen Gericht zu halten. Sollten aber diese auch noch triumphieren, dann würde ein einstimmiger Boykott geltend ge-

macht werden. Und was nützt es in diesem Falle, wenn erzwungene Verträge unsere Grenzen den deutschen Waren öffnen und doch jeder Privatmann sein Haus ihnen verschliesst? Von allen Handlungen des Menschen ist vielleicht keine so frei wie der Einkauf; man kann den Menschen zu einem Verkauf zwingen, aber niemals kann man ihn zwingen, zu kaufen.

Die Deutschen sollten sich diese Sache gut überlegen. Es ist die grösste Gefahr für ihre Zukunft; der Krieg mag wie immer ausgehen, er kann sie den ganzen Markt der Entente kosten. Und welchen Markt! Vier Fünftel von Europa, Australien ganz, Afrika fast ganz und fast das halbe Nordamerika!*) Und die wirtschaftliche Bedeutung eines solchen Marktes ist nicht einmal mit den Riesenziffern seines jetzigen Aussenhandels (76 Milliarden, wovon 42 als Einfuhr, 34 als Ausfuhr verzeichnet) erschöpft. Nein, in wenigen Generationen werden die drei englischen Dominions und vielleicht selbst die nordafrikanischen Kolonien so bevölkert und so reich sein wie ihre Mutterländer. Dort ist die Zukunft der Weltwirtschaft. Welcher Jammer für Deutschland, wenn ein solches Paradies noch seinen Kindern und Kindeskindern verschlossen bliebe!

Um aber zu diesem gelobten Lande Zutritt zu erlangen, genügt es nicht, dass Deutschland sich gegen amtliche Verbote seiner Waren sichere; die Deutschen müssen den Zugang lernen wenn schon nicht zu den Herzen, so doch wenigstens zu den Börsen ihrer Kundschaften. Und diesen Zutritt werden sie nur gewinnen, wenn sie uns Pfänder stellen. Welche? Das zu bestimmen, ist nicht meine Sache. Doch möchte ich meinen, dass das Mindeste die Rückstellung aller Kontributionen und Requisitionen wäre. Oder ist es denkbar, dass wir mit jemandem in Tauschverkehr treten, der uns unsere Ware mit den Gütern bezahlen will, die er uns weggenommen hat?

Aber das wäre nicht genug. Yves Guyot fordert die

*) Der Aufsatz ist im Jänner 1917 gedruckt worden. Jetzt müsste es heissen: fast das ganze Amerika. Und entsprechend müssten die Ziffern noch erhöht werden. *Die Red.*

Aufhebung aller deutschen Zölle. Gerne, wenn diese Aufhebung bei allen Staaten stattfindet. Aber wir haben vorhin gesehen, dass die anderen dazu nicht bereit sind; und ein so einseitiger Freihandel kann doch nicht wohl von einem Vorkämpfer des Welt-Freihandels gemeint sein.

Glücklicher erscheint uns schon der Gedanke Norman Angell's, Deutschland als Bedingung aller künftigen Handelsbeziehungen die Teilnahme an der allgemeinen Abrüstung und Annahme des obligatorischen Schiedsgerichtes aufzuerlegen. Das hiesse also soviel wie: Verzichtet auf künftige Kriege, und wir verzichten auf den Handelskrieg. Damit bekäme der Dauerfrieden zwei Garantien auf einmal. Auch könnte eine solche Politik nur als eine weise bezeichnet werden. Denn sie würde nicht auf den Ruin Deutschlands abzielen, da von dem Ruin einer grossen Nation auch die anderen keinen Gewinn haben, wohl aber würde sie dem schrecklichen Drucke ein Ende setzen, mit welchem der bewaffnete Friede seit vier Jahrzehnten auf Europa gelastet hat.

□□□

Flüchtlingsfürsorge.

Eine der grossartigsten Organisationen der Welt auf diesem Gebiete ist die Wiener Zentralstelle der Fürsorge für Kriegsflüchtlinge. Die Tätigkeit der Anstalt umfasste zeitweilig bis zu 125,000 Menschen von 9 verschiedenen Sprachen und 6 Konfessionen. Nur an Staatsgeldern wurden 50 Millionen verausgabt. Das Vermissten-Bureau hat nicht weniger als 74,000 Personen aufgefunden. Ein Bahnhofdienst empfängt die Ankommenden, zahlreiche Notasyle, ein Labedienst, 12 Ärzte, Impfstationen, Bäder, Wäsche- und Kleiderstellen stehen zur Verfügung; in Kinderhorten, Mädchenheimen, Schülerkonvikten, eigens errichteten Volksschulen und Gymnasien wird für die Jugend gesorgt, in Beschäftigungsanstalten, Nähstuben, Arbeitsvermittlungsbureaux für die Erwachsenen. Das Ganze ist das mühevolle Werk eines einfachen Bürgers, des Wiener Gemeinderates Dr. Rudolf Schwarz-Hiller und seiner freiwilligen Mitarbeiter nebst 500 besoldeten Hilfskräften.

Welthandelsflotte und Weltschiffsbau.

Von E. TROTT-HELGE.

Der verschärfte Tauchbootkrieg hat bereits in den ersten Wochen nach seiner Verkündigung so grosse Tonnageverluste für Kriegführende und Neutrale gebracht, dass die Handelsschiffahrt Mittel und Wege finden musste, seinen unheilvollen Folgen Einhalt zu gebieten. Daraus ergab sich der Beschluss, die Schiffahrt überhaupt einzustellen, dem zunächst einzelne neutrale Liniengesellschaften bald darauf die gesamte Schiffahrt dieser Länder überhaupt nachkamen. Die Wagnisse waren doch zu grosse für ein ins Sperrgebiet auslaufendes Fahrzeug! Dann aber kam man besonders in den neutralen Ländern immer mehr zu der Überzeugung, dass man die Schiffstonnage für die Zukunft sparen müsse, weil ein Ersatz der verlorenen Fahrzeuge im gleichen Verhältnisse zu den erlittenen und möglicherweise noch zu erleidenden gewaltigen Verlusten in gar keinem Falle erreichbar sei.

Die Möglichkeit, die Welttonnage auf der Höhe normaler Zeiten zu erhalten, hat schon vor Verkündigung des verschärften Tauchbootkrieges nicht bestanden. Wieviel weniger besteht sie jetzt? Alle Meldungen über eine vermehrte Schiffsbautätigkeit in neutralen und kriegführenden Ländern, die immer wieder durch die Presse laufen, sind mehr oder weniger zusammenhanglose Nachrichten. Bei dem lückenhaften Nachrichtendienste kann das auch gar nicht anders sein. Selbst die Zusammenstellungen und Statistiken über den Schiffsbau während des Krieges müssen als unzuverlässig und unvollständig bezeichnet werden, weil heutzutage niemand, keine amtliche und keine private Stelle in der Lage ist, zuverlässige Angaben machen zu können. Davon macht auch „Lloyds Register of Shipbuilding“ keine Ausnahme, das in Friedenszeiten gewiss wohlunterrichtet war und die Tonnage-

Veränderungen aller Länder, soweit sie Fahrzeuge von über 100 Tonen betrafen, in seine Statistik einbegriff. Dennoch wird man in erster Linie auf diese Statistik zurückgreifen müssen, wenn man auf die Schiffsbautätigkeit der Neutralen und der Länder der Entente näher eingehen will, was an dieser Stelle geschehen soll.

Zunächst muss mit allem Nachdruck der vielfach herrschenden Auffassung entgegegetreten werden, dass durch die stark vermehrte Schiffsbautätigkeit in den neutralen Ländern die Verluste durch den Seekrieg, die in erster Linie England erlitten hat, wettgemacht würden. Das ist durchaus nicht der Fall. Wohl haben Länder wie Holland, die skandinavischen und selbst Spanien nachdem die ersten Depressionen des Krieges vorüber waren, eine vermehrte Schiffsbautätigkeit entwickelt. Wohl haben die Vereinigten Staaten, als sie nach Auflösung des Morgan-Trustes die wenigen Reste ihrer Handelsfahrzeuge versammelten, die Notwendigkeit der Schaffung einer Handelsflotte erkannt, durch das neue Schiffahrtsgesetz grosse Summen bereitgestellt und Massnahmen zum Ankaufe und zur Bewirtschaftung von Handelsfahrzeugen ergriffen. Werftanlagen wuchsen wie Pilze aus der Erde und die bestehenden vergrösserten sich. Wohl hat vor allem auch Japan eine ganz überraschend umfangreiche Schiffsbautätigkeit entwickelt. Aber welches sind letzten Endes die Gesamterfolge dieser verstärkten Bautätigkeit gewesen? Die Antwort lautet: Es ist auch nicht annähernd möglich gewesen, die Welttonnage zu vergrössern.

Die Gesamtverluste seit Ausbruch des Weltkrieges beziffern sich auf mehr als 4½ Millionen Tonnen. Jeder Tag des verschärften Tauchbootkrieges bringt ein Anwachsen dieser Verlustziffer. Dazu kommen die normalen Verluste der Friedenszeit, die mitberücksichtigt werden müssen. Sie betrugen im Jahresdurchschnitt 1,3 Millionen Tonnen, verursacht durch Schiffsunfälle, durch Abnutzung und Ausserdienststellen von Fahrzeugen. Wenn nun auch durch das Aufliegen eines grösseren Teiles der Welthandelstonnage nicht die volle Höhe dieses für die Friedenszeit

massgebenden Ausfalles in Abzug gebracht werden kann, so ergibt sich doch andererseits für die von der Kriegsleitung requirierten Handelsfahrzeuge eine so intensive Dienstleistung und rasche Abnützung, dass sich daraus bei ihrer Wiederzuführung an ihre wirkliche Bestimmung, die Unbrauchbarkeit zahlreicher Fahrzeuge ergeben muss. Berechnungen, die man jetzt, nach 2½jähriger Dauer des Krieges anstellt, kommen somit zu dem Ergebnis, dass der Gesamtabgang an Schiffstonnage 7¾—8 Millionen Tonnen beträgt. Solchen Zahlen gegenüber soll nun der Schiffsbau Ausgleich schaffen? Das ist unmöglich.

In normalen Zeiten hat der Weltschiffsbau jährlich 2½ Millionen Tonnen hervorgebracht. Die Zahlen im Kriege sind, wie schon erwähnt wurde, unzuverlässig. Sie sind durch *Lloyds List* vor allem für die Zentralmächte nicht einmal schätzungsweise nachzuweisen, weil England keine Möglichkeit besitzt, sie sich zu verschaffen. Alle diesbezüglichen Angaben sind lückenhaft, nichts weiter als eine Zusammenzählung der Tonnage solcher Schiffsneubauten, die man in England gelegentlich erfuhr. In normalen Zeiten entfielen auf die Mittelmächte mindestens ½ Million Tonnen Jahreszuwachs durch Neubauten, demgegenüber nennt *Lloyds List* als deutsche Produktion nur rund 8200 Tonnen, eine Ziffer, die jeder unbefangene Sachverständige von vornherein als unrichtig bezeichnen wird.

Es ist möglich, durch Lloyds Statistik wird es zahlenmässig nachgewiesen, dass im Jahre 1916 rund 2 Millionen Tonnen Schiffsraum in allen Ländern neu erbaut worden sind. Bei den ersichtlich unrichtigen Zahlen für Deutschland und dem Fehlen von Ziffern für Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei kann sogar die normale Friedensziffer von 2½ Millionen Tonnen für 1916 erreicht worden sein. Aber demgegenüber darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass im Jahre 1914 und 1915 zusammen nur 1½ Millionen Tonnen erbaut worden sind. So ist, die günstigste Leistung vorausgesetzt, höchstens eine Gesamtziffer von 4—4½ Millionen Tonnen Neubauten seit Kriegsausbruch

zu verzeichnen; mit andern Worten, die Zunahme bleibt hinter den Verlusten um 3 Millionen Tonnen zurück, während in normalen Zeiten die Welttonnage um mindestens 3 Millionen Tonnen zugenommen hätte.

Einzelne Zahlen und Mitteilungen über stark vermehrte Bautätigkeit waren wohl dazu angetan, in manchen Köpfen eine völlig falsche Auffassung aufkommen zu lassen. Aber sie ändern nichts an diesem Gesamtergebnis, das schätzungsweise den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Wenn beispielsweise die Vereinigten Staaten im Jahre 1916 nach *Lloyds List* 555,000 Tonnen neu erbauten gegen 270,000 in 1915, wenn Japan 250 Schiffe mit 246,000 Tonnen gegen 127 mit 98,000 Tonnen im Jahre 1916 erbaute, so sind das Zahlen, die für die Gesamtheit nichts bedeuten. Denn demgegenüber muss festgestellt werden, dass Grossbritannien allein im Jahre 1913 nach Lloyds 1,900,000 Tonnen erbaut hat, diese Ziffer aber in 1915 auf 649,000 Tonnen herabsank und für 1916 gar nur 582,000 Tonnen erreichte. Frankreich zählt überhaupt kaum mit, denn in 1913 stellte es 176,000 Tonnen her, in 1916 nur 39,500 Tonnen. Und die europäischen neutralen Länder? Schweden konnte für 1916 eine Zunahme um 15,000 Tonnen feststellen. Norwegen verzeichnete eine Abnahme in gleicher Höhe, ebenso Dänemark. Auch Spanien konnte die Höhe von 1915 nicht erreichen. 11,000 Tonnen wurden erbaut gegenüber 14,000 im Vorjahre. Holland erreichte ebenfalls mit 212,000 Tonnen nur knapp die Produktion von 1915. Und in Russland lief überhaupt, so weit Lloyds das bekannt wird, kein einziges Handelsschiff vom Stapel. Diese Feststellung dürfte zutreffend sein, da der russische Schiffsbau gewissermassen Regierungsmonopol ist, alle Neubauten jetzt aber für die Kriegsmarine in Auftrag gegeben werden.

Die verminderte Bautätigkeit in den Ententeländern und bei den Neutralen, kann nicht überraschen, wenn man ihren Ursachen nachgeht. Für England und Frankreich liegen sie in den Kriegsverhältnissen selbst begründet. Das starke Ausheben für den Militärdienst in Frankreich,

die Einführung der Dienstpflicht in England haben nicht allein der Schiffsbau-Industrie, sondern dem Bergbau und Hüttenwesen den grössten Teil der gelernten Arbeitskräfte entzogen. Die Folge war, dass die Bautätigkeit sich verlangsamte, einmal, weil Leute fehlten, wodurch gleichzeitig eine Verminderung der bergbaulichen Förderung von Kohle und Erz erfolgte, zum zweiten aber, weil der Arbeitermangel eine Abnahme der Eisen- und Stahlproduktion nach sich zog. So mussten beispielsweise viele grosse Werke im englischen Industriegebiet ihre Hochöfen ausblasen. Durch eine grössere Konzentrierung in den Produktionszentren, durch Beurlaubung von Arbeitskräften vom Frontdienste, will man die Schäden ausgleichen, die Produktion wieder heben. Aber bei aller Anstrengung wird England voraussichtlich auch für 1917 keine Möglichkeit sehen, seinen Handelsschiffbau wesentlich zu beschleunigen, weil es gar nicht in der Lage ist, für den Bau von Privatfahrzeugen genügende Mengen Material freizugeben. Es braucht sein Eisen und Stahl für den Kriegsschiffbau, für die Munitionserzeugung und anderes Kriegsgerät.

Was aber in den kriegführenden Ländern die Schiffsbautätigkeit hemmt, das behindert sie auch in den neutralen Staaten Europas. Weniger durch den Mangel an Arbeitskräften, trotzdem er eine allzu rasche Vergrösserung der Schiffsbau-Industrie von selbst verbieten würde. Ein eingearbeiteter Stamm von Kräften ist zwar auch für die Schiffsbau-Industrie eine ihrer Grundlagen, aber sehr viel mehr wirkt doch der Mangel an Material entgegen. Die europäischen Neutralen besitzen sämtlich keine hochentwickelte Eisen- und Stahlindustrie. Sie waren und sind somit auf die Einfuhr des Schiffsbaumaterials von England und Deutschland angewiesen. Sie haben zwar versucht, eine Eisen- und Stahlindustrie im Kriege zu schaffen, beispielsweise Schweden und Norwegen. Aber die Produktion dieser neuen einheimischen Werke vermag natürlich den Schiffsbau noch nicht ausreichend zu versorgen. So bleibt man in Holland und den skandinavischen Ländern auf die Zufuhr des Auslandes angewiesen, die immer mehr

zum guten Willen wurde, aber auch auf immer grössere Schwierigkeiten stiess. Ausfuhrverbote, die Gefahren der Verschiffung durch den Tauchbootkrieg wirkten entgegen. Infolge dessen musste sich der Schiffsbau immer mehr verlangsamen; immer längere Bauzeiten waren Bedingung, immer mehr verzögerte und verschleppte sich die Fertigstellung. Beweis dafür ist, dass schwedische Werften Aufträge erst für 1920 entgegennehmen können.

Nicht ganz so ungünstig liegen die Verhältnisse für die Vereinigten Staaten und Japan. Die Union als hochentwickeltes Industrieland besitzt Eisen- und Stahlwerke mit hoher Produktion. Trotzdem sind auch dort Schwierigkeiten zu überwinden, weil die Hilfsstoffe für die Stahlerzeugung im Lande nicht genügend vorhanden sind. Es fehlt an Wolfram, an Molybdän und ähnlichen Metallen. Ihre Zufuhr ist schwierig, daher selbst in der Union eine Stahlerzeugung ins Uferlose ausgeschlossen. Auch die Werften sind dort überlastet, trotzdem eine lebhafte Gründungstätigkeit im Gange ist und in jedem Monate mehrere neue Schiffsbaugesellschaften erstehen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Japan, wo eine Eisen- und Stahlindustrie geradezu aus dem Boden gezaubert worden ist und wo man mit seltener Energie und grösstem Zielbewusstsein darauf hinarbeitet, durch die Erwerbung wertvoller Bergbaukonzessionen in der Mandschurei, durch Ausbeutung des an Bodenschätzen reichen Korea, der Hüttenindustrie Japans ihren Rohstoffbedarf in unmittelbarer Nähe sicher zu stellen. Aus dieser fast fieberhaften Tätigkeit heraus wurde es Japan sogar möglich, im letzten Jahre Aufträge für europäische Länder zu übernehmen. Es baut neuerdings Schiffe für Norwegen, indirekt für England. Auch Amerika lässt in Japan bauen. Trotzdem verschleppt sich auch dort das Bautempo immer mehr.

Unter Berücksichtigung aller dieser Verhältnisse liegen die Schlussfolgerungen für die Zukunft der Welthandelsflotte auf der Hand. Sie ergeben zusammenfassend, dass nach Friedensschluss im Weltschiffsraume ein grosses Defizit gegen die Zeit vor dem Kriege vorhanden sein wird.

Dieses Defizit muss sich vergrössern, je länger der verschärfte Tauchbootkrieg wütet und je mehr Tonnage ihm zum Opfer fällt.

Demgegenüber aber wird unmittelbar und noch lange nach Friedenscshluss der Bedarf an Schiffsraum ein ganz gewaltiger sein. Selbst dann, wenn die kriegführenden Länder zwecks Schonung ihrer Valuta sich in ihrer Einfuhr noch so weise beschränken. Es harren in den überseeischen Ländern zu viele, für das tägliche Leben notwendige Rohstoffe der Verladung. Güter, die dem Verderben ausgesetzt sind, andere, die das tägliche Brot der Industrie bedeuten. Sie müssen bewegt werden, denn sie gewähren zugleich die Grundlage für die Wiedererrichtung gesunder wirtschaftlicher Zustände in den europäischen Industrieländern. Die Einfuhr von Rohstoffen ist unbedingte Vorbedingung einer Ausfuhr. Diese Ausfuhr aber muss jedes kriegführende Land mit allen Kräften fördern, soll es zu einer Balanzierung seiner Handelsbilanz kommen, soll es überhaupt die Möglichkeit finden, seine Kriegslasten zu erleichtern.

So wird das Handelsfahrzeug nach dem Kriege eine Wertschätzung erlangen, wie sie noch niemals zu verzeichnen war. Nicht in jenen Jahren, da im Zeichen des krassesten Merkantilismus die Ausbeutung der neuentdeckten Kolonialländer Trumpf war, nicht in den Zeiten blühender Weltwirtschaft vor dem Kriege. Und es ergibt sich daraus, dass diejenigen Länder den grössten Vorteil davontragen werden, die diesem Tonnagebedürfnis am besten entsprechen, nicht allein für ihr eigenes Land, sondern auch für das Ausland, in dessen Dienst sie ihre Flagge zu stellen vermögen. Das aber werden in erster Linie die Neutralen sein.

Somit wird sich daraus voraussichtlich für sie und die vielen Schädigungen, welche sie als am Kriege Unbeteiligte erdulden mussten, eine gewisse wirtschaftliche Genugtuung ergeben, die man ihnen wohl gönnen darf.

□□□

Rudolf Euckens Kampf um eine Seele des Lebens.

Von Dr. J. BENRUBI, Genf.

In der Vorrede zur französischen Übersetzung von Rudolf Euckens „Geistigen Strömungen der Gegenwart" bemerkt Emile Boutroux, dass das grosse Verdienst Euckens in dem Bestreben liegt, die Philosophie aus den Schatten der Schulen herauszuziehen, um sie in das Herz der wirklichen Welt wieder einzusetzen und dadurch am Leben der Menschen und der Dinge teilnehmen zu lassen. „Flieh! Auf! Hinaus ins weite Land!" — dieses Wort Goethes scheint das Motto Euckens gewesen zu sein. Auch Henri Bergson gibt derselben Überzeugung Ausdruck, wenn er in der Vorrede zur französischen Übersetzung von Euckens „Sinn und Wert des Lebens" meint, dass der Jenenser Philosoph keine starren Formeln gibt, worin man die Bedeutung des Lebens hineinpressen könnte, und dass man bei der Lektüre der Euckenschen Bücher einen Zuwachs an innerer Energie gewinnt. Diese Charakteristik, die die beiden Koryphäen der Philosophie der Gegenwart in Frankreich kurz vor dem Kriege von ihrem deutschen Kollegen entworfen haben, erscheint mir in hohem Grade zutreffend. Wenn Eucken philosophiert, so geschieht das nicht in der Absicht einer unfruchtbaren Spekulation. Trockene Gelehrsamkeit zu treiben, ist seine Sache nicht. Er hat bis jetzt kein einziges „Lehrbuch" geschrieben. Wohl aber kehrt der Begriff des Lebens in dem Titel fast aller seiner Werke wieder. Bei aller Rücksicht auf die Bedeutung der abstrakt-theoretischen Fragen sind seine Augen stets auf das Ganze des Lebens gerichtet. Das Zentralproblem seiner Philosophie ist in tiefster Wurzel ethischer Art. Wenn Eucken z. B. die geistigen Strömungen der Gegenwart erforscht, oder die Lebensanschauungen der grossen Denker charakterisiert, so tut er das

nicht als gleichgültiger Zuschauer. Was er überall sucht, ist vielmehr der Lebensstrom, es ist eine Antwort auf die Frage: Was ist Wahrheit und Glück? Was ist der Wert und der Sinn des Lebens? Das Philosophieren, wie alles menschliche Streben überhaupt, ist bei ihm eine Mitarbeit an der Erhöhung, Verinnerlichung, Veredelung des Daseins. Was Eucken zur Metaphysik führt und ihn nach einem neuen Idealismus zu suchen nötigt, ist das Bedürfnis, die geistige Krise dei Gegenwart von innen heraus zu überwinden und die Einheit in Bewusstsein und Tat der Menschheit wiederherzustellen. Hat doch Eucken eines seiner charakteristischsten Werke betitelt: „Der Kampf um einen geistigen Lebensinhalt".

Ein grosses Entweder-Oder durchdringt die ganze Euckensche Philosophie: Entweder ist unser Leben eine Anhäufung von Irrtümern und Illusionen, oder es ist die Selbstverwirklichung eines in sich selbst befindlichen und seinen eigentümlichen Zwecken gehorchenden Geisteslebens; entweder hat das Leben weder Sinn noch Wert, oder es gibt ein allem Mechanismus und allem Blossmenschlichen überlegenes Geistesleben; entweder sind das Wahre, das Schöne und das Gute bloss konventionelle Dinge, oder es gibt inmitten der Ungewissheit und des Irrtums eine beständige Kraft einer absoluten und ewigen Wahrheit; entweder hat das menschliche Leben keinen geistigen Inhalt, oder die Kraft einer neuen Welt wirkt im Menschen und macht ihn stark nach aussen wie nach innen.

Aus dieser metaphysischen Grundüberzeugung ergibt sich mit innerer Notwendigkeit der Kampf, den Eucken um einen geistigen Lebensinhalt, um eine Seele des Lebens führt. Das gilt zunächst von seiner Kritik des Naturalismus und des Intellektualismus. Gewiss denkt Eucken nicht daran, den grossen Einfluss der modernen Wissenschaft auf das Ganze unseres Lebens zu leugnen. Er gibt zu, dass die Natur nicht nur unserm Wissen, sondern auch unserm Leben unvergleichlich näher gerückt und unvergleichlich mehr geworden ist, und dass sie sowohl in das innere Gewebe der Seele als in die Gestaltung des gemein-

samen Lebens weit tiefer hineinreicht als wir vormals dachten. Eucken verwirft den Naturalismus nur insofern, als die Vertreter desselben den Anspruch erheben, alles auf das Spiel der physischen Kräfte zurückzuführen, und alles was über die Grenzen der exakten Wissenschaft geht, alles, was nicht mathematisch messbar und beweisbar ist, als blosse Illusion zu brandmarken. Der Grundfehler des Naturalismus ist, die Ursprünglichkeit und die eigentümliche Bedeutung des Geisteslebens nicht gelten lassen zu wollen. Er sieht nicht, dass der Mensch kein Werkzeug des kosmischen Mechanismus ist, sondern vielmehr ein freier Mitarbeiter am Bau der Wirklichkeit, und dass mithin die Erkenntnis der Natur nicht in der Aneignung eines uns fremden Wesens, sondern in der Belebung und Beseelung des Daseins, in dem Einswerden in sich selbst, in der Wesensbildung besteht. Sowohl dem Naturalismus als auch dem Intellektualismus ist der Irrtum eigentümlich, die Erkenntnis der Wahrheit als Sache des blossen Verstandes zu betrachten und die Wirklichkeit auf die Grenzen der exakten Wissenschaft einzuschränken. Im Gegensatz dazu meint Eucken, dass das Mass der Wahrheit und Wirklichkeit nicht in der Klarheit und in der Deutlichkeit der Verstandeserkenntnis gesucht werden darf, sondern in der geistigen Produktivität, die keineswegs Sache blosser individueller Reflexion und Laune ist. Der Intellekt bildet nicht das Ganze des geistigen Lebens des Menschen. Er ist nur lebendig als Teil und Ausdruck eines umfangreichen Lebens, das im Menschen zum Durchbruch kommt. Erkennen heisst, mit der Wirklichkeit sympathisieren, es ist ein Sichselbstfinden, Sichselbsterkennen der Wirklichkeit. In der Überschwemmung des modernen Lebens durch den Intellektualismus erblickt Eucken eine Gefahr für die Seele, denn verblendet von den Siegen des Intellektes, wird der Mensch zum Sklaven seiner eigenen Arbeit herabgesetzt.

Daher Euckens Kampf gegen die bloss gesellschaftliche Kultur. Für diese ist das Individuum nur ein Rädchen der grossen Zivilisationsmaschine. Es ist nicht eine Person, sondern eine Sache. Es ist nur, was es tut, was es scheint.

Sein inneres Leben, sein Sein, seine Seele ist nichts, der „soziale Fortschritt" ist alles. Anstatt seine Eigentümlichkeit zu entfalten und sich zu einem All, zu einem Mikrokosmos zu erweitern, begnügt es sich damit, automatisch dem grossen sozialen Strom zu folgen. Das lähmt das schöpferische Handeln und macht das Leben immer oberflächlicher. Aber dieser Kampf Euckens um ein echtpersönliches Leben hat nichts zu tun mit gewissen subjektivistischen Bestrebungen, die das Individuum nicht bloss von der sozialen Knechtschaft, sondern von jeder transzendenten Pflicht befreien möchten. Der Subjektivismus bezieht alles auf einen egoistischen Utilitarismus. Das Individuum ist hier nicht ein freier Mitarbeiter an der Selbstverwirklichung des Geisteslebens, sondern es macht aus seinem kleinen Ich das Mass aller Dinge. Im Gegensatz dazu meint Eucken, dass die wahre Kraft sich nur in dem Kampfe gegen die äussern Widerstände und inneren Hemmungen entfaltet und dass das Leben der schöpferischen Geister nicht eine Verengung, sondern vielmehr ein Weitwerden der Seele bedeutet.

In positiver Weise kämpft Eucken um eine Seele des Daseins durch den Entwurf der Grundlinien einer neuen Lebensanschauung. Auch hier macht sich der ethische Grundcharakter seines Wollens fühlbar. Die Moral bildet nach Eucken gleichsam das Salz des Lebens. Sie muss die ganze Mannigfaltigkeit des Lebens an sich ziehen. Sie ist aufbauender und vordringender, nicht bloss regulierender Art. Sie hat nicht das Leben nur unter Vorschriften zu stellen und mit dem Handeln zu warten, bis sich eine Gelegenheit zu ihrer Anwendung findet, sondern sie muss in Aufbietung aller Kräfte wirken und schaffen, anregen und die Gelegenheiten bereiten, um mit dem allen das Reich des Geistes im Kreise der Menschheit zu mehren. Sämtliche Lebensgebiete sollen zur seelischen Bereicherung unseres Daseins, zur sittlichen Vervollkommnung unseres Wesens beitragen. So handelt es sich bei der Wahrheitsforschung nicht um die Aneignung eines uns fremden Wesens, um die Abbildung einer ausser uns befindlichen

Wirklichkeit, sondern vielmehr um die Erringung eines persönlichen und freien Lebens. Ferner darf die Kunst nicht zum blossen Genuss mit der Devise des l'art pour l'art werden. Der wahre Künstler legt seine ganze Seele in sein Werk, und er will auf die ganze Seele wirken, uns von aller Mittelmässigkeit befreien und in höhere Sphären versetzen. Und der Zweck der politisch-gesellschaftlichen Organisation ist die Verwirklichung einer reinen Innerlichkeit im Leben der Menschheit. Der nationale Staat flösst nur dann dem Zusammensein mehr Leben ein und verleiht ihm mehr Charakter, wenn die Nation sich von der Zufälligkeit der blossen Natur befreit, sich zu geistiger Art erhebt und ein Ganzes der Menschheit über sich anerkennt. Aller blosse Nationalismus ist ein Rückfall in Naturalismus.

Am unmittelbarsten wirkt nach Eucken die Religion zur Entfaltung und Erhöhung der Seele, und zwar insofern, als ihre charakteristischen Merkmale das Streben nach Unendlichkeit, die Sehnsucht nach Freiheit, der Fortschritt zur Moral, das Erlösungsbedürfnis, die Innerlichkeit und die Ewigkeit sind. Da dies insbesondere vom Christentum gilt, so erblickt Eucken darin die höchste Stufe der religiösen Entwicklung. Dank der Überzeugung, wonach Gott Mensch wurde, damit der Mensch Gott werde, gibt das Christentum dem Einzelnen Mut, an der Erlangung seines Seelenheils mit allen Kräften mitzuwirken. Damit ist aber zugleich gesagt, dass Eucken das Festhalten an der bloss transzendenten, eudämonistischen, passiven Auffassung des Christentums ablehnt. Ebenso bekämpft er, bei aller Anerkennung der Notwendigkeit einer religiösen Gemeinschaft, die Allmacht der Kirche. Was die Menschen vereinigt, ist nicht die Kirche, sondern das Reich Gottes. Und die Kirche ist nicht das Reich Gottes, sondern ein Mittel für seine Verwirklichung. Man kann zu keiner Kirche gehören und doch tief religiös sein. Da die Erfahrungen verschiedener Menschen verschieden sind, so hat man kein Recht, alle zu zwingen, auf denselben Weg zur Religion zu gelangen. Daher verwirft Eucken den Religionsunterricht in den Schulen. Ohne Freiheit keine Wahrheit auf religiösem Gebiete.

Endlich ist nach Eucken die Philosophie kein blosser Gedankensport, sondern eine ernste Angelegenheit des Lebens. Sie interessiert unser ganzes Sein. Es gilt, durch die philosophische Erkenntnis die Tiefe unseres Wesens zu erlangen. Sie bedeutet ein Wachstum der geistigen Wirklichkeit und damit zugleich eine Bereicherung der Seele des Lebens. In plastischer Form hat dies Eucken in seinen „Lebensanschauungen der grossen Denker" nachgewiesen. Lautet doch der Untertitel dieses Werkes, welches kürzlich in elfter Auflage erschienen ist: „Geschichte des Lebensproblems der Menschheit". Eucken ist darin bestrebt, bis in die Tiefen der Seele der Philosophen einzudringen, um durch einen Akt schöpferischer Intuition ihre Auffassungen von Wahrheit und Glück wiederzuerkennen und in dem Nebeneinander und in der Aufeinanderfolge der Lehren den grossen „Lebensstrom" zu sehen.

Wir sehen also, dass die Sorge um die Seele des Lebens und damit zugleich um die Überwindung der geistigen Krise der Gegenwart im Mittelpunkte des Euckenschen Wollens steht. Gibt man aber zu, dass die Krise, ich meine die Diskrepanz zwischen Arbeit und Seele, zwischen der äusseren Bereicherung und inneren Armut, eine der tiefsten Wurzeln des gegenwärtigen Krieges ist, — und davon sind wir fest überzeugt —, so wird man sagen dürfen, dass Eucken allen denjenigen ein Führer sein kann, die den Willen haben, jetzt oder in der nächsten Zukunft an der Beseitigung der Ursachen von Weltkatastrophen, wie wir sie jetzt erleben, und an der Schöpfung von neuem Leben aus den heutigen Ruinen zu arbeiten.

□□□

Gewiss: X hat den Krieg angefangen; gewiss, seine Versuche, dies zu leugnen, machen ihn doppelt unsympathisch. Aber glaubt ihr denn, nur dem Anfänger falle im Streite eine Schuld zu?

Walter Eggenschwyler.

□□□

Die Kunst des Zeitunglesens.

Von RUDOLF LEONHARD.

Es ist bekannt, daß den Bürger, außer dem Umstande, daß sein Besitz mit dem „täglichen Leben“ erschöpfend beschrieben ist, noch der Umstand kennzeichnet, daß er die Handhabung dieses täglichen Lebens nicht richtig zu verrichten weiß. Man kann das sogar vom Essen behaupten — aber wir wollen nur von seiner Beziehung zur Zeitung (bemerkt sei, daß der zeitunglesende Sozialdemokrat gemeinhin nichts anderes ist als ein Bürger) sprechen, zum täglichen Einsturz der Welt und — nehmen wir es an — des Gedankens in seine Behausung und sein Gehirn. Man sollte meinen, es gebe nichts Leichteres als die Zeitung zu lesen; in Wahrheit aber ist das, wie alles „Leichte“, eine Kunst, die geübt wird, ohne gelernt zu sein.

Die Hauptregel ist, daß der Zeitungleser sein Blatt eben nicht wie eine Zeitung, sondern wie ein Buch lesen muß: als die in täglichen Lieferungen erscheinende Geschichte der Gegenwart. Sie ist es so, wie eine Geschichte der sich abspielenden Gegenwart sein kann; aber Material statt Meinung, da auch die geäußerten Meinungen der Zeitung noch erst Material sind, und verworren gehäuftes, widersprechendes Material, ungesichtet und unkritisiert. Es bis zur Grenze des Möglichen kritisch zu verarbeiten, schon jetzt Wahres und Erfundenes, Richtiges und Falsches zu unterscheiden, sei erste Arbeit des Lesers (und Lesen sei Arbeit und unvergnüglich!). Um dies zu vermögen, sei er politisch gebildet — aber ihm können, damit nicht das Höchste gleich verlangt werde, Tugenden genannt werden, ohne die Kritik nicht geschehen kann.

Vor allem habe der Leser Erinnerung, und damit eben die Fähigkeit, die täglichen einzelnen Blätter zum Buche der Zeit zusammenzufassen. Er lese so ernst und so aufmerksam, daß er nicht wisse, daß aber bei der leisesten Berührung in ihm erstehe, was er gestern und vorgestern, vielleicht vor noch längerer Zeit las. Wenn seine Zeitung in diesen Tagen der notwendigen und traurigen Kriegserklärung an das hilflos unfreie Portugal wegwerfend und verächtlich vom Präsidenten dieser Republik pricht, dann sollte er sofort wissen, wie ehedem, als er gewählt wurde, dasselbe Blatt denselben Bernardino Machado

als großen Gelehrten pries. Wessen Zeitung jetzt den Philosophen Bergson nicht nur wegen seiner Beschimpfung der Deutschen, sondern wegen seiner Philosophie schmäht, der entsinne sich, daß früher dasselbe Blatt desselben Bergsons Philosophie lobte, noch mehr; daß es sogar nicht nur sein Kolleg über Simmel als wertvollste Anerkennung deutschen Geistes, sondern auch den Andrang der Pariser Damen zu seinen Vorlesungen registrierte. Und der Leser jenes Blattes, das gerade Herrn Roda Roda als Kriegsberichterstatter zur Front schickte, sollte sich erinnern – *welche* militärischen Werke ihn dafür geeignet scheinen ließen! Wenn die Zeitungsleser dieses Erinnerungsvermögen in sich entwickeln wollten, dann wäre nicht nur ihnen viel geholfen, sondern auch der Zeitung; nicht mehr gelänge das hübsche Spiel mit Nachricht und Dementi vom Morgen zum Abend und vom Abend zum Morgen, durch das sich der Leser, der sie nie vergleicht, überlisten und verwirren läßt. Die Zeitung könnte nicht mehr sagen: „wie wir schon gestern sagten –", wenn sie doch das Gegenteil gesagt hat. Und Schmock müßte sich vor allzu raschem Meinungswechsel etwas hüten.

Es werde nicht bestritten, daß viel verlangt wird, wenn dieses Erinnerungsvermögen verlangt wird; nicht nur die Hast und Fülle der Nachrichten erschwert es, sondern es ist mit jener größeren Tugend schon verknüpft: der Durchschauung. Aber sie muß schon um ihres eigenen Nutzens willen wegen verlangt werden. Sie ist von der Aufmerksamkeit nicht allzu verschieden – aber sie ist Aufmerksamkeit weniger auf die Dinge als auf die Zusammenhänge. Der Leser *bemerke* etwa den Ton deutlichen Unwillens in den deutschen Zeitungen darüber, daß den freien Engländern die allgemeine Wehrpflicht zugemutet wird (und erinnere sich möglichst, daß früher die englische Staatsgesinnung getadelt wurde, weil sie der Neigung zur allgemeinen Wehrpflicht ermangelte). Der Leser merke, daß seine Zeitung in den fremden Ländern einen „weißen Raben" nennt, wen sie bei uns zumindest mangelnder Vaterlandsliebe verdächtigen würde – weil er, aus Liebe, nicht mit jedem Zustande oder Vorgange des Vaterlandes einverstanden ist. Es ist Aufmerksamkeit gerade auf das Eindeutige, das Natürliche, das Selbstverständliche, die hier gefordert wird. Man denke etwas nach, *warum* wohl im preußischen Abgeordnetenhause der Zentrumsredner so warm für die familiale Erziehung eintritt! Mit so entwickelter Aufmerksamkeit wird der Zeitungsleser die politischen Lügen und Konventionen durchdringen. Und wenn, bei immer gesteigerter Aufmerksamkeit, die Zahl

der naiven Zeitungsleſer ſich ſtändig vermindern wird, dann wird eines Tages die politiſche Komödie (für die Statiſten freilich erweiſt ſie ſich als Tragödie), die nur für ſie geſpielt wird und zwecklos wird, wenn ihr außer den Spielern niemand glaubt, aufhören – und das politiſche Leben kann beginnen.

Und mit dem Ernſt eine wahrhafte Würde, die es überflüſſig machen wird, eine „ernſte Zeit" lauten Tones herauszuheben. Und ſeht doch in Euren Zeitungen nach, Ihr Leſer, ob Ihr in ihnen, die am meiſten und lauteſten von der „ernſten" und „großen" Zeit ſprachen, Ernſt und Größe findet! Das Größte verſtanden ſie unfehlbar klein zu ſchrein oder zu ſchwatzen — und Ihr merktet es nicht. Oder merktet Ihr wenigſtens das Gröbſte: als in den Bilderzeitungen nach der Flucht der montenegriniſchen Königsfamilie eine Aufnahme erſchien, die gleich nach ihrer Ankunft in Frankreich gemacht wurde? – fühltet Ihr die Würde des Augenblicks? Mehr als einmal konnte man meinen, der Sinn des grauenvollen Geſchehens ſei, Photographien zum Kitzel des phantaſieloſen Zeitungleſers zu erzeugen. Sogar des montenegriniſchen Königs Vertreter, im unterworfnen Lande zurückgelaſſen, ſetzten ſich, als eben die Kapitulation vollzogen war, mit den öſterreichiſchen Unterhändlern vor den Apparat, und es wurde das Bild mit einer ſakſimilierten Beſcheinigung, daß es auch wirklich gleich nach der Kapitulation aufgenommen ſei, in den illuſtrierten Blättern veröffentlicht. Das Siegel der Geſchichte: ein Land iſt unterworfen, ein Staat hat aufgehört zu beſtehn, ein Volk iſt entſetzt – und die Vollſtrecker dieſes Willens der Geſchichte ſetzen ſich ſchleunigſt mit gekreuzten Armen vor den bürgerlichen Leſer. Ihr ſaht es und Ihr ſchämtet Euch nicht? Ihr ſchäumtet nicht? Aber es iſt dies ja die unerkannte Beſtätigung, daß Euch die beſte Tugend des Leſers fehlt: die A n ſ c h a u u n g. Begierig ſucht Ihr Nachrichten, wer Schuld an dieſem Kriege habe: I h r habt ſie, Ihr, die Ihr nicht ſeht und nicht wißt, was geſchieht! E r l e b t Eure Zeit! Öffnet Euch, und die Zeiten werden ſich beſſern. Der Leſer iſt noch ſchlechter als die Zeitung. Kann man laut genug ſchrein, Euern Sinn für das tägliche Leben zu wecken? Die kleinſte Notiz der Gerichtszeitung ſollte Euch täglich umſchmettern, ſo müßtet Ihr ſie verſtehn – und wißt, daß nur der die Zeitung zu leſen verſteht, den ſie täglich in Abgründe ſtürzt!

□□□

Pazifistische Realpolitik.

Ein hervorragender Pazifist sendet uns die folgenden Ausführungen ein:

Allen Richtungen der organisierten Friedensbewegung ist der Gedanke gemeinsam, eine internationale Rechtsordnung zu schaffen, um so künftige kriegerische Selbsthilfe auszuschliessen. Über die Einzelbestimmungen dieses neuen Rechtssystems und vor allem über den Weg zu seiner Verwirklichung haben bisher verschiedene Schulmeinungen bestanden. Die letzte Zeit nun hat in unerwarteter Weise eine weitgehende Klärung und Vereinheitlichung dieser Bestrebungen gebracht. Das Programm der amerikanischen „League to enforce peace", die im Juni 1915 zu Philadelphia unter Vorsitz des frühern Präsidenten der Vereinigten Staaten, Taft, begründet wurde, hat zunächst die Zustimmung Wilsons, dann diejenige von Sir Edward Grey und von Herrn von Bethmann-Hollweg gefunden, und diese unverhoffte Möglichkeit einer baldigen Verwirklichung pazifistischer Gesichtspunkte vermöge der Übereinstimmung der leitenden Staatsmänner beider Mächtegruppen hat denn auch die Führer der organisierten Friedensbewegung veranlasst, ihre persönlichen Auffassungen der neuen These unterzuordnen. Man hat den Titel „League to enforce peace" mit den deutschen Worten: „Liga zur Erzwingung des Friedens" übersetzen wollen. Aber in der Gegenüberstellung der englischen Worte „force" und „peace" liegt mehr. Es sollte damit zum Ausdruck gebracht werden, dass eine überlegene Macht, die des Staatenverbandes, in Zukunft der Macht des Friedensbrechers entgegentreten und so den Frieden bewahren solle.

Die Ziele des Verbandes sind in vier Punkte zusammengefasst, die nachstehend lauten:

„1. Die dem Bunde für internationale Rechtsordnung beitretenden Staaten verpflichten sich, bei internationalen Streitigkeiten juridischer Art die Rechtsfrage einem internationalen Gerichtshof zur Entscheidung zu unterbreiten, beim Konflikt von Ansprüchen oder Interessen aber das Gutachten eines Vermittlungsrates einzuholen.

2. Die Staaten verpflichten sich, keine Waffengewalt anzuwenden, überhaupt keine feindseligen Handlungen vorzunehmen, bevor der internationale Gerichtshof sein Urteil gefällt, beziehungsweise der Vermittlungsrat sein Gutachten mitgeteilt hat.

3. Die Staaten verpflichten sich, ihre gesamten wirtschaftlichen und militärischen Kräfte gemeinschaftlich gegen denjenigen Staat anzuwenden, der im Widerspruch zu §§ 1 und 2 handelt.

4. Es sollen periodische Konferenzen einberufen werden zwecks Ausarbeitung und Kodifikation des internationalen Rechts. Die Beschlüsse dieser Konferenzen haben Gesetzeskraft, wenn innerhalb einer gewissen Frist keiner der kontrahierenden Staaten dagegen Einspruch erhoben hat."

Die beiden ersten Punkte lehnen sich an die Haager Schiedsgerichtsverträge an, jedoch mit wichtigen Abänderungen:

a) Die Streitigkeiten rechtlicher Natur, die sich auf die Auslegung von Verträgen beziehen, werden von den Macht- und Interessenkonflikten scharf gesondert und nur für erstere die Entscheidung durch einen Gerichtshof festgelegt, während für letztere die neue Institution eines Vermittlungsrates geschaffen werden soll. Diese Unterscheidung ist sehr zu begrüssen, weil in der Tat die grossen Machtauseinandersetzungen der auf einander stossenden Imperialismen und ebenso die aus dem nationalistischen Prinzip erwachsenden Gegensätze usw. jenseits der Sphäre des positiven Rechts stehen.

b) Der Haager Gedanke der bloss freiwilligen Unterordnung unter die Entscheidungen der Schiedsinstanz, resp. das Fehlen einer Machtinstanz für Erzwingung der Schiedssprüche bleibt bestehen. Dagegen wird die Anrufung der Schiedsinstanz obligatorisch. Die Haager Klausel, welche Konflikte, die die Unabhängigkeit, Ehre oder wesentliche Interessen der Staaten betreffen, von der Schiedsgerichtsbarkeit ausnimmt, kommt in Wegfall.

Auch dies ist wieder ein an sich sehr kluger Gedanke. Denn in der ganzen internationalen Rechtspraxis seit den Haager Konferenzen ist es nie vorgekommen, dass ein einmal geforderter Schiedsspruch nicht befolgt worden wäre. Das Fehlen einer Instanz für Erzwingung der gefällten Schiedssprüche hat sich also in keiner Weise ungünstig bemerkbar gemacht. Zu Kriegen ist es vielmehr gekommen, weil man den Haager Schiedshof gar nicht angerufen hat und demgegenüber steht nun nach dem Plan des neuen Verbandes die strikte Verpflichtung jedes Staates zur Anrufung der Vermittlungsinstanz und die Verpflichtung aller anderen Staaten des Verbandes, „ihre gesamten wirtschaftlichen und militärischen Kräfte gemeinsam gegen denjenigen Staat anzuwenden, der im Widerspruch hierzu handeln würde."

Der feine Gedanke, dass das Verbot der Selbsthilfe vor

dem Spruch der Vermittlungsinstanz genüge, um Selbsthilfe auch nachher unwahrscheinlich zu machen, geht übrigens auf zwei Vorbilder aus der amerikanischen Entwicklung zurück, die bei der Besprechung des Entwurfes bisher zu wenig gewürdigt wurden. In Kanada haben verheerende Streiks der Bahnangestellten wiederholt das Nationaleinkommen schwer geschädigt und im Jahre 1907 zum Erlass eines Gesetzes geführt, welches für alle Konflikte in Industrien öffentlichen Interesses die Einsetzung von unparteiischen Untersuchungskommissionen vorsieht. Kein Streik darf erklärt werden, solange dieselben nicht ihre Verdikte gefällt haben. Nach Fällung des Verdikts ist dagegen die Erklärung des Streiks erlaubt. Man wollte damit erreichen, dass die öffentliche Meinung, durch das Verdikt der Kommissionen und ihr sachkundiges Urteil unterrichtet, in die Lage komme, gegen einen Friedensbruch von der Seite, deren Standpunkt von der Kommission nicht gebilligt wurde, kräftig protestieren zu können. Tatsächlich ist in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle (in den beiden ersten Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes 5 mal bei im ganzen 55 Konfliktsfällen) der Spruch der Untersuchungskommissionen befolgt und ein Streik vermieden worden.

Der frühere Staatssekretär der Vereinigten Staaten, Bryan, griff diesen Gedanken auf und schloss mit mehreren europäischen Mächten Verträge, welche in analoger Weise jede Selbsthilfe vor Spruch einer Vermittlungsinstanz verboten. Er erhoffte von der öffentlichen Meinung der Kulturwelt denselben regelnden Einfluss, welchen die öffentliche Meinung Kanadas in Fällen drohenden industriellen Krieges erfolgreich auszuüben verstand: er hoffte, dass kein Staat es wagen würde, Krieg für eine Sache zu führen, welche bereits vor allen Unbeteiligten durch den Spruch der Vermittlungsinstanz als eine schlechte gebrandmarkt worden wäre.

Das Programm der „League to enforce peace" knüpft unmittelbar an die Bryanschen Vorschläge an. Um beurteilen zu können, ob diese Bestimmung in Zukunft tatsächlich Kriege zu verhindern vermöchte, liegt es nahe, dem Ausbruch der letzten europäischen Kriege nachzuspüren und festzustellen, ob eine solche zeitgewinnende Prozedur die Katastrophe tatsächlich verhindert hätte.

Der russisch-japanische Krieg ging auf einen Machtstreit um Korea, die Mandschurei und Nordchina zurück. Der von der „League to enforce peace" vorgesehene Vermittlungsrat hätte sehr wohl einen verständigen Plan für die Teilung der Interessensphäre ausarbeiten können, und da es sich nicht

um eigentliche Lebensinteressen Russlands oder Japans handelte, so würden beide kaum eine Beilegung des Konfliktes auf Grund eines Vermittlungsvorschlages abgelehnt haben.

Beim italienisch-türkischen Konflikt wegen Tripolis hätte ein solcher Vermittlungsrat sehr wohl die an sich unzweifelhaften Rechtsansprüche der Türkei auf diesen von einer mohammedanischen Bevölkerung bewohnten Teil ihres Staatsgebietes feststellen und im übrigen Italien Möglichkeiten für wirtschaftliche Erschliessung des Landes eröffnen können. Ob Italien sich dem Spruche gefügt und auf die Eroberung von Tripolis verzichtet hätte, mag bereits zweifelhaft erscheinen, ist aber immerhin möglich.

Der erste Balkankrieg im Jahre 1912 entsprang aus den chronischen mazedonischen Wirren und dem Wunsch der unabhängig gewordenen Balkanstaaten, ihre noch unter türkischer Misswirtschaft leidenden Volksgenossen zu befreien. Ein Gerichtshof hätte demgegenüber nur die historischen Rechte der Türkei auf den Besitz dieser Länder feststellen und ein Vermittlungsrat allenfalls Reformen ausarbeiten können, wie sie im übrigen von Österreich und Russland bereits einige Jahre vorher in Angriff genommen worden waren. Ob sich die Balkanstaaten damit zufrieden gegeben hätten, mag als zweifelhaft angemerkt werden.

Der zweite Balkankrieg erwuchs aus dem Streit der Balkanstaaten um die Teilung der türkischen Beute und dieser wieder gipfelte in der verschiedenen Auslegung des serbisch-bulgarischen Teilungsvertrages. Eine Entscheidung solcher Rechtsfrage durch den internationalen Gerichtshof würde keinerlei Schwierigkeit bieten; dass jedoch gerade die Balkanvölker sich um die auf Grund des Rechtsspruchs gebildete öffentliche Meinung der Kulturwelt viel gekümmert hätten, muss als unwahrscheinlich bezeichnet werden.

Der Ausbruch des Weltkrieges hat zur Ursache die Befürchtung Österreichs, dass die Attraktionskraft des erstarkenden serbischen Staatswesens zu Unruhen in den von Serben bewohnten Gebieten der Monarchie führen könne, sowie zur unmittelbaren Veranlassung die Anklage Österreichs, dass die serbische Regierung mitschuldig sei an der Ermordung des österreichischen Thronfolgers. Das letztere Problem stellt eine reine Rechtsfrage dar, welche der internationale Gerichtshof ohne weiteres hätte lösen können und die serbische Regierung hat bekanntlich vorgeschlagen, die Frage einer Heranziehung österreichischer Organe für die Untersuchung des Mordfalles dem Haager Schiedshof zu unterbreiten. Wäre Österreich durch die Bestimmungen eines nach den Vor-

schlägen der „League to enforce peace" ausgearbeiteten Weltvertrages genötigt gewesen, sei es, die erwähnte strafprozessuale Frage, sei es, die allgemeine Frage nach der Mitschuld der serbischen Regierung einem internationalen Gerichtshof zu unterbreiten, so hätte es zweifellos auch nachher sich mit dem Spruch des Gerichtshofes abgefunden.

Auch die schwierigere Frage bezüglich der unantastbaren Zugehörigkeit der südslavischen Gebiete zur Monarchie hätte sich vielleicht durch einen Vermittlungsrat vermöge entsprechender Vorschläge für erweiterte Autonomie dieser Provinzen befriedigend lösen lassen.

Angesichts des Wegfalls einer unmittelbaren Kriegsveranlassung wäre auch die Austragung der latenten weltpolitischen Gegensätze zwischen den Grossmächten wenigstens hinausgeschoben worden. Der Gedanke des Präventivkrieges wäre durch die zumindest teilweise Rechtssicherheit der neuen Ordnung in sich geschwächt worden und hätte wohl kaum zu einer andern Explosion geführt. Andererseits zeigt wieder gerade die Kontroverse bezüglich der russischen Mobilisation, dass unter Umständen ein Staat auch schwere Bedenken dagegen haben könne, einen Konflikt bis zum Spruch des Vermittlungsrates in der Schwebe zu lassen und dann doch eventuell zum Schwerte greifen zu sollen. Würde man Deutschland in einem Konfliktsfalle mit Russland dies zumuten, so würde man Russland die Möglichkeit geben, während der Verhandlungen des Vermittlungsrates seine Armee zu mobilisieren und damit Deutschland alle Vorteile seiner rascheren Mobilisation aus der Hand zu nehmen. Man wende nicht ein, dass auch eine solche Mobilisation unter das Verbot der „feindseligen Handlungen", wie es in § 2 ausgesprochen wurde, falle. Denn man kann partielle und versteckte Mobilisationsvorkehrungen von aussen her nicht befriedigend kontrollieren und von internen militärischen Verfügungen, die offenbar stets in der Berechtigungssphäre jeder Regierung liegen, unterscheiden. Die Geschichte der offenen und versteckten Mobilisationsvorkehrungen Russlands und Österreichs während der ersten Balkankriege zeigt das zur Genüge.

So kommen wir zur Schlussfolgerung, dass ein auf die Vorschläge der „League to enforce peace" aufgebauter Staatenverband die Zahl der Kriege wohl sehr wesentlich vermindern, dieselben jedoch nicht gänzlich beseitigen würde. *B.*

□□□

Tolſtoi.+)

Von P. J. JOUVE.
Deutſch von Felix Beran.

I.

O groſʒer Lebender!
Erhebe dich gelaſſen, Wohlgeſtalteter, Freund der Wälder, der Wieſen und des Himmels!
Erhebe das mächtige Haupt voll Güte, darin die beiden klaren Augen leuchten!
Erhebe dich vom Tode und ſieh:
Es iſt Nacht, Sturm und Untergang – es ſchlägt die Stunde für die Seele die glüht.

II.

In Jasnaïa-Poliana auf dem Hügel,
Zwiſchen waldigen Flächen die hinter Sommernebeln verſchwinden,
Sieht man von weitem den alten aufrechten Mann in weiſʒer Bluſe.
Er ſchreitet langſam den groſʒen Wäldern zu.

In Jasnaïa-Poliana vor dem weiſʒen Hauſe
Verſammeln ſich die Bauern.
Schatten des Laubwerks auf ihren frommen ernſten Geſichtern;
Baren Hauptes lächelt er ihnen zu und bietet den Thee;
Seht wie ſeine bleichen Locken im Winde ſich heben,
Hört wie er ſpricht;
Und wie er ſich hält – ein Kamerad mit klaren Augen.
Er, den Europa kennt und verehrt, er, zu dem man täglich gereiſt kommt.

Die Hände im Ledergurt lehnt er gegen die Eiche,
Wunderſam das kindliche Lächeln im ſturmverwitterten Antlitz.
Seine Greiſenſtimme iſt klar und ſtark, er gibt ſeine Gedanken, er atmet tief.
Und wir denken an nächtliche Sterne,
Die klein ſind und zugleich unendlich, die ewige Ruhe und die lodernde Glut.

*) Aus „Poème contre le grand crime 1916", (Edition de la revue „demain", Genf).

Im Abend des Lebens geht er feſten Schrittes
Durch hohes Gras,
Ferne die Dörfer, die Arbeit der Menſchen, die Erde,
Ferne die Einſamkeit, die Stadt, ihr Glanz, ihr Elend.
Der Wind greift in die breiten Falten ſeines Kleides,
Der Wind teilt ſeinen Bart, umſpielt ſeine Gedanken,
Er macht ſeine wahrhaften Augen blinzeln.
Die Schatten ſind kurz,
Drei Füllen folgen, ein Trupp ferner Pferde
Das eine blickt ihm nach und auch die Erde blickt ihm nach.

III.

Teuerer Bruder, mein Geiſt kommt zu dem deinen;
Bruder, der du ewig mich liebst wie ich ewig dich liebe,
Mitmenſch, mein Kamerad!
Herz voll Leidenſchaft, Herz voll Leid, voll Friede und voll Liebe!
Brüderliches Herz!
Heute, ſechs Jahre nach deinem irdiſchen Tod und deiner Geburt zur Ewigkeit in uns,
Heute, in Wirrſal, Feuersbrunſt und Mord – wahrlich die Erfüllung
Deſſen was du ſchauteſt an deinem Sterbetag – deſſen, das dir auf dem Totenbett Tränen entlockte,

Heute, Eintauſendneunhundertſechzehn.
Zur Zeit da vierzig Millionen meiner Brüder
In den Kot gepfercht, in Kaſernen gemauert,
Wählen müſſen zwiſchen Töten und Sterben.
Ein ruhmvoller Mörder ſein, beim Morden helfen – oder erſchoſſen werden;
Zur Zeit, da alles was jung und gut iſt, alles tötet was gut und jung iſt,
Da zweimalhunderttauſend Leichen ſich auf der Erde hügeln darüber der Scheinwerfer ſtrahlt.
Da die Millionen Reſerven warten daß an ihnen die Reihe iſt,
Da die Jugend aller Länder wartet, daß an ihr die Reihe iſt,
Da alle Männer Frankreichs, alle Männer Deutſchlands
Und Rußlands und Oeſterreichs und Italiens oder Englands
Alle Männer Serbiens, Belgiens und anderer Länder und morgen die Männer Amerikas
In den Tod geſchickt werden;

Zur Zeit, da nicht nur das Heer hingemordet wird,
Da auch das Volk jeder Altersſtufe vergiftet wird;
Zu dieser Zeit, da der Tod schwerer laſtet denn je
Auf den Schultern gewaltätiger Regierungen und ihrer Helfer;
Der Feldherrn, Behörden, Parlamente, Bankiers,
Der Professoren, Schriftsteller, Prieſter und Richter
Denen ihre Schmach bezahlt wird bis zum letzten Pfennig
(erwartet keine Reue von dieſen)
Zur ſchmerzlichen Schickſalsſtunde einer Raſſe, eines Weltteils
In dieſem Abgrund – ***diesem Weltuntergang***,
Wenn wir nach zwei Jahren Fieber endlich zu verſtehen glauben
Wie du nach zwei Jahren Todesnähe endlich zu verſtehen glaubſt,
Dass vielleicht die Welt der Menſchen — die rätſelhafte, wunderbare
den Schatten entſtiegene Welt, noch ſo jung
Schon untergeht.
(Ach, Mitleid, Hilfe! Wohin treiben wir? Wer rettet uns?
Welcher Gott wird uns morgen aus ſtummer Verzweiflung retten?)

In dieſer Sterbeſtunde komme ich zu dir o Tolſtoi, mein älterer Bruder;
In dieſer Sterbeſtunde komme ich zum großen Lebenden der geſiegt
hat,
Ich ergreiſe die Hand deſſen der mächtiger war als der Haß und ſtärker
als der Tod.

IV.

Feuriger Tolſtoi der Kindheit! Gereifter und glücklicher Tolſtoi! Tol-
ſtoi gottergeben!
Drei Alter, drei Leben, drei Welten vereint.
Künſtler! Mann der ſtarken Inſtinkte! Kamerad bevölkerter Städte!
Menſchenſohn!
Grandſeigneur! Bauer, Denker, Chriſt, Anarchiſt!
Von Gaben trunken, vom Leben und von Luſt!
Wie viele Menſchen in dir dem einzigen Menſchen zuſammenge-
ſchloſſen!
Und wie ein brennender Sonnenuntergang über der zerriſſenen Erde
Die immer fruchtbar iſt, nie ermüdet, iſt das die Vergöttlichung:
Ein freier Chriſt der inmitten einer ſinnloſen Welt feſten Schrittes vor-
angeht,
Und im Herzen der ſinnloſen Welt das Ewige weckt.

O Friedlicher und Sohn Gottes!
Zartgesinnter und großer Freund in schrecklicher Zeit, ich küsse schweigend deine Greisenaugen die so viel Greuel gesehn;
Feuerseele, – ich versenke mich in dich um vor all dem Schrecklichen nicht zu vergehn.

V.

In deinem gläubigen Dasein flammten im Feuer des Alltags Liebe, Vernunft und Leben!
Menschlich der klare Blick; göttlich der treue Geist.
Herz das ewig lebt, – unter der Drohung des Todes.
Aus dem Munde Christi der Glaube, wiedererstanden um den Menschen von heute aus schwerster Stunde zu retten!
Glaube ist höchster Körper und Geist – dein Körper dein Geist!
Ein Ruf an die Natur und in ihr an das göttliche Leben!
Zurück zu Christus!
Der alte Mann, der groß gelebt hat, gezweifelt, gelitten
Findet zum reinsten Glauben den Weg, er lebt anhin der Liebe.
Er ist alt und allein.
Er sieht um sich Mord, Lüge, Unrecht und Unzucht.
Das Evangelium in Händen, wagt er den Kampf;
Gegen das allgemeine Übel, gegen die allgemeine Lüge, gegen jede Gewalttat, jedes Gesetz.
Gegen die Gesellschaft, gegründet auf Eigentum und Steuer, auf Gericht, Gefängnis, Galgen, Schaffot, Sibirien, Guyana,
Gegen die Gesellschaft gegründet auf Kriegsmord
Gegen Staat und Regierung, die Vampire der Gewalttat
Sie üben stetsfort zwei große Verbrechen:
Im Lande die Hörigkeit – außer dem Lande den Krieg.
Gegen die oberste Lüge, ein Vaterland, das herrscht wie ein trunkener Wilder.
Man hat es erfunden damit ewig wir Sklaven bleiben,
Gegen die Kirche diesen Leichnam,
Gegen Wissenschaft und Kunst, sie zeugen nicht für Gott, sie sind Helfer des großen Übels;
Gegen Gewalttat und Unrecht in jeder Form, gegen das Böse in jeder Form.
„Ich glaube an Gott, der mir bedeutet den Geist, die Liebe und aller Dinge Anfang

Ich glaube, dass für jeden von uns nur das der Sinn des Lebens ist die Liebe in sich zu mehren.
Liebe ist der wahrste und lichteste Zustand der Seele."

O Bruder, ich bekenne mich zu deinem Glauben,
Dass zwischen all den widerstreitenden Leben das Leben nach Jesus das größte Leben, das göttliche Leben ist;
Ich glaube mit dir, daß das große Leben Erlösung bringt, denn es widersteht nicht mit Gewalt;
Daß es keine Furcht kennt, denn es steht über dem persönlichen Leben und dringt unendlich höher,
Es schreitet fort im inneren göttlichen Leben, es gehört nicht sich selbst, es gehört Allen.
Es ist die Freiheit und das Gute – der liebevolle im Schoße Aller lebende Mensch.
Ich glaube unentwegt daran, zur dunkelsten Stunde, zur Zeit der Mörder,
Da die grimmige Welt Waffen trägt um uns zu vernichten, – uns das kleine freie Geschlecht;
So gewiß glaube ich daran, daß ich meinem baldigen Tod entgegensehe
Wie einem frohen und friedlichen Ereignis.

VI.

Öffne mir deine Brust!
Du bist so groß, daß ich dir heute gestehen darf
Ich kann nicht mehr, ich bin schwach.
Du bist so reich an Mitgefühl, so voll ist dein Herz davon, daß ich dir gestehe
Heute zweifle ich.
Es sei, – bei dir kann ich weinen und an dir mich erquicken;
In dir kann ich den ewigen Kameraden fühlen,
Ihn, vor dem sich das Leben offenbart (in seinen strotzenden Wäldern, in seinen befrühlingten Auen)
In dir finde ich Kraft zum Verzicht – in dir wächst mir der Mut,
Der Mut, den es braucht noch fünfzig furchtbare Jahre zu leben.
In dir erfaßt mich unser Erbarmen, – wie ich in dir mich empöre.

Im Leben wie im Lieben Großer! Leuchtruf inmitten der Nacht!
Du der ewig mich liebt, wie ich ewig dich liebe!
Dein Antlitz voll Frieden hinter der Menge die zum Morde schreitet!

Dein Blick voll Klarheit über der fluchbeladenen Stadt und über dem Schlachtfeld, wo Millionen junger Menschen hingeschlachtet werden!
Mit dir, Menschensohn, o Kamerad!
Will ich den abscheulichen Krieg verwerfen, das Werk der Fäulnis und der letzten Verdammung,
Will ich für immer verwerfen ihre Welt, ihr Vaterland, ihr Geld und ihren Ruhm!
Will ich für immer ein Mensch sein, der nicht an Anderes glaubt als an Gott im Menschen!
Mit dir alter Freund, werde ich entrinnen; wir werden flüchten wie am Vorabend deines Todes.
Mit dir werde ich etwas Besseres errichten, – und mit dir werde ich bis zum Tode ein gutes Leben gewinnen, unbeugsam, glühend, barmherzig und guttätig.
Mit dir bin ich entschlossen lieber freiwillig zu sterben, als jemals in diesem Kriege Soldat zu sein, – was auch da komme,
Mit dir verwerfe ich das haßvolle Vaterland, – ich brauche Größeres,
Mit dir werde ich ruhigen Herzens trotzen
Dem Schimpf, der Gefangenschaft, der Schmach und den Flinten,
Mit dir werde ich gesteinigt werden und verfolgt bis zum Tode,
(Haben sie nicht dich gesteinigt? Hast du nicht gewollt, daß man dich noch grimmiger martert?)
An deinen Söhnen, frommer Tolstoi, ist es,
Gut und Leben zu verlieren – in ihren blutigen Händen sie zu lassen – um endlich die wahrhafte Liebe zu erlangen.

VII.

Schon knüpft sich der eine Gedanke über die Länder;
Der Gedanke steht und wartet in Leidenschaft, Mitleid oder Zorn;
In England, in Deutschland, in Frankreich, in Rußland, in Italien, in der Schweiz, wie in Amerika
Der Gedanke wartet.
In Serbien, in Belgien, in Holland oder in Norwegen, in Armenien oder in Indien,
In Afrika, in Asiens reicher Mitte,
Auf dem Boden gealteter Völker, auf dem Boden der Völker in Kindheit
Der Gedanke wartet.

Er wartet ſeit Millionen Jahren, wenige Männer von hoher Stirne haben durch endloſe Weite einander verstanden
Konfuzius, Buddha, Sokrates und Jeſus, Marcus Aurelius, Spinoza, Whitmann und Tolſtoi;
Ihr klingender Ruf ward geboren, ſein Widerhall endet nie,
Eines Tages wird er in euch entflammen;
Ihr Ruf iſt es, der niemals vergehen darf, der den Weg zeigt und ihn kündet.
Auch heute,
Während ein Kontinent den Tod erleidet (die Herrſchaft der Kanone iſt nur ein Kennzeichen des Untergangs)
Heute wie ſtets erheben ſich Menſchen rings in der Unendlichkeit;
In Feindesland wie in der Heimat denken Menſchen wie ich,
Sie weigern ſich wie ich, ſie haben ihr Leben gegeben, wie ich es darbiete,
Sie ſtürzen ſich ins Gewühl, reinen Herzens und mit reinen Händen.

Helden, meine Helden! Ich grüße euch als lebende Gruppe um den alten auferſtandenen Helden von Jasnaïa Poliana!
Wir werden nicht ſterben.
Wir ſind von jenen, die man töten kann und ſie gehen nicht unter.

Gruß dir Romain Rolland!
Du hohe Geſtalt, geiſterfüllt, – immer warſt du der Geiſt von Freiheit und Liebe.
Jetzt erlebſt du die Zeit des Tötens, dein erſchütterndes Werk hat ſie angekündigt.
Überall ſiehſt du den Anhang des Mordes wachſen und das Volk in Schmerz vergehn,
Du ſtehſt allein, ohne Stolz, ohne Abſcheu, du allein wahrſt uns die Treue.

Gruß dir gerechtes Herz!
Gruß dem, der im Menſchen die unerſchöpfliche Quelle ſieht und in der Verbrüderung der Menſchen – das Licht!
Gruß dem, der die reine Luft zu gewinnen weiß, wo Glaube mit Wahrheit ſich verträgt!
Gruß dem Europäer – Gruß ſeiner weiten Seele, die heiteren Sternbilder leuchten darin.
Gruß dem, der des Adlers Blick hat – den ganzen Jammer ſieht und ſich dann dem Mitleid ergibt.

O teurer Kamerad!

Deinen blauen Augen, in denen die Klarheit der Welt und ihr Schmerz sich spiegeln,
Zolle ich kindlichen Tribut, den Tribut der Freiheit, den Tribut der Liebe (denn du hast mich gerettet).
Schweigend lege ich meine Hand in die deine und halte sie lange umfaßt – wie groß ist das Leben.

VIII.

Schon gibt es Zeichen
Leuchtende reife Zeichen in der Finsternis und im Schluchzen der Völker!
Die Gefolgschaft der Arbeit und des Menschentums findet sich wieder,
Und ihren Seelenbund knüpfen sie neu;
Die Gefolgschaft des freien Glaubens, die der Volksherrschaft und der Wohlfahrt, sie knüpfen ihren Seelenbund neu.
Mut – du kleine Schar!
Mut und Opfersinn, – ihr Tapferen
Ihr, die man über alle Länder jagt, – ihr, die der Büttel zum Kerker schleppt.

IX.

Das letzte Wort, – ein Wort des Friedens.
Ich halte mich dir zur Seite Tolstoi, – ich halte Schritt mit dir Kamerad;
Hier stehe ich neben dir, dein Arm weist die Felder und den fernen Wald – und jenseits die Welt der Arbeit;
Romain Rolland ist mit uns und der greise Whitmann
Worte knospen und werden Frucht:
Du nimmst einen Erdklumpen zwischen die Finger, – ein Pferd hebt den Kopf nach uns
Um uns die Erde mit ihren Bächen, dem Himmel, dem zitternden Laub und dem lieblichen Duft;
Dort arbeiten Menschen, – unser Herz schlägt im Gleichklang mit jedem von ihnen,
Diese glänzenden Arme und Leiber, diese Rassen und diese Gedanken zur Dämmerzeit.
Wir gehören zu dir und bist du nicht von der ewigen Familie?
Höre, – ich hasse sie nicht.
Von diesen Höhen betrachten wir ohne Haß die ungeheure Wunde des Krieges,

Dieses endlose Spiel, in dem die Spieler fallen, wir sehen es ruhig, die Tränen in den Augen.
Ohne Haß sehe ich vor mir, – all das, was, ich schwöre es dir, ich selbst nie vollbringen werde.
All dies Unglück, den Tod, das Elend und die Schmach,
All das, von dem ich fort will zu einem Leben ewiger Freundschaft.
Ohne Haß sehe ich vor mir, dicht vor meinen Augen – den Kampf und den Feind.
Ich hasse den Blinden nicht noch den Narren, nicht einmal den verbrecherischen Regenten.
Ich hasse den Mörder nicht mehr, ich ertrage ihn;
Ich will nicht, daß ein einziger Mensch, so niedrig er sei, an meinem Leben kein Teil haben sollte.

Erbarmen, – Erbarmen mit uns allen, gleicherweise dem Tod und dem Leben verfallen.
Ein großes Erbarmen mit uns allen, – o Tolstoi.
Ich drücke auf deine hohe Stirne den Kuß der Bangigkeit
und der Freude, der Geburt und des Todeskampfes.

Das Erbarmen allein ist Lichtes genug, – auf offener Straße können wir vorwärts schreiten.

□□□

Menschen sind die Einzigen
Der denkenden Geschöpfe, welche sich
Bekämpfen; hoffen sie gleich insgesamt
Auf himmlisches Erbarmen, kündigt Gott
Sich ihnen gleich als Gott des Friedens an;
Doch atmen sie Hass und Verfolgungssucht;
Volk gegen Volk führt mörderischen Krieg,
Das Erdreich zu verwüsten und sich selbst
Mit blinder Wut einander aufzureiben.
Als hätt' — o lehrt' uns dies doch Einigkeit! —
Die Menschheit nicht der Feinde schon genug,
Ein ganzes Heer der Hölle, das bei Tag
Und Nacht auf ihr Verderben sinnt.

Milton, Das verlorene Paradies.

Das deutsche Friedensangebot.

Von E. D. MOREL.

... Noch vor zwei Monaten war der Feind mehr darauf bedacht, sein eigenes Leben zu retten als das unsrige zu zerstören. Er hat uns damals eine Konferenz vorgeschlagen, welche dem Krieg ein Ende machen solle. Warum ist dieses Friedensangebot verworfen worden? Weil der Feind nicht schon im vorhinein die Bedingungen enthüllte, welche den Inhalt der Instruktionen für seine Abgesandten und der Vorschläge für die Konferenz bilden sollten. Aber was hätten wir riskiert, wenn wir damals der Einladung gefolgt wären? Die Annahme dieses Vorschlages hätte uns doch zu gar nichts verpflichtet. Wurden die Bedingungen des Feindes irgendwie entehrend gefunden, so konnten unsere Vertreter einfach den Konferenzsaal verlassen; mit wie reinem Gewissen standen dann die verbündeten Regierungen ihren Völkern gegenüber! Wären dagegen die Bedingungen des Feindes vernünftig oder wenigstens diskutabel ausgefallen, dann wäre der Frieden in Sicht gewesen, der herrlichste aller Gewinne. Wir hatten also in jedem von beiden Fällen nur zu gewinnen, allerdings unter einer Voraussetzung, nämlich, dass wir selbst nichts anderes wünschten als einen vernünftigen Frieden, einen Frieden auf Grund von Verhandlungen. Aber haben wir das wirklich gewünscht, wünschen wir es auch nur jetzt? Und wenn nicht, wer sind die „wir", die keinen vernünftigen Frieden zulassen wollen? Sind es unsere Truppen? Kein Mensch, der mit Sachkenntnis spricht, wagt dies zu behaupten. Sind es die Massen unseres Volkes? Wenn nur endlich die Männer von Ansehen, die in Privatgesprächen mit ihrer Meinung nicht zurückhalten, ihre Scheu überwinden und alle Besonnenen um die Fahne der Vernunft scharen wollten, wenn sie nur die Zivilcourage aufbringen könnten, die ihr Vaterland von ihnen erwartet, indem sie ihr Volk ehrlich vor die freie Wahl von Krieg und Frieden stellen, ihre Zweifel würden wahrhaftig rasch widerlegt werden. Ich spreche, aus meinen persönlichen Erfahrungen heraus, von den zahlreichen Versammlungen in den industriellen Zentren unseres Landes, Versammlungen von oft bis zu 3000 Menschen, deren einstimmige Beschlüsse in der Londoner Presse immer, in den Provinzblättern fast immer totgeschwiegen werden.

Zweifellos hatte der Feind mindestens den ernsten Wunsch zu verhandeln. Wenn eine Regierung in dieser Lage ist, muss sie darauf Rücksicht nehmen, dass es in ihrem eigenen Lande extreme Parteien von mächtigem Einfluss gibt, welche sich jedem Friedenswillen leidenschaftlich entgegenstemmen; wenn nun eine solche Regierung schon vor dem Zusammentritt der Konferenz ihre Friedensbedingungen veröffentlichen wollte, so würden diese Extremen es vielleicht zustande bringen, sie zu stürzen, mit dem Vorgeben, dass die angebotenen Friedensbedingungen ein Zeichen von Schwäche seien, ein Verrat an den geheiligten Interessen der Nation. Es wird doch wohl niemand in Abrede stellen wollen, dass es für jede kriegführende Partei eine heikle Sache ist, den ersten Schritt zum Frieden zu machen; dass der kriegführende Staat dabei jedenfalls ein Opfer seines Stolzes bringt und auch faktisch viel aufs Spiel setzt, sei es an Prestige nach aussen oder auch, was noch viel mehr ins Gewicht fallen wird, an Feindschaften im eigenen Land. Ein solcher Staat, der als erster den Friedensweg betritt, hat ein gutes Recht darauf, dass man ihm in bezug auf die Methode seines Vorgehens möglichst viel Spielraum lasse und er kann es mit der Opposition im eigenen Lande leichter aufnehmen, wenn die Kundgabe der Friedensbedingungen erst nach dem Zusammentritt der Konferenz erfolgt; denn wenn diese einmal ihre Sitzungen begonnen hat, sehen sich die extremen Friedensfeinde im eigenen Lande einer vollendeten Tatsache gegenübergestellt.

Die Nicht-Enthüllung der Friedensbedingungen beweist also nicht notwendig die Unaufrichtigkeit desjenigen, der zu Verhandlungen einladet, zumal im vorliegenden Falle, in welchem die heisse Sehnsucht unserer Feinde nach dem Frieden eine allseitig anerkannte Tatsache ist. Die Kundgabe der Friedensbedingungen würde unter Umständen genügen, um jede Friedensverhandlung unmöglich zu machen. Kann z. B. irgendein Mensch, der mit sich selbst ehrlich sein will, behaupten, dass die Friedensbedingungen der Alliierten — zusammengehalten, wie dies aufrichtigerweise geschehen muss, mit den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz und den Erklärungen der einzelnen Herrscher und Staatsmänner der Alliierten — so beschaffen waren, dass sie eine Grundlage für Verhandlungen bilden oder auch nur als solche beabsichtigt sein konnten? So erscheint die Note der Verbündeten nicht als eine Formulierung von Friedensbedingungen, sondern als eine Proklamation von Eroberungszielen. Und überdies als Befehl, dass das Martyrium Belgiens ein dauernder Zustand werden soll. Denn dass das wiederhergestellte Belgien nach

dem Friedensschlusse unabhängig bleibe und einer gesicherten Zukunft entgegengehe, ist mit den Beschlüssen der Pariser Konferenz einfach unvereinbar, gerade so wie eine Liga freier Nationen mit ihnen unvereinbar ist. Auf Grund dieser Wirtschaftspolitik wäre nur ein Belgien möglich, das durch Abschneidung von seinen deutschen Absatzgebieten industriell verkrüppelt und daher tatsächlich jeder wirtschaftlichen Unabhängigkeit beraubt wäre. Falls einmal die Politik der Pariser Konferenz als ein tätiger Faktor des europäischen Wirtschaftslebens verwirklicht werden sollte, so ist es schwer, sich ein Belgien vorzustellen, das ohne permanente Besetzung durch französische und englische Truppen sich dieser Politik fügen würde.

Und was ist schliesslich und endlich der letzte Zweck, dem diese ganze Politik und alle unsere Pläne dienen sollen? Etwa eine dauernde Erhöhung des Wohlbefindens für alle Einwohner dieses Inselreiches? Es ist wirklich hohe Zeit, diese Auffassung von den Bedingungen unseres Wohlergehens ganz entschieden zu bekämpfen. Sollen wir denn noch tiefer und immer tiefer in den entsetzlichen Abgrund dieser Irrlehre versinken und nicht wenigstens eine ernstliche Anstrengung machen, uns daraus zu retten? Der Kern der Sache ist ja doch die Frage: Für wen oder für was opfern die Leute, welche uns vorreden, dass wir um unser Leben kämpfen, als unsere Bevollmächtigten das Leben der männlichen Jugend von Grossbritannien? Soll es der Lohn der Überlebenden, soll es die nebelhafte Verheissung an die jetzt in ihren Wiegen schlummernden Säuglinge sein, dass wir unseren Hass auch nach dem Krieg bis ins Komptoir hineintragen können und an den verarmenden Arbeiterklassen Mitteleuropas unseren Zorn auslassen wollen? Werden die Menschen in unserem Lande denn wirklich um so viel glücklicher, um so viel reicher, um so viel sicherer sein, wenn der Zar seine Messe in der Sophienkirche hören, wenn Österreich-Ungarn zertrümmert sein, wenn Russland seine Westgrenze über die Karpathen hinausgerückt haben wird?

Eine Million Menschenleben, so sagt man ganz offen, sind der Einsatz für das Endspiel an der Westfront. Und wenn diese Million aufgeopfert sein wird, was dann? Wir lassen uns blind durch einen Nebel von dampfendem Blut schleifen. Warum und wozu?

Weil angeblich der Patriotismus uns gebietet, eine Politik uneingeschränkt gutzuheissen, die längst als Politik des „Knock-out“ von Lloyd-George verkündigt worden ist. Wie lange werden wir uns noch in diese Illusion hineinreden lassen,

zu keinem anderen Zwecke als um Eroberungsziele zu verwirklichen, von denen das englische Volk nur immer neue Lasten und keinen Vorteil haben wird, und das selbst im besten Falle; sonst aber kann die Verfolgung dieser Ziele uns in jene nationale Katastrophe stürzen, welche derselbe Mann, der uns den „Knock-out" als Ziel unseres Ringens hinstellte, heute schon als eine Möglichkeit der Zukunft anerkennt?

„*The Nation*" (17. März).

□□□

Ein Prophet der Demokratie.

Die russische Revolution hat die nachstehenden, vier Jahrzehnte alten Betrachtungen von neuem bekräftigt:

Was man auch an abstrakten Argumenten für oder gegen die Demokratisierung irgendeines Kulturstaates anführen mag, wahrlich, allen europäischen Nationen könnten bittere Leiden erspart werden, wenn sie sich die handgreifliche Tatsache klar machen wollten, dass für sie alle nur ein Weg gangbar ist, nämlich die Demokratisierung ihrer Einrichtungen unter irgendeiner Form. Es ist eine handgreifliche Tatsache, dass sie alle nur die Wahl haben zwischen Demokratisierung und chronischer Unzufriedenheit. Diese äussert sich naturgemäss in immer lauterem Murren, und so kommt man von Jahr zu Jahr der unvermeidlichen Krisis immer näher, der grossen Katastrophe, dem Sturz der Dynastie. Wer immer in der alten Welt noch auf irgendwelche staatsmännische Auffassung Anspruch erhebt, selbst unter besseren Universitätshörern oder Beamten in ihren Lehrjahren, ja selbst unter gescheiteren Menschen überhaupt, weiss das und streitet heutzutage nicht mehr darüber, was besser sei, den Staat zurück zu autokratisieren oder vorwärts zu demokratisieren; nein, man streitet nicht über das ob, man streitet nur noch über das wie, über die klügste Methode der Demokratisierung, über den Teil, wo anfangen, über den Grad und die Schnelligkeit der Reform.

Walt Whitman, Democratic Vistas (1869)

□□□

Dokumente der Menschlichkeit.

Wie immer man über die Notwendigkeit eines Krieges denken mag, ist doch jeder Krieg für Menschen von einiger Vorstellungskraft ein Weg der Schmerzen und nicht ein Grund zur Begeisterung. Die Frau, die Mutter, die Erhalterin steht dem Krieg schon gefühlsmässig in Abwehr gegenüber. Doch auch sie verfällt etwa der Kriegspsychose. Das haben wir hier und dort bei Kriegsanfang in Europa erlebt. Nun haben die grössten weiblichen Colleges Amerikas der Kriegspolitik Wilsons begeistert zugestimmt. Es ist das ein Verrat der Frau am Friedensgedanken. In einem Lande, das die Frau so hoch stellt wie Amerika, ein doppelt beschämendes Schauspiel, das überaus nachdenklich stimmt. Einen versöhnenden Gegensatz hiezu bildet die Szene im Repräsentantenhaus, da Miss Rankin, das einzige weibliche Mitglied der Kammer, unter Tränen dem Krieg ihre Zustimmung versagt.

* * *

Quousque tandem? Die bange Frage erfüllt die Welt und die Herzen. Sie lebt im Soldaten, sie beschwert das Volk und tönt aus stummer Verzweiflung. Sie ist gross in dem, der an das traurige Heute denkt, übermächtig in dem, der an eine Zukunft der Menschheit glauben will. Die Zeitschrift der deutschen Internierten in Knockaloe auf der Isle of Man hat sich diese Frage zum Titel gesetzt. Ihr Inhalt klingt zuversichtlicher als die Überschrift. Er entbehrt nicht der Würze des Humors und weiss von Veranstaltungen sportlicher und künstlerischer Art zu erzählen. Aber die Sehnsucht nach Erlösung tränkt doch jede Zeile.

* * *

Die Nation vom 17. März bringt das Glaubensbekenntnis eines Dienstverweigerers aus Gewissensnot:

„Es fällt mir persönlich schwer, einen Dienst zu verweigern, Anordnungen nicht zu befolgen und Anstoss zu erregen. Aber die Welt bietet mir das Schauspiel von zwei hochkultivierten christlichen Nationen, die jeden Nerv anspannen, um gegenseitig Frauen und Kinder auszuhungern und die Männer zu töten. Dieser Anblick kräftigt meine Überzeugung, dass die Welt auf eine andere und bessere Weise überwunden werden muss. Er zwingt mich dazu, mich zu diesem Glauben zu bekennen."

Und ein anderer:

„Ich möchte meinen Mitmenschen dienen, indem ich ihnen zeige, dass es nicht sein muss, dass jemand kämpft oder andere in den Kampf schickt. Ich weiss wohl, dass die Verwirklichung meiner Hoffnungen einer langen Zeit bedarf und dass die vollständige Abrüstung ein Traum sein mag. Ich glaube aber fest daran, dass dieser Traum zur Wirklichkeit werden kann, wenn nur erst die Menschen mehr Vertrauen zum Guten in ihren Mitmenschen gewinnen und das Schlechte in ihnen weniger fürchten werden. Wollten wir unser ganzes Mass von Liebe und gutem Willen daran wenden, unsere Furcht und unser Misstrauen zu besiegen, so vermöchten wir auch das Böse im Herzen der andern zu überwinden statt mit bewaffneter Hand sie zu vernichten."

* * *

La Revue Mensuelle. Februar 1917:

Eine Urenkelin des französischen Generals Klébèr, T. Esclarmonde, die in Lothringen den Krieg von 1870 miterlebt hat, und deren zwei Söhne jetzt an der französischen Front stehen, schreibt an den Herausgeber einer französischen Tageszeitung:

„Man übersieht, welche Gefahr darin liegt, wenn man den Bodensatz aufrührt, der in den Tiefen jeder menschlichen Gemeinschaft ruht. Man vergisst, dass nicht ein einziges Volk — ich nehme das unsere nicht aus — sich rühmen könnte, von Kriegsgreueln rein geblieben zu sein,

und dass die Armeeführer aller Länder ausserstande sind, die Begehrlichkeit und die bestialischen Gelüste zu unterdrücken, die der Krieg entfesselt und denen er Vorschub leistet, indem er sie gutheisst, solange nur der Sieg erreicht wird. — — — Was ich von Ihrer Ehrenhaftigkeit erwarte, und von Ihrem Blatt fordern würde, da Christi Wort in unserer Zeit nicht mehr gehört und nicht mehr verstanden wird, ist ein Anathema — nicht gegen unsere Feinde von gestern oder von heute oder von morgen, vielleicht werden das eben unsere Verbündeten von übermorgen sein —, sondern gegen ein solches Vernichtungswerk der Gefühle, das in unserer Zeit des extremsten Internationalismus ohne Sinn ist.

* * *

Die *Frankfurter Zeitung* vom 23. März bringt die Schilderung eines Amputiertenheims in Baden. Es ist das zunächst ein Krankenhaus, dann aber auch eine Lehrorganisation mit Berufsberatung und Stellenvermittlung und überdies eine Riesenwerkstatt für die Herstellung künstlicher Glieder.

Sobald ein Patient geheilt und genügend gekräftigt ist, werden ihm die Prothesen angemessen, werden ausgeführt und er wird dazu angelernt, sie richtig zu gebrauchen. Hand in Hand geht eine geistige oder berufliche Ausbildung des Kriegsbeschädigten vor sich. Viele Patienten wissen ihre künstlichen Gliedmassen sehr tüchtig zu gebrauchen. So lesen wir von Dauerlauf und Hindernislauf, vom Ringturnen und von Leistungen der Amputierten auf dem Sprungbrett. In gut eingerichteten Werkstätten wird gedrechselt, gedruckt, gekleistert und geflochten. Schneider und Schuster, Schlosser und Schreiner werden herangebildet und ein landwirtschaftliches Anwesen gibt Gelegenheit zu praktischer Übung.

Die Loslösung der Patienten von der Anstalt vollzieht sich allmählich. Nach vollendeter Ausbildung arbeiten sie zunächst tagüber in auswärtigen Betrieben. Dann werden sie urlaubsweise in Stellen ausgeprobt und erst dann ent-

lassen, wenn ihre Selbständigkeit und Leistungsfähigkeit erwiesen ist Das Bewusstsein eigenen Wertes der vom Kriege Getroffenen und ihre Mitarbeit am Wiederaufbau nach dem Kriege sind der schöne Gewinn dieser weitzügig geschaffenen Organisation.

* * *

La Sentinelle, 28. Dezember 1916. Zwei französische Soldaten, bei Maubeuge schwer verwundet, werden durch die Schweiz nach Frankreich transportiert und warten auf dem Perron einer westschweizerischen Ortschaft auf Weiterbeförderung. Man stellt Fragen an sie.

„Sie haben viel gelitten?"

„Ach ja! Siebenundzwanzig Monate sind eine [illegible] Zeit."

„Sind Sie wenigstens gut gepflegt worden?"

„Gewiss, die deutschen Ärzte sind tadellos. Wir haben nicht über sie zu klagen."

„Und die Krankenwärter?"

„Ach, die waren wie wir. Manchen Tag waren sie guter, manchen Tag schlechter Laune. Genau so ging es auch uns."

„Und hat man Euch niemals misshandelt?"

„Uns? Nein. Niemals!"

Ein Studentlein mischt sich hier ins Gespräch:

„Vive la France! Die haben wohl dumme Gesichter geschnitten, diese boches?"

Achzelzuckend entgegnet ihm der etwa fünfunddreissigjährige Soldat:

„Imgrunde sind wir alle ein wenig Kameraden!"

Das ist die Lebensweisheit, die das Volk aus seinen Schmerzen geschöpft hat.

* * *

Daily Post, 12. Februar 1917. Ein Kapitän aus Liverpool gibt den Seinen Bericht. Sein Schiff wurde von einem Unterseeboot torpilliert, nachdem man der Besatzung Zeit gelassen hatte, sich in zwei Boote zu retten. Sie mussten

sechsundzwanzig Stunden gegen die Wellen kämpfen, ohne dass sie Land erblickten. Da taucht das Unterseeboot neu vor ihnen auf. Man fragt sie, wo sie gelandet sein wollen, und bringt sie in rascher Fahrt an den gewünschten Ort.

* * *

Zum siebzigsten Geburtstag des deutschen Rechtsgelehrten Professor Dr. Georg Cohn wurde eine Jubiläumsschrift wissenschaftlichen Inhalts herausgegeben, zu der die beiden eminenten Rechtslehrer Lyon-Caen in Paris und Cesare Vivante in Rom jeder in seiner Sprache Beiträge geliefert haben.

* * *

Das gute Einvernehmen zwischen Internierten und Bevölkerung, und in der Schweiz auch zwischen Internierten feindlicher Länder, kommt vielfach in der Presse zur Sprache. In Deutschland sind die Russen als Feldarbeiter sehr geschätzt und auch die Franzosen erfreuen sich an vielen Orten der Beliebtheit. In Frankreich sagt man den Deutschen nach, dass sie mehr leisten als die reichlich bezahlten englischen Arbeitskräfte. Die *Zürcher Wochenchronik* vom 16. Dezember 1916 bringt ein friedliches Weihnachtsbild, das einen Franzosen, einen Engländer, einen Deutschen und einen Schweizer beim gemeinsamen Fest zeigt.

* * *

La Guerre Mondiale, Genève, 30. März, bringt im Bilde ein Grabmonument, das die gemeinsame Ruhestätte deutscher und französischer Kämpfer bezeichnet. Dieses Denkmal einer deutsch-französischen Verbrüderung im Tode ist von zwei sich kreuzenden Gewehren der beiden Truppen gekrönt, zwei feindliche Waffen, die mit denen, die sie getragen haben, den Frieden fanden. Ein Grabschmuck von eindrucksvoller Symbolik. *Felix Beran.*

□□□

Preisrevolution und Produktivität der Arbeit.

Von Dr. HANS MÜLLER (Zürich).

Mit Recht ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, dass der gegenwärtige Krieg nicht nur die Bedeutung eines Umsturzes der alten politischen Verhältnisse Europas, ja der ganzen zivilisierten Staaten-Welt habe, sondern sich auch recht eigentlich als eine soziale Revolution qualifiziere, dadurch, dass er mit unausweichlicher Notwendigkeit eine Umwälzung unserer gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen nach sich ziehen werde.

Die erste schon heute überall scharf in die Augen springende Wirkung des Kriegs in wirtschaftlich-sozialer Hinsicht ist die Preisrevolution. Alle Waren ohne Unterschied haben eine gewaltige Verteuerung erfahren. Besonders die Preise der Lebensmittel, aber auch die vieler anderer Massenverbrauchsartikel sind rapide in die Höhe gegangen und steigen, aller Wahrscheinlichkeit nach, weiter. Wenn nun auch in manchen Industrien die Löhne eine Erhöhung erfahren haben, so steht sie doch nicht im Verhältnis zu der vor sich gegangenen Preissteigerung. In vielen Zweigen des gewerblichen Lebens sind aber die Löhne und Einkommen nicht gestiegen, sondern auf ihrem früheren Niveau stehen geblieben, wenn sie sich nicht gar vermindert haben. Die Folge davon ist, dass heute für Tausende und Abertausende von Familien ein Missverhältnis von Einnahmen und Ausgaben besteht, eine Spannung zwischen Erwerb und Konsum eingetreten ist, die auf die Dauer unerträglich wird und die unsere gesellschaftlichen Verhältnisse zu erschüttern droht, wenn sie nicht in absehbarer Zeit auf irgendeine Weise gehoben wird.

Zwei Wege sind denkbar, auf denen ein Ausgleich der

Spannung zwischen den gestiegenen Preisen und dem gegebenen Einkommen erfolgen könnte. Entweder müssen die Preise auf ihr früheres Niveau herunter gehen oder die Einkommen müssen eine der Preissteigerung einigermassen entsprechende Vergrösserung erfahren.

Die Wahrscheinlichkeit, dass auf dem ersten Wege in erheblichem Umfange Abhilfe geschaffen werden könne, ist aller bisherigen Erfahrung nach nicht gross. Gewiss werden nach dem Kriege einzelne Artikel wieder etwas billiger werden, aber im allgemeinen ist es doch sehr unwahrscheinlich, ja unmöglich, dass wir die Preise wiederbekommen, zu denen wir vor dem Krieg unseren Bedarf an Nahrungsmitteln und vielen anderen Waren decken konnten. Zu gross sind die ökonomischen Verluste, die Wertzerstörungen, die Vernichtung von Produktionsmitteln, die Verminderung der Arbeitskräfte, die der Krieg in seinem bald dreijährigen Wüten verursacht hat. Diese ungeheuren Verluste schliessen es vollständig aus, dass die Preise allgemein auf ihr früheres Niveau heruntergehen können. Die Produktionskraft der Gesellschaft hat sich verringert, die Völker sind durch den Krieg viel ärmer geworden, die zu konsumierenden Waren haben sich quantitativ und auch qualitativ verringert, d. h. können von dem nationalen Produktionsapparat nicht mehr in der früheren Menge und Beschaffenheit hervorgebracht und in Zirkulation gesetzt werden. Dieser Mangel zieht höhere Preise mit unbedingter Notwendigkeit nach sich.

Soll daher der Ausgleich zwischen den gestiegenen Preisen und dem Einkommen stattfinden, so muss er in der Hauptsache auf dem Wege der Vermehrung des Verdienstes, der Steigerung der Löhne, Gehälter, Honorare usw. gesucht werden. Diese Steigerung ist jedoch nur wiederum möglich, wenn die Arbeitsleistung eine Vermehrung erfährt, wenn der Arbeitseffekt grösser wird, die Leistungsfähigkeit wächst; kurz mit einem Wort, wenn die wirtschaftliche Tüchtigkeit des Volkes sich hebt. Darin allein liegt die Rettung vor Not und Entbehrung, die Garantie gegen ein Zurücksinken in schon

überwundene Stufen der Lebensweise und Kultur der Völker.

Wie ist nun dies Problem zu lösen?

Es stehen uns dafür verschiedene Mittel zu Gebote, die u. E. alle miteinander in Anwendung gebracht werden sollten, die aber auch wieder sämtlich miteinander in einer inneren Verbindung stehen und auf den Satz hinauslaufen: es muss in unsere Volkswirtschaft grössere Ordnung und eine bessere gesellschaftliche Kontrolle kommen. Die Interessen der Allgemeinheit müssen überall, wo bisher private Willkür herrschte, zur Geltung gebracht werden.

Die Grundsätze, nach denen dies zu geschehen hat, sind in der Hauptsache folgende:

1. Jeder erwachsene Volksgenosse hat die Pflicht für das Gemeinwesen, dem er angehört, nützliche Arbeit zu leisten. Auch der Besitz eines grösseren Vermögens darf seinem Besitzer nicht das Recht auf ein Schlaraffenleben und Schmarotzerdasein geben. Also Einführung der gesetzlichen Arbeitspflicht.

2. Jeder heranwachsende Volksgenosse ist mehr als bisher für die nützliche, produktive Arbeit zu erziehen. Das gesamte Schulwesen ist aus dem Gesichtspunkt der Arbeitsschule zu reorganisieren.

3. Das Arbeitsverhältnis in allen wirtschaftlichen Betrieben, Anstalten, Verwaltungen usw. ist so umzugestalten, dass die Arbeitsleistung gesteigert wird und eine ihrem Werte entsprechende Gegenleistung enthält. Zu diesem Zwecke muss das Interesse an der Arbeit, die Arbeitsfreude, gehoben werden, im Arbeitenden das Bewusstsein seines Wertes und seiner Würde geweckt und der Fleiss und die Hingabe an die Arbeitsaufgabe besonders anerkannt und belohnt werden. Zu diesem Zweck ist eine Umgestaltung des Lohnarbeitsverhältnisses in ein freieres, die Persönlichkeit besser entwickelndes und zur Geltung bringendes System anzustreben. Mit allem Schlendrian muss rücksichtslos verfahren werden. Es muss ein Wetteifer in allen Arbeitern angefacht werden, ihr Bestes zu

geben, ihrer Arbeitspflicht möglichst vollkommen zu genügen. Das ist aber nur möglich, wenn sie das Bewusstsein haben, dass die Früchte ihres Fleisses ihnen und der Gemeinschaft, und nicht einem einzelnen, einem „kapitalistischen Ausbeuter" zugute kommen. Kurz zur Hebung der Produktivität der Arbeitskraft ist eine völlige Reform der heutigen Arbeitsverfassung notwendig, ihre Fortbildung im Geiste des Gemeininteresses erforderlich.

Wie diese Reform ins Werk zu setzen sei, ist eine Frage, auf die sich die Antwort nicht aus dem Ärmel schütteln lässt. Man wird sie nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten, mit psychologischen Methoden und unter Berücksichtigung aller bisherigen Erfahrungen noch gründlich studieren müssen und der Staat täte gut, wenn er zu diesem Zwecke ein besonderes permanentes Institut schaffen würde, um dies wichtige Problem, von dessen richtiger und praktischer Lösung so unendlich viel abhängt, durch Fachmänner verschiedener Wissenschaften, Industrien und Handelszweige und namentlich unter Zuzug von Vertretern der Arbeiter systematisch bearbeiten zu lassen.

Es ist keine Frage, dass in unserer heutigen Gesellschaft die Vergeudung an Arbeitskräften und Material noch immer eine ganz enorme ist, dass wir noch weit von einer auch nur einigermassen befriedigenden Durchführung des ökonomischen Prinzips, mit dem kleinsten Kraftaufwand den grösstmöglichen Nutzeffekt zu erzielen, in der Volkswirtschaft entfernt sind. Wir machen namentlich von der menschlichen Arbeitskraft einen vielfach noch ganz unrationellen Gebrauch, verwenden für Zwecke zwei, drei, vier und mehr Arbeitskräfte, wo eine einzige bei richtiger Organisation ausreichen könnte.

Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse werden die Völker veranlassen, eine bessere Ordnung durchzuführen und diejenigen, welche hierin die grössten Fortschritte machen, werden am schnellsten aus der Misere herauskommen, die Arbeit am reichlichsten entlohnen können und dadurch den grössten Kulturfortschritt bei sich bewerkstelligen.

Aus Büchern und Flugschriften.

Rudolf Goldscheid. *Staatssozialismus oder Staatskapitalismus.* Ein finanzsoziologischer Beitrag zur Lösung des Staatsschulden-Problems. Brüder Suschitzky, Wien-Leipzig.

Dieses Buch könnte durch das, was es von der ersten Seite an verkündet, den Weg zur finanziellen Rettung zeigen, wenn es nicht an dem scheitern müsste, was es auf der letzten Seite ahnen lässt.

Von der ersten Seite an sucht es nämlich nach einer neuen Basis für die Staatswissenschaft und findet sie in einer neuen Vorstellung vom Staate. Verf. strebt darnach, das Wesen unseres Staates aus seiner finanziellen Bedingtheit zu begreifen, aus der durch seine Besitzlosigkeit verursachten wirtschaftlichen Ohnmacht bei unausgesetzt wachsendem politischem Machtapparat. Wie unwiderstehlich dieser ist, hat der Weltkrieg aufs neue gezeigt. Unterdrückte Völker wie die Polen haben auch für ihren grausamsten Unterdrücker, den Zarismus, ohne die Spur eines Widerstandes alle Schrecken des Weltkrieges über sich ergehen lassen müssen, genau so wie die schwarzen „Hilfsvölker" sich auf den europäischen Kriegsschauplatz für Ziele schleppen lassen mussten, die sie nicht verstehen. Die freiheitliebendsten Menschen von Europa gestatten die Verletzung ihres Briefgeheimnisses, ja selbst Amerika liess als Neutraler seine Briefpost durchsuchen; die „öffentliche Meinung" ist durch die Zensur überall zur Farce geworden; eine teils im Munitionsinteresse geleitete, teils im Staatsinteresse kontrollierte Presse suggeriert den Völkern, was sie zu denken haben; selbst das englische Parlament ist praktisch ausgeschaltet. Das ist der gegenwärtige Zustand auch der demokratischesten Nationen. Dabei aber hat der Staat wenig Eigenbesitz und selbständiges Einkommen; sollte er beim Friedensschluss auf Kriegsentschädigungen angewiesen sein, so würde dies den Grund zu steigender Verbitterung der Völker und endlosen Rachekriegen und Gegenkriegen geben. Die Kriege sind aber, wie wir alle fühlen, Goldscheid aber meines Wissens zum erstenmal gründlich festgestellt hat — für die entwickelten Kulturstaaten mit ihrem Warnungszeichen des Geburtenrückganges am verderblichsten, während Staaten mit weiten, noch wenig ausgebeuteten Landgebieten vorläufig mit ihrem Menschenmaterial verhältnismässig am ungestraftesten Verschwendung treiben dürfen. Daher dürfen hochentwickelte Kulturstaaten am allerwenigsten sich den Imperialismus vergönnen, der zu Kriegen treibt, seinem Wesen nach aber nichts anderes ist als die internationale Konsequenz und Ausdehnung des nationalen Ausbeutungssystems, der Klassenherrschaft.

Das finanzielle Merkmal dieser Ausbeutung ist der Versuch des Privatkapitals, sich durch den Krieg immens zu bereichern

und die Lasten des Krieges durch indirekte Besteuerung auf das Volk abzuwälzen. Dagegen fordert Goldscheid die Hebung des „Nibelungenschatzes", den jede Grossmacht in Form ihrer hochentwickelten Grossindustrie besitzt. Statt die Produkte der Industrie ihren Erzeugern zum doppelten Preise abzukaufen, hätte man von allem Anfang an ihren Besitzern einfach die Etablissements zu ihrem damaligen Werte ablösen sollen. Da dies aber nun einmal versäumt worden ist, so sollte es nach dem Kriege geschehen. Statt die Völker durch unerschwingliche Steuern zu erdrücken, sollte soviel von der Grossindustrie vom Staate an sich gezogen („repropriiert") werden, als zur Deckung der Kriegskosten notwendig ist. Aber nicht nur die Grossindustrie würde dieses Schicksal treffen, sondern alles Produktionsvermögen oberhalb einer gewissen Grenze, da die kleinen Vermögen intakt bleiben sollen. Statt also den Steuerträgern durch Steuererhöhungen etwa ein Drittel ihres Einkommens wegzunehmen, wie dies zur Verzinsung der Staatsschulden notwendig sein würde, soll ein Drittel der grösseren werbenden Privatvermögen enteignet werden oder der Staat als Teilhaber ein Drittel der Unternehmungen erhalten. Dadurch würde der Staat von seinem Erbübel, der Besitzlosigkeit, geheilt und mit den Mitteln ausgestattet werden, „Menschenökonomie" zu treiben, was zugleich den fortgeschrittensten Kulturstaaten ihr bedrohtes Primat in der Menschheit zurückgeben und sichern würde. Goldscheid verkennt die Schwierigkeiten nicht, die der Konfiskation von einem Drittel aller Kapitalien und der Teilhaberschaft des Staates an der ganzen Produktion entgegenstehen, hält sie aber für minder bedenklich als die Hungerkur auf Generationen durch Wegnahme von 1/3 der Einkommen, mit den Folgeübeln dauernder Teuerung und Finanznot.

Das Allerbedenklichste an seinem Vorschlage wäre wohl die enorme Steigerung der ohnehin übermässigen Staatsgewalt. Als Gegengewicht fordert Verfasser eine demokratische Staatsordnung im Innern und friedliche Rechtsordnung in den zwischenstaatlichen Verhältnissen. Ist die gesicherte Finanzgrundlage des Staates der Grundton, den Goldscheid angeschlagen hat, so bilden Demokratie, Sozialismus und Pazifismus den Akkord, in dem er seine Gedanken ausklingen lässt.

Doch nicht ohne eine bange und mühsam unterdrückte Dissonanz auf jener verhängnisvollen letzten Seite, die das Schicksal dieses hochstrebenden Werkes ahnen lässt. Alles das ist an die eine Voraussetzung gebunden, dass die Massen für ihre Befreiung zu gewinnen sind. Sind sie es? Haben sie im Laufe der bisherigen Geschichte, haben sie in diesem Weltkrieg nicht das Gegenteil bewiesen? Steht ihre politische Urteilslosigkeit nicht auf derselben Höhe wie ihre militärische Tapferkeit? Die Zukunft erst wird auf diese Frage die endgültige Antwort geben. Aber je schwerer es ist, den geistigen Käfig der Massen zu öffnen, desto verdienstlicher ist dieses Bemühen, in welchem nicht nur das Buch, sondern des Verfassers ganzes Leben gipfelt. *S. F.*

Walther Rathenau. *Von kommenden Dingen.* J. Fischer, Berlin. 1917.

Wenn einmal die Kapitalisten Europas, entsprechend dem soeben erörterten Vorschlage, ein Drittel ihres Vermögens an den Staat abgeben sollten, so möchten wir als Balsam und Trost für ihr wundes Gemüt dieses Buch empfehlen. Als Balsam: Zur rechten Zeit werden sie daran erinnert, dass nach dem bekannten Spruch Goethes alles Irdische nur Gleichnis ist, alles Materielle ausschliesslich um des Geistes willen begehrenswert, aller Wettbewerb um Reichtum nur eine Übung der Kräfte für den Wettkampf um höhere Güter. Ach, das Geld ist nur Chimäre! Als Trost: *Goldscheid*, der erklärte Sozialist, ist noch lange der schlimmste nicht. *Rathenau*, der Präsident der Allg. Elektr. Ges., welcher im Namen der Freiheit gegen den Sozialismus protestiert, ist noch viel radikaler. Es scheint eben, dass der hergebrachte Gegensatz von Sozialisten und Antisozialisten an dem Zwange der kommenden Dinge zerschellt. Nicht zufrieden mit Enteignung eines Drittels, will R. die Aktiengesellschaften in stiftungsähnlicher Autonomie vom Staate kontrollieren lassen, die Monopole verstaatlichen, das Erbrecht auf die kleinsten Vermögen beschränken.

Scharfe Einschränkung alles Luxus, allgemeine Arbeitspflicht, aber auch allgemeines Recht auf Entwicklung der Fähigkeiten ergänzen ein soziales System, welches die Wirtschaft, bisher die Kette der Menschen, in ein Mittel zur Befreiung verwandelt.

Das Gleiche gilt von Sitte und Staat. Rücksichtslos denunziert *Rathenau* die bürgerliche Wohlanständigkeit als Hülle für das Streben der Meisten nach dem blossem Scheinen und Haben, als eine banalere Form der Machtgier, der Mutter des Weltkriegs. Soll es besser werden, so müssen die Menschen innerlich geläutert, muss das Leben seelenreicher werden. Der innerlich versittlichte Mensch betrachtet nicht Ehre und Genuss und nicht einmal Familienegoismus als höchstes Ziel, aus freier Liebe zur Gesamtheit strebt er nach immer höherer Verantwortung und immer schwereren Aufgaben; nur wenn die Begabtesten diesem Wettbewerb im öffentlichen Dienste nicht mehr fernbleiben, kann das Staatsleben erheblich besser werden, dessen bisherige „Atmosphäre" Rathenau aus seiner intimen Kenntnis einer freimütigen Kritik unterzieht. Aber so wichtig die Verbesserung der Einrichtungen ist, das Wesentliche bleibt: Mehr Geist, Seele, Charakter und Kampf gegen die Mechanisierung des Lebens!

Also zurück zur Welt Goethes, Kants und Beethovens? Unmöglich. Das war die Kultur einer adelig-patrizischen Zeit. Seither sind zu den oberen Zehntausend, den Erben von Namen, Bildung und Besitz, Millionen von Ungenannten hinzugetreten. Damit diese leben und menschenwürdig leben können, muss die moderne Kultur der Massen und Realien mit voller Dampfkraft fortarbeiten. Nicht als Erben und Nachkommen des alten Geistes können sie Erlösung finden; nein, wir müssen Neugründer, Ahnherren werden eines europäischen, allen Völkern gemeinsamen, eines demokratischen, allen Klassen gerechten Geistes.

S. F.

Victor Cambon. *Notre avenir.* Paris, Payot et Cie. 1916.

Verf. ist durch Monographien wie *La France au Travail* u. a. m. als gewissenhafter und sachkundiger Beobachter der Volkswirtschaft bekannt. Ein scharfes Urteil vereinigt sich bei ihm mit ungewöhnlichem Freimut. Kein Wunder, dass ihm ein Vortrag über die Zukunft Frankreichs verboten wurde; er hat sich gerächt, indem er statt des kurzen Vortrages ein langes Buch über den Gegenstand veröffentlicht, in dessen Vorrede er dem Minister in aller Form für das anregende Verbot und die unerwartete Notorìetät in weiteren Kreisen seinen Dank ausspricht. Der reiche Inhalt lässt sich im Einzelnen nicht wiedergeben, wohl aber der Grundgedanke. Die Deutschen sind zwar niederträchtige Barbaren, aber wehe uns Franzosen, wenn wir nicht nach dem Frieden tun, was sie vor dem Frieden getan haben. Es ist schon jetzt ein Jammer, dass die deutschen Publikationen von Frankreich ferngehalten werden: wie viele nützliche Methoden könnte man von ihnen lernen! Sie sind von Natur aus unoriginell; alles verdanken sie anderen, ihre Kunst der Organisation z. B. den Amerikanern; aber sie wissen die fremden Gedanken unglaublich praktisch auszunützen. Mit ihrem Talent zur Spionage kundschaften sie auch alles aus, was sie für ihren Beruf und für die Expansion ihres Absatzes brauchen können; das nennen sie dann Wissenschaft, und jeder Leiter eines Betriebes muss seine „Wissenschaft" ganz inne haben; überall studiert man neben den bekannten Anwendungen auch die neuen, noch unerprobten, wendet das Taylorsystem an etc.

Verf. verlangt also Studium und Anwendung der deutschen, auch der britischen und amerikanischen Methoden in Exportförderung, Organisation, technischem Unterricht, öffentlicher Verwaltung, Einführung von neuen Industrien, z. B. Farbindustrie. Das ganze Buch ist ein einziger Kampfschrei gegen die Routine, die Frankreich umklammert hält, mit freudiger Anerkennung glücklicher Ausnahmen, z. B. der Leistungen in Marokko, der Messe von Lyon etc. Cambons schliessliche Voraussage für die Zukunft Frankreichs ist düster. Siegreich, aber durch den Blutverlust härter mitgenommen als seine Verbündeten, wird Frankreich nach dem Kriege vor Aufgaben stehen, die mit der Tapferkeit seiner Soldaten und mit dem Witz seiner Politiker und Literaten nicht zu lösen sind — wie Menschenökonomie, Antialkoholismus, Fachschulwesen, Reform des Bergrechts, Reduktion der Bureaukratie, Entwicklung der Handelsflotte und des Konsularwesens etc. etc. — lauter langweilige Wirtschaftsfragen, für welche weder die Zeitungen, noch die Volksvertreter, noch die Schöngeister sich genügend interessieren. Dazu kommt, dass unmittelbar nach dem Kriege eine allgemeine Not hereinbrechen muss, die den Zorn der heimkehrenden Helden herausfordern wird. Cambon sagt daher eine furchtbare Erhebung des französischen Proletariates gegen die Bourgeoisie als nächste Folge des Krieges voraus. Wohl wird sich die Masse schliesslich wie immer einen Herrn geben, aber wird

dessen Herrschaft jemals von der ganzen Nation genehmigt werden? Und wird er nur noch auf Ruinen seinen Thron aufrichten oder kann die Nation noch einmal zu einer höheren Zukunft fortgerissen werden? Mit dieser Schicksalsfrage schliesst das merkwürdige Buch, dessen Gedanken nicht nur für Frankreich bedeutsam sind. *S. F.*

Ed. Bernstein. *Sozialdemokratische Völkerpolitik.* Die Sozialdemokratie und die Frage Europa. Verlag „Naturwissenschaften", Leipzig 1917.

Die Aufsätze, welche diese Sammlung bilden, sind während des Weltkrieges entstanden. Sie behandeln teils Fragen der Demokratie, teils das Problem der künftigen internationalen Beziehungen, besonders auch innerhalb der Sozialdemokratie und in der Handelspolitik. Mit welcher Geistesfreiheit der Verfasser den Schlagworten der auswärtigen Politik gegenübersteht, konnten unsere Leser an der Abhandlung „Die sogenannten nationalen Lebensfragen" erproben, die in unserer Zeitschrift zuerst erschienen ist. Bernstein, der im Frieden bekanntlich stets bereit war, Theorien im Lichte der Tatsachen zu revidieren, hat vielleicht eben deshalb das „Umlernen" jetzt viel weniger nötig. So übt er denn auch, trotz der furchtbaren Schwierigkeiten der Gegenwart, dem Lande seines ehemaligen Exils gegenüber eine ritterliche Weitherzigkeit der Würdigung und ist neben Friedrich Förster vielleicht am meisten berufen, den Faden der Verständigung mit der öffentlichen Meinung Englands in einer besseren Zukunft wieder anzuknüpfen; der Abbau des Völkerhasses ist ihm eine der wichtigsten Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie. Die Demokratie ist ihrem sozialistischen Begriffe nach nicht Herrschaftsform, sondern Organisation der Freiheit; sie ist nur dort lebendig, wo den Minderheiten die freie Entfaltung gesichert ist, um selbst Mehrheit zu werden; gesundes demokratisches Leben braucht einen Wechsel der Mehrheiten in ihrer Zusammensetzung. Auch die auswärtige Politik soll, unter dem Einflusse der Demokratie, aus einer Staaten- eine Völkerpolitik werden, nicht mehr Herrschaft eines Staates über den anderen, sondern freie Selbstbestimmung jedes Volkes im Rahmen eines sie alle bindenden internationalen Rechtes.

Verf. steht daher der bisherigen auswärtigen Politik auch der westeuropäischen Demokratien skeptisch gegenüber. Selbstverständlich wird auch seine Stellungnahme im Streit um die grosse Politik und innerhalb der Fraktion, sowie die Frage der dritten Internationale mit jener ungewöhnlichen Klarheit und Gemeinverständlichkeit beleuchtet, welche den Verfasser neben anderen Vorzügen auszeichnet. *S. F.*

Fr. W. Foerster. *Die deutsche Jugend und der Weltkrieg.* Dritte vermehrte Auflage. Verlag „Naturwissenschaften". Leipzig 1916.

Ein hochsinniges Buch, voll wahrer Liebe zum Deutschtum, zum Christentum, zur Jugend, erfüllt von heissem Bemühen,

ihnen ihr Ideal wieder zum Bewusstsein zu bringen, das nationale und das religiöse Gefühl der deutschen Jugend in den Dienst dessen zu stellen, was Fichte so schön als „die gänzliche Neuschaffung der Menschheit" bezeichnet hat. Wahrlich, sie täte uns mehr not als je zuvor!

In diesem Geiste hat Foerster die Reden gehalten und die Aufsätze geschrieben, welche in diesem Buche vereinigt und durch ein Schlusswort „in eigener Sache" ergänzt sind.

„Jung Deutschland und der Weltkrieg", „Christus und der Krieg", „Christus als Organisator" sind wohl die Perlen der Sammlung. Mit sicherer Hand hält Foerster das Erhebende des Krieges fest, die Forderung, dass das Ideal der Tapferkeit den ganzen Menschen ergreife. „Wer sich einmal fragt: Wo sitzt bei mir der letzte Rest unüberwundener Feigheit, die verborgenste Furcht vor den Menschen, vor Schmerzen, Widerwärtigkeiten und materiellen Sorgen — dem wird erst ganz klar, dass das Wesen des Charakters eigentlich im Vernichtungskampf gegen jede Art von Furcht zu suchen ist." Einen solchen Militarismus des Geistes lässt man sich gerne gefallen, zumal die Aufgabe daran gefügt ist, die deutsche Kultur auch im Innern zu verteidigen, den „blöden Pauschalhass gegen ganze Völker" zu vermeiden. Dazu gehört die „Disziplin der Gerechtigkeit", nämlich dass man sich nicht erlaube, alles zu glauben, was da über die Feinde zusammengeklatscht wird, und die Disziplin der Friedensbewahrung und Friedensstiftung in allen Verhältnissen.

In der zweiten Rede erscheint Christus als der Weltenrichter. Der Weltkrieg ist der allein angemessene und natürliche Ausdruck des wirklichen Innenzustandes der gegenwärtigen Menschheit. Er ist aber auch der Seelenführer zu einem tieferen Christentum, der eiserne Zuchtmeister des modernen Weichlings und Überwinder einer laxen Sexualphilosophie, der Zerstörer des destruktiven Nationalismus zugunsten einer grossen konstruktiven Weltpolitik, die zur Einigkeit der Rassen, zu einem universellen Christus führen wird. Natürlich soll mit dieser Anerkennung auch der Heilwirkungen des Krieges nicht etwa in „die ganz massive und kopflose Anbetung der sittlich-religiösen Kulturbedeutung" der Kriege im allgemeinen eingestimmt werden; gegen ein solches Missverständnis sind die Betrachtungen über „die Kriegsromantiker hinter der Front" gerichtet. Ist doch der Krieg nur äusseres Geschehen, und alles äussere Geschehen kann dem Menschen nur zum Heile werden, wenn „Christus als Organisator" des inneren Seelenlebens, der Liebe, hinzukommt. Nicht durch eine Neubelebung der Metaphysik, sondern durch Ernst in der Caritas Christi könne das Christentum verjüngt werden. „Sich der Rechte der anderen annehmen, das ist das grösste Imperium und der grösste Beweis eigener Stärke. Denn herrschen heisst dienen, heisst verbinden, heisst fremdem Leben zur Entfaltung helfen." Nur ungern scheiden wir von dem Buche, welches wie kaum ein anderes geeignet ist, die Jugend vor alldeutscher Grossmäuligkeit und Gewaltverherrlichung zu warnen, die den

Deutschen in der Welt so viel geschadet hat, und sie dem Ideal moderner Humanität näher zu bringen. *S. F.*

Walther Schücking. *Der Weltfriedensbund und die Wiedergeburt des Völkerrechts.* Verlag „Naturwissenschaften", Leipzig 1917.
Walther Schücking. *Der Dauerfriede.* Kriegsaufsätze eines Pazifisten. Derselbe Verlag, 1917.

Das erste Schriftchen gibt auf 34 Seiten einen einführenden und anregenden Vortrag des Marburger Professors wieder. In anschaulicher Weise wird gezeigt, wie etwa in Fällen von der Art des verhängnisvollen serbisch-österreichischen Konflikts Schiedsgericht und Vermittlungskommission für den Frieden zu wirken hätten, und für die Unparteilichkeit, aber auch für die Befolgung des Schiedsspruches oder Gutachtens zu sorgen wäre. Verdienstlich ist auch die Warnung vor dem drohenden Entgleiten des Friedensgerichtes vom Haag nach Amerika und die Verteidigung des Anti-Oorlog-Raad gegen die neuerlich beliebten Anwürfe der Deutschfeindlichkeit (Engländer warnen vor dem A. O. R., Franzosen wollen nicht mittun!). Besonders beherzigenswert sind die zahlreichen Illustrationen zu der herausfordernd ablehnenden Haltung der Gebildeten in Deutschland gegenüber pazifistischen Anregungen. Die Frucht davon ist die beklagenswerte Abneigung gegen deutsches Wesen, die jetzt so allgemein bei den unabhängigen Völkern des Erdenrunds hervorgetreten ist. Jeder gute Deutsche sollte in diesem Punkte umlernen, dem Beispiele des Reichskanzlers folgend, der sich unter dem Eindrucke dieses Krieges zu dem früher abgelehnten Gedanken einer durch Recht gesicherten Völkergesellschaft des Friedens bekehrt hat.

Der Geist dieses Vortrages hält auch die Aufsätze zusammen, die der Verf. während des Krieges veröffentlicht hat und als Dokument der pazifistischen Unterströmung in der deutschen Kriegsliteratur zu dem zweiten Werkchen vereinigt. Die erste Schrift ist fesselnder, die zweite reichhaltiger; sie enthält u. a. des Verfassers Denkschrift zur Meeresfreiheit und das Mindestprogramm der Haager Zentralorganisation, nebst vielen hübschen Zitaten, deren wir zwei entlehnen. Der alternde Friedrich der Grosse hat in sein Tagebuch geschrieben, „es würde die Zeit kommen, wo es gelte, Apostel auszuschicken, die gegen das Wettrüsten predigten". Und Dante hat der Mit- und Nachwelt zugerufen: „Vergesst nicht, dass Jesus Christus seine Jünger grüsste mit den Worten: Friede sei mit euch." *S. F.*

Rud. Hans Bartsch. *ER.* L. Staackmann, Leipzig 1915.

Der österreichische Dichter hat in diesem Buche seine reiche Begabung in den Dienst der Jesus-Dichtung gestellt. Jesus ist ans Kreuz geschlagen worden, der erste Tag seines Leidensweges ist erfüllt. Doch er bleibt am Leben. Pilatus schützt ihn vor dem Zorn der Juden und sendet ihn nach Rom, wo er den zweiten Tag seines Leidensweges erduldet, Liebe lehrend, Liebe übend,

durch seine Liebe zu einem gemarterten Tiere den Tod findend. „Er ist nicht Jude und nicht Römer," sagt sein Verehrer Tullius von ihm, „denn ich weiss, seine Seele bildet sich still heraus über all diese Grenzen der Stämme." Wie weit hat die Gegenwart noch zur Höhe Jesu!

Von den festlich gestalteten Schilderungen sei besonders die letzte gerühmt. Die Leiche eines Jüngers, die man für dic irdische Hülle des Meisters hält, wird den Flammen geweiht. Dcs brennende Holzstoss fährt auf sinkendem Schiff der aufsteigenden Sonne entgegen über das Meer.... *F. B-n.*

Stanislaus Przybyszewski. *Von Polens Seele.* Eug. Diederichs, Jena 1917.

Die Befreiung von 150 Millionen Menschen vom Zarenjoch, das für die Zukunft Europas vielleicht bedeutungsvollste Ereignis des Weltkriegs, hat auch die Polenfrage in neue Verhältnisse gestellt, deren Folgen noch lange nicht überblickbar sein werden.

Da kommt diese Schrift gelegen, in der ein Volksgenosse das Wesen des Polen, seiner Geschichte, seiner Künstler uns liebevoll deutet. Das Ideal des Verf. ist, dass sich Polens Geschick im Verein mit Deutschland erfülle. Ein neuer Morgen würde damit für Polen nicht bloss, sondern auch für Deutschlands junge Demokratie tagen; ohne sie könnte das deutsche Volk dem freiheitsfrohen, gemütstiefen Lande so wenig gerecht werden wie der glücklicherweise abgetane Zarismus. *F. B-n.*

Oscar Levy. *Kriegsaphorismen.* Ernst Kuhn, Bern 1917.

Der Verfasser, ein Deutscher, hat lange in England gelebt. Er hat sich dort als Publizist und vor allem als Nietzscheübersetzer verdient gemacht. Und er ist dort im besten Sinne des Wortes international geworden. Levy hat schon lange vor dem Krieg die Art der Völker und ihre Beziehungen skeptisch beurteilt. Er erlebt dann am Weltkrieg eine schmerzliche Genugtuung, wobei wohl auch manche trotz aller Erkenntnis gehegte Hoffnungen bitter stranden mussten.

Levy findet im Aphorismus den grimmigen Ausdruck für seine Skepsis und für seinen Schmerz. Die reiche Sammlung wird manchen als unfertiger Entwurf anmuten. Bei ernstlicher Durcharbeitung würde vielleicht einiges wegbleiben, anderes knappere Gestaltung erfahren. Doch es findet sich darin des Guten genug. Es vollzieht sich auf diesen Seiten ein Aufräumungsdienst in einer Begriffswelt, die der Krieg endgültig zertrümmert hat. Die ganze Rüstkammer veralteter Tradition zersplittert hier unter hörbaren Hieben. Im Anhang folgt ein satirischer Knigge für den Umgang mit Ausländern.

Levy hat sich hier seinen Grimm gründlich vom Leibe geschrieben; wir wünschen ihm nun auch Kraft zur tätigen Mitarbeit am Wiederaufbau. *F. B-n.*

Englands Kriegführung gegen die Neutralen. Art. Institut Orell Füssli. Zürich 1917.

In einer anonymen Schrift wird geschickt zusammengetragen und temperamentvoll gesagt, was gegen Englands Kriegsmassnahmen gegen die Neutralen vorzubringen ist. Die ihrer Natur nach einseitige Studie bringt ein fleissig gesammeltes Quellenmaterial, das für spätere Arbeiten über den Krieg und über das bis jetzt gänzlich illusorische Recht der Neutralen nutzbare Verwertung finden wird. *F. B-n.*

S. D. Steinberg. *Untergang.* Rascher & Co., Zürich 1917.

Ein Gedichtband von wenig Seiten.

Dem gefallenen Freunde ein Denkmal.

Es ziehen an uns vorbei: die chaotische Vision „Untergang", die Klage des alten Hauses, das einst — ein erstes — allein stand, jetzt — ein letztes — allein steht, denn die andern hat der Krieg zertrümmert; das Mädchen, das des jungen Kriegers gedenkt, der sehnsuchtsvoll nach ihr geblickt hatte; die Witwe, die freudlos der Mutterschaft entgegensieht, und der Soldat, den der Tod in lebentäuschender Pose in den Schützengraben gestellt hat.

Die Sprache des Dichters ist vornehm und von starker Anschaulichkeit. O. Baumberger hat einen Umschlag voll Eigenart gezeichnet. *F. B-n.*

Franz Werfel. *Einander.* Kurt Wolff, Leipzig 1915.

Ein Buch voll Schmerzen, voll Liebe, die mitzuteilen weiss. Ein Buch voll Gebet und voll des Glaubens an Selbsterlösung durch Hingabe. Die Form senkt sich bis nahe zur Prosa, flackert keck impressionistisch auf, schreitet festlich in Pomp und Prunk und tönt in Heines süsser Melodie. Unerschütterlicher Menschheitsglaube tut sich kund. So im Gedicht „Der Krieg":

> Die ewige unwissende
> Die Heldentat der Mutter noch regt sie sich
> Der Heilige, der Mann
> Hingab er sich mit Jauchzen und vergoss sich
> Der Weise brausend, mächtig
> Siehe
> Erkannte sich im Feind und küsste ihn." *F. B-n.*

O. Stiehl. *Unsere Feinde.* Jul. Hoffmann, Stuttgart 1916.

Professor Stiehl hat die bunte Auswahl an Fremdvolk, das sich zurzeit in deutschen Gefangenenlagern vorfindet, zu ethnographischen Studien genützt. Er hat für seine Zwecke die ausgeprägtesten Charakterköpfe photographiert und die vorzüglich gelungenen Aufnahmen in einem Bändchen vereinigt. Es ist überaus interessant, diese Völkerschau im Taschenformat zu durchblättern, die verschiedenen Typen zu betrachten und sie miteinander zu vergleichen. Der Verfasser hat das eigenartige Werk dem Andenken seiner jung im Krieg gefallenen Söhne gewidmet. *F. B-n.*

Die italienische Presse während des Krieges.

Von E. TSCHARSKY (Rom.)*)

I.

Die grosse Presse ist unverkennbar in Italien wie in ganz Europa kapitalistischen Ursprungs. Wir leben nicht mehr in den Zeiten, in welchen die Freigebigkeit grossherziger Privatleute einem gerechten Gedanken die selbstlose Unterstützung durch eine gute Zeitung gewähren konnte. Unsere heutigen grossen Blätter sind nicht so sehr Träger von Ideen als Grossbetriebe, gegründet mit dem doppelten Zwecke unmittelbaren Profits für den Eigentümer und der Förderung von Privatinteressen für die Hintermänner. Da werden die Journalisten aus Aposteln der Wahrheit zu Landsknechten der Feder im Solde finanzieller Condottieri, in deren Interesse die öffentliche Meinung richtunggebend beeinflusst wird.

Blätter wie *Tribuna, Secolo, Idea Nazionale, Messagero,* kurz alle die zählen, schöpfen ihre Hilfsquellen aus den Kassen der Industriekapitäne von Italien. Andererseits ist es kein Geheimnis, dass die Herausgeber gewisser Tagesblätter ihre Kapitalien in der metallurgischen und besonders in der Kriegsindustrie angelegt haben. Dieser ist ein grosser Schiffsrheder, jener ein Lieferant, ein anderer Waffenfabrikant. Gelegentlich wird ein solcher Name bekannt, wenn anlässlich eines zu scharfen Raubzuges oder eines unklugen Vorstosses irgend einer von den Patentpatrioten plötzlich als Geschäftemacher grossen Styls ertappt wird, dem es nur darum zu tun war, den Staat oder das Publikum auszuplündern. Aber die grosse Presse, ihrer Ursprünge eingedenk,

*) Da der Krieg uns jede Kontrolle der Tatsachen unmöglich macht, andererseits die scharfe Reaktion gegen die Kriegspresse geradezu eine Aufgabe unseres Blattes ist, so veröffentlichen wir gerne den Artikel unseres jeden Vertrauens würdigen Mitarbeiters, müssen ihm aber die Verantwortung für die Richtigkeit der angeführten Tatsachen überlassen.
Die Red.

hütet sich so lange als möglich derartige Skandale zu enthüllen oder den Enthüllungen ihre Resonanz zu leihen. Jene Turiner Lieferanten, die so banditenmässige Kriegsgewinne erzielt hatten, dass die Gerichte es unzulässig fanden, sie in Freiheit zu lassen, wurden durch ein fast allgemeines Stillschweigen der Presse gedeckt. Die neueste Skandalgeschichte, jene dunkle Affäre des Hauses Pirelli — mit seiner dreifachen Wurzel in der deutschen, italienischen und spanischen Nationalität — liess die zur Schau getragene Selbstlosigkeit des grossen Blattes der fetten lombardischen Bourgeoisie, des *Corriere della Sera*, in eigentümlicher Beleuchtung erscheinen...

Dass alle Welt diese Tatsachen kennt, schadet merkwürdigerweise dem Ansehen dieser Presse nicht im geringsten. Und damit das Publikum sich empört auflehne, musste es schon soweit kommen, dass der Mann mit der eisernen Stirne, der auf den Namen Enrico Corradini hört, in der *Idea Nazionale* der Regierung geradezu die Zumutung stellte, einen Spezialfonds für die „patriotische“ Presse und ihren Schutz gegen Angriffe ihrer Gegner zu gründen! Nun wird man auch begreifen, dass die italienischen Zeitungen wie ein Mann ihre Stimme zugunsten der Kriegsindustriellen erhoben. Blätter wie die *Idea Nazionale*, *Tribuna* u. a. protestierten geradezu gegen die durch die Tatsachen nur zu sehr gerechtfertigte Absicht der italienischen Regierung, den verbrecherischen Kriegsgewinnen, die in schreiendem Gegensatz zu dem Elend und den wachsenden Leiden der Massen erbeutet werden, das verdiente Ende zu bereiten. Das alles darf man nicht aus den Augen verlieren, wenn man die Haltung dieser Presse in der gegenwärtigen Krise richtig beurteilen will.

II.

Vor Ausbruch des Krieges war die öffentliche Meinung Italiens auf verschiedene Strömungen verteilt. Neben grossen Blättern von der freisinnigen Marke des *Secolo*, *Messagero* etc., welche von allem Anfange an für den Dreibund in den Kampf gingen, fand man auch solche, welche wie die *Tribuna*,

Stampa etc. sich den neutralistischen und deutsch-freundlichen Anschauungen Giolittis anschlossen; daneben auch Blätter, die über Nacht aus heissblütigen Anhängern des Dreibundes sich in seine unversöhnlichsten Gegner verwandelten und den Eifer des Neubekehrten soweit trieben, einen wahren Kreuzzug gegen die gestern noch geliebten und als künftige Waffenbrüder gepriesenen Bundesgenossen zu predigen, wie die *Idea Nazionale.*

Der jetzige Burgfrieden war damals noch nicht verwirklicht. Es musste der grosse Gewaltstreich des Maimonates oder, wie man später übereingekommen ist zu sagen, es mussten die „leuchtenden Maitage“ kommen, damit die sogenannte öffentliche Meinung allseitig ein und dieselbe Haltung einnehme. Selbst die Presse Giolittis, die ursprünglich einem Kriege gegen Österreich so feindlich sich widersetzt hatte, beeilte sich nun die Götter von gestern zu verbrennen und einen Wettlauf mit ihren Konkurrenten in Sachen des Patriotismus anzustreben. Doch wollen wir nicht die vornehme Haltung der Turiner *Stampa* verschweigen. Dieses massvolle Organ der Piemonter konstitutionellen Partei fügte sich wohl der vollendeten Tatsache, vermied aber wenigstens allen unnützen Lärm und die infame Buhlerei um die Gunst der Kriegspartei. Auch heute noch unterlässt es dieses immer gediegene Blatt keineswegs, die Fehler in der Kriegführung bitter zu tadeln, so z. B. anlässlich der jüngsten Missgriffe der Verbündeten auf der Balkanhalbinsel. Auch in der Angelegenheit der Turiner Lieferungen war es die *Stampa,* welche innerhalb der italienischen Presse die von uns erwähnte ehrenvolle Ausnahme von dem allgemeinen Schweigen bildete.

Andere neutralistische Zeitungen haben nicht so viel Charakter bewiesen. Nennen wir z. B. die *Tribuna* von Rom, ein Blatt von unbestreitbarem Ansehen und während der Alleinherrschaft Giovanni Giolittis ministeriell, geleitet durch einen ehemaligen Sozialisten Olindo Malagodi. Der Umschwung in seiner Haltung am Tage der Kriegserklärung selbst, soll, wie mehr als einmal mit Bestimmtheit behauptet worden ist, auf gewisse wichtige Veränderungen in den Sphären seiner finanziellen Administration zurückzuführen

sein; jedenfalls wirft er ein unheimliches Licht auf die Aufrichtigkeit und Zuverlässigkeit dieses Patriotismus, der so überraschend hervorbricht. In der Tat griff die *Idea Nazionale* das bekehrte Bruderorgan mit jener Intoleranz und Rücksichtslosigkeit an, die ihr eigen ist, und legte alle seine Machenschaften bloss, ohne von der neugebackenen Tugend des Blattes Notiz zu nehmen. Die *Tribuna* ihrerseits wehrte sich gegen alle diese Angriffe dadurch, dass sie den Patriotismus ihrer Gegner durch noch heftigere Kriegswut zu übertreffen suchte; auch ist sie wirklich längst in die heilige Einheit des patriotischen Journalismus als ebenbürtig zugelassen worden. Ihr Feuilletonist Rastignac — ein Pseudonym für Vincenzo Morelli — einer der begabtesten Journalisten und zugleich der frivolsten Köpfe Italiens, führt gegenwärtig eine hochpatriotische Kampagne im Sinne der kraftvollsten Kriegführung und der weitgehendsten Kriegsziele.

Gehen wir nun zur sozialistischen Presse über. Der italienische Sozialismus hatte im Anfang des Weltkrieges keine klare und entschiedene Haltung eingenommen, und seine Tageszeitung *Avanti* wurde von Benito Mussolini, sonst einem ausgesprochenen Revolutionär und Anhänger heftiger Taktik, recht unsicher geleitet. Es war ein Schwanken, genau so wie in der bürgerlichen Presse. Entschieden feindlich stellten sich die Sozialisten dem Gedanken gegenüber, an der Seite der Zentralmächte zu kämpfen; dagegen waren sie keineswegs einmütig in der Frage, ob Italien sein Schicksal mit dem Frankreichs und Englands unlöslich verknüpfen solle. Auf der einen Seite standen die Traditionen der Demokratie und der Blanquisten, auf der andern die sozialistische Abneigung gegen den Völkerkrieg und die ausschliessliche Richtung auf den Klassenkampf. Diese verschiedenen Strömungen spiegelten sich in den Spalten des *Avanti,* der von einem absoluten und unnachgiebigen Neutralismus unter der Fahne des Klassenkampfes ausging, um schliesslich bei einem unklaren, gefühlsmässigen und humanitären Interventionismus anzulangen. Kurz darauf traf Mussolini für seine Person die Entscheidung, indem er das Steuerruder seines bisherigen Blattes fallen liess, ein neues Blatt gründete,

den *Popolo d'Italia* und darin frisch und fröhlich die Kriegspropaganda betrieb. Dieses Blatt, welches das Gepräge seines heftigen und fanatischen Geistes trägt, macht bei jeder Gelegenheit geradezu Staat mit extremen Anschauungen. Die „Sozialisten“, welche ihm ihren Geist leihen, drücken diesen mit einem demagogischen Toben aus, welches nicht selten ins pöbelhafte ausartet. In marktschreierischer Weise droht der *Popolo d'Italia* mit Revolution, wenn seine Anregungen ungehört verhallen sollten; ohne die geringste Zurückhaltung gegenüber seinen früheren Waffengefährten, erinnert er nur zu oft an die Brutalität des *Intransigeant* zu Lebzeiten Rocheforts oder der antisemitischen Blätter für Hausknechte. Nach seinen Versicherungen steht hinter ihm eine grosse Armee von Lesern. In Wirklichkeit aber besteht sein ganzer Anhang aus einer geringfügigen Anzahl von ehemaligen Sozialisten. Die weitaus meisten Mitglieder der sozialistischen Partei betonen in ihrem Organ *Avanti* ihre Kriegsgegnerschaft; die Direktion dieses Blattes wurde drei Männern anvertraut, welche zu den einflussreichsten Parteimitgliedern gehören. Der *Avanti* bewegt sich zielbewusst in der Richtung des Klassenkampfes und der Solidarität der Proletarier in der ganzen Welt. In dem gegenwärtigen Kriege sieht er lediglich einen Kampf zwischen zwei Imperialismen, dessen Ausgang, wie er auch immer sei, den Proletariern jedenfalls nur neues Elend und neue Enttäuschungen bringen wird. Sein energischer Pazifismus bringt den *Avanti* in beständigen Gegensatz zur Zensur, die seine Spalten bis in die Manchetten hinauf erbleichen macht; ebenso zu fast allen bürgerlichen Blättern, die unaufhörlich heftige Angriffe gegen das Blatt richten, indem sie nicht selten seinen Inhalt fälschen und seine Haltung verleumden. Ohne uns in jeder Einzelheit mit dem Blatte zu identifizieren, glauben wir immerhin versichern zu können, dass es bei den Arbeitermassen ein unbestreitbares Ansehen geniesst, für welches der Betrag der Volksgelder, auf deren Zeichnung seine Existenz beruht, das beste Anzeichen ist.

Die katholische Presse war vor Kriegsausbruch eine der wichtigsten Stützen des Neutralismus. Seither hat sie sich

in zwei entgegengesetzte Lager gespalten, doch stehen diese einander näher, als die beiden sozialistischen Zeitungen. Es handelt sich da mehr um Gradunterschiede, um Abstufungen in der feindlichen Haltung, welche der Katholizismus gegenüber dem modernen Italien, seiner Freimaurerei und seiner Demokratie einnehmen zu müssen glaubt, da er diese mit Recht oder Unrecht für seine bittersten Feinde und vielleicht selbst für die einzigen Stützen des gegenwärtigen Zustandes hält. Demgemäss wird der *Osservatore Romano*, das offiziöse Blatt des Papstes, im Sinne absoluter Unbeugsamkeit geleitet; doch legt ihm seine Stellung als Stimmführer des Oberhauptes des Katholizismus eine begreifliche Reserve auf, wenn es sich um die nationalen Forderungen Italiens handelt. Die Interessen einer Weltreligion, welche in beiden kriegführenden Lagern ganze Völker zu den ihrigen zählt, erklären das Verhalten dieses Blattes, wie die Interessen des internationalen Sozialismus dem Organ des italienischen Proletariates seine Haltung aufzwingen. Die Katholiken, welche dem Papste für den Friedensschluss eine wichtige Rolle der obersten Vermittlung vorbehalten wollen und zugleich aus diesem Anlass auf eine neue Regelung der vielumstrittenen römischen Frage hoffen, können sich nicht leicht eine einseitige Begeisterung für eine kriegführende Partei vergönnen. Diesen Geisteszustand der einflussreichen Katholiken hat am deutlichsten jenes Interview des Staatssekretärs Kardinal Gaspari verraten, welches zwar aufs entschiedenste dementiert wurde, von welchem aber trotzdem mindestens das Wort in Erinnerung geblieben ist, dass ein militärischer Sieg Italiens dem Vatikan nicht erwünscht wäre. Allerdings findet sich der *Osservatore Romano,* mit seiner grundsätzlichen Ablehnung jedes Gedankens an eine Aussöhnung des Vatikans mit dem modernen Staat und der lebendigen Gesellschaft, ziemlich vereinzelt. Selbst die Mehrheit seiner katholischen Freunde sind der Versöhnungsidee nicht ganz abhold. Besonders hat sich diese Tendenz gefestigt, seitdem einer von den Führern des kämpfenden Klerikalismus, nämlich Philipp Meda, in das Kabinett Boselli-Bissolati eingetreten ist, obwohl

dieser Schritt in den hohen Kreisen des Vatikans feierlich missbilligt wurde.

Die versöhnende Tendenz wird besonders durch den *Corriere d'Italia* verkörpert, hinter welchem der Trust des katholischen Rom steht. In der Tat hat dieses Blatt mitunter seine eigenen Ideen, welche von der übrigen Presse Italiens mehr oder weniger abweichen. So hat es vor einiger Zeit einen Artikel des Marquis Philipp Crispolti veröffentlicht, welcher den Gedanken des Krieges bis aufs Äusserste entschieden ablehnte, einen Gedanken, der von der Presse der Halbinsel mit Begeisterung aufgenommen wurde, als ihn Lloyd George verkündete.

Überhaupt sind Meinungsverschiedenheiten in der italienischen Presse gar nicht so selten, wie sie es glauben machen möchte, um den Schein der heiligen Union zu wahren. Ob es sich nun um die Orientfrage, oder um das Adriaproblem und den künftigen südslavischen Staat handelt, gibt es nicht selten pikante Gegensätze. Und man begreift es. Sind doch alle diese guten Freunde in früheren Zeiten in feindlichen Lagern gestanden und haben die tiefe Verschiedenheit ihrer Tradition und Weltanschauung nicht im Handumdrehen abstreifen können. Heute sehen wir Blätter wie den *Secolo,* den *Corriere della Sera,* die *Idea Nazionale* Seite an Seite kämpfen. Und doch ist der *Secolo* das Organ der freimaurerischen und demokratischen, kleinbürgerlichen, ehemals republikanischen Partei mit starker Neigung zu Sozialreformen, während der *Corriere* als das Orakel des gemässigten Liberalismus von Norditalien der kapitalistischen und reaktionären Bourgeoisie eine solide Stütze bietet und die *Idea Nazionale* kaum eine Handvoll gewissenloser Agitatoren hinter sich hat, deren Frechheit jedes wahren Idealismus bar ist. Wenn nun die *Idea Nazionale* schon jetzt die Slaven der Adria ankläfft, um dem übertriebenen Imperialismus der Gesellschaft Pro Dalmatia zu dienen, halten es andere Blätter für besser, die jetzigen Verbündeten zu schonen, um den gemeinsamen Feind zu bekämpfen. Immerhin haben die Journale der „demokratischen Linken“ ihre republikanischen Gesinnungen längst über Bord geworfen,

angeblich im Sinne Mazzinis, der erklärt habe: *erst italienisch, dann republikanisch;* und überdies finden sie sich alle auf dem gemeinsamen Boden der Geschäfte wieder; da kennen sie weder Treue noch Glauben, weder Gedanken noch Gefühle, nichts als den Egoismus der Klasse und des Magens. „Geschäft ist Geschäft."

(Schluss folgt).

□□□

Welche Nation ist die beste? Keine. Jede hat so viele schlechte Eigenschaften wie gute, jede ist eine Karrikatur der Menschheit. Es ist daher nicht zu wünschen, dass irgendeine Nation die anderen unterdrücken könne; ist doch jede der empfangende Teil gegenüber allen anderen . . . Ich für meine Person habe keine Vorliebe für die Fehler der Nordländer oder der Südländer, der Occidentalen oder der Orientalen; sollte ich zwischen ihnen wählen, so wäre ich in der grössten Verlegenheit . . . Mein Standpunkt ist der des Philosophen, ich denke ohne Voreingenommenheit für eine Partei oder gar für meinen persönlichen Vorteil. Was mir am Menschen gefällt, ist das menschlich Vollkommene, der Mensch kurzweg, der ideale Mensch. Den nationalen Menschen kann ich gerade noch ertragen, ich studiere ihn, aber ich bewundere ihn nicht. Meine Bewunderung gehört den Prachtexemplaren des Menschentums, den grossen Männern, dem Genie, dem erhabenen Charakter, der vornehmen Seele und von diesen Exemplaren finden sich einzelne in jeder ethnographischen Gruppe. Im Kreise dieser Auserlesenen fühle ich mich im „Vaterlande meiner Wahl" . . . Dagegen fühle ich in meinem Inneren nicht die geringste Schwäche für Franzosen oder Deutsche, Schweizer, Engländer, Polen, Italiener, so wenig wie etwa für Chinesen oder Brasilianer . . . Allenfalls würde ich die Fehler und Hässlichkeiten meiner eigenen Landsleute mit lebhafterem Widerwillen empfinden . . . Worauf es mir ankommt, ist Gerechtigkeit im Handeln und Richtigkeit im Denken. Entrüstung und Schwärmerei kräuseln nur die Oberfläche meiner Seele; tief in ihrem Grunde liegt das Bedürfnis nach Unparteilichkeit, innerer Freiheit und Wahrhaftigkeit.

Aus dem Tagebuche Amiels (2. Mai 1877).

Österreich und das Nationalitätenproblem

(Einige Worte zur Aufklärung.)

Von RICHARD CHARMATZ, Wien.

Wilsons Botschaft vom 22. Januar hat das Nationalitätenproblem zur Erörterung gestellt und damit eine der schwierigsten Fragen der weitesten Öffentlichkeit in Erinnerung gebracht. Früher schon haben die Mächte der Entente in einer Note von der „Befreiung" jener Völker gesprochen, die angeblich unter der „Fremdherrschaft" der Habsburgermonarchie schmachten. Da ist es wohl an der Zeit, eingehender zu untersuchen, wie weit Ideal und Wirklichkeit sich miteinander in Übereinstimmung bringen lassen, was als Ausdruck der Wahrheit erscheint oder als ungerechtfertigte, hasserfüllte Verdrehung gekennzeichnet werden muss. Leider bildet das Nationalitätenproblem für viele Staatsmänner und Politiker von Rang und Einfluss, noch immer ein fremdes Gebiet, man entsinnt sich seiner, wenn der Augenblick dies nützlich erscheinen lässt, aber man schreckt davor zurück, sich durch genauere Studien mit dem vielgestaltigen und schwierigen Tatsachenmaterial vertraut zu machen.

Es würde zu weit führen, alle Einzelheiten einer Prüfung zu unterziehen, die zur Klarstellung des Verhältnisses Österreich-Ungarns zu seinen Völkern dienlich sein könnten. Viele Bände böten nicht genug Raum für eine gewissenhafte Untersuchung, für die umfassende, leidenschaftslose Erforschung der Tatsachen und ihrer Lehren. Was aber im Grossen verwehrt ist, lässt sich immerhin im Kleinen erreichen: einige Worte der Aufklärung werden das ihrige dazu beitragen, um Europa das wahre Gesicht Österreichs deutlich zu machen. Wir wollen uns dabei an unwiderlegliche Zeugnisse halten und nur Behauptungen aufstellen, die jenseits aller Anfechtbarkeit liegen. Wenige Feststellungen werden bereits genügen, um auf das eindringlichste die in Umlauf gesetzten falschen Angaben zu berichtigen, sie als völlig unangebracht und grundlos erkennen zu lassen. Nicht von einer „Fremdherrschaft" darf die Rede sein, wenn die Wahrheit nicht entstellt, in ihr Gegenteil verdreht sein soll. Man muss vielmehr zugeben, dass Österreich den Völkern, die es beherbergt, ein ganz ausserordentliches Mass von Freiheit, Entwicklungsmöglichkeiten, geistigen und wirtschaftlichen Vorteilen gewährt. Ja, der gerecht Denkende

wird sich der Wahrnehmung nicht verschliessen können, dass Österreich sich ein ganz ausserordentliches Verdienst um die friedliche Lösung des nationalen Problems erworben hat.

Was verlangt Wilson für die Nationen? Sie sollen die Sicherheit des Lebens, des Gottesdienstes, der individuellen und sozialen Entfaltung erhalten. Wir werden gleich sehen, um wieviel mehr Österreich seinen acht Völkern bietet. Im Programme Wilsons steht freilich auch der Satz, dass die Regierungen „ihre gerechte Macht von der Zustimmung der Regierten ableiten" sollen. Nun, die Antworten der berufenen Vertreter, der erwählten Abgeordneten der österreichischen Nationen auf die wahrlich ganz überflüssigen „Befreiungsanerbietungen" der Entente haben neuerdings gezeigt, wie sehr die österreichischen Staatsbürger sich mit dem Staate, dem sie angehören, eins wissen. Das gilt für die überwiegende Mehrheit der einzelnen Völker. Einige Unzufriedene, einige Phantasten, die ohne Bodenständigkeit mit ihren Wünschen und Forderungen in der Luft schweben, gibt es ja allerorten: in den Republiken ebenso wie in den Monarchien, auf den europäischen Festland wie in anderen Zonen. Will man jedoch wissen, was den verschiedenen Gemeinschaften, seien es nun Nationen, seien es nun Reiche, frommt, dann darf man nicht einige zügellose Schwärmer oder seelisch Entgleiste befragen, sondern man muss die Stimme der vielen berücksichtigen. Österreich müsste geschaffen werden, wenn es nicht vorhanden wäre, hat schon im Jahre 1848 der „Vater des tschechischen Volkes", Franz Palacky, geschrieben....

Was ist eine Nation? Die Frage wird manchen befremden, und sie muss dennoch gestellt werden. Otto Bauer führt mit Recht in seinem grundlegenden Werke aus, dass wir in einer Zeit grosser nationaler Kämpfe „kaum erst die ersten Ansätze zu einer befriedigenden Theorie des Wesens der Nationen" besitzen. Jeder Denker, der sich mit dem Probleme beschäftigt hat, ist zu einer andern Erklärung gekommen; es gibt noch keine allgemein gültige Formel. Doch wir wollen uns nicht mit der grauen Theorie abmühen, sondern ins brausende Leben hineingreifen. Aber selbst da ist es nicht leicht festzustellen, wo ein Volk beginnt und wo es aufhört. Es gibt eben nicht bloss fertige, scharfumrissene Nationen auf hoher Kulturstufe, sondern auch werdende, aus der Geschichtslosigkeit langsam in die Geschichte eintretende Völker oder Volkssplitter. In Russland haben die Ukrainer bis zur Revolution um ihre Anerkennung gestritten; es war ihnen verboten, ihre Sprache in Druckwerken zu benützen. Auch die galizischen Polen sind in der Mitte des vorigen Jahrhunderts und später noch viel-

fach der Vorstellung unterlegen, dass es keine selbständige ruthenische Nation gebe. Man sprach von einer Erfindung des österreichischen Statthalters, Grafen Stadion. Aus dem vor kurzem erschienenen dicken Buche des Professors Stanislaus von Smolka über die „Reussische Welt" kann man entnehmen, wie tief die Auffassung „natione Polonus, gente Ruthenus" eingewurzelt war. In Mazedonien ist gleichsam um jede Seele gestritten worden. Die Bulgaren sahen ihre gerechtfertigten Ansprüche von den Serben heftig bestritten; Griechen und Rumänen meldeten ihre Forderungen an. In der Wissenschaft war die nationale Zugehörigkeit der Mazedonier gleichfalls ein Gegenstand des Streites weitauseinanderlaufender Meinungen; die deutschen und französischen Werke über das Problem beweisen das. Und nun bedenke man, was es bedeutet, dass sich in Österreich von 1848 ab neben den Deutschen, Italienern und Polen noch die Tschechen, die Ruthenen, die Slowenen, Kroaten und Rumänen zu einem freien, bewussten, anerkannten nationalen Leben aufzuschwingen vermochten, dass sie, die zum Teil nur im Bauerntum fortbestanden, sich zu sozial umfassenden, alle wirtschaftlichen Schichten ergreifenden Gemeinschaften ausbilden konnten!

Wie die einzelne Person, das Dorf, bei der Feststellung der nationalen Zugehörigkeit bisweilen Schwierigkeiten bereiten kann, wie die Nation als solche da und dort in der Welt noch um ihre Anerkennung ringen muss, so bereitet auch ein anderes Moment der Lösung des nationalen Problems grosse Schwierigkeiten. Es ist nämlich nicht so, dass jedes Volk in voller Geschlossenheit angesiedelt erscheint, dass der europäische Kontinent in sprachlich einheitliche Gemeinschaften zerlegt werden kann. Es wäre jedem Politiker, der über das Verhältnis Österreichs zu seinen Nationen spricht oder schreibt, dringend zu raten, doch wenigstens einen flüchtigen Blick auf die zwei Karten zu werfen, die „die Verteilung der Umgangssprachen" in Österreich auf Grund der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 in amtlicher Bearbeitung darstellen. (Sie sind dem ersten Hefte des ersten Bandes der „Neue Folge der österreichischen Statistik, herausgegeben von der k. k. statistischen Zentralkommission, Wien 1912", beigeschlossen.) Aus ihnen ersieht man deutlich, wie sehr viele Gebiete von Sprachinseln durchsetzt werden, von solchen, die geschichtlich gegeben und solchen, die im Laufe der letzten Jahrzehnte durch Wanderungen entstanden sind. Aber von noch grösserer Bedeutung ist die Gemischtsprachigkeit, die sich an vielen Stellen des Reiches im engen Raum ergibt. Denken wir an Mähren, Ostgalizien, Kärnten, Steiermark, Schlesien, an einzelne Ge-

biete in Böhmen, um nur einiges zu nennen. Das Kronland Bukowina umfasst im ganzen rund 10,000 Quadratkilometer, drei Prozent der gesamten Fläche Österreichs (Zisleithaniens). Auf diesem engen Boden wohnen 169,000 Deutsche, 36,000 Polen, 305,000 Ruthenen, 273,000 Rumänen und 10,000 Magyaren. Oder blicken wir nach dem Süden, auf Istrien. Hier handelt es sich um einen Flächenraum von bloss rund 5000 Quadratkilometern. Er beherbergt 13,000 Deutsche, 55,000 Slowenen, 168,000 Serbokroaten, 147,000 Italiener. So verwickelt stellen sich also die Verhältnisse dar, wenn man nicht der Phantasie freien Spielraum lässt, sondern die unerschütterlichen Tatsachen ins Auge fasst, die an die Technik des Regierens und der Organisation besondere Anforderungen stellen.

Noch einen andern Umstand müssen wir erwähnen, ehe wir zeigen, welche Hemmnisse Österreich zu überwinden hatte, welcher Leistungen es sich erfreuen kann. Es gibt nicht bloss werdende Nationen, sondern auch sehr kleine Völker, die, auf sich selbst angewiesen, rettungslos verloren wären. Ihre Kräfte reichen nicht aus, um ein wirtschaftliches Eigenleben zu führen, um, sich ganz überlassen, ohne fremde Hilfe, alle Mittel für die kulturelle Entfaltung beizusteuern. Die Slowenen haben in der Welt nicht einmal eineinhalb Millionen Volksgenossen. In der österreichischen Statistik werden (unter Zuziehung der ansässigen Slovaken) im ganzen sechseinhalb Millionen Tschechen ausgewiesen. Kroaten gibt es, wenn man Ungarn, Bosnien und die Herzegowina in Betracht zieht und die Ziffern weitherzig abrundet, im ganzen rund drei Millionen. (Der Engländer Seton Watson führt in seinem Werke über die „Südslawische Frage" die Ziffer 3,150,000 an.) Zieht man nun auch die geographischen Eigentümlichkeiten in Betracht, erinnert man sich der geschichtlichen, in den Seelen tief verankerten Überlieferungen, der wirtschaftlichen Beziehungen und Verflechtungen, dann muss man zur Überzeugung gelangen, dass der nationale Einheitsstaat unter gewissen Voraussetzungen nicht die höchste Entwicklungsstufe darstellt, sondern dass ihm die Verbindung der Völker, der Völkerstaat überlegen ist.

Das nun bildet das grosse Verdienst Österreichs, dass es sich seit dem Jahre 1848 in stetem Bemühen zum Völkerstaate entwickelt hat, indem für jede Nation ein ausreichender Betätigungsraum für das Eigenleben vorhanden ist und die Möglichkeit besteht, aus der Vereinigung, aus der Mannigfaltigkeit, aus der Weite der Grenzen Nutzen zu ziehen.

* * *

Von „Fremdherrschaft" reden die Feinde Österreichs. Einige Feststellungen mögen nun beweisen, unzweideutig dartun, dass das Gegenteil der Wahrheit entspricht.

Einen Bestandteil der österreichischen Verfassung bildet das Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867 „über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger." Einige Abschnitte seien angeführt:

Artikel 1. Für alle Angehörigen der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder besteht ein allgemeines österreichisches Staatsbürgerrecht.

Artikel 2. Vor dem Gesetz sind alle Staatsbürger gleich.

Artikel 3. Die öffentlichen Ämter sind für alle Staatsbürger gleich zugänglich.

Artikel 13. Jedermann hat das Recht, durch Wort, Schrift oder durch bildliche Darstellung seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äussern.

Artikel 14. Die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit ist jedermann gewährleistet. Der Genuss der bürgerlichen und politischen Rechte ist von dem Religionsbekenntnisse unabhängig; doch darf den staatsbürgerlichen Pflichten durch das Religionsbekenntnis kein Abbruch geschehen.

Artikel 15. Jede gesetzlich anerkannte Kirche und Religionsgesellschaft hat das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung, ordnet und verwaltet ihre inneren Angelegenheiten selbständig, bleibt im Besitze und Genusse ihrer für Kultus, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonde, ist aber wie jede Gesellschaft den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen.

Artikel 17. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen und an solchen Unterricht zu erteilen, ist jeder Staatsbürger berechtigt, der seine Befähigung hiezu in gesetzlicher Weise nachgewiesen hat. Der häusliche Unterricht unterliegt keiner solchen Beschränkung. Für den Religionsunterricht in den Schulen ist von der betreffenden Kirche oder Religionsgesellschaft Sorge zu tragen.

Gehen wir jetzt zu jener Bestimmung der Verfassung über, die den Rahmen für das nationale Recht abgibt. Man wird zugeben müssen, dass der Staat, der es bisher noch immer unterlassen hat, sein eigenes Sprachenrecht festzulegen, — ein Gesetz über die Staatssprache oder die Verkehrssprache zu schaffen — auf die Sicherung des nationalen Rechtes seiner Völker bedacht gewesen ist. Der oft erwähnte Artikel 19 lautet wörtlich:

Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt, und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache. Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichen Leben wird vom Staate anerkannt. In den Ländern, in denen mehrere Volksstämme wohnen, sollen die öffentlichen Unterrichtsanstalten

derart eingerichtet sein, dass ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Landessprache jeder dieser Volksstämme die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache erhält.

Wir fügen hier gleich den Paragraph 59 des Reichsvolksschulgesetzes bei. Er besagt:

Die Verpflichtung zur Errichtung von (Volks-) Schulen regelt die Landesgesetzgebung mit Festhaltung des Grundsatzes, dass eine Schule unter allen Umständen überall zu errichten sei, wo sich im Umkreise einer Stunde und nach einem fünfjährigen Durchschnitte mehr als vierzig Kinder vorfinden, die eine über vier Kilometer entfernte Schule besuchen müssen.

Es ist also für die entlegensten, weltabgeschiedensten Orte gesorgt.

Man könnte vielleicht einwenden, dass das Papier geduldig sei, dass die Gesetze nur dann Wert haben, wenn sie zur Wirklichkeit geworden sind und im Leben des Alltags fühlbar werden. Sehr richtig! Aber die österreichische Verfassung bringt es mit sich, dass die Völker selbst zum Hüter der Gesetze bestimmt erscheinen. Durch die freigewählten Abgeordneten üben die Bürger die Kontrolle über die Regierung und die Verwaltung aus, wirken sie nicht bloss an der Gesetzgebung mit, sondern haben sie auch das Recht, die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu überwachen. In Österreich wird das Abgeordnetenhaus des Reichsrates seit dem Jahre 1907 auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten Stimmrechts gewählt. Jeder Wahlbezirk entsendet einen Abgeordneten; eine Ausnahme davon bilden 36 galizische Landbezirke, von denen jeder 2 Volksvertreter wählt. Und zwar aus Gründen, die in der nationalen Gerechtigkeit ihre Wurzel finden. Der Paragraph 7 des „Grundgesetzes über die Reichsvertretung" hat folgenden Wortlaut:

Wahlberechtigt zur Wahl eines Abgeordneten ist jede Person männlichen Geschlechtes, die das 24. Lebensjahr zurückgelegt hat, die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt ... und innerhalb der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder in der Gemeinde, in der das Wahlrecht auszuüben ist, am Tage der Ausschreibung der Wahl seit mindestens einem Jahre ihren Wohnsitz hat.

Es gibt demnach weder einen Vermögenszensus noch eine andere Einschränkung; lediglich die einjährige Sesshaftigkeit wird gefordert. Bei der Aufteilung der Mandate ist man von dem Bestreben ausgegangen, allen Völkern den ihnen gebührenden Anteil an der Gesetzgebung und Kontrolle der Verwaltung zu sichern. Es sollten

die Deutschen	233	Mandate	Zusammen 516 Mandate
die Tschechen	107	,,	
die Polen	82	,,	
die Ruthenen	33	,,	
die Slowenen	24	,,	
die Serbo-Kroaten . .	13	,,	
die Italiener	19	,,	
die Rumänen	5	,,	

erhalten. Die Mehrheit fiel demnach den Nichtdeutschen zu. Zur Sicherung der nationalen Ansprüche wurde die nationale Abgrenzung der Wahlbezirke überall dort vollzogen, wo sich dies bewerkstelligen liess. Die Gemischtsprachigkeit Mährens zwang zur Errichtung von nationalen Katastern; jedem Wähler blieb es freigestellt, sich nach eigenem Gutdünken in dem deutschen oder tschechischen Wahlkataster eintragen zu lassen. Für Galizien wurde, wie schon erwähnt, das Auskunftsmittel der zweimandatigen Wahlbezirke gefunden.

All dies bisher Angeführte — und es ist wahrhaftig nur ein kleiner Bruchteil dessen, was zu sagen wäre — beweist schon, wie ganz und gar ungerechtfertigt es ist, unter solchen Umständen auch nur die leiseste Spur einer „Fremdherrschaft" wahrnehmen zu wollen. Österreich setzt sich aus seinen Kronländern zusammen. Diese haben ihre eigenen Landtage und weitgehende Rechte der Selbstverwaltung. In den Königreichen und Ländern finden nun die meisten Völker Betätigungsfelder für die Selbstregierung — allerdings bringt es die geschichtliche Entwicklung mit sich, dass in nicht wenigen Fällen das eine Volk berufen erscheint, über einen andern Volksstamm in den Kronländern — freilich bloss im Rahmen der Landesverwaltung — zu gebieten. So beherrschen die Tschechen seit den Achtzigerjahren den böhmischen Landtag, seit dem nationalen Ausgleiche an der Schwelle dieses Jahrhunderts auch den Landtag von Mähren. Im galizischen Landesparlamente haben die Polen die überragende Mehrheit. In Krain herrschen die Slowenen, so dass dieses Einmillionenvolk die Landesgesetzgebung und Verwaltung einer ganzen Provinz bestimmt. Diese Beispiele mögen genügen.

Wie sehr man sich bemüht, der mannigfaltigen Schwierigkeiten, die aus der Gemischtsprachigkeit oder aus dem Zusammenwohnen verschiedener Völker in einem Kronlande erwachsen, Herr zu werden, eine Lösung zu finden, die allen Beteiligten Befriedigung gewähren kann, möge der Umstand dartun, dass man für die mährischen Landtagswahlen im Jahre 1905 und für die Bukowina im Jahre 1910 nationale Wahlkörper auf Grund des Personalitätsprinzips (Kataster) eingeführt hat.

Doch man könnte fragen, weshalb wir zwar von der Gesetzgebung, vom Reichsrat und von den Landtagen, aber nicht von der Regierung sprechen. Deshalb sei kurz erwähnt, dass Österreich das klassische Land der Koalitionsministerien ist — vorübergehend seit dem kurzen Versuche des Grafen Potocki, um nur der Zeit seit 1867, seit der Begründung des Dualismus, des österreichisch-ungarischen Ausgleiches, zu gedenken und dann ziemlich dauernd seit der Regierung des Grafen Taaffe. In dem Ministerium, das jetzt im Amte ist, im Kabinette des Grafen Clam-Martinitz, sitzen neben den Deutschen auch Vertreter der Polen und Tschechen, ebenso wie in den vorhergehenden Ministerien. Unter verschiedenen Kabinetten hat der Einfluss der polnischen Politiker viel bedeutet, zeitweise — wir erinnern an die Regierung des Fürsten Franz Thun, zum Teil an die des Grafen Badeni und des Grafen Taaffe — mehr oder minder auch der der Tschechen. Also wahrhaftig: nach „Fremdherrschaft", nach „Bedrückung" sieht dies nicht aus.

* * *

Verwickelt, ungemein mühevoll ist die Bewältigung des Völkerproblems, wie es sich dem forschenden Auge, dem staatsmännischen Sinne darbietet. Mit allgemeinen Redensarten kann man ihm nicht beikommen; man muss sich in die Einzelfälle vertiefen und den besonderen Erscheinungen besondere Mittel anpassen. Österreich hat seit mehr als einem halben Jahrhundert ausserordentlich viel getan, um seinen Nationen volle Gerechtigkeit zuzuwenden, um sie die nationale Freiheit geniessen zu lassen. Ohne Reibungen konnte es dabei nicht abgehen; ohne innere politische Kämpfe war der Umwandlungsprozess, die Anschmiegung an die Bedürfnisse der Zeit, nicht zu erreichen. Denn aus andern Verhältinssen kommend, musste man in andere Verhältnisse zu gelangen trachten, um Grillparzers Wort zu variieren. Noch ist nicht alles erreicht — wo in der weiten Welt dürfte man behaupten, dass es nichts mehr zu wünschen, zu hoffen, zu erarbeiten gebe? Aber schon haben die Theoretiker die Wege für die Zukunft gewiesen. Kommt erst wieder der Friede, dann wird Österreich weiter streben, weiter sorgen, um für seine Nationen, mit Hilfe seiner Nationen immer vollendetere Heimstätten zu schaffen, um immer neue Glücksquellen zu erschliessen. Kämpft die Habsburgermonarchie jetzt um ihre Erhaltung, so wird sie nachher aus freien Stücken, man könnte sagen, aus innerem Entwicklungsdrange heraus, für ihre friedliche Ausbildung alle Kräfte nutzbar machen. Der „Befreiung", der „Erlösung" von aussen bedarf keiner: kein einzelner und kein Volk oder Volksteil!

Die russischen Zustände.

Von Dr. C. BERGMANN (Russland).

Für den grundlegenden und in seiner Wirkungsweise noch nicht übersehbaren Systemwechsel in Russland sind besonders für die Gegenwart zwei Gesichtspunkte gerechtfertigt: die Beurteilung der Ereignisse im Zusammenhang mit dem Kriege und der Wahrscheinlichkeit eines baldigen Friedensschlusses, oder der Gesichtspunkt, den ich für den bei weitem mehr entscheidenden halte, die Bewertung der neuen Lage der Dinge im Zusammenhange mit der ihr eng verbundenen Bewegung der Ideen, die für Russland selbst und weit über die Gegenwart hinaus wirksam bleiben, wenn die heute massgebenden Faktoren längst der Vergangenheit angehören werden. Es ist aus der geistigen und seelischen Gebundenheit der am Kriege beteiligten Völker verständlich, wenn selbst sozialistische Kreise ihre ganze Aufmerksamkeit auf den ersten Gesichtspunkt lenken, also auf die Bedingungen, die sich aus der Revolution für den Krieg ergeben. Alle prinzipiellen Gesichtspunkte treten für die Kriegführenden hinter den nationalen Interessen zurück. Bezeichnend für diese Mentalität ist das Telegramm von Jules Gnesde an den Führer der russischen Arbeiterpartei, den gegenwärtigen Justizminister Kerenski, das die ganze ungeheure Umwälzung als „Konzentration aller Volkskräfte für die erfolgreiche Kriegführung" betrachtet und Frieden, Wohlfahrt und Freiheit vom Siege abhängig macht. In der gesamten Tagespresse beider Parteien las man in mehr oder weniger abgestufter Form Variationen auf dieses Thema; die Blätter der Entente begrüssten die russische Revolution als Mittel zur Abwendung des drohenden Separatfriedens, die Gegner als Schwächung der russischen Kriegführung. Nur wenige Tageszeitungen machten eine Ausnahme; diese begegneten sich auf dem Boden objektiver Betrachtung der Sachlage

in ihrer Bedeutung für Russland selbst und beurteilten erst in zweiter Linie die Auswirkung derselben auf die kriegtreibenden Kräfte.

Die Überraschung, mit der man in der Welt sich plötzlich vor die gewordene Tatsache eines so gewaltigen Umsturzes gestellt sah, mag zumeist auf die seit Jahrzehnten festgeknebelte russische Presse und ihre lediglich auf einen Ton abgestimmten Nachrichten zurückzuführen sein. Der denkende Betrachter wird jedoch die weiter zurückliegenden Voraussetzungen ins Auge fassen müssen; sie werden beleuchtet durch die in den letzten zehn Jahren wie Blitze durchgreifenden Vorgänge, die auf einen niedergehaltenen, tiefliegenden Grundton der Volksseele schliessen liessen, und nicht zuletzt durch den erbitterten Kampf um die politische Regeneration Russlands, der auf der Duma, als der einstigen freien Arena, zwischen dem Wollen der besten Geister und den „dunkeln Mächten" ausgetragen wurde. Nur so kann man begreifen, wie dem ganzen Lande die Oppositionsstellung aufgezwungen, besser, wie die heterogensten Elemente zur Einheit zusammengeschweisst worden sind, so dass der Zusammenbruch des zaristischen Regimes unter der Oberfläche längt vorbereitet war, als die Macht der Romanows noch fest und unerschütterlich erschien.

Noch fehlen jene begrifflich nicht fassbaren Elemente, die an Einzelheiten haften und zur Nachempfindung der grossen Erlebnisse sich verdichten; es fehlt auch das Mass für das Verhältnis der treibenden und gestaltenden Kräfte untereinander, die dem kaum abgesteckten Rahmen Tiefenwirkung verleihen und den Zusammenhang klar erkennen lassen. Man wird im einzelnen mehrfach auf Vermutungen angewiesen sein, auf die im folgenden zurückzukommen sein wird; es ist auch nicht ausgeschlossen, dass Einflüsse von auswärts mitfördernd gewesen sein mögen, ohne mehr als Nächstliegendes bezwecken zu wollen. Der Grundgehalt jedoch ist die geschlossene und auf die inneren Zustände des Landes gerichtete Einheit des nationalen Denkens und Wollens;

denn nur aus dieser konnte eine nationale Bewegung von solchem Umfange entstehen und nur im Hinblick auf diese Einheit gilt das Wort von Tugan-Baranowski: Es ist geworden! — das er als Begrüssungswort dem neuen Russland zurief und das erlösend und befreiend vom bösen Traum der Vergangenheit einen mächtigen Widerhall fand. Jede Umwälzung von so grundlegender Art ist seit jeher in erster Linie ein innerpolitisches Problem gewesen, dessen Beziehungspunkt das Ringen um Freiwerdung individueller oder kollektiver Auswirkung und Umsetzung in die Öffentlichkeit war, auch wenn äussere Zustände Impuls und Anstoss gegeben und in die Resultante dieses Kampfes eingegangen sind. Es wird nunmehr darauf ankommen, in welchem Masse es den bestimmenden Kreisen gelingt, die Entwicklung der Umgestaltung den notwendig eintretenden Einflüssen der Kriegführung zu entziehen und die Gestaltungsgabe der inneren treibenden Kräfte rein zu erhalten, ohne dass sie von der zufälligen und äusseren Entwicklung des Krieges gefälscht werden. Es wäre zu kurz gegriffen, die Revolution einfach aus dem Kriege hervorwachsen zu lassen und so zwischen der organischen Notwendigkeit der Revolution und dem historischen Zufall des Krieges einen inneren Zusammenhang herzustellen. Der Krieg ist nur der ganz äusserliche Anlass der Revolution, ihre Möglichkeit; er hat höchstens das Verdienst, durch eine letzte Verwirrung inmitten unhaltbarer Zustände und durch die Summierung derselben den bestehenden, vorhandenen, revolutionären Willen ausgelöst zu haben. Diesen Willen, der seit einem halben Jahrhundert die russische Eigenart, die russische Kultur und den russischen Geist ausmacht, weil Russlands grösste Geister ihn mit Wort und Tat, in Kunst und Literatur verdeutlicht haben, und der schliesslich zum religiösen Erlebnis der Nation und ihrer Jugend wurde.

Je mehr man diesen Fäden in die Vergangenheit nachspürt, um so näher wird man den tieferliegenden Gründen für die ablehnende Stellungnahme gegen die ungegründete und schwache Verkörperung des lebens-

unfähigen Systems kommen. Alle ohne Ausnahme waren in dieser Ablehnung einig: das höhere und niedere Offizierskorps, das ,,Volk im Feldmantel", das bereits von geteilten Empfindungen durchdrungen war, bevor es noch die Front zu halten bestimmt wurde; die verschiedensten Arbeitsgruppen hinter der Front, von denen jede trotz der verschiedensten Motive ihre Tradition und ihre Schlagworte ausgebildet hatte, die unabhängig von ihrer Differenzierung nach den einzelnen Parteien wesens- und aktionsgleiche Empfindungen und Wirkungsmöglichkeiten hervorzurufen geeignet waren und deren Sinn darauf hinauslief, das Gefühl der Zugehörigkeit zu jenem gedachten, vorgestellten Russland, dem Westeurops nach Staatsverfassung und sozialpolitischer Regsamkeit ebenbürtigen Russland zu vertiefen und zu steigern. Man muss sich vergegenwärtigen, dass alle geistigen, wissenschaftlichen, ethischen wie künstlerischen Interessen, ebenso alle Volksschichten und Verzweigungen mit ganz geringen Ausnahmen auf einen Beziehungspunkt eingestellt waren: die Volkswohlfahrt. Von dem Inhalt dieses Begriffes ging die wirkende Kraft der Idee aus und fand selbst in getrennten Lagern einigende Momente. Seit den 1860er Jahren wird die führende Intelligenz in ihrer Mehrzahl sozial gesinnt und nimmt den Kampf für die Interessen des Volkes, ,,für seine Freiheit und sein Glück" auf, indem es seine Ziele und Zwecke in soziale Forderungen kleidet. Damit erklärt sich auch die Schwierigkeit, für diese Gruppe von Interessenten irgendwelche Abgrenzungsmerkmale zu finden, die jeder Gruppe durch Überlieferung, Erziehung oder durch onstige Voraussetzungen eigen sind. Die Gruppe ist gesellschaftlich weder nach oben noch nach unten abgegrenzt und umfasst alles, was geistige Potenz und Funktionsfähigkeit besitzt. Diese Mischung hat naturgemäss zu Spaltungen geführt, aber ihre Kraft bestand darin, dass für alle Kreise und Schichten Vermittler der Idee und des Gedankens vorhanden waren, die Idee und Volk miteinander verbanden. Von Alexander Herzen über Michailowski bis zu dem jüngst verstorbenen Soziologen M. Ko-

walewski geht die Linie, in deren Mittelpunkt der grösste Repräsentant des sozialen Denkens Russlands — Tschernyschewski — steht; neben diesen der Ethiker, „das Gewissen Russlands" — Tolstoi, und der Gestalter der im Volke schlummernden ungeformten Kräfte, Dostojewski, bis hinauf zu den Freiheitssuchern der 1840er Jahre mit Bjelinski, dem Schüler Hegels und Schellings, an der Spitze. Man wird auch jene unzähligen Personen nicht vergessen dürfen, an die sich die Vorstellung knüpft, dass sie für die Wohlfahrt des Volkes nicht allein zu „leiden, sondern in Kleinarbeit ihr Leben zu opfern verstanden", die auf dem „breitgetretenen Wege" über den Ural ostwärts die Echtheit ihrer Freiheitsempfindungen legitimierten oder unter den dürftigsten Verhältnissen als Schulmeister, mehr noch als Lehrerin auf dem Lande und in der Provinz an der geistigen Hebung des Volkes mitarbeiteten. Nadja Strasser hat ihnen in ihrem Buche „Die Russin" Worte mitgegeben, die zur geistigen Beschaffenheit solcher Naturen führen und das Verhältnis der Jugend in diesem Entwicklungsausschnitt charakterisieren. Alle diese Gruppen und Richtungen ergänzten und steigerten einander in der Rivalität auf die Erfüllung des Zweckes, und die Wirkungsintensität ihrer Schlagworte war nur auf einen Punkt eingestellt: auf den der sozialen Umgestaltung, als deren unbedingte Voraussetzung die politische Freiheit erschien. Aus diesen Kreisen rekrutierten sich die Semstwoorganisationen, die mit wenigen Ausnahmen über das ganze Land verteilt und mit dem Volke verwachsen sind, ebenso die Mehrzahl der Dumamitglieder, denen das Vertrauen des Volkes in hohem Grade gehörte. Denn sie waren es, die Ende der 1870er Jahre aus jenen Kreisen hervorgegangen, ihnen zum mindesten nahegestanden hatten, und die das kombinierte Schlagwort: Land und Freiheit prägten. Dieses Wort ist zum soziologischen Beziehungspunkt geworden und bis in die neueste Zeit geblieben. Ursprünglich war es die Grundlage einer idealisierenden Theorie, einer Art Neokommunismus, und der Spielball zweckstrebender

Praktiker, später ein Schlagwort vom Universitätskatheder für die freiheitsbegeisterte Jugend, die darin den ideellen Zugang zum Volke zu finden hoffte, bis es zuletzt durch die Entwicklung von drei Generationen und durch die wirtschaftliche Beengung des Bauernstandes zum bewussten Schrei des Volkes wurde, der an Intensität und begründeter Notwendigkeit alle übrigen übertraf und hinter dem die Masse des Volkes, mehr denn 70% der Bevölkerung, stand. Die Agrarreform Stolypins hat dieser Frage die grösste Aufmerksamkeit gewidmet, und man wird ihm ein Verständnis für innerpolitische Probleme nicht absprechen können, auch wenn die Lösung durch den Übergang zum Eigenbesitz teilweise fremden und überholten Mustern entnommen war und zu spät kam, um eine ganze Generation in wenigen Jahren zu versorgen und eine Regierungsstütze zu schaffen, die erst bei einer vollkommenen Durchführung hätte wirksam werden können. Dass Stolypin diese Lösung unter Ausschaltung aller sozial regsamen Kräfte unternahm, die auf Anwendung am Ausbau der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur warteten, richtete ihn mehr als sein Misserfolg, der durch die Nachfolger noch vergrössert wurde, indem sie sich auf die auswärtigen Angelegenheiten einstellten und die innerpolitischen lediglich dem wachsamen Auge fragwürdiger Dienstbereitwilligkeit der unteren Regierungsbehörden überliessen. Das war die letzte Klufterweiterung und der Anfang des letzten Kampfes zwischen Gesellschaft und Regierungssystem. Was vor zehn oder zwanzig Jahren genügend gewesen wäre, um wenigstens einen grossen Teil der liberalen Gruppen zur produktiven Mitarbeit heranzuziehen und der Opposition zu entfremden, fand keinen Anklang mehr. Die Ereignisse von 1905 waren auch nur geeignet, das Misstrauen gegen das prinzipienlose System zu steigern und beeinflussten die Mentalität der nachfolgenden Jahre im Sinne erneuter Kampfaufnahme. Die Opposition nahm von Fall zu Fall schärfere Formen an und die Widerstandskraft drohte mit einheitlicher Gegenaktion, als der Krieg ausbrach und die gesamten Kräfte

im Dienst um das gefährdete Vaterland einte. Man versuchte sie jedoch aufs tote Gleis zu schieben und auszuschalten.

So kamen die wenigen Tage gewaltsamer Umwälzung. Sie sind nach den Mitteilungen für die unmittelbaren Teilnehmer keine geringere Überraschung gewesen, wie für die Aussenstehenden. In welchem Masse Einzelheiten vorbereitet gewesen sein mögen, entzieht sich der vorläufigen Kenntnis. Ernährungsschwierigkeiten hatten schon vordem Unruhen hervorgerufen; sie wiederholten sich und brachten in der Form politischer Forderung die Masse in Bewegung. Alles übrige geschah nach dem Gesetz der grösseren Kraftauswirkung. Mit einer überstürzenden Schnelligkeit sind die Tage vorübergegangen und erinnern an den Aufruf Georg Herweghs an das französische Volk im Jahre 1848: „In drei Tagen hast du mit der alten Zeit gebrochen und das Banner der neuen aufgepflanzt für alle Völker der Erde!" Es ist ein tiefgreifendes Erlebnis, vielleicht die Lebenserfüllung aller gewesen, die mittelbar oder unmittelbar dasselbe erhofften. „Geht auf die Strasse, Kinder, damit ihr erfüllt werdet von dem Erlebnis eures Lebens," hörte ein Reporter eine Mutter sprechen. Alles war Handlung und Wirkung, alles Gemeinsamkeit, ein Ganzes, ohne Unterschied trennender Elemente, gerichtet gegen das Feindselige. Die Worte der provisorischen Regierung, „dass noch keine Revolution mit so geringen Opfern erkauft worden ist," bestehen vorläufig zu Recht. Eine glatte Abwicklung der Handlung, die in der Nähe gesehen manche Unebenheiten mag aufgewiesen haben, war nur durch die gänzliche Trennung der Regierungskreise von den Semstwoorganisationen, den Vereinigungen der Arbeiterschaft und den öffentlichen Verbänden und Gesellschaften denkbar, wie dem Verbande der Städte, der Vereinigung der Ärzte und Rechtsanwälte, der weitverzweigten ökonomischen Gesellschaft, die für ihre Dienstbeflissenheit vor einem Jahr sistiert wurde, was eine kaum zu überbietende Entrüstung hervorrief. Sie alle waren mehr oder weniger eng miteinander verbunden

und lassen ihre Beteiligung an der Umwälzung deutlich erkennen; man wird deshalb ebensowenig von einer bürgerlichen wie von einer Arbeiterrevolution allein sprechen können. Erst der Prozeß der Umgestaltung wird in diesem Sinne Scheidungen herbeiführen und das Primat des einen oder des andern offenbaren. In diesen Tagen standen sie geschlossen der stürzenden Regierung gegenüber, und nur das Nebeneinander zweier prinzipiell selbständiger Verwaltungsorganisationen, wie der Semstwos und der Regierungsbehörden, ermöglichte eine mechanische Umschaltung in dem Momente, als durch die Verhältnisse gezwungen, aus dem Verwaltungsausschuss der Duma die provisorische Regierung sich erhob und die Semstworepräsentanten mit der gesamten Verwaltung des Landes beauftragte. Hatte die Kriegführung bereits die Unfähigkeit der gestürzten Regierung offenbart, so war der geringe Widerstand, auf den derWechsel stiess, ein weiterer Beweis für die gänzliche Entkräftung des Systems und seiner Träger. So konnte es geschehen, dass nach der Zustimmung der militärischen und bürgerlichen massgebenden Kreise das neue Verwaltungsregime einen fast restlosen Anklang gefunden hat. Der neue Rahmen ist abgesteckt und hat sich ohne besondere Anstrengung finden lassen, allein der Inhalt desselben, die Umgestaltung der Mentalität, die Wandlung im Rechtsempfinden, die Einordnung des Einzelnen in das Verhältnis zum Ganzen bleibt der nächstliegenden Zukunft vorbehalten. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die bisherige Einheitlichkeit unter dem Einfluss der individuellen und der Gruppeninteressen in dem Augenblick gefährdet sein kann, in dem das alles umfassende Ziel, die Zerstörung des Alten, erreicht ist. Die Weiterführung des Krieges ist am wenigsten geeignet, den Ausbau der inneren Einheit zu begünstigen; die Agrarfrage allein wiegt an Bedeutung alle übrigen Probleme des Krieges auf. Die Einwirkung der Revolution auf den Krieg bleibt einer weiteren Besprechung vorbehalten.

□□□

Zur Lösung der sozialen Frage.

Das System Joseph Poppers.

Von Dr. WALTER EGGENSCHWYLER, Zürich.

„Die Völker werden so sehr betrogen, weil sie immer einen Betrüger suchen, einen aufregenden Wein für ihre Sinne. Wenn sie nur den haben, so fragen sie wenig nach Nahrung.“ — Wem fiele nicht Ähnliches ein, wenn er das Los der tausend Vorschläge zur Verhütung des Elends prüft, die bisher das Licht der Welt erblickt haben. — Je oberflächlicher, je phrasenhafter ein Weltverbesserungsvorschlag, je systematischer er unter Komplimenten für die Massenvorurteile den wirklichen (moralischen) Schwierigkeiten aus dem Weg geht, desto sicherer ist er des Erfolgs.

Wer andere aus dem Sumpf ziehen will, der steige erst selbst hinein, der weise sich erst darüber aus, dass er „Volk“ ist. Wäre dem anders, so hätte man für das soziale System Joseph Poppers ein besseres Los erwarten müssen.

Nicht als ob ich dem letztern, das hier am 10. März in dankenswerter Weise resümiert wurde, vorbehaltlos zustimmte. Seit seinem Entstehen sind Jahrzehnte verflossen, Jahrzehnte fruchtbarer sozialpolitischer Experimente und ungeheuren materiellen Fortschritts, Jahrzehnte politischer Enttäuschungen, die uns an der Hilfsbereitschaft des einst mit so freudigen Hoffnungen erwarteten Volksstaates ernste Zweifel eingeben. — Aber hinge der Erfolg sozialer Reformgedanken irgendwie von ihrer Tiefe oder der Lauterkeit ihrer Beweggründe ab, so hätte der wahrhaft volkstümliche Gedanke von Poppers Nährarmee nicht ein Menschenalter hindurch Papier bleiben können.

„Wie friste ich mein Leben? Das ist die Frage, vor der alle andern verschwinden, sie verlangt sofortige Antwort,

sie kann nicht warten." — Es ist aber auch die einzige, die den erfolgreichen Politiker aus allen Klassen konstant kalt gelassen hat. Die ganz Mittellosen sind ja keine Macht, lassen sich nicht als politische Waffe gebrauchen! Die Demokratie opfert Milliarden für überflüssige Ämter, Schulen, Paläste, Eisenbahnen, ja selbst für Kriege. Wein gilt ihr mehr als Brot, Überfluss mehr als Notdurft.

Welche Scham beschleicht uns, wenn wir angesichts der heutigen Milliardenopfer jene überaus knauserigen Erwägungen lesen, mit denen so hochstehende Geister wie Spencer[1]) oder Leroy-Beaulieu[2]) dem Staate die Pflicht zur Sicherung des Existenzminimums ausredeten! — „Wer nicht arbeitet, soll nicht essen!" — „Die Unterstützung soll freiwillig bleiben, sie ist so ‚moralischer'!" — „Man hüte sich, gewohnheitsmässige Nichtstuer zu züchten!" — Und all das in einer Welt, die Hunderte von Millionen für gänzlich überflüssige Beamte, für Kunst und Feste, für Kolonialpolitik und Rüstungen auszugeben hat! — Vielleicht war es aber nötig, dass die vom Hungertode Bedrohten wieder eine politische Macht, eine Partei wurden, um ihren so undiskutierbaren Anspruch durchzusetzen! — Solange es nur einige Tausende zu erhalten galt, fand kein Staats- oder Parteimann die nötige Zeit; wenn wieder Millionen hungern, dann werden sie dem Staat die nötigen Opfer abnötigen — und ihn vielleicht zugrunde richten!

Insofern ist Popper seiner Zeit vorausgeeilt. Der Weltkrieg und die nachfolgende Proletarisation wird seinen Vorschlägen ungeahnte Aktualität verleihen. Die Nährarmee ist im Werden. Nicht für die unverdient Mittellosen nur, sondern für die Ernährung des ganzen Volkes, vom Fürsten bis zum Bettler, wird der Staat bald seine Sklavenheere auf den Acker stellen müssen.

Prophetisch klingt auch, was Lynkeus über die verehrte Universitätswissenschaft sagt: „Wenn die Hungernden oder die Ängstlichen warten sollten, bis die

---

1) „Man vs. State".
2) „L'Etat Moderne et ses Fonctions".

Nationalökonomen auch nur über ihre fundamentalen Fragen, sogar nur über ihre Definitionen, im Reinen ... sind, so müssten sie alle elend zugrunde gehen. Diese heutige Beschäftigung mit den volkswirtschaftlichen Vorgängen kann man überhaupt noch keine Wissenschaft nennen; lauter bestrittene Definitionen, keinerlei Einsicht, die nicht jeder routinierte Kaufmann noch viel besser besitzt, und überhaupt keine prophetische Kraft ..." Vierzig Jahre sind seither ins Land gegangen, aber fruchtbarer ist die genannte Wissenschaft nicht geworden, ausgenommen für die, denen sie eine bequeme Unterkunft gewährt.

Wie wird sich die Zukunft zu Poppers Ideen stellen? Zweifellos hat sich seit 1878 vieles geändert. Opfer, die damals fast unerschwinglich erscheinen mochten, werden heute für unproduktive Zwecke im Handumdrehen aufgebracht. Die Gesellschaft hat in sich ganz unvermutete Energieschätze entdeckt, hat aber auch in sozialpolitischer Hinsicht, speziell mit staatlicher Arbeitsgewährung manche Enttäuschung erlebt, die durch die Organisationserfolge unter dem heutigen Militärregime nicht widerlegt werden. Gerade die Versuche, die staatliche Zivildienstpflicht zu organisieren, beweisen erneut die Überlegenheit der privaten gegenüber der behördlichen Arbeitsorganisation.

Damit ist nicht nur gesagt, dass sich Poppers Forderungen in der Hauptsache nicht länger von der Hand weisen lassen, ja unter dem Druck des erwachenden sozialen Bewusstseins meistenorts von selbst in Erfüllung gehen dürften, sondern auch, dass das Opfer, an das er diese staatliche Leistung binden will — der zehnjährige Zivildienst — überflüssig und inopportun ist. Für den Einzelnen wie für den Staat ist es offenbar viel einfacher, den nötigen Betrag auf dem Steuerwege zu erheben, als es von neuem mit der staatlichen Arbeitsorganisation und Unternehmertätigkeit zu versuchen. Höchstens in Notfällen, etwa zur Behebung einer dringenden Hungers-, Munitions- oder Verkehrsnot, dürfte es sich empfehlen, einen Teil der Bürgerschaft, etwa die vor ihrer Entlassung

stehende Armee, **unter militärischer Disziplin** auf die Äcker, in Werkstätten oder in Bergwerke zu stellen, aber stets nur ausnahmsweise und als Notbehelf. Wo immer die militärische Disziplin versagt (und die Demokratie wird dafür sorgen, dass die in Staatsbetrieben Arbeitenden ihre eigenen Herren bleiben!), erweist sich die staatliche Beschäftigung als wenig produktiv, als eine unnütze Komplikation gegenüber der Gelderhebung auf dem Steuerwege. Und wäre dem anders, so wäre der Zivildienst zur Friedenszeit aus politischen Gründen undurchführbar, oder würde der Staat dazu gezwungen, sich mit einem Minimum produktiver Arbeit zu begnügen und gehörig „draufzuzahlen".

Sichtlich verfolgt die soziale Entwicklung die Tendenz, dem Bürger immer mehr Güter, für die er vor 39 Jahren allein aufkommen musste, unentgeltlich zuzuführen. Doch ist es, zumal in demokratisch regierten Staaten, weniger das Notwendigste, als ein gewisser Luxus, besonders in erzieherischer, künstlerischer, literarischer Richtung, den man uns auf Staatskosten an den Kopf wirft. Schon vor dem Krieg wurde in den führenden Kulturstaaten von Staat, Provinz und Gemeinde selbst ohne das Militärbudget für allerlei materielle und immaterielle Gratiszuwendungen Summen ausgegeben, die von der zur notdürftigen Erhaltung eines Drittels der Bevölkerung erforderlichen nicht weit entfernt sind.

Eben in dieser allen modernen Demokratien eigenen Geistesrichtung liegt aber auch der ernsteste Einwand gegen Poppers Reform: Gewiss liessen sich die zur Erhaltung der Mittellosen erforderlichen Mittel — selbst ohne Zwangsarbeit — im Handumdrehen aufbringen: aber nie und nimmer wird es gelingen, die öffentlichen Zuwendungen auf das Notwendigste zu beschränken!

So gewiss, als im öffentlichen Schulwesen die wirklich produktiven, unentbehrlichen Kenntnisse unter einem Wust unnützen Wissenskrams begraben werden, so sicher würde die Demokratie der Versuchung unterliegen, die einmal für das Notwendigste — und wäre es nur Wasser,

Suppe und Brot — proklamierte Unterstützungspflicht gradweise auszudehnen, bis die Mehrzahl aller menschlichen Genüsse dem Bürger gratis verabfolgt würden. — Gewiss: „Von Kunst und Luxus sollte keine Rede sein, solange nicht jeder einzelne in das Niveau der gesicherten Existenz gehoben wurde.“ Dieser Schnitt zwischen der Notdurft und allem übrigen in Poppers System gehört zu den verdienstlichsten sozialpolitischen Anregungen, die je gemacht wurden. Allein, die gesamte Wirtschaftspolitik seit vierzig Jahren beweist uns seine politische Undurchführbarkeit! Schon ohne die ausdrückliche Festlegung der allgemeinen Nährpflicht gehen wir mit Riesenschritten einem Zustande entgegen, wo der Bürger die Mehrzahl aller seiner Bedürfnisse gratis oder fast gratis stillt! Nur dass dabei der umgekehrte Weg eingeschlagen wird, als der von Lynkeus geforderte, nämlich der vom Vergnügen ausgehende: Die moderne Demokratie fordert Feste, öffentliche Lustbarkeiten, billigen Wein, freien Tabak und freie Liebe ... Der Anspruch auf Brot wird pro forma beibehalten, überall, wo es sich um seine Verwirklichung handelt, aber durch ein träges Bureaukratenheer sabotiert!

Weshalb das? Ganz einfach, weil die Träger demokratischer Forderungen nicht die wirklich Notleidenden, sondern satte, nur um die Gunst ihrer Wähler besorgte Berufspolitiker sind. Ja noch mehr: mit oder ohne Poppers Nährarmee bewegen wir uns rapid auf einen Zustand zu, wo die Unbemittelten (oder wenigstens die politisch einflussreichen Unbemittelten) nach dem Vorbild des altrömischen Proletariats vom Staate erhalten werden. Ob dieser Zustand wesentlich zum Wohlbefinden der Menschheit beitragen wird, bleibt abzuwarten. Sicher werden wir bei einer so umwälzenden Neuerung auch manch unangenehme Folgen mit in den Kauf nehmen müssen. Schon die Schwierigkeit, die durch den Krieg und die industrielle Konzentration überflüssig Gemachten nützlich zu beschäftigen, verbunden mit der Unmöglichkeit, in jedem Falle die selbstverschuldete von der durch Krieg und Kon-

junktur verschuldeten Bedürftigkeit zu unterscheiden, wird dem Staate die unabweisbare Pflicht auferlegen, für Millionen von Bedürftigen und Arbeitslosen aufzukommen. Über die Gefahren eines solchen Zustandes habe ich mich hier nicht auszusprechen. Sie dürften u. a. in einer ungeahnten Lohndrückerei für die sich der Armenunterstützung Schämenden und in dem nie lückenlosen Funktionieren solcher staatlich-bürokratischer Einrichtungen zu suchen sein. Gerade diejenigen, die eine solche Unterstützung am meisten verdienen, schrecken, wie man weiss, aus Scham oder Berufsrücksichten sehr oft vor ihrer Benützung zurück. Man weiss, wie wenig es bisher dem unterstützenden Staat und wohltätigen Institutionen gelungen ist, der Unterstützung jeden entehrenden Charakter zu nehmen. Sollte dies aber wirklich gelingen, und sollte ein beträchtlicher (und politisch organisierter) Volksteil dieser Unterstützung zur Last fallen, so darf man mit Sicherheit annhemen, dass sie sich nur ganz kurze Zeit auf das Notwendigste beschränken wird, dass die staatlich genährte Masse bald auch auf jeden dem Millionär zustehenden Genuss Anspruch erheben wird. — Doch ist hierüber, wie gesagt, jede Mutmassung müssig. Die Wirklichkeit wird uns bald genug selbst Aufschluss erteilen.

□□□

Die Frage, ob mehr am Glück der Fähigsten oder am Glück der Menge liege, hat bloss theoretische Bedeutung: praktisch fällt alle Misshandlung der Fähigen auf die Masse zurück.

Die erste Anleitung zum rationellen Handeln geschah durch den Gelderwerb. Mit der Zeit muss die Rationalisierung von den Mitteln zu den Zwecken aufsteigen — und unsere Kultur wird sich verinnerlichen.

W. E.

Aus meinen Erinnerungen an Franz Brentano.

Von Prof. Dr. E. MANDL, Zürich.

Unter den deutschen Philosophen der Gegenwart ist vielleicht keiner von nationaler Einseitigkeit so frei geblieben wie der vor kurzem in hohem Alter verblichene Denker, dem dieses Gedenkblatt gewidmet ist. Sein Grossvater noch beherrschte die italienische Sprache besser als die deutsche; Franz Brentano selbst hat Italien seine Liebe dadurch bekundet, dass er nach vollendeter Lehrtätigkeit sein philosophisches Tusculum in Florenz aufschlug. Unter den französischen und englischen Philosophen hat er besonders gerne seine Meister erkannt und auf die Verbreitung seiner eigenen Gedanken in Frankreich und England hohen Wert gelegt. Die Entfremdung zwischen Deutschland und Frankreich infolge der Ereignisse von 1870 pflegte er bis in die letzten Tage mit der ihm natürlichen Lebhaftigkeit zu beklagen. Wir ehren gerne das Andenken dieses wahrhaft internationalen Geistes durch die Aufnahme der nachfolgenden Erinnerungen. Sie mögen auch seinen fernen Verehrern den Eindruck vermitteln, den dieser hohe Greis noch in seinen letzten Lebensjahren auf seine Umgebung gemacht hat. *Die Red.*

Von Sokrates sagt man, er habe einen kühlen Kopf und ein heisses Herz besessen. Dieser bezeichnenden Charakteristik musste ich immer gedenken, so oft es mir vergönnt war, mit Brentano lehrreiche Stunden zu verbringen. Wie ein griechischer Seher erschien er, das klassische Antlitz mit den erloschenen Augen von grauen Locken umwallt. Mit Schiller, den er seiner sittlichen Tendenz wegen hochschätzte, war er der Meinung, „dem Leben sei jeglicher Wert geraubt, wenn man nicht an die drei Worte glaubt“: Gott, Unsterblichkeit und Freiheit. Ihm war es heiliger Ernst, der Metaphysik eine wissenschaftliche Grundlage zu geben. Schon in dem Vortrag: „Über die Zukunft der Philosophie“, den er vor vielen Jahren in Wien hielt, wies er darauf hin, dass sich die Philosophen die Naturforscher zum Vorbild nehmen sollten. Baustein auf Baustein müsse sorgfältig zusammengetragen werden, bevor man daran gehen dürfe, ein ganzes System zu gründen. Er selbst hat

sich Jahrzehnte hindurch nur mit Einzelforschung abgegeben und schritt erst in hohem Alter dazu, eine Metaphysik zu schreiben.

Die Erkenntnis Gottes, soweit sie dem Menschen vergönnt ist, war das Ziel, dem Franz Brentanos tiefste Untersuchungen zustrebten. Er glaubte, den Beweis für die Existenz eines unmittelbar Notwendigen erbracht zu haben. Doch dabei nicht stehen bleibend, suchte er zu zeigen, dass dieses unmittelbar Notwendige ein mit den Attributen der Allmacht, Allweisheit und Allgüte ausgestattetes geistiges Wesen sei. Auf jene oft gestellte Frage, wie sich mit der Existenz eines allgütigen Gottes die Übel dieser Welt vereinbaren lassen, eine Frage, die gerade in unserer Zeit so berechtigt erscheint, antwortete er mit Hume, den er als den beachtenswertesten Gegner des Theismus bezeichnete, dass, ein göttliches Wesen vorausgesetzt, alle Schrecken dieser Erde kein Grund gegen seine Existenz wären; denn wie wollte sich menschlicher Verstand vermessen, göttliche Absichten zu erkennen?

Theorien aber, wie die seines Schülers Ehrenfels, der in seiner „Kosmogonie" neben Gott auch das Chaos walten lässt, musste er natürlich ablehnen. Das Misstrauen, das heute allen Gottesbeweisen gegenüber besteht, führte er zum grossen Teil auf Kant zurück, der in seiner „Kritik der reinen Vernunft" die Hinfälligkeit des ontologischen, kosmologischen und teleologischen Beweises dartun will. Den ersten gibt auch Brentano preis, dagegen sucht er namentlich den teleologischen durch Heranziehung moderner Erkenntnisse zu stützen. Und hier mag als Zeichen seiner peinlich sorgfältigen Forscherarbeit erwähnt werden, dass er sich lange Zeit mit der Wahrscheinlichkeitsrechnung befasste, nur deshalb, weil diese ihm für seine philosophischen Hauptfragen von grosser Bedeutung war. So beschäftigte ihn Monate hindurch das Bertrandsche Problem und er verteidigte den hier gewonnenen Standpunkt in mancher Beziehung siegreich gegen die Einwendungen der Mathematiker.

Sinn- und zwecklos erschien unserem Philosophen jede

Bemühung des Geistes, wenn dessen Wirken mit dem irdischen Leben beschlossen wäre. Seine Lehre von der Unsterblichkeit der Seele suchte er streng wissenschaftlich zu begründen. Gerne machte er auf so manchen bedeutenden Forscher der neueren Zeit aufmerksam, der über die Offenbarungen des Seziermessers hinausging, wie Helmholtz, Pflüger, Cyon ... Oft pflegte er auch jener hervorragenden Männer zu gedenken, für die der Glaube an die Unsterblichkeit ein Bedürfnis war, so des von ihm hochverehrten Thomas von Aquino: Intellectus naturaliter desiderat esse semper; naturale desiderium non potest esse inane, oder des Mathematikers Gauss, dem nicht hundert, nicht tausend Jahre genügten, der die Ewigkeit für sich in Anspruch nahm, oder Goethes, von dem er folgende Verse zitierte: „Du hast Unsterblichkeit im Sinn; kannst du uns deine Gründe nennen? Gar wohl, der Hauptgrund liegt darin, dass wir sie nicht entbehren können.“ Nun, ein Hauptgrund war für Brentano diese Sehnsucht des Menschen nach individueller Fortdauer nicht; die Schlüsse, die er zog, mussten aus gesicherten Prämissen hervorgehen. Seine Arbeitsweise war, wie angedeutet, die des exakten Naturforschers.

Brentano war ein völlig unabhängiger Geist. Auch die Grössten waren ihm Objekte freier Kritik. Kein Philosoph der Gegenwart hat mit so rückhaltlosem Freimut über Kant geschrieben. Er spottete über den Glauben an Kants Unfehlbarkeit und an seine Mysterien, z. B. die „intelligible Freiheit“. Fast die gesamte philosophische Leistung Kants und seiner Nachfolger, Schopenhauer eingeschlossen, erklärte er geradezu für ein Verhängnis der deutschen Philosophie; er betrachtete diese Periode als eine Phase der Dekadenz. Als seine Meister bezeichnete er Aristoteles, dessen Metaphysik er in seinem grundlegenden Werke „Weltanschauung des Aristoteles“ dargestellt hat, Descartes und Leibniz, Hume, Bentham und Mill. In den letzten Monaten seines Lebens erfreute er sich an den Schriften Reid's, des Stifters der schottischen Schule, den man viel zu wenig kenne und darum auch nicht als Quelle

für das Beste, das in Kants Philosophie zu finden sei, zu schätzen wisse. Sich direkt an ihn zu halten, wäre der deutschen Philosophie nützlicher gewesen als die Führung durch Kant. Eine schlechte Meinung hatte er auch von der gesamten deutschen Weltweisheit von Schopenhauer an bis zu den Bibelsprüchen Zarathustra-Nietzsches, den er nur, aber mit Einschränkungen, als Dichter gelten liess. So streng Brentano über die Philosophen als Philosoph, so streng urteilte er über die Dichter — als Dichter. Von dem bedeutenden lyrischen Talent des berühmten Romantikers ist ein gut Teil auf seinen Neffen übergegangen. Ein stattlicher Band Lyrik harrt der Herausgabe. Der intime Charakter vieler Gedichte bewog ihn, sie nicht zu seinen Lebzeiten herauszugeben. In dem Titel „Mittelalter und Neuzeit", den er einer von ihm beabsichtigten Sammlung geben wollte, sollte der Wandel seiner religiösen Anschauung zum Ausdruck kommen. In unserer Zeit, in welcher es so gewöhnlich ist, bei der Bekundung von Meinungen auf die Karriere Rücksicht zu nehmen, macht es einen imposanten Eindruck, dass Brentano, der bekanntlich seine Laufbahn als Priester begonnen hat und als solcher nach seiner ganzen Persönlichkeit und seiner Familienverbindungen die Aussicht auf Erreichung der höchsten Stufen hatte, bei jeder Änderung seiner innern Überzeugung auch den Mut und das Bedürfnis gehabt hat, sie öffentlich zu bekunden und ihr seine ganze Zukunft zu opfern. Brentano hat gelebt, wie er gelehrt hat.

Dass er ein Meister der Form war, beweisen schon die Rätsel des „Änigmatias", womit er der deutschen Literatur eines der besten Rätselbücher geschenkt hat. Von seiner Gabe für Witz und Humor konnte sich jeder überzeugen, der längere Zeit mit ihm verkehrte. Ihn sprechen zu hören, war ein hoher Genuss, auf welchem Gebiete immer sich die Unterhaltung bewegte. Dieser gab ein eigentümliches Gepräge die Ausführlichkeit, mit der er Einzelheiten aus dem Leben grosser Männer kannte, und die Unmittelbarkeit, mit der er von ihnen sprach. Er fühlte sich als ihr Freund und Zeitgenosse.

Wie vielseitig seine Interessen waren, konnte man schon an der Lektüre erkennen, seiner Erholung am Nachmittage, während die Vormittagsstunden der Arbeit an seinem Hauptwerk gewidmet waren. Neben Philosophie, Physik, Mathematik wurde auch Geschichte gelesen. Der peloponnesische Krieg des Thukydides gab ihm Anlass zu treffenden Vergleichen des Kampfes zwischen Deutschland und England mit dem zwischen Athen und Sparta. Wenn er auch der streng materialistischen Geschichtskonstruktion abgeneigt war, so liess er doch auch die ökonomische Entwicklung der beiden Staaten als eine der Wurzeln des Krieges gelten, und war betroffen von den lapidaren Worten des griechischen Historikers, der die Ursache des Krieges darin findet, dass Sparta die wachsende Seemacht Athens fürchtete. Die Analogie des Kampfes zwischen Rom und Karthago als eines Kampfes um die Beherrschung des Mittelmeeres lag hier nahe genug. Doch hielt er sich durchaus fern von jener Einseitigkeit, die die Schuld am Kriege nur beim Gegner zu finden glaubt. Überhaupt würden die Kriege nicht früher aufhören, bis nicht mit dem System der doppelten Moral für immer gebrochen werde. Die moralischen Grundsätze, die für den Einzelnen, müssen auch für die Staaten gelten. Darin war er unerbittlich. Der Grundsatz „right or wrong - my country" war ihm verhasst. Er forderte Gerechtigkeit und Grossherzigkeit auch von den Staaten und Völkern. In seinem Vortrag „Über die Zukunft der Philosophie" (Wien 1893) findet sich eine seitenlange Anmerkung, in welcher er die ganze Geschichte Roms an diesem Massstabe prüft und mit Strenge richtet. Selbst die Freiheitskämpfe lässt er nicht gelten, da jeder Stand sich benimmt wie die Plebejer, die für sich jede Freiheit ertrotzen, um dann den latinischen Brüdern und den italischen Genossen die wohlverdiente Gleichstellung hartnäckig zu verweigern.

Neben der Wissenschaft wurde auch die schöne Literatur gepflegt. Von den deutschen Klassikern war ihm Schiller seiner ethischen Anschauungen wegen besonders lieb; als Dichter freilich stellte er Goethe höher. Goethes

Werke pflegte noch der blinde Greis sich immer wieder vorlesen zu lassen, und zwar ohne Auslassungen von der ersten Seite des ersten Bandes bis zur letzten Seite des letzten. Mit Lyrikern wie Eichendorff und Kerner beschäftigte er sich besonders gerne. Auch Byron vermochte er nur als Lyriker anzuerkennen; er ging seinem Einfluss auf die russische Literatur nach, in der ihn Lermontow mehr anzog als Puschkin. Von dem mystischen Dostojewski fühlte er sich abgestossen, dagegen fand er an Turgenjew und Tolstoi Gefallen. Am liebsten aber verweilte er bei den ganz Grossen der Weltliteratur, bei Äschylos, Calderon, Cervantes, dessen „Don Quixote" seine letzte Lektüre bildete. Manche frohe Stunde bereitete ihm auch die Musik, vor allem die Schöpfungen Bachs, Mozarts und Beethovens. Kurz vor seinem Tode hörte er noch Mozarts „Don Juan" in der meisterhaften Interpretation des Schweden Forsell. Bei dieser Gelegenheit hatte ich ein bezeichnendes Erlebnis. Ich erzählte ihm von einer sonderbaren Weissagung der Unterseeboote aus einem Schriftsteller des 16. Jahrhunderts. Gelassen erwiderte er mir: Die Weissagung sei ihm bekannt; auch dass sie bereits als Fälschung entlarvt sei. Ich bin nicht der Einzige, der ähnliche Erfahrungen mit ihm gemacht hat. Sein Gedächtnis schien manchmal an Allwissenheit zu grenzen. Man konnte beliebige Themen anschlagen, zu allem wusste er interessante Belege, oft völlig abseits von der Heerstrasse der üblichen Belesenheit. Gedichte, seitenlang, wörtlich zu zitieren, war ihm eine Kleinigkeit.

So wohnte er, gebend und empfangend, im Reiche der Wissenschaft und Kunst, und Goethes Wort galt auch für ihn: „Wer Wissenschaft und Kunst besitzt, der hat auch Religion." Der ursprünglichen christlichen Lehre war er freundlich gesinnt, und in ihrem Stifter verehrte er den edlen Menschen. Unter Anwendung philologischer Kritik wies er nach, dass jene Stellen der Evangelien, an denen von Jesus' Gottheit die Rede ist, eine andere Deutung zulassen. Bei aller Hochachtung vor Pascals Genie hat er in einer noch nicht veröffentlichten Schrift dessen Verteidi-

gung des Christentums als einer geoffenbarten Heilswahrheit Punkt für Punkt widerlegt, wobei er seine historische Stellung vollauf würdigte.

In der Wissenschaft wie im Glauben hat ihn kein Dogma beengt.

Die Resultate seines Denkens führten ihn nicht nur immer wieder auf neue und neue Fragen, sondern auch immer wieder zurück zu den bereits durchdachten Problemen. Diesen trat er dann mit derselben Objektivität und mit der gleichen unerbittlichen und unbefangenen Strenge gegenüber wie Produkten fremder Geistesarbeit. Gerade die letzten von ihm diktierten Blätter zeigen, dass er im Begriffe stand, wichtige Teile seiner Lehre einer neuerlichen Überprüfung und Verbesserung zu unterziehen. Und was er von Mill so oft und gern erzählte, dessen wäre er auch selber fähig gewesen, sich der richtigen Widerlegung von fremder Seite zu freuen.

□□□

An den Dichter.

Wie des Hasses Dämon waltet!
Wie der Erde wilder Streit
Ewig — Eines feindlich spaltet,
Eng Verflochtenes entzweit!
O sprich aus dein Wort der Liebe,
Sprich's, — und es zerbricht das Schwert,
Das der Geist in blindem Triebe
Wider's eig'ne Wesen kehrt!

Aus Siegfried Lipiner: Der entfesselte Prometheus.

□□□

Briefe aus Holland.

II.

Anlässlich der Beratung des dritten Kriegsbudgets hat eine Debatte pazifistischen Inhalts unser Parlament beschäftigt; eine Tatsache, die sich nicht mehr ergeben hatte, seitdem vor einigen Jahren die Pläne des Leidener Hochschullehrers Professor Dr. van Vollenhoven zur Einrichtung eines internationalen Polizeiheeres und einer internationalen Polizei auf der Tagesordnung standen.

Es war der Vorsitzende des Niederländischen *Anti-Oorlog-Raades*, Herr Dresselhuis, kurz vorher Generalsekretär des Justizwesens, der auf die Anschauungen der *League to Enforce Peace* die besondere Aufmerksamkeit des Parlamentes lenkte.

Das Kriegsziel beider Mächtegruppen, die nun schon so lange den hartnäckigsten Kampf führen, sei nunmehr rein pazifistischer Art. Sowohl im englischen und französischen Parlament, als auch im deutschen Reichstag und im ungarischen Abgeordnetenhause hat man die mächtigen Staatenlenker versichern hören, dass sie alle den Frieden wünschen, aber einen solchen Frieden, der die Welt nicht der Gefahr aussetzt, bald wieder vor einer Wiederholung der Ereignisse von 1914 zu stehen. Die *League to Enforce Peace* plant zu diesem Zwecke die Errichtung eines Staatenbundes, damit beim Ausbrechen eines Konfliktes beide Parteien ihren Streit einem Schiedsgerichte oder Vermittlungsrate unterwerfen müssen und keinen Krieg führen dürfen, bevor dieser Rat seine Entscheidung gefällt hat. Handelt eine der Parteien doch dagegen, so muss der ganze Bund sich ihr entgegenstellen.

Schon der erste Redner, Herr Limburg, einer der hervorragendsten Wortführer der Demokraten, hob hervor, dass die Ausführung dieser Pläne vielleicht weit davon entfernt wäre eine Verminderung der Rüstungen zu bewirken. Gerade das Gegenteil, eine Erhöhung der militärischen und maritimen Vorbereitung, könnte sich einstellen. Die Herren Troelstra und van Leeuwen, beide Vertreter der sozialdemokratischen Partei, deren Vizepräsident, Herr. J. A. Schaper, im Vorstande des N. A. O. R. einen wichtigen Platz einnimmt, erklärten sich gleichfalls gegen den Gedankengang der Liga. Bei Herrn van Leeuwen war dies mehr Misstrauen gegen das Mittel: die Überzeugung, dass ein Zwang, wie man hier ihn

ausüben will und muss, nur dann Wert hat, wenn die Völker selbst sich ihn auferlegen; die Besorgnis, dass gerade in Fällen, wie dem jetzigen, in denen der Zwang am notwendigsten wäre, dieses Mittel jede Bedeutung verliert, weil alle Neutralen zusammen gegen die Kriegführenden zu schwach sind. Bei Herrn Troelstra bestand die Einwendung hauptsächlich in der Erwägung, dass ein Friede durch Zwang ebensowenig wie ein Friede durch Recht genügt, um die ökonomischen Gründe, die zum Kriege führen, zu beseitigen. Man bindet so gleichsam den Völkern ein Tuch vor die Augen, um sie glauben zu machen, dass derartige zwischenstaatliche Vorschriften den Krieg fortan verhindern oder beinahe unmöglich machen sollen. Unmittelbar an die Ausführungen dieser beiden Demokraten schloss sich die Beweisführung des konservativen Abgeordneten de Beaufort, der in den beiden Friedenskonferenzen eine wichtige Rolle gespielt hat und als der beste Kenner der internationalen Politik in unserem Lande gilt. Weniger gegen das Mittel der *League to Enforce Peace* als gegen die internationale Bestrebung im allgemeinen, die daraus hervorgehen würde, erhob er seine warnende Stimme.

Die Einzigen, die sich rückhaltlos an die Seite des Vorsitzenden der N. A. O. R. stellten, waren die Herren de Savorin Lohman, Mitglied des Permanenten Schiedsgerichtshofes, als welcher er bereits fünf Streitfälle schlichten half, und Mutgers, gleichfalls Vorstandsmitglied des N. A. O. R., beide Herren Angehörige kirchlicher Parteien. Sie wiesen darauf hin, dass in einer schrecklichen Zeit wie dieser, in einer Periode des Chaos und der Verwirrung, wie sie die Welt selten erlebt hat, jedes Mittel, das auf den Weg zur Besserung führen kann, bereitwillig und freudig angewendet werden muss, und zwar bis in die kleinsten Einzelheiten.

Minister Loudon antwortete, wie zu erwarten war, nur indirekt auf die Fragen des Herrn Dresselhuis. Auf die Frage, ob der Minister bereit wäre, ein auf dilatorische Behandlung im Sinne Bryans gerichtetes allgemeines Übereinkommen zu befürworten, antwortete dieser ohne Zögern bejahend. Auf die Frage jedoch, ob die niederländische Regierung bereit und imstande sei, einem Staatenbund, wie ihn sich die *League to Enforce Peace* denkt, beizutreten, ging der Minister nicht ein. Viele meinen, dass schon jetzt für Holland die Zeit gekommen sei, eine Antwort auf diese Frage vorzubereiten; es ist aber begreiflich, dass der verantwortliche Minister eine solche Antwort noch nicht geben kann, wenigstens in der Öffentlichkeit.

In jedem Falle ist jedoch diese ausführliche Debatte,

welche auch ausserhalb Hollands Aufmerksamkeit erregt hat, von grosser Bedeutung; und zwar in zweierlei Hinsicht. An erster Stelle, weil dieser Gedankengang der Liga, für den bisher hauptsächlich in Amerika Propaganda gemacht wurde, dadurch auch in Europa etwas bekannter geworden ist; vom speziell holländischen Standpunkte auch deshalb, weil sich dabei deutlich gezeigt hat, wie lebhaft unser kleines Land wünscht und stets wünschen wird, eine vollkommen ehrliche Neutralität zu beobachten. Wir wissen in Holland recht wohl, dass Unrecht in einem grossen Kriege auf beiden Seiten nicht ausbleiben kann. Wir protestieren gegen dieses Unrecht, aber begreifen, dass wir einen Teil davon ertragen müssen. Wir sind fest entschlossen, für den Fall, dass dieses Unrecht sich in einen Angriff auf die Grundprinzipien, die das Leben eines Staates bilden, umsetzen sollte, uns dagegen mit aller Kraft zur Wehr zu setzen; aber ebenso fest entschlossen sind wir, wenn die Verhältnisse es nur irgend ermöglichen, ausserhalb des Krieges zu bleiben, weil wir den Krieg als solchen verabscheuen und als kleiner Staat vollkommen einsehen, dass in einem Kriege unser Vorteil nicht liegt. Selbst in diesen bangen Tagen, unter den schwierigsten wirtschaftlichen Verhältnissen, bleibt Holland seinem Rufe als Land eines Grotius, van Bynkershoek, van Asser getreu und wird seine Bestrebungen zur Gründung eines dauernden Friedens fortsetzen, wenn einmal ein Ende dieses Krieges gekommen ist. Nach und nach müssen die Ideen der *League to Enforce Peace* in die Köpfe von Millionen eindringen; sie müssen besprochen und kritisiert werden, und die Diskussion in unserem Parlamente ist dafür ein günstiger Anlass gewesen.

* * *

Das neu begonnene Jahr hat den Niederlanden einen Mann entrissen, der sich eines internationalen Rufes erfreute und auf dem pazifistischen Gebiete ein Vorkämpfer genannt werden darf. Der verstorbene Kammerpräsident Goeman Borgesius, lange Zeit Führer unserer Freisinnigen, einer unserer besten Redner, hat als die wichtigste Aufgabe des Pazifismus die Erziehung der Jugend zur Achtung vor dem Rechte friedlicher Völker erkannt. Borgesius ist es auch, der vor kurzem erst hervorgehoben hat, dass, wenn der Kriegsaktivismus bei uns so schwach ist, wie nirgends in der Welt, dies zum Teile auch dem Einfluss unserer alteingewurzelten pazifistischen Propaganda zuzuschreiben ist.

* * *

Inzwischen ist es nicht zu übersehen, dass hinsichtlich des allgemeinen Zustandes die Schwierigkeiten immer grösser werden. Bis jetzt konnte man noch an eine kräftige Aktion der neutralen Mächte denken, indem sich die mächtige amerikanische Republik an die Spitze dieser Neutralen stellen und mit ihrem Einfluss auf ökonomischem und finanziellem Gebiete dem Frieden eine kräftige Unterstützung verschaffen konnte. Nun ist dies nicht mehr möglich. Die Vereinigten Staaten hätten als nichteuropäische Macht sich auf dem Gebiete der Vermittlung Schritte erlauben können, die keine der europäischen Mächte zu unternehmen wünschen würde, sicherlich nicht nach der kühlen Abweisung, die Wilsons erstem Versuche zuteil geworden ist. Dass der Grund, der zu einem Abbruch der Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika geführt hat, auch für die Neutralen, die grosse Schiffahrtsinteressen haben, wie Holland, Schweden und Norwegen, ernste Besorgnisse mit sich bringt, ist wohl selbstverständlich.

Bekanntlich hat England erst 1917 wieder ein ansehnliches Blockadefeld im Norden den Niederlanden vorgelegt, und Deutschland hat die ganze Nordsee und einen nicht unwichtigen Teil des Atlantischen Ozeans als Kriegsgebiet erklärt, in dem die neutrale Schiffahrt ebensowenig wie feindliche die Gewähr hat, verschont zu werden. Das Resultat war, dass die niederländische Schiffahrt, auch die nach Amerika und den Kolonien, völlig lahmgelegt wurde. Nun sind vorläufige Erleichterungsmassregeln getroffen worden. Nicht allein hat Minister Loudon mit überraschender Schnelligkeit eine Verlegung der Grenzen des gefährlichen Gebietes von Deutschland zugestanden bekommen, so dass eine breite Fahrrinne zwischen dem englischen und deutschen Blockadegebiet in der Nordsee offen bleibt, sondern man hat zu gleicher Zeit das Nötige getan, um die Schiffahrt nach den Kolonien, für die Niederlande eine Lebensfrage, wieder zu ermöglichen. Früher gingen unsere Überseeschiffe durch den Kanal, das Mittelländische Meer und den Suezkanal, während die Reisenden, die schnell ihren Bestimmungsort erreichen wollten, mit der Eisenbahn nach Genua zu fahren pflegten. Dann kamen Schwierigkeiten maritimer Art. Die Reise wurde wie in den Tagen vor Lesseps vorgenommen und ging um das Kap der Guten Hoffnung mit einem Umweg von gut drei Tagen um den nördlichen Punkt von Schottland. Nun soll diese Reise noch mehr ausgedehnt werden. Sie geht von den Niederlanden unmittelbar gegen Norden nach der norwegischen Küste, wo Bergen oder Stavanger einer der Häfen werden wird. Dann fährt man nach New York, um weiter durch den Panamakanal längs Honolulu und den Stillen Ozean die Kolonien in Ost-

indien zu erreichen. Eine Reise, die sich durch menschliche Kraft und menschliche Vernunft auf drei Wochen beschränken könnte, droht so, wenn man noch die Möglichkeit einer Untersuchung in Betracht zieht, sich auf drei Monate auszudehnen.

* * *

Es war zu erwarten, dass bei der Behandlung des letzten Staatsbudgets ein anderer, sehr wichtiger Punkt: die Deportation belgischer Bürger nach Deutschland, zur Sprache kommen würde. Als nach dem Fall von Antwerpen im Oktober 1914 Holland mit einem Male von Flüchtlingen überströmt war, wurden diese vorläufig aufgenommen und versorgt. Bald stellte es sich heraus, dass ihre Furcht vor der deutschen Verwaltung als übertrieben angesehen werden musste; da hat man nicht unterlassen, selbst einen sanften Druck behufs Rückkehr der Geflüchteten auszuüben. Dies konnte mit um so grösserem Rechte geschehen, als die holländische Regierung von der deutschen die Zusicherung erhalten hatte, dass eine Deportation nach Deutschland, wovor die Belgier grosse Angst hatten, nicht stattfinden würde. Die niederländische Regierung und die Gouverneure der verschiedenen Provinzen haben in ihren öffentlichen Aufrufen diese Zusicherung wiederholt; ohne Zweifel hat dies dazu beigetragen, dass eine beträchtliche Anzahl geflüchteter Belgier nach Antwerpen und anderen Städten zurückkehrten. Nun schien eine Veränderung in der Auffassung der deutschen Regierung eingetreten zu sein.

Diese hatte sich jedoch Holland gegenüber verpflichtet, und es lag auf der Hand, dass Minister Loudon, der keine Gelegenheit vorübergehen lässt, um von unserer ehrlichen Neutralität Zeugnis abzulegen, unmittelbar in Berlin die Aufmerksamkeit auf diese Sachlage lenken musste. Ohne Resultat blieben auch seine Schritte nicht. Die Zusicherung wurde gegeben, dass diejenigen Belgier, die nachweisen konnten, dass sie nach den Niederlanden geflüchtet waren, nach Belgien zurückgesandt würden, jedoch mit der Beschränkung, dass sie zum Bezirke Antwerpen gehören müssten. Vor allem war es diese Beschränkung auf Antwerpen, die bei der Budgetdebatte in der zweiten Kammer zur Sprache kam. Herr Duys, einer der jüngsten und streitbarsten Abgeordneten der sozialdemokratischen Gruppe, drängte den Minister, er solle in Berlin seinen Standpunkt noch kräftiger geltend machen. Sollten aber seine energischen Schritte kein zufriedenstellendes Ergebnis erzielen, so möge sich Holland mit anderen Regierungen in Verbindung setzen, um gemeinsame Schritte zu

erwägen. Zu diesem letzteren schien Minister Loudon jedoch in keiner Weise bereit zu sein. Dagegen konnte er berichten, dass er selbst schon die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf diese Beschränkung gelenkt habe; nochmals darauf zurückzukommen, halte er nicht für zweckmässig. Ohne Zweifel darf mit grosser Spannung die Antwort der deutschen Regierung abgewartet werden; immerhin muss man anerkennen, dass Deutschland nicht unterlassen hat, den billigen Wünschen der Niederlande in einem gewissen Masse entgegenzukommen.

* * *

In der Debatte über das Budget des Auswärtigen Amtes ist ein allgemeines Problem zur Sprache gekommen, das sicherlich auch den Kriegführenden sympathisch sein muss. Man hat die Frage aufgeworfen, ob man es nicht als Aufgabe eines neutralen Landes betrachten könnte, dahin zu wirken, dass die in den kriegführenden Ländern grossen Gefahren ausgesetzten Kunstschätze vor Vernichtung bewahrt bleiben; ist doch diese Gefahr in dem gegenwärtigen Kriege viel grösser geworden als in irgendeinem früheren. Wo es sich um unbewegliche Güter wie Gebäude handelt, ist sie nicht zu verhindern oder geringer zu machen. Bei beweglichen Gütern ist die Sachlage günstiger. Es wurde der Gedanke geäussert, Orte anzuweisen, weit vom Kriegsschauplatze entfernt, wo solche Gegenstände unter neutraler Aufsicht gut bewahrt werden können. In den Ländern, die nun am Kriege teilnehmen, befinden sich wichtige Bibliotheken, die kostbare oder Originalwerke enthalten, Erzeugnisse der griechischen Bildhauerkunst, der mittelalterlichen Kunst, der verschiedenen Maler der letzten Jahrhunderte und viele andere Kunstgegenstände. Die vollkommene oder teilweise Vernichtung dieser Objekte würde ein unersetzlicher Verlust für unsere Bildung und die Entwicklung kommender Geschlechter sein. Man fragte darum bei der Regierung an, ob das Land Rembrandts, das noch immer den Segen der Neutralität geniesst, sich nicht berufen fühle, die Wahrung dieses grossen Kulturinteresses auf sich zu nehmen; man vergass auch nicht darauf hinzuweisen, dass es in unserem eigenen Lande an Massregeln fehlt, die für den Fall der Not einen Transport solcher Kunstschätze sicherstellen würden.

Die Regierung hat sich im allgemeinen bereit erklärt, dafür einzutreten. Man muss nur fragen, ob dieser Gedanke, soviel Zustimmung und Sympathie er auch verdient, nicht etwas spät kommt, soweit es sich um die kriegführenden Länder

handelt. Im Zusammenhange damit könnte man noch die Frage aufwerfen, ob die gesamte Menschheit in diesem Augenblicke wohl eine Idee hat, wie viele Kunstschätze bereits verloren gegangen sind oder eben jetzt eminent gefährdet sind. Die Anregung wurde gemacht, nach dem Kriege ein Werk herauszugeben, das Abbildungen aller in diesem Kriege zerstörten Kunstschätze enthielte. Erst dann wird die Menschheit fühlen, welcher Schaden ihr auch in dieser Hinsicht zugefügt worden ist.

* * *

Die Frage bezüglich der Behandlung von Tauchbooten der Kriegführenden innerhalb Hollands Rechtsgebiet hat hier und im Auslande viel Aufmerksamkeit erregt. Sie kam zur Sprache anlässlich des Memorandums der Gesandten Frankreichs, Grossbritanniens, Italiens, Japans, Portugals und Russlands an den Minister des Auswärtigen, welches die Auffassung enthielt, dass jedes in einem neutralen Hafen betroffene Tauchboot interniert werden müsse. Die Antwort, die der niederländische Minister eine geraume Zeit darnach gab, erkennt diesen Standpunkt nicht als richtig an und legt den Nachdruck darauf, dass infolge der Haager Bestimmungen Tauchboote als Kriegsschiffe zu betrachten seien und so behandelt werden müssen, wie die beim Ausbruch des Krieges hierüber bekanntgemachten Vorschriften der Niederlande es anordnen. Demgemäss wird keinem Kriegsschiff das Einlaufen in einen niederländischen Hafen gestattet, mit Ausnahme der Fälle, in denen Beschädigungen oder der Zustand des Meeres das Schiff dazu zwingen, in welchem Falle ein Aufenthalt von höchstens 24 Stunden zulässig ist. Diese Regel fand sowohl für englische, wie für deutsche Tauchboote strengste Anwendung wird die Übertretung ihrer Vorschriften auch fernerhin ebenso sorgfältig verhüten. Aber sie erklärte sich nicht bereit, gegen Tauchboote ein anderes Verfahren vorzuschreiben als gegen Kriegsschiffe, wenn sie auch zugab, dass die Tauchboote dem neutralen Handel besonders grossen Schaden bringen.

* * *

Ein Senat des Gerichtshofes in Rotterdam hat ein sonderbares Urteil gefällt, durch das einem Holländer eine Forderung gegen das Deutsche Reich zugewiesen wurde; jedoch so, dass er dieses Urteil durch einen beliebigen Gerichtsvollzieher mittelst Beschlagnahme irgendeines Eigentums des Deutschen Reiches vollstrecken lassen konnte. Das Urteil erweckte im Anfang Erstaunen, dann Ärgernis und selbst

Unruhe, weil in einer Zeit so gespannter internationaler Verhältnisse selbst der kleinste Anlass zu unnötigen Konflikten vermieden werden muss. Gegenüber der Auffassung des Rotterdamer Richters, dass eine solche Zwangsvollstreckung zulässig sei, haben die Kenner des internationalen Rechtes darauf hingewiesen, dass in diesen wie zu allen Zeiten Völkerrecht über Privatrecht geht; daher kann niemals ein niederländisches Gericht einem fremden Staate gegenüber, wenn dieser, auf Grund seiner souveränen Macht, einem niederländischen Bürger Schaden zugefügt hat, eine Exekution bewilligen. Es handelte sich um den Schaden, den ein Niederländer erlitten hatte, weil ein ihm gehöriges Fahrzeug bei Mecheln durch Bombardement vernichtet worden war. Es galt hier also eine Kriegstat, die, ob zu vermeiden oder auch nicht, laut Völkerrecht ein Akt der Souveränität ist; ein solcher aber entzieht sich dem Urteil des gewöhnlichen Richters, sicherlich dem eines ausländischen Gerichtes. Hätte das Rotterdamsche Gericht sich für unzuständig erklärt, so wäre der Sache selbst wohl kaum Aufmerksamkeit geschenkt worden; so aber hat das Gericht die Sache durchgehen lassen und das Deutsche Reich durch öffentlichen Anschlag vorgeladen, da es hierzulande keinen Wohnsitz hat. Dieses kümmerte sich nicht im geringsten um die Sache und wurde wegen Nichterscheinen verurteilt. So wurde der Gegenpartei ohne Verhör die Forderung zugewiesen; der Anwalt gab dem Gerichtsvollzieher Auftrag, das Urteil zu vollziehen; dieser würde dazu kraft seiner Instruktion auch imstande gewesen sein, wäre nicht unmittelbar die niederländische Regierung als dritter Interessent dagegen eingeschritten. Sie ersuchte die permanente Kommission für internationales Privatrecht um Auskunft und beantragte dann, auf Grund dieser Auskunft, ein Gelegenheitsgesetz, das die Sache endgültig regelte.

Den Haag, April 1917. *H. van der Mandere.*

□□□

Nichts bist du, nichts ohne die Anderen. Der verbissenste Misanthrop braucht die Menschen doch, wenn auch nur, um sie zu verachten.

Alle irdische Gewalt beruht auf Gewalttätigkeit.

Marie von Ebner-Eschenbach.

Aus der Hölle des Krieges.

Soldaten, die Bücher ſchreiben, ſind heutzutage keine Seltenheit. Wunderbar iſt es aber, wenn einer aus dem Schützengraben kommt, der mit hellem Aug' und klarem Kopf durch die falſchen Ideale, die Kriegsphraſen, die gewollten und ungewollten Lügen hindurchleuchtet und den Mut hat, zu ſagen, was er denkt. Als wären wir mitten im Frieden!

Das Buch, von dem ich ſpreche *), iſt von einem Franzosen. Kein Wunder, daß es meiſterhaft erzählt iſt. Und doch war ich zwanzig Mal verſucht, es wegzuwerfen. Es treibt den Angſtſchweiß aus den Poren; das Blut ſtockt in den Adern. Man tobt vor Verzweiflung, daß Menſchen wie wir, unſere Brüder, Väter, Söhne, Freunde das mitmachen und wir daſitzen müſſen mit den Händen im Schoß, ihnen nicht helfen können! Aber gerade, weil es ſo furchtbar iſt, muß man es von Anfang bis Ende leſen, müßte jeder es leſen! Wenn wir dann alle mit Ekel bis zum Rande erfüllt ſind, vielleicht werden wir doch einen Weg zum Frieden finden! Wir, Volk und König in einer Perſon!

Ich möchte verſuchen, dem Leſer, dem das franzöſiſche Buch nicht zugänglich iſt, eine Vorſtellung davon zu geben. Ich muß mich auf das Gedankenmaterial beſchränken. Die kräftige Menſchenzeichnung, der originelle Dialog, der Erdgeruch der Sprache kommt dabei zu kurz. Wer ſich dafür intereſſiert, kann in den „Weißen Blättern" (April 1917) ein Kapitel in ſchöner Überſetzung finden.

Ein guter Prüfſtein für die geiſtige Freiheit eines Autors iſt heute ſeine Antwort auf die Frage: Wer iſt ſchuld am Kriege? In den meiſten Fällen genügt es, die nationale Zugehörigkeit eines Menſchen zu kennen, um ſeine Meinung im voraus zu wiſſen. Was ſagt nun der Franzoſe Henri Barbusse?

„Gegen uns und gegen das Intereſſe der Menſchheit ..... ſtehen nicht nur die Säbelraßler, die Geldmacher, die Wucherer, nicht nur die ein ungeheures Vermögen verdienenden Finanzmänner, die großen und

*) Henri Barbusse: Le Feu. (Journal d'une escouade). Flammarion, Paris. Das Buch hält beim 80. Tauſend und iſt mit dem „Prix Goncourt" ausgezeichnet worden.

kleinen Macher mit ihren eisernen Stirnen und ihren unerbittlichen Systemen, die, in ihren Banken und Häusern fest verschanzt, vom Kriege leben und während des Krieges im Frieden leben. –

Da sind auch noch die Vielen, die den Klang gekreuzter Schwerter lieben und sich wie Frauen an der buntfarbigen Uniform freuen, die sich an der Militärmusik und den Kriegsliedern berauschen; und die Schwachen im Geist, die Götzenanbeter, die Primitiven. Und alle jene, welche sich in die Vergangenheit versenken und die „gute alte Zeit" stets im Munde führen; die Fanatiker der Tradition, für die jeder Mißbrauch durch die Zeit geheiligt wird, die sich von den Toten führen lassen und welche die leidenschaftlich vorwärtsstürmende Menschheit mit Gespenstern und Ammenmärchen zurückhalten möchten. – Dazu kommen noch die Priester, die uns mit der Vorstellung eines Paradieses aneifern und gleichzeitig einschläfern wollen, damit nur alles beim alten bleibt; und Advokaten, Nationalökonomen, Historiker – und wie viele andere! – die uns mit ihren Theorien und Phrasen verwirren. Sie verteidigen das Axiom von einer grundsätzlichen Verschiedenheit der Rassen, wo doch in Wirklichkeit eine moderne Nation keine andere Einheit hat, als die ihrer zufälligen geographischen Landesgrenze, deren Bewohner eine Mischung aus den verschiedensten Rassen vorstellen. Aller ehrgeizigen Eroberungssucht und allen Raubgelüsten hält ihre verdächtige Wissenschaft philosophische Begründungen und willkürliche Rechtsurkunden zur Verfügung. Kurzsichtigkeit – daran krankt der menschliche Geist! Wie oft sind die Gelehrten nichts anderes als Ignoranten, die über dem Formelkram und dem Detail nicht mehr klar und natürlich sehen können. So erfährt man aus ihren Büchern nur Kleines, nicht das Große.

Und selbst wenn sie sagen, daß sie den Krieg nicht wollen, tun sie doch alles, um ihn zu verlängern. Denn sie nähren die nationale Eitelkeit und den Willen zur Weltherrschaft. „Nur bei uns", versichert jeder mit Hinblick auf seine Landesgrenzen, „findet man Mut, Gerechtigkeit, Talent, Geschmack." Aus der Größe und dem Reichtum ihres Landes machen sie eine verzehrende Krankheit. Aus dem Patriotismus, der lobenswert ist, wie die Liebe zur Heimat oder zur Familie, so lange er Gegenstand des Gefühls oder der künstlerischen Darstellung bleibt, wird ein überlebensgroßer, nichts neben sich duldender, utopischer Begriff gemacht, der wie ein bösartiges Geschwür alle lebendigen Kräfte aufsaugt, wächst und wächst, und entweder zur Krisis des Krieges führt oder zur Erschöpfung und Ohnmacht des bewaffneten Friedens.

Die Moral selbst wird verfälscht. Mit dem einen Wort „national" wird das Verbrechen zur Tugend gewandelt. Auch die Wahrheit wird gebeugt. An die Stelle der ewigen Wahrheit tritt eine nationale Wahrheit. So viele Völker, so viele Wahrheiten, die sich gegenseitig ausschließen und welche die eine Wahrheit verkümmern und verzerren.

Wie lächerlich, wenn all diese Leute ihre beständigen Kindergezänke fortsetzen: Nicht ich habe angefangen, du hast angefangen! — Aber nein, ich nicht, du! — Fang du an! — Nein, fang du an! — Und bei diesen Streitigkeiten wird die furchtbare Wunde der Menschheit beständig offen gehalten, weil der ehrliche Wille, ein Ende zu machen, nicht vorhanden ist und, die das große Interesse daran hätten, nicht mitreden können. Alle diese Leute, die den Frieden nicht machen können oder wollen, die sich aus welchen Gründen immer an die überkommenen Formen festklammern und sie verewigen wollen, die sind unsere Feinde! — Sie sind unsere Feinde, ebensosehr wie die deutschen Soldaten, diese armen betrogenen Narren, die stumpf wie die Haustiere hier unter uns liegen. Sie sind unsere Feinde, wo immer sie geboren sein mögen, wie sie heißen mögen und in welcher Sprache sie uns anlügen! Sehen wir sie uns gut an, im Himmel und auf Erden; von allen Seiten! Prägen wir uns ihr Bild ein, ein für allemal und behalten wir es auf ewig im Gedächtnis!"

Auch in der Wertung des Krieges weicht der französische Dichter von der offiziell geprägten Meinung ab, die ihn gerne als Mittel zur Veredlung der Menschheit preist und den frischen, fröhlichen Kampf zur Verjüngung versumpfender Völker empfiehlt.

„Nicht im Sturmangriff, der eher einer Parade gleicht, nicht in der offenen Schlacht mit ihren flatternden Fahnen, nicht in der Erregung des Kampfes von Mann zu Mann vollzieht sich dieser Krieg. Er ist die entsetzliche, übermenschliche Ermüdung, das Wasser bis zu den Hüften, ist der Kot, der Unrat und der ekelhafte Schmutz; Leichname, die nichts mehr Menschenähnliches haben, zerfetzte Fleischmassen, mit Schimmel bedeckte Gesichter häufen sich auf einer unersättlichen Erde. Dies endlos einförmige Elend, von herzzerreißenden Einzelszenen unterbrochen, das ist der Krieg .....

In der trostlosen Waffenruhe des Morgens erkannten diese Männer, welche die Müdigkeit gequält, der Regen gepeitscht, eine ganze Nacht im Donner der Geschütze aufgewühlt hatte, erkannten diese dem Feuer und der Überschwemmung Entronnenen, wie sehr der moralisch und

phyſiſch gleich verdammenswerte Krieg dem geſunden Menſchenverſtand Hohn ſpricht, wie er alle großen Ideen in den Staub zieht, alle Verbrechen befiehlt. Sie wußten es jetzt, daß der Krieg in ihnen und in ihrer Umgebung ausnahmslos alle niedrigen Inſtinkte entwickelt hatte; die bis zum Sadismus geſteigerte Rohheit, den rückſichtsloſeſten Egoismus, die tollſte Genußſucht."

Nicht viel anders ſieht es mit dem „Heldentum" aus:

„Helden, anbetungswürdig, eine Art Übermenſchen wären wir geweſen! Geht mir doch! Henker waren wir, aber ehrliche Henker. Und wir werden es weiter ſein aus beſten Kräften, weil es notwendig iſt, um den Krieg zu erſticken. Das Töten ſelbſt iſt immer gemein, manchmal notwendig, aber immer gemein. Ja, harte, unermüdete Henker, das waren wir. Nur rede man mir nicht von meiner Tapferkeit, weil ich ein paar Deutſche getötet habe. –

Mir auch nicht, weil ich Franzoſen das Leben gerettet habe. Das hieße ja die Feuersbrunſt verherrlichen, weil ſie Gelegenheit gibt, Menſchen das Leben zu retten. –

Es wäre ein Verbrechen, die ſchönen Seiten des Krieges zu preiſen, ſelbſt wenn es welche gäbe. –

Das ſagt man ja nur, und ſpricht uns von Kriegsruhm, um uns in dieſer Form zu zahlen, was man uns ſchuldig geblieben iſt. Aber für uns, einfache Soldaten gibt's das ja gar nicht. Der Kriegsruhm iſt für wenige Auserwählte. Für uns iſt er eine Lüge, wie alles, was es angeblich im Krieg Herrliches gibt. . . . .

Aber darf man das alles auch nur ſagen? Man würde verflucht und verbrannt. Der Helmbuſch iſt zum Gegenſtand eines Kultus geworden und die nicht anbeten, werden ebenſo grauſam und dumm verfolgt, wie je die Ketzer einer Religion!"

Wunderbar genug, daß der Autor dies ſchreiben konnte, ohne daß der franzöſiſche Zenſor mit ſeiner weißen Farbe darüber geſtrichen hat! Tyrannen haben eben Launen und wir wollen es ihnen diesmal Dank wiſſen.

Auch den Glauben an die Opferbereitſchaft der Bevölkerung im Hinterland hat eine Erfahrung von 18 Kriegsmonaten dem Soldaten ſehr erſchüttert. Kommt die Mannſchaft nach dem ſchweren Frontdienſt in ein Dorf, um einige Tage zu raſten, dann beginnt für ſie erſt ein neuer Kampf. An den Türen klopfen ſie vergeblich an. Niemand will ſie aufnehmen. Haben ſie dann endlich ein armſeliges Unterkommen

geſunden, dann leiden ſie unter der Ausbeutung. Man läßt ſie alles teuer bezahlen. „Es muß auch Leute geben, die reich werden; jeder kann ſich nicht töten laſſen“, bemerkt eine bittere Stimme. „Wie nehmen uns doch die wackeren Leuten mit offenen Armen auf!“

Im Wirtshaus bemerkt ein roſig ausſehender Herr: „Ihr ſeid Helden. Wir andern arbeiten für das wirtſchaftliche Leben unſeres Vaterlandes. Es iſt ein Kampf wie der eure. Ich mache mich nützlich. Ich will nicht gerade ſagen, mehr als ihr, aber ebenſo ſehr.“ Und ein anderer ſetzt hinzu: „Wie gerne wäre ich unter die Soldaten gegangen, aber –, ich habe kein Glück. Mein Bureauchef kann mich nicht entbehren.“ Und das ſind dieſelben Leute, die ſich zu Anfang des Krieges und vor dem Krieg an patriotiſcher Begeiſterung gar nicht genug tun konnten. Ihre Deviſe iſt „Retten wir Frankreich und fangen wir mit uns ſelber an!“

Anläßlich des Beſuches, den eine Gruppe von Journaliſten, „Touriſten des Schützengrabens“ an der Front macht, entwickelt ſich unter den Soldaten ein ergötzliches Geſpräch. „So ſehen ſie alſo aus, die uns den Kopf voll machen“, meint Marthereau. Barque tut, als ob er eine Zeitung vor ſich hätte und rezitiert mit erhobener Stimme:

„Der deutſche Kronprinz iſt verrückt geworden, nachdem er zu Anfang des Krieges getötet wurde. Er hat alle Krankheiten. Kaiſer Wilhelm wird heute ſterben und morgen wieder ſterben. Die Deutſchen haben keine Munition mehr, nichts mehr zu beißen. Nach den genaueſten Berechnungen von kompetenter Seite können ſie höchſtens noch bis Ende dieſer Woche aushalten. Man wird mit ihnen fertig ſobald man nur ernſtlich will. Warum wir noch einige Tage warten? Weil wir das Leben im Schützengraben nicht aufgeben wollen. Es geht uns dort zu gut: Waſſerleitung, Gas, Badezimmer in allen Stockwerken. Der einzige Fehler: im Winter iſt es faſt zu warm. – Was die Öſterreicher betrifft, ſo ſind ſie ſchon längſt erledigt. Sie tun nur noch, als ob ....“

Im einzelnen werden die verſchiedenen Kliſchees, deren ſich die Zeitungen bei Gelegenheit bedienen, der Kritik unterworfen. So meint ein Soldat, angeſichts einer Wolke erſtickender Gaſe, die ſich niederſenkt, das ſeien doch unloyale Kriegsmittel. Und ein Kamerad erwidert: „Geh mir doch mit deinen loyalen und unloyalen Kriegsmitteln! Wenn man geſehen hat, wie durch eine gewöhnliche Granate die Menſchen ausgehölt, entzweigeſägt, von oben nach unten auseinandergeriſſen, in Teile zerfetzt werden, ihre Eingeweide herausgeholt und verſtreut, Gehirnſchalen wie durch einen Keulenſchlag in die Lunge eingetrieben werden,

wie an Stelle eines Kopfes aus einem kurzen Hals eine Marmelade aus Hirnmasse über Brust und Rücken quillt – wenn man das gesehen hat, wie will man dann noch von loyalen Kriegsmitteln reden?"

Für Henri Barbusse gibt es nur eine Angst – daß all dieses namenlose Leiden vergessen werden könnte, also umsonst gewesen sei – und nur einen Sieg: den der Menschenverbrüderung über die Menschenvernichtung, des Friedens über den Krieg.

„Wir werden erzählen und man wird uns nicht glauben. Nicht aus bösem Willen oder aus Gleichgiltigkeit, nur weil es unmöglich scheint.... Wir selbst werden vergessen... nicht nur die lange Dauer dieses unermeßlichen Elends; die Märsche über eine aufgewühlte, durchfurchte Erde; die Bepackung, die immer schwerer auf unseren Knochen liegt; die Müdigkeit, die so groß wird, daß man seinen eigenen Namen vergißt; das zermürbende Warten und Feststehen auf einem Fleck, die Erdarbeiten, die alle Kräfte übersteigen; das endlose Wachen, um einen Feind auszuspähen, der in der Nacht überall ist; der Kampf gegen den Schlaf und das Lager von Unrat und Läusen. – Und selbst die hinterlistigen Überfälle durch die Bomben und Minen, die Maschinengewehre und erstickenden Gase, die Gegenangriffe, so furchtbar sie uns im Augenblick packen – alles verschwindet, man weiß nicht wohin, man weiß nicht wie. Es bleiben nur die Namen der Dinge, die bloßen Worte, wie in den Kriegsberichten."

Ein Aufschrei geht durch die kleine Gruppe:

„So wäre denn all unsere Qual umsonst? –

Wenn man sich bloß erinnern könnte! Dann wäre der Krieg nicht so nutzlos....

Nein, nach diesem Krieg darf es keinen Krieg mehr geben....

Sieger sein in diesem Krieg ist nicht genug. Nicht den Feind muß man bezwingen, sondern den Krieg....

Dann arbeiten wir ja auch für die Preußen! –

Hoffentlich. –

Beschäftigen wir uns doch mit unsern eigenen Angelegenheiten. Sollen wir uns denn immer um die andern kümmern? –

Gewiß sollen wir das. Denn das, was du die andern nennst, das sind gar keine Andern; das sind wir selber." –

Zwei Heere, die sich bekämpfen, sind wie eine einzige Armee, die sich selbst mordet."

Franza Feilbogen.

Zeitschriftenschau.

Das österreichische Friedensangebot. *The Manchester Guardian* (17. April) betont, dass ein österreichisches Friedensangebot im Namen der Zentralmächte mehr Entgegenkommen bei den Engländern finden würde als ein deutsches. Doch müssten zwei Fehler vermieden werden, wenn es nicht von vorneherein zum Schiffbruch verdammt sein soll: Erstens, indem die blossen Allgemeinheiten fallen gelassen und bestimmte Friedensbedingungen ausgesprochen werden; zweitens, indem jeder Versuch vermieden werde, einen Verbündeten von den anderen trennen zu wollen, da derartige Vorschläge überhaupt niemals zu ernster Prüfung zugelassen würden. Besonders wichtig wäre eine gründliche Erwägung der österreichischen Regierung, ob sie die Vorschläge Russlands in der polnischen Frage nicht etwa in der Form verbessern und im Wesen aufrecht erhalten könnte.

Englische Pressfreiheit. Dasselbe Blatt bringt nebst einem ausführlichen Berichte über die Parlamentssitzung, in welcher die Regierung über das Ausfuhrverbot der *Nation* interpelliert wurde, eine ganze Anzahl von Artikeln über diese Angelegenheit, welche der *Manchester Guardian* als äusserst wichtig erklärt. Wenn es möglich sei, ein Blatt zu verbieten, weil daraus entnommene Zitate nach Ansicht irgend eines Pressbureaus oder eines nervösen Generals auf den Feind ermutigend wirken könnten, so sei die ganze englische Pressfreiheit nicht eine Prise Salz wert.

Churchill hat mit köstlichem Humor in diese Debatte eingegriffen. Es sei ja begreiflich, dass die Regierung die Kräftigung des Feindes durch eine beharrliche Lektüre der *Nation* nur mit äusserster Besorgnis ansehen könne. Wenn z. B. der deutsche Generalstab nicht weiss, ob er eine Offensive gegen die englische Armee wagen soll, was tut er? Er nimmt einfach die *Nation* zur Hand, erfährt daraus, dass die Engländer von den Deutschen manchmal zum Rückzug genötigt worden sind und geht mit frischem Mut an seine Arbeit. Oder die deutsche Zivilbevölkerung hungert. Gibt es da etwas Nahrhafteres als eine Nummer der *Nation?* Nur sollte man auch die *Morning Post* und die *Times* nicht hinauslassen, denn beide sind schon von dem Wolff-Bureau gelegentlich den Deutschen zu ihrer Stärkung vorgesetzt worden. Dass die Militärzensur mit brutaler Dummheit vorgehe, darüber würde er sich nicht aufhalten; das liege in ihrer Natur. Dass aber die Regierung sich mit jedem dummen Streiche der Zensur identifiziere, sei ein grosses Übel. Warum Lloyd George nicht einfach dem Hause ein gutes Wort gebe und sage: „Die Dummheit meiner Subalternen hat mich da in eine schlimme Sauce gebracht; wir wollen so etwas nicht mehr wieder tun.“ — Wie schade, dass

diese Einladung zur Abbitte an einen leeren Stuhl gerichtet werden musste; Lloyd George war klüglich vorher „zu einer Konferenz" enteilt. Auch der böse Eindruck des Exportverbots in Amerika wurde hervorgehoben, besonders eine Äusserung des Obersten House, des bekannten für Wilson reisenden Intimus, dass ihm bisher die *Nation* neben dem *Manchester Guardian* das einzige lesbare englische Blatt gewesen sei. Übrigens tritt auch in andern Angelegenheiten, z.B. in der irischen Frage, die Tatsache zutage, dass Amerika mit seinem Kreuzzuge für die Demokratie zunächst — England zu erobern Aussicht hat.

Eine grundlegende Schulreform. Von sonstigen Artikeln des *Manchester Guardian* möchten wir den Bericht über die grundlegende Schulreform erwähnen, welche England in Angriff nimmt, ohne sich den bequemen Aufschub ad calendas pacis zu vergönnen. Unentgeltlicher Unterricht auch in der Mittelschule und ein ganzes System der wirtschaftlichen und sozialen Hebung des Lehrstandes gehören zu den hervorstechendsten Zügen des Programms, durch welches der neue Unterrichtsminister, Fisher, trotz der nicht unwesentlichen Belastung des Budgets von vorläufig 100 Millionen Franken jährlich sich mit einem Schlage die Gunst des Parlamentes und der Presse erobert hat.

Das Salzburger Universitätskompromiss. In der Wiener *Arbeiterzeitung* vom 8. Mai veröffentlicht L. M. Hartmann einen geharnischten Protest gegen die Absicht, den langjährigen Kampf zwischen den Anhängern einer staatlichen und denen einer „freien", d. h. privaten katholischen Universität in Salzburg durch ein Kompromiss zu enden. Es soll nämlich zwischen den Notabilitäten der Salzburger Deutschnationalen und der Klerikalen ein Ausgleich des Inhaltes vereinbart worden sein, dass in Salzburg eine staatliche Universität mit fünf katholischen Professuren an den weltlichen Fakultäten gegründet werde, darunter einer philosophischen, einer historischen, einer kirchenrechtlichen. Für diese soll der Erzbischof von Salzburg das entscheidende Wort bei der Besetzung sprechen und der Staat sein Ernennungsrecht nur mit Genehmigung des Erzbischofs ausüben dürfen. „Die ersten Ernennungen auch der nicht gebundenen Professoren, bei denen die Fakultäten, da sie noch nicht bestehen, nicht mitwirken könnten, würden dann unter dem heutigen Kurse schon dafür sorgen, dass in die Fakultäten keine unliebsamen Personen ihren Einzug halten und die Glaubens- und Gesinnungseinheit möglichst gewahrt würde ... Es wäre weit gekommen mit einem Staate, dessen Unterrichtsminister sich derlei bieten lässt oder gar seine Hand dabei im Spiele hat, weit gekommen mit einer bürgerlichen Partei, die so würdelos wäre, ein solches Kompromiss anzuerkennen. Sie hat weder mehr das Recht, sich eine freisinnige zu nennen, weil sie einen kostbaren Besitzstand des modernen Geistes ausliefert, noch eine nationale, da die freie Wissenschaft zu den erhabensten Ruhmestiteln des deutschen Volkes gehört."

Soweit Hartmann. Auch ein politisches Bedenken kann nicht verschwiegen werden. Eine staatlich-klerikale Universität würde in dem Augenblicke, in welchem die ganze Welt einschliesslich des autoritären Deutschland eine Neuorientierung nach links anstrebt, ein verhängnisvoll unzeitgemässer Versuch sein, gerade in Österreich eine Orientierung nach rückwärts, in die Zeit des Konkordates zurück, zu vollziehen, welche selbst schon für die Reaktionsjahre Europas zu reaktionär gewesen ist und mit Solferino und Königgrätz geendet hat. Im Jahre der russischen Revolution kommt alles darauf an, den Beweis zu erbringen, dass auch die alte Monarchie an der Donau einer Verjüngung im freiheitlichen und fortschrittlichen Sinne fähig ist. Nur durch energische und aufrichtige Demokratisierung kann die Monarchie ihren Feinden, welche auf ihre Zertrümmerung ausgehen, den Wind aus den Segeln nehmen, nur so innerhalb der Entente die gemässigten Elemente stärken, welche zum Frieden mit einem fortschrittlichen Österreich geneigt sind.

Gibt es eine nationale Philosophie? Unter diesem Titel veröffentlichte J. Benrubi in der März-Nummer der *Internationalen Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik* (Teubner, Leipzig) eine Abhandlung, wo er die nationale Auffassung der Philosophie, wie sie von zwei hervorragenden Vertretern der Kriegführenden, Wundt und Bergson, vertreten wird, und damit zugleich die Verquickung von Wissenschaft und Politik in energischer Weise bekämpft. Gewiss, niemand wird leugnen können, meint Benrubi, dass das nationale Moment auch in der Philosophie eine wichtige Rolle gespielt hat. Das Schaffen eines Denkers wurzelt tief im Bewusstsein seines Volkes und seiner Zeit. Ein Descartes ist undenkbar im Deutschland des 18. Jahrhunderts, ebenso wie ein Kant in Frankreich des 17. Jahrhunderts. Aber das Nationale ist eben ein Merkmal, unmöglich kann es uns den Schlüssel des philosophischen Schaffens geben. Die Wahrheit ist weder deutsch, noch englisch, noch französisch usw., sondern übernational. Gott ist ihre Heimat. Namentlich lässt sich, was Wundt von Spinoza sagt, auf alle grossen Denker der Neuzeit anwenden: ihr Schaffen gehört keiner Nation und allen zugleich an. Mehr oder weniger sind alle von geistigen Strömungen verschiedener Zeiten und Völker beeinflusst, so dass manchmal zwischen zwei Denkern verschiedener Nationalität eine viel grössere innere Verwandtschaft besteht, als zwischen zwei Denkern derselben Nation. Männer von so grundverschiedener Geistesart wie Descartes, Pascal, Voltaire, La Mettrie, Rousseau, Condillac, Biran, Comte, Cousin, Taine, Lachelier, Durkheim und Boutroux in einen Topf werfen und dieses Ragout als „Philosophie française" auf Kosten der ungeheuren Mannigfaltigkeit des deutschen Denkens verherrlichen, ist eine grosse Gefahr nicht nur für die Philosophie, sondern überhaupt für das Ganze des Völkerlebens. Früher oder später muss das zur Zerreissung der Bande der Menschheit führen. Und wer würde in der Tat leugnen können, dass in diesem Verfahren und

mithin in der Sprengung der Brücken zwischen den Völkern, Ländern und Zeiten eine der tiefsten Wurzeln des gegenwärtigen Krieges liegt? Will man daher in Zukunft Katastrophen, wie wir sie jetzt erleben, vermeiden und das Übel gründlich heilen, so muss man u. a. auch diese Wurzel ausrotten. Man muss also jene Brücken wieder schlagen; man muss bei den Völkern das Bewusstsein der Solidarität, die zwischen ihnen besteht, wecken oder stärken; man muss ihnen zeigen, dass sie auf keinem Gebiet einander entbehren können, dass die Völkerharmonie, der Humanismus, der ideale, d. h. normale Zustand des Menschengeschlechts ist.

Nationalismus und internationale Bestrebungen. Prof. Dr. Wilhelm Foerster plaudert im *Berliner Tageblatt* vom 15. April über die Schwierigkeiten, welche ein engherziger Nationalismus selbst einer so offenbar gemeinnützigen Sache wie der Ausbreitung des metrischen Mass- und Gewichtssystems bereitet hat. Bismarck selbst hat seinerzeit einschreiten müssen, um einerseits seine Preussen davon abzuhalten, für die deutsche Nation ein besonderes preussisches Mass- und Gewichtssystem zu erdenken, andererseits die Empfindlichkeit der Franzosen gegen eine internationale Überwachung ihrer Einrichtungen, worin sie „den Beginn einer Art von Mediatisierung“ erblickten, zu beschwichtigen. Über seine Erfahrungen im Verkehr mit Franzosen schreibt der berühmte Astronom: „Ich habe in den einundvierzig Jahren, von 1872 bis 1913, in denen ich alljährlich mindestens einmal mit amtlichen Pflichten betraut, in Paris weilte, unvergessliche Eindrücke und Erfahrungen von Noblesse und Herzensgüte erlebt, auch bei den Persönlichkeiten, die meinen Bestrebungen und Aufgaben gegnerisch gesinnt waren. Zwischen diesen wertvollen Erinnerungsschätzen und manchen Eindrücken der Gegenwart waltet ein Gegensatz, der mir ganz unaussprechliches dauerndes Weh der Seele bereiten würde, wenn ich nicht auch sonst vielfach erfahren hätte, dass gerade in Menschenseelen von besonderer Feinheit leichter und öfter soziale Erkrankungen der Affekte entstehen, die eine Hoffnung auf Genesung aber nicht ausschliessen.“

Romain Rolland und die Matthäuspassion. Die kleine *Revue mensuelle* in Genf (Rue Bovy-Lysberg 8), aus den bescheidenen Anfängen einer Familienzeitschrift hervorgegangen, hat sich unter Herrn Ch. Bernards Leitung zu einem vornehmen Blatte ausgewachsen, das den Neutralitätsgedanken und die Ideale der Brüderlichkeit und des Menschentums aufrecht erhält.

In der Aprilnummer gibt Romain Rolland seine Eindrücke von den Märzaufführungen der Matthäuspassion in Basel wieder. Dabei gelangt er zu folgender überraschenden Wendung, die Bachs „Passion“ mit dem Krieg in Beziehung bringt: „Ich denke an die vielen aufrichtigen Herzen, die in allen Ländern Christi Passion feiern und sich über die Martern des Menschensohns entrüsten ..., aber nichts tun, um das Martyrium der Menschensöhne, die in den Schützengräben liegen, um eine einzige Stunde zu verkürzen ... Man wird es müde, dies zwecklose Jammern

tugendhafter Seelen anzuhören, die das Opfer der Vergangenheit anbeten und mit frommen Tränen netzen, aber die es heute von neuem erwürgen oder gleichgültig vor ihm den Blick wenden, wenn sie es nicht mit Schadenfreude tun. Seid aufrichtige Menschen und begnügt Euch nicht mit dem billigen Bedauern über unsühnbare Verbrechen alter Zeiten. Wendet Euren frommen Eifer der Gegenwart zu: Christus ist nicht nur unter Pilatus gestorben; er stirbt täglich vor unsern Augen und durch unsere Schuld!" —

Der Künstler und der Krieg. René Arcos, ein Dichter der jungfranzösischen Schule, die in der weltumspannenden Liebe und Brüderlichkeit Walt Whitmans ihr Vorbild gefunden hat, beklagt das furchtbare Schicksal, welches heute die mildesten Menschen zwingt, Blut zu vergiessen. Der Versuch zu vermitteln und die Geister zu nähern — die edelste Aufgabe des Künstlers — wird mit heftigen Angriffen und wilden Verwünschungen aus beiden feindlichen Lagern beantwortet. Warum müssen Menschen wie Chennevière, Charles Vildrac, Duhamel etc., wahre Priester der Liebe, zu diesem ihr ganzes bisheriges Wirken vernichtenden Treiben verurteilt sein?

(*Coenobium*, Jan.-Febr. 1917.)

Was ist Takt? Die Frage beantwortet Egon Friedell in einer geistreichen Plauderei. Im Grunde, meint er, nichts anderes als Intelligenz auf die Behandlung der Menschen angewendet, die man möglichst wenig in ihren vorgefassten Meinungen stört. Das wäre also ein geschicktes Instrument im Kampf ums Dasein.

Dagegen wird hervorgehoben, dass die gesellschaftliche Sünde der Taktlosigkeit für den Fortschritt von grösster Bedeutung ist: „Alles, was unsere Entwicklung, im Grossen wie im Kleinen, irgendwie vorwärtstreibt, beruht immer auf irgendeiner groben Taktlosigkeit. ... Jeder schöpferische Mensch zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass er keinerlei Rücksichten nimmt. ... Er erörtert Fragen, über die Menschen niemals zu sprechen pflegen, wie wenn sie einen geheimen Kontrakt geschlossen hätten, diese Dinge ein für allemal nicht zu berühren. Er aber bricht diesen Kontrakt, belästigt jedermann und führt lärmende, exaltierte Reden, die niemand von ihm verlangt hat. ... Und darum sollte man immer aufhorchen, wenn in der Kunst irgendeine empörende Taktlosigkeit begangen wird." Und Friedell schliesst mit dem Rat: „Mensch, sei taktvoll in allen unwesentlichen Dingen des kleinen Lebens und der Stunde, und sei ungeheuer taktlos in allen Dingen, die dir wirklich wichtig sind!"

(*Die Schaubühne*, 15. März.)

□□□

Stockholm und der Völkerfriede.

Von Dr. ED. BERNSTEIN, Mitglied des Reichstages.

Man wird etwa an den Wiener Kongress von 1814/15 erinnert, wenn man die Berichte liest, die aus Stockholm über die Vorboten der dorthin einberufenen internationalen sozialistischen Konferenz einlaufen. Nicht mit lediglich einer allgemeinen Konferenz der sozialistischen Internationale haben wir es zu tun, sondern mit Konferenzen, hinsichtlich deren im Augenblick, wo dieses geschrieben wird, noch nicht sicher ist, wie gross ihre Zahl sein wird, ja, nicht einmal mit Sicherheit vorausgesagt werden kann, welche von ihnen am stärksten besucht sein, am meisten Anspruch darauf haben wird, den Gedanken und Strebungen der sozialistischen Internationale zutreffenden Ausdruck zu geben. Immerhin kann man der Konferenz, zu der die holländische Sektion des internationalen sozialistischen Bureaus nach vorheriger Verständigung mit dessen ständigem Sekretär Camille Huysmans eingeladen hat, und deren Einladungskomitee sich nach Beitritt der Vertreter der Sozialdemokratie der skandinavischen Länder zu einem ständigen Ausschuss für die Friedenskonferenz umgebildet hat, die Bezeichnung als Hauptkonferenz zuerkennen. Ob sie es aber wirklich sein wird, lässt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Es ist nicht unmöglich, dass die Konferenz ihr den Rang streitig machen wird, zu der die Internationale sozialistische Kommission in Bern eingeladen hat, welche ihr Mandat den im vorvorigen und vorigen Jahre abgehaltenen sozialistischen Zusammenkünften von Zimmerwald und Kiental verdankt, und die im folgenden der Kürze halber die Konferenz der Zimmerwalder genannt werden mag. Sie ist auf einen früheren Tag angesetzt als die Hauptkonferenz, und ein Teil der Sozialisten, die diese besuchen, werden auch an ihr teilnehmen, während andere Sozialisten, die für sie angemeldet sind, bis jetzt von der Hauptkonferenz nichts wissen wollen. Als eine Sonderkonferenz eigener Art ist eine Konferenz

von Vertretern sozialistischer Jugendorganisationen zu bezeichnen, zu der gleichfalls Einladung ergangen ist, und weiterhin ist mit Sonderkonferenzen zu rechnen, denen selbst die Konferenz der Zimmerwalder nicht genügende Bürgschaft für die Ablehnung jeder Art von Nationalismus darbietet, mit einer, wenn nicht zwei Konferenzen sozialistischer Frauen, sowie mit einer vom Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat geplanten allgemeinen Sozialistenkonferenz, über deren Einladung und Datum gleichfalls noch nichts Genaueres bekannt ist.

Vorläufig stellt sich also das Bild der internationalen sozialistischen Konferenzen, die Stockholm von Ende Mai ab beherbergen soll, noch ziemlich verworren dar. Damit ist aber auch auf die Überlegenheit der Sozialdemokratie über die Regierungen und Parteien der herrschenden Klassen nicht mehr mit der Sicherheit zu rechnen, deren sie sich vor dem Kriege rühmen durfte: sie kann den in rivalisierende Gruppen gespaltenen Vertretern der alten Gesellschaft nicht mehr als international geeinter Bund der Vertreter der neuen, die Verbundenheit der Völker zum leitenden Prinzip erhebenden Gesellschaft sich gegenüberstellen. Der in zwei sich zerfleischende Lager zerfallenden Welt der Regierenden stellt die Sozialdemokratie nur noch getrennte, zum Teil einander bitter befehdende oder geradezu ausschliessende Haufen gegenüber. Die Staatsmänner, die diesen Krieg entfesselt haben, werden eines Tages von sich sagen können, dass, wenn sie nichts anderes zustande bringen konnten, es ihnen wenigstens gelungen ist, nicht nur in die Völker Hass und Verbitterung hineinzutragen, sondern auch die Partei, welche die Verbrüderung des Proletariats aller Länder auf ihre Fahne geschrieben hat, hier national und dort international bis zur erklärten Gegnerschaft zu spalten.

Es liegt auf der Hand, dass, wenn es dabei bleibt, von Stockholm nur wenig für die Beschleunigung des Völkerfriedens erhofft werden kann. Ja, es ist sogar nicht undenkbar, dass im Gegenteil das Endergebnis der Zusammenkünfte in Schwedens Hauptstadt eine Verschlech-

terung der Friedensaussichten bedeuten kann. Spitzen sich die Gegensätze unter den sozialistischen Parteien in Stockholm zu, und schwindet damit die bis jetzt wenigstens in der Idee noch vorhandene Aussicht auf eine einheitliche Aktion der sozialistischen Internationale für den Frieden, so würde dadurch jede etwaige Aktion von Einzelgruppen gegen den Krieg von vorneherein in ihrer Wirkungsmöglichkeit moralisch u n d materiell schwer geschädigt sein, und die Anwälte des Kriegs bis zum äussersten in den verschiedenen Lagern hätten gewonnenes Spiel, unter Umständen sogar eine Art Entschuldigung für ihr Verhalten.

Vergegenwärtigt man sich dies, so hat man damit einen Hinweis, worin die Hauptaufgabe der Konferenzen in Stockholm zu bestehen haben wird. Sie ist in kurzem die, es möglich zu machen, dass bei aller Verschiedenartigkeit der Standpunkte, die ganz zu überbrücken eine Unmöglichkeit sein wird, die Fraktionen der Internationale durch eine Verständigung über ein Friedensprogramm und Grundsätze der Friedenspolitik und Friedensaktion in die Lage kommen, die ganze Kraft der Bewegung für die schnelle Erzielung eines in ihrem Sinne guten Friedens wirkungsvoll ins Spiel zu bringen.

Bis zu einem gewissen Grade ist sich auch der vorerwähnte ständige Ausschuss dessen bewusst und handelt danach. Er zieht die Delegationen der verschiedenen Länder, wie sie in Stockholm eintreffen, zu Sitzungen heran und sucht in freundschaftlicher Unterhaltung deren Auffassung über die verschiedenen einschlägigen Fragen zu ermitteln; indem er die einzelnen Delegationen mit den Ansichten der andern bekannt macht, sucht er zugleich im voraus über möglichst viele Punkte Verständigung zu erzielen. Ein anerkennenswert kluges Verfahren. Nur scheint mir der Ausschuss die von den Konferenzen zu entscheidenden Fragen nicht ganz im Verhältnis ihrer tatsächlichen Bedeutung gegeneinander einzuschätzen und das grössere Schwergewicht dort zu suchen, wo es nach meiner Ansicht nicht liegt, nämlich beim Friedensprogramm, beziehungsweise den Friedensforderungen.

Nun bestehen in der Tat zwischen Sozialisten verschiedener Länder und Fraktionen nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheiten über die ihre Nation angehenden Fragen. Als die bekannteste davon darf die Frage Elsass-Lothringen bezeichnet werden. Die Mehrheit der französischen Sozialisten vertritt den Standpunkt, und ein nicht unerheblicher Teil der Minderheit ihrer Partei stimmt ihr darin grundsätzlich zu, dass Deutschland dadurch, dass es Anfang August 1914 Frankreich ohne jede provokatorische Handlung von dessen Seite, mit Krieg überzog, den Frankfurter Vertrag von 1871, der die Abtretung von Elsass-Lothringen festsetzte, selbst zerrissen und damit das Recht auf die beiden Provinzen, die es 1871 mit Gewalt und gegen den ausdrücklichen Protest von deren freigewählten Abgeordneten annektierte, verwirkt habe. Es muss nunmehr den Elsass-Lothringern mindestens Gelegenheit gegeben werden, durch Volksabstimmung darüber zu entscheiden, ob sie bei Deutschland verbleiben oder wieder mit Frankreich vereint werden wollen. Im Gegensatz dazu hat die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuss der deutschen Sozialdemokratie im August 1915 mit grosser Mehrheit neben anderen, ihr von dem Fraktionsmitglied Dr. Ed. David unterbreiteten Leitsätzen auch den folgenden beschlossen:

„Die Sicherung der politischen Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Deutschen Reiches heischt die Abweisung aller gegen seinen territorialen Machtbereich gerichteten Eroberungsziele der Gegner. Das trifft auch zu für die Forderung der Wiederangliederung Elsass-Lothringens an Frankreich, einerlei, in welcher Form sie erstrebt wird.“

Ein schrofferer Gegensatz als er hier zwischen französischen und deutschen Sozialdemokraten in einer völkerpolitischen Frage zutage tritt, ist schwer denkbar. Während die Franzosen sich auf den demokratischen Grundsatz berufen, dass die blosse Gewalt niemals dauernden Rechtsanspruch schafft, und dem nationalen Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung die letzte Entscheidung über deren Staatszugehörigkeit zugewiesen wissen wollen, stellt sich die deutsche sozialdemokratische Mehrheit in Sprache und Grundsatz rückhaltlos auf den Standpunkt des Gewalteigentums an Völkern wie an Sachen. Nicht in Hinblick

auf die Schwierigkeiten, welche die Vorurteile der heute regierenden Klassen einer solchen Lösung der Frage in den Weg stellen, d. h. auf die ungeheuren Menschenopfer, die ihre Erkämpfung erfordern könne, sondern unter Berufung auf ein Machtinteresse des Reiches, wie es heute ist, verwirft sie grundsätzlich die Forderung, dass die zwischen dem deutschen und dem französischen Volk schwebende Streitfrage durch Anwendung des demokratischen Grundsatzes der nationalen Selbstbestimmung geschlichtet werde. Sie erklärt den Protest für null und nichtig, den 1871 die gesamte deutsche Sozialdemokratie unter Führung von Bebel, Liebknecht, Schweitzer gegen die gewaltsame Angliederung der beiden Provinzen an Deutschland erhoben hat, und sagt sich von Friedrich Engels, dem Mitbegründer der Theorie des modernen Sozialismus, los, der noch drei Jahre vor seinem Tode, im Jahre 1892, schrieb:

„Sobald die deutsche Sozialdemokratie an die Herrschaft kommt, kann sie diese weder ausüben noch festhalten, ohne die Ungerechtigkeiten wieder gutzumachen, die ihre Amtsvorgänger gegen andere Nationen begangen. Sie wird die Wiederherstellung des heute so schnöde von der französischen Bourgeoisie verratenen Polen vorbereiten, sie wird Nordschleswig und Elsass-Lothringen in die Lage versetzen müssen, frei über ihre politische Zukunft zu entscheiden.“ (*Neue Zeit*, Zehnter Jahrgang, I, S. 584.)

Nun ist freilich die deutsche Sozialdemokratie heute nicht an der Herrschaft und also auch nicht in der Lage, jenes Wort einzulösen. Aber nicht mit dem Hinweis darauf lehnt die Mehrheitsfraktion die Forderung der Franzosen ab, sondern grundsätzlich. Unzweideutig gibt sie zu verstehen, dass sie auch nicht anders handeln würde, wenn sie an der Macht wäre. Damit wäre die Vereinbarung eines Friedensprogramms, für das sich die deutschen und die französischen Sozialisten einmütig erklären könnten, zur Unmöglichkeit gemacht. Denn die ziemlich allseitig akzeptierte Formel „Keine Annexionen“ hilft über diesen Gegensatz nicht hinweg. Man müsste sie denn so auslegen, dass man sagte: „Recht der Völker auf nationale Selbstbestimmung ist Unsinn. Was Macht war, muss Macht bleiben, die Macht- und Gebietsverhältnisse müssen so wiederhergestellt werden, wie sie vor dem Kriege waren.“

Das hiesse aber, im nationalpolitischen Konservatismus noch hinter die heute Regierenden zurückgehen und die Unfähigkeit der sozialdemokratischen Internationale proklamieren, ein besseres Friedensprogramm als diese aufzustellen.

Es ist in der Tat anzunehmen, dass die Mehrheit der Konferierenden nicht darauf werde verzichten wollen, zu den durch den Krieg auf die Tagesordnung gesetzten Fragen bestimmte Stellung im Sinne demokratischer Völkerpolitik zu nehmen. Sie werden sich sagen, dass die sozialdemokratische Internationale zwar bei Aufstellung eines Friedensprogramms nicht, über den gegebenen Stand der politisch-sozialen Entwicklung hinweg, einfach auf die Ausmalung eines Zukunftsideals sich verlegen könne, für das die notwendigen Voraussetzungen nur unvollkommen vorhanden sind, dass sie aber nicht in gleicher Weise an die Rücksicht auf Machtinteressen der Staaten gebunden sei, wie etwa eine Konferenz von Beauftragten der Staaten selbst. Eine internationale sozialistische Konferenz sei kein Konzil von Vertretern der theoretischen sozialistischen Spekulation, sie sei aber auch keine Botschafterkonferenz. Sie brauche nur die völkerpolitischen Grundsätze der proletarischen Demokratie zur Richtschnur zu nehmen, um für die obwaltenden nationalen Streitfragen die Formel zu finden, gegen die ein begründeter Protest von keiner sozialistischen Fraktion möglich sei, die überhaupt darauf Anspruch erhebe, als zugehöriger Teil der Internationale des Proletariats anerkannt zu sein. Sie werden also wahrscheinlich nach ihrer besten Überzeugung über die Frage Elsass-Lothringen befinden, ohne sich durch die Vorbehalte beirren zu lassen, die, sei es von deutschen oder von französischen Sozialisten, geltend gemacht werden sollten, und sie sind um so mehr dazu berechtigt, so zu handeln, weil es nicht Aufgabe der Partei der Arbeiterklasse ist, nach der Weise der Regierungen über Friedensbedingungen unter dem Gesichtspunkt der Machtinteressen zu verhandeln, sondern für Friedensvereinbarungen ihre Stimme in die Wagschale zu werfen, die

nach ihrer besten Überzeugung den Anforderungen der sozialen Vernunft entsprechen.*)

Weder die Frage Elsass-Lothringen noch die Frage der strittigen Gebiete Mazedoniens noch ähnliche Besitzfragen der Staaten werden, da auf einer wahrhaft internationalen Konferenz die etwaigen Interessenten immer in der Minderheit sein werden, den Konferierenden unüberwindliche Schwierigkeiten darbieten. Aber auch für die Fragen der Verantwortungen, der Ansprüche auf Schadenersatz und der Friedensbürgschaften werden, wo genügend Nationalitäten vertreten sind, dass nicht die etwaigen Vorurteile und Sonderinteressen von einzelnen überwiegen, auf jeder Konferenz von Sozialisten ohne erheblichen Streit Antworten gefunden werden, die den Rechtsgedanken der Demokratie zum vollen Ausdruck bringen und die Sache des Völkerfriedens wirkungsvoll fördern würden.

Von einigen Seiten ist die Ansicht ausgesprochen worden, aus den Erörterungen der Konferenz (oder Konferenzen) müsse die Frage der Schuld am Kriege ganz ausgeschaltet werden. Die Proteste der Mehrheit der Franzosen, der englischen Labour Party, einer grossen Fraktion der amerikanischen Sozialdemokratie und anderes zeigen indes, dass dies eine Unmöglichkeit ist. Jede Konferenz von Sozialisten, die dieser Frage ausweichen würde, würde sich damit dem Vorwurf der moralischen Feigheit, wenn nicht Parteilichkeit, aussetzen und ihren Beschlüssen die überzeugende Kraft rauben, deren sie bedürfen, um auf die Geister nachhaltig zu wirken.

Die Frage ist auch nicht damit zu erledigen, dass man kurzweg das heutige Staatensystem, den Kapitalismus, den Imperialismus oder andere objektive Mächte für den Krieg verantwortlich macht. Gewiss haben diese Systeme die Voraussetzungen geliefert, die diesen Krieg möglich machten, und die Kräfte gezüchtet, die zu ihm hintrieben. Aber

*) Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands tritt grundsätzlich mit Entschiedenheit für das Recht der Elsass-Lothringer auf nationale Selbstbestimmung ein, jedoch soll nach ihr diese Frage nicht zur Ursache einer Verlängerung des Krieges benutzt werden dürfen.

sie haben ihn nicht in dem Grade zur Notwendigkeit gemacht, dass jede menschliche Verantwortung für ihn ausgeschaltet wäre. Die Menschen sind Produkte der Geschichte, aber sie sind nicht ihre Automaten. Aus einem richtigen Gefühl heraus haben aufrichtig Gottesgläubige es zu allen Zeiten als eine Blasphemie erklärt, wenn ehrgeizige Eroberer sich für Gottes Werkzeuge ausgaben, um ihre Gewalttaten zu beschönigen. Noch weniger kann der Bekenner der materialistischen Geschichtsauffassung sich mit einem historischen Objektivismus zufrieden geben, den Marx und Engels, ihre Begründer, stets von sich gewiesen haben, wenn sie geschichtliche Vorgänge behandelten.

Allerdings muss die Frage der Verantwortungen richtig gestellt werden. Es kann sich bei ihr nicht darum handeln, die Regierungen der am Krieg beteiligten Staaten nach Art der Idee des Weltenrichters in weisse und schwarze Schafe zu scheiden. Schuldige hat es unzweifelhaft in allen Ländern gegeben, überall ist Pulver zu dem Brande aufgehäuft worden, der seit dem August 1914 Europa verwüstet. Über das Mass von Schuld, das in jedem einzelnen Fall vorliegt, werden die Völker mit den betreffenden Staatsmännern und deren Antreibern zuhause abzurechnen haben und wird die Geschichte das letzte Wort sprechen. Was jetzt festzustellen ist, ist die ganz besondere Verantwortung, das Feuer zum Ausbruch gebracht zu haben. Und auch hierbei wird noch eine genaue Spezialisierung notwendig sein, um jede Zweideutigkeit zu vermeiden. Notwendig ist die Feststellung aber, weil nur auf Grund ihrer eine gerechte Beurteilung des Verhaltens der sozialdemokratischen Parteien der beteiligten Länder im Kriege möglich ist, und weil sie ferner auch erst die Möglichkeit liefert, die ganz sicher sich aufdrängende Frage der Haftbarkeiten richtig zu beantworten.

Der Ruf: „Keine Kriegsentschädigungen“, den sich viele Sozialisten zu eigen gemacht haben, und den, wie es scheint, auch die russische Revolutionsregierung auf ihre Fahne geschrieben hat, ist unter zwei Gesichtspunkten zu

rechtfertigen. Erstens als Mittel, die Kriegsdauer nach Möglichkeit zu verkürzen, da der Streit um die Verpflichtung zur Kriegsentschädigung leicht als ein Moment erheblicher Verlängerung des Krieges wirken kann. Dann aber kann der Ruf auch damit begründet werden, dass, wenn etwa wirklich die Pflicht der Zahlung von Kriegsentschädigung dem Staat oder den Staaten auferlegt würde, bei denen die Verantwortung am Kriege liegt, es nicht die schuldigen Personen, sondern die von ihren Lenkern in den Krieg hineingetriebenen Völker sein würden, welche die Last zu tragen hätten. So sehr also der Gedanke, dass jene Staaten frei ausgehen sollen, dem natürlichen Gerechtigkeitsgefühl widerstrebt, zumal das Freiausgehen im gegebenen Fall bedeuten kann, dass der schuldigere Teil besser davon kommt als der minder oder gar nicht schuldige, so spricht doch ein höheres Interesse dafür, in dieser Frage Amnestie walten zu lassen, sofern im übrigen dadurch ein schnellerer und besserer Friede gesichert werden kann.

Indes ist damit die Frage der Haftbarkeiten nicht erschöpft. Es muss zwischen den Kriegskosten, die den einzelnen Ländern durch die wirkliche oder vermeintliche Notwendigkeit der Kriegführung erwachsen sind, und den Kriegsopfern unterschieden werden, die bestimmten Völkern durch die Art des in ihr Land hineingetragenen Krieges zugefügt worden sind. Wenn auch hierbei von jeder Haftbarkeit abgesehen werden soll, dann würde in der Tat die formale Gleichheit der Behandlung zur hochgradigen Ungerechtigkeit werden. Sie lässt sich indes vermeiden, ohne dass dadurch Verlängerung des Krieges heraufbeschworen wird, wenn man übereinkommt, dass die Fragen dieser Haftbarkeit durch schiedsrichterliche Prüfung und Begutachtung nach dem Kriege entschieden werden sollen. Welche Regelung jedoch ohne Feststellung der Verantwortungen gleichfalls nur Halbheit bleiben müsste.

Schliesslich ist nach diesem Kriege ein Friedensschluss ohne Schaffung von Friedensbürgschaften geradezu eine Undenkbarkeit. Das geben auch die koalierten Regierun-

gen hüben und drüben zu, nur dass jede Koalition die Bürgschaften in Massnahmen sucht, durch die die andere unter ihren Willen gebeugt würde. Andererseits hat dieser Krieg gezeigt, wie unzulänglich in der Aera des bewaffneten Friedens der einfache völkerrechtliche Vertrag als Friedensgarant ist. Das Friedensprogramm der internationalen Sozialdemokratie wird weder die Oberherrschaft einer Staatengruppe über die anderen begünstigen, noch die Erfahrungen hinsichtlich der bedingten Wirkungskraft des Völkerrechts ignorieren können. Es wird Forderungen enthalten müssen, deren Verwirklichung das Völkerrecht auf eine sehr viel breitere Grundlage stellen und ihm eine viel grössere und zwingendere Wirkungskraft als bisher geben würde, es erst zu einem wahren Recht der Völker machte, während es bisher nach den Aussagen seiner berufsmässigen Interpreten nur Recht der Staaten war.

Die zuletzt behandelten Fragen werden unzweifelhaft reichlich Stoff zu Erörterungen geben und mancherlei Meinungsverschiedenheiten zutage treten machen. Da aber die Grundgedanken, um die es sich dabei handelt, schon in früheren Beschlüssen internationaler Sozialistenkongresse, sowie in Prinzipienerklärungen verschiedener sozialistischer Parteien der Sache nach enthalten sind, kann das Zustandekommen einer Verständigung in bezug auf sie als ausser allem Zweifel angenommen werden.

Es gibt allerdings eine Schule von Sozialisten, die sich den Fragen der Nationalität und insbesondere der Rechte der kleinen Nationen gegenüber vollständig indifferent, wo nicht ablehnend verhalten, weil ihnen die Aufsaugung dieser letzteren durch die grossen Imperien als notwendige Entwicklungsphase der kapitalistischen Epoche erscheint, die aufzuhalten die Sozialisten ebensowenig Grund hätten, wie für sie Anlass vorliege, sich für die Erhaltung der kleinen Unternehmungen im Wirtschaftsleben ins Zeug zu legen. Einigen von ihnen dient diese Theorie als bequeme Ausrede dafür, der imperialistischen Politik von Regierungen mehr oder weniger unumwunden Vorschub zu leisten, andere verharren zwar allen Regierungen gegenüber in

unversöhnlicher Opposition, können aber nicht verhindern, dass ihre Argumentationen von Anwälten des Regierungsimperialismus kräftig ausgebeutet werden. Die einen wie die andern berufen sich für ihre Theorie auf die Marxische Doktrin, und es fehlt in den Schriften von Marx und Engels nicht an Stellen, die diese Berufung als nicht unberechtigt erscheinen lassen. Aber sie gehören ausnahmslos der Frühperiode des literarischen Schaffens der Verfasser des kommunistischen Manifestes an, wo diese noch unter dem Einfluss von Geschichtsüberlieferungen standen, die sie später als Geschichtslegenden erkannt haben, und noch geneigt waren im Sinne dieser letzteren zu verallgemeinern, zumal die Nationen und Völkerschaften. über die sie im Geiste die Geschichte hinweggehen sahen, noch gar nicht dazu gekommen waren, ein eigenes Kulturleben zu entwickeln oder wiederherzustellen. In den späteren Perioden ihres Schaffens haben Marx und Engels die nationalen Fragen sehr viel vorsichtiger behandelt, und sie würden das heute, wo die Demokratien der Völker in ganz anderer Weise als zu ihrer Zeit politisch eintreten, in noch höherem Grade tun. Die grosse Mehrheit der Sozialisten aus der marxistischen Schule haben das erkannt und sind gleich den Meistern sorgfältig darauf bedacht, die Theorie nicht durch schematische Auslegung in eine politische Doktrin ausarten zu lassen, die sie in der einen oder andern Weise den Zwecken eines eroberungslüsternen Imperialismus dienstbar machen würde. Der Einfluss jener andern Schule der sich auf den Marxismus berufenden Sozialisten ist in der sozialistischen Internationale nicht gross genug, die Vereinbarung eines Friedensprogramms, das den demokratischen Instinkten der Arbeiterklasse gerecht wird, ernsthaft zu gefährden.

Erheblich schwerer wird es sich voraussichtlich erweisen, für die Sozialdemokratie der verschiedenen Länder eine Verständigung über die von jeder von ihnen daheim zu beobachtende Politik zustande zu bringen. Und doch ist dies die Hauptaufgabe, um die es sich heute handelt. Ohne ihre Lösung bleibt alle andere Arbeit verlorene Mühe.

Ihrer Lösung aber stehen zwei fundamentale Schwierigkeiten im Wege: das formalistische Denken im Lager derjenigen Sozialisten, die man gemeinhin als die radikale Linke bezeichnet, und der Oportunismus, sowie die nationalistischen Tendenzen bei einem erheblichen Teil der Sozialisten des rechten Flügels. Als den Angelpunkt dieses Gegensatzes haben wir die Frage der Beteiligung der Sozialisten an der Landesverteidigung zu betrachten. Während die Radikalen der Zimmerwalder Richtung die Landesverteidigung für etwas „nicht Sozialistisches" erklären und das Zusammengehen von Sozialisten mit ihren Regierungen in Sachen der Landesverteidigung grundsätzlich verwerfen, wird die Idee der Landesverteidigung einem ziemlich einflussreichen Teil von Sozialisten des rechten Flügels teils Verleitung zu Zugeständnissen an den aggressiven Nationalismus und teils bequeme Schutzwand für das Verfechten einer durchaus nationalistischen Politik. In beiden Fällen werden berechtigte Gedanken durch Hinwegsetzen über wesentliche Unterschiede ins Unsinnige verzerrt.

Die Landesverteidigung ist nichts spezifisch Sozialistisches, das ist richtig. Es geht aber daraus noch nicht hervor, dass sie unsozialistisch oder gar im Widerspruch mit dem Sozialismus sei. Der Sozialist, der einem Ertrinkenden nachspringt um ihn zu retten, begeht darum noch keine unsozialistische Handlung, dass der Gerettete ein kapitalistischer Ausbeuter ist. Ebensowenig lässt sich das Zusammengehen mit Regierungen zum Zwecke der Landesverteidigung nach einem unterschiedslos gelten sollenden Schema aburteilen. Es kann unsozialistisch, ja, antisozialistisch sein, braucht dies aber nicht zu sein. Landesverteidigung ist ein Begriff der für sehr zu unterscheidende Dinge angewandt wird. Zunächst denkt man bei ihm an die Verteidigung eines mit Krieg überzogenen Landes gegen den eindringenden Feind. Er wird aber auch auf den Fall der Abwehr der Gefahr einer solchen Überziehung gebraucht, und in diese Gefahr gerät jeder Staat, der gegen ihm gewachsene Gegner Krieg anfängt. Als Milan Obreno-

witsch von Serbien im Jahre 1885 aus Rivalitätsgründen Bulgarien mit Krieg überzog, kam er sehr bald in die Lage, den Krieg für eine Sache der Landesverteidigung erklären zu können. Denn wenn nicht ein Machtspruch Österreichs ihm zu Hilfe gekommen wäre, hätten die Bulgaren schon nach etlichen Monaten Serbien besetzt gehalten. Die für die Notwendigkeit der Landesverteidigung angerufene Gefahr kann real oder fingiert, von einem böswilligen, auf Eroberung ausgehenden Gegner oder von der eignen Regierung mutwillig heraufbeschworen sein, sie kann eine Nation in ihrer Selbstbestimmung, ein Volk in seiner Freiheit, sie kann aber auch in erster Linie eine mit despotischen Mitteln herrschende Dynastie oder Oligarchie bedrohen. Für alle diese Fälle aprioristisch eine gleichlautende Formel des politischen Verhaltens aufstellen zu wollen, ist ein Unding. Eine apodiktische Formel käme vielmehr leicht einer Ermunterung zum Krieg gleich — wenn sie positiv lautet, ermuntert sie die Kriegslüsternen des eignen Landes, wenn negativ, die eines gegnerischen Landes.

Dass die Landesverteidigung nicht überall und zu allen Zeiten nach dem gleichen Schema zu beurteilen ist, haben übrigens sehr konservative Regierungen in der Praxis anerkannt. Wiederholt haben solche im Kriege oder bei Vorbereitung eines Krieges geheime Verträge mit Angehörigen des gegenerischen Landes abgeschlossen, die bei diesen den Grundsatz der Landesverteidigung mit Füssen traten, und beim Friedensschluss für diese Leute, die dem Gesetze gemäss Landesverräter und mit schimpflichem Tod zu bestrafen waren, Amnestie ausbedungen. Umgekehrt wäre es lächerlich, Leuten die sozialistische Gesinnung abzusprechen, weil sie im Angesicht der Gefahr für ihr Land, von einer hochmütigen Erobererkaste ausgeraubt, verstümmelt und um seine Selbständigkeit gebracht zu werden, zum Zweck der Abwehr dieses Schicksals mit Parteien des eignen Landes zusammengehen, die sie sonst bekämpfen müssten und bekämpft haben.

Der gegenwärtige Krieg hat die verschiedenen Länder

und Völker in eine sehr verschiedene Lage gebracht, so dass das gleiche Verhalten der Sozialisten in dem einen Lande ganz anderes bedeuten kann, als in einem anderen Lande. Ebenso würde der Friedensschluss, sofern er nicht durch seine Bedingungen eine sehr viel grössere Gleichartigkeit der staatlichen Verhältnisse schafft, als sie vordem vorhanden war, zu verschiedenen Zeitpunkten, da dies zumeist auch eine verschiedene Kriegslage einschliesst, Europa in andre Machtverhältnisse versetzen.

Es ist dies eine der Hauptursachen, weshalb die kriegführenden Regierungen, so sehr sie sich der Ungeheuerlichkeit der Schäden bewusst sind, welche die Verlängerung des Krieges für ihre Länder bedeuten, nicht zu einer Verständigung über den Zeitpunkt der Eröffnung von Friedensunterhandlungen gelangen. Denn dieser Krieg ist auf seiten der führenden Grossmächte in weit höherem Masse ein Krieg um das Machtverhältnis als unmittelbar um Gebietszuwachs. Über Machtfragen ist aber ein Kompromis viel schwerer zu erzielen als über Gebietsfragen.

Die Wortführer der Internationale der Arbeiterklasse haben in früheren Jahren oft mit Genugtuung darauf hingewiesen, dass ihr grosser Bund, weil er keine kapitalistisch-nationalistischen Besitz- und Machtinteressen vertritt, imstande sein werde, in verwickelter Lage für Gegensätzlichkeiten, über welche die Regierenden der alten Gesellschaft nicht hinweg können, die lösende Formel zu finden, und dass er zugleich die moralische Kraft haben werde, in der Stunde der Not den Völkern das befreiende Losungswort zu geben. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo die Völker mit Sehnsucht nach der Internationale ausschauen, ob sie sich nicht endlich dazu aufraffen werde, das Versprechen mindestens insoweit zu erfüllen, dass sich ihnen die Aussicht auf einen Abschluss der Katastrophe eröffnet. Wie aber soll das im Angesicht der geschilderten Verschiedenheiten und Gegensätze möglich sein? Es ist nur unter einer Bedingung zustande zu bringen. Die in Stockholm zur Beratung zusammenkommenden Sozialisten müssen davon Abstand nehmen, eine für alle Beteiligten gleiche

Formel des politischen Verhaltens aufstellen zu wollen. Sie dürfen sich die Aufgabe nicht dadurch zu erleichtern suchen, dass sie die Verschiedenheit der Lage der Sozialisten in den verschiedenen Ländern und die Verschiedenheiten der Politik dieser Länder ignorieren. Ausgehend von den unverbrüchlich festgehaltenen Grundgedanken der Verbundenheit der Völker und des demokratischen gleichen Rechtes für alle müssen sie sich über eine Friedenspolitik verständigen, welche die Einheitlichkeit des Kampfes in dem unbeugsamen Eintreten für diese Grundgedanken als richtunggebende Prinzipien der Friedensbedingungen sucht, ihm die Kraft nach innen und aussen aber dadurch sichert, dass sie für das Verhalten der Sozialisten in den verschiedenen Ländern Richtlinien ausarbeitet, die unter gerechter Abwägung der politischen Verantwortungen und Haftbarkeiten der Regierer dieser Länder die besonderen Aufgaben der Sozialisten jedes Landes vorzeichnen.

In der Beobachtung dieser Maxime ist nach meiner Überzeugung die einzige Möglichkeit verbürgt, eine durchgreifende gemeinsame Aktion der sozialistischen Internationale für den Völkerfrieden zu erwirken. Jeder Versuch dagegen, sie vermittelst der Proklamierung einer formal gleichen Politik für alle Länder zu erzielen, muss notwendig fehlschlagen, weil die gleiche Vorschrift für ungleiche Lagen als ungerecht empfunden und daher nicht oder nur halb befolgt würde. Die völlige Freigabe der Wahl der Politik an die sozialistischen Landesparteien aber hat fehlgeschlagen, sie hat dazu beigetragen, dass in einer Schicksalstunde der Völker Europas die Internationale versagte. In einer Frage, die alle trifft, muss auch die Bemessung der politischen Pflichten des einzelnen Sache der gemeinsamen Abmachung aller sein. Dass sie gerecht geschieht, dafür wird in dem Masse Gewähr gegeben sein, als die beratende Körperschaft die Bewegung in ihrer umfassenden Allseitigkeit vertritt. Erfüllt sich dies, dann kann in Stockholm wahrhaft Bedeutsames für die Sache des Völkerfriedens geleistet werden.

Friedrich Adler und seine Tat.

Von Prof. Dr. S. FEILBOGEN.

Dr. Friedrich Adler, der Wiener sozialdemokratische Schriftsteller, der am 21. Oktober v. J. den österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh ohne vorhergegangenen Streit mit vier Schüssen getötet hat, ist des Mordes schuldig gesprochen und zur Hinrichtung durch den Strang verurteilt worden. Da der Täter überwiesen, durchaus geständig und nicht einmal reuig war, so konnte der Ausgang der Verhandlung vor den gelehrten Ausnahmsrichtern der Kriegszeit nicht gut ein anderes sein. Wäre in Österreich schon die Friedensordnung hergestellt, dann würde der leidenschaftliche Verteidiger der Verfassung von seinen verfassungsmässigen Richtern, den Geschworenen, vielleicht freigesprochen worden sein. So gewaltig war der Eindruck der Verteidigung, die er, ungebrochen durch die Qual einer siebenmonatlichen Untersuchungshaft, in vielstündiger Rede geführt hat.

Und nun steht man tief erschüttert vor dem tragischen Gegensatze zwischen der verbrecherischen Tat und der Persönlichkeit des Täters. Wie konnte dieser Täter zu dieser Tat gelangen? War er im Augenblicke der Tat von geminderter Zurechnungsfähigkeit? Kann der Staat Gnade walten lassen, wenn sein erster Diener mitten in der Not eines grossen Krieges mit überlegter Absicht vom Steuerruder weggeschossen wird? Darf er andererseits einen Mann von der geistigen und sittlichen Höhe Friedrich Adlers, der Volk und Staat vor Versumpfung retten wollte und zu diesem Zwecke die Gefahr des Todes auf sich genommen hat, auf Grund des Urteils eines Ausnahmegerichtes aus dem Kreise der Lebenden auslöschen? Wäre die Hinrichtung Adlers sittlich, wäre sie politisch zu rechtfertigen? Alle diese Fragen gilt es nun, die eigene Erregung bändigend, von der höheren Warte der Gerech-

tigkeit und der Geschichte zu beantworten. Und wir wollen, um im Widerstreit der Gegensätze vor allem einen festen unverrückbaren Standpunkt zu gewinnen, zunächst den Charakter der Tat, dann den des Täters ins Auge fassen, endlich mit Berücksichtigung der ausserordentlichen Umstände den Grad seiner sittlichen Verantwortlichkeit und rechtlichen Strafwürdigkeit.

Was nun die Tat betrifft, so ist ein Streit oder ein Zweifel über ihren verbrecherischen Charakter gar nicht möglich. Die Tat ist ein politischer Mord. Dieser aber ist nicht bloss nach den Gesetzen jedes Staates strafbar, sondern auch sittlich und politisch nicht zu rechtfertigen. Für die sittliche Beurteilung gibt es heute wie zu Kants Zeiten kein anderes sicheres Merkmal als die Möglichkeit, die Maxime dieses Handelns zu einer allgemeinen Regel zu erheben. Kann der politische Mord als allgemeine Regel des Handelns gebilligt werden? Die Frage stellen, heisst, sie beantworten. Und die Antwort der Geschichte auf die politischen Folgen derartiger Handlungen ist ebenso eindeutig. Wenn wir von sagenhaften Persönlichkeiten, wie Wilhelm Tell oder den antiken Königsmördern, absehen, so erteilt die Geschichte die einstimmige Lehre, dass kein Gemeinwesen dem zersetzenden Einflusse des politischen Mordes auf die Dauer widerstehen kann. Selbst das auf Römerseelen gegründete Weltreich ist durch die Art des politischen Mordes, welches von Tiberius Grachus zu den Proskriptionen und Julius Cäsar führt, erst zu einem Spielzeug der Neronen herabgewürdigt, dann den Barbaren preisgegeben worden. Die Geschichte Polens, der südamerikanischen Republiken, Mexikos predigt dieselbe Lehre. Und um das nächstliegende Beispiel heranzuziehen, dieser Krieg selbst ist durch die Ermordung Jaurès unheilvoll eingeleitet worden, deren letzte Urheber vielleicht auch aus selbstlosen Motiven gehandelt haben und unter demselben Eindrucke, ihr Vaterland und ihre Partei vor Schande und Unglück zu bewahren. Was heute ein überlegener Mensch, vor der Tat so gewissensgequält wie ein Raskolnikow nach der Tat, als strenger Richter der Not-

wendigkeit vollziehen zu müssen glaubte, würde morgen irgend ein Reklameheld, ein unwissender Fanatiker, ja selbst vielleicht ein bezahlter Bandit mit der Pose des Rächers und Retters vollbringen, wenn dergleichen Taten ungerächt blieben, wenn sie nicht mit aller Kraft der sittlichen Überzeugung verworfen würden. Du sollst nicht töten; das Verdammungsurteil der uralten Kainssage bleibt aufrecht für alle Zeiten.

Wenn aber die Tat zweifellos verbrecherisch ist, der Charakter des Täters ist alles, nur nicht verbrecherisch. Denn ihm liegt jeder Hang zu Gewalt und Unrecht, zu Lug und Trug vollkommen ferne, weit ferner als dem Durchschnitt der Menschen. Seine grenzenlose Wahrhaftigkeit wird selbst in den Entscheidungsgründen des verurteilenden Gerichtes voll anerkannt. Sie ist aber die tiefste Wurzel seines Wesens. Sie macht ihn unduldsam gegen die eigene Partei, der er mit Leben und Seele ergeben ist, gegen den Vater, sein höchstes Vorbild. Jedes Kompromiss mit der Wirklichkeit erscheint ihm als Verlogenheit, als „verlottert" das ganze Milieu, in dem er „verdammt ist, zu leben", richtiger aus Pflichtgefühl ausharrt, obwohl ihm der Weg nach der Schweiz und nach Deutschland offengestanden wäre. In diesem Milieu des oft so feinen, innerlich vornehmen, im jetzigen Kriege so opferwilligen und leistungsfähigen Österreichertums vermisst Adler den Sinn für beharrlichen Kampf ums Recht, um die Freiheit, um die Verfassung, und da soll seine Tat als Weckruf wirken. Im Dienste dieser Aufgabe bändigt er seine Gefühle. Sind sie darum schwächer als die anderer Menschen? Wer könnte das behaupten? Mit heisser Liebe hängt er an den Eltern, an Frau und Kindern; er und sein Vater, beide nicht sentimental, sind sich gegenseitig die liebsten Freunde. Aber auch bezüglich des Vaters, bezüglich der Partei, bezüglich der „Arbeiterzeitung", seiner geistigen Nahrung von Kindheit an, gestattet ihm sein rücksichtsloser Wahrheitsdrang keine Beschönigung, sobald ihre Haltung nicht mehr auf der Höhe der ihn beherrschenden Idee zu stehen scheint, der unbedingten internationalen Solidarität aller

Proletarier der Welt. Sein scharfes Denken sagt ihm, dass er bei seinen politischen Entschliessungen auf Glück und Unglück seiner Angehörigen keine Rücksicht nehmen dürfe; „dass nur kinderlose Waisen politische Taten vollbringen dürfen, steht ausser Diskussion.“ Dem eigenen Tod steht Friedrich Adler mit derselben Schonungslosigkeit gegenüber. Er wehrt sich auf das Heftigste gegen jeden Versuch seines Verteidigers, seine Zurechnungsfähigkeit zu bestreiten; denn dies könnte seinen Leib retten; aber den Einfluss seiner Tat vernichten. Er wollte und will sein Leben zum Opfer bringen, um den sittlichen Ernst seines Entschlusses ausser Zweifel zu setzen. Auch seinen Richtern gegenüber bewahrt er eine Furchtlosigkeit, die an den Sokrates der platonischen Apologie erinnert; er bestreitet ihnen nicht nur das Recht, über ihn zu Gericht zu sitzen, er behauptet auch noch überdies, dass sie selbst in ihrem eigenen Gewissen dieselbe Überzeugung haben müssen. Auch die Eitelkeit ist nicht sein Motiv, wie ihm der Staatsanwalt zumutet, weil er „zum Fenster hinausrede“. Wie anders soll er in einer Zeit, in welcher jede öffentliche Diskussion abgeschnitten, jede gedruckte Äusserung zensuriert ist, die Massen aufrütteln, die ihre Empfindung für die entzogene Freiheit verloren zu haben scheinen? Und ein geborener Mörder, ein Gewaltsmensch, ist Adler am allerwenigsten, er, der in Tolstojs Christentum des Nichtwiderstandes, in marxistischer Opposition gegen Putsche und Propaganda der Tat aufgewachsen ist, der seit der Morgendämmerung seines Denkens jeden Krieg als etwas Untermenschliches verdammt hat.

Wie nun konnte ein solcher Täter zu einer solchen Tat gelangen?

Gewiss nicht durch geminderte Zurechnungsfähigkeit. Es ist von Durchschnittsmenschen, deren Leben aus ängstlichen Rücksichten und feigen Konzessionen zusammengeflickt ist, geradezu eine Vermessenheit, einem Friedrich Adler eine geminderte Zurechnungsfähigkeit zuzumuten ihm, dessen Unglück es gewesen ist, dass er die Mitschuld des Geschehenlassens von verfassungswidrigen Hand-

lungen schwerer auf sich lasten fühlte als die Millionen seiner Mitbürger. Er selbst spricht von einer inneren Nötigung, die ihn zu diesem Entschlusse getrieben habe, und, wenn man seine Rede liest, so hat man bei allem menschlichen Mitgefühl für das unglückliche Opfer der Tat doch den Eindruck, als ob in jener Verhandlung das System Stürgkh gerichtet worden wäre. Das Parlament ausgeschaltet, der greise Herrscher „zerniert", verfassungswidrige Militärgerichte an Stelle der Geschworenen, die Ausschreitungen einer willkürlichen Zensur, die Unterdrückung jeder politischen Versammlung, zuletzt sogar einer Zusammenkunft staatstreuester Persönlichkeiten behufs Einberufung des Parlamentes, — alles das hatte in Friedrich Adlers in sich verschlossenem Gemüte den Zündstoff gehäuft und ihm die Waffe in die Hand gedrückt.

Friedrich Adler hat das Leben verwirkt, aber bloss nach dem Spruche eines Ausnahmsgerichtes, dessen Gesetzlichkeit er bestreitet, weil es nicht auf der normalen Verfassung Österreichs beruht, welche für einen solchen Fall dem Angeklagten das gute Recht auf eine Würdigung seiner Motive durch Richter aus dem Volke verbürgt, sondern auf einer Notverordnung, deren sittliches Recht nicht weiter reichen kann als die Notlage des Staates. Erheischt diese Notlage mit absoluter Notwendigkeit, dass das Leben eines so bedeutenden, so gesinnungsreinen Mannes unwiederbringlich vernichtet werde? Ihm persönlich ist die Begnadigung vielleicht nicht einmal erwünscht, er scheint nach dem Martyrium zu dürsten. Und auch eine Begnadigung bedeutet nur die trostlose Öde des Kerkers. Ist aber dies ein ausreichender Grund für die jetzige Regierung, durch Vollstreckung des Urteils das ganze österreichische Staatswesen mit jener parlamentlosen antidemokratischen Politik zu identifizieren, die selbst einen so wenig zum Verbrechen veranlagten Menschen auf die Bahn des Verbrechens treiben konnte! Wir hoffen, dass der österreichische Staat durch eine weitsichtigere Politik sich selbst ehren und seine Feinde beschämen wird.

□□□

Finnland in Revolution.

Von M. MARTNA.

Ein Interview. — Vorgeschichte. — Die Revolution von 1917.

Ein Interiew.

Durch die Heimkehr unseres geschätzten Mitarbeiters, der als Este nach der Revolution von 1905 sein Vaterland verlassen musste, sind wir in der Lage eine Unterredung zu veröffentlichen, welche Herr Martna mit dem finnischen Sozialisten Yrjo Sirola in Stockholm hatte.

Sirola ist ein bekannter Führer der Sozialdemokratie. Vor seiner Auswanderung nach Amerika als Lehrer und Leiter der finnischen Parteischule daselbst, war er Redakteur des Zentralorgans der Partei „Työmies", Landtagsabgeordneter und Mitglied des Int. Soz. Bureaus in Brüssel. 1913 kehrte Sirola aus Amerika zurück, trat wieder in die Redaktion des ‚Työmies" ein und spielte während der Revolution von 1917 in Helsingfors eine organisatorisch führende Rolle. Sirola befindet sich zurzeit als Abgesandter der Partei in Stockholm.

Zur genaueren Orientierung über die in dieser Unterredung als bekannt vorausgesetzten Verhältnisse des Landes, lassen wir eine eingehendere Darstellung der finnländischen Revolution mit ihrer Vorgeschichte aus der Feder Martnas folgen. *Die Red.*

Auf meine Frage über die allgemeine Lage und die Beziehungen zu Russland gab Sirola folgende Erklärung:

Die Umwälzung in Finnland, die Beseitigung der Reaktion, verdanken wir den Kräften der speziell russischen Revolution. In ihren Grundelementen wurde sie uns als eine kostbare Gabe dargebracht. Unsere eigene revolutionäre Arbeit der Ausgestaltung und der Reorganisation begann in dem Moment, wo die zarische Gewalt zerschmettert darniederlag. Unsere eigene revolutionäre Reorganisation stösst indess auf Schwierigkeiten. Die provisorische Regierung Russlands beansprucht Finnland gegenüber einen bedeutenden Teil der monarchischen Machtbefugnisse, die der Zar als Grossfürst Finnlands zum Unglück des Landes inne hatte. Wir betrachten diese Machtbefugnisse als eine eigene Angelegenheit Finnlands und möchten sie der russischen Regierung nicht anvertrauen, weil wir glauben, dass unsere Zukunft in unserer eigenen Händen besser aufgehoben sei.

Ich: Um welche Machtbefugnisse handelt es sich in der Hauptsache?

Sirola: Die russische Regierung will sich das Recht zur Auflösung des finnischen Landtags, zur Sanktion der von dem Landtag angenommenen Gesetze und das Recht der Amnestie aneignen, während wir, nachdem die zarische Gewalt gebrochen ist, diese Rechte als eigene Angelegenheiten des Landes betrachten und zu wahren suchen. Die Verwaltung Finnlands war — auf Grund der Landesverfassung — nie eine Obliegenheit der russischen Regierung und wir haben es als eine Vergewaltigung betrachtet und dagegen stets protestiert, wenn das Ministerium Russlands sich in die Angelegenheiten Finnlands eingemengt hat. Diesen Zustand möchten wir jetzt behoben wissen. Aber die provisorische Regierung Russlands scheint dazu ihre Hand nicht bieten zu wollen.

Ich: Welche Schritte sind bereits gemacht worden, um eine Einigung zu erzielen?

Sirola: Wir machten uns anheischig, ein Provisorium zur Sanktion der Gesetze in der Weise anzunehmen, dass die provisorische Regierung in Petersburg die vom Landtage, resp. vom finnischen Senat empfohlenen Gesetze, die bereits seit 3—7 Jahren auf diese Sanktion warten, jetzt sanktioniert hätte. Aber bis dato hat noch keines von diesen wichtigen Gesetzen in Wirksamkeit gesetzt werden können. Mit Recht ist das finnische Volk darüber sehr ungehalten. Für später schlugen wir vor, dass der Generalgouverneur gegen die Promulgierung der Gesetze seitens des finnischen Landtages ein Vetorecht erhalten solle, um eine nähere Prüfung durch den finnischen Senat und eine Regierungsbehörde in Petersburg zu ermöglichen. Doch findet dies den Beifall der russischen Kreise nicht.

Ich: Welche Stellung nimmt die russische Sozialdemokratie und der Deputiertenrat der Arbeiter und Soldaten in dieser Frage ein?

Sirola: Der Rat und die Menschewisten sind der Meinung, dass die Finnen ihre Angelegenheiten selber regeln sollen. Näher auf die Streitfragen eingehend finden sie

jedoch, seitens Russlands drohe Finnland keine Gefahr mehr, daher könnte Finnland den Standpunkt der provisorischen Regierung annehmen. — Sie kennen aber die finnische Frage nur oberflächlich und sie interessieren sich für unsere Angelegenheiten nur wenig. Die staatsrechtliche Bedeutung des Gegenstandes sehen sie als geringfügig an. — Die Leninisten dagegen sagen, dass die russische Demokratie in keinerlei Weise ein Interesse daran habe, sich gegen den Willen des finnischen Volkes irgendwie in seine Angelegenheiten zu mischen.

Ich: Wie äussert sich die öffentliche Meinung Finnlands zu diesem Streitpunkt?

Sirola: Der Wunsch, Finnland möglichst selbständig zu machen, ist bereits allgemein geworden. Wir hegen für die russische Demokratie die heissesten Wünsche und unsere besten Hoffnungen weilen bei ihr. Aber unsere trüben Erfahrungen zwingen uns, darauf bedacht zu sein, die Leitung unserer Angelegenheiten in die eigene Hand zu bekommen. Wir sind nicht gegen Russland, resp. gegen eine Verbindung mit ihm. Aber unser Schicksal wollen wir nicht anderen anvertrauen, sondern uns selbst.

Ich: Wie denken Sie über die ökonomischen Verhältnisse, die doch Finnland und Russland sozusagen aufeinander verweisen?

Sirola: Dass Finnlands wirtschaftliche Interessen in Russland sehr stark engagiert sind, wissen wir sehr wohl. Aber sollen wir aus diesem Grunde unsere Zukunft und die Bestimmung der Entwicklung unseres Landes fremden Händen anvertrauen? Wirtschaftlich benötigt Russland uns so gut wie wir Russland. Aus diesem Grunde dürfte eine Vereinbarung, die beiden Teilen gerecht wird, unschwer zu erzielen sein! — Im übrigen beschränken sich unsere wirtschaftlichen Interessen nicht auf Russland. Unser Handel mit Deutschland und England ist nicht gering. Unsere Handelsflotte in der Ostsee ist grösser als die von Russland. Wir beziehen aus dem Auslande nicht nur wichtige Rohmaterialien für unsere Industrie, sondern auch bedeutende Mengen unserer Lebensmittel. Wir sind daher

sehr stark interessiert, auch zu diesen Ländern freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Unsere Verbindung mit Russland hat der Bank von Finnland über 100 Millionen Mark Schaden gebracht, weil wir den Rubelkurs zwangsweise höher halten mussten, als er in Wirklichkeit war! Das ist natürlich nicht der einzige Schaden... Auch in solchen Dingen möchten wir die Selbstbestimmung erstreben.

Ich: Ist der Gedanke der Lostrennung von Russland nicht schon aus dem Grunde sehr bedenklich, weil sie dem Lande unglaublich hohe militärische Lasten aufbürden würde?

Sirola: Diesen Umstand haben wir auch nicht aus dem Auge gelassen. Freilich wäre es eine Utopie, Finnland gegen russische Angriffe, die ja möglicherweise erfolgen würden, militärisch sichern zu wollen! Wir denken aber, dass die Selbständigkeit Finnlands international sichergestellt werden könnte. Man darf doch wohl sagen, dass die finnische Frage internationale Bedeutung erlangt hat. Darauf gestützt dürfte eine internationale Regelung nicht unmöglich sein. Wir sind jedenfalls für eine solche Regelung, die uns die Sympathien der russischen Demokratie nicht rauben dürfte. Unsererseits wollen wir dazu auch keinen Anlass geben. — Vor allen Dingen wollen wir uns nicht dem Militarismus verschreiben, sondern davon möglichst weit wegbleiben.

Ich: Wollen Sie mir nicht auch einiges über die Teuerung und Lebenshaltung mitteilen?

Sirola: Unsere Lebenshaltung ist sicherlich um 100% teurer geworden und nun droht uns der nackteste Hunger: Russland will und kann uns kein Korn und kein Mehl weiter liefern. Es hat selber die grösste Mühe, den Mangel zu bekämpfen. Es bleibt uns nichts übrig, als unsererseits auf Petersburg einen Druck auszuüben, indem wir die Ausfuhr von Milch, Butter, Käse, Eiern usw. nach Petersburg radikal verbieten. Unsere Bauern und die Goulaschbarone werden dagegen sein, das wird ihre Profite verringern. Aber — das scheint mir die einzige Möglichkeit zu sein. —

Unsere Teuerung hat mit der übrigen Welt die gleichen Ursachen. Die Methoden der Spekulation sind international.

Ich: Hat die Revolution in Finnland viele Opfer gefordert?

Sirola: Von dem finnischen Volke dürfte niemand das Leben verloren haben. Dagegen sagt man, dass revolutionäre Matrosen und Soldaten der russischen Flotte und Armee 100—300 Offiziere getötet hätten — die genaue Zahl ist nicht zu ermitteln gewesen. Es handelt sich dabei um Anhänger des alten Regimes und um Herren, die sich bei der Mannschaft derart unerträglich gemacht hatten, dass man mit ihnen in dieser Weise ins Gericht gehen zu sollen glaubte.

Ich: Wie steht es mit der Einführung des achtstündigen Arbeitstages? Darüber drangen nur dürftige Andeutungen ins Ausland.

Sirola: Der Achtstundentag ist in Finnland nun fast allgemein durchgeführt.

Ich: Welchen Anteil hatten die russischen Soldaten dabei?

Sirola: Es wurde ihrerseits bekannt gegeben, die finnischen Arbeiter und Arbeitgeber hätten zur Regelung dieser Frage eine dreitägige Frist. Nachher würden die Soldaten zugunsten des Achtstundentages eingreifen. Aber hier und dort übten sie schon vor Ablauf dieser Frist auf die Arbeitgeber einen Druck aus. Es kam soweit, dass der Senatspräsident Gen. Tokoi, wie auch die Gewerkschaften sich gegen eine solche „Hilfe“ erklärten. Die Einmischung des Militärs war den Gewerkschaften nicht erwünscht und sie war auch gar nicht notwendig.

Ich: Warum hat man während des Krieges seitens der finnischen Sozialdemokratie sogut wie garnichts darüber gehört, wie sie sich zu den brennenden Tagesfragen der sozialistischen Internationale stellt?

Sirola: Auf uns hat die Gewalt des Militarismus in einem Okkupationsgebiet gelastet! Es war uns unmöglich, von uns Kunde zu geben. Wir hielten es für das beste, „neutral“ zu erscheinen und auch zu sein.

Ich: Was sagen Sie über die Koalitionsregierung des Landes? Wie beurteilt man den Eintritt der Sozialdemokraten in den Senat? Sind diese Genossen nun mehr der Partei nicht als verloren zu betrachten?

Sirola: Die Genossen sind nicht als Bevollmächtigte der Partei in die Regierung getreten, sondern die Partei hat völlig freie Hand. Möglich, dass die Genossen der eigentlichen Parteiarbeit verloren sind. Aber — das waren die meisten von ihnen schon früher. Tanner und Vuolijodi betätigten sich fast ausschliesslich nur noch auf dem Gebiete der Genossenschaftsbewegung; Tokoi und Paasivuori waren Gewerkschaftsmänner, Voionmaa kaum noch zur Partei zu zählen und Aidio stand ebenfalls mehr oder weniger abseits. — Tokoi ist ein kluger, praktischer Kopf, die Bürgerlichen schätzen ihn quasi als den Retter aus der Not. Die Organisationen glauben es in der Hand zu haben, die Koalitionsregierung zwangsmässig die Pfade der Demokratie wandeln zu lassen. Es handelt sich um keine sozialistische Regierung. Der Staat ist noch ganz und gar bürgerlich, und es handelt sich darum, die demokratischen Richtlinien festzuhalten und die Basis für eine wirkliche Demokratie zu gewinnen. Dazu sind die Männer nicht ungeeignet.

Ich: Wie steht es mit der neuen Polizei? Im Auslande hiess es, die Arbeiterschaft hätte eine neue Polizei organisiert, was recht phantastisch klang!

Sirola: Das revolutionäre Militär zwang die alte Polizei zum Abzuge und übernahm zeitweilig den Ordnungsdienst. Später trat es mit der Aufforderung an die Arbeiterschaft heran, sie solle nun diesen Dienst selber organisieren. Es wurde dann ein Ordnungsausschuss gewählt und ein Plan des Ordnungsdienstes ausgearbeitet. Der Plan wurde der Stadtverwaltung vorgelegt und von ihr gebilligt. In dem Ordnungsausschuss amtieren neben acht Vertretern der Arbeiterschaft zwei Vertreter der russischen Soldaten und drei Bürgerliche. Die Ordnungs- oder Polizeimannschaft besteht zum überwiegenden Teil aus organisierten Arbeitern. Von den früheren Polizisten wurden 200 engagiert.

Ausserdem arbeiten 70 Studenten als zeitweilige Aushilfskräfte.

Die finnische Arbeiterschaft ist bei der Zusammensetzung der Landespolizei besonders interessiert. In Ermangelung eigener Truppen wurde die Polizeimannschaft „gegen den inneren Feind" aufgeboten. Durch die jetzige Neugestaltung soll dem vorgebeugt werden.

Ich: Wie steht es mit der Einigkeit in der finnischen Sozialdemokratie?

Sirola: Eine Spaltung wird auch uns kaum erspart bleiben. In sehr vielen grundsätzlichen Fragen gehen auch bei uns die Anschauungen auseinander. Vorläufig stehen wir aber nach aussenhin noch einig da. Doch jeder Tag wirft neue Fragen auf, welche die Einigkeit brechen können.

Im Augenblick meiner Abreise trat Genosse Sirola noch mit dem Landtagsabgeordneten Karl Wiik zu mir und wir berührten nochmals die Frage der Lostrennung, weil Genosse Wiik als ein Linksstehender von der Sache eine weniger rosige Auffassung hat. Genosse Wiik ist der Meinung, dass die Lostrennungsidee bekämpft werden müsste, weil das Land in Verbindung mit Russland — seiner Meinung nach — besser fahren würde. Doch ist auch er der Ansicht, dass die Idee der völligen Unabhängigkeit unter dem Volke viele Anhänger gewonnen habe und dass, bei einer eventuellen Abstimmung über die Frage, die Mehrheit sich für die Lostrennung erklären würde.

Damit musste ich die Unterredung abbrechen.

Vännäs, 19. Mai 1917.

Vorgeschichte.

Am zehnten Jahrestage der ersten Landtagswahlen auf Grund der 1906 erfolgten Verfassungsreform traf in Helsingfors und in Finnland die Kunde von der glücklichen Revolution Russlands ein. Sie wurde mit grosser Freude begrüsst, denn die verflossenen zehn Jahre hatten genügt, um die Früchte der Revolution vom Jahre 1905 wieder zu vernichten. Die Reaktion sass auch in Finnland wieder fest im Sattel. Es ist daher der Mühe wert, einen

Rückblick auf die freiheitslose Zeit zu werfen, um die begangenen Fehler zu erkennen und in Zukunft zu vermeiden.

I. Die Russifizierungsepoche.

Obgleich ein altes Verfassungsland, besass Finnland doch nie staatliche Souveränität. Als autonom verwaltete Provinz gehörte es jahrhundertelang zu Schweden und teilte mit diesem Staat die Verfassung. Durch den Krieg von 1808—1809 Schweden entrissen, trat es mit Russland in eine trübe Union. Zar Alexander I. anerkannte die Landesverfassung mit allen ihren staatlich-autonomen Institutionen und gelobte ,das Grossfürstentum Finnland als Grossfürst auf Grund der eigenen Gesetze des Landes durch Beamte verwalten zu lassen, die eben auf Grund der Verfassung aus den Reihen der eigenen Bürger des Landes zu berufen waren. Dieses Gelübde haben alle Zaren, als sie die Regierung antraten, wiederholt.

Hier lag der erste Fehler, der Mangel aller realen Garantien. Blosse Worte sind keine Sicherheit.

Ungeachtet des Zarengelübdes wurde bekanntlich in den neunziger Jahren gegen Finnland jene Politik eingeleitet, als deren Endziel man die Zertrümmerung der Autonomie Finnlands unschwer erkennen konnte. Es erfolgte nun Attacke auf Attacke, in kurzer Zeit wurden mehrere staatlich-finnische Institutionen unter die russische Knute gebracht.

Der erste Stoss erfolgte gegen die „finnischen Bataillone", welche, nur aus Finnen gebildet und aus den Mitteln Finnlands erhalten, in Friedenszeit nur in ihrem Lande zu dienen verpflichtet waren. Diese Bataillone wurden des Separatismus verdächtigt und willkürlich aufgelöst, die russischen Militärgesetze auch für Finnland eingeführt im Geiste des Februarmanifestes, durch welches der Zar sich das Gesetzgebungsrecht kraft seiner absoluten Gewalt auch ohne Befragung des Landtages beilegte und so ein feierliches Gelübde gebrochen hat.

Aber Finnland hielt sich wacker. Das Volk boykottierte die russischen Militärgesetze und verhinderte ihre Ausführung mit Erfolg, wobei es von den verfassungstreuen Beamten in jeder Weise unterstützt wurde. Die russische Gewalt bekam keinen finnischen Rekruten in ihre Kasernen. Nach fruchtlosen Versuchen sah sich die zarische Regierung im Frühjahr 1905 veranlasst, die Verfügung wieder aufzuheben und die Finnen — gegen eine Kontribution, die sie gleichfalls eigenmächtig aus der Staatskasse Finnlands entnimmt — als von persönlicher Dienstpflicht befreit zu erklären. — Dies die Erklärung dafür, dass die russische Gewalt die Finnen auch während des Weltkrieges noch nicht zu mobilisieren gewagt hat.

Die Vorstellungen und Proteste der hohen und höchsten Behörden des Landes hatten bei der russischen Gewalt nicht vermocht, den Verfassungsbruch rückgängig zu machen. Man ver-

suchte, den Zaren durch eine Riesenpetition des Volkes mit etwa einer halben Million Unterschriften dazu zu bewegen. Auch das ohne Erfolg ... Aber auch an ernstgemeinten terroristischen Taten mangelte es nicht, wie es in solchen Zeiten natürlich ist. Im Sommer 1904 erschoss Eugen Schaumann, der Sohn eines Senators, den Generalgouverneur Bobrikow; im Herbst desselben Jahres übte Lennart Hohental auf den reaktionären Prokurator Saisalon-Soininen ein ähnliches Attentat aus, der Gouverneur von Wiborg, Mjässojedow, ein Handlanger der Reaktion, wurde durch den Maler Procopé angeschossen. Es war kein Geheimnis, dass die Organisation der sogenannten „Aktivisten" die Politik nach der Art der Sozialisten-Revolutionäre in Russland zu beeinflussen suchte.

Alles das konnte keinen Erfolg für die finnische Freiheit haben, und zwar wegen der Spaltung innerhalb der bürgerlichen Parteien. Dass diese der Freiheit keine verlässliche Stütze gegen die Wortbrüche der Autokratie bieten, ist die zweite grosse Lehre aus der Geschichte Finnlands.

Bis dahin standen auf der einen Seite die Finnisch-Nationalen, die aufsteigende Bourgeoisie finnischer Nationalität, etwa sieben Achtel der Bevölkerung vertretend, auf der anderen Seite standen die ehemals privilegierten Oberklassen schwedischer Nationalität, — sich auf zirka ein Achtel der Bevölkerung stützend. Hinsichtlich des nationalen Gegensatzes befolgte die russische Macht von jeher die Politik: Teile und herrsche. Während sie die schwedischen Oberklassen des Separatismus verdächtigte, beliess sie das Regiment im Lande doch in Händen der Vertreter dieser Klassen, d. h. die Verwaltungsposten usw. vertraute sie jenen an, während sie die Finnen überging. Andererseits begünstigte sie aber den nationalen Kampf der Finnen den Schweden gegenüber. In dieser Weise wurde der nationale Hass weiter geschürt.

Nun trat aber unter den Finnisch-Nationalen eine der zarischen Gewalt günstige Spaltung ein. Sie hatten sich schon früher in Altfinnen und Jungfinnen geteilt, die Schweden waren damals die Widersacher beider. Infolge des Verfassungsbruches nahmen aber die Schweden gegenüber der russischen Macht eine oppositionelle Stellung ein. Der von den Schweden gebildete Senat gab seine Demission. Gleichzeitig wurde das politische Einverständnis der Altfinnen mit der herrschenden Gewalt inniger, intimer. Der Zar berief die führenden Politiker der Altfinnen in den Senat, wie auch auf andere hohe Posten, und dieselben belasteten sich mit der Mitverantwortung für die verfassungswidrige Politik und Verwaltung des Diktators Bobrikow, dessen Handlanger sie wurden. Die Jungfinnen dagegen schlugen sich zu den Schweden; vereinigt nahmen sie den Namen „Konstitutionalisten" an, denn ihre Losung war: „Die Wiederherstellung der Konstitution." Sie entfalteten eine umfassende Propaganda zugunsten der Zurückeroberung der verfassungsmässigen Rechte, wodurch sie die Sym-

pathien weiter Kreise gewannen. Die altfinnischen Politiker, Senatoren und Beamten dagegen wurden zur Zielscheibe des Volkshasses. Ihre Häuser wurden mit Kot beworfen und persönlich liefen sie oft Gefahr, überfallen zu werden. Doch liessen sie sich von ihrer Politik nicht abbringen. Sie glaubten, im Interesse des Landes diesen Weg gehen zu sollen. So haben die bürgerlichen Parteien mit ihrer Überschätzung der materiellen Interessen die Reaktion der neunziger Jahre durch ihre Uneinigkeit nur gefördert, wenn sie auch in der ganzen Welt ein gewaltiges Lamento erhoben und Gelehrte und Politiker fremder Nationen zu ähnlichen Lamentationen anregten.

II. Die Arbeiterpartei und die Revolution von 1905.

Ein wirksames Mittel zur siegreichen Durchführung der Verfassungskämpfe war erst die Gründung der Arbeiterpartei. Das ist die dritte Lehre der finnischen Geschichte.

Denn die Arbeiterpartei wollte nicht die Wiederherstellung der alten ständischen Vorrechte, sondern die Begründung einer neuen, auf das allgemeine Wahlrecht gegründeten Verfassung. Die alte Konstitution vom Jahre 1772 legte nämlich alle Rechte in die Hände der Stände, d. h. der besitzenden Klassen, während die besitzlosen grossen Massen rechtlos blieben; das Parlament war eine Ständevertretung, keine Volksvertretung. Die Volksmassen fanden unter der Ständevertretung ihre Interessen völlig schutzlos und ohne Vertretung. Daher war es nur natürlich und selbstverständlich, dass die Arbeiterpartei sofort den demokratischen Standpunkt einnahm und sich nicht mit der blossen Wiederherstellung der Verfassung begnügte, sondern die Einsetzung des Volksganzen in seine Rechte verlangte. Ihr Ziel war das allgemeine Wahlrecht und die Umwandlung der alten Ständeverfassung in eine neue, zeitgemässe Institution

Aber alles das hätte gar nichts genützt ohne die russische Revolution. Finnlands Freiheit war nur möglich — und das ist die vierte Lehre — durch Russlands Freiheit.

Die Arbeiterpartei wurde 1899 gegründet, — also unter dem heftigsten Wüten der Reaktion. Obgleich noch schwach, griff sie doch sofort in die Verfassungskämpfe ein. Nicht nur in den Altfinnen sah sie ihre Gegner, sondern ebenso in den Konstitutionalisten. Dem grossen Oktoberstreik in Russland folgte der Generalstreik in Finnland. Er begann am 30. Oktober 1905 und wurde am 6. November beendet. Die Sozialdemokratie mit ihren Lokalkomitees hatte nicht nur die Leitung des Streiks inne, sondern die lokalen Streikkomitees waren während dieser acht Tage die einzigen „Verwaltungsbehörden“, die „die Ordnung im Lande aufrecht erhielten“ und überall nach dem Notwendigen sahen. —

Auf alle Personen und Institutionen, die seitens der russischen Gewalt dazu eingesetzt resp. russifiziert worden waren, um die Autonomie des Landes zu erdrosseln, machte der Streik einen so bewältigenden Eindruck, dass sie alle zusammenbrachen und sich schon gleich zu Anfang aus dem Staube machten, so dass man sie nicht mehr zu sehen bekam. Daher wurde auch vom Militär kein Gebrauch gemacht, obgleich das Land von den Truppen wie ein feindliches Land besetzt war.

Am 4. November liess der Zar durch ein Manifest „seinem lieben finnischen Volk“ verkünden, dass er nun die Verfassung Finnlands wiederherstellen lasse. Die Verfassungsreform wurde in der Weise zugesagt, dass der Ständelandtag sofort einberufen werden würde, um die Landtagsordnung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts umzuarbeiten und die bisher von den Ständen ausgeübten Rechte dem ganzen Volke zu übertragen, d. h. die Ständevertretung durch eine Volksvertretung zu ersetzen. Die Sanktion der Verfassungsreform in der Form des allgemeinen Wahlrechts wurde in dem Manifest also schon zugesagt.

Mit dem Bekanntwerden des Manifestes trat in der Streikbewegung sofort eine Spaltung zutage: Die Forderungen der Konstitutionalisten waren erfüllt, ihre Mannen traten wieder in den Senat, um die Landesverwaltung auf Grundlage der alten Verfassung auszuüben. Sie waren also für den sofortigen Abbruch des Streiks, und da die Arbeiter ihre weitergehenden Forderungen energischer als je betonten, drohten sie sogar mit der Anwendung von Waffengewalt, — also mit dem Bürgerkriege.

Die Verheissungen des Manifestes waren auch für die Arbeiter wertvoll. Aber erstens ging das Manifest nicht weit genug, und zweitens: welche Garantien lagen vor, dass auch diese Abschlagszahlung wirklich erfolgen werde? Die Arbeiterpartei verlangte also mehr und vor allen Dingen reale Sicherheiten. Diese glaubte sie durch die energische Fortsetzung des Generalstreiks erlangen zu können. Sie verlangte die sofortige Wahl einer Nationalversammlung, die eine demokratische Verfassung ausarbeiten und dem Volksentscheid unterbreiten sollte. Bis zur Realisierung dieser Forderung sollte der Generalstreik fortdauern. Aber die Konstitutionalisten waren nun wieder mit der russischen Gewalt versöhnt und rechneten schon mit ihrer „Hilfe“ gegen die Arbeiter. Nicht nur der Bürgerkrieg war in greifbarer Nähe, sondern auch die Rache der Reaktion. Dazu konnte es die Sozialdemokratie nicht

kommen lassen. Schweren Herzens brach sie am am 6. November den Generalstreik ab. Aber vorher liess sie auch die bürgerlichen Führer noch ihrerseits die Erklärung abgeben, sie würden alles zugunsten einer Verfassungsreform im Sinne der sozialdemokratischen Forderungen tun, um die Arbeiterpartei zu befriedigen.

Doch stützte sich die Arbeiterpartei weder auf das Zarenmanifest, noch auf die Versprechungen der Konstitutionalisten, sondern sie war entschlossen, den Kampf fortzusetzen, obgleich der Generalstreik momentan aufgegeben werden musste.

Mit neuer Energie wurde nun die Propaganda zugunsten der Demokratisierung des Landes aufgenommen; durch die Vertreibung der russischen Kreaturen war die politische Atmosphäre eine völlig andere, freie geworden, so dass der Agitation keinerlei Hindernisse im Wege lagen. Neben der Propaganda wurde der grösste Nachdruck auf Vorbereitungen zu einem neuen Generalstreik gelegt. Dieser sollte gegen die bürgerlichen Machthaber des Landes gerichtet sein, wenn die Verfassungsreform nicht verwirklicht werden sollte. Die Vorbereitungen wurden derart ernst betrieben, dass die bürgerlichen Klassen daran keinen Augenblick zweifeln konnten, dass die Arbeiterschaft nicht mit sich markten lasse. Im ganzen Lande wurden grosse Volksversammlungen abgehalten, während die Hauptaktion auf Helsingfors beschränkt blieb. Während der Landtagssession wurden hier grosse Demonstrationsversammlungen unter freiem Himmel veranstaltet, zu denen aus dem ganzen Lande Delegierte entsandt wurden. Oft blieb das Ständehaus bis zum späten Abend von dichten Volksmassen umlagert. Man hielt es für notwendig, die Forderungen des Volkes den Ständevertretern recht nahe zu bringen und die Beratungen auch auf diese Weise unter Kontrolle zu halten. Oft standen die Massen dicht vor dem Entschlusse, in die Beratungssäle einzudringen, um ihre Wünsche recht deutlich zu machen. Kurz, es wurde nichts unterlassen, um wenigstens das allgemeine Wahlrecht noch zu erlangen.

Unter solchen Umständen, unter dem ständigen Feuer des Proletariats, hat dann die Ständevertretung am 29. Mai 1906 die neue Landtagsordnung, d. h. das allgemeine Wahlrecht, gutgeheissen, am 20. Juli wurde das neue Gesetz durch den Zaren sanktioniert und trat mit dem 1. Oktober in Kraft. Die neue Landtagsordnung enthielt folgende Hauptmomente:

Das Wahlrecht ist allgemein, es wird von allen Männern und Frauen, die das 24. Lebensjahr zurückgelegt haben, gleich, direkt und geheim — sowohl aktiv wie passiv — ausgeübt, — mit einigen nicht sehr wesentlichen Ausnahmen. Das Land ist in sechzehn Wahlkreise geteilt, von welchen je 6 bis 22 Abgeordnete gewählt werden, im ganzen 200. Jedes dritte Jahr finden Neuwahlen statt.

Die Zählung der Stimmen geschieht nach dem D'Handtschen Proporzsystem. Es ist jährlich eine ordentliche Session von neunzig Tagen — mit dem 1. Februar beginnend — vorgesehen. Die Einberufung erfolgt durch den Monarchen, der auch die Session auf eine andere Zeit verlegen, die Volksvertretung auflösen, vertagen und zu ausserordentlichen Sessionen einberufen kann. — Es besteht nur eine Kammer, allerdings daneben eine „grosse Kommission" von sechzig Mitgliedern, die in manchen Dingen die Funktion des „Oberhauses" hat. Diese, wie auch die permanenten Vorberatungskommissionen, werden von den Parteien proportional beschickt.

Mit Ausnahme der hohen Altersgrenze und der Entrechtungen wegen Steuerrückständen, Armenunterstützung usw. befriedigt das Wahlgesetz die Forderungen der Arbeiterpartei, und es verdient sehr wohl den Namen eines demokratischen Wahlrechtes.

Das geht schon daraus hervor, dass es von den damals 2,7 Millionen Einwohnern 1,272,873 das Wahlrecht gab, während bis dahin nur etwa 128,000 dieses Recht auszuüben berechtigt waren. Daher hat die Arbeiterpartei allen Grund, auf den Ausgang der Verfassungskämpfe auch in dieser Form mit Stolz und Befriedigung zurückzuschauen. Niemand kann ihr das Verdienst streitig machen, die russische Gewalt 1905 zurückgeschlagen und das allgemeine Wahlrecht errungen zu haben. Unter dem wuchtigen Auftreten des Proletariats musste die mittelalterliche Ständevertretung ihr eigenes Todesurteil beschliessen und die russische Gewalt musste dazu ihr Ja und Amen sagen.

Wenn es nun noch eines Beweises bedürfte, dass die Sozialdemokratie in den Verfassungskämpfen tatsächlich die Interessen der grossen Volksmassen verfocht, so ist dieser Beweis sehr leicht zu erbringen. Als die Sozialdemokratie sich an die Spitze dieser Kämpfe stellte, strömten ihr sofort grosse Massen zu. Ihre Mitgliederzahl stieg von 16,610 im Jahre 1904 im folgenden Jahre auf 45,298 und 1906 sogar auf über 85,000! Und sobald es soweit war, dass die Massen ihre Zuneigung durch die Wahllisten bezeugen konnten, war das Resultat ein gleiches. Die folgende Tabelle wird es dem Leser klar machen,wie die Arbeiterpartei im Parlament von Wahl zu Wahl stärker wird und schliesslich die absolute Majorität erlangt. Die Resultate der einzelnen Wahlen waren folgende:

Wahl-	Sozialdemokratie			Bürgerliche Parteien		
jahre	Stimmen	%	Mandate	Stimmen	%	Mandate
1907	329,946	37,0	80	561,044	63,0	120
1908	310,826	38,4	83	498,615	61,6	117
1909	337,685	39,9	84	508,786	60,1	116
1910	316,951	40,0	86	474,608	60,0	114
1911	321,201	40,0	86	481,186	60,0	114
1913	312,214	43,1	90	412,090	56,9	110
1916	375,306	47,2	103	419,470	52,8	97

Die Wahlen von 1908—1911 erfolgten wegen Auflösung der Volksvertretung, in normaler Weise fanden die Wahlen ausser 1907 nur 1913 und 1916 statt.

III. Die Reaktion 1905—1917.

Diese kurze Übersicht ist der schlagendste Beweis für die Richtigkeit der sozialdemokratischen Taktik. Ohne das allgemeine Wahlrecht wären die demokratischen Bestrebungen im Parlament ohne genügenden Einfluss geblieben, so aber konnte die Sozialdemokratie sofort mit achtzig Mandaten auftreten und diese Zahl von Etappe zu Etappe vermehren, bis sie — unter dem Alp des Weltkrieges die absolute Majorität erlangte.

Der Gang der Ereignisse hat aber auch das gezeigt, dass die damals nicht erreichten Forderungen ebenfalls wohlüberlegt und richtig waren. Die bald neu eingesetzte Reaktion hätte es weniger leicht gehabt, wenn die Verfassungsreform gründlich durchgeführt, und wenn für die Autonomie des Landes reale Garantien erreicht worden wären, wie die Arbeiterpartei 1905 eindringlich gefordert hat. Auf dem Wege des parlamentarischen Kampfes war dies bisher nicht zu erreichen. Die reaktionäre Gewalt hat sich zu schnell erholt und sie machte sich sofort bereit, die erlittene Schlappe auszuwetzen. Und dabei war ihr die finnische Bourgeoisie — behülflich! Diese empfand das allgemeine Wahlrecht bald genug als eine — verlorene Schlacht —, wie konnte sie ihre Hand freiwillig dazu bieten, der Demokratie zu noch weiteren Siegen zu verhelfen?

Die Rechte der Volksvertretung waren äusserst beschränkt, und da alle ihre Beschlüsse der Sanktion des Monarchen bedurften, wurde sie zur Ohnmacht verdammt. Die Volksvertretung hat eine Reihe notwendiger Gesetze ausgearbeitet und angenommen, darunter auch die notwendigsten Gesetze für den Arbeiterschutz. Hinsichtlich der Gesetzgebung steckt Finnland noch quasi im Mittelalter, das moderne Leben schreit nach gesetzlicher Neuregelung des sozialen Lebens. Manches von den neuen Gesetzen, die die Volksvertretung in den zehn Jahren angenommen hat, entspricht in vielen Dingen den Erwartungen des Volkes. Aber — sie erlangten die Sanktion des Monarchen nicht, sie blieben wie verschollen und Reklamationen des Parlaments blieben fruchtlos.

Anstatt die Volksvertretung sofort aufzulösen, wie bis 1911, verweigerte der Zar jetzt zu den Beschlüssen derselben seine Sanktion und verurteilte sie somit zur resultatlosen Arbeit. Aber nicht dies allein. Die russische Gewalt hat es sich schon längst wieder zum Ziel gesetzt, das verfassungsmässige Finnland zu zertrümmern. Die letzten Zusicherungen des Zaren, das Land nunmehr streng nach der Verfassung verwalten zu lassen, blieben ebenso fruchtlos, wie jene, die er beim Antritt seiner Regierung gegeben hatte.

Wie das Februarmanifest von 1899, hat auch das russische Gesetz vom Jahre 1910 das Recht der finnischen Volksvertretung als einzige gesetzgebende Institution für Finnland zu gelten, verletzt, aufgehoben. Das russische Gesetz von 1910 bestimmte, dass russische Gesetzgebungsinstitutionen berechtig t seien, auch für Finnland Gesetze zu geben, insoweit „gesamtstaatliche" Interessen dies erforderten. Dieser Zusatz war dehnbar wie Kautschuk, und sein Zweck war die Zertrümmerung der Verfassung Finnlands.

Auf Grund dieses Gesetzes, das von Finnland energisch zurückgewiesen und als völlig verfassungswidrig erklärt worden ist, wurden russischerseits Spezialgesetze erlassen und in Finnland gewaltsam durchgeführt, die durchweg als die glatte Aufhebung der Verfassung empfunden werden. Auf Grund dieser Spezialgesetze sind im Verlauf der letzten fünf Jahre viele finnische Richter und andere Amtspersonen wegen ihrer verfassungstreuen Gesinnung, d. h. wegen Nichtachtung dieser russischen Gesetze gewaltsam nach Russland geschleppt und dort von russischen Gerichten zu schweren Gefängnis- und Ehrenstrafen verurteilt worden, d. h. man hatte ihnen nicht nur die persönliche Freiheit, sondern auch die Rechte, die ihnen die Verfassung hinsichtlich Anklage und Verteidigung vor den eigenen Richtern des Landes gewährt, geraubt. Bei der Verhängung des Kriegszustandes über das Land wurde die Landesverfassung ebenfalls ignoriert, die Landesgesetze verletzt und russische Gesetze als massgebend hingestellt.

Die Volksvertretung wurde seit dem Frühjahr 1914 nicht einberufen, die Gewalt regierte mit Hilfe von lauter verfassungswidrigen Verordnungen. Auch für das Jahr 1917 wurde der Landtag von der zarischen Gewalt nicht einberufen. Die reaktionäre Regierungspresse Russlands wusste zu berichten, der Landtag würde während der Dauer des Krieges überhaupt nicht einberufen werden. Es versteht sich von selbst, dass die sozialdemokratische Parlamentsmehrheit unter solchen Umständen nichts zu bedeuten gehabt hätte.

Unterdessen hatte sich auch die Auffassung der bürgerlichen Liberalen dahin durchgearbeitet, dass sie sich 1905 hatten düpieren lassen, und dass man auf Zusagen und Versicherungen der zarischen Regierung nichts geben könne, genau wie die Sozialdemokraten es 1905 vorausgesagt hatten.

Die Revolution von 1917.

Die jetzige Revolution hat nun die Situation mit einem Schlage verändert. Was den Finnen 1905 und 1906 nicht einzubringen gelang, dürfte ihnen jetzt gelingen.

Im Folgenden wollen wir die Hauptereignisse, welche die jetzige Revolution in Finnland zur Folge hatte, kurz skizzieren.

Die Interimsregierung von Russland begann sofort auch in Finnland mit der zaristischen Reaktion aufzuräumen. In der Hauptsache ist die Revolution in Finnland durch russische Truppen vollführt worden — die Finnen wurden vor die vollendete Tatsache gestellt. — Einer der ersten Schritte der neuen russischen Regierung war die Verhaftung des Generalgouverneurs von Seyn und seiner nächsten Getreuen. Die von Seyn als Handlanger benötigten Senatoren, Gouverneure, Polizeigewaltigen usw. mussten sich halb freiwillig, halb gezwungen, zurückziehen, so dass das Land auch diesmal sehr bald von allen diesen Übeltätern befreit wurde. — Die provisorische Regierung Russlands erklärte auch alle der finnischen Verfassung zuwiderlaufenden Gesetze und Anordnungen als aufgehoben und stellte die verfassungsmässigen Rechte im weitesten Sinne wieder her. Selbst die Aufhebung der finnischen Militärordnung ,d. h. der „Finnischen Bataillone", wurde widerrufen und Finnland freigestellt, diese Bataillone nun wiederherzustellen. Aber diese Frage wollen die Finnen aus wohl zu verstehenden Gründen erst nach dem Kriege regeln.

Mit der Aufhebung der seit 1910 seitens der russischen Gewalt Finnland aufgezwungenen Gesetze erfolgte auch die Befreiung aller jener Personen, die sich aus Gründen der Widersetzlichkeit

gegen diese Gesetze in den russischen Gefängnissen oder in Sibirien befanden. Herr Assessor Dvinhufond, der ehemalige Landrichter und Landtagspräsident, den Herr Seyn zu Beginn des Krieges ohne Gerichtsurteil seines Richteramtes entkleidete und nach Sibirien verbannte, ist bereits zurückgekehrt und wird in Finnland wie ein Triumphator empfangen und gefeiert. Die jetzige Regierung hat Herrn Svinhufond den Posten des Prokurators anvertraut, d. h. der Verbannte wird nun die ehrende Aufgabe haben, als Repräsentant der höchsten Justizgewalt die strikte Befolgung der Landesgesetze zu überwachen.

Gleichzeitig wurde den Finnen die Erklärung abgegeben, dass die russische Macht sich nicht mehr in ihre Angelegenheiten mischen wolle, sie hätten völlig freie Hand — auch hinsichtlich einer gründlichen Verfassungsrevision, oder Einführung einer ganz neuen Verfassung. — Finnischerseits wurde denn auch sogleich ein Ausschuss für Neuregelung der Verfassungsfragen eingesetzt. Es dürfte jetzt das gründlich nachgeholt werden, was 1906 nicht gelang.

Somit standen die Finnen vor der Frage, den neuen Senat, d. h. die neue Landesregierung, selber zu bestellen. Diese Angelegenheit war nicht leicht zu erledigen. Keine der bürgerlichen Parteien besitzt im Landtage die Mehrheit, die eine Parteiregierung hätte stützen können; selbst sämtliche bürgerliche Parteien zusammengenommen besitzen keine Mehrheit, sie stehen mit 97 Abgeordneten gegen 103 Abgeordnete der Sozialdemokratie! — Aber auch die Sozialdemokratie wollte sich dazu nicht hergeben und sich binden lassen. Es handelt sich immerhin um eine bürgerliche Regierung eines bürgerlichen Staates! Die sozialdemokratische Mehrheit in der Volksvertretung ist zu klein, während im Lande die Mehrzahl der Wähler ihren Anschauungen nach im Banne der bürgerlichen Parteien steht. Eine sozialdemokratische Regierung hätte den Staat sozialistisch verwalten müssen. Das geht aber noch nicht an. — Schliesslich verstand man sich zu einem Koalitionssenat, zu dessen Bildung der Sozialdemokrat Oskari Tokoi die Initiative ergriff. Er tat das, ohne dazu ein Parteimandat zu haben, aber nicht ohne Wissen und ohne Billigung der Partei-Instanzen, wobei die Partei sich jedoch völlige Handlungsfreiheit vorbehielt.

Der neue Senat besteht aus zwölf Senatoren, von welchen sechs den bürgerlichen Parteien angehören (drei Altfinnen, ein Jungfinne, ein schwedischer Volksparteiler — eigentlich handelt es sich um die schwedischsprachliche Herrenpartei — und ein Angehöriger des Kleinbauern-Verbandes). Die übrigen sechs sind Sozialdemokraten resp. Sozialisten. Vorsitzender des Senats — dem Namen nach Vizepräsident — ist der Sozialdemokrat Tokoi (= Tógoi). Bei Stimmengleichheit hat der Vorsitzende die Entscheidung. Darauf gestützt, kann man sagen, dass die Sozialisten im Senat gewissermassen die Mehrheit haben.

Der neue Senat befindet sich mit der provisorischen Regierung Russlands etwa in gleicher Lage. Hier wie dort wird eine demokratische Kontrolle ausgeübt. In Finnland fällt diese Aufsicht den sozialdemokratischen Organisationen zu. Grosse Bevölkerungsschichten sind bei der Durchführung der Demokratisierung des Staatswesens interessiert. Eine gründliche Verfassungsrevision darf daher als gewiss erwartet werden, wie auch die baldige Inkraftsetzung einer Reihe neuer Gesetze, die bisher verschleppt wurden. Daher muss es der Demokratie als eine gewisse Garantie gelten, im Senat Männer zu wissen, die diesen Erneuerungsprozess grundsätzlich fördern müssen. Vielleicht werden einige der sozialdemokratischen Senatoren in Parteikreisen etwas an Ansehen einbüssen. Die Demokratisierung des Staatswesens ist aber entschieden ein solches Opfer wert!

Das Zentralorgan der Sozialdemokratie — *Työmies* — bezeichnet die sozialdemokratischen Senatoren als dem rechten Flügel der Partei angehörig. Dr. Väinö Voionmaa-Vallin wird sogar zu den Bürgerlichen gezählt. Die Bürgerlichen ihrerseits klassifizieren ihn zu den Sozialdemokraten! —

Oskari Tokoi war bisher Vorsitzender der Gewerkschaftszentrale. 1913 bekleidete er den Posten des Landtagspräsidenten. — Matti Paasivuori, der Unterstaatssekretär für Arbeitsangelegenheiten, war eine Zeit lang Vorsitzender der Gewerkschaftszentrale, jetzt bekleidete er denselben Posten in der Parteileitung. — Väinö Tanner, Rechtsanwalt und Ersatzrichter, der Verweser des Finanzwesens, bekleidet seit Jahren in der Genossenschaftsbewegung verantwortungsvolle Stellen. — Väinö Vuolijaki, Verweser der Staatsdomänen, ist für diesen Posten offenbar als sehr geeignet anzusehen. Er ist selber Besitzer einer landwirtschaftlichen Musterwirtschaft. Früher war er als Dozent an der landwirtschaftlichen Hochschule tätig, später fungierte er als Sekretär einer landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft. — Die Genannten gehören teils seit 1907, teils einige Jahre später dem Landtage an. — Dr. Aidio ist bisher in der Partei wenig bekannt geworden. Er war mit wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigt. — Dr. Väinö Voionmaa-Vallin, der Minister für den Verkehr, war bisher Dozent an der Helsingforser Hochschule. Er ist durch seine Schriften als Historiker im Lande wohl bekannt, vielleicht aber noch bekannter als Vorkämpfer der Abstinenz. Voionmaa wirkte längere Jahre als Sekretär des allgemeinen finni-

schen Vereins für Volksaufklärung. Als solcher hat er sich um die Volksbildung sehr verdient gemacht. — Voionmaa blieb mit den bürgerlich-demokratischen Kreisen in Fühlung, wodurch er bei den führenden Genossen der Sozialdemokratie in den Ruf eines sehr gemässigten Genossen kam. Doch ist anzunehmen, dass Tokoi ihn immerhin als Sozialdemokraten in den Senat aufgenommen hat, und dass auch er für die Demokratisierung des Staatswesens eintreten wird.

Die bürgerlichen Senatoren sind natürlich bekannte und geschätzte Herren, die teils als hervorragende Parlamentarier, teils als frühere Beamten in ihren Parteikreisen allgemein geachtet werden. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen — mit Ausnahme des Vertreters des Kleinbauern-Verbandes — politische Gegner, edi in erster Linie auf die Interessen ihrer Klassen hinarbeiten.

Die Volksvertretung ist am 4. April zusammengetreten. Den Vorsitz führt der Sozialdemokrat Kullervo Manner, als erster Vizepräsident fungiert der Altfinne Dr. Lilius, als zweiter der Sozialdemokrat Jokinen.

Zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien kam es sofort zu scharfen Gegensätzen. Die Vertrauensmänner der Sozialdemokratie verlangten die sofortige Inkraftsetzung einiger Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetze, wie auch des Alkoholverbotsgesetzes vom Jahre 1909. Diese Gesetze wurden seinerzeit vom Landtage angenommen, aber von den Verwaltungsbehörden verschleppt. Die Arbeiterschaft erachtet diese Gesetze als einen sehr notwendigen Anfang der sozialen Gesetzgebung. Die Bürgerlichen stemmten sich dagegen, so dass ihre Inkraftsetzung auch jetzt unterbleiben musste. Nun droht die Arbeiterschaft mit dem Generalstreik. Der „Burgfriede" ist also sofort in die Brüche gegangen, als die Gewalt der Polizei aufgehört hatte, ihn zu erzwingen.

Die Revolution hat die bisherige Polizei wiederum verjagt und diesmal hat die organisierte Arbeiterschaft die Angelegenheit in die Hand genommen, eine neue Sicherheitspolizei zu bilden, die der Sache der Arbeiterbewegung nicht feindlich gegenüberstehen könnte. Da Finnland kein eigenes Militär besass, war bis- er die Polizeimannschaft oft gegen die Arbeiter — gegen den „inneren Feind" — aufgeboten worden. Mit Einvernehmen der Stadtverwaltungen wurden lokale Sicherheitsausschüsse gewählt, die dann die endgültige Regelung der Ordnungspolizei übernahmen. Die Sicherheitsausschüss stehen unter der Kontrolle der Arbeiterorganisationen und sie arbeiten unter Leitung von sozialdemokratischen Vorsitzenden. Die Polizeimannschaft wird in der Weise angeworben, dass organisierte Arbeiter die Mehrzahl bilden. Zur

Zeit steht auch die Leitung der lokalen Polizei-Institutionen in der Hand von Sozialdemokraten.

Wie die russischen, so erhoben auch die finnischen Arbeiter die Forderung auf allgemeine Einführung des achtstündigen Arbeitstages. Da diese Forderung bei vielen Unternehmern auf Widerstand stiess, entstanden in vielen Orten Zusammenstösse. Für den 1. Mai wurden zugunsten der Einführung des achtstündigen Arbeitstages grössere Demonstrationsstreiks angekündigt. In einigen Orten hat sich das russische Militär für die finnischen Arbeiter eingesetzt und die Unternehmer unter Druck genommen. Diese Bewegung scheint momentan in Finnland nicht ungünstig zu stehen. Arbeiter sind gesucht, die Betriebe sind voll im Gang, dazu die revolutionäre Stimmung ...

Die Zukunft Finnlands und seine Demokratisierung hängt mit der Entwickelung der russischen Revolution eng zusammen. Bis jetzt liegt wenig Grund zu der Befürchtung vor, dass die zaristische Reaktion in Russland nochmals an die Macht gelangen könnte. Solange das nicht geschieht, dürfte Finnland frei den Gang seiner Entwicklung nehmen. Und es steht nicht zu befürchten, dass das finnische Volk den richtigen Weg nicht zu wählen wüsste.

□□□

Neutralität.

Die Mission der Neutralen: Brücke zu werden zwischen den feindlichen Ufern. Und verspotten sie sich untereinander: Der ist ja französischer wie die Franzosen! — Du bist ein „Boche“! — Umso besser. — Die Franzosen werden Dir lieber die Hand reichen — die Deutschen werden Dich auch da verstehen, wo Deine Meinung von der ihren abweicht. So werden sie zu Pfeilern an der Brücke, die doch einmal von einem Ufer zum andern geschlagen werden muss, — eine Kette in der jedes Glied seine Bedeutung hat. — Beschimpft Euch — wenn ihr müsst — Ihr seid aber alle nötig! —

F. F.

Ein russischer Separatfrieden.

Von Dr. STEPHAN MARKUS, Zürich.

Am 5. Mai 1762 wurde in Petersburg ein Separatfrieden zwischen Russland und Preussen unterzeichnet in einem Momente, da die mächtige, gegen Friedrich den Grossen aufgebotene europäische Koalition zum letzten gewaltigen Streiche auszuholen sich anschickte. Es ist für uns, die wir einen ähnlichen Kampf ums Dasein und ähnliche Möglichkeiten erleben, von höchst aktuellem und pikantem Interesse, den Meinungsaustausch zu verfolgen, der genanntem welthistorischem Ereignis zwischen den Herren Alliierten voranging. Es dürfte sich dem Leser dabei manche anregende Parallele im Geiste einstellen.

Wir lassen die denkwürdigen Dokumente, deren Text einem im Todesjahre Peters III. erschienenen Buche*) entnommen ist, ohne Kommentar folgen:

Ungefähr zwei Monate nach seiner für Friedrich II. so glücklichen Thronbesteigung, am 24. Februar 1762, liess Zar Peter III. den Gesandten Österreichs, Frankreichs, Schwedens und Sachsens am Petersburger Hof folgende Deklaration zustellen: „Seine Kaiserliche Majestät, welche bei der glücklichen Besteigung des Throns Ihrer Vorfahren es als Ihre erste Schuldigkeit betrachten, das Wohl Ihrer Untertanen zu erweitern und zu vermehren, sehen mit dem äussersten Leidwesen, dass das gegenwärtige, seit sechs Jahren dauernde Kriegsfeuer, welches allen darinnen begriffenen Mächten schon lange beschwerlich fällt, statt seinem Ende sich zu nähern, zum grossen Unglück aller Nationen je länger je weiter um sich greift, und dass das menschliche Geschlecht durch diese Plage desto mehr leiden muss, da das Schicksal der Waffen, das bis zur Stunde so vieler Ungewissheit unterworfen gewesen, solches nicht

*) „Merkwürdige Lebensgeschichte Peters III., nebst einer Erläuterung zweier bereits seltener Münzen." Frankfurt 1762.

weniger für die Zukunft ist. Da Seine Kaiserliche Majestät bei solchen Umständen aus Gefühl der Menschlichkeit mit der unnützen Vergiessung unschuldigen Blutes Mitleid tragen und Dero Seits einem solchen Übel Einhalt tun wollen, so finden Sie nötig, den Alliierten von Russland zu deklarieren, dass, indem Sie das erste Gesetz, das Gott den Souveränen vorschreibt, nämlich die Erhaltung der ihnen anvertrauten Völker, allen Betrachtungen vorziehen, Sie wünschen, Dero Reichen den Frieden zu verschaffen, der denselben so nötig und so kostbar ist, und zu gleicher Zeit so viel als möglich dazu beizutragen, dass solcher in dem ganzen Europa hergestellt werde. In dieser Absicht sind Seine Majestät bereit, die in diesem Kriege durch die Russischen Waffen gemachten Eroberungen aufzuopfern (!), in der Hoffnung, dass sämtliche alliierte Höfe Ihrerseits die Rückkehr der Ruhe und des Friedens den Vorteilen vorziehen werden, die Sie von dem Kriege erwarten könnten und die nicht anders als durch weiteres Vergiessen von Menschenblut zu erhalten sind. Um deswillen raten Seine Kaiserliche Majestät Ihnen in der besten Gesinnung, Ihrerseits zur Vollendung eines so grossen und heilsamen Werkes alle Ihre Kräfte aufzuwenden. St. Petersburg, den 23. Februar 1762."

Auf diese Deklaration gingen folgende Antworten ein:

Von Frankreich: „Seine Allerchristlichste Majestät deklarieren, dass, nachdem Sie genugsame Proben von Dero Standhaftigkeit und Grossmut gegeben, Sie bereit sind, die Vorschläge zu einem festen und anständigen Frieden ganz willig anzuhören, jedoch so, dass Sie demohngeachtet in der allervollkommensten Eintracht und Übereinstimmung mit Dero Bundesgenossen standhaft verharren und sonst keinen Ratschlägen Gehör geben werden, als welche mit der Ehre und Redlichkeit übereinkommen. Sie würden sich eines Abfalls schuldig erkennen, wenn Sie sich in geheime Unterhandlungen einliessen. Sie wollen Ihren und Ihrer Königreiche Ruhm nicht durch Verlassung Ihrer Bundesgenossen beflecken, hoffen aber, dass Dieselben ihrerseits gleichen Grundsätzen folgen werden."

Von Österreich: „Ihre Kaiserliche Königliche Majestät haben jederzeit eifrigst gewünscht, den Kriegsdrangsalen ein Ende zu machen. Sie verharren auch beständig bei eben den Gesinnungen, wenn nur die Bedingungen, vermittelst derer man diesen Endzweck erreichen könnte, sowohl mit der eigenen Ehre, als mit der Ehre Dero Alliierten übereinkommen. Um dieser Ursache willen verlangen Ihre Kaiserliche Königliche Majestät, dass der russische Kaiser sich deswegen deutlicher erklären und zu erkennen geben möchte, auf was für eine Art und Weise Seine Zarische Majestät zur Wiederherstellung des Friedens das Ihrige beizutragen gedenken."

Vom polnisch-chursächsischen Hof: „Der König setzt auf die Freundschaft einer Macht, mit der das Haus Sachsen seit so langer Zeit durch die heiligsten und festigsten Bande verknüpft ist, ein völliges Vertrauen. Dem Kaiser aller Reussen kann nicht unbekannt sein, dass Sachsen aus einem Widerwillen gegen seine genauen Verbindungen mit Russland angegriffen worden, indem der König von Preussen eben von Denselben Gelegenheit genommen, Seine Polnische Majestät zu beschuldigen, dass Sie sich wider ihn in Offensiv-Traktaten eingelassen habe, da selbige doch nicht von dieser Beschaffenheit sind, und Seine Majestät daran keinen Teil genommen haben, wovon Seine Kaiserliche Majestät sich aus Dero eigenen Archiven überzeugen könnten. Ein so grosser und alter Bundesgenosse von Sachsen wird dieses Land nicht unter seinen Ruinen versinken lassen. Dieses Land hat alle Arten von Elend ausgestanden und unerschwingliche Kontributionen bezahlen müssen. Die Einkünfte des Königs und der öffentlichen Fonds zu Bezahlung der Zinsen sind in Beschlag genommen. Ihre Wiedererstattung ist gerecht, und die Vergütung des Schadens, sofern sie sich tun lässt, ist es nicht weniger. Alle Mächte werden hierinnen bei ihrem gemeinschaftlichen Verlangen zu Wiederherstellung der Ruhe mit einander übereinstimmen. Sie werden eingestehen, dass der Friede nicht zuverlässig sei, wenn er nicht Gerechtigkeit zum Grunde hat. Das grosse Werk eines

allgemeinen Friedens erfordert Zeit. Da inzwischen die Bedrückungen von Sachsen täglich steigen, und es mit einem unersetzlichen Ruin bedrohen, so wäre es der Leutseligkeit und Grossmut Seiner Majestät, des Kaisers aller Reussen, gemäss, von nun an und durch die Ihnen am bequemsten zu sein scheinenden Mittel eine schleunige Räumung der Sächsichen Staaten zu veranstalten, um den Fortgang so vieles Schadens zu hemmen, dessen Ersetzung beim Frieden gerecht ist."

Der Kuriosität und Einzigartigkeit halber sei hier auch die Schrift angeführt, mit der Friedrichs Verbündeter: England, durch Vermittlung seines Petersburger Gesandten Williams auf den Schritt Peters III. antwortete:

„Der König von England wünscht nichts so sehr, als die Harmonie und Freundschaft mit Ihrer Kaiserlichen Majestät zu erhalten und immer mehr zu festigen. Seine britische Majestät betrachtet Ihre Thronbesteigung als die günstigste Gelegenheit, Ihnen seine Wünsche zu übermitteln. Und ich, sein Minister, habe diesen Gefühlen entsprechende Instruktionen. Es hängt nur von Ihrer Kaiserlichen Majestät ab, Europa den Frieden zu geben. Und Seine britische Majestät lässt Sie fragen, welches Ihre Intentionen sind, und unter welchen Bedingungen es Ihnen gefällt, den Frieden wiederherzustellen, hauptsächlich mit dem König von Preussen. Dieser Fürst kann sich — das fühlt man in London sehr wohl — in Anbetracht seiner Lage nicht schmeicheln, den Frieden zu erlangen, ohne beträchtliche Zugeständnisse und ohne ihn — um es so zu sagen — zu erkaufen auf Kosten seiner Länder. Zufolge dieser in London erkannten Wahrheit hat der englische Staatssekretär Graf Bute an Herrn Mitchel, den britischen Minister beim König von Preussen, auf Befehl des Königs, seines Herrn, vor sechs Wochen geschrieben, und ihn ersucht, dem preussischen Minister zu erklären, dass es Zeit sei, ernstlich an den Frieden zu denken, und dass der englische Hof nicht einen ewigen Krieg führen könne, lediglich, um seiner preussischen Majestät zu gefallen. Wir haben eine Antwort auf diese Erklärung noch

nicht erhalten, und wir erwarten sie auch nicht mehr, da der König von Preussen sich schmeichelt, am Hofe Ihrer Majestät mehr guten Willen zu finden, zu seinen Gunsten, und sich mit chimärenhaften Hoffnungen trägt. Graf Bute findet diese Hoffnungen um so chimärischer, als er die Verhältnisse ohne Leidenschaft und Voreingenommenheit und nicht nach der Fasson der preussischen Minister beurteilt, wie Leute, welche sich Throne zu verpflichten suchen, wennschon ohne jede Hoffnung, während Graf Bute sich nicht denken kann, dass Ihre kaiserliche Majestät den König von Preussen Ihren natürlichen Verbündeten, zumal denen in Wien, vorziehen werden. Der englische Hof kann trotz seines Bestrebens nach Frieden nicht wünschen, dass Ihre Majestät Ihre Truppen zurückziehen, die gegen den König von Preussen agieren müssen, und deren sich dieser Fürst schon entledigt glaubt. Ein solcher Rückzug der Truppen dürfte zum Frieden nichts beitragen, sondern vielmehr den Krieg nur in die Länge ziehen, da der König von Preussen ohne Ihre Verbindung mit Wien noch lange imstande sein wird, den Krieg gegen die Kaiserin-Königin fortzusetzen, was der britische Hof in keiner Weise wünschen kann, der den König von Preussen nur vor dem totalen Ruin retten will, indem er ihn gleichzeitig zwingt, räsonable Opfer an Ländern zu machen. Das sind die Absichten des Grafen Bute, die er sehr geheim zu halten wünscht."

Auf alle diese Erklärungen hatte Peter nur eine Antwort, die der russische Gesandte zu Wien: Fürst Gallizin, am 9. April dem k. k. Hofe zu überreichen hatte:

„Die schon von Kaiser Peters I. Zeiten her zwischen den kaiserlich-russischen und königlich-preussischen Höfen gepflogene Freundschaft hat in den letzten Jahren bloss durch zufällige Vorfälle und Veränderungen im System Europas eine Erschütterung erlitten. Da nun aber der dadurch ausgebrochene Krieg weder ewig dauern kann, noch die durch einen solchen erlangten Vorteile die Freundschaft einer Macht hintanzusetzen vermöchte, die so viele Jahre hindurch ein nützlicher Bundesgenosse gewesen

und noch künftig sein kann, so haben Seine Russische Kaiserliche Majestät sich vorgesetzt, mit dem Könige von Preussen nicht allein einen dauerhaften Frieden, sondern auch nach Erforderung Ihres Interesses annoch einen weitern Allianz-Traktat zu schliessen. Die Ursachen, die Seine russisch-kaiserliche Majestät haben, solches zu beschleunigen, bedürfen keiner weitläufigen Erklärung, indem leicht zu erweisen ist, dass man einen so allgemeinen Frieden, wie der westfälische gewesen, von den unendlichen Veränderungen der Waffen und den so unterschiedenen Absichten nicht zu erwarten hat und derselbe nicht dauerhaft sein kann. Bei dem Westfälischen Frieden haben einem jeden die schon erworbenen Besitzungen versichert werden müssen; jetzt aber kommt es auf Prätensionen an, die erst aus dem Kriege entstanden und nicht wohl zu vereinbaren sind, da man, zumal zu Anfang des Krieges, darauf bedacht gewesen, mehr Mächte in denselben hineinzuziehen, als dass man überlegte, wo die vielen so eilfertig errichteten Traktaten und Verbindungen hinausgehen würden. Der russisch-kaiserliche Hof hat allein jederzeit auf der Notwendigkeit bestanden, die von einander so unterschiedenen Interessen und Forderungen erst zu vereinbaren, ehe ein General-Kongress angestellt würde. Der Wienerische Hof schien solches zu begreifen, weshalb er, doch ohne jemals auf die kaiserlich-russischen Gesinnungen direkt zu antworten, sich nur kurz auf die zu seinem Vorteil genommene Abrede berief, und indem er die andern Forderungen mit Stillschweigen überging, alles vom möglichen Glücke der Waffen erwartete. Frankreich hat in dem durch russisch-kaiserlichen Vorschub entamierten Negotiationen einen bloss eigennützigen Frieden so sehr versucht, dass, wie aus des kaiserlich-königlichen Botschafters Grafen von Mercy Mitteilung zu Petersburg erweislich, der Wienerische Hof nur darauf bedacht gewesen, zu verhindern, dass nicht direkt gegen ihn etwas geschlossen werden möchte, welcher Hof es daher auch den grossen Forderungen

Englands zu verdanken hat, dass er von dieser Besorgnis befreit war. Der seither zwischen England und Spanien hinzugekommene Krieg vermehrt das allgemeine. Elend und beut kein Mittel, den Krieg in Deutschland zu hemmen, wenn auch England zur See alles anwendet. Schweden, das ohne Nutzen und Hoffnung, ja mit Verlust seines eignen Ruhmes, erschöpft, scheint weder den Krieg fortzusetzen noch endigen zu dürfen. Da nun alle an dem gegenwärtigen Kriege teilhabenden Höfe nur abzuwarten schienen, wer den ersten und entscheidensten Schritt zur Herstellung des Friedens tun würde, und Seine russisch-kaiserliche Majestät jetzo dazu aus warmem Erbarmen und in Erwägung der Gefälligkeiten, die Ihr von des Königs von Preussen Majestät bezeigt wurden, allein imstande wäre, so kommt Ihr auch zu, gedachten Schritt umso eher zu tun, als Sie solche Gesinnungen gleich beim Antritt Ihrer Regierung unterm 23. Februar allen Höfen eröffnet haben."

Wie gesagt: Der Separatfrieden wurde am 5. Mai geschlossen, und Katharina, die in ihrem unersättlichen Ehrgeiz Peter deshalb ermorden liess, bestätigte, kaum dass sie ihr Ziel erreicht hatte, diesen Frieden nicht bloss, — sie schloss mit Friedrich sogar ein Schutz- und Trutzbündnis! —

□□□

S'ist Fluch der Zeit, dass Tolle Blinde führen!

Shakespeare: König Lear.

□□□

Der historische Sinn des Weltkriegs.

Man will den Militarismus beseitigen. Zu diesem Zwecke muss man sich erst über die Frage nach seinen Ursachen klar werden.

Ist der Militarismus Folge oder Ursache der äusseren Gefahr?

Auf diese Frage scheint der Weltkrieg eine unzweideutige Antwort zu geben. In der Jetztzeit, wo auch der mächtigste Monarch in den Richtlinien der äusseren Politik durch die öffentliche Meinung seines Landes gebunden ist, kann der Militarismus nur durch äussere Gefahr erhalten werden. Wird ein Land nicht durch eine äussere Gefahr, sei es auch nur durch eine eingebildete, bedroht, so stirbt der Militarismus von selbst, schon aus dem Grunde, weill die Volksvertreter dann die grossen Summen verweigern würden. Sobald Gefahr im Verzug ist, lebt er auf, — selbst da, wo er tot schien.

Nur eine, auf kollektiver Macht begründete zwischenstaatliche Rechtsordnung wäre ein sicheres Mittel zur endgültigen Beseitigung jeglichem Militarismus, Marinismus und Chauvinismus allüberall. Auch das Wettrüsten zur See würde aufhören, wenn man die Unantastbarkeit jeder Ware, auch auf feindlichem Schiff, anerkennen würde. Das tausendjährige Reich wird zwar nicht anbrechen, denn dazu ist eine Wandlung des inneren Menschen erforderlich. Aber der Bürgerkrieg innerhalb der Kulturgemeinschaft wird sich dann nicht wiederholen können, so wie die lokalen Kriege des Mittelalters, die Kriege zwischen deutschen, italienischen Einzelstaaten und schweizerischen Kantonen nicht mehr möglich sind. Dazu muss und wird es kommen. Das ist der historische Sinn dieses Krieges. *F. v. W.*

□□□

Sie werden noch eine grosse Reaktion erleben. Alles wird zerstört scheinen, wofür wir gekämpft haben. Aber man darf sich deshalb nicht ängstigen. Der Fortschritt der Menschheit ist ein Aufstieg in Serpentinen. Da kann es wohl von Zeit zu Zeit scheinen als ginge man zurück. In Wirklichkeit steigt man immer höher.

Äusserung Renan's aus dem Jahr 1885, zitiert von Romain Rolland.

Die Friedensarbeit in Stockholm.

Von Prof. Dr. SIEGMUND FEILBOGEN.

Wir machen ganz besonders auf einen den gleichen Gegenstand behandelnden Artikel unseres geschätzten Mitarbeiters L. M. Hartmann aufmerksam, der uns nach Abschluss der Nummer zugekommen ist. *D. Red.*

Eine ungeheure Verantwortung lastet auf den Männern, welche in diesen Tagen in Stockholm zusammentreffen. Wenn ihr Kongress fruchtlos verlaufen oder gar verbitternd wirken sollte, so sind die Friedenshoffnungen für lange Zeit eingesargt. Denn dieser Versuch zur Vorbereitung einer Versöhnung hat so günstige Voraussetzungen wie kein anderer bisher. Die Mitglieder der Konferenz stehen nicht unter denselben Hemmungen wie die aktiven Staatsmänner oder die Vertreter der herrschenden Klassen. Diese, welche den Krieg entfesselt oder wenigstens nicht rechtzeitig verhindert haben, getrauen sich noch immer nicht, den Völkern den mageren Frieden anzubieten, welcher doch nach der Sachlage schliesslich wird von allen angenommen werden müssen. In einer ganz anderen Lage sind die in Stockholm versammelten Sozialdemokraten der kriegführenden und neutralen Länder. Sie können darauf verweisen, dass die Sozialdemokratie vor dem Kriege überall nur eine Minoritätspartei gewesen ist; sie hat nirgends auf die auswärtige Politik, die zu dieser furchtbaren Katastrophe geführt hat, einen entscheidenden Einfluss nehmen können; auch ihre heftigste Opposition hätte nirgends den Ausbruch des Krieges verhindert. Die Kriegsbudgets früherer Jahre hat die Sozialdemokratie überall abgelehnt. Sie kann also die Verantwortlichkeit für den Krieg und für das Missverhältnis zwischen seinen ungeheuren Kosten und dem Inhalte des heute möglichen Friedens mit aller Energie auf die Regierungen und die kapitalistischen Mehrheiten abwälzen, die allein mit Bewusstsein und Absicht eine imperialistische, d. h. in letzter Linie kriegerische Politik getrieben haben.

Sind die Teilnehmer der Stockholmer Konferenz von Furcht vor dem Tage der Abrechnung freier als die Mitglieder der diversen Regierungen und Parlamentsmajoritäten, so sind andererseits die positiven Antriebe zur Friedenspolitik bei ihnen viel mächtiger und zwingender. Unter den herrschenden Klassen ist das Blutgeld der Kriegsgewinner verbreiteter als man denkt; ganze Berufskreise, auch ausserhalb der Munitionsindustrie, z. B. der grössere Grundbesitz oder die Banken schmieden Gold aus der Not der Zeit. Sie sind trotzdem vielleicht nicht bewusst kriegsfreundlich, aber doch nicht energisch genug in ihrer Kriegsgegnerschaft. Auch die wirtschaftlichen Vorteile des Sieges fallen den Mächtigen zu. Ganz anders steht es mit dem Proletariate. In vielen Ländern ist es den Aussenstehenden geradezu ein Rätsel, wie die ärmeren Klassen bei dieser Teuerung auch nur das nackte Leben herausschlagen, und der Tod des Ernährers auf dem Schlachtfelde bedeutet bei ihnen die Not der ganzen Familie. Das Proletariat hat also selbst an siegreicher Kriegsverlängerung nur ein mässiges, an der Kriegsverkürzung dagegen ein brennendes Interesse. Und dazu kommt die grundverschiedene Einstellung seiner Unterhändler. Der Diplomat als Friedensunterhändler seines Kabinetts hat nur ein Ziel: möglichst viele Zugeständnisse aus den friedensbedürftigen Gegnern herauszudrücken; jede streitige Stadt, jeder Quadratkilometer des Grenzgebietes wird auf einmal zum „Lebensinteresse“ seines Staates, dessen Verweigerung durch den Gegner den kaum eingestellten Krieg unfehlbar wieder aufleben machen müsste. Anders der Vertreter jener Klasse, welcher ihr bedeutendster Denker mit gutem Grund schon vor zwei Menschenaltern den dringenden Rat gegeben hat: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch.“

Es ist hohe Zeit, dass sich alle Proletarier Europas zu der Klarheit durchringen, die bis jetzt nur die Russen erreicht zu haben scheinen. Nicht möglichst viel herauszudrücken, sondern mit möglichst wenig vorlieb zu nehmen, das war der Standpunkt der Russen, als sie auf ihren erst vor kurzem wieder verbrieften Anspruch auf Konstanti-

nopel freiwillig verzichteten. Die russischen Revolutionäre wollen keine äusseren Erfolge um den Preis der Kriegsverlängerung; denn sie betrachten es als ihre dringendste Aufgabe, die Kultur nach — Russland zu tragen. Zuhause haben sie ihre „Mission", nicht irgendwo auswärts. Nach aussen hin wollen sie nur durch das Beispiel wirken, nicht durch gewaltsame Propaganda, wie es die erste französische Revolution getan hat, mit dem Erfolge, daheim die Freiheit an einen siegreichen General zu verlieren und nach aussen die furchtbare Reaktion nach Waterloo zu begründen. Möge sie sich nur erst daheim behaupten, die russische Demokratie, und der Sieg der Freiheit in Europa ist eine Frage kurzer Zeit.

Die Russen sagen sich mit Recht: Wir wollen gar nicht dem Proletariate eines anderen Volkes drückende Bedingungen auferlegen oder auf dessen Kosten für unsere ungeheuren Opfer entschädigt werden. Wir wollen mit den Proletariaten, welche durch die Tücke ihrer und unserer Imperialisten in diesen greuelvollen Krieg hineingerissen und -gehetzt worden sind, so bald als möglich wieder in Frieden, Freundschaft und Brüderlichkeit leben. Denn uns droht die Reaktion wie ihnen. Sie sind unsere künftigen Waffenbrüder im Kampfe gegen kapitalistische und militaristische Blutsauger; wir müssen sie kräftigen und wieder gewinnen, nicht schwächen und verbittern. Die Frage sollte also für die Sozialdemokratie jeder Nation in Stockholm nicht sein: Wie viel können wir von den „Feinden" bekommen? sondern: Mit wie wenig können wir uns unter Brüdern begnügen, und wie viel können wir ihnen bieten?

Darum konnte der russische Sovjet (Arbeiter- und Soldatenrat) den proletarischen Frieden der Zukunft in die Forderung zusammenfassen: Keine Annexionen, keine Kriegsentschädigungen, aber Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Er fordert für das grosse Russland nichts und bietet den kleineren Völkern alles, was sie sich nur wünschen können. Das russische Volk zeigt sich da im vollen Glanze

jener Grossherzigkeit, die in den Helden seiner grössten Dichtungen in so hinreissender Weise verkörpert wird.

Aber welches Echo hat dieser Friedensruf gefunden? In Worten die freudigste Zustimmung, nur soll nach Ansicht der französischen Demokratie die Eroberung Elsass-Lothringens erlaubt sein, weil sie keine Annexion, sondern eine Desannexion wäre, wobei ausser Acht gelassen wird, dass auch die so bitter angefochtene Eroberung Elsass-Lothringens durch Deutschland im Jahre 1871 eine Desannexion gewesen ist, also völlig berechtigt wäre. In England findet man, dass der Raub der deutschen Kolonien keine Annexion, sondern eine Befreiung der dortigen Bevölkerungen von der deutschen Gewaltherrschaft bedeuten würde. Und in Italien ist man überzeugt, dass die völlige Zertrümmerung Österreich-Ungarns unerlässlich sei, wenn die Völker der Doppelmonarchie ihre Selbstbestimmung erlangen sollen. Deutschland wieder will keine Annexionen, sondern „Garantien", dass sich Belgien niemals mehr rühren kann; Österreich-Ungarn braucht jedenfalls den Lovzen zu seiner Sicherung; Bulgarien muss die mazedonischen Brüder „befreien", d. h. einverleiben. Und mit den Kriegsentschädigungen steht es kaum anders. Man ist höflichst bereit, sich dem Verzicht der Russen auf Kriegsentschädigungen anzuschliessen. Aber die Wiederherstellung Belgiens und Serbiens, der Ersatz des in Frankreich angerichteten Schadens? Das sind doch keine Kontributionen, wie sie der Übermut des Siegers im Jahre 1871 auferlegt hat! Nun wird aber der in Frankreich angerichtete Schaden allein auf dreissig Milliarden geschätzt. Es ist evident, dass eine solche Forderung erst Aussicht auf Erfüllung hätte, wenn Deutschland wehrlos niedergeschmettert wäre, was, wenn es überhaupt möglich ist, noch einige Kriegsjahre erfordern würde. So wird die ganze grossherzige Aktion der Russen durch die mangelnde Ehrlichkeit des Friedenswillens in einen widerlichen Advokatenstreit über die Bedeutung der Worte Annexion, Entschädigung, Selbstbestimmung aufgelöst, statt in die ersehnte Wiederherstellung des Weltfriedens auszumünden.

Soll es zu dieser kommen, so muss alles Trennende, jede Komplikation*) ferngehalten und die Formel des geringsten Opfers für alle gefunden werden.

Und hier heisst es, tapfer in den sauren Apfel beissen! Schon hat der Sovjet sich gegenüber den Sophismen der verbündeten Demokratien genötigt gesehen, das Wort Annexion klar und nüchtern zu erläutern, als jede nicht auf freier Vereinbarung beruhende Gebietsveränderung gegenüber dem Stande vom 1. August 1914. Damit aber würde man an Stelle der populären, aber negativen und vieldeutigen Formel: „Keine Annexionen" zu einer unpopulären, aber positiven und unzweideutigen Formel gelangen, zum Frieden auf Grundlage des Status quo ante, des Zustandes vor Kriegsausbruch, selbstverständlich unter Vorbehalt von Tausch- und Kompensationsvereinbarungen aller Art, aber ohne Zwang und Drohung. Natürlich ist diese Formel höchst unangenehm, wie es die Klarheit gewöhnlich ist. Jedes Volk wird aufschreien: „Wie, der Preis für unsere ungeheuren Opfer soll gleich Null sein? Das wäre der Erfolg unserer Heldentaten und Entsagungen? Dafür sollen unsere Toten gefallen sein?" Aber, so muss man ihm antworten, hat denn der Gegner nicht ebenso ungeheure Opfer gebracht? Warum sollte er jetzt noch ungeheure Entschädigungsopfer dazu bringen, da ja keine von beiden kämpfenden Völkergruppen zum Frieden gezwungen ist oder menschlicher Voraussicht nach gezwungen werden kann? Und den Toten ist wenig damit geholfen,

*) Als eine solche Komplikation betrachten wir auch den Streit über die „Schuld am Kriege", der in den neutralen Ländern nun schon an die drei Jahre dauert, ohne dass eine Partei die andere zu überzeugen vermochte. Bevor dieser entschieden wird, werden wohl noch viel mehr als drei Jahre verstreichen. Wozu sich in eine uferlose und verbitternde Debatte einlassen, da selbst ein Nachgeben der anwesenden Sozialdemokraten eines Landes ihnen daheim bei der herrschenden Kriegspsychose nur als Landesverrat angerechnet und ihre Partei dadurch bei dem eigenen Volke unmöglich würde? Man begnüge sich doch mit den viel wahrscheinlicheren Erfolgen freundschaftlicher privater Unterhaltungen zwischen den alten Waffengefährten aus den Sozialdemokratien der jetzt verfeindeten Länder. Auf diesem Wege wird viel mehr erreicht werden als durch Hahnenkämpfe der feindlichen Nationen in öffentlichen Sitzungen.

wenn nun noch ihre überlebenden Freunde, Kameraden, Kinder und Väter dazu geopfert werden, um nach einem, zwei, drei Jahren dann doch den ganzen Krieg mit dem status quo ante abzuschliessen, unter dessen Herrschaft Europa immerhin Jahrzehnte seltener Prosperität genossen hat. Übrigens wollen sich alle Staaten bekanntlich nur verteidigt haben; da können sie wohl zufrieden sein, das bewahrt zu haben, was sie doch allein verteidigen konnten, nämlich ihren damaligen Besitzstand. Findet nun z. B. Österreich-Ungarn, dass es im Nordostzipfel Serbiens eine Brücke nach Bulgarien gewinnen muss, so wird es einfach über die Kompensation nachzudenken haben, die es dafür zu gewähren hätte, etwa in Form eines Hafens an der Adria. Ein Statusquo-Frieden mag ein brennender Schaden für die Imperialisten und Eroberungspolitiker aller Länder sein, desto besser. Für das Proletariat ist es nur ein unschätzbarer Vorteil, wenn die Hurrapatrioten auch nicht in einem Lande ein Scheinargument für neue Kriege erlangen, nicht durch „glorreiche" Räubereien auf der einen Seite, auch nicht durch die Ehrenpflicht zur Wiedereroberung des Verlorenen auf der anderen Seite. Und gerade das Proletariat kann auf jede territoriale Veränderung ruhig verzichten, wenn es die Hoffnung hat, unter Führung der russischen Demokratie soziale Neugestaltungen von Grund auf durchzuführen.

Sollte aber das Wutgeheul der Annexionisten in irgend einem Lande zu arg werden, so gibt es ein sehr einfaches Mittel dagegen: Neuwahlen der Parlamente. Man weiss, wie selbst in dem bis zur Selbstvernichtung ehrliebenden und rachegierigen Frankreich die Wahlen zur Nationalversammlung von 1871 ausgefallen sind: die Friedensfreunde waren in erdrückender Mehrheit. Genau dasselbe würde sich jetzt in jedem Lande bei Freiheit der Wahl ergeben. Und mit welchem Rechte herrschen überall Parlamente mit selbstverlängerten Mandaten? Auch nicht in einer einzigen Verfassung ist dem Parlamente dieses gefährliche Recht eingeräumt worden. Und kein einziges Parlament, nicht bei den Westvölkern, auch nicht bei den Zentral-

mächten ist mit dem Mandate gewählt worden, über Krieg und Frieden zu beschliessen. Es ist nichts anderes als eine verderbliche Illusion, wenn die Westvölker mit ihrer angeblichen Volksherrschaft paradieren. Wer hat die Völker, wer die Armeen gefragt, ob sie Krieg oder Frieden wollen? Alle Parlamente der Kriegführenden tagen ungesetzlich und verfassungswidrig. Die Stockholmer sind nur eine Parteivertretung; sie können auch durch das allgemein verständliche Friedensangebot: „Früheren Besitzstand mit freiwillig vereinbarten Abänderungen" keinen Frieden schaffen, sondern zunächst bloss ihren Regierungen einen Weg zum Frieden zeigen. Aber sie können den Frieden selbst durchsetzen, wenn sie den Mut haben, in das Bewusstsein der Völker diese eine durchaus gerechte und gesetzmässige Forderung hineinzuhämmern:

Neuwahl aller Parlamente und an allen Fronten!

□□□

Nur der Kampf gefällt uns, nicht der Sieg. Man sieht gerne zu, wie die Tiere mit einander kämpfen, aber nicht, wie die siegreiche Bestie die besiegte zerfleischt. Und doch, was hat man sehen wollen, als den Ausgang des Kampfes, den Sieg? Sowie er aber da ist, hat man auch schon genug davon. Nicht anders ergeht es uns beim Spiel und selbst beim Suchen der Wahrheit. Solange noch gestritten wird, fesselt uns der Kampf; weniger vergnüglich ist es uns, eine längst gefundene Wahrheit zu betrachten; sollen wir sie mit Lust kennen lernen, so muss man sie uns zeigen, wie sie sich aus dem Streit der Meinungen emporgerungen hat. Und ist es beim Kampf der Leidenschaften anders? Es ist ein prächtiger Anblick zu sehen, wie die Gegensätze aufeinanderplatzen. Ist aber einmal eine Partei der andern Herr geworden, dann ist nichts mehr zu sehen als Brutalität. Nicht die Dinge suchen wir, nur die Lust am Suchen der Dinge.

Pascal, Pensées.

Die italienische Presse während des Krieges.

Von E. TSCHARSKY, Rom.*)

(Schluss.)

III.

Seit dem Kriege ist die grosse Presse die einzige Kraft, welche, in Ermanglung aller Versammlungen, meist auch des Parlaments, und bei Abschluss der auswärtigen Informationen durch die Zensur, die öffentliche Meinung zuerst entstehen macht und dann ausdrückt. Sie entledigt sich dieser doppelten Aufgabe in virtuoser Weise. Im vollen Bewusstsein ihres Monopols beutet sie es in ihrem Geschäftsinteresse tüchtig aus, obwohl dieses gewiss nicht immer mit den Interessen des Vaterlandes zusammentrifft. Es genügt, dass sich diese Führer der öffentlichen Meinung in Worten den Anschein selbstlos erhabener Vaterlandsliebe geben und namentlich, dass sie unter allen Umständen eine glühende Begeisterung für den Krieg an den Tag legen, obwohl es ihnen gar nicht einfällt, selbst in die Reihen der Armee zu eilen. Selbstverständlich sind die grossen Zeitungen zugleich die strengsten Mahner zu harter Entsagung, opferfreudiger Tugend und nüchternster Sparsamkeit im Sinne ihrer erhabenen Gefühle. Ein unsterblicher Dichter hat diese Heuchler schon längst durchschaut.

„Ich weiss, sie trinken heimlich Wein
Und predigen öffentlich Wasser,“

spottet Heine. Dem Konsumenten, dem Arbeiter, dem Bauern, die alle Lasten der Gegenwart zu tragen haben, schärfen sie ein, sich einzuschränken und den Gürtel enger zu ziehen, und das in demselben Augenblicke, in welchem

*) Vergl. I. R. vom 15. Mai. Da der Krieg uns jede Kontrolle der Tatsachen unmöglich macht, andererseits die scharfe Reaktion gegen die Kriegspresse geradezu eine Aufgabe unseres Blattes ist, so veröffentlichen wir gerne den Artikel unseres jeden Vertrauens würdigen Mitarbeiters, müssen ihm aber die Verantwortung für die Richtigkeit der angeführten Tatsachen überlassen. *Die Red.*

diese Presspatrioten und ihre Geldgeber ihre ungeheuerlichen Gewinne einsacken.

Nach der Volkswirtschaft die Politik. Wollen Sie über irgend einen Gegenstand der Politik eine fertige Meinung haben? Zu mässigem Preise ist sie vom *Giornale d'Italia* und *Corriere della Sera* zu beziehen, wie man im Warenhaus der Brüder Bocconi seine Weste oder seine Hose kauft, natürlich nur zum Gebrauche während einer bestimmten Saison. In internationalen Fragen vollends machen unsere Presspatrioten das schöne und das schlechte Wetter. Es gibt jetzt eine patriotische Geographie, eine patriotische Geschichte. Jedes Volk, jedes Land, jedes Ministerium, jeder Politiker bekommt seine gute oder schlechte Note; auch das hängt von der Saison ab.

Es ist nicht gestattet, über unsere Freunde irgend etwas ungünstiges zu sagen, oder von unsern Feinden was immer zuzugeben, das ihnen Ehre macht. Solange der Krieg dauert, ist nun einmal unsere öffentliche Meinung völlig klar darüber, dass die ganze Geschichte Deutschlands aus nichts als Verbrechen und Schandtaten besteht; dafür bietet die Geschichte Englands eine ununterbrochene Reihe von grossherzigen Handlungen, von selbstlosen Kämpfen für die Freiheit anderer Völker. Als ob unser elastischer *Corriere della Sera* nicht noch am 2. Oktober 1911 das strenge Urteil gefällt hätte, dass die Geschichte dieses selben England voll sei von „neuen und alten Erinnerungen an brutale Gewalttaten!“ Man könnte gar niemals ein Ende finden, wollte man die Meinungen alle wieder ausgraben, welche dieselben Zeitungen vor dem Kriege verkündeten und sie mit dem absoluten Gegenteil vergleichen, das sie heute allein als achtungswerten Standpunkt gelten lassen. Es mag ja Leute geben, welche die antideutschen Schmähungen des *Corriere della Sera* nicht ohne Lächeln lesen können, da dieses edle Blatt dem Dreibunde ehedem so blindlings ergeben war, dass es noch den Einmarsch Deutschlands in Belgien bejubelt hat. Aber es ist ja alles nur Saisonartikel... Warten wir die nächste Saison ab! Weiss und schwarz, Gott und Teufel — etwas anderes kennt diese Presse nicht, sie hat den Sinn für Nuancen und

Übergänge verloren. Der arglose Leser wird solange mit sentenziösen Gemeinplätzen überfüttert, bis man ihm diese abgeleierten Behauptungen als den unzweifelhaften Hergang der Geschichte aufschwatzen kann.

Handelt es sich um die Stellungnahme eines Landes oder eines Politikers, so wird dem Leser eine fertige Meinung aufgedrängt und rasch hinzugefügt, dass es unpatriotisch wäre, anders zu denken. Handelt es sich um die politische oder finanzielle Lage eines bestimmten Landes, so muss er heute glauben, dass dieser Staat sich in einem Abgrund von Elend, Hungersnot und Aufruhr befinde; dies hindert nicht, dass er den Tag darauf — wenn derselbe Staat die Interessen des Vaterlandes, wie sie der *Corriere della Sera* fabriziert, nunmehr fördert, erfahren kann, dieses Land sei niemals gegen den Hunger so gut geschützt, niemals in so vollkommener Ordnung gewesen, wie eben jetzt. Soll ich noch ausdrücklich Griechenland erwähnen, welches nach der einstimmigen Meinung der italienischen Presse ganz für Venizelos und den Vierverband eingenommen war, und ungeduldig den Krieg mit Bulgarien herbeisehnte? Damals hat die Presse allen denen, welche in den griechischen Angelegenheiten ein gedankenloses Sich-Einlassen als eine für die Entente sehr gefährliche Posse erkannten, die heftigsten Schmähungen an den Hals geworfen. Und lesen Sie doch jetzt noch die Korrespondenzen über den Balkan, z. B. die Berichte Fraccardis im *Corriere della Sera*, wo derartige Leute im Laufe eines Monates sich mehre Male dementieren müssen und das Publikum vor Illusionen warnen, die von ihnen selbst mit vollen Händen ausgesät worden sind. Gibt es etwas, was den öffentlichen Geist noch mehr herabdrücken kann?

Man wird sich nun auch nicht darüber wundern, dass diese Presse, eifersüchtig auf ihr Monopol der Berichterstattung, einen heftigen Kampf gegen das Parlament führt, welches sie herabzusetzen sucht, indem sie es der Schwäche und des Mangels an Patriotismus verdächtigt. Denken wir nur an den Boykott, welchen die Berichterstatter gegen Arn. Lucci, den Abgeordneten von Neapel organisierten,

indem sie die Kühnheit hatten, der Volksvertretung Italiens eine Lektion in parlamentarischer Würde geben zu wollen und gleichzeitig die Volksvertreter in ihren höchsten Rechten verletzten.

Wer sich nicht auf die Wege einlassen will, die ihm durch diese Presse gewiesen werden, kann es erleben, dass man ihn geradezu beschuldigt, mit dem Feinde gegen das eigene Vaterland verschworen zu sein. Auf einmal werden fantastische Gerüchte ausgebrütet, Verleumdungen werden angestiftet, zweideutige Wendungen gebraucht, achtungswürdige Persönlichkeiten mit Beschuldigungen verfolgt, kurz die öffentliche Meinung vergiftet, so dass das Land voll Unruhe ist in dem Augenblicke, in welchem es seine ganze Ruhe nötig hätte, um sich sein historisches Schicksal zu schmieden. Eine solche Kampagne wurde beispielsweise gegen die Sozialisten geführt, weil sie Manifeste zugunsten des Friedens hatten drucken lassen. Als damals durch ein Dutzend Zeitungen zugleich die Alarmglocke geläutet wurde, da konnte doch auch der naivste Leser nicht umhin, darin eine verabredete Herausforderung und Privatrache zu erblicken. Immerhin bildete sich um eine kleine Gruppe von Sozialisten eine vergiftete Atmosphäre von Hass und Verdächtigungen des Hochverrates und doch hatten sie nichts verschuldet, als den Abdruck eines Manifestes, ganz ähnlich andern Proklamationen, deren Verbreitung die Gerichtshöfe als straflos erklärt hatten. Der gleiche Geist belebte die „unwürdige und unanständige Kampagne“, welche nach den Worten des *Osservatore Romano* von denselben Zeitungen gegen die österreichischen Gefangenen gerichtet wurde, auf Anregung des ehrenwerten Herrn Botarri vom *Corriere della Sera.* Dass diese Gefangenen in Italien gut behandelt und verpflegt worden waren, haben sie seitdem anlässlich ihrer Abreise selbst versichert. Aber diesen Menschen, die den Journalismus aus Profitgier betreiben, ist ein ganz besonders hasserfüllter Geist zu eigen. Unermüdlich versuchen sie von der Regierung strenge Massregeln gegen die Gefangenen zu erpressen durch die Furcht, sie könnte einer für Italien kompromittierende Schwäche gegen die Ge-

fangenen beschuldigt werden, als ob nicht gerade der Geist der Menschlichkeit und des Mitleids von jeher eines der schönsten Erbgüter dieses grossherzigen Landes wäre!

IV.

Noch möchte ich einige Worte von der Kriegsliteratur sagen, dieser Pest der Gegenwart, welche auch Italien vergiftet. Die meisten Zeitungen sprechen nicht von dem Kriege ohne in eine geschwollene Phraseologie zu verfallen, welche dem gesunden Menschenverstand, dem guten Geschmack und der einfachsten Ehrlichkeit schroff widerspricht. Da gibt es kein Mass in der Sprache, keine Nüchternheit in der Beobachtung, wie dies einem so tragischen Geschehen angemessen wäre. Um unsere Helden zu beschreiben, erhebt ein solches Blatt seine Stimme, auf die Gefahr hin sich lächerlich zu machen. Ganz so wie es gewohnt war, in Friedenszeiten irgend einen Wohltätigkeitstee seiner Freunde übertrieben zu verherrlichen oder ein mittelmässiges Theaterstück als Meisterwerk zu preisen, weil der Verfasser in den Bureaux des Blattes zu verkehren pflegte. Mit einer wahrhaft tragischen Verkennung ihrer beruflichen Aufgabe, schütten die italienischen Journalisten ihre Tinte freigebig auf das Haupt unserer braven Soldaten; man weiss wie die „Poilus" diese Prosa verabscheuen, welche ihre Bescheidenheit verletzt und sie demütigt, indem sie sie zu vergöttern glaubt. G. Papini, der bekannte Redakteur des *Resto del Carlino,* schreibt darüber:

Die italienischen Soldaten, jene welche wirklich in den Schützengräben sind, langweilen sich entsetzlich bei dieser Literatur der heroischen Kriegsbegeisterung, die man hinter ihrem Rücken fabriziert. Es ist eine überraschende Wahrheit, die man nach allen Seiten hin sagen, drucken, illustrieren sollte: dass die echten Krieger, die Männer des vordersten Schützengrabens, diese geistige Nahrung verachten und verschmähen. Sie sind empört und angeödet von diesen sentimentalen rhetorischen, grosssprecherischen, farbenreichen und volltönenden Deklamationen, mit denen die Korrespondenten und Schriftsteller ihnen gewisse Gebärden und Handlungen Tag für Tag vorsagen und ausmalen, oder ihr Tun vergrössern

und übertreiben wollen. Fragen Sie sie doch selbst, wie ich es getan habe. Sie werden ganz bestimmt Antworten bekommen wie diese: Da stehen wir in Sturm und Regen, in Schnee und Eis, fern von unserm Heim und unter der beständigen Drohung des Todes. Wir sind bereit unsere Pflicht zu tun; aber wer von einem allgemeinen und unaufhörlichen Enthusiasmus spricht, der ist ein Schwätzer, ein Lügner, dem niemand Glauben schenken sollte. ... Wahrhaftig, wir haben ein gutes Recht auf etwas mehr — Respekt! — Der Respekt schweigt, er schwätzt nicht. Aber wenn wir in allen Zeitungen und bei jeder Gelegenheit lesen müssen, dass es uns Freude macht in dieser Hölle zu leben, dass wir spartanische Helden sind und keinen heissern Wunsch haben als durch ein Geschoss zerschmettert oder durch ein Bayonett durchbohrt zu werden und dass wir von nichts anderem träumen als von stolzen Angriffen oder ungedecktem Vorwärtsstürmen auf das feindliche Feuer zu, so können wir uns ganz gehörig darüber ärgern. Uns, die wir mitten im Kampfe stehen, uns erscheint der Krieg als etwas viel Ernsteres, zugleich aber auch viel Einfacheres. Und wenn wir uns so dargestellt sehen, als wären wir eine Meute von Jagdhunden, die nach Menschenblut lechzt, als wäre uns das Ganze ein fröhlicher Waffentanz, wie vielleicht die Herren meinen, die daheim ihre Federn zu unserm Ruhme verwenden, da kommt uns höchstens die Lust zu lachen, zu fluchen, vielleicht zu gähnen..."

Die italienische Armee hat in diesem Kriege so grosse Heldentaten aufzuweisen, dass sie den falschen Schmuck der Rhetorik nicht benötigt, welchen ihr diejenigen aufdrängen möchten, die den Krieg nur aus der Entfernung von Hunderten von Kilometern kennen gelernt haben.

V.

Die Journalisten befleissigen sich aber einer ganz andern Mission, nämlich die Erbitterung gegen den Feind zu schüren. Da handelt es sich nicht um jenes fruchtbare Prinzip, welches der griechische Philosoph Empedokles in Gemeinschaft mit der Liebe als Erhalter alles Lebens verkündete. Denn der jetzige Hass ist nicht aus Kampfesglut her-

vorgewachsen; er entstammt nicht den Schlachtfeldern, wie zur Zeit Petrarcas, der in seinen Briefen gelegentlich sagt: „Wenn die Schlacht tobt, so schweigt die Vernunft, und wenn die Kämpfenden sich erhitzen, so verlieren sie das Urteil. Ist aber die Schlacht vorüber, so kehrt die Ruhe in den Geist zurück, der Frieden ins Herz und die Freiheit in den Willen."

Diese Worte stammen aus einer Zeit, die nicht so grausam und nicht so kalt war, wie die unsrige. Heute klingen sie naiv: man fabriziert Hass in aller Seelenruhe auf Bestellung in den Redaktionsbureaux der grossen Städte. Wenn ein Journalist, dessen Bildung und sittliche Höhe hinter der eines anständigen Landapothekers zurücksteht, glauben machen will, dass der Hass eine Tugend ist, sucht er zur Unterstützung dieser Kriegsmaxime — möchte man es glauben? — Aussprüche der Patres vom Orden Jesu! Damit verrät er sich, denn es ist wirklich Jesuitismus, aus dem die journalistische Moral unserer Zeit stammt. Wenn solche Leute den Moment gekommen erachten, in welchem sie vor Wut fortgerissen werden sollen, so kommt es ihnen gerade nicht darauf an, Wahrheit und Dichtung zu vermengen. Da gibt es Berichte über Greuel, die nie geschehen sind, oder Übertreibungen wirklicher Taten der Barbarei, ohne die kein Krieg geführt werden kann. Und lügenhafte Verallgemeinerungen von bösen Einzelfällen. Selbst Tatsachen, die als Dokumente der Menschlichkeit den Zorn mildern könnten, werden so verdreht, dass der Hass nur noch gesteigert werden kann. So hatte einmal eine Gruppe von Alpini den Befehl erhalten, eine feindliche Batterie von jeder Zufuhr abzuschneiden. Wenn ein österreichischer Soldat auch nur den Kopf heraussteckte, war es um ihn geschehen. Denn diese Schützen verfehlen ihr Ziel nicht. Da erscheint plötzlich ein österreichischer Briefträger mit seiner kostbaren Last, kostbarer als alle Patronen der Welt. Schon zielt ein Italiener. Aber sein Kamerad fällt ihm in den Arm. Und so kann der österreichische Briefträger zu seinen Kameraden durchdringen und ihnen ein wenig Freude und Trost bringen in ihre Hölle.

Nun, was glauben Sie? Wird das goldene Herz des Redakteurs vom *Corriere della Sera* durch diese echt menschliche Handlung eines bescheidenen Infanteristen gerührt werden? Nicht im mindesten. Er hat das Ganze nur berichtet, um trocken hinzuzufügen: Da seht ihr die Tugend der italienischen Nation, selbst gegenüber dem fremden Laster. Denn dass die Österreicher der gleichen Handlungsweise ganz unfähig wären, nimmt er von vorneherein als ausgemacht an.

Dasselbe Blatt zitiert auszugsweise den Brief eines italienischen Offiziers, welcher am Karst mitkämpft. Der Auszug lautet: „Ich habe einen österreichischen Friedhof besucht. Da gibt es mehr als 2000 Tote. Die Mehrzahl sind Ungarn, auf jeder Ruhestätte sieht man ein schwarzes Kreuz. Am Eingange lese ich folgende Inschrift: „Italiener! Wenn ihr als Sieger diesen Boden betreten solltet, respektiert diesen Friedhof, entweiht ihn nicht mit roher Gewalt! Denn wenn einmal diese Zeit der Not vorüber sein wird, und wir wieder Freunde sein können, wollen wir alle Tränen in unsern Augen behalten, um an den Gräbern unserer Gefallenen zu weinen."

Diese rührenden Zielen, geschrieben von den Händen jener Österreicher, die nach Versicherung unseres Journalisten mit Blut und Schande befleckt sind, werden an eine möglichst verborgene Stelle des Mailänder Blattes verbannt; und der liebenswürdige Lateiner weiss darüber nichts zu sagen als: Eine sonderbare Inschrift! er hat offenbar keine Vorliebe für diese Art von Dokumenten der Menschlichkeit; was er an Liebe aufbringen kann, verbraucht er für den König von Rumänien und für Venizelos. Wenn schon derartige für die Zukunft hoffnungsreiche Züge von der grossen Presse mitgeteilt werden, so verlieren sie sich ganz unter dem Haufen von Lügen, Sensationsgeschichten, herausfordernden Verleumdungen. Und solche Leute wagen es, anlässlich der Leiden Belgiens das Monopol zarten Mitgefühls in Anspruch zu nehmen.

VI.

Wir haben versucht, die italienische Presse in ihren hervorstechendsten Vertretern und Bestrebungen zu kenn-

zeichnen. Unsere Darstellung ist von Vollständigkeit weit entfernt. Und doch genügt das Gesagte, um die Vermutung zu rechtfertigen, welche schon aus den ersten Zeilen dieses Artikels hervorgeht. Eine Presse, welche sich in den Händen derselben Kapitalisten und Industriellen befindet, denen der Krieg ein Mittel ungeheurer Bereicherung und die endlose Verlängerung desselben geradezu ein dringendes Interesse ist, kann unmöglich das Leben der Nation wahrheitsgetreu wiederspiegeln, die den Krieg als die furchtbarste aller Prüfungen empfindet; eine solche Presse kann unmöglich die immer drängendere Not der Massen zu ihrem leitenden Gedanken machen. Auf Schritt und Tritt muss der Gegensatz zwischen dem allgemeinen Interesse der Nation und dem Privatinteresse der Zeitungen, ihrer Eigentümer und Geldgeber sich enthüllen.

Der Krieg verschärft noch diesen Gegensatz und lässt ihn täglich peinlicher hervortreten. Die Zeitungen von kapitalistischem Charakter können nicht arbeiten, wenn sie nicht zwischen den nationalen Interessen und dem Privatinteresse ihrer Eigentümer eine scheinbare Identität herstellen. Das können sie nur tun, indem sie die öffentliche Meinung fälschen und das Publikum in dem Sinne orientieren, der ihrem Geschäftsbetriebe günstig ist. Daher müssen sie im Namen der Nation Ansprüche erheben, die viel weiter gehen als die Forderungen des Volkes, des Parlamentes und der Regierung. Die Habgier der grossen Geldmacher ist es, welche der Presse die masslosen „Kriegsziele“ aufdrängt. Die Regierungen selbst lehnen diese unsinnigen Eroberungspläne ab, kein verantwortlicher Staatsmann könnte sie vor dem Lande rechtfertigen, ohne seinen Ruf als Politiker zu gefährden. Man sollte daher niemals ein ganzes Land und noch dazu ein Land wie Italien, das jung ist, von moralischer Kraft überschäumt, und zweifellos einer glänzenden Zukunft entgegengeht — niemals sollte man ein solches Land nach jenen armseligen Spekulanten beurteilen, in denen die Umstände des Augenblickes die Habgier aufs äusserste reizen und die gewohnte Frechheit noch verdoppeln.

□□□

Die russischen Zustände.

Von Dr. C. BERGMANN.

Die Rückwirkung der russischen Neugestaltung auf die allgemeine Kriegslage wird zumeist in dem Sinne gedeutet, dass die zum Frieden drängenden Strömungen erstarken dürften, da es gilt, für die innere Gestaltung des in Auflösung begriffenen Reiches Raum und Zeit zu gewinnen. Diese Erwartung hat ohne Zweifel ihre Berechtigung, wenn man den Friedensschluss nicht als unmittelbar bevorstehend und aus der Tatsache der Verfassungsänderung allein hervorgehend betrachtet. Denn bei den Meinungsverschiedenheiten der Führer in bezug auf die Zwecke und die Mittel zur Wiederherstellung der geordneten Beziehungen nach aussen und im Lande bedarf es zuvor einer Einigung im Innern über ein in seiner Regierungsform gefestigtes Russland. Aber selbst ein geeinigtes Russland wird den Weg zum Gegner lediglich auf dem Umwege über die Alliierten finden können, mit denen sein Schicksal eng verbunden und von denen der Staat in einer Weise abhängig ist, die sich gegenwärtig noch nicht übersehen lässt. Die Einstellung der Kriegsoperationen bedeutet noch keinen Frieden und schafft nicht die Voraussetzungen für die Bildung neuer Beziehungsformen mit dem Gegner wie mit den Bundesgenossen.

Die Unterscheidung der drei notwendigen Voraussetzungen für den Frieden — Vereinheitlichung im Lande unabhängig vom Kriege, Übereinstimmung mit den Verbündeten und Anknüpfung mit dem Gegner — ist unter dem Einflusse der sich überstürzenden Geschehnisse vielfach auch in Russland übersehen oder ihre notwendige Reihenfolge verkannt worden.

Die erste Regierung, mit ihrem unbestrittenen und hervorragenden Führer Miljukow, hatte noch die Ver-

einheitlichung des Landes im Zeichen der Landesverteidigung in den Vordergrund gestellt, wodurch sich die alte Beziehungsform zu den Verbündeten — Fortsetzung des Krieges bis zum siegreichen Ende — absichtlich oder als unmittelbare Folgeerscheinung von selbst ergab. Man wird in diesem Programm Miljukows keineswegs bloss die Verkörperung seiner imperialistischen und zum Teil panslawistischen Expansionsbestrebungen sehen dürfen; die Gründe dafür liegen weit tiefer. Im Zeichen der Landesverteidigung war er zum Gegner des ancien régime resp. seiner Vertreter, wie Stürmer und Protopopow geworden. Ursprünglich nur auf eine konstitutionelle Monarchie hinsteuernd, hatte er sich nur zögernd entschlossen, die Revolution vorbereiten zu helfen, wie aus den späteren Berichten bekannt geworden ist; zudem ist er und der grosse Kreis seiner Anhänger, die gesamte Kadettenpartei (deren Name Ka-de-ten aus den Anfangsbuchstaben der Worte „Konstitutionelle Demokratie“ gebildet ist) auf das anglo-französische Staatsideal eingestellt, für das er als Gelehrter und politischer Führer seit der Gründung der Partei 1905 unablässig Anhänger geworben und in den Kreisen der Intelligenz und der akademischen Jugend auch gefunden hat. Schliesslich wird man auch einige Imponderabilien nicht unterschätzen dürfen, die bei einem Manne von führender und verantwortlicher Stellung stets wirksam sind. Je mehr er in den Staat hineinwächst und die Beziehungsformen des Staates nach aussen bestimmt, desto stärker werden die mit dem Begriffe des Staates verbundenen und in dem persönlichen Willen des Führers verankerten ideellen Momente der Ehre und Würde in den Staat hineingetragen und mit ihm identifiziert. Gegenüber seinen Verbündeten war er auf der letzten Reise nach England, Frankreich und der Schweiz der Vertreter der führenden liberalen Kreise und ein wichtiger Bürge für Russlands Vertragstreue. Dies hat ihn vielleicht am meisten gehindert, für die neue Situation eine neue Formel zu finden. Diesen Motiven wird man es vornehmlich zuschreiben müssen, dass Miljukow die äussern

Schwierigkeiten, die seine Absichten zum Scheitern bringen mussten, zu gering einschätzte oder übersah. Denn die Ursachen, mit welchen die frühere Regierung nicht fertig geworden war, bestanden in gleichem — selbst gesteigertem — Umfange weiter; sie waren in der Natur der Dinge begründet und durch keine Neugestaltung, überhaupt nicht durch menschlichen Willen zu beseitigen. Zu der Desorganisation des Landes, der Unmöglichkeit, die in alten Zuständen grossgewordenen, ausführenden Organe zu ersetzen, gesellte sich die Unsicherheit des Heeres wegen der unzulänglichen Zustände im Hinterlande und die intensive Beteiligung desselben an der vorzunehmenden Änderung im innerpolitischen Leben, nicht zuletzt auch die Forderung der sozialistischen Kreise, dass der allgemeine Friede in jeder Beziehung als die wichtigste Angelegenheit der eigenen Partei wie der Gesamtheit zu behandeln sei. So scheiterte Miljukow an der Lage der Dinge, mehr noch an sich selbst und an seiner Auffassung der Dinge. Für ihn ist kennzeichnend, dass er das Schwergewicht auf die äussere Politik gelegt und damit der inneren einen Anpassungsprozess aufgezwungen hätte, welcher die demokratisierenden Tendenzen paralysieren und dadurch neue Spannungen erzeugen müsste. Diese Gefahr erkannt und aufgehalten zu haben, ist um so mehr ein Verdienst der linksstehenden Gruppen, weil ihr Vorgehen als gegen die Landesinteressen gerichtet gedeutet werden konnte. Miljukows Einfluss ist nach seinem Zurücktreten kaum geringer geworden, da er als Führer seiner Partei jeden seiner Nachfolger zwingen wird, Russlands Ehre und Vertragstreue zu wahren. Unter seiner Leitung hat die Partei der neuen Regierung nur in dem Masse ihre Unterstützung zugesagt, in welchem sie „in enger und unlösbarer Verbindung mit den Alliierten bleibt“ und „den Schutz der Rechte, die Würde und Lebensinteressen Russlands im Auge behält“. Eine so bedingte Unterstützung bedeutet offenbar auch eine Drohung. Die Richtung Miljukows ist daraus klar er-

kennbar, allein die Wahl der Mittel trägt nicht mehr die Färbung seines persönlichen Entschlusses und ist unabhängiger geworden. Das war das wesentlichste der Neuorientierung, die mit diesem Schritt noch keineswegs abgeschlossen zu sein scheint.

In diesem Zusammenhange der Dinge wird man das neugebildete Ministerium zu betrachten haben, in dessen Mittelpunkt Kerenski, der Führer und Sprecher der sozialistischen Parteien, gerückt ist. Das Hauptgewicht seines Programms liegt auf der Wiederherstellung des allgemeinen Friedens. Er hat zwar einen Teil der Erbschaft von Miljukow übernehmen müssen, indem er die innere Politik der Demokratie in einen engen Funktionalzusammenhang mit der äusseren der Bundestreue gebracht hat. Wesentlich ist, dass diese Punkte in ein bestimmtes Verhältnis zur Forderung des allgemeinen Friedens gestellt und bis zu einem gewissen Grade davon abhängig gemacht sind, so dass sie die Arbeit an den Bedingungen für den Frieden nicht in dem früheren Masse hemmen und unfruchtbar machen. Es kommt nun darauf an, ob die friedensbedingende Formel: „Keine Annexionen und keine Entschädigungen — bei Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ einen Inhalt erhalten kann, der sich mit den Interessen der einzelnen Staaten verträgt, da bei dieser Formel keineswegs von einem Staate allein Zugeständnisse vorauszusehen sind. Die Anzeichen für eine solche Möglichkeit scheinen nicht ausgeschlossen zu sein, nachdem die Stockholmer-Konferenz über ihren ersten impulsiven Entschluss sich zu einer mehr grosszügigen Vorbereitung auszubauen scheint. Die Einwirkung der sozialistischen Kreise Russlands, die mit der Arbeiterschaft keineswegs erschöpft sind, wird mit Rücksicht auf die Lage des Landes an die Worte von Kerenski anknüpfen, die er an die verbündeten Deputierten richtete: „Wir wünschen, dass Sie auf Ihre Regierungen ebenso einen Druck in der Auffassung der Kriegsziele ausüben, wie wir es getan haben.“ Damit würde die Vereinheitlichung auf das Programm der Friedensbereit-

schaft weitere Kreise um sich sammeln und der Weg zum Gegner mittelst Vereinbarung mit den Verbündeten freier werden.

Eine weitere Voraussetzung jedoch für die Friedensverhandlungen ist die unbedingt notwendige Wiederherstellung der Sicherheit und Einheit Russlands. Abgesehen von der selbstverständlichen Bedeutung, die diese Frage für Russland hat, ist ein dauernder Friede mit einem Lande, das durch Absetzung der Regierung die bereits erledigten Verhandlungen immer wieder unwirksam zu machen droht, undenkbar und bietet auch für den Gesamtfrieden ein sehr erschwerendes Moment und geringe Garantien. Von diesem Gesichtspunkte aus wird man die Stellung *Kerenskis* als Kriegsminister beurteilen müssen, dem in erster Linie die Aufgabe zufällt, die Armee von Soldaten und Arbeitern, die seinem Einfluss zugänglich sind, wieder zu einem zuverlässigen Faktor auszubilden, *dadurch erst die volle Autorität für den Friedensschluss zu gewinnen und seine Friedensbereitschaft auf die Alliierten rückwirken zu lassen.* Voraussetzung dafür aber ist, dass er weder von innen noch von aussen an seiner Arbeit gehindert wird, bis es ihm gelingt, die vorhandene Friedensstimmung so um sich zu sammeln, dass eine Gefährdung derselben auf die Kriegshetzer zurückfallen würde. Massgebend bleibt aber, dass von der Konsolidierung und Beruhigung Russlands und von dem Tempo, in dem diese erzielt werden, die Möglichkeit eines baldigen Friedens abhängt; da eine vollständige Wiederherstellung der Schlagkraft nicht zu erwarten ist, so ist auch eine wesentliche Gefährdung der Zentralmächte durch den reorganisierten Gegner nicht zu befürchten.

Die Frage nach der Gesamtlage der nächsten Zukunft wird von der Richtung abhängig sein, in der sich die Dinge in Russland entwickeln werden. Dass sehr grosse Kreise die Wiederherstellung des Gesamtfriedens als die wichtigste eigene Angelegenheit fordern, spricht aus den Beschlüssen der zahlreichen Kongresse, die in der letzten Zeit tagten

und das politische Denken stark beeinflussten. Der Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenrat hat es deutlich ausgesprochen, dass jede an die frühere Form der auswärtigen Politik anknüpfende Entwicklung seine Anstrengungen für den unerlässlichen Kampf um den Weltfrieden stören würde. Das Denken des Volkes kann den Gegner ebenso nur als gutgewilltes Volk begreifen und gegen diese Stimmung wird der Londoner Vertrag unwirksam bleiben, sobald er als friedenshemmend empfunden wird. Dieses Moment ist nach dem Bericht der „Russkoje Wjedomosti" (30. März a. St.) auf dem Kongress der Konsumgenossenschaften zum Ausdruck gekommen, indem man eine grössere Verstimmung gegen die demokratischen Bundesgenossen, als gegen das demokratische Gewissen Deutschlands beobachten konnte. Noch deutlicher spricht dieses Moment aus der Rede des Führers der Arbeiterpartei Tzeretelli, des gegenwärtigen Ministers für das Postwesen, der vor den Vertretern der gesamten Dumamitglieder am 10. Mai ausführte, dass es an der Zeit sei, die Fesseln des Imperialismus auch in England zu sprengen und dass das Losungswort aller Länder — Alles für den Krieg — eine beschränkte Klassenpolitik bedeute, die Russland dem Abgrunde zugeführt hat und vernichten muss, wenn es allgemein gültig wird. In diesem Zusammenhange gewinnt die Notiz des „Manchester Guardian" vom 19. Mai eine besondere Bedeutung, indem sie betont, dass die fortdauernde englische Opposition gegen das Friedensprogramm tragische Folgen haben könne, weil das Programm durch die tatsächlichen Verhältnisse in Russland bedingt sei und eine Fortsetzung des imperialistischen Krieges die Kräfte der russischen Demokratie übersteige. Die scharfe Absage der Arbeiterparteien vom 4. Juni an die politische Richtung der Bundesgenossen ist nur eine folgerichtige Entwicklung vorhandener Bedingungen, für die Lenin durch seine „ideelle und prinzipielle" Propaganda für den Frieden, wie Tzeretelli es bezeichnete, lediglich der zufällige Ausdruck bereits wirksamer Entwicklungskräfte ist. Andere,

wie M. Gorki, schliessen sich dieser Ansicht selbst bis zur Stellungnahme gegen England an, wenn die Einsicht in die tatsächliche Lage der Dinge sich nicht durchsetzen sollte. Auch den Anstrengungen von Kerenski um die Reorganisierung wird man vorwiegend prohibitive Bedeutung zumessen können, um die Vereinheitlichung der Nation zu erzwingen, wie er sich äusserte, und die drohende Anarchie abzuwenden; diese aber ist, soweit sie durch aussenpolitische Vorgänge bedingt wird, nur durch das entschiedene Eintreten für einen allgemeinen Frieden auf der Grundlage gegenseitiger Verständigung zu überwinden. Der mit knapper Mehrheit gefasste Beschluss auf dem Kongress der Offiziersdelegierten vom 27. Mai scheint eine Fortsetzung des Krieges im Sinne Miljukows zu befürworten, doch lässt die grosse Minorität (246 gegen 265) eine Umbiegung nach der Seite Kerenskis als wahrscheinlich vermuten.

Allein diese Momente sind nur Vorbedingungen für einen Frieden und reichen nicht aus, ihn zu realisieren. Es mangelt an einem positiven Programm. Das Programm für die Stockholmer Konferenz, auf das sich die grossen sozialistischen Parteien Frankreichs und Russlands geeinigt haben, ist in manchen Punkten nur ein Rahmen, dem der Inhalt noch fehlt; Differenzen erwachsen erst aus der genaueren Formulierung des Inhalts, was der Aufruf der Arbeiterparteien Russlands vom 4. Juni erwiesen hat, indem er den Begriff Annexionen eindeutiger zu bestimmen suchte. Einzelne Punkte wird man in dem Programm vermissen, vor allem den grossen Komplex wirtschaftlicher Fragen, die allein durch die Aufhebung etwa des hemmend empfundenen Schutzzolls nicht geregelt sind und von denen viele den auf die innere Politik am meisten rückwirkenden Friedensinhalt ausmachen. Eine Übertragung derselben in die Zukunft ist ohne eine vollkommene Anarchie der gesamten Wirtschaftsverhältnisse nicht denkbar. Andere Fragen, die auf die Regelung innerpolitischer Landesangelegenheiten, wie die Organisierung kleiner Sprachen- oder

Rassenenklaven abzielen, sind unzweckmässig, da sich bedenkliche Spaltungen ergeben könnten, um so mehr, da jede Gruppe auch noch an Regierungen gebunden ist, die der erzielten Verständigungsformel ihre Zusage erteilen muss. Die letzte Rede Ribots hat bereits unzweideutig auf diesen Faktor hingewiesen. Die Friedensschliessung wird an die historischen Gegebenheiten anzuknüpfen haben, die auch vor dem Kriege existierten; die entwicklungsbedingenden Faktoren sind nach wie vor dieselben und vom rein Persönlichen in der Geschichte nur zum kleineren Teil abhängig; deshalb lassen sich lediglich aus der Art und Weise, wie jene geregelt werden, im Entwicklungsprozess Ergebnisse erzielen, wie sie als programmatisches Bild von diesem Frieden erwartet werden.

□□□

Vor allem: seid einig! Und lasset euch durch unser Beispiel warnen. Erinnert euch des Konventes, dieses Saturn, der seine eigenen Kinder verschlungen hat, und seid duldsamer, als wir es gewesen sind. Nehmet eure ganze Kraft zusammen, um der heiligen Sache zu dienen, deren Vertreter ihr seid. Es wird nicht zu viel sein; denn voll Hass und Hinterlist sind eure Feinde; wenn sie euch auch jetzt umschmeicheln, wie schnurrende Katzen mit gekrümmten Buckeln, so geschieht es vielleicht nur, um auf den Augenblick zu lauern, in welchem ihr, von einander getrennt, im Dunkel des Waldes strauchelt, und euch zu Fall zu bringen.

Und vergesset nicht, ihr Brüder aus Russland, dass ihr nicht nur für euch zu kämpfen habt, sondern auch für uns, Denn auch unsere Väter von 1792 haben für die ganze Welt die Freiheit erringen wollen. Ihnen ist es nicht gelungen; vielleicht konnten sie es damals noch nicht richtig verstehen. Aber ihr Ziel war das höchste. Möge es auch das eure sein: Frieden und Freiheit für ganz Europa!

Schlusswort eines Aufrufes von Romain Rolland in dem Heft: Salut à la révolution russe. Verlag Demain, Genf.

Zum Prozess Adler *)

hat sich zwischen dem Wiener Juristen Dr. Egon Bergson-Sonnenberg und dem Nationalökonomen Dr. Gustav Stolper eine Diskussion entwickelt. Einer der Streitpunkte dürfte allgemeines Interesse erregen. Dr. E. Bergson findet die tiefste Tragik der Tat darin, dass sie einem Irrtum entsprungen sei. Einen solchen habe Adler begangen, als er sich der stolzen Hoffnung hingab, durch Selbstvernichtung den Idealen der deutschen und österreichischen Sozialistenpartei neuen Schwung zu geben. „Nun ist das Heldenzeitalter des Sozialismus im nichtrussischen Europa endgültig vorbei, und das am meisten in den Ländern deutscher und angelsächsischer Zunge. Kurze und vereinzelte Rückfälle sind möglich, im ganzen hat sich aber der Eintritt aller Sozialistenparteien West- und Mitteleuropas in das Stadium schrittweiser Kleinarbeit, praktischer Mitwirkung an der Organisation der Gesellschaft und des Staates längst vor dem Kriege entschieden vollzogen. Kein Heldenmut, keine Selbstaufopferung kann diese Evolution rückgängig machen oder gar hindern. Am frühesten setzte sie in England ein und gedieh dort am weitesten. Männer werden nicht mehr zu Jünglingen und spräche man mit Engelszungen zu ihnen. Friedrich Adlers Tat und Erscheinung ist ein Anachronismus."

Die gewagte Behauptung ist so verführerisch formuliert, dass sie überall Anhänger finden dürfte. Doch dem Juristen, der sich auf sozialökonomisches Gebiet gewagt hat, antwortet nun der Ökonom, indem er den politischen Boden betritt. „Mag sein, dass das Heldenzeitalter des Sozialismus endgültig vorbei ist. Aber das Gleiche gilt noch nicht von den demokratischen Ideen überhaupt. Wie weit ihre Verwirklichung wünschenswert ist, steht in diesem Zusammenhang nicht zur Erörterung. Aber dass die Demokratie sich viel weitergehende Ziele setzen kann, als die politische Entwicklung nicht nur Mitteleuropas, sondern auch Westeuropas bisher erreicht hat, zeigt die russische Revolution und es ist durchaus keine abgetane Frage, ob sich diese weitgehenden Ziele überall in friedlich geregelter Entwicklung werden erreichen lassen. Die Kräfte des politischen Kampfes nach dem Krieg, die Ansprüche der Massen und die Möglichkeit ihrer Befriedigung kann niemand heute in irgend einem der kriegführenden Länder vorhersagen. Ebensowenig aber auch die Kraft der Widerstände, die sich der demokratischen Entwicklung entgegenstellen und in letzter Linie erst die Formen des politischen Kampfes bestimmen werden."

Hier hat Dr. Stolper auf etwas sehr Interessantes aufmerksam gemacht, nämlich, dass die Tat Friedrich Adlers nicht so sehr eine sozialistische als eine demokratische ist, da es sich dabei nicht um den Umsturz der Wirtschaftsordnung, sondern um die Verteidigung des Parlamentes und der Schwurgerichte, also der demokratischen Grundlagen der Verfassung handelt. *S. F.*

*) Vgl. „Der österreichische Volkswirt", Wien, v. 26. Mai.

Aus Büchern und Flugschriften.

Prof. Dr. G. F. Nicolai, *Die Biologie des Krieges.* Orell Füssli, 1917. 463 S., 10 Fr.*)

Biologie ist nicht ein Einzelnes, Biologie ist die Summe vieler Erkenntniswege, die zur Erfassung des Gesamten führen. Von dieser Seite nur kann befreiende Antwort kommen auf das quälende Warum der heutigen Zerreissung der Völker, für alle diejenigen, die nicht gedankenlos und allzu gegenwartsbeschränkt sich damit begnügen, journalistische Phrasen billig nachzuplappern. Das ist das Überragende dieses Buches, dass es aus der Zeit geboren, über die Zeit sich erhebt. Es ist die Aufstellung jener Erkenntnisse, die wir lange genug erwartet haben, um der Widerlichkeit des Schuldsuchens zu entgehen und den Krieg in weiteren Zusammenhängen, als denen etlicher diplomatischer Kategorien und kalendermässiger Daten zu erfassen.

Das Werk umfasst in grossen Zügen zwei Darstellungen, die Entwicklung des Krieges und seine Überwindung.

Der Verfasser beginnt mit einer Analyse der Instinkte, die die erste Voraussetzung zur Tatsache des Krieges bilden mussten. Instinkte sind aber konservativ und werden im Laufe des Wechsels des Milieus innerlich falsch. Das büssen ganze Tiergattungen mit ihrem Aussterben, und nur der Mensch, als Herr seiner Instinkte, ist imstande, seinem generellen Tode zu entgehen. Der gesunde Instinkt müsste den Menschen vom Kriege zurückhalten. „Damit Krieg unter Artgenossen überhaupt denkbar ist, müssen sie entweder Kannibalen sein, oder etwas besitzen, was zu rauben lohnt." Der Verfasser — der sonst mit nationalökonomischen Studien sicher nicht zu viel zu tun hatte — hat hier gleich zu Beginn eines der entscheidensten Probleme berührt, das des Eigentums. Er baut den Gedanken aus, und kommt in Beziehungsetzung des Krieges zur Sklaverei zu der Erkenntnis: „... jeder, der unter irgendeiner Bedingung den Krieg verteidigt, soll wissen, dass er damit für die Sklaverei eintritt." Besonders stark muss Nicolais Auseinandersetzung mit den kriegsverteidigenden Darwinianern genannt werden. Er beweist den fundamentalen Unterschied zwischen Kampf ums Dasein und Krieg. Krieg ist "struggle against life", das, was immanent dem Menschenschicksal eigen ist, "struggle for life". Das Ziel dieses Kampfes aber findet der Verfasser ausschliesslich darin, „durch freie Geistes-

*) Der Verfasser dieses mutigen und tiefdringenden Buches ist wegen seiner kriegsfeindlichen Äusserungen von Berlin, der Stätte seiner vielbesuchten Vorlesungen und bis ins Kaiserhaus reichenden Praxis, nach Graudenz versetzt und zum einfachen Sanitätssoldaten degradiert worden. *Die Red.*

tätigkeit möglichst grosse Energiemengen der Menschheit dienstbar zu machen. Intensivierung der Energieerzeugung, das ist der Brennpunkt. Wie arm erscheint neben diesem wunderbaren Menschheitskampf doch der Krieg!" Auch die — während des jetzigen Krieges ja seltener gewordnen — Vertreter einer selektorischen Wirkung des Krieges finden ihre wuchtigste Widerlegung. Krieg selektiert, aber gegen die Naturgesetze, und gegen das Wohl der Menschheit, denn: „Wo die Gewalt entscheidet, da wird der Sieg des Klugen verhindert".

Seinen ersten rein naturwissenschaftlichen Kapiteln folgen jene, mehr historischen und soziologischen Charakters über die Umgestaltung des Krieges und des Heeres. Ihr Anwachsen, wie es das letzte Jahrhundert sprungweise brachte, und das bis ins Ungeheure geht, scheint auch die Krise anzukünden; „um die endlosen feldgrauen Fronten weht ein mahnender Schauer nahender Götterdämmerung". Die mechanischen Gesetze lassen ihrer nicht spotten und vernichten aus sich selbst heraus denjenigen, der ungezügelt ins Unendliche weiter wachsen will. Welche psychologischen Formen also auch immer heute Patriotismus und Chauvinismus annehmen mögen, wie weit sie früher berechtigt sein konnten, wie es auch bestellt sei um berechtigte und missverstandene Individualitätsgefühle der Völker, es wird der Augenblick der Überwindung des Krieges kommen.

Diese hundert Seiten, die von der Götzendämmerung des Krieges handeln, sind vielleicht das Wertvollste, was die kriegsgegnerische Literatur je für sich buchen konnte. Nicolai geht auch hier wieder von biologischen Gesetzen aus und zitiert das Gesetz der Mutation, — d. h. der generellen Änderung — als Überwinder des Krieges. Auf den verschiedensten Wegen der Philosophie, der Anatomie, der Historie und der Gesellschaftsforschung kommt er zu der Schlussfolgerung, dass die menschliche Erkenntnis sich gegen den Krieg erheben wird. Die tieferen Entwicklungen seit Jahrhunderten, ja Jahrtausenden führen darauf hin. Der Begriff Weltorganismus wird lebendig und pflanzt sich seit dem Altertum in stetem Wachsen bis heute fort. An Stelle der Knechtschaft und Sklaverei werde es zu Freiheit, Friede und Verbrüderung der Menschen kommen. Und anstatt der Humanisierung werde man die wahre Humanität zu verehren wissen.

Nicht als gefühlsmässig Ersehntes werden diese Ideale von Nicolai erfasst, sondern als naturgesetzlich Notwendiges, als Unentrinnbares, selbstverständlich Kommendes. Und eben diese Erkenntnismässigkeit des Gesagten ist die Stärke des Buches. Mit Phrasen, ob kriegerisch, ob pazifistisch, wird heute nicht viel erreicht. Tatsachen will man, Gesetze sehen. Notwendigkeiten müssen erwiesen sein und das Bewusste steht in unserm Zeitalter über dem ahnungsvollen Hoffen. Das aber ist die Nicolai'sche Tat, Europa und der Welt diese Erkenntnisse vermittelt zu haben, gestützt auf ein ungeheures Tatsachen-

material und auf eine fast universelle Belesenheit. Man mag Nicolai weiter durch gesellschaftliche und militärische Schikanen schmähen ob seines Handelns, man mag ihn zur Strafe noch in die Schützengräben schicken, man mag ihn vernichten; was er in diesem Werke gegeben hat, das kann und darf nie vernichtet, nie vergessen werden. Es muss zur europäischen Erkenntnis werden. Und das ist ja auch des Verfasser Ziel, wenn er in der Einleitung sagt: „... so wollen wir für ein einiges Europa kämpfen! In dieser Hoffnung ist das Buch geschrieben. Wenn es mir gelänge, einige Menschen von der ethischen und naturwissenschaftlichen Berechtigung des Begriffes Europäer zu überzeugen, und dadurch einen nächsten Krieg um ein geringes unwahrscheinlicher zu machen, so wäre das ein Lohn für die Arbeit, den ich kaum zu erhoffen wage." *J. F-ner.*

André Oltramare, *L'Indépendance de notre Presse. „Opinions Suisses".* Sonor, Genf, 1917.

Selten ist seit Ausbruch des Krieges das Verhalten der welschschweizerischen Presse in den beiden ersten Kriegsjahren (1914—1916) so aufrichtig und so streng von welschschweizerischer Seite beurteilt worden, wie in dieser Schrift. Oltramare gibt allerdings zu, dass auch die Haltung eines Teils der deutschschweizerischen Presse namentlich am Anfang des Krieges zu wünschen übrig liess: so hat bekanntlich die deutschschweizerische Presse den Protest der belgischen Regierung gegen die Verletzung ihres Landes durch die Deutschen, wahrscheinlich von der Agentur Wolff irregeführt, nicht veröffentlicht. Doch muss er auf Grund einer Fülle von Beispielen mit Bedauern konstatieren, dass gerade die welschschweizerische Presse weder hinsichtlich der Berichterstattung, noch der Beurteilung der Vorgänge, noch der Verteidigung des nationalen Interesses volle und echte Unabhängigkeit gezeigt hat, ja dass sie zum grossen Teil den Ton der mittelmässigsten Blätter der französischen Provinz nahm. Eine Geschichte des Krieges etwa nach den Riesenüberschriften der „Tribune de Genève" wäre ein Werk betäubender Phantasterei. Man würde dadurch die unerwartetsten Dinge über die grosse deutsche Offensive in Russland erfahren. Die welschschweizerische Presse verschwieg systematisch alle Nachrichten, deren Verbreitung den Alliierten nachteilig sein konnte, oft sogar solche, die die Oppositionspresse der Alliierten, trotz der Strenge der Zensur, veröffentlichte. Hinsichtlich der Beurteilung der Lage ging die leidenschaftliche Parteinahme der welschschweizerischen Presse für die Entente so weit, dass einige kluge Franzosen nicht umhin konnten, ihr zu viel Eifer vorzuwerfen. Da Oltramare in der vorliegenden Schrift nicht als gleichgültiger Beobachter und Kritiker, sondern beseelt von einem glühenden schweizerischen Patriotismus auftritt, so beklagt er am tiefsten die Art und Weise, wie gewisse welschschweizerische Blätter, mit der „Semaine littéraire" an der Spitze, Misstrauen nicht nur gegen

Deutschland, sondern auch gegen die deutsche Schweiz zu säen suchten. Die Westschweiz verhetzen und sie in einen Zustand von Entrüstungspatriotismus versetzen — das war der bewusste Wille mehrerer der gelesensten welschschweizerischen Schriftsteller. Dadurch haben sie den Boden für den bedenklichsten welschschweizerischen Partikularismus und den engherzigsten Föderalismus vorbereitet. Aber zum Glück liess sich die öffentliche Meinung nicht widerstandslos von der oft verhängnisvollen Wirkung der Presse beeinflussen. Und so gibt Oltramare, trotz alledem, der Hoffnung Ausdruck, dass seine Landsleute sowohl der nationalen als auch der international-europäischen Mission der Schweiz treu bleiben und an deren Verwirklichung weiterarbeiten werden. Die Schweiz wird als Typus des europäischen Föderalismus, d. h. als Beispiel der möglichen Einheit von souveränen Staaten in ewigem Frieder fortbestehen, trotz den Gegensätzen und sogar dem Antagonismus von Rassen, Sprachen, Religionen, materiellen und Tätigkeitsinteressen. Dadurch wird die Schweiz zugleich zur Überwindung des Nationalismus beitragen, an dem gegenwärtig ganz Europa, ja die ganze Welt krankt, und wovon der Krieg der brutalste Ausdruck ist. — Die Schrift von Oltramare verdient weiteste Verbreitung in allen neutralen Ländern. *J. B.*

Gustave Le Bon. „*Premières Consequences de la Guerre.*" Paris, Flammarion, 1916.

Ein ungemein vielseitiges, für Freund und Feind gleich interessantes Buch, symptomatisch nicht minder für die Kriegsauffassung der französischen Intelligenz als für die innerpolitische Entwicklung des Landes. Vom Reichtum des Inhalts mögen einige Kapitelüberschriften zeugen: Die „pazifistischen, nationalistischen und völkerpsychologischen Illusionen" — vom Verfasser bereits in zahlreicheren früheren Werken breitgetreten — bestreiten die ersten 40 Seiten; die politische, geistige und religiöse Verwandlung Frankreichs im Kriege weitere 90 Seiten. — Es folgen: „Mentalité de l'Allemagne et de l'Autriche pendant la guerre" (Angebliche Unbeweglichkeit der deutschen Seele, Hegemonietraum usw., Unbelehrbarkeit über die Kriegsursachen, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, der Sozialismus, Harden...). Das vierte Buch „Changements de mentalité déterminés par la guerre dans divers pays", spinnt in der Hauptsache die vom Verfasser in der „Psychologie des Sozialismus", in „Psychologie politique" und anderswo vertretenen Thesen weiter Interessant die Betrachtungen über die psychische Verwandlung Englands, Russlands, Italiens und die Voraussage der Militarisierung Amerikas. Ein letzter Teil (S. 268—321) ist den künftigen zwischenvölkischen Beziehungen gewidmet.

Der Pazifismus wird durchweg als gefährliche Illusion behandelt und für die Zukunft (infolge der „Unbelehrbarkeit" gewisser Völker) eine Verschärfung des Militarismus voraus-

gesehen. Immerhin könne man hoffen, dass nach der heutigen Lektion die Völker eine Zeitlang nachdenken werden. Auch die „cervelles teutonnes les plus asservies" werden das schlechte Geschäft einsehen und künftig „etwas weniger willig zur Schlacht schreiten". Dagegen sollen die deutschen Offiziere und Professoren stets unbelehrbar bleiben („Le pédant, dominé par une idée fausse, n'est pas susceptible de conversion"!!). Wie sollte da Abrüstung möglich sein?

Obwohl Verfasser den Deutschen auf Schritt und Tritt ganz eigene, nirgends sonst auffindbare Rassen- und Charaktermerkmale nachsagt, die auch ihre Assimilierung in den Vereinigten Staaten ewig verhindern sollen, steht er andernorts nicht an, sie ein „Gemisch von Mestizen" (S. 317) zu nennen, das wohl vorübergehend den mystischen Glauben an seine Weltmission verlieren, nicht aber dauernd auf „Kreuzzüge" verzichten könne.

Die deutsche Volksseele wird durchaus als eine Einheit gefasst, die zugleich als feig und kriegerisch, mystisch und verschlagen, knechtisch und unbeschränkt herrschsüchtig erscheint. „La guerre ... eut comme cause principale une illusion mystique sur la mission d'une race se croyant choisie par Dieu pour régénérer le monde *et l'exploiter*". Alldeutsches Schwärmertum, Offiziersgeist, Diplomatengeschick und industrielles Expansionsstreben erscheinen wie immer zu einem Gespinst verschmolzen, das noch auf lange Zeit das stärkste Friedenshindernis sein wird. Wäre Le Bon nicht der Autor jener Bücher, in denen der deutsche Unternehmungs- und Organisationsgeist, deutsche Disziplin und Anpassungsfähigkeit den Franzosen systematisch als Vorbild gepredigt wurde, so könnte man über solche Auslassungen hinweggehen. Im Munde dieses Mannes bedeuten sie nicht bloss einen eigentümlichen Beleg für die „Belehrbarkeit" eines Gelehrten, sondern ein tiefbedenkliches Symptom intellektueller Kriegspsychose.

Erfrischend wirkt die Offenheit, mit der im zweiten Teil der militärische Despotismus in — Frankreich selbst blossgelegt wird. Die kurzen Kapitel über „Zersetzung des nationalen Lebens zu Kriegsbeginn und spontane Bildung einer autokratischen Gewalt", „Missbrauch und Folgen der Autokratie" (sic.), „Unordnung und Verschwendung", „Entwicklung der französischen Regierung im Kriege" dürften historische Dokumente bleiben. In grellen Farben wird die Riesenaufgabe der industriellen Organisation zu Kriegsbeginn und die zahlreichen Missbräuche der plötzlich zu unumschränkter Macht aufsteigenden Bürokraten geschildert. — Hatte ein Hotelier Protektion, so machte er ein gutes Geschäft oder blieb verschont; stand er allein, so wurde sein Haus zu Schleuderpreisen ruiniert. Erpressungen und willkürliche Requisitionen zu Privatzwecken sollen an der Tagesordnung gewesen sein. Mehr als die Hälfte der Handelsflotte soll zeitweise durch verkehrte Massnahmen paralysiert worden sein und dem Staat 800 Millionen

gekostet haben. Aeroplane à 12,000 Fr. wurden dem Staat zu 30,000 Fr. weiterverkauft, an Drückeberger für Scheinarbeiten täglich 30—35 Fr. bezahlt. Angestellte der Stadt Paris liessen sich ausser 4000 Fr. Gehalt unter verschiedenen Vorwänden bis zu 4100 Fr. Zulagen ausbezahlen.

Eine bittere Kritik trifft die kopflose Wirtschaftspolitik und die „Organisation der Unverantwortlichkeit". — Wie vor dem Krieg zeigte sich der Staat als Unternehmer seiner Aufgabe nicht gewachsen und wurde nur durch den Beistand der Privatinitiative gerettet.

Mit einem kurzen Aufsatz über die Rolle der Illusion im Leben der Völker und die Unzulänglichkeit der Vernunft zu ihrer Führung schliesst das Buch. *W. Egg.*

•

Paul Barth. „*Die Philosophie der Geschichte als Soziologie.*" Erster Teil: Grundlegung und kritische Übersicht. Zweite durchgesehene und sehr erweiterte Auflage. Verlag O. R. Reisland, Leipzig 1915. 820 S.

Das bekannte und beliebte Werk des Leipziger Geschichtsphilosophen ist nunmehr, in fast verdoppeltem Umfange, in zweiter Auflage erscheinen. In noch höherem Grade als bisher ist es durch die zahlreichen kritischen Darstellungen der wichtigsten geschichtsphilosophischen Systeme und soziologischen Werke sowie durch die eigene, auf Gesetzlichkeit im Geschichtsverlauf gerichtete Auffassung des Verfassers anregend und bedeutend. Energisch verlangt Barth den Übergang der Geschichtswissenschaft aus dem bisherigen Zustande eines Aggregates von Wahrnehmungen zu dem eines Systems von Kausalgesetzen. Natürlich anerkennt auch der Verfasser die bisherige Arbeit des Historikers, die kritische Quellenforschung und die Beschreibung der Tatsachen, wie sie sich wirklich zugetragen haben, als eine grosse und wichtige Aufgabe; nur ist selbst die blosse Beschreibung des Geschehens nicht ohne eine Auswahl der Tatsachen nach ihrer Wichtigkeit möglich, wobei der Historiker sich oft, unbewusst oder bewusst, von unwissenschaftlichen Motiven, z. B. von Freude an ästhetisch oder ethisch oder sonstwie fürs Gefühl bemerkenswerten Tatsachen oder von der, an sich herrlichen, aber in der Wissenschaft leicht irreführenden Vaterlandsliebe leiten lässt; Barth gibt ihm eine wissenschaftliche Richtschnur; er soll nur das soziologisch Wichtige hervorheben. Wir würden noch weiter gehen und verlangen, dass der Historiker selbst unter den soziologisch wichtigen Tatsachen vorerst nur die grundlegenden, ganze Zeitalter gestaltenden ausführlich behandle; diese aber auf historische Gesetze zurückführe. Von den kritisch dargestellten Autoren ist Franz Oppenheimer nicht ganz zu seinem Rechte gekommen, der in seinem Werke „Grossgrundeigentum und soziale Frage" vor allem eine eigentümliche Variante der materialistischen Geschichtsauffassung geschaffen hat (Substitution der Distributions- an Stelle der Produktionsverhältnisse als bewegenden Faktors der Geschichte).

Trotz aller vereinzelten Einwände, die man gegen Barths Werk machen kann, bedeutet es doch zweifellos eine, für den Geisteswissenschaftler selten prächtige Büchererscheinung und es ist sehr zu hoffen, dass dasselbe noch in erhöhtem Masse als bisher dazu beitragen wird, das Interesse an den, für unser schwerkrankes Zeitalter so wichtigen soziologischen Studien auch in den Ländern deutscher Zunge kräftig zu fördern; denn wie Barth so schön am Schluss der Einleitung sagt: „Aber gerade die Wissenschaft der Soziologie, die Wissenschaft vom Leben der Gesellschaften und der Staaten soll der Erkenntnis Gehör verschaffen, dass der Krieg für die Kulturvölker der Zerstörer ihrer wahren Lebensbedingungen ist, ein Muttermord an der Menschlichkeit, der wir alle wahren Güter verdanken. So kann vielleicht auch dieses Buch, wenngleich sehr mittelbar ein klein wenig beitragen zur Sicherung einer besseren, der Menschheit und der Menschlichkeit würdigeren Zukunft der europäischen Völker." *H. Hon—r.*

Wladimir Solovjeff, *Russland und Europa.* Eug. Diederichs, Jena, 1917.

Man kann diese Schrift des bedeutendsten russischen Philosophen heute nicht ohne Erschütterung lesen. Seine Polemik gegen seinen Zeitgenossen, den Slavophilen Danilewski, wird im Lichte unserer Zeit zum Protest gegen den Panslavismus, einen der Werkmeister dieses Krieges. Solovjeff (spr.: Salawjoff) bekämpft jede nationale Überhebung, u. a. auch den Aberglauben an eine von Westen unabhängige und zu dessen geistiger Neubildung berufene russische Philosophie. Er verlangt überhaupt die Unterordnung jedes Volkes unter die Interessen der Menschheit und eine bessere Ordnung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Bei aller Einsicht in die Schwächen seines Volkes, ist S. voll mutigen Vertrauens in dessen Begabung und Bildungsdrang, doch fürchtet er die grübelnde Unfruchtbarkeit der russischen Seele und anerkennt dankbar die Bereicherung, die sie namentlich auch durch die deutsche Geistesarbeit erfahren hat. *F. B-n.*

Siegfried Jacobsohn, *Die ersten Tage.* Reuss u. Itta, Konstanz i. B.

Siegfried Jacobsohn, der Berliner Theaterkritiker und Herausgeber eines Theaterblattes, hat über die ersten Kriegstage geschrieben. Seine Arbeit ist ein Tagebuch, ein persönlich feingestimmter Brief und ein Essay über die Stellungnahme des Künstlers zum Kriege, voll Demut vor der Kunst und voll Stolz für die Kunst. Der Band ist behängt mit Früchten der Belesenheit, obwohl der Autor selbst prächtig zu sagen weiss, was sein Gedanke erzielt. Er gehört zu den Erlesenen, die trotz allem ehrlichen Miterleben im Grunde doch von der Gabe zehren, den Krieg auch vergessen zu können. Sie stehen ausserhalb und darüber. Keine Kriegsbegeisterung kann an sie heran, und vom Sieg wissen sie nur, dass diesseits und jenseits der Front Brüder fallen. Sie arbeiten über den Krieg hinaus am Werke des Friedens. Siegfried

Jacobsohn hat es vermocht, diesen Seelenzustand der Wenigen mit tiefem Ernst und doch im Plauderton festzuhalten. *F. B-n.*

Robert Faesi, *Aus der Brandung.* Huber & Co., Frauenfeld. 1917.

Faesi hat in diesen Gedichten seinem tiefen Mitgefühl für die Menschen im Kriege schönsten Ausdruck gegeben. Der seiner Schweizerheimat erhaltene Friede macht ihn nicht zum kritischen Aussensteher. Es beglückt ihn und bedrückt ihn gleichwohl, dass er und sein Volk an diesem grossen Leid nicht Teil haben sollen. Er möchte die Ruhe seiner Nächte denen im Schützengraben gegen ihr Leid tauschen.

> Sie stehn gerammt in einem blutigen Grunde
> Nicht anders als im Stachelnetz der Pfahl
> Ihr Zeiger zeigt nicht ihrer Seele Stunde
> Sie sind ein Rad im Räderwerk der Qual."

Faesis Neutralität ist wärmstes Miterleiden und Miterleben. Und seinem Vaterland hat er ein stolz gebautes Mahnwort aufgerichtet. Das Umschlagblatt hat Otto Baumberger eindrucksvoll gestaltet. *F. B-n.*

Ed. Bernstein. *Von den Aufgaben der Juden im Weltkriege.* Berlin, E. Reiss, 1917.

Das Problem des Judentums wird in den knappen Umrissen dieser kurzen Gelegenheitsschrift mit Klarheit und Gedankenschärfe gestellt und der Weg zu seiner individuellen Lösung für den glaubenslosen Juden der Gegenwart mit Klugheit, weltweitem Blick und hohem sittlichem Ernste angedeutet. Sie ist, wie Bernstein ausdrücklich hervorhebt, auch für den Zionisten zugänglich, dem er als Aussenstehender gerne Achtung und Verständnis bekundet.

Die schwierige Aufgabe des Judentums in den Wirren der Gegenwart ist nach Bernstein die Vereinigung des Patriotismus gegenüber seinem rücksichtslos kämpfenden Vaterland mit dem jüdischen Stammespatriotismus, einem Solidaritätsgefühl, das ihn mit seinen Stammesgenossen in der ganzen Welt verbindet. Zu bewusster Klarheit emporgehoben, werden aber diese beiden Gefühle sich nur insoferne hemmen, als sie einander an Übertreibungen und Entartungen verhindern; sie werden also ihren Träger nicht haltlos machen und herabdrücken, sondern festigen und emporheben. Die Rücksicht auf die Stammesgenossen in der ganzen Welt wird den geistig hochstehenden Juden nur bewegen können, durch patriotische Opferwilligkeit dem Judentum um so mehr Ehre zu machen, ohne dabei in Verleumdung fremder Völker und chauvinistische Barbarei zu verfallen. Sein tätiges Vaterlandsgefühl wird ihn auch vor einem haltlosen Weltbürgertum aus Gleichgültigkeit und vor einem materialistischen ubi bene ibi patria mit pflichtenlosem Mitgenusse der blutig errungenen fremden Freiheiten behüten. Er wird vielmehr auch sein Weltbürgertum als Pflicht zum opferfreudigen Mitschaffen am Fort-

schritt der Welt empfinden, und zwar auf dem Wege über die gegebene Familie der Nationen, besonders aber über sein eigenes Volk, dem die höchsten Ideale der anderen verständlicher zu machen und dessen Ideale auch bei den anderen zur Geltung zu bringen, die grosse Aufgabe des Judentums als Mittlers zwischen den Völkeridealen ist und bleibt. Allerdings müssen auch die „Wirtsvölker" den vollen Sinn des Ubi bene ibi patria erfassen, welches für den ethisch gerichteten Menschen bedeutet: „Wo du wirken kannst, ist das Vaterland". Überall in der Welt muss der Jude zu diesem Kampfe für gleichberechtigtes Wirkenkönnen stets bereit sein, wenn nicht für sich, so für andere Unterdrückte im Sinne des Bibelspruches: „Gedenke, dass du ein Knecht warst in Ägypten." Ein wahrer Leitstern jüdischer Politik. *S. F.*

Hessische Blätter. In Verbindung mit Freunden herausgegeben von Wilhelm Hopf. Melsungen. Die kleine, aber tapfere Wochenschrift hält auch in ihrem 46. Jahrgange mit erprobter Gesinnungstreue an ihrem echt friedensfreundlichen, christlich-demokratischen Geiste fest. Hier einige ihrer Grundgedanken:

„Aus dem allen ergibt sich, dass die Völker aus der schweren Not dieses Weltkrieges nur herauskommen und zu einem wirklichen, dauernden und für alle ehrenvollen Frieden gelangen können, wenn sie anstatt des bisher sie beherrschenden Geistes des Macht- und Gewinnhungers, der Sucht, ihre Grenzen zu erweitern, die Nebenvölker ihrer Führung zu unterwerfen und die Reichtümer der Welt mit Gewalt oder List ihren Ländern zuzuführen, — wenn sie statt dessen einem ganz neuen Geiste, dem Geiste aufrichtiger Versöhnlichkeit und ehrlichen Vertrauens bei sich Raum geben wollten. Woher aber sollen wir diesen Geist und die von ihm zu gestaltende Neuordnung des Völkerlebens nehmen? Das ist die eigentliche Frage der Zeit.

Die sittliche Kraft eines Volkes ist höher zu schätzen als seine äussere Macht. — Wahres Deutschtum ist Innerlichkeit, aller Annexionismus und Chauvinismus ist Napoleonismus ohne Napoleon.

O Deutschland, gedenke deines wahren Berufes, der in einer ganz andern Richtung liegt, als wo so viele ihn heute suchen; nimm deine Seele wahr, ehe es zu spät ist, dir selbst wie dem aus tiefer Wunde blutenden Germanentum, ja der ganzen Welt zum Segen!" *S. F.*

□□□

Nochmals: Stockholm und der Völkerfrieden.

Es ist ein grossartiges Schauspiel, dass nach dreijährigem gegenseitigem Morden sich Männer zusammenfinden wollen, die ihr Mandat nicht von den Regierungen, sondern von den Völkern ableiten, um zu beraten, in welcher Weise der Frieden hergestellt werden könnte. Die Menschheit verdankt die Möglichkeit einer solchen Zusammenkunft der Organisationsarbeit, die das Proletariat schon vor dem Kriege geleistet hat, so dass trotz alledem und alledem nicht alle Bande gerissen sind, die zwischen den Arbeiterklassen der verschiedenen kriegführenden Staaten geknüpft worden sind; sie verdankt sie ferner jenen Neutralen, die ihre Aufgabe richtig erfasst und den Boden vorbereitet haben, auf dem sich die Vertreter des proletarischen Friedensgedankens begegnen werden — und schliesslich, last not least, den Männern der russischen Revolution, die durch ihr kühnes Vorgehen das Steuer des russischen Staates herumgerissen haben, um ihn aus dem imperialistischen Fahrwasser herauszulenken.

Die Stockholmer Konferenz kann in der Tat, wie es scheint, zwei Zwecken dienen, dem Aufbau der sozialistischen Internationale und der Anbahnung des Friedens. Was man aber nicht vergessen darf, ist, dass der Frieden die Voraussetzung für die Wiederherstellung der Internationale ist, ja dass, je stärker der Antrieb zum Frieden ist, der von Stockholm ausgeht, desto stärker die Internationale im Frieden sein wird. Nicht die Theorien sind es, die den Zwist in der Internationale hervorgerufen haben, sondern die Interpretationen dieser Theorien im Einzelfalle oder richtiger die harten Tatsachen des Krieges, die — mag man es noch so sehr bedauern — auch die Proletariate zeitweise auseinandergerissen haben. Wenn diese Tatsachen verschwinden werden, d. h. wenn der Friedenszustand hergestellt sein wird, wird sich wieder vereinigen, was zusammengehört, und wenn in der Zukunft das Prole-

tariat die Macht im Staate erlangt haben wird, wie jetzt in Russland, wird es imstande sein, durch seinen Willen auch die internationalen Machtverhältnisse derart zu beeinflussen, dass das Trennende verschwinden wird.

Deshalb ist jetzt, von welchem Gesichtspunkte aus man auch die Stockholmer Konferenz betrachten mag, das Erste und Wichtigste: alle Hemmnisse hinwegzuräumen, die dem Frieden tatsächlich im Wege stehen. Bernstein schreibt im letzten Hefte dieser Zeitschrift mit Recht, es sei die Hauptaufgabe der Konferenzen in Stockholm, „es möglich zu machen, dass bei aller Verschiedenartigkeit der Standpunkte, die ganz zu überbrücken eine Unmöglichkeit sein wird, die Fraktionen der Internationale durch eine Verständigung über ein Friedensprogramm und Grundsätze der Friedenspolitik und Friedensaktion in die Lage kommen, die ganze Kraft der Bewegung für die schnelle Erzielung eines in ihrem Sinne guten Friedens wirkungsvoll ins Spiel zu bringen." Es müssen natürlich zu diesem Zwecke alle Streitpunkte, die nicht strenge zur Sache gehören, von vorneherein ausgeschieden, insbesondere die inneren Parteizwistigkeiten beiseite gelassen werden. Wer so vorgeht, zeigt seinen guten Willen für das Friedenswerk, und alle, die guten Willens sind, müssen zur Arbeit zugelassen werden.

Ferner aber muss das Gemeinsame in den Vordergrund gestellt werden, über das eine Verständigung von vorneherein zwischen Sozialisten selbstverständlich ist. Das sozialpolitische Programm der Gewerkschaften, das den Friedensverträgen einzuverleiben ist, wird bei keinem Teilnehmer Widerspruch begegnen; ebenso wird man sich im Sinne der internationalen Kongresse über das handelspolitische Friedensprogramm, Abbau der Schutzzölle, Vermeidung der Wirtschaftskriege, offene Türe leicht einigen und nicht minder über die Freiheit der Meere, Internationalisierung der Meerengen, Abschaffung des Seebeuterechtes und Einschränkung der Bannware usw.; alle praktischen Vorschläge zur Herstellung und Sicherung einer internationalen Rechtsordnung werden Gehör finden.

Und erstaunt wird man wahrnehmen, dass auch heute in diesem internationalen Parlamente auf weiten und wichtigen Gebieten ein consensus omnium sich ergeben wird, wie nur selten in nationalen Vertretungskörpern, in denen notwendig die Klassengegensätze sich geltend machen. Schon die bisherigen Vorkonferenzen haben wohl den Beweis erbracht.

Es werden unzweifelhaft einige wenige, gewiss nicht unwichtige konkrete Streitfragen übrig bleiben, die mit Ruhe und vor allem mit Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse besprochen werden müssen, mit einer gewissen Selbstverleugnung, die einerseits dem Wunsche nach Frieden und andrerseits der Einsicht in die Beschränktheit der eigenen Kraft entspringt. Auch in dieser Beziehung sagt Bernstein mit Recht: (Die Konferierenden) „werden sich sagen, dass die sozialdemokratische Internationale zwar bei Aufstellung eines Friedensprogramms nicht über den gegebenen Stand der politisch-sozialen Entwicklung hinweg einfach auf die Ausmalung eines Zukunftsideals sich verlegen könne, für das die notwendigen Voraussetzungen nur unvollkommen vorhanden sind, dass sie aber nicht in gleicher Weise an die Rücksicht auf Machtinteressen der Staaten gebunden sei, wie etwa die Konferenz von Beauftragten der Staaten selbst.“ Ja, gewiss dürfen und werden die imperialistischen Machtinteressen der Staaten für die Konferenz keine Wegweiser sein; wohl aber wird die tatsächliche Machtverteilung zwischen und innerhalb der Staaten, wenn sie nicht vom Sozialismus selbst geändert werden kann, berücksichtigt werden müssen, weil sie den Rahmen abgibt, innerhalb dessen die Möglichkeit des Wirkens liegt, wenn der Frieden nicht nur platonisch geliebt, sondern tatsächlich gefördert werden soll. Diese Rücksichtnahme auf die historische Bedingtheit alles Menschlichen darf allerdings den Sozialismus nicht aus seiner Bahn werfen. Er muss seine Ziele fest im Auge behalten; und auch wenn er sie nicht sofort erreicht, darf er nicht rückwärts, sondern nur vorwärts schreiten, soweit es eben schon möglich ist.

Von diesem Standpunkte aus ist nun aber auch die russische Formel vom Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigungen zu beurteilen. Sie bedeutet nach der Auslegung des Arbeiter- und Soldatenrates zunächst die Herstellung des territorialen status quo ante bellum. Gewiss, ist der status quo kein ideales Prinzip, und es wird sehr viele Sozialisten geben, die eine andere territoriale Aufteilung Europas oder der Erde als erwünscht ansehen würden. Allein, wie die heutige Konstellation einmal beschaffen ist, und bei dem offenbaren Stillstande der Kriegsbewegung würde jedes Beharren bei einer Forderung nach territorialer Verschiebung eine Verlängerung des Krieges bedeuten, und es wäre noch die Frage, ob dies nicht, statt das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu fördern, schliesslich zu Annexionen führen würde, die dem Selbstbestimmungsrechte der Völker ins Gesicht schlagen. Man wird also bei der glücklich gewählten Formel der Russen bleiben müssen.

Auch in bezug auf die Entschädigungen. Denn die Unterscheidung Bernsteins zwischen Kriegskosten, die jeder Staat selbst tragen soll, und Kriegsopfern, die ihm ersetzt werden müssen, führt sicherlich nicht zur Vereinfachung, sondern zur weitern Komplikation der Entschädigungsfrage. Denn schon die Unterscheidung zwischen den Kriegskosten, „die den Ländern durch die wirkliche oder vermeintliche Notwendigkeit der Kriegführung erwachsen sind", und den Kriegsopfern, „die bestimmten Völkern durch die Art des in ihr Land hineingetragenen Krieges zugefügt worden sind", wird sich praktisch noch schwerer durchführen lassen, als begrifflich. Man mag bei den Kriegsopfern an Belgien, an Polen, an Ostpreussen, an Siebenbürgen denken; aber würde nicht etwa Deutschland auf den Gedanken kommen können, sich durch England für die Opfer entschädigen zu lassen wollen, die ihm die „Art" der englischen Kriegführung, die Hungerblockade, aufgelegt hat usw.? Das wäre gewiss eine Verlängerung des Krieges, weil sich kaum einer der kriegführenden Staaten, wie es Bernstein will, einer schiedsgerichtlichen

Prüfung der Haftbarkeit nach dem Kriege freiwillig unterwerfen würde. Und gerade die u. a. zum Zwecke der Kriegsopferentschädigung von Bernstein geforderte „Feststellung der Verantwortungen“, d. h. die sogenannte „Schuldfrage“, ist die grösste Gefahr, die dem Frieden, wie dem Erfolge der Stockholmer Konferenz erwachsen kann.

Es scheint mir nun unbegreiflich, wie Bernstein die „Schuldfrage“ behandelt. Er erkennt Kapitalismus, Imperialismus usw. als Voraussetzungen des Weltkrieges an. Trotzdem sei die menschliche Verantwortung nicht ausgeschaltet. Allerdings habe es unzweifelhaft Schuldige in allen Ländern gegeben. „Über das Mass von Schuld, das in jedem einzelnen Fall vorliegt, werden die Völker mit den betreffenden Staatsmännern und deren Antreibern zuhause abzurechnen haben und wird die Geschichte das letzte Wort sprechen.“ Da ist also sozusagen das grosse unpersönliche Geschäftshaus des Kapitalismus, dem an den Kragen zu gehen ohnehin die Aufgabe des Sozialismus ist. Dann sind seine Agenten, die mit Recht denen zur Justifizierung übergeben werden, die sie zunächst und am meisten geschädigt haben; allerdings wird hier auch die Geschichte das letzte Wort haben, d. h. sogar in den einzelnen Ländern ist die Aktenlage noch nicht klar. „Was jetzt festzustellen ist, ist die ganz besondere Verantwortung, das Feuer zum Ausbruch gebracht zu haben. Und auch hierbei wird noch eine genaue Spezialisierung notwendig sein, um jede Zweideutigkeit zu vermeiden.“ Das ist also der eigentliche, der Prügelknabe. Man weiss nicht, ob Bernstein an eine bestimmte Persönlichkeit denkt. Je nach seiner allgemeinen Anschauung wird ein jeder irgendwen besonders aufs Korn nehmen, sei es Lord Grey oder den Zaren, Poincaré oder Berchtold, Kaiser Wilhelm oder den Serbenkönig. Aber wenn man den Gedanken zu Ende denkt, müsste man eigentlich den Soldaten zur Rechenschaft ziehen, der den ersten Schuss abgegeben hat. Man vermag nicht einzusehen, welche Früchte diese Betrachtungsweise tragen kann. Denn es wäre, wie Bern-

stein selbst zugeben muss, ungerecht, das Volk für die Sünde eines Mannes haftbar zu machen. Aber, worauf es Bernstein bei dem Wunsche nach dieser Feststellung ankommt, ist, „auf Grund ihrer eine gerechte Beurteilung des Verhaltens der sozialdemokratischen Parteien der beteiligten Länder im Kriege" herbeizuführen. Gerade das kann er aber auf diese Weise durchaus nicht erreichen. Denn angenommen, dass z. B. Poincaré der in diesem Sinne Schuldige wäre, so könnten doch die Sozialisten Frankreichs gerechtfertigt sein, sei es nun, wenn sie die Schuld Poincarés nicht erkannt hätten, oder wenn sie angenommen hätten, dass zwar dieser die Lunte ans Pulverfass gelegt habe, dass aber durch den nun unausweichlichen Krieg die Unabhängigkeit Frankreichs bedroht wäre. Und wozu das ganze Ketzergericht? Denn zu einem Ketzergerichte würde die ganze Stockholmer Konferenz ausarten, wenn sich die Sozialisten nicht entschliessen würden, ihre inneren Streitigkeiten beiseite zu lassen, und wenn sie sich gegenseitig befehden, statt nützliche Arbeit für den Frieden zu tun, also der Welt Steine statt Brot geben. Wer nach Stockholm geht, muss die Parteistreitigkeiten zu Hause lassen, um seine Aufgabe würdig zu erfüllen.

Es brauchte gar nicht betont zu werden, dass in einem Gerichtshofe, der über die sogenannte Schuldfrage heute urteilen sollte, jeder einzelen Richter entweder Partei oder befangen wäre, und dass ausserdem nicht einmal die Möglichkeit besteht, den Prozessgegner aus den Akten zu überzeugen, da die Akten nicht vollständig vorliegen. Die Debatte über die Schuldfrage auf der Konferenz wäre nur die Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln. Sie würde nicht zum Frieden führen, sondern die heillosen Spaltungen der Menschheit vertiefen und anerkennen. Gemeinsame Arbeit zu gemeinsamem Zwecke einigt, Vorwürfe über Geschehenes entzweien. Die Sozialdemokratie soll nach vorwärts, nicht nach rückwärts blicken. Nur durch den Ausblick auf ihr hohes Ziel gestärkt, kann sie siegen und den Frieden bringen der gequälten Menschheit.

Wien, Mitte Juni 1917. *Ludo M. Hartmann.*

Die Demokratisierung Deutschlands als Weg zum Frieden.

Von JACOB FELDNER.

Wege und Mittel drängen sich uns, die wir zum Frieden zu arbeiten gewillt sind, heute auf, an die man vor zwei knappen Jahren noch kaum zu denken wagte. Seit man bewusst oder unbewusst überall die innere Unmöglichkeit zugestanden hat, diesen Krieg mit einem strategischen Frieden zu beschliessen, und seit aus Bergen von Leichen und Strömen von Blut langsam die rettende Erkenntnis steigt, zum politischen Frieden gelangen zu wollen, und zu müssen, wenn dieser einigermassen in seinen Werten und allgemeinen Wirkungen „den gebrachten Opfern entsprechen" soll, haben sich auch alle Möglichkeiten geändert, zum neuerkannten, ersehnten Ziel zu kommen. Die Entscheidungen haben sich von den Fronten ins Innere der Länder verlegt.

Von den kalendermässigen, diplomatischen Daten der Kriegsschuld hat man begonnen sich den herrschenden Systemen und ihrer Kritik zuzuwenden, und kaum war jener dunkelste Punkt der Alliierten, das Zarenrussland, durch ein erwachendes Volk in seine neue Form gegossen, so erhob sich von einem Ende der Welt zum andern der Kampfschrei der Demokratie gegen den Absolutismus. Es soll sicher nicht an dieser Stelle untersucht werden, wie viel an dieser „Demokratie" noch Form, wie wenig Inhalt ist: dass das neugewonnene Argument gegen Deutschland nicht ganz ohne Berechtigung bestand, liess sich am besten daraus erkennen, dass man — wenn auch in ganz unschädlich milden Pillen — selbst in Deutschland Demokratie zu predigen begann. Ich will unwiederholt lassen, was Harden über diese demokratischen Leinwandbilder sagte, und gebe ein Selbstzitat aus einem Aufsatz, der — im April

geschrieben — in der deutschen Zeitschrift „Die Tat" erscheinen sollte.*) Ich schrieb damals:

„... mit aller Energie betont, es gibt heute und gerade während des Krieges kein anderes Mittel sich Sympathien und Helfer im Auslande zu gewinnen als durch Verwirklichung (demokratischer Forderungen). Die verschiedene Denkungsweise im Auslande vor und nach der russischen Revolution hatte zur Folge, dass psychologisch gewissermassen von jedem, auch dem feindlichsten Ausländer, ein freundschaftliches Ultimatum an das deutsche Volk gestellt wurde: Verwirkliche wovon Du redest, oder ....! Gerade dadurch, dass der strategische Gesichtspunkt einem mehr innerlich politischen in der Allgemeinauffassung gewichen ist, indem man den Krieg nicht mehr als Match,sondern als Volks- und Menschheitspflicht betrachtete, hat dieses „Oder ..." eine Bedeutung gewonnen, die man nicht unterschätzen sollte. Man ist heute auf einem haarscharfen Scheidepunkt. Übersieht man diesen in Deutschland, so ist man nicht unschuldig an dem, was kommen wird. Durch Kriegsnot, Friedenssehnen, Jammer und Leid sind die Völker dahin gelangt, den Gegner mit etwas anderen Augen anzusehen; will sagen, man sieht ihn heute überhaupt erst wieder einmal seit drei Jahren ernstlich. Man stellt nicht drohend, aber innerlich überzeugt von seinem Recht dazu, die Forderung verwirklichter Demokratie an ihn. In aller Ruhe, ohne Hintergedanken, ohne bösen Willen. Ja, auf einen Grad der Erregtheit ist man gekommen, dass gesagt werden kann — paradox zu allem bisher Erlebten — würde das deutsche Volk sich heute demokratisieren, von Grund auf, ehrlich, und dauernd, mit Freuden würde die ganze Welt ein solches Deutschland empfangen. Schneller als sich nach den letzten Ereignissen glauben liess, hat sich ein psychologischer Augenblick geoffenbart, einen wirklichen Sieg davonzutragen; einen Sieg, der nicht darin besteht, den Gegner zu vernichten, sondern ihn zu gewinnen. Man kann von der Welt als Deutscher heute alles haben, wenn man nur das eine tut; verweigert man es, so folgt das „Oder ...." Dies ist der Scheidepunkt auf dem man heute als Deutscher steht. Hie Harmonie, hier Blut! Demokratisches Deutschland, und wir werden uns stolz Sieger — Sieger über uns selbst — nennen dürfen, absolutistisch-reaktionäres Deutschland, und wir sind in jeder Weise von aussen Besiegte; moralisch, kulturell, politisch, wer kann es abwägen? —

Man möchte vielleicht von den affirmativen Passagen einige Abstreichungen machen, wenn man unterdessen in Publikationen der Ententeländer lesen konnte, man solle sich hüten, etwa eine deutsche Revolution ernst zu nehmen, sie sei doch nichts als ein Trick der deutschen Reaktionäre,

*) Der Artikel wurde von Eugen Diederichs, dem Herausgeber, freudig aufgenommen, seine Veröffentlichung aber verunmöglicht.

um zum Frieden zu kommen. Aber es wäre unrichtig, diese Hetzer der anderen Seite als Urteilsmassstab zu nehmen, wie es umgekehrt falsch ist, ständig „Kreuz-“ und „Deutsche Tageszeitung“ als „das“ Deutschland zu zitieren. Viel wesentlicher und beherzigenswerter erscheint uns das 20. Kapitel in E. Milhaud's bedeutendem, neuem Buche „La Société des Nations“, das unter dem Titel „Friedensorganisation und Demokratie“ Deutschlands Demokratisierung als Weltproblem und wesentlichste Bedingung, zu einem dauernden Frieden und einer friedlichen Staatenverbündung zu gelangen, darstellt. „... welche Änderungen sich auch in Preussen und anderen Bundesstaaten vollziehen mögen, es wird damit nichts Entscheidendes erreicht sein, solange es nicht ein richtiges und wahrhaftiges deutsches Parlament geben wird, das heisst, eine Volksvertretung, vor der — und vor der allein — die Regierung verantwortlich ist. Das deutsche Volk, hat es den Willen und hat es die Kraft seine Souveränität zu erklären und zu verwirklichen? Sicherlich, ein deutsches Problem, ... Aber es handelt sich auch um ein Weltproblem, das die Welt beraten und lösen wird, wenn das deutsche Volk es ihr nicht erspart, indem es selbst und grundsätzlich und schnell das Notwendige tut ....“

Unterdessen begann die Idee Stockholm sich zu verwirklichen, und wenn bei der von allen Kriegsinteressierten verlästerten Konferenz bis heute noch nichts Positives sich ergeben hätte, so wäre doch das eine zu nennen, das Scheidemann, von seiner Besprechung mit den holländisch-skandinavischen Genossen zurückkommend, einen Artikel im „Vorwärts“ veröffentlichte, der nicht genug Beachtung finden kann. Alldeutsche und Kriegsschreier fielen darob wohl über ihn her und erklärten ihn bald an die eine, bald an die andere Ententeregierung verkauft, es bleibt aber als unumstössliche Tatsache die wohltuende Erkenntnis, die diesem bisher immer noch allzu imperialistischen deutschen Mehrheitler in Stockholm gekommen ist:

„Wir können, was geschehen ist, nicht ungeschehen machen.

Jedoch die Pflicht treibt uns, den Weg zu suchen, der uns aus dem endlosen Völkermord herausführt. Und da ist mir das, dessen ich mir schon zuvor bewusst war, in Stockholm erst zur unerschütterlichen Überzeugung geworden. Es geht nicht ohne eine durchgreifende Demokratisierung Deutschlands! Es sind nicht die Feinde, es sind die — ach so seltenen — Freunde draussen, die uns immer wieder sagen: Ihr müsst endlich einmal heraus aus Eueren innerpolitischen Zuständen! Ihr müsst der Welt zeigen, dass der Unterschied zwischen ihr und Euch nicht so gross ist, wie es scheint, und dass er nicht unüberbrückbar ist. Ihr seid eines der tüchtigsten, eines der gebildetsten Völker der Welt, und ihr dürft nicht länger Regierungs- und Verfassungsformen ertragen, die dem Kindheitszustande der Völker angepasst sind. Erst wenn Ihr das überwunden habt, ist der Weg gefunden, den Ihr sucht: Der Weg zur Verständigung der Völker."

Ganz so vereinzelt, als es vielleicht nach diesem oder jenem Zitate scheinen möchte, ist diese Erkenntnis in Deutschland keineswegs. Nur hat es noch seine Schwierigkeiten darüber offen zu sprechen, und wenn ein Theodor Wolff es tun konnte, so musste sich jener feurige Demokrat — ein hochgestellter Beamter — noch Luzinius Storo nennen, als er im „Berliner Tageblatt" seinen demokratischen Appell ans deutsche Volk veröffentlichte, dessen Schärfe alles in Deutschland Gehörte übertraf. Zeit und Not arbeiten dort für Umwälzung der Ideen im Sinne einer kommenden Demokratie, eines kommenden Friedens. Trotz aller Widerstände. Über diese schreibt Scheidemann:

„Daheim aber gibt es wieder Leute, die folgendermassen zu uns reden: wenn die Feinde unsere inneren Zustände anschwärzen, so ist das eine Kriegslist, um Deutschland zu entnerven und seiner besten Kraft zu berauben. Zumal jetzt reformieren hiesse sich dem Willen der Feinde unterwerfen und sich von ihnen in unsere inneren Verhältnisse dreinreden lassen. Also erstens überhaupt nicht, und zweitens jetzt gerade erst recht nicht ... Diese Leute hielten freiheitliche Reformen vor dem Kriege für überflüssig, während des Krieges erklärten sie sie für gefährlich, weil sie den inneren Frieden störten, und für die Zeit nach dem Kriege erklären sie sie jetzt schon wieder für überflüssig, weil dann das Volk wieder ganz andere Sorgen haben werde. Wir aber sagen: Tiefgreifende, weithinsichtbare Reformen unseres innern Staatslebens sind jetzt nötig, und es ist keine weitere Verschiebung des Termins statthaft, wenn unser Volk nicht den schwersten Schaden erleiden soll ..."

Alles Wollen und alles Streben konnte aber zu keinem

Erfolge führen, solange das Argument der Reaktionäre mit einigermassen äusserer Wahrscheinlichkeit aufrechterhalten werden konnte. Und das war der Fall, solange die Regierungen der Entente sich rein negativ verhielten, d. h. solange sie ausschliesslich von einer Vernichtung des deutschen Militarismus als Kriegsziel sprachen, ohne ein Positives beizufügen. Mit anderen Worten noch, so lange sie die Kriegsfortsetzung als Selbstzweck anerkannten, und sie nicht vom Bestehen oder Nichtbestehen bestimmter Voraussetzungen abhängig machten. Es schrieb aber nun — viel zu wenig beachtet — vor etlichen Wochen der „New Statesman", „... eine deutsche Friedenstaube, die von einem demokratischen Deutschland ausgeschickt würde, könnte auf angemessenen Empfang bei den Alliierten rechnen." Diesen Gedankengang theoretisch und praktisch anzunehmen, haben die alliierten Regierungen wahrhaft herzlich lange warten lassen. Und doch hängt daran eine Kette unerhörter Konsequenzen. Denn gerade das war es, was man bisher in Deutschland und im deutschen Volke nicht verstand — und was der Politiker erst recht nicht verstehen konnte — dass die Kriegszielforderungen der Entente so sehr wenig mit dem zugleich vertretenen Demokratieprogramm in Einklang zu bringen waren. Und da man sich dabei in Deutschland verleiten liess, Wirkung für Ursache zu nehmen, so kam es, dass man sich bisher im Innern — verhältnismässig — noch recht zurückhaltend gegenüber aller Demokratie verhalten hatte. Da kam die Rede Loyd Georges in Glasgow, in den letzten Junitagen, die die grundlegenden Sätze enthält: „Für einen dauernden Frieden liegt die Gewähr in der Vernichtung der militärischen Macht Preussens. Die beste Gewähr würde die Demokratisierung der deutschen Regierung sein. Niemand will den Deutschen die Art ihrer Regierung vorschreiben, aber wir würden mit einem demokratischen Deutschland in ganz anderem Geist, Haltung und Gesinnung in Unterhandlungen eintreten, als mit einem, das von dem angriffslustigen

und anmassenden Geist des preussischen Militarismus beherrscht wird, und die Regierungen der Alliierten würden klug daran tun, wenn sie diese Unterscheidung in ihrer allgemeinen Haltung in jeder Erörterung über Friedensbedingungen vornehmen würden."

Das sind Sätze von hervorragender Bedeutung. Sie wurden demnach auch von der Hetzpresse beider Lager in bekannter Absicht in möglichst unscheinbarer Form und Aufmachung gebracht, und ich habe kein Organ finden können, das auf diesen Punkt das Gewicht gelegt hätte, der darauf zu legen ist. Denn es ist für uns deutsche Demokraten von ganz wesentlicher Bedeutung, ob die Entente auch gegenüber einem demokratischen Deutschland noch alle jene Absichten hegt, die man trotz Geheimsitzungen usw. zur Kenntnis bekommen hat, oder aber ob man bereit ist, in ruhige, ernste und ehrliche Verhandlungen einzutreten, die von dem Gedanken beiderseitigen Entgegenkommens geleitet sind. Wir wollen Deutschland demokratisieren, um bei Friedensverhandlungen dastehen zu können, ohne jenes „sehr unbehagliche Gefühl", von dem Scheidemann sagt, dass man es heute nicht los werden könnte. Wir demokratisieren, um den Kriegshetzern und Annexionisten bei uns, aber auch bei den anderen Nationen ihren verderblichen Einfluss zu nehmen. Denn wir sind uns sehr klar darüber, dass die psychologischen Wirkungen einer Demokratisierung Deutschlands beiderseitig sein werden. Machen die Ententeregierungen einen klippklaren Unterschied zwischen den Friedensbedingungen gegenüber einem demokratischen und absolutistischen Deutschland, so unterstützen sie damit die demokratischen Strömungen in Deutschland wesentlich. Dass diese vorhanden sind, wird niemand mehr leugnen, wenn man ein Blatt wie den „Türmer" zugeben hört, dass im Augenblicke „offensichtlich revolutionäre Strömungen durchs Land gehen". Im selben Augenblicke, wo die alliierten Regierungen einen prinzipiellen Unterschied — nicht nur in Glasgowreden sondern auch sonst und jedes-

mal und durch die Tat — machen zwischen demokratischem und absolutistischem Deutschland, im selben Augenblick, wird das bisherige Argument der Kriegshetzer in Deutschland nicht mehr standhalten, die mit allen Kräften sich jede demokratische Reform vom Leibe halten wollen.

Stellt sich später heraus, dass es den Entente-Regierungen nicht ernst gewesen ist, desto schlimmer — für sie. Denn sie würden das erbarmungslos mit dem Verlust ihres Daseins zu bezahlen haben. Scheidemann schreibt darüber sehr richtig: „... ob sie dann noch bei ihren eigenen Völkern den Resonanzboden finden werden, den sie brauchen, das ist eine ganz andere Frage.“ Die Völker Russlands, Amerikas und Englands würden sich gegen jede Regierung empören, die wagen sollte, einem demokratischen Deutschland gegenüber eine feindliche, unversöhnliche Haltung einzunehmen.

Gewiss werden wir uns niemals durch alle diese oder jene Erwägungen abhalten oder ausschliesslich bewegen lassen, Deutschland zu demokratisieren; denn wir verstehen unter Demokratie etwas anderes als bloss ein opportunes Mittel, einer schwierigen Lage zu entgehen. Auch wird das Heil nicht von einigen wenigen kommen: Deutschland wird durch das deutsche Volk demokratisiert werden, mit oder gegen den Willen eigener oder gegnerischer Regierungen. Aus überzeugtem Willen zum gerechten, dauernden Frieden.

□□□

Ordnung ist ein äusserliches Ding: sie sei, so gut sie will, sie kann missbraucht werden. Dann aber ist es nicht mehr eine Ordnung, sondern eine Unordnung, Darum besteht und gilt keine Ordnung um ihrer selbst willen .... Vielmehr ruht Leben und Würde, Kraft und Tauglichkeit jeder Ordnung auf dem rechten Brauch: sonst gilt und taugt sie gar nichts.

Martin Luther.

□□□

Kriegsliteratur und Kriegspresse in Frankreich.

Von HENRI GUILBEAUX, Herausgeber des „demain", Genf.

Zu seinem letzten Theaterstück *L'Amazone* hat der bekannte Dramatiker Henri Bataille, den neuerdings die Jusqu'auboutisten ein wenig angreifen und gewisse Journalisten der Linken übermässig preisen, ein Vorwort geschrieben, das klingt wie ein Manifest. „Vor dem Urteil der Geschichte," so versichert uns der Liebling der Boulevardtheater, „wird es als Makel für die ganze Menschheit gelten, dass sich angesichts dieser Schlächterei nicht ein furchtbarer Schrei erhoben hat, ein Schrei des Mitleids; dass auch jene nichts zu sagen wussten, von denen man mit Recht mehr Mut erwartet hätte. Ein Tolstoi hätte nicht verfehlt, seine mächtige Stimme ertönen zu lassen. Dieses starke Wort hätte aus dem Schosse des Christentums, aus der Mitte der neutralen Völker, aus dem Kreis der Denker kommen können. ... Aber ich begreife nicht, dass jene, deren Gedanken an die Öffentlichkeit dringen, deren Worte gehört werden, dass die freien, unabhängigen Geister sich so leicht in die Rolle des Schweigers gefunden haben und sich in unklarem Fatalismus an der allgemeinen Übereinstimmung genug sein liessen."

So wagt der Verfasser einer *Maman Colibri*, einer *Vierge folle* sich auszudrücken und scheint nach dreijährigem Kriege überhaupt nichts von der politischen und literarischen Bewegung zu wissen, welche sich in Frankreich gegen den Krieg erhoben hat. In demselben Vorwort rühmt sich Bataille seiner Dichtung *Divine Tragédie*. Und da er, wie Maurice Barrès, sich besonders gerne von den widerwärtigsten und düstersten Schauspielen begeistern lässt, gibt er seinen Gefühlen in dieser Dichtung folgenden Ausdruck:

Je te salue, ô renaissance du tragique,
Toi, tes sombres ardeurs, tes jubilations,
Et tes reniflements de sang dans l'horizon!
Ton souffle a rempli trois millions d'âmes saoules.

. . . .

Quoi donc nous aurons vu ce temps et cette foule?
Et nous vivrons cela? Ce jour est arrivé
Où la guerre a jailli comme un beau fruit d'été!

. . . .

Regardons bien passer ceux-là qui vont mourir,
O mon âme! C'est beau à crier de plaisir!

. . . .

Et moi, moi, fou de joie, d'orgueil, plein de délire,
Devant l'impétuosité de ce spectacle,
Parmi cette allégresse immense qu'on aspire,
A travers tous les cris jaillis de la cité,
Dans sa ruée, dans la mêlée de nos haleines
Et tous mes battements de cœur précipités,
*J'entends chanter en moi le sang de la Sirène!**)

Und dieser Schriftsteller wagt es, den unabhängigen und freien Geistern vorzuwerfen, dass sie sich in einen Turm des Schweigens eingeschlossen haben! Herr Bataille pflegt in so hohem Masse den Kultus seines „Ich", dass er die Äusserungen seiner Zeitgenossen gar nicht zur Kenntnis nimmt. Er scheint nicht einmal zu ahnen, dass es einen gewissen Romain Rolland gibt, der sich schon im September 1914 „über die Parteien" gestellt hat, dessen prachtvolle Haltung heute nicht mehr entdeckt zu werden braucht. Bataille weiss nichts von der furchtbaren Anklage, welche der katholische Dichter Gustave Dupin

*) Ich grüsse dich, du Auferstehung des Tragischen, mit deiner düsteren Glut, deinem Frohlocken, und dem Blutgeruch in der Luft! Dein Hauch hat drei Millionen Seelen mit Trunkenheit erfüllt. ... Ist's wahr? Diese Zeit und diese Menschen, wir durften sie erleben! Der Tag ist gekommen, an dem der Krieg hervorbrach wie eine schöne Sommerfrucht. ... Die Totgeweihten, lasst uns sie betrachten! O meine Seele, die Schönheit dieses Anblick lässt dich jauchzen vor Lust! ... Und ich, ich, toll vor Freude und Stolz, von dem Anblick der Stürmenden wie von einem Rausch erfasst, in dem ungeheuren Jubel, den man einatmet, inmitten der Rufe, welche aus der Stadt hervorbrechen, in ihrem Gedränge, welches unsern Atem mengt, durch meine schnelleren Herzschläge hindurch, höre ich, wie in mir singt das Blut der Sirene!

zum Andenken seines gefallenen Sohnes, gegen den Krieg erhoben hat. Wie soll man aber Herrn Bataille einen Vorwurf daraus machen, ein in der Schweiz veröffentlichtes und in Frankreich verbotenes Werk nicht gelesen zu haben, wenn er selbst vor einigen Wochen ganz zynisch eingestanden hat, dass er für Romain Rolland aufrichtige Bewunderung empfinde, dass er aber seine Schrift *Au dessus de la mêlée* nie gelesen habe? Und doch ist dieses Werk in unzähligen Exemplaren verbreitet und in Frankreich kennt es jedermann. Offenbar hatte Herr Bataille zuviel zu tun, während er göttliche Tragödien fabrizierte. Er kennt wohl auch das ergreifende Buch nicht, welches in dieser Zeitschrift mit so viel Sympathie besprochen wurde: *Le feu* von Henri Barbusse?

Da ich gerade von diesem Werk spreche, sei es mir gestattet, auf ein anderes aufmerksam zu machen, dessen Veröffentlichung die französische Zensur untersagt hat: *Les Temps Maudits* von Marcel Martinet wurden deshalb in der Schweiz gedruckt. Es ist das ergreifendste, das menschlichste, das verzweifeltste und trotzdem das vertrauensvollste Gedicht, welches während des Krieges geschrieben wurde. Dieser „Schrei der Verzweiflung", diese Lieder der „Hoffnung trotz alledem", sind der menschlichen Brüderlichkeit, dem treuen Romain Rolland und der Internationale der Arbeitenden gewidmet. Marcel Martinet, vor dem Kriege nur wenigen bekannt, hatte erst einige tastende Versuche veröffentlicht, in denen man den demokratischen Geist herausfühlt. Er strebte nach dem, was er selbst „proletarische Dichtung" nennt. Heute sehen wir in ihm einen kraftvollen revolutionären Künstler, einen Meister des Rhythmus, einen echten Volksdichter. Seine Muster sind Victor Hugo, Walt Whitman, Tolstoi und Romain Rolland; aber Inhalt und Form verraten eine eigenständige Persönlichkeit.

Martinet war Sozialist und ist es geblieben. Er wurde sogar Zimmerwaldner und hatte oft Gelegenheit, in dem Wochenbericht, welchen er für das unerschrockene Organ der Lehrer und Lehrerinnen *L'Ecole de la fédération* schrieb,

seine Gesinnungsgenossen in Schutz zu nehmen. In den *Temps Maudits* findet man neben dem grossen Notschrei und der tiefen Verzweiflung auch einen hartnäckigen Glauben an eine bessere Zukunft. Einzelnen Gedichten kann man schon heute dauernden Ruhm vorhersagen, wie z. B. *Tu vas te battre,* in welchem er sich zu dem sozialistisch-marxistischen Ideal bekennt. *Poètes d'Allemagne, ô frères inconnus* ist seine Verbrüderung mit den unabhängigen deutschen Schriftstellern, welche leiden und sterben; in *Israel* werden jene Juden an den Pranger gestellt, welche zu Überpatrioten geworden sind. Aber Martinet beklagt nicht bloss die Schrecken der Gegenwart; er hofft trotz alledem auf eine Erhöhung der Menschheit und Genugtuung für die Völker. Er sehnt die Revolution herbei. ... In dem letzten Gedicht richtet er das Wort an seine Kinder, nicht mehr mit dem „rauhen Ton der Bitterkeit". Er feiert den Sieg des Rechts und fordert sie auf, für das Volk zu sterben, wann immer es nötig sein wird. So schliesst dieses erhabene Werk mit einem männlichen Glaubensbekenntnis.

Und ähnliche Ideen finden in Frankreich immer weitere Verbreitung. Ein *Mercure de France* freilich bringt ultrachauvinistische Artikel, untreu seinem Ursprunge aus einer Gruppe unabhängiger Geister mit. internationalen und anarchistischen Neigungen, denen die „grossen" Revuen um die Wette den Zutritt verboten hatten. Eine jüngere Zeitschrift *La Nouvelle Revue française* zieht eine vorsichtige Haltung vor — welche sie übrigens immer hatte — und wartet mit ihrem Wiedererscheinen das Ende der Feindseligkeiten ab. Daneben aber entstehen neue Revuen, welche — soweit es die mit drakonischer Strenge gehandhabte Zensur gestattet — das Ideal der Brüderlichkeit und des Internationalismus verteidigen. So *Les Humbles.* Ein junger französischer Lehrer M. Wullens leitet sie. Eine schwere Verwundung ermöglichte ihm die Rückkehr in die Heimat aus deutscher Kriegsgefangenschaft. Er hat also mehr Recht, vom Kriege zu sprechen, als die Herren Barrès, Capus und andere notorische

Drückeberger von der Presse. Die republikanische Zensur hat eine Nummer dieses tapfern Blattes, welche Romain Roland huldigen sollte, unterdrückt. Ein glücklicher Zufall hat mir die Druckbogen dieser Nummer in die Hände gespielt, der ich nur den einen Vorwurf zu machen hätte: in manchen Artikeln allzuviel „Patriotismus". Und so etwas verbietet unsere zaristische Regierung!

Eine Anzahl junger Intellektueller mit mässig internationalistischer Gesinnung, welche sich schon vor dem Krieg zur *Ghilde des forgerons* gruppiert hatten, um Vorträge, Ausstellungen, Konzerte zu organisieren, lassen vierteljährlich ein Blatt erscheinen, *La Forge*, dessen erste Nummer ein Zitat aus den „Weissen Blättern" zum Motto hatte. Charles Rappoport, einer der geistvollsten und gebildetsten Journalisten — er ist russischen Ursprungs und entschiedener Zimmerwaldner — hat einen kurzen, aber ausgezeichneten Artikel über den Zusammenbruch der Intellektuellen geschrieben, indem er kraftvoll die „falschen Propheten", die „Judasse", die „Henker der Intelligenz" an den Pranger stellt.

Seit Februar erscheint in Paris auch ein gemässigteres Organ: *Les Cahiers idéalistes français*. Es wird von dem früher als Symbolist bekannten Edouard Dujardin geleitet, der vor 25 Jahren die *Revue Wagnérienne* gegründet hatte und später mit Rémy de Gourmont die *Revue des Idées* leitete. Die Mitarbeiter gehören den verschiedensten Parteien an, sind aber durchwegs mehr oder weniger pazifistisch gesinnt.

Was die Tagespresse betrifft, so kann man sagen: alle Zeitungen, die vor dem Krieg bestanden haben, sind wilde Kriegsfanatiker. Zweifellos haben *Temps*, *Matin*, *Echo de Paris* weit blutrünstigere Gefühle als die armen Feldgrauen, die in den Schützengräben herumkrabbeln oder sich ducken müssen. *Humanité* hatte oft viel widerwärtigere Artikel als die ausgesprochen reaktionären Blätter. Die Stimmen der Mässigung und für den Frieden haben sich zuerst in der Provinz geltend gemacht. Bald hat auch die obengenannte *Ecole de la fédération* in diesem Sinne

gewirkt. *Populaire du Centre* in Limoges und *Droit du Peuple* in Grenoble vertreten seit langem die Ansichten der Minderheit; doch wagten sich diese beiden Blätter nicht über gewisse Grenzen hinaus. Das eigentliche Organ der französischen Minoritaires ist *Le Populaire*. Unter der Leitung des Deputierten Jean Longuet neu organisiert, wird es künftig in Paris erscheinen.

Aus dem *Journal du Peuple*, welches unter derselben Leitung steht wie die *Hommes du Jour*, ist eine Tageszeitung gemacht worden. Es bekennt sich zu einem gemässigten Pazifismus und dient auch der Minorität als Organ. Seit mehr als einem Jahr erscheint in Paris *Le Canard Enchainé;* in Wort und Bild wird darin der „Jusqu'auboutisme" verspottet; seit Mai wird ein Wochenblatt *La Tranchée Républicaine* gedruckt, eine Art Auferstehung des früheren Blocks der Republikaner. Wie die minoritären Organe, tritt es für die nationale Verteidigung, aber auch für den Internationalismus ein.

Der unabhängige Publizist R. de Marmande hat die Wochenschrift *Les Nations* gegründet, für die er eine Anzahl von Schriftstellern und Journalisten aus den alliierten Nationen als Mitarbeiter gewonnen hat. Der wahre Internationalismus ist das noch nicht; immerhin bemerken wir unter den Mitarbeitern H. W. Massingham, den mutigen Chefredakteur von *The Nation* und Robert Deel, den Pariser Korrespondenten des *Manchester Guardian*.

Seit dem 1. Juni erscheint in Paris eine grosse Tageszeitung *Le Pays*, welche von der reaktionären Presse heftig angegriffen wird; besonders der reumütige Revolutionär Gustave Hervé, jetzt ingrimmiger Deutschenfresser, schleudert auf das neue Blatt wahre Stinkbomben von Schimpfwörtern. *Le Pays* vereinigt in seiner Redaktion Mitarbeiter aller Richtungen; sein geistiger Leiter ist zweifellos Caillaux. Das Blatt ist auf dem Kampfplatz erschienen mit dem Programm, die Regierung zu stürzen und den „Jusqu'auboutismus" zu bekämpfen; aber der frische Mut seiner ersten Tage ist ihm bald entsunken. Schon bringt auch *Le Pays* ein Porträt Wilsons und eine Huldi-

gung an das Oberhaupt des jetzt kriegswütigsten Staates der ganzen Welt. Um die Echtheit seines Patriotismus zu beweisen, greift das neue Blatt seinerseits die Leninisten, die Raunzer („défaitistes") und die konsequenten Zimmerwaldner an. So beweist der Lärm gegen *Le Pays* nicht etwa eine besonders kühne und unabhängige Haltung des jungen Unternehmens, sondern lediglich die Tollwut der ultra-chauvinistischen Presse.

Von ähnlichen Erscheinungen nenne ich noch *Le Bloc*, dem *Bonnet Rouge* in seinen Tendenzen nahestehend, mit ausgesprochen antiklerikaler Färbung, und erinnere an *L'Union des Métaux*, welches unregelmässig erscheint, aber reich dokumentiert ist und den Kampf der Syndikalisten gegen die „heilige Union" unterstützt. Der tapfere und rührige Sekretär der Fédération der Metallarbeiter Merrheim ist dessen Leiter. *La Vie Ouvrière* bringt zwanglos „Briefe an die Abonnenten", kleine Meisterwerke mit intimer Kenntnis internationaler Kulturerscheinungen. *Ce qu'il faut dire* ist eine streitbare Wochenschrift unter der Führung des Anarchisten Sebastien Faure, des Pamphletisten Genold und des Theoretikers Mauricius. Schliesslich sei noch des *Comité pour la reprise des relations internationales* gedacht, welches nach der Konferenz von Zimmerwald von Merrheim und Bourderon gegründet wurde und heute den konsequenten Internationalisten F. Loriot zum Sekretär hat, den Autor zahlloser Flugschriften und Broschüren. Es soll eine Art Bulletins veröffentlicht werden, in denen sich der Friedenswille der Völker rückhaltlos äussern wird.

Alles in allem: wenn die Imperialisten, die Kapitalisten, die Jusqu'auboutisten in Frankreich über eine gewaltige Presse verfügen, so fehlt es doch auch den Internationalisten, und den verschiedenen Gruppen der Pazifisten nicht an Organen. Hoffen wir, dass sie in ihrer Zahl und in ihrem innern Wert wachsen werden und beitragen, die Ideale der Gerechtigkeit, der Brüderlichkeit und des Weltfriedens zu verbreiten.

Ein Chinese über den Weltkrieg.

Von GEORG BRANDES, Kopenhagen.

Ein hochstehender und hochentwickelter Chinese, Ku-Hung-Ming, dessen Gedanken über den Weltkrieg, wie überhaupt das Verhältnis des Ostens zum Westen uns ein schwedischer Gelehrter, Harald Svanberg, zugänglich gemacht hat, verdient ungleich grössere Aufmerksamkeit, als die meisten der Schriftsteller, an denen sich das europäische Publikum sonst genügen lässt.

Ku-Hung-Ming stammt aus einem Lande, in dem man weder die europäische Geburtsaristokratie noch die amerikanische Geldaristokratie kennt, vielmehr jeder gemeine Mann sich zum Mandarin emporschwingen kann, wenn er die vorgeschriebenen Prüfungen besteht, wie auch kein Mandarin ausser auf Grund bestandener Prüfungen zu einer höheren Würde befördert wird. Gleichwohl muss Ku-Hung-Ming, von guter alter Familie stammend, als von weit älterem Adel erklärt werden, denn unsere Grafen und Barone. Geht doch sein Stammbaum auf die Kaiserfamilie zurück, die China von 1766—1122 vor unserer Zeitrechnung regierte, wie er auch, geistig ein echter Chinese, ein leidenschaftlicher Anhänger des Denkers ist, der seit 2500 Jahren auf das Geistesleben Chinas einen bestimmenden Einfluss geübt hat, Konfutse.

Dessen Lehren, die seinerzeit Voltaire begeisterten, wie vordem Leibniz, werden von Ku-Hung-Ming aufs lebhafteste verherrlicht. Dieser Mann, der, vormals Sekretär des Vizekönigs von Wuchang, bis zu der Zeit, wo China eine sogenannte Republik wurde, politischen Einfluss übte, besitzt nicht nur eine umfassende und tiefe morgenländische Bildung, er ist ausser mit den asiatischen Sprachen auch mit den unseren vertraut, schreibt Englisch, zitiert aus dem Französischen und Deutschen und spricht mit Vorliebe Latein. Er ist in Penang in Hinterindien geboren,

wurde aber von seinem Vater frühe nach Europa geschickt, wo er zwölf Jahre blieb. In Schottland zum Doktor promoviert, entwickelte er sich zu einem grossen Bewunderer des Schotten Carlyle, den er auch noch ab und zu einmal zu sehen bekam. Wie Carlyle, stellt er unter allen Europäern Goethe am höchsten. Nach einer Zwischenzeit von Jahrtausenden lebe, findet er, Geist und Weisheit des Konfutse unverfälscht in ihm wieder auf. Der Einfluss Carlyles lässt sich in manchen Punkten bei Ku-Hung-Ming verspüren.

So viel sich beurteilen lässt, ist Goethe imgrunde der einzige Deutsche, der auf Ku-Hung-Ming einen tiefen Eindruck gemacht hat; es sei denn, dass der in französischer Sprache schreibendeLeibniz ihn durch seinen regen Sinn für das Grosse und Bedeutsame in der chinesischen Zivilisation sympathisch berührte. Weit häufiger pflegt er Engländer und Amerikaner anzuführen, so mit Vorliebe Matthew Arnold, Tennyson und Emerson.

Wenn er von Europa spricht, interessiert er uns durch seine frische und uns nicht selten neu anmutende Auffassung. So vor allem in Hinblick auf den Ursprung des Krieges. So sonderbar es klingt, ist dieser nach Ku-Hung-Ming auf den Pöbelkultus der Engländer und den Machtkultus der Deutschen zurückzuführen. Der Pöbelkultus der Engländer habe sich geäussert, als Grossbritannien sich von seinen Handelsleuten und Industriellen hinreissen liess, den beiden kleinen südafrikanischen Burenrepubliken den Krieg zu erklären. Diese Nachgiebigkeit gegen die Instinkte des Pöbels verletzte dann das, nach der Meinung unseres Chinesen ungewöhnlich stark ausgesprochene Rechtsgefühl der Deutschen und rief so ihre Machtanbetung hervor, die bald in reinen Waffenkultus ausartete.

Ein so grosser Bewunderer der wertvollen Eigenschaften der Deutschen Ku-Hung-Ming im allgemeinen auch ist, behauptet er nichtsdestoweniger, ihre Machtanbetung müsste bei längerer Fortdauer den Untergang des Volkes herbeiführen. Diese äussere sich besonders in einem Laster, das in den Augen eines Chinesen fast schlimmer als jedes

andere ist, der Taktlosigkeit, die ohne Scheu die Gefühle der anderen verletze. Mit Rücksicht auf das Auftreten Chinas in jüngster Zeit ist es interessant, zu sehen, welches Beispiel er für diese ihn so abstossende Eigenschaft anführt. Er weist auf das Denkmal Kettelers hin, dessen Errichtung in der Hauptstrasse der Hauptstadt Chinas die deutsche Regierung erzwungen habe.

In dem durch europäische Übergriffe hervorgerufenen Boxeraufstand tötete ein Verrückter in Peking durch Zufall den vorbeikommenden Gesandten. So ungereimt es sei, eine Nation von 400 Millionen Menschen für die Untat solch eines Einzelnen verantwortlich zu machen, habe die deutsche Regierung nichtsdestoweniger als Genugtuung die für China demütigende Aufführung der Ketteler-Pforte gefordert. Das sei so viel, als ob die österreichische Regierung Italien zur Errichtung eines Denkmals der Kaiserin Elisabeth mitten auf dem Korso in Rom gezwungen hätte, weil ein verrückter Italiener mit einer Schusteraale die edle und unschuldige Kaiserin ermordete. Die Chinesen, die selbst ein höfliches Volk seien, verletzte die Ausserachtlassung der Höflichkeit im diplomatischen Verkehr stärker, als jedes andere Volk.

Der Chinese zeichnet sich nach Ansicht Ku-Hung-Mings seinem Wesen nach durch drei Grundeigentümlichkeiten aus; er ist tief, weitschauend und schlicht.

Das macht ihn den Völkern Europas und Amerikas schwer verständlich. Der Amerikaner ist in der Regel weitblickend und schlicht, doch nicht tief; der Engländer in der Regel tief und schlicht, doch nicht weitblickend; der Deutsche weitblickend und tief, aber nicht schlicht. Ku-Hung-Ming will es scheinen, als ob der Franzose den Chinesen unter allen noch am besten verstünde. Zwar fehle ihm die Tiefsinnigkeit des Deutschen, der umfassende Verstand des Amerikaners wie die einfache Denkweise der Engländer, doch besitze er Sensibilität, also Feingefühl, und ohne Feingefühl lasse Chinas uralte Zivilisation sich nicht begreifen, da der Chinese selbst feinfühlend ist wie kaum ein anderes Volk seit den Tagen des alten Hellas.

Durch dritthalbtausend Jahre hat China seine Kultur ohne Priester und ohne Soldaten ausgelebt.

Bis zum Ausbruch der Revolution, die Ku-Hung-Ming verabscheut und verurteilt, hat es in China mehr Freiheit als in irgend einem Lande der Welt gegeben: keine Geistlichkeit, keine Polizei, keine Gemeinde- und Einkommensteuer, mit andern Worten nichts von alledem, was in den europäischen Ländern den Leuten das Leben sauer mache.

Die Chinesen haben ein Sprichwort: „Aus gutem Eisen macht man keine Nägel, aus guten Menschen keine Soldaten." Wer auch nur flüchtig mit gebildeten Chinesen in Berührung gekommen ist, hat sich von ihrem Abscheu vor dem Kriege und ihrer Geringschätzung des Soldatenhandwerks überrascht gefühlt.

Mit Recht bemerkt Harald Svanberg, dass der gesellschaftliche Zustand, von dem Thomas More in seinem berühmten Buch „Utopia" aus der Zeit Heinrichs VIII. träumt, damals schon längst, ohne dass man in Europa davon wusste, in China verwirklicht war: ein Gemeinwesen ohne Adel und ohne Geistlichkeit, mit einer Gelehrtenaristokratie als oberste, regierende Klasse.

Ku-Hung-Ming führt mit Vorliebe einen Satz Goethes als Ausdruck für den chinesischen Geist an: Es gibt zwei friedliche Mächte in der Welt: Recht und Schicklichkeit.

Gerechtigkeit ist der eine Eckstein in Konfutses Religion; der zweite das, was die Chinesen *li* zu nennen pflegen, ein schwer zu übersetzendes Wort, das unser Autor gerne mit Takt wiedergibt, was sich mit dem Worte jedoch nicht deckt, da *li* ein verwickeltes und umständliches Höflichkeits-Zeremoniell bedeutet. In Herbert Spencers vortrefflichem Buch „*Ceremonial Government*" wird die ursprüngliche Bedeutung der Höflichkeit überhaupt erklärt, eine Bedeutung, die häufig auf nichts anderes als eine Form der primitiven Unterwerfung hinausläuft. In den Augen Konfutses, wie aller Moralisten hingegen hat jede Höflichkeitszeremonie einen tiefen moralischen Sinn, und Ku-Hung-Ming, dem späten Jünger des Konfutse, steht *li* (der Taktbegriff) an Rang und Wert

dem Rechtsbegriff nicht nach. So misst er denn auch die Schuld an dem Kriege bei aller Bewunderung für das Rechtsbewusstsein der Deutschen ihrem mangelnden Taktgefühl bei.

Indessen dürften die Gründe sowohl in Betreff ihrer selbst wie ihrer Gegner doch etwas tiefer liegen.

Ein echter Chinese kann nicht umhin, auf den Europäer mit Geringschätzung herabzusehen.

Dem Chinesen ist ein Europäer oder ein Amerikaner ein Mensch, der, um sich zügeln zu können, eines Priesters und eines Soldaten bedarf. Der Chinese zügelt sich ohne Priester und Soldaten. Die Lehre des Konfutse, die Religion der guten Mitbürgerschaft, hat sich dritthalbtausend Jahre lang imstande gezeigt, eine Bevölkerung, die grösser ist als die Europas, ohne Priester, Polizei und Militär im Zaume zu halten.

Unser kritischer Chinese stellt die Behauptung auf, dass die beiden Dinge, worauf man sich in Europa stützte, um die Ordnung in Staat und Gesellschaft zu erhalten, die Furcht vor Gott und die Furcht vor dem Gesetze seien. Die Furcht setzt die Anwendung von Gewalt voraus.

Da die Priesterschaft der katholischen Kirche, die das Volk dadurch in Schranken hielt, dass sie ihm Furcht vor Gott einprägte, gestürzt war, versuchte man die bürgerliche Ordnung durch die Furcht vor dem Gesetze aufrecht zu erhalten; doch um diese Furcht einzuflössen, bedurfte man einer anderen Klasse, noch kostspieligerer Müssiggänger, die man Polizei und Soldaten nannte. Nun im Weltkriege dämmert nach Ku-Hung-Mings Ansicht den Völkern Europas allmählich die Erkenntnis auf, dass die Erhaltung der grossen Soldatenmaschinerie noch teurer zu stehen komme, als die der ganzen geistlichen Maschinerie, ruinierend teuer! Und wie man in den Kämpfen der Reformation danach schmachtete, sich der Priester zu entledigen, so beginnt sich nun im Weltkriege die Sehnsucht zu regen, sich von den Soldaten zu befreien. Um die Ordnung aufrecht zu erhalten, muss man, wie der chinesische

Verfasser sich etwas naiv ausdrückt, entweder die Priester zurücknehmen, oder, da er glaubt, man wäre deren Herrschaft überdrüssig geworden, sich nach etwas Neuem, einer neuen Religion umsehen, die an Stelle der alten, seiner Auffassung nach in Europa unwiederruflich verloren gegangenen Gottesfurcht zu treten vermöchte. So bietet sich denn nichts anderes als Chinas uralte Weisheit, die Religion der guten Mitbürgerschaft dar — eine Humanität, die, auf dem Ehrgefühl gegründet, als Grundtugend das aufstellt, was der Engländer gentleness nennt und als Ideal für den Europäer den vollendeten Gentleman, wie er seit Jahrtausenden das Ideal für die Bewohner des grossen Reiches im Osten gewesen sei.

□□□

Frauen, die töten wollen.

In Russland haben sich Frauen gefunden, die den Männern gleich ins Feld ziehen, kämpfen und — töten wollen. Mütter wollen auf die Söhne anderer Mütter schiessen, junge Mädchen auf Väter, Bräute auf die Männer anderer Frauen. Es wird nicht lange währen, so wird sich auch aus deutschen Frauen eine Todeskompagnie bilden, wie sie ja schon längst die Waffen und die Munition bereiten helfen, mit welcher dann hüben und drüben Menschenleben vernichtet werden.

Die Nachricht ist ganz dazu angetan, einem die Freude an dem neuesten Fortschritt — dem Wahlrecht der Frau in England — zu vergällen.

Werden denn die Frauen niemals einsehen, dass ihr Tun müssig und armselig ist, solange sie sich dazu hergeben, mit ihren schwächeren Stimmen die männlichen Töne nachzuahmen, und dass sie nur dann eine wirkliche Bereicherung der Kultur bedeuten, wenn sie das spezifisch Weibliche, das lebenspendende und lebenerhaltende Princip vertreten? Und müssen es gerade Frauen aus jenem Lande sein, von dessen tiefer Innerlichkeit uns so oft die Erlösung für die europäische Menschheit versprochen wurde? Wie konnten sie sich so weit verwirren? *F. F.*

□□□

Demokratie und Solidarität.

Von Dr. HANS MÜLLER, Zürich.

Durch alle europäischen Völker geht heute ein starker Drang nach Demokratie, ein glühendes Verlangen, sich selbst zu regieren, ihre allgemeinen Angelegenheiten aus den Händen ihrer Monarchen und sonstigen Beherrscher zu nehmen und in ihre eigenen zu legen. Sie wollen samt und sonders künftig ihre Geschicke selbst bestimmen und nicht mehr gegen ihren Willen und ihre Interessen in vernichtende Kriege sich hineinführen lassen.

In allen Ländern ist heute diese demokratische Tendenz zu beobachten. In Russland hat sie bereits zum Sturz des Zarentums geführt, in England verlangt man schon im Unterhaus die Abschaffung der Dynastie, in Deutschland sieht sich der Kaiser genötigt, die Abschaffung des Dreiklassenwahlsystems in Preussen in nahe Aussicht zu stellen, in Ungarn stürzt der allmächtige Graf Tisza, weil er sich einer Demokratisierung des Wahlrechts glaubt entgegenstemmen zu können.

Mit elementarer Gewalt bricht das Verlangen nach grösseren Völkerrechten, nach stärkerem Einfluss der Massen auf die Regierungen in den Nationen hervor und zwingt Könige und Staatsmänner, ihm Rechnung zu tragen oder — abzudanken.

Es ist klar ersichtlich, dass diese Erscheinung eine Folge des Weltkrieges und der Untätigkeit der Regierungen ist, den Völkern endlich wieder die Segnungen des Friedens zu verschaffen. In diesem Krieg hat sich ihnen schlagend die Unzulänglichkeit der bisherigen Art, sich regieren zu lassen, gezeigt. Der Staat, der vor allem und in erster Linie den Zweck hat, den Völkern, die ihn bilden, Sicherheit gegen gewaltsame und massenhafte Zerstörung von Menschenleben und Kulturgütern zu gewähren, ist in seiner gegenwärtig bestehenden Form direkt die Veranlassung

gewesen, dass die Kulturmenschheit heute in Gefahr steht, in Mord und Brand zugrunde zu gehen.

Durch das unendliche und entsetzliche Leid, durch die seelischen Schmerzen und materiellen Entbehrungen, welche der Krieg über sämtliche am Krieg beteiligten Völker gebracht hat, ist die Volksseele aufs tiefste erschüttert worden und erkennt nun in der heutigen verzweifelten Lage, dass Staat und Gesellschaft, so wie sie heute sind, in Widerspruch mit ihrem Hauptzweck stehen. Alle Völker fragen sich: wie kommt es nur, dass Krieg ist, wir wollten doch keinen? Wir wollten uns in friedlicher Arbeit unsere Existenz ermöglichen und verbessern, aber nicht über unsere Nachbarn herfallen, sie vernichten und uns ihren Besitz aneignen. Wenn trotzdem dieser Krieg ausgebrochen ist, in dem wir einander auf Tod und Leben bekämpfen, so müssen in unserem Staats- und Gesellschaftsleben Kräfte am Werke gewesen sein, die uns gegen unseren Willen und unser Interesse in diesen Krieg gestürzt haben.

Je länger der Krieg dauert, desto weniger ist es möglich, den Völkern vorzureden, dies oder jenes Volk habe den Krieg gewollt und angefangen. Sie erkennen, dass kein Volk vernünftigerweise so barbarisch und rückständig ist, um sich einzubilden, es könne sich heute leichter durch Krieg vorwärts bringen als durch Werke der friedlichen Arbeit. Und einmal bei dieser Erkenntnis angelangt, geht es ihnen wie eine Erleuchtung auf, dass die Interessen aller, friedlicher Arbeit obliegenden Völker solidarisch sind, dass alle daher auch an der Aufrechterhaltung freundlicher Beziehungen untereinander aufs stärkste interessiert sind.

Wie furchtbar der Krieg auch gewütet haben mag, wie viele Menschen ihm zum Opfer gefallen sind und wie viele Werte er auch vernichtet hat, das Gute hat er im Gefolge gehabt, dass er in den Völkern den Gedanken der Solidarität aller, neu belebt und gestärkt hat.

Aus diesem Solidaritätsbewusstsein der Völker erhebt sich heute der Geist der Demokratie und verlangt das Recht auf Selbstbestimmung des Volks in seinem Staat, die Beseitigung aller Regierungsformen, die ermöglichen,

dass die Völker gegen ihren Willen und ihr Interesse in Kriege gestürzt werden können.

Hier sehen wir nun also ganz deutlich den inneren Zusammenhang von Solidarität und Demokratie. Mit Fug und Recht lässt sich der Satz aufstellen: ohne Solidaritätsbewusstsein keine Entwicklung zur Demokratie, zur Selbstregierung, zur Volksfreiheit. Die Erkenntnis der Menschen, dass ihre Interessen letzten Endes gleich und solidarisch sind, dass sie sich als für die Gemeinschaft arbeitende Glieder nur nützlich und förderlich sein können, ist der Eckstein aller demokratischen Gestaltung ihrer Organisationen in Staat und Gesellschaft.

Was folgt aus dieser Einsicht?

Dass es Aufgabe aller aufrichtigen Demokraten ist, sowohl der politischen als auch der sozialen, dem Volke die Solidarität seiner Interessen zu predigen und zum Bewusstsein zu bringen, ihm zu lehren, dass wenn es sich auf der Grundlage seines Arbeitsinteresses organisiert, seine Organisationen in Staat und Gesellschaft ganz von selbst die Formen freier und friedlicher Demokratien annehmen werden.

Die Demokratie muss, wenn sie echt sein und Bestand haben soll, auf dem Bewusstsein der Solidarität gegründet werden; letzteres aber lässt sich wieder nur auf der Grundlage des Arbeitsinteresses der Menschen entwickeln, hat ihre Eigenschaft als arbeitende Glieder des Gemeinwesens zur Voraussetzung. Wo eine Klasse des Volks die anderen wirtschaftlich ausbeutet und als Mittel zum Zweck ihrer nicht auf Arbeit gegründeten Existenz betrachtet, wo ein Volk andere in Abhängigkeit von sich hält, um sie mit Gewaltmitteln zu zwingen, sich in den Dienst seiner Sonderinteressen zu stellen, da kann sich kein Solidaritätsgefühl entwickeln und folglich auch keine Demokratie. Letztere — und damit auch der Völkerfriede — ist nur realisierbar, wenn die Menschen ihre wirtschaftlichen und politischen Organisationen auf dem Prinzip ihrer solidarischen Arbeitsinteressen aufbauen.

Das solidarische Arbeitsinteresse der Menschen ist daher das konstruktive Prinzip aller demokratischen Politik in Staat und Volkswirtschaft. Wer nicht davon ausgeht, wer auf ein anderes Prinzip abstellt, sei es nun der „Klassenkampf“ oder das Interesse des Kapitals an seiner möglichst gewinnbringenden Verwertung, sei es das „wohlerworbene Recht“ oder das angeblich monarchische Volksbewusstsein — wird notwendig in die Irre gehen und an der Aufgabe scheitern, das im Kriege sich entwickelte Solidaritätsbewusstsein der Völker im Aufbau einer neuen, den Frieden garantierenden, demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung zum geschichtlichen Niederschlage zu veranlassen.

□□□

Man soll dem Mammon nicht nur Schlimmes nachsagen: Er dient dazu den Zwecklosen einen Zweck und den Glücksunfähigen ein Glück vorzuspiegeln.

* * *

Es liegt im Interesse der Gemeinschaft, dass die Geldmenschen für den Gelderwerb nutzbar gemacht werden, aber auch, dass der Gelderwerb nicht ein Monopol der Geldmenschen bleibe.

Walter Eggenschwyler.

□□□

Poppers Lösung der sozialen Frage.

Das Ziel. — Die Berechnung des Güterbedarfs. — Die Berechnung der erforderlichen Arbeitsjahre.

I.
Das Ziel.

In den verschiedensten Staaten wird unter dem Zwange des Krieges ein Experiment durchgeführt, dessen blosse Anregung in den Jahren des Friedens als Wahnsinn zurückgewiesen worden wäre, nämlich die gleiche Verteilung der notwendigsten Nahrungsmittel durch Brotkarten usw. und die gleiche Arbeitspflicht Aller unter der Form der allgemeinen Zivildienstpflicht. Hier vollzieht die Geschichte einen Teil dessen, was Joseph Popper schon im Jahre 1878 als möglich und notwendig erklärt hat. Darum haben wir es zu wiederholten malen*) versucht, die Grundzüge seines Programms in Erinnerung zu rufen. Allerdings fehlt noch eines zur vollen Realisierung dieses Systems, welches vielleicht gerade in unserer Zeit, bei der bevorstehenden Erneuerung der ganzen Volkswirtschaft und bei der drückenden Not der Valutafrage besonders aktuell werden könnte.

Wir haben die Brotkarte, aber noch nicht das Brot. Dazwischen steht für die Gesamtheit die zweifelhafte Sicherung des Vorrates, für den Einzelnen die Notwendigkeit das Geld aufzubringen, um das Brot zu kaufen. Das System Popper aber will der Gesamtheit durch Enteignung der für den Notbedarf Aller arbeitenden Produktionsmittel die Verfügung über die nötigen Vorräte sichern, und den einzelnen durch Abschaffung des Geldes und staatliche Zuweisung des Notbedarfs in natura von jener Voraussetzung des Geldes dispensieren und ihm, wenn er einmal seine Arbeitsjahre abgedient hat, bis ans Ende seines Lebens Nahrung, Kleidung und Wohnung im nötigsten Ausmasse gewähren. Die Ausschaltung des Geldverkehrs soll sich jedoch nicht auf die freie Volkswirtschaft erstrecken, die daneben fortbesteht, um die entbehrlichen Güter zu erzeugen und die Mittel zur Befriedigung geistiger Bedürfnisse zur Verfügung zu stellen, wie etwa Bücher, Zeitschriften, Kunstwerke, Theater, Reisen usf. Da auf diesen Gebieten sich nicht, wie bei der Nahrung usw., ein für jedermann gültiges Minimum feststellen lässt, so soll der Anspruch auf das Existenzminimum

---

*) Vgl. besonders unsere Nummern vom 20. Dezember 1916 und vom 10. März 1917.

auch das Recht auf ein mässiges Geldeinkommen in sich schliessen, mittelst dessen man sich aus der freien Wirtschaft das Gewünschte verschaffen könnte, während die Geldmittel dazu vom Staate mittelst Abgaben der freien Wirtschaft eingehoben würden.

Durch die beiden genannten Forderungen — die Expropriation der Produktionsmittel und die Ausschaltung des Geldverkehrs — würde genau das Programm der Sozialdemokratie verwirklicht, allerdings nur für die Erzeugung der unentbehrlichen Güter. Diese Einschränkung mag dem orthodoxen Theoretiker des Sozialismus missfallen, doch würde andererseits der Fortbestand einer freien Volkswirtschaft für die Erzeugung entbehrlicher Güter die Bedenken vieler bürgerlichen Demokraten entwaffnen; und auch der buchstabengläubigste Pedant des Marxismus wird sich sagen müssen, dass mit der zwangweisen Minimumwirtschaft der grösste Teil des Weges zur gänzlichen Sozialisierung der Volkswirtschaft zurückgelegt wäre. Bemerkt sei noch, dass Popper die Enteignung tunlichst ohne andere Entschädigung als die Versorgung des bisherigen Eigentümers, natürlich mit gleicher Arbeitspflicht, vollziehen möchte, um die neue Volkswirtschaft nicht mit vermeidlichen Schulden zu belasten. Es ist nun klar, dass der Wert des ganzen Systems auf der Verlässlichkeit seiner Berechnungen beruht, die aber naturgemäss gerade wegen ihrer dankenswerten Ausführlichkeit wenig durchsichtig sind. Popper sagt jedem Bürger seines Zukunftsstaates: „Von deinem 18. bis zum Ende des 30. Jahres, wenn du ein Mann bist, oder von deinem 18. bis zum vollendeten 25. Jahre, wenn du eine Frau bist, sollst du mitarbeiten, damit alle genährt, gekleidet und behaust sind. Dann aber darfst du dich ausruhen bis ans Ende deiner Tage oder du kannst an dem freien Schaffen von entbehrlichen Gütern mitwirken, um ein genussreicheres Leben führen zu können oder du magst nach freier Wahl deine Persönlichkeit in Werken ausleben, die deiner Begabung und Neigung gemäss sind. Aber auf keinen Fall soll auch nur ein Mensch in meinem Sozialstaate Hunger leiden oder durch Furcht vor Hunger dem Verbrechen und der Prostitution zugetrieben werden." Die Verwirklichung eines solchen Systems wäre eine Kulturtat ersten Ranges, ja man möchte fast sagen, erst der Anfang einer humanen Kultur. Aber diese Verwirklichung ist nur möglich, wenn die Berechnungen, die zugrunde liegen, eine annähernd verlässliche Basis bilden und, allenfalls mit den sich herausstellenden Änderungsnotwendigkeiten, wirklich die Möglichkeit verbürgen, jedem Bürger nach Abdienen seiner Arbeitsjahre die versprochenen Leistungen zu gewähren.

Nun gestehe ich offen, dass ich zunächst mit bangem Zweifel an das Studium dieser Berechnungen herangetreten bin. Es scheint auf den ersten Blick höchst unwahrscheinlich, dass es möglich ist, mittelst der Arbeit von 8—13 Lebensjahren bei täglich 7½ Stunden eine hygienisch einwandfreie Versorgung der ganzen Bevölkerung mit Nahrung, Kleidung und Wohnung zu bewirken, während Popper selbst konstatiert, dass derzeit, bei täglich 10½stündiger Arbeit, an der trotz der vielen Müssiggänger immerhin die erdrückende Mehrzahl der Bevölkerung fast bis zum letzten Atemzuge mitfrondet, die Hälfte der Einwohner Deutschlands nicht genug verdient, um sich rationell ernähren zu können und, was Wohnung betrifft, die entsetzlichsten Zustände herrschen, so dass beispielsweise in Wien im Jahre 1900 die einzimmerigen Familienwohnungen 600,000 Menschen beherbergten, wovon 150,000 zu sechs und mehr Personen in einem Zimmer zusammengepfercht werden, häufig mit fremden Bettgehern beider Geschlechter vermengt. Alle diese Übelstände sollen mit einem Zauberschlag verschwinden, und dabei jeder Mensch in seinem Leben an Arbeitsmühe vielleicht nur ein Viertel dessen auf sich nehmen, was heute der erwerbstätige Mensch im Laufe seines Lebens zusammenarbeitet. Mit einem Viertel der Arbeit eine ungeheure Steigerung des Erfolges! Dies soll in der Hauptsache durch zwei Mittel bewirkt werden, nämlich durch die allgemeine Durchführung des rationellsten Grossbetriebes, mit Maschinen und Arbeitsteilung, und durch die ausnahmslose Heranziehung jeder Person zur Arbeit für den Notbedarf, also auch derjenigen Personen, welche heute für entbehrliche Güter oder für geistige Berufe oder auch gar nicht arbeiten. Zugegeben, dass diese Mittel eine starke Wirkung haben, so scheint es doch zweifelhaft, ob sie, mit der täglichen 7½stündigen Arbeit von 13 Jahren, eine Notlage beseitigen können, gegen welche bisher die 10½stündige Arbeit der meisten Menschen bis an ihr Lebensende sich als ohnmächtig erwiesen hat.

Es ist daher dringend notwendig, die Rechnungsgrundlagen geduldig durchzuprüfen, bevor man sich über das System ein Urteil erlaubt. Sie sind in dem 813 Seiten starken Buche enthalten, welches den Titel führt: „Die allgemeine Nährpflicht als Lösung der sozialen Frage" von Joseph Popper-Lynkeus (Karl Reissner, Dresden). Das Werk ist schon 1912 erschienen, also zwei Jahre vor Kriegsausbruch, und sein Wert wird dadurch nur erhöht. Denn schon damals hat der Verfasser, übrigens durchaus kein Kriegsschwärmer, vielmehr ein rechtzeitiger Warner vor den entsetzlichen Folgen der allgemeinen Kriegspflicht, scharf hervorgehoben, was die Gegenwart so

nachdrücklich bestätigt hat, dass nämlich der Notbedarf eines grossen Volkes ganz unabhängig vom Auslande gesichert werden müsse, damit auch bei Abschneidung der Zufuhren im Kriegsfalle das Existenzminimum der Nation nicht in Frage gestellt werde. Und wie im Grossen, so hat Popper auch im Einzelnen Einfälle aufzuweisen, welche der Krieg, unabhängig von ihm, in überraschender Weise realisiert hat. Als Beispiel sei angeführt, dass er, da nach seinem System die Baumwolle, als ausländisches Produkt, in der Volkskleidung zu vermeiden ist, um den Verbrauch an Wolle und an Boden für die Schafe nicht allzugross werden zu lassen, schon 1912 den Vorschlag gemacht hat, dass jeder Mensch bei Bezug neuer Kleider die abgetragenen abzuliefern hätte, damit aus ihnen Kunstwolle behufs Herstellung neuer Kleider erzeugt werden könne. Bekanntlich ist dieser Vorschlag im Laufe des Krieges in Deutschland verwirklicht worden.

II.

Die Berechnung des Güterbedarfs.

Wie gelangt nun Popper zu seinen Zahlen?

Vor allem gilt es den Güterbedarf zu berechnen, wohlgemerkt nur für das Existenzminimum der Bevölkerung. Zu diesem Zwecke stellt der Verfasser den hygienisch notwendigen Bedarf jedes einzelnen, im Durchschnitt von Männern, Frauen und Kindern, fest und multipliziert diese Einzelportion mit 70 Millionen als der Bevölkerungszahl des Deutschen Reiches, dessen Verhältnisse er beispielsweise zugrunde legt.

Was nun zunächst die Nahrung betrifft, so geht Popper von den Ansätzen bekannter Autoritäten, wie Voit-Pettenkofer, Rubner, König, Deutsches Reichsgesundheitsamt aus und legt dieselben oder reichlichere Ansätze zugrunde.

Es soll für jeden erwachsenen Arbeiter*) per Jahr und in Kilogramm gewährt werden:

Brot 167; Kartoffeln 167;

Fleisch 100 (bisher der Jahreskonsum der Wohlhabenden in Deutschland; durchschnittlicher Konsum des ganzen Volkes im Jahre 1900 nur 52);

Vollmilch 50 Liter (soll durch Magermilch reichlich ergänzt werden; bisheriger Verbrauch 150 Liter).

Käse 5, Butter 16, Salz 7,5;

Zucker 30 (Mittelzahl zwischen dem deutschen Konsum von 16 und dem englischen von 36).

Zu diesen Nahrungsmitteln sollen noch hinzukommen:

---

*) Solcher Portionen sind in der deutschen Volkswirtschaft nur 60 Millionen erforderlich, da Frauen und Kinder eingeschlossen, je sieben Einwohner sechs Vollportionen verbrauchen.

1. Die **Wohnung** im Ausmass von einem Zimmer und Vorzimmer für den einzelnen, zwei Zimmern, Kabinet, Vorzimmer und Küche für die Normalfamilie. Dazu Heizung und Beleuchtung.

Die Bodenfläche der ersten Wohnung ist auf 45 m², die der zweiten auf 100 m², die Höhe der Zimmer auf 3 ½ m veranschlagt.

2. Die nötige **Wäsche** und **Kleidung**.

Für jede erwachsene Person jährlich 2 Anzüge, alle 2 Jahre je 1 Sommer- u. Winterkleid, 2 ½ Paar Schuhe, 3 Hemden, Hosen, usw.

3. Ärztliche Pflege; auch die Bestattung ist unentgeltlich.

Alle diese Einzelheiten müssen natürlich irgendwie ziffernmässig angesetzt werden, um dann durch Multiplikation mit der Einwohnerzahl die Gütermenge bestimmen zu können, welche herzustellen die Aufgabe der Minimumarmee ist. Popper führt diese mühsame Arbeit z. B. bezüglich jedes einzelnen Bestandteils der Wohnung und Einrichtung mit ausserordentlicher Gründlichkeit durch.

III.

Die Berechnung der erforderlichen Arbeitsjahre.

Popper hat nun die Menge der für das Existenzminimum notwendigen Güter jeder Art festgestellt. Er wendet sich hierauf der Aufgabe zu, die Anzahl der Menschen zu bestimmen, welche zur Erzeugung dieser Güter in jedem einzelnen Berufe notwendig sind. Ihre Gesamtheit bildet die Nähr-Armee, besser die Minimum-Armee, da es sich ja nicht bloss um die Herstellung der Nahrung handelt. Als Gesamtsumme ergibt sich ihm in Millionen:

Männer: 7,2
Frauen: 4,6

Er sucht nun in den statistischen Tabellen des Deutschen Reiches über die Altersgliederung der Bevölkerung nach und findet, dass, wenn Männer und Frauen am Ende ihres 17. Lebensjahres in die Minimumarmee eingeteilt werden, von den Männern 13 Jahrgänge erforderlich sind, um die gewünschten 7 Mill. Arbeit zu erhalten, von den Frauen nur 8 Jahrgänge um $4^2/_3$ Mill. einstellen zu können. Somit ergibt sich für die Männer eine Arbeitspflicht vom Ende des 17. bis zum Ende des 30. Lebensjahres, für die Frauen eine Arbeitspflicht vom Ende des 17. bis zum Ende des 25. Lebensjahres. Wenn aber diese Jahrgänge für den nationalen Notbedarf arbeiten, so können alle andern Jahrgänge in dem gewünschten Ausmasse mit Nahrung, Kleidung und Wohnung versorgt werden, ohne dass sie selbst für ihren Notbedarf zu arbeiten brauchen.

So weit stimmt alles, unter einer Voraussetzung, nämlich, dass die Zahl der in jedem Produktionszweig notwendigen Arbeiter richtig berechnet ist. Als solche Zahlen gibt Popper die folgenden an:

Produktionszweig	Zahl der Beschäftigten in Mill.		
	Männlich	Weiblich	Summe
Nahrungsmittel	2,46	1,44	3,90
Wohnung und Einrichtung .	1,45	—	1,45
Kleidung und Wäsche . . .	0,21	1,87	2,08
Halbfabrikate, Werkzeuge .	0,65	—	0,65
Verkehr	0,19	—	0,19
Sanitätswesen	0,09	0,09	0,18
Summe .	5,05	3,40	8,45

Also rund 5 Millionen männliche, 3½ Millionen weibliche, im ganzen 8½ Millionen Arbeiter. Da aber diese Ziffern auf der Basis der bisherigen Arbeitszeit von durchschnittlich 10½ Stunden berechnet sind und Popper mit 7½ Stunden täglich auskommen will, so müssen diese Arbeiterzahlen mit $\frac{10,5}{7,5}$ multipliziert werden, welcher Bruch ausgerechnet 1,4 ergibt. Es sei noch bemerkt, dass die 7½stündige Arbeitszeit vorgeschlagen wird, damit die Achtstundenzeit in drei Schichten durchgeführt werden könne, wozu zwischen je zwei Schichten eine Pause von einer halben Stunde erforderlich ist. Multipliziert man nun die obigen Summen mit der Zahl 1,4, so erhält man

Definitive Zahlen der Arbeiterarmee in Millionen:

Männer:	7,2,
Frauen:	4,64,
Summe:	(rund) 12.

Das alles stimmt nun musterhaft. Unser Zweifel wird also zurückgedrängt bis zu jener Tabelle über die Zahl der in jedem Produktionszweige Beschäftigten. Hier aber wird er stellenweise allerdings sehr bedenklich. Der Verfasser setzt beispielsweise für die Nahrungsmittel etwa 4 Millionen Arbeiter an, wovon für die eigentliche landwirtschaftliche Produktion 3,3 Millionen und zwar 2,1 männlich und 1,2 weiblich. Während gegenwärtig nicht weniger als 8 Millionen im Hauptberufe in der deutschen Landwirtschaft beschäftigt sind. Er verlangt also nicht einmal die Hälfte der jetzigen Arbeiterzahl. Und damit will er das Nahrungsbedürfnis des deutschen Volkes ganz decken, während vor dem Kriege nach Lujo Brentano das deutsche Volk in jedem Jahre 52 Tage von fremdem Getreide lebte. Wie fängt Popper dies an? Seine erste Tat ist, dass er statt 32 Millionen Hektaren an Äckern und Wiesen nur 21

Millionen in den Anbau einbezieht, also ein Drittel der heutigen Anbaufläche unbebaut lässt, als Reserve für Weidewirtschaft und für den Nachwuchs der Bevölkerung. Die Erweiterung der Weidewirtschaft ist teilweise auch notwendig, weil an die Stelle der Baumwolle — nebst Flachs — Schafwolle treten soll, und dies Millionen von Hektaren für die Schafzucht erfordert. Aber gerade weil die Erwartung eines stark gesteigerten Ertrages bei Beschäftigung bloss der halben Zahl von Arbeitern und Anbau von nur zwei Dritteln der bisherigen Fläche dem einfachen Menschenverstand so schroff zu widersprechen scheint, so ist es um so sicherer, dass ein Schriftsteller von dem Scharfsinn Poppers, von seiner Gewissenhaftigkeit und von seiner ausgesprochenen Tendenz, Paradoxen zu vermeiden und auch die kühnsten Konzeptionen bis zu hausbackener Klarheit zu Ende zu denken, an diesem naheliegenden Einwand nicht achtlos vorübergegangen ist. In Wirklichkeit hat der österreichische Sozialphilosoph auf die Landwirtschaft dasselbe Rezept angewendet, welches bei den Kartellen und Trusts der Industrie so gerne geübt wird, dass man nämlich trachtet, die ungünstigeren Betriebe ganz stillzustellen und alle technischen Mittel der Vervollkommnung auf diejenigen Betriebe zu konzentrieren, in denen es sich am leichtesten und vorteilhaftesten arbeitet. Wenn Popper ein Drittel der Anbaufläche ausser Betrieb stellt, so will er dafür auf die übrigen zwei Drittel alle technischen Mittel des Fortschrittes häufen, also Maschinenbetrieb, Auswahl bester Saatstoffe und Viehrassen, Kunstdünger, Bewässerung usw. Wenn er ferner die Hälfte der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen ausscheidet, so will er dafür an die Stelle zahlloser rückständiger Kleinbetriebe, rationelle Kollektivbetriebe setzen, wobei als Einheit des Betriebes eine Fläche von 160 Hektaren Acker und 40 Hektaren Wiese vorgeschlagen wird, welche in vier Schläge abgeteilt werden soll und zwar so, dass der Wirtschaftshof in die Mitte käme. Es ist klar, dass schon diese rationelle Zusammenfassung, wenn sie durchführbar ist, gegenüber der historisch gegebenen Zersplitterung viel Arbeit ersparen würde. Eine noch grössere Bedeutung kommt diesbezüglich den Maschinen zu. Diese selbst sollen auf die höchste Leistungsfähigkeit mit geringster Inanspruchnahme menschlicher Arbeit gesteigert werden, indem die Elektrizität in grossartigstem Massstab Kraft zu liefern hätte. Auf je 10 Wirtschaftshöfe soll eine elektrische Zentrale kommen, welche alle landwirtschaftlichen Maschinen in Bewegung zu setzen hätte. Dank allen diesen Veranstaltungen soll auf den bessern Äckern statt des bisherigen Durchschnittsertrages der deutschen Landwirtschaft von rund 2000 kg per Hektare ein Durchschnittsertrag von 3000 kg erzielt werden.

In allen diesen Berechnungen stützt sich Poppers Buch auf die bekannte Schrift von Atlanticus: Ein Blick in den Zukunftsstaat, Produktion und Konsumtion im Sozialstaat (Dietz, Stuttgart, 1898), welche — 20 Jahre nach Poppers erster Anregung — ebenfalls ein Projekt zwangsweiser Produktion des Minimalbedarfes bietet, allerdings mit wesentlichen Abweichungen von Popper, z. B. mit Beibehaltung der Geldwirtschaft. Was für ungeheure Vorteile ihre Beseitigung, wenn sie möglich ist, bieten würde, zeigt am besten der jetzige Krieg mit den furchtbaren Valutaentwertung in den meisten kriegführender Ländern. Jedenfalls steht und fällt der landwirtschaftliche Teil des Popperschen Programms mit der Verlässlichkeit der Ziffern von Atlanticus, da Popper, wie er selbst hervorhebt, auf dem Gebiete der Landwirtschaft ein Laie ist. Um so wichtiger wäre es, dass hervorragende Agronomen sich der Arbeit unterziehen würden, die Verlässlichkeit jener Broschüre nachzuprüfen.

Für die Industrie kann Popper, der sich als Ingenieur viel mit Erfindungen zur Verbesserung von Maschinen abgegeben hat, schon mehr aus eigener Einsicht raten. Seine Ziffern bezüglich der industriellen Minimumarmee beruhen ebenfalls auf der Methode der Verallgemeinerung der günstigsten Betriebsformen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass Poppers Gedanken bald in Wirklichkeit umgesetzt werden dürften, schlägt er selbst sehr gering an; er rechnet mit einem Jahrhundert des allmählichen Durchdringens. Und so lange kann es wirklich dauern, bis beispielsweise die freie Bauernschaft Europas sich ihre Expropriation gefallen lassen wird. Unter solchen Umständen scheint es mir viel wichtiger, den Kern seines Systems und die Methoden seiner Berechnungen klarzustellen, als im einzelnen Kritik zu üben.

Am schwierigsten ist in diesem, wie in jedem Sozialstaat das Problem, wie man jeden Arbeiter und jede Arbeiterin zu so intensiver Arbeit bringen soll, zumal diese bei der kurzen Arbeitszeit besonders notwendig wäre. Man wird allerdings auf diesen Einwand antworten, dass, wenn man aus jedem Arbeiter einen tapfern Soldaten machen konnte, man auch aus jedem tapfern Soldaten mit derselben Disziplin wieder einen verlässlichen Arbeiter wird machen können. Aber wird man eine solche Vergewaltigung der Persönlichkeit, wie sie der Militärdienst erfordert, auch im Frieden jedem Menschen 8—13 Jahre lang auferlegen können? Wird man es wollen? Dies scheint mir, neben der Verlässlichkeit der Berechnungen, die Kernfrage der ganzen Diskussion über das Poppersche System. *S. F.*

□□□

Die Herabsetzung der „geistigen Lebenshaltung".

Von ODA OLBERG, Rom.

Krieg bedeutet Entbehrung auch für die Zuhausegebliebenen. In allen Ländern hat man, wenn auch in verschiedenem Masse, Verzicht leisten gelernt auf Langgewöhntes.

Aus diesem Rückschlag auf das materielle Leben der Zivilbevölkerung kann wohl, solange er gewisse Grenzen nicht überschreitet, eine seelische Bereicherung kommen. Sich ohne Murren in Schweres zu schicken, die Nadelstiche kleiner Mühsal gering zu achten, ziemt sicherlich einem tüchtigen Menschen mehr als die klägliche Abhängigkeit von Komfort und Treibhaushygiene, die vor dem Kriege in weiten Kreisen des Bürgertums eingerissen war. Auch ist es gut, am eignen Leibe zu erfahren, was in Friedenszeiten die tägliche Erfahrung der grossen Mehrzahl unserer Mitmenschen bildet: Not und Beschränkung. Jede Erfahrung vermehrt die Berührungspunkte, die wir mit andern Menschen haben.

Wenn es aber für dieses Herabdrücken der materiellen Lebenshaltung, bei aller Vergröberung des äussern und innern Menschen, die es mit der Zeit nach sich zieht, gewisse seelische Entschädigungen gibt, so gilt dasselbe nicht von einer andern Kriegsfolge, die man das Herabsetzen der geistigen Lebenshaltung nennen könnte.

Wir werden von Tag zu Tag anspruchsloser, nicht nur in bezug auf Speise, Heizung und Komfort. Wir bescheiden uns immer mehr in einem Zustand der intellektuellen Dumpfheit, Unorientiertheit und Steuerlosigkeit. Gleich dem Wilden, dem die in der Umwelt wirkenden Kräfte ein unheimliches Rätsel sind, kennen wir uns in der Gegenwart nicht mehr aus. Erfahrung und Schulweisheit haben uns im Stich gelassen.

Und all dies ist nicht über uns gekommen, wie ein gewaltiger Umschwung, wie ein Sturmwind, der das Alte wegfegt und freie Bahn schafft für das Neue. Es ist vielmehr immer dunkler und dunkler um uns und in uns geworden. Langsam haben wir uns an das spärliche Licht gewöhnt, das uns blieb, an ein geistiges Dämmerleben, in dem sich kaum noch das Band erkennen lässt, das das Gestern mit dem Heute verbindet.

Unsere Umgebung klafft in zwei Welten auseinander, die das Teilhaben an der lebendigen Erfahrung des Krieges oder das Ausgeschlossensein von ihr einander fremd macht. Jede Art von Erfahrung ist stets nur in beschränktem Masse übertragbar. Man muss ähnliches erlebt haben, um sich fremde Erfahrung seelisch anzueignen. Für unsere Generation ist aber der Krieg eine neue Erfahrung: unser ganzes Geistesleben, Sinn und Umfang der Worte, die Erinnerungswelt, aus der unsere Vorstellungsfähigkeit schöpft, sind nicht dazu angetan, uns das Erwerben mittelbaren Wissens über den Krieg zu erleichtern. Über den Krieg, wohl verstanden, nicht als strategisches Spiel sondern als menschliches Erleben.

Und während ein ungeheures Schicksal alles, was tüchtig und wertvoll ist in einem Lande, hinausschickt an die Grenzen, leben die Daheimgebliebenen ihr Leben weiter. Der Krieger, der von der Front zurückkehrt, kommt sich wie ein Fremdling vor: er versteht die Zuhausegebliebenen nicht, und sie verstehen ihn nicht. Der Krieg hat ein anderes Gesicht für Menschen, die ihn am eignen Leibe erfahren haben. Vielleicht spinnt heute die Gemeinsamkeit des Erlebens mehr Fäden zwischen den Kriegern von Hüben und Drüben, als sie zwischen den Kämpfenden und den Daheimgebliebenen jeder Nation bestehen. Es ist dieses gemeinsame Wissen um die Wirklichkeit der Dinge, das den während des Gefechtes Gefangenen vom Feinde aufnehmen lässt, wie einen Bruder. In einem Artikel des „Giornale d'Italia", in dem ein Journalist die Erlebnisse der italienischen Austauschgefangenen wiedergab, finden wir gerade diese uns paradox erscheinende

Tatsache, dass die Gefangenen die Güte und Ritterlichkeit hervorheben, die ihnen auf dem Kriegsschauplatz selbst entgegengebracht wurde, während sie über Härte und Mangel an Rücksicht in den Hospitälern im Innern des Landes klagen. Der Gefangene und wer ihn gefangen nimmt, haben zuviel Qual und Kraftaufwand gemein gehabt, als dass sie einander nicht Achtung und Mitgefühl entgegenbrächten. Anders im Innern des Landes, wo man nur ein Wortwissen von dem Kriege hat; da bringt sich die „gerechtfertigte Härte gegen den Feind" zur Geltung. Dass individuelle Veranlagung häufige Abweichungen von der Regel zeitigt, im Bösen wie im Guten, ist in diesem Zusammenhang belanglos.

Dieses Auseinanderklaffen der Zeitgenossen in solche, die den Krieg erfahren und in die andern, die nur über ihn reden, gehört zu den unvermeidlichen Kriegsfolgen. Man kann keinen Anschauungsunterricht der Kriegswirklichkeit für die Zuhausegebliebenen einrichten. Es liegt ausserdem in der Natur der Sache, dass die Gegenwart keine besondere Sympathie für seelische Konflikte aufbringen kann. Aber doch ist es eine Kriegsfolge, an die wir uns nicht anpassen dürfen, die uns immer als eine herbe Entbehrung bewusst bleiben sollte. Wir können und müssen unsere Ansprüche an Speise und Trank und Komfort herabsetzen lernen, aber nicht unser Bedürfnis nach intellektueller Reinlichkeit. Hier ist es wirklich menschenwürdiger, man empfindet diese geistige Unsauberkeit und Dumpfheit, in der wir leben, als Qual; menschenwürdiger, als dass man sich an sie gewöhnt und sich durch sie nicht mehr beeinträchtigt fühlt.

Diejenigen, die heute so fest in ihren geistigen Schuhen stehen, wie gestern, gehen uns nichts an: sie können noch nicht einmal unredlich sein. Um sich selbst und den eignen geistigen Forderungen untreu zu werden, muss man wenigstens ein eignes Selbst besitzen, und diese Leute sind damit nicht beschwert.

Aber die andern, die „sich allzuängstlich quälen" Sinn und Begriffe mit den Worten zu verbinden, wie

orientieren sie sich in der neuen Wirklichkeit? Wenn es ihnen nicht vergönnt ist, in rastloser Tätigkeit das Selbstvergessen zu finden,. das „höher ist als alle Vernunft“, dann ringen sie sich mühsam bis zum Bewusstsein ihrer völligen Unorientiertheit durch. Und da man mit diesem Bewusstsein nicht leben kann, verbergen sie es vor sich selbst wie eine Krankheit, und sinken langsam zur intellektuellen Unehrlichkeit herab, die falsche Münze ausgiebt.

Man sage mir nicht, dass der Krieg sich eben die Psychologie schafft, die ihm gemäss ist. Das mag — ich weiss es nicht — für die Seelenverfassung der Soldaten im Felde richtig sein oder für den dumpfen Fatalismus vieler Zuhausegebliebenen: der psychische Zustand derer, die aus den Angeln ihrer bisherigen Anschauungen gehoben sind, macht weder zum Tun noch zum Ertragen tüchtig.

Und doch besteht eine grosse Scheu, in dieses neue, uralte Chaos hineinzuleuchten, das wir doch auch, früher oder später, begrifflich bewältigen müssen. Wenn wir nicht auf das geistige Niveau des Höhlenmenschen zurück wollen oder eine mystische Klärung erwarten, werden wir doch das Problem zu Ende denken müssen, wie die Summe der im Einzelwesen bewusst werdenden Willen etwas anderes sein kann als der sich als Tat äussernde Kollektivwille, wie es zugeht, dass die Masse der Individuen freiwillig tut, was keines der einzelnen Individuen bewusst wollte. Wir werden es auf eine dem menschlichen Gehirne assimilierbare Formel bringen müssen, in welchem ursächlichen und zeitlichen Verhältnis der bewusste Wille zur Menschheitsgeschichte steht. Wir werden in das Unterbewusstsein hineinleuchten müssen, in dem vielleicht das Wissen um die Notwendigkeit des animalischen Kampfes auf Leben und Tod fortlebt.

Und auch an praktischen, an Wertproblemen, die der Krieg aufwirft, werden wir uns nicht vorbeidrücken können. Siegt heute, wo der Sieg das Ergebnis einer ungeheuren Zahl von Bedingungen ist, eine Nation über die andere auf Grund von Eigenschaften, die die Gewähr und Ver-

heissung höherer Menschheitsentwicklung einschliessen? Mit andern Worten: ist das, was uns als höchster Menschheitstypus mehr oder weniger deutlich vorschwebt, im Sinne der heutigen Kriegstechnik als gut zur kollektiven Selbstbehauptung ausgestattet anzusehen? Und weiter die sorgenschwere Frage, auf die uns die Zukunft die Antwort nicht schuldig bleibt: Beraubt der Kraftaufwand der Selbstbehauptung so, wie ihn der heutige Krieg aufzwingt, eine Nation etwa in so hohem Masse ihrer weitvollsten Elemente, dass die nationalen Eigenschaften als Wirklichkeit sterben, indem sie sich als Idee behaupten?

Auch über unsere eigne Stellung zu gewissen moralischen Werten, die im Kriege in den Vordergrund rücken, müssen wir uns auseinandersetzen. Worauf gründet sich die unbedingte, kategorische Anerkennung der Pflicht? Warum widert einen die Logik der Klugen an, die da sagen: „Ich bin gegen den Krieg, ich finde Mittel und Wege zuhause zu bleiben?" Ist es lediglich der ästhetische Ekel vor der Feigheit, die die eigne Haut in Sicherheit bringt? Oder ist es das verletzte Billigkeitsgefühl, weil für den, der sich drückt, ein anderer eintreten muss? Es ist schwer, diese Ablehnung der „Klugheit" mit unserer übrigen Lebenspraxis zu vereinigen, die doch den Wert eines gesunden tüchtigen Lebens nicht gering anschlägt. Welch innerer Zwang nötigt uns, auch die Möglichkeiten abzuweisen, für die uns am nächsten Stehenden (selbst ohne deren Wissen, also ohne moralische Beeinträchtigung für sie) einen minder gefährdeten Posten zu suchen? Steht vielleicht die Fürsorge höher, die diesem innern Zwang nicht unterliegt? Kann das „Vivere non est necesse" zur Lebensregel werden, können wir in diesem Zeichen unsere Kinder erziehen, ohne im Absurden zu scheitern? Wie ist es in Einklang zu bringen mit der Sorge um die Zukunft unserer Rasse, wenn wir bewusst die Tendenz unterstützen und preisen, die gerade die wertvollsten Leben sich am freudigsten zum Opfer bringen lässt? Oder, mit andern Worten: soll die Tatsache eines langwährenden, in nie gekanntem Masse Leben und Gesundheit vernichtenden Krieges uns etwa

zur Revision der Werturteile bringen, die den Heroismus höher stellen als Klugheit und Vorsicht, namentlich angesichts des Umstandes, dass gerade die körperlich und seelisch am höchsten stehenden Menschen sich diese Werturteile zur Richtschnur nehmen? Selbst, wenn wir annehmen, dass die praktischen Folgen dieser Revision für die strategische Leistungsfähigkeit des Heeres ausgeglichen werden könnten durch strenge Disziplin, bliebe doch immer dem einzelnen gegenüber, die unlösbar scheinende Aufgabe, eine absolute sittliche Forderung den Erwägungen ihrer Folgen unterzuordnen....

Ich bin weit davon entfernt, hier einen Katalog der Kriegsprobleme aufstellen zu wollen, bin mir auch bewusst, dass ein Teil dieser Probleme mit allgemeinen Menschheitsproblemen verwebt ist, auf deren Antwort der Heine'sche Narr wartet. Mir liegt nur daran, an etwas zu erinnern, was man desto mehr vergisst, je länger der Krieg dauert. Daran dass wir, die Zuhausegebliebenen, vom Kriege als Tatsache keine Vorstellung haben, und dass wir in bezug auf Idee und Wesen des Krieges im Dunkeln tappen. Fast alles, was über den Krieg geredet und geschrieben wird, stammt von Menschen, die ihn als Anschauung nicht kennen und keinerlei Kraftaufwand, ja, nicht einmal den Versuch gemacht haben, ihn als Idee ihrer bisherigen Ideenwelt einzuordnen. Wir wollen uns dieses geistigen Notstandes bewusst bleiben. Wir wollen uns auch nicht selbst belügen mit dem üblichen Worte von der „grossen Zeit". Denn an dieser Grösse haben wir nur durch das Gefühlsleben Anteil, dem sie manches gegeben und vieles genommen hat. Unserm Erkenntnisleben ist unsere Zeit unerreichbar und unfasslich: sie überschattet es mit ihrer Grösse. Es scheint mir besser — redlicher gegen uns selbst und fruchtbarer für die Zukunft — sich wenigstens darüber klar zu sein, dass man in Dämmer und Unklarheit lebt. Wir wollen uns gegen das Scheinwissen wehren. Besser als ein Surrogat für Erkenntnis ist der Hunger nach ihr.

□□□

Der Sturmlauf gegen die Neutralität.

Von Dr. ED. PLATZHOFF-LEJEUNE, Vaud.

In der Auffaſſung des politiſchen und ſittlichen Wertes der Neutralität hat ſich bei Kriegführenden – und Neutralen im Laufe der Jahre ein bemerkenswerter, recht unerfreulicher Umſchwung vollzogen.

Zu Anfang des Krieges war der Neutrale ein wohlgelittener und hochgeachteter Freund. Man verfuhr nach dem Grundſatz: „Wer nicht wider uns iſt, iſt für uns.“ Wenn auch nach dem bekannten Berliner Scherz „hier noch Kriegkerklärungen angenommen wurden,“ ſo war man doch herzlich froh, wenn die Neutralen von dieſer Aufforderung keinen Gebrauch machten. Der Neutrale galt als gute Rückendeckung ſeines Gebiets, als angenehmcr und nützlicher „dritter Ort“, an dem man mit Feinden und Neutralen verhandeln konnte; als Asyl für oppoſitionell gerichtete Geiſter, denen in der Heimat der Boden unter den Füßen zu heiß wurde; als Dorado für „internationale Familien“, die nach Herkunft den kriegführenden Staaten angehörten; als Tummelplatz für gute und ſchlechte Elemente aller Art, die unabhängig denken und in Freiheit leben wollten; endlich als Vorſorge für die Zukunft, die beim Friedensſchluss den Neutralen eine wichtige Rolle zuweiſen dürfte.

Mehr und mehr iſt aber die Freude an den Neutralen geſchwunden. Der Eintritt Italiens, Rumäniens und Amerikas in den Krieg hat bei den Kriegsparteien die Erwartung erweckt, daß nun alle Neutrale der Reihe nach dieſem Beiſpiel folgen ſollten. Ein Unterſchied zwiſchen der Neutralität als momentan opportuner Haltung eines Staates und als hiſtoriſches Prinzip und geiſtiger Lebensluſt eines andern wurde nicht mehr gemacht. Man dachte nicht mehr an den Frieden, nur noch an den gefährdeten Sieg. Die Neutralen ſchienen wichtiger, als letzte zur Niederdrückung des Gegners in die Entſcheidungsſchlacht geworfene Reſerve, denn als künftige. unentbehrliche Friedensvermittler. Solange beide Parteien noch an den völligen Sieg über den niedergeworfenen Gegner glauben oder doch dieſe Illuſion noch offiziell aufrecht erhalten, ſolange iſt der Neutrale ſchließlich nur als Kanonenfutter in elfter Stunde von Wert. Gewinnt aber der Gedanke an Boden, daß eine ſolche

Niederwerfung des Feindes weder wünſchbar, noch möglich iſt, daß vielmehr ein Ausgleich auf der Grundlage gegenſeitiger Kompromiſſe geſucht werden müſſe, ſo ſteigen ſofort die Aktien der Neutralen, deren Mitwirkung bei langwierigen Verhandlungen von größter Bedeutung ſein muß.

Aber der eigentliche Sturmlauf gegen die Neutralitätsgedanken kommt doch von einer andern Seite. Er ſtammt von *den Gegnern der geiſtigen Neutralität*. Ihre Stellungnahme iſt das eigentlich Neue in dieſem Weltkonflikt. In früheren Kriegen war es möglich und erlaubt, unparteiiſch zu bleiben, dieſem oder jenem den Sieg zu wünſchen und nach beiden Seiten gleich ſtarke Sympathien oder gleich ſtarke Antipathien zu haben. Über den Urſprung des Konflikts, über die Schuldfrage konnte man in guten Treuen verſchiedener Meinung ſein.

Heute will man uns glauben machen, das ſei abſolut unmöglich! Eine „mindeſtens" geiſtige Parteinahme ſei eine Ehrenpflicht. Geiſtige Neutralität ſei unmoraliſch – la neutralité morale est immorale, wie das mehr geiſtreiche als wahre Wortſpiel heißt – und unverſtändig. Mit einem überaus geſchickten Mannöver ſetzt man voraus, was zu beweiſen war; es iſt die klaſſiſche petitio principii der Alten. Die ganze Schuld fällt auf den Gegner. Er hat angefangen und wir verteidigen uns. Er iſt herrſüchtig und wir wollen die Freiheit. Er iſt grauſam und wir ſind human. Er iſt rückſtändig und wir fortſchrittlich. Er iſt gefährlich, wir ſind harmlos.

Natürlich iſt einem ſolchem Stand der Dinge gegenüber geiſtige Neutralität nicht mehr möglich. *Ist dieſe aber einmal aufgegeben, ſo iſt die Aufgabe der politiſchen Neutralität nur eine Frage der Zeit.* Es iſt einfach unverſtändig, in einem Kampfe nicht mitzumachen, der gegen einen ſo niedrigen Gegner geführt wird und um ſo hohe Ideale ringt. Ganz mit Recht heißt es z. B. in Frankreich, die Neutralen müßten ſich ihre Neutralität *verzeihen* laſſen: ſie müßten an Stelle ihres militäriſchen Eingreifens, das ſehr erwünſcht und im Grunde eine Anſtandspflicht ſei, doch wenigſtens etwas anderes zu leiſten. Eine erklärte Teilnahme am Konflikt, wenn auch in abgeſchwächter Form, wird unbedingt verlangt. So kommen wir zu dem mehrfach ausgeſprochenen Satze: *Neutralität* (geiſtige wie politiſche) *iſt nicht mehr möglich!* Dieſer Standpunkt iſt völlig konſequent.

Das heikle an der Sache iſt nur, daß dieſe Aufgabe der Neutralität

von beiden Seiten verlangt wird, und zwar mit den gleichen Argumenten! Dieser Umstand, der nicht ohne komischer Beigeschmack ist und an sich schon genügt, um die moralische wie politische Neutralität zu rechtfertigen, beunruhigt die Kriegführenden nicht im Geringsten. Die Antwort beider Parteien auf diesen Einwand der Neutralen ist genau die gleiche: die Behauptung des Gegners, für unser Ideal zu kämpfen, ist so ungeheuerlich, so perfid, so frech und naiv zugleich, daß kein Neutraler auf sie hereinfallen wird. Der gute Neutrale ist mit dieser Antwort in der Tasche so klug wie zuvor. Er gleicht dem Esel Burians zwischen zwei Heubündeln auch darum, daß er schließlich Hungers zu sterben droht, denn der Genuß eines jeden dieser Heubündel ist an für ihn unannehmbare Bedingungen geknüpft.

So wohl der Neutrale also begreift, daß man seine Neutralität nicht mehr versteht, so logisch ihm die Argumentation der Kriegführenden bei der Annahme gewisser Prämissen erscheinen muß, so deutlich er die Inkonsequenz einer Aufgabe derjenigen Neutralität empfindet, die nicht zur Aufgabe der politischen wird, so energisch wehrt er sich gegen diese Prämissen selbst. Hier, nicht in den Schlüssen liegt der Fehler. Was die großen Nachbarn für längst erwiesen halten, ist ihm mehr als zweifelhaft. Was jene gläubig annehmen, erscheint ihm als höchst bedenklich.

Der erste Grundsatz des Neutralen, der noch ein Recht auf seine Neutralität hat und ein anständiger Mensch zu sein glaubt, ist dieser: Ich spreche den streitenden Gegnern den guten Glauben zu. Die Behauptungen beider sind für mich gleich wahr und gleich falsch. Ich begegne einem Jeden mit dem gleichen Maße von Wohlwollen und Kritik. Gewiß erscheint politisch bald dieser, bald jener glaubwürdiger, dies kann an meiner prinzipiellen Haltung nichts ändern. Eine philologisch gewissenhafte Nachprüfung der Agenturnachrichten z. B. könnte uns vielleicht eines andern belehren, aber niemand hat sie bis jetzt mit derjenigen Gründlichkeit angestellt, die absoluten Glauben verdient. Wahrscheinlich ist auch, daß die Schuldfrage bei dem Einen ganz anders aussieht, als beim Andern. Das zu entscheiden ist jedoch gegenwärtig der ungeeignetste Zeitpunkt, denn einmal ist der Konflikt noch nicht abgeschlossen und die Tagesereignisse können jeden Tag das Schuldkonto des Einen oder Andern günstig oder ungünstig beeinflussen. Andrerseits ist die Vorgeschichte des Konflikts noch stark lückenhaft und kontrovers, ist die Harmonisierung der gegnerischen Auffassungen einstweilen

noch völlig unmöglich. Wozu also die Schuldfrage stets von neuem aufrollen, wenn die Ereignisse noch im Flusse und die Geister zu einer halbwegs fruchtbaren Diskussion noch völlig außer Stande sind? Die elementarste wissenschaftliche Vorsicht und Gewissenhaftigkeit gebietet hier halt; dergleichen sollte unter erzogenen und denkenden Menschen sich von selbst verstehn.

Die Hast, mit der man „bewiesene Tatsachen“ aneinanderreiht und es immer von neuem wagt, dem Neutralen die Lesart einer der streitenden Parteien als „Wahrheit“ aufzutischen, hat zugleich etwas rührend naives und etwas lästig aufdringliches. Die erste Höflichkeitspflicht den Neutralen gegenüber ist die, sie nicht nur militärisch und politisch, sondern auch geistig in Ruhe zu lassen. Das Liebeswerben und Bevormunden, das Bearbeiten mit Vorträgen und Flugschriften, die Zudringlichkeit, mit der man dem Neutralen ein unabhängiges, geistiges Urteil über Menschen und Dinge erschwert oder gar unmöglich macht, ist gelinde gesagt eine Geschmacklosigkeit und grober ausgedrückt eine Ungehörigkeit, die man von den gebildeten Vertretern jener Nationen nicht erwartet hatte. Man merkt die Absicht und ist verstimmt, und mit tötlicher Sicherheit erreichen die Werber das Gegenteil des erstrebten Zieles: sie wecken Antipathien statt Sympathien, Widerspruch statt Zustimmung. Traurig genug, daß man so elementare Wahrheiten immer wiederholen muß. Das Moralische, von dem F. Th. Vischer sprach, versteht sich leider nicht mehr „von selbst“!

Nur eine Elite der kriegführenden Völker wiederholt uns von Zeit zu Zeit eine Wahrheit, die wir gerne hören. Je unabhängiger die Neutralen geistig, wie politisch bleiben, je fester sie bei ihrer eigenen Ansicht verharren, desto nützlicher sind sie *allen* ihren Nachbarn. Es ist wahrhaftig wichtiger, den *Menschheitsgedanken* zu pflegen und die Zukunft vorzubereiten, als sich für das Evangelium einer Partei gewinnen zu lassen und eine kleine Armee in die Wagschale einer Gruppe zu werfen. Man wird es den Neutralen einmal danken, daß sie sich selbst treu und allen Lockungen, sowie dem Sirenenruf des eigenen Herzens gegenüber fest geblieben sind. Sie leisten damit nicht nur sich selbst, sondern vor allem den großen Nachbarn den größten Dienst. Die Stunde ist nicht ferne, wo diese Wahrheiten Gemeingut aller werden. Bis dahin gilt es, dem Sturmlauf auf die Neutralität mit aller Kraft zu widerstehen und ruhig Blut zu behalten. Man wird es den Neutralen danken; die Einsichtigen danken es ihnen heute schon.

Zeitschriftenschau.

Gegen H. St. Chamberlain. *Die Neue Rundschau* vom Mai 1917 enthält einen kraftvollen Protest Fr. W. Foersters gegen H. St. Chamberlain als Interpreten der westlichen Zivilisation. Niemand konnte in höherem Grade berufen sein, die Schranken dieser Persönlichkeit aufzuweisen als Foerster, der sich in diesem Sturme als besonders weitherzig und von nationaler Beschränktheit frei erweist. Er lässt seinem Gegner seine Vorzüge unbestritten: seine geistreichen Kombinationen, seine ausserordentliche Belesenheit, seine bestechende Darstellung. Aber trotz alledem bleibt Chamberlain, seinen Erkenntnisquellen nach, ein weltfremder Büchermensch, seiner Erkenntnistiefe nach ein blosser Schalenmensch, der nicht imstande ist, zum Kerne des Lebens vorzudringen, das er beschreiber will. Er ist seinem Wesen nach einseitig, eir Meister in der gefährlichen Kunst, aus richtigen Tatsachen tendenziöse Halbwahrheiten abzuleiten und diese zu einem falschen Ergebnis zusammenzufassen, zu dem er aber die Tatsachen erst gesucht und dann gruppiert hat. Chamberlain kann daher nicht durch Widerlegung bekämpft werden, sondern durch Ergänzung, durch Hervorhebung dessen, was er übersehen, verdunkelt, verschwiegen hat. Und er muss bekämpft werden, weil er in dieser schwersten Stunde der deutschen Geschichte der gefährlichste Versucher des deutschen Volkes ist, der, gerade durch sein teilweises Verständnis für die deutsche Volksseele, durch seine Einsicht in die Eigenart ihrer Freiheit aus der Kraft ihrer sittlichen Disziplin leicht auch den Schein weckt, als verstünde er ebenso das Wesen der angelsächsischen Freiheit und die Kehrseite dieser deutschen Zucht, die Unfreiheit durch zu viel Zuchtmeisterei, Autorität, Gängelei durch den Staatswillen. Da schafft nun Foerster volle Klarheit . „Der Kampf um die volle bürgerliche Freiheit ist das grosse Thema der englischen Geschichte; hier hat England für die ganze Menschheit Unvergleichliches geleistet, und diese Leistung ist weit germanischer, entspricht dem ältesten deutschen Geiste jedenfalls weit mehr als eine gewisse verschlossene und ängstliche Seite des preussischen Staatsgeistes." Hierauf wird der Pionierdienst Englands in der Kunst freier Kolonisation und seine Initiative auf sozialem Gebiete gewürdigt. Die kopflose Englandhetze, als deren Typus dieser merkwürdig verständnislose Halb-Engländer bekämpft wird, seine Ungerechtigkeit auch gegen die französische Revolution mit ihren in Deutschland nur zu leichtfertig abgetanen grossen Menschheitsworten der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, dient in Wirklichkeit nur dem Starrsinn der preussischen Reaktion, welche das deutsche Volk immer weiter von dem altgermanischen Ideal der gleichen Freiheit für alle abdrängen und dadurch die Kluft zwischen Deutschland und dem Westen in verhängnisvoller Weise erweitern möchte.

Die britische Arbeiterschaft im Kriege. Sidney Webb, das Haupt der Fabier und der geistige Leiter des *New Statesman*, veröffentlicht in der *Scientia* (vom 1. Juli 1917) einen sehr optimistischen Artikel über den Einfluss des Krieges auf die Lage der organisierten Arbeiterschaft. Entgegen den allgemeinen Erwartungen, und anders als in allen früheren Kriegen, hat sich der Lebensfuss der ganzen Familie geradezu gehoben. Wenn auch die Steigerung der Lebensmittelpreise etwa 100% beträgt und die Lohnsteigerung nur 10—80%, so sind in dem einzelnen Haushalt mehr Arbeitskräfte eingestellt, es gibt keine Arbeitslosigkeit, alles kann verdienen helfen, selbst alte invalide Männer, junge Mädchen und Knaben. Die Wirkungen machen sich geltend. Die Armenunterstützungen werden — statt wie früher an fast eine Million — kaum mehr an 600,000 Bedürftige ausgeteilt, Strafhäuser können in Gefangenenlager umgewandelt werden, in den Elementarschulen ist nur ein Zehntel der früheren Kinderzahl auszuspeisen. Die Statistik weist kleine Zahlen für Krankheit, Irrsinn und Sterblichkeit auf, die Kindersterblichkeit war nie kleiner (91 Todesfälle auf 1000 Geburten).

Die Arbeiterschaft hat von Beginn des Krieges an die prophylaktische Methode gefordert und bei der Regierung durchgesetzt. Schon im August 1914 wurde auf dem Wege freiwilliger Subskription unter der Leitung der Behörden ein Fond gesammelt (über 6 Millionen Pfund Sterling), der dazu dienen sollte, Notstandsarbeiten ausführen zu lassen bei annähernd den früheren Löhnen jeder Arbeiterkategorie. Verfasser betrachtet diese Massregel als epochemachend. Die gefürchtete Arbeitslosigkeit machte sich nur vorübergehend bemerkbar und grosse Summen bleiben bereit für den Übergang zur Friedenswirtschaft.

Es wird berichtet, mit welcher Opferwilligkeit sich die Arbeiterschaft in den Dienst des Vaterlandes gestellt hat. Von den fünf Millionen Freiwilligen der ersten zwei Kriegsjahre waren etwa vier Fünftel Industriearbeiter und ein grosser Teil Gewerkschaftler. Die Trades Unions haben auf das Streikrecht der Arbeiter verzichtet und für Streitfälle das obligate Schiedsgericht angenommen. Wechsel des Arbeitsplatzes steht unter schwerer Strafe. Auch ihre alten Rechte bezüglich des Arbeitstages und der Art der Arbeit haben die Trades Unions aufgeben müssen. Dagegen ist ihre politische Stellung gestiegen. In allen Ausschüssen, Tribunalen, Komitees sind sie vertreten, sechs von ihnen sind Minister, einer ist Mitglied des höchsten, aus fünf Männern bestehenden Kriegsrats.

Webb verhehlt nicht, dass der wirkliche Einfluss diesen Zahlen nicht ganz entspricht, ja nach Ansicht einzelner eher abgenommen habe. Und natürlich hat die politische Freiheit schwere Einschränkungen erfahren. Drohende Anzeichen sprechen dafür, dass die Arbeitgeber nach dem Kriege grosse Syndikate und Trusts schaffen wollen, um die Löhne niedrig zu halten. Die britische Arbeiterbewegung wird ihre ganze Kraft erst zeigen

müssen, wenn die Millionenheere der Kämpfenden zurückkommen und die für die Kriegsindustrie Arbeitenden zum grössten Teile überflüssig werden.

Sozialdemokratie und Revolution. „Unser Gefühl trügt uns nicht, und das sagt uns, dass der Krieg die Verneinung des Sozialismus ist, dass ein Zustand, in dem die Menschen von dem Trieb besessen sind, einander zu töten, das absolute Gegenteil des sozialistischen Ideals ist, das für die Beziehungen der Menschen und Völker das Gesetz der Brüderlichkeit verkündet." In diesem Sinne habe die russische Revolution den Sozialismus gerettet. Nicht aus der Gunst der Situation ist die russische Revolution zu erklären, die Stunde, wo die Kraft des Volkes in den Schützengräben versammelt war und der Despot Millionen von Soldaten zu seinem Schutze rufen konnte, sei gar nicht so günstig gewesen. „Das Grosse der Revolution ist vielmehr, dass sie geboren ward aus dem Entschluss, lieber zu sterben als die Freiheit zu entbehren." Fr. Austerlitz im *Kampf* vom April 1917.)

Die russische Revolution als Befreierin. Eine ergreifende Schilderung der ersten Tage des März in schlichten Privatbriefen von einer Tolstoianerin. Die Gefängnisse öffnen sich für die „Politischen" und die als „Kriminalverbrecher" registrierten Anhänger Tolstois. Heraus schwankt eine halb zerbrochene Menschheit. Da ist — wie eine Gestalt aus Dostojewski — ein junger Mann, Koshanow. „Ein merkwürdiger, sehr schlichter Mensch, der kaum lesen und schreiben kann, aber ungewöhnlich klug, lebhaft, unsatirisch-witzig, frohmütig und in allen Lebenslagen sorglos ist, sogar seine Richter und Wächter hat er zum Lächeln gebracht. Er hatte in Moskau irgendwo als Lakai gedient." Nun hat e i n Jahr Gefängnis ihn vollkommen zerrüttet. Er kehrt als Sterbender in die Welt zurück und doch — „der Ärmste hängt so sehr am Leben."

Hilfreiche Hände von allen Seiten. Die Befreiten werden gekleidet, gespeist, gepflegt, untergebracht. Sanatorien nehmen sie unentgeltlich auf.

Man steht wie vor einem Wunder. Vorher die längste Zeit so gut wie keine Nachrichten aus dem Ausland, eine furchtbare Teuerung, der Druck eines „Gerichtshofes" aus der Zeit vor den Reformen, der härteste Strafen austeilt, dass gegen diese Richter gehalten, „sogar Staatsanwälte der Kreismilitärgerichte als sanfte Lämmer und ritterliche Ehrenmänner gelten können." Und nun auf einmal die kaum fassbare Freiheit! Seit dem 1. März ist genug Brot vorhanden; „selbst Weissbrot kann man genügend erhalten". Und alles fast ohne Blutvergiessen erreicht.

Mit dem dringenden Wunsch, dass eine Verständigung mit den Sozialdemokraten der feindlichen Länder gelingen möge, schliessen die Briefe am 23. März europäischen Datums.

(*Zeit-Echo*, Benteli, Bümpliz-Bern, Juniheft 1917.)

Friedrich Adler und die Partei. Einen wertvollen Beitrag für das Verständnis der tragischen Situation, aus der Adlers Tat hervorgewachsen ist, bietet Friedr. Austerlitz in der letzten Nummer der Wiener sozialdemokratischen Monatsschrift „*Der Kampf*". Der Schriftleiter der „Arbeiterzeitung" betrachtet die Persönlichkeit des Täters von der Warte der Partei aus, die von Adler so heiss geliebt und so streng verurteilt wurde. Und Austerlitz übt die Methode seines kühnen Kampfgenossen, indem er den ganzen Streit über alles Persönliche hinaushebt. Ihm ist die Tragödie Adlers eine Episode in dem weltweiten tragischen Konflikt innerhalb der Sozialdemokratie, für den er wieder die letzte Wurzel als Marxist in der ökonomischen Sachlage sucht. Die Sozialdemokratie ist bereits zu gross geworden, um bloss aus ihrer Klassen-Ideologie als Partei des Klassenkampfes heraus handeln zu können; als solche steht sie im Gegensatz zu den herrschenden Klassen ihres Landes und ihre Heimat ist die Internationale aller Proletariate. Aber sie ist bereits selbst ein so beträchtlicher Teil der eigenen Nation geworden, dass sie, mit den anderen Teilen zusammen, die nationale Heimat verteidigen muss. Sie hat allerdings Fehler begangen, vor und nach Kriegsausbruch; vorher hat sie, wie übrigens alle Welt, durch Blindheit gegenüber der unmittelbaren Kriegsgefahr einen kostbaren Monat verloren, während dessen der Krieg vielleicht noch hintertrieben werden konnte; nachher hat sie aus lauter Begeisterung für die Landesverteidigung nicht selten jede Distanz zum Kriege verloren und in Burgfrieden und Durchhalten Ersatz für die Ideologie des Klassenkampfes gefunden. In diese Versumpfung tritt nun ein Friedrich Adler hinein, mit seiner politischen Keuschheit und mit seiner bedingungslosen Wahrheitsforderung jedem Opportunismus feind, und kraft seiner Begeisterung für die Internationale geneigt, auch in der berechtigten Landesverteidigung ein Herabsinken zu imperialistischem „Sozialpatriotismus" zu erblicken. Er hat unter diesem Opportunismus der Partei namenlos viel gelitten und ist ihr ein Erwecker und Mahner geworden, dessen Stimme sie nur zu bitter vermissen würde.

„demain", pages et documents (15, rue Merle-d'Aubigné, Genf), unter der Leitung des überzeugungstreuen Internationalisten Henri Guilbeaux, kann nun nach längerer Pause wieder erscheinen und wird von allen Freunden einer friedlichen Verständigung zwischen den Völkern freudig begrüsst werden. Die Juninummer steht unter dem Zeichen Romain Rollands, der selbst über die Neuorientierung der Schweizer Jugend berichtet. Nach wie vor ist die Dokumentation vorzüglich. Aus allen Ländern werden die freien Stimmen weitergetragen, ob sie sich nun auf politischem und sozialem Gebiet oder in Büchern geltend machen. Unsere Leser haben übrigens Gelegenheit, sich von der ausgezeichneten Sachkenntnis Henri Guilbeaux in einem Artikel über die französische Literatur und Presse in diesem Blatt selbst zu überzeugen.

La Nation. Unter diesem Titel erscheint seit kurzem in Genf eine Wochenschrift, welche der Wiederherstellung der internationalen Beziehungen und einer Annäherung sowohl der welschen und der deutschen Schweiz als auch der Neutralen und Kriegführenden dienen will. Gegründet ist das Blatt von jungen Vertretern des Genfer Geisteslebens. Die Herausgeber bemühen sich, bei aller Verteidigung der kantonalen Selbständigkeit die aus dem Volke hervorgegangenen eidgenössischen Behörden gegen ungerechte Angriffe zu verteidigen. Begreiflich daher, dass der Bundespräsident Schulthess neulich in einem Interview dieses Unternehmen mit lebhafter Freude begrüsst hat. Von der Überzeugung Eugène Ramberts ausgehend, dass der romanische und der germanische Geist einander ergänzen und gemeinsam am besten an der Verwirklichung der europäischen Kultur arbeiten können, will *La Nation* besonders die Bestrebungen einer deutsch-französischen Annäherung in der kräftigsten Weise unterstützen und dadurch eine der schönsten Traditionen Genfs weiterführen.

Tolstoi in „Les tablettes". Die junge und mutige Genfer Zeitschrift „les tablettes" hat ihre neunte Nummer zu einem Gedenkblatt für Tolstoi gestaltet. Frans Masereel, dessen ausgezeichnete Holzschnitte den letzten Gedichtband Verhaerens so eindrucksvoll bereichern, hat das Titelblatt gemacht. Paul Birukoff, Tolstois Biograph, schreibt über Tolstoi als Vorläufer der russischen Revolution. Romain Rolland über Tolstoi als Träger des freien Denkens. Es folger Beiträge, die Tolstoi als den grossen Verneiner und doch den grossen Bejaher, vor allem als den mutigen Bekenner und Priester der Menschenliebe zeigen. Das Heft enthält auch eine reiche Auswahl aus Tolstois eigenen Schriften. Bekenntnisse und Äusserungen mit Bezug auf Gesellschaft, Krieg, Staat, Vaterland, Militarismus, Revolution und Christentum. Die kühne Klarheit des künstlerischen Denkers tritt aus jeder Zeile und wirkt in dieser engen Aneinanderreihung mit überwältigender Kraft. Jouve, der die Zusammenstellung getroffen hat, spricht über Tolstoi, wie er in uns lebt. Und weitere Beiträge runden das Heft zu einer reichen Kundgebung für den Geisteshelden von Jasnaia Poliana. Eine Ehrung Tolstois, eine Ehre für das sympatische Blatt, das für sein Gedenken sich einsetzt.

Common Sense, die von F. W. Hirst nach seiner Verdrängung von der Leitung des „Economist" gegründete Wochenschrift, verbreitet wirklich gesunden Menschenverstand in Dingen der auswärtigen Politik.

So lässt der Herausgeber in seiner Mai-Nummer Sidney Whitman, den Verfasser des *Realm of the Habsburgs* (Tauchnitz Ed.) auf Grund eines halben Jahrhunderts persönlicher Erfahrung von österreichischem Leben erklären, dass er den von vielen englischen Blättern leidenschaftlich geforderten Zusammenbruch Österreichs weder für wünschenswert noch für wahrscheinlich halte. Den Slaven mangle es an geographischem Zusammenhang,

an begeisternden Führern, an politischer Erfahrung. Die Berichte über Hungersnot in Österreich müssen sehr übertrieben sein, da Österreich-Ungarn einige der fruchtbarsten Gebiete der Welt besitze und überdies in der Kunst, die vorhandenen Nahrungsstoffe zur Geltung zu bringen, unerreicht sei. „Nirgends in der Welt wird die Küche mit grösserer Meisterschaft bereitet; die österreichische Köchin versteht es, aus jedem Bruchteil der Nahrung, der durch ihre Hände geht, das Beste zu machen. Unsere eigene Unfähigkeit im Vergleiche hiezu ist geradezu — shocking."

In einigen Juninummern wird ein Vorschlag zum Ausgleichsfrieden erörtert. Dieser geht von George Young aus, einem Diplomaten von weltumfassender Erfahrung und Bildung, dem Verfasser des Buches über den Nationalismus im nahen Osten, dessen demokratische Leitgedanken wir ausführlich besprochen haben. Der Grundzug seines Friedensvorschlages ist demokratischer Internationalismus. Gleichzeitig mit der Diplomaten-Konferenz für den Frieden soll ein Völkerparlament tagen, mit je einem Vertreter für jede Million Einwohner, welches das Recht hätte, Plebiszite über jede von den Diplomaten beantragte Änderung zu fordern. Young würde den nahen Orient in Interessensphären der Grossmächte einteilen, wo dieselben einen ökonomischen Einfluss ohne politische Herrschaft erhalten sollen.

Zur internationalen Verständigung. Die *Eiche* hat ihr erstes Vierteljahrsheft der Aufgabe gewidmet, durch Reden und Briefe deutscher und englischer Offiziere, Staatsmänner und Schriftsteller Vorbilder beiderseitigen Strebens nach gerechter Würdigung auch des Gegners zu bieten. Ähnlich versucht sie im zweiten Hefte für den Seelenzustand des französischen Protestantismus ein inneres Verstehen zu ermöglichen, wobei freilich die Redaktion der *Eiche* mit schmerzlichem Bedauern zugeben muss, dass bisher auch die freundlichsten Äusserungen deutscher Christen auf der Gegenseite kein Verständnis zu erzielen vermochten. Auch ein so freier Kopf wie Wilfred Monod, der selbst hervorhebt, dass er vor dem Kriege „Pazifist, Sozialist und Christ war, d. h. dreifach international", und dass er überdies, als Vater eines neunzehnjährigen Mitkämpfers, am Frieden auch ein gewaltiges persönliches Interesse hätte, will von einem Friedensschluss vor exemplarischer Züchtigung der Deutschen nichts wissen, ja selbst vorher mit keinem deutschen Christen zusammenkommen. Das Christentum lehrt ihn, dass der Krieg ein Übel sei, aber die Straflosigkeit des Verbrechers sei ein noch grösseres. Dass das Verbrechen auf Seite der Deutschen sei, ist dem Franzosen selbstverständlich; aber wie starke Worte findet der glänzende Kanzelredner gegen die Selbstgerechtigkeit — der Pharisäer! Noch bequemer macht sich's der Katholik J. de Narfon. Getreu den Lehren des Evangeliums will er seine Feinde lieben, aber indem er sie züchtigt!

□□□

Die internationale sozialistische Friedenskonferenz in Stockholm.

Von NINA BANG, Kopenhagen.*)

Am 11. Juli haben die Delegierten des Kongresses aller Arbeiter- und Soldatenräte in Russland und das holländisch-skandinavische Komitee die Einladung für den 15. August zu der internationalen sozialistischen Friedenskonferenz in Stockholm in die Welt geschickt, und damit ist eine lange und geduldige Arbeit zu einem vorläufigen guten Ende gebracht.

Wie es bekannt ist, hatte das holländisch-skandinavische Komitee in Stockholm ab Mitte Mai Separatkonferenzen mit verschiedenen Parteien abgehalten, mit den Parteien der Zentralmächte, mit Delegierten von Amerika, mit einzelnen Vertretern der Westmächte und anderen.

Von allem Anfang an war der Anschluss der Entente-Sozialisten an die Konferenz die grosse Frage. Es traf sich glücklich, dass eben zu der Zeit, wo das Komitee seine Arbeit begann, viele Entente-Sozialisten auf ihrer Reise nach und von Petrograd in Stockholm abstiegen: Thomas, Vandervelde, Henderson, de Brouckère, de Man, Cachin, Moutet, O'Grady, Thorne und andere, dazu viele heimkehrende Russen. Dies gab Gelegenheit zu Gesprächen, die nirgends sonst abgehalten werden konnten, und es kann mit Sicherheit gesagt werden, dass die Gespräche der Komiteemitglieder mit diesen Genossen einen bestimmenden Einfluss geübt haben. Namentlich lässt sich sicher aus den Gesprächen mit Cachin und Moutet, O'Grady und Thorne der Beschluss der Teilnahme an der Stockholmer Konferenz ableiten, der in Frankreich bei der Sitzung des Nationalrats am 28. Mai in England kurz nachher gefasst wurde.

Aber nach diesem glücklichen Anfang kam eine lange

*) Die bekannte Mitarbeiterin des „Sozialdemokraten" gehört zu den aktivsten Teilnehmern des Stockholmer Kongresses. *D. R.*

Zeit der Ungewissheit. Ausser den öffentlichen Mitteilungen vom Anschluss erhielt man aus Frankreich und England keine Nachrichten von den Parteien, und bald kamen die Passverweigerungen sowohl von Frankreich als von England. Als dann die englische Passverweigerung teilweise aufgehoben wurde, kam die merkwürdige „Passverweigerung“ der englischen Seeleute gegen die englische Minderheit. Peinlicher noch als alles dieses wirkte die Tatsache, dass die Parteien keinen Protest dagegen erhoben, und dass sie selber den Beschluss fassten, die Reise zu verschieben. Ausserdem zeigte der sogenannte Ministerbrief, ein Brief, der am 3. Juni von Thomas, Vandervelde und de Brouckère an den Arbeiter- und Soldatenrat in Petrograd gerichtet wurde, dass die Tendenz der Politik war, eine Konferenz zusammenzurufen mit Ausschluss der Parteien der Zentralmächte, wenn diese nicht im voraus sich feierlich von ihren Regierungen lösten.

Diese Tendenz wurde von anderen gekreuzt.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Petrograd wies entschieden diesen Gedanken zurück, indem er den bedingungslosen Zutritt zur Konferenz forderte — erst die Konferenz sollte die Bedingungen schaffen, die zu erfüllen den verschiedenen Parteien als gemeinsame und zeitgemässe Pflicht auferlegt werden sollte. Das waren Prinzipien, welchen das Komitee sich vollständig anschliessen konnte. Die Verwirklichung der Konferenz war jedoch davon abhängig, dass die Parteien auch wirklich in Stockholm eintrafen. Verschiedene Anfragen an Russland ergaben aber nur die Antwort, dass die russischen Delegierten „bald“ eintreffen würden; doch verging Tag um Tag, ohne die Russen zu bringen.

Das war indessen alles nicht zufällig, sondern sehr wohl begründet. Die Revolution legte in ihrem Anfang Beschlag auf alle guten sozialistischen Kräfte, und ausserdem war der Arbeiter- und Soldatenrat nicht für einen einfachen Anschluss gestimmt.

Schon am 9. Mai hatte der Rat selbst die Initiative zu einer allgemeinen internationalen Konferenz ergriffen, am

4. Juni wurde die Einladung erneut und die Konferenz für den 28. Juni einberufen; kurz darauf mussten aber die Russen den Zeitpunkt ins ungewisse verschieben. Indessen war von Mitte bis Ende Juni der Kongress aller Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Russland in Petrograd versammelt. Hier war die internationale Konferenz auf die Tagesordnung gestellt, hier wurden dann die Delegierten nach Stockholm gewählt, und als die drei ersten, Rosanoff, Goldenberg und Smirnoff am 3. Juli in Stockholm eintrafen, kamen sie nicht nur als Vertreter des Petrograder Rates, sondern als Vertreter ganz Russlands.

Die Russen kamen aber, wie gesagt, nicht nach Stockholm, wie die anderen Delegierten, um Sonderkonferenzen mit dem holländisch-skandinavischen Komitee abzuhalten; sie kamen, um selbst eine Einladung ergehen zu lassen. Wenn sie diese eigene Initiative aufrechthielten, war auch dieses in den Verhältnissen sehr wohl begründet.

Das holländisch-skandinavische Komitee repräsentiert die neutralen Parteien innerhalb der alten Internationale. Während des Krieges hatte sich indessen eine neue Internationale gebildet, die aus der Berner Kommission hervorgegangenen „Zimmerwaldner“, und an diese waren die russischen Parteien angegliedert. Die Berner Kommission, ursprünglich gedacht als eine Organisation für die internationalen Bestrebungen des Proletariats, solange das Bureau in Brüssel nicht funktionieren konnte, hatte sich zu einer Kampforganisation gegen die alten Parteien herausgebildet, gegen die „Sozialpatrioten“. Diese Berner Kommission hatte auch ihre Gesinnungsgenossen zu einer allgemeinen Friedenskonferenz in Stockholm einberufen. Die Russen standen also zwei Initiativen gegenüber, die jede für sich einen grossen Teil des Proletariats sammeln konnte und mit der einen hatten sie eine besondere Anknüpfung. Wenn sie daher beschlossen, selbst eine Konferenz einzuberufen, war dies in ihrem Wunsch begründet, alle Parteien und alle Schattierungen zu sammeln, was, wie sie meinten, unter der Fahne der russischen Revolution am leichtesten geschehen konnte.

Die Russen kamen also nicht nach Stockholm, um die Arbeit anderer zu zersplittern, sondern um die Arbeit zu sammeln; auch waren sie sich wohl bewusst, dass sie gar nicht selbst die grosse organisatorische Arbeit bei der Einberufung der Konferenz durchführen konnten, und dass es überaus wichtig war, sich des ganzen organisatorischen Apparates, den das Proletariat durch Jahre ausgebildet hatte, zu bedienen; sie schlugen daher gleich folgendes vor: Die drei Initiativen werden vereinigt, der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Russlands lädt in Vereinbarung mit dem holländisch-skandinavischen Komitee und der Berner Kommission zu einer allgemeinen Konferenz ein.

Indessen war die Berner Kommission in diesem Augenblick ganz in Auflösung. Ihr Vorsitzender Robert Grimm war aus Russland ausgewiesen und von einer in Stockholm neu gebildeten Kommission verurteilt worden; als ein Mann, der gegen die Zimmerwalder Prinzipien verstossen hatte, war er von seiner Stellung enthoben. Die Mitglieder der neuen Kommission, drei schwedische Links-Sozialisten und die ursprüngliche Sekretärin Angelica Balabanoff, waren bald unter einander uneinig wegen der Beteiligung der Russen an der Konferenz. Die Beteiligung der russischen Sozialdemokraten an der provisorischen Regierung hatte ihrer Meinung nach die Russen in dieselben Sozialpatrioten umgewandelt, wie alle andere Mehrheitsparteien, gegen welche eben die Zimmerwaldner den Krieg führen.

Das holländisch-skandinavische Komitee erkannte die grosse Schwierigkeit eines gedeihlichen Zusammenarbeitens mit der Berner Kommission und sprach die Befürchtung aus, dass die Organisationsarbeit durch Streitigkeiten im Organisationskomitee gehindert werden könnte; andrerseits war es auch klar, und namentlich die dänische Delegation betonte diesen Standpunkt, dass es für Russlands Parteien eine politische Notwendigkeit war, der Berner Kommission die Mitarbeit anzubieten. Diese Erwägungen wurden überflüssig, da die nach einer Unterredung mit den

Russen versprochene Antwort der Berner Kommission über Teilnahme oder Nicht-Teilnahme nicht eintraf. Die russische Delegation vereinigte dann die russische Initiative mit der des holländischen Komitees, und die Einladung zur allgemeinen Konferenz in Stockholm am 15. August wurde ausgeschickt mit der russischen Friedensformel als Programm und mit dem Prinzip, in Zukunft denjenigen Regierungen, welche ihre Ziele nicht bekanntgeben oder annexionistische Ziele festhalten, die Unterstützung zu verweigern, da die Parteien die Verpflichtung auf sich nehmen müssen, die Beschlüsse der Konferenz auszuführen.

Den Teilnehmern an dieser Vorarbeit sind die Verhandlungen dieser Woche gewiss unvergesslich. Das Komitee stand fünf russischen Delegierten gegenüber: den drei obgenannten für die Menschewiki, Ehrlich für den jüdischen Bund, Roussanoff für die Sozialrevolutionäre. Bei ihnen — vier jüngeren Männern und einem im revolutionären Kampf Ergrauten — fand das Komitee nicht nur ein lückenloses proletarisches Klassengefühl, sondern auch die grösste politische Klugheit, Festigkeit und Reife. Diese Männer kannten genau ihre Ziele wie ihre Mittel; unbeirrt konnten sie fortschreiten, weil ihr Weg nach reiflicher Überlegung genau vorgezeichnet war, und sie redeten kein überflüssiges, kein unbedachtes, kein erregtes Wort.

Mit zuversichtlicher Freude und Hoffnung unterschrieben die Mitglieder des Komitees die Einladungen. Unmittelbar darauf fuhren die vier russischen Delegierten nach London, von wo sie weiter nach Paris und Rom wollten, um persönlich die Parteien einzuladen und die Genossen von der Notwendigkeit der Teilnahme zu überzeugen.

Sie werden dort Bestrebungen für eine Sonderkonferenz der Entente-Sozialisten antreffen; sie haben indessen schon früher die Teilnahme an ihr verweigert, indem sie als ihre Auffassung festhalten, dass das Proletariat sich nicht in kriegführende Gruppen teilen lassen darf.

Es scheint auch, dass die Einberufung dieser Separat-

konferenz nicht die ursprünglich gedachte Form behält. Sie war für London und Ende Juli bestimmt, aber soeben ladet die französische Partei sowohl die russischen Delegierten, die schon in London sind, als auch die Delegierten der englischen Partei und das holländisch-skandinavische Komitee nach Paris ein zur Teilnahme an der dortigen internationalen Konferenz.

In der französischen Partei ist die Spannung zwischen der Mehrheit und der Minderheit zum äussersten gesteigert, eben durch die Ausarbeitung einer Antwort auf den Fragebogen des Komitees. Renaudel hat die sogenannte Schuldfrage beantwortet mit der Erklärung, dass die Schuld für den Krieg einzig auf Deutschland lastet. Diese Einseitigkeit hat den grössten Widerstand innerhalb der Minderheit hervorgerufen, und noch eine andere Scheidungslinie hat sich bemerkbar gemacht: die Partei ist in der elsass-lothringischen Frage in einen offenen Gegensatz zu Thomas gekommen. Unterdes ist einerseits der Vorschlag aufgetaucht, den französischen Nationalrat wieder einzuberufen, andererseits der oben erwähnte Gedanke einer Zuammenkunft in Paris mit Engländern, Russen und dem Komitee.

Zu derselben Zeit hat Henderson auf der Rückreise von Petrograd während seines Aufenthaltes in Stockholm sich über die Konferenz ausgesprochen in einer Weise, die eine ganz andere Stimmung atmet als die des „Ministerbriefes". Henderson spricht nichts mehr von Bedingungen, die nur gewissen Parteien und nicht den übrigen vorgelegt werden sollen.

Der Aufruf des holländisch-skandinavischen Komitees zur Vereinigung hat dann das Echo gegeben, das gewünscht und erwartet worden war. Die Konferenz kam am 15. Mai nicht zustande, sie wird erst genau drei Monate später tagen. Die drei Monate sind aber nicht umsonst gewesen. Nach der vielen vorbereitenden Arbeit, nach den Gelegenheiten, die die Parteien schon gehabt haben, sich auszusprechen, — vor dem Komitee und teilweise untereinander — nachdem der Gedanke der Wiederherstellung der Inter-

nationale seine revolutionierende Wirkung in den Herzen gemacht hat, nachdem das Bewusstsein für die Verantwortung vor der Menschheit tiefer und tiefer seine Wurzeln geschlagen hat, wird man jetzt mit grösserer und sicherer Hoffnung einen für den Frieden entscheidenden Einsatz von der internationalen sozialistischen Friedenskonferenz rewarten.

□□□

Buddhas letzte Worte an seine Jünger.

Nun habt ihr jahrelang die Worte der Liebe und des Friedens gehört, die aus meinem Munde gekommen sind. Morgen versinke ich in die Tiefe des Nirwana; unbeweglich, nur im Geiste lebend, will ich Worte der Erkenntnis suchen, um sie euch zu bringen, in der Ferne der Zeiten. Ihr aber bearbeitet den Boden für die neue Saat, die ich euch bringen werde. Die Saat der Erkenntnis wäre Gift, wenn sie in Herzen sprossen würde wie die der jetzigen Menschen. Bevor ich komme, müssen die Menschen gelernt haben, was das Wort bedeutet: „Liebet einander"; und sie müssen durch die Tat bewiesen haben, dass sie dieses erste Gebot wirklich verstehen. Lehret also was ich euch gelehrt habe. Wann immer ein Mensch töricht und oberflächlich genug sein wird, um sich als Feind eines anderen Menschen zu erklären, heilet ihn von seinem Wahn und lehrt ihn die beiden Seelen genau betrachten, die seine und die seines „Feindes", dann wird er begreifen, dass sein angeblicher Feind mit ihm selbst identisch ist, dass sein eigenes Ich und der Mensch, welchen er zu hassen glaubte, ein und dasselbe Wesen sind. Dann wird er verstehen, dass nichts Lebendes ihm fremd ist und er keinem anderen Leben. Angesichts jedes Wesens wird er, von Liebe erfasst, sich sagen: „Das bin ich selbst".

Wohl wird geraume Zeit dahingehen, bevor alle Herzen von dieser Grundwahrheit erschüttert und erleuchtet sein werden. Gerne will ich wieder auf eurer Erde erscheinen, wenn ihr sie nur erst zu einem Heim von Brüdern gemacht haben werdet. Zu jener Zeit wird der Mensch es nicht mehr übers Herz bringen, seine Macht zu missbrauchen, und gerne will ich ihm dann die höchste Wissenschaft schenken, die ihn zum Herrscher über die Natur und zum Sieger über den Tod machen soll. Würde aber eine solche Wissenschaft den Menschen vor der Zeit zuteil, solange sie nämlich noch nicht frei sind von den dunklen Gewalten des Hasses, wie leicht könnten sie da, in der Finsternis ihres Herzens, ihr Wissen nur anwenden, um die Natur ärmer und hässlicher zu machen! In den Händen einer von tollem Hass erfüllten Menschheit wäre die Wissenschaft eine Waffe des Selbstmordes. . . .

(Nach Han Ryner in „Les Tablettes").

Die Wandlungen in der auswärtigen Politik der französischen Sozialisten.

Von Dr. FRIEDRICH ADLER, Wien.

Es freut uns ganz besonders, unseren Lesern das nachfolgende, 1915 geschriebene und bisher nicht veröffentlichte Votum Friedrich Adlers über Elsass-Lothringen mitteilen zu können. Die Red.

Je mehr man sich mit dem Problem des Aufstieges und Zusammenbruches der zweiten Internationale beschäftigt, um so stärker wird der Eindruck, dass die internationalen Beziehungen der sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Länder bei weitem nicht innig genug gewesen sind, dass es geradezu an der gegenseitigen Kenntnis in erstaunlichem Masse gemangelt hat. Man nahm zwar immer an, dass die englischen Sozialisten vom Kontinent ebensowenig wissen, wie dies in England überhaupt üblich ist, aber die Deutschen rühmten sich stets, die besten Kenner der sozialistischen Bewegung des Auslandes zu sein. Und relativ hatten sie sicher recht. Wie wenig diese Kenntnis aber absolut bedeutete, tritt ins Bewusstsein, wenn man sich die geistige Situation des französischen Sozialismus vor dem Krieg zu vergegenwärtigen sucht. Das, was wir von ihm wussten, war vornehmlich durch das Schlagwort „Generalstreik im Kriegsfalle" charakterisiert und von den Reden und Schriften über die Fragen der auswärtigen Politik war eigentlich nur das, was Jaurès geleistet, einigermassen bekannt.

Wenn wir uns heute die Stellung der französischen Sozialisten zur auswärtigen Politik in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch vergegenwärtigen, so erkennen wir, dass dort wie in keinem anderen Land die Kriegsgefahr und die Notwendigkeit des Versuches, sie zu bannen, im Mittelpunkt der sozialistischen Diskussion stand. Sicher war man in Deutschland in der Erkenntnis der imperialistischen Tendenzen unserer Zeit voran, erkannte besser wie irgendwo, wie dieselben die Kriegsgefahr von Jahr zu Jahr steigern mussten und konzentrierte sich daher auf den innerpolitischen Kampf gegen die Rüstungen und den Imperialismus des eigenen Landes. Das Interesse der französischen Sozialisten war dagegen in erster Linie auf das Problem der Gruppierung der Staaten in Europa, vor allem des Verhältnisses von Deutschland und Frankreich

gerichtet. Sicher war es eine Illusion, wenn manche von ihnen glaubten, allein durch die Annäherung Deutschlands und Frankreichs den Krieg überhaupt vermeiden zu können, sicher lag darin eine Unterschätzung der imperialistischen Kräfte, die die Kriegsgefahr steigerten und ebenso eine Unkenntnis der Probleme der erwachenden Nationen des Ostens. Aber es ist klar, dass nicht nur die Gefahren für die Demokratie Europas bedeutend herabgemindert gewesen wären, wenn der Krieg des Imperialismus Frankreich an der Seite Deutschlands gefunden hätte, sondern dass für Frankreich die Ausschaltung eines deutsch-französischen Krieges tatsächlich nahezu die Ausschaltung des Krieges überhaupt bedeutet hätte. Wenn wir also auch das lebhaftere Verständnis der Franzosen für das Problem der Allianzen zum Teil aus ihrer spezifischen Beschränkung auf ihre unmittelbarsten Interessen erklären müssen, so ist die Intensität, mit der dieses Problem in Frankreich vor dem Krieg behandelt wurde, doch von ausserordentlichem Interesse und eröffnet tiefe Einsichten in die Stellungnahme des Sozialismus zur auswärtigen Politik.

Die politische Leistung der französischen Sozialisten liegt in der konsequenten Bekämpfung der Revanche-Idee. Dieser Kampf gegen die nationalistische Hetze und die patriotische Phrase wurde durch Jahrzehnte mit immer steigendem Erfolg geführt und erhielt seine Krönung in der öffentlich erklärten Abfindung mit der deutschen Annexion von Elsass-Lothringen. Heute, wo alle sozialistische Tugend in Gefahr ist, in der Kriegsbrandung unterzugehen, wo auch einzelne französische Sozialisten dieser ihrer grössten Leistung vergessen, ist es besonders wichtig, sie sich ins Gedächtnis zurückzurufen.

Die Grösse dieser Leistung ist nur zu ermessen, wenn man sich der vollständigen psychologischen Umwertung bewusst wird, die die Frage der Annexion von Elsass-Lothringen in den Köpfen der Sozialisten erfahren musste. Von der einmütigen und rückhaltlosen Verurteilung dieser Annexion, die gleichermassen von den deutschen und französischen Sozialisten wie von dem Generalrat der Internationale erfolgte, bis zu der Anerkennung der vollendeten Tatsache als gegebener Basis der weiteren sozialistischen Arbeit lag ein weiter, harter Weg. Er kann nur in Vergleich gestellt werden mit den entsetzlichen Mühsalen der Anpassung, die die Eingliederung des neueroberten Gebietes für dieses selbst wie für das Deutsche Reich mit sich brachte. Die französischen Sozialisten haben sich ebenso wie die deutschen mit jener Annexion im Laufe der geschichtlichen Entwicklung abgefunden. Um diese Wen-

dung ganz zu erfassen, muss man sich die Stimmung der Sozialisten gegen diese Annexion, wie sie während des Krieges und der ersten Jahre nach dem Krieg bestand, vergegenwärtigen. Der Protest gegen die Annexion war geradezu das Einigungsmittel unter den deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten. Während zu Beginn des Krieges bloss Liebknecht und Bebel sich der Abstimmung enthalten hatten, Schweitzer und seine Anhänger jedoch für die Kredite stimmten, vereinigten sich die beiden Richtungen in der Novembertagung 1870 zur Ablehnung des „Gesetzentwurfes betreffend den ferneren Geldbedarf für die Kriegführung". Der Antrag, den Bebel und Liebknecht damals stellten, schloss mit den Worten:

> „Der Reichstag beschliesst, die verlangte Geldbewilligung für die Kriegführung abzulehnen, und fordert den Bundeskanzler auf, dahin zu wirken, dass unter Verzichtleistung auf jede Annexion französischen Gebietes mit der französischen Republik schleunigst Frieden geschlossen werde." (Bebel: „Aus meinem Leben", Band II, S. 193 ff.)

Die Rede, die Bebel hielt, gipfelte in dem Gedanken, dass das, „was den Friedensschluss unmöglich mache, die Forderung der Annexion" sei, und ebenso klar erklärte Liebknecht:

> „Die Anleihe, die man von uns fordert, ist für die Durchführung der Annexion bestimmt, wie das ja auch aus dem Wortlaut der Thronrede hervorgeht. Die Annexion aber bringt uns nicht den Frieden, sondern den Krieg. Indem sie auch nach dem Frieden eine beständige Kriegsgefahr schafft, befestigt sie in Deutschland die Militärdiktatur. ... Aus diesen Gründen bin ich natürlich gegen die Kriegsanleihe und habe mit meinem Freund Bebel den Antrag auf Verweigerung derselben gestellt."

Diese Stellung der Sozialdemokratie war sofort mit aller Schärfe bezogen worden, als als Kriegsziel die Annexion deutlich hervortrat, aus dem Verteidigungskrieg, für alle sichtbar, ein Eroberungskrieg geworden war. Die Wendung war scharf gekennzeichnet durch die Ausrufung der Republik in Frankreich. Mit dem 2. September 1870, der Schlacht von Sedan, der Gefangennahme Napoleons, war der Bonapartismus, die Despotie im Westen des Rheins, besiegt, war der, den man zu Anfang des Krieges für den Angreifer hielt, endgültig geschlagen und beseitigt. In diesem Momente erhob sofort die deutsche Sozialdemokratie ihre Stimme und bereits am 5. September 1870 verkündete das Manifest des (Braunschweiger) Ausschusses der sozialdemokratischen Arbeiterpartei:

„Die Vertreter der Annexion werden ihr Spiel nicht ungehindert treiben und namens der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei erheben wir hiemit gegen die Annexion von Elsass und Lothringen Protest. Und wir wissen uns eins mit den deutschen Arbeitern. Die deutschen Arbeiter werden im Interesse Frankreichs wie Deutschlands, im Interesse des Friedens und der Freiheit, im Interesse der westlichen Zivilisation gegen die kosakische Barbarei die Annexion von Elsass und Lothringen nicht dulden."

Das Manifest enthält schliesslich die Aufforderung: „Es ist durchaus notwendig, dass die Partei sogleich in allen Orten in Gemässheit unseres Manifestes möglichst grossartige Kundgebungen des Volkes gegen die Annexion von Elsass und Lothringen und für einen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik veranstalte."[1])

Derjenige, der sofort mit aller Schärfe die historische Situation erfasst hatte, dem auch der Braunschweiger Ausschuss die Anregung und den Gedankengang seines Manifestes verdankte, war Karl Marx. Sieben Tage nach Sedan erschien bereits in London jene berühmte zweite Adresse des Generalrates über den Deutsch-Französischen Krieg.[2]) Sie gibt ein glänzendes Bild der historischen Situation und zeigt geradezu prophetisch, welche Folgen die Annexion Elsass-Lothringens schliesslich haben werde. Dort heisst es:

„Glauben die Deutschtümler wirklich, dass Freiheit und Frieden Deutschlands gesichert sei, wenn sie Frankreich in die Arme Russlands hineinzwingen? Wenn das Glück der Waffen, der Übermut des Erfolges und dynastische Intrigen Deutschland zu einem Raub an französischem Gebiet verleiten, bleiben ihm nur zwei Wege offen. Entweder muss es, was auch immer daraus folgt, der offenkundige Knecht russischer Vergrösserung werden, oder aber es muss sich nach kurzer Rast für einen neuen „defensiven" Krieg rüsten, nicht für einen jener neugebackenen „lokalisierten" Kriege, sondern zu einem Rassenkrieg gegen die verbündeten Rassen der Slawen und Romanen."

Die Erkenntnis der Gefahr, die eine Annexion von Elsass-Lothringen mit sich bringen müsste, war Marx und Engels schon bald nach Beginn des Krieges klar zum Bewusstsein gekommen. So schrieb Engels bereits am 15. August 1870

[1]) Der Hochverratsprozess wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872 (Ausgabe Berlin 1911), S. 417 und 418.

[2]) Abgedruckt in „Der Bürgerkrieg in Frankreich", Adresse des Generalrates der Internationalen Arbeiterassoziation mit einer Einleitung von Friedrich Engels. Dritte deutsche Auflage, Berlin 1891.

an Marx, dass es zu den Aufgaben der Sozialisten in Deutschland gehöre, „jeder Annexation von Elsass-Lothringen entgegenzuwirken — Bismarck lässt die Absicht durchblicken, diese an Bayern und Baden zu annektieren“,[1]) und in seiner Antwort vom 17. August schreibt Marx: „Das Elsass-Lothringen-Gelüst scheint in zwei Kreisen vorzuherrschen, in der preussischen Kamarilla und im süddeutschen Bierpatriotismus. Es wäre das grösste Unglück, welches Europa und ganz spezifisch Deutschland treffen könnte.[2])

Als die Annexionsabsichten deutlich hervortraten, machte Engels in einem Brief vom 12. September 1870 Marx folgenden Vorschlag:

> „Da, wie es scheint, jedenfalls etwas annektiert wird, wäre es an der Zeit, uns über eine Form zu besinnen, worin deutsche und französische Arbeiter sich darüber verständigen, dies alles als nul et non avenu (null und nichtig) anzusehen und bei gelegener Zeit rückgängig zu machen.“[3])

An dem Standpunkt der Bekämpfung der Annexion, den Marx und Engels sofort als den für die Arbeiterklasse einzig möglichen erkannt hatten, hielt die Partei auch am Ende des Krieges und über ihn hinaus mit unbeugsamer Entschlossenheit fest. In der Apriltagung 1871 des Reichstages, also kurz vor dem Friedensschluss, erhob Bebel wieder seine warnende Stimme und erklärte: „Keine Regierung in Frankreich, heisse sie wie sie wolle, werde den Verlust von Elsass-Lothringen vergessen dürfen. Frankreich werde nach Bündnissen suchen und Russland werde künftig anders zu der Frage stehen ... Sicher sei, dass wir künftig ein viel höheres Militärbudget aufzubringen haben würden, als dieses bei einer vernünftigen Verständigung mit Frankreich unter Verzicht auf die Annexionen der Fall wäre.[4]) Und ebenso sprach Bebel in der Sitzung des Reichstags vom 25. Mai 1871, in der nach dem Friedensschluss „die Vereinigung von Elsass-Lothringen mit dem Reiche“ auf der Tagesordnung stand. Er erzählt darüber in seinen Memoiren:[5]) „Wiederum ging ich auf den Verlauf des Krieges ein und auf die Versicherung des Königs von Preussen, dass der Krieg ein Verteidigungskrieg sei. Die Annexion widerspreche dieser Versicherung.“

Bebel kleidete in der Rede seinen Protest in folgende markante Sätze:

---

[1]) Briefwechsel zwischen Engels und Marx, Band IV, S. 320.
[2]) Briefwechsel zwischen Engels und Marx, Band IV, S. 323.
[3]) Briefwechsel zwischen Engels und Marx, Band IV, S. 336.
[4]) Bebel: „Aus meinem Leben“, Band II, S. 220.
[5]) Bebel: „Aus meinem Leben“, Band II, S. 222.

> „Von meinem Standpunkt aus protestiere ich kategorisch gegen die Annexion von Elsass-Lothringen. Ich halte sie für ein Verbrechen gegen das Völkerrecht; ich betrachte sie als einen Schandflecken in der deutschen Geschichte."

Aus dieser energischen Ablehnung der Annexion durch die Sozialisten deutscher Zunge, die sich bis zu dem Gedanken gesteigert hatte, sie „bei gelegener Zeit rückgängig zu machen", lässt sich ungefähr eine Vorstellung gewinnen, wie die französischen Arbeiter über diese Annexion urteilen mussten, jene Proletarier, die in den Kommunekämpfen die Unabhängigkeit ihres Landes bis zum äussersten zu verteidigen suchten.

Wenn man sich die historische Situation des französischen Proletariats vergegenwärtigt, wird erst die ganze Grösse der Leistung der französischen Sozialisten in ihrem Kampfe gegen die Revanche-Idee deutlich.

* * *

Denn ebenso wie die Sozialisten aller Länder gegen die Annexion mit aller Entschlossenheit auftreten mussten, solange auch nur die entfernte Möglichkeit bestand, sie zu hindern, ebenso wie sie immer wieder die Verantwortung derjenigen feststellen mussten, die diesen für Europa so unheilvollen Schritt unternommen; so waren es wiederum die Sozialdemokraten, die die Entschlossenheit und den Mut hatten, z erklären, dass so weit als möglich verhindert werden müsse, dass aus dem geschehenen Unheil neues Unheil entspringe. Und deshalb mussten sich die Sozialisten sowohl Deutschlands wie Frankreichs schliesslich mit der Annexion abfinden. Denn das eroberte Land, das sich nach und nach in das Deutsche Reich einfügte, sich wirtschaftlich den neuen Lebensbedingungen anpasste, würde nur neues Unglück erfahren, wenn es wieder gewaltsam unter andere Oberherrschaft gebracht würde. Die Sozialisten besassen die Erkenntnis und den Mut, sich zu ihr zu bekennen, dass die Frage, welchem Staat ein Gebiet zugehören solle, nicht die eines „ewigen Rechtes" sein könne, sondern geschichtlich bedingt sei.

Wiederholt haben die Sozialdemokraten Deutschlands ihre Stellung zur vollzogenen Tatsache präzisiert, so Ignaz Auer in der Sitzung des Reichstages vom 19. Februar 1891:

> „Die Annexion von Elsass-Lothringen ist vollzogen, und hier im Hause sind von unserer Seite die unzweideutigsten Erklärungen abgegeben worden, dass wir den bestehenden Rechtszustand heute anerkennen."

Dass die französischen Sozialisten viel stärkere Wider-

stände zu überwinden hatten, bis sie sich öffentlich für die Abfindung mit der vollzogenen Tatsache erklären konnten, ist nur zu begreiflich. Wenn man sich erinnert, welcher Verleumdung und Verfolgung die Sozialisten in Deutschland ausgesetzt waren, als sie ihr Bekenntnis gegen die Annexion ablegten, so kann man ermessen, welche ungleich schwierigere Position die Sozialisten im Lande der Besiegten, im Lande, dem ein Teil abgetrennt worden war, hatten. Aber der Sozialismus in Frankreich hat sich bewährt und unter den entsetzlichsten Mühsalen seine historische Mission erfüllt. Er hat im Anfang der nationalistischen Verhetzung entgegengewirkt, indem er die Revanche-Ideen durch die sozialen Probleme zu verdrängen suchte, die Fragen des Klassenkampfes auf die Tagesordnung der bürgerlichen Republik setzte. Und er konnte schliesslich, als allgemach in der Zeit die Wunden verharscht waren, als die Gemüter zur Besonnenheit zurückkehrten, zur Offensive übergehen und eine auswärtige Politik des Friedens — und dies konnte nur bedeuten eine Politik des Verzichtes auf alle Rück-Annexionen — proklamieren.

In diese Phase der Entwicklung waren die französischen Sozialisten im letzten Jahrzehnt getreten, und jeder unbefangene Beurteiler kann für das, was sie geleistet haben, nur das Gefühl der grössten Achtung haben. Der Mut und die Entschlossenheit von Jaurès auch dem Elsass-Lothringischen Problem gegenüber sind ja genügend bekannt. Er erklärte offen:

> „Denn die Jahre, die sich seit der Niederlage über dem Problem angehäuft haben, haben es empfindlich belastet und verwickelt, und indem wir uns für eine Gewalttat Genugtuung verschafften, würden wir zu einem neuen Akt der Gewalttätigkeit beitragen. Der Krieg der Vergeltung und Wiederherstellung, selbst wenn er siegreich wäre, würde die Ära der blutigen Zusammenstösse, der wechselseitigen Gewalttaten, die seit Jahrhunderten Frankreich und Deutschland heimsuchen, nicht abschliessen. ... Es gibt Ruhepausen, die zu lang sind und schliesslich den Gedanken halb einschläfern.“ [1])

Die ganze Auffassung Jaurès, die die Wehrkraft auf die nationale Verteidigung beschränken und die Friedensmöglichkeiten bis zum äussersten steigern will, bedingt schon seine klare Stellung in der Frage des Verzichtes auf eine Wiedereroberung von Elsass-Lothringen. Aber er stand mit dieser Auffassung keineswegs allein. Die ganze sozialistische Diskussion in Frankreich in den letzten Jahren befasst sich mit

[1]) Jaurès, „Die neue Armee“, Deutsche Ausgabe, S. 10.

diesem Problem. Die Schriften von Gustave Hervé[1]) und Marcel Sembat,[2]) in denen es am ausführlichsten dargestellt wird, haben jedoch in Deutschland bisher sehr wenig Beachtung gefunden, obwohl die erstere sogar in Übersetzung vorliegt.

Das Buch von Hervé ist, wie er sagt, nichts als die logische Fortführung jenes Feldzuges, den er seit seinem Mannesalter gegen den Militarismus und den Krieg geführt hat. Am Internationalen Kongress in Basel 1912 hat er sich davon überzeugt, „dass die deutsche Sozialdemokratie der französischen Sozialdemokratie gegenüber keine Verpflichtung übernommen hat, auch ihrerseits die Insurrektion am Tage der Mobilmachung zu versuchen“. Und da es „selbstverständlich ist, dass es niemals in der Idee eines einzigen französischen Sozialisten gewesen ist, die französische Mobilisation gewaltsam zu unterbinden, wenn die deutschen Sozialisten sich nicht verpflichteten, ihrerseits dasselbe zu tun, um den Krieg zu verhindern“, so beginnt er nach anderen Mitteln zu suchen. Er sieht dieses Mittel in der deutsch-französischen Verständigung, die allerdings nur denkbar ist, bis die Elsass-Lothringische Frage freundschaftlich gelöst ist. Diese Frage bezeichnet er als „den Eckstein des europäischen Friedens“.[3])

Hervé ist sich vollkommen klar, dass „die Elsass-Lothringische Frage als Rechtsfrage unlösbar ist“. Der glückliche Ausgang der Marokkoaffäre gibt ihm den Fingerzeig, dass auch „die Elsass-Lothringische Frage nur als Geschäft geregelt werden kann“.

> „Man muss das „Geschäft“ Elsass-Lothringen regeln, wie man die Marokkofrage geregelt hat: nicht mit Kriegsgewittern, nicht als mittelalterliche Ritter, nicht als Juristen, die in ihre Thesen verbissen sind, auch nicht als einfältige Formenmenschen, sondern als Kaufleute, als Geschäftsmenschen, als Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts. ... Die Geschäftsleute von Paris und Berlin haben das Wort.“[4])

---

[1]) Gustave Hervé, „Elsass-Lothringen und die deutsch-französische Verteidigung“, aus dem Französischen übersetzt und mit einem Vorwort versehen von Hermann Fernau, Verlag von Duncker und Humblot in München 1913, 165 Seiten, Preis 3 Mk.

Fernau, ein guter Kenner Frankreichs, der auch ein Buch über „Die französische Demokratie“ im gleichen Verlag erscheinen liess, hat seiner gelungenen Übersetzung eine Skizze über Gustave Hervé vorangestellt, die ebenso wie das Vorwort des Verfassers den geistigen Entwicklungsgang Hervés in viel stetigerer Entwicklung erscheinen lassen, als dies aus Hervés gelegentlichen Äusserungen, die Aufsehen erregten, zu vermuten wäre.

[2]) Marcel Sembat, „Faites un Roi, sinon faites la Paix“, 19. Auflage, Paris, Eugène Figuières et Cie., 278 Seiten, Preis Fr. 3. 50.

[3]) Deutsche Ausgabe des zitierten Hervéschen Buches, S. XVIII bis XXII.

[4]) Hervé, S. 99.

Für den Abschluss dieses Geschäftes macht Hervé eine Reihe von Vorschlägen, die der Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland dienen sollen. Diese Vorschläge gehen von der „Minimallösung", nach der Elsass-Lothringen die republikanische Selbstregierung erhält, aber dem deutschen Staatenbunde einverleibt bleibt, bis zu der „Maximallösung", nach der die annektierten Provinzen an Frankreich gegen ausserordentlich grosse Entschädigungen in territorialer Richtung in Afrika und ausserdem in finanzieller zurückerstattet werden. Und er weist schliesslich auf eine „mittlere Lösung" als aussichtsreichste hin, nach der Elsass-Lothringen ein unabhängiger neutraler Staat werden möge, so dass „auf der ganzen Länge ihrer Grenzlinie Frankreich und Deutschland fortan durch eine Reihe neutraler Staaten getrennt wären: Belgien, Luxemburg, Elsass-Lothringen, die Schweiz".[1])

Diese Vorschläge waren sicher ebensogut gemeint, wie es uns heute utopisch erscheinen muss, dass jemand ernstlich erwarten konnte, dass die deutsche Regierung auf sie eingehen würde. Trotzdem ist die Hervésche Schrift äusserst lesenswert, nicht nur weil man aus ihr einen Überblick über die gesamte Entwicklung des Elsass-Lothringischen Problems erhält und sie eine Reihe von interessanten geschichtlichen Dokumenten im Originaltext zusammenstellt, sondern weil aus ihr mit eindringlicher Klarheit hervorgeht, was eine Annexion bedeutet, welche schier unüberwindlichen psychologischen Schwierigkeiten sie für alle an ihr beteiligten Völker schafft.

Noch viel interessanter ist das Buch von Marcel Sembat: „Faites un Roi, sinon faites la Paix" (Macht einen König! oder aber: macht Frieden!), das eines der eigenartigsten der gesamten sozialistischen Literatur ist. Voll Witz und Ironie, geistsprühend und geradezu amüsant behandelt es die tiefsten Probleme der Politik, deren ganzer Ernst jedoch trotz dieser Form voll zur Geltung kommt.

Sembat spitzt das politische Problem Frankreichs auf die Alternative der Entscheidung zwischen Krieg und Frieden zu. Er fordert, dass man sich endlich entscheide und die Konsequenzen der Entscheidung im ganzen Umfange ziehe. Hält man an der Revanche-Idee fest, das heisst, will man in letzter Linie den Krieg, dann soll man auch alle Vorbedingungen für den Krieg schaffen, jene Verfassung herstellen, die dem Angriffskrieg angemessen ist und die Chancen des Sieges in ihm auf das höchste steigert. „Wenn ihr den Krieg wollt, dann müsst ihr auch das Königreich wollen." Dann müsste Frank-

[1]) Hervé, S. 118.

reich zur Monarchie zurückkehren. Denn die Republik ist zwar tauglich zur Abwehr feindlicher Angriffe, sie ist aber niemals imstande, als angreifende Macht zu fungieren. Und umgekehrt folgert Sembat: Wenn die Franzosen an der Republik festhalten wollen, dann müssen sie auch den Frieden wollen, dann müssen sie vor allem auf die Revanchepolitik verzichten und einen endgültigen Ausgleich mit Deutschland suchen.

Mit grosser Überzeugungskraft und reichem Material tritt Sembat für die zweite Alternative, für die Republik und den Frieden ein. Aus der Fülle der Probleme der auswärtigen Politik, die er behandelt, ist für uns seine Stellung zur deutsch-französischen Verständigung von besonderem Interesse. Sie ist klar präzisiert durch seine entschiedene Ablehnung der Hervéschen Vorschläge.

„Mein lieber Hervé," schreibt Sembat, „prägen Sie sich gut in Ihr Gehirn ein, dass es für den Deutschen, für jeden Deutschen, sei er Sozialist oder Nichtsozialist, keine elsass-lothringische Frage mehr gibt. ... Für den Deutschen gibt es keine elsass-lothringische Frage auswärtiger Natur: die elsass-lothringische Frage ist eine innere Frage."[1])

Und aus dieser Tatsache zieht nun Sembat mit strenger Konsequenz seine Folgen:

„Hüten wir uns wie vor dem Feuer, von Deutschland etwas zu verlangen, was es uns nicht geben kann. Es kann uns nicht Elsass-Lothringen geben; es kann uns davon auch nicht das winzigste Stück geben; es kann es uns weder im ganzen, noch zum Teil im Tauschwege als Kompensation gegen unsere Kolonien — und wären es sogar alle unsere Kolonien — geben; es kann uns auch nicht die Neutralität von Elsass-Lothringen bewilligen. Ich glaube selbst nicht — und ich habe hiefür Gründe angeführt — dass Deutschland zustimmen könnte, über die Autonomie von Elsass-Lothringen als Vorbedingung der Annäherung zu diskutieren, während dieselbe ja deren natürliche und sichere Folge wäre."

„Fordern wir nicht das Unmögliche; diese Klugheit wird uns ermöglichen, alles Erreichbare zu erlangen."

„Die einzige Frucht der französisch-deutschen Verständigung soll für Frankreich sein, dass es endgültig den europäischen Frieden begründet und dass es sich für die Zukunft in dem konsolidierten Westeuropa die Bedingungen seiner freien Entwicklung und seines berechtigten Einflusses sichert."[2])

---

[1]) Sembat, S. 168 bis 169.

[2]) Sembat, S. 212 bis 213.

Sembat hatte den Mut, offen zu erklären, dass die Zeit über die Elsass-Lothringische Frage schliesslich doch hinweggegangen sei. Den Schmerzensschreien und erschütternden Klagen der ersten Jahre folgten die Seufzer und nach vierzig Jahren begannen auch diese zu verstummen. „Warum," fragt er, „gibt es Franzosen — und ich gehöre zu ihnen — denen es passieren kann, dass sie spotten, wenn sie diese Seufzer hören? Das ist deshalb möglich, weil die Zeit verflossen ist, weil 42 Jahre vergangen sind. ..." [1])

* * *

Das Sembatsche Buch ist der deutlichste Ausdruck der Konsequenz und der Entschlossenheit, mit der die französischen Sozialisten ihre auswärtige Politik vom Standpunkt der Bekämpfung der Revanche-Idee geführt haben. Und diese Politik hatte schliesslich auch Erfolg. Hart war allerdings der Weg und er konnte sich in Frankreich erst dem Ziel nähern, als endlich Elsass-Lothringen selbst sich mit der Annexion abgefunden hatte.

Durch Jahrzehnte wurden die annektierten Gebiete mit dem Diktaturparagraphen regiert und erst nach vierzig Jahren, im Jahre 1911, konnte Elsass-Lothringen einen eigenen Landtag erhalten. Vier Jahrzehnte brauchte es, bis der Widerstand in den annektierten Ländern überwunden war und endlich eine Zeit anbrach, wo sich auch sämtliche Parteien im Elsass mit dem neuen Rechtszustand abzufinden begannen. 164,000 Einwohner von Elsass-Lothringen haben vom Recht der Option für ihr altes Vaterland Gebrauch gemacht, Zehntausende von Elsässern sind aus ihrer Heimat ausgewandert, jahrzehntelang tobte mit immer neuer Kraft wieder auflebend der politische Kampf der „Protestler" und immer wieder neue Anstrengungen musste die deutsche Regierung machen — sie arbeitete gleichermassen mit Zuckerbrot und Peitsche — um das Land schliesslich zu gewinnen. Ströme von Gold flossen aus Deutschland in die annektierten Gebiete, man baute in Strassburg auf Staatskosten die prunkvollsten Gebäude und versuchte mit Verfolgungen aller Art der Widerstrebenden Herr zu werden. Nach vier Jahrzehnten waren die annektierten Gebiete endlich durch ihren Landtag zur Gleichberechtigung gekommen.

Und erst in diesem Augenblick waren die Bewohner der annektierten Gebiete so weit, dass deren politische Vertreter, und zwar die Vertreter aller Parteien, sich öffentlich und offen

[1]) Sembat, S. 148.

mit dem neuen Rechtszustand abzufinden erklärten. Als erste ging die sozialistische Fraktion des elsass-lothringischen Landtages voran, die in einer historisch denkwürdigen Kundgebung im März 1913, die an das Proletariat Frankreichs gerichtet war, mit aller Klarheit ihren Standpunkt präzisierte:

„Was uns dazu bestimmt hat, dem Pariser Proletariat diese Erklärung zu senden, das ist die besondere Rolle Elsass-Lothringens und die Tatsache, dass seine Annexion im Jahre 1871 durch das neue Deutsche Reich die Hauptquelle jener Konfliktatmosphäre gewesen ist, die seit 40 Jahren zwischen Deutschland und Frankreich herrscht und die beiden Länder und Elsass-Lothringen ebensosehr zum Unheil gereicht, wie sie eine beständige Gefahr für den Frieden ist.

Die gegenwärtigen Umstände stellen uns einfach und brutal vor die Frage, die alle anderen beherrscht: Wollen die Elsass-Lothringer einen Krieg?

Und im Namen der elsass-lothringischen Arbeiterschaft, deren Wünsche und Denkungsart wir aufs vollkommenste kennen, antworten wir: Nein, nein, dreimal nein!

Wir wissen, dass es selbst in der elsass-lothringischen Bourgeoisie, wenn überhaupt, nur eine verschwindende Anzahl von Personen gibt, die eine andere Antwort geben würde.

Und wir wissen auch, dass die Frage, die wir in unseren Versammlungen und Unterhaltungen so manches Mal gestellt haben: Wollt ihr, Elsass-Lothringer, dass euer kleines Land aufhöre, zum Deutschen Reiche zu gehören, wenn die Bedingung dieser Änderung der Krieg ist? als Antwort nur jenen Schrei: Keinen Krieg, vor allen Dingen keinen Krieg! hervorrufen kann und niemals einen anderen. ....

Ebenso wie wir von der deutschen Regierung erwarten, dass sie endlich unseren Charakter verstehe und uns die Autonomie gebe, ebenso fordern wir von Frankreich, dass es Elsass-Lothringen genügend liebe, um es lieber als Provinz eines anderen Staates anzuerkennen, denn es nochmals zerrissen und mit Leichen bedeckt zu sehen."[1])

Dass das, was die Sozialdemokraten erklärt hatten, der Stimmung aller Parteien Elsass-Lothringens entsprach, zeigte sich in der Resolution, die die auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes gewählte zweite Kammer des Landtages am 6. Mai 1913 beschloss. Sie lautet:

„Es gefalle der Kammer, den Statthalter zu ersuchen, die Vertreter Elsass-Lothringens im Bundesrat anzuweisen, damit diese sich energisch gegen die Idee eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich verwenden und im Bundesrat erwirken, dass dieser die Mittel und Wege prüfe, die geeignet sind, eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen, in welcher

[1]) Der vollständige Wortlaut der Kundgebung bei Hervé, S. 50 ff.

Annäherung das Mittel zu finden sein wird, den Rüstungswettlauf zu beenden."[1])

Nachdem Elsass-Lothringen bekehrt war, bricht sich sofort auch in Frankreich der Gedanke der Verständigung mit Deutschland energisch Bahn. Wenige Tage nach dem eben erwähnten Landtagsbeschluss tritt am 11. Mai 1913 die Berner Verständigungskonferenz zusammen. Sie bewies durch die Teilnahme von 150 französischen Parlamentariern — fast 100 bürgerliche Radikale und etwa 50 Sozialisten —, welche Kraft jene Politik schliesslich gewonnen, zu der anfangs nur die Sozialisten den Mut hatten. Der Konferenz legten die sozialistischen Fraktionen des deutschen Reichstages und der französischen Deputiertenkammer gemeinsam eine Erklärung[2]) vor, in der es heisst:

„Nachdem sich glücklicherweise der durch den Imperialismus erzeugte Gegensatz zwischen England und Deutschland vermindert hat, ist die von den Sozialisten heiss ersehnte französisch-deutsche Annäherung das wirksamste Mittel, die europäische Kriegsgefahr zu beschwören und durch einen Zusammenschluss von Deutschland, Frankreich und England in dauerndem Frieden die Vorbedingungen für die Entwicklung des menschlichen Fortschrittes zu schaffen.

Für die französisch-deutsche Annäherung ist eine unschätzbare Hilfe aus Elsass-Lothringen gekommen, das seinen Abscheu vor einem Kriege um seinetwillen sowie den festen Entschluss verkündet hat, mit einer autonomen Verfassung das lebendige Bindeglied der beiden grossen Nationen zu werden."

Und das, was die sozialistischen Fraktionen in ihrer Erklärung ausgesprochen, fand wieder Aufnahme in der Resolution, die die ganze Konferenz der deutschen und französischen Parlamentarier annahm. In ihr heisst es:[3])

„Sie verpflichtet sich, unermüdlich daran zu arbeiten, dass Missverständnisse zerstreut und Konflikte vermieden werden, und sie dankt vom Herzen der vom Volke gewählten Vertretung Elsass-Lothringens, dass sie durch ihre hochherzigen Erklärungen die Annäherung beider Länder zu einer werktätigen Gemeinschaft der Zivilisation erleichtert hat."

Nach jahrzehntelangem, schwerem Ringen war endlich das grösste Hindernis der deutsch-französischen Verständigung in den Hintergrund getreten, die Annexion Elsass-Lothringens als vollzogene Tatsache anerkannt. Aber trotz der günstigen

---

[1]) Hervé, S. 65 und 66.

[2]) Stenograph. Protokoll der deutsch-französischen Verständigungskonferenz, Bern 1913, S. 25.

[3]) Protokoll, S. 30.

Auspizien, unter denen nun die Verständigungspolitik stand, wissen wir heute nicht, ob sie wirklich — wie viele vor dem Weltkriege hofften — innerhalb weniger Jahre zur Neuorientierung der internationalen Beziehungen Europas hätte führen können. Denn jene Annexion hatte die notwendige Folge, die schon Marx im September 1870 mit voller Klarheit voraussah, dass sie „Frankreich in die Arme Russlands hineinzwingt".[1])

Auch die französischen Sozialisten waren sich niemals unklar über den Charakter und die Gefahren der Allianz mit Russland. So sagt Hervé:[2])

> „Es war gewiss nicht die Sympathie für den Zarismus, die die französische Bourgeoisie zwang, sich in die Arme dessen zu werfen, der damals für alle Republikaner der „Hänger aller Russlande" war.
>
> Wir haben dieser Bourgeoisie gut sagen, dass am Ende der russischen Allianz fast unvermeidlich der Krieg mit Deutschland steht, dass sie den Krieg, den sie nicht für die Revanche führen will, für den Ruhm und die schönen Augen des russischen Panslawismus wird führen müssen: sie will nichts hören. Von zwei Übeln wählt sie das kleinste, und das kleinste ist für sie die russische Allianz."

Nach vier Jahrzehnten war die psychologische Wirkung der Annexion im annektierten Gebiet überwunden und in Frankreich am besten Wege, überwunden zu werden. Aber die politischen Folgen jener Annexion, das Bündnis Frankreichs mit Russland, bestand fort, und es ist recht schwer zu entscheiden, ob die Franzosen, auch wenn ihr Wille der beste gewesen wäre, die Möglichkeit gehabt hätten, dieses Unheil wieder zu beseitigen. Denn so sicher Frankreich jenes Bündnis nur schloss, um seine militärische Position für den Kriegsfall mit Deutschland zu verbessern, so wurde mit der Zeit dessen finanzielle Grundlage, die Frankreich ökonomisch an Russland fesselte, zum entscheidenden Faktor. Es hatte einen Verbündeten erworben, aber der liess es nicht mehr los. Oder zumindest nicht das Geld, auf das zu verzichten eine für Kapitalisten, und natürlich auch die Frankreichs, unmögliche Zumutung wäre.

Die französischen Sozialisten waren allerdings in dieser Richtung sehr optimistisch. Hervé ebenso wie Sembat hegten die Meinung, dass es möglich sein werde, die französisch-russische Allianz zu lösen, sobald die Verständigung mit Deutschland endgültig zustande gekommen sei. So glaubt

[1]) Zweite Adresse des Generalrates über den Deutsch-Französischen Krieg, a. a. O., S. 23.

[2]) Hervé, S. 26 und 27.

Hervé,[1]) dass durch die Annahme eines seiner Vorschläge die Möglichkeit gegeben sei, „Frankreich von jener Kosakenallianz loszulösen, an die es so lange geschmiedet bleibt, als die Elsass-Lothringische Frage nicht gelöst ist". Noch hoffnungsvoller ist Sembat für den Fall, dass die deutsch-französische Annäherung gelingt:

> „Frankreich hätte nicht die Freundschaft Russlands zu opfern, aber es ist klar, dass die russische Allianz ihren Daseinsgrund verlieren würde. Russland würde, ich wiederhole es, sich leicht damit abfinden. Viele Slawophilen werden wohl verzweifelt sein, nicht mehr auf die Hilfe Frankreichs gegen die Deutschen rechnen zu können. Aber das offizielle und regierende Russland ist Deutschland aufs tiefste in Freundschaft verbunden. ... Sein Bedauern wird daher gering sein, denn im Grunde fühlt man gleichermassen in Petersburg wie in Paris, dass der Wert der Allianz erschöpft ist."[2])

Der grosse Krieg, den „die Deutschen gegen die verbündeten Slawen und Romanen" zu führen haben würden, den Marx prophezeite, ist zur Tatsache geworden und in noch gewaltigeren Formen in Erscheinung getreten, als er sie ahnen konnte. Ganz Europa ist wie in einem Schmelztiegel, in dem auch alles, was die sozialistische Politik in jahrzehntelanger Arbeit geschaffen hat, in Gefahr ist, die Form zu verlieren. Alle Erfolge im Kampfe gegen die Revanchepolitik Frankreichs sind vernichtet, das Werk der Verständigung aus der Welt geschafft und die Elsass-Lothringische Frage zu neuem Leben erwacht. Die Toten stehen wieder auf, was begraben und vergessen schien, lebt neuerlich auf, die nationalistischen Schreier fordern „von Rechts wegen" die Rückgabe der geraubten Provinzen und auch die am vernünftigsten gebliebenen Sozialisten erklären, dass die Frage nun wieder auf der Tagesordnung stehe, der Krieg alles neu in Fluss gebracht habe und die Bevölkerung Elsass-Lothringens über ihr Schicksal entscheiden solle.

Die sozialistische Politik, die ihren Prinzipien auch im Kriege treu bleibt, weiss heute, wie sie es im Frieden wusste, dass diese Frage nicht „von Rechts wegen" entschieden werden kann, dass es sich nicht um die Sühne eines „historischen Unrechts" handeln darf, sondern die Lebensbedürfnisse der Lebenden der einzige Massstab sein müssen. Und damit fallen ohne weiters die naiven Vorschläge, die einige Franzosen während des Krieges machten, dass die ehemalige Bevölkerung von Elsass-Lothringen zur Entscheidung gerufen werden

---

[1]) Hervé, S. 106.
[2]) Sembat, S. 217.

möge, also auch die seit anno 70 nach Frankreich Ausgewanderten zur Abstimmung berechtigt sein sollen, dagegen nicht die Eingewanderten ohne weiters aus dem Bereich sozialistischer Erwägung.

Mit der strikten Ablehnung aller „historischen Ansprüche" verschwinden die Missverständnisse in den Kontroversen zwischen deutschen und französischen Sozialisten über die Forderung der Volksentscheidung über das Schicksal Elsass-Lothringens. Die französischen Sozialisten können gegen die deutschen nur dann einen Vorwurf erheben, wenn sie sich wieder auf den Standpunkt „historischer Ansprüche" stellen, also jenen verlassen, den sie vor dem Kriege so deutlich eingenommen haben, den Sembat so scharf präzisiert, wenn er sagt: „Es ist wahr, dass nach einer Zeit die Gewalttat zur vollzogenen Tatsache wird."[1])

Ausserdem werden die Überlegungen der französischen Sozialisten aber auch dadurch unklar, dass sie nicht unterscheiden zwischen der demokratischen Methode der Lösung internationaler Fragen, die das Proletariat einst anwenden wird, wenn es die Macht hat, und den Forderungen der Demokratie, die es an die Kriegsmethode der Gegenwart stellen kann.

Die Sozialdemokratie erstrebt das Selbstbestimmungsrecht der Nationen innerhalb der demokratischen Vereinigten Staaten von Europa.[2]) Über die Abgrenzungen innerhalb derselben wird nicht eine einzelne Nation oder die Bevölkerung eines einzelnen Gebietes entscheiden können, sondern nur die Gesamtheit aller Völker, ausgehend vom Grundsatz der Gleichberechtigung der Nationen.

Wenn der Sozialismus dieses Ziel erreicht, werden alle Fragen der Landkarte Europas, und also auch wohl die Elsass-Lothringische, neu aufgerollt und demokratisch geregelt werden. Jede dieser Fragen wird dann eine internationale sein.

Gedankengänge aus dieser Zukunft werden nun von den französischen Sozialisten kritiklos in die Gegenwart übertragen. Sie übersehen ganz, dass die Sozialisten aller Länder sich zwar gemeinsam Vorstellungen bilden können, wie sie einst Europa organisieren werden, dass aber in der Gegenwart, wo der Krieg entscheidet, die Frage, was mit einem eroberten Gebiet geschieht, zu einer rein innerpolitischen wird. Würde das Unwahrscheinliche geschehen und Frankreich siegen, so hängt die Entscheidung, ob Elsass-Lothringen

[1]) Sembat, S. 155.
[2]) Vgl. über dieses Ziel auch Sembat, S. 268.

zur Beschlussfassung über sein Schicksal berufen werden soll oder ungefragt direkt annektiert wird, einzig von dem Machtverhältnis der Parteien in Frankreich ab, in keiner Weise aber von Deutschland. Siegt Deutschland, so besteht bezüglich Elsass-Lothringen der status quo ante, ist also die Frage dasselbe innerpolitische Problem wie vor dem Kriege, dessen Lösung im Moment des Kriegsabschlusses wohl kaum aktuell sein kann.

So recht also die französischen Sozialisten haben und so sehr sie ihre demokratische Pflicht erfüllen, wenn sie die Forderung erheben, dass Elsass-Lothringen über sein Schicksal durch Abstimmung entscheide, falls Frankreich siegen sollte, so zeigt es doch von mangelnder Einsicht in das Problem, wenn sie diese Forderung ihrer Bedingtheit entkleiden und der deutschen Sozialdemokratie zumuten, sie in ganz anderem Sinne zu der ihrigen zu machen.

Da in Frankreich heute die Elsass-Lothringische Frage so aufgefasst wird wie bei uns die polnische, also als „Befreiung" gewertet wird, so ist es die Erfüllung ihrer Pflicht im Kampfe gegen Annexionen, wenn die französischen Sozialisten die Befragung der Bevölkerung des Landes im Falle seiner „Befreiung" fordern.

Gegenüber den Maximen der alten Staatskunst, die in den Menschen nur Zahlen sieht und ihr ganzes Streben darauf konzentriert, möglichst viele Untertanen und möglichst grosse Landgebiete zu beherrschen, erhebt die Demokratie die Forderung, dass keine neuen gewaltsamen Annexionen stattfinden und im Falle der „Befreiung" die Völker über ihr Schicksal selbst entscheiden mögen.

Die Ordnung der internationalen Beziehungen von Rechts wegen besteht heute noch nicht, die Waffengewalt entscheidet, wem das Verfügungsrecht zukommt. Die Demokratie muss sich in dieser Lage bescheiden, ihre Forderungen auf die Möglichkeit eines Vetos der Bevölkerung des strittigen Gebietes zu beschränken. Dieses Veto kann natürlich kein Recht aus eigener Kraft dieser Bevölkerung sein. Sie verdankt es nur der Macht der demokratischen Elemente des siegreichen Landes.

Der oberste Gesichtspunkt des Proletariats ist auch in der Frage der Änderung der staatlichen Grenzen die Politik des Friedens, die es stets gemacht hat. Die Politik des Friedens geht aber, wie Sembat so klar erkannt hat, aus von der Anerkennung des Status quo. Er sagt:[1])

[1]) Sembat, S. 155.

„Wir anerkennen kein Recht des Krieges. Aber es ist wahr, und das hängt nicht von unseren Wünschen und unserer Zustimmung ab, dass nach einer Zeit die Gewalttat zur vollendeten Tatsache wird.

Wir hassen den Krieg und wir wollen den Frieden: Der Wunsch nach dem Frieden hat nun nur Sinn, wenn man den Status quo anerkennt, die vollendete Tatsache.

Darin liegt es, dass die Internationalisten, die Feinde des Krieges, keineswegs so unlogisch sind, wie es scheinen mag."

Man mag die Sozialisten verhöhnen, dass sie so konservativ sind und den Status quo zur Grundlage ihrer auswärtigen Politik machen. Sie wollen und werden die Welt neu organisieren, aber nicht durch die Methode des Krieges. Ihr gegenüber sind sie tatsächlich konservativ und wollen nur Änderungen des Status quo ante zulassen, die keine Gefahr neuer kriegerischer Verwicklungen in sich tragen.

Wenn die französischen Sozialisten dies in Rücksicht ziehen, dann werden sie begreifen, dass die deutschen keine andere Politik machen können, als die sie selbst vor dem Krieg gemacht haben, dass die deutschen jetzt nicht von der Elsass-Lothringischen Frage zu reden haben, sondern ihre Pflicht erfüllen, wenn sie alle ihre Kraft gegen neue gewaltsame Annexionen einsetzen.

□□□

Im Kampf gegen Lüge und Aberglauben zählen die Menschen mit Behagen die vielen Arten des Aberglaubens auf, welche sie bereits zerstört haben. Das ist nicht ungefährlich; denn man darf nicht ruhen bis man allen Aberglauben vernichtet hat, alles was der Vernunft widerspricht und nur Glauben voraussetzt. Der Aberglauben ist wie ein Krebsgeschwür, das man mit der Wurzel herausschneiden muss. Bleibt nur der kleinste Keim zurück, so muss die Operation immer wieder von Neuem begonnen werden.

Leo Tolstoi.

Die Demokratisierung Ungarns.

Von JOSEF DINER-DÉNES, Budapest.

Die Ungarn galten seit jeher als freiheitsliebendes Volk. Die Kämpfe der Jahre 1848/49 und die Deutung, die Marx und Engels diesen Kämpfen gaben, bekräftigten diese Meinung auch für die moderne demokratische und sozialdemokratische Welt, und allüberall, wo man freiheitlich fühlte, schwärmte man für die Ungarn, als sie nach dem militärischen Niederbruch im Jahre 1849, den die Habsburger mit der Hilfe des russischen Zaren erzwangen, sich nicht beugten, sondern — wenn auch nicht militärisch, doch politisch — in energischester Weise gegen den Wiener Absolutismus weiterkämpften.

1867 machten dann die Ungarn ihren Frieden mit Wien und den Habsburgern. Der gute Ruf als freiheitsliebendes Volk aber blieb ihnen, denn bei diesem Frieden erzwangen sie die Wiederherstellung der „Verfassung“, und richteten sich auch ganz nach dem damals als höchste demokratische Errungenschaft geltenden „bürgerlich-liberalen“ System ein. Die liberalen Doktrinäre, die das neue Ungarn politisch einrichteten, taten ihr Möglichstes, ein echt „bürgerlich-liberales“ Regime zu schaffen. Aber Wirklichkeit konnte es doch nicht werden. Es gab eben damals noch kein ungarisches Bürgertum. Die einzig herrschende Klasse war der Adel, jener selbe Adel, der auch vor 1848 geherrscht. Ganz allein seine Vertreter bildeten auch das Parlament, ergänzt durch einige bürgerliche Vertreter der Städte, die auch schon unter der ständischen Verfassung vor 1848 im Reichstage Sitz hatten, dann durch die bürgerlichen Vertreter der Siebenbürger Sachsen, deren Verfassungsrechte ebenfalls schon sehr alten Ursprungs waren, sowie ganz wenigen Nationalitäten- und jüdischen Abgeordneten, denen erst die neue Verfassung den Zugang zum Parlament geöffnet hatte.

Unter solchen Verhältnissen konnte sich selbstverständlich das doktrinär-liberale Regime des Jahres 1867 nicht lange halten. Schon 1869 begann es zu kriseln, bis 1875 das System gänzlich zusammenbrach und unter Koloman v. Tisza, dem Vater des Grafen Stefan Tisza, ein reines Adelsregime, oder, wie es sich selber gerne nannte, „Gentryregime", eingerichtet wurde. Nach aussen hin war von dieser gewaltigen Wandlung allerdings wenig zu merken. Koloman Tisza war schlau genug, nach aussen hin die parlamentarischen und liberalen Formen beizubehalten, ja noch schärfer zu betonen als vorher, während er sie im Wesen gänzlich verfälschte. Das 1868 geschaffene Nationalitätengesetz wurde einfach nicht durchgeführt. Dieses Gesetz, das auch die Zustimmung der Nationalitäten gefunden, hätte schon damals diese für Ungarn allerwichtigste und allergefährlichste Frage völlig lösen können. Koloman Tisza verweigerte seine Durchführung unter dem Vorwande, dass es die Einheit des ungarischen Staates gefährde, in Wahrheit weil es die Alleinherrschaft der ungarischen Gentry bedrohte. Aus demselben Grunde wurde auch das liberale Volksschulgesetz nicht durchgeführt, trotzdem es berufen war, die Einheit des ungarischen Staates zu festigen.

Die Krönung dieser unbeschränkten Gentryherrschaft waren aber die Wahlgesetze für den Reichstag und die autonome Verwaltung, während die famose Durchführung dieser Gesetze zum Fundament der Gentryherrschaft wurde. Und auch hierin wurden ganz schlau die demokratischen Formen nach aussen hin gewahrt, auf dass die unbeschränkte Gentryherrschaft sich auch weiterhin dem Auslande gegenüber als liberal, ja als demokratisch aufspielen könne. Und so ist es bis heute geblieben.

Die Verwaltung in den Komitaten ist durchaus autonom, und diese Autonomie ist sogar mit allerlei politischen Rechten ausgestattet, aber die Beamten, die alle sechs Jahre neu gewählt werden, repräsentieren in jedem Komitate eine Oligarchie, weil ihre Wahl ganz und gar von dem Wohlwollen einiger im Komitate herrschenden Familien

abhängt. Die Wahl der Reichstagsabgeordneten hängt aber ganz und gar von dem Wohlwollen der Regierung und dieser Beamten ab. Da wir in Ungarn ein Zensuswahlrecht mit sehr beschränkter Wählerzahl (kaum über 1,100,000 Wähler) und öffentlicher Abstimmung haben, wurde die Wahlmache mit Hilfe von amtlicher Pression, Stimmenkauf und Bewirtung so kunstvoll ausgebildet, dass jedwede Regierung die Möglichkeit hatte, sich eine grosse Majorität zusammenzuschachern. Im Jahre 1913 schuf wohl Graf Stefan Tisza eine Wahlrechtsreform, auf die er sich als „demokratischen Fortschritt" sehr viel zugute tut, aber ihre einzige „demokratische" Errungenschaft ist, dass in 66 städtischen Bezirken die Abstimmung geheim sein wird, und dass in diesen Bezirken auch ein Teil des Proletariats, das bisher vom Stimmrecht völlig ausgeschlossen war, dasselbe bekommen hat; im übrigen aber bedeutet diese Wahlreform keinen Fortschritt, sondern einen entschiedenen Rückschritt, weil sie auf der ganzen Linie der Willkür der Regierung und der Oligarchen noch mehr Spielraum lässt.

* * *

Diese Gentryherrschaft stürzen und Ungarn in Wahrheit demokratisieren, das ist nun die Aufgabe, vor der wir stehen. Die Aufgabe ist schwierig, aber lange nicht so schwierig, wie etwa in Preussen-Deutschland. Die ungarische Gentryherrschaft steht weit ab von der preussischen Junkerherrschaft. Viel weicher und geschmeidiger und zumal politisch viel talentierter und geschulter durch das jahrhundertelange Ringen um Geltung und Bestand, bildet die ungarische Gentry keine abgeschlossene Kaste, wie die preussischen Junker. Wer sich ihrem Gehaben anzupassen verstand oder gar ihren Interessen dienlich war, den nahmen sie nicht nur politisch, sondern meist auch gesellschaftlich mit offenen Armen auf, ohne Rücksicht auf Abstammung, ja auch ohne Rücksicht auf Religion. So ist denn heute die ungarische Gentry von allerlei Bürger-, Bauern- und Judenstämmlingen durchsetzt, und

sind Deutsche, Slowaken, Rumänen, Serben, Juden und sonstige Fremdelemente die treuesten und festesten Stützen der ungarischen Gentryherrschaft.

War diese „offene Türe“ bisher die Stärke der ungarischen Gentryherrschaft, so kann sie nun leichtlich zur Stärke der Demokratie werden. Wir brauchen nur durch diese „offene Türe“ statt der Wenigen die Vielen einzulassen, ohne Rücksicht auf ihr Gehaben und welchen Interessen sie dienen. Drum hat auch in Ungarn das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht noch ganz andere Bedeutung, als in welchem Lande immer. Wir haben eben, zum Unterschied von Preussen-Deutschland, die äusseren Formen der Demokratie, wie auch des Parlamentarismus schon seit 1867, und brauchen sie jetzt nur mit Hilfe des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes mit wahrem demokratischen Gehalt zu erfüllen.

* * *

Würde es sich bei der Demokratisierung Ungarns nur um den Sturz der Gentryherrschaft handeln, wäre sie längst schon durchgeführt. Aber mit der Demokratisierung würden neben Demokraten, Radikalen und Sozialisten auch sofort die ungarländischen Nationalitäten auf dem politischen Plane erscheinen. Und wenn man vor den ersteren schon das Gruseln verlernt hat, doch nicht vor den letzteren. Und nicht bloss in Budapest. Dass man in Berlin vor einem politischen Aufstieg der ungarländischen Nationalitäten Angst hat, trotzdem derzeit mehr als eine Million ungarländischer Deutscher sich politisch vollkommen solidarisch fühlt mit den ungarländischen Slowaken, Serben und Rumänen, ist begreiflich. Bei aller Wesensverschiedenheit war doch die ungarische Gentryherrschaft ein treuer Genosse der preussischen Junkerherrschaft. Aber auch in Wien hat man Befürchtungen wegen eines Aufstieges der ungarischen Nationalitäten, und zwar mehr in den demokratischen und sogenannt liberalen Kreisen, als in den konservativen. In diesen letzteren war man von jeher der ungarischen Oligarchie gegnerisch, und würde deshalb

einen Zusammenbruch der Gentryherrschaft gerne sehen. Die sogenannt liberalen Kreise, die recht eigentlich nur auf die deutsche Bureaukratie und deutsche Grossbourgeoisie sich beschränken, fanden bisher in der ungarischen Gentryherrschaft die treueste Stütze ihrer eigenen Herrschaft, sind also aus ureigenstem Interesse gegen die Demokratisierung Ungarns. Ganz merkwürdig aber ist das Verhalten der Wiener demokratischen Kreise, die sich aus der deutschen Sozialdemokratie rekrutieren und jenen deutschbürgerlichen Elementen, die sich in und um die im Vorjahre gegründete österreichische politische Gesellschaft gruppieren. Während diese Kreise klugerweise ganz zielbewusst der Autonomie der österreichischen Nationalitäten zustreben, also einer Föderalisierung nicht etwa der Kronländer, aber doch der Nationalitäten, scheuen sie sich vielfach vor einer völligen Demokratisierung Ungarns. Die gute Einsicht wächst wohl auch in diesen Kreisen, aber noch besorgen viele, dass dies eine Zurückdrängung des Ungartums wäre und damit Ungarn nicht demokratisch, sondern reaktionär werden könnte.

Diese Besorgnis ist aber durchaus unbegründet. Die ungarländischen Nationalitäten, die bisher durch die ungarische Oligarchie an der politischen Geltendmachung verhindert wurden, kokettierten wohl die ganze Zeit her stark mit den Wiener Konservativen, weil diese ebenfalls Gegner der ungarischen Oligarchie waren. Aber haben nicht auch die ungarischen Radikalen und selbst wir ungarischen Sozialisten im Laufe der Jahre allerlei Beziehungen — direkt und indirekt — zu den Wiener Konservativen und dem Kreise des verstorbenen Thronfolgers Franz Ferdinand gehabt, weil wir von dorther Unterstützung im Kampfe gegen die ungarische Oligarchie erhielten? Wie oft wurden wir in Ungarn als „Burgjakobiner" und „Hofsozialisten" verhöhnt! Wurden wir deshalb weniger verlässlich für die Demokratie? Und das gleiche gilt auch für die ungarländischen Nationalitäten. Dieselben sind in der überwiegenden Mehrzahl ihrer Führer und — was mehr gilt — in ihren Massen durchaus verlässlich für die weitest-

gehende Demokratie, wie ich das in jahrelanger enger Fühlung mit den Führern und Massen der Nationalitäten erkannt habe.

Völlig unbegründet ist auch die andere Besorgnis, dass mit dem Erscheinen der ungarländischen Nationalitäten auf dem politischen Plane, in Ungarn dieselben parlamentarischen Zustände entstehen würden, wie sie ein Vierteljahrhundert lang in Österreich herrschten. Vor allererst wird es wohl niemals einer ungarischen Regierung beifallen, die Nationalitäten gegeneinander zu hetzen, nur um parlamentslos regieren zu können, wie das von Taafe bis Stürgkh fast alle österreichischen Regierungen getan haben.

Und noch Eines! Die ungarische Demokratie wird nie und nimmer in den österreichischen Fehler verfallen, bald der einen, bald der anderen Nationalität Konzessionen zu gewähren und sie wieder zu entziehen und so allesamt unzufrieden zu machen. Das versuchte 1913 der beschränkte Junker Tisza. Er sagte den Rumänen allerlei Konzessionen zu, nur um sie seiner Politik gefügig zu machen, kam aber nicht zum Ziele. Die ungarische Demokratie darf und kann aber nicht so vorgehen. Sie muss gleich von vornherein allen Nationalitäten nicht bloss die volle politische Gleichberechtigung mit den Magyaren geben, sondern auch die volle Gleichberechtigung in der Verwaltung und auf kulturellem Gebiete.

Schon hat sich ja die ungarische Demokratie zu der von Wilson aufgestellten These vom Selbstbestimmungsrecht der Völker bekannt. Die ungarischen Sozialdemokraten taten das in Stockholm und Graf Michael Karoly, dieser zielbewusteste Vorkämpfer der ungarischen Demokratie, tat das in offener Parlamentssitzung. Und mit gutem Grunde. Denn aus einem demokratischen Ungarn, wie wir es planen, wird keine Nationalität hinausstreben, so wenig, wie irgendeine der schweizerischen Nationalitäten aus der Schweiz hinausstrebt. Das demokratische Ungarn wird in seiner Art eine Schweiz des Ostens werden. Ein sicherer Hort für alle Völkerteile, die es umfasst, damit die stärkste Friedensgarantie für den Osten Europas, der vor

dem Kriege der Wetterwinkel war und wenn man nach den Rezepten der alten und veralteten Staatsmänner vorgehen wird, es auch nach dem Kriege zu bleiben droht.

* * *

Wie weit Ungarn jetzt schon auf dem Wege der Demokratisierung hält, wie und wann es dieselbe voll durchführen wird, darüber zu sprechen, wird sich vielleicht noch ein andermal Gelegenheit bieten.

□□□

Das schlimmste Übel, an welchem unsere Welt krankt, ist nicht die Macht der Bösen, sondern die Schwäche der Besten. Und diese Schwäche hat ihre dreifache Wurzel in der Trägheit des Willens, in dem Erschrecken vor der eigenen Unabhängigkeit, in der Schüchternheit zum Guten. Selbst die Mutigsten sind nur zu geneigt, kaum von ihren Ketten befreit, sich andere anlegen zu lassen; man hat sie von einem gesellschaftlichen Aberglauben nur erlöst, um mit anzusehen, wie sie sich begeistert vor den Triumphwagen eines neuen Götzen spannen. Nur nicht selbst denken müssen, nur immer sich lenken lassen. Diese Abdankung des Individuums ist der Kern allen Übels. Gerade das ist die Pflicht jedes Menschen, keinem andern — und wäre es der Beste, der Treueste, der Geliebteste — die Sorge zu überlassen, für ihn zu entscheiden, was gut und was schlecht ist. Die Antwort auf diese Frage soll jeder Mensch selbst suchen, und soll sie sein ganzes Leben lang suchen, wenn nötig, mit der hartnäckigsten Geduld. Besser eine Halbwahrheit, zu der man sich selbst durchgerungen hat, als die ganze Wahrheit, die man von andern gelernt hat, nachplappernd wie ein Papagei. Denn eine Wahrheit, die man blind hinnimmt aus Unterwürfigkeit, aus Gefälligkeit, aus Liebedienerei — eine solche Wahrheit ist keine Wahrheit mehr, eine solche Wahrheit ist eine Lüge.

Romain Rolland in „Les Tablettes“.

—

Irreale Realitäten.

Von Dr. LUDO M. HARTMANN.

Die „Realpolitik“ ist bei fortschrittlich gesinnten Leuten in Misskredit gekommen, weil die Methode, die Bismarck und die Staatsmänner seiner Schule darunter verstanden haben, wenn man es recht betrachtet, nicht nur im Gegensatze zum Fortschritte der Menschheit stand, sondern sub specie aeterni gar nicht Realpolitik war. Die gegenwärtige Machtverteilung wurde zur Grundlage der Berechnung, und die Imponderabilien, die oft nichts anderes sind, als die ersten Andeutungen einer Machtverschiebung nach der Zukunft hin, wurden als quantité negligeable ausgeschaltet. So wurde diese Realpolitik, die prinzipiell die Prinzipien verachtete, eine Politik für die Gegenwart und gegen die Zukunft.

Demgegenüber hat sich eine andere politische Methode entwickelt, die ich die Politik im luftleeren Raume nennen möchte. Sie sieht — und das ist Recht und Pflicht — die Endziele der Entwicklung und stellt sich nach ihnen ein; sie ist daher prinzipiell. Im siegesfrohen Glauben an die Zukunft projiziert sie aber diese in die Gegenwart. Sie bekämpft nicht nur die Mächte der Gegenwart und verweigert ihnen die Anerkennung, sondern sie übersieht sie. Sie ist sich ihrer Logik bewusst und glaubt deshalb, über die Kategorien des Raumes und der Zeit hinweggehen zu können. Sie verwechselt die Idee mit der Wirklichkeit und ist eine Politik nicht nur gegen, sondern auch ohne die Gegenwart.

So kommt es, dass die Anhänger beider entgegengesetzter Methoden gewisse Realitäten nicht erkennen, und andererseits Irrealitäten, die noch nicht oder nicht mehr real sind, als Realitäten behandeln, — wie dies in der Kriegszeit nur allzu deutlich wird.

Die Alldeutschen und die französischen und englischen

Chauvinisten begegnen sich naturgemäss in demselben Gedankengange. Sie sind auf beiden Seiten Jusque-à-boutisten und sehen das Ende in einer absoluten victoire. Sie beharren auf diesem Standpunkte, obwohl z. B. die Aushungerung der Zentralmächte und die Durchbrechung ihrer Front — die Voraussetzung der Ententisten — sich als utopisch erwiesen hat. Aber noch weit mehr liegt das Chimärische ihrer Argumentation im angestrebten Ziele der angeblich realen Machterweiterung. Die Alldeutschen, wie die Entente-Chauvinisten, sehen das Heil in Annexionen, indem sie noch ganz in dem Bannkreise der merkantilistischen Staatsauffassung befangen sind, welche die Macht eines Staatswesens nach der Anzahl der zugehörigen Quadratmeilen bemass, dessen einziger Kitt die dynastische oder obrigkeitliche Regierung war, welche nach besten Kräften für die Absperrung gegen aussen sorgte und die Interessen der Untertanen nur soweit in Rechnung stellte, wie sie als Steuerobjekte zu verwerten waren. Ob nun die Alldeutschen und Schwerindustriellen das Briey und Nordfrankreich oder die Chauvinisten das linke Rheinufer annektieren möchten, so gehen sie von dem rein äusserlichen Machtstandpunkte aus, von dem aus nur die Gebietserweiterung und die Erleichterung der Ausnützung gewisser Industriegebiete gewertet wird, nicht aber im entgegengesetzten Sinne die Durchbrechung der natürlichen nationalen Grenzen und die Hinzufügung von Millionen nicht assimilierbarer Untertanen — die niemals wirklich Bürger werden könnten — und die beständige Kriegsgefahr mit ihren Militärlasten und wirtschaftlichen Nachteilen, die das von ihnen — gutgläubig oder von ihrem Interessenstandpunkte aus — geforderte Vorgehen für alle Zukunft nach sich ziehen würde. Für diese realen Tatsachen sind sie blind. Ebenso irreal aber im höheren Sinne sind die hüben und drüben hervortretenden wirtschaftlichen Absperrungstendenzen, die auf die gleichen Anschauungskreise zurückführen. Der wirtschaftliche Nachteil des Gegners wird als eigener wirtschaftlicher Vorteil gebucht; für diese Leute gibt es keine Weltwirtschaft. Besser im

eigenen Lande zehnmal so teuer produzieren, als dem Nachbarn zum Vorteile der eigenen Konsumenten und auch der eigenen Gesamtproduktion den auch ihm zugute kommenden Import ins eigene Land zu gestatten. Sie machen die ausschweifendsten Pläne, um den eigenen Lieferanten und Abnehmer wirtschaftlich zu ruinieren und die internationale Arbeitsteilung durch eine künstliche Autarkie in ihrem Marsche aufzuhalten. Auch hier sehen sie die Realitäten nicht oder wollen sie nicht sehen, weder die aus ihrer Methode immer wieder erstehenden Konflikte noch auch die tatsächlich schon bestehende, gerade in diesem Kriege deutliche und durch nichts aufzuhaltende Verkettung der weltwirtschaftlichen Interessen. In letzter Linie verkennen sie, wenn sie sich mit noch so viel demokratischem Öle salben mögen, das Grundprinzip der Demokratie, das weder Herren noch Knecht, weder Herrenvolk noch Sklavenvolk anerkennt und nicht nur jedem Bürger im Staate, sondern auch jedem Staate in der Staatengesellschaft die Möglichkeit zuspricht, seine produktiven Fähigkeiten zum Nutzen des Ganzen zu entwickeln und zu verwerten.

Auf der anderen Seite stehen die Gläubigen der Zukunft und Illusionäre der Gegenwart, die unter dem Eindrucke des ungeheueren Unglückes, das über die Menschheit gekommen ist und in der Reaktion gegen die Männer der Vergangenheit gerade jetzt aus den Reihen der Idealisten in den feindlichen Lagern Zuzug bekommen haben und Protest erheben gegen das, was ist. Sie fühlen und sehen das Elend dieser Welt und wollen sie aus den Angeln heben durch ihren guten Willen, auch durch ihr Martyrium. Sie bemühen sich, objektiv zu sein und sind vielleicht mitunter ungerecht gegen ihr eigenes Land, werden aber jedenfalls im eigenen Lande als Verräter gebrandmarkt. Das erscheint ihnen geradezu als Ruhmestitel, da sie auch das Recht und die Pflicht der Landesverteidigung verneinen. Sie fühlen sich als international oder vielmehr als anational, und eben deshalb unterschätzen sie die sehr realen Zusammenhänge, die zwischen den Nationsgenossen tatsäch-

lich bestehen. Die vereinigten Staaten Europas sind ihr sehr vernünftiges und sehr erstrebenswertes Ziel, aber sie vergessen nicht nur, dass ihnen heute noch sehr starke Kräfte widerstreben, sondern dass zunächst die Einzelstaaten derart umgestaltet werden müssen, dass sie sich auf einer engeren gemeinsamen Grundlage vereinigen können. Sie wollen vor allem den Frieden; aber sie sehen nicht, dass, wenn in einem Lande alle Landesverteidiger die Waffen niederlegen würden, es leicht die Beute des nicht so fortgeschrittenen gegnerischen Landes und daher eine Beute der Reaktion wäre. Dies gilt z. B. heute für Deutschland. Es gilt nicht für Russland, da die in Deutschland Mächtigen — aus welchen Gründen immer — keine Expansionstendenzen nach dem Osten mehr haben. Deshalb wäre das grosse Russland, das Russland der Revolution, der berufene Friedensstifter; es hat grosse Schritte in dieser Richtung getan; aber Kerenskis Offensive zeigt, dass auch in Russland der absolute Wille zum Frieden noch nicht der Wille der Machthaber ist. Doch sind hier die Voraussetzungen die günstigsten, und es besteht Hoffnung, trotz seiner kapitalistischen Abhängigkeit vom Westen. Aber wie steht es in den anderen Ländern, wo das alte Régime noch stark, der Staat noch unerschüttert ist? In Frankreich untersucht man die Möglichkeit einer Revolution in Deutschland, und wenigstens die Kenner der Verhältnisse verneinen sie, wahrlich mit Recht; in Deutschland hofft man mitunter auf eine Revolution in Frankreich, aber man hat nur sehr, sehr schwache Anhaltspunkte für die Möglichkeit. Sogar die Italiener, die sich zu zehn vergeblichen Isonzoschlachten vortreiben liessen, scheinen vorläufig nicht reif für eine Revolution im Kriege. Ähnlich steht es aus verschiedenen Gründen in den anderen Ländern. Jedenfalls ist es eine Illusion, zu glauben, dass der Krieg auf diese Weise jetzt beendigt werden kann, mögen auch in dem einen oder dem anderen Lande unter dem Drucke der Kriegsnot noch unerwartete Dinge geschehen. Eine allgemeine Anwendung der Methode ist ausgeschlossen. Es fehlt die Organisation gegen den Staat, und un-

klare Stimmung und Stimmung einer Minorität kommt in den Schützengräben nicht zu Gehör. Dabei mag dahingestellt bleiben, was sich nach dem Kriege ereignen wird, und welche Umwälzungen uns bevorstehen. Das Dringendste aber ist die Herbeiführung des Friedens, und wenn auch jedem seine Zukunftshoffnungen unbenommen bleiben, muss er doch mit den Machtverhältnissen rechnen, wie sie sind. Und da die allgemeine Verbrüderung noch nicht reif ist, so müssen die Möglichkeiten gefunden werden, die ihr für die Zukunft nicht im Wege stehen. Auch wenn alle Soldaten in allen Schützengräben die Waffen niederwerfen würden, müsste auf einer Konstituante die Neuordnung Europas erwogen und beschlossen werden. Heute ist die Aufgabe unendlich schwieriger. Aber auch innerhalb dieser realen Welt können die Völker wenigstens versuchen, sich über die Voraussetzungen zu einigen, die unter den heutigen Verhältnissen die bestmöglichen sind, wie sie es auf der Stockholmer Konferenz auf Grund des russischen Friedensprogrammes anstreben.

Aber um diese notwendige Arbeit nicht zu stören, ist es notwendig, dass nicht Irrealitäten als real und Realitäten als irreal bewertet werden.

Ende Juli 1917.

□□□

Wie ist doch die bloss ironische Art das Leben zu betrachten schädlich, ansteckend und unnatürlich; dieses ewige Lächeln des überlegenen Kritikers, des herzlosen Spötters, der alles benagt und unterwühlt, der sich gar nicht bestrebt, seine persönliche Pflicht zu erkennen oder verwundbare Gefühle zu schonen und überhaupt nicht handeln will, sondern nur zeigen, dass er alles versteht! Blosse Kritik als Gewohnheit, Grimasse, Manier, bedeutet den Verzicht auf sittlichen Ernst, auf Glauben und Kraft.

H. F. Amiel.

Verträge als Mittel der Kriegsverhütung.

Von L. S. WOOLF, London.

Europens Wage ist nun doch im Gleichgewicht!
Gott sei's gedankt, die Schalen sind gleich schwer,
Doch leider Gottes sind sie beide leer.
Swift nach dem spanischen Erbfolgekrieg.

Das vorstehende Motto ist dem trefflichen Berichte vorausgeschickt, den L. S. Woolf im Juli 1916 den Londoner Fabiern über die Organisation einer Rechtsverfassung Europas erstattet hat. In echt englischer Weise wird darin an der Hand der Erfahrung die Wirksamkeit der verschiedenen Mittel zur Kriegsverhütung und Pflege der gemeinsamen Interessen der Völker geprüft und auf Grund der Ergebnisse ein Projekt der künftigen Völkerverfassung vorgeschlagen, auf welches bereits in Stockholm und in Petersburg vielfach Bezug genommen worden ist und bei den künftigen Friedensverhandlungen sicherlich zurückzukommen sein wird. Wir veröffentlichen mit Erlaubnis des Verfassers und der Fabiergesellschaft ausgewählte Teile des Berichtes und den Verfassungsentwurf für das Neue Europa.

In den Begriff „Verträge" schliesse ich selbstverständlich alle internationalen Übereinkommen ein, ob sie nun die Form von Verabredungen oder von Erklärungen usf. annehmen. Es ist nur wenig bekannt, in welch grosser Anzahl solche Verträge bereits existieren. Schlägt man, auf gut Glück, das Sammelwerk von Martens auf: „Recueil Général de Traités", so findet man in einer einzigen Serie, die nicht einmal erschöpfend ist, zwischen 800 und 900 Verträge, die in den Jahren 1874—1883 abgeschlossen wurden. Diese Vereinbarungen befassen sich mit den Fragen, welche sich auf die vier oben genannten Verhältnisse*) beziehen. Zum allergrössten Teile

*) Verf. hat vorher die Verhältnisse, welche leicht zum Kriege führen können, „in groben Umrissen" in vier Gruppen geordnet:

1. Juristische Streitigkeiten z.B. über die Auslegung eines Vertrages, die Ausübung von Vertragsrechten und die Erfüllung von Vertragspflichten, Grenzregulierungen, Delikte.
2. Wirtschaftliche Streitigkeiten, z. B. bezüglich kommerzieller oder finanzieller Interessenkonflikte.
3. Politisch-administrative Streitigkeiten, z. B. über die Zugehörigkeit von Gebieten, die Behandlung unterworfener Völker, die koloniale Ausdehnung, über nationale Einheit oder Hegemonie, Einflusssphären usw.
4. Streitigkeiten aus gesellschaftlichen Beziehungen der Völker, z. B. über Ehrenfragen.

sind dieses Verträge auch gewisenhaft eingehalten worden. In der Gesellschaft der Völker ersetzten sie gewisserwassen das Gesetzesrecht. Z. B. bildet die Gesamtheit der französisch-englischen Verträge quasi das Gesetzesrecht, welches das Verhältnis der beiden Völker zueinander regelt.

Gehen wir nun dem Werden dieser Verträge nach, so offenbart sich das eigentliche Problem der Kriegsverhinderung. Die Schwierigkeiten bestehen vor allen Dingen darin, Garantien zu verlangen, welche die Erfüllung der Verträge verbürgen; dann aber auch die Möglichkeit zu schafen, bereits abgeschlossene Verträge veränderten Verhältnissen neu anzupassen. In jedem Gemeinwesen, in dem Institutionen sich bilden und wieder vergehen, ist vor allem eine Einrichtung notwendig, welche das Vorhandene erhält und zugleich seine Umgestaltung auf geordnetem Wege möglich macht.

So lange nun ein Vertrag nichts weiter ist als ein Abkommen zwischen zwei oder mehreren souveränen Staaten, ist es klar, dass man dem blossen Vertrag kein Element beifügen kann, welches seine Erfüllung verbürgt. Als im Jahre 1867 eine gewisse Anzahl europäischer Staaten im Vertrag zu London Luxemburg als neutralen Staat konstituierten, suchten sie die Einhaltung dieses Vertrages dadurch besonders zu sichern, dass sie die Neutralität auch noch garantierten. Sie stellten sie unter die kollektive Garantie der Vertragsstaaten. D. h. erst kamen sie überein, die Neutralität Luxemburgs zu respektieren. Sodann kamen sie überein, nicht die Neutralität zu garantieren, sondern die Gültigkeit ihres eignen, soeben geschlossenen Vertrages. Setzen wir den Fall, die Mächte wären nur übereingekommen, aus Luxemburg einen neutralen Staat zu machen, und diese Neutralität zu respektieren. Wollte dann einer der Staaten diese Neutralität brechen, so hätte er sich sicherlich nur zu fragen: wird einer der andern Staaten diesen meinen Vertragsbruch als einen casus belli ansehen? Anders ist es aber auch dann nicht, wenn die Neutralität unter der gemeinsamen Garantie der Vertragsmächte steht. Es gibt keine „Sanktion“ und keine „Garantie“ ausser der Übereinstimmung der einzelnen souveränen Staaten. Das Hinzufügen der Worte „Sanction“ oder „garantie collective“ erhöht einigermassen die feierliche Form des Vertrages, aber weder im Vertrage noch ausserhalb des guten Willens der Staaten gibt es irgend etwas, wodurch die Erfüllung, die Einhaltung des Vertrages oder die Erhaltung des durch ihn geschaffenen Verhältnisses noch besonders verbürgt würde. Keine gemeinsame Gewalt, keine Organisation, keine Einrichtung oder Garantie.

Der Zweck aller Verträge ist eine bestehende Ordnung zu erhalten, eine dauernde Gesellschaft der Völker zu schaffen. Sie suchen mit Tinte und Papier den status quo zu verzeichnen und zu verewigen. Jeder Vertrag ist ein einzelnes Versprechen, und sein Wert hängt von dem guten Willen des Versprechenden und von seiner Fähigkeit, sein Wort einzulösen, ab. Der übliche Weg zu einem internationalen Abkommen zu gelangen ist das Verhandeln der Diplomatie von Fall zu Fall, und es liegt auf der Hand, dass dieses Mittel schwerlich geeignet ist, Einrichtungen von ewiger Dauer zu schaffen. Wenn man sich diese Tatsachen vergegenwärtigt, wird man sich nicht darüber wundern, dass Verträge manchmal gebrochen werden, sondern im Gegenteil, dass eine so grosse Anzahl doch eingehalten wird. Die Diplomaten selbst sehen wohl manchmal ein wie zart die Fäden sind, mit denen sie ihre internationalen Abmachungen zu knüpfen suchen. Bei der Londoner Konferenz von 1871 erklärten die Mächte feierlichst: „es sei einer der wesentlichen Grundsätze des Völkerrechtres, dass keine Macht sich von den Verpflichtungen eines Vertrages befreien oder die einzelnen Bedingungen abändern könne, ohne die Zustimmung der übrigen Mächte durch freundschaftliche Übereinkommen zu erlangen."

Trotz alledem kommt ein führender Exponent des Internationalen Rechtes in einer seiner letzten Schriften zu dem durchaus richtigen und dennoch überraschenden Schluss, dass der Wert dieser Erklärung wieder schwankend geworden sei dadurch, dass Russland 1886 plötzlich seine Zustimmung zu dem Artikel 59 des Berliner Vertrages von 1878 zurückzog und die Vertragsmächte es schweigend geschehen liessen, mit Ausnahme Grossbritaniens, welches Protest einlegte.

Die Wahrheit ist natürlich die, dass ein Vertrag doch nur durch Feilschen, Verhandlungen und wechselseitige Zugeständnisse vom Standpunkt des Augenblicks zustande kommt; wenn er dann von ewiger Dauer sein soll, und für seine Abänderung kein Modus vorgesehen wurde, so ist der sicherlich das allerschlechteste Mittel, die Ordnung zu erhalten, die durch den Vertrag eingerichtet wurde. Man kann einen solchen Vertrag eben nur dadurch abändern, dass man ihn bricht. Nur in einer sich ewig gleichbleibenden Welt könnten solche Verträge sich bewähren und dort wären sie überflüssig. Die Völker entwickeln sich unaufhörlich; dabei erleiden ihre wirtschaftlichen und staatlichen Verhältnisse oft grundstürzende Umwälzungen. Es ist deshalb bei gewissen Gelegenheiten unumgänglich nötig, dass ein Volk die Abänderung des status quo fordert. Diese kann es nur auf dem Wege der diplomatischen Verhandlungen anstreben, und jedes andere Volk, in dessen Interesse die Er-

haltung des status quo gelegen ist, kann dann stets auf das eiserne Tor der bestehenden Verträge hinweisen, welches die Völker auf alle Zeiten in einem gegebenen Zustande einschliessen möchte. Es bleibt also nur ein Mittel übrig, sich dem Vertrage zu entziehen, nämlich die Drohung, ihn zu brechen, d. h. die Drohung mit den Waffen.

Als Russland vor etlichen Jahren seine Verträge kündigte, machte Mill den Vorschlag, die Völker sollten sich grundsätzlich immer nur auf eine bestimmte Reihe von Jahren binden. In gewissen Fällen wäre dieses unzweifelhaft das einzig Richtige, und in der Tat hat man, besonders bei Handelsverträgen, bereits diesen Weg betreten. Es würde sich doch kein Geschäftsmann auf einen ewig dauernden Vertrag einlassen, und alle Verträge, die sich auf die handelspolitischen und finanziellen Verhältnisse der Völker untereinander beziehen, werden nur für einen bestimmten Zeitraum abgeschlossen. Z. B. wurde im Schlussakt der Berliner Konferenz von 1884 ,in den Artikeln 1—5 bestimmt, dass dem Handel aller Nationen im Kongogebiet volle Freiheit gewährt werde, jedoch wurde die Bedingung hinzugefügt, dass diese „franchise d'entrée“ vorläufig nur für 20 Jahre festgelegt werde. Nachher solle jede Macht das Recht haben, den Vertrag zu revidieren. Andrerseits hat die zeitliche Begrenzung eines Vertrages ihre offenkundigen Nachteile, insbesondere dort, wo grosse Entscheidungen über die politischen Beziehungen ganzer Staaten getroffen werden. Ist eine schwierige und gefährliche internationale Frage soeben erledigt worden, so ist die Aussicht, nach einigen Jahren, vielleicht in einem ungünstigen Moment, das ganze Problem in seiner ursprünglichen Form wieder aufrollen zu müssen, nicht sehr verlockend. In der Tat wurde die zeitliche Begrenzung der kommerziellen Vereinbarungen bei der Berliner Konferenz von 1884 nicht ohne Widerspruch von Seiten einiger Staaten hingenommen und zwar aus den soeben angeführten Gründen. Es ist bekannt, dass wenn der Ablauf eines Handelsvertrages zwischen zwei Völkern bevorsteht, sich eine gewisse Spannung einstellt, und man hat darauf hingewiesen, dass der Ausbruch des jetzigen Krieges in die Zeit einer solchen Spannung zwischen Deutschland und Russland fällt.

Es ist merkwürdig, dass gerade die grossen Verträge, die uns das tausendjährige Reich des Friedens bringen sollten, sich als die ergiebigsten Quellen der Konflikte herausgestellt haben. Wien und Berlin sind das beliebte Thema der superklugen Zyniker, die mit Vorliebe an internationalen Treubruch denken und die Lächerlichkeit nachweisen, die Zukunft Europas auf Verträge zu gründen, die man doch nur schliesse,

um sie zu brechen. Jedoch die Kongresse von Wien und Berlin haben nicht deshalb versagt, weil der Gedanke, das Gemeinschaftsleben der europäischen Völker auf eine geschriebene Verfassung aufzubauen, an und für sich absurd wäre: auch nicht deshalb, weil viele Einzelheiten dieser Verträge von 1815 und 1878, wie wir jetzt einsehen, auf falschen Grundsätzen beruhten. Was wir uns vor allen Dingen klar machen müssen, ist, dass diese Verträge geschaffen wurden, ehe die Welt dafür reif war. Um sich zu bewähren, müssen sich solche Verträge auf eine hoch organisierte Gesellschaft der Völker aufbauen. Solche Verträge sind gesetzliche Dokumente, die in mehr oder weniger präziser Form die Verfassung Europas und die Rechte und Pflichtei der Völker bestimmen. Aber die Schöpfer der Verfassungen und der Gesetze sind fehlbare Menschen, nicht nur dem Irrtum unterworfen, sondern auch in ihrer Ausdrucksweise manchmal zweideutig, so dass solche Dokumente mit unfehlbarer Sicherheit Zwistigkeiten erregen, wenn nicht vorher zwei Bedingungen erfüllt werden. Erstens müsste in der Organisation der Gesellschaft ein Modus vorgesehen werden, fest gegründet und doch leicht in der Handhabung, zur eventueller Abänderung der gesetzlichen Verfassung: zweitens müsste man, für den Fall, dass sich zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft Differenzen in der Auslegung dieser Dokumente ergeben, für eine ebenso festgegründete und doch leichte Methode der Interpretation sorgen. Bisher sind diese beiden Bedingungen noch nicht gegeben und es ist klar, dass, solange sie nicht erfüllt sind, alle Bemühungen, durch verpflichtende Festsetzungen zu einer dauerhaften Verfassung zu kommen, eher zur Erregung von Kriegen als zu ihrer Verhinderung beitragen werden.

Schliesslich ergibt sich aus dem Vorhergehenden eine Betrachtung, die man gleichermassen auf alle Verträge anwenden kann. Der wahre Wert eines Vertrages liegt in der Zukunft. Seine Bedeutung besteht in der Tatsache, dass er zwischen den Völkern festgestellte Verpflichtungen begründet. Er schafft Rechte und Pflichten, die der gerichtlichen Entscheidung unterliegen können. Aus einem faktischen, politischen und administrativen Verhältnis zweier Staaten wird ein gesetzliches und damit ändert sich das Wesen der Differenzen und Zwistigkeiten, die diesem Verhältnis entspringen. Differenzen politischer und administrativer Natur lassen sich nur schwer, wenn überhaupt, so fassen, dass sie einem Gerichtshof als Rechtsfall vorgelegt werden können, um von ihm, sei es betreff des vorhandenen Tatbestandes, sei in betreff seiner Rechtsmässig eit ein Urteil zu erlangen. Sind aber diese politischen und administrativen Verhältnisse durch einen

Vertrag, wenn auch noch so unbestimmt, geregelt, so kann ein Zwischenfall einem Gerichtshof zur Entscheidung vorgelegt werden, denn in den meisten Fällen wird sich die Frage in der üblichen gerichtlichen Formel zusammenfassen lassen: Angesichts dieser Tatsachen und dieses Vertrages, wie verhalten sich die Pflichten und die Rechte der Kontrahenten unter den jetzigen Umständen?

Am leichtesten lässt sich unsre These an der Hand eines konkreten Beispiels erörtern, des französisch-englischen Vertrags von 1904. Vor diesem Jahre waren die politischen und administrativen Verhältnisse Frankreichs und Englands in Aegypten und Marokko, besonders aber in Aegypten, nicht nur eine Quelle fortwährender Reibungen, sondern dadurch besonders gefährlich, dass es an jeder Handhabe fehlte, wie solche Konflikte beizulegen wären. Das politische Verhältnis und die gegenseitigen Rechte und Pflichten der beiden Völker in Aegypten waren so unklar, so wenig geregelt, dass man nur schwer eine Basis hätte finden können, auf der man irgend eine spezielle Frage einem Gerichtshofe oder sonst einer juristischen Körperschaft hätte vorlegen können. Auch das Abkommen von 1904 bestimmt übrigens das wechselseitige Verhältnis nur in grossen Zügen und ziemlich unbestimmten Linien. Der springende Punkt ist jedoch, dass das Verhältnis immerhin soweit umschrieben ist, dass gesetzliche Rechte und Pflichten entstanden sind. Frankreich hat sich verpflichtet, das Vorgehen Englands in jenem Lande (Aegypten) weder dadurch zu hindern, dass es auf einer zeitlichen Beschränkung der Okkupation besteht, noch in irgend einer andern Weise. Folglich lässt sich jede Frage, die sich auf das Vorgehen der beiden Völker in Aegypten bezieht, zum Gegenstand einer gerichtlichen Entscheidung machen, in der Form: „Verträgt sich dieses Vorgehen mit den gesetzlichen Rechten und Pflichten, welche der Vertrag geschaffen hat?"

Aber die Bedeutung dieser Tatsachen wird in unserer unserer Zeit verdunkelt durch die primitive und mangelhafte Organisation der Völkergesellschaft. Die Umwandlung unklarer politischer Verhältnisse in klarumschriebene gesetzliche Verpflichtungen hat nur dann Wert, wenn bereits ein festgegründetes gerichtliches System besteht, dem alle Fragen, die in den Bereich solcher Verpflichtungen fallen, ohne Schwierigkeit und beinahe automatisch, unterbreitet werden können. Vorläufig besteht aber noch kein solches System; es ist daher ebenso schwer sich zu einigen, dass eine Frage, sagen wir einem Schiedsgerichtshof unterbreitet werden soll, als die Frage selbst durch Einigung zu erledigen. Ich habe nicht vor, schon an

dieser Stelle die Organisation internationaler Gerichtshöfe zu besprechen, noch möchte ich von vornherein ein Urteil fällen, über den Zwang zur schiedsgerichtlichen Entscheidung als Allheilmittel gegen den Krieg, aber eines lässt sich mit Bestimmtheit sagen: soll in der Gesellschaft der Völker der Krieg jemals ausgeschaltet oder auch nur unwahrscheinlich gemacht werden, so muss notgedrungen ein System entstehen, von der allgemeinen Zustimmung getragen, welches in einigen bestimmten internationalen Zwistigkeiten eine regelrechte gerichtliche Entscheidung erleichtert. Haben wir erst soviel erreicht, so wird sich der hohe Wert der Verträge darin offenbaren, dass sich der Zwist meist als solcher Art erweist, der der Entscheidung eines Gerichtshofes vorgelegt werden kann. In der internationalen Gesellschaft spielen die Verträge die Rolle der Betäubungsmittel in der Chirurgie: der Patient wird in den Zustand versetzt, dass man eine Operation an ihm vornehmen kann: bisher fehlte es nur leider an den Mitteln und Instrumenten. Es kann nichts helfen, einen Mann mit Gas zu betäuben, wenn der Zahnarzt mit der Zange nicht zur Stelle ist. Ebensowenig kann es helfen, die internationale Gesellschaft mit vertragsmässigen Festsetzungen zu kurieren, solange der Richter fehlt, der die daraus entstehenden Streitfragen schlichten soll.

□□□

Es muss gross sein, über Millionen zu verfügen zum Besten eines grossen Volkes, an der Spitze von Hunderttausenden Schlachten zu gewinnen. Noch grösser aber dünkt es mich, im bescheidensten Raume mit den bescheidensten Mitteln Wahrheiten zu entdecken, die noch das Fundament unseres Wissens bleiben werden, wenn die Erinnerung an jene Schlachten nur noch mühsam in der Geschichte aufbewahrt wird. Was erhielt sich vom ganzen griechischen und römischen Volke heute noch in voller Lebensfrische und wirkt reicher und mächtiger fort als je? Die Marathonkämpfer wurden bei Vionville und Liaojang überboten. Die Leute, die zu ihrem Vergnügen Homer oder Sophocles lesen, sterben aus; aber der pythagoreische Lehrsatz, das archimedische Prinzip sind wirklich unsterblich.

Ludwig Boltzmann, Wien 1905.

Militarisierung der Jugend und Mütterlichkeit.

Von Dr. phil. HELENE STÖCKER,
Präsidentin des Bundes für Mutterschutz, Berlin.

Nur mit tiefster Bekümmernis, mit lebhaftester Sorge um die Zukunft unseres Landes kann man als Frau die Bemühungen verfolgen, die sich jetzt überall lebhafter als je regen, schon die Jugend auf den menschenmordenden Krieg wie auf das Selbstverständliche und Notwendige vorzubereiten. Das, was so als naturgegeben der Jugend eingeprägt wird, muss natürlich auch fest in ihr wurzeln, wird schwer durch spätere Gründe und Erkenntnisse zu bekämpfen und auszurotten sein. Wer also den Krieg mit allen Kräften herbeiführen will, der tut recht daran, schon die Jugend gewissermassen für ihn zu erziehen, sie in ihn einzuführen. Wer aber behauptet, dass er den Frieden will und nur notgedrungen zur Abwehr zu jener Vorbereitung strebt, weil der böse Feind ihn dazu zwingt, der hat die Pflicht, mit allem Ernst, mit höchster Gewissenhaftigkeit nachzuprüfen, ob denn in der Tat die Ausdehnung einer militärischen Vorbereitung auf die Jugend den Zweck der besseren Landesverteidigung, des erhöhten Schutzes vor Vernichtung erreicht?

Es scheint aber, als ob an manchen Stellen vergessen werde, dass die militärische Vorbereitung nur ein Mittel ist, aber nicht Zweck, nie Selbstzweck werden darf.

Der Zweck ist die Erhaltung, die Schaffung einer immer blühenderen, fruchtbaren Entwicklung der menschlichen Gemeinschaft. Beide Geschlechter haben hier ihre besonderen Aufgaben zu erfüllen.

Der Standpunkt der Frau lässt sich mit zwei Worten zusammenfassen: sie wird für alle Mittel eintreten, die dem Leben dienen, die die Kraft unseres Volkes, seine physische und moralische Höhe heben, die Kultur und den Frieden dauernd zu sichern versprechen. Sie wird sich aber gegen alle Mittel richten müssen, die nur Gewalt gegen Gewalt setzen und dadurch Tod und Vernichtung verewigen wollen. Es muss jeder rechten mütterlichen Frau als ein Missbrauch der Mutterschaft erscheinen, als eine Verzerrung ihrer Aufgabe, Schützerin und Spenderin des Lebens zu sein, wenn sie ihre Kinder als Material für künftige Kriege zur Welt bringen soll. Dagegen

haben sich die Besten unter den Frauen bereits gewehrt. Das positive Ziel einer gesunden Bevölkerungspolitik ist die Ausgestaltung des angebahnten Mutter- und Kinderschutzes, Ausbau der Kriegswochenhilfe zu einer Friedenswochenhilfe, Bekämpfung der Volksseuchen, wie es jetzt z. B. durch die neuen Vorschläge des deutschen Reichsversicherungsamtes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in die Wege geleitet zu sein scheint, Reformen der Boden- und Wohnungspolitik, Weiterführung der Sozialreform — immer von dem Gesichtspunkt aus, dass Vorbeugen besser ist als Heilen. Für die körperliche Gesundung wirken ausserdem die freien Jugendbewegungen aller Art, worauf ich hier nicht näher einzugehen brauche. Das wichtigste, aber von manchen Stellen leider immer noch übersehene Moment, das wesentlich geeignet scheint, uns den Fortschritt unseres Volkes und den Frieden mit anderen Völkern zu sichern, ist aber die innere Gesinnung, die psychologische Bereitstellung zum Frieden — anstatt zum Krieg. Diese Gesinnung zu stärken, scheint mir eine der höchsten Pflichten der Mütterlichkeit.

Der Begriff des Wettbewerbes zwischen den Völkern muss dazu nach unserer Überzeugung eine höhere Fassung und Veredelung erfahren. Die Vertreter der blossen Gewaltpolitik, die sich mit Stolz — aber mit Unrecht — „Realpolitiker" nennen, können angesichts dieses Weltbrandes jedenfalls nicht mehr sagen, dass die Resultate ihrer Methode: durch gewaltige Rüstungen den Krieg zu verhindern, erfolgreich waren. Sie sind widerlegt durch die entsetzlichen blutigen Opfer in allen Ländern, wo Millionen gesunder kräftiger Menschen heute entweder im Grabe ruhen oder als Krüppel umhergehen. Daher ist jedenfalls die ernste Frage am Platze, ob es nicht lohnen würde, andere Methoden zu versuchen, um die Interessenkonflikte der Völker auszutragen.

Wir „Kulturmenschen", vor allen Dingen wir Frauen, haben eine grosse Unterlassungssünde hier gut zu machen. Bis zum Ausbruch des Krieges hatten wir sozusagen gar nicht in unser Bewusstsein aufgenommen, dass die „Kulturstaaten" ja noch auf dem primitiven Standpunkt verharren, den etwa der Mensch als Einzelindividuum vor vielen Jahrhunderten innehatte: wo der Einzelne den Einzelnen als Feind ansah und aus Furcht erschlug. Infolge dieses grossen Gegensatzes zwischen der Moral der Individuen innerhalb des einzelnen Staates und zwischen dem sittlichen Verhältnis der Individuen verschiedener Staaten haben wir immer noch jene verhängnisvolle Verwechslung, als sei die (sicherlich wünschenswerte) Ausbildung zu körperlicher Tüchtigkeit eins mit der Aus-

bildung im Töten. Das Bedauernswerte ist, dass eine grossartige Organisation, ein bewunderungswürdiger Apparat noch zu einem so furchtbaren Zwecke verwendet werden muss, wie es heute in fast allen Staaten der Fall ist. Es muss jedem, der die Jugend und die Höherentwicklung des Menschen liebt, in der Seele weh tun, zu erfahren, dass es in den meisten Ländern Schiessgesellschaften für die Jugend gibt, denen der Staat Munition und Gewehr zur Verfügung stellt — so in Italien, Frankreich, Russland, am schlimmsten in Japan, wo sämtliche Schulen gewissermassen „Militärvorbereitungsanstalten" sind. Auch wir haben „Jungstürmer" von 12 Jahren an mit Gewehr. Neulich beklagte die „Deutsche Jägerzeitung", dass die Jugend nicht noch früher das Schiessen erlerne! Danach könnte es scheinen, als sei der Krieg der letzte Lebenszweck der Menschen und das Aufeinanderjagdmachen mit dem Schiessgewehr der Zweck der Welt. Aber aus demselben Grunde, aus dem die Kriegsfreunde diese Vorbereitung wollen: weil durch sie die Bereitschaft zum Kriege ungefähr wie mit der Muttermilch eingesogen, in Fleisch und Blut der Jugend übergeht, aus demselben Grunde wollen wir sie eben nicht. Diese Einstellung auf den Krieg in die weiche Substanz der jugendlichen Seele zu prägen, ist eine ungeheure Gefahr für den Frieden der Welt. Auch wir wollen Unterordnung des Einzelnen unter die Idee eines höheren Ganzen, vorausgesetzt, dass dadurch die sittlichen Zwecke verwirklicht werden sollen. Die sittlichen Zwecke, die wir nicht in der Vergöttlichung des Staates, der rohen Macht an sich, sondern in der Höherentwicklung der Einzelnen, die den Staat bilden, zu einer höheren Form der Kulturgemeinschaft sehen. Denn der Mensch ist nicht um des Staates willen da, sondern der Staat um des Menschen willen. Hier scheiden sich die Geister. Hier ist ein Missbrauch eingetreten, der der furchtbarsten Götzenverehrung niederster Kulturstufen gleichkommt. Hier ist ein Mittel zum Selbstzweck geworden und hat ganze Hekatomben von Menschenleben und Menschenglück an sich gerissen. Wie man auf tiefster Kulturstufe den Götzen zu Ehren Menschen schlachtet, so bringt man heute — furchtbares Beharrungsgesetz der menschlich-niederen Natur und dank der noch unzulänglicheren Organisation des höheren Geistes — grausige Menschenopfer dem Götzen Staat. Wie aber diese Feste der Grausamkeit zu Ehren angebeteter „Götter" zum grössten Teil auf der Erde ausgerottet sind, so müssen auch die psychologischen Möglichkeiten dieser staatlichen Schlachtfeste von Jugend auf zerstört werden.

Wir wollen daher nicht die Einprägung einer Gesinnung, die den Zorn gegen den Feind schon bei der Jugend entfachen,

die nationalen Feindlichkeiten und damit die Kriege verewigen will, wie es die Erlasse verschiedener Heerführer vorschreiben. Die Erziehung zum Hass scheint uns ein schweres sittliches Unrecht gegen die Jugend zu sein. Für die freie unbefangene Entwicklung der Jugend müssen aber nicht nur die um die Erziehung bemühten Männer, sondern vor allem die Frauen kämpfen. Gegen die beabsichtigte Ausdehnung der Militarisierung der Jugend haben sich übrigens in Deutschland selbst Männer wie Friedrich Wilhelm Förster und Wolfgang Heine gewandt, die doch wohl vor dem Verdacht des Radikalismus geschützt sind.

Wenn eine Zeitung gelegentlich des Weihnachtsfestes forderte, man solle den Kindern zur Stärkung einer kriegerischen Gesinnung Uniformen auf den Weihnachtstisch legen, so hat eine andere nicht mit Unrecht betont: das Fest Jesu von Nazareth sei nicht gerade geeignet, die Neigung zum Völkermorde als eine begehrenswerte Eigenschaft schon in die Herzen der Jugend zu pflanzen.

Fichte, dessen Namen jetzt so viele im Munde führen, die damit eine besondere Gesinnungstüchtigkeit zu beweisen glauben, hat hervorgehoben, der Krieg selber biete nicht die geringste Garantie, dass mit ihm auch das Recht zum Siege geführt würde: das Gegenteil sei ebenso oft der Fall. Fichte hielt seine Reden (woran Wyneken in seiner beherzigenswerten Schrift „Die Jugend und der Krieg" erinnert) — aus einer Niederlage heraus und zeigte noch in Zertrümmerung und Niederlage die Möglichkeit einer ewigen Erhaltung deutscher Art und deutschen Wesens. — —

Denn nicht die Gewalt der Armee, noch die Tüchtigkeit der Waffen, sondern die Kraft des Gemütes sei es, die Siege erkämpfe. Und es klingt wesentlich anders, als nationale Überspannung jetzt oft Wort haben will, wenn Fichte erklärt: „Was an Geistigkeit und Freiheit dieser Geistigkeit glaubt und die ewige Fortbildung dieser Geistigkeit durch Freiheit will, das, wo es geboren sei und in welcher Sprache es rede, ist unseres Geschlechtes."

Aber nicht nur die Freiheit der unbefangenen Entwicklung zur Menschenliebe anstatt zum Völkerhass möchte die Frau als Erzieherin für die Jugend erreichen. Sie möchte sie auch vor der sittlichen Verrohung bewahren, die jeder Krieg im Gefolge hat, und deren Spuren auch jetzt wieder allenthalben beklagt werden.

Die Frau hat aber nicht nur Pflichten als Erzieherin und Schützerin der Jugend. Wegen ihrer nicht minder bedeutungsvollen Stellung in der Auslese muss sie sich naturnotwendig

gegen eine Verstärkung der Militarisierung als einer Gefahr für die Rasse richten.

Wichtiger als die Menge ist für die Entwicklung der Rasse die Auslese. Zahlreiche Forscher haben das nachgewiesen.

Wie der Historiker Otto Seeck in seinem Werk über den „Untergang der antiken Welt" zeigt, hat sie diesen der kriegerischen Ausrottung der Besten zu danken, keineswegs der Verfeinerung und dem Luxus der wenigen Reichen, die sich, wie zu jeder Zeit, so auch damals, in der Minderheit befanden. Seeck stellt fest, dass die Masse auch damals kümmerlich und dürftig lebte, weil sie nicht anders leben konnte, dass eine Kriegsmacht von Hunderttausenden durch den Luxus einiger Hundert Reichen nicht verweichlicht werden konnte. „Wenn," sagt Seeck, „von den hunderttausend kräftigen Menschen etwa achtzigtausend getötet werden, und von je hunderttausend Schwächlingen 95% am Leben bleiben, so ist die Folge für die Überlebenden wohl deutlich. In jeder Generation erscheint etwa die gleiche Anzahl begabter Menschen, Dichter, Künstler, Forscher, Volksfreunde und andere höherer Menschen jeder Art; daraus erkennen wir die ungeheure Bedeutung der Vernichtung der Besten." „Wenn alle massgebenden Faktoren gleich bleiben," sagt Starr Jordan in seiner Schrift „Krieg und Mannheit", „so haben die Völker, welche am wenigsten Krieg geführt, die grösste Aussicht, im Notfalle die stärksten Heere zu stellen, auf denen der Sieg beruht." In der Wiertz-Galerie in Brüssel befindet sich ein erschütterndes Gemälde, das Napoleon darstellt, wie er in das Reich der Schatten hinabsteigt; vor ihm, den ganzen Hintergrund des Gemäldes erfüllend, die Männer, die seine Kriege in den frühen Tod geführt haben, beinahe vier Millionen, mehr als die Hälfte aller Franzosen, und hinter diesen die Millionen und Milliarden von Menschen, die hätten existieren können und nicht existieren, die ungeheure und unabsehbare Phalanx aller, die man sich als Nachkommen der im Kampfe Gefallenen hätte vorstellen können. So bleibt es wohl in der Tat richtig, was Seeck und Jordan betonen: das kriegerische Volk der Gegenwart ist das Dekadente der Zukunft. In Friedenszeiten eben werden die Starken nicht hingeschlachtet, in Friedenszeiten werden sie nicht geopfert: da sind es die Kraftvollen, welche die Schwachen überleben. Der Niedergang eines Volkes wächst in gleichem Verhältnis mit der Zunahme und Strenge der Auslese für den Kriegsdienst.

„Kriege werden," wie Franklin sagt, „nicht in Kriegszeiten bezahlt, die Rechnung folgt erst später nach." Das gilt nicht nur im finanziellen, das gilt vor allem in psychologischem, generativem Sinne.

Eine solche Zukunft, einen solchen Niedergang zu verhüten, ist aber in erster Linie Pflicht der Frauen.

Je ausschliesslicher bisher dem Manne Pflichten gegen das Vaterland auferlegt waren, um so stärkere Pflichten haben die Frauen gegen das Kinderland. Auch wir sind zwar der Meinung, dass die Frau ihre Aufgabe als Kindergebärerin zu erfüllen habe, gesunder, starker, zukunftsgestaltender Menschen, die zur Höherentwicklung, nicht zur Niederhaltung der Menschheit auf einer untermenschlichen Stufe geboren werden. Mit Recht aber erinnert der Eugeniker Dr. Vaerting daran, dass in der generativen Auslese der Mann immer für die Zahl, die Frau dagegen für Art und Qualität eintritt. Gerade der reife und zum Bewusstsein höherer Kultur gediehene Mensch repräsentiert erst den wahren Wert für die Gemeinschaft. Dass die Frau den Wert auf die Art, auf das Individuum legen muss, ist angesichts ihrer mühevollen Mutterarbeit begreiflich. „Zwanzigjährige Mutterarbeit von Millionen Frauen vernichtet die Raserei eines einzigen Kriegsmondes.“

Es ist wohl in der Tat ein Instinkt der Selbsterhaltung gewesen, der die Menschen davor bewahrt hat, die Frau selbst in die mörderischen Kämpfe der Männer hineinzuziehen. Aber es ist ein Zeichen, wie wenig sich auch die sogenannte fortgeschrittene Frau schon ihres eigentlichen Wesens, ihrer besonderen Würde und Aufgabe in der Welt bewusst geworden ist, wenn sie nicht begreift, dass sie die eine höchste Pflicht hat, alle die Elemente in der Welt zu stärken, die der rohen Gewalt entgegenarbeiten. Die besten der Männer, die jetzt draussen kämpfen, tun es in dem Gedanken, dass ihre Kinder es einmal besser haben, dass ihre Kinder vor diesem Furchtbaren bewahrt bleiben sollen. Wenn diese Sehnsucht sich aber erfüllen, alle diese Opfer nicht umsonst fallen sollen, dann dürfen wir vor allem nicht wieder durch soldatisches Kommando, militärische Art, Waffentragen und Uniform die Gesinnung, den Willen, die Bereitschaft zum Kriege stärken, die den Krieg herbeizieht, wie ein Blitzableiter den Blitz an sich zieht.

Fortsetzung folgt.



Japan und die Vereinigten Staaten.

Von ARTUR LAUINGER.

Der Krieg, der den Inder mit dem Senegalneger, den Engländer mit dem Hottentotten auf demselben Kampffelde in Waffenbrüderschaft und Waffengleichheit zusammenführt, hat auch das Ungewöhnliche und Unerwartete Tatsache werden lassen, dass die grössten politischen und wirtschaftlichen Antipoden, die Vereinigten Staaten und Japan, in einer Kampflinie sich zusammengefunden haben. Von den unerwarteten Allianzen, die der Krieg gezeitigt hat, ist diese wohl die absonderlichste. Wenn vor Ausbrechen des Weltkrieges eine politische Wolke, eine Kriegsgefahr den Horizont zu bedrohen schien, so war es die des tiefwurzelnden Antagonismus zwischen den Amerikanern und den Japanern. Japan sieht seine rasch wachsende Bevölkerung auf eine wenig fruchtbare, dem asiatischen Festlande vorgelagerte Inselgruppe zusammengedrängt; für seine hochstrebenden Pläne, für seine auf ein vorzügliches, im Kampfe mit Russland erprobtes Heer gestützten politischen Aspirationen suchte es frühzeitig nach einem Felde der Betätigung. Nach zwei Richtungen vornehmlich glaubt es dieses gefunden zu haben: im Westen auf dem asiatischen Festlande, wo es sich, insbesondere seit dem Siege über Russland, in China eine Domäne der wirtschaftlichen Durchdringung und der politischen Kolonisation zu sichern bestrebt war, im Osten jenseits des Ozeans, wo es für seine Auswanderung in Mexiko und auf dem Gebiete der Vereinigten Staaten Arbeitsgelegenheit und Spielraum zu gewinnen sich bemühte. Nach beiden Richtungen stiess das Inselvolk auf den Widerstand der Vereinigten Staaten. Diese, als Verfechter der Politik der offenen Tür, bereiteten dem japanischen Vordringen in China Hemmungen und gar auf dem eigenen Gebiete, auf welchem Kalifornien das Einfallstor für die Untertanen des Mikado werden zu sollen schien, flammte der Widerstand der Amerikaner gegen das Vordringen der gelben Rasse mit ausgeprägter Schärfe empor. Die kalifornische Gesetzgebung wurde gegen die Japaner in Bewegung gesetzt. Hier entwickelte sich eine so schwere Belastungsprobe der amerikanisch-japanischen Beziehungen, dass ein kriegerischer Austrag dieser Rivalitäten nur noch eine Frage der Zeit zu sein schien. Das umso mehr, als auf dem Wege über das in Revo-

lutionskrämpfen sich windende Mexiko Japan (man erinnert sich der Zwischenfälle in der Magdalenen-Bay) sich Eingang auf dem amerikanischen Festlande, gewissermassen ein Sprungbrett, zu sichern suchte. Der Gegensatz, der hier offensichtlich vorlag, war ein politischer, er war aber auch im grossen Umfange ein wirtschaftlicher, da die billigere Arbeitskraft des bedürfnislosen Asiaten eine der schwersten Gefahren für die Länder der teuren weissen Arbeit zu werden drohte.

Nun kam der Weltkrieg. Er schien alle die alten Theorien von natürlichen Freundschaften und natürlichen Gegensätzen umzustossen. Eine vielleicht kurzsichtige Politik liess das damalige japanische Kabinett zu dem rasch zu realisierenden Erfolge gegen das wehrlose deutsche Schutzgebiet in China greifen. Diese Aktion verband Japan der Entente zur Gefolgschaft und führte, als später die Vereinigten Staaten sich mehr und mehr auf die Seite der Gegner der Mittelmächte stellten und schliesslich in den Krieg eintraten, dazu, dass heute formell Japan und die Vereinigten Staaten so etwas wie Verbündete sind. Ein durchaus unnatürliches Verhältnis, dem keine lange Dauer beschieden sein kann. Mit unwiderstehlicher Gewalt müssen sich die natürlichen Gegensätze wieder Geltung verschaffen, sobald einmal das heute hemmende Moment in Wegfall gekommen sein wird, sobald der Weltkrieg sein Ende gefunden hat. Es ist schwer, eine Möglichkeit des Ausgleichs des tief eingewurzelten politischen und wirtschaftlichen Gegensatzes zwischen Japan und den Vereinigten Staaten zu erkennen, so dringend alle Freunde des Friedens das Wiederaufflammen politischer Konflikte ausgeschaltet sehen möchten. In erster Linie werden sich diese Gegensätze auf wirtschaftlichem Gebiete Geltung verschaffen, und das um so mehr, als die materiell sehr erfolgreiche Tätigkeit Japans als Kriegslieferant der Entente das Inselreich finanziell ausserordentlich gekräftigt und zu stärkster wirtschaftlicher Arbeit in den kommenden Jahren vorbereitet hat. Man weiss, dass Japan seine Handelsflotte gewaltig vermehrt und dass es gewillt ist, späterhin im grössten Stile als produzierender Faktor in der Weltwirtschaft und im Weltverkehr eine Rolle zu spielen. Damit droht aber nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern auch für Grossbritannien, mit dem Japan in einem Bündnisverhältnis steht, eine schwere wirtschaftliche Gefahr, die jenseits des Ärmelkanals ebenso empfunden wird, wie in Washington. Die billige japanische Arbeit wird die englische, mit teueren Arbeitslöhnen rechnende Produktion überall ebenso konkurrenzieren, wie die amerikanische. Nun ist aber wohl anzunehmen, dass England und die Vereinigten Staaten nach

dem Weltkrieg ebenso wenig wie vor ihm widerstandslos die japanische Expansion erdulden wollen. Voraussichtlich wird sich eine gemeinschaftliche Schutzstellung der beiden in ihrer wirtschaftlichen Betätigung sich bedroht fühlenden Völker ergeben. Diese Schutzstellung wird am meistumstrittenen amerikanischen Markte ersten Ausdruck finden.

Die angesehene englische Zeitschrift *The Nineteenth Century* hat bereits betont, dass es zwecklos wäre, für die Erzeugnisse irgendwelcher farbiger Arbeiter jemals die Gleichberechtigung auf amerikanischem Gebiete zu verlangen. Wenn es Artikel gebe, die, in Bradford für amerikanischen Absatz hergestellt, einen Shilling Arbeitslohn erfordern, während ein entsprechender Artikel aus Yokohama oder Shanghai nur den dritten Teil Lohn koste, so könnte man ganz sicher sein, dass jeder Zolltarif, der in Washington festgesetzt wird, den Bradford-Artikel um 66% gegen den Yokohama-Artikel begünstigen werde. Die panamerikanischen Tarife würden sicherlich die Verschiedenheit der Löhne in England und Japan und ebenso die Verantwortlichkeit der weissen Völker gegeneinander in voller Ausdehnung berücksichtigen. Die englische Zeitschrift verschliesst sich nicht der Erkenntnis, dass eine solche Entwicklung in Japan das Gefühl der Benachteiligung scharf hervorrufen werde. Um die politischen Folgen einer solchen Verstimmung auszugleichen, bietet nun die englische Zeitschrift den Japanern an, im Weltschiffahrtsverkehr sich Ersatz für verschlossene Arbeitsgebiete zu suchen und verweist dabei darauf, dass Japan das Feld frei finden werde, um den von der See angeblich dauernd verschwundenen deutschen Schiffahrtsverkehr zu ersetzen. Japan soll also statt Produzent vornehmlich Verkehrsagent und Verfrachter werden. Man glaubt in England, diese Rolle Japan ohne eigenen Schaden zuweisen zu können, da der englische Weltschiffahrtsverkehr durch den Unterseebootkrieg nach Friedensschluss sehr eingeengt sein wird, das erwähnte Angebot also englischen Interessen zunächst nicht zuwiderläuft. Doch diese Rechnung ist fehlerhaft. Der erste dieser Fehler ist, dass die Vereinigten Staaten ebenfalls die Aspiration auf einen sehr ausgedehnten eigenen Schiffahrtsverkehr haben, der dann erneut mit einer gleichartigen japanischen Tendenz zusammenstossen würde. Und die Japaner werden wohl selbst so klug sein zu wissen, dass die Rolle, die ihnen England heute zuweisen will, nur eine sehr interimistische ist. Denn England wird nach dem Kriege alles daran setzen, seine geschwächte Handelsflotte auf die alte Höhe zu bringen und einen möglichst grossen Teil des Weltwarentransports wieder an sich zu ziehen. Dann hätte

der Japaner seinen Dienst getan und könnte wieder gehen. Das wird man in Japan kaum übersehen und sich durch die lockenden englischen Töne nicht von einer realen Ausgestaltung der eigenen wirtschaftlichen Arbeitsbasis abbringen lassen. Zumal es ja heute auch noch ganz unsicher ist, ob, wie es die englische Zeitschrift befürwortet, die Nordamerikaner wirklich einer so ausgedehnten japanischen Schiffahrt ihre Häfen widerstandslos öffnen werden. Der Gegensatz zwischen gelb und weiss an den Küsten des Pacific ist durch solche Mittel nicht zu überbrücken. Solange die anglo-amerikanische Gruppe in einer wirtschaftlichen und kulturellen Abwehrstellung gegen das Land des Mikado stehen zu müssen glaubt, ist die Krisis latent.

□□□

Der Feigling.

Kerenski war an der Front. Er wollte die Truppen zu neuen Angriffen begeistern und er hielt Ansprachen an die Soldaten. Diese hörten zu. Stumpfsinnig, mit Widerwillen oder auch zustimmend. Da tritt einer vor. Er spricht. Er spricht zum obersten Befehlshaber der russischen Armee als spräche er zu einem Menschen von Fleisch und Blut. Zu einem Menschen, der hört was man ihm sagt, und den Worte überzeugen können.

Und der Soldat ruft dem Befehlshaber sein „Genug“ entgegen. — Der Zar ist gestürzt. Das Volk verlangt nicht nach Eroberungen. Es will nicht für die Verbündeten seines verjagten Tyrannen bluten. Es will den Frieden geniessen und der endlich errungenen Freiheit teilhaftig sein. Das Volk will heimkehren und will sein Feld bestellen. Wozu noch Krieg? — So denkt der schlichte Bauernsohn. Und da man ihm gesagt hat, Russland sei jetzt ein freies Land, sagt er schlicht, wie er es meint: Wenn wir angreifen, werden wir sterben und wenn wir erst tot in der Erde liegen, was nützt uns dann noch die Freiheit. Man soll Frieden machen!

So hat der Soldat zum obersten Befehlshaber gesprochen. Dieser befiehlt ihn wegzuführen. Ein Feigling, nicht wert, für das heilige Russland zu kämpfen. Er kann nach Hause gehn!

Tieftraurig geht der Bauernsohn seiner Wege. Er ist frei. Er darf heim. Seine Haut ist gerettet und seine Hand wird nicht mehr töten müssen. Aber die andern. Die Brüder alle, die er doch gemeint hat, für die er gesprochen hat. Ihnen hat sein Wort nicht helfen können. Denn die andern wollen keine Feiglinge sein. Nein. Sie jubeln dem Oberbefehlshaber zu. Er hat gewonnenes Spiel. Im ganzen Regiment ein einziger Feigling!

Aber das Wort dieses Feiglings lebt. Es lebt und wird ein Echo erwecken. Hier und dort und überall. Und ehe man es denken mag, wird der Acker des beschimpften Bauernsohnes in Frucht stehn und seine Ernte wird reif sein zum Schnitt. Und seine heutigen Richter werden zitternd und beschämt vor ihm stehn.

Felix Beran.

Ein Weltsozialmuseum.

Von ALEXANDER SCHIRMANN, Leiter des Schweizerischen Sozialmuseums.

I.

Der Gedanke eines Weltsozialmuseums ist mir durch die Erfahrungen nahe gelegt worden, die ich bei Einrichtung des Schweizerischen Sozialmuseums in Zürich gesammelt habe. Die Aufgabe bestand darin, ein Museum herzustellen, welches die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Schweiz veranschaulichen sollte. Bald aber stellte es sich heraus, dass die Anschauung in diesen Dingen auf Vergleichung beruht, und zwar nicht nur auf einer lokalen Vergleichung zwischen den verschiedenen Teilen der Schweiz, sondern auch auf einer internationalen Vergleichung zwischen den Zahlen der Schweiz und denen anderer Länder. Was erfährt der durchschnittliche Besucher aus einer bestimmten Ziffer für Geburten, Eheschliessungen, Todesfälle, Verbrechen, Ersparnisse, Alkoholkonsum usw., wenn er nicht aus den Ziffern anderer Staaten beurteilen kann, ob die Schweizer Ziffer eine ungewöhnlich hohe oder niedrige oder keines von beiden ist? So mündet von selbst jedes Sozialmuseum eines bestimmten Ortes oder Landes in Anläufe aus, die zu einem Weltsozialmuseum führen.

Doch wozu braucht man überhaupt Sozialmuseen und wie sollen sie eingerichtet sein?

Das Sozialmuseum überhaupt ist eine einzelne Anwendung des zukunftsvollen Gedankens der Volksmuseen. Unter den Mitteln der Volksbildung kommen neben den Volksbibliotheken, Bildungsvereinen, öffentlichen Vorträgen usw. immer mehr auch die Volksmuseen in Betracht, die durch ihren Anschauungsunterricht die Möglichkeit bieten sollen, die schwierigsten Probleme volkstümlich zu erläutern. Was bisher unter diesem Namen geschaffen wurde, wie das „Musée Social“ in Paris, die Sozialmuseen in Frankfurt a. Main, Mailand und New York, gleicht eher den Bibliotheken und Archiven als einer wahrhaft volkstümlichen Einrichtung, welche es als ihre Hauptaufgabe betrachten muss, dem Manne von der Strasse die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in ihrer Gesamtheit und in ihren Beziehungen zu einander zu veranschaulichen. Es war daher auf das Lebhafteste zu begrüssen, als vom Zürcher Stadtrat Pflüger in diesem Sinne die Gründung eines Schweize-

rischen Sozialmuseums angeregt wurde; denn die sozial-wissenschaftliche Bildung des Volkes erscheint als eine der dringendsten Aufgaben unserer Zeit.

II.

Der Kern der Schwierigkeit bestand darin: Das für den Durchschnittsbesucher kaum verständliche Zahlenmaterial war in eine bildliche, dem Auge leicht fassbare Form zu verwandeln, die langweilige Häufung von Tabellen musste vermieden werden und an Stelle der toten Ziffern das lebendige Bild treten.

Mit grossem Interesse habe ich diese anregende Arbeit übernommen, gestützt auf die Erfahrungen meiner mehrjährigen Tätigkeit am Deutschen Museum in München und auf die freudige Hilfe meines künstlerischen Mitarbeiters, des Malers Nik. Boitzow, der seine Kunst gerne in den Dienst der volkstümlichen Illustration stellte. Im März dieses Jahres konnte der erste Teil des Schweizerischen Sozialmuseums dem Besuche geöffnet werden (Zürich, Steinmühlegasse 1). Bisher sind die Säle: Bevölkerungsbewegung, Arbeitsverteilung, Ernährung ausgeführt, natürlich vorläufig in der einfachen Weise, die den bescheidenen Mitteln entspricht. Eine Führungslinie bewirkt, dass der Besucher die Bilder und Modelle in logischer Reihenfolge betrachtet und erst die Hauptursache kennen lernt, ehe er zu den Nebenerscheinungen übergeht.

Um die Geburtenzahl anschaulich zu machen, werden die Kinder, für Eheschliessungen die entsprechende Zahl der Ehepaare abgebildet. Um ein Gesamtbild über die Sterbefälle zu geben, ist das Modell eines Friedhofs aufgestellt; die Längsreihen stellen die Altersstufe, die Querreihen die Todesursache, die Grösse der Grabsteine die Zahl der Verstorbenen dar. Mit einem Blick kann der Betrachter sich klarmachen, dass z. B. die hohe Zahl der Säuglingssterblichkeit auf Magenkrankheiten und allgemeine Lebensschwäche zurückzuführen ist.

In manchen Fällen — und diese Form der Darstellung übt auf die Besucher einen besonderen Reiz aus —, sind Modelle aufgestellt, an denen durch die Drehung einer Kurbel, von dem Beschauer selbst, die Einstellung vorgenommen wird, über die man Aufklärung wünscht. Z. B. wird die wachsende Einwohnerzahl Zürichs durch die Zahl von plastischen Figuren gezeigt, die auf einem bekannten Stadtplatz erscheinen, je nachdem man den Zeiger auf die gewünschte Jahreszahl rückt. Durch ein ähnliches System wird der Rückgang der Landwirtschaft und das Anwachsen der Industrie deutlich gemacht.

Diese wenigen Beispiele sollen eine Vorstellung geben von

der Art, in welcher bei der Anlage des Zürcher Museums gearbeitet wurde. Das zugrundegelegte Zahlenmaterial stammt von offiziellen Erhebungen oder Arbeiten von Fachmännern, deren Namen für die tunlichste Verlässlichkeit der Ziffern bürgen.

Bald zeigte es sich, dass das statistische Material eines bestimmten Landes ein zu enger Rahmen ist. Einerseits gewinnen die gegebenen Zahlen erst ihre Bedeutung durch die Vergleichung mit der Entwicklung in anderen Ländern, andrerseits müssen ganze und wichtige Gebiete der Sozialpolitik unberücksichtigt bleiben, weil sich gerade in dem einen Lande nichts Erhebliches in dieser Richtung ereignet hat. So weist der Gedanke selbst auf die erweiterte Form des Welt-Sozialmuseums hin, welches das gesamte sozialwissenschaftliche Leben in allen seinen verschiedenen nationalen Erscheinungsformen, in allen seinen Entwicklungsphasen und Tendenzen fassen könnte.

III.

Nur in allgemeinen Zügen soll hier der Plan und die Organisation des Weltsozialmuseums angedeutet werden.

Entsprechend den Aufgaben, die ein solches zu erfüllen hätte, würde es aus den eigentlichen „Museumssammlungen", dem „Archiv" und der „Arbeitszentrale" bestehen.

1. Die „Museumssammlungen" sollen für das grosse Publikum bestimmt sein, das sich aus den verschiedensten Volksschichten rekrutiert und, verschieden nach Alter, Bildungsgrad, Gesinnung, auch ein verschiedenes Auffassungsvermögen besitzt und verschiedene Ansprüche stellt. Kein Auditorium ist so bunt wie das eines Volksmuseums, und diesem Umstande muss vor allem Rechnung getragen werden. In anschaulicher, volkstümlicher, packender Weise, an der Hand von Bildern, Tabellen und Modellen soll hier der Ursprung und der Aufbau unseres sozialen Lebens geschildert und der lange Weg, den die Menschheit von der primitivsten Form der Sippengemeinschaft bis zum modernen Staatswesen durchwandert hat, vor Augen geführt werden. Nicht die blossen Tatsachen, sondern die gesetzmässige Entwicklung, der Zusammenhang einzelner Erscheinungen, die Ursachen und Folgen sollen erläutert werden; nicht die Nebenerscheinungen, sondern nur solche Momente sollen betont sein, die eine Entwicklungsstufe des sozialen Lebens charakterisieren, typisch für die Zeiten oder Völker sind. Erst dann wird der Besucher unsere heutigen Sozialverhältnisse, den inneren Aufbau des Staatswesens und die Pflichten nach aussen begreifen lernen.

Die Sammlungen sind sozusagen die Primärschule für die Sozialerziehung, hier wird das ABC der Sozialwissenschaften gelernt, um bei den Indifferenten das Interesse für Sozialbegriffe zu erwecken, den Vorwärtsstrebenden aber den Weg zum weiteren und tieferen Studium zu zeigen. Die Sammlungen des Weltmuseums könnten den Sozialmuseen, die in keiner grösseren Stadt fehlen sollten, als Muster und Anregung dienen. Selbst zur Organisation von Wandermuseen und Wanderausstellungen sozialer Übelstände und gelungener Verbesserungen sollten diese Sammlungen Anregung geben, oder mit Bildermaterial und Modellen die Schule, die öffentlichen Vorträge und Volksbildungsvereine unterstützen.

2. Das „Archiv" übernimmt das Sammeln von Dokumenten, die sich auf das soziale Leben der Völker beziehen; es sind nicht allein die Schriften, die statistischen Erhebungen und Tabellen damit gemeint, sondern auch das Bildermaterial, sei es in Form von Photographien, Serien von Projektionsbildern oder kinematographischen Aufnahmen; gerade diese letztern sind mehr als jede Schrift geeignet, manche sozialen Verhältnisse zu veranschaulichen. Ich erwähne nur die Aufnahmen in Betrieben, wo die Arbeit mit übermenschlicher Kraftanstrengung oder grosser Lebensgefahr verbunden ist, die Aufnahmen in der Wohnungsfrage usw.; dann Aufnahmen von Seeschlachten, Kämpfen in der Luft usw., die wir heute noch als Triumphe feiern, aber morgen als abschreckende Beispiele vorführen werden.

Das Archiv soll jedoch nicht zu einer Bibliothek für Sozialliteratur werden, sondern, wie die Sammlungen, jedermann die Möglichkeit bieten, systematisch seine sozialwissenschaftlichen Kenntnisse zu erweitern.

Durch Herausgabe von bibliographischen Publikationen über einzelne Gebiete der Sozialwissenschaften, oder über einzelne Fragen der Sozialpolitik, durch Auswahl von Schriften für denjenigen, der seine Studien beginnt, durch Systematisieren von Bildermaterial usw. soll das Studium der Sozialwissenschaften erleichtert und gefördert werden und das Archiv eine allgemein zugängliche Materialquelle bilden. In diesem Sinne unterstützt das Archiv die Bestrebungen der Museumssammlungen und bildet die zweite höhere Stufe, sozusagen die Mittelschule für das Studium der Sozialwissenschaften. Das Archiv unterhält unmittelbar Beziehungen zu anderen, neben den Volksmuseen wirkenden Archiven, regt das planmässige Sammeln von Material an, unterstützt es und erweitert seinen Bestand durch Aufnahme von Dokumentensammlungen aus anderen Ländern.

3. Die „Arbeitszentrale“ soll zur Volkshochschule der Sozialwissenschaften werden, zu einem Museum im Sinne der Griechischen Museen des Altertums, zu einer Stätte für den Austausch von Gedanken, vor allem derjenigen, die ihre Kräfte dem sozialen Fortschritt widmen.

Der Umfang der Tätigkeit der „Arbeitszentrale“ kann erst durch die vom Weltsozialmuseum gewonnene Bedeutung näher bestimmt werden. Als ihre erste Aufgabe wäre die nationale und internationale Kooperation der bereits bestehenden sozialen Organisationen anzustreben, neue Wege zur Lösung der wichtigsten sozialen Fragen anzubahnen und alles, was zur gegenseitigen Verständigung der Völker führen soll, zu fördern.

Um nur einiges anzudeuten, sei hier erwähnt: die Bestrebung, einheitliche statistische Erhebungen für alle Länder zu erzielen, einheitliche Masseinheiten für wirtschaftliche Werte zu schaffen, wie dies bei technischen Masseinheiten schon gelungen ist; einheitliche Gesetzgebungen für den zwischenstaatlichen Verkehr anzustreben.

So könnte das Weltsozialmuseum schon in seinen Anfängen der Mittelpunkt der Internationalen Kongresse über die wichtigsten sozialen Fragen, im Endziel aber geradezu ein soziales Weltparlament werden, das alle Völker für gemeinschaftliche Arbeit vereinigt und der Menschheit durch Wissenschaft die Freiheit bringt.

Nicht das Werk eines Einzelnen, nicht das Werk eines Staates soll das Weltsozialmuseum sein, sondern von allen Völkern durch Vereinigung ihrer Kräfte begründet und ausgebaut werden. Und allen sollen seine Früchte zugute kommen. Die Annäherung der Völker durch Erweckung ihres sozialen Gewissens soll das höchste Ziel des Weltsozialmuseums werden. Die sinnfällige Darstellung des Elends und Verbrechens als Krankheitserscheinungen aller Kulturvölker müsste den nationalen Hochmut in seinem innersten Nerv treffen. Auch der verbohrteste Alldeutsche, Panslavist oder „Lateiner“ wird schwer sagen können, in was die deutsche, slavische oder romanische Prostitution, Tuberkulose, Syphilis oder Eigentumsentwendung erhebender ist als die gleichen Wunden anderer Völker, und vielleicht wird er beim Verlassen des Sozialmuseums verstehen, dass jedes Volk daheim noch immer viel mehr zu bessern hätte als bei anderen Völkern.



Dokumente der Menschlichkeit.

Es fehlt heute an Material zur Dokumentierung menschlichen Mitempfindens weniger als zu Anfang des Krieges. Wenn es gleichwohl nicht immer leicht fällt Lesestoff daraus zu prägen, so liegt das daran, dass die Menschlichkeit immer und überall das gleiche Gesicht zeigt. Sie ist weniger dramatisch als der Hass und sie wiederholt sich.

„Geld gesucht zur Herstellung einer ganz neuen gewaltigen Kriegsmaschine." So inseriert jemand in einer angesehenen Zürcher Tageszeitung. Sieg der Technik! Sieg des Kapitals! Sieg der Waffen! Die Maschinen zur Menschenschlächterei werden heute am besten bezahlt. Und niemand wird es einfallen dieser Erfindung den Patentschutz, dem Betrieb der Herstellung eine Stätte zu verweigern. Die Fabrik wird willige Arbeitskräfte finden. Niemand wird ihrem Direktor oder Buchhalter oder ihren Lieferanten Gruss und Handschlag missgönnen. Denn Geld ist heilig und Menschenleben sind gerade gut genug, um Geld aus ihrer Vernichtung zu pressen. — Oder irre ich mich? Wird man den Erfinder zum Teufel jagen? Wird man sich seiner hinter wattierten Sanatoriumsmauern versichern? Und wird man die Namen der Kapitalofferenten veröffentlichen und ihre Träger ächten? Dann allerdings wären wir einen ersten kleinen Schritt vorwärts gekommen.

* * *

Im englischen Unterhaus haben liberale Abgeordnete gegen die Bombenwürfe auf Freiburg Einsprache erhoben. Sie wollten keinen Kampf gegen Frauen und Kinder. — Es kommt immer darauf an, dass einer anfängt. Mit Bombenwerfen. Oder mit Einsprache dagegen. Bei den Bomben sind die Repressalien nie ausgeblieben. Und bei den Einsprachen? Wir hoffen im nächsten Reichstagsbericht davon zu lesen.

* * *

Schweizer Frauen sandten an die Kaiserin von Österreich ein Gesuch um Aufhebung der im Hochverratsprozess von Banjaluka gefällten 16 Todesurteile. Die Todesstrafe ist in allen Fällen nachgesehen worden. — Auch hier ist ein Anfang zu verzeichnen. Ein grosser Amnestie-Erlass des Kaisers von Österreich folgte. Viel Amnestie wird es brauchen, bis das grosse Verzeihen anhebt zwischen den Menschen.

* * *

Jouve sagt irgendwo: „Die Freude die du mit dem Toten Feind teilst, deine wirkliche Freude — nicht mehr hassen zu müssen!“ Und wir sehen Bilder und wir lesen davon, dass der Feind die Toten ehrt. Auf einem grossen Kriegsfriedhof im Bereiche der Westfront hat man je einen Franzosen und einen deutschen Soldaten gemeinsam beerdigt. Über jedem Grab ragt ein Kreuz, das den französischen und den deutschen Namen trägt. — Ein westschweizerisches Blatt rühmt den Deutschen nach, sie hätten bei den Zerstörungen ihres letzten Rückzugs wenigstens die Grabstätten der englischen Flieger geschont. — Und der *Manchester Guardian* erzählt ausführlich von der feierlichen Bestattung deutscher Matrosen. 28 Särge von deutschen Fahnentüchern bedeckt. Dahinter schreitend acht deutsche Offiziere mit einer Eskorte von dreihundert „blue jackets“. Die Menge der Zuschauer steht feierlich entblössten Hauptes. Kränze schmücken den ersten Wagen und ein englischer Hornist bläst den Kameraden aus Feindesland einen letzten Abschiedsgruss über das Grab in fremder Erde. Aeroplane kreisen in der Höhe bis die Feierlichkeit ihr Ende gefunden hat.

* * *

Auch gegen den Gefangenen milde zu sein, hat man gelernt. Man sieht den Mitmenschen in ihm. Zahlreiche Berichte und Abbildungen bestätigen das.

Als das französische Schiff Athos von einem deutschen Unterseeboot torpilliert wurde, befanden sich, in der untern Kajüte eingeschlossen, zwei deutsche Gefangene an Bord. Sie fühlten das Schiff sinken und glaubten sich verloren. Doch der mit ihrer Bewachung betraute französische Unteroffizier eilte zu ihnen, um sie noch rechtzeitig zu befreien. Sie vermochten sich durch Schwimmen zu retten, indes der Unteroffizier sich weiter um die Rettung von Frauen und Kindern bemühte, wobei er schliesslich in den Wellen umkam. Das Geschehnis wurde von den beiden Deutschen einwandfrei bezeugt und eine Erklärung darüber abgegeben, die am 14. Juni von der *Wiener Arbeiterzeitung* abgedruckt wurde. — Auch vom guten Einvernehmen der in Deutschland bei der Feldarbeit beschäftigten russischen Gefangenen und der deutschen Bauern hört man immer wieder. Viele Russen beabsichtigen auch nach dem Krieg in Deutschland zu bleiben. Ein junger Bursche, der von der Heimat erfuhr, dass er seine Mutter verloren hatte, hat seine Arbeitgeber darum gebeten, Vater und Mutter zu ihnen sagen zu dürfen.

* * *

. Karl Münzer schildert in den *Münchner Neuesten Nachrichten* vom 2. Mai zwei Begebenheiten aus Zürich. Es sind zufällig herausgegriffene Einzelheiten aus dem friedlichen Nebeneinanderleben von Angehörigen feindlicher Nationen in der Schweiz. — Ein deutscher Offizier schleppt seine Krücken über die Quaibrücke. Da gewahrt er ein italienisches Bübchen in Gefahr von der Trambahn erfasst und überfahren zu werden. Instinktiv lässt er den einen Stock fallen und fasst den Knaben, den er eben noch rechtzeitig in Sicherheit bringt. Und er reicht das Kind der geängstigt herzueilenden Mutter. Mit verzehnfachten Schmerzen tastet er sich dann zum nächsten Ort, wo er von der übermenschlichen Anstrengung Rast finden kann. — Im Garten des Kantonsspitals sitzen die Genesenden an der Sonne. Ein blutjunger deutscher Infanterist macht auf seinem künstlichen Bein den ersten selbständigen Gehversuch. Er ist noch ungeschickt. Er kommt langsam vorwärts. Jetzt steht er am Gittertor. Ein grosser Hund rennt ihn an, der Deutsche verliert den Halt und stürzt. Ein französischer Unteroffizier ist der erste, der herbeispringt. Er nimmt den Hilflosen auf den Arm und dieser, wie ein Kind das man trägt, umfasst ihm den Hals. So wird er an sein Lager gebracht.

* * *

Georg Bernhard schreibt in der *Vossischen Zeitung* vom 10. April einen überaus einsichtsvollen Aufsatz über seine Exkursion nach der Schweiz. Er nennt seine Reise eine Badekur der Seele, die ruhiger stimmt und er fühlt sich in seinen Anschauungen durch sie bereichert. Solche Reisen und solche Art der Berichterstattung sind geeignet, das Verstehenwollen über die Grenze hinüber kräftig zu förden.

* * *

Der christliche Jünglingsverein in England macht es sich zur Aufgabe, das Leben der Soldaten in den Gefechtspausen hinter der Kampflinie und während der Urlaubszeit in der Heimat möglichst leicht und angenehm zu gestalten. Es wurden in Frankreich hinter den Schützengräben gut geschützte Unterstände gebaut, in denen die ermüdeten Soldaten eine gewisse Behaglichkeit finden. Man reicht ihnen dort heissen Kakao, hält ein warmes Bad für sie bereit und versieht sie mit Lesestoff und Schreibmaterial. Sogar ein Billard findet sich da und dort und es wurden für die Truppen Vorträge gehalten. Daheim hat man für die Urlauber billige gute Unterkunft und Verpflegung vorgesorgt. Bibliotheken und Schreibstuben wur-

den eingerichtet und es fehlt auch nicht an angemessener Gelegenheit zur Zerstreuung. 26,000 Personen, davon 20,000 Frauen, sind bei diesem Liebeswerk tätig.

* * *

Der Staat verlangt in Kriegszeiten von seinen Bürgern jegliches Opfer. Das Verlassen des Heims, die Aufgabe des Berufs, das Opfer jeder Selbstbestimmung, die Hingabe von Gesundheit und Leben, von Vater, Gatte, Bruder und Sohn. Er hat die Macht zu all dem, aber seine Macht ist nicht gross genug, um diese Opfer irgendwie zu entgelten. Die Löhnung des Soldaten, die Unterstützung der Familie, der Verwundeten, der Invaliden und der Hinterlassenen ist überaus spärlich. Um die grössten Härten dieser ungerechten Verhältnisse einigermassen auszugleichen, tritt die private Wohltätigkeit in Aktion. Der Hilfsbund für deutsche Kriegerfürsorge in der Schweiz berichtet ein erstes Mal über seine Tätigkeit im Jahre 1916. Es ist an Organisation, Werbetätigkeit und Hilfstätigkeit ein erkleckliches Stück Arbeit geleistet worden. Es wurden zahlreiche Zahlstellen errichtet. Vorträge und Konzerte wurden abgehalten. Über Berufsart, Familienverhältnisse, Verletzungen und Krankheit der aus dem deutschen Heeresdienst Entlassenen liegen fleissig zusammengestellte statistische Daten vor. Viele Operationen wurden auf Kosten des Hilfsbunds vorgenommen. Eine Rentenfürsorge wurde eingerichtet. Der niedrige Markkurs war für die in der Schweiz lebenden Deutschen eine grosse Erschwerung. Ausser den ausgerichteten Unterstützungen half der Bund durch Berufsberatung, Arbeitsbeschaffung und übernahm in vielen Fällen die Sorge für mittellose Hinterbliebene. Der Jahresbericht schliesst mit einer eindringlichen Bitte um Zuführung neuer Mitglieder und um finanzielle Zuwendungen.

* * *

Man hat das ritterliche Verhalten der Serben in diesem Krieg vielfach gerühmt. *Die neue Generation*, Maiheft 1917, weiss von einem Aberglauben bei den Serben zu erzählen, der interessante Rückschlüsse auf die innere Stellung dieses Volkes zur Frau zulässt. Es gilt für den serbischen Soldaten, dass, wer im Kriege eine Frau verführt oder vergewaltigt, nicht gesund aus dem Feldzug heimkehrt.

Das *Journal de Genève* spricht in einer Artikelserie über Englands staatliche Fürsorge für seine Krieger. Ein Blindenheim modernster Einrichtung wird geschildert. Die Erblindeten geniessen die beste Pflege, und man erleichtert

ihnen auf jede mögliche Art die Erlernung eines Berufs. Auch leitet man sie dazu an, gesundheitsfördernden Sport zu treiben. Blindenbibliotheken, Blindenzeitungen stehen zu ihrer Verfügung. Ebenso Schreibmaschinen für Blinde. Für die Krüppel werden orthopädische Heilanstalten eingerichtet, die im allgemeinen den Schilderungen entsprechen, die wir schon von ebensolchen Anstalten in Deutschland gebracht haben. Auch die deutschen Gefangenen werden dort mit künstlichen Gliedern versehen und in ihrem Gebrauch angelernt. Für die Paralytiker und die unheilbar Kranken wurde in der Nähe von London, in besonders schöner Lage, ein fashionables Vergnügungsetablissement angekauft und zu einem Heim im grossen Stil ausgebaut. Die Kranken liegen auf Kautschukkissen, die mit Wasser gefüllt sind, das in der wünschenswerten Temperatur gehalten werden kann. Alle Betten sind auf Rollen verschiebbar und werden möglichst oft ins Freie gebracht, wo die Patienten inmitten grüner Bäume an der Sonne liegen. — Eine noch so reichliche Pension kann den Kriegsbeschädigten niemals für die erlittenen Schmerzen und die verlorenen oder verstümmelten Glieder entschädigen. Es ist immerhin anzuerkennen, dass wenigstens der Wille sich geltend macht, das Einkommen der Kriegsopfer auf gleicher Höhe wie vor dem Krieg zu halten. Wer nichts verdienen kann, oder wessen Verdienst geringer ist als vor dem Krieg, dem wird ausser der reglementären Pension ein Zuschuss gewährt, der die Differenz ausgleicht. Bei der Bemessung der Pensionshöhe wird überdies auch auf die gesellschaftliche Stellung des Beteiligten Rücksicht genommen. Man will gebildeten Menschen mit gesellschaftlichen Verpflichtungen die Möglichkeit bieten, nach wie vor in ähnlichen Verhältnissen weiterleben zu können. England rechnet für die Jahre 1918 und 1919 mit einem Aufwand von 25 Millionen Pfund Sterling oder 625 Millionen Franken für Pensionen. Der ganze Finanzplan für Pensionierungen entspricht an Zins und Amortisation einem Kapitalverbrauch von 9000 Millionen Franken.

Felix Beran.



Deutsche Demokratisierung.

Von Prof. Dr. HUGO PREUSS.

Am Ende des ersten Kriegsjahres war mein Buch: „Das deutsche Volk und die Politik" erschienen, in dem ich darlegte, dass eine der wichtigsten inneren Ursachen für die ungünstige internationale Lage Deutschlands im Weltkonflikt das Anderssein seiner obrigkeitlichen Staatsstruktur gegenüber der fast aller feindlichen und neutralen Staaten sei. Heute darf ich wohl ohne Unbescheidenheit sagen, dass es einen gewissen moralischen Mut erforderte, dies damals schon in Deutschland auszusprechen. Es war leicht vorauszusehen, dass die Anhänger des Alten solche Ketzerei nicht nur in gehässigster Weise bekämpfen, sondern sie ihren Gläubigen nur in völlig verzerrter und entstellter Form übermitteln würden, um dann zu „widerlegen", was ich niemals behauptet habe. Weit entfernt davon, als „deutscher Ankläger Deutschlands" aufzutreten, habe ich vielmehr in jenem Buche gerade den Nachweis versucht, dass dies Anderssein Deutschlands nicht ein willkürlich geschaffener und willkürlich zu ändernder Zustand sei, sondern sich aus seiner historisch-politischen Entwicklung mit innerer Folgerichtigkeit ergebe. Ebensowenig habe ich natürlich die widersinnige Behauptung aufgestellt, dass unser innerpolitisches Anderssein die Ursache des Weltkrieges wäre; dass die feindlichen Regierungen wirklich diesen ungeheueren Krieg für die Befreiung des deutschen Volkes vom Obrigkeitsstaat führten. Dass aber in dem Kriege, der wie alle Kriege aus widerstreitenden Machtinteressen entstanden ist und um Machtinteressen geführt wird, jenes Anderssein unserer innerpolitischen Struktur die internationale Lage Deutschlands ungemein erschwert und belastet, indem es von den feindlichen Mächten als wirksamstes Propagandamittel für ihre Sache in der öffentlichen Meinung ihrer eigenen wie der

neutralen Völker verwertet wird, — das ist etwas ganz anderes; das ist eine Tatsache, die man damals noch allenfalls, heute nach zwei weiteren Jahren, keinesfalls mehr in gutem Glauben ableugnen kann. Doch wie gesagt, jene verleumderischen Entstellungen waren von der starken Wut der Schwachen im Geiste zu erwarten. Dagegen ging weit über mein Erwarten die lebhafte Zustimmung hinaus, die meine Darlegungen auch in Kreisen fanden, auf deren Gesinnungsgemeinschaft ich früher kaum zu hoffen gewagt hätte. Dass diese Anschauungen und die lebhafte Zustimmung, die sie in grossen und weitverbreiteten deutschen Zeitungen und Zeitschriften fanden, von der feindlichen Presse, die jede alldeutsche Hetzerei eifrigst weiterverbreitet, so weit ich sehe, völlig totgeschwiegen wurde, hat meine Überzeugung über das, was der deutschen Sache draussen nützen und schaden kann, nur bekräftigt.

Was damals als eine kecke Ketzerei erscheinen mochte, ist heute am Beginne des vierten Kriegsjahres fast zum Gemeinplatz geworden: die schwere Belastung der internationalen Lage Deutschlands durch seine innerpolitische Struktur. Die furchtbare Dauer des Krieges, seine immer weitere Ausdehnung über die Welt, die erstaunlich geringe politische Nutzwirkung für die Friedensaussichten, die von den glänzenden militärischen Leistungen ausgehen, mussten in dieser Richtung wirken. Die russische Revolution hat wohl die militärische Machtentfaltung der Entente geschwächt; aber sie hat zugleich ihr grosses Schlagwort von dem Menschheitsziel der Niederkämpfung der deutschen „Autokratie“ von seiner ärgsten und offensichtlichsten Schwäche befreit; sie hat zugleich mit dem Eintritt Amerikas in den Weltbund den Charakter der Staatengruppierung erst mit vollster Schärfe herausgestellt. So ist die Meinung erstarkt, dass eine tiefgreifende innerpolitische Umgestaltung Deutschlands die unerlässliche Voraussetzung für ein Ende des Weltelendes sei, und demgemäss die Forderung, dass sich Deutschland „demokratisieren“ müsse, wenn es ihm ernst sei mit der Ver-

wirklichung seines wiederholt bekundeten Friedenswillens.

Es sind die höchsten, über alles zu erstrebenden Ziele der Gegenwart, die so miteinander in Verbindung gesetzt werden: die Beendigung des sinnlosen Wütens durch friedliche Verständigung der Völker und die politische Umgestaltung Deutschlands, die endlich seinen inneren Gegensatz zu allen anderen modernen Kulturstaaten löst. Aber wer von der Notwendigkeit dieser Umgestaltung für die innere und äussere Entfaltung all der tüchtigen Kräfte des deutschen Volkes aufs innigste überzeugt ist, und wer ebenso innig den baldigen Frieden wünscht, darf doch nicht verkennen, dass die Erreichung beider Ziele nicht gefördert wird durch die Art, wie sie vielfach im Auslande miteinander in Verbindung gesetzt werden.

Das Wesen der deutschen Obrigkeitsstruktur beruht keineswegs darauf, dass eine herrschende Kaste den politischen Willen des Volkes mit Gewalt unterdrücke; vielmehr haben natürliche Anlage und geschichtliche Schicksale in Wechselwirkung einen zielbewussten aktiven politischen Gemeinwillen nicht zur Entwicklung kommen lassen. Die Obrigkeitsregierung ist aber unüberwindlich, weil sie unentbehrlich ist, solange es an einer anderen regierungsfähigen und regierungswilligen Potenz fehlt, die aus dem politischen Gemeinwillen hervorgeht. Die dem Obrigkeitssystem eigenen Ausschliessungs- und Unterdrückungstendenzen sind lediglich Reflexerscheinungen seines natürlichen Selbsterhaltungstriebes. In Wechselwirkung hemmt es dann freilich auch wiederum durch die antiselektorische Art seiner Selbstergänzung im engsten Kreise und die öde Reizlosigkeit des öffentlichen Lebens unter seiner Herrschaft die Entfaltung eines handlungsfreudigen und verantwortungsbereiten politischen Gemeinwillens. Und doch ist die Bildung eines solchen Gemeinwillens und damit die Bildung einer anders gearteten regierungsfähigen Potenz die unerlässliche Voraussetzung, um das Obrigkeitssystem entbehrlich zu machen und zu überwinden. Das bedeutet eine tiefgehende Umgestaltung des politischen Volksgeistes, die sich nicht plötzlich zu

vollziehen vermag, da sie Schwächezustände der politischen Energie überwinden muss, die in einer jahrhundertelangen Entwicklungsgeschichte wur eln. Wohl ist der Glaube berechtigt, dass das ungeheuere Erlebnis des Weltkrieges mit seinen bitteren politischen Erfahrungen und dem furchtbaren Drucke seiner materiellen und geistigen Nöte jenen Umgestaltungsprozess mächtig beschleunigen und vertiefen muss; jedoch nur unter der Voraussetzung, dass diese Wirkung nicht durch Begleitumstände von hoher volkspsychologischer Kraft gehemmt oder gar ins Gegenteil verkehrt wird.

Solche Hemmung und Gegenwirkung muss notwendig eintreten, wenn der Eindruck entsteht und geflissentlich genährt wird, dass die Demokratisierung dem deutschen Volke vom feindlichen und unfreundlich neutralen Auslande gleichsam als Busse seiner politischen Sünden auferlegt werden soll. Abgesehen von der völligen Undurchführbarkeit einer solchen Demokratisierung von aussen, die selbstverständlich noch weniger haltbar wäre, als die Auferlegung einer dynastischen Gewaltherrschaft durch fremde Macht, wird dadurch dem Umgestaltungsprozess von innen heraus nur allzu wirksam entgegengearbeitet. Allerdings haben neuerdings feindliche Staatsmänner die früheren, kaum anders zu deutenden Äusserungen abzuschwächen gesucht; eben jetzt hat Balfour ausdrücklich erklärt, dass von einer Einmischung in die innerpolitische Gestaltung Deutschlands keine Rede sein könne und die etwaige Demokratisierung ausschliesslich Sache des deutschen Volkes selbst sei. Das ist immerhin ein kleiner Fortschritt. Aber viel stärker klingt doch der Oberton, dass auf eine innere Umgestaltung Deutschlands nicht zu rechnen sei, und deshalb seine Kraft und Macht gebrochen werden müsse. Wichtiger noch ist, dass nicht nur die feindlichen Regierungen, sondern meist auch die friedensfreundliche Opposition und die öffentliche Meinung der Neutralen, bei der Nutzanwendung ihrer allgemeinen Prinzipien, Deutschland und seine Verbündeten, aller Billigkeit ja aller Logik zum Trotz, mit erstaunlich anderem Masse misst als die

Ententeländer. Auch ohne die jüngsten Enthüllungen des neuen Reichskanzlers über französisch-russische Eroberungsabmachungen weiss man genug von den überaus freigebigen Verteilungsplänen der Alliierten über deutsche, österreichisch-ungarische und türkische Länder; Pläne, die von dem Vorwurf einer Eroberungspolitik doch nicht dadurch reingewaschen werden können, dass die Alliierten nach dem bisherigen Gange der militärischen Ereignisse von den verteilten Ländern so gut wie nichts besitzen. An Deutschland und Österreich jedoch stellen nicht bloss feindliche Staatsmänner, sondern auch ehrliche Friedensfreunde die schlankweg unmögliche und unsinnige Forderung, dass sie die von ihnen militärisch besetzten Länder räumen und sich also wehrlos machen sollen, ehe Friedensverhandlungen auch nur beginnen könnten. Das Gleiche gilt von der Sonderstellung, die man bei einem annektionslosen Frieden für die elsass-lothringische „Frage" in Anspruch nimmt Denn wer das Recht der Eroberung prinzipiell verneint, der muss den Besitzstand fast aller anderen Staaten noch viel umfangreicher nachprüfen als den des Deutschen Reiches. Und wer die Staatsbildung einzig und allein auf das Nationalitätsprinzip stellen will, der muss Elsass-Lothringen in der Hauptsache bei Deutschland lassen, dagegen manche anderen Staaten nahezu auflösen.

Mit alledem wird ein Eindruck erzeugt, der den mächtigen inneren Gegnern einer deutschen Demokratisierung die Verbreitung der Anschauung bedenklich erleichtert, das wahre Ziel des Auslandes sei nicht Demokratisierung oder Niederwerfung Deutschlands, vielmehr Niederwerfung Deutschlands durch seine Demokratisierung. Welche verhängnisvolle Bedeutung das für jenen notwendigen Umgestaltungsprozess unseres politischen Volksgeistes haben muss, liegt auf der Hand. Denn ein Volk, vor allem in der gegenwärtigen Lage des deutschen, wird in natürlichem Selbsterhaltungstriebe die Behauptung seiner Existenz und Kraft über alle sonstigen Beweggründe stellen; es wird vor jeder Entwicklung zurückscheuen,

von der man ihm glaubhaft machen kann, dass sich das feindliche und unfreundliche Ausland von ihr eine Schwächung seiner Kraft verspricht Darin liegt der wesentliche Grund, wenn die alldeutsche und reaktionäre Agitation, trotz aller Erfahrungen der Zeit, noch Anhang im Volke zu gewinnen vermag. Den an der Macht befindlichen feindlichen Staatsmännern, die den Krieg bis zum äussersten fortzusetzen ein politisches oder persönliches Interesse haben, wird solcher Erfolg nicht unwillkommen sein, wenn er nicht geradezu von ihnen beabsichtigt wird. Aber die kriegsfeindliche Opposition in den Ententeländern und die Neutralen, die einen baldigen Frieden und eine Demokratisierung Deutschlands von innen heraus ehrlich und wirklich wollen, dürfen die ihren Zielen durchaus entgegenwirkenden Folgen nicht ausser acht lassen, die sie durch die Unterstützung jener unbilligen und unlogischen Forderungen gegen Deutschland auch ihrerseits fördern.

Die Anschauung, dass ein straffes Obrigkeitssystem für Deutschland infolge seiner zentralen politisch-geographischen Lage und des auf seinen Grenzen lastenden Druckes eine notwendige Voraussetzung seiner Machterhaltung sei, ist bei uns stets mit Eifer und Erfolg verkündet und verbreitet worden. Die bitteren Erfahrungen des Weltkrieges haben diese Anschauung allmählich stark zu erschüttern begonnen, indem sie nur allzu deutlich zeigen, dass Deutschland durch jenen Gegensatz seiner innerpolitischen Struktur zu der aller anderen modernen Staaten, aussenpolitisch keineswegs gestärkt, vielmehr empfindlich geschwächt, der auf ihm lastende internationale Druck bis zur Unerträglichkeit gesteigert wird. Sie zeigen, dass die im politischen Gemeinwillen des Volkes wurzelnden Regierungen auch aussenpolitisch stärker und handlungsfähiger sind als die nur in sich selbst ruhende Obrigkeitsregierung. Das erschreckende Missverhältnis zwischen den militärischen Leistungen der deutschen Volkskraft und ihrer international-politischen Auswirkung muss den Glauben an jenes Dogma von der aussenpolitischen Überlegenheit des militaristisch-obrigkeitlichen Systems in wachsendem

Masse bedrohen. Und nur wenn diese Erkenntnis in der öffentlichen Meinung herrschen wird, ist jene Umgestaltung des politischen Volksgeistes zu erwarten, von der eine deutsche Demokratisierung ausgehen kann. Um so eifriger arbeiten natürlich alle Träger und Verfechter des alten Systems dem Durchdringen jener Überzeugung in der öffentlichen Meinung entgegen. Nichts unterstützt sie darin wirksamer als der Eindruck, dass dem Auslande die Niederwerfung der politischen und wirtschaftlichen Macht Deutschlands das wahre Endziel und das Schlagwort von der Demokratisierung nur ein listig gewähltes Mittel zu diesem Zwecke sei. Gegen so unversöhnliche Feindschaft könne sich Deutschland einzig und allein auf seine kriegerische Macht verlassen, die ihren Rückhalt im straffen Obrigkeitssystem finden müsse. Das bleibt nicht ohne Wirkung auch auf solche, die weder Interessenten noch unbedingte Anhänger jenes Systems sind. Man sucht ihnen oder sie suchen sich selbst den Übergang durch allerlei Scheingründe zu erleichtern. Während es sich in Wahrheit darum handelt, dass sich Deutschland nicht ohne schwerste eigene Schädigung von der allgemeinen politischen Entwicklung ausschliessen kann, die bei allen Verschiedenheiten im einzelnen doch im Grundcharakter sämtliche übrigen Völker vereinigt, wird dafür die angebliche Forderung untergeschoben, dass Deutschland die sklavische Nachahmung der „westlichen Demokratien“ aufgezwungen werden soll. Daran schliesst sich der bequeme Nachweis, dass auch in diesen westlichen Demokratien nicht alle politischen Blütenträume reifen; dass auch dort manches nicht schön und das Idealbild reiner Volksherrschaft keineswegs verwirklicht sei. Dann ist es nur noch ein Schritt zur Verkündigung des spezifisch deutschen Freiheitsbegriffs, der sich nicht in politisch-parlamentarischer Parteiherrschaft entfaltet, sondern in dem Pflichtgefühl der Einordnung in militärische und obrigkeitliche Disziplin, verklärt durch sozialpolitische Organisation. Diese letztere ist es vor allem, die nicht nur die Überlegenheit und höhere Art deutscher Freiheit gegenüber den bloss politischen

Freiheitsbegriffen der andern beweisen soll, sondern sogar die grössere Stärke und Einheitlichkeit des deutschen Staatsgeistes gegenüber dem staatsschwächenden Individualismus der Westvölker. Immer wieder ist es den bewussten und unbewussten Verteidigern des alten Systems um den Nachweis zu tun, dass die politische Demokratisierung die Staatskraft schwäche; um trotz aller Erfahrungen der Gegenwart die ihnen so gefährliche Überzeugung vom Gegenteil nicht aufkommen zu lassen. Und doch ist es kaum zu begreifen, wie man angesichts der Ergebnisse einer jahrhundertelangen geschichtlichen Entwicklung und angesichts der Erlebnisse der Gegenwart die Behauptung von der Schwäche des englischen oder französischen Staatsgeistes wagen kann. Gerade die offensichtliche und an Erfolgen reiche gewaltige Stärke dieses politischen Staatsgeistes trotz eines überwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Individualismus, widerlegt schlagend alle Versuche, die Bedeutung und Wirksamkeit des staatspolitischen Moments durch das sozialpolitische zurückzudrängen. Die volkspsychologischen Begleiterscheinungen des Weltkrieges geben auch noch die Probe auf das Exempel. Das sozialpolitisch führende Deutschland hat nicht einmal die Sympathien des Proletariats in den sozialpolitisch rückständigsten feindlichen oder in den neutralen Ländern zu gewinnen und von den „westlichen Demokratien“ abzuziehen vermocht, obgleich jene Demokratien gewiss keine Volksherrschaften im Sinne des Proletariats sind. Diese Erfahrung machte es sogar bei Völkern, die ihm ethnisch und kulturell am nächsten stehen. Für die aussenpolitische Anziehung und Abstossung und damit für die Machtentfaltung eines Staates wirkt also das staatspolitische Moment offenkundig sehr viel stärker, als ethnische und kulturelle Verwandtschaft, vollends auch stärker als alle noch so achtbaren sozialpolitischen Vorzüge.

Dass man diese Tatsache in Deutschland nur schwer und ungern einsieht, ist ein Ausfluss unseres dem rein politischen Moment an sich abgeneigten Volksgeistes, was wiederum mit der geschichtlichen Entwicklung zusammen-

hängt, die der wirtschaftlichen und sozialen Entfaltung Deutschlands einen gewaltigen Vorsprung vor seiner politischen verschafft hat Eben darin liegt nun aber die bedeutsamste Schwierigkeit für die Demokratisierung und Parlamentarisierung Deutschlands, wie sie gegenwärtig zum Brennpunkt der internationalen Lage geworden ist.

Demokratisierung und Parlamentarisierung werden dabei als im wesentlichen gleichbedeutende Ausdrücke gebraucht, indem die Parlamentarisierung als die Form der politischen Demokratisierung Deutschlands gilt. Darin liegt jedoch eine sehr bedeutsame Abweichung von der sonstigen geschichtlichen Entwicklung des Parlamentarismus. Denn diese zeigt ihn regelmässig zunächst in einer ausgeprägt aristokratischen oder plutokratischen Gestalt, die sich erst allmählich mit der gesellschaftlichen Umschichtung mehr und mehr demokratisiert. Dort fällt also die Ausbildung seiner politischen Grundlagen in ein so frühes Stadium der sozialen Entwicklung, dass die führende Stellung bestimmter enger Schichten noch kaum ernsthaft bestritten war. Unverkennbar begünstigte dieser Umstand den jungen Parlamentarismus bei der Durchsetzung seiner politischen Macht gegen das Obrigkeitssystem, weil er sich auf eine sozial ganz oder nahezu einheitliche Schicht stützen konnte. Als dann die moderne soziale Entwicklung die Herrschaft jener oligarchischen Schicht mehr und mehr schwächte, und die zunehmende Demokratisierung des Parlamentarismus erzwang, ging dies gewiss auch nicht ohne starke Reibungen und Erschütterungen vonstatten; jedoch waren die politischen Grundlagen des parlamentarischen Wesens bereits so fest gefügt und im Volksbewusstsein verankert, dass ihre Umbildung und Erweiterung zur Aufnahme der neu emporgekommenen Volksteile immerhin möglich war. Diese Voraussetzungen fehlen in Deutschland durchaus. Hier hat sich weder ein aristokratisch noch ein bürgerlich plutokratisch bestimmter politischer Parlamentarismus entwickelt, vielmehr nur ein ziemlich schwacher und höchst unorganischer konstitutioneller Einbau in das aufrechterhaltene Obrigkeitssystem. In-

zwischen ist aber durch die gewaltige wirtschaftliche Entwicklung die scharfe Differenzierung der Gesellschaft und ihrer Klassen zu vollster Entfaltung gekommen. Daher ist es auch ganz unmöglich, dass Deutschland jene Entwicklungsstadien des politischen Parlamentarismus etwa nachträglich noch durchlaufen könnte; sondern dieser ist hier, wenn überhaupt, nur sofort in seiner demokratischen Gestalt denkbar. Das stösst auf die ungeheure Schwierigkeit, dass sich die politische Überwindung des Obrigkeitssystems nicht auf eine sozial einheitliche Schicht stützen kann; dass vielmehr die überaus schwach entwickelte praktisch-politische Gruppierung durch die um so stärker entwickelten sozialen Gegensätze übermächtig durchkreuzt wird. Die Scheidung der Sozialdemokratie von den „bürgerlichen" Parteien erschwert aufs verhängnisvollste die politische Demokratisierung durch den Parlamentarismus. Wohl macht sich dieser Gegensatz auch in den schon parlamentarisierten Staaten geltend; aber gerade weil hier das parlamentarische Wesen an sich feststeht, hemmt er nicht so jeden politischen Fortschritt wie bei uns, wo die grundlegende Arbeit erst noch zu tun ist. Da wird jener das politische Leben beherrschende soziale Gegensatz sogar zu einer neuen Stärkung des Obrigkeitssystems; denn beim Fehlen eines gemeinsamen aktiven Staatsbürgerbewusstseins bietet sich den sozialen Gegensätzen die Obrigkeit als der vermeintlich allein unparteiische Dritte. In Wahrheit schwebt freilich die Obrigkeitsregierung ebensowenig in einem sozial luftleeren Raume, wie sie politisch wirklich „über den Parteien stehen" kann. Aber obgleich die Erfahrung diese Tatsache immer und immer wieder bestätigt, wissen sich die Parteien, wie sie nun einmal unter diesen Umständen geworden sind, nicht anders zu helfen, als indem sie alle Verantwortlichkeit einer politisch schöpferischen Initiative der Obrigkeitsregierung zuschieben.

So erklärt sich auch der seltsame Ausgang, den jetzt die Krise um demokratische Parlamentarisierung in Deutschland genommen hat. Dem Wortführer einer Partei, deren ganze Existenzberechtigung in dem tatkräftigen Streben

nach jenem Ziele liegt, ist das bezeichnende Geständnis entschlüpft, dass seinen Prateifreunden der Wille zur politischen Macht fehle und sie den Zeitpunkt herbeisehnten, wo sie wieder nach alter Gewohnheit in gesinnungstüchtige Opposition treten könnten! Ja, da liegt's. Immer noch erscheint der Zustand als der natürliche, dass die Obrigkeitsregierung allein positiv politisch handelt, die parlamentarischen Parteien negativ kritisieren. Das ist begreiflich infolge einer Vergangenheit, die weder die sachlichen noch durch wahrhaft politische Auslese die persönlichen Voraussetzungen innerhalb der Parteien für den tatkräftigen Willen zu politischer Macht und ihrer Verantwortlichkeit geschaffen hat. Aber auf diesem Wege gelangt man weder zur Parlamentarisierung noch zur politischen Demokratisierung. Und doch muss die allerernsteste Sorge um die Zukunft die Gegenwart auf einen Weg drängen, der in jene Richtung führt. Trotz aller begreiflichen Enttäuschung und trotz aller gebotenen skeptischen Vorsicht wird man doch auch in den jüngsten deutschen Vorgängen immerhin schon Anzeichen erkennen, dass sich jener Drang innerer Notwendigkeit geltend zu machen beginnt. Von dieser harten Lehrmeisterin ist eine Beschleunigung des geistigen Umbildungsprozesses wohl zu erwarten; nur darf ihm nicht durch jene oben erwähnten äusseren Beeinflussungen bewusst oder unbewusst entgegengearbeitet werden.

Wenn es wahr ist, dass von der inneren Umgestaltung Deutschlands eine Beschleunigung und eine versöhnende Gestaltung des Friedens abhängt, so handelt es sich dabei um eine Schicksalsfrage keineswegs nur für Deutschland, sondern für sämtliche Staatswesen unseres Kulturkreises. In den ersten Zeiten des Krieges mochte man seinen Schrecken und Leiden die Tatsache gegenüberstellen, dass er überall den Staatsgeist der Völker erstaunlich zusammengeschlossen und gekräftigt habe. Mit seiner ungeheuerlichen Dauer und Ausdehnung mehren sich die drohenden Anzeichen eines verhängnisvollen Umschlages. Überall in parlamentarischen und unparlamentarischen, in

demokratischen und nichtdemokratischen, in kriegführenden und neutralen Staaten der alten und der neuen Welt gewinnt eine Anschauung Boden, die die Existenzberechtigung aller jener Ordnungen verneint, die doch samt und sonders dies Menschheitselend weder zu vermeiden noch nach so langer Dauer zu beenden vermögen. Jeder weitere Kriegsmonat verbreitert diese Strömungen, die, uneins unter sich, doch über alles hinwegspülen, was uns jetzt einigt oder trennt. Sollen wir in einer garnicht fernen Zukunft erfahren, dass der Weltkrieg an sich noch nicht das schlimmste Schicksal war, das unsere ganze politische Kultur treffen konnte?

□□□

Man sagt uns, dass wir nicht Frieden schliessen können, solange Deutschland nicht völlig demokratisiert ist. Ich gestehe offen, dass ich keine grosse Sehnsucht nach jener neuen Art von Demokratie empfinde, als deren Hohepriester ein Lord Curzon und Lord Milner auftreten. Wenn wir mit Deutschland keinen Frieden schliessen können, oder wenn der Friedensschluss schwierig ist, solange dieses Reich nicht völlig demokratisiert ist, wie kommt es, dass wir es so leicht gefunden haben, ein Bündnis zu schliessen, mit der despotischesten Autokratie, welche die Welt jemals gesehen hat? Die Wichtigkeit einer demokratischen Verfassung ist uns damals gar nicht aufgefallen. Wenn wir wegen unserer jetzigen Äusserungen der Unaufrichtigkeit angeklagt werden, so trifft es sich wirklich unglücklich, dass wir diesem Vorwurf nicht entschiedener entgegentreten können, weil es wirklich im Munde manches von unseren Ministern einen starken Klang von Unaufrichtigkeit hat, wenn er sich so plötzlich für das Ideal der Demokratie begeistert. Schliesslich, was ist denn eigentlich Demokratie? Haben wir selbst je eine echte Demokratie gehabt oder haben wir sie jetzt? Demokratie ist doch nicht die blosse Gesetzgebung durch ein Parlament oder das Redenhalten von Ministern oder Parlamentariern. Vor dem Kriege haben wir ja wirklich schon geglaubt, hart vor einem demokratischen Paradiese zu stehen. Aber alle jene Dinge sind noch lange nicht die wirkliche Demokratie. Unglücklicherweise ist gerade jetzt nicht ein einziges Land sehr nahe daran, diese zu erreichen. Denn Demokratie ist nichts anderes als der beständige Fortschritt eines Volkes in Freiheit und Unabhängigkeit, ohne Hemmung durch gesetzliche Einschränkungen, durch militärische und bürokratische Verordnungen, durch ökonomischen Druck. Demokratie ist der Zustand eines auf sich selbst gestellten, voll erzogenen und an allen Zweigen der nationalen Regierung entscheidend teilnehmenden Volkes. Wir sind wahrhaftig nicht sehr nahe an diesem Zustande, und wir hatten eine solche Demokratie auch nicht vor dem Kriege.

Aus der Rede Ponsonbys im englischen Parlament, 26. Juli 1917.

Der Wirtschaftskrieg nach dem Frieden.

Von J. A. HOBSON, Universität London.

Der Verfasser gehört zu den mutigen Männern, welche wie F. W. Hirst, die glänzend bewährte Freihandelspolitik Englands gegen die Überrumpelung durch die Ausbeuter der Kriegsleidenschaften verteidigen. In seinem Buche „*The New Protectionism*" (152 S., T. Fisher Union Ltd., London), dem wir mit seiner Erlaubnis die nachfolgenden Abschnitte entnehmen, erklärt Prof. Hobson gerade heraus als die Urheber der ganzen Agitation für einen Wirtschaftskrieg nach dem Frieden die harten Geschäftsmänner, die wissen was sie wollen, nämlich eine öffentliche Politik, die ihrer Privatkasse Extraprofite eintragen soll. Dazu sollen nun „die durch den Krieg erzeugten patriotischen Gefühle von Liebe und Hass gegenüber bestimmten Staaten ausgebeutet werden," uneingedenk der historischen Erfahrung, „dass Kriegsbündnisse selten so fest und dauerhaft sind, dass sie eine verlässliche Grundlage für eine langfristige Wirtschaftspolitik bieten können."

Zunächst nun wendet sich Hobson gegen die Vorstellung vom Schutzzoll als einem Mittel nationaler Verteidigung gegen die Deutschen.

D Red.

Gerne will ich zugeben, dass ein Volk, wenn es zwischen Wohlstand und Verteidigung zu wählen hat, gut täte, der Verteidigung den Vorzug zu geben. Aber erst müsste man doch den Beweis haben, dass der Gegensatz zwischen diesen beiden Faktoren besteht und dass eine Wahl vonnöten ist. Auf den ersten Blick erscheint der Wohlstand dem Schutz der Nation günstig, und nicht umgekehrt. Armut bedeutet nicht Stärke. Der Lebensnerv des Krieges heisst: Geld; das sollten wir besser wissen als irgend ein Land auf der Welt. Wenn wir daher einen Weg einschlagen sollen, der dem Wohlstand Abbruch tut, muss es uns klar sein, dass dieser Nachteil durch Vorteile zugunsten der nationalen Verteidigung reichlich aufgewogen wird. — Welchen Gefahren nach dem Kriege will ein Zolltarif vorbeugen? Es ist ganz überflüssig, bei der unsinnigen Fabel von den enormen Warenmengen zu verweilen (im Werte von 300,000,000 Pfund, wie ein phantastischer Statistiker berechnet!), die von den deutschen Fabrikanten und Kaufleuten schon aufgespeichert sein sollen, um sie gleich nach Beendigung des Krieges auf unseren und den französischen Markt zu werfen und durch „dumping" jedes Wiederaufleben unseres Handels zu ersticken. Wie Deutschland von den Überschüssigen seiner industriellen Bevölkerung die für dieses Kunststück nötige Arbeitskraft erlangen kann, welches Unheil angerichtet würde, wenn Deutschland billige Warenmengen in einem Momente einführen könnte, wo unsere Warenvorräte und die der Han-

delswelt erschöpft sein werden, welche Güter Deutschland als Zahlung annehmen könnte und schliesslich, welch minimales Beweismaterial man der albernen Fabel zugrunde zu legen imstande ist, — das alles muss genügen, um das „dumping“ Argument als erledigt betrachten zu können.

Weit mehr Anlass zur wirtschaftlichen „Verteidigung‘, seitens Englands und seiner Verbündeten bieten die aufbauenden und agressiven Handelsmassnahmen, welche die Zentralmächte ergreifen könnten. Es wird angenommen, dass ein reueloses und revanchesüchtiges Deutschland all seine Kräfte auf die Wiederbelebung seiner Industrie und Ausbreitung seines Handels konzentrieren wird, und zwar soll es eine dreifache Absicht haben: erstens die Stärkung seiner heimischen wirtschaftlichen Kraft, um für die Vorbereitung eines neuerlichen Krieges genügend Reichtümer zu besitzen; zweitens die kommerzielle und finanzielle Durchdringung fremder Länder, einschliesslich des britischen Reiches, um uns die Vorherrschaft auf dem Gebiete des Handels zu entreissen; und drittens die Erlangung von Monopolen auf gewisse, für Kriegszwecke oder Lebensmittelindustrien wichtige Hilfsquellen oder industrielle Verfahren in der Heimat oder im Ausland. Um dieser agressiven Politik zu begegnen, sollen wir:

1. einen Tarif aufstellen, der in Krieg und Frieden England von auswärtigen Hilfsquellen unabhängiger macht als es früher der Fall war;
2. die Reichslande in eine geschlossenere wirtschaftliche Einheit bringen;
3. die Handels- und Finanzbeziehungen zwischen den Verbündeten so kräftigen, dass die Allianz zu einem dem Wesen nach sich selbst genügenden Wirtschaftssystem wird;
4. den Handel der Zentralmächte boykottieren.

Es muss hinzugefügt werden, dass ein schutzzöllnerischer Tarif nicht das einzige Werkzeug wirtschaftlicher Verteidigung sein soll. Sie wäre durch Schiffahrtsgesetze, Reformen in den Bestimmungen über Handelsgesellschaften und Patente, einen vollkommenen Börsenboykott etc. wirksam zu unterstützen.

Aber der Zolltarif bleibt die Hauptwaffe. Nun kann seine Wirksamkeit im Dienste der Verteidigung zweierlei Prüfung unterzogen werden:

1. Stärkt er die Lage des Landes im Falle eines neuerlichen Krieges?
2. Macht er den Ausbruch eines neuerlichen Krieges wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher?

Nehmen wir den ersten Punkt vor. Wird die Durchfüh-

rung des hier besprochenen Tarifes Deutschland in der Möglichkeit beeinträchtigen, die ihm zugeschriebene agressive Politik zu verfolgen? Es trachtet, eine starke heimische Industrie zu schaffen, ausländische Märkte und einen Anteil an der Entwicklung rückständiger Gebiete zu gewinnen, sowie massgebende sog. „Schlüsselindustrien" zu besitzen und zu beherrschen. Es ist nun klar, dass ein grosser Teil der Welt ihm verschlossen wäre, wenn man es vom ganzen Handel und den anderen wirtschaftlichen Beziehungen mit England, dem britischen Reiche und den Kolonien unserer Verbündeten abschneiden würde, worunter es wohl leiden müsste. Würde aber die Schädigung, welche dadurch seiner Industrie und seinem Aussenhandel, also dem deutschen Wohlstande überhaupt angetan wäre, einen Vorteil für England oder die Verbündeten im Interesse ihrer Verteidigung bedeuten? Gewiss nicht, wenn sie uns ebenso schwächt wie unseren mächtigen Gegner. Und ist die Behauptung etwa unrichtig, das Unterbinden des Handels zwischen zwei Nationen oder Nationengruppen beeinträchtige oder schwäche beide Teile in gleicher Weise? Ich weiss, man ist der Meinung, die Deutschen hätten früher mehr durch den Handel mit uns gewonnen als wir durch den Handel mit ihnen; man denkt dabei hauptsächlich daran, dass unser Import von Deutschland weit grösser war als unser Export nach Deutschland. Bezogen wir im Jahre 1913 nicht Waren im Werte von 80 Millionen £ von Deutschland, wogegen wir an Deutschland nur um 40 Millionen englische und 20 Millionen koloniale und ausländische Erzeugnisse verkauften? Es herrscht der sonderbare Glaube, dass Deutschland uns bei dieser Gelegenheit übervorteilte. Doch sollte man gerade das Gegenteil annehmen. Denn wenn wir wirklich Waren im Werte von 80 Millionen empfangen und dafür nicht mehr Werte als von 60 Millionen gegeben haben, dann wäre der Vorteil sicherlich auf unserer Seite gewesen. Tatsächlich haben wir natürlich entweder direkt an Deutschland oder für seine Rechnung an andere Länder, die ganzen 80 Millionen auf dem Wege des Exportes von Waren oder durch andere Dienstleistungen bezahlt. Abgesehen von dieser notwendigen Begleichung der Handelsbilanz, liegt kein Grund vor, anzunehmen, dass Deutschland den grösseren Gewinn erzielt hätte, weil es uns direkt mehr verkauft als es bei uns kauft. Unsere Protektionisten sprechen gerne von unserer „verrückten Grossmut", die darin besteht, dass wir unsere Märkte unserm Feinde öffnen, der seinen blühenden Handel auf unserer liebenswürdigen Schwäche aufgebaut habe. Hat aber irgend eine Firma oder ein einzelner Handelsmann unseres Landes bei

Deutschland aus anderen Gründen eingekauft als zum Zwecke des eigenen Gewinnes? Es fiel dem Kaufmann nie ein, dass er grossmütig handle, weil er dort einkaufte, wo er seiner Ansicht nach das Beste bekam. Die Vorstellung, dass der Exporthandel mehr wert sei als der Importhandel, ist ein Irrtum, eine blosse Übertreibung des Produzentenstandpunktes.

Eine andere Form desselben Irrtums besteht in dem Glauben, es würde den Zentralmächten viel mehr schaden, vom Handel mit dem britischen Reiche und den gesamten Gebieten der Alliierten abgeschnitten zu sein, als den letzteren, wenn sie den Handelsverkehr mit den Zentralmächten verlieren würden. Das wäre aber sicherlich der Fall, wenn die ganze Welt aus zwei Wirtschaftsgruppen bestünde. Es wäre für die Alliierten mit ihren Kolonien leichter als für die Zentralmächte, ein wirtschaftliches System zu begründen, bei dem sie sich selbst vollkommen genügen könnten. Aber hierin liegt nicht der Kern des Problems. Es übersieht die Bedeutung der neutralen Welt und die Vorgänge des indirekten Aussenhandels. Wenn die Wirkung von Zollmauern um England ,die Kolonien und die Länder der Alliierten die sein sollte, unsere Handelsbeziehungen mit den neutralen Ländern zu erschweren und die Deutschlands zu erleichtern, dann wäre das Endresultat ein schadenbringendes und gefährliches. Und diese Wirkung würde zweifellos eintreten. Weder England, noch das breitere Wirtschaftssystem der Alliierten kann für alle wirtschaftlichen Bedürfnisse aus eigenem Gebiet aufkommen. Sie müssen in bezug auf wichtige Nahrungsmittel und unentbehrliche Rohstoffe ihrer wichtigsten Industrien weiter in Abhängigkeit vom Import- und Exporthandel mit den neutralen Ländern, namentlich mit Nord- und Südamerika bleiben.*) Wenn unsere Kolonien auch einen grossen Teil der importierten Nahrungsmittel liefern, die Hauptsache kommt doch vom Ausland. Im Jahre 1913 bekamen wir 65½ Millionen Zentner Weizen und Weizenmehl vom Ausland gegen 57 Millionen, die unsere Kolonien lieferten. In manchen Jahren tragen die Reichslande noch viel weniger bei. Im Jahre 1908 z. B. machte uns das gleichzeitige Missraten der Ernten in Australien und Indien zu drei Vierteln von unserem Import aus dem Ausland abhängig. In bezug auf manche Rohmaterialien unserer Stapelindustrie sind wir vollkommen aufs Ausland angewiesen. Zum Beispiel die Baumwolle. Im Jahre 1913 betrug die vom Reiche gelieferte Menge nur 71,915,000 Pfund gegen 2,102,384,000 Pfund aus ausländischen Quellen.

*) Geschrieben vor der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten, die übrigens nach der neuesten Erklärung des Präsidenten Wilson den Wirtschaftskrieg nach dem Frieden ihrerseits ablehnen. D. Red.

Nun kann man nur einwenden: Was beweist das alles? Wir werden ja weiter in den jetzigen freundschaftlichen Handelsbeziehungen mit den neutralen Staaten verbleiben. Sie werden unsere Waren weiter kaufen und uns die ihren verkaufen wie früher. Werden sie das aber auch tun? Eine unvermeidliche Wirkung unseres Zollsystems wäre die, unseren Handel mit den grossen neutralen Märkten zu beeinträchtigen und den Handel Deutschlands mit ihnen fördern. Zwei Faktoren würden zu diesem Resultat führen. Die deutschen Fabrikanten und Kaufleute würden, von unseren Märkten und denen der Alliierten abgeschnitten, dazu gedrängt werden, sich eifriger auf die ihnen noch offenen Märkte zu verlegen. Um in der Sprache der Protektionisten zu sprechen, würden diese neutralen Länder ihre „Dumping-Gebiete" werden und die Konkurrenz dieser „gedumpten" deutschen Waren würde unsere ehrliche Ware unterbieten. Überdies würden die hohen Zölle, mit denen wir Waren aus neutralen Ländern werden belegen müssen, um unsere eigenen Erzeugnisse zu schützen und unseren Kolonien, sowie den Alliierten den Vorzug zu verschaffen, die neutralen Länder, deren Waren bei uns bisher immer frei waren, ernstlich beeinträchtigen. In Vergeltung für unser Verhalten würden sie uns nicht mehr die Behandlung der meistbegünstigten Nation angedeihen lassen.

Die Fallstricke des Zolltarifs.

Die Tarifreformen der letzten zehn Jahre begegneten grossen Schwierigkeiten bei ihrem Bemühen, die Forderungen der heimischen Industrien mit Vorzugszöllen für die Kolonien, die agrarischen mit den industriellen Interessen, sowie die Finanz-, Schutz- und Vergeltungszölle miteinander in Einklang zu bringen. Die Erfahrung lehrte, dass es bedeutender Geschicklichkeit bedurfte, um die Interessen der Produzenten und Konsumenten Englands und der Kolonien als Käufer von Lebensmitteln, Rohmaterialien, halb und ganz fabrizierten Waren miteinander auszugleichen. Und doch war das ein Kinderspiel im Vergleich mit der Aufgabe, die unsere Neoprotektionisten erwartet. Denn zum früheren System sollen sie nun die neuen Methoden des Weltkriegs hinzufügen, für welche die Welt aus Freunden, Feinden und Neutralen besteht, und sie sollen die neuen Bedürfnisse der Verteidigung mit den nationalen und imperialistischen Interessen des älteren Planes in Einklang bringen.

Ein Tarif, der für Zwecke der Reichsverteidigung geeignet sein soll, muss, wie man zugeben wird, die beiden folgenden Bedingungen erfüllen: 1. muss er das britische Reich und die Alliierten in Einheit und Freundschaft verbinden;

2. muss er diesen Bund so gestalten, dass er sich in bezug auf alle wichtigen Erfordernisse in Krieg und Frieden selbst genügen kann. Erfüllt nun der vorgeschlagene Tarif diese Bedingungen? Dieser Tarif hat eine schwierigere Aufgabe zu lösen als je zuvor ein von einem Staat angenommener Zolltarif. Er hat zwischen fünf verschiedenen Gruppen zu unterscheiden. Vor allem hat er die Industrie und Landwirtschaft Englands und Irlands zu schützen; 2. den Kolonien eine Vorzugsbehandlung zu gewährten; 3. die Allianz durch gegenseitige günstige Handelsverträge zu befestigen; 4. den neutralen Staaten einen allgemeinen Zolltarif zu bieten; 5. feindliche Waren auszuschliessen oder uns wenigstens hinsichtlich der wichtigsten vor Abhängigkeit von unserem Feinde zu sichern.

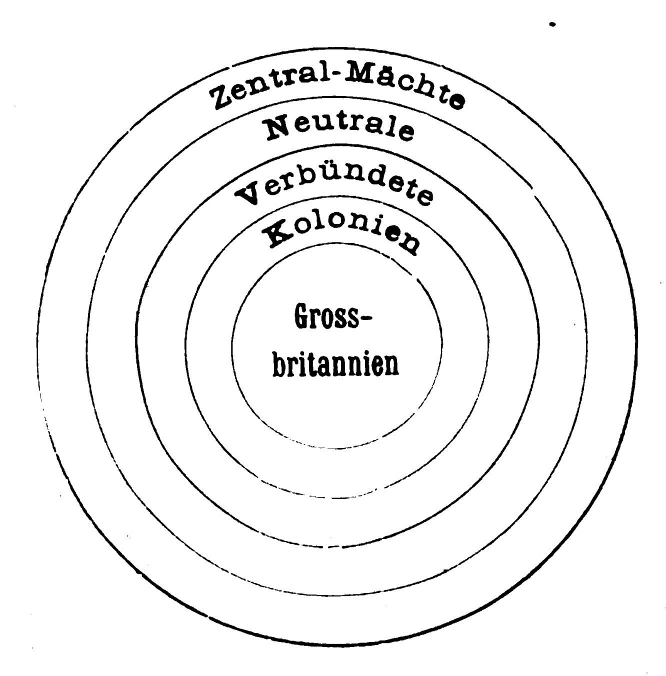
Aber wenn einmal die jetzige Kriegskarte als Richtschnur für unsere zukünftige Handelspolitik gebraucht wird, so ensteht die Tendenz, unseren Tarif nicht bloss nach dieser fünffachen Unterscheidung zu regeln. So gibt es z. B. Vorschläge zur Unterscheidung der uns wohlgesinnten von den nichtwohlgesinnten Neutralen. Und die gute Gesinnung kann wieder nach dem Verhalten als Neutrale während des Krieges oder nach den allgemeinen Handelsbeziehungen zu uns vor dem Kriege beurteilt werden. — Wickham Steed möchte z. B., dass England und die Alliierten die Neutralen in „erstklassige" und „zweitklassige" Neutrale unterscheiden je nach ihrer wohlwollenden oder missgünstigen Haltung während des Krieges. „Staaten, die dem Feind heimlich geholfen oder die Alliierten während des Krieges vorsätzlich behindert haben; Völker, die, trotzdem sie imstande waren, sich gegen einen eventuellen Angriff Deutschlands zu verteidigen, doch an den Erfolg der deutschen Waffen glaubten und ihn herbeiwünschten, müssen als zweitklassige Neutrale betrachtet werden."*) Ich bemerke aber, dass der vom Komitee der Londoner Handelskammer vorbereitete Entwurf in der Tarifbehandlung zwischen „befreundeten Neutralen" und „anderen neutralen Ländern" unterscheidet, nämlich solchen, „die andern fremden Ländern Vorzugszölle gewähren." Ich sehe keinen Grund dafür, warum die Unterscheidungen hier Halt machen sollten. Mancher neutrale Handel ist für uns wichtiger als ein anderer, ganz abgesehen von der günstigen oder ungünstigen Haltung, die solche neutrale Regierungen annehmen mögen. Und das bietet wieder eine andere Unterscheidungsgrundlage.

Aber wenn wir diese Unterscheidungen auf neutrale Länder anwenden, warum sollten wir es nicht auch feindlichen Län-

*) „Ein Friedensprogramm", Edinburgh Review, April 1916, p. 378.

dern gegenüber tun? Abgesehen davon, dass wir dem Handel Deutschlands mehr zu schaden wünschen als dem Ungarns, Bulgariens oder der Türkei, sind die Lebensmittel und Materialien, die von diesen Ländern bei uns eingeführt werden, wertvoller für uns (immer nach der protektionistischen Wertskala gerechnet!) als die Fabrikwaren, die aus Deutschland kommen. Es wäre offenbar vorteilhaft für uns und nachteilig für Deutschland, die Einfuhr seitens seiner Verbündeten weniger streng zu behandeln als seine eigene.

Sobald einmal die Geschäftsinteressen mit Politik und militärischen Rücksichten verquickt werden, scheint es wirklich keine Grenze mehr für die Komplikationen der Zolltarife zu geben. Ein Spezialtarif für jedes Land, der sich nach allen Schwankungen in den politischen und militärischen Erwägungen ändert, wäre die logische Folge einer solchen Situation. In vager Voraussicht dieser Komplikationen fürchteten unsere Neoprotektionisten dermassen, ihre Vorschläge in endgültigen Formeln festzulegen; dass es nicht leicht zu bestimmen ist, wofür sie eigentlich einstehen. Aus den umfangreichen Diskussionen der „Morning Post" und den Versammlungsberichten der Handelskammer scheint mir jedoch eine neue Zoll- und Wirtschaftsordnung zu erstehen, die durch fünf konzentrische Kreise veranschaulicht werden kann:



Wie wird es nun möglich sein, einen Tarif zu ersinnen, der die widerstrebenden Interessen dieser fünf Kreise mit-

einander in Einklang bringt? Wir wollen hier auf einige, einem solchen Versuche innewohnenden Gefahren hinweisen:

Wenn wir Grossbritannien den entsprechenden Schutz gewähren, riskieren wir es, unsere Kolonien zu beleidigen und zu entzweien! Denn die Wiederbelebung der englischen Landwirtschaft behufs erhöhter Lebensmittelerzeugung erfordert eine Belastung aller überseeischen Produkte. Die Dominions werden so des bis jetzt innegehabten Freihandels in Nahrungsmitteln und Rohstoffen verlustig gehen. Gleichviel ob dieser Verlust aufgewogen wird durch die höheren Auslandszölle, der Tarif unterscheidet immerhin zugunsten der heimischen englischen Produzenten und gegen die Dominions. Und wenn wieder ein wirklich gegenseitiges Zollabkommen das Reich zusammenbinden soll, dann muss Kanada Waren von Bradford und Birmingham unter wirklichen „Vorzugsbedingungen" hineinlassen. Werden die kanadischen Fabrikanten darauf eingehen? Der ursprünglich als Regel geltende hohe Vorzugszoll ist bald zurückgezogen worden, wo immer der Wettbewerb der kanadischen Industrie praktisch von Bedeutung ist.

Die Abhängigkeit Kanadas von der Einfuhr an Fabrikwaren aus den Vereinigten Staaten wuchs stetig, und die Zölle auf amerikanische Waren sind durchschnittlich niedriger als die auf englische. Wird die grosse Freihandelbewegung in West-Kanada sich neue Tarifabkommen gefallen lassen, die den Preis der landwirtschaftlichen Maschinen aus den Vereinigten Staaten in die Höhe treiben?

Es ist oft darauf hingewiesen worden, wie sehr ungleich der Wert sein muss, den die verschiedenen Reichslande den von England gewährten Vorzugstarifen beimessen. Kanada, die reichste der autonomen Kolonien, muss am meisten gewinnen; für die Waren, die Südafrika exportiert, muss der Gewinn ein unbedeutender sein.

(Fortsetzung folgt.)

□□□

Komödie wird gespielt.

Zu einem Friedensbündnis schließt sich die Welt zusammen gegen ein paar Mächte, die selbst den Frieden wollen, ihn verlangen und anbieten. Aber die große Friedenskoalition findet immer neue Ideen, welche den Frieden verhindern, damit er — dauerhaft werde. Es wäre eine heitere Komödie, wenn nicht jeder Tag tausende hinopfern würde.

C. B.

Allgemeine Schiedsgerichtsbarkeit immer und überall — nur jetzt nicht?*)

Von Prof. Dr. H. GOMPERZ, Wien.

Gerne bieten wir unsern Lesern die nachfolgenden Ausführungen ihres zeitgemässen Hauptgedankens wegen, wenn wir auch mit der Kriegsphilosophie des verehrten Verfassers nicht übereinstimmen. D. Red.

Soviel wir Mitteleuropäer in unserer „glänzenden Abgeschlossenheit" vernehmen, bereiten die Randmächte eifrig die Heraufführung des tausendjährigen Reiches vor, in dem „die Wölfe bei den Lämmern wohnen ... und Löwen Stroh essen werden wie die Ochsen". Nur weil die Löwen gegen diese neue Lebensweise bedauerlicherweise noch eine gewisse Abneigung zeigen, gilt es vorerst noch, sie durch eine gute Tracht Prügel gefügig zu machen ... Im einzelnen glauben wir zu verstehen, dass zunächst die Völker „befreit" und dass dann diese „freien, gleichberechtigten Völker" zu einem Friedensbunde zusammengeschlossen werden sollen, indem fürderhin alle Streitigkeiten durch Schiedsgerichte oder Vermittlungsausschüsse auszutragen wären, und der die Aufgabe hätte, den Ausbruch weiterer Kriege gewaltsam zu verhindern.

Gegen die Ausführbarkeit und Wirksamkeit eines solchen Planes bestehen manche ernsten Bedenken. Heute sei nur kurz die Aufmerksamkeit aller derer, die sich eine gewisse Fähigkeit zu unbefangenem Urteil bewahrt haben, auf einen besonderen, bisher anscheinend wenig beachteten Punkt gelenkt.

Gutwillig werden die Mittelmächte einem solchen Bunde natürlich nur beitreten, wenn ihnen darin ein würdiger, wahrhaft gleichberechtigter Platz zugedacht ist, und wenn auch ihr Anteil an den der „Erzwingung des Friedens" dienenden Machtmitteln hinter dem keines anderen Bundesmitglieds zu-

*) Dieser schon vor längerer Zeit abgefasste, ursprünglich für eine niemals ins Leben getretene Zeitschrift bestimmte Aufsatz entbehrt wohl auch heute noch nicht gänzlich der Aktualität.

rücksteht, d. h. wenn die Aufrechterhaltung des Friedens nicht etwa vorzugsweise durch die Flotte Englands oder durch die Heere Frankreichs und Russlands gewährleistet werden soll. Unter dieser Voraussetzung aber könnten wir uns einen solchen Beitritt ganz wohl denken. Allein ihn ernstlich ins Auge fassen und uns innerlich auf ihn vorbereiten — das können wir Mitteleuropäer doch nur dann, wenn wir den Eindruck gewinnen, dass diese Friedensbundpläne von der öffentlichen Meinung der uns gegnerischen Staaten nicht nur mit persönlicher Aufrichtigkeit (die ich nicht in Zweifel ziehen will), sondern auch sachlich mit ernster Folgerichtigkeit vertreten werden, dass sich dort nicht gleichzeitig mit der Anpreisung jener Pläne eine Gesinnung zeige, die deren Ausführung notwendig zur Unfruchtbarkeit verurteilen müsste. Es ist die Aufgabe dieser Zeilen, an *einem* Beispiele zu zeigen, wie schwer es uns gemacht wird, uns einem derartigen Eindruck zu überlassen.

Wie immer der geplante Friedensbund im einzelnen eingerichtet und ausgestaltet werde — unparteiische Untersuchung strittiger Tat- und Rechtsfragen, willige Unterwerfung unter einen billigen Schiedsspruch müssten bei seiner Verwirklichung im Vordergrunde stehen. Gibt es nun gegenwärtig gar keine Gelegenheit, die innere Vorbereitung auf ein derartiges Verhalten — ich möchte sagen die *Gesinnung der Schiedsgerichtsbarkeit* zu beweisen?

Keine Frage wird in den öffentlichen Kundgebungen der Randmächte häufiger aufgeworfen als die, wen die „Schuld“ am Ausbruche des gegenwärtigen Krieges belastet? Mit Fug lässt sich bezweifeln, ob diese Frage eine sinnvolle Antwort zulässt, und noch zweifelhafter mag es sein, ob dadurch, dass sie jetzt aufgeworfen wird, irgendetwas Gutes erzielt werden kann. Nicht im mindesten zweifelhaft dagegen scheint mir, dass *wenn* diese Frage aufgeworfen werden soll, sie wahrheitsgemäss und lehrreich nur beantwortet werden kann nach gründlicher Untersuchung, sachlicher Prüfung, unparteiischer Erwägung — mithin auf Grund eines (dem Wesen der Sache nach) schiedsgerichtlichen Verfahrens. Wer uns daher einen Vorgeschmack der Segnungen geben will, die unser im künf-

tigen Friedensbunde harren, der dürfte höchstens verlangen, dass die Schuldfrage unparteiisch untersucht und der Schuldige zur Leistung angemessener Genugtuung verhalten werde; keineswegs aber dürfte die Schuldfrage ohne Untersuchung kurzweg entschieden, der Schuldige einseitig bezeichnet und die Genugtuung ohne weiteres festgesetzt werden. Denn wenn dies geschieht — müssen sich dann nicht die Mittelmächte, und auch die Neutralen, fragen: Wird das im künftigen Friedensbunde ebenso sein? Werden auch dort Schuldsprüche und Straferkenntnisse einseitig von einer Partei gefällt werden? Ist das die Rechtsgesinnung, die wir dort zu erwarten haben?

An dem Tage, an dem ich diese Zeilen niederschreibe (am 13. Jänner 1917), werden hier zwei Kundgebungen veröffentlicht. In der Note der deutschen an die neutralen Regierungen heisst es: „Die Geschichte wird urteilen, wen die ungeheure Schuld am Kriege trifft; ihr Wahrspruch wird ebenso wenig über .... hinweggehen wie über ....." In der Note der Randmächte an die Vereinigten Staaten dagegen lese ich: „Eine historische Tatsache steht gegenwärtig fest, nämlich der Angriffswille Deutschlands und Österreich-Ungarns, um ihre Vorherrschaft in Europa und ihre wirtschaftliche Herrschaft über die Welt zu sichern." Also die Regierungen der Randmächte erachten sich für befugt, einseitig historische Tatsachen festzustellen, und zwar überdies Tatsachen, die sich auf innere Vorgänge in den Seelen ihrer Gegner (deren „Willen" nämlich) beziehen und die — wie schliesslich auch den Verfassern der fraglichen Note nicht unbekannt sein kann — von diesen Gegnern stets vorbehaltlos in Abrede gestellt worden sind. Die geistige Verfassung, die sich hier offenbart, ist also diese: es wird gegen jemand eine schwere Anklage erhoben; der also Angeklagte bestreitet sie; und darauf stellt der Ankläger als „historische Tatsache" fest, der Angeklagte habe die ihm zur Last gelegte Handlung begangen und sei deswegen zu „gerechtfertigten Entschädigungen" und „gerechten Wiedergutmachungen" verbunden. Wer könnte wahrhaftes Zutrauen zur „schiedsgerichtlichen Gesinnung" einer öffentlichen Meinung haben, die ein solches Verfahren gegen einen An-

geklagten billigt — gesetzt auch, auf den ersten Anblick spreche alles **gegen** diesen Angeklagten, nichts **für** ihn. Welch anderes Zutrauen zu ihren Zukunftsplänen könnten die Vertreter dieser öffentlichen Meinung auch schon dann für sich in Anspruch nehmen, wenn sie es über sich gewännen, statt als Partei selbst zu urteilen und Strafen vorzuschreiben, vielmehr nur die Fällung eines unparteiischen Urteils und die Bestrafung des Schuldigen — wer es auch sei — zu fordern! Und dabei sollte doch auch der Befangenste nicht verkennen können, dass selbst auf den ersten Anblick zu mindest nicht weniger **gegen** als **für** die „Schuld" der Mittelmächte spricht. Denn wenn ihre Gegner darauf hinweisen können, dass die ersten Kriegserklärungen tatsächlich von Österreich-Ungarn an Serbien und Deutschland an Russland gerichtet worden sind, so werfen sie dem gegenüber die Frage auf, welchen Vorteil sie denn von einer selbstgewollten Friedensstörung erwarten konnten, während das Streben, ihnen ausgedehnte und wertvolle Gebiete zu entreissen (Bosnien und die Herzegowina, Ostgalizien, Elsass-Lothringen, Trient und Triest, Siebenbürgen) seit langem offenbar war und ja auch heute nicht mehr verhehlt wird. Liesse sich da nicht mit beträchtlicher Scheinbarkeit behaupten, dass eine etwaige Schuld der Mittelmächte höchstens aus einer Trübung des Urteils, keinesfalls aus böser Absicht entspringen könnte? Wo aber wäre für jeden, der sich zur Schiedsgerichtsbarkeit überhaupt bekennt, der Ruf nach einem Schiedsgericht auch in einem bestimmten Einzelfall entschiedener geboten, als wo es die Entscheidung einer bestrittenen Tatfrage gilt, die sicherlich nicht auf den ersten Blick eindeutig im Sinne der Randmächte gelöst werden kann?

Doch wo gibt es in diesem Weltkampf Schiedsrichter — wo Unparteiische — solche, die es sind, und gar erst solche, die dafür gelten? Sicherlich ein vollwichtiger Einwand; doch täuschen wir uns nicht: ein Einwand, der fast mit gleicher Wucht die Anwendung der Schiedsgerichtsbarkeit auf alle grossen, tief in die Weltbegebenheiten eingreifenden Fragen trifft! Einen Unbefangenen zu finden, den die Frage kalt lässt, ob an den Küsten Neufundlands Franzosen oder Eng-

länder fischen, ist nicht schwer; aber wem wäre es innerlichst gleichgültig, ob Deutschland oder England, Japan oder Nordamerika auf die Zukunft der Menschheit den grösseren Einfluss nehmen wird? „Im künftigen Friedensbunde sollen so grosse Machtgegensätze nicht nur durch Schiedsgerichte, sondern auch durch Vermittlungsausschüsse ausgeglichen werden.“ Allein auch allgemein anerkannte Rechtssprüche liessen sich dort doch nicht entbehren. Gerade die „Erzwingung des Friedens“ soll ja dadurch geschehen, dass sich alle gegen jenen vereinigen, der „den Frieden bricht“. Wie aber wird man dies dann unbefangen und unparteiisch entscheiden können, wenn es heute unmöglich ist, unbefangen und unparteiisch zu entscheiden, wer im Jahre 1914 „den Frieden gebrochen“ hat? Werden also auch in jenem Friedensbunde der Zukunft „historische Tatsachen“ einseitig „festgestellt“ werden?

Man soll indes die Schwierigkeiten einer schiedsgerichtlichen Entscheidung auch nicht übertreiben. Bei den meisten Streitigkeiten in der Welt liegt erfahrungsgemäss die Schuld nicht nur auf einer Seite. Will man also die Urheberschaft am Kriege einmal als „Schuld“ auffassen — wie es doch die öffentliche Meinung der Randmächte zu tun scheint — und dann dieser Schuld ehrlich auf den Grund gehen, so wird sich wahrscheinlich herausstellen, dass keineswegs ein Teil allein schuldig, alle andern Teile gänzlich unschuldig sind, dass vielmehr die meisten, wenn schon nicht alle Kriegführenden nur ein verschiedener Grad gemeinsamer Mitschuld belastet. Diese Grade der Mitschuld festzustellen und ihnen entsprechend die Kriegführenden auch in verschiedenem Masse zur Heilung der Kriegsschäden heranzuziehen, diese Aufgabe braucht durchaus nicht von vorneherein als eine unlösbare beurteilt zu werden. Denn man bedenke zweierlei:

1. Die Arbeiten eines solchen Schiedsgerichts müssten monatelang dauern; so lange müssten die Richter zusammen arbeiten und verkehren, gemeinsam Akten studieren und Zeugen vernehmen; mögen sie von Anfang an noch so befangen gewesen sein, warum sollten nicht mit der Zeit gemeinsame Eindrücke ihre Auffassungen einander nähern?

2. Neben dem Masse der Verschuldung müsste für den Beitrag jedes einzelnen kriegführenden Staates zu der Heilung der gesamten Kriegsschäden jedenfalls auch seine Leistungsfähigkeit Mass geben; denn fände man etwa selbst, Serbien sei an allem Schuld, so könnte doch Serbien allein nicht für die gesamten Weltkriegsschäden aufkommen; nur ein verhältnismässig höherer Anteil, als er sonst seiner Volkszahl oder der Höhe seines Staatsvoranschlages entspräche, könnte ihm auferlegt werden. Wo also über die Schuldfrage durchaus keine Einigung zu erzielen wäre, da würde doch die verhältnismässige Leistungsfähigkeit der kriegführenden Staaten für die Aufteilung der Kriegsentschädigungsbeiträge einen nicht ungerechten Schlüssel an die Hand geben; wo die strenge Gerechtigkeit versagte, vermöchte ergänzend und ausgleichend die Billigkeit einzutreten.

Vielleicht ist es bei alledem sanguinisch, von einem schiedsgerichtlichen Verfahren dieser Art ein befriedigendes Ergebnis zu erwarten; allein wer hievon von vorneherein überzeugt ist, dürfte uns doch auch die Segnungen der Schiedsgerichtsbarkeit überhaupt nur mehr mit sehr starken Vorbehalten rühmen. Schliesslich kann man politische Vorgänge von zwei verschiedenen Standpunkten aus betrachten und beurteilen: historisch auf Grund der Machtverhältnisse oder moralisch auf Grund der Rechtsverhältnisse. Wer sich auf das erste beschränken will, der verzichte aber auch darauf, den Gegner mit moralisch vergifteten Reden herabzusetzen, und male nicht Zukunftsbilder an die Wand, die bei solchen Voraussetzungen nur als Utopien beurteilt werden können. Wer sich dagegen auf das zweite einlässt, der hat sich auch ernstlich um die unparteiische Feststellung und unbefangene Beurteilung der Tatsachen zu bemühen und dürfte vernünftigerweise nicht einmal den Schein auf sich nehmen, in eigener Sache zugleich Ankläger und Richter zu sein.

Wo immer sich die volltönenden Wendungen von Schuld und Genugtuung wieder hören lassen, sollte ihnen die bestimmte Forderung nach unparteiischer Prüfung der Schuld- und schiedsgerichtlicher Austragung der Genugtuungsfrage entgegengesetzt werden. Ist das Gewissen der Randmächte

wirklich rein — warum sollten sie sich dieser Forderung widersetzen? Die Mittelmächte haben sicherlich allen Grund, auf ihre Annahme zu dringen. Sollte sie sich trotz alledem als undurchführbar erweisen, so wäre damit der Beweis geliefert, dass Interessengegensätze wie die, die heute ausgefochten werden, nicht nach sittlichen und rechtlichen Formeln ausgeglichen werden können. Selbst dann wäre es kein ganz kleiner Schritt dem Frieden und einer besseren Zukunft entgegen, wenn die Kriegführenden, statt einander bloss zu beschuldigen und zu bedrohen, erst einmal anfingen, darüber nachzudenken, ob und wie sich denn die behauptete Schuld sachlich feststellen, billig abstufen und wirksam wieder gut machen liesse?

□□□

... Was der kriegerische Erfolg bedeutet, hat der kluge Li-Hung-Tschang einmal dem General Waldersee gegenüber sehr drastisch erläutert. Dieser wunderte sich, dass die Chinesen so ruhig zusähen, wie Europas Truppen Tausende, ja vielleicht Millionen ihrer Landsleute töteten. Aber Li meinte, das sei verhältnismässig ganz belanglos. Einstmals seien die Tartaren gekommen, damals nicht mit Kanonen und Bajonetten, sondern mit dem zu jener Zeit modernen „Pfeil und Bogen“. Immer hätten die Tartaren gesiegt, und auch sie hätten Millionen von Chinesen hingemordet; nie hätten Chinesen eine einzige Schlacht gewonnen. Aber — fuhr der Schüler Laotses lächeld fort: „Wo sind heute die Tartaren?“

Ja — wo sind sie? China hat eben keine starken Waffen, die eine einzelne Feldschlacht entscheiden können, aber es hatte jene „lebendigen Waffen“, mit denen man die viel furchtbareren und grausameren Kämpfe gewinnt, durch die das Geschick der Völker entschieden wird.

G. F. Nicolai. Aus „Die Biologie des Krieges“.

Der Fall Kleiber.

Von HANS HONEGGER, Zürich.

Der Fall Kleiber ist noch nicht erledigt. Er bildet eine Angelegenheit von derart prinzipieller Tragweite, daß mit Recht die Presse und vor allem die akademischen Kreise immer wieder die allgemeine Aufmerksamkeit auf den Fall Kleiber lenken. Das Tatsächliche ist bereits zur Genüge bekannt: Max Kleiber, Studierender der Eidg. Techn. Hochschule, aus ethischen und politischen Gründen Dienstverweigerer, wird vom Eidg. Schulrat ohne weitere Untersuchung relegiert, nachdem ein Kriegsgericht ihn zu verschiedenen Strafen, unter anderm zum Entzug des Aktivbürgerrechts verurteilt hatte. Der schweizerische Bundesrat hat den Entscheid des Schulrates prompt und rückhaltlos gebilligt, während ein großer Teil der Studenten und ein Teil der Presse sein Vorgehen als eine Verletzung der akademischen Gewissensfreiheit scharf mißbilligen.

Wir wollen hier allein das Prinzipielle der Angelegenheit prüfen, speziell vom akademischen Gesichtspunkte aus. Vorerst möge immerhin noch erwähnt werden, daß sich jedenfalls der Eidg. Schulrat päpstlicher als der Papst gezeigt hat, nämlich als das Kriegsgericht, indem der Staatsanwalt selber die Behinderung des Verurteilten in seinen Studien als eine vom Gericht nicht gewollte Strafverschärfung bezeichnet hatte.

Doch zum Prinzipiellen: Darf eine Hochschule einen ihrer Angehörigen allein aus Gründen seiner politischen, ethischen oder religiösen Gesinnung, und der solcher Gesinnung entstammender Handlungen relegieren, oder überhaupt disziplinarisch bestrafen?

Auf diese Frage muß mit einem entschiedenen Nein geantwortet werden, denn solcherlei Strafe bedeutete ein Vergehen gegen die akademische Gewissensfreiheit.

Sollte es denn überhaupt noch möglich sein, daß gebildete Leute, speziell Akademiker die so fundamentale Bedeutung der akademischen Gesinnungsfreiheit nicht zu würdigen wissen? Die akademische Denkfreiheit bildet doch den eigentlichen Nährboden der freien Forschung und Lehre. Ein Akademiker, dem es wirklich ernst ist um Förderung und Verbreitung der Wissenschaft, muß als erste und unumgänglichste Forderung das Recht beanspruchen, in seinem wissenschaftlichen Streben nicht durch äußere Mächte gehemmt zu werden; er muß sich das Prä-

rogativ ausbedingen, über alles in der Welt eigene Ansichten bilden und vertreten zu können, auch über Mächte wie Staat, Kirche etc. Das eben war ja eine der großen Kulturerrungenschaften der neuesten Zeit gegenüber dem Mittelalter, daß in unsern modernen – gegenüber den „gebundenen“, scholastischen – Hochschulen Freiheit der Forschung und Lehre prinzipiell gewährleistet wurde; daß mit den modernen Hochschulen dem Denken, dieser hehrsten Kraft des Menschen, eine Freistätte geschaffen werden soll; daß hier die menschliche Vernunft in unangetasteter Suprematie, unbekümmert um die Interessen traditioneller Mächte frei schalten und walten könne – im Namen der Menschheit! Von jeher galt es als einen der schönsten Ruhmestitel für ein Land und für ein Volk, im Rufe zu stehen die akademische Gewissensfreiheit hochzuhalten; noch heute blicken wir voll Ehrfurcht auf Universitäten, die dieses Recht zu Zeiten besonders tapfer verteidigten, wie etwa Leyden, Jena, Heidelberg, und auf Männer, die durch ihr Eintreten für dieses Recht erhebliche persönliche Opfer nicht scheuten, wie Galilei, die Göttinger Sieben und viele andere. Und anderseits galt von jeher kaum ein Vorwurf von einer höheren Warte aus so demütigend für einen Staat, wie wenn es hieß: hier wird der freien Forschung und Lehre keinen freien Raum gelassen, hier wird das Denken bevormundet.

Es kann nun kaum irgendwie bestritten werden, daß der Beschluß des Eidg. Schulrates eine Verletzung der akademischen Gewissensfreiheit bedeute. Daß Kleiber den Dienst verweigert hat, weil er dadurch einer Forderung seines Gewissens gehorchen zu müssen glaubte, wird wohl von keiner Seite ernstlich bezweifelt. Auch das Militärgericht hat dies anerkannt. Eine disziplinarische Bestrafung seitens der Hochschule auf Grund dieses Schrittes von Kleiber bedeutet also auf alle Fälle eine Verletzung der akademischen Gewissensfreiheit. Es ändert durchaus nichts am Sachverhalt, wenn der Schulrat nachträglich behauptet, daß Kleibers Ausstoßung nur erfolgt sei wegen des Entzugs des Aktivbürgerrechts und nur so lange in Kraft bleiben soll, bis Kleiber wieder in seine Bürgerrechte eingesetzt worden sei. Denn dieser Entzug des Aktivbürgerrechtes war ja eben die von Staats wegen Kleiber auferlegte Strafe für seine aus Gewissensmotiven heraus geborene Handlung. Es sei hier ausdrücklich bemerkt, daß ich, wie wahrscheinlich die überragend große Mehrzahl derer, die sich über den Entscheid des Schulrates entrüsteten, die, seitens des Staates von Kleiber geforderte Strafe durchaus verstehe und billige. Die Hochschule aber, wenn sie sich ihre geistige Autonomie

wahren will, darf in Kleibers Handlung nur eine Frage der persönlichen Überzeugung, nicht eine Frage möglicher Staatsschädigung erblicken. — Laut Nr. 1404 der „Neuen Zürcher Zeitung" soll der „Schweiz. Bauzeitung" zufolge die Hochschulbehörde den Grund für ihr Vorgehen wie folgt neu formuliert haben: „Darf der Dienstverweigerer in bezug auf seine Studienvollendung vor den Hunderten von Studierenden, die durch Erfüllung ihrer Dienstpflicht ein, zwei und noch mehr Studienjahre opfern, begünstigt werden oder nicht?" — Zum ersten sei zu dieser Äußerung bemerkt, daß, insofern diese Angabe richtig ist, unseres Wissens kein Student, jedenfalls nicht in einer der öffentlichen Versammlungen dieses Argument zu gunsten der Ausschließung Kleibers geltend gemacht hat. Sie hätten sich dessen geschämt. — Auch das Militärgericht hat verbis expressis den gegenteiligen Standpunkt eingenommen. Falls die Hochschulbehörde nun diese seine letzte Begründung aufrecht erhalten sollte, dann muß ihr mindestens eine völlig augenfällige Inkonsequenz vorgeworfen werden: Warum werden denn, abgesehen von den schweizerischen nicht dienstpflichtigen Studierenden nicht auch alle ausländischen Refraktäre vom Besuch der Hochschule ausgeschlossen, die doch zweifellos „in bezug auf ihre Studienvollendung vor den Hunderten von Studierenden ..." ebenfalls bevorzugt werden? Und woher nimmt sich die Hochschulbehörde das Recht, einem Studierenden eine und dazu die denkbar härteste Disziplinarstrafe aufzuerlegen, nur weil er sonst ihrer Ansicht nach in seinen Studien vor andern Commilitionen bevorzugt wäre? Wenn der Schulrat alle Ungleichheiten in der Bevorzugung der Studenten vom Schicksal aus der Welt schaffen wollte, dann hätte er wahrlich viel zu tun.

Und schließlich, Tatsache bleibt doch und wird immer bleiben, daß der Schulrat als eine akademische Behörde mit seiner Entscheidung die akademische Gewissensfreiheit getroffen hat. Wenn man, wie Prof. M. Großmann in seinem Artikel „Grundsätzliches zum Fall Kleiber" („Neue Zürcher Zeitung" 1324) betont hat, die vom Militärgericht für Kleiber verhängte Strafe zu gelinde findet, so wende man sich an dieses.

Man mag die Angelegenheit betrachten wie man will: Unumstößlich steht fest, daß der Beschluß des Eidg. Schulrates einen Angriff auf die akademische Denkfreiheit bedeutet.

Und deshalb, in allererster Linie deshalb muß mit aller Entschiedenheit gegen diesen Entscheid Einspruch erhoben werden und deshalb vor allem ist es zu hoffen, daß besonders auch die schweizerische Akademikerschaft gegen dieses Vorgehen des Schulrates, das eine Bedrohung der wichtigsten Existenzgrundlage für ihr geistiges Schaffen und Wirken bedeutet, einmütig und eindeutig Stellung nehme.

Militarisierung der Jugend und Mütterlichkeit.

Von Dr. phil. HELENE STÖCKER,
Präsidentin des Bundes für Mutterschutz, Berlin.

Schluss.

Wir, die wir glauben, dass nur als ethisches Phänomen das Dasein und die Welt ewig gerechtfertigt ist, wir wollen daher die jetzige, naturgemäss noch unvollkommene Organisation der Staaten so fortbilden, dass auch sie sich den sittlichen Gesetzen unterwerfen müssen. Denn der Staat ist um der Menschen, d. h. auf Grund der höchsten sittlichen Erkenntnis der Menschen willen, nicht aber sind die Menschen um der blossen Macht willen da. Wir, die wir in diesem Sinne an einer immer höheren Entwicklung und Organisation der Menschen zu höheren Einheiten wirken sollen, lieben unser Land, unsere Volksgenossen gewiss ebenso stark wie diejenigen, die schon von vornherein z. B. den Versuch ablehnen, die blutigen, schaurigen, zweischneidigen Mittel des Krieges durch andere — der Verständigung — zu ersetzen. In schweren Kämpfen hatte sich die Menschheit die Gewissensfreiheit für ihre religiösen Überzeugungen errungen. In bezug auf unsere staatlichen Ideale müssen wir sie heute erst noch erringen. Gewiss, eine so ungeheuerliche Menschenkatastrophe, wie dieser Krieg sie ist, hat auch einzelne gute Nebenwirkungen: An diese denken zumeist die, welche so eifrig von den „Segnungen" des Krieges sprechen. Aber solche guten Nebenwirkungen dürfen nicht als Entschuldigung dienen, für diejenigen die den Krieg herbeiführen. Wir alle aber führen ihn mit herbei, wenn wir behaupten, dass wir ihn nicht bekämpfen können. Der schauerliche Fatalismus, dass man gegen den Krieg nichts vermöge, würde uns als Wahnsinn erscheinen tausend anderen Erscheinungen gegenüber, die die Menschen schon bekämpfen gelernt haben. Wenn die Menschheit fatalistisch gedacht hätte: es muss immer Cholera oder ähnliche vernichtende Seuchen geben, so würde die Menschheit vielleicht längst ausgerottet sein. Und doch tun die Menschen dasselbe in bezug auf ihre allseitig dauernde Kriegsbereitschaft. So entsetzlich ist man in Psychologie und Soziologie zurück, so weit entfernt, sich die primitivsten Gesetze dieser Wissenschaft

klar zu machen. Nur wenige sind es, die deren Bedeutung für das Zusammenleben der Menschen bisher begriffen haben; aber wir sind fest überzeugt, dass aus diesen Wenigen die Vielen einmal werden können und werden müssen. Immer ist in der menschlichen Entwicklung eine neue höhere Stufe der Vervollkommnung erst Sache der Wenigen, ehe sie die Sache der Vielen werden kann. Dass auch ein Teil der Frauen neben den wenigen Männern mitten im lodernden Weltbrand diese Aufgabe begriffen hat, ist ein Trost inmitten dieser dunklen Zeit.

Frühere Zeiten mit noch mangelhafterer Erkenntnis durften den Krieg noch als ein unabwendbares Schicksal, als ein Naturereignis hinnehmen. Wir Kulturvölker sehen in ihm bereits ein Verbrechen, das natürlich immer nur der Gegner auf sich lädt. „Sichern" vor dem Krieg werden wir uns aber erst dann, wenn jedes Volk die Schuld dafür bei sich sucht und alle Ursachen, die bei ihm dazu führen könnten, beseitigt. Denn der Krieg ist ein Zustand menschlicher Unvollkommenheit, der vom sittlichen Willen, von klarer soziologischer Erkenntnis überwunden werden muss und überwunden werden kann. Kant sagt, es gäbe nichts im Himmel und auf Erden, was ohne Einschränkung gut genannt werden könne — es sei denn allein der gute Wille. Und diesen guten Willen zur Verständigung müssen eben alle Völker, besonders von frühester Jugend an gegeneinander lernen.

Immer wieder müssen wir die Gegner unserer Auffassung auf die psychologische Tatsache hinweisen, dass, wo ein Wille ist, auch stets ein Weg gefunden werden wird, dass also die Behauptung, dass der Krieg auch in Zukunft nicht vermieden werden „könne", vor allem besagt, dass diese Skeptiker ihn auch gar nicht beseitigen wollen. Irgendwelche alten Urinstinkte sind in ihnen — wenn auch unbewusst — noch so mächtig, dass sie diese doch sonst schon überlebte, als sinnlos, unnütz und verbrecherisch erkannte Form des Völkerverkehrs noch bejahen, und auch in Zukunft aufrecht erhalten wollen. Man steht oft erstaunt vor der Gedankenlosigkeit und Oberflächlichkeit, mit der der Krieg, weil er war und noch ist, für „unausrottbar" erklärt wird! Das Herdentierhafte der menschlichen Natur kommt vielleicht nirgends so scharf zum Ausdruck wie angesichts des Krieges.

Zu dieser Herdentiermoral, die neben ihrer Dumpfheit das Verbrechen einschliesst — denn schon in den frühesten Zeiten ist der Raub des Lebens als das Verbrechen der Verbrechen erkannt — Kains Mord macht ihn unstet und flüchtig auf Erden — kommt die „urälteste Festfreude" der Menschen,

der unentwickelten Menschen: die Grausamkeit. Aber weder um die Herde zu schützen ist heute in Wahrheit diese Form des Zusammenhaltens: des Totschlages der Draussenstehenden nötig, noch kann bei der Mehrzahl der Menschen die Lust an der Vernichtung der andern heute eine reine und ungemischte mehr sein. Zu stark wirkt alles, was uns sonst in unserem bürgerlichen und wirtschaftlichem Leben, in unsern sittlichen und ästhetischen Erkenntnissen umgibt, dagegen. Wir haben eine bessere Festfreude als jene der untersten Stufe kennen gelernt, wenn wir auch erst in den Anfängen jener gemeinschafterhaltenden Kunst stehen, sie immer besser auszubauen lernen müssen. Hier liegt ein ungeheuer wichtiges Mittel für die Jugenderziehung: ein staatserhaltenderes, besser die Vaterländer schützendes als alle Kanonen es vermöchten: „Und lernen wir besser, uns zu freuen, so verlernen wir am besten, wehe zu tun und Wehes auszudenken!" Es sind die Schlechtweggekommenen, die Rachsüchtigen, die am Unglück der andern sich zu freuen vermögen. Es ist niedere Intelligenz, geistige Ohnmacht neben dem sittlichen Defekt darin. Es gibt im Grunde nichts Hilfloseres, nichts, was deutlicher das Unvermögen, durch höhere Kräfte seine Ziele zu erreichen, dokumentierte als die sogenannte brutale Gewalt. Auch wir wollen eine Jugend voll Stolz und Tapferkeit, voll Kraft und Aufopferungsfähigkeit für die Gemeinschaft. Aber diese Eigenschaften müssen mit einem Inhalt erfüllt werden, der unserer höchsten Kulturstufe entspricht. Die blosse Vernichtungstendenz ist aber etwas den alleruntersten Stufen hilfloser Wildheit angehörendes — sie ragt wie ein ungeheuerlicher, schauerlicher Anachronismus in unsere Zeit hinein, wo das Gefühl aller normalen, gesunden Menschen sich dagegen wehrt. Nur unter dem furchtbaren Druck der Bedrohten — jedenfalls für bedroht gehaltenen — Gemeinschaft und des für bedroht gehaltenen eigenen Lebens weicht schliesslich das Widerstreben, zu töten.

Nirgends zeigt sich so deutlich wie hier, dass die sogenannten „Realpolitiker", die für den ewigen Krieg schwärmen, die oberflächlichsten, kurzsichtigsten, ja blindesten Feinde ihres Landes wie der Menschheit sind. Sie sehen den Wald vor Bäumen nicht.

Sie glauben nur an das, was sie sehen, und mit den äusseren Augen sehen, mit den Händen tasten, und ignorieren darüber die ungeheuer viel grössere, umfassendere Welt des menschlichen Gemüts, aus dem sich — im Guten wie im Bösen — die äussere Welt erst aufbaut. Wenn in die Gehirne, in die Herzen die Erkenntnis, das Bewusstsein, der Wille gepflanzt ist, dass

alles Böse, was wir dem andern tun, auf uns selbst zurückfällt — was dieser Weltkrieg wahrhaftig wie mit Flammenschrift in jedes denkende menschliche Wesen mit einer nicht zu ignorierenden „Realpolitik" einbrennt — wenn wir erkennen, dass es Selbstmord ist, was alle Völker begehen; dass die „Ehrbegriffe", die kurzerhand zum Schwert greifen lassen, wo höhere Macht und Sittlichkeit eine viel bessere Lösung des Konfliktes finden würden einer Zeit entstammen, die unserer sittlichen Erkenntnis etwa so entsprechen, wie die Pfahlbauten unserer heutigen Baukunst, dann werden wir allein wirklich unser Vaterland und die Menschheit erhalten und verteidigen — gegen den Untergang, der der ganzen Welt droht, wenn diese Erkenntnis nicht zum Siege gelangen sollte.

Darum, weil alle unsere Handlungen aus unserm innersten Wesen hervorgehen, reicht schliesslich auch die bloss wirtschaftliche Betrachtung jener, die den Krieg nur aus ökonomischen Interessenkonflikten erklären und mit Klassenkampf reformieren wollen, nicht aus, so wichtig und notwendig die Herstellung wirtschaftlicher Befreiung und gesunder wirtschaftlicher Zustände ist. Denn auch die Klassenkämpfer sind ja Menschen, mit den Instinkten und Schwächen der Menschen, ebenso in Gefahr, die Methoden und Argumente ihrer bisherigen Gegner anzuwenden, wenn sie in eine andere wirtschaftliche und politische Lage kommen, wie der innere Zusammenbruch grosser Teile der sozialistischen Internationale durch den Krieg mehr als deutlich gezeigt hat.

Auch haben keineswegs alle Besitzenden, alle Industrien ein wirtschaftliches Interesse am Kriege — im Gegenteil — nur ein beschränkter Teil davon: die Rüstungsindustrie und die ihr nahestehenden Gruppen. Und doch machen sie, gegen ihr bloss wirtschaftliches Interesse, mit. Wie lässt sich das erklären?

Eine falsche Ideologie, aus ganz anderen staatlichen Zuständen herrührend, die sich — nach dem Gesetz der Beharrung — über die Zeit hinaus, der sie vielleicht angemessen war, behauptet hat — sie ist die letzte Ursache all des Grauens und der Verwüstung. Und sie muss durch eine bessere staatserhaltendere Ideologie — in den Herzen der Jugend schon — verdrängt werden. Das geschieht aber nicht durch eine Ausdehnung der Militarisierung auf die Jugend. Im Gegenteil, gerade sie würde die Gefahren vermehren, die falsche, die Völker gegeneinander aufreizende Ideologie erheblich verstärken und dadurch die Sicherheit der Staaten vermindern. Sie wird also das Gegenteil dessen erreichen, was sie erstrebt. Auf diese Gefahren mit allem Nachdruck aufmerksam zu

machen gegenüber dem blinden Eifer, der den Schutz und die Verteidigung — trotz aller furchtbaren Erfahrungen dieses Weltbrandes — immer noch in erster Linie in die Hände der Gewalt mit ihren Kanonen und Granaten legen will, ist gewiss in erster Linie eine Aufgabe der Frau.

Wie die physische Mutterschaft der Quell des physischen Lebens ist, so ist die Mütterlichkeit das Prinzip der Lebenserhaltung. Dies Prinzip im höchsten, idealsten Sinne zum Siege zu führen — das ist die Sehnsucht der Frau.

Das höchste, was die alten Religionen dem Menschen zu versprechen wussten, wenn er sich ihren Lehren unterwarf, war: das ewige Leben. Auch uns modernen Menschen ist Leben der höchste Wert — nicht jedes Leben, wohl aber der sittliche Wille, so zu leben, dass dies Leben wert wäre, ewig gelebt zu werden. Dies köstlichste, unwiederbringlichste Leben haben jetzt Millionen gesunder, kräftiger Männer in allen Ländern hingeben müssen. Wir, die wir leben dürfen, haben damit eine unendlich grosse Verantwortung ihnen gegenüber und der Zukunft. Wir sind nur dann wert, zu leben, wir gewinnen nur dann die moralische Berechtigung zu leben, wenn wir dafür sorgen, dass solche Opfer in einem höhern Sinne nicht umsonst gebracht worden sind.

Gewiss ist das Höchste, nach Schopenhauers Wort, was der Mensch erreichen kann, ein heroischer Lebenslauf. Und darum ehren wir den Heldenmut und das Opfer des Lebens bei denen, die jetzt in diesem Kriege fallen. Aber Heldentum ist nicht nur die übermässige Spannung und Leistung eines einzelnen Momentes, der Kampf und Totbereitschaft in sich schliesst, sondern ebenso die feste und unerschütterte, unter allen Hemmungen und Fährlichkeiten behauptete, dauernde Leistung um ein höheres Leben in unserer Kultur, um eine moralische Erhöhung, deren Resultate andern vielleicht mehr zugute kommen als uns selbst. Menschen retten und höher heben, dies „Heldentum" steht höher, als Menschen zu vernichten. Im Kampfe würde jetzt jeder Feldherr eine schwere Unterlassungssünde begehen, wenn er die Aufklärungen der Flieger nicht benutzen wollte. In der Gesellschaftswissenschaft, in der Moral begehen wir aber keine geringe Unterlassungssünde, wenn wir uns um die Aufklärer und Deuter der menschlichen Entwicklungslinien nicht kümmern. Wenn es nach ihrer festen Überzeugung Mittel und Wege gibt, die Furchtbarkeit der Gewalt aus dem Leben der Menschen zu entfernen — ist es dann nicht eine schwere Unterlassungssünde, das zu missachten, was uns die geistigen Flieger, die Forscher und Philosophen, die Denker und Soziologen, die

Moralisten aller Zeiten verkündet haben? Sie haben uns den Weg aufgezeigt, den die Menschheit bisher gegangen ist den sie darnach weiter gehen muss: zu höherer Einheit und tieferem gegenseitigen Verständnis. Man hat dieses Streben nach Verständigung und Anerkennung der wechselseitigen Überlegenheit wohl als eine spezifisch „weibliche" Anschauung zu entwerten gesucht.

Aber nicht nur physisch als Geschlecht ist die Frau notwendig zur Vollendung der Welt; die Weiblichkeit, die Mütterlichkeit in der höchsten Form der Güte muss immer mehr die Welt durchdringen. Als Erzieherinnen zur Güte, zur Verständigung — nicht zum Tode und nicht zum Töten — als Erzieherinnen zum Leben haben die Frauen ihren Beruf in der Welt zu erfüllen. Dieser Geist höchster Güte, der zugleich der Geist höchster Klugheit und Weisheit ist, ist freilich nicht an das äussere Geschlecht der Frauen gebunden. Unsere höchsten Weisen, die die Geschichte des Menschengeschlechtes kennt, waren von diesem Geist erfüllt. Buddha und Jesaja, Jesus und Kant, Tolstoi und Goethe. Und wir für unser Teil sind überzeugt, dass die Menschheit niemals einen wirklich höheren Standpunkt in Moral und Kultur erreichen kann, solange sie den Rat, die Gesinnung und das Beispiel dieser höchsten Weisen so ganz missachtet.

Wenn uns nach dem Wort Napoleons „die Toten nicht den ewigen Frieden bringen können, sondern ihn für sich behalten werden," so ist es an uns Lebenden, die Konsequenzen unserer Erkenntnisse zu ziehen. Die allgemeine Verbundenheit der menschlichen Art haben wir jetzt in diesen Jahren mit ungeheurer Anschaulichkeit erlebt. Kein Mensch, kein Volk kann einem anderen Schaden zufügen, ohne selbst mitzuleiden. Es ist für die Zukunft der Menschheit von höchster Bedeutung, dass die moralischen Gebote schliesslich auch, nationalökonomisch betrachtet, das Richtigste treffen und das Einträglichste sind. Wenn es das Ziel aller Kultur und aller Moral ist, dass der Mensch Selbstzweck wird, nicht mehr als „Kulturdünger" verbraucht werden, sondern selbst „Kulturträger" sein will, dann darf auch der höchste Reichtum eines Landes: hochentwickelte Menschen um keinen Preis mehr geopfert werden. Vor allem aber die Frau will solche unnützen Opfer verhindern.

Aber das ist das Tröstliche für uns in dieser Zeit, dass die Menschen überall, an allen Enden der Welt zu begreifen beginnen, worin die Befriedigung der Welt von der entsetzlichen gegenseitigen Vernichtungsgefahr und Wut beruht, dass alles sich eingliedern muss, wenn das „Wohl des Ganzen" —

des grössten Ganzen der Welt gedeihen soll. „Eingliedern" — wie heute überall verlangt wird — müssen sich nicht nur die Männer, nicht nur die Soldaten, nicht nur die Arbeiter — auch die Frauen, die Jugend — „eingliedern" müssen sich auch vor allem die Völker. Nicht im Sinne sklavischen Gehorsams, unterschiedsloser Vermischung, sondern in bewusster Einstellung als lebendige Glieder in den grossen Organismus der Welt, welche das Schicksal allen gab, die auf ihr atmen und deren fruchtbare, beglückende Ausnützung erst dann möglich sein wird, wenn diese Erde allen ein Vaterland bedeutet, wenn Kultur und Staat sich versöhnen.

□□□

Die wahre Todsünde ist die Heuchelei. Christus war nur einmal erzürnt und dies über die Heuchelei der Pharisäer. Was war aber diese gegen die Lüge unserer Zeit? Jetzt wären die heuchlerischen Pharisäer ehrliche Männer; ihre Lügen sind neben den unsrigen wie ein Kinderspiel. Wie sollte es auch anders sein? Unser ganzes Leben, welches sich anscheinend den christlichen Lehren der Sanftmut und Liebe unterwirft, und sie mit den Gebräuchen einer bewaffneten Räuberbande verknüpft, kann nichts anderes sein als eine ungeheure und erschreckende Lüge. Es mag ja recht bequem sein, sich zu einer solchen Religion zu bekennen, in ihr der christlichen Heiligkeit und Reinheit zu huldigen und sich doch des heidnischen Schwentes und des Galgens zu bedienen. Aber der Augenblick wird kommen, wo dieses Lügengebäude zusammenstürzen muss. Dann wird man sich für die eine oder die andere Lehre entscheiden müssen.

Leo Tolstoi.

□□□

Unsere nächste Nummer wird den Darlegungen des englischen Sozialpolitikers

L. S. Woolf

über die künftige Rechtsverfassung Europas

gewidmet sein.

Aus Büchern und Flugschriften.

Otfried Nippold, *Die Gestaltung des Völkerrechts nach dem Kriege.* Zürich, Art. Institut Orell Füssli. 1917.

Der Leitgedanke des Buches ist der Sieg des Rechtes über die Gewalt. Darum verweist der Verfasser vor allem das ganze „Kriegsrecht" aus den heiligen Hallen des Völkerrechts. Denn der Krieg ist keine Anwendung des Rechtes ,sondern seine Verneinung. „Infolge davon ist auch die Frage der Schuld an einem Kriege keine völkerrechtliche Frage, sondern eine Frage der Moral. Das Völkerrecht kann nicht zwischen gerechten und ungerechten Kriegen unterscheiden, da für die völkerrechtliche Betrachtung der Krieg immer eine Negation des Rechtes bedeutet. Die Schuld an einem Kriege wird dadurch nicht kleiner, dass sie eine moralische Schuld ist" (S. 8, A. 2). Der Krieg ist im System des Völkerrechts nichts anderes als die Selbsthilfe im System des Privatrechtes; dass aber die Selbsthilfe unter Völkern einen so viel grösseren Raum einnimmt, ist der beste Beweis dafür, dass das Recht unter ihnen noch nicht genügend entwickelt ist und der Fortschritt nur in der Entwicklung des Völkerrechtes auf Kosten des Kriegsrechtes bestehen kann.

Zunächst also behandelt Nippold das Völkerrecht, als dessen vornehmste Aufgabe ihm die Normierung des Verfahrens in völkerrechtlichen Streitigkeiten, die Kreierung eines Systems der internationalen Rechtsprechung erscheint, eben um den Krieg möglichst entbehrlich zu machen. Bekanntlich hat Nippold diesem Problem längst ein umfassendes Werk gewidmet („Die Fortbildung des Verfahrens in völkerrechtlichen Streitigkeiten", Leipzig 1907), wie er denn überhaupt seit einem Vierteljahrhundert unter den Vorkämpfern für die Fortbildung des Völkerrechts und den Sieg des Rechtsgedankens über die Machtanbetung gestanden hat. Er fasst zunächst „alte Postulate" in einem orientierenden Abschnitte zusammen; sie gipfeln in der Forderung grösserer Selbstverleugnung, des Pflichtgefühls, der Solidarität, gerichtet an die souveränen Staatsgebilde, welche bisher mehr in unbedingter Selbstbehauptung, in Betonung ihrer Rechte und Verherrlichung ihres „heiligen" Egoismus ihre Aufgabe gesucht haben. Angesichts drohender Konflikte soll die Initiative zu einem Rechtsverfahren fortan Pflicht der Beteiligten, aber auch das gute Recht der Neutralen sein, die unter einem modernen Kriege so viel zu leiden haben. Dieses Rechtsverfahren kann drei Formen annehmen: Vermittlung, Untersuchung, Schiedsgericht. Von den beiden Systemen der Schiedsverträge bevorzugt Verfasser auch jetzt noch die allgemeine Unterwerfung mit Vorbehalt der Lebensinteressen gegenüber dem System der Liste von Schiedsgerichtsfällen, und für die Zusammensetzung eines eventuellen ständigen Gerichts-

hofes die gleiche Vertretung der grossen und der kleinen Staaten, welche schon in der zweiten Haager Konferenz den ständigen Gerichtshof unmöglich gemacht hat. Zu jenen alten Postulaten kommen nun neue bezüglich der völkerrechtlichen Zwangsmittel, ohne welche nach allem, was vorgefallen ist, kein Vertrauen zur Erfüllung der übernommenen Pflichten vorhanden wäre. Nippold möchte zunächst nur moralische und wirtschaftliche Zwangsmittel gestatten, militärische lediglich als ultima ratio. Die Handhabung der Zwangsmittel würde die Aufgabe der zu gründenden Staatenliga sein, sie hätte eine Kollektivgarantie für den Territorialbestand, Kolonialbesitz und die Vertragstreue jedes einzelnen Staates zu leisten und durch jene Zwangsmittel zu verwirklichen. Unter den Anhängen des Buches findet man u. a. eine Zusammenstellung der wichtigeren Vorschläge für die Verfassung der Staatenliga resp. für einen Bund der Neutralen.

Im Anschluss an das Völkerrecht der Zukunft behandelt Nippold das Kriegsrecht; die Einheit des Geistes, der das ganze Werk durchdringt, zeigt sich auch in der Parallellität von Völker- und Kriegsrecht. Wie Nippold die militärischen Zwangsmittel der Staatengemeinschaft gegen einen Rechtsbrecher durch die wirtschaftlichen Zwangsmittel ersetzen möchte, so auch in der Selbsthilfe der Einzelstaaten den militärischen durch den Handelskrieg, der ihm deshalb auch nicht als Rückschritt, sondern als Fortschritt erscheint. Er lässt daher nicht nur den Seekrieg gegen das Privateigentum zu, sondern auch seine moderne Verschärfung durch wirtschaftliche Blockade, Seeminen, ausgedehnte Konterbande usw., während er die Unterseeboote, den Luftkrieg und die Repressalien grundsätzlich verdammt. Die Frage der Meeresfreiheit ist imgrunde mit Zulassung des Seebeuterechts, der Blockade und des Konterbandebegriffs schon entschieden. Seine Entscheidungen sind ohne Rücksicht auf die Interessen der einzelnen Nationen gefällt, aber im ganzen dem deutschen Standpunkt ungünstig. Es kann dies auch nicht anders sein, sobald man die jetzige Verteilung der Erde für unbegrenzte Zeit von allen Völkern durch eine Kollektivgarantie schützen lassen möchte. In dieser Tendenz zur Verewigung des historischen Zufalls liegt die Schwäche des sonst ausgezeichneten Werkes. Mit dieser Schwäche ist auch der an sich so sympathische Grundgedanke (Sieg des Rechtes über die Gewalt) behaftet. Welches Recht soll in territorialen Fragen siegen, wenn beide recht haben, etwa der eine Staat: das historische Recht eines Jahrhunderte alten, tadellos erworbenen Besitzes, der andere: das nationale Recht auf Einigung der ganzen Nation zu einem Staatskörper? Selbst das Plebiszit hilft da nicht immer. Jeder Staat liebt es nur bei den anderen, England z. B. sicherlich nicht bezüglich Irlands oder Ägyptens und selbst Frankreich nicht bezüglich Elsass-Lothringens, schon auf die blosse Möglichkeit hin, es durch „Sieg des Rechtes über die Gewalt", d. h. seiner Gewalt über die andere, zu bekommen. Was ist Recht, wenn nicht das, was besteht? Und kann das, was besteht, ewig Recht bleiben? In diesen Fragen liegt die ganze Schwierigkeit der Anwendung

des Rechtsbegriffes auf die Probleme der internationalen Entwicklung, eine Schwierigkeit, welche die Tatsachen immer wieder aufdrängen, ohne dass die Gedanken der Zeit zu ihrer Lösung genügen. *S. F.*

Stier-Somlo, Prof. Dr. **Fritz,** *Die Freiheit der Meere und das Völkerrecht.* Leipzig, Veit & Co., 1917.

Eine verdienstvolle Monographie. Zunächst wird das Schlagwort „Freiheit der Meere“ aller phrasenhaften Unbestimmtheit entkleidet, und nachgewiesen, dass selbst die Fachmänner des Völkerrechtes mit dieser Formel einen verschiedenen Inhalt verbinden. Bald soll sie bloss im Frieden, bald auch im Kriege gelten, und in diesem nur für den neutralen Handel oder auch für die Schiffahrt der Kriegführenden. Vielen handelt es sich dabei in erster Linie um Beseitigung der englischen Seeherrschaft, anderen um Gründung eines Staatenverbandes zum Schutze der Freiheit.

Verfasser vereinigt in seinem Buche das politische und wissenschaftliche Material, welches sich seit Hugo Grotius gehäuft hat, vermehrt durch gründliche Ausführungen über die einschlägigen Zwischenfälle dieses Krieges. Sein Urteil wird allerdings in erster Linie von dem bestimmt, was er für das deutsche Interesse hält Er gelangt zu der Schlussfolgerung, dass die absolute Meeresfreiheit nicht möglich und selbst für Deutschland gefährlich sei, solange es überhaupt einen Seekrieg gebe. Von den drei wichtigsten Einschränkungen der Meeresfreiheit, nämlich dem Beuterecht, der Blockade und dem Konterbandeverbote, kann jede einzelne die beiden anderen fast ganz ersetzen; ein Wegfall aller sei nicht zu erwarten. Ebensowenig glaubt er an e nen Weltstaatenbund nach dem Kriege, wohl aber an ein Weltgleichgewicht der Bündnissysteme. Eine Anzahl gleich starker Seemächte, welche sich gegenseitig im Schach halten könnten und von denen keine stark genug wäre, den ganzen Weltverkehr zu lähmen, hält Stier-Somlo, in Übereinstimmung mit dem Historiker Erich Brandenburg, für die beste Garantie der Meeresfreiheit, soweit diese möglich ist. „Die Niederringung Englands ist eine Utopie (ebenso wie die Vernichtung Deutschlands) ... Die Zukunft der Welt ruht in dem festen Willen aller Völker und Staaten, sich gegenseitig Leben, Entwicklung, Freiheit und Kultur zu verbürgen.“ *S. F.*

Karl Strupp, *Die Neutralisation und die Neutralität Belgiens.* Gotha, F. A. Perthes, 1917.

Eine reichhaltige Sammlung von Urkunden zur Entwicklung der belgischen Neutralität, die von 1709 bis 1914 reicht. Leider ist diese verdienstliche Arbeit mit einer Einleitung ausgestattet, die im Interesse der Achtung vor der deutschen Wissenschaft nicht genug bedauert werden kann. Unter anderm gelangt der Verf zu dem „**Resultat, dass Belgien auf grund der 1839 geschaffenen Vertragslage nicht verpflichtet gewesen sei, dem Einmarschbegehren Deutschlands gegen einen einfallsbereiten Feind (vgl. Urkunde Nr. 45)**

sich zu widersetzen" (im Original fett gedruckt). Vergleicht man dann Nr. 45, so ist es die deutsche Note an die belgische Regierung, in welcher, ohne die Spur eines Beweises, eingangsweise behauptet wird: „Der Kaiserlichen Regierung liegen zuverlässige Nachrichten vor über den beabsichtigten Aufmarsch französischer Streitkräfte an der Maas-Strecke Givet-Namur. Sie lassen keinen Zweifel über die Absicht Frankreichs, durch belgisches Gebiet gegen Deutschland vorzugehen". Diese Absicht war aber durch Erklärung vom 1. August seitens Frankreichs aufs Feierlichste in Abrede gestellt worden, während seitens Deutschlands gleichzeitig die „Entscheidung der Waffen" für den Fall des verweigerten Durchmarsches angerufen wurde.

Der Fall liegt also vollkommen klar. Die beweislose Behauptung, dass ein anderer Staat einfallsbereit sei, kann doch nicht genügen, um die Pflicht des neutralisierten Staates zur Verweigerung des Durchmarsches aufzuheben; denn eine solche Behauptung würde sich jeder einfallsbereite Staat leisten. Das „Resultat" des Verfassers kommt also darauf hinaus, ein neutralisierter Staat habe überhaupt nicht die Pflicht des Widerstandes gegen den Durchmarsch, dann aber ist es schwer zu sagen, welchen Zweck die Neutralisierung haben soll. Ebenso könnte heute Frankreich oder Italien den Durchmarsch durch die Schweiz verlangen, mit der beweislosen Behauptung, „es liegen zuverlässige Nachrichten vor über den beabsichtigten Aufmarsch deutscher oder österreichischer Streitkräfte". Man fragt sich vergebens, welchen Sinn es haben soll, die deutsche Wissenschaft durch solche Thesen, die doch im Auslande niemand überzeugen, in den Ruf der Bedientenhaftigkeit gegenüber der deutschen Regierung zu bringen.

S. F.

Lysis, *Pour renaître.* Paris, Payot & Cie., 1917. 245 S. Fr. 3.50.

Es ist nicht möglich, dieses Buch ohne aufrichtige Hochachtung zu lesen. Es wären allen kriegführenden Völkern ähnliche Bücher zu wünschen. Unter dem Namen Lysis verbirgt sich ein ausgezeichneter Kenner und scharfer Kritiker der Pariser Bankwelt, dessen Feldzug gegen den „Exodus der Kapitalien" seiner Zeit nicht wenig Aufsehen erregt hat. Auch sein neues Buch beginnt mit einem unerschrockenen Bekenntnis zur Wahrheit. Nicht die Herrschenden allein seien schuld an den Fehlern, deren furchtbare Strafe der Weltkrieg ist; nein, auch die einfachen Bürger, die mit ihrem Wahlzettel alles hätten beizeiten ändern können und es doch nicht getan haben. Er kommt auf seine früheren Anklagen zurück, dass das französische Kapital die Industrie, die Eisenbahnen, die Häfen, die Handelsflotte aller Nationen entwickelt habe, nur nicht der eigenen; in derselben Zeit habe Deutschland die Kraft seines Bankwesens vornehmlich der unausgesetzten Befruchtung seiner eigenen Produktion zugewendet. Heute haben die Franzosen 45 Milliarden in zumeist unverkäuflichen fremden Wertpapieren liegen, während die deutschen Ersparnisse in Produktionsmittel umgewandelt sind, welche in der jetzigen Not

doppelt willkommen sind. Und wie die Banken mit der Produktion, so hat der Staat mit beiden zusammengearbeitet — in Deutschland, nicht aber in Frankreich, wo z. B. sieben Jahre lang kein neues Bergwerk ausgebeutet werden konnte, um es weder mit den Anhängern des Privateigentums noch mit den Sozialisten zu verderben. Der Staat hatte für die Produktion nur Eines: Gleichgültigkeit, geboren aus Unwissenheit. So behauptet wenigstens dieser Schwarzseher.

Aber Schwarzseher ist Lysis nur für die Vergangenheit, nicht für die Zukunft. Da heisst es: Wachsen oder Sterben! Wie sollte man denn den ungeheuren Fehlbetrag des Staatshaushaltes decken, wenn nicht durch Wachsen? Und hier berührt sich der Verfasser dieses Buches merkwürdig mit dem Deutschen Nicolai, in dessen neuem Werke über die „Biologie des Krieges"*) als einer der grossen Kerngedanken hervorgehoben werden kann, dass der Kampf der Menschheit sich in fortschreitendem Masse nicht gegen Menschen und Völker, sondern gegen die Natur richten wird, die uns noch nicht ein Millionstel der auf die Erde entfallenden Sonnenkraft für unsere Zwecke abgibt. Der Sieg der Zukunft wird nicht bei denen sein, die am meisten zerstören können, sondern bei denen, die am meisten zu schaffen vermögen, deren Arbeit die höchste Produktivität zu ersiegen weiss. In diesem Geiste zeigt nun der Franzose, was sein Volk alles besser zu machen hat, durch Unterricht, Organisation, innere Erneuerung, was es zunächst allerdings den Deutschen alles nachzuahmen, dann aber erfinderisch zu übertreffen hätte.

Auf die notwendige Entwicklung einer chemischen Industrie und des Kohlenbergbaues, auf die Verwertung der Wasserläufe und Modernisierung der Landwirtschaft wird hingewiesen. Wichtiger aber als alles sei die Heranbildung eines tüchtigen Menschenmaterials: „Menschen im angelsächsischen Sinne, Menschen voll Kühnheit, Ausdauer, Tatsachensinn, Disziplin — nicht Träumer und Grübler, nicht wandelnde Wörterbücher, nein Menschen, die beobachten und handeln können, kurz Menschen!"

Erfreulich an dem Buche ist der Mut, mit dem der Autor seinen Volksgenossen den Spiegel vorhält. Schliesslich gehört die Zukunft doch jenem Volke, welches die Wahrheit am besten verträgt. *S. F.*

Rudolf Eucken, *Die geistigen Forderungen der Gegenwart.* Berlin, Otto Reiche, 1917.

Man kann die vorliegende Schrift als eine „Rede an die deutsche Nation" im Sinne Fichtes bezeichnen. Der Jenenser Philosoph versucht darin, aus seiner Weltanschauung einige Konsequenzen für die Überwindung der gegenwärtigen Krise und für die innere Erneuerung des deutschen Volkes zu ziehen. Wie

*) Vergl. die Besprechung in Nr. 7 unserer Zeitschrift.

Fichte, so glaubt auch Eucken an eine hohe Mission des deutschen Volkes. Aber gerade deshalb hält er sich für verpflichtet, seine Landsleute im gegenwärtigen kritischen Moment zur Selbstbesinnung zu ermahnen. So erblickt er im Nebeneinander von Arbeitskultur und Genusskultur, welches für die Lage des deutschen Volkes vor dem Kriege bezeichnend war, eine Gefahr für das Zustandekommen einer an innerem Gehalt reichen Lebensführung, einer Geisteskultur. Denn alle glänzenden Triumphe der Arbeit entschädigen nicht für ein Sinken der Persönlichkeiten und ein Stocken des geistigen Schaffens. Nur ein selbständiges und ursprüngliches Handeln, ein Zurückgehen auf die tiefsten Wurzeln des Lebens könnte der Kultur eine Selbständigkeit verleihen, an ihm hängt namentlich alles Streben, von blosser Formkultur zu einer Inhaltskultur, d. h. zu einer Bildung von innen heraus zu gelangen. Bei aller Schätzung der staatlichen Organisation kämpft Eucken energisch gegen die Omnipotenz des Staates und den Politismus, denn die geschickteste Organisation kann die Produktion, die Urerzeugung nie ersetzen; ein Überwiegen der Organisation bedroht das Leben mit Gleichförmigkeit und Verarmung. Gefährlich ist ferner für die Seele des Lebens der Standes- und Nationaldünkel, überhaupt jede hochmütige soziale Absonderung. „Wer Nation in höherem Sinne versteht, dem kann sie keinen Gegensatz zum Leben und Streben der Menschheit bedeuten." Endlich gilt es, sich von der Geschichte nicht verknechten zu lassen, ein Leben mehr aus der Gegenwart zu führen und Veraltetes gründlicher auszutreiben, Verwelktes abzustreifen, neu Aufstrebendes dagegen zu fördern, mehr eigene Kraft und eigene Entscheidung an jeder Stelle aufzubieten. *J. B.*

Hans Schenkel, Dr., *Die Schule der Zukunft.* Art. Inst. Orell Füssli.

In dieser Zeit wüster Menschenvernichtung tut es not, den Worten eines warmherzigen Jugendbildners zu lauschen, der aus sachkundigem Verständnis für die Ursachen der bisherigen Übelstände die Volksschule verjüngen möchte. Er empfiehlt die Anlehnung an den Typus des Landerziehungsheims. Jede Stadtschule soll mit einer Landwirtschaft verbunden sein, in welcher der Unterricht während der schönen Jahreszeit tunlichst im Freien erfolgen würde. Man würde täglich um 7 Uhr früh hinausziehen, draussen das Mittagsmahl nehmen, um 4 Uhr zurückmarschieren. Die Methoden des Lehrers wären denen von Vater und Mutter bei Belehrung ihres Kindes anzunähern. Der Unterricht würde zum Vergnügen: Viel Turnen und Singen, im Freien oder in der Werkstatt, zwanglose Übung im Sprechen und einfachen Kopfrechnen; Handfertigkeitsunterricht; Lesen erst in der zweiten, Schreiben gar erst in der fünften Klasse, nach einem Jahre Zeichenunterricht, um eine schönere Schrift zu erzielen.

Anfangs würden natürlich nur einzelne Stadtschulen für besonders pflegebedürftige Kinder sich eine solche Dependance vergönnen können, andere vielleicht nur einmal in der Woche einen Ausflug zur Waldschule machen. Diese Schultage auf dem Lande

würden bald den neuen Schultypus beliebt machen. Wir wünschen dem sympathischen Schriftchen weite Verbreitung unter Schul- und Jugendfreunden. *S. F.*

Otto Borngräber, *Weltfriedensdrama.* München, Georg Müller, 1916.

Otto Borngräbers letztes Drama ringt um Erleuchtung im grausamen Zwiespalt, der die Menschen mit Friedenssehnsucht erfüllt und sie immer neu dem Kriege zutreibt. Aber einmal wird die Liebe siegen. Die Liebe, die sich selbst überwindet, um in einem neuen Geschlecht Auferstehung zu feiern.

König Siegmark hat zwei Söhne, Friedwahn und Volkmund. Es sind Zwillinge und niemand weiss, welchem der beiden die Erstgeburt und die Anwartschaft auf die Krone gebührt. Friedwahn, der Stärkere, der Held im Kampfe, gilt den meisten als der künftige König. Der greise König, in der Schlacht verwundet, stirbt. Friedwahn rächt den Vater, nimmt Trutzwolf, den König des feindlichen Volkes, gefangen und kehrt als Sieger zurück. Zwischen den Brüdern entbrennt der Streit um die Krone. Es kommt zum Zweikampf. Friedwahn verwundet den Bruder. Da wird er inne, was er getan hat. Mitleid erfasst sein Herz.

Ob wohl so jeder, wenn er leidet, zuckt,
So jeder krampft? ... O Leid der Erde dann! —
Weh! dort! was blitzt ... welch grelles Greuelbild
Aus Tagesschärfe mir ins Angesicht?! —
Welch Bild des Wehs, gezeichnet in die Welt!
Mit Menschenblut! von mir!!

Friedwahn will den Bruder gerettet wissen. Er will gemeinsam mit ihm die Königswürde tragen, sobald er genesen ist. Indes will er wandern und den Frieden verkünden. Er befiehlt, die Ketten der Gefangenen zu lösen. Friedlieb, des gefangenen Trutzwolf gefangenes Kind, wird von Liebe erfasst, da sie den stolzen Friedwahn menschlich gerührt sieht.

Der verkleidete Friedwahn trifft in seiner Wanderschaft auf Fröner, die ihr hartes Schicksal bejammern. Er verkündet ihnen die Seligkeit des Friedens und die Rechte des freien Menschen. Schwerverwundete kehren vom Krieg zurück. Die Adeligen höhnen ihre Not. Friedwahn tritt ihnen entgegen. Er gibt sich zu erkennen, gibt die Fröner frei, die ihm zujubeln, und verteilt das Land an sie. Die Adeligen murren. Aber Friedwahn zerbricht die alten Gesetzestafeln und bekräftigt das neue Gesetz mit dem Königsring.

Ein Jahr später. Die Fröner wussten ihre Freiheit schlecht zu nützen. Sie haben die Felder nicht bestellt. Und haben aus Neid die Ernte der Arbeitsamen in Brand gesteckt. Es fehlt an Brot, und sie leben in Streit. Die gefangenen Feinde sind geflohen, nur Trutzwolf ist geblieben. Sie rüsten zu neuem Kampf. Das Volk lobt die frühere Zeit und sehnt sich in die Unfreiheit zurück. — Volkmund beruft die unzufriedenen Adligen. Er spricht gegen Friedwahns Gesetz, das die alten Rechte zerstört hat und niemand beglückt. Friedwahn kehrt zurück. Man klagt ihn des Verrats

an. Friedwahn soll des Thrones verlustig sein. Er ruft das Volk für sich auf, das sich aber von ihm wendet. Der Feind naht plündernd und überzieht das Land mit Krieg. Man fordert, dass Friedwahn, der kühne Streiter von einst, zum Schwerte greife, um das Land zu retten. Doch Friedwahn vermag nicht mehr, Tod zu verbreiten. Er zerbricht sein Schwert. Volkmund wird zum König ausgerufen. An Trutzwolf wird das Blutopfer vollstreckt und Friedwahn zieht einsam in die Verbannung. Friedlieb will ihn geleiten.

Friedwahn, verbannt, hängt schmerzerfüllt dem zerstörten Traum seiner Volksbeglückung nach. Doch Friedlieb, des Feindes holdes Kind, erlöst seine Weltenliebe mit der Liebe des Weibes, die sie ihm bringt.

„Sind es nicht Erbfeindvölker, die in uns durch Liebe Frieden fanden? Ist's ein Traum, dass unsre Väter, unsre Brüder sich in blödem Streit erwürgten? ...

Einst werden so wie wir die Menschen aller Erde, die sich erbfeind, in ihren Kindern liebend sich vereinen."

Und Völkerfrieden ist der Liebenden schöner Traum.

F. B—n.

Menschen im Kriege. Zürich, Rascher & Co., 1917.

Die Regierungen sollten sich davor hüten, dass Künstler in den Krieg ziehen. Der Künstler wird im Kriege nicht bestehen. Und auch der Krieg wird vor dem Künstler nicht bestehen. Und er wird seine Augen auch den andern leihen und sie den Krieg sehen lehren, wie er ihn sieht.

An Stelle blitzender Uniformen in Habtachtstellung sind dann auf einmal Menschen da. Ganze Truppenkolonnen, Heereskörper, Aufmärsche lösen sich auf in einzelne Menschen. Lebende, fühlende, armselige Menschen in ihrer ganzen Lächerlichkeit, mit ihrer ganzen Güte, mit ihrem Leid, mit ihrem bisschen Liebhaben und gewohnheitsgemäss ein wenig Geliebtwerden. Wie hässlich und widerwärtig mutet plötzlich die Uniform an, wenn hinter ihren funkelnden Knöpfen statt eines Soldaten ein Menschenantlitz erscheint. Und hinter ihm ein Ungeheuer von grausem Widersinn, der Krieg.

Die Reihe von lebend geschauten Schilderungen dieses Buches geben das Bild des Krieges, wie er ist, mit einer Eindrücklichkeit, die nicht mehr überboten werden kann. Mit den Augen gesehen, mit dem Herzen erlebt, und bei aller Mitempfindung frei von sentimentalem Überschwang, in gekonnte Prosa gegossen.

„Eine abstossend kalte Gier lag auf allen Gesichtern. Manche schrien laut auf vor Hass und Wut, wenn wieder neue Gruppen auftauchten hinter den gelichteten Reihen; die Gewehrläufe glühten schon, — und immer noch kam das gröhlende „Corraggio" näher und näher.

Wie von Tobsucht befallen, hüpften draussen die Silhouetten, sprangen in die Luft, fielen hin, kollerten durcheinander, als hätte der Kriegstanz jetzt erst seinen Paroxismus erreicht.

Da sah Hauptmann Marschner, wie der Mann neben ihm für einen Augenblick das Gewehr senkte, und mit hastigen, schlotternden Händen das Bajonett auf den rauchenden Lauf klemmte. Ein Erbrechen stieg in ihm hoch, dass er schwindelnd die Augen schloss. — Sollte, ... sollte er das ... das sehen?“

Es ist ein Buch, in dem Gräber sich auftun und Gerippe uns erschrecken, an denen nur eines lebt: die Wunde, die blutet, ewig blutet und in ihrem Blute eine Welt begräbt. Die aber lebend zurückkommen — das werden die Ankläger sein. In allen Ländern werden sie kommen und werden Rechenschaft fordern, und das Buch ist der Herold, der ihr Kommen verkündet.

Sie klagen an — die Männer. Die gewusst haben und geschwiegen haben. Die, um nicht als Feiglinge zu gelten, feige waren. Die hinter der Front mit patriotischen Lügen sich militärfrei dichten. Der Sieger von X., der vor dem Frieden zittert, wie ein Lausejunge vor des Lehrers Lineal. Denn der Friede wird ihn aus all seinen Attrappen in die Bedeutungslosigkeit seines Nichts zurückstossen.

Der Leutnant, der von „Menschenmaterial“ spricht, kaltschnauzig vierzehn Mann Verlust meldet, verwundete Gegner niederknallt, und über Schneid, Ehrenkreuz und Beförderung so jung schon vergessen hat, dass er einer Mutter Sohn ist.

Und sie klagen an — die Frauen. Sie waren fesch und schneidig und brachten Rosen an die Bahn. Sie haben ihre Männer hergegeben und haben ihre Buben hergegeben und waren fesch dabei. Sie hatten immer verlangt, man solle sanft und rücksichtsvoll mit ihnen sein. Zartfühlend. Nun wandelte sich die Mode. Sie wollten Helden haben. Nicht Einer wäre hinaus, wenn sie geschrien hätten, geschworen, dass sie mit keinem Mann ins Bett steigen, der gemordet hat. Einmal hätten sie uns retten können. Aber kein Wort, kein Schrei. Fürs Stimmrecht hatten sie den Mut, Minister zu ohrfeigen und Gefängnis zu ertragen. Für ihre Männer nicht, für ihre Buben nicht!

Und der ganze Hexensabbat bläht sich zu einem schaurig grausamen Bild. — Ein Volltreffer schlägt in den Unterstand, und der ungarische Oberleutnant sieht urplötzlich, wie sein Freund Meltzar an Stelle des Kopfes eine Grammophonplatte trägt. Die Platte, die soeben noch den Rakozcymarsch gespielt hat. An Stelle des Kopfes, der nicht mehr da ist, sieht der Oberleutnant die schwarze Platte über dem Uniformkragen und der Bluse, die von Blut überströmen. Die Platte mit dem Rakozcymarsch. Und bald sieht der Oberleutnant bei allen Kameraden an Stelle des Kopfes eine Grammophonplatte. Bei den Kameraden, den Vorgesetzten, bei sich selbst. Er kann sich ein Gesicht gar nicht mehr vorstellen. Statt eines Kopfes, der sehen und hören kann, tragen sie alle eine schwarze Scheibe. Die schnarrt und krächzt den Rakozcymarsch. Unaufhörlich, unabänderlich und hilflos, immer nur dieses eine, den Rakozcymarsch. *F. B—n.*

Neuere Publikationen zur Ostjudenfrage.

1. **Jüdisches Archiv,** Mitteilungen des österreichischen Komtees: „Jüdisches Kriegsarchiv". Sonderheft: „Die Juden Lembergs unter der Russenherrschaft", von Prof. S. Bromberg-Witkowsky. Verlag R. Löwit, Wien, 1917.

Eine in sachlichem und bescheidenem Tone gehaltene Schilderung der Zustände in Lemberg unter der russischen Verwaltung. In objektiver und leidenschaftsloser Weise wird hier anhand von Aussagen beglaubigter Zeugen und der eigenen Erfahrungen des Verfassers die Art der Behandlung der Juden durch die russischen Regierungsorgane und Militärbehörden während ihres fast ein Jahr dauernden Aufenthaltes in der galizischen Hauptstadt dargestellt. Die vom alten Regime her bekannte russische Methode durch schamlose Aufhetzung und Provokation die Juden zur Verzweiflung zu bringen, um sie dann als Verräter und Rebellen der Wut des Pöbels preiszugeben, wird durch viele Beispiele namentlich durch die eingehende Schilderung des Pogroms vom „blutigen Sonntag" (27. September 1914), dargetan. Eine Reihe besonderer, gegen die Juden gerichteter Verordnungen der Schergen des Zaren wird aufgezählt und analysiert, wobei die von den obersten russischen Verwaltungsbehörden in Galizien nicht selten auf eigene Verantwortung hin geübte Milde und die Bestechlichkeit der unteren Beamten gebührend erwähnt werden. Was dem Leser am meisten auffällt, ist, dass schon jetzt, noch bevor die von den Juden gebrachten blutigen Opfer auch nur richtig gezählt sind, polnische Antisemiten (darunter nicht selten solche, die zur Zeit der Russenherrschaft eine sehr zweideutige Rolle gespielt haben) es versuchen, den Lemberger Juden „verräterische Gesinnung" und allzugrosse Russenfreundlichkeit in die Schuhe zu schieben (so die Legende von den Juden, die Kosakenpferde geküsst haben). Der Verfasser weist diese sinnlosen Anklagen leicht und ohne ihnen besondere Aufmerksamkeit zu schenken zurück und zählt dann die Einzelheiten der jüdischen Notstandsaktion in Lemberg während der Invasion auf, wobei sich herausstellt, dass die alte jüdische Sitte, Wohltätigkeit zu pflegen, auch in jenen Tagen unerträglicher Not und politischer und wirtschaftlicher Gedrücktheit ihre schönsten Blüten gezeitigt hat.

2. **Polen und Juden,** zeitgemässe Betrachtungen von Dr. Max Rosenfeld. Verlag R. Löwit, Wien 1917.

Der Verfasser, ein im politischen Leben Galiziens nicht unbekannter Mann, versucht anhand einer historisch-kritischen Darstellung der Zustände in Galizien die missliche Lage der dortigen Juden zu analysieren und legt in ungeschminkter Form die Schuld der Polen an der jüdischen Not dar. Das Werk ist sehr anziehend und geistreich geschrieben und gehört mit zu den

besten Publikationen über die polnisch-jüdische Frage, die seit Kriegsausbruch erschienen sind. Als einzige und oberste Forderung gilt dem Verfasser, dass die von Österreich in so bereitwilliger Weise den verschiedenen Nationalitäten zuerkannte Selbstbestimmung nicht, wie bisher, den Polen allein, zum Schaden der in Galizien vorhandenen andersstämmigen Minderheiten, zugute komme, sondern dass auch die Juden davon berührt werden sollen und nicht wie so oft mit leeren Händen ausgehen müssen. Zumal da die nationaljüdische Bewegung in den von grösseren jüdischen Massen bewohnten Zentren Osteuropas nicht nach staatsrechtlichen Errungenschaften strebt, sondern einzig und allein die Freiheit der Entwicklung auf national-kulturellem Gebiet ersehnt.

3. Rein historischer Natur ist das ebenfalls bei Löwit erschienene Werkchen von Dr. Salomon Kaffner über **„Die Juden in der Bukowina“**, wobei manche neue und interessante Streiflichter über die geschichtliche Entwicklung in dem östlichen Grenzgebiet der Monarchie zum Vorschein kommen. Durch das namenlose Elend, das gerade auf die von den beiderseitigen Heeresmassen drei- und mehrfach zerstampfte Provinz hereingebrochen ist, sind die dortigen Juden buchstäblich an den Bettelstab gelangt. Das grosse Problem des Wiederaufbaus und der Gesundung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in der Bukowina nach Friedensschluss interessiert den Verfasser begreiflicherweise ganz besonders und sein Mahnruf gilt der mit der Wiedererrichtung sich befassenden Behörde, bei der einst eintretenden glücklichen Stunde die alte gute Tradition der kleinen, aber in ihrer Eigenart wie von selbst zur Friedensinsel geschaffenen Provinz nicht aus dem Auge zu verlieren und den an dem Aufstieg der Bukowina verdienten Juden ihr Recht voll und ganz werden zu lassen.

4. Es seien in diesem Zusammenhange noch folgende periodische Schriften erwähnt, die zum Teil allgemein jüdischen Charakter haben, zum Teil ebenfalls dem Ostjudenproblem gewidmet sind. Da ist zunächst **„Das Erwachen“** zu nennen, eine in Zürich erscheinende zionistische Halbmonatsschrift für die Jugend. Die Zeitschrift musste vorläufig ihr Erscheinen für einige Zeit einstellen. Die in Berlin erscheinenden **Neuen jüdischen Nachrichten** bieten in der gedrängten Form von übersichtlichen Meldungen gutes Material zur Kenntnis der Lage der Juden in den verschiedenen Ländern. Einen besonderen Raum nimmt auch hier, wie in der allgemeinen jüdischen Presse, die russische Judenfrage ein; der Einfluss der Revolution auf die Lage der Juden wird eingehend berücksichtigt.

Dr. *A. Mibaschan.*

□□□

DIE INTERNATIONALE RECHTSORDNUNG

nach den Vorschlägen
der Fabier-Gesellschaft.

Gutachten

von L. S. Woolf.

Entwurf eines Völkervertrages

von dem Komitee der Fabier.



Verlag: Art. Institut Orell Füssli / Zürich.



Inhaltsverzeichnis.

Vorwort der Redaktion.

Durch die Antworten der Mittelmächte auf die Papstnote ist der Gedanke einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit in Völkerstreitigkeiten zu überraschender Aktualität gelangt. Bekanntlich war vor dem Kriege der Widerstand dieser Mächte das augenscheinlichste Hindernis seiner Verwirklichung. Vielleicht darf schon an der Schwelle dieser Abhandlung hervorgehoben werden, dass der Verfasser, vermutlich gerade weil er ein Engländer ist und nach Weitherzigkeit der Auffassung strebt, offen zugibt, dass dieser Widerstand nicht notwendig ein Zeichen irgendeiner bösartigen Verstocktheit ist, sondern die verschiedene Haltung Deutschlands und Englands der Verschiedenheit ihrer internationalen Situation entsprochen haben mag. Jedenfalls kommt es nun darauf an, den Gedanken der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit so wenig utopisch wie möglich zu fassen.

Die vorliegende Arbeit ist ein autorisierter Auszug aus dem Bande „International Government“, welcher von den unter dem Namen der „Fabier-Gesellschaft“ bekannten englischen Sozialpolitikern veröffentlicht wurde. Die Fabier haben, im Dienste eines hohen Ideals der menschlichen Gesellschaft, so viele Proben realistischer Beobachtung und praktischen Könnens gegeben, dass eine von ihrer Abteilung für wissenschaftliche Forschung herausgegebene Arbeit von vorneherein vor dem Schicksal bewahrt ist, einfach als Utopie beiseite geschoben zu werden. In der Tat anerkennt auch sowohl L. S. Woolf, der Referent der Fabier, als auch das Komitee der Fabier in seinem Vertragsentwurf ausdrücklich, dass vorläufig der Krieg als äusserstes Mittel der Entscheidung von völkerrechtlichen Streitigkeiten nicht ausgeschaltet werden kann; beide streben nur seinen tunlichsten Ersatz durch die Wirksamkeit einer zu schaffenden überstaatlichen Autorität an. Auch verzichten sie auf so schwierige Dinge wie eine internationale Armee, Flotte oder Exekutivgewalt, ohne doch Zwangsmittel auszuschliessen. Dabei verfährt der Referent L. S. Woolf streng historisch, indem er die auf dem Boden der Erfahrung erprobten Mittel zur Schlichtung von Völkerstreitigkeiten vorsichtig auf die Bedingungen prüft, unter denen sie sich bewährt haben, und sie auch nur unter diesen Bedingungen angewendet wissen will. Referat und Vertragsentwurf sind zuerst als Beilagen der Zeitschrift „The New Statesman“ erschienen, dann in Buchform (Juli 1916), verstärkt durch ein zweites Referat von L. S. Woolf, über die bis zum Kriege in Funktion gestandenen internationalen Organisationen, das wir aus Raumrücksichten vorläufig zurückstellen, zumal der deutsche Leser in dem vortrefflichen „Handbuch der Friedensbewegung“ von A. H. Fried über diesen Gegenstand erschöpfende Informationen findet.

Gutachten
über die
Verhütung von Kriegen durch internationale Autorität.

Von
L. S. WOOLF, Referent der Fabier-Gesellschaft.

I. Einleitung.

Die Aufgabe.

Auf einer sozialistischen Konferenz ist die folgende Resolution angenommen worden: „Nach Beendigung des Krieges müssen sich die arbeitenden Klassen aller Industrieländer vereinigen, um irgendeine Art von internationaler Autorität einzusetzen, welche die Streitfragen der Nationen durch obligatorisches Schiedsgericht und Einigungsamt schlichten soll." Dazu lässt sich ein angesehenes Blatt folgendermassen vernehmen: „Offenbar ist es, wenn möglich, sehr wünschenswert, dass die Friedensbedingungen auch Vorschriften enthalten sollen, welche Deutschland wie das übrige Europa verpflichten würden, sich irgendeiner Form einer internationalen Organisation zum Zwecke der Kriegsverhütung zu unterwerfen." Man sieht, diese Ausdrücke lauten ziemlich unbestimmt, dafür begegnet man ihnen jetzt viel häufiger als jemals zuvor. Sie sind typisch für die Hoffnungen und Wünsche einer grossen Zahl von Menschen aller Klassen, aller Parteien, aller Stufen von Bildung und Intelligenz. Die Unklarheit aller dieser Vorstellungen spiegelt sich in den Redewendungen: „irgendeine Art von internationaler Autorität", „irgendeine Form von internationaler Organisation." Die Aufgabe meiner Arbeit ist, den Leuten die Mittel an die Hand zu geben, um an Stelle dieses „irgendeine Art von" eine klarere Vorstellung zu setzen von dem, was sie hoffen, und eine präzisere Formel für das, was sie wünschen.

Die Ursachen der Kriege.

Man kann die kriegsgefährlichen Streitigkeiten in folgende Klassen sondern:

1. Juristische Streitigkeiten, z. B. über die Auslegung eines Vertrages, die Ausübung von Vertragsrechten und die Erfüllung von Vertragspflichten, Grenzregulierungen, Delikte.

2. Wirtschaftliche Streitigkeiten, z. B. bezüglich kommerzieller oder finanzieller Interessenkonflikte.
3. Politisch-administrative Streitigkeiten, z. B. über die Zugehörigkeit von Gebieten, die Behandlung unterworfener Völker, die koloniale Ausdehnung, über nationale Einheit oder Hegemonie, Einflusssphären usw.
4. Streitigkeiten aus gesellschaftlichen Beziehungen der Völker, z. B. über Ehrenfragen.

Alle Kriege des letzten Jahrhunderts können, glaube ich, auf diese vier Typen von Beziehungen zurückgeführt werden.

Der Verfasser weist dies bezüglich des spanisch-amerikanischen und des russisch-japanischen Krieges nach.

Das Völkerrecht.

Wenn es sich darum handelt, die internationalen Beziehungen und den Mechanismus ihrer Ordnung zu studieren, so ist der erste Gegenstand, den man in Betracht ziehen muss, die Gesamtheit jener allgemeinen Grundsätze, durch welche das Verhalten der Nationen zu einander in ihren verschiedenen Beziehungen geregelt wird. Diese Gesamtheit von Regeln heisst Völkerrecht. Ich will nun die Doktorfrage, ob das Völkerrecht ein wirkliches Recht ist oder etwas anderes, gar nicht erörtern. Aber soviel steht fest: eine praktische Untersuchung der Mittel zur friedlichen Schlichtung von Völkerstreitigkeiten ist ganz unmöglich, solange man nicht vollste Klarheit über die Rolle hat, welche das Völkerrecht hiebei gespielt hat und noch spielen wird.

Woolf bekämpft die Meinung, das Völkerrecht sei durch diesen Krieg zerstört worden, mit dem bekannten Argument, dass jede Partei beständig der anderen Verletzungen des Völkerrechtes vorwerfe, also dieses jedenfalls noch existiere.

Es ist klar, dass eine friedliche Lösung von Völkerstreitigkeiten kaum denkbar ist, wenn nicht gewisse allgemeine Regeln existieren, welche gewissermassen die Verfassung der Völkergesellschaft bilden und von allen Nationen anerkannt werden.

Bezüglich der Entwicklung dieser Regeln während des neunzehnten Jahrhunderts lassen sich nun einige wichtige Tatsachen feststellen.

Erstens ist irgendein praktischer Versuch, völkerrechtliche Normen bewusst zu schaffen, in derselben Weise wie Gesetze innerhalb eines Staates gemacht werden, erst seit dem Wiener Kongress hervorgetreten. Denn innerhalb eines Staates gibt es bekanntlich nicht nur solche Rechtssätze, welche auf allgemein üblichen Sitten und Gebräuchen beruhen, sondern auch solche, welche durch die Organe der Gesetzgebung und Rechtspflege geschaffen werden.

Schon seit den Zeiten des Grotius hat es gewohnheitsmässig

geübte Normen des Völkerrechtes gegeben, aber um neue Rechtssätze auf diesem Gebiete als Regeln niederzulegen, dazu gab es damals auch nicht die primitivsten Organe in Gesetzgebung und Rechtspflege.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts aber fand eine rasche Entwicklung nach zwei Richtungen statt. Erstens versuchten die Nationen, in Ermangelung allgemein gültiger Rechtssätze, ihre gegenseitigen Beziehungen durch Verträge oder Übereinkommen zu regeln, Zweitens wurde, zum ersten Male in der Geschichte, der Versuch gemacht, durch Konferenzen und Kongresse Regeln für alle Nationen aufzustellen, so dass diese Konferenzen und Kongresse als primitive Organe einer internationalen Gesetzgebung betrachtet werden können.

Bezüglich des gegenwärtigen Zustandes nur ein paar Tatsachen, deren Kenntnis für unsere Untersuchung notwendig ist. Es gibt eine grosse Anzahl von Normen, welche allgemein anerkannt und täglich geübt werden, auch unstreitig für die friedliche Abwicklung des Völkerlebens sehr nützlich sind. Andere aber sind unklar und bestritten. Dies ist hauptsächlich zwei Umständen zuzuschreiben: Es gibt kein anerkanntes Organ der völkerrechtlichen Gesetzgebung, und es gibt auch kein Organ der Rechtssprechung, welches die vorhandenen Regeln bindend auslegen könnte. Diese beiden Umstände haben wieder ihrerseits zwei verhängnisvolle Folgen. Wann immer neue Tatsachen auftauchen, welche eine neue Regelung erfordern, sind die Völker darauf angewiesen, die neue Regel durch Verhandlungen, durch Hin- und her-Markten und Feilschen zu schaffen; kommt kein Vertrag zustande, so bleibt es unsicher, was in der Sache rechtens ist, oder es wird gar durch einen Krieg entschieden. Und ebenso geht es zu, wenn zwar ein Rechtssatz vorhanden ist, aber die Nationen ihn in verschiedener Weise auslegen. Gelingt es ihnen nicht, sich auf dem Wege der Verhandlungen zu einigen, so bleibt auch in diesem Falle nichts anderes als die Wahl zwischen Rechtsunsicherheit und Entscheidung durch den Krieg.

II. Die Mittel zur Verhütung der Kriege.

1. Verträge

Ein vollständiger Abdruck dieses Kapitels fidet sich in unserem X. Heft vom 10. August 1917. Woolf macht darin klar, dass die Verträge streitverhütend namentlich dadurch wirken, dass sie die Beziehungen der Völker in eine Form bringen, durch welche jeder Streitfall zum Rechtsfall wird; er könnte daher ohne Demütigung der streitenden Staaten einem Gerichtshof vorgelegt werden, wenn — ein internationaler Gerichtshof vorhanden wäre. Man vergleiche die geistvollen Ausführungen des Verf. a. a. O.

2. Konferenzen, Kongresse und das europäische Konzert.

In eingehender Darstellung zeigt Woolf, wie sich seit dem Wiener Kongress von 1815 die Konferenzen, Kongresse und das europäische Konzert teils um die Beilegung einzelner Streitfragen bemüht, teils schüchterne Versuche gemacht haben, als Organe völkerrechtlicher Gesetzgebung zu wirken, sei es durch Schaffung internationaler Einrichtungen oder durch Aufstellung allgemeiner Rechtssätze. Sie sind daher rudimentäre Organe einer allgemeinen völkerrechtlichen Gesetzgebung, in Ermangelung einer überstaatlichen Autorität.

Wie die Konferenzen in einzelnen Fällen sich als Mittel zur Verhütung einer drohenden Kriegsgefahr bewährt haben, studiert der Verf. an 4 Beispielen, nämlich an den wiederholten Interventionen der Mächte zur „Vermittlung“ zwischen den Türken und Griechen, an den Konferenzen betreffs Bosniens (1876/7), an dem Streit über Luxemburg (1867) und an den Konferenzen über Marokko. Immer handelte es sich dabei um die Schaffung eines neuen Rechtszustandes, oft mit Zuhilfenahme von Zwangsmitteln (Blockade, Seeschlacht von Navarino etc.). Eine völkerrechtliche Einrichtung wurde schon vom Wiener Kongress geschaffen (Freiheit der Flussschifffahrt), aus ihr entwickelte sich die erste internationale Exekutivgewalt (Donaukommission). Der Pariser Frieden von 1856 und die Kongokonferenz setzen internationale Rechtsregeln fest, noch mehr die beiden Haager Konferenzen von 1899 und 1907.

Doch gab es ursprünglich bei den Konferenzen gar keine Abstimmung, es war also Einstimmigkeit notwendig und selbst diese nur bindend, wenn und insoferne die einzelnen Staaten die Beschlüsse ratifizierten. Die Geschichte der beiden Haager Konferenzen zeigt die Schwierigkeit, ohne Bindung durch Stimmenmehrheit zu wertvollen Ergebnissen zu gelangen. Auch leiden bisher alle Friedenskonferenzen an dem Fehler, mehr den Krieg als den Frieden zu regeln; aber Krieg ist das Gegenteil des Rechts und bricht nur zu leicht die mühsam vereinbarten Regeln. Dagegen werden die wichtigsten internationalen Rechtsverhältnisse der Friedenszeit, z. B. die Niederlassungsfreiheit der Ausländer und ihre Behandlung, der Regelung durch buntscheckige Verträge überlassen, deren die Sammlung von Martens für ein Jahrzehnt (1874—83) über achthundert aufweist, statt durch einfache und allgemeine Rechtsregeln ein für alle Male erledigt zu werden. Es fehlt eben die internationale gesetzgebende Autorität, die mit Stimmenmehrheit allgemeine Rechtsregeln festsetzen könnte.

Aus diesem geschichtlichen Rückblick ergeben sich namentlich zwei beachtenswerte Gesichtspunkte.

Der erste mag zunächst als untergeordnet erscheinen, hat aber auch seine Bedeutung. Von jeher herrschte unter den

Diplomaten die Neigung, die Tätigkeit einer Konferenz auf die Ausarbeitung von Einzelheiten zu beschränken, nachdem die Hauptsache bereits durch Verhandlungen entschieden worden war. Es muss aber mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, dass eine solche Beschränkung der Konferenzen ihre Entwicklung zu gesetzgebenden Organen verhindert, die berufen wären Streitfälle zu schlichten, in denen die Diplomatie versagt. Das erste, was als Minimum zu fordern wäre, ist: dass alle Fragen, die den Keim starker Differenzen in sich tragen, von der Diplomatie nicht gelöst werden können und sich auch nicht zur Überweisung an ein gerichtliches Tribunal eignen, grundsätzlich und unbedingt der freien Diskussion einer Konferenz von Bevollmächtigten unterworfen werden sollen. Es kommt, wie wir sahen, vor allen Dingen darauf an, dass die Frage, ob ein bestimmter Fall einer Konferenz unterbreitet werden soll, niemals erst Gegenstand einer Unterhandlung sein darf; sonst wird die Berufung der Konferenz selbst zum Kampfpreis im Spiele der Diplomaten, und wird entweder als Drohung benutzt, um eine Konzession zu erzwingen, oder die Konferenz sinkt zu einem Komitee diplomatischer Herren herab, die nur zu dem Zwecke zusammen kommen, um eine bereits erzielte Einigung möglichst unklar und hinterhältig zu formulieren.

Der zweite Gesichtspunkt ist entscheidend für die Frage, ob eine überstaatliche Autorität in Form einer internationalen, gesetzgebenden Körperschaft überhaupt möglich ist. Der wesentliche Unterschied zwischen einer gesetzgebenden Körperschaft einerseits und einer nur versöhnenden, vermittelnden oder berichterstattenden andrerseits ist, dass erstere eine Einigung erzielen kann, die ihre Mitglieder bindet. Letztere kann das nicht. Und der Unterschied lässt sich dahin zusammenfassen, ob eine Abstimmung stattfinden darf und ob die Minderheit sich der Mehrheit zu fügen hat und sich durch sie binden lässt. Ehe die Haager Konferenzen stattfanden, kam es in diesen internationalen Versammlungen überhaupt zu keiner Abstimmung. Die Konferenz musste die Vorlagen einstimmig annehmen, sonst galten sie als abgelehnt. Man glaubte, und glaubt noch heute, dass sich ein souveräner Staat nicht durch die Entscheidung einer internationalen Versammlung binden lassen kann, ohne seine Souveränität einzubüssen. „Le premier principe de toute conférence", so sagte der Vorsitzende der zweiten Haager Konferenz, „est celui de l'unanimité: ce n'est point une vaine forme, mais la base de toute entente politique." Daher findet man äusserst selten, dass eine Entscheidung durch Abstimmung vorgesehen ist, oder dass es, im diplomatischen

Verfahren, überhaupt möglich ist, die Meinung der Mehrheit festzustellen. Natürlich ist das Ergebnis, dass sich eine Entscheidung sehr schwer erzielen lässt.

Es ist übrigens bemerkenswert, dass die Diplomatie in einigen seltenen Fällen, in denen eine Entscheidung erreicht werden musste, doch zu dem Mittel der Abstimmung und des Mehrheitsbeschlusses gegriffen hat, aber immer nur so, dass man grundsätzlich bereits zu einer Übereinstimmung gelangt war, die jedoch, um in Kraft zu treten, eine weitere Übereinstimmung in den Einzelfragen erheischte, z. B. bei Regulierung der türkisch-griechischen Grenze. Ein weiteres Beispiel bietet das Protokoll der Algeciras-Konferenz. Der Artikel 76 bestimmt, dass in allen Fällen, mit denen diese Erklärung sich befasst und in welchen eine Entscheidung durch die Konferenz der Diplomaten getroffen werden muss, die Meinung der Majorität durch Abstimmung festzustellen sei, und diese Majorität den Beschluss der Konferenz zu formulieren habe. Es dürfte nicht überflüssig sein, bei dieser Gelegenheit noch einmal den Unterschied hervorzuheben zwischen dem Wirken einer Konferenz, die sich mit der Aufstellung allgemeiner Regeln oder Gesetze befasst, und einer solchen, deren Aufgabe die Lösung eines einzelnen internationalen Problems ist. In bezug auf die erste Aufgabe sind die Erfahrungen der Haager Konferenzen äusserst lehrreich. Es liegen hier zwei Fälle vor, in denen eine Bestrebung zu Tage trat, eine voll entwickelte Gesetzgebung für internationale Verhältnisse zu schaffen. Im Jahre 1899 traten die Vertreter von 26 und im Jahre 1907 von 44 Staaten zu diesem Zwecke zusammen. Die Grundfrage jedoch, inwieweit die Konferenz die vertretenen Staaten zur Einhaltung der von ihr formulierten Gesetze verpflichten könne, wurde gar nicht erörtert, und der Erfolg war für die eingeschlagene Methode wie für die Nützlichkeit der Konferenz überhaupt gleich unglücklich. Jedem Staat wurde eine Stimme zugesprochen, aber man hätte ihnen ebensogut fünfhundert oder gar keine zusprechen können. Praktisch wurde Einstimmigkeit gefordert, ehe irgend etwas von Bedeutung als Beschluss der Konferenz formuliert werden konnte.

Die Konferenz löste sich in Komitees auf, um die verschiedenen Gegenstände der Verhandlungen im einzelnen zu beraten, z. B. die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges, die friedliche Lösung internationaler Zwistigkeiten, etc. Die Kommitees arbeiteten Vertragsentwürfe aus und empfahlen sie der Konferenz zur Annahme. Sie hielten sich dabei an den Grundsatz, dass Einstimmigkeit nötig wäre, ehe ein Vertrag der Konferenz zur Annahme empfohlen würde.

Die Gesetzgebung selbst trat sodann in einer Reihe von Verträgen, Erklärungen, usf. zu Tage, die dem Schlussakt angeschlossen wurden. Der Schlussakt samt diesen Verträgen wurde den Bevollmächtigten zur Annahme oder zur Ablehnung vorgelegt. Aber selbst die Annahme durch die Bevollmächtigten musste erst von den betreffenden Staaten ratifiziert werden, um volle Gültigkeit zu erlangen.

Das Ergebnis bewies, dass eine internationale Gesetzgebung unmöglich ist, solange die Forderung besteht, dass jedes Gesetz und jeder einzelne Punkt dieses Gesetzes einstimmig von 30 oder 40 vertretenen Staaten angenommen werden muss. Es ist absurd, eine solche Einstimmigkeit zu erwarten, und die Konferenz von 1907 hat vier Monate lang mit diesem hoffnungslosen Beginnen ihre Zeit verloren. Es ist klar, dass internationale Konferenzen so lange unfruchtbar bleiben werden, als sich die souveränen Staaten nicht dazu entschliessen, den Willen der Mehrzahl für die Minderheit als bindend anzuerkennen.

Dass diese Frage keine rein theoretische oder utopistische ist, geht klar aus dem offiziellen Bericht des Vertreters Grossbritaniens bei der zweiten Konferenz, Sir Edward Fry, hervor. Das Verfahren erwies sich im hohen Grade als dilatorisch und verwirrend, schreibt er, und stellt fest, „dass eine der wenigen Fragen, die gelöst werden müssen, ehe eine weitere Tagung der Konferenz befriedigende Arbeit leisten könne, die sei, dass bis zu einem gewissen Grade, in Ermangelung von Einstimmigkeit, die Rechte der Mehrheit siegen müssen".

Die Bedeutung dieser Frage kann gar nicht zu hoch angeschlagen werden. Die Hauptmängel des internationalen Rechtes sind Unbestimmtheit, Unklarheit, Verschwommenheit, und diese Mängel verhindern die Beilegung internationaler Zwistigkeiten durch richterlichen Schiedsspruch. Soll ein Gerichtshof ein gegebenes Gesetz auf bestimmte Fälle anwenden, muss vor allen Dingen ein klar ausgedrücktes Gesetz vorhanden sein, und folglich eine Körperschaft, die solche Gesetze formuliert. Eine Körperschaft nach dem Muster der Haager Konferenz wird nie und nimmer dazu befähigt sein.

Dasselbe Problem tritt in leicht veränderter Gestalt auf, wo es sich um Konferenzen handelt, die sich mit den Zwistigkeiten zwischen den Völkern befassen.

Einer solchen Konferenz stehen drei Möglichkeiten offen. Sie kann als echte gesetzgebende Körperschaft auftreten, d. h. sie kann feststellen, was getan werden muss. In diesem Falle müsste jeder Staat seinen Vertreter entsenden unter der Voraussetzung, dass die Frage durch den gemeinsamen Beschluss

definitiv entschieden werde. Wie bereits erwähnt, haben Konferenzen in der Praxis sich dieser Methode schon genähert, ohne sich ihr jedoch ganz anzuvertrauen. Und dieses zögernde Verhalten ist dem zuzuschreiben, dass die Staaten sich weigern, ihre Vertreter zu Konferenzen zu entsenden, bei denen die Majorität die Minorität bindet. Es ist aber schwer einzusehen, wie die Beschlussfähigkeit gesichert werden kann, solange ein solches Recht der Mehrheit nicht zugestanden wird.

Zweitens kann eine Konferenz lediglich als eine Körperschaft auftreten, die die vorliegenden Fälle untersucht und darüber Bericht erstattet. Eine solche war die Konferenz von 1869, welche zwischen der Türkei und Griechenland intervenierte. Sie strebte gar nicht nach einem, die Parteien bindenden Beschluss, noch vermittelte sie im strengsten Sinne des Wortes. Sie untersuchte nur den Tatbestand und gab eine Erklärung darüber ab, was, nach ihrer Meinung, die streitenden Mächte zu tun hätten. Sie hob hervor, sie glaube mit dieser Erklärung der öffentlichen Meinung Europas über den Streitfall Ausdruck zu verleihen. Auch diese Art der Konferenz hat, wenn auch in geringerem Masse, mit derselben Schwierigkeit zu kämpfen. Würde man sie öfters berufen, sagen wir bei jedem Zwist zwischen den Völkern, in dem die Diplomatie versagt, und der keinem Gerichtshof überwiesen wird, doch immerhin einer Konferenz zur Untersuchung und Berichterstattung vorgelegt werden könnte, so müsste zugleich ein Mittel gefunden werden für den Fall, dass sich innerhalb der Konferenz zwei Meinungen gegenüberstehen.

Es kann drittens eine Konferenz als vermittelnde Instanz zwischen zwei streitende Völker treten. Die meisten Konferenzen über die Angelegenheiten der Türken und Griechen erklärten, nur in dieser Eigenschaft zu wirken. Sie wollten nicht beschliessen, was getan werden müsse, noch wollten sie sich mit der Untersuchung und Berichterstattung über einzelne Fälle befassen, sondern sie traten vermittelnd auf, sie schlugen Methoden des Ausgleichs vor, geeignet die Interessen der beiden Parteien zu versöhnen. Es ist kein Zweifel, dass jegliche Art der Vermittlung sehr nützlich sein kann und noch oft sehr nützlich sein wird, um Kriege zu verhindern, aber wir müssen noch einmal betonen, dass eine Konferenz die sich mit dieser Absicht trägt, in ihrem ganzen Wesen anders sein muss als eine, die nur als gesetzgebende oder untersuchende oder berichterstattende Körperschaft auftritt. Der Hauptzweck einer vermittelnden Konferenz wird sein, einen Ausgleich zu finden, der beiden Parteien annehmbar ist. In der Tat ist eine Konferenz dieser Art nichts weiter als eine Er-

weiterung und Ausgestaltung der gewöhnlichen diplomatischen Verhandlung. Sie muss nicht notwendigerweise zu einem Beschluss kommen; sie kann ihre Aufgabe dahin auffassen, dass sie nur verschiedene Wege zur Beilegung des Streites in Vorschlag bringt. In Konferenzen dieser Art fallen die erörterten Schwierigkeiten betreffs der Erzielung einstimmiger Beschlüsse und das Verhältnis der Mehrheit und Minderheit zu einander von selbst fort.

3. Schiedsgerichte und ordentliche Gerichtshöfe.

Das Schiedsgericht spielt in den Erörterungen über die Verhinderung der Kriege eine so grosse Rolle, dass, wer sich bemüht originell zu sein, in Gefahr gerät, Altes zu breit oder Neues zu kurz vorzutragen. Ich werde mich deshalb im nachstehenden Kapitel auf die Erörterung einer bestimmten Frage beschränken, nämlich: Was haben bisher die Schiedsgerichte und die anderen Gerichtshöfe geleistet und nach welchen Methoden arbeiten sie? Auf Grund der bisherigen Erfahrungen will ich dann versuchen, zu klaren Schlussfolgerungen zu gelangen, in wiefern ein Gerichtshof fähig ist, internationale Zwistigkeiten zu schlichten und welche Stellung dem Schiedsgericht und dem ordentlichen Gerichtshof einzuräumen wäre, wenn man eine internationale Autorität schaffen wollte.

Die Fürsprecher und die Gegner des Schiedsgerichtes scheinen immer wieder in ihren Diskussionen einen wesentlichen Unterschied zu übersehen, auf den jedoch wiederholt hingewiesen wurde. Es kommt darauf an, zwei grundverschiedene Arten der Gerichtsbarkeit zu unterscheiden, die oft unterschiedslos als „internationale Schiedsgerichte“ bezeichnet werden. Beide sind jedoch ihrem Zwecke, folglich auch ihrer Wirksamkeit nach durchaus verschiedenartig. Es ist zwecklos über Schiedsgerichte zu streiten, solange diese Differenz nicht klar erfasst ist und den Streitenden stets gegenwärtig bleibt.

Jedem Gerichte wird eine bestimmte Meinungsverschiedenheit oder Streitfrage zur Entscheidung unterbreitet. Aber die Grundlage, auf die der Richter oder Schiedsrichter sein Urteil zu gründen hat, bildet die Trennungslinie, die die beiden Arten der Rechtsprechung scheidet. Bei der ersten Art von Rechtsprechung, auf die, wenigstens grundsätzlich, das ordentliche Rechtsverfahren innerhalb jedes einzelnen Staates sich aufbaut, gründet der Richter oder Schiedsrichter seinen Spruch auf ein Gesetz: er muss den Tatbestand feststellen, die Gesetze auslegen und die gesetzlichen Rechte und Pflichten der Parteien bestimmen. In den Gerichtshöfen der zweiten Art spielt das Gesetz überhaupt keine Rolle. Pflicht des Richters ist es, die Tatsachen zu untersuchen, um alsdann als vorurteils-

loser und vernünftiger Mensch, nach Gerechtigkeit und Billigkeit, seine Entscheidung zu fällen.

Es ist klar, dass wenn wir daran gehen, internationale Zwistigkeiten einem Schiedsgericht oder sonstigen Gerichtshof zu unterbreiten, wir uns zuförderst darüber klar werden müssen, welche Art der Rechtspflege wir nötig haben. Unsere ganze Auffassung von der Gesellschaft der Völker und von den internationalen Beziehungen hängt von dieser unserer Wahl ab. Entschliessen wir uns für die erste Form, so muss unser Ziel und unsere Hoffnung sein, dass die Beziehungen der Völker sich durch allgemeine Gesetze regeln lassen; wann immer Zwistigkeiten sich erheben, könnte ein Gerichtshof, streng nach diesen Gesetzen urteilend, die Entscheidung treffen. Wählen wir jedoch die zweite Art, so dürfte unsere Auffassung am besten so auszudrücken sein: „Es entsteht zwischen den Völkern eine Anzahl von Streitigkeiten, die nicht durch Verhandlungen beizulegen sind. Die Staaten müssen bestimmte Personen ernennen, denen Gerechtigkeit und Vorurteilslosigkeit zuzutrauen ist. Ihnen sind die Streitfälle zu unterbreiten und ihre Entscheidung oder der von ihnen vorgeschlagene Ausgleich muss alsdann als vernünftig und billig anerkannt werden."

Es ist von ungeheurer praktischer Bedeutung, dass man sich diesen Unterschied stets vor Augen halte, besonders bei der Erörterung der Frage, ob die allgemeine obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit an die Stelle des Krieges treten kann. Diejenigen, die meinen, man könne alle Streitfragen, welche durch diplomatische Verhandlungen nicht gelöst werden können, einem Schiedsgerichte zur Entscheidung zuweisen und dadurch alle Kriege vermeiden, müssen sich klar machen, dass für diesen Zweck nur die zweite Art der Gerichtsbarkeit in Betracht käme. Das internationale Recht ist so fragmentarisch, so unvollständig, dass es eine ganze Reihe sehr wichtiger Beziehungen überhaupt nicht regelt; ein Streit, der sich aus diesen Beziehungen ergibt, könnte niemals nach dem Gesetze entschieden werden. Man nehme z. B. den Streit zwischen Russland und Österreich beim Ausbruch des gegenwärtigen Krieges, oder den, welcher sich seinerzeit zwischen Spanien und Amerika zum Kriege zuspitzte. Es hätte keinem Richter gelingen können, den einen oder den andern Fall nach den gesetzlichen Rechten und Pflichten der Parteien zu entscheiden; denn die Rechte und Pflichten, über welche ein allgemein anerkanntes internationales Gesetz existiert, sind noch viel zu gering an Zahl und an Bedeutung.

Die zweite Frage, die man sich also vorzulegen hat, ist die: I n w i e w e i t   i s t   e s   t u n l i c h   u n d   v e r n ü n f t i g ,   v o n   d e n   V ö l k e r n   z u   v e r l a n g e n ,   s i e   m ö c h t e n   s i c h   d e r   z w e i t e n

Art der Gerichtsbarkeit unterwerfen, wenn diplomatische Verhandlungen fehlschlagen? Und es ist sehr bedeutsam, dass die Völker sich nur selten diesem Verfahren gefügt haben. Die Erfahrungen der Vergangenheit sprechen durchaus gegen diese Art des Schiedsgerichtes. Untersucht man in ihren Einzelheiten die vielen Fälle, in denen die Völker ihre Streitfälle einem Gerichtshofe unterbreiteten, so findet man, dass es sich beinahe ausschliesslich um solche handelt, in denen das Gericht sich über einen Tatbestand, oder über eine Rechtsanwendung oder über beides auszusprechen hatte. Ja, es trifft dieses in so hohem Grade zu, dass man häufig, wo kein internationales Gesetz bestand, welches auf den Gegenstand anwendbar gewesen wäre, erst auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen die Rechtsregel schaffen musste, nach welcher sodann der Fall vom Schiedsgericht entschieden wurde. Dies trifft beispielsweise auf den berühmtesten aller Schiedssprüche zu — den Alabama-Fall. Er wird regelmässig als ein rühmlicher Beweis für die Wirksamkeit des Schiedsgerichts angeführt, denn es wurde damals durch dieses Mittel ein Streit geschlichtet, der durch viele Monate hindurch drohte zwei grosse Völker in einen Krieg zu verwickeln. In gewissem Sinne war dieser Fall auch ein Triumph des Prinzips, doch nur so, dass der praktische Wert des Schiedsgerichtes erprobt wurde für Fälle, in denen es sich nur um gesetzliche Rechte und Pflichten handelt. Die wirkliche Differenz zwischen Grossbritannien und den Vereinigten Staaten bestand eben in der Frage: welches sind die Pflichten, die zur Kriegszeit von einem neutralen Staate erfüllt werden sollten? Es galt betreffs jenes Streitfalls noch kein internationales Gesetz; hätte man die Hauptfrage, die Frage nach dem anzuwendenden Rechtssatz, einem Gerichtshof überwiesen, so hätten wir einen schönen Erfolg für die zweite Art des Schiedsgerichtes zu verzeichnen gehabt. Tatsächlich wurde die Frage nach dem anzuwendenden Rechtssatze jedoch niemals einem Schiedsgericht unterbreitet, und erst nachträglich, als sie durch diplomatische Einigung ihre Erledigung gefunden hatte, kam man auf die Möglichkeit eines Schiedsgerichtes zu sprechen. Der Vertrag von Washington, der das Schiedsgericht einsetzte, legte im Artikel 6 drei Regeln nieder, nach denen die Schiedsrichter ihre Entscheidung zu treffen hatten. Diese drei Regeln präzisieren die Verpflichtungen einer neutralen Regierung ,also gerade das, was Gegenstand des Streites gewesen war, und es ist deshalb auch schon gesagt worden, dass „der Vertrag von Washington das Schiedsgericht von Genf zu einer Schätzungs-Kommission für einen Schadenersatzfall herabdrückte.“

Nimmt man die Masse der schiedsgerichtlichen Entscheidungen und untersucht sie im einzelnen, so wird dieser Eindruck noch verstärkt. Sir Frederick Pollock hat rund zweihundert Schiedssprüche geprüft, die zwischen 1815 und 1900 gefällt wurden, und stellt folgende Tabelle auf:

	%
Ansprüche auf Schadenersatz infolge kriegerischer Unternehmungen und wegen angeblich gesetzwidriger Handlungen oder Rechtsverweigerungen	40
Fragen, die sich auf Rechtstitel oder Grenzberichtigungen beziehen	30
Vermögensrechtliche Ansprüche von Privatpersonen . .	20
Auslegung von Verträgen, die sich nicht auf Grenzfragen beziehen	10

Schon diese Zusammenstellung würde genügen, um zu beweisen, wie beschränkt das Gebiet ist, auf das man bisher die Schiedsgerichtsbarkeit mit Erfolg angewendet hat; diese Beschränkung ist auch nicht dem Umstande zuzuschreiben, dass man die vielumstrittenen Fragen „der Ehre und der Lebensinteressen" ausgeschlossen hat, sondern einem ganz anderen Grunde. Es handelt sich nämlich in allen diesen Fällen um rein juristische Streitfragen. Die internationalen Gerichtshöfe wurden aufgefordert Fragen zu entscheiden, ganz von derselben Art, wie sie auch innerhalb jedes Staates einem Gerichtshofe unterbreitet zu werden pflegen. Fragen bezüglich eines bestrittenen Tatbestandes, Fragen pekuniärer Art, in der Haupt sache Ansprüche auf Entschädigung wegen erlittenen Schadens- oder Verlustes, die sich auf einen Rechtssatz oder auf juristische Dokumente stützten; ferner Fragen der Auslegung von Verträgen oder andern juristischen Dokumenten oder Besitztiteln.

Eine Untersuchung der späteren Fälle, die dem Haager Gericht zugewiesen wurden, ergibt denselben Schluss. Von 1900 bis 1913 haben 12 Fälle ihre Erledigung gefunden. Von diesen waren sechs pekuniärer Art, d. h. Ansprüche auf Schadenersatz: in zwei Fällen handelte es sich um die Auslegung von Verträgen; in zwei weiteren musste das Gericht entscheiden, ob eine Verletzung des Internationalen Rechtes vorliege, und eine Entscheidung bezog sich auf eine Grenzregulierung. Die Kritik hebt häufig hervor, dass nur unbedeutende Fälle dem Schiedsgericht überwiesen werden und dass die Völker sich niemals dazu verstehen werden, ihre nationale Ehre oder Lebensinteressen von seiner Entscheidung abhängig zu machen. Diese Behauptung beruht auf einem Missverständnis und ist unzutreffend. Wie Sir Thomas Barclay dargelegt hat, standen in mehreren Fällen nationale Ehre und Lebensinteressen auf dem Spiele, so im Alabama-Fall, in der Frage der venezuelanischen Grenze, in dem

Streit über den Robbenfang bei Alaska und in dem über die Grenze von Alaska. Es ist nicht so, dass die Völker sich weigern, gewichtige Fragen dem Schiedsgericht zu unterbreiten; die Fragen müssen sich nur in einer juristischen Form darlegen lassen. Sie verstehen sich schon dazu, ihre Streitfälle einem Richter zu unterbreiten, der nur den Tatbestand festzustellen und das Gesetz auszulegen hat; nicht aber einem Schiedsrichter, der das Gesetz zuerst schaffen und nachher auslegen muss.

Jedoch beweist die Tatsache, dass in der Vergangenheit die Völker nur in juristischen Fragen sich dem Schiedsgericht fügten — womit ich Fälle meine, in denen ein gesetzliches Recht oder eine solche Verpflichtung vorlag, oder nur ein Tatbestand klargestellt, oder ein Dokument ausgelegt werden musste — durchaus nicht, dass sie sich in Zukunft immer so verhalten werden, d. h. alle Fälle ablehnen, die nicht auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen; dennoch ist dieses wahrscheinlich. Immer noch stehen wir vor dem Problem, ob eigentliche Schiedsgerichtsbarkeit mit freier Rechtsfindung als allgemeine obligatorische Einrichtung des Völkerrechts möglich und ob sie zweckmässig sei. Ich glaube, man kann mit guten Gründen beides verneinen.

Man kann nicht immer von der Gesellschaft der Einzelmenschen auf die Gesellschaft der Völker schliessen, aber in diesem Falle ist der Vergleich nützlich. Man sagt, dass Zwistigkeiten zwischen Individuen innerhalb eines Staates, welche früher durch den Zweikampf entschieden wurden, jetzt durch den Richterspruch ihre Erledigung finden. Deshalb müsse und könne dasselbe Verfahren in internationalen Streitfällen an die Stelle der Kriege treten. Doch eine reifliche Überlegung zeigt uns, dass in diesem Argument die Voraussetzung nicht ganz stimmt. Auch zwischen den Individuen innerhalb des Staates wird nur eine klar definierte und streng beschränkte Anzahl von Streitfällen durch richterliche Entscheidungen beigelegt, solche nämlich, auf welche die bereits vorhandenen Gesetze und Verordnungen Anwendung finden. Differenzen über die Frage, was künftig Gesetz sein soll, sind dem Frieden nicht weniger gefährlich als solche, die sich nur auf die Auslegung bestehender Gesetze beziehen. Und doch wird niemand behaupten, dass in einem modernen Staat die Schaffung neuer Gesetze einem unparteiischen Schiedsrichter anvertraut werden könnte.

Es existieren überdies auch innerhalb der Staaten gewisse Fragen, den internationalen Problemen ganz ähnlich, welche in der Vergangenheit eine fortwährende Quelle der Unruhe und Kriegsdrohung bildeten; die sozialen Gegensätze — oder die Streitigkeiten in bezug auf die politischen und administrativen

Beziehungen der verschiedenen Gesellschaftsklassen zu einander — sind von ganz derselben Art wie die internationalen Differenzen, die den politischen und administrativen Beziehungen jener soziologischen Gruppen entspringen, die wir Völker nennen. Kein normaler Mensch wird behaupten, dass beispielsweise das Problem der Home-Rule — der Selbstverwaltung Irlands — durch ein Schiedsgericht eine befriedigende Lösung finden könne. Der Grund dafür liegt offen zutage: die beiden interessierten Parteien würden nie einsehen, dass man vernünftigerweise auf diesem Wege jedenfalls eine gerechte Lösung zu erwarten und deshalb die faktische Lösung unbedingt anzunehmen habe. Die Erfahrung lehrt nämlich, dass es sehr gut möglich ist, Menschen zu finden, die genug Unparteilichkeit aufbringen, um festzustellen, und zwar in den meisten Fällen wahrheitsgemäss, ob sich eine Sache zugetragen hat oder nicht, oder um ein vorhandenes Gesetz gerecht und korrekt auf eine zugestandene oder genau bewiesene Sachlage anzuwenden. Dagegen ist es ganz unmöglich zu glauben, dass in der Home-Rule-Frage eine oder mehrere hervorragende Persönlichkeiten, die auf gut Glück mit dieser Aufgabe betraut würden, selbst wenn sie wirklich vorurteilslos und wohlmeinend wären, notwendigerweise zu einer zweckmässigen und gerechten Entscheidung gelangen müssten. Die Anwendung des Schiedsgerichtes auf solche Fragen liesse sich nur rechtfertigen, wenn man den Zufall als letzte Entscheidung in politischen Angelegenheiten hinzunehmen bereit wäre; in diesem Falle aber wäre es zweckmässiger, das ganze Verfahren dahin zu vereinfachen, dass man die Entscheidung davon abhängig macht, auf welche Seite eine geworfene Münze fällt, oder welches Los aus einem Hute gezogen wird. Hieraus folgt, dass allgemeine Schiedsgerichtsverträge, d. h. Verträge, die die Völker verpflichten werden, alle Streitfälle, in denen Verhandlungen ergebnislos verliefen, dem Schiedsgericht zu unterbreiten, geradezu unnütz und gefährlich wären. Während der Geltungsdauer eines solchen Vertrages wird sich doch früher oder später ein Fall ereignen, der sich eben nicht durch Schiedsspruch erledigen lässt. Dann wird entweder der Vertrag gebrochen oder der Schiedsspruch nicht angenommen.

Natürlich existieren auch solche Verträge, z. B. das Übereinkommen von 1905 zwischen Italien und Dänemark und das von 1907 zwischen den fünf Central-Staaten Amerikas, aber sie haben noch nicht die Prüfung der Zeit bestanden. Die gewöhnlichen Verträge, von denen so viele seit der ersten Haager Konferenz geschlossen wurden, schliessen Fragen, welche „die Ehre und die Lebensinteressen“ der Völker berühren, aus und über-

lassen dadurch praktisch den Appell an das Schiedsgericht der freien Wahl der betreffenden Völker.

Hiermit soll die Bedeutung des Schiedsgerichtes selbstverständlich nicht herabgesetzt werden. Es wird seine Rolle — und wahrscheinlich eine höchst bedeutsame — in der friedlichen Regelung der internationalen Gesellschaft spielen. Es ist nur kein Allheilmittel. Wenn man sich dies klar gemacht hat, wird man vernünftigerweise sich mit der weiteren praktischen Frage zu befassen haben: wie lassen sich diejenigen Differenzen und Streitfälle näher bestimmen, bezüglich deren es ausführbar und zweckmässig wäre, dass die Völker sich im vorhinein unbedingt einer bindenden Entscheidung durch einen Gerichtshof unterwerfen?

Es ist dieser Frage natürlich schon viel Aufmerksamkeit geschenkt worden, nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch bei der Haager Konferenz und auch bei teils glücklichen, teils missglückten Versuchen, schiedsgerichtliche Verträge auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen zustande zu bringen. Jedoch beweist der Misserfolg, den das Komitee bei der zweiten Konferenz zu verzeichnen hatte, dass eine Lösung bisher noch nicht gefunden wurde. Ich glaube, es lässt sich beweisen, dass dieses negative Ergebnis dem Umstande zuzuschreiben ist, dass die Diplomaten, in deren Händen man diese Angelegenheiten bisher gelassen hat, die Frage stets von zwei falschen Gesichtspunkten aus betrachtet haben. Erstens erfanden sie das Märchen, dass gewisse Angelegenheiten für eine richterliche Entscheidung zu bedeutend wären. Man behauptet, in Fragen der Ehre oder der Lebensinteressen könnten oder wollten die Völker sich keine schiedsgerichtliche Entscheidung gefallen lassen. Die Tatsachen beweisen, dass diese Behauptung durchaus nicht zutrifft. Die Bedeutung einer Frage hat mit der Bereitwilligkeit der Menschen, einen Schiedsspruch zu akzeptieren, gar nichts zu tun. Die Vergangenheit zeigt uns, dass die Völker sich sehr wohl einer richterlichen Entscheidung fügen, auch in Fragen der Ehre und der Lebensinteressen, vorausgesetzt, erstens, dass ein vernünftiges und passendes gerichtliches Verfahren vorhanden ist; zweitens, dass die betreffende Frage in einer juristischen Form dem Gerichte unterbreitet werden kann. Die angeführten Beispiele beweisen dies zur Genüge, und noch beweiskräftiger ist der Bericht der Untersuchungskommission in der Dogger-Bank-Angelegenheit. Schwerlich wird sich ein Fall ereignen, in dem Ehre und Lebensinteressen einer Nation mehr gefährdet schienen als in jenem Zwischenfall. Die Gefahr bestand darin, dass die Ehre der russischen Flotte im Spiele war, als Lord Landsowne gegen-

über Russland den Anspruch auf Entschuldigungen, Entschädigung und auf die Bestrafung der schuldigen See-Offiziere erhob. Wie immer in solchen Fällen, hiess es, „der Krieg sei unvermeidlich". Aber glücklicherweise hatte man fünf Jahre vorher bei der ersten Haager Konferenz ein Verfahren durch internationale Untersuchungs-Kommissionen eingeführt, welches ermöglichte, diese Dogger-Bank-Frage in juristischer Form einem Gerichtshofe zu unterbreiten. Natürlich hatten die Diplomaten, denen dieses Verfahren zu verdanken ist, ausdrücklich festgelegt, dass es nur anzuwenden sei in Differenzen internationaler Art, bei denen weder Ehre noch Lebensinteressen in Frage kämen. Und doch wurde das Verfahren gleich das erste Mal in einer Angelegenheit angewendet, in der die Ehre eine Hauptrolle spielte. Die Haager Konferenz hatte bestimmt, dass die Untersuchungskommissionen „durch Klarstellung des Tatbestandes" die Lösung erleichtern sollen. Die Dogger-Bank-Kommission wurde somit beauftragt, eine Untersuchung einzuleiten und einen Bericht zu erstatten, insbesondere darüber, bei wem die Verantwortung liege und wie gross das Verschulden sei. Dadurch wurde ein Streitfall, bei dem die Ehrenfrage stark mitspielte, auf eine ganz gewöhnliche gerichtliche Entscheidung über einen bestrittenen Tatbestand und über den Grad der Verantwortung bestimmter Personen und ihres Verschuldens reduziert. Und so gelang es, den „unvermeidlichen" Krieg zu vermeiden.

Eine Untersuchungs-Kommission ist noch kein Schiedsgericht im technischen Sinne. Wie Higgins in seinem Buche: „Die Haager Friedenskonferenzen" nachweist, waren die Formeln, mit denen die Dogger-Bank-Angelegenheit der Kommission überwiesen wurde, weiter gefasst als es die Versammlung von 1899 in dem Artikel 14 vorgesehen hatte. Die Versammlung hatte den Bericht der Kommission auf eine Darlegung der Tatsachen beschränkt. Die Dogger-Bank-Kommission legte nicht nur einen Bericht über die strittige Tatsache vor — nämlich, dass keine japanischen Torpedoboote zur Stelle waren — sondern gab auch ihr Urteil betreffs der Verantwortung und des Verschuldens ab, nämlich: 1. dass das Feuern nicht gerechtfertigt war, 2. dass der Kommandant der Flotte dafür verantwortlich sei und 3. dass die stattgefundenen Tatsachen nicht geeignet seien, die Menschlichkeit der russischen Offiziere zu diskreditieren. Es sei übrigens daran erinnert, dass die Kommission sich aus fünf Marine-Offizieren und zwei Juristen (die beiden letzteren Beisitzer ohne Stimmberechtigung) zusammensetzte. Man kann daher sagen, dass sie ein internationales Kriegsgericht darstellte, das mit Sachverständigen besetzt war. „Man muss bezweifeln", schreibt Sir Frederick Pollock, „ob ein gewöhn-

liches Gericht, aus Juristen oder Diplomaten bestehend, diese delikate Angelegenheit so gut, oder überhaupt hätte erledigen können."

In Wahrheit haben die Diplomaten, höchst wahrscheinlich mit Absicht, indem sie Differenzen, die Ehre und Lebensinteressen berührten, von der schiedsgerichtlichen Entscheidung ausschlossen, einen circulus vitiosus geschaffen. Sie geben vor, das Schiedsgericht obligatorisch machen zu wollen für die Fälle, auf die es anwendbar ist, indem sie jene Fälle bestimmen, auf die es nicht anwendbar ist. Da jedoch ein jedes Land darüber zu urteilen hat, ob dieser oder jener Fall die Ehre oder das Lebensinteresse berührt, bleibt der Appell an das Schiedsgericht schliesslich der freien Wahl überlassen.

Zweitens wurde bei der letzten Haager Konferenz ein ehrlicher Versuch gemacht, um auf anderem Wege jene Streitfragen zu bestimmen, welche die Völker tunlicher und vernünftiger Weise stets einem ordentlichen Gerichtshof überweisen könnten. Der Versuch schlug deshalb fehl, weil die Diplomaten, statt diese Streitfragen durch allgemeine Merkmale zu kennzeichnen, die den wesentlichen Unterschied zwischen Rechtsfällen und anderen Streitigkeiten klargestellt hätten, darauf verfielen, die einzelnen Angelegenheiten aufzuzählen, die einem Schiedsgericht zuzuweisen wären.

Es ist richtig, dass sie in einem einzigen Falle (Einziehung einer vertragsmässig geschuldeten Summe) auf Umwegen dahin kamen, das Prinzip der obligatorischen Unterwerfung unter ein Gericht einzuführen. Man sieht, dass es sich um einen unverkennbaren Rechtsfall handelt. Aber in der Kommission verlor man Wochen mit fruchtlosen Diskussionen über die von Grossbritannien vorgeschlagenen Schiedsgerichtsfälle. Eine grosse Mehrheit stimmte in der Konferenz dafür, das Schiedsgericht überall dort obligatorisch zu machen, wo es sich um Differenzen handelt, die die Auslegung und Anwendung von Verträgen über sieben verschiedene Gegenstände betreffen. Aber selbst wenn man dieser Bereitwilligkeit praktischen Ausdruck verleihen wollte, bleibt es zweifelhaft, ob die Sache des Friedens wesentlich gefördert wäre. Es muss bei dieser Konferenz jemand zugegen gewesen sein, der einen feinen Sinn für Ironie und Zynismus hatte, um darauf zu verfallen, als Gegenstände des obligatorischen Schiedsgerichts die Interessen mittelloser Kranker, der Arbeiterklassen, toter Matrosen, Schriftsteller und Künster auszuwählen. Wenn die Auswärtigen Ämter der Welt so weit kommen, dass ein Sekretär dritten Ranges sich überhaupt auf die Existenz solcher Leute besinnt, sind wir dem Tausendjährigen Reich so nahe, dass wir nur noch ein himmlisches Regiment nötig haben. Inzwischen ist die Gefahr, dass unsere Herrscher um solcher Fragen willen Flotten

und Heere mobilisieren, nicht eben gross. Etwas anderes wäre es, wenn es sich um Kapitalisten und Finanzmänner, Syndikate und Konzessions-Inhaber handeln würde. Aber über diese Leute schwiegen die Haager Diplomaten sich aus. Tatsache ist, dass die Diplomaten mit dieser Methode bemüht waren, nur jene Differenzen der Schiedsgerichtsbarkeit zuzuweisen, die ohnehin bedeutungslos sind, eben wie sie bei der früheren Methode alle Differenzen von wahrer Bedeutung ausschlossen. Was sie jedoch noch nie versucht haben, ist eine klare Umschreibung jener Streitfälle, die in gesetzlicher Form einem ordentlichen Gerichtshof unterbreitet werden könnten, d. h. jener Streitfälle, bei denen man vernünftiger Weise verlangen kann, dass die Völker sich hiezu verpflichten. Wer die Protokolle der Haager Konferenz von 1907 nur flüchtig durchblättert, könnte glauben, dass diese Meinung unrichtig und übertrieben sei; nimmt man sich aber die Mühe, diesen verwickelten und öden Irrgängen nachzugehen, so muss man zugeben, dass unsere Behauptung stimmt. Es ist richtig, dass die Diplomaten und Juristen „questions juridiques“ und „questions politiques“ auseinanderhielten; dass sie ungefähr unter „questions juridiques“ das verstanden, was ich juristische Fragen genannt habe, und dass sie des öfteren den Grundsatz annahmen und aufstellten, dass sich die „questions juridiques“ wohl zum Gegenstande schiedsgerichtlicher Entscheidung eigneten. Ihr Blick war nur von vornherein getrübt durch die Zwangsidee betreffs Fragen der Ehre und des Lebensinteresses. Sie schienen sich nie ganz klar darüber zu sein, ob sie diese Fragen nicht mit den „questions politiques“ identifizieren sollten.

Es ist aber offensichtlich, dass, wenn man diese Fragen als gleichbedeutend hinstellt, man unter den „questions juridiques“ nicht jene Fragen versteht, die sich auf gesetzliche Rechte und Pflichten beziehen, sondern einfach solche, die mit Lebensinteresse und Ehre nichts zu tun haben. Das Resultat dieser verschwommenen Diplomatie tritt sehr klar in der Diskussion des englisch-amerikanischen Vorschlages zu Tage. Dieser Vorschlag beginnt mit der Erklärung, dass die Vertrags-Staaten sich dahin einigen, alle Differenzen „d'ordre juridique“, welche nicht das Lebensinteresse, die Ehre oder die Unabhängigkeit betreffen, dem Schiedsgericht zu unterbreiten. Sodann zählt er gewisse Differenzen auf d'ordre juridique, welche die Staaten ohne diesen Vorbehalt, dem Schiedsgericht zuweisen wollen. Nun ist jedoch folgendes klar: wenn die also aufgezählten Differenzen einfach Beispiele gesetzlicher Fragen sind, welche Ehre oder Lebensinteressen nicht berühren, so fügt diese Aufzählung dem ersten Satze nichts hinzu. Es musste folglich so scheinen, als ob die Konferenz damit begonnen hätte, eine Liste derjenigen gesetzlichen Fragen aufzustellen, die dem Schiedsgericht zuzuweisen wären, selbst wenn sie Ehre und Lebensinteressen berührten. Und dennoch, als die

Diplomaten an die Aufstellung dieser Liste gingen, scheinen sie wieder nur diejenigen Fälle aufgenommen zu haben, welche mit Ehre und Lebensinteresse nichts zu tun hatten. Die Verwirrung wurde immer ärger, und es ist belustigend zu lesen, dass nach endlosen Tagen der Diskussion ein Diplomat schliesslich bemerkte, jede beliebige Frage könne unter Umständen die Ehre und das Lebensinteresse eines Volkes berühren, und ein andrer darauf hinwies, man könne auch nie wissen, wann sich eine „question juridique" in eine „question politique" verwandelt.

Es muss wiederholt werden, dass es nicht möglich ist, die Schiedsgerichtsbarkeit obligatorisch zu machen, wenn man diese Unterscheidung, ob eine Frage Ehre und Lebensinteresse berührt, festhält. Dieser Unterschied gründet sich weder auf Tatsachen noch auf die Vernunft. Selbst ein toter Matrose oder ein lebender Künstler kann die Ehre und das Lebensinteresse eines Volkes berühren. Ist dieses einmal klargestellt, so ist das Problem nicht wirklich schwer. Die Vergangenheit beweist, dass Völker eine schiedsgerichtliche Entscheidung in Fragen d'ordre juridique akzeptieren, — d. h. bei Differenzen, welche sich zurückführen lassen auf Fragen des Tatbestandes, oder der Pflichten und Rechte der Parteien, die aus anerkannt gültigen Rechtssätzen folgen. Vor dem Anbruch des 19. Jahrhunderts haben die Völker sich wegen Grenzfragen bekriegt, und während des 19. Jahrhunderts sind solche Fragen durch das Schiedsgericht friedlich gelöst worden, nicht deshalb, weil sie plötzlich aufgehört hätten, die vitalen Interessen der Völker zu berühren, sondern weil man begriff, dass sich diese Streitfälle immer auf Fragen des Tatbestandes und des Gesetzes zurückführen lassen.

Der einzige Weg, auf dem man diesem Probleme wirklich gerecht werden kann, ist, sich vor allem der Analogie stets bewusst zu bleiben, die zwischen den ordentlichen Gerichtshöfen innerhalb der Staaten und dem zu schaffenden internationalen Gerichtshof besteht, und dann die internationalen Differenzen, welche dem Schiedsgreicht unterbreitet würden, darauf hin zu untersuchen. Ich glaube mit Bestimmtheit, dass, wer dieses tut, zu folgendem Schlusse kommen muss: Es ist sehr wohl möglich, jene Streitfragen festzustellen, die in einer gesetzlichen Form einem Gerichtshofe unterbreitet werden können, und sie fallen tatsächlich unter folgende Klassen:

1. Streitigkeiten über Tatsachen.
2. Streitigkeiten über Rechtstitel auf bestimmte Gebiete oder Gebietsgrenzen.

3. Streitfragen über die Auslegung und Anwendung von Verträgen oder internationalen Rechtsgrundsätzen und darauf gegründeten Ansprüchen oder Anklagen wegen Rechtsverletzungen.
4. Streitfragen über die Verantwortlichkeit oder den Tadel von staatlichen Agenten oder Vertretern infolge rechtswidriger Handlungen.
5. Streitigkeiten über gewisse Geldforderungen, so wegen des Ausmasses der Entschädigung bei anerkannter Pflicht zur Schadloshaltung und bei Einziehung von vertragsmässigen Geldschulden durch eine fremde Regierung zugunsten ihrer Staatsbürger.

Woolf belegt jede von den fünf Arten mit Beispielen von wirklich stattgefundenen Schiedssprüchen, von denen wir einige herausheben wollen:

Streit über Tatsachen: Doggerbank-Angelegenheit (ob japanische Boote anwesend waren).

Grenzstreit:

1. Über die Lokaltatsachen: Costarica-Nicaragua-Streit. (Was versteht man unter dem Zentrum der Salines-Bay?)
2. Über den Rechtstitel: Argentinien-Paraguay (ob Okkupation, Ersitzung, Königliche Verleihung eines bestimmten Landstriches stattgefunden hat).

Auslegung von Rechtsgrundsätzen: Griechenland-Türkei (Grundsatz, dass die Ausrüstung von Banden oder Schiffen gegen Nachbarstaat unerlaubt ist).

Verantwortlichkeit oder Tadel: Wieder Doggerbank-Angelegenheit.

Geldforderungen:

1. Einziehung von Schulden: *ist bereits als Fall obligatorischen Schiedsgerichtes anerkannt.*
2. Schadenersatz (Ausmass): *31 unter 39 Staaten waren bereit zur gleichen Anerkennung.*

Alle diese fünf Klassen sind Rechtsstreitigkeiten im strengsten Sinne, das heisst, wenn sie einem Gerichtshof unterbreitet werden, hat er lediglich seine gewohnte Tätigkeit zu üben, nämlich streitige Tatsachen festzustellen, Rechte und Pflichten aus anerkannten Verträgen oder Rechtssätzen auszusprechen, den Geldwert von Leistungen oder Schädigungen abzuschätzen. Sollen also Nationen durch ihre Verträge oder durch internationales Recht wirklich gebunden sein, so müssen sie sich offenbar in Streitigkeiten dieser Art einem Schiedsspruch unterwerfen. Wenigstens wäre dies das einzig Vernünftige, und praktisch ist es längst als ausführbar erprobt.

Aber leider stehen jetzt die Dinge so, dass man noch besondere Garantien für die Wahrung der nationalen Interessen

jedes Volkes hinzufügen muss, wenn irgend eine Wahrscheinlichkeit für die Annahme auch nur dieses offenbar gerechten und durchführbaren Vorschlages bestehen soll. Man muss ja zugeben, dass die Regeln des Völkerrechtes, selbst wo sie existieren, äusserst unklar und in vielen Punkten unbefriedigend sind. Man kann sich daher recht wohl auf den Standpunkt stellen, dass keine Nation wohl beraten wäre, die sich unbedingt verpflichten würde, alle ihre Streitigkeiten vor einen Gerichtshof zu bringen, der jede Frage streng nach dem geltenden Völkerrechte entscheiden müsste. Dazu kommt noch das schwierige Problem des status quo. Es liegt in der Natur der Sache, dass ein Gerichtshof dieser Art dahin wirken würde, die vorhandenen Macht-verhältnisse der Völker anzuerkennen und ihre Verträge durchzuführen. Das internationale Schiedsgericht wäre seinem Wesen nach das konservative Element in der Völkergesellschaft, wie ein solches in jeder menschlichen Gesellschaft notwendig ist, um ihre Ordnung aufrechtzuerhalten. Nun liegen die Dinge in der internationalen Gesellschaft so — und auch das dürfen gerade wir Engländer niemals vergessen —, dass wir als Nation ein besonders starkes Interesse an derErhaltung des bestehenden Zustandes haben. Im internationalen System nimmt Grossbritannien naturgemäss dieselbe Stellung ein wie im industriellen System der reiche Kapitalist und Arbeitgeber; unser Land hat bei einer Veränderung des Bestehenden wenig zu gewinnen und denkt deshalb, es könne dabei nur zu Schaden kommen. Es ist immer konservativ und eben deshalb der strengen Einhaltung der geltenden Verträge und dem Schiedsgerichtswesen günstig. Aber diese Tatsache sollte uns nicht blind machen gegen die Möglichkeit, dass andere Nationen und vielleicht sogar die Menschheit als ein Ganzes das Interesse haben könnten, dass das Bestehende gründlich anders werde. Wenn also auch eine Einrichtung, welche die bestehende Ordnung erhält, für die Wohlfahrt der Nationen wesentlich ist, so ist doch andererseits auch eine Einrichtung, welche es ermöglicht, die bestehenden Verhältnisse ohne gewaltsamen Umsturz zu ändern, ebenso unentbehrlich.

Man muss in diesen schwierigen Fragen Missverständnissen zuvorkommen; auf die Gefahr also, mich zu wiederholen, muss ich folgende Punkte immer wieder hervorheben:

1. Mein Vorschlag geht durchaus nicht dahin, dass die Nationen einwilligen sollen, in allen Streitfällen durch die Entscheidung eines Gerichtshofes oder einer gesetzgebenden Konferenz gebunden zu sein. Mein Vorschlag gilt nur für die „Legalfälle“, d. h. diejenigen, welche auf grund

eines anerkannten Rechtssatzes und anerkannter Rechtspflichten entschieden werden können.

2. Es unterliegt keinem Zweifel, dass in der grossen Mehrzahl solcher Meinungsverschiedenheiten der Fall ohne weiteres von beiden Parteien einem Gerichtshof zur Aburteilung überlassen würde.
3. Aber in einer Minderzahl von Fällen wäre es, wegen der Unklarheit des Völkerrechtes und aus den anderen angeführten Gründen, unvernünftig, zu erwarten, dass die Nationen die Entscheidung des Streites einem Gerichtshof überlassen sollen, der nichts anderes tun darf, als das Gesetz genau auslegen und anwenden. Mein Vorschlag würde nun in solchen Fällen jeder Partei das Recht einräumen, die Sache vor eine internationale Konferenz zu bringen, deren Vollmachten weiter gehen, indem sie nicht nnr das Gesetz, sondern auch die Forderungen der Billigkeit berücksichtigen kann. Ein Staat, der sich diese Einwendung zunutze macht, könnte nun zweierlei fordern, nämlich, dass die Konferenz die Rechtssätze erst aufzustellen hat, welche für den vorliegenden Fall passen und vom Gerichte der Entscheidung in der Sache selbst zugrunde zu legen sind; dann aber auch ,dass die Konferenz sich darüber auszusprechen habe, inwieferne unter den gegebenen Umständen eine buchstäbliche Auslegung der Verträge mit der Billigkeit vereinbar ist. In beiden Fällen würde das Urteil in der Sache dann erst durch den Gerichtshof zu fällen sein, aber auf Grund der von der Konferenz festgestellten Grundsätze. Überdies aber könnte jede Nation auch einen dritten Weg gehen, nämlich verlangen, dass in der Sache selbst die Konferenz nach Grundsätzen der Billigkeit entscheiden solle und beide Parteien es bei dieser Entscheidung bewenden lassen müssten.
4. Es ist noch zu beachten, dass die Frage ,ob ein Fall zu den nach Gesetz entscheidbaren gehört, also der Kompetenz des Gerichtshofes unterliegt, von diesem selbst im Zweifelsfalle zu entscheiden ist, so wie ja auch die Gerichtshöfe innerhalb des Staates oft das Recht haben, ihre eigene Zuständigkeit auszusprechen oder abzulehnen.

Woolf bespricht nun eingehend die Frage nach der zweckmässigsten Zusammensetzung eines internationalen Gerichtshofes. Bekanntlich ist der sogenannte „permanente Schiedsgerichtshof“ im Haag, wie er durch die erste Haager Konferenz geschaffen wurde, in Wirklichkeit nichts weniger als permanent. Nichts ist an ihm permanent als die Liste von Beisitzern, welche Männer „von an-

erkannter Kompetenz in Fragen des Völkerrechts" sein sollen und von den Vertragsstaaten ernannt werden, so dass für jeden Streitfall aus ihnen ein Senat durch Vereinbarung der Parteien zusammengestellt werden kann. Dagegen hat die zweite Haager Konferenz die Einsetzung eines wirklich permanenten Schiedsgerichts beschlossen, dessen Mitglieder auf zwölf Jahre ernannt werden und in regelmässigen Sessionen tagen sollten. Als es aber dazu kam, das Recht der Ernennung zu regeln, zeigte sich ein unvereinbarer Widerspruch zwischen den Ansprüchen der Grossstaaten und der kleineren Mächte. Diese bestanden auf dem gleichen Rechte aller Staaten zur Ernennung je eines Richters. Es ist nun offenbar nicht zu verlangen, dass die Grossstaaten ein obligates Schiedsgericht annehmen sollen, in welchem über ihre Angelegenheiten in den meisten Fällen durch zentral- und südamerikanische, asiatische oder Abgesandte kleiner Balkanstaaten entschieden würde. Überhaupt dürfte nur der Grundsatz der Zuweisung an ein Schiedsgericht obligatorisch sein, die Wahl aber des Gerichtshofes, seine Zusammensetzung etc. etc. müsste tunlichst der Einigung der Parteien überlassen bleiben, wenn eine solche zustande kommt. Denn die Kunst der friedlichen Schlichtung von internationalen Streitfällen ist noch so in ihrer Kindheit, dass sie an zu strenger Bindung durch Regeln leicht ersticken könnte. Es sollen also die streitenden Staaten eine möglichst reiche Auswahl von schiedsgerichtlichen Körperschaften vorfinden, für den Fall, dass sie sich auf eine von diesen Körperschaften einigen können; nur wenn dies nicht der Fall ist, soll ein bestimmter Gerichtshof für sie obligat sein; aber dieser müsste leicht erreichbar, wenig kostspielig und so prompt in der Erledigung der Streitsachen sein, dass bei automatischer Abgabe der Streitfälle an ihn alle Garantien guter Rechtspflege gegeben wären. Darum die Notwendigkeit eines wirklich permanenten Gerichtes mit einheitlicher Rechtsprechung und traditioneller Tüchtigkeit.

Die Schwierigkeit würde nur sein, es bei der Zusammensetzung den Grossmächten und den kleineren Staaten recht zu machen. Referent bietet eine Übersicht über die verschiedenen vorgeschlagenen Methoden und empfiehlt besonders, allerdings mit den notwendigen Abänderungen, den Plan der Konvention für die Bildung eines internationalen Prisengerichtshofes, einen Plan, von dem später ausführlicher die Rede sein wird.

III. Die Schaffung einer Internationalen Autorität.

Wir sind nun auf dem Punkte angelangt, von dem wir zu unserem Ausgangspunkte zurückblicken müssen, um zu sehen, ob und inwiefern wir uns dem Ziele genähert haben. Der Ausgangspunkt war die Vergangenheit, das Ziel war eine Interna-

tionale Autorität oder Organisation, die nicht mehr durch ein schattenhaftes „Etwas“, sondern durch schwerwiegende Tatsachen aus der Vergangenheit bestimmt und befestigt werden soll. Die Tatsachen und Schlüsse, die ich zu diesem Zwecke unterwegs zu sammeln versucht habe, können wie folgt zusammengefasst werden:

1. Im 19. Jahrhundert trat ein unbestimmter, protoplasmaartiger Ansatz zum Organismus einer Internationalen Autorität auf, ein primitiver Organismus mit zwei rudimentären Organen, wovon das eine die Form von Gerichtshöfen, das andere von Delegiertenkonferenzen hatte.

2. Die Gerichtshöfe können sich zu einem regulären Organ einer Internationalen Autorität entwickeln. Ihre Funktion ist, internationale Fragen zu entscheiden, die auf eine Rechtsfrage zurückgeführt werden können und solche Fragen lassen sich definieren und sind auch definiert worden. Die Internationale Autorität muss mit einem Mechanismus beginnen, der die obligatorische Zuweisung aller solcher Fragen an einen Gerichtshof (oder auch unter Umständen an eine Konferenz) durchsetzt.

3. Die Vergangenheit lehrt, dass eine Delegiertenkonferenz das geeignetste Organ zur Behandlung jener Fragen ist, die auf keine gerichtlich entscheidbare Rechtsfrage zurückgeführt werden können. Ihre Entwicklung muss auf der Erweiterung des Prinzips beruhen, welches das Recht internationale Fragen zu lösen, sobald die Unterhandlungen versagen und es sonst keinen anderen Ausgang als den Krieg gäbe, nicht einer einzelnen Nation, sondern nur den Nationen in Gemeinschaft zuspricht.

4. Die Vergangenheit weist überdies auf die Konferenz als auf das geeignetste Organ hin, um die hochwichtige Funktion der Abfassung von allgemeinen Regeln internationalen Verhaltens und von internationalen Gesetzen mit Autorität und Genauigkeit zu erfüllen.

Man wird sehen, dass diese Vorschläge und Tatsachen uns der Schaffung einer Internationalen Autorität oder auch nur einer internationalen Organisation noch nicht sehr genähert haben. Wir sind den Weg der Geschichte gegangen, und die bedeutsame Lehre der Vergangenheit ist, dass die Diplomatie es in keiner Weise versucht hat, die Methoden der Schlichtung internationaler Konflikte zu organisieren. Fast in jedem anderen Zweig menschlicher Tätigkeit — in nationalen und städtischen Regierungen, in Handel, Industrie und Finanz, in Naturwissenschaften und Medizin, ja selbst in Sport und Spiel — war der moderne Fortschritt mit einer ausserordentlich feinen Ausgestaltung aller Teile und ihrer Funktionen, mit ihrer

Verbindung zu einem verwickelten Mechanismus und mit einer bewussten gegenseitigen Anpassung der einzelnen Teile dieses Mechanismus verknüpft. Die Beziehungen der Staaten untereinander entgingen der fortschreitenden Verwicklung ebensowenig wie die Fabriken und die Fussballplätze; aber der Diplomat blieb hinter dem Fabrikanten und dem Fussballspieler zurück und versuchte nicht, durch Einordnung der verschiedenen Teile seiner Maschine eine Kontrolle auszuüben. Er besitzt verschiedene Methoden, um die Beziehungen der Staaten zu regulieren — Unterhandlung, Vermittlung, Schiedsgericht, Konferenz — aber er hat sie nie zweckmässig, jede am richtigen Orte, angewendet und zusammenwirken lassen. Gewiss ist das ein sehr bedeutsames Hindernis zur friedlichen Lösung internationaler Fragen gewesen. Die natürliche Folge ist, dass die Schwierigkeit, bei plötzlichen heftigen Streitigkeiten den Mechanismus auch nur in Gang zu bringen, eine unüberwindliche ist. Wenn die gewöhnlichen Methoden der Unterhandlung plötzlich in einer Sackgasse geendet haben, findet der Diplomat nicht einen wohlgeordneten internationalen Mechanismus und eine Kurbel, mittelst deren er sofort das Zweckmässige bewirken, also nach Lage des Falles einen Vermittler, einen Gerichtshof oder eine Konferenz in Bewegung setzen könnte. Er muss nach den bisherigen Methoden erst darüber unterhandeln, ob eine Vermittlung, ein Schiedsgericht oder eine Konferenz herangezogen werden solle. Jede Bewegung des Friedensmechanismus wird selbst zum Einsatz und Kampfpreis in einem verwickelten diplomatischen Spiel; und während Sir Edward Grey Vermittlungen und Konferenzen vorschlägt, gerät der beigeordnete Kriegsmechanismus ganz glatt und automatisch ins Arbeiten.

Am einfachsten fasst man die Frage, indem man mit einer möglichst kleinen Organisation beginnt und zusieht, welche Ausdehnung derselben erforderlich ist. Bei der letzten Haager Konferenz waren vierundvierzig souveräne Staaten vertreten. Wenn man noch Honduras, Costa Rica, Abessynien und Liberia hinzunimmt, (die keine Vertreter entsandten) bekommt man eine Summe von achtundvierzig souveränen Staaten der Welt. Diese 48 Staaten können abmachen: 1. einen Gerichtshof nach den erwähnten Gesichtspunkten einzusetzen; 2. die fünf Klassen der als Rechtsfragen definierten Streitfälle einem von den Parteien fallweise gemeinschaftlich einzusetzenden Gericht oder dem Zentralgerichtshof (oder auch unter besonderen Umständen einer Konferenz) zu überweisen; 3. alle anderen Fragen und Zwistigkeiten dagegen einer Konferenz zur Prüfung und Berichterstattung zu übergeben.

Wie man sehen wird, ist dies der denkbar kleinste Aufwand an Organisation eines internationalen Mechanismus nach hergebrachten Richtlinien. Und doch gäbe es bei seiner Realisierung noch immer keine Internationale Autorität. Jeder einzelne Staat wäre durch ein blosses Übereinkommen mit allen anderen Staaten einfach verpflichtet, eine gewisse Methode zu befolgen. Es ist ja möglich, dass sogar eine so primitive und einfache Organisation wie diese einen grossen Fortschritt im Sinne der Kriegsverhütung bedeuten könnte, aber klar ist, dass auf diese Weise nur ein sehr schwaches Band zwischen den Nationen geknüpft würde. Das Wort „Autorität" bedeutet eben mehr als das, — ein Recht und eine Macht der Organisation als des Ganzen über die Individuen, die ihre Teile sind. Eine Internationale Autorität erfordert daher Rechte und Macht der Völkergesellschaft über die einzelnen Nationen, aus denen sie sich zusammensetzt.

Ein Recht — die Macht, das Recht durchzusetzen — das Recht, diese Macht auszuüben, um jenes Recht durchzusetzen, — das sind drei ganz verschiedene Dinge. So kann eine internationale Organisation bloss dadurch begründet sein, dass die Staaten das Recht der Nationen auf gemeinschaftliche Schlichtung gewisser Streitfragen durch Konferenzbeschlüsse anerkennen. Das ist eine Etappe auf dem Wege zur Schaffung einer internationalen Autorität. Eine zweite ist dann erreicht, wenn die Nationen nicht nur das Recht haben, Fragen gemeinschaftlich zu lösen, sondern auch die Macht, ihre Entscheidung durchzusetzen; und eine dritte Etappe, sobald die Nationen nicht nur dieses Recht und diese Macht haben, sondern auch das Recht, gemeinschaftlich die Macht zur Erzwingung gemeinschaftlicher Entscheidungen auszuüben. Die Bedeutung des Unterschiedes wird offenkundig, wenn man die sogenannten „Sanktionen" (Zwangsmittel) in Betracht zieht. Es kann nötig oder ratsam sein, eine Internationale Autorität mit Rechten über die einzelnen ihr angehörenden Nationen und doch ohne Sanktionen zu gründen. Und man kann noch weiter gehen und behaupten, es liege kein Grund vor, warum eine Internationale Autorität in dieser Hinsicht in allen ihren Teilen gleichförmig ausgestattet sein muss. Es kann klug sein, einer internationalen Konferenz das Recht zur Entscheidung gewisser Fragen und zur Erzwingung ihrer Entscheidungen zu verleihen, während es bei anderen Fragen nötig sein kann, das Recht der Entscheidung zu verleihen und das zur Durchsetzung der Entscheidung vorzuenthalten.

Der Verf. zeigt nun, dass bei dem heutigen Zustande des Völkerlebens an einen Bundesstaat, gegründet auf das gegenseitige

Vertrauen der Völker, nicht zu denken ist, daher auch nicht an ein Bundesparlament aus direkten Vertretern des Volkes.

Die Vertreter auf den internationalen Konferenzen müssen also Bevollmächtigte der Regierungen unabhängiger Staaten bleiben. Nun werden dieser Tatsache gewöhnlich von den Diplomaten Folgen zugeschrieben, die — wenn dem wirklich so wäre — unvermeidlich jedwede Entwicklung der Konferenzen zu wirklichen internationalen gesetzgebenden Körperschaften hemmen würden. Es wird angeführt, dass in einer solchen Konferenz eine Majorität unter keinerlei Umständen eine Minorität binden und eine Entscheidung nur dann erlangt werden kann, wenn die Konferenz einstimmig beschliesst; dieses Prinzip soll nicht eine blosse Formsache oder Sache des Übereinkommens, sondern gewissermassen ein Naturgesetz sein, welches aus dem Wesen aller internationalen Beziehungen herrührt. Untersucht man aber die Gründe, auf welche die Diplomaten diese Ansicht stützen, dann findet man, dass sie einer gedanklichen Unklarheit entspringt. Am deutlichsten hat der Präsident der zweiten Haager Konferenz in einer Rede, anlässlich der Sitzung eines Komitees, der Theorie Ausdruck verliehen: „Das erste Prinzip jeder Konferenz“, sagte er, „ist das der Einstimmigkeit; es ist keine leere Form, sondern die Grundlage jedweder politischen Verständigung (de toute entente politique). In Parlamenten können die Majoritäten den Minoritäten ihren Willen aufzwingen, weil alle Mitglieder dieser Körperschaften nur ein und dieselbe Nation vertreten, aber bei internationalen Konferenzen vertritt jeder Delegierte einen anderen Staat von gleicher Souveränität.“ Nelidows Ansicht würde bedeuten, dass jedwedes, die zukünftige Handlungsfreiheit eines Staates einschränkende Abkommen oder ein derartiger Vertrag die Unabhängigkeit oder Souveränität eines Staates vernichten müsste, was ganz unsinnig ist.

Studiert man genau die Äusserungen, welche gegen allgemeine Schiedsgerichte und andere allgemeine Methoden friedlicher Lösungen gerichtet sind, dann findet man, dass der wesentliche und letzte Einwand der ist, dass die Staaten, wenn sie sich solchen Methoden unterwerfen, ihre beiden kostbarsten Güter verlieren würden, — die Unabhängigkeit und die Souveränität. Nun sind diese Begriffe, wenn sie auch nicht leicht zu definieren sind, doch sehr realer Natur. Sie sind nicht nur Diskussionsthemen für Publizisten und Diplomaten, sondern sie hängen eng zusammen mit den Wurzeln jener gefährlichen und komplizierten Leidenschaft, die man Patriotismus nennt. Das bestehende internationale Weltsystem ist auf die absolute Heilighaltung der Unabhängigkeit und der Souveränität aller

unabhängigen und souveränen Staaten begründet. Gewiss wird heutzutage in unserer halbzivilisierten Welt kein Staat auf ein internationales System eingehen, wenn seine Unabhängigkeit und Souveränität nicht garantiert werden; aber — und das ist der springende Punkt — ebenso sicher ist, dass kein Staat etwas dagegen hätte, einem solchen System beizutreten, wenn er absolut davon überzeugt wäre, dass seine Unabhängigkeit und Souveränität dadurch nicht beeinträchtigt werden könnte.

Sir Thomas Barclay schreibt in seinem Werk „Die Probleme der Internationalen Praxis und Diplomatie: „Wenn wir den Sinn der Worte „vitales Interesse“ genau untersuchen, finden wir als typische Beispiele Fälle, in denen es sich um die Unabhängigkeit des Staates, seine territoriale Integrität oder einen vorsätzlichen Vorstoss gegen die grundlegenden Rechtsgewohnheiten der Völker handelt.“ Später gibt er eine noch ausführlichere und verständlichere Definition der sogenannten Lebensinteressen einer Nation: „Die territoriale Unabhängigkeit oder Integrität eines Staates, und seine Freiheit, sich seine Staatsform, Gesetzgebung und Institutionen selbst zu bestimmen, sein Recht, politische Flüchtlinge aus anderen Ländern aufzunehmen, — sein Recht, absolute Gedankenfreiheit zu gewähren, und freien Ausdruck der Gedanken selbst über Angelegenheiten jenseits seiner Grenzen usw.“ Er macht daher den sehr wertvollen und interessanten Vorschlag, dass an Stelle der Klausel vorbehaltlich der Angelegenheiten „von vitalem Interesse und nationaler Ehre“ in den Schiedsgerichtsverträgen eine Klausel vorbehaltlich solcher Angelegenheiten aufgenommen werden sollte, die die „Unabhängigkeit“, die „territoriale Integrität“ und „die inneren Gesetze und Institutionen“ der in Vertrag mit einander eintretenden Staaten betreffen würden.

Hier können wir also für die Gegenwart die natürliche und vernunftgemässe Grenze zwischen den Ansprüchen des Nationalismus und des Internationalismus ziehen. Jeder unabhängige souveräne Staat muss das Recht der Völkergesellschaft anerkennen, gemeinsam Fragen zu lösen und Gesetze abzufassen, ausgenommen in drei Fällen, und ein jeder solcher Staat kann seine Delegierten zu einer Konferenz entsenden, bei der die Majorität die Minorität binden wird, ausgenommen in denselben drei Fällen. Diese drei Fälle treten ein, wenn das Gesetz oder die Entscheidung die Unabhängigkeit oder die territoriale Integrität des Staates beeinträchtigen oder eine grundlegende Abänderung der inneren Gesetzgebung des Staates erheischen würde.

Wie steht es nun mit den vielerörterten Sanktionen (Zwangsmitteln?) wird der Publizist höchst wahrscheinlich

fragen. Dieses unerfreuliche und unangebrachte Wort übt einen besonderen Zauber auf ihn aus. Die ganze Frage der Sanktionen hat mehr theoretisches, als praktisches Interesse. Wo eine Macht vorhanden ist, um ein Recht oder eine Pflicht zu erzwingen, da wird durch eine formelle Erklärung über das Recht diese Macht auszuüben, praktisch wenig hinzugefügt. Wenn die Internationale Autorität, die „Gesellschaft der Nationen", die Macht hat, ein Mitglied zu zwingen, seinen Verpflichtungen nachzukommen, und wenn sie es tun will, dann wird in der Praxis sicherlich ein Mittel gefunden werden, um die Macht auszuüben. Das Wichtigste ist, dass die Rechte genau umschrieben und die Pflichten ausdrücklich anerkannt werden.

Man kann die internationalen Rechte und Pflichten, die beim vorgeschlagenen System umschrieben und anerkannt würden, wie folgt aufstellen:

1. Die Pflicht, alle Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten, die nicht durch Unterhandlungen beigelegt werden können, einem Gerichtshof oder einer Konferenz zu überweisen.
2. Die Pflicht, bei gewissen genau umschriebenen, einer Konferenz überwiesenen Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten die Entscheidung der Majorität der Vertreter anzunehmen und sich daran zu halten (to abide by it).
3. Die Pflicht, das Urteil eines Gerichtshofes anzunehmen und sich daran zu halten.
4. Die Pflicht eines Staates, sich an jede, auf einer Konferenz statuierte allgemeine Gesetzesregel und jede Entscheidung zu halten, welche dieser Staat angenommen oder ratifiziert hat.
5. Die Pflicht, sich an gewisse, genau definierte allgemeine Gesetzesregeln zu halten, die durch eine Majorität der Vertreter auf einer Konferenz aufgestellt wurden, d. h. an jene Rechtssätze, die die Unabhängigkeit oder die territoriale Integrität nicht beeinträchtigen und eine Abänderung der inneren Gesetzgebung des Staates nicht erheischen.

Die fünf hier aufgestellten Pflichten bilden die Grundlagen, auf denen die hier skizzierte Internationale Autorität beruhen würde. Doch ist es jedem Leser klar, dass ihnen in bezug auf die Erhaltung des Weltfriedens nicht allen die gleiche Bedeutung zukommt. Es kann eine Nation daher ganz gut das Recht der Körperschaft anerkennen, die Unterwerfung unter die, in den Artikeln 1, 3 und 4 enthaltenen „Verpflichtungen" zu erzwingen, ein gleiches jedoch für die Artikel 2 und 5 ablehnen. Das sind allerdings Detailfragen, die erst

dann wirklich gelöst werden können, wenn die Vertreter Siams und Haïtis einst wieder mit den Vertretern jener anderen Staaten am Konferenztisch sitzen werden, welche das gegenwärtige System der Regelung internationaler Angelegenheiten noch am Leben gelassen haben wird. Ein Recht jedoch ist so grundlegend, dass man schon im voraus sagen kann, die internationale Organisation würde nichts ausrichten für eine Verhütung des Krieges, wenn sie es nicht anerkennt und durchsetzt: es ist das Recht der Völker auf die Anwendung des pazifistischen Mechanismus der internationalen Organisation, bevor irgend eine kriegerische Operation oder kriegerische Vorbereitung eines einzelnen Staates gestattet ist. So wird denn unsere „Internationale Autorität“ sich in die verdünnte Luft blosser Theorie und Utopie auflösen, wenn die ihr angehörenden Nationen sich nicht dahin einigen, von jedem einzelnen Staat durch alle zu Gebote stehenden Mittel zu erzwingen, dass er einen Streit oder eine Meinungsverschiedenheit einem Gerichtshof oder einer Konferenz übertragen muss, ehe er zur Waffengewalt schreitet.

Noch eine andere Frage ist geeignet, jene zu beunruhigen, die die Bildung einer „Internationalen Autorität“ als ein praktisches Problem der Gegenwart betrachten. Es ist das bereits berührte Problem der Ungleichheit gleicher, unabhängiger souveräner Staaten. In der Staatengesellschaft hat man einerseits das grossbritannische Reich mit einer Bevölkerung von 435,000,000 Einwohnern und einer Bodenausdehnung von 13,000,000 Quadratmeilen; andererseits Luxemburg mit einer Bevölkerung von 260,000 Einwohnern und einer Bodenausdehnung von 1000 Quadratmeilen. Und doch kommt in dieser Gesellschaft und ihrem bis jetzt am vollständigsten ausgebauten Organ, der Haager Konferenz, „keiner vor oder nach dem andern; keiner ist bedeutender oder geringer als der andere.“ Die praktische Folge des Beharrens bei dieser mystischen Gleichheit von durchaus ungleichen Faktoren, des Versuches, in den Wagschalen der internationalen Behandlung den Tausenden ein Gleichgewicht gegenüber den Millionen zu verleihen, ist bereits beleuchtet worden. Es wurde dadurch eine ordentliche Vertretung internationaler Interessen verunmöglicht, und daher wurde auch eine vernünftige Lösung irgendwelcher Fragen unmöglich, in denen es sich ernstlich um solche Interessen handelte.

Wenn die Welt sich also je zwecks einer friedlichen Regelung internationaler Angelegenheiten organisieren soll, muss eine solche Organisation die wesentliche Ungleichheit der

Staaten in Betracht ziehen. Wird einer solchen Ungleichheit nicht beim pazifistischen Mechanismus Rechnung getragen, dann wird sie sich durch Krieg fühlbar machen, während der zur Friedenserhaltung geschaffene Mechanismus ungenützt verrosten wird.

Der gesunde Menschenverstand, der immer praktisch und konservativ ist, wird gleich sagen: „Ja, eben darum wird's nie ohne Krieg gehen. Ihr werdet in der Praxis nie Frankreich durch San Domingo, China durch Luxemburg aufwiegen können; ihr werdet aber ebenso wenig imstande sein, eine Tabelle internationaler Gewichte aufzustellen und jedem Staate entsprechend seinem realen Gewichte in der internationalen Körperschaft eine angemessene Stimmenzahl zuzuweisen.“ Diesem Einwand diene als Antwort, dass eine solche Tabelle tatsächlich schon aufgestellt worden ist, und zwar nicht von einem Theoretiker in seiner Studierstube, sondern durch praktische Diplomaten selbst auf der Haager Konferenz. Die Tabelle wurde aufgestellt, um eine ungleiche Vertretung der Staaten auf dem internationalen Prisengericht zu bestimmen, da die Vertretung im Verhältnisse zu der Bevölkerung, dem Handel, den maritimen Interessen usw. der verschiedenen Staaten stattzufinden hatte. Die Unterschiede sind daher nicht als Unterschiede für die Stimmberechtigung angegeben, da die Frage einer solchen nicht aufgeworfen wurde, aber es ist möglich und interessant, nachzuweisen, wie die von den Diplomaten auf die Weltstaaten verteilten Verschiedenheiten in der Vertretung in Verschiedenheiten der Stimmberechtigung umgesetzt werden können. Wir behaupten nicht, dass die Tabelle, so wie sie ist, sich für die Zwecke einer internationalen Gesetzgebung besonders gut eignet, denn es handelte sich nicht um die Zusammensetzung einer Konferenz, sondern eines Prisengerichtes, und es wurde daher ein besonderes Gewicht auf gewisse Eigenheiten der Staaten, z. B. in bezug auf maritime Bedeutung gelegt.*) Es beweist nur, dass es möglich ist, eine solche Liste für praktische Zwecke abzufassen. In dem die Errichtung eines internationalen Prisengerichtes betreffenden Abkommen, das von der zweiten Haager Konferenz getroffen wurde, ist die Methode der Zusammensetzung des Gerichtshofes tatsächlich die, welche unser Komitee für Schiedsgerichtshöfe empfiehlt. Sie bezweckt, eine Vertretung an dem Prisengericht zu ermöglichen, die im Verhältnis zur Bevölkerung, den Handelsinteressen usw. der verschiedenen Staaten steht. Die Richter werden für sechs Jahre bestellt.

*) Das erklärt die ungebührlich hohe Einstellung von Staaten wie Norwegen in die Liste.

Diese Periode von sechs Jahren wird dann in sechs Perioden zu je einem Jahr geteilt. Den acht Grossmächten wird absolute Gleichheit in der Vertretung zugesprochen, und die von ihnen entsendeten Richter funktionieren in der ganzen sechsjährigen Periode. Die Richter und stellvertretenden Richter der anderen Mächte jedoch funktionieren nach einer der Konvention beigegebenen speziell ausgearbeiteten Liste. Ihre Vertretung variiert von einem stellvertretenden Richter auf eine der sechs Perioden bis zu einem Richter und einem stellvertretenden Richter in vier von den sechs Perioden. Wenn man einen Ersatzrichter für eine der sechs Perioden als eine Einheit der Vertretungsgewalt annimmt und einen für eine der sechs Perioden funktionierenden Richter als zwei Einheiten, kann man die Verschiedenheiten der Vertretungsrechte, welche die das Prisengerichtsabkommen schaffenden Diplomaten den einzelnen Völkern zuwiesen, in Stimmberechtigungen umsetzen.

Es ergibt sich daraus folgende Tabelle:

	Vertretung am Prisengericht	Entsprechende Stimmberechtigung
Österreich, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Russland, Vereinigte Staaten Amerikas	für die ganze Periode	je 18 Stimmen
Spanien	4 Richter, 4 Ersatzrichter	12 Stimmen
Niederlande	3 Richter, 3 Ersatzrichter	9 Stimmen
Belgien, China, Dänemark, Griechenland, Norwegen, Portugal, Rumänien, Schweden, Türkei	2 Richter, 2 Ersatzrichter	je 6 Stimmen
Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko . .	2 Richter	je 4 Stimmen
Schweiz, Bulgarien, Persien	1 Richter, 1 Ersatzrichter	je 3 Stimmen
Kolumbia, Peru, Serbien, Siam, Uruguay, Venezuela	1 Richter	je 2 Stimmen
Bolivia, Costa Rica, Cuba, Santo Domingo, Ecuador, Guatemala, Haïti, Honduras, Nicaragua, Panama, Paraguay, Salvador, Luxemburg, Montenegro	1 Ersatzrichter	je 1 Stimme

IV. Die Erschwerung des Krieges durch die Internationale Autorität.

Das vorgeschlagene System sieht ebenso wie das geltende die unabhängigen souveränen Staaten als Einheit an. Es anerkennt, dass jeder Staat in der Sphäre seiner Unabhängigkeit und Souveränität absolut Herr seines eigenen Schicksals bleiben muss. Es nimmt daher ein Gemisch von gefährlichen nationalen Systemen in sich auf, in welchem die Nationalitäten durch allerhand abgeschmackte, unvernünftige und ungerechte Fesseln aneinander gekettet sind. Es versucht nicht, an die Wurzeln all jener Ursachen zu gelangen, die im letzten Jahrhundert die grossen Kriege herbeiführten: die administrativen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Staaten.

Es ist ein System, das bei weitem die Hoffnungen und Wünsche eines Vernünftigdenkenden nicht befriedigen kann; es bleibt hinter einem kosmopolitischen System oder Weltstaat weit zurück. Aber der Kosmopolitismus oder Weltstaat setzt voraus, dass die Welt von der Wahrheit überzeugt ist, dass die Interessen Frankreichs denen Deutschlands ebensowenig zuwiderlaufen müssen, wie die von Paris den Interessen von Bordeaux! auch dass die heftigen, aber engherzigen Leidenschaften, die den Namen Patriotismus tragen, nicht die edelsten Formen menschlicher und sozialer Gefühle sind. Die Welt glaubt nicht daran, oder vielmehr die Leute, die bei der Führung der Welt unglücklicherweise am meisten mitzureden haben, glauben nicht an solche Dinge, und werden auch dann nicht daran glauben, wenn die Vertreter der Staaten wieder zusammentreten, um zu beschliessen, wie die Gräber Europas zu füllen sind, die zu graben sie mitgeholfen haben.

Wir nehmen die Dinge daher, wie wir sie finden, und mögen sie noch so traurig und gefährlich sein. Dem kosmopolitischen oder internationalen Staat entspricht ein kosmopolitischer oder internationaler Patriotismus; es ist daher jetzt unnütz, seinen langjährigen Schlaf auf den in Bibliotheken für Utopien reservierten staubigen Bücherbrettern zu stören. Damit ist aber nicht gesagt, dass man zur tunlichsten Kriegsverhütung keine praktischen Schritte durch Verbesserung des Mechanismus der internationalen Beziehungen unternehmen kann. Wir können etwas leisten, wenn wir dafür sorgen, dass die Komplikationen des modernen Lebens uns nicht — bloss weil sie kompliziert sind — in einen unentwirrbaren internationalen Knoten verschlingen; und noch mehr können wir tun, indem wir den internationalen Mechanismus entwickeln und erweitern, der auch bisher schon jene Faktoren in der menschlichen Gesell-

schaft ermutigt hat, die nach einer Annäherung der Nationen und nach der friedlichen Lösung internationaler Streitigkeiten strebten.

Es handelt sich da um zwei Faktoren von höchster Wichtigkeit.

Der eine ist die Entwicklung des Internationalen Rechts und seines Grundgedankens, dass die Beziehungen der Staaten durch allgemeine Verhaltungsregeln bestimmt werden sollen. Die Gesellschaft, das ganze System der europäischen Zivilisation, kurz alles, was wir an unserem Leben für gut zu halten pflegen, unsere Hoffnungen und unsere Ideale, sind emporgeblüht auf Grund der Beherrschung menschlicher Beziehungen durch das Gesetz und allgemeine Sittenregeln, ihre weitere Entwicklung ist von dieser Beherrschung abhängig. Die beiden letzten Jahre haben gezeigt, dass es leicht wäre, diese Zivilisation durch den Versuch zu zerstören, die internationalen Beziehungen bloss durch zügellose Gewalt und rohe Kraft zu gestalten; ebenso leicht wie es innerhalb eines Staates wäre die Gesellschaft zu zerstören, indem man sie der Gesetzlosigkeit preisgibt. Die in meiner Darstellung enthaltene Auffassung einer „Internationalen Autorität“ stellt also bloss die Vorhandenes fest. Ich möchte nur für den Mechanismus sorgen, ohne den selbst das vorhandene System „in der Luft“ hängen bleibt. Meine Vorschläge fordern nur, dass die Nationen durch die Gesetze gebunden sein müssen, wo Gesetze bestehen, durch Kontrakte, wo es Kontrakte gibt, und immer und überall durch ein Minimum an internationaler Rechtschaffenheit. Mein Vorschlag will den gesetzlichen Mechanismus nur auf internationale Differenzen über das Gesetz oder auf Grund des Gesetzes anwenden, auf jene Streitigkeiten, bei denen es sich um Gesetze und Verhaltungsregeln handelt, die die streitenden Nationen selbst unterschrieben haben, und um Kontrakte, auf die sie selbst eingegangen sind. Ich schlage daher vor, dass die Überweisung solcher gesetzlicher Differenzen und Streitigkeiten an einen gesetzlichen Gerichtshof obligat sein soll. Und durch Erweiterung und Ausgestaltung der Internationalen Konferenzen will ich wieder dafür sorgen, dass dieser Mechanismus dem Internationalen Recht (Völkerrecht) eine umfassendere Anwendung und grössere Präzision verleihe. Einerseits will ich den Zwang des Internationalen Rechts verstärken, andererseits sein Wirkungsbereich erweitern.

Der andere Faktor von grösster Wichtigheit ist das Prinzip, welches das Recht, die den Weltfrieden gefährdenden Fragen zu lösen, einer einzelnen Nation abspricht und den Nationen gemeinschaftlich zuerkennt. Man muss zugeben, dass

es nur eines gibt, was der Annahme dieses Prinzips der Regelung internationaler Angelegenheiten im Wege steht, nämlich die Auffassung der Diplomaten, Regierungen und — in geringerem Masse — der Völker von der Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten. Es ist manchmal nötig, die Welt, wie sie ist, als Tatsache hinzunehmen und gute Miene zum bösen Spiel zu machen; in unserem Falle heisst es einen Mechanismus ersinnen, der freien Spielraum für die künftige Ausgestaltung dieses Prinzips liesse, ohne die Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten anzutasten. Das ist das Ziel des in diesen Kapiteln skizzierten Systems.

Wir schlagen die Anerkennung des Grundsatzes vor, dass alle Völker das Recht haben, über jede Frage erst einmal die gemeinsame Meinung zu äussern und zu diskutieren, ehe eine Nation es selbständig unternimmt, eine solche Frage durch Waffengewalt zu lösen. Unser System schlägt daher die Überweisung der nicht auf eine Rechtsfrage zurückführbaren Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten an eine Internationale Konferenz als obligatorisch vor. Da es aber auf die harte Tatsache der Unabhängigkeit und Souveränität der einzelnen Staaten Rücksicht nehmen muss, so verleiht es dem Prinzipe seine volle Wirkungskraft nur für jene Fragen, die die Unabhängigkeit und Souveränität nicht berühren. Es schlägt daher vor, dass die Entscheidung an die Unabhängigkeit und Integrität eines Staates oder die Kontrolle seiner internen Angelegenheiten nicht rühren dürfe.

Da hört man die praktischen Leute in skeptischer Kritik einwenden: „Mit solchen Spinnweben werden Sie den Krieg nie einfangen; nie werden Sie den Krieg verhüten durch einen Mechanismus von Gerichtshöfen und Konferenzen. Selbst wenn die Welt dieses System oder diesen Mechanismus längst durch Vertrag geschaffen hätte, können Sie doch nicht so naiv sein, zu glauben, dass Deutschland und Österreich, die jeden Papierfetzen, der sie verpflichtete, zerrissen haben, im Juli 1914 sich gerade um diesen Vertrag viel gekümmert hätten!" Auf die Gefahr hin, bereits Gesagtes zu wiederholen, muss ich diese Einwendung beantworten. Erstens ist es unmöglich, den Krieg unmöglich zu machen. Die Ulsterfrage (Irland) beweist, dass die menschliche Torheit in keinem Teil der Weltkugel so völlig gebannt worden ist, um auch nur einen Bürgerkrieg unmöglich zu machen. Nichtsdestoweniger beweist die Geschichte, dass die menschlichen Institutionen und Massnahmen zur Regierung jedes einzelnen Volkes durch Einschränkung der politischen Torheit und Eröffnung eines Spielraums für Staatsklugheit den Bürgerkrieg unwahrscheinlich machen können

und auch gemacht haben. Unser Ziel ist nicht die Unmöglichkeit des Krieges, sondern die Unwahrscheinlichkeit seines Ausbruchs.

Und dies galt auch für den Juli 1914. Ein Mechanismus zur Beilegung der Streitigkeiten in Form einer wohl geordneten Insanspruchnahme einer internationalen Autorität würde den Krieg unwahrscheinlicher gemacht haben. Dieser Fall ist gerade besonders geeignet zur Prüfung unseres Systems, weil die Spannung sich auf dessen schwächstes Glied erstreckt hätte. Der Streit zwischen Österreich und Serbien war kein auf eine Rechtsfrage zurückführbarer und er konnte die Unabhängigkeit und Souveränität eines Staates gefährden. Hätte unser System geherrscht, dann wäre bloss verlangt worden, dass die Frage behufs Berichterstattung und Überprüfung einer Konferenz überwiesen werde. Österreich wäre durch die Entscheidung dieser Konferenz nicht gebunden gewesen; es hätte ebenso gesetzlich wie moralisch die Freiheit gehabt, Belgrad zu bombardieren, aber erst nachdem die Konferenz ihr Urteil ausgesprochen haben würde.

Hätte Österreich auf eine Konferenz gewartet? Wäre das System im Juni 1914 eingerichtet worden, dann höchstwahrscheinlich nicht. Nehmen wir aber an, dass das System seit zehn Jahren gearbeitet hätte, dass mehrere Streitigkeiten ganz automatisch dem Gerichtshof oder der Konferenz überwiesen und durch sie beigelegt worden wären. Dann hätten wir auf dem Wege der Kriegsmacher noch ein ernstliches Hindernis gesäet; wir hätten den Krieg unwahrscheinlicher, weniger „unvermeidlich" gemacht, und mehr können wir nicht tun. Dieselben Leute, die am hartnäckigsten darauf hinweisen, dass der Krieg im Juli 1914 „unvermeidlich" gewesen sei, vergessen, dass es keinen Krieg gegeben hätte, wenn Deutschland rechtzeitig erfahren hätte, dass seine Verletzung des Vertrages betreffs Belgien Grossbritannien zum Eintritt in den Krieg veranlassen würde.

Wäre dieses System — sagen wir — zehn Jahre vor dem Jahre 1914 in Kraft gewesen, dann hätte es im August jenes Jahres ein neues ernstliches Hindernis für den Weltkrieg gebildet. Es hätte jenen geholfen, die den Frieden, und jene behindert, die den Krieg wollten. Das ist die durchaus nicht zu missachtende Aufgabe des pazifistischen Mechanismus. Er hätte einen sofortigen Krieg unwahrscheinlich und eine Konferenz wahrscheinlich gemacht. Und es ist fast sicher, dass kein Krieg entstanden wäre, wenn eine Konferenz stattgefunden hätte, wenn auch für keine Nation die Entscheidung der Konferenz bindend gewesen wäre. Bei den modernen Verhältnissen

ist der Krieg zwischen zwei Nationen unmöglich, wenn man nicht einen grossen Teil der Bevölkerung in Angst und Aufregung versetzt. Nun können die Völker in grossen Massen nur dadurch in Angst und Aufregung versetzt werden, dass etwas sie überrumpelt, was sie alle nicht verstehen. Die Kriegshetzer aller Länder wissen das nur zu gut. Darauf beruht auch der richtige Einwand gegen die Geheimdiplomatie. Sie gestattet den Kriegshetzern Angst und Aufregung zu verbreiten. Sie ermöglichen nur die Kenntnis, dass eine Krise Platz gegriffen habe, „Verhandlungen geführt werden, aber in einer Sackgasse zu enden drohen.“ Niemand weiss, was geschieht, um was es sich tatsächlich handelt, was man als Schlimmstes zu befürchten hat. „Panik auf der Börse“ ist das unvermeidliche Zeitungsbulletin auf unseren Strassen — eine Kleinigkeit, die zeigt, woher der psychologische Wind blasen muss, ehe eine Nation zum Kriege gebracht werden kann. Plötzlich sagt man uns, dass die Krise akut ist. In diese von Furcht, Unwissenheit, Zweifel und Erregung erfüllte Atmosphäre schleudert die Rede eines Politikers, die uns ein Minimum an Tatsachen und ein Maximum an patriotischen und furchteinflössenden Klischees bietet, eine komplizierte internationale Frage. Wenn dieser Punkt erreicht ist, werden natürlich neunundneunzig von hundert Leuten die Führung annehmen, die von den „Autoritäten“ geboten wird. Krieg und Frieden hängen nicht mehr davon ab, ob man eine vernünftige Lösung für den Streit finden könnte, sondern davon, ob in einem Lande die Autoritäten den Krieg wollen oder nicht.

Eine Konferenz wirkt auf zweierlei Weise auf die Seelenverfassung der Völker, um diese Tendenzen zu lähmen. Erstens verhütet sie Aufregung dadurch, dass sie so unerträglich schwerfällig ist. Wenn einmal eine Anzahl Diplomaten vierzehn Tage lang am grünen Tisch gesessen ist, um eine internationale Frage haarspaltend zu erörtern, so haben sie wenigstens auf ein Jahr hinaus jedes Interesse für diese Frage ertötet. Auf diese Weise tötete die Algeciraskonferenz die Marokkofrage. Bevor sie zusammentrat, kochten Deutschland und Frankreich vor Aufregung; noch lange ehe sie ihre Arbeit beendete, war jedermann ihrer so überdrüssig, dass es 5 Jahre lang ganz unmöglich war, Marokko als casus belli zu benützen. Sogar ein Serbe oder ein Deutscher würde das Interesse an einer die serbische oder deutsche Nationalität betreffenden Frage verlieren, wenn er zusehen müsste, wie sie von Diplomaten auf einer Konferenz zu Tode geredet wird, und nicht einer unter tausenden hätte wieder an Serajewo gedacht, wenn im Jahre 1914 eine Konferenz zusammengetreten wäre.

Aber die Konferenzen und der ganze dazu gehörige Apparat für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten würden noch auf andere Weise noch viel entscheidender auf die Völkerpsyche einwirken. Sie würden der Panik vorbeugen und der Ausbeutung der Angst durch Leute, die bereit sind auf die Gefahr des Krieges hin ihre Zwecke zu erreichen. Der grosse Vorteil der Konferenzen und Schiedsgerichtshöfe besteht darin, dass sie die Dinge an das Tageslicht bringen. Der Diplomat ist bis zu einem gewissen Grade gezwungen, seine Karten offen auf den grünen Tisch zu legen oder seine Handlungsweise vor dem Gerichtshof aufzudecken. Die wahre Streitfrage wird sachlich diskutiert, anstatt auf den Hintertreppen der Auswärtigen Ämter und Gesandtschaften den Blicken zu entschwinden. Und sobald eine Frage zur Diskussion kommt, sehen vernünftige Männer ein, dass es eine vernünftige Methode zu ihrer Lösung gibt. Dunkelheit, Zweifel und Unwissenheit nähren die Furcht und Furcht nährt den Krieg. „Was man in der Diplomatie und den internationalen Beziehungen braucht, um den Krieg zu verhüten, ist Licht", sagte Hanotaux, der selbst ein Staatsmann und Diplomat ist. Das Licht zerstreut nicht nur Furcht und Verdacht, es macht auch die Unehrlichkeit schwer. Selbst der zynischeste Diplomat wagt es nicht, seine schlechten Absichten offen zu bekennen und zu betätigen; und wenn wir ihn zwingen könnten, bei vollem Tageslichte zu handeln, würden wir ihn zwingen, ehrlich vorzugehen.

Aber vielleicht würde der grösste Einfluss unseres Systems von einer anderen Seite kommen. Die Abhaltung von Konferenzen, deren Entscheidungen bindend wären in Fragen, die die Unabhängigkeit und innere Souveränität der Staaten nicht berühren, würde eine formelle Anerkennung jenes Grundsatzes mit sich bringen, von dem die künftige Stabilität der Völker-Gesellschaft abhängt — des Prinzips, dass die Nationen das Recht haben, gemeinschaftlich Fragen zu lösen, die den Weltfrieden gefährden. Allerdings würde sich die Anerkennung dieses Grundsatzes nur auf eine kleine und verhältnismässig unwichtige Gruppe von Fragen erstrecken. Aber wir würden wenigstens einen Anfang gemacht und Grundlagen errichtet haben, auf denen ein vernünftigeres System internationaler Beziehungen erstehen könnte.

□□□

Entwurf eines Vertrages betreffend die künftige Verfassung der Völkergesellschaft.

Von dem Wunsche geleitet, den Ausbruch künftiger Kriege zu verhüten, die Beziehungen zwischen den Völkern zu verbessern, ein Zusammenwirken nach dem Vorbilde des Weltpostvereins zu erleichtern und auf dem Wege der Übereinkunft das internationale Völkerrecht in die Form eines allgemein anerkannten Gesetzes zu bringen, geben die unterzeichneten Staaten ihre Zustlmmung zu den folgeuden Artikeln:

Die Begründung einer internationalen Autorität.

1. Sobald als möglich und spätestens binnen einem Jahre nach dem Datum dieses Vertrages sollen eingerichtet werden:

a) Ein internationaler Gerichtshof*) zur Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten zwischen unabhängigen souveränen Staaten.

b) Eine internationale Ratsversammlung*) mit einer doppelten Aufgabe, nämlich einerseits auf dem Wege der Vereinbarung die internationale Gesetzgebung soweit auszugestalten als dies praktisch möglich ist und andrerseits nicht-gerichtsmässige Streitigkeiten zwischen unabhängigen souveränen Staaten zu schlichten.

c) Ein internationales Sekretariat.

Die vertragschliessenden Staaten.

2. Als vertragschliessende unabhängige souveräne Staaten sollen zugelassen werden:

a) Die jetzigen Kriegführenden,

b) Solche unabhängige souveräne Staaten, welche bei einer von den bisherigen Friedenskonferenzen im Haag vertreten waren und binnen 6 Monaten nach dem Datum dieses Vertrages um Zulassung ansuchen werden.

c) Alle andern unabhängigen souveränen Staaten, wenn sie von der internationalen Ratsversammlung zugelassen werden.

Allgemeiner Verzicht auf eine Angriffspolitik.

3. Es ist ein grundlegendes Prinzip dieses Vertrages, dass jeder von den vertragschliessenden Staaten jedem Wunsche und jeder Absicht auf Angriff gegen einen oder mehrere andere unabhängige Staaten für immer entsagt. Darum verpflichten sich alle vertragschliessenden Staaten, niemals, unter keinen Umständen und unter keinem Vorwande und mit keiner Einschränkung, irgend einen Anspruch oder eine Klage gegen irgend einen andern Vertragsstaat über das Stadium

*) Der Kürze wegen übersetzen wir "International Court" auch mit „Bundesgericht“ und "International Council" auch mit „Bundesversammlung“ oder „Bundesrat“. *Die Red.*

höflicher Vorstellung hinaus zu verfolgen, ohne dass vorher dieser Anspruch oder diese Klage entweder dem internationalen Gerichtshof zur Entscheidung durch ein Urteil oder der internationalen Ratsversammlung zur Prüfung und Berichterstattung behufs Ausgleichung im Interesse beider Teile vorgelegt würde.

Allgemeiner Verzicht auf Krieg ausser in alleräussersten Notfällen.

4. Jeder von den Vertragsstaaten verpflichtet sich ausdrücklich, dass er unter keinen Umständen an einen andern Vertragsstaat ein Ultimatum oder eine Drohung mit kriegerischen Handlungen zu Lande oder zu Wasser oder mit irgend einem Angriff richten werde, dass er ferner unter keinen Umständen einen Krieg erklären oder eine allgemeine Mobilisation anordnen oder kriegerische Handlungen zu Lande oder zu Wasser beginnen, noch das Gebiet eines andern Staates oder seine Schiffe angreifen werde. Doch erleidet diese Verpflichtung eine Ausnahme für den Fall, dass ein gewalttätiger Angriff zu Wasser oder zu Lande abgewehrt und zurückgeschlagen werden soll, der erfolgt ist, ohne dass die Streitfrage vorher dem internationalen Gerichtshof oder der internationalen Ratsversammlung vorgelegt worden ist oder vor Ablauf eines Jahres vom Datum solcher Vorlegung.

Andrerseits soll nach Vorlegung der Streitfrage vor der internationalen Ratsversammlung und nach Ablauf eines weiteren Jahres kein Vertragsstaat daran gehindert sein, in Verteidigung seiner eigenen Ehre und Interessen jede beliebige Handlung vorzunehmen, selbst einschliesslich der Kriegführung, sobald es sich um Streitfragen handelt, welche der gerichtlichen Entscheidung im Sinne dieses Vertrages nicht unterliegen und entweder die Unabhängigkeit dieses Staates oder die Integrität seines Gebietes gefährden oder irgend eine Veränderung in seiner innern Gesetzgebung erfordern, ohne dass ein diesem Staate annehmbarer Ausgleich erzielt worden ist.

Die internationale Ratsversammlung.

5. Die internationale Ratsversammlung soll eine ständige beratende und gesetzgebende Körperschaft sein, zusammengesetzt aus den Vertretern der Vertragsstaaten. Über die Art, wie diese ernannt oder gewählt werden sollen, über die Zeitdauer und sonstigen Bedingungen ihrer Tätigkeit soll von Zeit zu Zeit jeder einzelne Staat die nötigen Verfügungen treffen.

Jede von den 8 Grossmächten, nämlich Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan, Österreich-Ungarn, Russland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika darf 5 Vertreter entsenden; jeder andere unabhängige Staat hat das Recht auf 2 Vertreter.

Verschiedene Einberufungsarten der internationalen Ratsversammlung.

6. Die internationale Ratsversammlung kann auf fünf verschiedene Arten einberufen werden, nämlich als:

a) Vollversammlung,

b) Versammlung der Grossstaaten (Rat der Grossmächte),

*) Wir übersetzen "Constituent States" auch mit „Bundesstaaten“, um Verwechslungen mit den Vertragsstaaten in einem Prozesse über einen Vertrag zu vermeiden. *Die Red.*

c) Versammlung der kleineren Staaten,
d) Versammlung der amerikanischen Staaten,
e) Versammlung der europäischen Staaten.

In jedem dieser Fälle nehmen nur die Vertreter der durch die Einberufung bezeichneten Staaten an den Sitzungen teil.

Der Versammlung der 8 Grossstaaten soll zunächst jede Streitfrage unterbreitet werden, die zwischen zwei oder mehreren Grossmächten entsteht, aber auch jede andere Frage, sobald eine Grossmacht ausdrücklich erklärt, dass sie daran interessiert sei, und fordert, dass die Frage dem Rat der Grossmächte unterbreitet werde.

Auch sollen dem Rate der Grossmächte alle Verhandlungen des Rates der andern Staaten oder der amerikanischen oder europäischen Staaten unterbreitet werden, behufs Prüfung durch die Grossmächte zur eventuellen Genehmigung oder Rückverweisung für neuerliche Beratung.

An die Versammlung der europäischen Staaten sollen alle Streitigkeiten zwischen unabhängigen europäischen Staaten verwiesen werden, vorausgesetzt, dass kein unabhängiger aussereuropäischer Staat durch die Streitfrage direkt berührt wird, dass kein aussereuropäischer Staat formell erklärt, dass er an der Sache interessiert sei, und dass keiner von den 8 Grossstaaten den ausdrücklichen Anspruch erhebt, dass die Angelegenheit der Vollversammlung oder dem Rat der Grossmächte unterbreitet werde.

An die Versammlung der amerikanischen Staaten sollen alle Streitigkeiten zwischen unabhängigen amerikanischen Staaten verwiesen werden, vorausgesetzt, dass kein unabhängiger ausseramerikanischer Staat durch die Streitfrage direkt berührt wird, dass kein ausseramerikanischer Staat formell erklärt, dass er an der Sache interessiert sei und dass keiner von den 8 Grossstaaten den ausdrücklichen Anspruch erhebt, dass die Angelegenheit der Vollversammlung oder dem Rat der Grossmächte unterbreitet werde.

Es soll endlich der Versammlung der kleineren Staaten jeder Streit unterbreitet werden, der sich zwischen zwei oder mehreren solchen Staaten erhebt, ohne dass eine von den acht Grossmächten durch die Angelegenheit direkt berührt würde oder den formellen Anspruch erhebt, dass die Sache vor die Vollversammlung gebracht würde.

Die Aufgaben der Vollversammlung sind:

a) Die allgemeine Gesetzgebung und die Entscheidung jeder Frage, welche nicht irgend einer andern Form der internationalen Ratsversammlung zugewiesen ist.
b) Die Anstellung und Regelung aller Rechte und Amtsbedingungen für die Mitglieder des internationalen Gerichtshofes, des internationalen Sekretariates, den Präsidenten und die anderen Funktionäre der internationalen Ratsversammlung.

c) Die Festsetzung der Geschäftsordnungen und aller Fragen bezüglich des Verfahrens und der Verifikation von Vollmachten.
d) Die Finanzangelegenheiten der internationalen Ratsversammlung und des internationalen Gerichtshofes, die Verteilung der Kosten unter die Vertragsstaaten etc.
e) Die Zulassung neuer Staaten als Vertragsstaaten.
f) Alle Vorschläge zur Änderung dieser vorläufigen Artikel und die Ausführung solcher Veränderungen.

Mitgliedschaft und Stimmrecht bei der Bundesversammlung.

7. Alle Vertragsstaaten sollen das gleiche Recht haben, an den Beratungen der internationalen Bundesversammlung teilzunehmen. Jeder Vertragsstaat kann der Vollversammlung irgend einen Vorschlag zur Abänderung des Völkerrechtes oder zur Begründung neuen Völkerrechtes vorlegen; auch kann jeder Vertragsstaat, soweit es sich nicht um Fragen handelt, die nach den Bestimmungen dieses Gesetzes der Entscheidung des internationalen Gerichtshofes unterliegen, der Bundesversammlung jede Frage, Streitigkeit oder Meinungsverschiedenheit vorlegen, welche zwischen diesem und einem andern Bundesstaate entstehen kann. — Wenn die Bundesversammlung in der Form des Rates der Grossmächte oder des Rates der andern Staaten tagt, so soll jeder von den vertretenen Staaten nur eine Stimme haben.

Wenn aber die Bundesversammlung als Vollversammlung oder als Rat für Europa oder als Rat für Amerika tagt, so soll die Anzahl der Stimmen, welche jeder Staat abzugeben berechtigt ist, nach folgender Skala geordnet sein.

Die Skala muss zwischen den Vertragsstaaten vereinbart werden.)*

Gesetzgebungsrecht nur mit Vorbehalt der Ratifikation.

8. Die Bundesversammlung hat das Recht, durch Akte der Gesetzgebung das geltende Völkerrecht festzustellen; und jede solche gesetzgeberische Bestimmung soll von dem internationalen Gerichtshof zwangsweise angewendet werden, aber nur unter der Voraussetzung, dass sie von den Bundesstaaten genehmigt worden ist, und nur soweit diese Genehmigung reicht.

Ebenso steht es der Bundesversammlung frei, von Zeit zu Zeit durch besondere Gesetze das Völkerrecht abzuändern, gleichviel ob dieses schon vorher die Form eines Gesetzes gehabt hat oder nicht, und jedes solche Gesetz soll ebenfalls von dem internationalen Gerichtshofe zwangsweise angewendet werden, wenn und insofern es von jedem einzelnen Bundesstaate genehmigt worden ist.

Wann immer ein Bundesstaat seine Weigerung zur Kenntnis bringt, irgend einen Akt der Gesetzgebung ganz zu genehmigen, so

---

*) Vgl. Gutachten, Schluss des III. Abschnittes. Das Revisionsrecht des Rates der Grossmächte, wie es hier vorgesehen ist, würde eine auf gleichem Stimmrecht aller Staaten beruhende Volksversammlung für die Grossmächte unschädlich machen, aber auch zur vollsten Bedeutungslosigkeit herabsinken. *Anm. d. Red.*

soll derselbe Staat zu gleicher Zeit kundgeben, welche Teile des betreffenden Gesetzes er als verpflichtend anerkennen will; und die Bundesversammlung soll auf Grund dieser Mitteilung dieselben Teile des Gesetzes nochmals beschliessen und die Erklärung abgeben, dass sie die allgemeine Genehmigung gefunden haben, worauf diese Teile von dem internationalen Gerichtshof gegenüber allen Bundesmitgliedern zwangsweise gehandhabt werden sollen.

Wenn irgendein Gesetz, welches eine neue allgemeine Rechtsregel aufstellt, nicht von allen Bundesstaaten genehmigt worden ist, wohl aber, ganz oder teilweise von wenigstens 2 Staaten, so soll, soweit die Genehmigung reicht, diese gesetzliche Bestimmung für die genehmigenden Staaten in ihren gegenseitigen Beziehungen als bindend gelten und soll demgemäss von dem internationalen Gerichtshof mit dieser Beschränkung zwangsweise angewendet werden.

Eventueller Zusatzartikel über Majoritätsgesetzgebung in minderwichtigen Dingen.

8a. *Wenn irgend ein Gesetzgebungswerk der Bundesversammlung weder die Unabhängigkeit, noch das Gebiet oder die innere Gesetzgebung eines Bundesstaates mit Veränderungen bedroht, und wenn dieses Gesetz in der Vollversammlung mit einer Mehrheit von $^3/_4$ der abgegebenen Stimmen (einschliesslich der Stimmen aller Grossmächte?) angenommen worden ist, so soll, trotz des Widerspruches und der mangelnden Genehmigung einzelner Bundesstaaten, ein solches Gesetz als allgemein bindend anerkannt und von dem Gerichtshof zwangsweise gehandhabt werden. Dieser internationale Gerichtshof hat allein zu entscheiden, ob ein Gesetzgebungswerk der Bundesversammlung die Unabhängigkeit, das Gebiet oder die innere Gesetzgebung irgend eines Bundesstaates gefährdet, und das Gegenteil soll immer angenommen werden, solange der internationale Gerichtshof nicht ausdrücklich die vorhandene Gefährdung anerkannt hat.*

Eventueller Zusatzartikel über Majoritätsgesetzgebung in Fragen von grundlegender Wichtigkeit.

8b. *Wenn irgend ein Gesetzgebungswerk der Vollversammlung die $^3/_4$ Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erlangt hat, oder wenn es zwar eine solche Mehrheit erlangt hat, aber die Unabhängigkeit, das Gebiet oder die innere Gesetzgebung einzelner Staaten gefährdet und von einzelnen Staaten nicht genehmigt worden ist, so soll dennoch die Vollversammlung das Recht haben, mit $^3/_4$ Mehrheit der abgegebenen Stimmen (wenn diese Mehrheit alle acht Grossmächte in sich schliesst?) dem Gerichtshof die Frage vorzulegen, ob irgend ein Bundesstaat durch eine positive Handlung, welche den bestehenden Zustand verletzt, etwas begangen hat, was eine Verletzung des genannten Gesetzes gewesen wäre, wenn dieses wirklich Gesetzeskraft erlangt hätte und vom Gerichte angewendet würde. Wenn das Gericht in diesem Sinne entscheidet, so soll die Vollversammlung das Recht haben, jedoch nur mit der genannten verstärkten Mehrheit den betreffenden Bundesstaat zur Wiederherstellung des früheren Zustandes oder zur Zahlung einer Entschädigung aufzufordern; und durch dieselbe Mehrheit kann die Bundesversammlung einen oder alle Bundesstaaten auffordern, ihre Entscheidung*

zwangsweise durchzuführen, jedoch nicht durch Maassregeln kriegerischer Natur.

Nicht-gerichtliche Streitfragen.

9. Wenn zwischen zwei oder mehreren Bundesstaaten eine Frage, Streitigkeit oder Meinungsverschiedenheit entsteht, welche nach den Bestimmungen dieses Gesetzes für gerichtliche Austragung nicht geeignet ist, und wenn diese Differenz nicht rasch zu einer freundlichen Ausgleichung gebracht werden kann und doch von solcher Beschaffenheit ist, dass sie schliesslich zu einer Gefährdung der freundlichen Beziehungen zwischen den betreffenden Staaten führen könnte, so soll jede Partei, welche an der Sache interessiert ist, verpflichtet sein, die Angelegenheit behufs allseitig befriedigender Beilegung der Bundesversammlung zu unterbreiten, ohne Rücksicht darauf, ob irgend eine andere Partei einen ähnlichen Schritt gemacht hat, oder nicht. Die Bundesversammlung kann auch aus eigenem Antrieb die Parteien einladen, ihr die Streitfrage vorzulegen, oder sogar eine solche Angelegenheit unaufgefordert in eigene Erwägung ziehen.

Auch verpflichten sich alle einzelnen Bundesstaaten hiermit, unter keinen Umständen an irgend einen Bundesstaat ein Ultimatum oder irgend eine Drohung mit gewaltsamen Repressalien oder kriegerischer Operationen zu richten, noch auch tatsächliche Feindseligkeiten, Gebietsverletzungen, Schiffsangriffe vorzunehmen, abgesehen von Abwehrmassregeln gegen gewaltsame oder kriegerische Angriffe des andern Staates, solange nicht eine derartige nicht gerichtliche Streitfrage der Bundesversammlung vorgelegt oder von ihr an sich gezogen worden ist, behufs Erforschung der Tatsachen, Bericht und Vorschlägen, und auch noch während eines vollen Jahres nach derartiger Unterbreitung oder Beschluss zur Erwägung aus eigenem Antriebe.

Die Bundesversammlung kann einen ständigen Vermittlungsausschuss einsetzen der alle derartigen Streitfragen behandeln soll; dieser Ausschuss kann entweder auf Ernennung der Mitglieder durch die einzelnen Bundesstaaten, oder auf einem andern Verfahren beruhen, unter solchen Bedingungen und Fristen, wie sie der Versammlung zweckmässig erscheinen. Wenn irgend eine Frage oder Meinungsverschiedenheit über eine Angelegenheit von nicht gerichtlichem Charakter dem Bundesrate unterbreitet oder von ihm in Erwägung gezogen wird, so soll er ein möglichst beschleunigtes Verfahren einschlagen, indem er entweder

1. die Streitfrage dem ständigen Vermittlungsausschusse unterbreitet, oder
2. einen Sonderausschuss einsetzt, sei es ausschliesslich aus dem Bundesrate oder in anderer Weise, um die Tatsachen zu erforschen und darüber zu berichten, oder
3. eine Untersuchungskommission einsetzt, um die Angelegenheit klarzustellen und darüber zu berichten, oder
4. indem er selbst die Sache seiner Prüfung unterzieht.

Die Bundesstaaten verpflichten sich durch diese Vereinbarung, gleichviel ob sie selbst an der Streitfrage beteiligt sind oder nicht, dem Bundesrate oder einem ständigen Vermittlungsausschusse, seinem Sonderkomite oder seiner Untersuchungskommission und allen gehörig bevollmächtigten Beamten dieser Körperschaft jede mögliche Erleichterung zu gewähren, um ihre Pflichten erfolgreich zu erfüllen.

Wenn irgendeine Streitfrage einem derartigen Ausschusse oder einer Kommission übertragen wird, so soll diese Körperschaft, wenn in irgendwelchem Zeitpunkte während ihrer Verhandlungen eine Vereinbarung über die Streitfrage zwischen den Parteien zustande kommt, sofort dem Bundesrat darüber berichten; kann aber keine solche Vereinbarung zustande gebracht werden, so soll der Ausschuss oder die Kommission nach erledigter Untersuchung und jedenfalls binnen sechs Monaten einen Bericht an den Bundesrat erstatten; in diesem Berichte soll der Tatbestand festgestellt werden nebst etwaigen Ratschlägen für die Entscheidung des Falles.

Enthält der Bericht des Ausschusses oder der Kommission die Mitteilung, dass eine Vereinbarung zwischen den Parteien erreicht worden ist, so soll der Bundesrat eine Resolution fassen, welche den Wortlaut dieser Vereinbarung in sich aufnimmt.

Ist dem Bundesrat irgend ein anderer Bericht erstattet worden, oder hat er selbst die Streitfrage zur Prüfung an sich gezogen, so soll der Bundesrat alle Tatsachen des Falles in Erwägung nehmen und binnen längstens drei Monaten zu einer Entscheidung gelangen, welche in einer Resolution des Bundesrates aufzunehmen ist. Diese Resolution soll nötigenfalls durch Abstimmung festgestellt und samt allen Berichten über die Streitfrage in der Amtszeitung veröffentlicht werden.

Eine Resolution des Bundesrates, welche eine Entscheidung über einen Streit zwischen Bundesstaaten enthält, soll für alle Bundesstaaten bindend sein, einschliesslich der streitenden Parteien; doch muss die Resolution in diesem Falle entweder durch Einstimmigkeit aller anwesenden und abstimmenden Mitglieder des Bundesrates zustande gekommen sein *(oder mit keiner andern Abweichung als den Stimmen eines von den streitenden Staaten?)* oder durch dreiviertel Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertreter *(wobei alle acht Grossmächte der Mehrheit zustimmen?)* falls die Streitfrage weder die Unabhängigkeit noch die Unverletzlichkeit des Gebietes gefährdet und auch keine Veränderung der inneren Gesetzgebung eines Staates erfordert.

Das internationale Sekretariat.

10. Es soll ein internationales Sekretariat eingerichtet werden, mit einem ständigen Bureau, dessen Personalstand von Zeit zu Zeit durch die Bundesversammlung zu regeln ist.

Dieses Sekretariat hat unter anderem folgende Aufgaben:

a) Alle notwendigen Mitteilungen seitens der Bundesversammlung an Staaten oder Einzelpersonen zu besorgen.
b) Dem Präsidenten alles zur Verfügung zu stellen, was dem Bundesrat vorzulegen ist.
c) Ein genaues Protokoll von allen Verhandlungen des Bundesrates zu führen.
d) Authentische Übersetzungen von den Verhandlungsprotokollen, Beschlüssen, Gesetzen und anderen Dokumenten des Bundesrates auszuarbeiten und sie allen Bundesstaaten von Amtswegen zu übermitteln.
e) Eine Amtszeitung und andere vom Bundesrat angeordnete Werke herauszugeben und für den Verkauf zur Verfügung zu stellen.

Überdies soll das internationale Sekretariat, in Gemässheit des vom Bundesrat zu erlassenden Reglements, Sorge tragen und verantwortlich sein für:

α) Die Fonds, welche zum Vermögen des Bundesrates und des Bundesgerichtshofes gehören oder in seiner Verwahrung stehen.
β) Die Einhebung der diesen beiden Körperschaften gebührenden Einnahmen.
γ) Die Ausführung aller von ihnen angeordneten Auszahlungen.

Das Bundesgericht.

11. Das Bundesgericht soll ein Gerichtshof sein, bestehend aus 15 Richtern, über deren Ernennung im nachfolgenden das Nähere bestimmt wird. Gemäss den Bestimmungen dieses Gesetzes, soll dieses Gericht, durch die Mehrheit der jeweiligen Votanten, selbst sein Verfahren kontrollieren, die Dauer und den Ort seiner Sitzungen feststellen, seine Geschäftsordnung selbst regeln und seine Beamten selbst ernennen. Nach eigenem Ermessen darf es sich seinen Präsidenten wählen und dessen Amtsdauer und Funktionen bestimmen. Jedes Mitglied bezieht einen Jahresgehalt von . . . . . ; wird ein Präsident erwählt, so erhält er überdies eine Zulage von jährlich . . . . Mit absoluter Unabhängigkeit soll das Bundesgericht alle Prozesse leiten und entscheiden, welche bei ihm in Gemässheit dieser Artikel anhängig gemacht werden. In jedem Falle hat der Gerichtshof als Ganzes ein einziges Urteil mit Stimmenmehrheit zu fällen, dessen Begründung durch jeden an der Verhandlung teilnehmenden Richter gesondert auszusprechen ist. Auch im Falle von Erledigungen einzelner Richterposten sollen die Sitzungen abgehalten werden und Verhandlungen und Mehrheitsanteile giltig sein, ebenso auch in Abwesenheit einzelner Beisitzer.

Eventueller Zusatz zu Art. 11.

Bei Streitigkeiten zwischen einzelnen Bundesstaaten sollen die von ihnen eingesetzten Richter an der Verhandlung und Entscheidung nicht teilnehmen (es sei denn dass alle streitenden Staaten sich über ein anderes Vorgehen einigen).

Die Richter des Bundesgerichts.

12. Die Richter des Bundesgerichtshofes sollen für einen Zeitraum von fünf *(sieben?)* Jahren durch die Vollversammlung des Bundesrates ernannt werden. Jeder von den Bundesstaaten soll zu diesem

Zwecke eingeladen werden, einen Kandidaten vorzuschlagen, der übrigens nicht notwendig ein Bürger oder Einwohner dieses Staates sein muss. Die Kandidaten der acht Grossmächte sind sofort vom Bundesrate in ihr Richteramt einzusetzen. Die übrigen sieben Richter sollen durch das Los aus den Kandidaten der andern Staaten ausgelost werden. Sollte ein Richterposten erledigt werden, so soll der Nachfolger in der gleichen Weise, wenn es sich um einen Vertreter eines Grossstaates handelt, durch diesen Grossstaat vorgeschlagen, sonst aus den von allen kleineren Staaten hiezu vorgeschlagenen Persönlichkeiten ausgelost werden. *(Doch so, dass niemals mehr als ein [zwei?] Richter von irgendeinem Staate vorgeschlagen sein sollen).*

Ein Richter des Bundesgerichtshofes soll niemals, inbezug auf das, was er in seiner Eigenschaft als Richter gesagt oder getan hat, irgend einer gerichtlichen Verfolgung oder einem Disziplinarverfahren in einem einzelnen Staate ausgesetzt sein; auch soll er während der Dauer seines Amtes keines Teiles seiner Bezüge oder Vorrechte beraubt werden können. Ein solcher Richter kann nur durch eine Resolution der Vollversammlung des Bundesrates mit Dreiviertel-Mehrheit abgesetzt werden.

Zuständigkeit des Bundesgerichtes ausschliesslich für Streitigkeiten zwischen Staaten.

13. Der Bundesgerichtshof soll sich ausschliesslich mit Streitfragen gerichtlicher Natur beschäftigen, welche zwischen den Regierungen unabhängiger souveräner Staaten entstanden sind und soll keine Klage berücksichtigen von oder zugunsten einer einzelnen Person, einer Gruppe oder Organisation von Personen, einer Gesellschaft oder untergeordneten Administration, oder selbst eines Staates, der nicht unabhängig oder souverän ist. Dagegen kann das Bundesgericht nach seinem Ermessen *(mit Zustimmung aller Parteien?)* eine Angelegenheit auch dann behandeln, wenn sie von einem Bundesstaate gegen einen an diesem Vertrage nicht teilnehmenden Staat vorgebracht wird oder selbst einen Streit zwischen zwei ausserhalb des Vertrages stehenden Staaten.

Streitfragen gerichtlicher Natur.

14. Die Streitfragen gerichtlicher Natur, für deren Behandlung das Bundesgericht zuständig sein soll, sind ausschliesslich diejenigen, welche unter eine der nachfolgenden Gruppen fallen:

a) Jede Streitfrage bezüglich eines Tatbestandes, welcher, wenn festgestellt, das Recht zur Anrufung des Bundesgerichtes geben würde.

b) Jede Streitfrage betreffend die Auslegung, Anwendung oder Verletzung eines in Gemässheit dieser Artikel gehörig registrierten internationalen Vertrages oder Übereinkommens oder einer Regel des Völkerrechtes oder eines vom Bundesrate gegebenen Gesetzes.

c) Jede Frage der Verantwortung oder des Tadels gegen irgend einen unabhängigen Staat aus Anlass der Handlungen, Fahrlässigkeiten oder Verfehlungen seiner staatlichen oder lokalen Offiziere, Beamten, Agenten und Vertreter, wenn dadurch einem

fremden Staate Schaden zugefügt worden ist, sei es nun zu Lasten seiner Regierung oder einzelner von seinen Bürgern, Gesellschaften oder untergeordneten Verwaltungen; ebenso die Fragen der Wiederherstellung und des Schadenersatzes aus Anlass des so verursachten Verlustes oder Schadens.

d) Alle Fragen des Rechtstitels auf die Gebietshoheit über irgend einen Ort oder Bezirk, es sei auf Grund angeblicher Vereinbarung, Besitzergreifung oder Verjährung.

e) Alle Grenzstreitigkeiten.

f) Jede Streitfrage betreffend die Art der Wiederherstellung und das Ausmass der Entschädigung in Fällen, in welchen die Pflicht zur Schadloshaltung von allen Parteien anerkannt oder zugelassen wird.

g) Jeder Streit über die Einziehung von vertragsmässigen Schuld forderungen, welche von der Regierung eines unabhängigen Staates, zugunsten einzelner Bürger, ganzer Gesellschaften oder einer untergeordneten Verwaltung gegen die Regierung eines anderen Staates geltend gemacht werden.

h) Jede Streitfrage, welche durch ausdrückliche Vereinbarung aller beteiligten Parteien dem Gerichtshof unterbreitet wird.

i) *Jede Streitfrage, welche keiner von den soeben aufgezählten Gruppen angehört, aber durch den Bundesrat mit einfacher Mehrheit (Dreiviertel-Mehrheit? Dreiviertel-Mehrheit, wenn die Vertreter aller Grossstaaten der Mehrheit angehören?) dem Bundesgerichte zur Entscheidung zugewiesen worden sind.*

Die Frage, ob ein bestimmter Streitfall zu den Streitsachen gerichtlicher Natur im Sinne dieser Artikel gehört, unterliegt ausschliesslich der eigenen Entscheidung des Bundesgerichtes, ohne Rücksicht selbst auf den formellen Widerspruch eines von den Streitteilen,

Wenn eine Partei den Einwand erhebt, die Streitsache gehöre nicht zu den dem Gerichte unterworfenen Streitfragen im Sinne dieser Artikel, so soll dieser Einwand vom Gerichtshofe in Erwägung gezogen werden, der ihn verwerfen oder als begründet anerkennen kann, gleichviel, ob der einwendende Staat vor Gericht erscheint oder seine Sache sonst vertritt oder nicht.

Es liegt auch innerhalb der Befugnisse des Bundesgerichtes, wenn es in irgend einer ihm zustehenden Streitsache von einer oder mehreren Parteien angerufen worden ist, an irgend einen Staat, auch wenn er in diesem Prozesse nicht Partei ist, die summarische Aufforderung zu gewissen Unterlassungen zu richten. Das Bundesgericht kann nämlich fordern, dass dieser Staat eine bestimmte Handlung unterlasse oder, wenn begonnen, nicht fortsetze oder durch seine Bürger, Gesellschaften und Administrationen nicht fortsetzen

lasse, weil eine solche Handlung nach dem Urteil des Bundesgerichtes geeignet wäre oder gar die Absicht verfolgt, den tatsächlichen Zustand bezüglich des Streitgegenstandes zu verändern oder von den streitenden Parteien ernstlich zu schädigen. Jede solche eine Aufforderung des Bundesgerichtes soll verpflichtend und erzwingbar sein, genau so wie seine Urteile gemäss den folgenden Artikeln.

Sofortige Veröffentlichung aller Verträge, der gegenwärtig geltenden und der künftigen.

15. Kein Vertrag oder Übereinkommen zwischen zwei oder mehr unabhängigen souveränen Staaten soll als giltig anerkannt werden, wenn nicht von einem oder allen unterzeichnenden Staaten eine gehörig beurkundete Abschrift des Vertrages oder Übereinkommens in der Registratur des Bundesgerichtes, gemäss dessen Regeln, niedergelegt wird, und zwar bezüglich der bereits geltenden Verträge binnen Jahresfrist nach dem Datum dieser Artikel, bezüglich der künftigen binnen drei Monaten nach dem Datum des Vertrages oder Übereinkommens. Ein nicht ordnungsgemäss deponierter Vertrag kann demgemäss weder ein Recht zur Anrufung des Bundesgerichtes noch sonst irgend einen rechtsgiltigen Anspruch oder eine Verpflichtung begründen oder die Rechtslage irgend einer Person, Körperschaft, untergeordneten Verwaltung, eines Bezirkes oder Staates verändern oder irgendwie vom Bundesrat oder vom Bundesgericht anerkannt werden. Der leitende Beamte der Registratur hat die Pflicht, dem gehörig beglaubigten Vertreter jedes Bundesstaates, unmittelbar nach Niederlegung irgend eines Vertrages oder Übereinkommens in die Verwahrung der Registratur, in das Schriftstück Einsicht zu gewähren und die Entnahme einer Abschrift zu gestatten; überdies aber sofort eine Abschrift an das internationale Sekretariat behufs Veröffentlichung im Amtsblatte abzusenden.

Verpflichtung, alle dem Gericht unterworfenen Fragen dem Bundesgericht vorzulegen.

16. Die Bundesstaaten verpflichten sich hiermit, jeder einzeln, und alle einigen sich, jede dem Gericht in Gemässheit dieser Artikel unterworfene Frage, Meinungsverschiedenheit oder Streitigkeit zwischen ihnen und einem oder mehreren unabhängigen Staaten dem Bundesgerichte vorzulegen. Sie verpflichten sich ferner, inbezug auf solche Fragen sich jeder Art von Ultimaten, Drohungen mit unfreundlichen oder gewaltsamen Handlungen behufs Bestrafung oder Beseitigung angeblich erlittenen Unrechts, jeder allgemeinen Mobilisation, Verletzung fremden Gebietes, Angriffe auf fremde Schiffe, militärischer Operationen zu Land oder See, kurz, jeder Handlung zu enthalten, die zum Krieg führt oder führen kann.

Eventueller Zusatzartikel über die Aufhebung veralteter Verträge.

16 a. Jeder Bundesstaat kann, bevor noch diesbezüglich Streit entsteht oder auch im Laufe des Streites, aus gewissen Gründen die Erklärung verlangen, dass ein Vertrag oder Übereinkommen, an dem er beteiligt ist, ganz oder teilweise veraltet sei. Diese Gründe sind:

1. *Ein späterer Vertrag, durch welchen der frühere seinem Wesen nach aufgehoben wird;*

2. *der Umstand, dass eine von den unterzeichnenden Mächten aufgehört hat, als unabhängiger souveräner Staat zu existieren;*
3. *eine solche Veränderung der Sachlage, dass der Gegenstand oder Zweck, wegen dessen alle Parteien das Übereinkommen abgeschlossen haben, überhaupt nicht mehr erreicht werden kann.*

Wenn ein solcher Anspruch im Laufe eines Prozesses erhoben wird, so kann die betreffende Partei, statt die Streitfrage dem Bundesgerichte zu überlassen, vor dem Bundesrate den Anspruch auf die Erklärung geltend machen, dass der Vertrag ganz oder teilweise veraltet sei und dadurch zugleich die Frage, als eine nicht mehr dem Gericht unterworfene, dem Bundesrate zuwenden, der in seiner Vollversammlung in der Sache selbst entscheiden soll.

Der Bundesrat soll jeden Anspruch auf Ungiltigkeitserklärung eines veralteten Vertrages oder Vertragsteiles schleunigst in Erwägung ziehen und alle zur Feststellung des Tatbestandes nötigen Schritte anordnen. Wenn die soeben genannten Gründe zutreffen, so kann der Bundesrat (mit Dreiviertelmehrheit? mit Dreiviertelmehrheit, der auch die Vertreter aller Grossmächte angehören?) die Resolution fassen, dass der genannte Vertrag oder Vertragsteil veraltet sei und seine Geltung in einem Ausmasse, zu einem Zeitpunkte oder unter Bedingungen verloren habe, wie dies in der Resolution ausgedrückt wird.

Hat der Bundesrat eine derartige Resolution gefasst und ist ihm überdies eine mit dem Vertrage zusammenhängende Streitfrage überwiesen worden, so soll er sie mit tunlichster Beschleunigung als eine nicht gerichtliche Angelegenheit behandeln, in Gemässheit dieser Artikel.

Eventueller Zusatzartikel über Lücken und Unbestimmtheiten des Völkerrechts.

16 b. Wenn zwischen zwei oder mehreren Bundesstaaten irgendeine vielleicht dem Gericht unterworfene Streitfrage entsteht, so kann, bevor der Streit noch beim Bundesgerichte anhängig gemacht wird, einer von den Vertragsstaaten gegen die Vorbringung der Sache beim Bundesgericht den Einwand erheben, die Regeln des Völkerrechts inbetreff dieser Frage seien zu unbestimmt, unsicher und lückenhaft, so dass ihre rücksichtslose Anwendung auf die Streitfrage zu unbilligen oder unpraktischen Schlussfolgerungen führen würde. Auf Grund einer solchen Einwendung soll der betreffende Bundesstaat die Prozessangelegenheit dem Bundesrat überweisen, vor allem aber die Prüfung der Einwendung und die Entscheidung, ob sie mit Recht erhoben worden ist, verlangen.

Wenn der Bundesrat mit Dreiviertelmehrheit (der die Vertreter sämtlicher Grossmächte angehören?) die Resolution fasst, dass der Einwand mit Recht erhoben worden ist, so soll kein Prozess über diese Streitsache vor dem Bundesgerichte zulässig sein. Dagegen soll der Bundesrat mit möglichster Beschleuniyung durch eine Resolution entweder neue und auf die Sache besser anwendbare Regeln des Völkerrechtes aufstellen (mit Dreiviertelsmehrheit? einschliesslich der Gross-

möchte?) und diese an das Bundesgericht abgeben mit der Instruktion, die Streitsache danach zu entscheiden oder es soll kurzerhand die Sache selbst als eine nicht gerichtliche entscheiden, in Gemässheit dieser Artikel.

Zwangsvollstreckung der Urteile des Bundesgerichts.

17. Das Bundesgericht kann in seinem Urteil über einen Streitfall einfach feststellen, dass die eine von den Prozessparteien durch absichtliche Handlung oder Unterlassung oder durch Fahrlässigkeit eine internationale Rechtspflicht verletzt hat, die aus Vertrag oder Übereinkommen, aus dem Völkerrecht oder einem diesen Artikeln gemäss vom Bundesrat erlassenen Gesetze entstanden war; es kann in diesem Falle dem schuldigen Staate selbst überlassen werden, den Schaden gut zu machen. Das Bundesgericht kann aber auch selbst die Genugtuung an den verletzten Staat und den Schadenersatz anordnen, den Schaden abschätzen und die Entschädigung bemessen. Das Bundesgericht kann entweder als Zusatz zu solcher Entschädigung oder statt derselben eine Geldstrafe über den schuldigen Staat verhängen; es kann auch die Ausführung des Urteils binnen einer bestimmten Zeit auferlegen, unter Androhung einer Geldstrafe gegen den widerspenstigen Staat, und eine bestimmte Verwendung der Schadenersatzsumme oder der Geldstrafe vorschreiben.

Bei Ungehorsam gegen ein Urteil oder eine Aufforderung des Bundesgerichtes oder bei Nichtzahlung der Entschädigung oder Geldstrafe binnen der festgesetzten Zeit kann der Gerichtshof die Zwangsvollstreckung anordnen. Zu diesem Zwecke kann das Bundesgericht an einen oder einige von den Bundesstaaten die Aufforderung richten, irgend welche von den nachfolgenden Zwangsmassregeln oder auch alle in Wirksamkeit zu setzen, nach gehöriger Ankündigung und für eine solche Zeit und unter solchen Bedingungen wie es im Einzelfalle geordnet werden mag. Diese Zwangsmassregeln sind:

a) Beschlagnahme eines oder aller Schiffe, die dem widerspenstigen Staate gehören und sich innerhalh der Rechtsgewalt des exquirierenden Staates befinden;

b) Verbot, dem betreffenden Staate Kredit zu gewähren, also ihm Geld oder anderes Kapital zu leihen, weder der Staatsregierung selbst noch den einzelnen Bürgern, Körperschaften oder untergeordneten Verwaltungsbehörden dieses Staates;

c) Verbot der Emission, des Handels, der Kursnotierung an der Börse und in den Zeitungen, bezüglich der neuen Anleihen, Obligationen, Aktien, Noten und Staatspapiere irgend einer Art, sobald sie von dem widerspenstigen Staate, seiner Regierung oder seinen Bürgern, Körperschaften, unteren Behörden ausgehen;

d) Verbot aller postalen, telegraphischen, telephonischen und

drahtlos-telegraphischen Verkehrsbeziehungen mit dem widerspenstigen Staate;

e) Verbot der Zahlung aller Schulden an Regierung, Bürger, Körperschaften oder Unterbehörden des widerspenstigen Staates; wenn es passend erscheint, kann noch hinzugefügt werden, dass solche Schulden nur an einen oder den anderen Bundesstaat gezahlt werden können, dessen Regierung dafür eine gute und gesetzlich giltige Quittung ausstellen kann, indem sie für die Netto-Einnahmen aus solchen Zahlungen dem Bundesgerichtshofe Rechnung legt;

f) Verbot jeder Einfuhr oder bestimmter Arten von Einfuhr, die von dem widerspenstigen Staate abgehen oder herrühren;

g) Verbot jeder Ausfuhr oder bestimmter Arten der Ausfuhr zu dem widerspenstigen Staate, direkt oder indirekt;

h) Verbot jedes Reiseverkehrs zum oder vom widerspenstigen Staate, sei es zu Schiff, Eisenbahn, Kanal oder Landstrasse; eine Ausnahme gilt natürlich für die abreisenden Fremden;

i) Verbot der Aufnahme von als Eigentum des widerspenstigen Volkes registrierten Schiffen in einen Hafen irgend eines Bundesstaates, es sei denn in Not und Gefahr, in welchem Falle die Internierung solcher Schiffe stattfinden muss;

j) Verbot und Verhinderung jedes Verkehrs mit dem widerspenstigen Staate, einschliesslich der bereits genannten Teilverbote des Verkehrs;

k) Erhebung eines besonderen Ausfuhrzolls auf alle für den widerspenstigen Staat bestimmten Güter, mit Rechnungslegung an das Bundesgericht bezüglich der Netto-Einnahmen;

l) Blockade eines oder mehrerer Häfen oder der ganzen Küste des widerspenstigen Staates, durch eine aus Kontingenten mehrerer Bundesstaaten zusammengesetzten Flotte.

Der Gerichtshof soll die aus diesen Zwangsmassregeln erwachsenden Kosten zunächst durch eine Umlage auf alle Bundesstaaten verteilen, nach einem von dem Bundesrat festzusetzenden Verhältnis; schliesslich aber soll die ganze Summe als zusätzliche Geldstrafe von dem widerspenstigen Staate eingezogen werden. Zu diesen Kosten gehören alle Schäden und Verluste, welche aus diesem Anlasse einzelnen Bürgern, Körperschaften oder Unterbehörden anderer Staaten als des widerspenstigen, sowie ihren Regierungen erwachsen sind.

Wenn auf Grund einer Entscheidung des Bundesgerichtes die Zwangsvollstreckung oder eine bestimmte Zwangsmassregel gegen einen einzelnen Bundesstaat angeordnet wird, so soll es als Verbrechen gegen die Völkergemeinschaft angesehen werden, wenn

der zu exquirierende Staat deshalb einem oder allen den Zwang vollstreckenden Staaten den Krieg erklärt oder zu Land oder See militärische Massregeln verfügt, das Territorium verletzt, Schiffe angreift, oder sonst irgend einen Angriff unternimmt. In solchem Falle sind alle anderen Bundesstaaten verpflichtet und übernehmen hiemit ausdrücklich die Verpflichtung, mit dem oder den angegriffenen Staaten gemeinsame Sache zu machen, ihnen zu Lande und zu Wasser Schutz zu gewähren und die Vollstreckung der Befehle des Bundesgerichtes nötigenfalls selbst durch kriegerische Operationen zu erzwingen.

□□□

Der Minister Skobelew erklärte offiziell, dass der Kriegs-gewinn mit einer Steuer von 100% belegt werden wird. Mitte September gibt der Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat den Beschluss über Konfiskation nicht nur des Grundbesitzes, sondern auch des Kapitales kund. Über die Agrarreform, die in Russland vorbereitet wird, und teilweise schon vorbereitet war, drückt sich Professor M. Tugan-Baranowski folgendermassen aus:

„In Russland werden die Sozial-Revolutionäre zweifellos die grösste agrarische Revolution zustande bringen, die die Welt je gesehen hat" („Russkoje Slowo" 1917, Nr. 158).

In einer privaten Unterredung erklärt Minister Tseretelli ausdrücklich den Vertretern der verschiedenen Parteien im Winterpalais in Petrograd: „Wir leben in der Zeit der Revolution und ohne die Erfüllung der wesentlichen revolutionären Forderungen gibt es keine Rettung... Im inneren Leben müssen die agrarischen und ökonomischen Reformen durchgeführt werden, die längst im Volksbewusstsein vorhanden sind und die Volksmasse beruhigen können. Die angedeutete Agrarreform wird das Land nur kräftigen." In ganz Russland besteht schon heute ein ausgedehntes Netz von Agrarkomitees, die hauptsächlich aus Bauern gebildet, zweifellos das soziale Prinzip verwirklichen, jenes Prinzip, welches übereinstimmt mit der jahrhundertealten Auffassung der Mehrheit der russischen Bauern, dass der Grundbesitz als allgemeiner Besitz zu betrachten sei. Ausserdem werden in allen städtischen Institutionen eine Reihe von Reformen nach sozialistischem Programme durchgeführt. Die Statistik der städtischen Wahlen, welche soeben in ganz Russland beendet worden sind und zum ersten Mal auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes, mit Teilnahme eines vermutlich so konservativen Elementes wie die Bäuerin stattgefunden haben, hat ergeben, dass alle städtischen Volksvertretungen schon in die Hände der Sozialisten übergegangen sind. Die bürgerliche Partei, inbegriffen auch die Kadetten, bildeten überall weitaus die Minorität. 49,5% der städtischen Wähler sind Sozial-Revolutionäre und Sozialdemokraten (Minimalisten), 6,1% Maximalisten, nur 11,5% Kadetten, 4,5% gehören verschiedenen nationalen Parteien an, 28,4% sind verschiedene „Unabhängige", unter denen selbstverständlich nicht wenige parteilose, unabhängige Sozialisten sind. Es gibt deren auch in der nationalen Gruppe. Die Stadtverwaltungen von Petrograd und Moskau sind in den Händen der Sozialisten. Die Bürgermeister der beiden russischen Hauptstädte sind Sozial-Revolutionäre (Dr. Rudnew und der Schriftsteller Schreider). Professor Tugan-Baranowski sagt richtig, dass in „Russland die Arbeiterklasse mehr als irgendwo anders zum Sozialismus tendiert. Deshalb konnte das allgemeine Wahlrecht in den russischen Städten kein anderes Resultat ergeben, als den Sieg der sozialistischen Partei." In den Fabriken, in allen Institutionen, die das Leben des Fabrikproletariats regulieren, dominieren die

Sozialisten. Dieselbe Erscheinung macht sich auch in den städtischen und provinzialen Genossenschaftsverbänden geltend. Die meisten der gegenwärtig erscheinenden russischen Zeitungen, sowohl in den Städten, als auch in der Provinz vertreten sozialistische Tendenzen. Es gibt darunter viele spezielle Zeitungen der Arbeiter und Bauern. Fast alle werden viel gelesen. Der gegenwärtige Büchermarkt besteht weniger aus Büchern als aus sozialistischen Broschüren, — herausgegeben von verschiedenen sozialistischen Parteien mit verschiedenen Tendenzen; sie werden in Millionen von Exemplaren vertrieben. Die Volksbildung befindet sich zumeist in Händen von Lehrern sozialistischer Richtung, welche von der alten Regierung zu Tausenden aus ihren Schulen vertrieben worden sind. Jetzt sind sie heimgekehrt und verbreiten den Sozialismus unter der Bevölkerung.

Überall findet ein grandioser Zusammenbruch nicht nur des politischen, sondern auch des kapitalistischen Baues statt. Dies ist eine Tatsache; ist es möglich, sie zu übersehen, indem man fortwährend betont, dass die gegenwärtige russische Revolution eine bürgerliche ist?*) Es ist interessant, zu bemerken, dass auch einige russische Sozialisten in dieser Hinsicht sündigen, indem sie die Definition der sozialen Revolution vergessen, die von keinem Geringeren als Marx gegeben worden ist.

Marx nennt in dem Werk: „Zur Kritik der politischen Ökonomie" die soziale Revolution eine mehr oder weniger rasch vor sich gehende Umwälzung in der ganzen riesigen rechtlichen Organisation der Gesellschaft, als das Resultat von Veränderungen ihres ökonomischen Fundamentes. K. Kautsky ergänzt diese Definition. Ein wesentliches Kennzeichen der sozialen Revolution im Gegensatz zur sozialen Reform ist, seiner Ansicht nach, „die Eroberung der staatlichen Gewalt durch eine bis dahin unterdrückte Klasse. Seiner Meinung zufolge, wird eine politische Revolution nur dann zur sozialen, wenn sie von einer in sozialer Hinsicht unterdrückten Klasse ausgeht, wenn diese Klasse, deren frühere soziale Lage sich in unversöhnlichem Widerspruch zur politischen Herrschaft befindet, sich genötigt sieht, ihre politische Emanzipation durch die soziale Emanzipation herbeizuführen.**) Marx und Engels haben im § 52 des „kommunistischen Manifestes" die Etappen der sozialen Revolution angedeutet, die sich gegenwärtig nach diesem Rezept unaufhaltsam und natürlich in Russland entwickelt. „Der erste Schritt in der Arbeiterrevolution", lesen wir im Manifest, „ist die Erkämpfung der Demokratie. Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und

*) Dr. N. Roubakine: „La Russie est-elle bourgeoise ou socialiste?" (Faits, chiffres.) Journal de Genève. 2 août 1917.

**) Das Gesperrte stammt von Kautsky „Soziale Reform" § I.

nach alles Kapital zu entreissen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren. Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen," bemerken die Verfasser des Manifestes, „vermittels despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Massregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind." Ich denke, dass gerade diese Definition der sozialen Revolution auf die russische Revolution 1917 anwendbar ist.

Marx und Engels sprechen allerdings im Manifest von einer Revolution des Proletariats. Viele russische Sozialdemokraten sind derselben Meinung und rechnen die Bauern zur kleinen Bourgeoisie. Aber diese Ansicht wird nicht geteilt von den meisten russischen Sozialisten, nämlich den Sozialrevolutionären, den Volkssozialisten und den „Trudowiki".

Für sie sind die Bauern eine der Kategorien der exploitierten, arbeitenden Klassen. Zum Unterschied von den Sozialdemokraten stellen die Sozialrevolutionäre und ihre Gesinnungsgenossen, die Bauern, dem Proletariate nicht gegenüber, sondern sehen vollkommen richtig in den russischen Bauern etwas anderes als in den westeuropäischen, z. B. den französischen, deutschen oder schweizerischen Bauern.*) Von diesem Standpunkte aus ist die russische Revolution eine Revolution der wirtschaftlich ausgebeuteten Klassen. Sie entspricht vollkommen der Definition von Marx, Engels und Kautsky. In ihr muss man eben hauptsächlich eine soziale Revolution sehen. So gesehen, wird das, was gegenwärtig in Russland vorgeht, vollkommen klar.

Tatsächlich war Russland bis 1917 das Reich der Grossgrundbesitzer, an dessen Spitze deren reichster stand, nämlich der Zar, der 68 Millionen Hektar Boden besass.

Die höchste regierende Bürokratie, die staatliche, militärische und priesterliche (gegen 6000 Mann) war nichts anderes, als die grösste grundbesitzende Aristokratie. Alle höchsten Würdenträger, Räte, Höflinge und Minister des Zaren waren, mit

*) N. Roubakine: „La Question agraire en Russie." Revue politique internationale 1917.

nur wenigen Ausnahmen, die reichsten Grossgrundbesitzer. 527 Personen konzentrierten in ihren Händen gegen 17 Millionen Hektar.*) Die innere Politik aller russischen Zaren vom XVII. Jahrhundert bis zu unseren Tagen war nichts anderes, als eine Klassenpolitik der Grundbesitzer, die bis zum Anfang des XIX. Jahrhunderts nach dem Gesetze nur Adelige sein durften. Der Grundbesitz von Nichtadeligen (mit Ausnahme der kirchlich-klösterlichen Güter) beginnt hauptsächlich nach Abschaffung der Leibeigenschaft (1861) und später, als der Adel immer mehr seinen Grundbesitz zu verlieren und zu verkaufen begann. Von 1861—1905 hat sich der Grundbesitz des Adels um die Hälfte vermindert (von 102 auf 51 Millionen Hektar).

Seine sozial-ökonomische Stärke verlierend, klammerte sich der russische Adel krampfhaft an die politische Macht durch Vermittlung der Zaren. Alle russischen reaktionären Tendenzen der drei letzten Regierungen (Alexander II., Alexander III., Nikolaus II.) waren nichts anderes, als die Erfüllung der politischen und sozial-ökonomischen Programme der grundbesitzenden Klasse, genauer, des Adels aus der Zeit der Leibeigenschaft.**) Die russische Bourgeoisie hat nie eine bedeutende Rolle in der Politik der Zaren gespielt, weder in der äusseren, noch in der inneren. Ihre ganze Politik bestand darin, dem Zarismus zu ihrem Vorteil zu entreissen, was sie nur konnte. Der Zarismus sah auch nie in der russischen Bourgeoisie irgendeine zuverlässige „Stütze des Thrones", weder in den Vertretern des Handelskapitals, noch in denen des Industrie- oder Finanzkapitals. Die grössten Vertreter dieser drei Kategorien des Kapitalismus waren wieder die Zaren, das regierende Haus, die Grossgrundbesitzer, die Beamten, welche selbst auch Besitzer oder Aktionäre der grossen Fabriken, Eisenbahnen, Banken, handelsindustriellen Unternehmungen u. dgl. waren. Das Apanagenressort ist der erste Weinproduzent Russlands. Die „Russische Dampfschiffahrts- und Handelsgesellschaft", die Freiwillige Flotte, die Eisenbahnen, die grössten Banken, alles das befand und befindet sich teilweise noch jetzt in den Händen einer kleinen Gruppe, die eine mehr oder weniger fest zusammengefügte Kaste bildet. Aber diese ist es gerade, welche während der Revolution am meisten gelitten hat, da die politische Macht des Landes sich nicht mehr in ihren Händen befindet. Der russische Kapitalismus ist in gleichem Masse das Produkt der universellen ökonomischen Evolution, wie dasjenige der russischen Verfassung, da die politische Macht sich bis zuletzt ausschliesslich in den Händen der Grossgrund- und Kapitalbesitzer befand. Es ist daher leicht zu verstehen, weshalb während der russischen Revolution 1917 die bürgerlichen Schichten des russischen Volkes eine so bescheidene Rolle gespielt haben und weshalb auf Grund

*) N. Rubakine: „Qu'est ce que la révolution russe?" 1917 (chez Atar, Genève).

**) N. Roubakine: „La Réaction russe et son évolution." Revue politique internationale 1916 Nos. 21—24. Aufgenommen im Buch: „La Tragédie du peuple russe" 1917. (Im Drucke.)

des allgemeinen Wahlrechts die russischen arbeitenden Klassen, welche hauptsächlich die Revolution herbeigeführt haben, so wenige Vertreter aus der Mitte der allerliberalsten, revolutionär gesinnten Bourgeoisie wählten. Aber die städtischen Wahlen sind erst der Anfang. Gegenwärtig kann man mit Bestimmtheit sagen, dass die weiteren Wahlen in die Zemstwos, die Konstituante und das neue russische Parlament, das erste Parlament der grossen russischen Republik, den Sozialisten das Übergewicht geben werden.

Es ist nicht schwer, vorauszusehen, welche Reformen auf allen Gebieten des russischen Lebens daraus entstehen werden. Und sie folgen ja schon: wir entnehmen ihre Liste dem § 53 des „Kommunistischen Manifestes“:

1. Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben.
2. Starke Progressivsteuer.
3. Abschaffung des Erbrechts.
4. Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen.
5. Zentralisation des Kredits in den Händen des Staates durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschliesslichem Monopol.
6. Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staates.
7. Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plane.
8. Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau (eine Erscheinung, die allen kriegführenden Ländern eigen ist).
9. Vereinigung des Betriebes von Ackerbau und Industrie (eine Erscheinung, die speziell Russland eigen ist) usw.

Alle diese Reformen sind gegenwärtig vollkommen im Gange; nicht nur, dass der Krieg sie nicht aufhält, er fördert sie, macht sie unaufschiebbar und obligatorisch, und zwar nicht bloss in Russland. Aber in Russland befindet sich die Durchführung dieser Reformen in sozialistischen Händen, in anderen Ländern bei Gegnern des Sozialismus.

Es ist interessant, dass im März und April 1917 sogar die russischen Sozialisten selbst in der Begeisterung für den Erfolg der Revolution den Zweifel aufkommen liessen, ob sich die absolute Monarchie sofort in eine Republik verwandeln könne. Darauf hatten auch nicht die Kadetten gerechnet und die noch stärkeren rechten Parteien aus der Zahl jener, die den sogenannten „progressiven Block“ der IV. Reichsduma bildeten, kommen dabei überhaupt nicht in Betracht: sie waren überzeugt, dass Russland wie früher unter der Herrschaft der Dynastie Romanow, wenn auch einer Seitenlinie derselben, bleiben würde. Doch gestattet die nähere Betrachtung des Verhältnisses der grossen Bauern- und Arbeitermasse zum Zarismus schon Ende des Jahres 1916*) den Schluss zu ziehen, dass der Zarismus und überhaupt die Monarchie nicht im Volke wurzeln und dass Russland zweifellos zur Republik hinstrebt. Die Intriguen der russischen Monarchisten in Russland und im Auslande, darunter auch in der Schweiz, beweisen am besten, dass den Umtrieben der grundbesitzenden Autokratie, Bourgeoisie und aller, denen die Zarenregierung vorteilhafter war, als eine demokratische oder republikanische Verfassung, entschieden die Kraft fehlte, der ausgebeuteten, sogar noch schlecht organisierten Klassen, Herr zu werden. Trotz alledem, ungeachtet der Anarchie, organisieren sich diese Klassen allmählich; übrigens bedurfte es überhaupt keiner besondern Organisation, um dem kornilowschen Abenteuer ein Ende zu machen: Die Massen taten nicht mit. Ebenso verhielten sich die Kosaken; und auch der unlängst gebildete, aber sehr klägliche Verein der Grundbesitzer. Es ging niemand mit, nicht einmal der „progressive Block“. Die Generäle und Offiziere Kornilows blieben ohne Heer und an der Stelle, wo eine Schlacht der Russen gegen Russen stattfinden sollte, fand eine Verbrüderung statt. Das bedeutet, dass die Solidarität der Volksmasse, die der alten politischen und sozial-ökonomischen Organisation feindlich gesinnt ist, die Oberhand gewonnen hat. Das kornilowsche Abenteuer hat bloss der ganzen Welt gezeigt, dass die russische Revolution genügend tiefe Wurzeln in den Schichten des russischen Volkes gefasst hat. Der Bauern-, Soldaten- und Arbeiterrat hat seine Macht gefühlt, wenigstens seine relative Macht im Vergleich zu den Kräften seiner ökonomischen und politischen Gegner. Mitte September vollzog sich in Russland ein Abschwenken nach links. Das ist eine von wichtigen Folgen begleitete Tatsache.

In den Schichten der jetzt in Russland waltenden Bauern und Proletarier reifen soziale Erscheinungen von grösster Wichtigkeit. Die erste von den beiden Resolutionen, die vom Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat sofort nach der Festnahme Kornilows gefasst wurde, ist

*) N. Roubakine: „La Russie qui s'en va et la Russie qui vient“ — erschienen in der „Bibl. Universelle“ 1916, November und Dezember.

eine wichtige Warnung. In dieser Resolution wird die rein soziale und sozialistische Antwort der Bourgeoisie gegenüber scharf formuliert, jener Bourgeoisie, die samt den Kadetten und Oktobristen gegenwärtig jegliche politische Herrschaft verloren hat. Konfiskation des Grundbesitzes, der Fabriken, der Kapitalien und anderen Eigentums usw. sind Massnahmen, die direkt gegen die Fundamente des kapitalistischen Baues gerichtet sind. Ob dieser gegenwärtig durch einen sozialistischen ersetzt werden kann, ist eine andere Frage, die an sich interessant ist und einer speziellen Behandlung bedarf. „Durch irgend jemanden und irgendwo muss ja angefangen werden", schreibt einer der sozialistischen Führer. Die erste Resolution wurde mit einer Mehrheit von 279 Stimmen gegen 115 gefasst. Ihre kennzeichnende Bedeutung wird dadurch nicht vermindert, dass sie durch die zweite Resolution gleichsam verwischt wurde. Es ist zweifellos, dass der Einfluss der Maximalisten, der Leninisten und überhaupt der extremsten Strömungen gegenwärtig zunimmt.

Wer war denn eigentlich für Kornilow? Vor allem ist Kornilow der Vertreter des russischen „jusqu'auboutisme". Nirgends offenbart sich das Wesen dessen, was jetzt in Russland vorgeht, so klar, als gerade in der Frage, wer denn eigentlich die zeitgenössischen Jusqu'auboutisten sind? Ich will dies nicht ausführlich erörtern, da es nicht Aufgabe dieses Artikels ist, ich erlaube mir nur auf Grund eingehenden Studiums des russischen Lebens zu behaupten, dass die Zahl der Jusqu'auboutisten in Russland viel geringer ist, als die der Anhänger des Friedens. Ich sage nicht, eines „Separatfriedens", aber eines allgemeinen und unaufschiebbaren.

Mit jedem Tag nimmt in Russland die Zahl der Jusqu'auboutisten ab. Das sieht man aus der Stimmung der extremdemokratischen Presse und aus verschiedenen, sehr zahlreichen Resolutionen, in denen der kriegerische Ton immer schwächer wird. Es steht ausser Zweifel, dass die Jusqu'auboutisten zumeist der russischen Bürgerklasse, besonders der in-

dustriellen Bourgeoisie angehören, Der Gewinn, den dieselbe realisierte und noch realisiert, ist enorm. Er muss mit vielen Milliarden berechnet werden, welche sich auf eine kleine Anzahl von nicht nur ausländischen, sondern auch russischen Kapitalisten verteilen, auf Besitzer von Fabriken, Handelskontoren, Eisenbahnen, Aktionäre besonders lukrativer Unternehmungen und dergleichen Leute, denen gegenüber der Hass der Volksmassen zweifellos nicht nur täglich, sondern stündlich wächst. Vielleicht sind die geheimen Hoffnungen der Bougeoisie und der kriegsgesinnten Aristokratie, dass ein erfolgreicher Kriegsabschluss ihre politische und soziale Lage befestigen könnte, nicht ohne Einfluss auf ihr politisches Wirken. In den Zeitungen erschienen Andeutungen auf einen Zusammenhang zwischen der kornilowschen Affäre und der Reichsduma. Die Frage, ob nicht die sofortige Auflösung der Reichsduma zu veranlassen wäre, wurde sogleich nach Liquidation dieser Affäre aufs schärfste gestellt. Die Ideen Kornilows fanden am meisten Anklang unter den Generälen, viel weniger unter den niederen Offizieren; was jedoch die Masse der Soldaten anbelangt, so begann sie einfach diejenigen Vorgesetzten, welche ihr als Anhänger von Kornilow verdächtig vorkamen, festzunehmen. Anders konnte es auch nicht sein.

Wir sagten schon an anderer Stelle an der Hand von Tatsachen und Zahlen, dass die grosse Masse der russischen Armee den Krieg nicht will.*) Sie ist nicht so platonisch gegen den Krieg, wie die anderen kriegführenden Nationen, sondern auf sehr aktive Weise. Ganze Divisionen weigerten sich, an die Front zu gehen. Ganze Regimenter wurden von russischen Kanonen niedergeschossen.

Das entnimmt man z. B. einem offiziellen Dokument, das in Nr. 136 des „Russkoje Slowo" 1917 abgedruckt ist. „Ganze Regimenter weigern sich, an die Front zu gehen (z. B. in der Stadt Wladimir). Die Zahl der Deserteure ist bis zur nie dagewesenen Ziffer von mehreren Millionen angewachsen. Man muss die Soldaten gewaltsam in die Schützengräben jagen. Die Todesstrafe, die durch die Revolution abgeschafft war, ist wieder eingeführt worden, unter anderem für die Weigerung, in den Kampf zu ziehen. Gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe erhoben sich vergebens zahlreiche Proteste nicht nur von Seiten der Maximalisten, sondern auch seitens der Stadtverwaltungen. Weder die Geschichte Russlands, noch auch die Weltgeschichte hat je Äusserungen eines ‚aktiven Pazifismus' gesehen, wie sie hier zur Sprache kommen. Es ist höchst wichtig und interessant, in die Psychologie einzudringen, auf Grund deren alle diese Tatsachen vor sich gegangen sind, nämlich die nicht nur vereinzelten, sondern in grossen Massen erfolgenden Weige-

*) Gazette de Lausanne. Lettres d'un russe sur l'anarchie de son pays. 31 juillet, 2 et 4 août 1917.

rungen gegen die Teilnahme am Blutvergiessen, sogar auf die Gefahr hin, Leben und Freiheit zu verlieren. Es ist das der erste Fall eines solchen, aus der Mitte der Soldaten stammenden Protestes und noch dazu während des Krieges. Wenn dieser Protest gegen den Krieg auch noch nicht das ganze Volk betrifft, so ist er doch tatsächlich volkstümlich. Und wer protestiert denn eigentlich? Die Protestierenden stammen wieder aus der Mitte der ausgebeuteten Klassen, hauptsächlich der Bauern und Arbeiter, welche Uniform tragen, denn aus ihnen besteht ja zum grössten Teil die Armee.

Soweit ich nach den bei mir vorhandenen Zeitungs- und anderen Materialien urteilen kann, ist gegenwärtig die populärste Losung in der breiten Volksmasse die folgende: „Entweder verschlingt die Revolution den Krieg, oder verschlingt der Krieg die Revolution.“ Der soziale Umsturz, in Form von Neuverteilung des Landbesitzes und überhaupt der Umformung des ganzen sozialen Gebäudes, gewinnt im Bewusstsein der arbeitenden Klassen einen so hohen Wert, dass dadurch die Bedeutung des Krieges abgeschwächt wird; sie verblasst gegenüber der Revolution, sogar in den Augen derer, die für sich und andere behaupten, „es gehe nicht an, nicht zu kämpfen und nicht den Deutschen den Garaus zu machen.“ Hass jedoch gegen das deutsche Volk, besonders gegen seine arbeitenden Klassen, ist im russischen Bauern und Proletariat nicht vorhanden und hat auch nie existiert. Vor mir liegt ein Paket Briefe aus verschiedenen Gegenden Russlands von Bauern, Arbeitern und anderen Leuten, wo schlicht und naiv erzählt wird, dass alle einfachen Leute den deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen helfen und sie bemitleiden. Solche Fälle stehen uns zu hunderten zur Verfügung, und wie viele gibt es ihrer in ganz Russland? Zweifellos hasste und hasst das russische Volk noch heute seine eigenen „Junker“ und „Unterdrücker“ unvergleichlich stärker, als den äusseren Feind, was man auch aus den Verwüstungen der Güter usw. sieht. „Man sollte nicht kämpfen“ und „es geht nicht an, nicht zu kämpfen“, das ist das Dilemma, welches die Seele des einfachen russischen Menschen zerreisst. Eine Unzahl von Menschen schwankt in fort-

währender Qual zwischen beiden Polen dieses Dilemmas, und dieses Schwanken verursacht den Eindruck der Anarchie der Geister. Im allgemeinen kann man jedoch sagen, dass gerade die pazifistische Bewegung zunimmt. Die Grausamkeiten Kornilows haben diese Bewegung zweifellos gefördert. Was bedeutet daneben all das kleine Blutvergiessen, welches tatsächlich im ausgedehnten russischen Reiche vor sich geht? Trotz allem war die russische Revolution bis jetzt die am wenigsten blutige von allen Revolutionen vom Ende des XVIII. Jahrhunderts bis zum XX. Jahrhundert. In Russland gibt es 1000 Städte und gegen 600,000 Dörfer und andere bewohnte Ortschaften. In der grossen Mehrheit derselben herrscht auch heute noch vollkommene Ruhe. Dort merkt man nichts von dem Kriegsbrand. Das ist der Boden, auf dem die Ideen der Maximalisten sich nicht nur verbreiten, sondern auch reifen im vollen Einklang mit der Stimmung der russischen Volksmasse: hier handelt es sich nicht um Maximalisten, hinter welchem Titel sich oft dunkle Elemente verbergen. Nicht ihre Doktrinen und nicht ihre Parteistreitigkeiten sind es, die ihnen so grosse Sympathien erobern, dass sie sogar in den Städten, ungeachtet der Opposition, in die Stadtverwaltung mehr als 6% ihrer Vertreter entsendet haben. Hier handelt es sich um die Volksstimmung, die sich mit den maximalistischen Losungen deckt, und um das, was faktisch die grösste Schwierigkeit im inneren Leben Russlands darstellt — die ökonomische Notlage. Diese ist tatsächlich enorm, aber sie muss vollkommen auf das Konto der alten Regierung geschrieben werden. Dies wird glänzend bestätigt durch die stenographischen Berichte der Reichsduma, durch die Affaire Suchomlinows und anderer Würdenträger, sowie durch eine Menge statistischer Daten, die in verschiedenen statistischen Jahrbüchern gesammelt sind (z. B. in den ausgezeichneten „Jahresberichten", welche von der Redaktion des Kadettenorgans „Rjetsch" herausgegeben werden).

Die ökonomische Notlage Russlands besteht in der starken Verarmung an Lebensmitteln, für die Armee sowohl als für die

Bevölkerung, im Mangel an Heizmaterial, darunter auch der Steinkohle, in der Desorganisation des Transportes, in der schon bestehenden und noch akuter werdenden Fabrikskrise; diese ist auch auf die allgemeine Verteuerung des Lebens zurückzuführen, welche schon lange vor Ausbruch des Krieges begonnen hatte und durch denselben noch verschärft wurde. Die Preise der Arbeitskräfte sind in Russland um einige hundert % gestiegen, hauptsächlich durch die Lebensteuerung; und zwar nicht nur durch die Teuerung der Lebensmittel, sondern auch der Wohnungen — eine Tatsache, die sich vorwiegend durch Ausbeutung seitens der Hausbesitzer erklärt, denen gegenüber es sogar nicht selten zu Gewalttätigkeiten kommt. Das beleuchtet wieder einmal die russische Revolution al einen sich scharf zuspitzenden Kampf der sozialen Klassen. Die sogenannten Bestrebungen der Arbeiter „für ihre Arbeit mehrfach bezahlt zu werden und dabei weniger zu arbeiten“ sind zweifellos übertrieben; das wird fortwährend durch offizielle Dokumente auch bürgerlicher Herkunft bestätigt. Die Teuerung hingegen erklärt sich in hohem Masse durch das fortwährende starke Sinken des Rubelkurses und das letztere unter anderem durch die verstärkte Emission von Papiergeld. Die allgemeine Einführung des achtstündigen Arbeitstages in industriellen Unternehmungen bei verstärkter Nachfrage nach Arbeitskräften, führte natürlich zur Verteuerung derselben. Die Missernte 1917 droht eine noch grössere Teuerung herbeizuführen. „Die allgemeine Ernte in ganz Russland wird voraussichtlich niedriger, als die durchschnittliche sein,“ erklärte amtlich der Verpflegungsminister Peschechonow. Nach offiziellen Berichten, die sich auf das europäische Russland beziehen, bestätigt sich, dass die Roggenernte bloss in drei Bezirken eine gute war; in 32 übertraf sie den Durchschnitt, in 186 war sie eine durchschnittliche, in 60 niedriger, als der Durchschnitt, in 30 eine ungenügende und in 25 gab es eine völlige Missernte. Die Ernte an Weizen und Gerste ist auch nicht viel besser. Es ist interessant, dass Gegenrevolutionäre verschiedener Art, die nicht nur in Russland, sondern auch in der Schweiz leben, ihre reaktionären Erwartungen und Wünsche auf die zukünftigen Folgen der Hungersnot in Russland bauen. Die Zahl dieser Gegenrevolutionäre ist übrigens im ganzen Lande sehr gering. Wie wir hörten, hegen sie die Hoffnung, dass das Volk, von Hunger getrieben, sich gegen die revolutionäre Regierung erheben werde. Dabei wird natürlich vergessen, dass gerade unter den Zaren das russische Volk chronisch gehungert hat, wobei es ihm nicht einmal gestattet war, gegen die Hungersnot mittels irgendwelcher Institutionen oder Organisationen anzukämpfen; nach der Revolution ist das nicht der Fall und wird es nicht sein. Offenbar wird ein Volkselend, wie es eine Missernte mit sich bringt, noch mehr den Hass des Volkes gegen die Grundbesitzer und Industriellen verschärfen, die enorme Gewinne eingeheimst haben und noch einheimsen. Hier kann man für einige Gegenden Russlands sehr ernste Exzesse erwarten, gegen die Industriellen sowohl als auch gegen die Gutsbesitzer. Die Hungersnot wird sicher auch das

Abschwenken der Volksmassen nach der sozialistischen Seite befördern. Die sozialen Doktrinen sind bekanntlich von den russischen Revolutionären mit besonderem Erfolg gerade auf Grund der Hungersnot noch während der Jahre 1890—92 verbreitet worden.

Was wird wohl der Ausgang sein? Ich denke, dass er ausserhalb, hinter den Grenzen des speziell russischen Lebens und auch ausserhalb der Grenzen der Entente liegt. Tatsächlich sehen wir bei näherer Betrachtung des Volkslebens in einer ganzen Reihe von Ländern, darunter Deutschland, Frankreich, Italien und sogar der Schweiz, Kennzeichen einer zweifellosen Verschärfung der sozialökonomischen Beziehungen. Der grosse europäische Krieg hat sie überall verschärft und wird sie noch mehr verschärfen, falls die Völker nicht die Möglichkeit finden werden, der Schlächterei ein Ende zu machen, unabhängig von ihren Regierungen, die sich — ausser in Russland — überall in Händen der bemittelten Klassen befinden. Vielleicht ist der erste Schritt zu einem solchen Kriegsabschluss eine internationale Organisation einer Völkerkonferenz mit wirklichen Vertretern des Volkes, nicht jedoch, wie die projektierte Stockholmer Konferenz, wo nur die Vertreter gewisser Weltanschauungen und sozialistischer Parteien anwesend sein werden. Die Konferenz, von der ich spreche, müsste, denke ich, eine allgemein demokratische, aber nicht ausschliesslich sozialistische sein. Dann wäre es auch leichter, sie zu organisieren und sich zu verständigen. Was das Zukunftsprogramm betrifft, so würde das Leben selbst zur radikalsten Reform des bestehenden Baues führen: auf internationalem Gebiet — zur zukünftigen Entwaffnung und zu einem föderativen Übereinkommen; auf politischem — zur Herrschaft der Demokratie, der breitesten Volksmacht; auf sozialem — zur Herrschaft der arbeitenden Klassen über die ausbeutenden.

Russland ist bloss der Vorkämpfer in der allgemeinen Bewegung von Millionen und Millionen Menschen in dreifacher Richtung. Alles, was jetzt im russischen Volke vorgeht, ist in dieser Hinsicht besonders lehrreich und interessant.

Aus unserer Zeitschriftenschau.

Krieg um Elsass-Lothringen?

Unter diesem Titel bringt die Wiener *Arbeiter-Zeitung* vom 18. Okt. einen Artikel mit folgender Schlussbetrachtung:

Man stelle sich einmal vor, dass die Mittelmächte ihre Verbündeten förmlich und öffentlich zu Friedensverhandlungen einladen und in dieser Einladung ausdrücklich sagen, dass sie keinen Ländererwerb und keine Kriegsentschädigung fordern und keinem Volke, das bis 1914 selbständig war, seine Freiheit beschränken wollen! Glaubt man vielleicht, dass die russische Regierung diese Einladung ablehnen könnte — ablehnen mit der Begründung, das russische Volk wolle und müsse weiterkämpfen, bis sich Deutschland bereit erklärt, Strassburg den Franzosen abzutreten? Glaubt man wirklich, dass sich die russischen Arbeiter und Soldaten die Ablehnung der Friedensverhandlungen mit solcher Begründung gefallen lassen würden? Und würde es der englischen, der amerikanischen, der italienischen Regierung leicht, eine solche Ablehnung eines Friedensangebotes vor ihren Völkern zu verantworten? Nein, wenn Deutschland wirklich nichts anderes will, als sich Elsass-Lothringen zu erhalten, dann braucht darum der Krieg nicht fortgesetzt zu werden. Ein Friedensangebot, wie wir es fordern, würde Frankreich sehr schnell isolieren, würde ihm sehr bald beweisen, dass nicht die ganze Welt weiter Krieg führen wird, um nur Frankreich wieder zu geben, was Ludwig XIV. geraubt und Napoleon III. verloren hat. Um Elsass-Lothringens willen braucht der Krieg nicht fortgesetzt zu werden, auch wenn man die Streitfrage nicht durch Volksabstimmung entscheiden will. Die russische Regierung wäre einfach nicht imstande, um Elsass-Lothringens willen einen Frieden ohne Eroberungen und ohne Kriegsentschädigungen abzulehnen, wenn er ihr nur einmal öffentlich, unzweideutig so angeboten würde, dass sie nur mit Ja oder Nein antworten könnte; und Russlands Zustimmung würde auch die anderen bald zur Nachgiebigkeit zwingen. Elsass-Lothringen ist kein wirkliches Hindernis auf dem Wege zum Frieden. Geht der Krieg trotzdem weiter, so kann es nur darum sein, weil das Reichsland den Regierungen nur eine volkstümliche Maske ist, hinter der man ganz andere Kriegsziele verbirgt.

□□□

Sozialistische Betrachtungen zum Weltkrieg.

Zwei Schriften Max Adlers.

Man hat den Krieg den grossen Verifikator genannt. Er bringt das innerste Wesen der menschlichen Dinge, das sich sonst undurchdringlich in das Gespinnst von Wahn, Täuschung und Betrug einhüllt, an den Tag — vor allem das Wesen der modernen Zivilisation mit ihren technischen Errungenschaften, die den Glauben an einen nie dagewesenen Fortschritt erweckten. Dieser wahnhafte Glaube an die moderne Zivilisation hatte daher auch die furchtbare Enttäuschung, die unsägliche Verzweiflung zur Folge, die sich so vieler angesichts der Tatsache, dass dieser Krieg noch möglich war, bemächtigte; denn obwohl der Krieg alle bisherigen Kulturepochen begleitet und also wohl zum Typus der menschlichen Zustände gehört, schien er doch durch die geistige und soziale Arbeit der letzten Jahrzehnte so sehr in den Hintergrund gedrängt zu sein, dass sich die Hoffnung behaupten konnte, der Krieg werde nicht mehr Wirklichkeit werden. Mit dem Zusammenbruch dieser Hoffnung geht auch die Einsicht einher, dass die vermeintliche kulturelle Bedeutung der modernen Zivilisation lediglich äusserlich-technischer Art ist, die das gattungsmässige Wesen der Menschheit nicht berührt, und die Zustände eben nur äusserlich zu verändern vermag. Deshalb bedeutet dieser Krieg für viele eine Katastrophe ihres geistigen Lebens, in dem der Glaube an eine durch geistige Arbeit zu bewirkende Höherentwicklung der Kulturmenschheit den Leitstern bildete.

Es wird sich allerdings erst nach dem Friedensschlusse zeigen, wie gross die Anzahl jener ist, denen der Krieg wirklich der grosse Verifikator wurde, denen er die innere Verpflichtung erweckte, ihre Weltanschauung neu zu orientieren, um die herrschenden Werte mittels der neuen Erfahrungen nachzuprüfen und umzugestalten. Je länger der Krieg währt, desto mehr scheint ihre Anzahl zu wachsen. Während zu Beginn des Krieges auch unter den Intellektuellen die meisten im Banne der Affekte standen, die ihn zu begleiten pflegen und ihm den heroischen Nimbus verleihen, treten schon jetzt überall die Anzeichen der zurückkehrenden Besinnung auf. Dennoch steht zu fürchten, dass die geistige Kraft, die sich über die Suggestion des kriegerischen Affektes und der mit ihm verbundenen ideellen Gebilde erhebt, eine Minoritätserscheinung bleiben wird. Es gibt zu denken, dass der Krieg

auch von denen noch als die Schule des Opfermutes, der Entsagung, der Erhebung des Individuums über die egoistische Beschränkung und anderer sozialer Tugenden gepriesen wird, die täglich auf das empfindlichste erfahren müssen, um wie viel mehr er eine Schule der Verrohung, der Korruption, der Ausbeutung und anderer asozialer Laster ist. Nichts illustriert deutlicher die urteilslose Verblendung durch überlieferte Anschauungen als dieses Festhalten an der ideologischen Deutung des Krieges, die sich trotz der grauenvollen Realität zu behaupten vermag. Das Widerstreben gegen die Einsicht in das wahre Wesen und die wahren Ursachen dieses Krieges ist so verbreitet, dass auch die Kriegsliteratur nur jenen einen Massenerfolg gebracht hat, die sich zu den Kriegswerten affirmativ verhalten, nur jenen, die sich ihnen unterordnen, nicht aber jenen, die über ihnen stehen und von einem höheren Standpunkt aus in der chaotischen Verworrenheit des kriegspolitischen Geschehens die tieferen Wurzeln suchen.

Zu den hervorragendsten Erscheinungen dieser über den Ereignissen stehenden Kriegsliteratur gehören die beiden Schriften (Wien, Brandsche Volksbuchhandlung), in denen Max Adler seine Auffassung der Weltlage entwickelt. Hatte er in seiner Broschüre „Prinzip oder Romantik“ mit überlegener Argumentation die Konsequenzen des marxistischen Gedankens gegenüber der auch das organisierte Proletariat vielfach zu widerspruchsvollen Schritten verführenden Kriegsromantik verfochten, so hat er in der Schrift „Zwei Jahre“ (erschienen 1916) den Weltkrieg zum Gegenstand allgemeiner Betrachtungen gemacht, in denen sich der ganze umfassende Reichtum eines ebenso tiefen als scharfsinnigen Geistes entfaltet. Mit jener Knappheit, die nur durch die meisterhafte Beherrschung des Gegenstandes erreicht wird, und die in einer Zeit der übermässigen literarischen Breitspurigkeit wie die moderne als einer der höchsten schriftstellerischen Vorzüge gelten darf, entrollt hier ein unabhängiger Denker die geistigen Probleme des Krieges in zehn Essays, deren innere Einheit darin besteht, „den ungeheuren Selbstwiderspruch des Krieges aufzuzeigen.“ Obwohl Parteiangehöriger, ist Max Adler als Denker ohne jede Parteileidenschaft; obwohl Marxist, ist er frei von jeder Einseitigkeit. Die gröblichen Missverständnisse in der geistig-sittlichen Interpretation des Krieges, durch welche die literarischen Produkte der Kriegsanhänger einen so ärgerlichen und aufreizenden Charakter erhalten, dass sie mit zu den geistigen Plagen des Krieges gerechnet werden müssen, zerfallen unter der Berührung dieses Geistes, der es mit unerbittlicher Logik unternimmt, „die Erkenntnis von der Untermenschlichkeit des Krieges wachzuhalten und den furchtbaren Zusammenbruch darzulegen, den dieser Krieg nicht bloss für unsere wirtschaftliche Kultur, sondern auch für

unser Geistesleben bedeutet.“ Was Max Adler als die Aufgabe der Philosophie gegenüber dem Krieg betrachtet, und was sie uns in allen kriegsbeteiligten Ländern vermissen liess: „dass sie nicht an dem Kampf der Armeen mit geistigen Waffen teilzunehmen, sondern vielmehr über allen Kämpfen zu stehen habe und nichts anderes erstreben kann als zum Verständnis dieser Kämpfe zu gelangen und zur Einordnung dieses Verständnisses in die allgemeine Gesetzlichkeit des Geisteslebens“ — diese Aufgabe erfüllt er selbst in überzeugender Weise mit den Mitteln einer überlegenen Welteinsicht und Ausdrucksgewalt.

Und so beruht die starke Wirkung, die von Max Adlers Auffassung ausgeht, nicht zuletzt darin, dass sie den Glauben an die Würde der Philosophie wieder erweckt, den Glauben an die Möglichkeit, die geistigen Werte, die der Krieg zertrümmert hat, wieder aufzurichten, sobald der Kriegsrausch in den Geistern dem unvermeidlichen Kriegskatzenjammer gewichen ist. Denn wie unerbittlich Max Adler auch über die Verblendung und Verlogenheit zu Gericht sitzt, die den Rückfall in frühere, längst überholte Kulturstufen als eine Menschheitserneuerung preist, er geht über die negative Kritik des gegenwärtigen Zustandes hinaus, indem er uns die zukunftsmächtigen Gewalten vor Augen führt, die ein Hinausschreiten der menschlichen Gesellschaft über die Gebundenheit durch atavistische Einflüsse versprechen. So kommt er in seinen Ausführungen zu dem Schlusse: „Der Sozialismus nach dem Kriege wird organisierter Pazifismus sein — oder er wird gar nicht sein.“ Die Bürgschaft dafür erblickt er als Marxist in der immanenten Notwendigkeit, die den geschichtlichen Prozess bewegt; aber dieser Ausspruch lässt sich mit entsprechender Modifikation auf alle Kulturbestrebungen anwenden, die ihren Namen wirklich verdienen. Nach den Erfahrungen des Weltkrieges darf man wohl sagen: „Die europäische Kultur nach dem Kriege wird organisierter Internationalismus sein, oder sie wird gar nicht sein.“ Daher ist die Wiederaufrichtung der internationalen geistigen Beziehungen das Wichtigste; und alle, die noch während des Krieges unter den äussersten Schwierigkeiten an ihrer Erhaltung gearbeitet haben, werden in erster Linie berufen sein, die wiedererlangte Freiheit des Wortes dafür einzusetzen. Sie werden sich, über alle persönlichen Meinungen und Standpunkte hinaus, die gegenwärtig noch bei den Kriegsgegnern verschiedener Parteirichtung und politischer Stellung die Kräfte in unfruchtbaren Debatten zersplittern, zu einem gemeinsamen Bekenntnis vereinigen müssen. Soll dieses Bekenntnis in der Tat die Grundlage einer wahrhaft internationalen Einigung bilden, so kann es nur auf der Anschauung beruhen, dass der Weltkrieg eine **Kollektivschuld der bestehenden Gesellschaftsordnung** ist.

Rosa Mayreder.

Die Kamarilla der Demokratie.

Ein Beitrag zur Pressreform.

von Dr. PAUL NATHAN (Berlin).

„Der Zustand einer Presse in einem Lande geht das ganze Volk an; von ihm hängt, wie nun einmal die Dinge liegen, seine nationale Zukunft ab. Karl Bücher.

Eine Kamarilla hat es stets gegeben, wo eine konzentrierte Regierungsgewalt vorhanden gewesen ist, die zu beeinflussen lohnend erscheinen konnte; in der Hütte eines Häuptlings wie im Königspalast; im Kaiserschloss und am Sitze eines republikanischen Präsidenten. Ihr Name stammt aus der Zeit des spanischen Königs Ferdinand VI. um die Mitte des 18. Jahrhunderts, als auf dem europäischen Festland das Bürgertum und mit ihm die Kritik auch gegenüber dem Staate emporkam, und als die Augen sich zu schärfen begannen für die Schädigungen, mit denen die Höfe ihre Völker beglückten.

Aber gibt es auch eine Kamarilla der Demokratie? Ihre wesentliche Voraussetzung besteht doch darin, dass eine konzentrierte Regierungsgewalt vorhanden ist; dass eine illegitime Einwirkung, eine Einwirkung gegen den Brauch und ausserhalb der Verfassung — auf eine Person oder auf einen eng begrenzten Kreis von Personen sich vollzieht und unberechtigten Nutzen für den bringt, der die Einwirkung ausübt. Demokratie aber bedeutet, dass die Masse der Bevölkerung immer wieder in der Lage ist, nach ihrem Willen die Regierungsgewalt zu steuern. Wie aber können Massen in die Netze einer Kamarilla verstrickt werden? Massen, die eine konzentrierte Macht ganz gewiss nicht darstellen; breite Massen und konzentrierte Macht sind vielmehr Gegensätze. Und in diesem Punkte unterscheidet sich in der Tat die moderne Kamarilla der Demokratie von der alten der Vergangenheit; aber im wesentlichen nur in diesem Punkte. Auch sie ist, wenn es sein muss, gänzlich skrupellos. Sie beutet Vorurteile und Liebhabereien aus; sie arbeitet egoistisch für sich und ihre Hintermänner; das Staatswohl ist nicht ihr Ziel, sondern ein Sonderinteresse, das sie für das Staatswohl ausgibt. Diese moderne Kamarilla, die Kamarilla der Demokratie, ist die Presse....

Natürlich nicht die Presse in ihrer Gesamtheit. Auch an Höfen, die in ausgeprägtester Form ihre Kamarilla hatten,

verkehrten doch zugleich Personen von vornehmster Staatsgesinnung. Aber neben diesen wirkte jener Kreis von gewissenlosen Günstlingen; ebenso gibt es heute neben einer Presse, die den höchsten Anforderungen genügt, auch eine andere, die genau die niederen und egoistischen und korrupten Eigenschaften einer Kamarilla aufweist, aber einer solchen, wie sie dem Wesen des modernen Souveräns, der Demokratie, entspricht.

Es ist vielfach schon ausgesprochen worden*) bei uns in Deutschland wie im Auslande, welchen verderblichen und verhängnisvollen Einfluss die politische Presse in einer ganzen Reihe von Ländern vor Beginn des jetzigen furchtbaren Krieges und seit seinem Beginn geübt hat. Man wird nicht sagen können, dass die Presse den jetzigen Krieg hervorgerufen hat, Eine ganze Reihe von Ursachen haben zusammengewirkt, um die Welt in Flammen zu setzen; aber wohl kann man sagen, ohne die Hilfe der Presse, oder wenn die Presse aller Kulturländer und auch nur in ihrer überwiegenden Anzahl Widerstand geleistet hätte, so wäre der Krieg, den wir durchleben, undenkbar gewesen. Sie ist die Schürerin des Krieges gewesen, wie sie jetzt dem Brand immer wieder neue Nahrung zuführt, und wie sie jeder Eindämmung des Brandes entgegenarbeitet. Ist dem aber so, dann gewinnt eine Erörterung über die Entartung der Presse eine ganz besondere Bedeutung für die Gegenwart, wie für die künftige Entwicklung der Welt.

* * *

Die Macht der Presse beruht auf der Macht der öffentlichen Meinung, und diese Meinung lenkt heutzutage im wesentlichen überall das Staatsschiff. Die öffentliche Meinung ist nie bedeutungslos gewesen für die Entschlüsse der Regierenden, aber sie ist heute die höchste und entscheidende Instanz, und war die öffentliche Meinung ehemals das Ergebnis dessen, was man an einem Hofe und in der Umgebung eines Hofes oder eines Regierungssitzes dachte, so erweiterte sie sich allmählich zu dem Votum von Tausenden, von Hunderttausenden, heute von Millionen, die Wähler sind, und zugleich zu dem Votum derer, die, ohne Wähler zu sein, sich für öffentliche Angelegenheiten interessieren, also auch der Frauen und der heranwachsenden Generation, deren Stimmung verstärkend ins Gewicht fällt.

*) Auch die „Internationale Rundschau" hat sich wiederholt mit der Frage der Presse und der internationalen Verhetzung beschäftigt; vgl. die Artikel zur Pressreform: Nr. 7 und 9 des I. Jahrg., Nr. 1, 5 und 8 des II. Jahrg., über die ital. Presse Nr. 6 und 8, über die franz. Nr. 9 des III. Jahrg.

Was diese öffentliche Meinung bedeutet, das hat mit der Genialität des geborenen Staatsmannes Lord Palmerston in seiner Rede vom 11. Juni 1829 zum Ausdruck gebracht; jene Rede verlieh dem unbekannten kleinen Beamten die Leuchtkraft eines politischen Sternes. Palmerston sagte:

„Es gibt in der Natur nur eine bewegende Kraft: den Geist. Alles andere ist passiv und träge. In menschlichen Dingen ist diese Kraft die Meinung; in politischen Angelegenheiten ist es die öffentliche Meinung, und wer sich dieser Kraft bemächtigen kann, wird mit ihr den Arm von Fleisch und Bein unterwerfen und seinen Zwecken dienstbar machen. Diejenigen Staatsmänner, die es verstehen, sich die Leidenschaften, die Interessen und die Meinungen der Menschen zu Nutze zu machen, sind imstande, ein Übergewicht zu erreichen und einen entscheidenden Einfluss auf die menschlichen Geschicke auszuüben, ausser allem Verhältnis zu der Kraft und den Hilfsquellen des Staates, den sie regieren."

Palmerston sprach damals im wesentlichen von dem gesprochenen Wort, das zu seiner Zeit noch ein ausserordentliches Übergewicht gegenüber dem gedruckten Wort hatte. Heute ist das gedruckte Wort zur vorherrschenden Macht geworden. Ein Redner kann zu tausend, zu fünftauend, zu zehntausend Menschen sprechen. Seine gedruckte Rede ist aber bereits der Entstellung preisgegeben; und ein Redner kann nur von Zeit zu Zeit sprechen, aber eine politische Zeitung spricht zu ihren Lesern täglich einmal, zweimal, vielleicht dreimal. Kein Redner kann gegen diese Macht aufkommen, und kein Redner kann um sich eine Zuhörerschar sammeln, wie jene, über welche eine nur einigermassen verbreitete Zeitung täglich verfügt. So ist das gesprochene Wort gegenüber dem gedruckten ganz ausserordentlich zurückgedrängt worden und zwar auch jenes gesprochene Wort, das an verantwortlichster Stelle innerhalb des Staatslebens, nämlich im Parlament, ertönt. Eine Entwicklung von grösster politischer Tragweite hat sich damit ganz allmählich und ohne entsprechend beachtet worden zu sein, vollzogen; die Verschiebung des Machtverhältnisses zwischen Parlament und politischer Presse, d. h. zwischen einer staatlichen Institution, die eine schwere Verantwortung zu tragen hat und tragen soll, die für ihre Entschlüsse verantwortlich gemacht werden kann und verantwortlich gemacht wird, und wäre es auch nur dadurch, dass die Wähler ganze Parteien vernichten; und auf der andern Seite steht eine Macht, die Presse, die so lange aller Angriffe spotten kann, als sie es versteht, geschickt die Klippen des Strafgesetzbuches zu vermeiden — was nicht allzu schwer ist, — und sich einen grossen Leserkreis zu sichern; und Leser kann sie unter Umständen dadurch gewinnen, dass sie nicht

die besten Instinkte sondern die schlechten und die schlechtesten Instinkte der Bevölkerung gross zu ziehen sucht.

Die bisherige politische Entwicklung ist am weitesten vorgeschritten in den Vereinigten Staaten von Amerika in bezug auf die Machtverteilung zwischen Parlament und Presse; hiefür ist es charakteristisch, dass die amerikanischen Zeitungen zum ganz überwiegenden Teile die Reden, die im Kongress gehalten werden, in ausführlicherer Weise mitzuteilen, gar nicht für angebracht halten. Der Kongress ist, wie der technische Ausdruck lautet, eine Abstimmungsmaschine, und diese Abstimmungsmaschine wird dirigiert durch die öffentliche Meinung. Die öffentliche Meinung aber wird in erster Linie geschaffen durch die Presse, die somit eine souveräne Gewalt auszuüben in der Lage ist.

Diese Verschiebung ist nicht in allen Ländern gleich weit gediehen. In den Vereinigten Staaten aber ist sie bereits zu einem gewissen Abschluss gelangt, und es kann nicht zweifelhaft sein, dass in gegebener Zeit auch die anderen Staaten von der gleichen Strömung allmählich fortgerissen werden müssen. Diese Tatsache, von grösster Bedeutung für das moderne Staatsleben, muss man fest im Auge behalten.

* * *

Lothar Bucher, dieser philosophische Politiker, der unberührt von Schlagworten durch die Umhüllungen des öffentlichen Lebens hindurchblickte, schrieb im Jahre 1855*) bereits die folgenden Worte nieder:

„Der Alaun, den manche Stadtteile — in London nämlich — jahrelang mit dem Brot genossen, hat chronische erbliche Krankheiten erzeugt, und ein täglich aufgenommenes geistiges Gift sollte nicht ebenso die Gesundheit gefährden? Nein, nicht ebenso, unendlich mehr, weil Geistespatienten viel schwerer ihren Zustand erkennen, als die körperlich Leidenden."

Diese Worte beziehen sich auf die „Times" und fanden damals vielfach ungläubige Ohren. Heute könnte man Dutzende von Zeitungen der verschiedensten Länder anführen, die mit den gleichen Worten zu belegen wären. Ich erspare mir die Mühe. Ich will nur noch aus neuester Zeit den Ausspruch von Romain Rolland über die Presse anführen. Dieser weitblickende grosse Schriftsteller sagt über die Zeitungen Frankreichs: „Die Presse flieht jeden Gedanken und lässt ihn nur zu, wenn er Vergnügungsinstrument oder Parteiwaffe ist, Intriguen und Literatencliquen lassen den Durchgang nur dem frei, der sich wegwirft." Man könnte gleiche Urteile über die italienische, über die russische, über die Presse der Vereinigten Staaten anführen.**)

---

*) Der Parlamentarismus wie er ist. Berlin 1855.

**) Vergl. „Das grössere Deutschland", Januar 1915, Internationale Rundschau" 15. Mai 1917 usw. usw.

Damit ist eine Entwickelungstendenz innerhalb der modernen Presse aufgewiesen.

Nur für die politische Narrheit oder für die politische Böswilligkeit mag hinzugefügt werden, dass es in allen Ländern natürlich in grosser oder geringer Zahl auch Zeitungen gibt, die den Kampf gegen diese tiefstehende, verderbliche Presse mit höchster Energie führen.

* * *

Ernst Posse, der sich, gestützt auf grosse Sachkenntnis, mit den Problemen, die die moderne Presse bietet, beschäftigt hat, definiert das Wesen der Zeitung folgendermassen: „Die Zeitung ist, summarisch gesprochen, ein privatwirtschaftlicher Gewerbebetrieb, der mit Nachrichten, öffentlicher Meinung und Anzeigen Geschäfte macht.“*)

Im allgemeinen und wesentlichen ist diese Abgrenzung durchaus zutreffend, wiewohl man ergänzend hinzufügen muss, dass es auch Parteiblätter gibt, denen das Geschäft völlig Nebensache ist, und die nur die Absicht haben, die von ihnen vertretenen Anschauungen zur Geltung zu bringen. Immerhin ist dieser Teil der Presse verschwindend an Anzahl und gering an Verbreitung gegenüber jenen Organen, die Posse völlig zutreffend charakterisierte.

Die Gründe, warum diese Blätter über viele Leser, die anderen über nur wenige verfügen, werden noch zu beleuchten sein.

Wenn nun aber ein ganz überwiegender Teil der Presse vor allem die Aufgabe hat, „Geschäfte“, d. h. gute Geschäfte zu machen, so ist es selbstverständlich, dass die Verlockung, im Notfall auch durch unlautere Manipulationen Geld zu verdienen, eine sehr grosse sein muss, und insbesondere dann, wenn es fast gefahrlos ist, solche unlautere Manipulationen ins Werk zu setzen.

Die Verbindung unlauterer Geschäftsleute mit einer unlauteren Presse ist damit gegeben, und das erste Stadium der Korruption der Presse in allen Ländern bestand tatsächlich darin, dass Geschäftleute durch eine bezahlte Presse für ihre schlechten Unternehmungen die Gimpel unter den Lesern einfangen liessen.

Die grandioseste Entfaltung dieser frühen Entwicklung stellt der „Panamaskandal“ dar. In dem Bericht des Parlaments-Ausschusses zur Untersuchung der Panama-Angelegenheit führte der Deputierte Vallé das Folgende aus:

---

*) „Über Wesen und Aufgaben der Presse“, Tübingen 1917, und „Internationale Rundschau“ v. 15. Januar 1916; vergl. auch Bücher: Die deutsche Tagespresse 1915 und: Unsere Sache und die Tagespresse, Tübingen 1915 usw. Und von älteren Schriften vor allem: Von Holtzendorff: Wesen und Wert der öffentlichen Meinung. München 1879.

„Hat eine Zeitung einen Pächter, so ist dieser, vorausgesetzt, dass er seinen Preis zahlt, unumschränkter Herr. Pächter ist zuweilen eine einzelne Persönlichkeit, zuweilen eine Gesellschaft, oder eine Agentur. Er verfährt auf eigene Rechnung und Gefahr und sucht natürlich einen möglichst grossen Nutzen herauszuschlagen. Für gewisse Pariser Blätter ist der Preis sehr hoch. Die Provinzpresse ist in den Händen von 4—5 Pariser Publizitäts-Agenturen. Diese gebieten ihr, je nachdem es ihnen passt, zu schweigen oder zu loben, indem sie zugleich dabei noch ein gutes Geldgescäft machen, denn diese Agenturen sollen 70 bis 90 Prozent der Summen, die sie von ihren Auftraggebern erhalten, einstecken.“

Es mag noch ein Vorkommnis angeführt werden, das den Charakter vieler Zeitungen als reine Handelsgeschäfte ganz besonders klar offenbart.

Eine französische Zeitung hatte sich die löbliche Aufgabe gestellt, den verderblichen Genuss des Absinth zu bekämpfen. Die Weinhändler nahmen den Kampf auf. Sie setzten ihren ganzen Einfluss ein, um dem Organ seine Leser abzutreiben, und sie waren schliesslich so erfolgreich, dass die Zeitung sich erbot, an die Organisation der französischen Weinhändler eine Strafe zu zahlen unter der Voraussetzung, dass der Kampf gegen das Blatt eingestellt würde. Die Vereinbarung kam zustande, und die Weinhändler, die gesiegt hatten, versandten dann ein Zirkular, in dem sich der charakteristische Satz befindet: „Un journal est une marchandise comme l'absinthe“.*) Die Verwandtschaft zwischen dieser Zeitung und dem Absinth ist in der Tat eine besonders grosse.

Neben jener Korruption der Presse, die das moderne Wirtschaftsleben im Gefolge hat, ist die entsprechende politische Korruption, die die Regierungen gegen die Zeitungen des eigenen Landes ausüben, doch nur von geringerer Bedeutung. Modernen Regierungen fehlen die riesigen Mittel, mit denen die Bestechung der Presse geübt werden könnte; aber natürlich ist auch in gewissem Umfange diese politische Korruption vorhanden. Bei uns in Deutschland fasste man Organe dieses Schlages unter dem Bismarckschen Sammelwort: „Reptilienpresse“ zusammen. Die Wirkung der Reptilienpresse ist eine zweifelhafte. Kann das wirtschaftliche Leben weit bedeutendere Summen für seine Zwecke aufwenden, als eine Regierung — und diese Behauptung traf selbst auf das zarische Russland zu — so kommt noch ein zweites hinzu. Die politisch abhängigen Blätter werden unnachsichtlich durch die Zeitungen

*) Revue de Paris, Januar 1914; L. Latzarus: Le journal moderne.

anderer politischer Richtungen bekämpft; sie werden diskreditiert, indem ihre Abhängigkeit schonungslos aufgedeckt wird, und ihre vergiftende Wirkung, so schlimm sie ist, bleibt doch auf engere Kreise beschränkt. Und endlich; hier wird die Korruption durch eine Regierung geübt, die doch schliesslich nicht völlig egoistisch dem Staate gegenüberstehen kann, die sich der Verantwortung für den Staat nicht gänzlich entziehen kann. Die Korruption der Presse, die rein wirtschaftlichen Motiven einzelner Privatpersonen oder einzelner Wirtschaftsparteien entstammt, kann hingegen gänzlich bedenkenfrei sein; sie ist weit weniger offensichtlich und bei einiger Geschicklichkeit wirkt sie so versteckt, dass vielfach eine Diskreditierung dieser Organe zunächst überhaupt nicht möglich ist.

Die Korruption der Presse in ihrer höchsten Entfaltung und in ihrer verderblichsten Wirkung trat zu Tage, als wirtschaftliche Interessen und politische Interessen sich mischten und als diese Mischung dazu führte, dass Korrumpierender und Korrumpierter aufhörten, Bürger eines Landes zu sein; als die Verseuchung der Presse über die Grenzen hinüber sich entwickelte; als der Korrumpierende in dem einen Lande sass, während die korrumpierte Presse sich in dem anderen Lande befand. Hier hörte die Wechselwirkung auf, ein nationaler Schaden zu sein und begann eine internationale Katastrophe für die zivilisierte Welt zu werden.

* * *

Als Fürst Bismarck die staatliche Beleihung russischer Anleihen bei uns verbot, vollzog er damit eine Tat, von allerschwerwiegendster Bedeutung. Die rein politische Tragweite dieses Vorgehens muss an dieser Stelle ausser Berücksichtigung bleiben. Es war damals tatsächlich die materielle Unterlage für das russisch-französische Bündnis geschaffen worden. Eine Nebenwirkung war, dass ein Reich die Presse eines andern Reiches in einer Weise unter Kontrolle zu nehmen und zu beeinflussen begann, wie es in diesem Umfange bisher nie dagewesen.

Russland, dessen Anleihen vom deutschen Markt verdrängt werden sollten, war gezwungen, für seine stets lebendigen grossen Geldbedürfnisse einen andern Markt zu suchen. Dieser Markt war bekanntlich das reiche Frankreich. Jede Anleihe, die Russland in Frankreich aufnahm, stellte einen Goldregen für die französische Presse dar. Das war kein Geheimnis, sondern in den kundigen Kreisen wusste man, welcher Betrag für die einzelnen Anleihen zum Zwecke der Reklame an die einzelnen französischen Blätter gegeben wurde, und da die Anleihen ganz wesentlich auch unter politischem Gesichtspunkt

gegeben wurden, so war nunmehr das politische Urteil der französischen Presse nicht nur auf finanziellem Gebiet, sondern zugleich auf international-politischem Gebiet festgelegt.

Der Kreislauf, der sich damit vollzog, war der folgende: Frankreich gab Russland sein Geld und mit dem Gelde, das Russland erhielt aus Frankreich, vergiftete Russland durch Bestechung den grössten Teil der französischen Presse, die in internationalen Fragen die Selbständigkeit ihres Urteils nicht ferner aufrecht erhalten konnte. Die Zahl der Blätter, die in Frankreich ihre volle Unabhängigkeit behaupteten, wurde kleiner und kleiner, und nachdem die ersten Schritte geschehen waren, war es für jene grosse Anzahl von Zeitungen, die sich Russland verschrieben hatten, gar nicht mehr möglich, sich aus der Verstrickung wieder frei zu machen. Es fiel nicht ins Gewicht, dass eine Kompromittierung seitens der russischen Regierung hätte stattfinden können. Die war nicht zu fürchten. Aber nachdem Milliarde auf Milliarde französischen Geldes nach Russland gewandert war, wurde der französische Nationalwohlstand so eng an das Zarenreich gefesselt, dass nunmehr auch aus wirtschaftlichen Gründen Frankreich an die russische Politik gebunden war. Auf dem Boden der Korruption hatte sich ein französisches nationales Interesse entwickelt, das ein unabhängiges Handeln der französischen Politik auf das äusserste behindern musste. Die Lage wurde damit für die unabhängigen politischen Denker in Frankreich eine wahrhaft tragische. Ein Mann wie Jaurès hat aus dieser Tatsache im engen Kreise kein Hehl gemacht, und es war nur folgerichtig, dass diese Politik, die auf korruptem Boden aufgewachsen war, schliesslich Jaurès den Tod von Verbrecherhand gebracht hat, und ebenso notwendig war es, dass die französische Regierung entsprechend der Sachlage, die eine Klarstellung nicht erlaubte, es seit drei Jahren zu verhindern gewusst hat, dass sein Mörder zur Aburteilung gelangte.

Was sich aber in Frankreich vollzogen hat, das lässt sich — mutatis mutandis — auch für Italien nachweisen; das hat sich wesentlich modifiziert in England angebahnt, und das soll nunmehr auch auf die Vereinigten Staaten übertragen werden. Dass endlich das zarische Russland seiner Presse eine politische Haltung vorzuschreiben vermochte, wie ihm gutdünkte, und die natürlich mit der französischen Politik, der immer neuen Geldbedürfnisse wegen in Übereinstimmung bleiben musste, ist klar. Damit ergab sich bei dem Beginn des Weltkrieges für uns die Tatsache, dass unter dem Drucke der Presse der genannten grossen Mächte schliesslich die Zeitungen der ganzen Welt fast ausnahmslos zunächst gegen Deutschland Partei zu nehmen schienen; eine Erscheinung, die den nicht

überraschen konnte, der die Entwicklung des Zeitungswesens in unseren Tagen aufmerksamer verfolgt hatte.

Dass in der gleichen Richtung auch andere Ursachen mitwirkten, die Verbreitung der englischen Sprache, das Kabelmonopol Englands u. a. sei hier nur angedeutet.

Einerseits die Korruption, die bestimmten Zeitungsgruppen grosse Mittel zuführte, andererseits die internationale enge Verbindung von Organen, die denselben Zielen zustrebten, gaben dieser Presse ein ausserordentliches Übergewicht über alle jene Zeitungen, die nur auf sich selbst gestützt waren und auf die eigenen legalen Einnahmen.

* * *

Der moderne Zeitungsbetrieb ist ein ausserordentlich kostspieliger, und die Aufwendungen, die für grosse Zeitungen gemacht werden müssen, sind riesige. Eine Zeitung, die wirtschaftlich nicht stark ist, wird niemals einen sehr grossen Einfluss auf weite Kreise zu gewinnen vermögen. Damit ergibt sich oft eine drückende Gesinnungsabhängigkeit der Redaktion in ihrer Gesamtheit, also natürlich auch der politischen Redaktion, von dem wirtschaftlichen Gedeihen des Blattes.

In den Ländern, wo das Annoncenwesen stark entwickelt ist, muss die wirtschaftliche Existenz der Zeitung zum ganz überwiegenden Teil aus den Einnahmen durch die Annoncen gewährleistet werden und damit kann eine Abhängigkeit von den grossen, gutzahlenden Inserenten eintreten. Diese Form der Abhängigkeit ist verhältnismässig ein minderes Übel.

In je geringerem Umfange die Annoncen als finanzieller Schwimmgürtel aber für das Unternehmen in Betracht kommen, umso stärker ist die Verlockung, auch unlautere Einnahmequellen sich dienstbar zu machen, und je grösser wiederum die Einnahmen sind — und mögen sie auch unlauterster Quelle entstammen — um so eher ist alsdann das Blatt in der Lage, durch grosse Aufwendungen für Telegramme oder für einzelne hervorragende Mitarbeiter zugleich wirklich Vorzügliches den Lesern zu bieten. Die Korruption kann also und ist vielfach der Verbreitung eines Blattes ausserordentlich förderlich; mit anderen Worten: das korrumpierte Blatt hat mehr Aussichten, einen riesigen Leserkreis um sich zu versammeln, als ein Blatt, das honett ist, und das dementsprechend die Konkurrenz mit dem Millionenetat eines käuflichen Organes nicht aufzunehmen vermag. Hier steckt auch einer der Gründe, die der Verbreitung ausgesprochener politischer Parteiblätter hinderlich sein können.

Jene bösartige Entwickelung beginnt sich heute bereits zu wahrhaft phantastischer Grösse auszuwachsen, indem Zeitungen verwandten Charakters durch Vertrustung von einer einzigen Zentrale aus im wesentlichen gleichmässig geleitet werden, oder indem einzelne Organe wenigstens gegenseitig in engste Beziehungen zueinander treten, und auch diese Entwickelung hat sich sowohl national wie international vollzogen. (Schluss folgt.)

Die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Demokratie.

Von Dr. WALTER EGGENSCHWYLER, Zürich.

I.

Demokratie in Russland! Demokratie in Preussen! Demokratie als Kriegsziel und als Friedensbringerin! Durch zur Demokratie! — Wer möchte da noch daran zweifeln, dass die Völker einem goldenen Zeitalter der Selbstregierung entgegengehen?

Und doch, wenn wir der Sache auf den Grund gehen, will uns scheinen, dass diese ganze Begeisterung sich allzusehr an Äusserlichkeiten, an blosse staatsrechtliche Formen heftet, und dass im grunde die Gesellschaftsentwicklung einem ganz andern Kurs folgt, nämlich dem zu einer nie gesehenen, unerbittlichen Despotie, der Alleinherrschaft einer Zentralgewalt, die über alle Hilfskräfte des Landes, ja selbst über Presse, Parteien und öffentliche Meinung unumschränkt verfügen wird.

Drei Bedenken sind es, die uns eine endlose Demokratisierung der modernen Welt als höchst unwahrscheinlich erscheinen lassen: Erstens die nie gesehene Häufung der Staatsaufgaben und -kompetenzen an sich, die auch die weiseste Volksvertretung immer mehr zu einer frommen Illusion machen muss, dann die beispiellose industriell-finanzielle Konzentration, die mit der politischen Presse mehr und mehr auch die Erzeugung der öffentlichen Meinung, des sogenannten Volkswillens, in ihre Gewalt bringt, — und drittens die längst bekannte, aber immer wieder vergessene Tatsache, dass demokratische Staats- und Gesellschaftsformen eine normale Funktion wachsenden Wohlstandes, aufsteigender Konjunktur sind und nach grossen politischen Katastrophen und Reichtumszerstörungen, zur Zeit von Krisen und weltwirtschaftlichen Depressionen von selbst in ihr Gegenteil umschlagen.

Zu den grössten Unbekannten der nächsten Zukunft gehört die Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse, die leichte oder schwere Regierbarkeit der Völker, die Beziehungen zwischen Staat und Opposition. Es ist hier nicht der Ort, zu wiederholen, was Verf. d. Z. an anderer Stelle über den Zusammenhang von Krieg, Weltkonjunktur und Klassenkampf, speziell

über die Zuspitzung aller innerpolitischen, sozialen, religiösen Zwiste nach grösseren Katastrophen ausführte.*) Nur soviel sei erwähnt, dass dem unparteiischen Geschichtsforscher demokratische Regierungsform und innerpolitischer Friede fast ausnahmslos als Ergebnisse langer Aufschwungs- und Friedensperioden entgegentreten, während grössere politische oder wirtschaftliche Katastrophen durch die Not, die Unzufriedenheit, Ungeduld und allgemeine Nervosität, die sie hinterlassen, alle Gegensätze seltsam verschärfen, die Opposition zu Verzweiflungstaten, die Regierung zur Reaktion treiben.

Nun ist zwar keineswegs ausgeschlossen, dass es dem einen oder andern Staate gelinge, durch durchgreifende soziale Reformen der künftigen Erbitterung die Spitze abzubrechen, den Grossteil der Unzufriedenen an sich zu fesseln. Er verfügt ja zu diesem Zwecke in Form der stark zentralisierten (und zensurierten) Presse und der Zahl der zu vergebenden Stellen und Unterstützungen über ungleich wirksamere Machtmittel als der Staat der Vergangenheit! Dennoch wird die auf den Krieg mit Sicherheit folgende Enttäuschung weiter Kreise ihren Einfluss auf die innere Politik nicht verfehlen. Der Sturm könnte immer noch stärker sein als der Seemann!

Was jedes Urteil über diese Dinge so ausserordentlich erschwert, ist die vorderhand ganz unbekannte Gestaltung der künftigen europäischen Sozial- und Finanzpolitik. Wir wissen: auf beiden Seiten — der des Steuerzahlers wie der des Fiskus — werden die zu lösenden Aufgaben ganz ungeheure, schwer vorzustellende sein. Besonders wenn der Krieg mit einer „Partie remise" endet, wenn also das Wettrüsten morgen in unheimlich vergrössertem Masse von neuem losgeht, werden die Völker an ihrer künftigen Finanzlast so schwer zu tragen haben, dass der bekannte Satz: So kann's nicht weiter gehen! bald zur allgemeinen Losung werden dürfte. So berechnet die englische Zeitschrift *The Nation* die künftige Schulden- und Kriegslast Grossbritanniens nach dreijähriger Kriegsdauer auf jährlich 600 Millionen Pfund! und zwar sollen davon 250 Millionen auf Verzinsung der direkten Kriegsschuld (abzüglich der Vorschüsse an Kolonien und Verbündete) 50 Millionen auf Amortisation, 50 auf Pensionen, der Rest auf neue Heeres- und Marineausgaben entfallen. Von zuverlässiger deutscher Seite wurde die gesamte Mehrlast des Reiches (ohne die künftige Rüstung) schon Ende 1916 auf 7 bis 7½ Milliarden pro Jahr geschätzt. Der problematischste Posten der ganzen Rechnung sind offenbar die künftigen Kriegs- und Marinebudgets,

*) Vergl. „Der Schweizer Volkswirt", Nov. 1915.

für die bei Fortdauern des Wettrüstens kaum eine andere Grenze denkbar ist, als die äusserste materielle Leistungsfähigkeit jedes Volkes! Damit ist aber gesagt, dass in diesem Falle auf die Länge ganz unhaltbare Zustände eintreten müssen, Zustände, die es einem gewissenhaften Staatsmanne förmlich zur Pflicht machen, bei der ersten günstigen Gelegenheit loszuschlagen, und mit allen verfügbaren Mitteln die diesmal versäumte Entscheidung zu suchen!*)

Die allgemeine Einsicht in die Haltlosigkeit eines solchen Zustandes, die Gewissheit, nur für ein neues Zerstörungswerk zu leben und zu arbeiten, müsste in Bälde auch in der innern Politik ganz unhaltbare Zustände herbeiführen, der antipatriotischen Reaktion ganz ungeahnte Kräfte zuführen. Fast mit Gewalt scheint die Entwicklung auf einen akuten Konflikt im Innern jedes kriegführenden Staates hinzudrängen, auf den Konflikt zwischen „Militaristen“ und „Antimilitaristen“, oder, anders ausgedrückt: zwischen solchen, die nichts und solchen, die im Falle einer Niederlage etwas zu verlieren haben. Es wäre, wie man weiss, nicht das erste Mal, dass ein unglücklicher Krieg den Bürgerkrieg im Gefolge hat, und „unglücklich“ darf diese Weltkatastrophe für jeden der Beteiligten mehr denn jede frühere Niederlage genannt werden. Wie dieser innerpolitische Zwist in den einzelnen Staaten enden oder mit welchen Waffen er zum Austrag kommen wird, darüber ist selbstredend jedes Urteil unmöglich, doch besteht die nicht zu unterschätzende Gefahr, dass die mit dem Sturze bedrohte Kriegspartei (vielleicht in der besten Absicht) sich wiederum zum Krieg gedrängt sieht, um dem Feind nicht wehrlos ausgeliefert zu werden.

II.

Den untrüglichsten Beweis für den Siegeslauf der Demokratie erblickt man vielerorts in der neulichen „Bekehrung“ der preussischen Regierung. — Nur schade, dass diese Bekehrung gerade im Augenblick erfolgte, wo besagte Regierung sich mit den zwei führenden Berliner Bankkonzernen über die — Industrialisierung des Ostens und damit über die Ablösung der Junkerwirtschaft geeinigt hatte! Alles deutet darauf hin, dass auch hier die vermeintliche Erweiterung der Volksrechte in Wirklichkeit auf einen einfachen Wechsel der herrschenden Klassen hinauslaufe. Der Grossgrund-

*) Um so wichtiger wäre es, dass es durch zwischenstaatliche Abmachungen zur Begrenzung der Rüstungen oder zum eigentlichen Abrüsten komme, wie man es bekanntlich in beiden Lagern vorschlägt, zuletzt in der schönen Rede des österreichischen Ministers Grafen Czernin. *Die Red.*

besitz war der Regierung unbequem geworden, weigerte sich konstant, mit andern wirtschaftlichen Grossmächten einen regierungsfähigen Block zu bilden. Konsequenz: Die Regierung orientiert sich nach links — will sagen, nach der über die grosse Presse und verschiedene Parteien verfügende Hochfinanz. An Stelle der direkten Mitregierung der Landgewaltigen tritt die fabrikmässige Bearbeitung der Wählermassen durch die Zeitung, — auch dies jedoch erst, nachdem die Staatsergebenheit dieser Presse gleich dem Bankkapital ihre Feuerprobe bestanden hat. — Vorsichtiger konnte man nicht zu Werke gehen!

Alles in allem: Preussen amerikanisiert sich . . ., ob aber ausgerechnet das „Volk" dabei der gewinnende Teil ist, hängt nicht zuletzt davon ab, wie man diesen dehnbaren Ausdruck definiert. — Überaus lehrreich ist in dieser Hinsicht, was A. Lansburgh im letzten Hefte (März) der Berliner *Bank* über die Fusionswirtschaft der „Deutschen Bank" schreibt. — Wie bekannt, hat dieses Rieseninstitut letztes Jahr durch Aufkauf zweier grosser ostdeutscher Provinzbanken („Schlesischer Bankverein" und „Ostdeutsche Creditanstalt" Königsberg) sein Eigenkapital von 315 anno 1914 auf 500 Millionen Mark erhöht (275 Millionen Aktien und 225 Reserven). Ganz ähnliche Tendenzen verfolgt die zweite deutsche Grossbank, die „Diskonto-Gesellschaft", mit 300 Millionen Aktien und 120 Millionen Reserven, die bereits ihren bestimmten Plan haben soll, um die „Deutsche Bank" wieder zu überholen. Zugegebener Zweck der letzten Fusionen ist die durchgreifende Industrialisierung des deutschen Ostens. Dass dabei auch einige Zentrums- und andere Abgeordnete an die Politik der „Deutschen Bank" gekettet wurden, sei nur beiläufig erwähnt.

Schon anno 1910 entwarf Lansburgh eine aufsehenerregende graphische Darstellung des weitverzweigten Einflusses des führenden deutschen Instituts, und doch zählte damals die Deutsche Bank noch kein Dutzend Niederlassungen, heute aber über hundert . . . Wenigen Ausländern dürfte bekannt sein, dass sie mit ihren Interessenbeteiligungen, direkten und indirekten Kontrollen schon heute im Deutschen Reich dieselbe Machtstellung einnimmt, wie der Morgantrust in den Vereinigten Staaten. Rechnen wir hinzu, dass unter den führenden Banken selbst eine immer engere Fühlung und Interessengemeinschaft Platz greift, so kann es uns nicht mehr überraschen, wenn ein so berufener Zeuge wie Lansburgh allen Ernstes von einem werdenden Geldtrust spricht, der binnen kurzem die bedeutenderen Geschäfte Deutschlands unter die Einflusszonen der drei führenden Kre-

ditinstitute — „Deutsche Bank“, „Diskonto-Gesellschaft“ und „Dresdner Bank“ — aufteilen werde.

Von den letztjährigen Fusionen verspricht sich Lansburgh nichts weniger als eine gänzliche wirtschaftliche Umgestaltung Nordost-Deutschlands: „Es entstehen da organisatorische Möglichkeiten von der grössten Tragweite für die gewerbliche und soziale und vielleicht auch politische Entwicklung des deutschen Ostens. — Alles Land jenseits der Oder wird sich fortan nicht mehr wie bisher in gemächlichem Fortschreiten aus seinen natürlichen Existenzbedingungen und den besondern Eigenheiten seiner Bevölkerung heraus entwickeln, sondern es wird nach einem vorgefassten Plane, nach einheitlichen Tendenzen ... derjenigen Zukunft entgegengeführt werden, die man im Direktorium der ‚Deutschen Bank‘ für erspriesslich ... ansieht. Daraus ergibt sich von selbst ein Zusammenarbeiten von Bankleitung und Staatsregierung. Denn zur Verwirklichung der Absichten, welche die Bankleitung mit der Ausdehnung ihres Machtbereichs ... verbindet, bedarf es mehr als des passiven Geschehenlassens der Regierung ...“

Was er uns prophezeit, ist ein „weitgehendes Zusammenwirken der politischen Gewalt und der kapitalistischen Vormacht“, eine intime Interessengemeinschaft zwischen Staat und Hochfinanz, wie sie bisher auf dem Gebiete des Kapitalexportes nach den Balkanstaaten usw. bestand. — Wer wird aber bei dieser Interessengemeinschaft der Gewinnende sein? „Tatsächlich ist die Kollaboration von Bank und Staat mit einer wirksamen Kontrolle (durch den Staat) durchaus nicht identisch ...“, meint Lansburgh. — „Je mehr sich die Verfügungsgewalt über das Volksvermögen an einer einzigen Stelle sammelt, um so weniger kann sich der Staat von den Ansichten frei machen, die an dieser Stelle über das nationalwirtschaftlich Mögliche und Erwünschte herrschen, weil er, als vorwiegend verwaltungstechnisches Organ, in allen praktischen Dingen bei den Führern des Erwerbslebens die bessere Einsicht und die grössere Erfahrung voraussetzt ... Die Möglichkeit, dass in Dingen der praktischen Tagespolitik die Bank die Regierung mindestens in dem Masse kontrolliert, wie die Regierung die Bank, lässt sich ... nicht von der Hand weisen.“

Eine Untersuchung der Art, wie sie vor einigen Jahren in Amerika über die Wirksamkeit des dortigen „Geldtrustes“ angestellt wurde, würde für die „Deutsche Bank“ eine von der des Morgantrustes wenig verschiedene Machtstellung ergeben. Da ausserdem die „Diskonto-Gesellschaft“ und die „Dresdner Bank“ seit einigen Jahren mit Erfolg bemüht sind, den Vor-

sprung der „Deutschen Bank" einzuholen, und ihre Anstrengungen mit der nächsten Zeit sicherlich nicht vermindern werden, so scheint der Zeitpunkt nicht mehr fern zu sein, wo das deutsche Erwerbsleben in der Hauptsache zwischen den drei Banken aufgeteilt sein wird. — Daraus ergibt sich für die Reichsregierung die Möglichkeit, jeden organisatorischen Wunsch, den sie etwa hegt, mit Hilfe einer konzentrierten Kapitalmacht zu verwirklichen und die deutsche Wirtschaftsentwicklung in die ihr jeweils genehmen Bahnen zu lenken." — Die Folge davon ist die wachsende Abhängigkeit aller Erwerbenden von dem über Leihkapital, Staat, Industrie und Presse verfügenden Finanztrust, Verdrängung der natürlichen Auslese durch „das bedenkliche System der Patronage".

III.

Soviel wenigstens scheint die Geschichtsphilosophie unzweifelhaft dargetan zu haben, dass fast alle vermeintlichen Fortschritte zur Gleichheit der Mitglieder eines Volkes in Wahrheit einen Wechsel der herrschenden Personen, auf eine Episode der Paretoschen „Elitenzirkulation" hinausliefen.*) Indem die neuaufstrebende Elite sich jeweils zum Sprachrohr der Unglücklichen und Bedrückten macht, erweckt sie jeweils die Illusion, als geschehe die geplante Umwälzung im Interesse der Menge. Tatsächlich fällt ja auch das Fraternisieren mit den Unglücklichen den aufstrebenden Führern aus naheliegenden Gründen viel leichter, als der alteingesessenen Elite, da sie ja ihre Versprechen noch nicht Lügen gestraft haben. So bemächtigte sich vor 120 Jahren die französische Bourgeoisie der Gewalt, so neuerdings in mehreren Staaten die radikal-sozialistische Kammermehrheit. Macht- und Vermögensunterschiede wurden durch die letztere Umwälzung (als deren Exponenten wir Clémenceau, Briand, Sonnino, Lloyd George betrachten dürfen) so wenig vermindert, als durch die grosse Revolution, die, wie man weiss, der kapitalistischen Ära und damit der modernen Lohnsklaverei erst die Bahn frei machte. Alles deutet im Gegenteil darauf hin, dass diese Gegensätze durch die liberalen Reformen von 1789 und 1848 noch erheblich gesteigert wurden, und dass wir uns auch heute trotz allen formellen Triumphen der Demokratie schnurstracks auf eine kolossale Machtkonzentration, ja auf eine Art Geldtrust zu bewegen.

Wohl fehlt es auch heute nicht an Versuchen, die Macht- und Vermögensunterschiede abzuschwächen. Das beliebteste

*) V. Pareto, „Les Systèmes Socialistes".

Mittel hiezu scheinen neuerdings stark progressive Steuern, ja die teilweise Einkommens- und Vermögensexpropriation zu sein. Ob die damit geplante Nivellierung aber tatsächlich gelingen werde, ist mehr als zweifelhaft. Dafür sorgt schon das so verkannte Gesetz der Überwälzung, dass sich die Steuerlast doch schliesslich auf die Schultern der arbeitenden Mehrheit legt, und dass sie nur selten von denen getragen wird, die sie scheinbar bezahlen.

Worin soll aber, wenn sich alle bisherigen Errungenschaften der Demokratie auf Form und Äusserlichkeiten beziehen, die wahre, inhaltliche Demokratie bestehen? Bezeichnenderweise für den Ernst der demokratischen Bewegung ist diese Frage bisher kaum gestellt, geschweige denn gelöst worden. — Inhaltliche Demokratie kann — um es kurz zu sagen — nur darin bestehen, dass entweder die natürlichen Vermögens-, Macht- und Kulturunterschiede ausgeglichen werden, oder dass überhaupt die Summe des dem einzelnen durch Staat, Parteien, Kirche usw. auferlegten Zwanges vermindert, also die Freiheit aller erweitert wird.

Was hat die demokratische Politik bisher zur Verwirklichung dieser beiden Ziele getan? — Weniger als nichts! Wo immer sie zu politischem Einfluss gelangt, hat sie sich — genau im Geleise ihrer Vorgänger — einem wahren Macht- und Reglementiertaumel hingegeben, hat sie die Selbstbestimmung des einzelnen durch Steuern, Behörden, Vorschriften, Bussen usw. nach Kräften eingeschränkt, möglichst viele Verantwortungen und Ausgaben in den gemeinsamen Topf geworfen, aus dem fälschlich als bodenlos betrachteten Staatssäckel bestritten. Die Hypertrophie des Staates und Staatshaushaltes mit all ihren fatalen Folgen, als Bureaukratie, wachsende Machtfülle und Unverantwortlichkeit der herrschenden Personen und Parteien, Verflachung der Erziehung und Entmutigung der produktiven Arbeit hat gerade durch die Demokratie einen mächtigeren Impuls erhalten, als durch jede andere Herrschaftsform.

Was aber das andere Ziel der „Volksherrschaft", nämlich die Milderung der wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze, anbetrifft, so ist es bis zur Stunde auch nicht zu seiner unvoreingenommenen Erforschung gekommen; es bleiben vielmehr alle diesbezüglichen Verhältnisse trotz eines Jahrhunderts demokratischer Experimente in völliges Dunkel gehüllt. Die wenigen Gelehrten, die, wie Pareto, Le Bon und einige Geschichtsphilosophen, diesen Gegenstand zu ergründen suchten, wurden bis zur Stunde ignoriert, was man schlechterdings nicht anders erklären kann, als durch das Interesse der demokratischen Politiker, über diesen Punkt das Dunkel auszubreiten.

Alle geschichtliche Erfahrung lehrt uns, dass die Demokratisierung der Sitten und Staatsformen, die Ausgleichung der Macht- und Vermögensverhältnisse eine Funktion des Wohlstandes, genauer: der Nachfrage nach Menschenarbeit ist. — Wächst aus irgendeinem Grunde diese Nachfrage, so wird der Mensch der untern Stände ein gesuchtes — und deshalb geschätztes Wesen. Sein Einkommen hebt sich, sein kultureller und politischer Einfluss wachsen. Unterschiede lassen sich höchstens in der Art und Weise feststellen, wie diese stärkere oder schwächere Arbeitsnachfrage zustandekommt. Während im Altertum und Mittelalter besonders Kriege, Hungersnöte, Seuchen usw. durch die Lücken, die sie in die Bevölkerung rissen, für eine Höherbewertung der Übrigbleibenden Platz schafften, hat sich mit der modernen Freizügigkeit und der Heraufkunft kapitalistischer Produktionsmethoden das Bild völlig verschoben. Nicht die Menge der auf einer gegebenen Gebietsfläche lebenden Personen ist heute für die Bewertung der Arbeitskräfte massgebend, sondern die stärkere oder geringere Unternehmungslust und geschäftliche Zuversicht, die steigende oder sinkende Tendenz der Warenpreise, die Gründungstätigkeit, kurz all jene Erscheinungen, die wir unter dem Namen der „Konjunktur" zusammenfassen.

Wenngleich auch heute noch der Krieg, wenigstens vorübergehend und in einzelnen Produktionszweigen, einen akuten Leutemangel hervorruft und so die Besitzer der Ware Arbeitskraft zu den Herren der Situation macht, so wirkt er doch auf die Länge allem Anschein nach deprimierend, während umgekehrt langer Friede und völlige politische Windstille durch Anfachung der Unternehmungs- und Gründertätigkeit die Nachfrage nach Arbeitskräften und damit die Lage der untern Klassen heben.

Wohl das berühmteste Beispiel fast plötzlicher Demokratisierung (und Verflachung) einer ganzen Kultur bietet uns das von Steinhausen meisterhaft beschriebene 16. Jahrhundert. Aus verschiedenen hier nicht zu analysierenden Gründen (Verfall des Feudalismus, relative politische Windstille, stark gehobener Wohlstand, Gründungs- und Auswanderungsfieber des Entdeckungszeitalters, Goldfunde, Zunftverfassung usw.) hatte sich die Lage des Handwerks stark gehoben, — und sofort machte sich sein Einfluss in Sitten und Gebräuchen, Kultur und Staatsform bemerkbar. Adel und Priesterschaft hörten plötzlich auf, tonangebende Mächte zu sein. Die höfische Feinheit wich bäuerisch-bürgerlichem „Grobianismus". Die Masse fühlte und gebärdete sich als massgebend — die gesamte Kultur

nivellierte sich — bis nach dem unheilvollen dreissigjährigen Krieg das Wetter umschlug, die verarmte und verwilderte Menge das Heft aus der Hand verlor und eine neue höfisch-gelehrte Kultur entstand.

Und einen genau analogen Vorgang können wir im Grunde der zu Ende des 18. Jahrhunderts einsetzenden Demokratisierungsperiode feststellen. Auch hier scheint eine Periode relativen Friedens und zahlreicher technischer Neuerungen (die Frühzeit des Kapitalismus in Frankreich und England) den Anstoss gegeben zu haben. Die Revolutions- und napoleonischen Kriege mit ihren furchtbaren Verheerungen machten dann die ganze Bewegung wieder rückgängig, bis nach vollzogener „Restauration“ und nach glücklichen technischen Neuerungen die neueste Prosperitäts- und Demokratisierungsperiode (1848—1914) einsetzte. — Wiewohl durch die Depression 1873—1888 zeitweise gedämpft, beherrschte diese Tendenz im Grunde doch das ganze letzte Halbjahrhundert, was sich leicht aus der Tatsache erklärt, dass die beispiellosen verkehrs- und produktionstechnischen Fortschritte dieser Periode die Schäden der damaligen Kriege in relativ kurzer Frist überwinden liessen.

Ähnlich werden wir auch aus der heutigen Katastrophe materiell sehr geschwächt hervorgehen, zur Wiederherstellung aber dank der Unsumme nützlicher Kenntnisse, Erfindungen und Erfahrungen, dank der stark gesteigerten wirtschaftlichen Produktivität und Anpassungsfähigkeit relativ geringe Zeit brauchen.

Da sich nun aber unsere Sitten und Anschauungen nie von einem Tag auf den andern ändern, so ist es nur begreiflich, dass die demokratisierende, nivellierende Wirkung des Aufschwungs ihre Ursache überdauert, dass, m. a. W., die Völker fortfahren, demokratisch zu denken und zu empfinden, nachdem die Nachfrage nach Menschenarbeit bereits wieder im Abflauen ist und der Bedarf an Führern, Disziplin und Unterordnung wieder die Oberhand gewinnt.

In solchen Zeiten (denken wir an die Epoche vor hundert Jahren) pflegt es leicht zu ernsten Konflikten zwischen den politischen Idealen und den materiellen Notwendigkeiten, zu gefährlichen Spannungen zwischen Form und Inhalt zu kommen. Während Krieg und wirtschaftlicher Notstand gebieterisch die Zusammenfassung der Macht in der Hand eines unumschränkt waltenden Führertums — also eine oligarchische oder despotische Herrschaftsform fordern, bleibt man theoretisch und dem Gefühl nach am demokratischen Ideal hängen, zwingt wohl auch die neu emporkom-

menden Führer, ihren Absolutismus mit demokratischen Formen und Formeln zu verkleiden. Eine solche Rückbildung zu despotisch-autoritativer Herrschaft bei Wahrung der demokratischen Ideologie hat heute in den meisten kriegführenden Staaten bereits eingesetzt. Northcliffe und Lloyd George in England, Sonnino in Italien, Wilson in Nordamerika verfügen bereits über ein Prestige und eine Machtfülle, wie sie sie zur Friedenszeit nie hatten erhoffen können, während in Frankreich mit Briands Sturz eine Art Interregnum eingetreten ist. Während man leidenschaftlich für die Ausbreitung des Parlamentarismus und des allgemeinen Wahlrechts kämpft, geht die tatsächliche Bedeutung der Parlamente aus verschiedenen Gründen von Tag zu Tag zurück. An Stelle der schrankenlos verherrlichten Volksherrschaft tritt still, aber sicher hier die ihre Organe aufklärende Plutokratie, dort eine demokratisch eingeschworene Militärdespotie. Überall liefert der Kriegszustand den gerade herrschenden „Volks"-parteien den erwünschten Vorwand, ihr Tun zu ihren Reden in diametralen Gegensatz zu stellen.

IV.

Heute treffen nun insofern aristokratische und demokratische Entwicklungsmomente zusammen, als infolge des Krieges und der allgemeinen Güterknappheit sowohl an unqualifizierten als an höchstqualifizierten Arbeitern (an Führern, Organisatoren) empfindlicher Mangel herrscht. Daher die paradoxe Erscheinung, dass eine mit ganzer Seele für Freiheit und Bürgergleichheit kämpfende Zeit mit Riesenschritten der extremen Unfreiheit und Ungleichheit entgegengeht. — Denn nicht nur bedeuten die ungeheure Häufung und Komplikation staatlicher Kompetenzen, die das definitive Geschenk des Krieges sein werden, das genaue Gegenteil der liberalistischen Ideale, sondern neben dieser Machtanhäufung in wenigen Händen vollzieht sich eine ganz analoge Entwicklung in der freien Wirtschaft, wo sich Bank, Handel, Industrie und Presse zusehends zusammenballen, die Bewegungsfreiheit des nicht syndizierten Einzelnen zusehends einschränken. — Geldtrust, gemässigt durch demokratische Illusionen: das scheint letzten Endes die kommende Staatsform zu sein.

Welches von beiden Entwicklungsmomenten — das demokratische oder oligarchisch-autoritative — wird aber die Oberhand gewinnen? Offenbar wird sich das Bedürfnis nach genialen, unumschränkt waltenden Staatsmännern, Führern und Organisatoren in Staat und Wirtschaft im Lauf der nächsten Jahrzehnte noch ungemein verschärfen, die Nachfrage nach Arbeitskräften, speziell nach unqualifizierten, beschränken.

Das Regieren wird (in Staat, Gemeinde und Unternehmung) infolge allgemeiner Erbitterung und Nervenzerrüttung, infolge des systematisch geschürten Hasses gegen die Besitzenden ungleich schwieriger sein, an die leitenden Personen also weit höhere Anforderungen stellen als während der jüngstvergangenen Aufschwungsperiode mit ihrer salonfähigen Opposition und ihren regelmässigen Einnahmeüberschüssen. Entsprechend den ungeheuren Aufgaben der Führer und Erzieher, der politischen, industriellen und kommerziellen Organisatoren wird sich ein immer empfindlicherer Mangel an unternehmenden, synthetischen Köpfen, an verantwortungsfrohen Führernaturen fühlbar machen, und damit wird auch ihr Ansehen, ihre Autorität wieder steigen, während die heute allmächtige Masse ihren Einfluss einbüssen wird. Auf die ausgleichende Macht- und Vermögensverschiebung wird mit einsetzendem Preisfall wieder die umgekehrte Tendenz, die zur Differenzierung, einsetzen, und die moderne Gesellschaft wird sich wieder einem hierarchisch-aristokratischen Aufbau nähern.

Zweifellos wird die Demokratisierung der Sitten und Gebräuche ihren historischen Grund auch diesmal um ein Jahrzehnt oder zwei überdauern, da sich die bereits geformte Generation schwerlich zum Umlernen entschliessen wird. Erst nach und nach, unter dem Druck der bittersten Notwendigkeit, und mit dem Heranwachsen einer neuen Generation werden sich die Ideale vom Gleichheitsfanatismus ab und einem neuen Persönlichkeitskultus zuwenden. — Viel rascher wird allerdings die tatsächliche Abwendung von der Demokratie, wird die Rückkehr zu einem streng hierarchischen Gesellschaftsaufbau mit ungeheuren Machtunterschieden schreiten, gegen den, wie wir wissen, auch Parlament und allgemeines Wahlrecht völlig ohnmächtig sind. — Demokratische Form mit oligarchischem Inhalt: Das wird die Staats- und Gesellschaftsverfassung der nächsten Jahrzehnte sein.

□□□

Die beste Stimmung des Geschäftsmannes ist, wenn er sich sagt: es gibt keine Not, aus der sich nicht eine Tugend machen liesse.

Walther Rathenau.

Briefe aus Holland.

III.

Ein seltenes Ereignis hat sich in den Niederlanden vollzogen: Die Einstimmigkeit für eine radikale Verfassungsänderung. Und zwar in zwei Richtungen: in bezug auf das Stimmrecht, so dass für die Männer fast allgemeines Wahlrecht genommen ist, nebst einem Frauen-Wahlrecht in beschränktem Ausmasse; dann auch in bezug auf das Unterrichtssystem, in welchem fortan der Religionsunterricht mehr in den Hintergrund treten soll. Die Einstimmigkeit ist die Folge eines Kompromisses gewesen; auf zwei Verfassungsänderungen, nämlich auf die Reform der Thronfolgeordnung und die demokratische Kontrolle der auswärtigen Politik musste verzichtet werden, und selbst die in Aussicht gestellten Reformen müssen warten, bis ein neues Parlament gewählt wird.

Besonders interessant war die Debatte über die demokratische Kontrolle der auswärtigen Politik. Es wird nämlich durch die Verfassung der Niederlande die oberste Leitung der auswärtigen Angelegenheiten dem König anvertraut. Der Sozialdemokrat Dr. v. Leeuwen hat nun schon zum zweitenmal den Antrag eingebracht, es möge von der Kammer eine permanente Kommission für auswärtige Angelegenheiten gewählt werden. Es wurde dagegen die formale Einwendung erhoben, die Wahl einer solchen Kommission bedeute einen Übergriff in die königlichen Rechte, aber auch das sachliche Bedenken geltend gemacht, die Demokratisierung der auswärtigen Politik sei ein unter Umständen gefährliches Experiment, bei dem die Niederlande als kleiner Staat Gefahr laufen, den grösseren zum Opfer zu fallen, wenn sie als die ersten sich auf diesen Weg begeben. Dennoch wurde der Antrag nach dreitägiger bedeutender Debatte angenommen, allerdings wegen formaler Fehler nur mit einer schwachen Mehrheit.

Durch die Revision der Verfassung wird auch der pazifistische Gedanke zu besserer Vertretung gelangen. Die bevorstehenden Wahlen sind die letzten nach dem Distriktssystem, dann wird das Proportionalwahlrecht verwirklicht werden. Ist schon als Folge des Krieges eine stärkere Neigung der Bevölkerung zum pazifistischen Gedanken zu erwarten, so ist überdies auch seitens der Kandidaten eine öftere Aufnahme in ihr Programm zu erwarten, da der Proporz auch den Vertretern von ansehnlichen Minoritäten, wie es fortan die pazifistische Gruppe an viel mehr Orten als bisher sein dürfte, auch die Erlangung von Mandaten ermöglicht.

Zu den hoffnungsvolleren Ereignissen auf pazifistischem Gebiete gehört wohl auch die erfolgreiche Abhaltung der deutsch-englischen Konferenz im Haag, um für eine bessere Behandlung der Kriegsgefangenen Regeln zu vereinbaren. Die Diplomaten

der beiden kriegführenden Länder versammelten sich unter dem Vorsitz des Gesandten Hollands für die skandinavischen Länder, und es gelang bald, ein Übereinkommen zu treffen, das den Regierungen zur Ratifikation vorgelegt werden wird. Auch Holland hat bei dieser Gelegenheit seinen Beitrag zur Verbesserung des Loses der Kriegsgefangenen geleistet, indem es sich, trotz der eigenen Ernährungsschwierigkeiten, zur Übernahme von im Maximum 16,000 Internierten bereit erklärte.

Über die Kartoffelkrawalle von Amsterdam und Rotterdam und über die Angelegenheit des englischen bewaffneten Handelsdampfers Melitta, der seine Kanone ins Meer versenken musste, bevor er in den Hafen von Rotterdam einlaufen durfte, sind Ihre Leser wohl aus den Tageszeitungen unterrichtet. Weniger beachtet werden im Auslande die Akte edler Menschlichkeit, an denen es selbst in unserer harten Zeit nicht fehlt. So möchte ich denn mit dem Hinweis auf eine dieser erfreulichen Tatsachen schliessen, auf den Aufschwung der holländischen Organisation des Roten Kreuzes. Seit dem Ausbruch des Krieges hat sich die Zahl der Lokalkomitees von 50 auf 113, die der Mitglieder von 1000 auf 15,000 erhöht; der Prinzgemahl selbst hat sich an die Spitze gestellt, zahlreiche Notspitäler sind eröffnet und zahllose Verwundete aller Kriegsparteien gerettet worden. Auch die Organisation hat, nicht ohne heftige Kämpfe, bedeutende Fortschritte gemacht, namentlich in der Richtung der Vereinigung eines modernen demokratischen Geistes mit den sachlich gerechtfertigten strengen Anforderungen der militärischen Autoritäten.

H. van der Mandere.

□□□

Allerlei.

Eine Korrespondentin des *„Manchester Guardian“* (14. Oktober) besucht einen Freund, der wegen Gewissensbedenken den Kriegsdienst verweigert, im Gefängnis. Eine Frau, die denselben Weg geht, schliesst sich ihr an. Ein Wort gibt das andere „Sie besuchen einen Gewissensbedenker? So ein Kerl ist mein Mann, den ich besuche, Gott sei Dank nicht. Er sitzt nur wegen Betrug.“

* * *

Aus einem angesehenen englischen Blatte. Der Charakter der verschiedenen Nationen zeigt sich auch in diesem Kriege in ihren neu erfundenen Ausdrücken. So für die gepanzerten Kraftwagen. Der Engländer sagt kurz, scharf, mit grimmen Humor: Tank. Der Franzose elegant, mit gallischen Reminiscenzen: char d'assaut. Der Deutsche nimmt den Mund voll mit einer ganzen Defination und nennt die Tanks angeblich in seinen Communiqués:

Grabenschützenvernichtigungsautomobil.

Kein Wirtschaftskrieg nach dem Frieden!

Von J. A. HOBSON, Universität London.*)

Die erste Wirkung eines allgemeinen Tarifs wäre, dass man alle Einfuhr unserer Alliierten, die bis jetzt frei war, verzollen müsste. Die Landwirte und Fabrikanten Frankreichs und Belgiens würden bei ihrem Kampfe, sich aus der tiefen Armut und den zerstörenden Kriegswirkungen zu erheben, auf neue Zollschranken an unseren Märkten stossen. Die französischen Weine müssen höher besteuert werden, um die Erzeugnisse Australiens und Südafrikas zu begünstigen. Das Ausfuhrverbot von Motoren und ihren Bestandteilen würde durch ständige Zölle aufrechterhalten werden. Seidenwaren, Bekleidungsgegenstände, Geflügel, Obst und Blumen werden alle mit Zoll belegt werden und es wird den französischen Landwirten und Kaufleuten ein schwacher Trost sein, zu erfahren, dass andere Ausländer, die keine Alliierten sind, noch höher belastet werden.

In Frankreich ist in industriellen und kommerziellen Kreisen schon der heftigsten Besorgnis Ausdruck verliehen worden, dass man unter einem nach dem Kriege in Geltung tretenden englischen Tarife zu verlieren statt zu gewinnen haben wird. Die unter der Leitung David-Mennets, Präsident der Pariser Handelskammer, gegründete „Nationale Vereinigung für wirtschaftliche Entwicklung“ nahm eine Resolution an, die die allgemeine Aufmerksamkeit verdient; sie lautet:

„Grossbritannien bildet unser wichtigstes Absatzgebiet; und die durch heftige Presspolemiken bewegte öffentliche Meinung in England scheint, wenigstens zum Teil, protektionistische Neigungen zu haben. Die „Nationale Vereinigung“ erachtet es angesichts des Programms der englischen Unionisten für dringend, ihre Wünsche zu formulieren und darauf hinzuweisen, dass unsere Opfer einerseits im gemeinschaftlichen Kampfe uns besondere Rechte verleihen, anderseits das eigene Interesse Englands gebietet, gegen Erzeugnisse, die es einkauft, um sie zur Hälfte weiterzuverkaufen, keine Zollschranken zu errichten, die die Waren auf günstigere Absatzwege lenken könnten.“

Dasselbe gilt für Russland. Die reichliche Getreideeinfuhr aus Russland muss ziemlich hoch besteuert werden,

---

*) Vergl. Heft 11.

damit die englischen Landwirte geschützt und die Dominions bevorzugt werden können. Und das zu einer Zeit, wo Russland als getreues Mitglied der Allianz aufgefordert wird, seinen Handel mit Deutschland aufzugeben, also mit seiner bedeutendsten und einträglichsten Kundschaft, die ihm bisher ein Drittel seines Gesamtexportes abgenommen hat. Wie unwahrscheinlich es ist, dass Russland auf solche Vorschläge eingehen wird, erhellt aus der jüngsten Diskussion des „Nationalen landwirtschaftlichen Kongresses“ in Petrograd, auf dem der Chef des Handelsministeriums betonte, wie es absolut undurchführbar sei, Zollschranken dem Handel mit Deutschland entgegenzusetzen.

Die Abhängigkeit Russlands vom deutschen Markt als Absatzgebiet für seine überflüssigen Lebensmittel und Rohstoffe ist ein „Naturgesetz“. Es beruht auf den unabänderlichen Tatsachen der gemeinschaftlichen Grenzen und der Verschiedenheit an natürlichen Hilfsquellen und wirtschaftlicher Entwicklung. Westrussland kann weder für seine Einfuhr noch für seine Ausfuhr den Verkehr mit den deutschen Märkten entbehren. Man höre, was Herr Bublikoff, ein Finanzexperte und Mitglied der Duma, bezüglich der vorgeschlagenen Boykottierung Deutschlands auf dem Kongress sagte: „Warum kaufte Russland so viele Waren in Deutschland? Weil es sie zu niedrigerem Preise und günstigeren Zahlungsbedingungen bekommen konnte als in England oder Frankreich. Da ist es denn klar, dass der Abbruch der Handelsbeziehungen mit Deutschland für den russischen Konsumenten gleichbedeutend ist mit einer Verteuerung des Lebens und für Russland mit einer Verschlechterung des Kredits. Ist das verarmte Russland imstande, solch eine Last zu tragen? Es gibt nur eine Antwort auf diese Frage.“

Solche Vorschläge werden wohl kaum zur Verbesserung der Beziehungen unter den Alliierten führen; und so mag unmittelbar nach Wegfall der Kriegsnot die Geduld zum Ertragen der Allianz in die Brüche gehen.

Auch würde das Übel nicht auf unsere Alliierten beschränkt bleiben.

Die Einsetzung eines neuen komplizierten Tarifs, der sofort nach Friedensschluss in Kraft zu treten hätte, würde eine schreckliche Wirkung haben, indem er das Wiederaufleben unserer Industrie und unseres Handels verzögern müsste. Zu einer Zeit, wo unter allen Umständen in bezug auf die Zukunft des Handels grosse Unsicherheit herrschen muss und die Geschäftsleute in ihren Plänen und Kapitalien arg gehemmt sein werden, soll in den empfindlichen Mechanismus

des internationalen Handels diese starke Verwirrung gebracht werden.

Es gibt keinen einzigen Geschäftszweig in England, der nicht auf irgend eine Weise durch die Komplikationen eines solchen Tarifs arg beeinträchtigt würde.

Der Ausdruck „Schlüsselindustrie" wurde unlängst zur Bezeichnung solcher Geschäftzweige erfunden, die, wie die Anilinfarbenbranche, notwendige Stützen grosser Stapelindustrien sind. Nun soll eine kleine Anzahl dieser Schlüsselindustrien existieren, die um jeden Preis unter englischer Kontrolle gehalten werden müssen. Diese Schätzung der Industrie ist ganz illusorisch. Es gibt keine wichtige Branche, die in ihrer erfolgreichen Führung nicht von einem Dutzend Branchen abhinge, von denen viele notgedrungenerweise ausserhalb der Grenzen unseres Landes, unseres Reiches, oder der verbündeten Staaten liegen. Ebenso wie bis jetzt werden wir auch in Zukunft viele unserer Rohstoffe aus fremden Ländern beziehen müssen, die mit uns verfeindet werden können, oder in denen unsere bisherigen Bezugsquellen unter feindliche Kontrolle geraten können. Auch können wir keine Assekuranz dafür erlangen, dass alle Betriebsmaterialien und Maschinen und Methoden, die wir als die besten für unsere grossen Stapelindustrien erkannt haben, bei uns erzeugt, resp. erfunden werden. Und doch sind die meisten der diese Materialien erzeugenden oder diese Methoden durchführenden Handelszweige „Schlüsselindustrien" in dem Sinne, als sie unentbehrlich zur Erzeugung des Endproduktes sind. Zu behaupten, dass wir durch Tarife und andere politische Massregeln auf die Dauer jede Abhängigkeit unserer notwendigen Handelszweige von Erzeugnissen oder Methoden ausländischer Industrien ausschliessen können, ist barer Unsinn. Und wenn wir es in irgend einem Zeitpunkte könnten, so hätten wir die Forderungen nach „Verteidigung" noch immer nicht erfüllt. Denn selbst die Geschichte der letzten Jahrzehnte zeigt, wie leicht neue Feinde erstehen können, wie schnell solche „Schlüsselindustrien" wechseln und welch schwache Sicherungen künftiger Freundschaft die Kriegsbündnisse bieten. Die neue Lehre, dass wir alle „Schlüsselindustrien" in unseren Händen behalten müssen, ist eine für ein dichtbevölkertes und hochentwickeltes Land ganz unmögliche Doktrin. Sie wird nur dadurch einleuchtend gemacht, dass man der Bezeichnung „Schlüsselindustrie" eine völlig falsche Begrenzung gibt.

Wenn es das Ziel unseres Neoprotektionismus ist, den deutschen Handel durch Ausschliessung von unseren Märkten

zu schädigen, so muss man gestehen, dass dieses Ziel unerreichbar ist. Prohibitivzölle, sowie höhe Zölle können natürlich einen direkten Import aus Deutschland verhindern. Aber es wird sehr schwer sein, dieses Verbot auf deutsche Waren auszudehnen, die durch neutrale Länder hereinkommen. Bei vielen Warensorten wird es leicht sein, ihren Ursprungsort zu verschleiern, wenn es im Interesse des neutralen Landes liegt, einen solchen Betrug zu ermutigen und in dem Interesse des englischen Importeurs, angesichts des Betrugs ein Auge zuzudrücken. Wir können sicher sein, dass grosse Mengen deutscher Waren ihren Weg zu unseren Märkten über Belgien, Holland, Schweden, die Schweiz und Spanien finden würden. Sie würden uns einfach noch einen Zuschlag an Frachtspesen und für den Gewinn kosten, den ein weiterer Zwischenhändler einstreicht.

Selbst wenn wir annehmen, dass wir uns durch die Strenge unserer Vorschriften instand setzen könnten, Waren deutschen Ursprungs, die durch andere fremde Länder kommen, zu entlarven und von unseren Märkten auszuschliessen, wäre der durch dieses Verfahren dem deutschen Export zugefügte Schaden, sowie der unserem Fabrikanten gewährte Schutz ein unbedeutender. Die deutschen Zucker-, Baumwoll-, Schafwoll- und Stahlfabriken, sowie die Spielwaren, die wir nicht von Deutschland nehmen wollten, würden in anderen europäischen Ländern einen grösseren Markt finden, dort die eigenen Erzeugnisse verdrängen und diese auf unsere Märkte ablenken. Welchen Unterschied würde es ausmachen, wenn Holland an unserer Statt deutsche Maschinen erhielte und wir holländische Maschinen einführen würden?

Natürlich wären die tatsächlichen Wirkungen eines versuchten Boykotts deutscher Waren viel komplizierter. Halbfertige deutsche Waren würden nach andern Ländern wandern zum Zwecke einer Fertigstellung, die ihnen den Zutritt zu unsern Märkten zu verschaffen hätte. Neutrale Länder würden sich die reichlichere Einfuhr deutscher Stahl- und Farbwaren, Garne, Maschinen, Chemikalien etc., denen die Einfuhr bei uns verwehrt ist, zunutzen machen und auf besserer und billigerer Grundlage als wir Fabriken bauen, wodurch sie unsere Kaufleute im südamerikanischen und chinesischen Handel verdrängen würden.

Aus folgender Liste der wichtigsten Stapeleinfuhren aus Deutschland nach England im Jahre 1913 ist zu ersehen, in welch bedeutendem Ausmasse dieser Handel aus Waren bestand, welche Rohmaterialien und Produktionsmittel im Betriebe englischer Fabriken waren und die Produktionskosten, sowie die Preise der fertigen Waren beeinflussten.

Stapeleinfuhren nach England aus Deutschland in £

Zucker	10,912,018
Glas und Glaswaren	1,298,384
Baumwolle und Baumwollgarne	7,540,867
Schafwolle und Wollgarne	2,592,925
Eisen, Stahl- und Eisenwaren	7,524,533
Maschinen	2,384,142
Spielwaren	1,183,703

Da in Ermangelung besonderer Gründe nicht anzuneh- ist, dass die Deutschen beim Verkauf ihrer Waren an uns mehr verdienten als wir beim Ankauf von deutschen Waren, die wir vermutlich besser und billiger fanden als irgendwo anders, möchte ich fragen, warum man vom Abbruch dieses Handels eine grössere Schädigung der deutschen als der englischen Volkswirtschaft erwartet? Welchen Vorteil soll England davon haben, seine Bezugsquellen an Zucker, Garnen, Maschinen und Chemikalien zu beschränken und für diese Waren einen höheren Preis zu zahlen? Denn es ist ganz unberechtigt, zu glauben, wir könnten all diese Waren ebenso gut und billig in England oder den Kolonien herstellen und brauchten sie nicht aus dem Ausland einzuführen. Dieser Glaube beruht auf einer ganz kindischen Verkennung der Nützlichkeit von Arbeitsteilung, Spezialisation und Austausch zwischen den Nationen.

Die ausschliessliche Abhängigkeit von unseren überseeischen Dominions in bezug auf Nahrungsmittel und andere Bedürfnisse würde in Kriegszeiten die Gefahren nicht vermindern, schon wegen des Unterseebootkrieges, in Friedenszeiten jedoch durch Beschränkung der Bezugsquellen ernstliche Schwankungen in der Menge und den Preisen der Zufuhr hervorrufen. Ein Tarif, der unseren Alliierten ihre bisher freie Einfuhr in unser Land entzöge, würde nicht als Kitt, sondern als Zersetzung unseres Freundschaftsverhältnisses wirken. Und die hohen Zölle, mit denen man neutrale Länder belegen müsste, um noch drei niedrigere Vorzugstarife haben zu können, würden uns auch durchaus nicht die Freundschaft dieser Länder eintragen, sei es in politischen oder in Handelsangelegenheiten. Auch wenn man die Sache als Waffe gegen Deutschland betrachtet, so muss man sich vergegenwärtigen, dass ein Handelsboykott, wenn er nicht unwirksam ist, stets einen Rückschlag nach Massgabe seiner eigenen Wucht mit sich bringt.

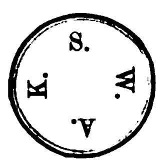
(Schluss folgt).

wir gegen eine Erörterung der belgischen Frage erheben müssen, entstammt nicht irgend einem Widerstreben, über diese Sache mit unparteiischen Leuten zu diskutieren, sondern einer Abneigung, die Freiheit Belgiens zum Gegenstande von Tauschgeschäften zu machen. Wollen die Deutschen ihrerseits darauf bestehen, keine Diskussion darüber zuzulassen? In diesem Falle sollten sie, da sie es doch sind, die den Frieden haben wollen, ganz klipp und klar heraus sagen, was sie dafür zu geben willens sind und was nicht, und über was sie eine Diskussion gestatten. Bisher haben sie sich entschieden nur darüber ausgesprochen, was sie nicht hergeben wollen. Ist es ihr Wunsch, undeutlich zu bleiben? Dann hätten sie, da sie doch selbst den Frieden haben wollen, nach beiden Seiten hin unbestimmt zu bleiben, über die Frage, was sie geben werden, ebensogut wie über die, was sie verweigern werden. Mit anderen Worten, sie müssten das Diskussionsverbot bezüglich Elsass-Lothringens zurückziehen. Sie mögen wohl behaupten, dass die Kriegslage ein solches Zugeständnis unmöglich macht. Das wird sich noch zeigen. Aber hinter der militärischen liegt auch eine wirtschaftliche und politische Situation. Die deutschen Staatsmänner mögen sich nur stets bewusst bleiben, dass sie schliesslich werden der ganzen Welt solche Friedensbedingungen zugestehen müssen, welche nicht nur die Kanonen zum Schweigen bringen, sondern auch die Handelsbeziehungen wieder herstellen können.

□□□

Allerlei.

Aufregung unter den englischen Zensoren: Man fängt in den verschiedensten Regimentern Briefe auf, gesiegelt mit folgendem geheimnisvollen Verschwörungszeichen:



Geheimnisvoll? Wer es nicht erriete! Offenbar:

Soldiers' War Against King

(Der Soldaten Krieg gegen den König).

Anscheinend sind's zwar Liebesbriefe, aber was mag mit unsichtbarer Tinte darunter geschrieben sein! Endlich wird es herausgebracht. Eine ganze Militärschule hatte den Brauch angenommen, gewisse ausserdienstliche Soldatenbriefe mit dem Symbol zu siegeln:

Sealed With A Kiss

(Gesiegelt mit einem Kuss).

Die angebliche Anarchie in Russland.

Von N. RUBAKIN, Russland.

Der sozialistische Charakter der russischen Revolution offenbart sich mit jedem Monat immer deutlicher, erstens unter dem Einfluss des Krieges, der alle Länder dem Sozialismus näherbringt, und zweitens infolge der russischen inneren Verhältnisse, die schon seit langem die Verbreitung sozialistischer Ideen in Russland gefördert haben. Der sozialistische Charakter der russischen Revolution ist am schärfsten zunächst in der Agrar-, aber dann auch in der Arbeiterfrage zum Ausdruck gekommen. Besonders wichtig ist dabei die von der Regierung projektierte Sozialisierung des Bodens, wonach der gesamte Grund und Boden Nationaleigentum wird, die Neuverteilung des Bodens dezentralisiert wird und an die Lokalorganisationen übergeht. Es ist wohl kaum nötig, den sozialistischen Sinn solcher Massnahmen zu beweisen. Die dabei vorkommenden Ausschreitungen sind natürlich unvermeidlich im Lande eines vielhundertjährigen Zarismus, dessen Politik den Hass gegen die Dynastie und die wirtschaftlich und politisch herrschenden Klassen stark erhitzen musste. Aber diese Ausschreitungen dürfen uns die Grunderscheinung nicht vergessen lassen, die sich immer deutlicher entwickelt, auch selbst mitten in der sogenannten Anarchie, die von gewissen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten absichtlich aufgebauscht wird: in Russland geht jetzt ein tiefgreifender Prozess der Umwandlung des privaten Grundbesitzes in Kollektivbesitz vor sich. Dasselbe ist auch mit den Bergwerken, Wasserkräften, Fabriksanlagen usw. der Fall.

In ungeheurem, grandiosem, in der Geschichte nie dagewesenen Masse geht die „Enteignung der Enteigner“ vor sich, die einst Marx, freilich in anderer Form, voraus-

gesehen hat. Die Hauptrolle spielen bei dieser Enteignung die arbeitenden Klassen, die sich in dem Riesenland von 22,5 Millionen Quadratkilometern Ausdehnung organisiert haben. Ohne die konstituierende Versammlung abzuwarten, vollzieht sich jetzt schon die Enteignung, auf zweifache Art: spontan und planmässig, durch die Aktion der Volksmassen wie die der Institutionen.

Die spontanen Ausschreitungen, wie z. B. die schonungslose Zerstörung des Gutes des Fürsten Swjatopolk-Mirsky (im Gouvernement Minsk) müssen wir als Ausdruck des Volkszorns und der Rache deuten, die sich seit langem durch die Mitschuld dieses Fürsten angehäuft haben. Demolierungen von Gütern finden übrigens nur dort statt, wo die Gutsbesitzer sich verhasst gemacht haben. In den meisten Fällen wickelt sich die Enteignung auf friedlichem Wege ab: eine Bauernschar erscheint, gibt die nötige Erklärung ab und beginnt auf eigene Faust, das Land des Gutsbesitzers zu bearbeiten. Belehrt durch die bitteren Erfahrungen der Revolution von 1905 und der ganzen Vergangenheit, suchen die Bauern den günstigen Moment „auszunutzen" und ihn nicht zu verpassen. Manchmal jagen sie die Arbeiter der Gutsherren einfach davon. Viele Fälle von „Aneignung" können übrigens gar nicht als solche betrachtet werden: die Bauern eignen sich die den Gutsherren gehörenden Ländereien an, einfach weil diese brach liegen, und zwar, weil die Gutsbesitzer, in Anbetracht der bevorstehenden Umwandlung des Bodenbesitzes in Gemeingut, ihr Land nicht bestellen lassen, um Unkosten zu ersparen. Damit der Boden nicht unbenutzt bleibe, bearbeiten ihn die Bauern und erklären dem Gutsbesitzer, sie hätten nur aus diesem Grunde das Land an sich genommen, und zwar nur für eine bestimmte Zeit (bis zur konstituierenden Versammlung).

Die Bauernkongresse, die Landesausschüsse, die Bauerndelegierten-Räte usw. — sie alle sprechen sich übrigens fast einstimmig gegen Ausschreitungen und voreiliges Besitzergreifen aus, und empfehlen den Bauern, die konstituierende Versammlung abzuwarten. Und währenddessen arbeiten die sozialistischen Minister, deren Zahl in Russland grösser ist als sonstwo, energisch am Projekt der Umwandlung des Grund und Bodens in Gemeingut. Schon 1905/06 waren auch die Kadetten dafür zu haben, obgleich sie im übrigen den Ankauf des Landes „zu gerechtem Preis" für nötig dabei hielten. Für den Ankauf waren auch die Volkssozialisten in der Person A. Pjeschechonoffs, des jetzigen Ministers. Dagegen aber waren die revolutionären Sozialisten, mit denen jetzt die sogenannte Partei der Arbeit verschmolzen ist. Aber schliesslich wird die Enteignung des Landes sich wohl kaum ganz ohne Entgelt vollziehen können, wenn man bedenkt, dass 85% des Grundbesitzes, der enteignet werden soll,

schon längst von seinen Eigentümern, zumeist dem Adel, in allen möglichen Banken — darunter auch der Staatsbank — verpfändet und abermals verpfändet ist. Ausserdem hat das alte Regime, um die Eigentümer abzufinden, riesige Summen aus den staatlichen Darlehnssparkassen hergegeben, wo hauptsächlich die Ersparnisse dieser selben Bauernschaft liegen, die jetzt als Enteignerin des Bodens auftritt. Die Banken aber haben ihre Papiere nicht nur in Russland ,sondern auch im Ausland angelegt. Als einziger und unumgänglicher Ausweg aus dieser verwickelten Lage scheint also der Ankauf möglich. Dessen ungeachtet hat der Allrussische Bauerndelegierten-Rat am 26. Mai (8. Juni) in seiner Resolution das Prinzip angenommen: „Übergang des gesamten Bodens in Nationalbesitz mit gleichem Nutzniessungsrecht ohne Entgelt."

Gleichzeitig mit der Expropriierung des Bodens geht hie und da auch die Enteignung der Fabriken und Industrieanlagen vor sich. Zum Teil unter dem Einfluss der allgemeinen Teuerung haben die Arbeiter ihre Lohnansprüche dermassen erhöht — und tun es auch jetzt noch — (manchmal um 400—500%), dass einige Besitzer ihre Betriebe einstellen. Die eingestellten Betriebe werden hie und da von den Arbeitern, wenn nicht übernommen, so doch weitergeführt mit einer selbstgewählten Verwaltung. Dieser Übergang der Betriebe an die Arbeiter wird ferner gefördert durch die von den sozialistischen Ministern (Skobeleff u. a.) angekündigte bevorstehende hohe Besteuerung der Gewinne (bis 80—100%). Im übrigen nimmt die Enteignung in der Industrie lange nicht die Dimensionen an wie in der Landwirtschaft.

Die anderen sozialistischen Forderungen (Einführung des Acht-, manchmal auch des Sechsstundentages, Einigungsämter usw.) sind schon fast in ganz Russland verwirklicht. Im ganzen Reich mehren sich von Tag zu Tag die sozialistischen Institutionen, und im Vergleich mit diesem riesenhaften Aufbau des Lebens erscheint die Anarchie, die ja bei viel geringeren Umwälzungen unvermeidlich ist, als nichtig, vorübergehend und zufällig.

Ob das, was in Russland auf dem Wege zur sozialistischen Ordnung bereits erreicht ist, erhalten bleiben wird? Die Industriellen haben eine „Besonderes Komitee zum Schutz der Industrie" gegründet (Vereinigung einer Reihe der grössten Syndikate der Industrie und der Banken). Es entstand auch ein „Allrussischer Verband der Landeigentümer". Eine scharfe Opposition auf dem Gebiet der Agrarfrage bilden ferner die Kadetten. Sie beharren auf der Demission des Landwirtschaftsministers W. Tschernoff; der Abschied des Fürsten Lwow ist eine Folge der Meinungsverschiedenheiten über die Agrarfrage. Auch die Anhänger des Zarismus ruhen nicht, sie sind übrigens nicht zahlreich; sie bestehen hauptsächlich aus dem „Schwarzen Hundert" (darunter sind amnestierte und geflüchtete Zivilverbrecher) und ehemalige Polizisten und Mitglieder der „Ochrana" (der Geheimpolizei), diese treten manchmal unter dem Namen der Anarchisten auf. Jedoch eine Reform kommt nach der andern, und wenn

die Entwicklung in dieser Richtung unterbunden werden sollte, so stehen Russland offenbar starke innere Unruhen bevor. Die sozialistischen Minister, gestützt auf die weiten Bauern- und Arbeitermassen, schreiten energisch weiter, realisieren, nach Kraft und Möglichkeit, die neue soziale Ordnung und räumen mit dem alten Bau des Kapitalismus gründlich auf.

Wird der internationale Kapitalismus diese sozialistischen Neugestaltungen zwingen können, der alten Ordnung Platz zu machen? Wer weiss! Die Frage, ob ein sozialistischer Staat inmitten der andern nicht-sozialistischen Staaten bestehen kann, — die Frage steht zur Diskussion und wird auch in der russischen Presse lebhaft diskutiert. Aber es ist ausser Zweifel, dass ein Staat mit relativ stärkerer sozialistischer Tendenz neben weniger sozialistisch orientierten Staaten existenzfähig ist.

Wie dem auch sei, viele sozialistische Errungenschaften werden sicher erhalten und bestehen bleiben: niemand wird mehr imstande sein, sie den arbeitenden Klassen zu entreissen. Melin, der vor 12 bis 16 Jahren den sozialen Bau Australiens und Neu-Seelands kennen lernte, hat ihn treffend als „*socialisme sans doctrine*“ gekennzeichnet. Der Weltkapitalismus hat diese fernen Länder nicht daran zu hindern vermocht, bis jetzt viele Züge des Sozialismus zu bewahren, — freilich eines sehr gemässigten Sozialismus, eines noch mässigeren, als es der „papierne Sozialismus“ A. Mengers ist. Auch Russland wird noch Schwankungen erfahren, bevor das Gleichgewicht erreicht sein wird. Dieses aber wird ein sozialistisches Gleichgewicht sein.

Nachtrag.

Der Artikel über die angebliche Anarchie in Russland war schon lange geschrieben, als in Petersburg jene Ereignisse vor sich gingen, welche die sogenannten Maximalisten an die Spitze Russlands stellten. Diese Ereignisse bestätigen nur die Diagnosen, die wir in der vorigen und in der gegenwärtigen Nummer dieser Zeitschrift, sowie im Journal de Genève und in der Gazette de Lausanne gestellt hatten. Nur diejenigen, die das, was vor

aller Augen geschieht, überhaupt nicht sehen oder nicht sehen wollen, gewahren nicht, dass viele Millionen russischer Bürger jetzt einen gigantischen, bisher unerhörten Ruck nach links auf die Seite des nicht so sehr theoretischen als praktischen Sozialismus gemacht haben. Es handelt sich hier nicht um Lenin und die Maximalisten, sondern darum, dass für die arbeitenden Klassen aller Länder, mit Ausnahme der an Zahl geringfügigen, aber regierenden Kreise, der Krieg unerträglich geworden ist, während die Rezepte zur Befreiung der Menschheit vom Kriege durch den Krieg selbst, zur Vernichtung des deutschen Junkertums durch die militärischen und industriellen Junker anderer Länder, in sehr breiten Massen nur noch Erbitterung und Hohn hervorrufen.

Hebt die Zensur dort auf, wo sie die unrühmliche Aufgabe übernommen hat, die nationalen Verirrungen zu unterstützen, — und Millionen und Millionen aufrichtiger Menschen aus allen Gesellschaftsklassen werden, ohne dass sie Sozialisten zu sein brauchen, sich zu dem, was in Russland vor sich geht, anders verhalten, als sie es jetzt tun. Lenin, zu dessen Verehrern der Autor des gegenwärtigen Artikels durchaus nicht gehört, hat klare, kurze und — was die Hauptsache ist — unzweideutige Losungen für all das gefunden, was auch ohne ihn schon lange in den Geistern gärte. Es ist Grund zur Annahme vorhanden, dass der Friedensvorschlag des Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputiertenrates, den die Agentur „Wjestnik“ in schweizerischen und andern Blättern verbreitet, auf die Bevölkerung der kriegführenden Staaten einen nicht geringen Eindruck machen und die ungeheure historische Bedeutung des wahrhaften und aufrichtigen Sozialismus, als eines gewaltigen Faktors des näher und näher kommenden Friedens, eines neuen Lebens und einer neuen Gesellschaftsordnung, besser klarlegen wird, als alle sozialistischen Proklamationen. Womit der Versuch der Maximalisten, die Macht an sich zu reissen, auch enden mag, — man wird nicht umhin können, diesen Friedensvorschlag als einen neuen Fortschritt zum Sozialismus anzusehen.

Noch radikalere Folgen der Petersburger Ereignisse sind im Innern Russlands zu erwarten. Die Mehrheit des russischen Volkes ist für den Frieden und nicht für eine Fortsetzung des Krieges. Schweizer und andere Zeitungen haben schon mitgeteilt, wie die russische Armee auf das Geschehene reagiert hat: die Desertionen nahmen sofort zu. Den Kosaken wird es kaum gelingen, mit all jenen Soldaten, die nicht weiterkämpfen wollen, fertig zu werden. Auch auf dem Gebiete der Agrarverhältnisse ist ein Ruck nach links zu verspüren; Lenin hat den Mut gehabt, gleich in seiner ersten Proklamation einen frühen Zeitpunkt für die Expropriation des Privateigentums an Grund und Boden und seine Übergabe an das Volk festzusetzen. Aber auf diesem Gebiete sind grosse Unannehmlichkeiten und Enttäuschungen für Lenin vorauszusehen: die Sozial-Revolutionäre sind seine alten Gegner. Nicht einmal alle maximalistischen Sozialdemokraten stehn auf seiner Seite. Auch wird die Expropriation des Landes ohne Loskauf kaum durchführbar sein: auf den zu expropriierenden Ländereien lasten Darlehen im Betrage von ungefähr 2½ Milliarden Rubeln, die zu einem grossen Teile von den staatlichen Sparkassen gewährt worden sind. Die Ereignisse vom 7. bis 9. November sind auch insofern interessant, als sie in noch höherem Masse als früher die Schwäche der russischen Bourgeoisie und der Kontre-Revolution aufdecken: die Mehrzahl der Bevölkerung gehört zu deren Gegnern. Weder der Reaktion noch der Bourgeoisie wird es gelingen, ein friedliches und aufrichtiges Volk in ein besinnungslos wütendes und vor sich selbst und der ganzen Menschheit lügendes zu verwandeln. Es wird ihnen nicht gelingen, die „Expropriation der Expropriierenden" aufzuhalten.

Eine neue und unerhört wichtige Welle der sozialen Geschichte bewegt sich auf uns zu.

□□□

Um Elsass-Lothringen.

Da die elsass-lothringische Frage derzeit als das schwerste Hindernis des Friedens gilt, lassen wir im Nachfolgenden verschiedene Stimmen über diese Frage zum Worte kommen. D. Red.

1. Brief eines Elsässers.

Berlin-Steglitz, den 22./10./17.

Redaktion der „Internationalen Rundschau"

Zürich.

Sehr geehrte Redaktion,

Anbei gestatte ich mir, Ihnen den Brief eines Elsässers „Wohin gehört das Elsass?" zum Abdruck zu überreichen. Der Name des Mannes muss anonym bleiben. Ich kann mich aber dafür verbürgen, dass es sich nicht etwa um ein ad hoc angefertigtes Machwerk, sondern um den unveränderten Brief eines angesehenen Alt-Elsässers handelt, und ermächtige Sie, diese Gewähr beizufügen.

Ihrer freundlichen Nachricht entgegensehend, begrüsse ich Sie, Ihr sehr ergebener

Prof. Dr. *Franz Oppenheimer.*

Wohin gehört das Elsass?

Lieber Freund!

Sie fragen mich, wie ich über die Zukunft unseres Landes denke; nicht als ob wir Erwartungen oder Wünsche über den Ausgang des jetzt tobenden Krieges auszusprechen hätten, nein, etwa in dem Sinne, als ob es uns selbst überlassen würde, frei über unser Schicksal zu entscheiden. Ich komme Ihrem Wunsche gern nach, um so mehr, als der jetzige Krieg, in dessen Ursachen unser armes, schönes Land eine so verhängnisvolle Rolle spielt, mir Anlass gegeben hat, die Schlussrechnung so mancher Gedankengänge zu ziehen, die mich im Laufe des letzten Menschenalters beschäftigt haben.

Ich gebe Ihnen auch darin recht, dass wir dabei die persönlichen Neigungen und Wünsche des einzelnen nicht mitsprechen lassen dürfen. Ob sich einer von uns zu Frankreich hingezogen fühlt oder mit Deutschland innerlich und äusserlich so verbunden ist, dass er sich eine nochmalige Trennung nicht vorstellen kann, beruht auf persönlichen Umständen, die zufälliger Natur sind. Wir dürfen diese persönlichen Umstände und Empfindungen nicht

mitsprechen lassen, wo es um die Zukunft unserer Heimat, unseres Volkes, geht, wo wir also an unsere Kinder und ferneren Nachkommen denken müssen. Auch das Interesse, moralischer und materieller Art, das Deutschland und Frankreich um unseren Besitz geltend machen, können wir nicht in Betracht ziehen. Das ist Sache der Deutschen und Franzosen selbst. — Ob man uns um unsere Meinung fragen wird? Die Wirklichkeitspolitiker beider Länder wollen nichts davon wissen. Vielleicht haben sie von einem höheren Standpunkt aus Recht. Selbst wenn man von den praktischen Schwierigkeiten einer Volksabstimmung absieht, müssen wir uns ehrlich fragen, ob unser Volk in seiner Masse reif ist, eine so schicksalsschwere Frage mit vollem Verständnis für ihr Tragweite zu beantworten.

Gerade in dieser Richtung zielt nun Ihre Anregung. Also will ich Ihnen meine Meinung sagen, die ich aus innerer Not, in schwerem, innerem Kampfe errungen habe.

Was erstreben wir? Politische Macht, die Rolle eines gleichberechtigten Staates unter den anderen europäischen Mächten? Du lieber Gott! Wir sind bescheidener als die Serben oder Montenegriner, die ich manchmal schon um ihr Nationalgefühl beneidet habe. — Nein, wir wollen unsere wohlanständige Stellung mit behaglichem, aber bescheidenem Wohlstand weiter behalten, unseren Boden bebauen, unsere Reben pflanzen, unserem Gewerbe und unseren Träumen nachgehen, das Leben auf unsere Weise geniessen, — aber vor allem wir selbst bleiben, unsere kulturelle und materielle Unabhängigkeit erhalten, und in unserer Eigenart, in unseren Sitten und Gewohnheiten unangefochten und ungestört weiter fortleben. Wer uns unsere völkische oder Stammesart pflegen und ausbauen lässt, dem werden wir geneigt sein. — Vielleicht kommt noch etwas dazu. — Darauf komme ich gleich zu sprechen.

Zunächst müssen wir kurz auf unsere Geschichte eingehen. — Aber beileibe nicht, um daraus Rechtsfolgen abzuleiten, wie es die Politiker und Historiker jenseits des Rheins und der Vogesen tun. Dieser Rechtsstreit kann ewig dauern. Schliesslich käme es darauf an, ob die ripuarischen Franken ihre Nachfolger in den Franzosen oder in den Deutschen haben, ob Karl der Grosse der Vorfahr Ludwigs XIV. oder Wilhelms II. war. — Ich meine mit meinem Laienverstand, dass eine solche Untersuchung immer zu dem Ergebnis führt, das man von vornherein will. — Aber die geschichtliche Wahrheit lässt sich wohl kaum je auf eine richterliche Urteilsformel bringen.

Nein, wir wollen die Geschichte unseres Landes nur soweit heranziehen, als die Vergangenheit uns den Weg zeigt, den wir in Zukunft gehen sollen.

Wir gehörten zu Deutschland, wir gehörten zu Frankreich, bis wir wieder deutsch wurden. Das wird wohl niemand bestreiten. Wie kam es, dass wir von Deutschen zu Franzosen wurden? Das war nicht unsere Schuld, wenn man davon absehen will, dass unser Stamm nicht die Kraft hatte, bestimmend in die Schicksale

des alten deutschen Reiches einzugreifen. Die Ursache lag an der Schwäche Deutschlands, das durch die Stauferpolitik, die Habsburgpolitik und die Reformation zersplittert war, und an der Stärke Frankreichs, dessen Königtum in der Isle de France den Kristallisationspunkt bildete, um den sich allmählich ein einheitliches, selbstbewusstes und nach Erweiterung drängendes Volk anlegte. — Soll ich erzählen, wie Frankreich unser Land allmählich schluckte — 1551, im Westfälischen Frieden und schliesslich durch die Wegnahme Strassburgs? — Konnten wir uns wehren, nachdem Spanier, Franzosen, Schweden, Kaiserliche, unser Land verwüstet hatten? Hat Deutschland uns geschützt? — Ob auch ein Teil unseres Volkes deutsch bleiben wollte, — da der Kaiser uns aufgab, mussten wir französisch werden und noch gute Miene zum bösen Spiel machen. — Revolution spielen ist nicht unsere Sache. — Also wurden wir Franzosen! — Was haben wir eingebüsst? Vielleicht manche ideellen Güter! — Aber wenn wir uns die Lage Deutschlands im 17. und 18. Jahrhundert vorstellen, dann müssen wir gestehen, dass es uns recht gut ging. Die Franzosen haben uns geschickt behandelt. Sie liessen unsere Eigenart unangetastet. Wir sprachen unsere Sprache; unsere Zünfte, unser Gewerbeleben, unsere Sitten blieben bestehen; die Protestanten erhielten sich unangefochten, — die Aufhebung des Edikts von Nantes galt nicht in unseren Landen — und der französische König regierte durch unsere alteingesessenen Herrschaften. So haben wir es nicht schlecht gehabt und auch unsere deutsche Volksart uns erhalten können, wie es die grossen Deutschen Herder und Goethe bezeugt haben.

Dann kam aber das Weitere, von dem ich oben sprach, die französische Revolution und in ihrem Gefolge die glorreiche Zeit des Kaiserreichs, an deren Ruhm wir teilnehmen durften. — Wir kamen in Fühlung mit den grossen politischen und philosophischen Gedanken der Revolution, wir lernten, was uns etwas Neues war, das stolze Gefühl der Zugehörigkeit zu einem grossen und mächtigen Volk. — Und in diesem Gefühl sind wir im Laufe des 19. Jahrhunderts mehr und mehr mit Frankreich verschmolzen und haben uns allmählich in seine Kultur eingelebt und wirtschaftlich daran angelehnt.

Dann kam 1871 und mit ihm der Gewissenswiderstreit, der uns in den letzten 47 Jahren schwer bedrückt und auch gespalten hat. — In den einen lebten Gefühle, die Jahrhunderte geschlummert hatten, wieder auf, mit offenen Armen schlossen sie sich an Deutschland an, andere konnten nicht vergessen, dass ihre Väter Franzosen gewesen waren, dass sie ihre Jugend als Franzosen verbracht, ihre Bildung und Lebensanschauung dem französischen Volk verdankten; wieder andere, die Masse des Volkes, empfand nur den Eingriff in bürgerliche und wirtschaftliche Verhältnisse, an die sie sich gewöhnt hatten. Viele wanderten aus und erhielten durch die Beziehungen mit den Zurückgebliebenen im Lande das Gefühl der Anhänglichkeit an Frankreich.

Was das Elsass in den letzten vierzig Jahren geistig und

wirtschaftlich geworden ist, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Die sichtbaren Zeichen unseres Wohlstandes ragen zum Himmel. Trotzdem blieb das Verhältnis zu unseren „Befreiern vom welschen Joch" nicht ungetrübt. Ich fürchte, viele Jenseitsrheinische haben nicht begriffen, dass wir mit alemannischer Zähigkeit unsere Neigungen und unsere Dankbarkeit für Frankreich nicht ablegen konnten wie ein Gewand. — Sie begriffen nicht unsere Stammesart. Vor allem verlangten sie zu viel von uns.

Die Preussen sind Deutsche, weil sie Preussen sind, die Bayern, weil sie Bayern sind, die Württemberger, weil sie Württemberger sind. — Von uns verlangte man aber, dass wir Deutsche schlechthin seien, ohne uns richtig Elsässer sein zu lassen. Wir wurden bevormundet von nicht einheimischen Beamten in Formen, die uns anstössiger vorkamen, als die Herrschaft der französischen Präfekten. Daher haben sich viele von uns abgeschlossen und gegen die neue wiedergewonnene Volksmutter spröde verhalten. Gestärkt hat sich aber unser Sehnen, Elsässer zu sein, wie es unsere Vorfahren in alter deutscher und französischer Zeit waren.

Nun soll die Stunde der Entscheidung nahen? Sollen wir hoffen, wieder französisch zu werden, sollen wir bei Deutschland bleiben?

Da müssen wir uns fragen. Wo werden wir unser Elsässertum am reinsten erhalten können, in welchem Volksganzen wird sich unsere Stammesart am besten ausleben und entfalten können?

Da meine ich, ist mit der Frage schon die Antwort gegeben, wenn wir uns die heutige Lage ansehen.

Die Verhältnisse liegen nicht mehr wie vor zweihundert oder dreihundert Jahren, wo der Wechsel der Staatshoheit sich eigentlich nur an der Spitze und in äusseren Formen äusserte, das Volkstum aber unangetastet blieb. — Und namentlich haben Frankreich und Deutschland grosse Wandlungen durchgemacht. Deutschland ist ein grosses, mächtiges Reich geworden, das seine schirmende Hand über alle deutschen Länder und Völker breitet. Auch der Deutsche hat jetzt einen Halt, an den sich ein stolzes Volksbewusstsein anlehnen kann. Dieses starke Nationalitätsgefühl hat der Elsässer von Frankreich gelernt zu einer Zeit, als es in Deutschland noch unbekannt war. Wir wollen das Gefühl nicht mehr missen, ein in seiner Eigenart selbständiges Glied in einem grossen Volksganzen zu sein, in dem die besten unserer Söhne ein Feld für eine ins Weite gehende Wirksamkeit finden. Unser Elsass ist ein kleines Land, in dessen Grenzen wir uns am wohlsten fühlen, aber wir brauchen den befruchtenden Atem eines grossen Volkes, um unser aus der Enge strebendes Sehnen zu befriedigen. Wir wollen draussen in der grossen Welt sagen können: civis Romanus sum.

Dieses Bedürfnis der Anlehnung, dieses Gefühl der Zugehörigkeit zu einem der grossen Herren-Völker kann Deutschland uns heute ebenso gut bieten, wie es uns einstmals Frankreich bot. Deutschland steht ungebeugt einer Welt von Feinden gegenüber. Was auch werden möge, ein stolzeres Schicksal hat nie ein Volk

erfahren. Und es ist das Volk, dessen Sprache wir sprechen, dessen Fleisch und Blut wir sind, dessen Schicksale unsere Vorfahren geteilt haben, und mit dessen geistigem Leben wir auch unter französischer Herrschaft noch verbunden waren.

Dabei wollen wir vor allem unser Elsässertum bewahren. Auch dafür finden wir in Deutschland den besten Boden. In dem bundesstaatlichen Rahmen der Reichsverfassung liegt die Sicherheit für die Bewahrung der Eigenart jedes deutschen Landes. Ich meine, es ist gerade die Pflege der Stammesart — im Rahmen eines grossen Volksganzen —, die die Stärke des deutschen Volkes ausmacht, und das Festhalten an dieser Eigenart, das uns innerlich mit den anderen Deutschen verbindet. Allerdings müssen wir auch von Deutschland erwarten — wir können dies zu unserem und des Reiches Wohl verlangen —, dass uns Deutschland auch die Selbständigkeit einräumt, die die anderen deutschen Volksstämme besitzen. Dann wird das peinliche Gefühl schwinden, das wir in diesen letzten vierzig Jahren so oft hatten, dass man uns verkennt und falsch behandelt. Und die Gegensätze zwischen uns und den anderen werden nicht grösser sein, als die zwischen Bayern und Preussen, die beide darum gute Deutsche sind. — Lasse man uns Elsässer sein, dann werden wir auch ebenso gute Deutsche werden, wie die Badenser, Hessen, Sachsen und Preussen.

Wie steht es aber nun mit unserem Verhältnis zu Frankreich, das uns als ihm entrissenes Kind in seine Arme zurückruft? Ich will annehmen, dass sein Wunsch ehrlich ist, und dass es das Elsass nicht lediglich als ein Sinnbild seiner einstigen Weltmachtstellung betrachtet. — Kann es uns aber für die Zukunft das sein, was es in der Vergangenheit war, und was Deutschland uns in Zukunft sein wird?

Nein! sage ich, und dabei werden Sie, der Sie Frankreich kennen, mir recht geben. Das Frankreich, in dem ein deutschsprechender Volksstamm mit seinen aus alter deutscher Zeit stammenden Gewohnheiten und Sitten unangefochten leben konnte, ist vorbei. — Das heutige Frankreich ist in Fragen des Volkstums eifersüchtig und unduldsam. Und dem Hasse, mit dem alles Deutsche verfolgt wird — in dem Masse, dass Schweizer, die deutsch sprechen, und Franzosen, die einen deutschen Namen tragen, Unannehmlichkeiten ausgesetzt sind —, wird auch unser Elsässertum erliegen. Hat man uns früher wegen unserer harten Aussprache des Französischen belächelt, so wird man jetzt alles, was an unsere Stammesart, die nun einmal deutsch ist, erinnert, mit Gewalt auszutilgen suchen. Nach dem Rausche der ersten Wiedererlangungsfreude würde die „Einfranzösierung" beginnen, die noch viel schlimmer und verhängnisvoller wäre als die „Eindeutschung", mit der uns unverständige Jenseitsrheinische bedrohen. Also meine ich, damit wir Elsässer bleiben, müssen wir deutsch bleiben. Das braucht nicht auszuschliessen, dass wir unsere dankbaren Erinnerungen an Frankreich bewahren, auch wenn die heutigen Franzosen ein freundliches Gefühl von seiten eines, der „Boche" bleiben will, schroff ablehnen. — Unsere Er-

innerungen gelten aber einem Frankreich, das gewesen ist, nicht dem, das alles, was deutsch spricht, denkt oder empfindet, mit bitterem Hass verfolgt.

Und noch ein Wort, lieber Freund, zu dem leise von Ihnen angeregten Gedanken einer Neutralisierung Elsass-Lothringens nach dem Muster der Schweiz oder in Anlehnung an die Schweiz. Lassen Sie diesen Plan endgültig fallen. — Ob er nicht in mancher Beziehung neuen Neigungen entspräche? Sicher! Schon unsere alte Freundschaft zu der Schweiz würde uns die Idee einer Vereinigung lockend erscheinen lassen. Abèr, vergessen Sie nicht, die Schweiz verdankt ihre Daseinsmöglichkeit ihrer Lage, ihrer Anlehnung an das Zentralgebirge mit den Quellgebieten der grossen Ströme, die den Westen bewässern. Die Schweiz ist, ich möchte sagen „geographisch neutral". Darin liegt ihre Stärke und die Gewähr ihres Zusammenhalts trotz mancher inneren Anfechtungen. — Unser Land ist aber ein schmaler Landstreifen, eingekeilt zwischen Frankreich und Deutschland. — Ein neutrales Elsass wäre ewig verurteilt, der Zankapfel zwischen beiden Ländern zu bleiben. Und das wollen wir uns ersparen. Daher müssen wir entweder deutsch oder französisch sein. — Und diese eine Frage kann, nach meinem bescheidenen Dafürhalten, nur so beantwortet werden:

Da wir ein deutscher Volksstamm sind und nur den einen Wunsch haben, unsere Stammeseigenart zu bewahren und zu pflegen, so müssen wir bei Deutschland bleiben. Alle anderen Erwägungen und Wünsche müssen dagegen zurücktreten, wenn wir, so wie es unsere Pflicht ist, für unsere Kinder und Kindeskinder sorgen wollen.

2. Zur Psychologie der Elsässer.

Von IWAN GOLL (Reichslande).

Es besteht nicht der geringste Zweifel darüber, dass ein sehr grosser Teil der Bevölkerung die preussische Herrschaft nur ungern ertrug. Die tatsächliche Entwicklung ist jedermann bekannt: Zabern. Und doch, es hätte anders kommen können! Denn es ist wahr, die elsässische Muttersprache ist deutsch. Der Charakter vielmehr süddeutsch als französisch, schwäbelnd und mit Bayern verschwistert. Und sowohl vor 1871 wie nachher, und auch vor 1914 wie nachher noch konnte man in den Pariser Salons das Lachen und Spötteln nicht verkneifen, wenn ein Elsässer die harten Diphtonge weich aussprach und umgekehrt. Allerdings: es ist meist ein gutmütiges Spötteln. Aber auch bei Beginn des Weltkrieges mochte sich der Elsässer im argwöhnischen Frankreich gar nicht so wohl fühlen, als man annehmen könnte: man war misstrauisch gegen jeden deutsch anklingenden Namen und gegen jeden nicht rein ausgesprochenen Konsonanten. So ganz zur französischen Familie gehören sie nicht: um überhaupt von geschichtlichen, so oft wieder und wieder angeführten Daten und Tatsachen abzusehen. Zuletzt ist der Elsässer der beste Typ

einer „tête carrée". Er ist der verkörperte „Widerspruchsgeist". Er liebt vor allen Dingen die persönliche Freiheit, und da er im grunde genommen auch nicht sehr politisch ist, sucht er sie viel mehr zu seinem leiblichen Wohl als aus idealen Gründen. Der Elsässer ist kein Revolutionär. Er widerspricht nur, wenn es um seinen gemütlichen Alltag geht. Und meistens gelang es ihm, die lästigen, hochnasigen Herren abzuschütteln. Der historischen „Freien Städte" gibt es im Elsass genug. Die Franken-Herzöge und -Grafen bauten sich Burgen in den Vogesen, aber in Strassburg und Kolmar herrschten die Gilden und Zünfte.

Und so ist die eigenste, einzige Schuld Deutschlands, dass es eben diesen Charakter nicht verstand. Statt gemütlich und gütig hereinzukommen, gab es Befehl, alle Türen zu öffnen und einzuschlagen. Der Soldat marschierte herein, ohne anzuklopfen. Und die „tête carrée" horchte auf. Zunächst brummend und verschwiegen. Die ersten zwanzig Jahre deutscher Herrschaft wurden unter Zischen, aber ohne Gekeif ertragen. Keine politischen Affären. Zunächst war man durch die Kriegsverhältnisse geschwächt und mürbe gemacht; vielleicht dachte man auch: mit der Zeit wird es besser. Und man spielte vielleicht auch nur mit dem französischen Gedanken, um die Ungeduld zu täuschen. Man feierte den 14. Juli, das Geburtsfest der französischen Republik, auf sehr harmlose Weise, indem man aus kindlicher Freude am farbigen Prunk nach Belfort oder Nancy zur grossen Parade fuhr. Das war dann ein Tag des allgemeinen Wiedersehens mit den ausgewanderten oder drüben gebliebenen Bekannten. Man durfte damals auch noch die Marseillaise singen. Abends war die Heimfahrt mit blau-weiss-roten Fähnlein und Lampions geschmückt, die zur Erinnerung an die Wand und neben den Spiegel geklebt wurden mitsamt Postkarten und den Photographien der Alten. Wirklich sehr harmlos.

Aber der preussische Schutzmann schien immer (vielleicht aus Kontrast) barscher und herrischer zu werden. Und aus dem Spiel wurde Ernst. Der unbiegsame, eingewanderte Bureaukrat ärgerte sich, nicht dieselbe Achtung vorzufinden wie bei seinesgleichen, und er stampfte auf. Ein höhnisches Hoho war das Echo. Aus dem Spiel wurde Ernst. Das Singen der „Marseillaise" wurde verboten, die französische Sprache nur ungern gehört. In den Volksschulen und selbst in den Gymnasien wurden im Stundenplan zwei lächerlich schlecht gehandhabte Stunden der französischen Sprache eingeräumt. Alles Übrige deutsch. Auf den Universitäten sogar wurden die mit französischem Akzent kämpfenden Philologen und Juristen drangsaliert und immer zurückgestellt. Man erschwerte ihnen die Examina. Man zog bei jeder Gelegenheit, auf jedem Posten, die Reichsdeutschen vor. Lange Zeit konnte man überhaupt nicht Richter oder Kreisdirektor werden. Der einzige an der Universität gebildete Verein elsass-lothringischer Studenten — daneben gab es Dutzende von reichsdeutschen Corps und Burschenschaften — wurde gesprengt und verboten.

Da brach Hass hervor. Da viel schlimmer als zu Anfang: Es

war der elsässische Widerspruchsgeist. Und so kommt es, dass erst das letzte Jahrzehnt vor dem Krieg, also die zweite und dritte Generation nach der Besiegten von 1870, die politischen Krawalle erlebte, dass da erst eine neue Lohe der Begeisterung für Frankreich sich entwickelte. Gesellschaften bildeten sich, die der Polizei und allen militärischen Vorschriften zum Trotz mit französischem Wesen auftrumpften: so der „Souvenir français“ in Metz, der es fertig brachte, auf deutschem Schlachtfelderboden ein grandioses, vom Pariser Bildhauer Hannaux entworfenes Denkmal zur Erinnerung an die gefallenen französischen Krieger in Noisseville zu errichten; so auch die „Lorraine Sportive“, mit den beiden Brüdern Samain an der Spitze, eine politisch übrigens ganz harmlose Vereinigung von jungen Handelskommis und sonstigen Bürgern, die jeden Sonntag einen Ausflug zu den lothringischen Schlachtgräbern von 1870 unternahmen, und dann spät abends mit den französischen „clairons“ bei dem Rhythmus der Sambre et Meuse in die alte lothringische Festung zurückkehrten, wo sich allerdings die gelangweilten, in den Strassen herumposierenden Leutnants blau ärgern sollten. Man erinnert sich des berühmten Prozesses, den die Brüder Samain als Leiter dieser Vereinigung mit Hilfe ihres Mülhauser Advokaten Blumenthal dann siegreich durchführten.

Frankreich fing wieder mehr denn je an, sich für Elsass-Lothringen zu interessieren. Déroulède manifestierte jedes Jahr vor der Statue von Strassburg. Der „Matin“ brachte die Photographie des von der Strassburger Universität verwiesenen Präsidenten der „Association des étudiants Alsacien-Lorrains“. Die Zeitschrift „Les Annales“ begann, in Mülhausen und Strassburg usw. Vortragsabende einzurichten, um die französischen Elemente fester miteinander zu verknüpfen. Das „Théâtre de Nancy“ wurde in Metz allwöchentlich von vollem Hause akklamiert. Der Docteur Bucher in Strassburg gab eine elsässische Zeitschrift heraus, die alle alten Traditionen und Gebräuche ausgrub und verherrlichte. In Lothringen wurden in den Dörfern von Pfarrern und Lehrern der im Nationalkostüm auferstehenden Jugend die alten „rondes“ und originalen Tänze des Landes gelehrt.

Es war der Bankerott des deutschen Kultursystems!

Und wie haben sich seitdem die Verhältnisse während dieses grausamen Weltkrieges gestaltet? Wie dankt es Deutschland den Zehntausenden von jungen Elsässern und Lothringern, die ihr Leben auf allen Schlachtfeldern Europas hinopfern, und oft, wenn sie z. B. vor Verdun oder vor St. Dié kämpfen, sich ins eigene Fleisch schneiden müssen, in dem Bewusstsein, dort im unsichtbaren Schützengraben da harrt vielleicht ein Vetter, ein Neffe, wenn nicht gar ein Bruder der deutschen Kugel! Man sollte erwarten, mit Genugtuung, mit Nachsicht und Dankbarkeit — aber, soweit überhaupt spärliche Nachrichten ins Ausland gelangen können, hört man nur Klagen und Anklagen. Am Anfang des Krieges wurden Hunderte von Elsass-Lothringern als Spione oder dergleichen gerichtet. „Hie Verräter — dort Verräter“: der Elsässer

hatte nirgends Heimat mehr. Die Daheimgebliebenen wurden für das geringste Vergehen verfolgt. Statt wirklich die Gelegenheit zu ergreifen, um mit einem Schlag alle früheren Fehler wieder gutzumachen, statt sich nach all den gewaltigen, unwiderlegbaren Siegen im Osten und Westen nun auch innen im Herzen der Bürger zu rehabilitieren, liess die deutsche Verwaltung in Elsass-Lothringen nichts aus, um die Bevölkerung zu peinigen und zu ducken. Ihre frühere „Milde" tat ihr leid, und an einem Tage wurde plötzlich im ganzen Land verboten, französisch zu sprechen. Die Alten, die kein Deutsch verstanden, mussten sich helfen, wie sie konnten. Alle alten Strassenschilder abgerissen und durch neugeschaffene Namen ersetzt. Alle historischen Dorfnamen, das letzte Erbteil vergangener Zeit, von deutschen Philologen hastig übersetzt oder umgedichtet: alles germanisiert, militarisiert, drangsaliert. Das sind die Tatsachen, harte Tatsachen des Krieges, verhängnisschwere Verwicklungen. Wie es in den Seelen der Einwohner aussieht, das wagt niemand zu beschreiben.

Für wessen Sieg sollen die Glocken in Elsass-Lothringen läuten?

Das eben sollte die Zukunft ihren Kindern ersparen, dass sie vor solch ein abgründiges Dilemma noch einmal gestellt werden. Das wird die Hauptfrage sein, die ein grossherziges Deutschland und ein grosszügiges Europa zu beantworten haben werden.

3. Elsass-Lothringen und der Schiedsgerichtsgedanken.

Von Pacificus.

Mehr und mehr gelangen alle europäischen Völker zur Einsicht, dass Elsass-Lothringen ein wahrer Eris-Apfel ist, den ein unbarmherziges Geschick zwischen zwei edle Nationen geschleudert hat, ihnen und allen anderen Krieg bringend und endloses Unglück. Ein Asquith und ein Kühlemann können sich über die Zukunft der jetzt deutschen Reichslande absolut nicht einigen; aber darüber sind sie vollkommen einig, dass eben die entgegengesetzten Forderungen der beiden Kriegsparteien im Augenblicke das grösste und schwerste Hindernis des Friedens bilden. Einmal muss der Friede aber doch kommen. Und wenn dann mit Gewalt die eine oder die andere Lösung vom Feinde als Friedensbedingung erpresst wird, so muss der Friede ein „fauler" Friede bleiben, ein blosser Waffenstillstand bis zum nächsten Kriege. Denn was die Gewalt

geschaffen hat, kann auch nur die Gewalt behaupten, bis die Gewalt des Gegners es wieder in Frage stellt.

Da drängt sich nun mit Macht der Gedanke auf: Könnte nicht ein Schiedsgericht, eine erlesene Versammlung der vornehmsten Richter der Welt, unterstützt von den besten beiderseitigen Diplomaten und Generälen als Sachverständigen, zu einer gerechten und darum dauernden Lösung gelangen?

Misstrauisch betrachtet der deutsche, auch der französische Leser diese Zeilen. Der erste denkt: Der will uns um unser gutes Land beschwindeln; jedes Schiedsgericht Europas besteht in der Mehrheit aus unseren Feinden. Der andere wieder ist noch rascher fertig: Manœuvre boche! Ich kenne dieses Misstrauen. Vielleicht kann ich es dadurch mildern, dass ich meinen persönlichen Standpunkt klar definiere. Mir ist in der elsass-lothringischen Frage das Wichtigste nicht Deutschland und nicht Frankreich. Mir ist das Wichtigste Gegenwart und Zukunft der Reichslande, deren qualvolle Situation in diesem Kriege gar nicht zu beschreiben ist.

Wer es mit Elsass-Lothringen wirklich gut meint, der müsste handeln wie die echte Mutter im salomonischen Urteil: Verhüten, dass bei dem Streite das Kind verblute. Und das geschieht, gleichviel ob es bei Deutschland oder bei Frankreich bleibt, denn in beiden Fällen ist es für den zähneknirschend entsagenden Teil eine Herausforderung zu neuen Kämpfen. Im Interesse der Reichslande liegt nur eine Lösung: nämlich die Loslösung von beiden, von Deutschland und von Frankreich. Und sie liegt auch im wahren Interesse beider Staaten; denn bisher ist diese Provinz ein Nessushemd für den jeweiligen Besitzer gewesen, ein brennender und zehrender Schaden. Hätte Frankreich im Jahre 1870 nicht unglücklicherweise Elsass-Lothringen besessen, so würde der Krieg mit Sedan zu Ende gewesen sein; die Freude über die Verjagung des Usurpators hätte den Schmerz der Niederlage gemildert und früher oder später hätten Deutschland und Frankreich sich zu fruchtbarem Bunde ergänzen können. So aber

musste die täglich durch neue Schmerzensschreie ihrer gefangenen Kinder gereizte Republik jenes gigantische Netz des französisch-russisch-angelsächsischen Weltbundes spinnen, in welchem jetzt Deutschland und seine Verbündeten so endlos verfangen sind. Hand aufs Herz! Ist der Besitz von Elsass-Lothringen, halb gegen dessen Willen, so unsägliche Leiden wert? Die Welt ist voll von Leuten, die stumm sind, weil sie nicht reden dürfen, und an ihrer Stelle reden die Gewaltherrscher des Augenblicks. Aber eine innere Stimme sagt es mir: Dürften Deutsche, Franzosen, Elsässer reden, wie ihnen ums Herz ist, nicht eine Stunde würde der Krieg weiter fortgeführt, wenn es sich um nichts handelte als um den Besitz von Elsass-Lothringen, das heisst um die Verhinderung der einzigen wahrhaft friedlichen, menschlich-edlen, der Grossherzigkeit zweier grosser Nationen allein würdigen Lösung, der vollen Unabhängigkeit des streitigen Gebietes.

Das nun ist meine persönliche Meinung, die ich überhaupt nur deshalb ausspreche, damit vernünftige Deutsche oder Franzosen in gleicher Weise sehen können, dass ich es mit beiden Nationen gleich gut meine. Noch könnten deutsche Leser glauben, es stecke welsche Tücke dahinter und ich wolle sie vergessen machen, dass die Bildung eines unabhängigen elsass-lothringischen Pufferstaates doch schliesslich nur auf Kosten des gegenwärtigen Besitzstandes des Deutschen Reiches geschehen könnte. Darf ich daher meine Meinung ganz unverholen aussprechen, so würde zu einer gerechten Lösung, selbst in diesem Falle der Neutralisierung Elsass-Lothringens, auch noch eine Entschädigung an Deutschland gehören, die übrigens mit den etwa von Deutschland an Frankreich geschuldeten Entschädigungen sich aufheben könnte.

Doch das wäre schon Sache des Schiedsgerichtes, welchem ich übrigens selbstverständlich mit meiner Privatidee über die Zukunft Elsass-Lothringens weder vorgreifen kann noch will.

Ich denke mir ein solches Schiedsgericht aus den ersten Völkerrechtsgelehrten Europas und Amerikas oder auch

nur Deutschlands, Frankreichs und der neutralen Staaten Europas zusammengesetzt; dieser Versammlung würden ganz bestimmte, zwischen den Parlamenten beider Völker auf Vorschlag ihrer Regierungen vereinbarte Fragen vorgelegt werden, etwa:

1. Welche staatsrechtliche Stellung Elsass-Lothringens liegt am meisten im Interesse der dortigen Bevölkerung?

2. Welche staatsrechtliche Stellung Elsass-Lothringens bedeutet das verhältnismässig geringste Opfer zugleich für Frankreich und für Deutschland?

3. Wie lassen sich diese wichtigen und legitimen Interessen miteinander versöhnen?

Wenn diese Fragen durch die bedeutendsten Sachkenner aus politischen, ökonomischen, kulturhistorischen und ethischen Gesichtspunkten beantwortet würden, so liesse sich veilleicht eine versöhnende Lösung finden. Elsass-Lothringen könnte ein Bindeglied des neuen Europa werden.

□ □ □

Wer wissen will, wie es unter den Deutschen steht, der darf nicht auf gerühmte Namen hören.

Er achte auf die Jungen, Ungerühmten, grad noch nicht Totgeschossenen. Es beginnt. Ganz winzig. Doch es beginnt. Und dieser Beginn wird nicht wie einst organisierter Gewerklerstreik durch Verteilen von Speckseiten aus Kriegskammern zu ersticken sein. Untheatralisch, zäh, langsam, vom Entsetzen des Einfachsten her, ganz aus dem Kleinen zuerst, wird es zur Freiheit gehen. Ein schwerer Gang noch schlafdumpfer Menschen.

Alles ist noch zu tun. Wir stehen erst am Anfang einer Vorläufergeneration vom Leben fürs Bewusstsein dessen, was Freiheit ist.

Aber schon am Anfang. Denn sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!

Ludwig Rubiner, Zeit-Echo, September.

Die Kamarilla der Demokratie.

Ein Beitrag zur Pressreform.

von Dr. PAUL NATHAN, Berlin.

(Schluss.)

Die typische Erscheinung für solche Zusammenballung von Zeitungsunternehmungen innerhalb der Grenzen eines Landes ist heute die kopflose Zeitung, die an einem Orte hergestellt wird und die alsdann, mit einem entsprechenden Kopfe versehen, als Lokalblatt an Dutzenden von Orten erscheinen kann. Dabei soll keineswegs behauptet werden, dass kopflose Zeitungen in jedem Falle oder auch nur in den meisten Fällen korrupt sind. Es soll nur darauf hingewiesen werden, welch ausserordentlicher Einfluss und zwar vor allem politischer Einfluss, der nützlich verwendet oder missbraucht werden kann, von einer einzigen Stelle aus in Wirksamkeit sich setzen lässt.

Genau dasselbe ist zu sagen in bezug auf die Vertrustung der Zeitungen. Die Macht, die damit in einer Hand zusammenläuft, kann eine ungeheure sein, und diese Macht kann in der verderblichsten oder auch in der segensvollsten Weise gebraucht werden. Und diese Vertrustung beginnt jetzt bereits, was besonders bemerkenswert ist, sich über die Landesgrenzen hinüber geltend zu machen.

Die „Times" stehen in einem Nachrichtenaustausch mit dem Pariser „Matin", und sie unterhielten enge Beziehungen zugleich zur „Nowoje Wremja," und neuestens wird bekannt, dass Lord Northcliffe, der Besitzer der „Times" und von einem Dutzend und mehr Zeitungen in England, in den Vereinigten Staaten daran arbeitet, auch die amerikanische Presse, oder wenigstens eine grosse Zahl amerikanischer Organe in nächste Verbindung zu dem Times-Concern zu bringen. Welch ungeheure Macht damit dem Einfluss eines einzelnen Menschen oder einer kleinen Gruppe von Menschen unterstellt wird, die keinerlei unmittelbare politische Verantwortung zu tragen haben, bedarf keiner Erläuterung.

Diese Entwicklungstendenzen, die durch Lord Northcliffe vor allem vertreten werden und mit äusserster Energie und Geschicklichkeit bereits in grossem Umfange verwirklicht sind, beschränken sich aber keineswegs auf England. Sie sind ein Ergebnis der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Ver-

hältnisse, in denen wir leben, und es ist daher nicht verwunderlich, dass dieselben Erscheinungen in den Anfängen sich auch in andern Ländern bereits bemerkbar machen.

Das Programm für diese Entwicklung hat in charakteristischer Weise einmal Lord Northcliffe, freilich in rosenroter Beleuchtung, aufgestellt. Er sagte:

„Der Trust könne Eigendrahtleitungen bauen oder das ausschliessliche Nutzungsrecht vorhandener Telegraphen und Kabellinien erwerben. Die unbegrenzten Kapitalien, über die er verfügte, würden ihn in den Stand setzen, die beste Nachrichtenzufuhr und die vorzüglichsten Federn in seinen Dienst zu nehmen. Die Konkurrenzblätter würden dann eingehen, oder Mitglieder des Syndikats werden müssen."

Eine solche Presse aber „würde der gegenwärtig so blühenden Schmutzpresse ein Ende bereiten. Wie müssten die Missetäter und die Feinde des Gemeinwohls zittern, wenn die Presse des ganzen Landes mit der gleichen Stimme spräche, die gleichen Grundsätze verträte und die gleiche Politik unterstützte."*)

Das ist das Bild, das Lord Northcliffe entwirft.

Ihm gegenüber muss man das Bild stellen, das der leitende Redakteur der „Daily News", Gardiner, einer der vortrefflichsten englischen Journalisten, von Lord Northcliffe zeichnet. Er wendet sich direkt an ihn in einem offenen Briefe:

„Wer Ihren Werdegang verfolgt, wird schwerlich auf etwas stossen, wo er sagen kann: Hier opferte Lord Northcliffe seine journalistischen Interessen für das Gemeinwohl, für die Sache des Friedens, für irgend ein grosses Ideal, das ihm kein Korn auf die Mühle brachte. Hier brauchte er seine ungeheure Macht, nicht um sich selbst, sondern die Welt zu bereichern ... Mit einem Worte, Sie waren durch zwanzig Jahre der journalistische Brandstifter in England, ein Mann, stets bereit, die Welt in Flammen zu setzen, um daraus ein Zeitungsplakat zu machen."**)

Diese Auffassung wird in England von zahlreichen unabhängigen Politikern geteilt; aber ganz gleichgültig, ob Lord Northcliffe vollkommen zutreffend von Gardiner porträtiert worden ist, jedenfalls kann die moderne Entwickelung dazu führen, und nicht nur an einer Stelle und nicht nur in einem Lande, sondern an vielen Stellen und in vielen Ländern, eine Persönlichkeit hochzubringen, wie sie von dem einflussreichen politischen Leiter der „Daily News" vor die Augen des englischen Volkes gestellt worden ist.

Es ist Lord Brougham gewesen, der die Wirkungen, die sich alsdann für den Parlamentarismus ergeben müssen, vorausgesehen hat. Seine Worte lauten:

„Wenn das Gift persönlicher Angriffe einen Volksvertreter

*) Angeführt von Bücher: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Januar 1917, p. 293.

**) Angeführt bei Karl Bücher: Unsere Sache und die Tagespresse, Tübingen 1915.

daran hindert, die Bahn zu verfolgen, die sein eigenes ehrliches und wohlüberlegtes Urteil ihm vorzeichnen, wenn Furcht vor dem gedruckten Tadel ihn von seiner Pflicht zurückscheucht, wie er sie nach seinen eigenen Begriffen erkannt hat, wenn er aus Liebe zum Beifall der leitenden Pressorgane, oder um ihre Feindschaft zu entwaffnen, sein Betragen nach ihren Wünschen einrichtet, dann verrät er sein ihm anvertrautes Amt auf schmachvolle Weise."

Gewiss, so ist es; aber nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, ist es ebenso sicher, dass nicht nur einzelne Personen, sondern ganze Parteien, wie in Italien, unter dem Drucke der durch die Presse geleiteten öffentlichen Meinung ihr „Amt auf schmachvolle Weise" verraten haben. *)

Damit eröffnet sich die folgende Perspektive:

In den modern regierten Ländern ist der tatsächliche Souverän die öffentliche Meinung. Weder ein Parlament, noch ein Ministerium können bleibend gegen die öffentliche Meinung regieren. Die öffentliche Meinung aber wird heute in weit stärkerem Masse durch die Presse, die tagtäglich zu Worte kommt, beeinflusst und gebildet als durch das Parlament, das nur selten sich hören lasst, und wo Wirkung und Gegenwirkung durch Rede und Gegenrede häufig paralysiert werden. Und schliesslich bekommt die Masse der Bevölkerung die Parlamentsverhandlungen nicht einmal so vor die Augen, wie sie sich abgespielt haben, sondern so wie die Presse sie darzustellen für zweckmässig erachtet, und überdies mit Kommentaren versehen, die Licht und Schatten so verteilen, wie die Zeitung sie verteilen will; wenn aber die öffentliche Meinung stärker von der Presse, wie vom Parlament beherrscht wird, und wenn Parlament und Regierung gegen die öffentliche Meinung, wie sie durch die Presse geformt wird, bleibend nicht regieren können, so geht damit die Verantwortung von den verfassungsmässigen, verantwortlichen Instanzen des Staatslebens auf eine Macht über, die, ungreifbar wie die Kamarilla der Vergangenheit, den heutigen Souverän, das Volk, zu den verderblichsten Willensäusserungen hinzuzerren vermag.

Die grosse Aufgabe der politischen Presse ist es, die Massen für das Staatsleben zu erziehen; sie über die politischen Vorgänge in der Welt zu informieren, und wenn die Presse, statt diese Aufgabe zu erfüllen, die Wahrheit deformiert

---

*) Am 19. Oktober dieses Jahres konnte im italienischen Parlament ohne Widerspruch die Behauptung durch den Sozialisten Oèntini aufgestellt und vom Beifall grosser Parteien begleitet werden, „dass die französische Propaganda schon vor dem Kriege für die italienische Presse fünfundzwanzig Millionen ausgab".

und das Parlament terrorisiert, wie in ausgeprägtester Form in Italien — aber nicht nur in Italien — so kann sich in der Welt eine Katastrophe ergeben, wie wir sie jetzt durchleben.

* * *

Und das Heilmittel?

Es kann natürlich nicht daran gedacht werden, in der modernen Zeit die politische Albernheit der begrabenen Zensur als bleibende Einrichtung wieder aufleben zu lassen. Zensur bedeutet: Insbesondere Bevormundung der politischen Geistesregungen eines Volkes. Diese Bevormundung unter feste gesetzliche Normen zu stellen, ist eine Unmöglichkeit. Sie muss daher den Charakter der Willkür tragen, und sie wird ferner durch eine einseitige parteipolitische Willkür charakterisiert sein, weil vom verschiedenen Parteistandpunkt aus dieselbe Behauptung für den einen verbrecherisch, für den anderen als politische Heilswahrheit erscheinen wird. Das politisch mächtigste Instrument zur Gestaltung des modernen öffentlichen Lebens einem Bürokraten, einem Parteimann oder einem Dilettanten, oder auch einem Kollegium von solchen Leuten auszuliefern, ist undenkbar.

Man hat bei dieser Sachlage daran gedacht, die schlechten Elemente von der Presse fernzuhalten, indem gesetzlich festgelegt würde, dass jeder einzelne politische Artikel mit dem vollen Namen gezeichnet werden muss. Ein Experiment in dieser Richtung ist in Frankreich gemacht worden — ohne Erfolg, und es ist klar, dass auf diesem Wege sich ein Erfolg nicht erzielen lässt. Ein Gebot dieser Art wird nur dazu führen, das Gift, das den Lesern und der Bevölkerung kredenzt werden soll, möglichst subtil und fein zu destillieren. Nicht die groben Verstösse gegen die politische Moral, gegen die Wahrheit und Sittlichkeit aber sind die gefährlichsten. Gefährlich ist jenes Gift, dessen verderblicher Charakter am sorgfältigsten und erfolgreichsten verhüllt ist, und Journalisten, die über diese Kunst verfügen, machen sich unter Umständen eine Ehre daraus, ihr Präparat mit ihrem Namen zu schmücken.

Man hat auch erwogen, den politischen Zeitungen die Annoncen zu nehmen. Man will damit die Politik vom Geschäft vollkommen trennen. Der Gedanke geht auf Ferdinand Lassalle zurück; aber auch diese Massregel würde absolut keine Heilung bringen. Die politischen Zeitungen, ihrer wertvollsten Einnahmequelle in manchen Ländern beraubt, wären alsdann gezwungen, dahin zu vegetieren; sie könnten auch ihrer nützlichen Aufgabe, durch Telegramme und Korrespondenzen die Bevölkerung zu orientieren, nicht mehr in bisheriger Weise genügen, und doch würde das Ziel, das erreicht werden soll, damit keineswegs erreicht werden. Denn finanziell schwache Zeitungen sind der Korruption gewiss in hohem Grade ausgesetzt, und die Korruption mit Geld

innerhalb der Grenzen eines Landes oder auch über die Grenzen hinüber würde, wenn Zeitungen auf eigenen Füssen kaum stehen könnten, für ihr Wirken nur einen umsobesser vorbereiteten Boden finden. *)

Der Gedanke, einen nationalen oder internationalen Areopag einzusetzen von Journalisten, die im gegebenen Falle ein Urteil über die Verfehlungen ihrer Berufsgenossen abzugeben hätten, ist gewiss zunächst verführerisch, aber wenn man die Einzelheiten dieses Planes durchzudenken beginnt, so erscheint die Möglichkeit der Ausführung zweifelhaft und die Wirksamkeit eines solchen Areopags im hohen Grade problematisch. Eine derartige Urteilsfällung wird in jedem Falle eine erheblichere Zeit erfordern, wenn die Institution international gestaltet wird, sogar eine recht erhebliche Zeit; und doch kommt es gerade in der Politik nicht in erster Reihe darauf an, dass ein Unrecht seine Sühne findet, sondern dass eine verderbliche Wirkung, die in der Öffentlichkeit sich geltend macht, in der Öffentlichkeit auch unmittelbar paralysiert wird. Und was noch schwerer ins Gewicht fällt: auch eine solche Massregel würde nur dazu führen, mit um so grösserer Vorsicht und mit um so grösserem Raffinement die Volksverführung zu betreiben.

Sainte-Beuve hat einmal gesagt, er bedauere, dass die Zensur aufgehoben sei. Seitdem hätten die Schriftsteller aufgehört, mit Feinheit zu schreiben; denn der begabte Schriftsteller könne in jedem Falle alles sagen, was ihm zu sagen notwendig erscheint. Zu Zeiten der Zensur habe er mit höchster Finesse und doch mit Deutlichkeit das Erforderliche vorgebracht, und nach Aufhebung der Zensur werde er verleitet, es mit plumper Brutalität zu sagen. — So ist es in der Tat.

Auch von einer gesetzlich geregelten Vorbildung der Redakteure erwartet man einen Heilungsprozess. Eine gute Vorbildung ist gewiss kein Schade; aber auch die beste Vorbildung ist keine Gewähr für jene unabhängige Charakterfestigkeit, die den Redakteur allein vor den schwersten Anfechtungen bewahrt. Und dann handelt es sich gar nicht allein um den Redakteur, sondern es handelt sich vor allen Dingen auch um den Zeitungsbesitzer, der sich stets jene Elemente heranziehen wird, die er für sein sauberes oder für sein unsauberes Geschäft als die geeignetsten erachtet.

Wie für so viele körperliche Krankheiten gibt es auch für die Seuche, die einen Teil der modernen Presse befallen hat und die den gesunden Teil bedroht, kein Radikalmittel. Das ist bedauerlich, aber nur der Charlatan wird über diese Tatsache hinwegzutäuschen suchen.

Freilich ganz ratlos steht man doch nicht dem Übel gegenüber.

Der grosse Camillo Cavour, der zugleich ein genialer

*) Vgl.: „Die Hilfe“, 19. April 1917 und 20. September 1917: Artikel von Schairer und „Frankfurter Zeitung“ vom 24. August: „Ala“.

Staatsmann und im tiefsten Innern ein wahrhaft moderner, liberal empfindender Mensch gewesen ist, sagt in einer Rede vom Jahre 1854 über die Pressfreiheit: „Gegen die Presse existiert nur ein wirksames Mittel: Das ist die Presse selbst.“ An diesem Grundsatz wird man festhalten müssen; freilich mit einer Ergänzung.

Zur Zeit Cavours stand das Parlament noch unerschüttert und fast ohne Rivalen im Mittelpunkt des politischen öffentlichen Lebens. Die Verschiebung, die seitdem eingetreten ist, besteht, wie hervorgehoben, darin, dass heute nicht das Parlament, dessen Aufgaben die Verfassung klar abgrenzt, die Führung im politischen Leben einer Nation hat; diese Führung ist vielmehr schon in überwiegendem Grade auf die Presse übergegangen. die im Staatsleben eine Freischar darstellt, ohne strenge Disziplin, ohne abgegrenzte Verantwortlichkeit, nur abhängig von ihrem Erfolge, der eher einem Northcliffe, als einem Gardiner — diese Männer als Typen gedacht — zufällt.

Die notwendige Entwicklung, die diese Verschiebung bedeutet, wird man nicht rückgängig machen können; das wäre unmöglich. Aber bis zu einem gewissen Grade wird man diese Entwicklung korrigieren können. Das Parlament, oder vielmehr die einzelnen Parteien im Parlament, werden sich in höherem Grade als das bisher geschehen ist, des Instrumentes bemächtigen müssen, ohne das die öffentliche Meinung heute nicht mehr erzogen und nicht beherrscht werden kann.

Wilhelm Feilinger hat seinerseits diesen Gedanken ausgesprochen. Er schreibt:

„Es bedürfte nur eines Gesetzes, das bestimmen würde, dass politische Tageszeitungen nur von politischenParteien selbst herausgegeben werden dürfen, und dass andere Tageszeitungen keinen politischen Inhalt, auch nicht in der Form ‚parteiloser‘ Politik enthalten dürfen.“ *)

Der Gedanke, dessen innerster Kern gesund ist, kann natürlich nicht so zur Ausführung gelangen, wie es hier verlangt wird. Man hat sogleich eingeworfen, dass neu aufstrebende Parteien, Parteien, die morgen stark sein werden und die heute noch aus wenigen Personen ausserhalb des Parlaments bestehen, vielleicht aus einer Person, überhaupt nicht in der Lage sein würden, ihre Anschauungen durch die Presse zu vertreten. Und was ist eine Partei? Eine Partei kann aus mancherlei Unterparteien mit recht

*) Feilinger: Das Problem der Zeitung in „Die Tat“, 1915/16. Nov; vgl. auch seine anonyme Einsendung in der „Internationalen Rundschau“ vom 1. November 1915, Nachtrag S. 389, und die Entgegnungen Gustav Maiers, Baron Wrangels u. a. in der Nummer vom 10. Dez. 1915, S. 483 ff.

entgegengesetzten Anschauungen bestehen. Also nicht darauf kann es ankommen, dass nur eine organisierte politische Partei das Recht haben soll, ihre Anschauungen durch die Presse bekannt zu geben. Der Zustand, wie er besteht, darf nicht verkümmert werden. Aber die Pflicht im eigensten Interesse und im Interesse der Nation und der gesamten zivilisierten Welt sollten wohl die Parteien haben, in erkennbarer Weise durch Pressorgane ihre politischen Anschauungen in der Bevölkerung zu verbreiten. Die grossen politischen Parteien und ihre Führer werden sich der Aufgabe nicht entziehen können, in höherem Grade als bisher und ohne Verhüllung auch durch die Zeitung auf die Masse der Bevölkerung zu wirken. Tun sie es nicht, so wird das Parlament durch die Presse noch weiter in den Hintergrund geschoben werden mit all den höchst bedenklichen Rückwirkungen, die sich ergeben müssen, wenn eine Macht, die im verfassungsmässigen Aufbau des Staates einen Platz nicht hat, und für die durch die Verfassung keine Kontrollen geschaffen sind, jene andere Macht vollkommen verdunkelt, die unter Kontrolle und innerhalb der Verfassung eine ganz entscheidende politische Stimme im Staatsleben haben soll.

Treten die Parteien offensichtlich und fortlaufend mit ihren Anschauungen in der Presse hervor, so wird das politische Parteileben in und ausserhalb des Parlaments eine gewisse Umgestaltung erfahren. Neben den redegewandten Advokaten, der bisher das parlamentarische Leben in erheblichem Umfange beherrscht hat, wird dann der schreibgewandte Journalist treten, und zwar in stärkerem Grade als bisher; er wird das Parlament und die Partei eng mit der Presse und mit dem Parteiblatt verknüpfen.

Der Unterschied gegen heute ist kein durchgreifender; er besteht nur darin, dass heute einzelne prominente Parlamentarier sich mit Namensnennung oder auch anonym in der Presse äussern, und dass dann die Parteien als solche, auch wenn das Parlament nicht tagt, ihren Standpunkt klarlegen, und es so erschweren, dass die korrupte Presse die öffentliche Meinung für ihre Sonderinteressen eingefangen hat, bevor noch die Parteien sich äussern konnten. Wie aber die enge und offensichtliche Verbindung zwischen Parteien und ihrer Presse herzustellen, das ist eine in den verschiedenen Ländern verschieden zu beantwortende Frage, die sich ohne erhebliche Schwierigkeiten lösen lässt.

Vollzieht sich diese Umformung nicht, so stehen die Parlamente vor der Gefahr, die in den Vereinigten Staaten bereits leibhaftig an die Türe pocht, dass nämlich das verfassungsmässig verantwortliche Parlament herabgedrückt wird zu einer Maschine für Abstimmungen, die dirigiert wird von der öffentlichen Meinung, die hinwiederum geformt wird im wesentlichen von der durch die Verfassung in keiner Weise kontrollierten Presse. Gelingt es den in den Parlamenten organisierten politischen Parteien nicht, die durch die Verfassung ihnen zukommende Stellung aufrechtzuerhalten, dann werden allmählich die Fundamente zusammenstürzen, auf denen das moderne Staatsleben aufgebaut ist.

Ist eine feste und ganz offensichtliche — gerade auch hierauf kommt es an — Verbindung zwischen parlamentarischen Parteien und Presse hergestellt, dann weiss die Bevölkerung, wo sie eine politische Kost erhalten kann, für die jene, die sie verabreichen, für die ganze Parteien verantwortlich gemacht werden können — auch bei den Wahlen. Gewiss kann es alsdann noch eine Presse geben, für welche die Parteien die Verantwortung nicht tragen, und in der sich dunkle und unter Umständen verderbliche Einflüsse geltend machen. Diese Gefahr bleibt bestehen; aber die Bevölkerung weiss dann wenigstens, welches die Läden angesehener und kontrollierter Firmen sind, aus denen sie ihre politische Nahrung beziehen kann. Wer aber in das Geschäft eines Quacksalbers geht, statt in eine bekannte Apotheke, um seine Kräftigungs- und Heilmittel zu beziehen, der darf sich nicht beklagen, wenn er statt einer Heilkur einer langsamen Vergiftungskur unterzogen wird.

Es ist auch ein Vorurteil, dass ausgesprochene Parteiblätter langweilig sein müssen und deswegen niemals eine grosse Verbreitung erlangen werden. Das wird nur zutreffen, wenn der Parteistandpunkt ein enger und steriler ist; das ist er oft; aber er braucht es nicht zu sein, und so können auch Parteiblätter, wenn sie nur geschickt geleitet werden und von einer entsprechend weiten politischen Weltanschauung getragen sind, sehr wohl alles das bieten, was breite Volksmassen berechtigterweise verlangen können.

Diese politische Presse der Zukunft, die in gesundem Erdreich wurzelt, wird aber auch ihrerseits die Verbindung mit verwandten Organen des Auslandes suchen müssen. Was Northcliffe vorschwebt, und was er durch engste Anlehnung an russische und französische Pressorgane anstrebt, und was er jetzt im grössten Masstabe in den Vereinigten Staaten von Amerika durchzuführen sucht, das wird die politische Parteipresse von morgen gleichfalls zu tun haben. Die verwandten Richtungen werden über die Grenzen hinüber miteinander in Verbindung treten müssen; seitens der Sozialdemokratie und seitens der katholischen Parteien ist das in gewissem Umfange schon bisher geschehen. Auch andere Parteien verschiedener Länder, deren Ziele verwandte sind, werden den gleichen Weg zu beschreiten haben. Sie können in bleibender, fester Verbindung sich gegenseitig informieren; sie können in gegenseitiger Unterstützung die öffentliche Meinung ihres Landes aufklären; sie können gemeinsam Vorurteile beseitigen und Missverständnisse aus dem Wege räumen, sie können der Verketzerung bestimmter politischer Geistesrichtungen nicht nur in einem Lande, sondern in mehreren Ländern entgegentreten, und gegenüber der Presse, die die internationale Verhetzung als einträgliches Geschäft betreibt, werden sie kämpfen unter dem Banner: Good will among nations.

Und schliesslich wird das Gift der Krankheit, das hier aufzudecken versucht wurde, langsam im Verlaufe der Entwicklung an Verderblichkeit einbüssen. Auch dieser Prozess ist in den Vereinigten Staaten schon am weitesten vorgeschritten. Die Bevölkerung ist sich dort über das Wesen zahlreicher Zeitungen in hohem Grade klar, und wie der berufsmässige Politiker in den Vereinigten Staaten im allgemeinen als eine recht zweifelhafte und wenig vertrauenswürdige Gestalt betrachtet wird, so auch vielfach dort die Presse.

In den Vereinigten Staaten gibt es bereits grosse Massen, die höchst despektierlich von der Presse ihres Landes reden, die mit grosser Skepsis über die Zuverlässigkeit der Zeitungen sich äussern, und die sich ihr selbständiges Urteil vorbehalten. Gerade dies ist die Ursache, dass eine politische Bewegung in den Vereinigten Staaten, die zunächst ausserordentlich stark erscheint, plötzlich abflaut und abgelöst wird von einer neuen Bewegung, die der ersteren völlig entgegengesetzt ist. Dann treten eben allmählich jene Massen mit ihrer Ansicht in den Vordergrund, die der gewerbsmässigen Politik, wie dem gewerbsmässigen Zeitungswesen mit gleicher zweifelnder Ablehnung gegenüberstehen; es setzt das ein, was man nennt: the second sober thought.

Demokratie und moderne Presse aber gehören untrennbar zu einander. Die Demokratie hat zur Voraussetzung politische Urteilsfähigkeit der Massen, und um diese Urteilsfähigkeit heranzubilden, die sich alsdann auch der Presse gegenüber geltend machen müsste, geschieht durch die Erziehung bisher so gut wie nichts in allen Staaten der Welt.

Die Schule vermittelt heute Kenntnisse, nur nicht die Kenntnis vom Staat und vom modernen Staatsleben; erst schüchterne Anfänge zeigen sich hier und dort in dieser Richtung.

Und unsere Schulen sind noch fast überall in der Welt Autoritätsschulen. Die Erweckung des kritischen Geistes in den niederen, mittleren und höheren Schulen wird nirgends systematisch versucht; hiermit wird erst begonnen auf den Universitäten, die der Masse der Jugend unzugänglich sind und unzugänglich bleiben werden. So verfallen die Massen unkritisch dem fertigen Urteil der Presse, das oft genug nicht erzieherisch fördernd, sondern verbildend, nicht aufklärend, sondern verdummend wirkt. Die Demokratie, die bereits in der Schule verankert werden muss — gewiss nicht durch unkritische Verherrlichung, sondern durch freimütige Aufdeckung ihrer inneren Lebensnotwendigkeit in unserer Zeit —, muss Menschen heranbilden, die auch dem gedruckten Wort

der Zeitung — oft dem einzigen gedruckten Wort gegenüber, das ihnen vor Augen kommt — kritisch zu bleiben vermögen. Der Einfluss der Zeitungen muss nicht gestürzt, sondern dadurch erhöht werden, dass die modernen Massen schon von der Schule herangebildet wurden, um sie gesunde Zeitungskost von ungesunder Zeitungskost besser unterscheiden zu lehren.

Freilich kann man nicht verkennen, dass solcher Prozess, der sich auch in den Vereinigten Staaten nur langsam vollzieht, in der gesamten zivilisierten Welt erst zum Ablauf gelangt sein wird, nachdem sich unsägliches Unglück ereignet haben kann.

Ein Fortschritt zur Besserung liegt aber jedenfalls darin, dass das Übel von den verschiedensten Seiten bereits erkannt worden ist. Je weiter diese Erkenntnis fortschreitet, umso besser für das moderne politische Leben; denn darüber kann man sich nicht täuschen: gelingt es nicht, die Seuche wesentlich einzuschränken, oder zu bannen, so können sich Katastrophen, wie wir sie jetzt erleben, immer erneut wiederholen.

Die moderne Demokratie wird die ihr damit gestellte Aufgabe lösen müssen, oder sie wird an der Kamarilla unserer Zeit, an der korrupten politischen Presse, zugrunde gehen.

□□□

Man staunt immer, dass es heute noch so warme Anwälte des Krieges gibt. — Mit Unrecht wie mir scheint. Der Organismus Menschheit hat Zellen, die zur Verteidigung bestimmt sind und auch angreifende, zur Eroberung. Abenteurer, wagemutige Kämpfer, die sich erst in der Gefahr wohl fühlen. Früher zogen sie von Land zu Land dem Kriege nach, einerlei in wessen Diensten. Diesen ehrlichen Raufbolden brauchte man keine Ideale vorzutäuschen.

Heute aber müssen die Friedliebenden, die Weichmütigen, die Milden, welche keinem Tier ein Leid tun können, töten und getötet werden.

So ist eigentlich nicht der Krieg die furchtbarste Gewalt, sondern die allgemeine Wehrpflicht. *F. F.*

Im Zeichen Romain Rollands.

Von CLAIRE STUDER.

Er ragt auf aus der Schweiz wie ein Fels. Er hat ſich eingeſchloſſen mit ſeinem großen Herzen, das ſie ſteinigen wollten, die Phariſäer, die die Menſchheit verraten haben. Er lebt allein mit ſich und ſeinem ungeheuren Schmerz über den Zuſammenbruch unſerer Zeit.

Aus dem kleinen Neſt am Genferſee, neben der Romantik von Chillon, wirft er ſeinen großen Schatten, den Schatten des Titanen, über die kleine Inſel inmitten des Todes in die kriegführenden Länder hinein. Über die Länder des zerſchoſſenen Glückes, der geſtorbenen Liebe ſtrömt das Blut ſeines Herzens, weht der Wind ſeines Geiſtes. Er verficht die Sache der Menſchheit mit ſeinem Namen, mit ſeiner Tat. Man wallfahrtet zu ihm wie zu einem Heiligen. Wie der große Apoſtel von Jasnaïa-Poliana, hat er, der Tolstoi unſerer Zeit, ſich eingeſetzt für die Sache des Brudertums. Er iſt die große Kirche, um die ſich die Gläubigen verſammeln, die Gläubigen des einzig wahren Glaubens an die Menſchheit. Seine Worte ſind das Allerheiligſte, vor dem ſie knien, das ſie anbeten, verkündigen.

Er hat ſich hundert Mal kreuzigen laſſen für ſeine Überzeugung, die die wahre, die einzige Überzeugung iſt. Er iſt das große Symbol des Friedens und der Verbrüderung. Und e r wird es ſein, deſſen Name allein einmal Millionen vor der Geſchichte reinigen wird, deren Menſchlichkeit unterging in der Verwirrung. Er iſt das große Licht unſrer Zeit, er iſt der größte Europäer.

Seine wiſſenden Augen, die ſchmerzlich in die Menſchen gleiten, leuchten wie Sterne über dem Nachthimmel der Zeit. Aber ſein göttliches Herz iſt die große Sonne, die hinwegſtrahlt bis an das andere Ende und dort die Seelen ſeiner Jünger entzündet, daß ſie aufgeriſſen von ſeinem Wort ſich hingeben an das All mit der leuchtenden Gebärde der Liebe.

Sie ſchreien auf, all dieſe jungen Franzoſen, gegen ihr Land, gegen die Welt, gegen den Hass.

Guilbeaux hat unter dem Schild des Wortes „demain,“ wie er ſeine mutige Zeitſchrift nennt, die Freunde verſammelt. Er kämpft mit allem

was er iſt und hat, als Menſch und als Dichter für die Verwirklichung des Friedens. Er hat gegen den Krieg die rote Fahne der Revolte aufgehißt und hält ſie hoch über Verwünſchungen, Beleidigungen, Bedrohungen und tätliche Angriffe. Aus dem europäiſchen Wahnſinn ſucht er in den Reihen aller Länder die Gleichgeſinnten. Er, der alle Herausragenden bei uns kennt wie keiner, nennt ſie in ſeinen Heften, die eines Geistes mit ihm ſind, des neuen Geiſtes und reicht ihnen die Hände.

Neben ihm Claude le Maguet, der Herausgeber der „Tablettes„. Brüderlich arbeiten ſie nebeneinander, Hand in Hand mit ihren jungen Dichtern: dem in Maßloſigkeit explodierenden J.-P. Jouve, dem edlen, an der Wunde der Menſchheit leidenden Marcel Martinet und dem ehernen Zeichner Frans Maſereel, der wie aus einem ſeiner eigenen Holzſchnitte zu kommen ſcheint. Sie gehen alle leidend auf dasſelbe Ziel zu, hindurch durch die ſchreiende Menſchheit, die ſie erleben. Alle kämpfen ſie im Zeichen Romain Rollands mit der Reinheit großer Herzen, der Verſtändnisloſigkeit und Unduldſamkeit gegen ſinnloſe Vernichtung.

Sie bauen aus den Worten ihres Führers und ihren eigenen einen großen Tempel, der wachſen und wachſen wird, in den täglich mehr Menſchen treten und ſie werden weiter bauen, bis er die ganze Menſchheit in ſeinen Hallen verſammeln wird.

Wer ſagt, daß Europa nicht mehr lieben kann? Der neue Geist kann nicht ermordet werden, der neue Geist wird leben!

□□□

Wo Krieg ist, muss Unrecht sein, auf einer Seite oder auf beiden.

John Ruskin.

□□□

Kein Wirtschaftskrieg nach dem Frieden!

Von J. A. HOBSON, Universität London.*)

(Schluss).

Die wirksamste Abwehr gegen Deutschland.

Viele Leute, die den, sei es für die nationale Verteidigung oder für den künftigen Wirtschaftskrieg bestimmten Zolltarif verwerfen, neigen dennoch ganz berechtigterweise zu der Erwägung, ob nicht Schritte unternommen werden sollten, um zu verhindern, dass Artikel und Methoden, die für Kriegszwecke oder für die Aufrechterhaltung unentbehrlicher Landesindustrien wichtig sind, unter ausländische Kontrolle gelangen. Jene, die seitens unserer jetzigen Feinde in Zukunft eine agressive Handels- und Finanzpolitik befürchten, denken an zweierlei: manchmal nur daran, dass diese Staaten mittelst Subventionen und anderen öffentlichen Hilfsmitteln gewisse Industrien und Handelszweige ihres Landes schaffen oder verstärken werden, um im Kriegsfalle ein Monopol oder eine überlegene Stellung zu besitzen; oder sie meinen bloss, dass die Kaufleute und Industriellen dieser Länder, von den Banken unterstützt, im Aussenhandel eine agressive Politik betreiben und durch geschickte Investitionen, sowie energisches Abjagen der Kundschaft die Kontrolle über wichtige Hilfsquellen oder Absatzgebiete erlangen werden. In letzterem Falle ist die „agressive Tätigkeit" nichts anderes als eine erfolgreiche Konkurrenz, gesehen vom Standpunkte des unterliegenden Konkurrenten.

In diesem Sinne war und ist Grossbritannien noch immer die agressivste unter allen Nationen, denn es geht in seinem erfolgreichen Handel und seiner Kontrolle der natürlichen Hilfsquellen fremder Länder viel weiter als seine Konkurrenten. So ist z. B. die englische Herrschaft über die unermesslichen Schätze Argentiniens viel vollständiger, als die Kontrolle deutscher Kaufleute und Finanziers in irgend einem fremden Lande es jemals gewesen ist.

Natürlich lässt sich behaupten, dass hinter all diesen Investitionen und dieser Handelstätigkeit Deutschlands der deutsche Staat und seine militärische Politik stehen. Es ist unbestreitbar, dass der deutsche Staat viel engere organische Beziehungen zu seinem inländischen und auch ausländischen

---

*) Vergl. Heft 11 und 13.

Handel und Gewerbe unterhalten hat als unser Staat, und zwar durch Förderung und Unterstützung derselben mittelst Transportsubventionen, Zollprämien, Unterrichtspolitik, Konsulargeldern etc. Und doch sind die während der letzten zwanzig Jahre durch deutschen Handel und deutsche Finanzen in allen Teilen der Welt gemachten Fortschritte fast ausschliesslich die Ergebnisse privater Geschäftsunternehmungen. Die Anwendung der chemischen und physikalischen Wissenschaften auf die Industrie; der Unterricht in Handelswissenschaften und Sprachen; das genaue Studium und die Pflege der neuen Absatzwege; die finanziellen Unterstützungen, die nach Einholung von Sachverständigengutachten den neuen Vorschlägen in bezug auf Handel und Industrie gewährt wurden, kurz die Hauptursachen seiner kommerziellen Entwicklung verdahkt Deutschland ursprünglich der Intelligenz, dem Gewerbefleiss und der Organisationstätigkeit solcher Geschäftsunternehmungen, die nicht im politischen Dienste, sondern des Gewinnes halber arbeiten.

Wenn man behauptet, dass diese ganze Tätigkeit zum grössten Teil ein Vorwand und Werkzeug der preussischen Staatspolitik ist, die darauf aus ist, alle Länder der Welt kommerziell und finanziell zu durchdringen, um diese wirtschaftliche Kontrolle in eine politische zu verwandeln, so ist das ein müssiges Geschwätz, gleichviel ob sie von verärgerten Handlungsreisenden oder von Staatsmännern stammt, die „verantwortlich" sein sollten. Als drastisches Beispiel sehe man sich folgende Stelle aus einer bei Eröffnung der Pariser Wirtschaftskonferenz gehaltenen Rede Briands an*): „Der Krieg hat die Ausdehnung der wirtschaftlichen Sklaverei gezeigt, der wir unterworfen werden sollten. Wir müssen einsehen, dass die Gefahr gross war und unsere Gegner dem Erfolge nahe waren. Da kam der Krieg. Der Krieg mit den ungeheuern Opfern, die er fordert, wird nicht vergeblich gewesen sein, wenn er eine wirtschaftliche Befreiung der Welt mit sich bringt und wieder gesunden kommerziellen Methoden Geltung verschafft. Wir alle sind entschlossen, das uns aufgezwungene Joch abzuschütteln, unseren kommerziellen Verkehr wieder aufzunehmen und frei dem unserer Verbündeten anzugliedern." Was bedeuten die hier gesperrt gedruckten Stellen und ähnliche in der Einleitung zu dem Bericht über die Pariser Konferenz? Welche Art wirtschaftlicher Sklaverei trachtete Deutschland Frankreich und der Welt aufzuerlegen? Von welcher Sklaverei wird dieser Krieg sie befreien? Gewiss vergrösserten die Deutschen (nicht

*) Bericht der „Times" vom 15. Juni 1916.

Deutschland) den Umfang ihres auswärtigen Handels; ihre Industrien erwarben sich in verschiedenen Ländern neue Absatzgebiete: Wohlhabende Deutsche investierten eine stets wachsende Menge ihrer Ersparnisse in den Bergwerks-, Eisenbahn- und Industrieunternehmungen Frankreichs, Italiens, Belgiens und anderer europäischer Staaten; sie legten auch grosse Summen in ähnlichen Geschäftsunternehmungen der Vereinigten Staaten, Südamerikas und anderer Länder an. Und was ist dabei? Inwiefern sind die Vereinigten Staaten einer „wirtschaftlichen Sklaverei" unterworfen gewesen, weil ihre Geschäftsleute bei Europäern ungeheure Summen entlehnten, um die Eisenbahnen Amerikas zu bauen und seine Hilfsquellen zu erschliessen? Und wenn deutsche Sparkapitalien in den letzten Jahren auch in französischen Eisen- und Kohlenindustrien investiert worden sind, kann Briand ernstlich behaupten, dass dies den Franzosen geschadet oder ein „Joch" auferlegt habe, d. h. dass die Franzosen besser daran gewesen wären, wenn sie nicht im Ausland grössere Mengen verwertbaren Kapitals aufgetrieben hätten zu einem niedrigeren Zinsfuss als sie ihn daheim bezahlen mussten? Gewiss übten in manchen französischen und italienischen Unternehmungen deutsche Kapitalisten oder selbst deutsche Banken einen mächtigen Einfluss aus, wie es übrigens auch englische Kapitalisten und Finanzgesellschaften in Argentinien und vielen anderen Ländern tun. Aber inwieferne hat der Krieg diese Tatsachen als „wirtschaftliche Sklaverei" entlarvt. Es sei denn im Sinne der Sozialisten, die jeden kapitalistischen Einfluss als Versklavung auffassen. Der deutsche Staat hat gewiss in manchen fremden Ländern einen entwickelten geheimen Informationsdienst gehabt und mag auch die Zweigniederlassungen deutscher Firmen als Quellen politischer Informationen benützt haben. Die weitverbreitete Verwendung deutscher Angestellter in ausländischen Handelshäusern hat den deutschen Firmen sicherlich eine gründlichere Kenntnis der Geschäftsverhältnisse ihrer ausländischen Konkurrenten verschafft, als die englischen Handelshäuser sie besitzen. Aber all diese Kunstgriffe sind bloss ein kluges, durchaus erlaubtes Erfassen günstiger Geschäftsgelegenheiten. Was die deutschen Firmen getan haben, hätten auch unsere Firmen tun sollen, und sie haben es überall, wo wir Erfolg hatten, getan. Die Vorstellung, dass dieser ganze, sich mächtig ausdehnende deutsche Handel und das deutsche Grosskapital dabei nichts als ein Katzenpfötchen des lauernden deutschen Staates war, entbehrt jeder Begründung. Die Kapitalisten, die an der Spitze von Handel, Industrie und Bankwesen Deutschlands stehen, sind auf Gewinn aus und nicht auf

politische Ziele, sonst hätten sie auch unmöglich ihren grossen geschäftlichen Erfolg haben können. Wie die Geschäftsleute aller anderen Länder, erwirken sie sich von ihrer Regierung so viel Förderung als sie nur können in bezug auf kaufmännisches Unterrichtswesen, Transporte, Zölle und diplomatische Pressionen. Aber die Vermutung, dass die deutschen Kaufleute, Bankiers und Kolonisten blosse Agenten sind, die vom deutschen Staat vorgeschoben werden, gehört zu jenen Zumutungen an die Leichtgläubigkeit, die in keiner anderen als der jetzigen Kriegsatmosphäre hätten Erfolg haben können. Nichts illustriert diese Leichtgläubigkeit besser, als die Leichtigkeit, mit welcher „der Mann aus dem Volke" die übliche Anklage geglaubt hat, dass die Deutschen eine Politik des „wissenschaftlichen Dumping" verfolgen. Der einzige verständliche Sinn dieses Ausdruckes wäre, dass, vermöge einer wohlerwogenen Politik die deutschen Kartelle oder „Monopole" zu Schleuderpreisen Waren auf unseren Markt werfen könnten, um dadurch die englischen Konkurrenten zu ruinieren; sind sie einmal ausgeschaltet, so könnten die Deutschen die Waren zu erhöhten Preisen absetzen, um sich so für die Schleuderpreise schadlos zu halten, mit denen der Markt erworben wurde. Mich dünkt, es glauben eine Menge Leute daran, dass die „Deutschen" das gemacht haben. Aber niemand kann einen bestimmten Geschäftszweig nachweisen, in dem sie es ausgeführt haben. Theoretisch liegt es gewiss im Bereiche der Möglichkeit, wenn auch die Chancen auf Erfolg nicht gerade gross wären. In der Praxis hat es sich aber als unmöglich erwiesen, in einem Freihandelstaat das „dumping" erfolgreich zu betreiben. Macrosty sagt*): „Es ist durch reichliche deutsche Erfahrung bewiesen worden, dass sich das Verfahren des „Dumping" nicht rentiert und dass es für einen Trust oder ein Kartell vorteilhafter ist, den Export so einzurichten, dass er den grösstmöglichen Gewinn ergibt." —

Man kann ruhig behaupten, dass die deutschen, ebenso wie die anderen konkurrierenden Kaufleute und Kapitalisten, im allgemeinen nur auf Gewinn ausgehen und ihr Geld, sowie ihre Waren dort hinsenden, wo die Gewinnchancen am grössten und sichersten sind.

Doch mag es Fälle geben, wo private Unternehmungen geschäftlicher oder wissenschaftlicher Natur irgendeine Entdeckung gemacht oder ein Gewerbe erfunden haben, dem ein besonderer politischer oder militärischer Wert innewohnt. Ein Beispiel wäre das vom Metall ‚Tungstein', welches zum Härten des Stahls verwendet wird, und dessen wichtigste

*) „Die Trustbewegung in der englischen Industrie", S. 342.

Auffindungsstellen sich die Deutschen gesichert haben sollen. Doch müssen solche Fälle da, wo sie nachgewiesen werden können, von der gewöhnlich unter „Handel“, im Sinne unserer Diskussion genannten Kategorie ausgeschaltet und unter jene anderen Handelsunternehmungen in Deutschland oder anderswo eingereiht werden, die der Staat zugegebenermassen aus zum Teil militärischen Rücksichten fördert und ermutigt. Wo ein Staat „seine Volkswirtschaft“ zu „agressiven“ Zwecken so orientiert, dass er unsere Hilfsmittel an militärischem Bedarf oder im Kriegsfalle nötigen Lebensmitteln gefährdet, ist es offenbar Pflicht unseres Staates, einen solchen „Angriff“ durch alle erforderlichen Mittel abzuwehren. Wenn es z. B. nötig würde, uns gegen die im Kriegsfall plötzlich eintretende Entziehung irgendwelcher ausserordentlich wichtiger Waren, bezüglich derer wir leicht in vollkommene Abhängigkeit vom Feinde geraten könnten, zu sichern, dann wäre es ganz berechtigt, die Einfuhr solcher Waren zu verbieten, vorausgesetzt dass wir, ohne die gewöhnlich bei einem geschützten Gewerbszweige herrschenden Zustände, ein heimisches Ersatzmittel zu schaffen imstande wären. Das lässt sich auf verschiedene Weise erreichen. Wenn die Einfuhr verboten wird, könnten die übergrossen Gewinnste der geschützten Privatunternehmen durch indirekte Abgaben, durch eine Gewinnsteuer oder durch Taxen für die Konsumenten verhindert werden, wie sie im Betrieb von Gasgesellschaften und anderen halböffentlichen Monopolen eingeführt sind. Oder — was noch besser und einfacher wäre — solche Industrien könnten als halböffentliche Monopole eingerichtet und betrieben werden; das wäre aus den verschiedensten Gründen am erwünschtesten. Denn erstens wären es in fast allen Fällen, wo eine ernstliche Gefährdung unserer nationalen Verteidigung zu befürchten steht, solche Industrien, die eng mit dem Rüstungswesen verknüpft sind. Und wenn es auch während des Krieges nötig sein kann, private technische Firmen zur Ergänzung des staatlichen Ausrüstungsbetriebes heranzuziehen, so sollte es doch eine Funktion des Staates sein, die gewöhnliche Waffenerzeugung in seinen eigenen Unternehmungen und Werkstätten zu betreiben und nicht zu erlauben, dass mächtige grosse Privatinteressen am Kriege im Herzen der Nation heranwachsen. Wenn daher die aggressive Handelspolitik eines ausländischen Staates unseren Staat damit bedroht, ihn unentbehrlicher Verteidigungswaffen zu berauben, dann fällt die Erzeugung solcher Artikel natürlich in das eigentliche Gebiet staatlicher Unternehmung. Nach dieser nationalen Organisation der Heeresindustrien, und nicht nach Zöllen sollten wir um unserer Verteidigung willen trachten.

Aber ausserhalb dieses engen Gebietes von Kriegsartikeln gibt es zahlreiche Industrien in solchen Handelsartikeln und Lebensmitteln, deren Erzeugung wir zum grossen Teil oder vollständig in fremde, ja zumeist deutsche Hände geraten liessen. Besonders vier Artikel beleuchten diese wirtschaftliche Gefahr; es sind dies: Farbstoffe, Monazit, Tungstein und Zucker. Einen äusserst zutreffenden Kommentar über diese Artikel gibt Dr. F. A. Mason in einem Brief an die „Times" (30. März). Er lautet: „Die vier erwähnten Artikel — Tungstein zur Stahlerzeugung, Monazit für die Erzeugung von Gasröhren, Indigo und Rübenzucker — scheinen auf den ersten Blick keine rechte Verwandtschaft zu haben, aber ihre Erwähnung im Zusammenhang mit dem industriellen Erfolg der Deutschen und dem Misserfolg der Engländer ist keine willkürliche. Das Band, das sie untereinander eint, lässt sich in ein Wort zusammenfassen: die Chemie. Kein Wissenszweig ist, theoretisch wie praktisch, bisher so jämmerlich vernachlässigt worden. In der Praxis sind alle wichtigen Industrien, in denen uns Deutschland überflügelt hat, diejenigen, bei denen der Chemiker den Ausschlag zu geben hat." Zugestandenermassen sind die Deutschen in allen Industrien hervorragend tüchtig, in denen Wissenschaft, Erziehung und kaufmännische Organisation von Wichtigkeit sind. Die richtigste Methode, uns zu verteidigen, ist, diese den Erfolg verbürgenden Faktoren zu pflegen, Wird uns da ein Schutzzoll helfen? Die allgemeine und natürliche Tendenz des Schutzzolls ist es, bezüglich aller technischen und kommerziellen Methoden, die Strebsamkeit, die neuen Experimente, den Fortschritt zu entmutigen.

Die Konkurrenz zu vermeiden und sich hinter eine Zollmauer zurückzuziehen, ist nicht nur eine feige, sondern auch eine merkwürdig unzweckmässige Methode, der Überlegenheit unserer Konkurrenten in gewissen Industrien zu begegnen. Beruht diese Überlegenheit auf Geist, Wissen und Organisation, dann täten wir besser daran, unsere „Verteidigung" auf derselben Grundlage aufzubauen. Nur so kann eine wirklich erfolgreiche Verteidigung durchgesetzt werden. Denn die überraschendste Tatsache an diesen auf Wissenschaft gegründeten Industrien ist, dass sie sich beständig verändern und erweitern. Was heute „Schlüsselindustrie" ist, wird es morgen nicht mehr sein. Der Krieg öffnet in dieser Hinsicht gewaltig die Augen. Eine Bemerkung Hugh Bells zu diesem Thema sei allen kurzsichtigen „Tarifreformern" empfohlen, die hinter den wahren Bedürfnissen der Nation immer zurückbleiben möchten: „Wer kann sagen, was im nächsten Kriege, den

die Menschheit führen wird, die „Schlüsselindustrie“ sein wird? Etwa eine feine Stahllegierung, die die Anwendung eines seltenen Metalls erfordern wird. Sollen wir alle Industrien in seltenen Metallen (der Himmel schütze ihre Marke!) mit Schutzzöllen belegen, damit nicht etwa eine von ihnen den Weg zur ausschliesslichen Beherrschung der Luft finde, wie es so leicht der Fall sein könnte?*)“

Wäre es nicht sicherer, unsere Erziehungsmethoden zu verbessern, damit wir wenigstens dieselben Aussichten wie Deutschland oder eine andere Nation hätten, neue „Schlüsselindustrien“ zu entdecken und zu entwickeln?

*) „Der Handel nach dem Krieg“, April 1916.

□□□

Die Last der Annexionen.

Es wird viel darüber gestritten, ob der Landerwerb (durch Annexion oder Kolonisation) den erwerbenden Staaten Glück oder Schaden bringe. Ganz übersehen wird dabei meist, wie grundverschieden der Wert solcher Erwirkungen zur Zeit auf- und absteigender Konkjunktur oder — was dasselbe ist – steigender und sinkender Preise ist. Und doch ist es eine bekannte Tatsache, dass alle moderne Kolonialpolitik auf dem Expansionsbedürfnis des Kapitals beruht, also einen Kapitalüberschuss des erwerbenden Volkes zur Voraussetzung hat (s. in diesem Sinne die „Neue Zeit” vom März-Mai 1917). Bis zu einem gewissen Grade kapitalistischer Sättigung ist das Kolonisieren ferner Länder mit seinen hohen Transport-, Verwaltungs-, Verteidigungs- usw. Spesen unrentabel im Vergleich zu den Kapitalanlagen, die in der Heimat der Erschliessung harren. Daher die oft gemachte Beobachtung, dass die Expansionslust der Staaten und Völker zur Zeit wirtschaftlicher Depression und anhaltenden Preisfalls (z. B. von 1815 bis 1850, von 1873 bis gegen 1890) versiegt, oder lediglich zu Enttäuschungen führt, dass sich die öffentliche Meinung dementsprechend dagegen auflehnt, während zur Zeit des Aufschwungs Kolonialabenteuer meist populär sind.

Ein ganz ähnliches gilt aber für politische Landerwerbungen in Europa selbst, besonders im Wege der Annexion, und zwar ebenso aus physiologischen wie aus wirtschaftlichen Gründen. Nach grossen politischen Katastrophen zur Zeit des Preisfalls und der weltwirtschaftlichen Depression (die immer innere Zerwürfnisse, fanatische Partei- und Klassen-

kämpfe mit sich bringt) werden die Völker unregierbar*) — und zwar um so mehr, je mehr man bereits allgemein demokratischen Anschauungen huldigt, und tragen zudem an Steuern so wenig ein, dass gewaltsam annektierte oder wirtschaftlich rückständige Provinzen für den Erwerber eine furchtbare Last bedeuten. Je kleiner und einheitlicher das zu regierende Gebiet, umso besser für Staat und Steuerzahler! Man weiss, mit welcher Schuldenlast und wirtschaftlichen Not Italien bis gegen 1900 seine neu erworbene Einheit bezahlte, wie schwer zur gleichen Zeit Österreich und die Schweiz an ihren wirtschaftlich rückständigen Gegenden tragen! Erst von 1900 an begannen eigentlich die europäischen Grossstaaten, aus ihren Kolonien greifbare Vorteile zu ziehen. In Irland wie in der Donaumonarchie, in Frankreich, Spanien herrschten zur Zeit der grossen Preisfälle 1815—48 und 1873—88 sehr unerquickliche Zustände.

Genau so dürfte es nach diesem Kriege ergehen, wo aus zahlreichen Gründen (Bevölkerungsrückgang, Degeneration, allgemeine politische, kommerzielle usw. Unsicherheit, extreme wirtschaftliche Konzentration und massenhaft arbeitsparende Fortschritte, Steuerdruck) ein langdauernder Preisfall mit intensiven Proletarisationserscheinungen einsetzen dürfte.

Das Erwerben fremder Gebiete stellt angesichts dieser Zukunft das denkbar schlechteste Geschäft dar — so sehr, dass man sich fragen muss, ob nicht der unterliegende Teil alles in allem besser fahren werde als der Sieger. Dass der Besitz der im Kriege verwüsteten Gebiete kein wirtschaftliches Aktivum darstellen kann, dürfte ohne weiteres einleuchten. Aber auch gewaltsam annektierte Gebiete (Elsass-Lothringen, Polen, Serbien) dürften ihrem Besitzer eine schwere Last sein, ganz abgesehen von den zu ihrer Verteidigung nötigen Rüstungen. — Heisst es zur Zeit des Kapitalüberflusses im allgemeinen: „Selber essen macht fett!“ — so ist zur Depressionszeit der Spruch angebracht, dass „Geben seliger ist als nehmen” ... Besonders für wirtschaftlich rückständige, stark verschuldete Staaten bedeutet der Besitz politisch heterogener, schwer regierbarer Provinzen zu solcher Zeit ein wahres Verhängnis. Jeder europäische Grossstaat dürfte binnen kurzem seine „Vendée”, sein „Problema del mezzogiorno”, seine Separationsbestrebungen und Massenauswanderungen haben.

Dr. *Walter Eggenschwyler.*

---

*) Näheres s. in Verfs. „Europa nach dem Kriege”, Zürich 1917.

Internationalismus, Weltkrieg und Freimaurerei.

Eine objektive Studie

von LEOPOLD KATSCHER, Bern.

Im Juli ds. J. erregte in der Tagespresse der sogenannte „scandalo massonico", der in Italien die Gemüter erhitzte, Aufsehen. Ende Juni hatte in Paris ein, freilich nur von sehr wenigen Ländern beschickter internationaler Freimaurerkongress stattgefunden — anlässlich des zweihundertsten Gedenktages des Bestehens des „modernen" („symbolischen") Maurertums. Obwohl bekanntlich die „Königliche Kunst" die Beschäftigung mit Politik grundsätzlich verpönt, hatte die Pariser Jubiläumsversammlung sich nicht enthalten, über Kriegsziele und Friedenspolitik zu verhandeln. Selbstverständlich konnte dabei nicht viel herauskommen, besonders da die Zusammensetzung der Teilnehmer eine recht einseitige war. Man gab Elsass- Lothringen ohne Plebiszit an Frankreich zurück, verkündete die Unabhängigkeit Böhmens, forderte die Errichtung eines selbständigen Polenreiches und machte die italienischen Ansprüche auf österreichische „unerlöste" Landesteile von Abstimmungen der betreffenden Bevölkerungen abhängig. Die ersten drei „Beschlüsse" fand die italienische Grossloge (Maurerzentrale) in Ordnung, aber den vierten, den demokratischesten, focht sie als antinational an und wollte ihn nicht gelten lassen. Es zeigte sich, dass in Paris nur die sich an den Grossorient von Frankreich anlehnenden italienischen Logen vertreten waren, während die nationalistischen Logen sich fernhielten. Die heftigen Angriffe der patriotischen Presse wuchsen sich zu einem wahren „Freimaurerskandal" heraus, der die Amtsniederlegung des Grossmeisters zur Folge hatte und den kriegsfreundlichen Charakter der Mehrheit der italienischen Maurerei enthüllte, die sich aus diesem Anlass öffentlich immer wieder ihrer ganz besonderen „Verdienste" um den Eintritt Italiens in den Weltkrieg und um die Errichtung des italienischen Protektorates über Albanien rühmte!!

Freimaurerei, Kriegsfreundlichkeit und Chauvinismus sind überlieferungsmässig unvereinbare Begriffe. Die maurerische Literatur hat von jeher unermüdlich das weltbürgerliche und folglich pazifistische Wesen des Maurerbundes betont. Lessing stellte als dessen Zweck „die Erbauung der Menschheit" hin; Goethe nannte ihn „eine Weltallianz zur gemeinsamen Arbeit aller Brüder"; Krause spricht von ihm als der „Grundlage des künftigen Einheitsverbandes der Menschheit".

Findel erklärt die Maurerei als „Gemeingut der Menschheit“, als „eine Verbindung mit dem idealen Ziel: Kultus der Menschheit, Entwicklung des Fortschritts der ganzen Welt, nicht bloss dieses oder jenes Staates“. Lamartine lobt an ihr, dass sie „alles Trennende beseitigt, sich zu allem Einigenden bekennt und die Eintracht hervorruft“. Vaillant sagt, sie habe nur ein Ziel: die Erreichung einer „einheitlichen Weltbrüderschaft“. Von Nergal rühren die schönen Worte her: „Der Maurer muss an allem und jedem mitarbeiten, was die Menschen der verschiedenen Länder einander näher bringen kann. Er hat die Pflicht, Kenntnisse zu verbreiten, durch die sie einander näher kennen und somit besser schätzen oder lieben lernen. Wenn diese allgemeine Annäherung geeignet ist, den Vaterlandsbegriff zu beeinträchtigen, so wird dafür der Allmenschheitsgeist sich desto mehr vertieft haben. Und wenn dereinst die Vaterländer sich in Verwaltungsbezirke eines friedlich verbündeten Weltreichs verwandelt haben werden, wird die Gesamtmenschheit bezw. das Weltreich das wahre und einzige Vaterland aller Menschen geworden sein. Dann wird es unsrem Orden zum Ruhm gereichen, stets an diesem grossen Werk gearbeitet zu haben.“

Wie die wohlbekannte Internationalität des Weltbundes (etwa 2⅓ Millionen „Brüder“ in über die ganze Erde verstreuten rund 25,000 Logen), steht somit auch sein Internationalismus ausser Frage. Dasselbe gilt von seiner grossen Friedensfreundlichkeit. Eine dem Wohle und dem Fortschritt der Menschheit dienende Weltvereinigung muss naturgemäss grundsätzlich kriegsfeindlich gesinnt und tätig sein. Von der Maurerei mehrerer Länder kann ich solche Gesinnung und Tätigkeit aus eigener genauer Kenntnis feststellen. Aber auch die Fachliteratur legt davon reichlich Zeugnis ab. So z. B. bemerkt Staatsrat Quartier la Tente in Neuchâtel, der Gründer und Leiter des seit 1902 bestehenden „Internationalen Bureaus für maurerische Beziehungen“, in seinem jüngst erschienenen, sehr wertvollen Gedenkwerk „Deux siècles de franc-maçonnerie“ (Bern, bei Büchler & Co.):

„Der echte Freimaurer ist Pazifist ... Seine Abneigung gegen den Krieg muss immer stärker werden ... Da er an die Verbrüderung der Menschheit glaubt, wird er mehr und mehr friedensfreundlich werden.“

Einer der berühmtesten Logenbrüder, Benjamin Franklin, schrieb: „Wann wird die Welt endlich einsehen, dass alle Kriege sehr teure und schädliche Torheiten sind und dass sie besser täte, ihre Streitigkeiten schiedsgerichtlich zu erledigen?“ Schon das „Konstitutionenbuch“ (1723) der „modernen“ Freimaurerei stellte nachdrücklich fest, das Maurertum habe sich „jederzeit vom Krieg abgestossen gefühlt“. Kurz vor Ausbruch des Weltkrieges sagte der Herausgeber der „Bausteine“ in einem Aufsatze dieses Freimaurerblattes klar und deutlich:

„Der nationale Chauvinismus hat keine Daseinsberechtigung und das Maurertum muss sich seiner entschlagen, will es sich nicht bösen Folgen aussetzen. Ent-

weder es beschäftigt sich mit dem Wohle der ganzen Menschheit und wird zu einem einheitlichen Weltbund, oder es wird zu bestehen aufhören."

Wie ganz anders und wie viel weniger gut als diese maurerischen Stimmen, die sich verhundertfachen liessen, klingen zahlreiche andere, die man gegenwärtig, seit Jahr und Tag, aus dem Lager der Logenbrüder vernimmt. Italien, von dem ich eingangs sprach, steht mit der „Umwertung aller Werte" durch den nunmehr dreijährigen Universalwahnsinn im Gebiete der „Königlichen Kunst" keineswegs allein da. Frankreich leistet sich in diesem Punkte nicht wenig. Auch in Deutschland ertönen viele ähnliche Klänge. Ist es mit dem italienischen Maurertum so weit gekommen, dass seine Mehrheit an die Stelle eines Hauptpunktes seines grundsätzlichen Programms (vgl. Heckethorn, „Freimaurerei", S. 56—57): „Wir erhoffen eine Zeit, in der die Panzerplatten der Kriegsschiffe sich zu Dampfpflügen wandeln werden und der Friede mit Hilfe der gegenwärtig dem Kriege gewidmeten Mittel und Kräfte am Lebensbaum die herrlichsten Früchte zeitigen wird", irredentistische Kriegshetzereien treten lässt und sich damit noch laut brüstet, so fehlt es auch in den deutschen Logen und ihrer Fachpresse beileibe nicht an solchen „Umwertern". Man wird mit Unbehagen und Staunen drei von den vielen bedauerlichen Stellen aus neueren maurerischen Aufsätzen lesen, die ich anführen könnte:

„Nur eine Freimaurerei ist dieses Namens würdig: die deutsche." — „Dieser Krieg hat uns gelehrt, dass die Maurerei unseres Landes ausschliesslich national werden muss. Sie muss ein deutsches Kleid tragen und ein deutsches Wesen erhalten. Sie muss darauf verzichten, dem Weltbund anzugehören." — „Der Krieg hat jeden Gedanken an den maurerischen Internationalismus zerstört. Die zwischenstaatliche Maurerei hat Bankerott gemacht. Das Weltbürgertum der Königlichen Kunst ist daher Chimäre. Die deutsche Maurerei bedarf der übrigen Maurereien nicht. Sie kann keine Beziehungen unterhalten zu Grosslogen, die nur politische Werkzeuge sind und die Maurerei zu politischen Verschwörungen missbrauchen."

Was soll man zu solcher Verblendung sagen?! Statt sich vorzunehmen, nach dem Kriege auf gründliche Reformen des Logenwesens hinzuarbeiten, welche derartige Missbräuche beseitigen würden, sucht man das Heil in fanatischer, rückschrittlicher, unsinniger Absonderung — in einer Zeit, da die Einsichtigen aller Länder die einzige Zukunftsmöglichkeit gerade in dem edlen maurerischen Ideal der völligen Annäherung der Völker erblicken! Wäre es nicht besser, die deutschen „Brüder" warteten die Entwicklung der Dinge ab, statt sich voreilig auf einen unwürdigen Nationalismus festzulegen, der der innersten Natur der „Königlichen Kunst" unsagbar zuwiderläuft? Wenn sie schon, und das mit vollem Recht, mit den chauvinistischen Ordensmitgliedern anderer Länder nichts zu tun haben wollen, so brauchten sie doch nicht, in einen ähnlichen Fehler verfallend wie die von ihnen getadelten Auslandlogen, das Kind mit dem Bade zu verschütten,

indem sie sich in ganz überflüssiger und unbegründeter Weise dauernd von jeder Verbindung mit der in ihrer überwiegenden Mehrheit politisch unschuldigen Weltmaurerei lossagen — von dem denkbar internationalsten Bund, den es auf Erden gibt!

Aber glücklicherweise wird zumeist nichts so heiss gegessen, wie es gekocht wird. War es der Maurer-Internationale ebensowenig wie der Arbeiter-Internationale möglich, das Weltschlachten zu verhindern, und hat letzteres in ihr sogar noch, wie wir gesehen, schlimme verhetzende Auswüchse gezeitigt, so braucht man trotzdem nicht an ihrer künftigen hohen Friedensbedeutung zu verzweifeln. Hierin stimme ich mit Quartier la Tente überein, der in seinem genannten neuen Buche hoffnungsfreudig schreibt:

„Der Krieg hat alle unsere Erwartungen vernichtet. Wir massten uns an, unser Licht hell leuchten zu lassen, und siehe da: wir sind aufs neue in dichte Finsternis gestürzt. Werden wir aber unsere ganze Arbeit nun wieder von vorn anfangen müssen? O nein! Die maurerischen Grundsätze der Duldsamkeit, der Loyalität, der Gewissensfreiheit usw. bleiben unzerstörbar bestehen. Der Krieg hat sie keineswegs vernichtet; er hat, im Gegenteil, ihre Unentbehrlichkeit erst recht dargetan. Gerade er hat den Wert unseres Hauptzieles erwiesen, die Menschheit zu einem Gesamtverband zu vereinigen, der durch Bruderliebe zusammengehalten werden würde. Alle Schritte, die wir vor dem jetzigen Kriege auf diesem Pfad getan, werden nur das Vorspiel einer künftigen bessern Zeit gewesen sein, falls die Maurerei — und das muss sie — unverbrüchlich daran festhält, eine Zufluchtsstätte des Pazifismus und des gegenseitigen Entgegenkommens sein zu wollen ... Unser Orden war, ist und bleibt ein Hort der Friedensbestrebungen und der Kriegsgegnerschaft. Wollten wir uns die noch sehr verbreitete Anschauung aneignen, die Kriege seien niemals aus der Welt zu schaffen, so täten wir besser, unsere Logen zu schliessen, denn dann wären wir ausserstande, dem Wohl der Menschheit zu dienen. Kräftiger als je müssen wir nach Friedensschluss gegen die Kriegsgeissel kämpfen, an die Sieghaftigkeit der Liebe, Duldsamkeit und Brüderlichkeit glauben und uns selbst wie die Welt mit den maurerischen Idealen durchdringen."

Ist also die Freimaurerei zweifellos ihrem Wesen nach eine die Verbrüderung aller Menschen fördernde Vereinigung, so könnte man immerhin noch aus ihrem unpolitischen Charakter Einwendungen gegen eine aktive Förderung des Friedensschlusses schöpfen, der ja doch eine hochpolitische Angelegenheit ist.

Grundsätzlich ist gewiss der politische Zank aus den heiligen Hallen des Maurerbundes zu verbannen. Erst jüngst wieder ist dies im Jubiläumswerke des Bureau International de Relations Maçonniques von neuem bekräftigt worden. Dort heisst es (S. 105, 118): „Unser Orden ist keine politische Gruppe. In den Logen treffen sich Männer der grundverschiedensten politischen Richtungen. Wären in den Sitzungen politische Erörterungen zulässig, so würde die Maurerei längst zu bestehen aufgehört haben und sie hätte nicht zwei Jahr-

hunderte einer gedeihlichen Entwicklung erleben können ... Wie die religiöse, ist auch die politische Leidenschaft maurereifeindlich. Wer sich diesen Leidenschaften hingibt, wird das Wesen unserer Bestrebungen nie verstehen. Das schliesst keineswegs aus, dass jedes Logenmitglied in diesen Dingen seine persönlichen Überzeugungen hege ... Den Logen müssen, gleich den persönlichen Zwistigkeiten, auch die Leidenschaften des Tages fremd bleiben."

Und nun nur noch ein Wort des bedeutendsten deutschen Vertreters der neueren Fachliteratur, Findel: „In den Logen ist selbst die theoretische Erörterung politischer Fragen ausgeschlossen." Findel fügt hinzu: „ —vielleicht in allzu engherzigem Masse." Diese Meinung wird von vielen geteilt. Heckethorn sagt sogar ausdrücklich, dass ein grosser Bund, der in erster Reihe am Fortschritt der Menschheit arbeite, nicht anders könne als sich mit Politik befassen.

Bei aller Betonung des Ausschlusses von politischer Agitation behaupten nicht wenige maurerische Schriftsteller, der gesamte politische Fortschritt in den letzten Jahrhunderten sei in erster Reihe der Freimaurerei zu danken. Tatsächlich werden, wie wir schon gesehen haben, im Freimaurerorden die Satzungen ebenso oft unbeachtet gelassen wie in den meisten anderen Vereinen, und viele Logen politisieren reichlich, leider aber oft in unerfreulicher Weise.

Von historischen Beispielen politischer Tätigkeit in grossem Stil möchte ich erwähnen, dass das Maurertum geradezu seine Einführung in Frankreich der Stellungnahme für die Wiedereinsetzung der Stuarts in England verdankte; Grossmeister Lord Derwentwater musste diese Politik 1746 auf dem Schafott büssen. Der Grossorient von Frankreich spielte eine wohlbekannte bedeutsame Rolle bei der Vorbereitung der grossen Revolution, später musste er sein Knie dem Cäsar beugen, dessen Kreaturen aufnehmen und Joseph Bonaparte zum Grossmeister wählen, während Cambacérès, der Vertraute des ersten Konsuls, als Vice-Grossmeister die eigentliche Oberleitung erhielt. Der Franzosenkaiser verstand es auch, die deutschen, italienischen und spanischen Logen zu beeinflussen. 1808 entstand sogar innerhalb der Freimaurerei ein besonderer Orden, dessen Ziel die Mediatisierung aller deutschen Staaten und ihre Vereinigung mit Frankreich war; es war dies der Orden der „Kleeblätter", so genannt, weil nur je drei Mitglieder einander bekannt sein sollten.

Man sieht, das Bedenken: „politisch Lied ein garstig Lied" hat in der Praxis nicht viel gehindert. Umso weniger sollte es massgebend sein, wenn es gilt, durch Förderung des Friedens dem höchsten Zwecke der Freimaurerei, der Verbreitung der Bruderliebe unter allen Menschen, unter allen Völkern zu dienen.

□□□

Zeitschriftenschau.

Die Mission der Schweiz nach Romain Rolland. In der Juni-Nummer des Zentralblattes des Zofinger Vereins ist ein Brief veröffentlicht worden, den Romain Rolland dem Vorsitzenden dieses Vereins als Antwort auf die Zusendung des Berichtes über die Zentraldiskussion „Der Imperialismus der Grossmächte und die Schweiz" geschrieben hat. Nach einer ermutigenden Würdigung des Idealismus, der in den Diskussionen des Zofinger Vereins zum Ausdruck kommt, formuliert Romain Rolland folgendermassen die Mission der Schweiz in der Gegenwart: „Die Mission der Schweiz ist eine der grössten im gegenwärtigen Moment. Mehr als einmal habe ich bedauert, nicht einer der Ihrigen zu sein, um sie zu erfüllen. Diese Mission besteht nicht nur in dem Verbinden der Wunden des Kampfes, wie es von dem heiligen Werke des Internationalen Roten Kreuzes verwirklicht wird. Sie ist noch höher: sie besteht in der Aufklärung der in dem wahnsinnigen Getümmel gestürzten Völker. Es gilt, die Vernunft — ihre Vernunft, ihre verleugnete Einheit unberührt zu erhalten — dem Hass das Mitleid, dem Sturm der Leidenschaften, der Lügen, die Europa mit ihrem Schatten bedecken, das ruhige Licht der Wahrheit tapfer entgegenzusetzen. Dieser Mission, die Ihre Vorgänger ungenügend erfüllt haben, suchen Sie mit grossem Ernst und mit echtem Enthusiasmus zu dienen. Ich beglückwünsche Sie dazu, und das ist erfreulich nicht nur für Sie, sondern auch für Ihr Vaterland, welches ich liebe, und für die ganze Sache der freien und brüderlichen Menschheit, welche unser Stern der Weisen, der Glaube der neuen Zeit, unsere Hoffnung, unsere Pflicht ist."

Fast gleichzeitig veröffentlichte Romain Rolland unter dem Titel „La jeunesse suisse" in der Juni-Nummer der von Henri Guilbeaux in Genf herausgegebenen Zeitschrift „demain" einen ausführlichen Bericht über jene Diskussion. Zum Schlusse des Artikels richtet Romain Rolland folgenden Gruss an die aufsteigende Generation der Schweiz: „Jeder Kommentar würde die Schönheit des Anblicks dieser begeisterten und ernsten Jugend abschwächen, die in dieser tragischen Stunde der Weltgeschichte über ihre Pflichten lang und feurig diskutiert, die sich ihres Glaubens bewusst wird und ihn in einer Art von ‚Eid im Ballhaus' feierlich verkündet: den Glauben an die Freiheit, an die Solidarität der Völker, an ihre ethische Mission, an die dringende Aufgabe, die Hydra des äussern und innern, militaristisch-kapitalistischen Imperialismus zu zerschmettern, und eine gerechtere und humanere Gesellschaft aufzubauen. Möge sie mir nur gestatten, meinen brüderlichen Gruss an sie zu richten, und ihr zu sagen, dass ihre Stimme nicht vereinzelt in der Welt dasteht. Überall höre ich das Echo ihr antworten, überall sehe ich die Jugend, die ihr ähnlich ist und ihr die Hand reicht. ... Überall finde ich dieselbe

Gemeinschaft des Leidens und des Hoffens, dieselbe Sehnsucht, dieselben Empörungen, denselben Willen, mit einer Vergangenheit zu brechen, die Proben von ihrer Bosheit und ihrem Unsinn abgelegt hat, dasselbe heilige Streben, die menschliche Gesellschaft auf eine neue, breitere und tiefere Grundlage aufzubauen als auf das wackelige Gebäude dieser alten Welt von Raub und Fanatismus, auf diese durch den Krieg abgebrannten, den amerikanischen Riesengebäuden (gratte-ciel) mit dem geschwärzten Gerippe gleichenden, blutdürstigen Nationalitäten."

Rasse, Kultur und Sprache. In der *Umschau* vom 8. Sept. gewährt Dr. Rudolf Trebitsch einen hübschen Einblick in den gegenwärtigen Stand der Forschung betreffend das Wesen der Rassen und das Problem der Menschwerdung. Die ganze Darstellung ist von wohltuender Weitherzigkeit und beruht auf den neuesten wissenschaftlichen Leistungen. Mancher gutgläubige, aber schlecht informierte Verehrer von H. St. Chamberlains Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts, könnte hier die Mittel finden, jene glänzende Leistung eines verwirrenden Dilettantismus wissenschaftlich zu kontrollieren. Trebitsch konstatiert, dass die Wissenschaft mehr als je zur Überzeugung von der Einheitlichkeit des Menschengeschlechts neigt, dass weder eine schicksalsgegebene Überlegenheit der Arier über die nichtarischen Völker noch auch nur die Superiorität der weissen Rasse über die gelbe feststeht, dass es überhaupt keine von Natur aus höherwertige Rasse gibt, sondern nur höher entwickelte Rassen für ein bestimmtes Zeitalter. Die Versuche, die geistige Höhe eines Menschentypus nach körperlichen Merkmalen (Langköpfigkeit, blondes Haar usw.) bestimmen zu wollen, sind längst durch die lächerlichen Irrtümer, zu denen sie geführt haben, gerichtet. Körperliche Unterschiede gibt es allerdings zwischen Kulturvölkern und Naturvölkern, etwa wie zwischen wilden und Haustieren; aber der Kultur ist unter günstigen Umständen der Mensch jeder Rasse fähig, unter ungünstigen unfähig; die halb tierischen Ainos z. B. in Japan gehören zur weissen Rasse, die Griechen und Römer gehen teilweise auf Nichtarier zurück. Auch auf Karl Weules „Kulturelemente" und auf Paul Kammerers Forschungen bezüglich der Vererbbarkeit erworbener Eigenschaften wird Rücksicht genommen.

Auf Grund umfassender ethnographischer Studien gelangt der Verfasser zu der folgenden unserer Zeitschrift besonders sympathischen Schlussbetrachtung:

„Die früher erwähnten Rassentheorien, die mit ihren ganz unhaltbaren Grundanschauungen und Verwechslungen den Geist ihrer Gläubigen vergiftet haben, sind wohl mehr oder minder auch die Ursache des in diesem Weltkriege mächtig überschäumenden Völkerhasses. Wie ich durch meine Ausführungen bewiesen zu haben glaube, sind es keine sehr ins Gewicht fallenden Unterschiede, die Rassen und Völker voneinander trennen. Es wäre endlich an der Zeit, dass auch unsere Politik ihre Folgerungen aus

den Lehren der Wissenschaft ziehen würde. Möge sie auch schliesslich den schönen Wahlspruch der französischen Revolution beherzigen, der lautet: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Dann könnte ein künftiger Friede zu einem ungestörten kulturellen Wettbewerb der Nationen führen, wobei allen Völkern in gleicher Weise die Möglichkeit ihres Gedeihens gesichert wäre. Keine Nation würde fernerhin imstande sein, die andere zu knechten."

Geburtenrückgang und Sterblichkeit. Nach den Mitteilungen der Kopenhagener „*Gesellschaft zum Studium der sozialen Folgen des Krieges*" führen die offiziellen Veröffentlichungen für grosse Teile von Deutschland und Frankreich zu folgenden, tief beklagenswerten Schlussfolgerungen.

In Deutschland wurden im Mai 1915 um 26,5%, in den folgenden zwölf Monaten um 32,6% weniger geboren als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Für 33 Kriegsmonate — bis April 1917 — ergibt sich eine **Minderzahl von etwa 1½ Millionen Geburten** (187½ nur von 162,000!). Eine höhere Sterblichkeit lässt sich auch bezüglich der Frauen, Kinder und höheren Altersklassen nachweisen. Unter den Frauen hat sich die Sterblichkeit in Preussen, selbst nach Abzug der Säuglinge, in den ersten fünf Kriegsmonaten um 10% erhöht.

Frankreich leidet noch mehr. In Paris betrug die Geburtenzahl:

	1914	1915	1916
1. Quartal	12,394	11,291	6,524
2. Quartal	12,461	7,351	7,378
3. Quartal	11,094	5,753	7,156
4. Quartal	9,379	6,078	6,937
Total	45,328	30,473	27,995

In den grösseren Städten zusammengenommen beziffert sich der Rückgang der Geburten im zweiten Kriegsjahr auf fast 48%, während die Sterblichkeit in den nichtbesetzten Departements sich um 17% erhöht hat. Ergebnis: In ganz Frankreich sind schon im ersten Kriegsjahr, abgesehen von den Gefallenen, um 143,229 mehr Menschen gestorben als geboren worden. Am Ende des dritten Kriegsjahres waren von je 10,000 Personen der Bevölkerung nur noch 4704 voll arbeitsfähig.

Europa im Jahre 1920. In der *Semaine Littéraire* vom 22. September untersucht Charles Gide die wirtschaftlichen Folgen weiterer drei Kriegsjahre, wie sie der amerikanische Staatssekretär für Kriegswesen, natürlich nur um eines desto dauerhafteren Friedens willen, Europa in Aussicht gestellt hat. Gide schätzt die bis dahin auflaufenden direkten Kriegskosten aller Völker auf **1800 Milliarden** oder die vierfachen Kosten aller Eisenbahnnetze der Welt.

Für die Wirkungen dieser Schulden auf das Nationaleinkommen nimmt er Frankreich als Beispiel. Es hätte für 200 Milliarden Schulden zum gegenwärtigen Zinsfuss fast 12 Milliarden

jährlich an Zinsen zu zahlen, dazu etwa 5 Milliarden für Pensionen und Zinsen der Entschädigungen an die Besitzer zerstörter Güter, überdies 6 Milliarden für sein normales Budget aus den Jahren vor dem Krieg, zusammen 23 Milliarden an jährlichen Lasten. Nun wurde das ganze Nationaleinkommen der Franzosen vor dem Kriege auf 33 Milliarden geschätzt, wovon etwa 12 auf Arbeitslöhne entfallen und nur die übrigen 21 das Hauptobjekt für neue Steuern bilden können. Man gelangt also zu einer **Steuerlast von 23 Milliarden auf ein Einkommen von 21 Milliarden,** ein widersinniges Ergebnis. Doch schon jetzt kündigt sich die Lösung an. Die Staaten fabrizieren das Geld, das ihnen fehlt, überall steigen die Preise, sinkt der Wert des Geldes und damit der Staatsschulden und ihrer Zinsen. Nach dem Kriege wird also das Nationaleinkommen von Frankreich bei Sinken des Geldwertes auf ½ durch die Summe von 66 Milliarden, auf ⅓ durch 99 Milliarden ausgedrückt werden und so das Tragen der 23 Milliarden-Last ermöglicht werden. Die wirklichen Kosten des Krieges, abgesehen von den unschätzbaren Menschenleben, bestehen übrigens, soweit sie nicht aus dem Einkommen gedeckt werden, das sonst anderweitig verbraucht worden wäre, in den zerstörten Häusern, Fabriken, Schiffen, in den erschlagenen Pferden usw., in den verbrauchten Vorräten usw., und alle diese Güter wären früher oder später ja doch aufgebraucht worden. Der wirtschaftliche Effekt des Krieges besteht also in der Notwendigkeit sofortigen Ersatzes dieser Güter statt allmählichen Austausches gegen neue, und dazu wird man durch gewisse Lehren des Krieges bezüglich der Entbehrlichkeit von Luxus und Modenausgaben und der besseren Ausnützung der vorhandenen Produktionskräfte auch teilweise die Mittel gewinnen.

Ein dürftiges Pflaster, welches der wohlwollende Gelehrte auf die furchtbare Wunde zu legen bemüht ist.

Zur Luther-Feier: Luthers Vorurteilslosigkeit. Das Bedürfnis der Protestanten und der Katholiken nach Einigkeit in den Stürmen des Weltkrieges hat eine merkwürdige Folge gehabt: Die Luther-Feier dieses Jahrhunderts ist die würdigste und erhebendste der bisherigen Geschichte geworden. Man hat in Luther den gewaltigen Denker und Redner, den freien Kopf, den unerschrockenen Vollstrecker seiner Gewissenspflicht gefeiert, den deutschen Mann, der seinem Volke den Weg zur geistigen Unabhängigkeit gewiesen hat, mit Gefahr seines Lebens und gegen eine Welt von Feinden. Die dogmatischen Zänkereien, wegen deren seinerzeit das kostbare Blut eines Zwingli, eines Coligny, eines Muretus und so vieler Hunderttausende von wackeren Streitern fliessen musste, werden kaum mehr erwähnt. So ist es möglich geworden, dass Luther selbst dort gefeiert wird, wo man es am wenigsten erwarten würde. Die *Allgemeine Zeitung des Judentums* macht durch eine Notiz aus der Feder ihres leitenden Schriftstellers, des berühmten Gelehrten Prof. Ludw. Geiger, auf eine Episode aufmerksam, welche für Luthers Vorurteilslosigkeit einen

überzeugenden Beweis erbringt. Als nämlich im Jahre 1543 an der Wittenberger Universität die Professur für hebräische Sprache durch den Tod des Matthäus Aureogallus erledigt war, empfahl die Universität unter Luthers Einfluss vier Gelehrte zur Auswahl, darunter den Hebraisten Helius, der kein anderer war als der bekannte jüdische Gelehrte Elias Levita von Isny, ohne dass von seinem Bekenntnisse überhaupt geredet und daraus die Unmöglichkeit einer Berufung deduziert wurde. Das war im Jahre 1543 möglich; ob auch 1917? Über die Persönlichkeit des Genannten kann man in Ludw. Geiger's Buch über „Das Studium der hebräischen Sprache in Deutschland im 15. und 16. Jahrhundert" das Nähere nachlesen. Übrigens wurde damals keiner von diesen als die tüchtigsten Hebraisten anerkannten vier Gelehrten wirklich berufen, sondern die Stelle wurde geteilt und zwei „treue und fleissige" Mittelmässigkeiten auf diesen Hungerlohn gesetzt, wozu die vier Berühmten nicht zu haben waren. Dieser Ausweg wäre schon eher auch 1917 denkbar.

Die Friedensliebe privat und öffentlich. Anlässlich des 200. Geburtstages von Horace Walpole druckt ein englisches Blatt folgenden Brief des geistreichen Schriftstellers aus dem vorletzten Jahre des siebenjährigen Krieges ab:

„Sie können sich wohl vorstellen, wie heiss ich den Frieden herbeisehne. Als Mensch und Politiker wünsche ich ihn von ganzem Herzen. Ich bete darum, dass die Leiden der Menschheit ein Ende nehmen. Mit einem Worte, ich habe keinen sogenannten patriotischen Geist und kümmere mich den Teufel um die Interessen unserer Händler. Die getöteten Soldaten und Matrosen, die geplünderten und misshandelten Bauern scheinen mir mindestens ebenso interessant wie jene verschwenderischen Müssiggänger, welche sich durch den Schweiss ihrer Lohnarbeiter Reichtümer erwerben und die Welt in Brand stecken möchten, wenn sie nur dabei Geld zusammenscharren können, um es dann hinauszuwerfen. Ich darf das alles sagen, denn ich bin kein Minister ...

Der Mann, der dieses geschrieben hat, war während des ganzen siebenjährigen Krieges Mitglied des englischen Unterhauses und hat dort nicht ein einziges Mal den Mund geöffnet, um für den Frieden oder gegen den Krieg zu sprechen!

□□□

Die sozialen Geburtswehen des russischen Volkes.

Von NIKOLAI RUBAKIN.

In den Adern Russlands entwickeln sich jetzt Ereignisse von ungeheurer Weltbedeutung mit schwindelerregender Schnelligkeit immer weiter fort. Und wenn man sie in allen Details mit der grösstmöglichen Objektivität verfolgt, so fragt man sich unwillkürlich: bereitet nicht Russland für die Welt der Zukunft Überraschungen vor, die gestern noch von sehr vielen für unverwirklichbare Utopien gehalten wurden? Ein seltsames Schauspiel! Vor noch nicht mehr als drei Jahren galt das russische Vielmillionenvolk in Europa als eines dei rückständigsten und ungebildetsten Völker. Heute dagegen kann niemand ableugnen, dass die fortgeschrittensten sozialistischen Doktrinen vor allen europäischen Ländern gerade in Russland den grössten Erfolg haben. Allerdings, vom wirklichen Sozialismus ist auch Russland noch weit entfernt.*) Aber die andern Länder, selbst Australien, sind noch weiter zurückgeblieben. Man kann kaum daran zweifeln, dass die soziale Revolution, die in Russland gegenwärtig ein so schnelles Tempo eingeschlagen hat, sich, wenn nicht gleich, so doch in einigen Jahren, auch in anderen Gegenden der Welt, vor allem in Europa, bemerkbar machen wird. Man kann sich jedenfalls nicht der Tatsache verschliessen, dass durch Russland und dank ihm in das nationale und internationale Leben der Völker neue Prinzipien eingetreten sind, die man in der Literatur zwar schon lange proklamiert hatte, die bis dahin aber tote Buchstaben geblieben waren. Die Träger und Verwirklicher dieser Prinzipien sind nicht etwa geringfügige Gruppen von Intellektuellen, sondern die Volksmassen, vor allem die russischen „Mushiks" und Arbeiter. Und nicht weil sie von diesen oder jenen Parteipolitikern „verführt" und „aufgehetzt" worden wären, sondern weil das eigentliche Wesen dieser Prinzipien sich bei ihrer realen Verwirklichung nicht nur als bequem, sondern auch für die vielen Millionen der arbeitenden Massen als notwendig erwiesen haben. Hat ein Volk das Recht, einen von ihm weder geplanten noch begonnenen Krieg abzubrechen? Hat j e d e Nation ein Selbstbestimmungsrecht? Muss selbst

*) Vergl. meinen Artikel „La Russie est-elle bourgeoise ou socialiste ?" im Journal de Genève vom 2. August 1917.

ein siegreiches Volk auf Eroberungen und Kriegsentschädigungen verzichten? Muss der Grund und Boden zum Nationaleigentum werden? Auf alle diese und noch viele andere ebenso radikale Fragen hat das russische Volk früher als alle anderen Völker eine bestimmte, bejahende und sogar praktische Antwort erteilt, getreu dem geistigen Erbe der grössten Denker, Gelehrten und sogenannten „Schwärmer“ des Westens sowohl wie Russlands. Auch die unerhörtesten Reformen, die verwirklicht wurden, sind bei der russischen Volksmasse populär, und gerade deswegen populär, weil sie verwirklicht worden sind, weil sich in Russland genug kühne Männer gefunden haben, um sie verwirklichen zu können. Das Bildungsniveau spielt dabei eine untergeordnete Rolle, — die von den russischen Sozialisten aller Färbungen praktizierte Propaganda durch die Tat macht die Sache besser als jede mündliche Propaganda. Professor Struwe, einer der Führer des rechten nationalistischen Flügels der Kadetten, hat also recht behalten, als er im Vorparlament sagte: „Ich erlaube mir, Ihnen zu versichern, — selbst der sanfteste russische Kadett ist noch viel revolutionärer als der grimmigste deutsche Sozialdemokrat.“ (Rjetsch, 1917, Nr. 248). Aber dieser Radikalismus schreckt nicht einmal die unkultiviertesten Massen des russischen Volkes ab, das genug unter der zarischen „Ordnung“ zu leiden gehabt hat. Und wir sehen, dass Millionen unscheinbarster Leute in Russland von dem tief aufrichtigen und gewaltigen Schwung eines Idealismus ergriffen worden sind, wie es in der Weltgeschichte auf einem Raum von 22¼ Millionen Quadratkilometern und bei vielen dutzend Millionen Menschen noch niemals beobachtet worden ist. Dieser gewaltige Vorgang, der auch vom Standpunkt der Sozialpsychologie von grösstem Interesse ist, wird in Westeuropa leider nur schlecht verstanden und falsch bewertet; denn ausserhalb der Grenzen Russlands weiss man zu wenig von dem, was innerhalb ihrer vor sich geht. Die Nachrichten, die in französischen, deutschen, englischen und schweizerischen Zeitungen erscheinen, geben weder einen vollständigen, noch einen auch nur im geringsten zutreffenden Eindruck von Russland. Alle Zeitungen sind mit Nachrichten angefüllt, die heute fabriziert werden, um die Revolution und insonderheit die Maximalisten zu diskreditieren, und die schon morgen widerlegt sind. Ausserdem finden wir in diesen von allerlei Agenturen verbreiteten Nachrichten eine nicht kleine Portion direkter wissentlicher Lügen, ganz zu schweigen von der sogenannten „natürlichen Verlogenheit der Zeugenaussagen“, die ins Gebiet der Kriminalpsychologie gehören. Um das, was in Russland vor sich geht, zu begreifen, ist es vor allem notwendig, dass man sich allen über Russland

verbreiteten Nachrichten gegenüber mit der äussersten Vorsicht verhalte und das aus ihnen sich ergebende Bild des russischen Lebens in jedem Falle für ein einseitiges ansehe.

Vor uns liegt ein ganzer Haufen französischer, englischer, schweizerischer Zeitungen, die mit Tatsachen angefüllt sind, welche die „russische Anarchie“, das russische „gachis“, von der düstersten Seite illustrieren. Daneben liegen auch einige russische Zeitungen, welche die Quellen dieser Illustrationen sind. Zu diesen Quellen gehört nun fast die gesamte russische bürgerlich-liberale Presse, die heute nicht sehr umfangreich ist. Die Zahl der Zeitungen in Russland ist aber gegenwärtig trotz des Papiermangels eine enorme; und die bürgerlichen Blätter verschwinden dort vollkommen hinter den nichtbürgerlichen, den sozialistischen Blättern, die in einer täglichen Auflageziffer von vielen Dutzenden von Millionen verbreitet werden. Kennt Westeuropa diese Zeitungen? Nein, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die nach der russischen Revolution organisierte französisch-englische Zensur sie nicht über die Grenze lässt. Und gerade in dieser nichtbürgerlichen Presse schlägt der Puls des gegenwärtigen wirklichen Russland. Man mag sich zur Richtung dieser Zeitungen verhalten, wie man will, man muss aber mit den Tatsachen, die in ihnen mitgeteilt werden, rechnen. Sie erzählen nicht nur von der Anarchie, die in Russland augenblicklich zweifellos gross ist, sondern auch vom sozialen Schöpfergeist neuer Lebensformen, der grösser ist, als die Anarchie? Wollt Ihr den gegenwärtigen russischen Maximalismus verstehen? Dann denkt Euch in diesen nationalen Schöpfergeist hinein. Und nur wenn Ihr Euch in ihn hineingedacht habt, werdet Ihr das Wesen der russischen Anarchie sowohl wie des russischen Maximalismus verstehen. Dazu möchte ich mit diesem Aufsatz beitragen.

I.

Zunächst einige Worte über die schöpferischen Taten selbst. Im gegenwärtigen revolutionären Russland wird eine gigantische, in der Geschichte noch nie dagewesene schöpferische Arbeit geleistet: der Umbau der sozialen, wirtschaftlichen, politischen, privaten, religiösen, geistigen, ja sogar der allerintimsten Beziehungen. Alles, was die russische Geschichte geschaffen hat, alles vom Zarismus und den russischen Junkern unter dem Segen des russischen unwissenden Popen Errichtete wird umgebaut. Es gibt keine Seite des russischen Volkslebens, keinen Winkel im riesigen Lande, einschliesslich bis zu den Hütten der Tschuktschen, wo dieser allgemeine Umbau nicht in Angriff genommen worden ist. Und das alles während des Krieges, während der Revolution, während der Anarchie, die

von allen Feinden des neuen Gesellschaftsbaues, zum geringeren Teil unbewusst, zum grösseren Teil absichtlich, ins Leben gerufen worden ist. Das ist nur ein äusserst gedrängtes und unvollständiges Bild jener schöpferischen, aufbauenden Arbeit, die gleichzeitig und im gleichen Raum mit der von der Anarchie geleisteten Zerstörungsarbeit vor sich geht, wobei die Anarchie, wie unschwer zu begreifen ist, als ein gewaltiges, aber in seiner Art leider nicht zu vermeidendes Übel erscheint. Über die Anarchie wird viel geschrieben. Über die schöpferische Arbeit erschreckend wenig. Nicht einmal die wesentlichsten Einzelheiten dieser Arbeit sind in der bei weitem überwiegenden Mehrzahl aller Fälle ausserhalb der Grenzen Russlands bekannt geworden. Richten wir vor allem unsere Aufmerksamkeit auf die schöpferische Umgestaltung des öffentlichen Rechts. Gegenwärtig sind schon alle zentralen staatlichen Einrichtungen umgestaltet. Die Autokratie ist bis auf die Wurzel ausgerottet und durch Volksherrschaft ersetzt. Noch vor der Konstituante hat das russische Volk schon eine ganze Reihe aller nur möglichen allrussischen „Beratungen" und „Kongresse" abgehalten, d. h. ad hoc einberufener gewählter Vertreterversammlungen, die nicht nur eine beratende, sondern auch eine beschliessende Stimme hatten. Gleichzeitig werden die Organe der lokalen Verwaltung und Selbstverwaltung umgestaltet. Die Organisation des Zarismus ist teilweise schon vollständig beseitigt. Die Verwaltung ist überall durch Selbstverwaltung ersetzt, die ernannten Behörden durch gewählte, die Zentralisation durch Dezentralisation. Auch die Gerichte sind umgestaltet. Das Gemeindesemstwo ist eingeführt neben einer ganzen Reihe anderer Institutionen. Alles das sind grundlegende Reformen, die der Zarismus (in seinem Kampfe gegen die Traditionen des russischen Volksrechts) während der ganzen Dauer seiner Existenz weder in Angriff nehmen wollte noch konnte. Die russische Revolution hat den grössten Teil dieser Reformen in einigen Monaten durchgesetzt. Sie gelten zwar vorläufig nur temporär, nur bis zur „Konstituierenden Versammlung", nichtsdestoweniger sind sie aber trotz der ungeheuerlichsten inneren und äusseren Schwierigkeiten verwirklicht worden und alle ihre Nachteile wiegen in jedem Falle leicht gegenüber den Vorteilen, die sie dem Volke gewähren. Aber auch das ist noch nicht alles. Ganz Russland hat sich jetzt schon in die fortgeschrittenste Demokratie der Welt verwandelt, was man auch dann anerkennen muss, wenn man die Anarchie in Betracht zieht. Russland ist gegenwärtig mit einem ganzen Netz aller nur möglichen Keimzellen der Selbstverwaltung, „Ratsversammlungen", „Komitees", „Kommissionen" usw. überzogen, die zum allergrössten Teil aus einer allgemeinen, gleichen,

direkten und geheimen Abstimmung hervorgegangen sind, die in den Städten, Dörfern, Kasernen, Fabriken und sogar in den Schulen vorgenommen wurde („Schüler- und Elternkomitees"). So durchläuft das „unwissende" russische Volk unaufhaltsam die politische Schule, die ihm vom verhassten Zarismus bis zum Jahre 1917 vorenthalten worden war. Gegenwärtig gibt es in Russland mehr als 900 Soldaten- und Arbeiterräte, die alle arbeitenden Klassen in sich vereinigen und sie zweifellos stärker als die Bourgeoisie gemacht haben. Ausserdem gibt es einige tausend Bauerndeputiertenräte (Gouvernements-, Kreis-, Gemeinde- und Dorfräte), eine Menge Agrarkomitees, die das Material zu einer bis jetzt unerhörten Agrarreform durcharbeiten und hauptsächlich aus einfachen Bauern bestehen, welche vielfach noch des Lesens und Schreibens unkundig sind, sich trotzdem aber mit einer erstaunlichen Genauigkeit in den kompliziertesten Agrarfragen zurechtfinden und sich zu dieser ihrer Sache — der Sache der „schwarzen Verteilung" — wie zu einer religiösen Zeremonie verhalten.

Es ist nicht schwer zu verstehen, dass die russische Agrarreform nichts anderes ist als eine gigantische Neuschöpfung auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen. Auch wenn man alle vorläufigen agrarischen Wirren in Betracht zieht, die infolge der Kompliziertheit der Aufgaben unvermeidlich sind (vor allem, weil das Volk, aus Furcht, „den Augenblick zu verpassen", auf der unverzüglichen Durchführung der Reform besteht), so muss man doch zugeben, dass die Agrarkomitees, indem sie, gemäss den lokalen Besonderheiten eines jeden Winkels des ungeheuren Landes, praktische Methoden und Wege zur Verwirklichung der Reform suchen, zweifellos schöpferische Arbeit tun. Uns liegen eine Reihe von Projekten zur Durchführung der Reform vor, die von den bäurischen Agrarkomitees mit einem erstaunlichen Sinn für das Praktische ausgearbeitet worden sind. Vom Standpunkt der Gutsbesitzer aus gesehen ist das natürlich Anarchie. Vom Standpunkte der Bauern aus ist es die Schaffung einer neuen Ordnung auf der Grundlage der Gerechtigkeit.

Auch in den Fabriken wird schöpferische Arbeit geleistet; auch sie werden, wenn auch nicht so radikal, wie das Dorf, in der Richtung auf den Sozialismus hin und nach seinem Rezepte, im Sinn einer Neuregelung der Arbeiterfrage, reformiert. Die Fabriken werden jetzt in ganz Russland, ausser mit Schulen und Lazaretten, mit einer Reihe von Einrichtungen versehen, von denen es den Arbeitern unter dem Zarismus nicht nur zu reden, sondern sogar auch zu träumen verboten war. Diese Träume werden jetzt zwar nicht mit einem Schlage, aber nach und nach zu lebendiger Wirklichkeit, wie z. B. der achtstündige,

in einigen Fällen sogar der sechsstündige Arbeitstag. Besonders hohe Wellen schlägt das Leben in allen grossen Städten Russlands, die sich, dank der Einrichtung von „Rayondumas“ (Munizipalitäten) in eine Art von Stadtföderationen verwandelt haben. Im Verlauf von kaum einem halben Jahre sind alle Stadtverwaltungen umorganisiert worden. Bis zum Jahre 1917 war das alles ein stiller, aber toter Sumpf. Jetzt herrscht in allen Städten ein angespanntestes Gemeinschaftsleben. Ebenso ist ein starkes Anwachsen der kooperativen Bewegung zu verzeichnen. Die Zahl der verschiedenen kooperativen Vereinigungen ist in den neun Monaten nach der Revolution um 15- bis 20,000 gestiegen und beträgt jetzt mehr als 60,000 mit vielen Dutzend Millionen Mitgliedern. Und alle diese kooperativen Vereinigungen spielen überall eine schöpferische Rolle, indem sie am Umbau der Grundlagen des Volkslebens tätigen Anteil nehmen. Eine nicht weniger schöpferische Entwicklung geht auf geistigem Gebiete vor sich. Russland erwirbt sich, nicht nur mit jedem Tage, sondern mit jeder Stunde, in tätigster Arbeit ein immer grösseres Wissen, eine immer umfassendere Bildung. Ungeachtet aller durch die unsichere Finanzlage, die Einberufung der Lehrer usw. hervorgerufenen Regellosigkeiten im Schulleben hat sich die Zahl der Schulen in Russland nach der Revolution bedeutend erhöht. Die Einführung der allgemeinen obligatorischen Schulbildung geht in viel rascherem Tempo vor sich, als unter dem Zarismus. Schulen aller nur möglichen neuen Typen schiessen aus dem Boden, darunter Mittelschulen und Gymnasien. Selbst Gymnasien für Erwachsene sind errichtet worden. Das Ministerium für Volksaufklärung hat beschlossen, dass schon im Oktober 1917 auf einmal 5000 neue Schulen für Erwachsene in den Dörfern eröffnet werden sollen. Die früheren Kirchenschulen, die jetzt der Aufsicht der Geistlichkeit entzogen und dem Ministerium für Volksaufklärung unterstellt worden sind, haben ihren früheren tendenziösen Charakter als Brutstätten geistiger Verdummung und als Kampfmittel gegen eine Aufklärung im europäischen Sinne verloren. Nicht nur in den grossen Provinzstädten, sondern auch in den Kreisstädten, ja sogar in den Dörfern sind die verschiedenartigsten „Kurse“ und Volksuniversitäten errichtet worden, die von einer grossen Menge von Hörern und Hörerinnen besucht werden. Der Krieg hat einen gewaltigen Einfluss auf die Verbreitung von Büchern und besonders von Zeitungen ausgeübt. Ein noch nie dagewesenes Verlangen der weiblichen Dorfbevölkerung nach der Kenntnis des Lesens und Schreibens tut sich kund. Jeder des Lesens und Schreibens Mächtige verwandelt sich, ob er will oder nicht, in einen Verbreiter der Bildung. Verwundete

Soldaten, die von der Front zurückgekehrt sind, tauchen als Lehrer des Lesens und Schreibens auf und tragen überhaupt zur Entwicklung der Volksmassen bei. Einen besonderen Einfluss in dieser Richtung üben die Flüchtlinge aus den vom Feinde besetzten Gebieten — die Polen und vor allem die Juden — aus, zwei Elemente des „Zarenreiches“, die bisher ein relativ höheres Bildungsniveau besessen haben. An der Erweiterung des geistigen Horizontes des Volkes haben auch die Kriegsgefangenen ihren Anteil, denen gegenüber sich das gutmütige russische Volk immer anständig verhält. Frontsoldaten, Flüchtlinge und Kriegsgefangene haben unzweifelhaft einen gewaltigen Einfluss auf die geistige Entwicklung weiter Kreise des russischen Volkes ausgeübt. Bis 1911 betrug die Zahl der des Lesens und Schreibens Unkundigen in Russland 61% (auf je 1000 neueinberufene Rekruten kamen je 611 des Lesens und Schreibens Unkundige). Jetzt kann man, einigen Angaben zufolge, annehmen, dass die Zahl der des Lesens und Schreibens unkundigen Erwachsenen nicht mehr als 40% (einschliesslich der Frauen) beträgt. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn einzelne Zeitungen jetzt in einer Millionenauflage verbreitet werden (das „Russkoje Slowo“ hat z. B. 1,3 Millionen Abonnenten). Auch Bücher und Broschüren werden in ungeheurer Anzahl abgesetzt. So hat z. B. die sozialrevolutionäre Partei, ihrem Rechenschaftsbericht zufolge, innerhalb von drei Monaten vier Millionen sozialistische Broschüren verbreitet. Und wie steht es erst mit den anderen Parteien? Der Damm des Zarismus ist niedergebrochen — und das geistige Leben ergiesst sich wie ein Wasserfall.

II.

Wenden wir uns jetzt, ohne die schöpferische Arbeit der Nation aus dem Auge zu verlieren, der russischen Anarchie zu. Ich wiederhole, um Missverständnisse zu vermeiden, dass sie sehr gross ist, kein Freund des russischen Volkes wird das ableugnen können. Lassen wir alle jene beiseite, denen die Anarchie vorteilhaft ist, u. a. also alle bewussten Urheber der Anarchie, wie z. B. die Feinde der Revolution und des Sozialismus, alle Freunde des Zarismus, die grosse Mehrheit der höheren Geistlichkeit, die vom Volke en canaille behandelt wird, usw. Betrachten wir die russische Anarchie von einer anderen Seite. Die Frage über die Ursachen der Anarchie ist aufs engste mit der Frage über den Maximalismus und über den Sieg der Leninisten verbunden. Zwei Hauptfaktoren des gegenwärtigen Augenblicks der russischen Geschichte liegen der russischen Anarchie zugrunde: die Agrarfrage und der Krieg. Beide gehören untrennbar zu einander. Der Oberst K. Oberutschew,

ein hervorragender russischer Revolutionär, Politiker und Publizist, definiert das Wesen der russischen Anarchie folgendermassen: „Alle fordern irgend etwas, alle sprechen von ihren Rechten, aber fast niemand spricht von seinen Pflichten." Das schreibt mir ein Mensch, der am heissesten Herde des russischen Lebens steht. Und er hat recht. Seine Worte zeigen, dass die Persönlichkeit des russischen Menschen gegenwärtig bestrebt ist, die Rahmen des noch nicht vollkommen zerstörten alten Regimes energisch und intensiv zu sprengen. In den übrigen europäischen Revolutionen konnte man dieselbe Erscheinung beobachten, wenn auch lange nicht im gleichen Masse, — nicht einmal im Jahre 1789. Die Persönlichkeit will sich selbst ihr Leben schaffen und gestaltet deshalb die ganze bisherige Ordnung um. Die schöpferische Arbeit im Innern (besonders auf dem Gebiete der Agrarfrage) ist der natürliche Gegner der Frontinteressen, das heisst des Krieges. Das russische Volk war von 1914 an gegen den Krieg, und hat sich nie von ihm hinreissen lassen. Seit dem März 1917 kämpft das russische Volk für sein Recht, keinen Krieg zu führen. Dieser Kampf hat rasch viele Millionen russischer Menschen im Lande wie an der Front begeistert. Unberührt vom Widerwillen gegen den Krieg blieb nur ein verhältnismässig kleiner Teil der Bevölkerung, — die Bourgeoisie, von der ein grosser Teil durch den Krieg reich geworden ist (vgl. die Rede des Ministers Pjeschechonow) und die jusqu'auboutistische Intelligenz. Nun sagt man zwar, dass in allen kriegführenden Ländern „niemand den Krieg wünsche". Aber nur in Russland hat das Volk seine Abneigung gegen den Krieg so real in Erscheinung treten lassen. Wir alle wissen, dass diese allmenschlichen Tendenzen in Russland den grössten Widerstand bei den obersten Gesellschaftsschichten gefunden hatten. Die temporäre Regierung, die sich kontraktlich den Verbündeten verschrieben hatte, forderte vom Volke hartnäckig den Krieg und die Offensive. Das Resultat war der Zusammenbruch und eine in der Geschichte noch nicht dagewesene Desertion von Millionen. Und diese Deserteure begannen (wie z. B. in Kijew) gegen die Frontsoldaten vorzugehen, denn sie zogen es vor, lieber für die Idee des Pazifismus als für die Idee des Militarismus zu sterben. Ganze Divisionen weigerten sich, weiter zu kämpfen. Man schoss auf sie aus russischen Maschinengewehren und Kanonen. Die Todesstrafe, die dem Willen des Volkes gemäss in den besten Tagen der provisorischen Regierung abgeschafft worden war, wurde wieder eingeführt. Parallel damit ging die Ermordung von jusqu'auboutistischen Offizieren durch Soldaten. Es kam sogar so weit, dass die Soldaten in Horowitschi einen Obersten, der ein Geschütz an die Front

zu transportieren befohlen hatte, ins Wasser warfen. Irgend einmal wird natürlich eine unparteiische und erstaunliche Geschichte dieses Volkskampfes gegen den Krieg geschrieben werden. Dann wird es vollkommen klar werden, warum die Kadetten bei den Massen ihr Prestige verloren hatten, warum Kerenski nicht Lenin zu besiegen vermochte. Dieser hatte die unzweideutige Losung ausgegeben: „Frieden um jeden Preis." Und diese Losung entspricht in jeder Hinsicht sowohl der Lage der Dinge in Russland (denn Russland kann schon seit 1915 nicht mehr kämpfen), als auch dem Wunsche des Volkes, weil das Volk nicht länger Krieg führen will. Die Losung „Frieden" hat die Volksmassen veranlasst, sich den Maximalisten anzuschliessen. Grösstenteils aus dem gleichen Grunde verloren zuerst Miljukow, dann Kerenski und schliesslich sogar die Sozialrevolutionäre ihren Einfluss auf die Massen, trotzdem das Agrarprogramm der Sozialrevolutionäre jedem Bauernherzen teuer war. Auch die Bauern schlossen sich Lenin an, und er kam ihnen entgegen und nahm die Hauptlosung der Sozialrevolutionäre in sein Programm auf. (Im Jahr 1903 war Lenin in seinen Büchern noch ein Gegner der Übergabe des Bodens an das Volk.) Es war aber unmöglich, das Leninsche Programm mit Hilfe der provisorischen Regierung zu verwirklichen. Erinnern wir uns, dass Fürst Lwow und einige andere Kadetten gegen das Agrarprogramm der Sozialisten waren und deshalb aus der Regierung ausschieden. Ausserdem trat schon gleich bei Beginn der Revolution klar zutage, dass eine doppelte Macht ans Ruder gekommen war: einerseits — die Macht des Volkes, und zwar der arbeitenden Klassen, in Gestalt der Soldaten-, Arbeiter- und Bauerndeputiertenräte, die den Frieden anstrebten, und andererseits die Macht der übrigen Gesellschaftsklassen, in Gestalt der provisorischen Regierung. Alle Parteien bemühten sich anfangs, eine Koalitionsregierung zustande zu bringen. Lenin begriff aber, dass bei einer solchen Regierung der Friede ad calendas graecas vertagt werden würde. Lenin begriff, dass die Friedensfrage nur dann tatsächlich an die Tagesordnung kommen könne, wenn sich die ganze Macht des Landes in den Händen der arbeitenden Klassen, in den Händen der wahrhaften Volksorganisationen, befände. Denn sie hatten die Revolution gemacht, sie wünschten keine Minute länger, Krieg zu führen. Derartige Organisationen waren von Anfang an die Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputiertenräte. Die Novemberumwälzung bedeutet ihren Sieg, sie beendete die oben gekennzeichnete Doppelherrschaft bei der Zentralregierung. Die Aufhebung dieser Doppelherrschaft war ein Faktor von so gewaltiger Bedeutung, dass schon dank ihm allein (selbst wenn man von der glücklich gewählten

Losung absieht) die verhältnismässig kleine Gruppe der Maximalisten stärker wurde, als die Regierung Kerenskys. Diejenigen, die auf einen Sieg des letzteren und auf einen Zusammenbruch des „Maximalismus" schon wenige Tage nach der Novemberumwälzung hofften, hatten sich schwer geirrt. Diese Optimisten hatten vergessen, dass die Maximalisten nicht durch ihre Doktrinen stark geworden waren, sondern durch zwei scharf und bestimmt ausgegebene Losungen: „Friede" und „Land". Die Regierung, die zu einem Teil für den Krieg und gegen die Übergabe des Bodens an das Volk war, konnte sich natürlich nicht auf das Vertrauen des Volkes stützen. Und nun sehen wir, dass das Volk selbst den „Krieg gegen den Krieg" und die Aufteilung des Landes in die Hand nimmt, da es den günstigen Augenblick zu verpassen fürchtet. Und das ruft die Anarchie hervor. Lenin hat auch das begriffen und wartet deshalb die Konstituante weder zum Abschluss des Friedens noch zur Verteilung des Landes ab. Was wir „Maximalisten" nennen, sind also nciht die eigentlichen Maximalisten, sondern alle Anhänger der beiden vereinten Losungen: „Frieden und Land!" Die Macht Kerenskis ging unter, weil er ein Gegner der Friedenslosung war; die Macht der Kadetten — weil sie Gegner der Landverteilungslosung waren. Das Hinausschieben der konstituierenden Versammlung vergrösserte noch die Unzufriedenheit mit Kerenski und den Kadetten. Lenin begriff die Sachlage — und das Resultat ist die Festigkeit des Leninschen Regimes, die alle Erwartungen seiner Feinde enttäuscht hat. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich seinRegime halten. Die Kosaken Kaledins, Kornilows, Dutows und anderer Atamane werden von den stark pazifistisch gesinnten Frontsoldaten niedergekämpft werden. Die Kosaken sind weniger zahlreich als das Frontheer. Auch sind sie nicht im Besitze von Waffen. Die Maximalisten haben 10,000 Gewehre, die die provisorische Regierung den Kosaken zu schicken versuchte, in Petersburg zurückgehalten. Die Lebensmittelzufuhr abzuschneiden, ist ein zu gefährliches Mittel: hungrige Soldaten sind wie Tiere — nachdem sie die Kosaken bezwungen haben, werden sie auch gegen den verhältnismässigen Landreichtum der Kosaken Massnahmen ergreifen: auch die Kosakenländereien werden nach einem Siege über die Kosaken der allgemeinen Aufteilung verfallen. Während auf einen Kosakenhof durchschnittlich 52,7 Dessjatinen kommen, umfasst ein Bauernhof im europäischen Russland nur 6 bis 12 Dessjatinen. Es ist deshalb nicht weiter verwunderlich, wenn ein Teil des Kosakentums jetzt nicht mehr hinter Kaledin steht und die meisten sich vor der Landaufteilung fürchten.

Die Maximalisten Lenins haben noch einen Vorzug: sie

sind unbedingt aufrichtig. Sie wollen nichts verbergen. Sie dienen unbeugsam den von ihnen proklamierten Prinzipien. Sie kennen keine Hintertüren, keine „Schleichwege zum Rückzug", keine Reservationen. Sie reden und handeln reinlich, nach der Maxime: „Was ist, das ist." Der Charakter Lenins — der, nebenbei gesagt, ein sehr starker ist — hilft ihnen dabei. Lenin ist geradlinig. Er hat einen klaren Verstand, besitzt organisatorische Fähigkeiten und ist zu gleicher Zeit ein — Despot. Ausserdem ist er ein Fanatiker seiner Sache, der sein Ziel mit allen Mitteln verfolgt. Das stösst viele von ihm ab. Bestimmtheit ist indessen immer eine Macht. Von 1900 bis 1917 hat Lenin das in seiner Partei bewiesen. Er hat sie zentralistisch organisiert. Er ist eine disziplinierte Kraft, die ihre Wurzeln, dank bestimmt gewählter Losungen, in der Volksmasse hat. Die Macht dieser Losungen ist folgende: es ist sehr möglich, dass wir morgen schon von einem sozialistischen Koalitionsministerium in Russland hören, und in einigen Monaten von einer Koalition mit den Kadetten; aber auch diese Ministerien werden die gleichen Losungen verwirklichen müssen: „Friede" und „Land". Wenn die Konstituante von neuem eine Doppelherrschaft hervorbringen und nicht beide Leninsche Losungen verwirklichen wird, so wird die Anarchie in Russland nicht aufhören. Nur die Verwirklichung beider Losungen wird die Anarchie bis auf die Wurzel vernichten, wenigstens bei der ungeheuren Mehrzahl des russischen Volkes, bei seinem besten Teil. Wenn die Ursachen der Anarchie beim besten Teil des russischen Volkes aufgehoben worden sind, wird man auch der Anarchie des schlechteren Teiles Herr werden können.

Das ist die Bedeutung der Novemberumwälzung. Die Anarchie ist nur ihr Schaum, nicht ihr Wesen. Denn die Anarchie ist für alle jene Parteien, die gegen die Leninisten kämpfen (seien es nun Zaristen oder Bourgeois) ein ebenso natürliches wie notwendiges Kampfmittel, mit Hilfe dessen sie die Leninisten zu diskreditieren und die Volksmassen auf ihre eigene Seite, auf die Seite der „Ordnung", zu locken versuchen.

Das ist die gegenwärtig sich abspielende Tragödie des russischen Volkes. Und im Wirbel dieser Tragödie wird schöpferische Arbeit für eine bessere Zukunft getan, die sich auf den neuen Grundlagen des Friedens, der Gerechtigkeit und des Rechts erheben wird.

Noch gehen Menschen unter. Noch wird Blut vergossen. Aber die neuen Prinzipien werden durch dieses Blut zu wirklichem Leben gestaltet.

□□□

Die Agrarfrage in Russland und ihre Bedeutung.*)

Von Dr. CORNELIUS BERGMANN.

Seit Jahrzehnten wird das russische Volk in seinem wirtschaftlichen wie geistigen Denken in allen seinen Schichten von der Agrarfrage beherrscht; ihre Regelung ist die Voraussetzung für die lebensfähige Entwicklung des Landes. Es ist deshalb verständlich, dass sie im Zeichen der Neuordnung in den Vordergrund geschoben und in einer Weise wirksam geworden ist, die eine Anarchie innerhalb des Landes fast unvermeidlich erscheinen lässt. Die provisorische Regierung hat die Agrarfrage aus Zweckmässigkeitsgründen der konstituierenden Versammlung zugewiesen, um die Erregung nicht noch mehr zu steigern und die notwendigsten Voraussetzungen für die Beherrschung der Situation zu gewinnen. Die Bedeutung dieser Frage ergibt sich schon daraus, dass etwa 70 bis 80% der Bevölkerung ackerbautreibende Bauern sind, und dass von den annähernd 800 Städten und Städtchen im eigentlichen Russland, Polen und Finnland ausgenommen, nur etwa 100 mehr als 30,000 Einwohner zählen, während die übrigen vorwiegend landwirtschaftlichen Charakter tragen. Neben diesen Städtchen bestehen eine verhältnismässig grosse Anzahl von Dörfern mit 10—20,000 und darüber Einwohnern, deren Landgebiet trotz der Verdoppelung der Bevölkerung das gleiche geblieben ist. Mit geringen Ausnahmen handelt es sich für die überwiegende Mehrheit darum, ob ihnen ein auskömmliches Minimum als Privateigentum zugewiesen wird oder ob noch ein zweites Mal der Bauer, wie in den 1860er Jahren, trotz besserer Einsicht zum Opfer einer voreingenommenen Theorie wird. Privateigentum oder Feldgemeinschaft — in dieser oder jener Form —, das ist der Inhalt der Agrarfrage, der auch die zukünftige Entwicklung Russlands bestimmen wird.

Um die sehr verworrene Agrarfrage auch nur einigermassen zu übersehen, wird man sich die Lage bis 1906 und die darauf einsetzende Reorganisationsarbeit vergegenwärtigen müssen, die mit dem Namen Stolypins verknüpft ist. Die Dorfgemeinschaft ist einerseits als Mir, d. h. als gesamte stimmberechtigte Bevölkerung, andrerseits als Feldgemeinschaft aufzufassen.

*) Vor der Erhebung der Maximalisten geschrieben. *Die Red.*

Sie verteilt das gemeinsame Landareal alle sechs Jahre auf die Anzahl der Höfe, die unabhängig von der Anzahl der Familien die dörfliche Wirtschaftseinheit bilden, zumeist durchs Los. 1861 wurden jedem Hofe 3½ Dessjatinen als Landanteil zugewiesen. Es ist sehr bezeichnend, dass die Einheitsgrösse des Anteils sich gewandelt hat, von dem Halbteil ist es zum ganzen und halben Viertel und zuletzt zum halben und viertel Achtel herabgesunken. Man spricht fast nur in der Terminologie der kleinsten Einheiten, die zudem verstreut und weit entfernt vom Dorfe liegen und den Wirtschaftsbetrieb äusserst unrentabel machen. Um dieser Not zu begegnen, wurden seit 1905 zwei Wege eingeschlagen: die Aussiedlung der überschüssigen Bevölkerung auf Kronländereien oder auf solche, die von der Bauernbank erworben und für die Bauern parzelliert wurden, andrerseits die Aufteilung ziemlich bedeutender Gemeindeländereien und die Schaffung neuer Dörfer oder die Befestigung der wechselbaren Anteile innerhalb der Feldgemeinschaft an einen Besitzer. Das letzte Organisationsverfahren verlegte den Wohnsitz auf den zu einem Stück zusammengelegten Anteil oder liess die Bewirtschaftung vom Dorfe aus zu. Diese Arbeit fiel in die Kompetenz des Komitees für die landwirtschaftliche Organisation.

Unter dem Druck der Ereignisse von 1905/06 verordnete ein kaiserliches Reskript (27. August 1906), dass die Kronländereien in grossem Ausmass zugunsten der landlosen Bauern verwendet werden sollten. Mit dem Nachlassen des Druckes schwand auch der „gute Wille". Die Ergebnisse dieses Reskriptes sind sehr gering: von 1907 bis 1911 wurden insgesamt 329,000 Dessjatinen als Privateigentum und ca. 4,5 Millionen in Pacht gegeben. Ähnlichen Entwicklungsbedingungen unterlag auch die Tätigkeit der Bauernbank, die 1906/07 etwa 3 Millionen, 1910 aber nur 170,000 Dessjatinen, insgesamt von 1906 bis 1913 etwa 4 Millionen Dessj. Privatgüter kaufte, von denen sie bis 1912 2,5 Millionen Dessj. an die Bauern abgab, unter stetiger Abnahme des Anteils von 7,5 bis 4,5 Dessjatinen. Neben dieser Tätigkeit hat sie den Ankauf von etwa 2 Millionen Dessjatinen an die Bauern vermittelt. Um diese Angaben in das Gesamtbild einzuordnen, sei noch hinzugefügt, dass die gesamten Kronländereien im europäischen Russland 137,4 Millionen (davon 121 Millionen in den nördlichen unwirtlichen Gouvernements), der Familienbesitz der Dynastie (Apanagen) im europäischen Russland 7,8 Millionen, und der in der Feldgemeinschaft befindliche Besitz 136,3 Millionen Dessj. ausmachen, so dass der Bauernbesitz aus den Kronländereien, die Pacht mit einberechnet, um 3½% vergrössert wurde. Das

übrige ging auf Kosten des Privatbesitzes, der insgesamt etwas über 60 Millionen Dessj. ausmacht und sich mit 1 : 3½ unter Bauern und Grossgrundbesitz verteilt.

Weit komplizierter hat sich die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Reorganisation auf dem zweiten Gebiete, dem der Feldgemeinschaft, erwiesen. Die Abwanderung der Bevölkerung aus der Dorfgemeinschaft hat sich auf die als Privateigentum eingerichteten 10 Millionen Dessj. und mit etwa 2 Millionen nach Sibirien gewendet. Alles übrige verblieb in der Feldgemeinschaft den früheren Bedingungen unterworfen d. h. von 125 Millionen der Bevölkerung sind aufs höchste 9 bis 10 Millionen oder 8% abgewandert. Die Hauptaufgabe lag mithin auf dem Gebiet rein organisatorischer Tätigkeit, die durch das verschiedene Organisationsbild in den nördlichen und südlichen Distrikten noch erschwert wurde. In den kapitalskräftigeren südlichen Provinzen ist das ursprüngliche Landareal des Dorfes durch sukzessiven Ankauf von Landkomplexen vergrössert worden, die jedoch nur den wohlhabenden Bauern zugute kamen. Infolgedessen ist die Zusammenlegung der Anteile durch Tausch und Kauf noch schwieriger, umsomehr da diese unter der Leitung sachunkundiger und interessierter Beamten (der Landvögte) geschah, und das Misstrauen bei dem gering entwickelten Verständnis der Bauern noch vertiefte. In den Jahren von 1906 bis 1913 sind etwa 13 Millionen Dessjatinen auf diese Weise in den Dorfgemeinschaften zusammengelegt worden, doch hat man von den 2,65 Millionen Gesuchen um Einrichtung auf Einzelbesitz nur 1,17 Millionen berücksichtigen können, was gegenüber den 16 Millionen Bauernwirtschaften nur 7% ausmacht. Insgesamt wird man etwa 14 Millionen Dessjatinen Bauernland als eingerichtet betrachten müssen, die in steigender Progression von 1907 mit 14,600 bis 1912 mit 560,000 Wirtschaftseinheiten ausgeführt wurden. Die Loslösung aus der gebundenen Feldgemeinschaft ist zumeist von den besser situierten Bauern in Anspruch genommen. Nach der Statistik folgen in der Zusammenlegung und Befestigung der Anteile auf den Besitzer die Gouvernements Samara, Jekaterinoslaw, Cherson, Orlow, Kursk, Mohilew, Charkow, Saratow, Tambow und Taurien. Es sind die peripheren Distrikte der fruchtbaren Schwarzerdzone. Die Regierung hat ihnen den Vorwurf gemacht, dass sie weniger eine qualitative und mehr eine expansive Erweiterung anstrebten. Bedenkt man aber, dass dieser Prozess von den Distrikten bevorzugt worden ist, die wirtschaftlich am kräftigsten sind und in der Ausfuhr an erster Stelle stehen, so wird man zu dem Schluss berechtigt sein, dass

zur Reorganisationsfähigkeit eine gewisse wirtschaftliche Stufe erreicht sein muss, und dass diese die erste Voraussetzung zum Übergang zur intensiven Wirtschaftsweise bildet. Es sind gleichzeitig auch die Distrikte, welche in der allgemeinen Schulbildung mit an erster Stelle stehen oder über das Mittelmass hinausgehen. Es ist sehr bezeichnend, dass aus diesen Distrikten die ersten grösseren Bauernunruhen in diesem Frühjahr gemeldet worden sind.

Der Entwicklungsprozess zum Privateigentum hat jedenfalls schon tief Wurzel gefasst und wird in den peripheren Distrikten von der Wolga bis zum Westen in wirtschaftlieher Beziehung für günstig angesehen. Dem mittleren Bauernstande folgten auf Eigenland in andere Distrikte oder innerhalb der Feldgemeinschaft die Minderbemittelten, und nur der Grossbauer sträubt sich gegen die Neuordnung oder sucht sie zu seinen Gunsten auszunutzen. Selbst in der Kriegszeit ist der Prozess nicht völlig ins Stocken geraten und zum Teil von den Bauern auf eigene Veranlassung und Verantwortung durchgeführt worden (1915/16 in der Krim, in den deutschen Kolonien beiderseits der Wolga usw.). Die Verwaltung der landwirtschaftlichen Reorganisation hat in dreizehn Gouvernements die Einzelergebnisse untersuchen lassen und hat mit ihrem Ergebnis trotz mannigfacher Mängel und Missgriffe die Anerkennung der volkswirtschaftlich kompetenten Kreise sich erzwungen. Zwar lassen die Berichte über den Zustand des bisher Erreichten noch vieles zu wünschen übrig, und der Prozentsatz der Ausgesiedelten ist bei einer Bauernbevölkerung von über 16 Millionen Familien noch unter 10 geblieben, doch ist ein Fortschritt in der Stimmung wie auch in der wirtschaftlichen Hebung des Landes nach allen offiziellen wie nichtoffiziellen Beobachtungen unverkennbar. Dieses Bewusstsein greift um sich und wirkt auf die Bevölkerung in weit stärkerem Masse, als es die behördlichen Anordnungen, durchgeführt durch bisweilen wenig geeignete Beamte, zu tun vermochten. Es liegt auf der Hand, dass die gemässigten Parteien, die sich aus Anhängern oder Angehörigen der Semstwoverwaltungen rekrutierten, von dieser Weiterentwicklung die Besserstellung Russlands erwarteten und mit grosser Umsicht sich dem Dienste dieser Sache widmeten. Sie entzogen einem nicht unwesentlichen Teil der Unzufriedenheit den Boden.

Allein die dreijährige Entziehung der Arbeitskräfte durch den Krieg, die grossen unbestellten Ländereien (1915 im Gouvernement Samara ca. 25%, 1916 im Gouvernement Cherson ca. 16%) verraten einen verhängnisvollen wirtschaftlichen Zustand, der auf die psychische Stimmung der Massen nicht

ohne Einwirkung bleiben wird. Auch der seit Jahrzehnten immer lauter gewordene Schrei nach Land, d. h. bei der vorherrschenden naturalwirtschaftlichen Form des Landes nach expansiver Wirtschaftsmöglichkeit bringt weitgehende Gefahren mit sich, wenn man bedenkt, dass von den vorhandenen Kronländereien nur etwa 30 Millionen Dessjatinen nicht in den nördlichen Distrikten und in Sibirien sich befinden. Die Vorstellung von der Unermesslichkeit des Landes wird leicht auf wirtschaftliche Grenzen stossen, und die Voraussetzungen für eine intensive Wirtschaftsweise (Absatz, Verkehr) fehlen fast vollständig. Hinzugefügt muss werden, dass die Abwanderung nach Sibirien regulierend einwirken kann, nachdem die zuständigen Behörden, trotz der einreissenden Spekulation und sonstiger hindernder Momente, durch die Regierung vieles getan haben, um das Land entwicklungsfähig und kapitalkräftig zu machen. So wurden in den Jahren von 1906 bis 1911 etwa 10,000 km Strassen gebaut, leicht zugängliche Niederlagen wirtschaftlicher Geräte eingerichtet, das Schul- und Sanitätswesen aufgebessert u. a. m. Aber dieses Ventil wird die Verwirrung im Lande nicht gänzlich beseitigen können, da die theoretische Verteilungsnorm der verschiedenen Parteien sich zwischen dem Minimum für die Selbsterhaltung und dem Maximum der Bearbeitungsmöglichkeit ohne fremde Zuhilfenahme bewegt und bereits jetzt die Gemüter beunruhigt. Hat doch der Bauernkongress in Poltawa ein Bearbeitungsmaximum von 50 Dessjatinen pro Familie vorgesehen und der sozialdemokratische Regionalkongress in Kiew hat sich für die Nationalisierung, nicht aber für die Sozialisierung des Bodens ausgesprochen, damit den Kleinbauern das Eigentum erhalten bleibe. Zwar ist besonders von der Kadettenpartei eine grosse Organisation ins Leben gerufen worden, die auf dem Lande aufklärende und beruhigende Vorträge hält, und die Regierung hat Ende April die Einrichtung von Kreis, Wolost- und Gouvernementskomitees verordnet, in denen Sachverständige mit Vertrauensmännern der Bevölkerung gemeinsam die Frage bearbeiten, allein es wird von der möglichst baldigen und glatt sich abwickelnden Überleitung des Heeres in den Friedenszustand und von der wirtschaftlichen Sicherstellung im nächsten Winter abhängen, ob man die elementaren Bewegungen wird meistern können.

Vor diese Sachlage sieht sich unter den denkbar schwersten Umständen das neue Russland gestellt. Man will Theorien verwirklichen und übersieht vorläufig noch, dass die Realisierung von Ideen nur dann möglich ist, wenn die Entwicklung in Bahnen geleitet wird,

die zu immer grösserer wirtschaftlicher wie geistiger Entfaltung des Volkes führen. Am leichtesten wird die Partei der Volksfreiheit, die gewesene Kadettenpartei, sich den Verhältnissen anschliessen können. Denn ihrer energischen Arbeit ist es zu verdanken, dass das Gesetz von 1912 über den landwirtschaftlichen Kleinkredit und das Hypothekenwesen in förderndem Sinne zum Abschluss kam. Sie ist bisher vielfach im Gegensatz zur Partei des Grossgrundbesitzes (Oktoberverband) für die Verbesserung der landwirtschaftlichen Gesetzgebung und der Entwicklung des bäuerlichen Privatbesitzes innerhalb der Dorfgemeinschaft eingetreten, um die kleinste Selbstverwaltungseinheit zu schaffen. Ihr Einfluss ist ohne Zweifel gross, da sie von den Vertretern der Städteunion, den Semstwoorganisationen und einem grossen Teil der führenden Intelligenz unterstützt wird. Auf dem Kongress vom 10./23. Mai hat sie, nach den Mitteilungen der „Rjetsch" vom 10. und 11. Mai, ein fest umrissenes Programm angenommen mit dem Grundsatz, dass die Nutzniessung der Grundrente ohne Arbeit unterbunden und das Land den arbeitenden Bauern überlassen bleiben muss. Für Privateigentum, soweit es das Bearbeitungsmaximum überschreitet, und Grossgrundbesitz ist die Enteignung für den Staatsfonds vorgesehen. Nur in Gegenden mit freiem Landareal bleibt der Grossgrundbesitz bestehen, wenn er mit eigenem landwirtschaftlichen Inventar bebaut wird. Die Verteilung unter die Bauern geschieht nach der Arbeitsnorm entsprechend der Ertragsfähigkeit des Landes. Die Enteignung des Bauernlandes, soweit es an Landgemeinschaften gebunden ist, ebenso die Sozialisierung desselben soll vermieden werden, da diese Besitzformen der Zeit nicht entsprechen. Eine weitere Reihe von Punkten bezieht sich auf die Verbesserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse nach neueren Prinzipien. Gleichzeitig tagte auch der Kongress der Minderheitssozialisten, die sich ebenfalls gegen die Nutzniessung der Grundrente ohne Arbeit stellen, aber für die Enteignung, soweit sie notwendig ist, eine Entschädigung nach dem Ertragswert vorsehen. Ein schroffer Gegensatz zur Partei der Volksfreiheit ist nicht erkennbar. Daran kann auch eine vorübergehende Verschiebung der Zusammensetzung dieser Organisationen, wie sie die Septemberwahlen zugunsten der sozialrevolutionären Parteien offenbarten, nichts ändern, da die Stetigkeit auf dem Lande geringeren Schwankungen unterworfen sein und eine zu sprunghafte Verwirklichungsform von angenommenen Ideen auf dauernden Widerstand der Bauernbevölkerung selbst stossen wird. Unter dem Einfluss dieser Parteien hat der letzte Kongress der Volkspartei Zugeständnisse machen und sich für das

Bearbeitungsmaximum ohne Zuhilfenahme fremder Kräfte erklären müssen, ohne übrigens das Grossgrundeigentum vollständig preiszugeben. In dem scharfen Kampfe gegen den gewesenen Ackerbauminister Viktor Tschernow, den Vertreter der Sozialisierung des Bodens, und in der energischen Forderung, eine neue Bauernpartei „von unten" zu schaffen, spricht neben der Besorgnis um den Klassenbestand auch eine tiefere Einsicht in die Voraussetzungen für die Blüte Russlands und ein Abwägen der Kräfte für die Erhaltung des Landes auf der Linie der bisherigen allmählichen Entwicklung. Die Gruppe der sozialistischen Maximalisten, deren Führer der vielgenannte Lenin ist, hat sich extreme Theorien zu eigen gemacht und fordert die vollkommene Verstaatlichung des Landes und die Abgabe desselben nach der Norm des Existenzminimums. Diese Partei steht mit noch andern, die sich ihr angeschlossen haben, auf dem Boden der marxistischen Ideen des Klassenkampfes, allein ihr gegenwärtiger Einfluss steht kaum im Verhältnis zu der Bedeutung, die ihnen in Zukunft zukommen wird. Von grossem Einfluss ist die Gruppe der Sozial-Revolutionäre, mit Viktor Tschernow an der Spitze, der die Erbschaft des Bundes der „Volksfreiheit" der achtziger Jahre mit den Ideenresten der grossen Koryphäen der sechziger Jahre — Tschernyschewsky, Lawrow — übernommen hat. Sie gehen von dem Gesichtspunkt aus, dass die ackerbautreibende Bevölkerung durch die Verstaatlichung des Landes in die antizipierten sozialen Zustände hineinwächst, und auf diese Weise die bald überlebte kapitalistische Wirtschaftsart, die durch das Privateigentum bedingt ist, umgehen kann. Das war der „besondere Entwicklungsweg Russlands", wie ihn Tschernyschewsky sich dachte und dessen Verwirklichungsform er in der Feldgemeinschaft sah. Von diesen Anschauungen ist auch der Bauernverband getragen, der in letzter Zeit die Aufmerksamkeit auf sich lenkte. Auf dem Kongress des Verbandes am 5. Mai hat sich die Abhängigkeit von den Ideen der sozial-revolutionären Partei besonders klar erwiesen, indem man sich zu dem Grundsatz Tschernows bekannte, „dass die Überlassung des gesamten Landes an die Landarbeitenden die Grundlage der Zukunft bildet, wenn die Welt sich von der Ausnutzung fremder Arbeitskräfte befreit haben wird. Tschernow ist auch mit der wegen ihrer Aufklärungsarbeit unter den Bauern verbannt gewesenen „Grossmutter der Revolution", Breschko-Breschkowskaja, und Wera Figner zu Ehrenvorsitzenden des Verbandes gewählt. Inzwischen ist eine neue Bauernpartei gegründet worden, über deren Absichten und Zusammensetzung sich noch nichts sagen lässt. Die Masse der Bauernbevölkerung steht diesen Theorien zu-

meist fremd gegenüber; sie geht den notwendigen Weg individualistischer Entwicklung und wird ihr aufgezwungene Lebensformen mit grösster Zurückhaltung und Misstrauen behandeln oder sie in gewaltsamer Weise überwinden. Leo Tolstoi hat 1902 in einem Briefe an den Zaren Nikolaus II. von „der heftigsten Sehnsucht des russischen Volkes" nach „Vernichtung des Grossgrundbesitzes und Anerkennung des Ackerbodens als gemeinsames Eigentum" geschrieben und die Beruhigung der sozial-revolutionären Bewegung von dieser Lösungsform abhängig gemacht. Der kausale Zusammenhang dieser Fragen steht ausser Zweifel, doch herrscht die Sehnsucht nach Eigenbesitz und nicht nach Vernichtung. Die Bauernbevölkerung steht noch vor jener sozial-wirtschaftlichen Stufe, welche die Theoretiker der 1860er Jahre glaubten umgehen zu können. Die Voraussetzung für die Lösung dieser Fragen ist durch die Vorarbeit Stolypins eingeleitet, gelöst können sie jedoch nur im Zeichen des Friedens werden. Das Tempo aber wird davon abhängen, ob die Parteien auf eine Berücksichtigung ihrer Theorien im Interesse der organischen Entwicklung verzichten können. Denn die praktische Gestaltung dieser Fragen ist nicht von Theorien, sondern von der historisch, wie soziologisch bedingten Sachlage abhängig und steht in engster Verknüpfung mit andern, für die Zukunft Russlands ebenso bedeutenden Fragen der Finanzwirtschaft, der Steuerreformen und der Hebung der Steuerkraft zur Bestreitung der erforderlichen Mehrausgaben bei der Demokratisierung eines Landes. Die kommenden Vorgänge auf diesem Gebiet, die stets von verfassungsrechtlichen Kämpfen begleitet sind, lassen sich noch nicht übersehen, aber sie tragen die Keime der sozialen Revolution in sich, wenn sie nicht durch eine Sanierung von auswärts in der Entwicklung verhindert werden. Diese Fragen spielen bereits auf das Gebiet der auswärtigen Politik über. Die Hauptaufgabe für Russland liegt gegenwärtig auf innerpolitischem Gebiet, in der Entwicklungsmöglichkeit des Volkes und der Hebung seiner Steuerkraft. Mit der Aufteilung des Landes unter dem Gesichtspunkt des Existenzminimums würde das Gegenteil erreicht werden, und für eine Aufteilung nach dem Prinzip des Bearbeitungsmaximums reicht das Land nicht aus, selbst wenn man den Privatbesitz enteignen würde. Nur unter Anknüpfung an die bereits historisch und soziologisch gegebenen Formen wird es möglich sein, einen Weg einzuschlagen, der gesunde Entwicklungskeime in sich trägt und das Land aus der Armut der Naturalwirtschaft zur höheren Stufe individualistischer Entwicklung emporhebt.

Die Geschichte hat für Russland keinen besonderen Entwicklungsweg vorbehalten, so reich es auch an Möglichkeiten

ist. Von allen Möglichkeiten aber tritt bei der Verwirklichung stets nur eine in die Erscheinung: der Kampf um die wahren Interessen des Volkes gegenüber volksbeglückenden Theorien und Klasseninteressen. Die mitbestimmende Gleichbeteiligung aller Volkselemente an der Gestaltung des Landes bietet vielleicht die Möglichkeit, dass dieser Kampf mit weniger Opfern ausgetragen werden kann, als die Geschichte bisher bei agrarischen Kämpfen kennen gelernt hat.

□□□

Deutsche Demokratie.

Aus einem Vortrag von Dr. F. AUSTERLITZ (Kampf).

Man bringt das, was unter dem Begriff „Demokratie" zusammenströmt, recht unvollkommen zum Ausdruck, wenn man in der Demokratie nur eine Summe von Einrichtungen sieht; die Demokratie ist weit weniger eine Einrichtung denn eine Gesinnung. Es kann in einem Lande eine Fülle von demokratischen Einrichtungen vorhanden sein und echte Demokratie dennoch völlig fehlen; ein Land kann aber Demokratie gleichsam im Blute haben, wenngleich manche seiner Einrichtungen den demokratischen Idealen noch lange nicht entsprechen. Deutsche, die die Notwendigkeiten der demokratischen Entfaltung des Staatswesens begreifen, aber nicht zugeben wollen, dass es daran in Deutschland noch gebricht, pflegen auf den Unterschied des Wahlrechtes in Deutschland und in England hinzuweisen: in Deutschland ein Wahlrecht, an dem in Hinsicht der demokratischen Ausgestaltung nicht viel zu bemängeln ist; in England ein Wahlrecht, das mit klassenmässigem Vorrecht gespickt ist. Aber hat das vom Standpunkt der Demokratie unzulängliche Wahlrecht das Unterhaus gehindert, sich mit demokratischem Selbstbewusstsein zu erfüllen? Hat das allgemeine und gleiche Wahlrecht dem Reichstag demokratisches Kraftbewusstsein verliehen? Es ist während des Krieges, als Folge des Krieges, der als der unbeugsamste Demokrat alles gleichmacht, auch im Reichstag manches anders geworden; aber bis zum Kriege ist dem deutschen Reichstag wenig anzumerken gewesen, dass er aus demokratischem Wahlrecht stammt. Er war so brav, treu und fleissig, wie es selbst eine ernannte Kammer nicht löblicher leisten könnte! Er hat nie über die Stränge gehauen, keine Konflikte gesucht, und war sicherlich das traitabelste Parlament, das es auf Gottes Erdboden gibt. Er konnte Macht ge-

winnen, die grösste und ausschlaggebende; er hat nach ihr nie gestrebt! Dem Deutschen gefällt Ordnung und Zucht besser als Machtgefühl und Selbstbewusstsein.

Unter den Verfassungsreformen, mit denen die Demokratie nun begründet werden soll, paradiert als Hauptstück, dass der Reichskanzler entlassen werden müsse, wenn es ein Beschluss des Reichstages begehrt. Welche kindliche Verwechslung von Macht und Paragraphen! Ein Parlament ist genau so mächtig, als es zu wollen vermag; auf die Fähigkeit, politisch zu wollen, kommt es an. Man braucht in der geschriebenen Verfassung nichts zu ändern, keinen Paragraphen, kein Wort, und der Reichstag kann, mit derselben Verfassung ausgerüstet, aus der sich anscheinend sein Untermass von Macht ergibt, jede Machtstellung erzwingen und beziehen. Schon das Budgetrecht macht ein Parlament allmächtig; gegenüber der Tatsache, dass ohne Zustimmung des Parlaments kein Heller eingenommen und kein Heller ausgegeben werden kann, gegenüber der Tatsache, dass das Parlament über das verfügt, was in der kapitalistischen Welt das Ausschlaggebende ist, nämlich über die Geldmittel, ist alle sogenannte Kronmacht hilflos, und kein Konflikt ist denkbar, in dem sich die Krone als der stärkere Faktor erweisen würde. Nun ist allerdings wohl zu beachten, dass auch die Angriffskraft der Parlamente schwächer geworden ist, weil sie aufgehört haben, jene Einheit zu sein, die sie waren, als der Klassengegensatz in ihr Gefüge noch nicht Eingang gefunden hatte. Nun zahlt auch das Parlament dem Klassenkampf seinen Tribut; und jener einheitliche Wille des Parlaments, der zu demokratischen Eroberungen allein befähigt, jener Wille, der das Parlament als die zusammengefasste Kraft des Volkes erkennen lässt, der ist in den von dem Gegensatz der Klassen zermürbten Parlamenten nicht leicht zu sammeln; die überragende Stellung der Krone, die sich erhält, obwohl das moderne Leben alles zu nivellieren scheint, die ist zum grössten Teil auf die Zersetzung der Parlamente zurückzuführen. Aber was das deutsche Leben so seltsam macht, ist nicht diese Erscheinung, die jedem Parlament eigentümlich ist, sondern die erstaunliche Tatsache, dass dem Durchschnittsdeutschen, dem guten Bürger wie dem aufgeklärten Intellektuellen, der Zustand, da die Obrigkeit anschafft, das Volk gehorcht, als der einer besonderen geistigen und moralischen Veranlagung der Deutschen entsprechende Zustand erscheint....

In der Staatsauffassung des guten Deutschen, des Normalbürgers, der so trefflich Disziplin zu halten weiss und von dem wundersamen „Pathos der Distanz“ „voll und ganz“ erfüllt ist

— Pathos der Distanz: die Pflicht, sich in respektvoller Entfernung und Unterwürfigkeit zu halten — in seiner Ideologie also ist auch die Demokratie die Gabe, die von oben kommt. So denkt sich's auch mancher Demokrat, und sein heissestes Plaidoyer für die Demokratie ist der Beweis, dass die Demokratie der monarchischen Idee nicht schade, ihr fromme. Also denkt er sich die Begründung der Demokratie so, dass es der Monarch mit ihr wagen möge. Fast jeder „demokratische" Artikel taugt da zum Erweis. So schreibt ein Sozialdemokrat, allerdings einer der abgeblasstesten und ausgelaugten (Quessel), über die „Zusammenkunft" im Garten des Staatssekretärs des Innern: „Es ist einleuchtend, dass der Träger der Krone, wenn er Mitglieder des Parlaments zur Führung der Staatsgeschäfte heranziehen will, die Männer persönlich kennen muss, die er mit der verantwortlichen Leitung der Staatsaufgaben betrauen will." Heranziehen will, betrauen will; eben auf seinen Willen kommt es an! Heranziehen will: auch das Mass ist seine Sache. Kennen muss: und wenn sie ihm nicht gefallen, dann geht es eben mit der Demokratie nicht! Aber die Gegenlogik wäre ebenso berechtigt: dass die Volksvertretung den Mann, den sie mit der Inhaberschaft der Monarchie betrauen will, zuerst „kennen" müsste! Derlei Demokraten — und sie scheinen der deutsche Typus — denken nicht an Macht, ihnen ist alles Pflicht und Pflicht. Eine echte preussische Seele sieht überhaupt die Welt nur durch das Medium der Pflicht. Also verkündet es wieder einer der Neosozialdemokraten (Peus): „Die Sozialdemokratie muss, nachdem sie Jahrzehnte hindurch deklamiert hat, sich ihrer Pflicht bewusst werden und verantwortlich mitregieren wollen." Aus dem Willen, dem Recht, dem Machtanspruch des Volkes wird so unter der Hand die Pflicht: nämlich genau betrachtet, die Pflicht, zu gehorchen, wenn der König ruft. Deutsche Demokratie ist von deutscher Unterordnung nicht zu trennen.

Was dem Reiche not tut, sind nicht die kleinen demokratischen Eroberungen, sondern der demokratische Geist, die Durchdringung der deutschen Menschheit mit einem erhöhten Selbstbewusstsein, mit dem Gefühl für Würde und Ehre, das jedes Vorrecht verneint und jedes Unrecht zurückweist. „In jedem Haupt, das trotzig denkt, das hoch und ungebeugt sich trägt", da wohnt die Demokratie; und was man den Deutschen wünschen muss, ist nur, dass die Trotzigen und Ungebeugten keine spärliche Minderheit bleiben. Der demokratische Geist ist vonnöten, und die entsprechenden Einrichtungen wird er sich dann unschwer bauen.

□□□

Friedenshemmungen.

Von ARTHUR LAUINGER.

Wenn die Anarchie in Russland und die deutsch-österreichische, weit in Italiens reichste Gebiete vorgetragene Offensive der Welt das Gefühl, dem allgemeinen Frieden näher zu kommen, ebensowenig bringen konnten, wie das Versagen der blutigen und in ihrem Erfolge begrenzten Flandern-Offensive des englischen Millionenheeres, so liegt dem zugrunde, dass die von den Gegnern der Zentralmächte gewissermassen als conditiones sine qua non aufgestellten Forderungen für einen Friedensschluss bis heute eine Korrektur nicht erfahren haben. Auf der Welt lastet noch immer die bedrückende und jede Hoffnung lähmende Gewissheit, dass die beiden Kriegsparteien in verschiedenen Sprachen reden, dass sie nicht zu einer Einheit des Gedankenganges über die Möglichkeit eines Friedensschlusses gelangen können. Es sind im Laufe des Krieges von der Entente Forderungen für das Kriegsende aufgestellt worden, die nur von einem mit den Waffen gänzlich niedergeschlagenen Volke als Friedensbasis angenommen werden können. Forderungen, die der Sieger nur dem uneingeschränkt Besiegten oktroyieren kann, weil sie tief in den ethischen Gedankenkreis des unterworfenen Volkes eingreifen, weil sie ihm ferner eine Beeinträchtigung seiner territorialen Hoheit zumuten und endlich seine wirtschaftliche Zukunft und die damit verbundene Möglichkeit des Wiederaufbaus der durch den Krieg zerstörten Teile seiner Staatskraft ernstlich gefährden.

Drei Gruppen von Forderungen sind es, die die Entente an die Mittelmächte, vor allem an das Deutsche Reich, richtet und die dieses Reich für einen Friedensschluss weder in Betracht ziehen will noch kann. Die erste und vielleicht in Deutschland als unmöglichste empfundene Forderung ist mit besonderer Schärfe von dem Präsidenten

der Vereinigten Staaten von Amerika aufgestellt worden. Sie verkörpert sich in der Absicht, die Deutschen von dem angeblich sie erdrückend belastenden Regime der Hohenzollern, oder wie es verschleiert ausgedrückt wird, des Militarismus, zu befreien, ihnen mit Waffengewalt die Segnungen einer Demokratie, wie sie in den Vereinigten Staaten als solche empfunden wird, zu bringen. Das eiserne Zusammenhalten von Volk und Herrscher, das während des ganzen Weltkrieges in den schwierigsten Situationen das Deutsche Reich als eine unteilbare Einheit hat erscheinen lassen, wird ignoriert und die Fiktion aufgestellt, dass das deutsche Volk sich danach sehne, von einer seine Geschicke nach eigensüchtigen, hyper-ehrgeizigen Prinzipien gewalttätig leitenden Kaste befreit zu werden. Das demokratische Prinzip soll Deutschland mit den Waffen gebracht werden. Die historische Entwicklung, die das Deutsche Reich zu seiner heutigen kulturellen Stellung und zu seiner bemerkenswerten Kräfteentfaltung geführt hat, wird ad acta gelegt, an die Stelle einer vernunftgemässen Evolution der Dinge soll eine Revolution von aussen her die Entwicklung vorweg nehmen. Man will mit den Waffen das deutsche Volk beglücken. Es ist natürlich ein Schlagwort, bestimmt, Volk und Regierung im Deutschen Reiche zu trennen, wenn auf das Banner der Entente das Wort „Demokratie" geschrieben wird. Die Hohlheit des Schlagwortes wird durch nichts klarer bewiesen, als dass das zaristische Russland, jener Inbegriff gewaltsamster Autokratie, zu jenen Staaten zählte, die im Ententekreis berufen waren, die Segnungen der Demokratie, die ja das Zarentum in Russland dem eigenen Lande unter Duldung der anderen Ententestaaten vorenthielt, nun gerade dem deutschen Volke zu bringen. Dass Russland heute kein zaristisch regierter Staat mehr ist, dafür kann die Entente nichts; könnte sie es ändern, sie würde, ungeachtet ihrer schönen demokratischen Prinzipien, ein autokratisches Russland mit kampffähigen Heeren den anarchischen Zuständen bei weitem vorziehen, die heute das ehemalige Reich der

Romanows zerreissen und seine Kräfte lahmlegen. Mit der Wahl des Schlagwortes von der Demokratie haben sich indessen die Ententestaaten als sehr schlechte Psychologen gezeigt. Wo ist das Volk, das sich durch Gewalt von aussen in seine inneren Verfassungszustände hereinreden liesse? Die kleinsten Staaten — ich erinnere nur an die Buren-Republiken — mussten schliesslich zu der von England beabsichtigten Neuordnung ihres staatlichen Lebens mit Gewalt gezwungen werden, und sie fügten sich dieser Neuordnung erst nach Vernichtung aller Wehrkräfte. Wer will glauben, dass ein grosses und starkes, seiner Eigenart bewusstes Volk wie das deutsche, sich in die Ausgestaltung seiner Verfassungsverhältnisse hereinreden lässt, dass es unter dem erniedrigenden und entwürdigenden Druck eines Fremden auch nur einen Schritt tut, der den Anschein erwecken könnte, als weiche man einem Zwange Fremder? Seit Jahrzehnten drängen die Verhältnisse in Deutschland auf eine wachsende Anteilnahme des mit seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu verstärkter politischer Betätigung erwachten Volkes. Die Kriegsleistung des Volkes führt ganz von selbst als ein Beweis der Reife zu vermehrten Rechten an der Entwicklung seiner Geschicke. Diese Linie, auf der sich die Ausgestaltung des politischen Lebens eines reifen Volkes bewegt, kann durch nichts mehr durchbrochen und gefährdet werden, als eben durch Druck von aussen. Denn ein Fortschritt scheint nicht begrüssenswert, wenn er als Gebot des Fremden erzwungen ist, wenn an die Stelle der Selbständigkeit der Entschlusskraft der Zwang eines Siegers tritt. Die Deutschen wollen nicht von einem Fremden, gewiss auch nicht von Herrn Wilson, beglückt werden, sie wollen sich ihr Haus, in dem sie und die kommenden Generationen wohnen werden, selbst, in Freiheit, bauen. Will die Entente diese Entwicklung, die mit starken Kräften sich heute vollzieht, in Deutschland fördern, so wird sie schweigend und mit der Fremden gebotenen Zurückhaltung das deutsche Volk selbst wirken lassen müssen.

Das zweite schwerwiegende Friedenshindernis heisst Elsass-Lothringen. Nicht für Deutschland. Für Deutschland gibt es keine internationale elsass-lothringische Frage. Es hätte für den Deutschen nicht der entschiedenen Feststellung des Staatssekretärs Kühlmann im Reichstage bedurft, der sein „Niemals" den französischen Aspirationen nach Elsass-Lothringen entgegensetzte. Solange Frankreich, aus politischen Gründen darin von seinen Kriegsgenossen unterstützt, die sogenannte Desannexion Elsass-Lothringens fordert, solange wird es keinen Frieden geben. Das Deutsche Reich weiss Elsass-Lothringen als eines seiner untrennbaren Glieder. Die Zugehörigkeit der Reichslande zu Deutschland ist jedem Deutschen in Fleisch und Blut übergegangen. Die Entente muss sich Elsass-Lothringen nicht nur in Strassburg mit den Waffen holen, das Besitzrecht auf Elsass-Lothringen, wenn man es Deutschland entreissen will, muss erkämpft werden gegen die letzte deutsche Armee, die im Herzen des Reichs noch diese Lande verteidigen würde. Über Elsass-Lothringen gibt es keine Auseinandersetzung, es gibt für Deutschland nur ein Entweder-Oder. Wenn die Entente, obwohl man sie über diese Situation niemals im Unklaren gelassen hat, trotzdem sich hinter Frankreichs Verlangen nach Elsass-Lothringen gestellt hat, so mag das aus politischen Gründen geschehen sein, um Frankreich kampffreudig im Ententering zu halten. Wie ja auch die französische Regierung die besondere Bedeutung Elsass-Lothringens als Kampfziel letzten Endes betont, um dem schwergeprüften französischen Volke mit einem seinem Gefühle nahekommenden Versprechen einen neuen aktiven Kampfimpuls zu geben. Ob das besonders geschickt von der französischen Regierung war, erscheint angesichts der allgemeinen militärischen Lage zum mindesten nicht ganz sicher. Durchaus falsch ist aber die Parole Elsass-Lothringen, wenn die Tendenz des Friedensschlusses dahin geht, den erstrebten Frieden zu einem dauernden zu machen, der Welt künftig neue kriegerische Verwicklungen von der Art der bestehenden zu ersparen.

Deutschland würde, selbst wenn ihm heute die Reichslande mit den Waffen abgezwungen würden, sich immer eines seiner wertvollsten Volksglieder beraubt empfinden; in einer Abzwingung Elsass-Lothringens läge der fruchtbarste und furchtbarste Keim zu neuem Krieg.

Je länger der Krieg währt, und je weniger die Gegner der Zentralmächte, trotz in Aussicht stehender militärischer Hilfe der Vereinigten Staaten, von einem durchgreifenden Waffensieg die Beendigung des Weltkonfliktes erwarten können, desto mehr wird versucht, die Zentralmächte zu einem den Wünschen der Entente entsprechenden Frieden dadurch zu zwingen, dass behauptet wird, die Entente halte die wirtschaftliche Zukunft der Zentralmächte in ihrer Hand. Zu den vielen alten ist ein neues Schlagwort aufgetaucht: die Wirtschaftskarte. Die der Entente sehr ungünstige Kriegskarte, welche die Mittelmächte zu ihren Gunsten aufzuweisen vermögen, soll paralysiert werden durch die Wirtschaftskarte. Die Entente hält die Seeverbindungen in ihrer Hand, freilich empfindlich gestört durch die unterseeische Kriegführung der deutschen Tauchboote. Die Entente zählt ferner in ihrem Herrschaftsbereich oder in dem der ihr geneigten Länder einen sehr grossen Teil der für jede Betätigung eines hochindustrialisierten Landes unentbehrlichen Rohstofflager. Sie glaubt es in der Hand zu haben, den Deutschen, wenn sie sich nicht fügen wollen, für die Dauer den überseeischen Handel erschweren, sogar sperren zu können und ihnen den Bezug von Baumwolle und Kupfer, von Ölen und Fetten, von Gummi und Platin, von tausenderlei Artikeln, deren Deutschland zu rationeller Arbeit seiner Fabriken bedarf, sperren zu können. Willigt Deutschland nicht ein — so ist der Gedankengang — sich den Friedensforderungen der Entente zu beugen, so mag es vielleicht einen „militärischen“ Frieden erhalten Doch würden sich ihm dann in lauter oder stiller Abrede die Welthäfen der Entente verschliessen. Seinen Produkten würde der Absatz auf den Märkten jenseits der Grenzen der Zentralmächte verrammelt sein. Seine

Fabriken würden über jene Rohstoffe nicht mehr verfügen können, deren sie zu ihrer Arbeit bedürfen. Die Entente glaubt es in der Hand zu haben, sei es durch Hafenzölle, sei es durch Vorzugszölle, sei es durch Beladungs- und Entladungsschwierigkeiten, sei es endlich durch Mehrpreise beim Rohstoffbezug, die deutschen Waren auf die Dauer konkurrenzunfähig zu machen. Dann würde, nach diesen Gedanken, Deutschland dem sicheren Ruin und Verfall entgegengehen, und jene Niederzwingung wäre erreicht, zu deren Herbeiführung die Waffen mehr als der halben Welt versagten. Diese Drohung mit der Wirtschaftskarte erscheint mir als ein überaus schweres Friedenshindernis. Denn sie kann nur dazu führen, dass Deutschland in die Notwendigkeit versetzt wird, den Waffengang fortzusetzen, bis es die Sicherheit gewonnen hat, dass der Boykott im Frieden gegen seine Volkswirtschaft nicht zur Anwendung kommt. Diese Sicherheit kann letzten Endes nur darin bestehen, dass bis zum letzten Mann versucht wird, genügend Rohstofflager selbst — und solche sind auch im Landkriege zu einem Teil zu erreichen — durch den militärischen Friedensschluss zu gewinnen, deren Deutschland für seine reichlichste Volksernährung, wie für seine industrielle Wirtschaft bedarf. Kein Volk, und ein starkes Volk wie das deutsche Volk zuletzt, wird sich vom Weltmarkte ausschalten oder an ihm als Paria behandeln lassen. In die Zukunft nach dem Kriege mit wirtschaftlichen Kampfansagungen hinüberzugreifen, heisst den Krieg ins Endlose verlängern. Ob das in der Absicht der Entente liegt, ist nicht meine Sache zu beurteilen. Es genügt die Tatsache festzustellen. Soll der Krieg durch eine Verständigung beendet werden — und zu dieser hat Deutschland mehrfach vergeblich die Hand geboten — dann wird zunächst aus den Forderungen der Entente auszuscheiden haben, was Deutschland als Unmöglichkeit empfindet.

□□□

Formen des Antimilitarismus.

Von W. PAMPFER, Luzern.

Jedes große geschichtliche Phänomen fordert gebieterisch alle Mitlebenden zur Stellungnahme auf. Niemandem bleibt heute die Frage erspart: Wie stellst du dich zum Kriege? Hältst du den Weltkrieg für ein Verbrechen? ein Unglück? eine Naturnotwendigkeit? eine Brücke zu einer besseren Zukunft? oder ein Ende der europäischen Zivilisation? Die Stellungnahme zum Kriege nötigt uns des weitern, unsern Standpunkt jenem allgemeinen Prinzip gegenüber festzulegen, das im Kriege seine größten Triumphe feiert — dem Militarismus.

Unter Militarismus versteht man die Selbsterhebung der militärischen Gewalt zum Endzweck der Gesellschaft und des Staates. Dort, wo der Militarismus die Herrschaft führt, wird der Wert des Menschen nach seinem militärischen Rangabzeichen bemessen. Die staatliche Organisation, die gesellschaftlichen Einrichtungen, die Volkswirtschaft und Technik, Forschungsergebnisse und Erfindungen — alles stellt die militärische Gewalt in ihren Dienst, alles verwandelt sie in ihre eigenen Machtmittel.

Die Gegner des heutigen Militarismus kann man in zwei Kategorien teilen — in solche, die sich darauf beschränken, lediglich die Auswüchse des Militarismus zu bekämpfen und ihm einen angeblich berechtigten Kern zu gestehen — und solche, die dem Militarismus in seiner Totalität auf den Leib rücken und ihn von Grund aus bekämpfen. Letztere sind die eigentlichen Antimilitaristen.

Die logischen Wege, die der Einzelne einschlägt, um von seiner Weltanschauung zum Antimilitarismus zu gelangen, sind sehr verschieden und so finden wir denn unter den Antimilitaristen Personen, deren Ansichten über sonstige Menschheitsfragen ungemein divergieren.

Folgende Formen des Antimilitarismus mögen hier Erwähnung finden.

1. Der quietistische Antimilitarismus, der jede Gewalt im Prinzip verneint. Seine Vertreter sind vor allem die Tolstoianer und Religiös-Sozialen.

2. Der sozial-revolutionäre Antimilitarismus. Der Militarismus ist

das bedeutſamſte Machtinſtrument des kapitaliſtiſchen Klaſſenſtaates, dieſes muß ihm entwunden werden, um ihn zu entwaffnen. Vertreter dieſer Richtung ſind Karl Liebknecht und die Anhänger der Zimmerwalder Linken.

3. Der anarcho-revolutionäre Antimilitarismus. Dieſe Richtung iſt ausgeſprochenermaßen ſtaatsverneinend, anti-etatiſtiſch. Ihr Hauptvertreter iſt Michael Bakunin, Pierre Ramus und andere Anarchiſten.

4. Der individualiſtiſche Antimilitarismus. Dieſer Standpunkt geht von der Bewertung des Lebens aus. Das individuelle Daſein iſt der Endzweck. Das autonome Ich betrachtet die Geſellſchaft und deren Einrichtungen als ſeine Mittel, die es nach Belieben benützt, verwirft oder bekämpft. Die Grundlage dieſer Richtung iſt der Solipſismus Stirners, teilweiſe auch die Philoſophie Friedrich Nietzſches.

1. Nach dem Muſter Heraklits den Kampf als den Vater aller Dinge zu betrachten, liegt allen Mächtigen ſehr nahe, allen die als Sieger aus einem Streite hervorgegangen ſind, allen die nach Vergeltung dürſten, allen die nach Eroberung einer beſſeren Poſition ſtreben. Diejenigen aber, die nur verlieren können durch den Kampf, oder die Hoffnungslos-Geſchlagenen, die, welche einer unbezwingbaren Übermacht gegenüberſtehen, werden den Kampf perhorreszieren, wenigſtens was den eigentlichen Gewaltkampf anbelangt. Vielfach werden die Letzteren eine Anpaſſung an die Terminologie ihrer Gegner vornehmen, indem ſie auch ihre Methode der geiſtigen Durchdringung als Kampf bezeichnen. Die Gewaltanwendung aber werden ſie prinzipiell verwerfen.

Die beiden bedeutſamſten Religionen der Erde ſind aus dieſer Ohnmacht des Individuums zur Revolte hervorgegangen, der Buddhismus und das Chriſtentum.

Alle diejenigen, welche die Gewalt an ſich ſelber erdulden müſſen, jedoch zu ſchwach ſind, ſich ihr zu widerſetzen, ſind oft genug geneigt, in der Gewalt die Wurzel alles Böſen zu erblicken und ſie prinzipiell abzulehnen. Als Grundſätze, die dieſer entgegengeſetzt ſind und ſie aufheben ſollen, ſtellt das Chriſtentum die Liebe und der Buddhismus das Mitleid auf. Rückſichtsloſe Durchſetzung ſeines Willens unter Aufopferung des Lebensglücks anderer Menſchen iſt das Kennzeichen der Gewaltnaturen. Fremd iſt ihnen das Hineinempfinden in das Bewußtſein Anderer. Es würde auch von ihnen als eine ſchwere Willenshemmung empfunden werden. Dieſes Allgefühl, die Erweiterung des

Empfindens über die rein perſönliche Sphäre hinaus, das Hineinverſetzen in das Gefühlsleben anderer Weſen, ſeien es Menſchen oder Tiere, iſt für die Anhänger derjenigen Weltanſchauungen charakteriſtiſch, aus denen der quietiſtiſche Antimilitarismus entſpringt. Typiſch für ſie iſt die ungemein weite Auslegung, die ſie dem Grundſatze „Du ſollſt nicht töten" – erteilen, den viele von ihnen auch auf die Tiere ausdehnen. Die logiſche Konſequenz dieſer Anſchauungsweiſe iſt die ſtrikte Ablehnung des Krieges. Aus dem feſten Vorſatze, niemals einen andern Menſchen töten zu wollen, ergibt ſich naturgemäß die Ablehnung, ſich zur Menſchentötung ausbilden zu laſſen, mit andern Worten die Verweigerung des Militärdienſtes. Dieſe Richtung des Antimilitarismus iſt beſonders in Rußland unter den Anhängern Tolſtois ſtark vertreten. Unter den Fällen von Dienſtverweigerung in der Schweiz befinden ſie ſich in der Minderheit, ſie ſtellen diejenige Gruppe dar, die aus religiöſen Gründen den Militärdienſt ablehnt. Einer der bekannteſten Fälle dieſer Art war die vielbeſprochene Angelegenheit des Lehrers B a u d r a z.

2. Während die erſte Form von Antimilitarismus ſoziale Unterſchiede außer Betracht läßt, wendet ſich die zweite Form desſelben, der ſozialrevoluzionäre Antimilitarismus, von vorneherein an eine beſtimmte Klaſſe, an das Proletariat. ›Hat ein Proletarier ein Vaterland zu verteidigen?‹ Mit dieſer Frage beginnt ſeine Gedankenfolge. Getreu der marxiſtiſchen Auffaſſung, daß das Ziel des proletariſchen Klaſſenkampfes der Sturz der kapitaliſtiſchen Geſellſchaftsordnung ſein müſſe, ſieht er in allen Kriegen Konflikte der Kapitaliſtenklaſſen der verſchiedenen Länder. Der Staat iſt nach marxiſtiſcher Auffassung die exekutive Gewalt des Kapitalismus. Sich in deſſen Dienſt zu ſtellen, heißt nichts weiter, als die beſtehende Geſellſchaftsordnung befeſtigen zu helfen. Deshalb hat der Proletarier gar keine Intereſſe daran, ſein Vaterland zu verteidigen, da dieſes doch nur eine kapitaliſtiſche Einrichtung iſt, die lediglich zu ſeiner Knechtung und Ausbeutung dient.

Zur Bekämpfung des Militarismus – in ſeinem weiteſten Sinne – wird von einem Teil der Anhänger dieſer Richtung, beſonders den welſchſchweizeriſchen Jungſozialiſten unter der Führung von H u m b e r t D r o z das Mittel der Dienſtverweigerung angewandt, während der größere Teil von ihnen die Revolutionierung der Armee von innen heraus als das beſſere Kampfmittel betrachtet.

Letztere Auffaſſung wird durchweg von der Z i m m e r w a l d e r Linken

vertreten. Bei dieſer Propaganda handelt es ſich darum, durch Gehorſamsverweigerung der Soldaten und Abſetzung der Offiziere, die Armee aus einem Machtmittel des Staates, in ein Machtmittel des Proletariats umzuwandeln. Die relativ bedeutſamſten Erfolge hat in dieſer Hinſicht die Agitation Lenins in der ruſſiſchen Armee zu verzeichnen gehabt. Allerdings wurden dieſelben erſt ermöglicht infolge der durch die Revolution eingeführten Freiheiten unter teilweiſer Aufhebung der bisherigen disziplinariſchen Verhältniſſe. Ohne dieſe Vorausſetzung hätte eine Agitation wie die der Maximaliſten ſchwerlich Boden gewinnen können, da ſie ſonſt durch die militäriſche Leitung im Keime erſtickt worden wäre. Wie ſchwierig es iſt, in einem intakten Heeresorganismus eine revolutionäre Propaganda zu entfalten, zeigt die Erfolgloſigkeit ſolcher Verſuche in allen Armeen der kriegführenden Staaten mit Ausnahme der ruſſiſchen.

Wie der Einzelne auf die Knebelung ſeiner Individualität durch den Militarismus reagiert, hängt weniger von ſeiner Aufgeklärtheit ab, oder von politiſchen und ſozialphiloſophiſchen Theorien, die er vertritt, als von ſeiner pſychologiſchen Reaktionsfähigkeit. Letztere kann individuell ſein oder iſt einem ganzen Volke oder einer Geſellſchaftsſchicht eigentümlich. Aber auch der Militarismus iſt an pſychologiſche Vorausſetzungen gebunden. Nicht jedes Menſchenmaterial iſt für ſeine Zwecke verwertbar. Diejenige Fähigkeit, die er zu allererſt verlangt, iſt die der Subordination. Eigenwillige Naturen, ſolche von hochgradiger Senſibilität, Perſonen mit ausgeprägtem proteſtleriſchem Inſtinkt ſind dem Militarismus ſchwer verdauliche Brocken.

Wo nicht ſchon vorher eine ſtarke pſychologiſche antimilitariſtiſche Diſpoſition vorhanden iſt, da vermag auch alle Agitation und Aufklärungsarbeit nicht viel auszurichten.

3. Ruht der ſozialrevolutionäre Antimilitarismus auf einem ökonomiſchen Fundament, ſo iſt der anarcho-revolutionäre Sozialismus mehr pſychologiſch verankert. Den Anarchiſten kennzeichnet hauptſächlich dies, daß er die Spitze ſeines politiſchen Wollens gegen die Staatsgewalt richtet. Bei allem was er zur Beſſerung ſeiner Lage unternehmen will, ſpürt er bald den Zwang der geſetzlichen Feſſeln. Der Staat iſt ihm das ewige Hindernis, das ſeinem perſönlichen Expanſionsbedürfnis im Wege iſt. Der Anarchismus als Weltanſchauung genommen, läßt ſich auffaſſen als ein innerer Konflikt, der entſteht, wenn impulſive Naturen mit den von Klaſſenintereſſen diktierten Einrichtungen des Staates

zusammenprallen. Nicht allein der Staat und der Militarismus ist es, der den Anarchisten diese Kollisionsmöglichkeit bietet, sondern jedes zentralistische und autoritäre System überhaupt. So hat der Antimilitarismus des Anarchisten eigentlich eine viel breitere Grundlage als der des Sozialisten.

Als negative Merkmale der bisherigen Formen des Antimilitarismus ließen sich aufzählen: 1. Ablehnung jeglicher Gewaltanwendung; 2. Bekämpfung des Militärwesens als eines Instruments zur Wahrnehmung kapitalistischer Klasseninteressen; 3. Ablehnung eines jeden zentralistischen und autoritären Systems.

4. Diejenige Denkweise, die sich als individualistischer Antimilitarismus bezeichnen ließe, und deren Kennzeichen in der Ablehnung aller Gesellschaftseinrichtungen und Normen besteht, die dem Willen des Individuums zuwiderlaufen, hat ähnliche psychologische Wurzeln wie die vorher erwähnte Form. ›Darum fort mit jeder Sache, die nicht meine Sache ist‹, ›Frei von dem Glück der Knechte, erlöst von Göttern und Anbetungen, Furchtlos und fürchterlich, groß und einsam: so ist der Wille des Wahrhaftigen.‹ Diese Worte Stirners und Nietzsches könnten dieser Richtung als Motto dienen.

Will eine Anschauungsweise, die dem Feststehenden zuwiderläuft, sich Bahn brechen, so verschanzt sie sich hinter ein allgemeines Prinzip. Dieser taktische Weg ist der letzteren Richtung fremd. Allen gesellschaftlichen Anforderungen hält sie je nach Ermessen die Abwehrfaust des Nicht-Wollens entgegen und ihr Wille sucht nicht seine Begründung in irgendwelchen Grundsätzen oder Prinzipien, sondern lediglich in sich selbst Als zugkräftige Argumentation läßt sich diese Denkart natürlich nicht verwenden.

□□□

Es ist eine unzweifelhafte Wahrheit, dass man die Gewalt uiemals durch Gewalt ersticken kann. Es mag gelingen, sie für eine Zeit niederzuhalten; aber noch während ihr Triumph schreit über euern vermeintlichen Erfolg kehrt sie siebenmal teuflischer zurück und hält ihren siegreichen Einzug.

Mrs. Gaskell, 1848.

Oppenheimers Theorie des Krieges.

In einem Artikel der „Neuen Deutschen Rundschau“ (II. Halbjahrband 1915) erhebt Franz Oppenheimer den Anspruch darauf, „die Hauptwurzel des Krieges — oder mindestens eine seiner Hauptwurzeln — entdeckt zu haben“, und zwar schon seit über zwanzig Jahren. Es handelt sich, wie wir sehen werden, um eine Anwendung seiner Lehre von der zwiefachen Konkurrenz, welche Theorie er allerdings in seiner „Siedlungsgenossenschaft“ (erste Auflage 1896) bereits im wesentlichen vorgetragen hat, ohne sie aber unseres Wissens damals schon auf unser spezielles Problem zu beziehen.

Nach Oppenheimer ist nun der Krieg vor allem ein soziologisches Phänomen und untersteht als solches in erster Linie einer Prüfung durch die Wissenschaft der Soziologie. Bei dem vielen heutigen oft so erstaunlich laienhaften Gerede auch in ernsteren Publikationsorganen über dieses Problem erscheint es als nicht so ganz selbstverständlich, dies auszusprechen.

Die „Gesellschaftslehre“ also macht uns vor allem die eine grosse Offenbarung, dass die menschliche Gesellschaft, jedenfalls insoweit sie wirtschaftlich integriert ist, sich als ein gewaltiger „Supraorganismus“ darstellt, ein wirklicher Organismus, mit weitgehender Analogie zu irgendeinem sonstigen, konkret-biologischen Organismus. Im Begriff des Organismus liegt nun vor allem das eine: Zusammen- und Füreinanderwirken verschiedener, differenzierter Teile: der Organe. Aber noch eine weitere, bedeutende Beziehung kann aus dem Begriff des Organismus abgeleitet werden: entweder er funktioniert normal, oder aber, es herrschen „Störungen“ im „Betrieb“, entweder der Organismus ist „gesund“ oder er ist „krank“.

Der Organismus ist gesund: es besteht ein harmonisches, ausgeglichenes, reibungsloses Zusammen- und Füreinanderwirken der einzelnen Organe. — Der Organismus ist krank: es sind Hemmungen vorhanden, die das Zusammenwirken gewisser Organe erschweren, und diese Funktionsstörungen können so weit gehen, dass ein solches Zusammenwirken fast gänzlich verunmöglicht ist.

Organismus — Gesundheit und Krankheit, das sind beinahe Korrelativbegriffe; will sagen, jeder einzelne setzt den andern voraus!

Und mit dieser Erkenntnis haben wir im Grunde bereits die richtige soziologische Einstellung zum Problem des Krieges gewonnen: Es ist der Krieg eine „charakteristische, akute Krankheit des gewaltigen Supraorganismus der ... Völkergemeinschaft."

Soweit gehen immerhin wohl alle bedeutenden, modernen Soziologen von vorneherein mit Oppenheimer einig. Wohl ebenfalls noch mit seiner nächstfolgenden Behauptung, dass die Kriege, mindestens ihrer Hauptwurzel nach, aus wirtschaftlichen Motiven hervorgehen.

„Unterschiede der Rasse und der Religion mögen die Neigung zum Kriege steigern oder ihren Ausbruch beschleunigen, aber in aller Regel dienen sie nur der Beschönigung des Vorhabens."

Wirtschaftliche Motive! Oppenheimer weist denn nun auch an der Hand eines kurzen historischen Überblicks, durch teilweise ganz besonders geistreiche Beobachtungen nach, wie jedenfalls eine Grosszahl der bedeutendsten Kriege der Weltgeschichte mehr oder weniger offensichtig auf wirtschaftliche Motive zurückzuführen sind. Solcherlei Motive sind: direkter Raub und Plünderung, dauernde Ausbeutung der Besiegten, Streben des grundbesitzenden Schwertadels nach neuem Grundbesitz (Kriege der Feudalperiode im weitesten Sinne), Sklavenfang (spanische Conquista), „... auf einer höheren Stufe tritt dann das Kapital klassenbildend neben den Grossgrundbesitz, zuerst das Handelskapital, das namentlich im Altertum die politischen Dinge entscheidet ..., und später, vor allem in der Neuzeit, das Industriekapital. Von diesem Zeitpunkte ab sind es die Konkurrenzinteressen, die, neben den noch fortbestehenden grossagrarischen Interessen, zum Kriege führen."

Und wer wollte nun in der Tat vor allem auch den Zusammenhang des modernen wirtschaftlichen Imperialismus mit dem Kriege verkennen wollen?

Wenn wir nun jedoch von wirtschaftlichen Motiven als der eigentlichen Kriegsursache sprechen, so ist es bei der heutigen, gegenüber früheren Zeiten im allgemeinen doch schon weitgehend demokratischen Gesellschaftsverfassung unserer Kulturstaaten selbstverständlich, dass diese Motive gleichzeitig stets Gruppeninteressen, Klasseninteressen umfassen, und dass derartig bedeutende soziale Äusserungen wie Kriege jedenfalls nicht mehr, wie es in früheren Epochen der Fall gewesen sein mag, die Willensrichtung ganz kleiner Minoritäten oder gar einzelner zum Ausdruck bringen können. „Dyna-

stische Kriege, Erbfolgekriege und dergleichen sind heute nicht mehr möglich," sagt Oppenheimer.

Seine speziellere Behauptung aber geht, wie erwähnt, dahin, mit seiner Lehre von der zweifachen Konkurrenz die, oder doch zum mindesten eine der Hauptwurzeln des Krieges aufgezeigt zu haben. Diese Untersuchungen, die zweifellos zu den elegantesten Ableitungen der modernen Nationalökonomie gehören, finden sich unter anderm in Oppenheimers grundlegendem Werk, der „Theorie der reinen und politischen Ökonomie", Berlin 1910.

Um Oppenheimers Lehre der zweifachen Konkurrenz voll verstehen zu können, ist es nötig, mit wenigen Worten auf die Fundamente der volkswirtschaftlichen Theorie Oppenheimers überhaupt zurückzugreifen.

Ihm gemäss gibt es denn vor allem zwei prinzipiell verschiedene wirtschaftliche Mittel, die Arbeit und den Raub, oder wie er sie vorwiegend nennt: das „ökonomische und das „politische" Mittel. — Oder, und damit stehen wir schon beinahe direkt vor unsern eigentlichen Absichten: das Mittel des „friedlichen Wettbewerbs" und das Mittel des „feindlichen Wettkampfs"!

Das Wesentliche der beiden verschiedenen Arten der Konkurrenz ist nun: während beim friedlichen Wettbewerb, der auf dem ökonomischen Mittel fusst, die Interessen der Konkurrenten durchaus solidarische sind, so laufen sich deren Interessen beim feindlichen Wettkampf, der sich auf das politische Mittel basiert, schnurstracks zuwider.

Beim friedlichen Wettbewerb herrscht Harmonie der Interessen, beim feindlichen Wettkampf Disharmonie.

Landwirte und städtische Käufer vertragen und fördern sich gegenseitig, sie sind Typen des friedlichen Wettbewerbs. „Ist der Käufer aber ausnahmsweise einmal mit seiner ganzen Existenz am Preise einer Ware interessiert, wie dies bei einer Hungersnot der Fall ist, dann ändert sich das Aussehen des Marktes durchaus: an Stelle des friedlichen Wettbewerbs um Nahrung tritt der feindliche Wettkampf! — In dieser Lage befindet sich nun aber der städtische Verkäufer (eben der Industrielle) schon unter gewöhnlichen Umständen: ... Um so mehr steht er in feindlichem Wettkampf, weil der Gesamtgewinn, den er erstrebt, nach oben hin praktisch unbegrenzt ist. Er muss nach dem Monopol des Marktes streben, um alle überhaupt verkäuflichen Einheiten mit möglichst grossem Einzelgewinn abzusetzen. Darum greift er seine Konkurrenten durch das Mittel der Unterbietung im

Preise an, um ihnen die Kunden abzujagen, sie womöglich aus dem Markte zu werfen. Ein echter Krieg, in dem man schwere Kosten nicht scheut, weil man hofft, sie im Frieden vielfach hereinzubringen: feindlicher Wettkampf!"

„Warum, fragen wir weiter, existiert für den städtischen Verkäufer unserer Zeit, für den kapitalistischen Unternehmer, keine nähere Grenze (für die Produktion), als die praktisch grenzenlose Aufnahmefähigkeit des Marktes? Warum kann er, im Gegensatz zum Landwirt, seine Erzeugung ins Grenzenlose ausdehnen? Nur deshalb, weil ihm in praktisch ebenso grenzenloser Weise die zur Vermehrung seiner Produktion erforderlichen Arbeiter zur Verfügung stehen, mittelbar für die Erzeugung seiner Roh- und Hilfsstoffe und Maschinen, unmittelbar für die Verarbeitung der Rohstoffe an den Maschinen. Unser Arbeitsmarkt ist immer überfüllt; Arbeiter sind in praktisch unbegrenzter Zahl fast immer zu haben."

Und nunmehr frägt Oppenheimer: „Muss es unter allen Umständen so sein?" Die Kenner seiner volkswirtschaftlichen Lehre wissen die Antwort: Nein, denn die Ursache dieses Überangebotes von Arbeit auf dem Markte der Dienste ist die Bodensperre in der Rechtsform des Grossgrundeigentums. Dieses ist aber eine zeitlich-historische Gesellschaftsinstitution.

Und die nunmehrige Anwendung dieser Lehre der zwiefachen Konkurrenz auf das Phänomen des eigentlichen Krieges? — Sie ist naheliegend. Nachdem wir einmal, an Hand verschiedener Beispiele, die Möglichkeit einzusehen gelernt haben, dass ein durch den feindlichen Wettkampf determiniertes Wirtschaftssubjekt seine Interessen durchzusetzen gewillt ist, ja durchsetzen muss, selbst wenn dadurch eine noch so unverhältnismässig grosse Zahl schwerster Opfer nötig ist, so wird uns, bei einiger Einbildungskraft, auch die Tatsache des Krieges nicht mehr so ganz geheimnisvoll erscheinen. Wohl ist der Krieg zweifellos den Interessen der grossen Mehrzahl des Volkes der daran beteiligten Nationen, selbst bei einem siegreichen Abschluss, zuwider, wohl fordert ein Krieg, wie der heutige, die unermesslichsten Opfer; aber was soll all das, wenn ein verhältnismässig noch so unbedeutender Teil der Angehörigen dieses Volkes einigen wirtschaftlichen Vorteil dadurch herauszuschlagen hofft und seine Interessen durchzusetzen vermag? — Mit der Lehre von der zwiefachen Konkurrenz scheint eben auch das grosse Rätsel gelöst zu sein, das Norman Angell besonders so stark beschäftigte: wie ist heute ein Krieg noch möglich, da doch ganz offenbar jedes einzelne Volk der daran beteiligten Nationen als Gesamtheit

in jedem Falle ganz bedeutend mehr verlieren muss als es günstigstenfalls gewinnen könnte?!

Oppenheimer hat denn auch den bedeutungsvollen Schluss, der jedoch für einen wissenschaftlich denkenden Menschen keineswegs etwa eine persönliche Anklage in sich zu schlies en braucht, ganz offen und ungeschminkt ausgesprochen: „Was heute zum Kriege drängt, sind die Oberklassen der Nationen, denen der Krieg Gewinn verspricht, während die Hauptlast der Kosten auf die Unterklasse fällt ...“.

Hans Honegger (Zürich).

□□□

Ein junger Politiker sagte: „Ich weiss, dass es keine Gerechtigkeit gibt und geben kann, und ich vertrage dennoch keine Ungerechtigkeit!“

Der militärische Staat, der die Säuglingssterblichkeit bekämpft, handelt erbarmungslos selbstsüchtig, wie die „Gesellschaft“ es immer ist, etwa nach dem Gebot: der Mensch darf nicht vor Erreichung des militärpflichtigen Alters getötet werden.

Als dem General von Lusignan der Verlust der Schlacht von Ballatrava, der seinen Unterfeldherrn betroffen hatte, gemeldet wurde, blieb er einen Augenblick verstört, und sagte dann wütend: „Nun macht mir der ganze Krieg keinen Spass mehr!“

Entwicklung führt nicht zu Zielen, sondern zu Zuständen; darum ist sie unmenschlich, unfortschrittlich, tragisch, paradox, und das Wort bleibt der Geschichte vorbehalten und der Politik verboten.

Als letzte und tiefste Resignation, nach dem Zynismus sogar, bleibt die Begeisterung für das Unabwendbare.

Demokratismus, wenn er zu wünschen ist, wird gewiss am Volke scheitern. Mag der Arzt entschlossen sein, die Patienten der Krankenkassen den eignen nicht nachstehen zu lassen, dann lässt sie, wie jeder weiss, um so gewisser der Wärter fühlen, dass sie geringer sind — und wie selten ist es, dass der Offizier gefürchteter ist als der Korporal!

Rudolf Leonhard.

Deutsche Judenpolitik in Polen.

Von Verlagsbuchhändler JACOB ROSENHEIM, Frankfurt a. M.

Mehr und mehr sind während der Entwicklung des Weltkrieges die grossen jüdischen Massen-Siedelungen, die bis dahin zumeist nur als Objekte der philantropischen Fürsorge Westeuropas und Amerikas gelten konnten, zu Faktoren der internationalen Politik geworden. Nicht nur die Palästinafrage, die Amerika und die Westmächte in gar nicht ungeschickter Weise in ihr Prògramm aufgenommen haben, sondern auch das Schicksal der in Rumänien, Russland und Polen wohnenden verelendeten, nach Licht und Luft ringenden jüdischen Massen wird bei dem Neuaufbau Europas eine Rolle zu spielen haben. Es erscheint aus diesem Grunde für alle, die an der Lösung dieser Probleme interessiert sind, von Wichtigkeit, sich ein objektives Bild von den schon während des Krieges durch die kriegführenden Parteien unternommenen Versuchen zur teilweisen und lokalen Lösung der Judenfrage zu machen. Im Folgenden soll versucht werden, die von Deutschland in den besetzten Gebieten des Ostens hinsichtlich der Juden bisher verfolgte Politik mit möglichster Objektivität darzustellen. Dabei kommt zunächst das General-Gouvernement Warschau in Betracht.

Innerhalb der polnischen Judenheit, die soweit das besetzte Gebiet in Frage kommt, etwa 1³/₄ Millionen jüdische Seelen umfasst, lassen sich im Grossen, wenn von einer feineren Nüancierung abgesehen wird, drei stark differenzierte Bevölkerungsschichten unterscheiden, die sogenannten Assimilanten, die Nationalisten-Zionisten und die grosse Masse der Orthodoxie vorwiegend chassidischen Charakters.

Eine dünne Oberschicht der Bevölkerung, zumeist sehr begüterte Kreise, ist polnisch assimiliert. Ihre Angehörigen sind kulturell vollkommen in das Polentum aufgegangen und unterhalten auch in konfessioneller Hinsicht nur noch sehr lockere, zumeist auf Förmlichkeiten sich beschränkende Beziehungen zur Synagoge. Durch ihre Geldmacht haben die Assimilanten bisher in den grossen Gemeinden und insbesondere in Warschau die Leitung der jüdischen Gemeindeverwaltung fast unbestritten in der Hand gehabt.

Am besten organisiert innerhalb der Judenheit sind die Nationalisten, mit den sich von ihnen nur wenig unterscheiden-

den Zionisten. Ihr Programm lässt sich auf dem Gebiet der inneren Politik kurz dahin zusammenfassen, dass sie für die jüdische Bevölkerung volle nationale und kulturelle Selbständigkeit, eigene Wahlkurien nach dem Personalsystem, Anerkennung der jüdischen Sprache in Schule und Gerichtsbarkeit, sowie eigenes jüdisches Bildungswesen bis zur Universität hinauf erstreben. Das konfessionelle Moment tritt bei den Nationalisten prinzipiell in den Hintergrund — Religion ist Privatsache — und kommt nur praktisch insofern in Betracht, als sie das Recht auf Sabbatruhe und sonstige religiöse Gebräuche als traditionell berechtigte nationale Eigentümlichkeiten des jüdischen Volkslebens vertreten.

Für die dritte Gruppe, die breite Masse der Orthodoxen, ist gerade dieses religiöse Moment unlöslich verflochten mit den nationalen Bestandteilen der jüdischen Religion, die Hauptsache. Diese grosse jüdisch-orthodoxe Masse war bisher politisch vollkommen indifferent und entbehrte bis in die neueste Zeit hinein jeder Organisation. Erst die Notwendigkeit, sich mit dem Anbruch der neuen Ära nach der Besetzung durch die Deutschen eine Vertretung nach aussen zum Schutz der religiösen und auch der wirtschaftlichen Interessen zu schaffen, veranlasste ihre chassidischen Führer — insbesondere den Rabbiner von Gora-Kalvaria, der mehr als hunderttausend Anhänger haben soll —, aus dem Kreis der modern gebildeten jüdischen Orthodoxie in Deutschland zwei politisch geschulte geistliche Herren nach Warschau zu berufen, unter deren Führung die Politisierung der jüdischen Massen und gleichzeitig auch eine Entwicklung des Bildungs- und Erziehungswesens in diesen Kreisen ihren Anfang genommen hat.

Für die deutsche Verwaltung, der es natürlich darauf ankommen musste, das besetzte Gebiet, soweit nur irgend möglich, wirtschaftlich den deutschen Interessen nutzbar zu machen, anderseits aber die Möglichkeit zu finden, eine dem Deutschtum geneigte Bevölkerung zu schaffen, war gerade das Verhältnis zwischen Juden und Polen und das der jüdischen Parteien unter sich kein leichtes Problem. Zunächst war unter Hindenburg angesichts des starken Misstrauens, mit dem die Polen den Deutschen entgegentraten, und andrerseits der Leichtigkeit des Verkehrs zwischen den Juden und den Deutschen, die der deutsch-jüdische Jargon bedingt, eine offensichtliche Begünstigung der jüdisch-kulturellen Interessen wahrzunehmen; dagegen trat mit der Eroberung von Warschau im August 1915 und dem Amtsantritt des General-Gouverneurs von Beseler die bis heute festgehaltene polenfreundliche Politik der Verwaltung zutage. Das musste auch das Verhält-

nis der Verwaltung zu den Juden beeinflussen. Es lässt sich nämlich nicht leugnen, dass die Stimmung der Polen gegenüber den Juden trotz allen Kriegsleides, das eigentlich zum Vergessen und Versöhnen hätte bewegen sollen, nicht wesentlich freundlicher geworden ist, als vor Kriegsbeginn. Gegenüber dieser Haltung der Polen, die in vielen Verhandlungen und Beschlüssen der Warschauer Stadtverwaltung Ausdruck gefunden hat, wandten nun die jüdischen Parteien von vorneherein eine gänzlich verschieden geartete Taktik an. Besonders entfalteten die jüdischen Nationalisten, organisiert unter dem Namen einer „Volkspartei“ und unter der Führung des bekannten Rechtsanwaltes Prilutzky, eine scharfe Abwehraktion, die gelegentlich auch zum Angriff überging und durch laute Betonung der jüdischen Beschwerden und Forderungen vor dem Forum Europas die Polen zur Anerkennung der jüdischen Rechte zwingen will. Eine vermittelnde Politik verfolgte die religiös-konservative Partei der Orthodoxen, die eigentlich als Vertretung der ungeheuren Mehrheit der jüdischen Volksmassen gelten muss. Sie proklamierte den Polen gegenüber eine Politik der Versöhnung. Während die organisierte Orthodoxie einerseits die national-kulturelle Eigenart der jüdischen Volksmassen, die sich als ethnographische Tatsache gar nicht bestreiten lässt, schon aus dogmatischen Gründen vollkommen anerkennt, verlangt sie doch formell und aus eigener Initiative keine auf nationaler Grundlage ruhende Autonomie für die Juden, sondern ist zufrieden damit, wenn im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Anerkennung des Judentums als Religionsgemeinschaft die Religionsgemeinden intern die wesentlichsten Befugnisse eine Kommune für die jüdischen Volksmassen ausüben dürfen.

Es liegt auf der Hand, dass für die deutsche Verwaltungsbehörde dieser letztere Standpunkt, also das politische Programm der Orthodoxen aus verschiedenen Gründen sich als politisch besonders empfehlenswert darstellen musste. Das hochgesteigerte Nationalgefühl der Polen, das nun einmal um keinen Preis die Geschlossenheit seines reinen Nationalstaats durch Anerkennung fremder Nationalitäten beeinträchtigen lassen will, wurde bei Akzeptierung dieses Standpunktes nicht gereizt, während man andrerseits hoffen durfte, auch eine als Konfession anerkannte jüdische Rechtsgemeinschaft der unbedingt notwendigen kulturellen Höherentwicklung entgegenführen zu können.

Kurz nachdem die deutsche Verwaltung in der Person des bekannten fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten, Dr. Ludwig Haas einen eigenen Referenten für die jüdischen An-

gelegenheiten bestellt hatte, wurde dann in der Tat eine kräftige Kulturarbeit auf verfassungsrechtlichem und pädagogischem Gebiet unter den polnischen Juden eingeleitet. Die Verwaltung bediente sich dazu, obgleich Dr. Haas selbst religiös auf links-liberalem Standpunkt steht, vernünftigerweise des Rats und der Mitarbeit der von der polnischen Orthodoxie berufenen deutschen Rabbiner, unter deren Mitwirkung zunächst eine die polnische Judenheit als Religionsgesellschaft mit einheitlicher Spitze organisierende Verfassung Ende 1916 geschaffen und in Kraft gesetzt wurde. Die Verordnung, auf deren juristische Gestaltung im einzelnen hier einzugehen nicht der Ort ist, verleiht den jüdischen Gemeinden sowohl wie der Gesamtgemeinschaft ziemlich weitgehende Rechte, und macht ihnen neben der Pflege des religiösen Lebens und der gesamten Erziehung der Jugend auch Armenpflege und soziale Fürsorge zur Pflicht. An der Spitze der jüdischen Religionsgesellschaft steht ein oberster Rat, der die Korporationsrechte ausübt und die Interessen der Religionsgesellschaft gegenüber der Land-Zentralbehörde zu vertreten hat. Die Verordnung, die übrigens erst jetzt allmählich durch Vornahme der Gemeindewahlen der Verwirklichung zugeführt wird, fand in jüdisch-nationalistischen Kreisen schon deshalb lebhaften Widerspruch, weil sie davon absah, eine jüdisch-nationale Gemeinschaft als Rechtskörper zu schaffen. Bei diesen Anfeindungen war aber übersehen, dass die deutsche Politik den Polen, die man ja gewinnen und zu überzeugten Bundesgenossen machen wollte, unmöglich eine jüdisch-nationale Autonomie aufoktroyieren durfte. Im übrigen jedoch liess die deutsche Verwaltungsbehörde den jüdischen Parteien volle Bewegungsfreiheit und begünstigte insbesondere die unter dem Einfluss der beiden deutschen Rabbiner begonnene Kulturarbeit der Orthodoxie, die sich in einer Reform des Schulwesens, in der Verbesserung der Lehrer- und Rabbinerbildung und neuerdings in der dringend notwendigen Entwicklung der Mädchenbildung äusserte. Auch in den nationalen Kreisen setzte eine überaus lebhafte Kulturarbeit durch Neugründungen aller Art ein.

Mit dem am 1. Oktober erfolgten Übergang des gesamten Schulwesens auf die nationalen polnischen Verwaltungsbehörden steht die Kulturarbeit der Juden in Polen natürlich wiederum vor neuen Schwierigkeiten. Von polnischer Seite ist ein vorläufiges Schulgesetz veröffentlicht worden, in dem zwar die Gründung öffentlicher jüdischer Elementarschulen vorgesehen und den sogenannten Chederschulen ein Zuschuss zu dem profanen Unterricht zugebilligt wird, in dem aber sonstige Garantien für ein lebensfähiges konfessionelles jüdisches Schulwesen noch fehlen.

In dem gleichzeitig veröffentlichten deutschen Minoritätenschutzgesetz wird lediglich eine deutsche Schulgemeinschaft für ganz Polen geschaffen und mit weitgehenden Rechtsgarantien versehen. Dagegen soll die Ausdehnung dieser Rechtsgarantien auf andere Nationalitäten vorbehalten bleiben „bis zur Festsetzung der Grenzen des künftigen polnischen Staates."

Die deutsche Verwaltung hatte, wie dem Schreiber dieses zuverlässig bekannt ist, ursprünglich den Wunsch, in dem Minoritätenschutzgesetz den jüdischen Schulen einen möglichst weitgehenden Schutz als konfessionellen Minderheitsschulen zu sichern. Da man aber damit rechnen musste, dass jüdisch-nationale Kreise in Polen und Deutschland mit einem Rechtsschutz auf konfessioneller Grundlage doch nicht zufrieden gewesen wären, die Polen aber durch die beabsichtigte besondere Behandlung der jüdischen Schulen im deutschen Schutzgesetz sich in ihrer nationalen Ehre gekränkt zeigten, so verstand sich die deutsche Verwaltung schliesslich dazu, die Bestimmungen über die jüdischen Schulen gänzlich dem polnischen Schulgesetz zu überlassen.

Wie die Dinge in der Praxis sich gestalten werden, lässt sich natürlich im Augenblick nicht voraussagen. Während die jüdischen Nationalisten weiter darauf rechnen, dass die internationale Konstellation ihren Autonomiebestrebungen schliesslich doch zum Erfolge verhelfen werde, versucht man auf orthodoxer Seite, durch Verhandlungen mit den Polen die religiöse und kulturelle Position der Juden zu bessern und eine möglichst selbständige Entwicklung des jüdischen Schulwesens zu sichern.

□□□

Nach dem gleichen Naturgesetz, weshalb der geringste Organismus unendlich mehr ist als die kunstvollste Maschine, ist auch jede noch so mangelhafte Verfassung, die der freien Selbstbestimmung einer Mehrzahl von Bürgern Spielraum lässt, unendlich mehr, als der genialste und humanste Absolutismus; denn jene ist der Entwicklung fähig, also lebendig, dieser ist was er ist, also tot.

Theodor Mommsen.

IM RINGEN.

Von MAURICE WULLENS.

Aus dem Französischen von H. von Zur Mühlen.

Der Verfasser nachstehender Tagebuchfragmente, im Zivilleben Lehrer, ist als französischer Soldat mehrfach ausgezeichnet worden und hat längere Zeit in deutscher Gefangenschaft verbracht. Seine Aufzeichnungen sind in der unsern Lesern bekannten Genfer Zeitschrift „demain“ zuerst erschienen und folgen hier in erster deutscher autorisierter Übertragung. ***Die Red.***

Meinem Bruder, dem ungenannten württembergiſchen Soldaden, der mir am 30. Dezember 1914 im Wald von la Grurie großmütig das Leben gerettet hat. Dem Freunde Leonhard Helm, der mich im Kriegsgefangenenlazarett von Darmſtadt wie ein Vater gepflegt hat, ſowie den Kameraden Erhardt, Albert Kieſer und Karl Buſinger, die zu mir wie Menſch zu Menſch ſprachen, und den vielen anderen, deren Namen ich nicht kenne, widme ich in aller Herzlichkeit dieſe Zeilen. M. W.

Vier Uhr morgens. Die ſtarke Hand des Korporals rüttelt mich auf; raſch erwache ich in der lehmig ſchlammigen Höhlung, in der ich, auf gleicher Höhe mit der Wand des Grabens, meine erſtarrten Glieder ausgeraſtet. Während er ſich mit kleinen klappernden Schritten entfernt, ſteige ich hinab ins Waſſer, um ſeinen Platz an der Schießſcharte einzunehmen. Noch tanzen vor meinen Augen hartnäckig die wohlbekannten Schatten, die ich ſoeben verlaſſen.

Die endloſe Nacht vergeht; unbeſtimmt, in der Ferne, ahnt man trotz der Nebel, trotz des Regens, der allüberall einſickert, die nahende Sonne.

Nichts regt ſich in der Stille des Morgens. Was tun wir denn hier? Welch entſetzlicher Traum? Das Waſſer? Der Schlamm? Ah ja! das iſt der Krieg! . . .

Ich bin allein in der halbgeſchloſſenen Schießſcharte, die der Lauf der Flinte verſtopft; durch eine Krümmung des Grabens verborgen, liegt, wenige Meter von mir entfernt, der Korporal. Seit vorgeſtern Abend ſind wir die Verbindungsposten der beiden, etwa fünfzig Meter

von einander entfernten Abteilungen. Ein eingestürzter Graben, mit ungleicher, zerbeulter Brustwehr, halb angefüllt mit Wasser, Morast und Ästen verbindet diese. Hier und dort lassen ein Gitterwerk, abgehauene Äste noch alte Verteidigungen erkennen, hindern uns nun bei jeder Bewegung.

Still ist der Wald, klar die Nacht. Zuweilen löst ein Flintenschuß ein kurz währendes Gewehrfeuer aus; manchmal schieße ich auch, nichts sehend, aufs Geratewohl. Der Korporal hat mir gesagt: „Schießen Sie nicht, wenn Sie nicht als Antwort Granaten und Petarden erhalten wollen"; der Leutnant jedoch hat mir gesagt: „Schießen Sie von Zeit zu Zeit, um zu zeigen, daß wir wachen!"

Und so schieße ich denn so selten wie möglich, in langen Zwischenräumen, ohne jedoch etwas zu sehen. Könnte ich doch die beiden widersprechenden Befehle in Einklang bringen! . . .

Furchtbar still ist der Morgen. Der wunde Wald erdrückt uns mi seinen langen abgezehrten Armen. Der Mensch aber rächt sich. Beim geringsten Windstoß durchtönt ein ohrenzerreißendes Krachen die Luft; von Kugeln durchlöcherte Äste fallen, dem Rufe des Windes gehorchend, zur Erde.

Dann wieder Stille, nur von einzelnen Gewehrschüssen unterbrochen.

Ich werde bald von meinem Posten abgelöst werden.

Siehe! . . . Das Gewehrfeuer währt diesmal länger. Seit fünf Minuten ein ununterbrochenes Schießen. Sollte es ein Angriff sein? Aber wo bleibt die Artillerie-Vorbereitung?

Ein gedämpftes Pfeifen bricht meine Betrachtungen ab. Zu meiner Rechten, wenige Meter entfernt, krepiert eine Granate. Unwillkürlich fahre ich auf – mein Herz klopft ungestüm – dann, blicke ich hin, von Neugier erfaßt. Rauch steigt langsam zum Himmel auf, dunkler, von kleinen schwarzen Punkten durchsäter Rauch, als käme er aus einem Kamin, in dem Papier verbrannt wird.

Aber schon kommt eine zweite Granate, diesmal an meiner linken Seite. Und bald ist es ein wildes Durcheinander zornigen Knallens, vorne, hinten, rechts, links, überall. Ein ununterbrochenes Sausen, ein dumpfer, entsetzlich prasselnder Hagel, unermüdlich, bald ganz in der Nähe, bald sich entfernend, wie ein Gewitterregen, mit plötzlichem Nachlassen, dann noch wilder anschwellend, ein unheilschwangeres Crescendo und Decrescendo.

Während eines ruhigen Augenblickes kriecht der Korporal bis zu mir heran. Er geht den Leutnant ſuchen, um zu fragen, was geſchehen ſoll.

Ich bleibe allein, ganz allein, immer allein, unendlich allein. Und der furchtbare Niederſchlag dauert an, die Erde dröhnt, auch der Regen beginnt von Neuem zu fallen.

Minuten vergehen, dann Stunden, lange Stunden, endloſe Stunden.

Plötzlich verstummt alles. Das Schweigen umhüllt uns wie ein eisiger Mantel, noch erſchreckender, noch grauenhafter, als der unaufhörliche Lärm. Der verrauchte Himmel klärt ſich, wird weit, aber dennoch krampft ſich das gepeinigte Herz zuſammen. Stumme, milde Helle, ſchmerzliches Schweigen. Und immer allein. Was geht da vor?

Ein langes Schweigen . . . und plötzlich brechen auf allen Seiten rauhe Freudenrufe aus: „Hurra! Sieg! Sieg! Hurra!“ Schmutzig graue Pakete wie rieſenhafte zuſammengerollte Haſen, praſſeln heran, dicht wie Hagelkörner, rollen auf uns zu, wühlen ſich in den Graben ein. S i e ſind's!

Und die Kameraden? Ich wage, nun ſchon vorſichtig geworden, einen Blick. Fern, in dem grauen, in Nebel gehüllten Wald ſchleichen blaue Geſtalten, laufen hinter die Büſche, hinter die Baumſtümpfe. Die Eingeweide der Erde ſpeien eine erſchreckte Menge aus. Wie? Iſt es denn möglich? . . . Man zieht ſich zurück? Panik oder befohlener Rückzug? Ich weiß es nicht . . . Man zieht ſich zurück.

Was ſoll ich tun? Mich allein verteidigen? . . . Wahnsinn wäre es. Mich ergeben? O nein, ich will nicht ſterben. Aber was dann? . . . Ich gehe den Leutnant ſuchen.

Ich ſteige in die ſchlauchartige Rinne, die zu ſeinem Unterſtand führt. Komme nur langsam vorwärts, wate im Schmutz bis an die Schenkel. Eine Granate krepiert, wenige Schritte von mir entfernt, wirft mich zu Boden: ich empfinde einen brennenden Schmerz im Schenkel, gehe immer weiter vor . . . O, ſie haben mich erblickt! Die Kugeln pfeifen, unheilvolle Töne: wie ein verwünſchter Bienenſchwarm umſummt es meine Ohren. Toc! Eine derſelben berührt mich: ich verspüre ein Brennen unter dem Kinn, mein Rock färbt ſich rot; ich gehe immer weiter vor . . . Ein Stoß an meiner linken Hand: mein Zeigefinger hängt herab, jämmerlich, blutig. Ich gehe weiter, die Biegung iſt nahe, ich bin gerettet . . . Ein wuchtiger Knüttelſchlag gegen

mein linkes Bein, ich ſtürze erſchüttert ins Waſſer, in den Schlamm. Alles wird wieder ruhig! ... Der Schmutz verſchlingt mich! ... Über mir ſchwebt der Tod! ... Das Schweigen ... Der Tod ...

Die Kälte des Waſſers gibt mich der Wirklichkeit wieder. Die gutturalen Rufe halten an. Der Graben iſt beſetzt, der Feind dringt im Innern vor. Ich kann mich nicht bewegen. Iſt das der Tod? „Sieg! Hurra! Hurra! Sieg!“

O, die Greueltaten der Deutſchen, die entfeſſelten Beſtien! ... ich ahne abgeſchnittene Köpfe und Hände, gevierteilte Körper, verkrampfte Leichen, ſehe verſtreut blutige Glieder, ſcheußliche Schädel mit entſetzlichem Totengrinſen: all die Viſionen des Grauens, die überall abgebildet waren, ſie werde ich jetzt in Wahrheit ſehen, kennen lernen, an mir ſelbſt! ... Meine Augen ſchließen ſich.

Siehe, hier naht der Tod. Lebt wohl, Ihr alle, die ich liebe! So gerne ſähe ich Euch wieder, doch ach, ich kann es nicht. Ich beeile mich Euer zu gedenken, gleich werde ich nicht mehr die Zeit dazu haben. Geſtern das Leben, nun der Tod! Lebt woht, Ihr alle, die Ihr Sonne in mein Leben getragen, lebt noch einmal wohl, lebt wohl für immer, hier iſt der Tod! ...

Schritte plantſchen im Schmutze. Ein Bajonett leuchtet auf. Ich wende den Kopf ab. Erwarte den Gnadenſtoß: nur raſch, raſch, um Gotteswillen raſch! Adieu ...

Ein Schlag auf die Schulter: raſcher um Gotteswillen! Ein ſtärker ausgeprägter Schlag. Ich wende erſtaunt den Kopf um. Ein junger Burſche ſieht mich an, ſtreckt mir die Hand hin, lächelt. Ich zögere, iſt dies denn möglich? Welch grauenvolle Falle ſtellt man mir da?

„O, Kamerad! Wie geht's?“

Und wie ich ihn noch immer benommen anſtarre, murmelt er mit einer Stimme, die mich von himmliſcher Harmonie deucht:

„O Kamerad! Ich bin gut! ... Nein! Sie ſind noch nicht kaput! Nein! ... Wir werden gute Kameraden ſein! Ja, ja, gute Kameraden!“

Ich drücke ihm warm die Hand, begeiſtert von einem Gefühl unendlicher Dankbarkeit, milder Menſchlichkeit. Iſt er nicht in Wahrheit mein zweiter Vater?

Dann trägt er mich mit Hilfe eines herbeigerufenen Kameraden in den verlaſſenen Unterſtand des Majors. Während der Kamerad

mich, die Waffe in der Hand, bewacht, geht er den Doktor rufen, kommt alsbald mit einem jungen, kahlköpfigen, frisch rasierten Arzt zurück.

Ich habe inzwischen meinen Finger, so gut es eben ging, mit meinem eigenen Verbandzeug ausgeflickt. Er verbindet mir das Bein. Da ich ihm durch Gebärden meine Angst ausdrücke, dieses armselige Stück Fleisch gänzlich amputieren lassen zu müssen, lächelt er. „Nein, nein, es heilt bald. Nach dem Krieg kehren Sie nach Frankreich zurück" — versichert er mir in einem fehlerhaften, kindlich lispelnden Französisch.

Nachdem er mich mit einem gegen die Feuchtigkeit schützenden Zelttuch bedeckt hat, geht er weiter, die Leiden anderer Unglücklichen lindern — vielleicht Sterbenden, vom Glück weniger Begünstigten als ich, den Tod erleichtern.

Die Schlacht dauert an: von Neuem regnet es Granaten, ein rauher Hagel; das Gewehrfeuer beginnt abermals, die Kugelspritzen prasseln. Und immer noch rücken die feindlichen Truppen vor.

Im nächsten Erdinnern drängt sich eine traurige Menschenmasse, Soldaten marschieren vorbei, treten an die Stelle toter Kameraden. Ich sehe sie, durch das halbgeöffnete Zelttuch spähend, vorüberziehen. Manchmal erblicken sie auch mich. Einige heben die Achseln, scheue Tränen im Auge, dann gehen sie weiter, ganz langsam. Andere, überreizt, werfen mir einen haßerfüllten Blick zu, und die Flinten noch grimmiger umspannend eilen sie zu neuem Töten. „Also" — sage ich mir — „gehen die Menschen in den Krieg. Mit Bedauern die einen, trunken die anderen" . . .

Meine Wächter geben mir Wein und Kaffee, die sie im verlassenen Graben gefunden. Ein vorübergehender Soldat bleibt stehen, schraubt eine kleine Feldflasche, die er am Gürtel trägt, auf, reicht sie mir. Gierig tue ich ein paar Züge, ein scheußlicher Alkohol verbrennt mir die Kehle. Eilig gebe ich ihm sein Gift zurück, er lächelt, erstaunt, daß ich seinen köstlichen Schnaps nicht zu Ende trinke.

Der höllische Lärm dauert weiter . . . Oben aber leuchtet die Sonne, die Wintersonne, überflutet alles mit ihrem milden Lichte.

So gut ist es zu leben! Ich werde Euch alle wiedersehen, Ihr meine Geliebten! . . .

Die Schlacht entfernt sich, flaut ab. Meine beiden Schildwachen scheinen nicht böse zu sein, daß sie nicht mehr daran teilnehmen. Wir

versuchen miteinander zu plaudern, aber mein süßliches Flämisch will nicht zu ihrer rauhen Sprache passen. Und die Gebärden sind ausdrucksvoller denn die Worte . . . Plötzlich lächelt der Eine rätselhaft, sagt einige Male: „Kaput! Kaput!" – zieht sein Bajonett heraus, macht Miene, mir die Kehle durchzuschneiden. Ich rühre mich nicht, bin überzeugt, daß er nur scherzt, mir Angst einflößen will . . .

Ein Schatten füllt die Öffnung des Unterstandes aus. Eine heisere, rauhe, abgehackte Stimme ertönt. Beschämt steckt der Soldat sein Bajonett zurück, geht, die Waffe in der Hand, dorthin, wo die Schlacht tobt. Der andere steht stramm, in ehrfurchtsvoller Haltung. Ein Offizier nähert sich: „Beruhigen Sie sich, mein Herr" – sagt er zu mir – „wir töten unsere Gefangenen nicht." Ich stammle einige verwirrte Worte, bin etwas beschämt. Während er den anderen Soldaten befragt, bemerke ich einige Broschüren, die aus seiner Manteltasche herauslugen: es sind etliche Hefte der „Humbles", die mir mein Bruder kürzlich geschickt. Ich hatte sie zusammen mit meinem Brotsack zurückgelassen; darunter einige mir werte Briefe. Da ich ihn so günstig gestimmt sehe, wage ich ihn um dieselben zu bitten. Er willigt gerne ein. Dann, da ich die begehrten Briefe an mich genommen – „Erlauben Sie" – fügt er hinzu – „daß ich die Broschüren zum Andenken behalte?" Ich gebe sie ihm zurück, zeige ihm einen Satz meines Freundes Jacques Froissart, der sich auf das Buch Henri Guilbeaux bezieht: „Auch wir träumen von einem Bruderwege, der beide Völker vereinigen möge".

Er lächelt traurig: „Sozialdemokrat"? – fragt er, und verläßt uns, nachdem er mir noch die Hand gedrückt.

Der Abend kommt. Vier Krankenpfleger erscheinen mit einem Zelttuch mich abholen. Doch brülle ich bei der geringsten Berührung wie ein Besessener auf. Da legen sie das Tuch, ein wenig unter meinen Körper geschoben, vor mich hin und während sie phlegmatisch, mit gekreuzten Armen wartend, stehen, wälze ich mich langsam, mit vieler Anstrengung, selbst darauf. Ein knotiger Stock wird durch die Öffnungen des Tuches geschoben und wir machen uns auf den Weg. Durch die verwüsteten Gräben, im zerstörten Erdinnern gehen meine Träger ins feindliche Lager.

In der Ferne erstirbt der Kanonendonner in der reinen Nachtluft.
Und der Mond verbreitet sein fahles Licht.
Der Krieg? . . . Das war gestern!

Zur Lage der Zivilinternierten.

☞ Tief erschüttert veröffentlichen wir diese furchtbare Schilderung der Zustände in einem Zivilgefangenenlager, dessen Namen wir in der Hoffnung auf baldige Abstellung der Missstände unterdrücken, da wir gleichzeitig die genauen Daten den dortigen Behörden zur Verfügung stellen. Der Name des Verf. muss aus denselben Gründen ungenannt bleiben. Abdruck mit oder ohne Angabe der Quelle erwünscht. *D. Red.*

Die Lage der Zivilgefangenen ist erfreulicherweise seit einiger Zeit in den verschiedenen Ländern grell beleuchtet worden, nicht zuletzt durch die mutigen Appelle des Internationalen Roten Kreuzes und durch den unermüdlichen Kämpfer Romain Rolland, der unbeirrt durch die fanatischen Hassausbrüche in seinem eignen Lande die Sache der unglücklichen Opfer dieses Krieges zu der seinen machte. Es war ja diesem Krieg mit allen Verletzungen der elementarsten Menschenrechte vorbehalten, zu allen ungeahnten Greueln noch jene Tat hinzuzufügen, Männer, Frauen, Greise und Kinder ohne Rücksicht auf Krankheit und Gebrechen ins Exil hinauszutreiben. Zwar sind in den ersten Augusttagen 1914 in offiziellen Anschlägen die schönsten Versprechungen gemacht worden, dass wir bis zum Ende des Krieges gut verpflegt würden und auf Wunsch Arbeit erlangen könnten. Vor allem — das war der Trost im Leide — würde uns auf Verlangen alsbald die Abreise in ein neutrales Land gewährt werden. Wenn man's so hört, mocht's leidlich scheinen! Nur sah die rauhe Wirklichkeit ganz anders aus. Alle diese Menschen, die nichts verbrochen, führte man gewaltsam in unorganisierte Lager. Man lag unter gänzlich primitiven Verhältnissen halb bekleidet während der Nacht in einem winzigen Häuflein Stroh, bedeckt mit dem Mantel an Stelle der fehlenden Decken, unter dem Haupt einige Kleidungsstücke als Ersatz des Kissens. Wie froh war man, nach einigen Tagen den ersten Löffel warmer Suppe, nach mehreren Monaten den ersten Bissen Fleisch geniessen zu können! Das neue Leben, das man sich im anfänglichen Optimismus als recht kurz und daher nicht zu tragisch vorstellte, verlängerte sich und zwang uns, dieses Dasein, mit dem man sich allerdings nie aussöhnen konnte, immerhin als vollendete Tatsache hinzunehmen.

Ist diese elende Gefangenschaft auch nirgends ein beneidenswertes Los, so ist doch ein Gradunterschied vorhanden. Wir haben Interniertenlager kennen gelernt, in denen durch Einrichtungen, grössere Bewegungsfreiheit und vor allem durch ein gewisses Wohlwollen der Aufsichtsbehörden die Leiden gemildert wurden. Diese Unterschiede machten sich auch in jenem Lande bemerkbar. Besonders arg waren die Zustände in M. Dort musste der Verfasser dieser Zeilen 1½ Jahre zubringen, nicht ohne dass dieser unfreiwillige Aufenthalt niederschmetternde Eindrücke hinterlassen hat.

Eine kleine Klosterkirche mit einem Anbau, der für den Direktor, die Wachsoldaten und Gendarmen reserviert ist, dient als einzige Unterkunft für etwa dreihundert zivilgefangene Männer. Die Wände sind mit Kleidungsstücken aller Art, Essgeschirren, Waschwannen in

bunter Reihenfolge geschmückt. Der Platz ist so knapp bemessen, dass sich etliche Kameraden auf den zahlreichen, hohen Altären mit ihren meist mit Seegräsern gefüllten Schlafsäcken „häuslich" niederlassen müssen. Vieler Mühe hat es bedurft, um schliesslich Holz für Bettgestelle zu erlangen. Denn vorher lag man unmittelbar auf dem mit Steinfliesen bedeckten Boden. Eine besondere Plage bietet das Ungeziefer, das man sich kaum so lästig vorstellt. Alles Auslüften und Klopfen der Schlafsäcke und Decken bleibt ziemlich wirkungslos. Die erste Morgenbeschäftigung ist der uns so neuen Tätigkeit gewidmet, Hemden und Kleidung kritisch zu durchsuchen und einige der allzu zahlreichen, kleinen Tierchen unschädlich zu machen. Viele können sich rühmen, in dieser Jagd eine beträchtliche Gewandtheit erlangt zu haben. Alles in allem gleicht die dicht besetzte Kirche, wo Bett an Bett steht und das Einschlüpfen bisweilen eine gewisse turnerische Übung voraussetzt, zumal am Abend einer Wartehalle für Auswanderer. **Das hindert nicht, dass Hunderte hier in schlecht gelüftetem Raum bereits über zwei Jahre verweilen und vielleicht noch lange ihre Jugend hinter Mauern begraben müssen.**

„Die Stunden schleppen sich behaglich träge, schleichen gähnend ihre Wege." Sich ewig gleichbleibend, monoton und öde fliessen die Tage dahin. Im Sommer erschallt um 6 Uhr zum Wecken das erste Trompetensignal. Wenn man selbst den Schlaf noch etwas ausdehnen möchte, soweit ein uns ewig belästigender Wächter es zulässt, so sorgen das enge Zusammenleben mit dem unvermeidlichen Lärm und der eine Stunde später erfolgende Appell auf dem Hofe, die Träume auch der hartnäckigsten Langschläfer zu stören. Zum Appell muss alles in Reih' und Glied erscheinen, oft auch wenn Sturm und Wetter wenig verlockend sind. Während dieser langen Zeremonie, bei der die Wächter die Schäflein wiederholt zählen, muss man entblössten Hauptes verweilen. Alsdann beginnen die recht zahlreichen Zwangsarbeiten, bei denen man sich zum eignen Vorteil, wenn man das nötige Geld besitzt, und zum Nutzen der ärmeren Kameraden, denen die Mittel zur Aufbesserung der Nahrung erwünscht sind, vertreten lassen kann. Ein mehr oder minder kräftiges und fröhliches Trompetensignal, je nach der Beschaffenheit der zu erwartenden Mahlzeit, verkündet um 11 Uhr, dass das Mahl bereit ist, und von jeder Gruppe aus der Küche abgeholt werden kann. Da es sich meist — mit der Ausnahme von vier Fleischgerichten pro Woche — um eine einfache Suppe handelt, erfordert das Essen nicht viel Zeit. Erst der Nachmittagsappell erweckt allgemeines Interesse, weil jetzt das ganze Sinnen und Trachten sich auf die Frage konzentriert: Erhalte ich heute Post?, nachdem man schon zuvor berechnet hat, wie viele Briefe bereits fällig wären. Leider enttäuschen die unregelmässige Postverbindung und die rigorose Zensur gar oft diese Hoffnungen. Ausserdem erwartet man bei dieser Gelegenheit — solch ein Gefangener ist geradezu eine Wartemaschine geworden — die Morgenzeitungen, die trotz aller Lügenmeldungen mit Hoffen und Sehnen verschlungen werden. Je nach Temperament und Veranlagung genügen den einen bereits „Freuden"nachrichten, dass wieder einmal Bomben auf eine unglückliche Zivilbevölkerung geworfen wurden, während die anderen — und das ist heute die weitaus grosse Mehrzahl — nur nach Friedensmöglichkeiten Ausschau halten. Nach einer kurzen Abendmahlzeit und einem kleinen Abendspaziergang nehmen wir mit hereinbrechender Dunkelheit unsere Plätze in der Kirche zum dritten Appell des Tages ein. Der Schlaf will indessen noch lange nicht kommen. Man starrt an die Decke und wälzt sich unruhig herum. Nur das eine beruhigend Gefühl ist vorhanden: Vergangen ist wieder ein Tag, einer von den vielen zweck- und ziellosen, wie man heldenhaft so viele töten muss

ehe der letzte Tag des Krieges oder der drückenden Gefangenschaft uns erlöst.

Die Nahrung in dem Lager ist trotz der Brotmenge von täglich 600 g nicht hinreichend, und vor allem wenig abwechslungsreich. Die ewigen Suppen mit dem Mangel an festen Gemüsen und der seltene Fleischgenuss (Ziegenfleisch) — die Sonnabend-Mittagmahlzeit mit Rindfleisch, Rindssuppe und Reis bedeutet eine Art Festmahl — bewirken neben dem moralischen Leid, dass mancher ehedem junge und kräftige Gefangene dahinwelkt.

Recht störend wirkt die mangelnde Bewegungsfreiheit. Für die Hunderte Menschen ist eine 50×12 m grosse Terrasse zur Verfügung, die allerdings durch den weiten Ausblick auf das nahe Meer den sonst vielfach üblichen, von hohen Mauern umschlossenen Höfen vorzuziehen ist. Lediglich zum Meerbaden — ein wesentlicher Lichtblick trotz der Bajonettbewachung, der Eile und der Herdenhaftigkeit — werden wir im Sommer einmal in der Woche hinuntergeführt, sonst sind wir in unserem engen Lagerbereich eingeschlossen. Muss denn selbst in einem so entlegenen Gefangenenlager diese Freiheitsberaubung bis zum äussersten durchgeführt werden, wo der Genuss der uns umgebenden Natur mit der eigenartigen Flora so reizvoll wäre? Die so gern angeführte Stimmung der Bevölkerung ist hier so wenig wie irgendwo hinderlich, wir haben genügende Beweise dafür. Aber den Behörden liegt daran, die Verbindung der Gefangenen mit dem eigenen Volke, das uns vielfach nur im Zerrbilde einer vergifteten, gewissenlosen Hetzpresse kennt, zu verhindern. Sie fürchten, man könnte auch in uns Menschen mit menschlicher Gesinnung erkennen, und die Idee des Durchhaltens könnte alsdann empfindlich leiden. Nur bedenkt man nicht, dass diese kunstvoll durchgeführten Massnahmen doch schliesslich Schiffbruch erleiden.

Wir fühlten, dass die Arbeit, der wir solange entfremdet sind, uns ablenken, die Gesundheit und den Körper kräftigen könnte. Oft hat man die bei dem Mangel an inländischen Arbeitskräften so verständige Massnahme in Aussicht genommen. Nur ein verschwindender Bruchteil ist beschäftigt worden, und von diesen sahen manche, die nach dem grössten Fieberherd des Landes als Holzfäller zu ausbeuterischer Arbeit gelockt wurden, die Rückkehr ins Lager als Erlösung vom Sklavendienst an. — Wie der Mangel an physischer Arbeit wird auch die geistige Untätigkeit auf die Dauer sehr drückend empfunden. Die geistige Beschäftigung, die so unendlich viel zur Hebung der Moral unter den Gefangenen beitragen kann, wird in dem Lager sehr erschwert. Erst recht spät wurde eine Bibliothek eingerichtet, die auch dann noch vieles zu wünschen übrig liess, wie überhaupt dieses Lager von den so zahlreichen Hilfsverbänden etwas stiefmütterlich behandelt wurde. Lediglich „schwarze" Literatur, die so wenig begehrt ist, traf in Massen ein. Die Besorgung ernster Bücher stösst einer strengen Zensur wegen auf grosse Hindernisse. Für Unterrichtskurse, Vortragsabende und Theateraufführungen, die in vielen Lagern die Gefangenen für eine Weile von dem trüben Stumpfsinn befreien, fehlt in erster Linie jeder Lehr- und Vortragsraum, in dem sich auch nur eine kleine Anzahl isolieren kann. Ein Stenographiekursus wurde unter diesen Umständen einmal in einem Durchgangskorridor abgehalten. Hinzu kommt, dass das Misstrauen und das geringe Wohlwollen der Lokalbehörden solchen Veranstaltungen, zumal wenn die Muttersprache benutzt wird, den allergrössten, verständnislosen Widerstand entgegensetzt. Wenig förderlich solchen Zwecken ist endlich die Beleuchtung, die gerade in letzter Zeit sehr traurig ist, indem an Stelle der früheren Petroleumlampen nur noch eine Kerze für jede Gruppe (zwanzig Mann) zur Verfügung steht.

Die ganzen Einrichtungen im Lager sind nicht dazu angetan, den Aufenthalt verlockend zu gestalten. Monatelang war für die Waschbedürfnisse aller Art nur ein täglich angefülltes Fass vorhanden, bis schliesslich ein Holzreservoir mit Wasserhähnen angelegt wurde. Von Brause- und Badeeinrichtungen, namentlich für die Wintermonate, war keine Rede. Seife wird in diesem Lager sehr selten, und dann nur kurz vor dem Erscheinen neutraler Kommissionen den unbemittelten Internierten geliefert.

Die Verpflegung der Kranken in der nicht heizbaren Krankenstube, mit wenigen Betten ist ein weiterer dunkler Punkt. In diesem Krankenhaus das von Schweizer ärztlicher Seite zutreffend nicht als Lazarett, sondern als Zelle bezeichnet wurde, quälen sich oft wochenlang Kranke bei ungenügender Pflege und Kost (ohne Milch, Eier usw.) herum. Von einer Desinfektion ist keine Rede, die Krankenwäsche muss von den Patienten selbst mit kaltem Wasser gereinigt werden. Der Arzt erscheint höchstens alle acht Tage, und besonders jener Dr. S . . ., den wir nach vielen Reklamationen endlich abziehen sahen, zeichnete sich durch wenig menschliche Gesinnung aus. Irgendwelche zahnärztliche Behandlung — der Direktor hielt lange die gesandten Instrumente zurück — war für zwei Jahre nicht vorhanden.

Die Internierten leiden dort ganz besonders durch das inhumane und so wenig wohlwollende Verhalten der Lokalbehörden. Das Lager wird von einem Direktor geleitet, der früher Oberwächter einer Verbrecherkolonie war, und in seinem ganzen Verkehr mit ruhigen, friedlichen Zivilinternierten nie den richtigen Ton zu finden weiss, und der sogar bisweilen zu tätlichen Misshandlungen greift. Über den kleinen, unscheinbaren Mann, der das Gebaren eines richtigen Polizeispitzel besitzt, hat einmal der für die Verbesserung unserer Lage leider nur kurze Zeit tätige Vertreter der Amerikanischen Gesandtschaft, Mr. Bennet Fithian, das Urteil gesprochen: „Der Mann gefällt mir in keiner Weise.“ Gleichwohl weiss er infolge von Protektion sich in seinem Amte zu halten. Alle seine so zahlreichen Verfügungen und Befehle tragen den Stempel der Beschränktheit und Bosheit. Monatelang entzieht er uns jede Lektüre selbst der dortigen Zeitungen, entgegen den ministeriellen Vorschriften und dem Brauch in anderen Lagern. Als er schliesslich dennoch nachgeben muss, gewährt er uns zunächst nur ein Lokalblättchen und verbietet uns später wieder alle grossen radikalen Blätter, die der Stimme der Vernunft Raum geben.

Rechtswidrig zwingt er uns zu einer Steinklopfarbeit zum Bau einer Gendarmen- und Soldatenküche und ähnlichen Arbeiten. Bei der mit Recht von einer Anzahl erfolgten Weigerung lässt er mit Hilfe des ihm treu zur Seite stehenden Leutnants P. . . die Soldaten aufstellen und die Gewehre laden (!). Ein Fall, der die Entrüstung der neutralen Kommissionen hervorgerufen hat. Wegen der geringsten Vergehen — Überschreiten der allzu engen Grenzpfähle, um die so beliebten Schnecken zu einem leckeren Mahl zu sammeln. harmloses Kartenspiel, das fast überall erlaubt ist — werden Zellenstrafen in einem wegen Licht-, Luftmangel und Rattenplage gesundheitsschädlichen Loch bis zu mehreren Wochen verhängt. Ein unschuldiger Hund, der einem Internierten viele Jahre treu gefolgt ist und niemand etwas zuleide getan, wird auf Befehl des Direktors zur Zielscheibe von fünf Revolverkugeln gemacht. Diese rohe Tierquälerei wird nicht nur von uns, sondern auch von den Soldaten gebührend gegeisselt. Man sagt mit Recht mit dem grossen französischen Denker Lamartine: „Von der Brutalität gegen das Tier bis zur Grausamkeit gegen die Menschen ist nur ein Unterschied in der Wahl des Opfers.“ Alle charakterfesten Internierten, die mannhaft solche Dinge bei den neutralen Kommissionen zur Sprache bringen, haben

die besondere Rache der Lokalbehörden zu erfahren. Leider tragen eine wesentliche Schuld an den Missständen — zur Schande muss es gesagt werden — wie fast überall einige unlautere Elemente unter unseren Landsleuten. Sie, die natürlich die Verachtung aller Verständigen auf sich ziehen, bestärken den Direktor in ihrer Eigenschaft als Dolmetscher, Sekretär, Bediente und Spitzel in seinem System und leisten ihm Hilfsdienste gegen die eigenen Kameraden.

Trotz alledem sind im Laufe der Zeit einige wenige Besserungen erzielt worden. So sind wir wenigstens bisher von dem getreuen Helfer des Direktors, dem Leutnant P. . ., dem geschworenen, hasserfüllten Feind unseres Landes befreit worden. Fortgesetzt hat er an seine Soldaten, sie mit dem Schützengraben bedrohend, Brandreden gehalten. Sie dürften mit uns, ihren Todfeinden, kein überflüssiges Wort reden, und sie müssten mit aller Strenge gegen uns vorgehen.

Allerdings trotz der Propaganda, mit der man die Soldaten von allen Seiten unablässig bearbeitet, sind sie im allgemeinen vernünftig. Wie danken wir so manchem wackeren Freunde unter ihnen, dass er unerschrocken, selbst trotz verhängter Strafen für Zeitungszustellung und andere kleine Liebesdienste, seine menschliche Gesinnung an den Tag gelegt hat! Wie wirkungslos prallt der gepredigte fanatische Hass besonders der giftigen Hetzpresse an solchen prächtigen Menschen ab, die nur den Hass gegen die imperialistisch-militaristischen Strömungen aller Länder kennen! Sie empfinden, dass die Männer geschaffen sind, um Gatten, Väter, Menschen zu sein, und nicht wilde Tiere, die sich gegenseitig zu morden und zu erwürgen haben. Sie empfinden die schmachvolle Narrenrolle, die ihnen heute durch den Wahnsinn des Menschengeschlechtes auferlegt ist und die alle Menschen in stumpfsinnige Opfer und in niedrige Henker verwandelt. —

So ist die Lage der Zivilinternierten in Entbehrung alles dessen, was das Leben erst lebenswert macht, überaus beklagenswert. Nur in ewigem Träumen, im Sehnen nach der doch einmal neu zu erringenden Freiheit verliert man zeitweise die trüben Gedanken und vergisst man das Elend und die Qualen einer trostlosen Gefangenschaft. Wir, die wir dank einem glücklichen Zufall oder infolge Krankheit von dem Alpdruck nach mehr als drei Jahren befreit sind und denen die Auferstehung zu einem neuen Leben beschieden ist, wir gedenken in Wehmut derer, die immer noch weiter ihre Jugend hinter Mauern begraben müssen. Wir appellieren an alle Verteidiger der Menschenrechte — denn wir fühlen uns frei von Hass gegen Land und Volk, und wir verschmähen jene furchtbare Repressalienpolitik, die nur die Leiden unglücklicher Gefangener auf allen Seiten zu vergrössern vermag — die skandalösen Missbräuche in der Gefangenenbehandlung abzustellen. O höret ihr alle, die ihr den gesunden Sinn inmitten der uns umgebenden Barbarei noch nicht verloren habt, und die ihr die Worte „Kultur“ und „Zivilisation“ nicht als leere Worte im Munde führt, auf den Schrei der schmerzgebeugten Leidenden! Möge das Wort „Inter Arma Caritas“ die Losung werden, und möge vor allem endlich die gerechte Forderung der neutralen Roten Kreuze nach Austausch der Zivilgefangenen mit dem guten Willen der beteiligten Regierungen verwirklicht werden!

□□□

Allerlei.

Man hat oft die englischen Zeitungen um ihre Briefe an den Editor beneidet. Das ganze Publikum arbeitete an seiner Zeitung mit. Vorüber! So klagt F. W. Hirst, ehemals der Herausgeber des *Economist*, in seinem jetzigen Blatte *Commonsense*. Und er bietet eine Statistik von den Halbpenny-Blättern des 3. Oktober, die entweder gar keine Mitteilungen aus dem Publikum oder ein bis zwei Briefe von ½—1/6 Spalte Umfang bringen. Und sie bieten nicht nur nicht die Gedanken des Publikums, sie dürfen nicht einmal die der Redakteure aussprechen. „Die ganze Presse wird von einer Anzahl von Leuten beherrscht, die in einem kleinen Zimmer Platz hätten."

* * *

Wenn ein Soldat gefallen ist, sagen die Kameraden: "*Gone to the West*," „nach dem Westen abgegangen". Woher diese Umschreibung? Der Westen ist der Ort der untergehenden Sonne, das Land des Dunkels. Darum galt er schon bei den alten Ägyptern als der Sitz der Toten. Vom Westen des Nils holten sie nach Herodot die Bausteine für die Cheops-Pyramide.

* * *

Ausländer in Not! Unter dieser Aufschrift veröffentlicht *The Manchester Guardian* vom 22. September einen Aufruf, in welchem, mit bestem Danke für wiederholte Spenden, um deren Erneuerung gebeten wird. Es handelt sich um die Kräftigung unterernährter Frauen und Kinder von Deutschen und Österreichern und um Unterstützung solcher, die zu ihren Männern, ausgetauschten Kriegsgefangenen, heimkehren möchten, manche von ihnen geborene Engländerinnen. „Wir appellieren," schliesst der Aufruf, „an die Grossherzigkeit der Leser, damit wir für diese beklagenswerten Opfer unverschuldeten Unglücks sorgen können."

* * *

Die Polizei auf der Jagd nach Wehrpflichtigen. Ein Löwenbändiger, ein stämmiger Knirps, produziert sich im Käfig. Ein baumlanger Policeman sieht mit Interesse zu. Plötzlich fällt ihm etwas ein. Holla, mein Junge, ruft er dem kühnen Manne zu, warum hilfst Du nicht unsere Feinde zu bändigen. — Wegen kleiner Statur zurückgewiesen, brüllt der Löwenkönig. — Tut nichts, das war im Frieden, komm nur mit! — Und es nützt nichts, die Vorstellung wird abgebrochen, der Bändiger wird gebändigt.

* * *

Der echte U. S. American mag keinen German leiden, doch sein Sauerkraut isst er gern. Das dortige Agrikultur-Departement versendet, anlässlich der heurigen üppigen Krauternte, Zirkulare an die Farmer, mit Rezepten zur Anfertigung echten deutschen Sauerkrauts. Es enthalte ein für die Soldaten besonders gesundes Ferment und habe den Japanern im russischen Kriege treffliche Dienste geleistet.

* * *

Die Mahnung zum Frieden des streng konservativen englischen Lords Landsdowne hat auch nach den Berichten der gemässigten englischen Presse nur in Irland starken Widerhall gefunden. Wie *The New Statesman* mit Vorbehalt berichtet, flüstere man sich in politischen Kreisen zu, dass der Brief des Lords gerade vor einem Jahr der englischen Regierung in Form eines Memorandums überreicht worden sei, und auf deren Wunsch zurückgezogen mit den Worten: Also gut, ich gebe Ihnen zwölf Monate, damit Sie Ihre Politik erproben können. Und wenn dann die Lage meine Aktion nicht überflüssig gemacht hat, — dann veröffentliche ich.

Und das Ende der pikanten kleinen Geschichte: Lord Landsdowne veröffentlichte.

Das fiel uns ein, als wir vor kurzem folgenden Bericht lasen:

Seit der Ablehnung des deutschen Friedensangebotes vom 12. Dezember 1916 verlor die Entente an die Mittelmächte im ganzen über 430,000 Gefangene und über 4000 Geschütze. Von Mitte Dezember 1916 bis Mitte Dezember 1917 wurden ausserdem insgesamt 9,916,000 Bruttoregistertonnen versenkt.

Man erinnert sich daran, wie jedes Jahr die sichere Niederringung der Zentralmächte für das kommende Jahr vorausgesagt wurde. 1915 war es der Eintritt Italiens, 1916 der Rumäniens, und 1917 ist es Amerika! Der Bericht weiss nur von Gefangenen zu sagen. Er verschweigt die Gefallenen, die Verstümmelten, die vernichteten Existenzen.

Woher nehmen nur diese Männer, die sich so oft getäuscht haben, ihre Sicherheit? Diese empörende Sicherheit, die Millionen in den Tod schickt, Millionen, die das Opfer eines — Rechenfehlers werden! Heute ist das Wort Lord Landsdownes noch unpatriotisch. Es ist die Wahrheit von morgen!

* * *

Ein deutsch-französischer Vortragsabend.

Nichts Ungewöhnliches, solch eine gemischtsprachige literarische Veranstaltung hier am Platze. Mag sein, dass darum viele nicht aufmerksamer die Ankündigung durchsahen. Sonst hätte die darin betonte Internationalität wohl ihr Interesse erregt: Herr Koch vom Deutschen Theater in Berlin, Herr Beran aus Wien, Madame Lefeuvre und Monsieur Samson aus Paris. Im übrigen unterliess es die Anzeige leider, etwas vom Charakter des Abends

zu verraten. Sie hätte eigentlich lauten müssen: Deutsch-französischer Protest gegen den Krieg. Der deutsche Schauspieler machte sich zum Interpreten der dem Mordgrauen mit unerhörter Wucht Einhalt gebietenden Verse des französischen Dichters Jouve, die der Österreicher Beran mit glühend zustimmender Hingabe übersetzt hat, und wenn die beiden Künstler aus Paris nur in ihrer Heimatsprache durch die Dichtungen Martinets und Jouves ihrem Abscheu und Entsetzen vor der Untermenschlichkeit des Kriegs Ausdruck liehen, so war es auch hier die leidenschaftlichste Empörung der Menschheit gegen die blutige Tyrannei, die sich, durch künstlerische Form erst zu ihrer ganzen Grösse gesteigert, Bahn brach. Symbolisch aber war der schwache Besuch des Abends. In den dunklen, fast leeren Raum des Theaters schrieen und schluchzten die Vier die Verzweiflung über die unfassbare Verirrung und Gefügigkeit der Völker und die grenzenlose Qual und Sehnsucht nach Erlösung, die die Welt durchzittert. Kaum fünfzig, die mit ihnen dieses Fegefeuer unsäglichsten Schmerzes mitlitten. Im Abonnementkonzert oder bei weniger edlen Zerstreuungen sind die Übrigen auf der Flucht vor der tränenschweren, herzfressenden Tragik des Kriegs.

Erst vergangene Woche ein ähnlich erhebender Abend. Am Vortragstisch der Österreicher Stephan Zweig mit einem Akt aus seinem grossen Drama „Jeremias“, der die vergebliche Friedenssehnsucht des grossen Propheten in eindrucksvoller, glühender Sprache wiedergibt. Wegen allzugrosser Aktualität kann diese biblische Dichtung heute nicht veröffentlicht werden. — Nach ihm brachte der Franzose Jouve seine oben erwähnten Gedichte zu prachtvoller Wirkung. Wie gut können sich Deutsche und Franzosen verstehen, wenn sie vor allem Menschen sind.

* * *

Strenge Rationierung der Kohle in Frankreich. Die neue Verordnung lautet: Art. 1. Die folgende Regel wird auf jedermann angewendet. ... (Wortlaut der Vorschrift.) Art. 2. Eine Ausnahme wird jederzeit für irgendeinen Bittsteller aus irgendeinem Grunde bewilligt. (*Le Rire.*)

* * *

In seinem Nachruf für Rodin erzählt der Engländer Laurence Binyon, wie der französische Bildhauer einst bei einem Festessen in London ein wenig angeödet den zahlreichen Trinksprüchen zu seinen Ehren folgte, die er kaum verstand. Da — unversehens — hatte er in eine grosse Birne spielend einen Kopf geschnitzt, der bewundert von Hand zu Hand ging, bis einer der Anwesenden sie — verspeiste. Starres Entsetzen bei allen Gästen, ein überlegenes, humorvolles Lächeln des Künstlers.

* * *

Aus Büchern und Flugschriften.

Maxime Leroy. *La Société des Nations.* Paris 1917, Giard & Brière.

Was dieses Buch von der ersten bis zur letzten Seite so sehr sympathisch macht, ist seine vollkommene Sachlichkeit. Der Verfasser, französischer Jurist und Soziologe, gehört nicht zu denen, die nur mit grossen Worten Ideale predigen, und nicht die Konsequenzen auf sich nehmen, die für alle Staaten aus einer zukünftigen europäischen Organisation sich ergeben müssen. Darum ist er auch nicht zurückhaltend, Freund und Feind gleichmässig zu kritisieren, oder anzuerkennen, wo sie auf dem Wege der europäischen Idee tätig sind, oder sich ihr widersetzen. Seine Worte gegen Barrès und Treitschke sind gleich bitter, gleich anerkennend aber auch die für Demokraten aller Länder. Seine Wertung ist „au-dessus de la mêlée."

Inhaltlich zerfällt das Buch deutlich in zwei Teile. Im ersten mehr historischen wird die fortschreitende Entwicklung der Staatsidee aufgezeigt. Sein Kapitel II „De l'organisation régalienne des états" ist die objektivste, aber unerbittlichste Kritik des „Macht"-Staates und seiner Anhänger. „Diese politische Anschauung, die aus der Macht das Wesentlichste des Staates machte, und die den Regierenden es als ‚eine moralische Pflicht, eine auf Macht gegründete Politik zu führen' anwies, ist klarerweise allein mit der Idee einer Staatengesellschaft in Widerspruch: nur wenn jeder Staat alle Absichten auf den Besitz anderer Nationen aufgibt, nur wenn er als freier unter freien Staaten leben will, wird sich eine internationale Gemeinschaft entsprechend einem grundlegenden Einheitsakt entwickeln können ... Keine Souveränität mehr: das ist das erste Opfer, das die Völker den Fürsten und den Regierungen der Republiken aufzwingen müssen." Denn innere und äussere Politik, wie selten sonst, sind in diesem Buche deutlich als einander korrelativ bewiesen.

Nachdem Leroy in einem längeren Kapitel über die Entwicklung des Ausländerrechtes, und, ihm zugrunde liegend, die Einschätzung des Ausländers im Laufe der Jahrhunderte, gesprochen, gelangt er zum zweiten, wesentlicheren und politischen Teil seines Buches. Auf einem grundlegenden Paragraphen „La Société des Nations", einer geschichtlichen Hinüberleitung ins Heute, baut er weiter, um „Kompetenzen und Aufgaben" der zukünftigen Staatengesellschaft festzulegen. Der Abschnitt über die innere Zusammensetzung des Nationenkongresses ist im allgemeinen eine dokumentarische Sammlung bisheriger Vorschläge, ohne darüber hinauszugehen. Über die Exekutivgewalt leitet er uns zudem, gerade von seinem Forscherstandpunkt wesentlichsten Punkt und grösstangelegten Abschnitt, den Befugnissen des internationalen Gerichtshofes. Mit andern Worten, zu den Sanktionen. Es ist sehr erfreulich, hier die moralische Seite in den Vordergrund gesetzt

zu sehen. Wenn auch die „realen" Garantien von Leroy vielleicht — jede einzeln — etwas zu Unrecht abgewiesen werden, und man ihrem Zusammenwirken grössere Bedeutung beimessen möchte, hat der Verfasser zweifellos einen der allerwichtigsten Punkte jedes Zukunftsproblemes angestossen, wenn er von einer moralischen Sicherung des künftigen Europa spricht. Gewiss wird er darob von manchen seiner Landsleute mit dem Hinweis auf Belgien belächelt werden, aber Leroy ist konsequent genug, von moralisch handelnden Volksstaaten, nicht Souveränstaaten, zu sprechen. Die Pflicht gegenüber Europa muss zur Gesinnung und zur Selbstverständlichkeit werden.

Besonders wesentlich im heutigen Augenblicke ferner, wo der Militärkrieg der Mittelmächte einem Wirtschaftskrieg der Entente Platz machen zu sollen scheint, sind folgende Worte seiner Zusammenfassung: „Ein solcher Wirtschaftskrieg, mit der den antideutschen Kreisen eigenen Leidenschaftlichkeit geführt, könnte nur den unleidlichen Zustand fortdauern machen, der den Zusammenstoss von 1914 herbeigeführt hat ... Die Staatengesellschaft, d. h. der Friede, verlangt andere Mittel, sofern er dauerhaft sein soll. Wirtschaftlich wahrscheinlich unwirksam, würde der Boykott (unter welcher Form: primitiv oder Schutzzoll, auch immer) doch hauptsächlich erreichen, die internationale Spannung zu verlängern, die der Friede gerade beseitigen soll."

Wiederholt: des Buches Stärke ist seine Offenheit, seine Objektivität. Niemand wird ein Wort darin finden können, das nicht überlegt und bewiesen wäre, oder nicht in den letzten Konsequenzen die zugrunde liegende Idee bejahen würde. Insofern wird es letztlich und im tiefsten sozialistisch, wenn es auch nach aussen diesen Titel nicht trägt. Jeder, der es studiert, muss daraus für sich Urteile finden können. Sei es im besonderen für den Deutschen, ruhig und ohne Ausfälle über seine innerpolitischen Probleme zu hören, oder für den Angehörigen der Entente, der nicht vergessen darf über dem Besitz der politischen Demokratie deren Konsequenzen, Relativität und Vorbauen für weitergehende Entwicklungen zu erfassen. Sachlich dem gleichbenannten Werke Edgar Milhauds wesentlich überlegen, reiht es sich unter die besten und empfehlenswertesten Bücher, die bisher die Kriegszeit hervorbrachte. *J. F-ner.*

E. Milhaud. *La Société des Nations.* Paris, B. Grasset, 1917.

Dieses Buch des französischen Mehrheitssozialisten und Professors der Nationalökonomie ist besonders dadurch interessant, dass es die Entwicklungen im politischen Denken und Urteilen eines so bedeutenden und einflussreichen Politikers wie seines Verfassers seit etlichen eineinhalb Jahren aufzeigt. Man sieht, wie der Gesichtskreis und die Allgemeinauffassung des Verfassers sich langsam ausbreiten von dem „Glauben an die alleinige Schuld Deutschlands" bis zu dem viel fruchtbareren schöpferischen Fordern der europäischen Einigung. Ist der Autor in den ersten hier vereinigten Zeitungsartikeln noch reichlich erbost gegen alles was deutsch,

so bringt das 20. Kapitel den klippklaren Unterschied zwischen deutschem Volk und militaristischer Regierungskaste, und den Willen, sich mit einem demokratischen Deutschland verstehen und befreunden zu wollen. Es wäre erfreulich, wenn das Buch ein Typus einer hoffnungsvollen Geistesentwicklung bei den Gegnern Deutschlands wäre, die dahin zielen würde, hinter dem Deutschen nicht nur den Helmträger, sondern auch den Menschen, nicht nur das Heer, sondern auch das Volk erkennen zu lassen. *J. F-ner.*

Prof. Dr. A. Egger. *Die Freiheitsidee in der Gegenwart.* Verlag von Rascher & Cie. Zürich 1917. (Aus der Sammlung: Schriften für Schweizer Art und Kunst. Nr. 69.)

Eine echte, aufrechte Manifestation des wahrsten Schweizergeistes, oder umfassender gesagt, bestmenschlichen Unabhängigkeitsempfindens ist diese kurze Veröffentlichung Eggers! So recht ein Tellenschuss.

In historischem Überblick zeigt der Verfasser vor allem den Verfall des Freiheitsgedankens seit dem Rückgang des wirtschaftlichen Liberalismus und dem Aufkommen wirtschafts-kollektivistischer Tendenzen. Die umfassende Organisierung und Regelung des ganzen Wirtschafts- und Staatslebens, die diese Entwicklung uns gebracht hat, scheint nun den zarten Keim des Freiheitsideals in neuerer Zeit verkümmern zu lassen. Vor allem leidet darunter der Freiheitsgedanke in seinen politischen Formen der Demokratie und der Nationalität.

Aus dieser, das Freiheitsideal weitgehend verleugnenden Geistesverfassung unserer Zeit heraus, erklärt sich endlich auch, nach Egger der Glaube an den Krieg. —

Deshalb fordert der Verfasser mit aller Wärme zu einer erneuten Bekräftigung dieses Ideals auf und zwar gerade heutigentags, wo uns eine nahe Zukunft einen Neuaufbau Europas nach den Postulaten der Vernunft und den Anforderungen der Freiheit bringen kann. *H. Hon-er.*

Wilhelm Müller, Dr., *Der Weltkrieg und die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht.* Zürich, Albert Müller, 1917.

Der Verfasser, ein Schweizer Arzt, der während des Krieges in Österreich tätig ist, setzt sich enthusiastisch für die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht und ihre Aufrechterhaltung auch nach dem Kriege ein. Sein Schriftchen erscheint somit als populäre Form des von Popper viel eingehender durchgearbeiteten Gedankens. Müller geht dabei von der Tatsache aus, dass nach den ungeheuren Aufwendungen für den Weltkrieg kein Staat eine arbeitende Hand wird entbehren oder einen Müssiggänger, sei er noch so reich, wird dulden können. Die Befürchtung drängt sich auf, dass ein Staat mit dergestalt rekrutierten Friedensheeren an Übermacht zunehmen und mehr noch als bisher die Werte der Einzelindividualität erdrücken wird. Aber jeder sozial empfindende Mensch wird gerne Dr. Müllers Postulat unterschreiben: „Zur Arbeit sollen alle herangezogen werden, die nachgewiesener-

müssen seit Jahren ohne ernsthafte Beschäftigung das Leben verbracht haben und nur ihrem Vergnügen nachgegangen sind." Bei aller Scheu vor neuen Vorschriften und vermehrtem Beamtentum, bei aller Besorgnis für manche wichtige wissenschaftliche und künstlerische Tätigkeit, deren Nutzwert nicht immer amtlich feststellbar ist, und bei aller Gewissheit, dass es immer die wenigst würdigen sind, die sich der Wirkung des Gesetzes zu entziehen wissen, muss man den Ausführungen Dr. Müllers im wesentlichen beipflichten. Wenn das Korrekturmittel, das uns die gesellschaftliche Einschätzung in die Hand gibt, weiterhin nicht ausreicht, die Nichtstuer mit der dicken Brieftasche aus dem Kreise der Gebildeten, aus ihrer Genusssphäre und jeder ehelichen Verbindung mit ihnen auszuschliessen und zu ächten, wenn die Allgemeinheit weiterhin ihnen Bewunderung zollt und sich vor ihnen bückt, während sie den ehrlich schaffenden Künstler, in dessen Schuld wir alle stehen, ihn und seine ehrbare Geldnot dreist belächelt, werden wir endlich versuchen müssen, auf gesetzlichem Wege eine ethischere Lebensauffassung zu erzwingen. *F. B—n.*

„Le Général et le Lieutenant." Briefwechsel zwischen Hervé und Charles L. Hartmann, mit Vorwort von H. Guilbeaux. Verlag von „demain". Genf, 1917. 44 Seiten.

Der bekehrte Antipatriot Hervé hat in seiner „heroischen" Zeit von einem, wie es scheint, ihm selbst unbekannten Gönner als Protest gegen seine Haft sechs Spenden von je 1000 Fr. erhalten (die letzte am 18. Februar 1912). Einmal ging der Mäzen sogar so weit, dem „Märtyrer" zum Trost für seine Leiden eine halbe Million anzubieten, was damals nicht geringes Aufsehen erregte und nicht wenig dazu beigetragen haben dürfte, ihn wieder auf freien Fuss zu setzen. Doch soll sich der Beschenkte dem ungebetenen Wohltäter gegenüber in der Folge nicht eben nobel benommen haben ... Einiges Licht auf diese Affäre wirft die vorliegende Schrift, wenn man auch über einige Punkte gern mehr erführe.

Guilbeaux' Vorwort ist ein „J'accuse" en règle gegen den Abtrünnigen Hervé, auf den seine sklavische Stellung zum Zarismus und seine Ablehnung der russischen Revolution kein günstiges Licht wirft. *W. Egg-r.*

P. J. Jouve. *Danse des morts*, édition des „tablettes". Genève, 1917.

Jouve, der Dichter von „Vous êtes des hommes" und „Poème contre le grand crime" hat uns ein neues Werk geschenkt. Ein stattlicher Band von 170 Seiten. Der Totentanz. Nicht nur der Titel dieser satirisch-tragischen Dichtung gemahnt an Hans Holbein. Alle Figuren des Lebens erscheinen in scharfen Rissen gezeichnet und hinter jedem Gesicht steht der Tod. Ein jedes sagt seinen Spruch, zeigt seine Furcht, seinen Ausschnitt an Lebensbejahung, Wunsch und Hoffnung und das letzte Wort hat der Tod. Nicht der erlösende Freund Hein des Alters oder am Krankenbett,

der gewaltsame unersättliche Tod durch den Krieg. Aus dem Antlitz der Mutter tritt er schreckl ch dem Kind entgegen. Er befehligt den Bankier, den Soldaten, den Regenten und den General. Lebende Bilder von packender Schauerlichkeit treten uns vor das Auge.

Es ist ein Monument des Krieges, seiner Lügen, seiner falschen Ideale, seiner Tierheit und aller Regungen, die er auslöst. Eine Dichtung aus dem Tag geboren, voll Schmerz, Mitleid und Empörung. Und doch über den Tag ragend, ein Leuchtturm, dessen schreckliche Erkenntnis und Verzweiflung noch zu späten Geschlechtern sprechen wird, ihnen den Weg zu zeigen, den wir noch nicht zu gehen wussten. Jouve schleudert noch einmal dem Krieg sein atemlos ringendes Genug! entgegen, dann klingt seine Stimme aus in Bildern des Friedens und ländlicher Freuden. Wir zitieren aus dem „Genug“:

Genug! Erbarmen! Genug!
In mir sprechen die Märtyrer des Lebens und der Erde
In mir spricht die Erschöpfung und die Not der Völker, die sich vereinen wollen,
— höret!
Im Namen aller verlange ich den Frieden und die Freiheit
Den Frieden und die Freiheit für alle diese verkauften Sklaven
Den Frieden und die Freiheit für alle diese irregeführten Seelen
Den Frieden für alles was auf dieser göttlichen Erde lebt und liebt.

Jouve hat dem Buch eine Widmung an seinen Freund Romain Rolland und an die Manen Tolstois vorangestellt. Das Titelblatt, wuchtig und einfach, hat Franz Masereel gezeichnet. *F. B-an.*

Henri Guilbeaux. *Du Champ des Horreurs*, „demain“ Genf, 1917.

Henri Guilbeaux, der mutige Verfechter von Freiheit, Verständigung und Menschlichkeit ist wohl der Streitbarste der Gruppe Romain Rolland, Jouve, Martinet und der ihrigen. Er führt im „demain“ eine Klinge von vornehmem Schliff. Es ist ebenso begreiflich, dass sich eine Intensität des Empfindens und der Stellungnahme, wie Guilbeaux sie verkörpert, auch dichterisch auszuwirken sucht, als es folgerichtig ist, dass Guilbeaux Diktion mehr demagogische Überzeugungskraft und Polemik aufweist, als etwa poetisch hochgestimmten Klang und rhythmische Straffung. Seine Zergliederung des Themas, seine getürmte Anklage wirken trotz nüchternem Ausdruck überaus eindringlich. Der Autor ist ein Mann der Feder und doch ein Mann der Tat. Seine Klage ist Anklage, Auflehnung ist der Keim in jedem seiner Worte, er ist ein Rufer im Streit und über Kampf und Aufruhr hinaus ein Rufer des Friedens. Wir zitieren aus „Mars 1917“ das den russischen Freunden gewidmet ist:

Völker im Schützengraben, verbrüdert euch und macht euch frei!
Fort von den Maschinen des Mordes und der Verzweiflung!
Arbeiter verlasst die Fabriken, ihr Frauen euer Heim
Züchtigt, bändigt, verjagt die Tyrannen,

Stürmt die Paläste der Hohepriester des Goldes,
Der Bankherren, Geldmenschen, Politiker, Diplomaten, Zeitungsschreiber.
Zertretet den Polypen, der garstig und gierig
Unersättlich trinkt vom edeln entflammbaren Blute der Völker.
Auf ihr Völker,
Proletarier, formt die Reihe, weltengross, undurchbrechbar und ohne Ende
Befreit die Menschheit von ihrer Marter und ihrer Pein
Gebärt das Leben, gebärt den Frieden, im Aufruhr gebäret.

F. B-n.

Iwan Goll. *Requiem.* Zürich, Rascher & Co., 1917; früher im Verlag „demain".

Diese deutsche Dichtung ist dem Europäer Romain Rolland gewidmet. Ein schönes Symbol. Schon ihr erstes Erscheinen in einem französischen Verlag trägt den Stempel des Internationalismus. Das Werk ist ein „Requiem für die Gefallenen von Europa." Alle Instrumente lieh sich der Dichter, um eine grosse Totenmesse für seine Brüder halten zu können. Klagende Chöre, tief aus der Erde, werden von gewaltigen Rezitativen abgelöst. Sie begleiten wie eine rote, drohende Anklage die trauernde Orgel, das Todes o.ches er, das man nicht hört.

Die Menschheit ist des Dichters grosse Geliebte, an der er leidet. Für ihn ist das Leben jedes Bruders, das jetzt vergeudet wird, ein Symbol der Ewigkeit. Er erhebt seine Stimme für sie, er kämpft den Kampf des Geistes mit dem Ungeist. Und da er ein Könner ist, erschüttert er uns bis in die tiefsten Schluchten unseres Wesens. Ein schwarzer Strom von Verstümmelten und Madonnen unserer Zeit zieht durch das Buch, durch den Tod zum Licht, aus der feindseligen Vernichtung in die Weltumarmung, zu der der Glaube des Dichters trägt. Sein Werk gipfelt in einem „Friedensfest":

„Wie über dunkle Erde die weissen Lilien sich neigen,
Lasst aus blutigen Gräbern die heiligen Menschen steigen.
Liebe hat Menschen und Völker zum Volk der Menschheit geschweisst,
Über dem Frieden der Liebe waltet der denkende Geist"

C. St.

Paul Ilg. *Der starke Mann.* Verlag von Huber & Co., Frauenfeld 1917.

Ein Schweizer Bauernsohn wird Berufsoffizier. Der Zwiespalt zwischen seiner ererbten und der von ihm erwählten Welt wird ihm verhängnisvoll. Er geht am Standesdünkel seiner Charge zugrunde. Es wird in diesem Buch allerhand gesagt, das für eine starke Verteidigung des Vaterlandes sich einsetzt und doch eindringlich gegen Kastengeist und Standesüberhebung sich wendet Das Buch und sein lauter Erfolg — bei sympathischerer Zeichnung der Personen und tief ergreifender Sprache wäre es vielleicht auch ein literarischer Erfolg — ist symptomatisch für die Volks-

stimmung eines Landes, das, bei demokratischer Denkweise und ohne eine besondere Standesehre aufkommen zu lassen, über ein schlagfähiges Heer verfügt, das seit drei Jahren inmitten des Weltkrieges den Frieden wahrt und Gewehr bei Fuss steht.

F. B-n.

Ernst Moritz Arndt. *Das Verhältnis Englands zu Europa.* Orell Füssli, Zürich, 1917.

Der Verlag hat sich die Aufgabe gestellt, aus den vor mehr als hundert Jahren entstandenen Schriften des deutschen Patrioten Arndt Äusserungen über England zu sammeln. Arndt's grosszügige und anerkennungsreiche Wertung des britischen Inselvolks zeigt England in einem Licht das auch auf den Verfasser und sein eigenes Land Helle wirft und die Hoffnung derer zu stärken vermag, die trotz Allem was geschehen ist, eine Zeit herbei wünschen, in der Deutschland und England miteinander und nicht gegeneinander wirken werden. *F. B-n.*

Albert Ehrenstein, *Die rote Zeit,* S. Fischer, Berlin, 1917.

Ein neuer Gedichtband. Er scheidet sich in zwei Teile: Kriegsnot und Liebesnot. Rücksicht auf die Zensurverhältnisse hat den ersten Teil der Sammlung stark beschnitten.

Ehrenstein hat des Wieners Lust am Wort, er bildert gerne und tut dabei Funde von glücklicher Anschaulichkeit. Dazu oft eine Note von Humor, Freude am Grotesken,

„Wie bin ich vorgespannt dem Kohlenwagen meiner Trauer"

Zwischen erzürnten Armen zerdrückt der Dichter die Erde und die Lieblichkeit einer bunten Sommerwiese bleibt an der Brust ihm haften. Und so ist es ein Buch, das Hohn und Auflehnung spricht und doch in Holdheit Tröstlichkeiten verschenkt.

„Ich glaube den Krieg nicht," singt die Natur,
„Das Wasser ist da, die blau schwingenden Ströme,
Die Welt sich bewegender Bäume
Und die himmelan jubelnden Felsen
Und der sie alle so liebt,
Frühling mein Freund: der Grünsprecher."

F. B-n.

□□□